Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

abgehalten in Görlitz vom
18. bis 24. September
1921



[Reichsfrauentag Görlitz
angeb. nach S. 412]

0 066

Berlin 1921

J. H. W. Dietz Nachfolger / Buchhandlung Vorwärts
Stuttgart Berlin

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	III
Bureau des Parteitages	VII
Tagesordnung	VII
Sprechregister des Parteitages	VIII
Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1920/21	1
Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1920—1921	55
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages	107
Anträge	330
Ergebnis der Abstimmungen	401
Anwesenheitsliste	403
Sachregister	410

Programm

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in besitzlose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, in Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkümmern. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.

Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut erweitert. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rücksichtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Gewerbetreibende, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. Korrumpierung des öffentlichen Lebens, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Botmäßigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.

Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch gesteigert. Sie hat ebenso wie die unbefriedigende Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die Gefahr neuer blutiger Konflikte heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeizuführen drohen.

Zugleich hat der Weltkrieg morsche Herrschaftssysteme hinweggefegt. Politische Umwälzungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner. Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Diesem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Massen zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinsinns. Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen, zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft erkennt sie als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die folgenden Forderungen:

Wirtschaftspolitik.

Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Extensivierung oder das gänzliche Unbenutztlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken. Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Vermeidung der Bureaukratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Sozialpolitik.

Einheitliches Arbeitsrecht. Sicherung des Koalitionsrechts. Wirksamer Arbeiterschutz: Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit. Aeußerste Einschränkung der Nachtarbeit für Männer. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Ueberwachung aller Betriebe und Unter-

nehmungen. Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Uebelstände der Heimarbeit und ihre Aufhebung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeiter möglich ist. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Auf diesen Grundlagen Förderung des internationalen Arbeiterschutzes.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb.

Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Finanzen.

Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals. Erbrecht des Reichs bei entfernteren Verwandtschaftsgraden, Pflichtteil des Reichs, abgestuft nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Ueberverbrauchs. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Verfassung und Verwaltung.

Sicherung der demokratischen Republik. Festigung der Reichseinheit. Ausbau des Reichs zum organisch gegliederten Einheitsstaat. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Ueberordnung der demokratischen Volksvertretung über die berufsständischen Organisationen. Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Volkständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft und der Religion.

Gemeindepolitik.

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie eines einheitlichen Gemeindevertreterkörpers. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit. Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde, Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane. Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung

Rechtspflege.

Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache. Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste. Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen. Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe.

Kultur- und Schulpolitik.

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe (als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen), beginnend mit dem werdenden Kind und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Otto Wels-Berlin — Paul Taubadel-Görlitz

Schriftführer:

Bethge-Berlin	Fischer-Nürnberg	Pinkert-Dresden
Frau Bollmann-Halberstadt	Lutz-Worms	Vogel-Hamburg
Broßwitz-Frankfurt a. M.	Mache-Breslau	Zimmermann-Altenburg

Mandats-Prüfungskommission:

Frau Berthold-Köln-Kalk	Hünlich-Rüstringen	Trinks-Karlsruhe
Hartwig-Stettin	Kirchner-Altona	Voigt-Brandenburg a. H.
Hirdes-Hagen	Schaffner-Hannover	Wimmer-München

Tagesordnung

Sonntag, den 18. September 1921, abends 6 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandats-Prüfungskommission.

Montag, den 19. September 1921 und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Berichterstatter: Franz Krüger.
   b) Organisation und Kasse. Berichterstatter: Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Gustav Hoch.
4. Die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands. Referent: Hermann Müller.
5. Das Parteiprogramm. Berichterstatter: Hermann Molkenbuhr.
6. Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Sprechregister des Parteitages

Alibekoff 323.

Bader 321.
Bartels 150.
Bauers 181.
Bernick 259.
Bernstein 181, 261, 313, 323.
Biester 169, 235.
Bohn 126.
Brauer 292.
Braun, Adolf 240, 311.
Braun, Otto 192, 307.
Broßwitz 164, 324.
Brouckère 240.
Brühne 155.
Buchinger 124.

David, Eduard 318, 322.

Eckstein 162, 196, 299.
Eggerstedt 167.
Eisenbarth 168.

Franz-Kattowitz 193.
Franz-Chemnitz 256.

Görlinger 185, 206, 257.
Grünberg 186.

Heilmann 293.
Hellmann 238.
Heugel 285.
Hirdes 258.
Hoch 209, 219, 262, 268.
Högg 324.

Juchacz 184.

Kamm 245.
Kaisen 290.
Keil 219, 266, 321.
Kirchner 156, 281.
Keller 109.
Kietz 172.
Knack 165, 246.
Körner 252.
Köster 190.
Krüger, Franz 133, 197.

Laufkötter 315.
Leber 244.
Lewerenz 287, 325.
Löbe 170, 296, 299, 321.
Loeb-Frankfurt 232, 289.
Loopuit 123.
Lospereit 187, 205.

Mache 171.
Marckwald 160, 308, 320, 321.
Molkenbuhr 128, 324.
Möller, Gustaf 121.
Moltmann 188.
Müller, Hermann 111, 178, 270, 293.

Nemec 122.

Okonski 282.

Pietsch 182, 268.
Pikard 257.

Radbruch 227.
Ruben 177.

Scheidemann 174.
Schiller 189.
Schmidt, Georg 214.
Schmitt-München 324.
Schnabrich 299.
Scholich 173, 197.
Schröder, Luise 243.
Schuhmacher 249.
Schulz, Heinrich 156.
Schwartz 237.
Severing 194.
Stampfer 303.
Stauning 120.
Ströbel 299.

Taubadel 150, 219, 237, 240.
Tregner 239.
Treu 250.
Tscheidse 125.

Vogel-Nürnberg 116.

Wels 116, 119, 120, 127, 128, 132, 155, 177, 196, 205, 206, 207, 230, 240, 242, 253, 256, 268, 281, 287, 293, 296, 311, 321, 322, 323, 325, 329.
Weidemann 255.
Wierbitzki 237.
Wimmer 242.

Zabe 231.

Bericht des Parteivorstandes

über das Geschäftsjahr

1920/21

1921

J.H.W. Dietz Nachf. G.m.b.H. Stuttgart

Buchhandlung Vorwärts G.m.b.H. Berlin

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Görlitz 1921.

Allgemeines.

Die Sozialdemokratische Partei kann mit stolzer Befriedigung auf das abgeschlossene Geschäftsjahr hinweisen, das an Kämpfen innen- und außenpolitischer Art überreich war. Wahlen zum Reichstag und den Landtagen, zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen stellten hohe Anforderungen an die Organisationen. In zäher Kraftanspannung wurden sie ihnen gerecht. Außenpolitisch erinnern die Tage von Spa, London, die Verhängung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen über das Rheinland, die Besetzung der Rheinhafenstädte und das Pariser Ultimatum an die verantwortungsvolle, für die Existenz des Deutschen Reiches geradezu entscheidende Politik der deutschen Sozialdemokratie. Der Abstimmungskampf in Oberschlesien sah die Arbeiterschaft als Vortrupp im Kampfe um die Erhaltung des lebenswichtigen Industriegebiets beim Reiche und die qualvolle Marter monatelangen Wartens auf eine gerechte Entscheidung, unter täglicher Gefahr für Gut und Leben erträgt das oberschlesische Volk in heroischer Duldung nur durch die politische Schulung und Disziplin, die sozialdemokratischer organisatorischer Erziehungsarbeit zu danken ist.

Stärker als je, trotz der Zersplitterung der Arbeiterbewegung, ist die Sozialdemokratische Partei heute sowohl an Zahl ihrer Mitglieder, ihrer Organisationen und Zeitungen sowie an politischem Einfluß; daran ändert ein zeitweiliges Ausscheiden aus der einen oder anderen Regierung so wenig wie die verbissene Kritik, die die Partei von rechts und besonders von links erfährt.

Die Zersetzung in der Unabhängigen Sozialdemokratie führte im Berichtsjahre zu der Explosion in Halle, die als Sprengstücke der „unabhängigen Massenpartei" die „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands" und auch die „Kommunistische Arbeiterpartei" bildete. Die „Vereinigten Kommunisten" als die ursprünglich stärkste Gruppe nach dieser Dreiteilung hat sich durch den Ausschluß Levys und seiner Anhänger, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich bereits wieder gespalten. Sie zählt heute nach ihren eigenen Angaben nur 161 146 zahlende Mitglieder. Diese Schwäche, gemessen an unserer Organisation, ist allein schon der schlagende Beweis, daß die deutsche Arbeiterschaft den russischen Importradikalismus ablehnt und in unserer Partei die Vertreterin ihrer Interessen und Anschauungen erblickt. In verbrecherischem Wagemut und sklavischem Gehorsam gegen die aus Moskau empfangenen Befehle war diese Gruppe aber doch noch einmal einflußreich genug, um Deutschland im März 1921, ebenso wie im Vorjahre Kapp und Genossen, in schwere innerpolitische Wirren

zu stürzen. Nachdem der im Januar unternommene Versuch mißlang, die Arbeiterschaft durch den sogenannten „Offenen Brief" in Widerspruch zu den Gewerkschaften und unsere Partei zu bringen, die beide den demagogischen Schwindel einer Einheitsfront, von der KAPD. bis zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund, auf der Grundlage eines einseitig von der KPD. festgesetzten Aktionsplanes abgelehnt hatten, inszenierte man den bewaffneten Aufstand, der dank der wiedergekehrten Ueberlegung der Arbeiterschaft in der Hauptsache auf die Hochburg des Kommunismus — Mitteldeutschland — beschränkt blieb.

In echt russischer Methode und völliger Verkennung der Empfindungen der deutschen Arbeiterschaft wurde die Bewegung eingeleitet durch eine Reihe von Dynamitanschlägen in Dresden, Leipzig, Freiburg, Rodewitsch, Auerbach i. V. und an anderen Orten gegen Gerichtsgebäude, Rathäuser und Eisenbahnbrücken, denen lediglich unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Offen forderte die „Rote Fahne" den bewaffneten Aufstand und die Zentrale der KPD. rief zum Generalstreik auf.

Niemals ist frivoler mit Menschenleben und Menschenglück gespielt worden als in jenen Tagen und von der Leitung einer angeblichen Arbeiterpartei. Bezeichnend ist auch, daß die Mehrzahl der Dynamitattentate gerade in Sachsen erfolgte, dem Lande, wo eine rein sozialistische Regierung am Ruder war. Wilde Streiks, Raub und Plünderungen, Terror und Sachbeschädigungen begleiten die ganze Bewegung. Am Ostersonntag wird die Druckerei unseres Halleschen Parteiblattes durch Handgranaten demoliert. In Velbert wird die Räterepublik ausgerufen und ebenso wie in anderen Städten die Reichsbankstelle geplündert. Im Ruhrgebiet erlassen Partei und Gewerkschaften eingehende Mahnungen, sich nicht wieder von unverantwortlichen Personen zu Putschen hinreißen zu lassen. Trotzdem flammt im Gelsenkirchener Revier der Ausstand auf, um nach einigen Tagen zusammenzubrechen. Auch in Hamburg forderte diese Aktion Menschenopfer zur höheren Ehre der kommunistischen Zentrale. Diese verlangte unausgesetzt die Steigerung der Aktion und bezichtigt die Sozialdemokratische Partei des Verrats an der Arbeiterklasse, weil sie im Namen des Proletariats erklärte, daß es sich hier nicht um revolutionäre Taten der Arbeiterschaft oder um eine wirtschaftliche Bewegung, sondern um eine Aktion verbrecherischer Wirrköpfe handele, die nichts mit dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu tun habe, sondern in Wahrheit nur der Reaktion Wasser auf die Mühlen liefere. Erschreckend ist die Zahl der Opfer, die dieses Verbrechen gefordert hat. Die Partei war und ist bis jetzt unausgesetzt bemüht, die Härten zu mildern, die Ausnahmezustand und Sondergerichte mit sich brachten, die viele Mitläufer und Unschuldige für die Taten derer büßen ließen, die ihre eigene Haut in Sicherheit bargen oder ihre revolutionäre Dynamitardenpolitik vor Gericht feige verleugneten.

All diese Wirren, aus denen die Reaktion immer neue Hoffnung schöpft, die ein Unglück sind nicht nur für die persönlich Betroffenen, sondern für die Arbeiterschaft und das ganze Volk, sind nur möglich durch die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Sehnsucht nach der Einigung des klassenbewußten Proletariats hat die deutsche Arbeiterklasse auch im verflossenen Jahre erfüllt. In steigendem Maße erkennen die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Richtungen, daß ein großer Teil der Enttäuschungen, die sich nach der siegreichen Revolution eingestellt haben, zurückzuführen ist auf die Uneinigkeit der Arbeiter. Frecher als je erheben ihr Haupt, die nach dem kaiserlichen Deutschland sehnsüchtig zurückblicken, kräftiger als seit langem tritt der Kapitalismus auf, ungeheure Kapitalskonzentrationen, die nur in den Vereinigten Staaten von Amerika Vergleichsobjekte finden, entwickelten sich in Deutschland. Alle diese Erscheinungen wären kaum denkbar gewesen, wenn nach dem Zusammenbruch des alten Systems eine geschlossene, das ganze klassenbewußte Proletariat zusammenfassende Sozialdemokratische Partei die

Macht in Reich und Ländern, in Provinzen und Gemeinden an sich gerissen und auch bewahrt hätte. Statt dessen hat sich die Arbeiterklasse von dem Tage der Flucht Wilhelms II. bis nun bekämpft und verleumdet. Unsere Partei ist stets für die Einigung der Arbeiterklasse eingetreten. Sie mußte einen großen Teil ihrer Kraft verschwenden in der Abwehr der Angriffe der anderen sozialistischen Parteien. Diese wendeten den größten Teil ihrer agitatorischen Wucht, ihrer Kritik und ihrer Feindseligkeit nicht gegen die Klassengegner des Proletariats, sondern gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Unserer Partei wollten sie Abbruch tun, in unseren Reihen wollten sie Anhänger finden. Diese dem Klassenkampf widerstreitende Politik der Bekämpfung der eigenen Klassengenossen hat nicht die Früchte getragen, die sich die unabhängigen und kommunistischen Bekämpfer unserer Partei erhofften. Der ihnen so überaus peinliche Name der Mehrheitspartei konnte durch keine Wahl uns streitig gemacht werden. Der Aufstand in Mitteldeutschland hat die VKPD. auf das tiefste erschüttert, zahlreiche Mitglieder sind aus der KPD. geschieden, viele wandten sich, verärgert über den giftigen Streit gegen andere Arbeiterparteien, von der Kommunistischen Partei ab. Die Wahlen zum Verbandstage des Deutschen Metallarbeiterverbandes trugen fast ausschließlich politischen Charakter und endeten mit einer vernichtenden Niederlage der Kommunistischen Partei. Der endlich unumgängliche Hilferuf des verhungernden Rußlands hat auch dem letzten Kommunisten die Augen geöffnet; so traurig und verbesserungsbedürftig die Zustände in Deutschland sind, um ein Vielfaches trauriger, ja erschrecklicher sind sie in dem Traumlande des Ostens, wo die Gegnerschaft zur Demokratie und die sogenannte Diktatur des Proletariats der Fels ist, auf dem die staatliche Ordnung und das Wirtschaftsleben aufgebaut sind.

Je größer die Versprechen der USP. und KPD. gewesen sind, desto größer ist die Enttäuschung über diese Parteien. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten und Beamten erkennen, daß es gerade unser Streben ist, dem Proletariat mit allen Kräften zu dienen, daß wir in ihm keine Illusionen erwecken, sondern den Arbeitern sagen, was ist und was sein kann, nicht nur das, was sein sollte.

Waren die Massen, von ganz aufgeregten Zeiten abgesehen, immer für die Einheit des deutschen Proletariats, so findet man jetzt unter den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mancherlei Abtönung ihrer früheren Schroffheit, manches Streben, unsere Haltung zu verstehen und wenigstens im engsten Kreise auch zu erklären. Auf kommunalpolitischem Gebiete wie auf gewerkschaftlichem Boden hat ein taktisches Zusammengehen der Unabhängigen und Sozialdemokraten stattgefunden und, wenn auch nicht immer, so doch des öfteren, gute Früchte für die Arbeiter getragen. Im Freistaate Sachsen haben Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam die Regierung gebildet, und im Reichstage hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von ihrer unbedingten Opposition Abstand genommen. Aber man soll über diese günstigen Zeichen nicht übersehen, daß starke Kräfte in der unabhängigen Reichstagsfraktion wie im Zentralkomitee der USP., in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wie in der unabhängigen Presse mit dem größten Eifer der Einheit aller Sozialdemokraten in Deutschland noch widerstreben. Die Richtung, welche die Einigung noch zu hintertreiben sucht, dürfte in der USP. stärker sein als diejenige, die aus Pflichtgefühl und aus Liebe zum Proletariat die Streitaxt begraben möchte. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft wirkt nicht einigend auf die deutsche Arbeiterbewegung, sie sucht im Gegensatz zur Zweiten Internationale die Gegensätze eher zu vertiefen als abzuschwächen.

Darf man sich aber über das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien, so ernst es zu erstreben ist, keinen Illusionen hingeben, so muß man alle

Hoffnung aufgeben, daß mit den Kommunisten, solange sie der Dritten Internationale angehören, solange sie den Befehlen von Moskau gefügig gehorchen, solange ihr Streben ist, die Amsterdamer Internationale, unsere eigenen Gewerkschaften, unsere eigenen Genossenschaften zu sprengen, eine Einigung Gegenstand der Erörterung werden kann. Doch auch hier wollen wir nicht übersehen, daß ein starker Gärungsprozeß in der Kommunistischen Partei offenkundig ist, daß diese Partei sicherlich nicht so bleiben wird, wie sie ist, und daß wir deshalb in der Hoffnung auf die Einigung abwarten wollen, was aus der Vereinigten Kommunistischen Partei werden kann und werden wird. Das eine steht fest, daß auch unter den Massen, die der Kommunistischen Partei angehören, das Wort von der Einigung des Proletariats auf guten Boden fällt, so daß sich auch hier Voraussetzungen ergeben für eine, wenn auch nicht in naher Zukunft sich bildende geschlossene proletarische Kampffront gegen den Kapitalismus.

Die Zerklüftung der Arbeiterbewegung am Ende des Krieges und in den Tagen der revolutionären Entscheidung hat das deutsche Proletariat außerstand gesetzt, die politische Macht zu ergreifen und sie dauernd zu sichern. Unter den zahlreichen schweren Schädigungen der Arbeiterklasse, die Rechthaberei, Eigenbrötelei und mangelnde politische Fähigkeiten der links von uns stehenden Parteien dem Proletariat gebracht haben, ist am sichtbarsten die Verurteilung des deutschen Volkes zu einer Koalitionspolitik im Reiche wie in den meisten Ländern. Acht Parteien in den meisten deutschen Parlamenten, vor allem im Reichstag und im preußischen Landtage, suchen nach einem Gleichgewicht der Kräfte, sie finden aber leider nicht einen festen Schwerpunkt, um den sich eine tragfähige Mehrheit gruppieren könnte. Solange es möglich war — als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, als das Ministerium Müller seine Demission gab —, suchten wir nach den Möglichkeiten, in Gemeinschaft mit den Unabhängigen eine Regierung für das Reich zu bilden. Immer wieder widerstrebten die Unabhängigen, immer deutlicher tritt ihre Schuld in Erscheinung, wenn das Schwergewicht der Regierung nicht bei den Vertretern des arbeitenden Volkes liegen kann. Die Koalition mit den bürgerlichen Parteien muß immer als das kleinere der möglichen Uebel anerkannt werden, eine Erkenntnis, der sich neuerdings auch die Unabhängigen nicht verschließen können.

Daß die Sozialdemokratische Partei an ihrer Mitwirkung an Koalitionsregierungen keine Freude hat, daß wir unsere Partei wie auch die von ihr in die Regierung entsandten Genossen ein schweres Opfer in der Teilnahme an der Regierung erblicken, sollte den Parteigenossen klar sein. Eine Koalitionsregierung hat vieles zu vertreten, was von unserer Partei schwer zu tragen ist, und weite Kreise, vor allem der nicht gefestigten Parteigenossen und noch mehr der unorganisierten Arbeiter erhoffen Wunder von den Möglichkeiten sozialdemokratischer Minister in unseren schweren Zeiten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist sich der gewaltigen Schwierigkeiten bewußt, mit denen die deutsche Politik heute zu rechnen hat, sie kennt ganz genau die ungeheure Einengung politischer Leistungsfähigkeit des deutschen Reichstags und der Reichsregierung durch den Friedensvertrag.

So erklärt es sich, daß die große Mehrheit der Reichstagsfraktion nach dem Sturz des Ministeriums Fehrenbach den Eintritt unserer Parteigenossen in die Regierung nicht wünschte. Herr Stresemann zeigte dazu vielen Eifer, Reichskanzler zu werden. In aller Geschäftigkeit bemühte er sich, nicht nur bei seiner eigenen Partei, sondern auch auf der englischen Botschaft die Voraussetzung für seine Reichskanzlerschaft zu gewinnen. Die volksparteiliche Geheimgeschichte der letzten Regierungsbildung ist noch lange nicht ganz aufgehellt. Klar ist nur, daß die Volkspartei außerordentlich stark schwankte, als es galt, sich dem Ultimatum gegenüber festzulegen, daß ein großer Teil der Volkspartei sich mit Herrn Stresemann zuletzt für die Ablehnung entschied, daß nur eine kleine Gruppe die Annahme des Ultimatums auch durch ihre Abstimmung bekräftigte. Bis in die letzten Stunden vor dem Augenblick, wo die Entscheidung fallen mußte, wehrte sich die sozialdemokratische Fraktion gegen den Eintritt in die neue Koalition. Wäre aber die Sozialdemokratie zuletzt auf ihrem ablehnenden Standpunkt stehen geblieben, so wäre keine Regierung zustandegekommen; die Annahme des Ultimatums wäre unmöglich gewesen und all die schweren Folgen, nicht nur die, die die Entente angedroht hatte, wären zum Schaden Deutschlands eingetreten. Vor allem die Unsicherheit, über das Schicksal Oberschlesiens, das durch den eben angezettelten Aufstand des Korfanty in Frage gestellt war, entschied für den Eintritt in die Regierung.

Die Uebernahme der Verantwortlichkeit im Reiche war für die sozialdemokratische Fraktion um so schwieriger, als die Regierungsbildung in Preußen zum Ausschluß aus der Regierung geführt hat. Die langwierigen Verhandlungen wurden von unseren preußischen Genossen mit dem designierten Ministerpräsidenten Stegerwald über die weitere Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung geführt. Herr Stegerwald wollte unbedingt eine sehr breite, wenn auch eine sehr brüchige Basis für das von ihm geleitete Kabinett erreichen, indem er darauf bestand, daß die Deutsche Volkspartei in dem neuen Kabinett Platz finde. Er suchte alle möglichen Auswege, er war bereit, die Teilnahme der Deutschen Volkspartei nicht allzu offen in Erscheinung treten zu lassen, er wollte die deutschen Volksparteiler während ihrer Ministerzeit als unpolitische Beamte maskieren. Mancherlei Unklarheit und Unsicherheit in seinen Ausführungen ließen den Glauben an Treulosigkeit wach werden, das verbitterte und erschwerte die Verhandlungen, die zuletzt von unseren Parteigenossen abgebrochen wurden.

Als alles davon abhing, daß die Sozialdemokraten bei der Bildung der neuen Reichsregierung, die das Ultimatum annehmen und durchführen sollte, teilnehme, da hielt die Zentrumspartei des Reichstags auch dafür, daß in Preußen eine ähnlich wie im Reich zusammengesetzte Regierung das rein bürgerliche Kabinett Stegerwald ersetze. Diese Wünsche wurden aber bisher nicht erfüllt. Immer deutlicher und energischer empfand die Regierung Stegerwald die Opposition unserer Partei, immer schwerer wird es ihr, sich diesem Widerstande gegenüber in der Macht zu halten. Es erscheint unwahrscheinlich, daß das Ministerium Stegerwald in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung am Ruder bleiben kann.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildungen zeigen sich überall im Reich. Denn in den meisten Ländern stehen sich wie im Reich zwei ziemlich gleichstarke Gruppen von Parteien gegenüber, die zu schwach sind, eine feste Regierung zu bilden, aber stark genug, eine sehr kräftige Opposition zu führen. Im Freistaat Sachsen, in Thüringen, in Mecklenburg-Schwerin, in Braunschweig und in Lippe sehen wir überall aus den Wahlen Parteigruppierungen hervorgehen, die die Bildung von Regierungen überaus schwierig machten, verschiedenartigste Kombinationen zur Diskussion stellten und ein einheitliches Prinzip für die Regierungsbildung nicht wirksam werden ließen. Wie auch diese Regierungen gebildet wurden, ihr Schicksal war stets unsicher, der krisenhafte Zustand bildete die Regel, mit immer neuen Zusammenbrüchen mußte man rechnen, immer wieder trat die Frage an die Partei heran, wie man sich zu der Bildung der Regierung verhalten wolle. Dabei zeigt sich eine solche Mannigfaltigkeit der Notwendigkeiten und der sachlichen Beurteilung, daß eine einheitliche Stellung unserer Partei nicht möglich war. Die Bindung durch den Kasseler Parteitagsbeschluß konnte nur für die Bildung der Reichsregierung gelten, sie zeigte auch ihre Wirkung bei der Bildung der preußischen Regierung, beim Zusammengehen der sozialistischen Parteien im Freistaate Sachsen, es ergab sich aber nicht die

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

Möglichkeit, in Mecklenburg-Schwerin ohne Volkspartei eine Regierung zu bilden. Es gab aber nur zwei Möglichkeiten, entweder völlig aus der Regierung auszuscheiden, obgleich wir als die weitaus stärkste Partei aus den Landtagswahlen hervorgingen, oder einen Angehörigen der Volkspartei in die Kabinettsbildung einzumischen. Diese letztere Lösung, die von der Mehrheit des mecklenburgischen Parteitages gebilligt wurde, war um so leichter zu tragen, als die Persönlichkeit des zum Minister präsentierten Volksparteilers keinerlei Widerspruch hervorrief, die Partei sich auf den Boden der Reichs- und Landesverfassung stellte und dadurch bewies, daß er keine Hemmung einer von Sozialdemokraten geleiteten und getragenen Regierung bilde.

Auch in Lippe erforderten die Wahlen entweder den Verzicht der Sozialdemokraten auf jeden Einfluß an der Regierung oder einen volksparteilichen Einschlag des Kabinetts. Ueber die Stellung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu der Bildung neuer Regierungen während des Berichtsjahres wird an anderer Stelle Aufklärung gegeben.

Die Programmkommission.

Der Parteitag zu Kassel hat in die Programmkommission gewählt: die Genossin Pfülf und die Genossen Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Cunow, Georg Gradnauer, Wilhelm Keil, Hermann Molkenbuhr und Hermann Müller-Berlin. Sie hat sich sofort nach dem Parteitage konstituiert und Hermann Molkenbuhr zum Vorsitzenden und Adolf Braun zum Geschäftsführer erwählt. Die Kommission beschloß, eine Reihe von Unterkommissionen zu bilden, von denen eine den theoretischen Teil, eine weitere die wirtschaftspolitischen Forderungen, eine dritte das Finanzproblem, eine vierte die Verfassungs- und Verwaltungsfragen, eine fünfte die Kommunalpolitik, eine sechste die Sozialpolitik, eine siebente das öffentliche Gesundheitswesen, eine achte das Wohnungswesen, eine neunte die Rechtspflege, eine zehnte die Kulturpolitik, eine elfte die Wehrfragen, die Völkerbeziehung und die Internationale für das Parteiprogramm bearbeiten sollten. In fast alle Kommissionen wurden Frauen und Kommunalpolitiker gewählt, damit überall diese speziellen Interessen berücksichtigt werden. Die Mitglieder, die für die Frauenfragen besonders in Betracht kamen, haben den veröffentlichten Programmentwurf überprüft und damit die letzte Redaktion dieses Entwurfes, die dem Parteitage vorgelegt wurde, erleichtert. Ueber 60 Genossen und Genossinnen haben an den zahlreichen Beratungen und Beschlußfassungen teilgenommen.

Die Programmkommission, selbst eine Vielheit von Anschauungen in der Partei zum Ausdruck bringend, hat sich bemüht, im Geist der Demokratie möglichst viele Genossen und Genossinnen an der Schaffung des Programms teilnehmen zu lassen. Das ergab natürlich eine Vervielfältigung der schon in der Programmkommission zu beobachtenden Erscheinung, daß nicht eine einheitliche Meinung über das Programm in der Partei bestehe und daß bei jedem Programmabschnitt innerhalb einer Vielfältigkeit von Auffassungen nach einem gemeinsamen Ausdruck der Parteiansicht gerungen werden mußte.

Diese Methode der Arbeit hatte zur Folge, daß das Programm nicht den Eindruck des einheitlichen Gusses einer geschlossenen Uebereinstimmung haben konnte, daß der Entwurf nicht frei von Unstimmigkeiten sein konnte. Der Entwurf konnte wegen der vielfachen Inanspruchnahme aller an seiner Vorberatung beteiligten Genossinnen und Genossen durch mannigfache Parteiverpflichtungen erst weit später fertiggestellt werden, als es im Plane der Programmkommission lag. Als endlich die beiden letzten Unterkommissionen ihren Programmentwurf fertiggestellt hatten, war noch gerade die Zeit vorhanden, die man den Parteigenossen zur Erörterung des Entwurfes gewähren mußte. Es fehlte aber die Zeit, die einzelnen Teile und den Gesamtinhalt von der Programmkommission durcharbeiten zu lassen, weil das die Veröffentlichung und die Kritik der Genossinnen und Genossen ungebührlich aufgehalten hätte. So entschloß man sich, den Entwurf in einer formal unbefriedigenden Weise unter dem Vorbehalt zu veröffentlichen, daß die Programmkommission, nachdem sie der Erörterung genügend Zeit gelassen hat, zu einer Schlußredaktion zusammentreten werde. Dieser Schlußredaktion ging noch eine Beratung der Frauenkommission über den gesamten Inhalt des Programmentwurfes voraus.

Der Kommentar zum Programmentwurfe konnte naturgemäß erst in Angriff genommen werden, als der Programmentwurf fertiggestellt war. Er wurde so rasch der Partei vorgelegt, als das nur irgendwie dank dem Eifer seines Verfassers, des Druckers und des Verlages möglich war.

Der Programmentwurf ist wie seine Vorgänger von 1875 und von 1891 einer überaus scharfen Kritik unterzogen worden, wenn sie auch nicht den Grad von Schroffheit der Kritik der Entwürfe von 1875 und 1891 erreichte. Es ist nicht die Aufgabe dieser Berichterstattung, zu Inhalt und Tonart der Kritik Stellung zu nehmen, nur das sei festgestellt, daß einige Kritiker gründlich irren, wenn sie den Parteivorstand für den Programmentwurf für Zeit und Art seiner Veröffentlichung wie für die Versendung des Kommentars verantwortlich machen. Der Parteivorstand hat der Programmkommission nur die weiteste materielle Förderung zuteil werden lassen, er hat sich sachlich mit der Arbeit der Programmkommission in gar keiner Weise befaßt, die Kommission arbeitete ohne seine Kontrolle, so daß die Mitglieder des Parteivorstandes nicht früher von dem Ergebnis der Arbeiten der Programmkommission und ihrer Unterkommissionen erfuhren, als die Gesamtheit der Parteigenossen und Parteigenossinnen.

Organisation.

Auch das verflossene Geschäftsjahr zeigte, wie festgefügt unsere Parteiorganisation ist und wie wenig berechtigt die Hoffnungen unserer Gegner von rechts und links auf ein Zurückfluten der Zahl unserer organisierten Anhänger sind. Der Zuwachs ist allerdings geringer wie im Vorjahre und kann nicht als befriedigend bezeichnet werden. Die Zahl der Neuaufnahmen war zwar, wie sich aus den Kassenberichten der Bezirksorganisationen ergibt, eine große. Die Steigerung der Mitgliederzahl gegen das Vorjahr betrug jedoch nur 40 851 oder 3,4 Prozent. An männlichen Mitgliedern hatten 22 Bezirke eine Zunahme von 90 479, 14 Bezirke dagegen eine Abnahme von 35 106. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich somit um 55 373 vermehrt. Bei den weiblichen Mitgliedern haben wir dagegen leider das gleiche Ergebnis wie im Vorjahre zu verzeichnen; ihre Zahl ist wiederum zurückgegangen. 18 Bezirke verzeichneten als Zunahme an organisierten Genossinnen 9245, wogegen 14 Bezirke eine Abnahme von nicht weniger als 23 767 aufwiesen. Der Verlust an weiblichen Mitgliedern beziffert sich danach auf 14 522. Da dieser auch im Vorjahre 16 000 betrug, sind der Parteiorganisation somit in den beiden letzten Jahren rund 30 000 Genossinnen verlorengegangen. Bei der Bedeutung der Frauen für das heutige politische Leben ist diese Feststellung sehr unerfreulich, und ernster noch wie im vorigen Jahre muß untersucht werden, ob überall hinsichtlich der Gewinnung und Erhaltung der weiblichen Parteimitglieder alles getan wird, was erforderlich ist. Wo diese Frage nicht rückhaltlos bejaht werden kann, muß der Hebel angesetzt und das Versäumte nachgeholt werden. Nie darf außer acht gelassen werden,

daß bei den Wahlen zu den maßgebenden politischen Körperschaften das weibliche Geschlecht mehr als die Hälfte der Wähler stellt und daher eine intensive Aufklärungsarbeit unter diesem im dringendsten Interesse der Partei liegt.

Die Entwicklung der Parteiorganisation seit der Durchführung der Bezirksorganisationen zeigt die nachstehende Tabelle:

Mitgliederbewegung in den Geschäftsjahren 1906—1921.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme %	Abnahme %
1906	334 327	—	—
1907	530 446	38,0	—
1908	587 336	10,7	—
1909	633 309	7,8	—
1910	720 038	13,6	—
1911	836 562	16,1	—
1912	970 112	15,9	—
1913	982 850	1,3	—
1914	1 085 905	10,50	—
1915	515 898	—	47,5
1916	432 618	—	16,0
1917	243 061	—	44,3
1918	249 411	2,5	—
1919	1 012 299	305,9	—
1920	1 180 208	15,6	—
1921	1 221 059	3,4	—

Die Zahl der Ortsvereine ist um 500 gestiegen; sie betrug am Jahresschluß 9734. Die meisten Ortsvereine weist der Bezirk Hannover-Braunschweig mit 750 auf, dem in erheblichem Abstande die Bezirke Brandenburg mit 572 und Frankfurt a. M. mit 557 folgen. Die geringste Zahl von Ortsvereinen, 66, hat der von den Unabhängigen noch stark durchsetzte Bezirk Leipzig.

Die Abwanderung von Parteimitgliedern nach links hat, von Ausnahmefällen abgesehen, völlig aufgehört. Sie hat nie in dem Maße stattgefunden, wie die Unabhängigen und Kommunisten sie gelegentlich glauben machen wollten, doch wurden in den Vorjahren aus einzelnen Bezirken derartige Uebertritte gemeldet. Solche Meldungen fehlen jedoch jetzt gänzlich. Dagegen wird berichtet, daß in den letzten Monaten in steigendem Maße bisherige Mitglieder der Unabhängigen Partei unseren Organisationen wieder beitreten. In einzelnen Fällen werden auch Uebertritte von unabhängigen örtlichen Organisationen gemeldet, die nach Beschluß der Mitgliederversammlungen vollzogen wurden.

Da die geplante Neueinteilung der Reichstagswahlkreise immer noch auf sich warten läßt, ist an unserer Bezirkseinteilung, die sich der jetzigen Wahlkreisabgrenzung anpaßt, nichts geändert worden. Bei den Wahlen zum preußischen Landtag machte sich dies in einigen Bezirken störend bemerkbar, doch konnten die Mängel überwunden werden. — In den besetzten Gebieten leidet unsere Organisationstätigkeit unter den Wirkungen der Besetzung. Die Versammlungsagitation ist eingeengt und das Auftreten der Besatzungstruppen ist mehr geeignet, nationalistische Strömungen zu fördern, als solche, die der Völkerverständigung und -versöhnung dienen.

Die in der Tabelle aufgeführte Beitragshöhe der Bezirke läßt die in Kassel beschlossene Erhöhung der Beiträge noch nicht in Erscheinung treten. Diese ist meistens erst am 1. April d. J. durchgeführt worden. In vielen Bezirken ist die Erhöhung über den vorgesehenen Mindestbeitrag hinaus beschlossen worden.

Die Zahl der in den Bezirken angestellten Sekretäre, Untersekretäre und Hilfskräfte ist gegen das Vorjahr um 90 gewachsen und beträgt jetzt 401. Von

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr 1920/1921.

	Bezirk	Anzahl der Ortsvereine 1. 4. 1920	Anzahl der Ortsvereine 31. 3. 1921	Beitragshöhe pro Woche Pfennig	Männliche Mitglieder 1. 4. 1920	Männliche Mitglieder 31. 3. 1921	Zunahme	Abnahme	Weibliche Mitglieder Beitragshöhe pro Woche Pfennig	Weibliche Mitglieder 1. 4. 1920	Weibliche Mitglieder 31. 3. 1921	Zunahme	Abnahme
1	Ostpreußen	248	287	20—30	22 525	15 417	—	7 108	15—20	6 980	2 970	—	8 990
2	Pommern	271	300	25—60	20 401	22 420	1 959	—	20—30	6 948	8 352	—	8 088
3	Brandenburg	545	572	30—35	84 302	86 205	1 903	—	15	10 212	11 462	1 250	—
4	Groß-Berlin	228	264	25—50	44 389	42 550	—	1 839	15—30	11 491	10 676	—	905
5	Görlitz	298	296	20—40	23 608	30 728	7 115	—	15—30	5 315	6 634	819	—
6	Breslau	276	328	20	39 977	46 986	7 009	—	15	15 898	14 229	—	1 669
7	Oberschlesien	112	114	20	6 753	5 616	—	1 137	15	1 548	1 748	200	—
8	Halle	104	127	30—60	4 843	6 358	1 515	—	15—25	485	641	56	—
9	Magdeburg	449	449	30—60	47 880	49 103	1 223	—	25—30	17 275	12 699	—	4 576
10	Mecklenburg, Lübeck	140	259	20	25 901	36 754	10 853	—	15	5 435	4 723	—	712
11	Schleswig-Holstein	282	306	20	61 378	68 221	6 843	—	15	16 860	16 956	96	—
12	Hamburg, Nordwest	108	149	20—40	75 024	77 246	2 222	—	15—30	19 532	21 794	2 262	—
13	Hannover, Braunschweig	638	750	20—50	72 106	71 179	—	926	15—80	15 463	12 688	—	2 775
14	Groß-Hamburg	407	414	20—40	25 928	27 215	1 289	—	15—80	4 118	3 907	—	206
15	Leipzig	53	66	20	4 869	5 963	1 094	—	15	809	895	86	—
16	Dresden	257	250	20—50	32 810	37 966	5 156	—	15—30	5 602	5 918	316	—
17	Chemnitz, Zwickau	310	340	20—40	29 918	40 341	10 423	—	15—30	6 964	7 422	458	—
18	Kassel	318	349	20—50	20 126	26 014	5 888	—	15—30	1 055	1 948	893	—
19	Frankfurt a. M.	555	557	25—60	28 683	30 920	2 237	—	15—25	3 263	3 437	174	—
20	Nordl. Westfalen	244	265	20—40	20 263	23 714	3 451	—	15—30	3 913	3 918	5	—
21	Ostfriesland	86	108	20	15 065	13 618	—	1 447	15	2 222	2 482	—	740
22	Südl. Westfalen	361	365	20—40	40 682	46 783	6 181	—	15—20	12 223	13 002	779	—
23	Niederrhein, unbesetztes Gebiet	69	67	25—50	17 967	20 990	3 623	—	15—25	3 446	4 263	817	—
24	Niederrhein, besetztes Gebiet	64	78	25—75	6 801	6 485	—	316	15—80	1 314	1 591	277	—
25	Oberrhein	259	271	20	51 267	43 727	—	7 540	15	3 888	4 690	802	—
26	Hessen	404	401	20—40	30 071	32 510	2 439	—	15—30	2 117	2 258	141	—
27	Pfalz	287	290	20—50	18 107	20 785	2 678	—	15	946	1 160	214	—
28	Baden	859	859	20—40	41 115	38 997	—	2 118	15—30	5 847	4 828	—	1 019
29	Württemberg	520	400	20—40	33 400	24 289	—	9 161	15—30	2 926	2 215	—	711
30	Franken	438	422	20	39 700	41 158	1 458	—	15	1 926	3 147	1 221	—
31	Oberpfalz, Niederbayern	254	196	20—25	13 276	9 762	—	3 514	15—20	1 026	1 331	305	—
32	Oberbayern, Schwaben	264	255	20—30	26 289	29 139	2 850	—	15	6 061	4 211	—	1 840
		9 236	9 734		673 201	1 028 574	90 479	35 106		207 007	192 485	9 245	23 767

diesen wurden aus der Parteikasse besoldet 61 Bezirkssekretäre. In mehreren Fällen wurden außerdem aus der Parteikasse laufende Zuschüsse bewilligt, um die Anstellung einer Sekretärin zu ermöglichen.

Um den vielfach geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, werden ab 1. Januar monatlich die „SPD.-Nachrichten für Funktionäre" herausgegeben, die alle organisatorischen Nachrichten und daneben auch für die Agitation besonders wichtige Notizen bringen. Das Blatt hat großen Anklang gefunden und wird stark verlangt. Die in größeren Bezirken bereits vorher herausgegebenen Mitteilungsblätter werden jetzt vielfach in verkleinerter Form den „SPD.-Nachrichten" beigelegt, womit den Bedürfnissen des Bezirkes mehr Rechnung getragen wird.

Im großen und ganzen bietet unsere Parteiorganisation ein Bild anerkennenswerter Rührigkeit und Pflichttreue. Nur dadurch war sie imstande, den großen Anforderungen auf den verschiedensten Gebieten, wie sie die heutige Zeit und die Bedeutung der Partei erfordern, gerecht zu werden.

In fünf Fällen hatte der zuständige Bezirksvorstand über Ausschlußanträge zu entscheiden. Gegen sämtliche fünf Entscheidungen wurde von den Angeschuldigten beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt. In einem Falle wurde das auf Ausschluß lautende Urteil des Bezirksvorstandes aufgehoben und auf Ausschließung des Beschuldigten von Vertrauensämtern in der Partei auf die Dauer von fünf Jahren erkannt. Der Betreffende ruft dagegen die Entscheidung des Parteitages an. Im zweiten Falle kam das Schiedsgericht zu dem gleichen Beschluß wie der Bezirksvorstand: Erteilung einer Rüge. Im dritten Falle konnte der Parteivorstand dem Antrage auf Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht nachkommen. Die Sache ist von den Antragstellern nicht weiter verfolgt worden. Im vierten Fall hob das Schiedsgericht das auf Ausschluß erkannte Urteil auf und erteilte dem Angeschuldigten eine scharfe Rüge. Im fünften Fall war dasselbe Ergebnis wie im vorgenannten zu verzeichnen; außerdem wurde dem Beschuldigten aufgegeben, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen.

Genosse J. Stelling, der neben Franz Krüger auf dem Kasseler Parteitag neu in den Parteivorstand als angestellter Sekretär gewählt worden war, trat im November 1920 seine Stellung im Bureau des Parteivorstandes an. Bei der Neubildung des Ministeriums in Mecklenburg wurde Stelling wieder nach dort als Minister berufen; der Parteivorstand beurlaubte ihn zu diesem Zweck als Vorstandsmitglied.

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Die Anträge 14, 86 und 173 beauftragten den Parteivorstand, sein Augenmerk besonders auf die Sicherung der Errungenschaften der Revolution zu richten und dem Treiben der reaktionären Elemente Beachtung zu schenken. In enger Fühlung mit den Parteiorganisationen des Landes kam der Parteivorstand dem nach. Insbesondere mußte er sich in vielen Fällen wegen reaktionärer Machenschaften abhilfeheischend an die Regierung wenden. — Die Anträge 15 und 29 wünschten die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Parteifunktionäre. Der Parteivorstand gibt seit 1. Januar d. J. ein solches heraus. Die „Parteikorrespondenz" erscheint weiter, da das Mitteilungsblatt kein voller Ersatz für sie ist. — Für die tatkräftige Förderung des Genossenschaftswesens, wie das Antrag 18 verlangt, ist der Parteivorstand auf Grund der Parteitagsbeschlüsse stets eingetreten. — Auch der Provinzpresse hat der Parteivorstand, soweit es seine Kräfte erlaubten,

vielerorts aus finanziellen Schwierigkeiten geholfen, wie das die Anträge 16 und 17 verlangen. Antrag 13 fordert, daß die Anwesenheitslisten des Reichstags und der Landesparlamente alljährlich in den Wahlkreisen bekanntgegeben werden. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß die Wahlkreise in der Lage sind, von ihren Abgeordneten über ihre Anwesenheit in den Parlamenten selbst Rechenschaft zu fordern. In den Anwesenheitslisten wird kein Unterschied zwischen entschuldbarer und unentschuldbarer Abwesenheit gemacht; sie geben also allein nicht die richtige Unterlage zur Kritik. — Dem Wunsch, mehr Redner nach den östlichen Provinzen zu senden, wie das Antrag 21 verlangt, ist der Parteivorstand, soweit das möglich war, nachgekommen; desgleichen dem Wunsche auf frühzeitigere Versendung von Agitationsmaterial (Antrag 28). Dem Wunsche der Frauenkonferenz (Antrag 343), daß möglichst in allen Agitationsbezirken neben den beamteten Bezirkssekretären eine Genossin als Sekretärin angestellt werden soll, kann der Parteivorstand schon aus finanziellen Gründen nicht allgemein nachkommen. — Mit den Anträgen 25, 26 und 344, die die „Gleichheit" betrafen, haben sich sowohl Parteivorstand als auch Parteiausschuß beschäftigt. Die Bezugsbedingungen der „Gleichheit" mußten, um das Defizit zu beheben, neu geregelt werden. Die „Gleichheit" hat einen erfreulichen Aufschwung genommen: die Abonnentenzahl hat sich mehr als verdoppelt. Ueber die im Antrag 344 angeregte obligatorische Einführung der „Gleichheit" sind die Auffassungen der Genossinnen geteilt. Während der preußischen Wahlrechtsbewegung wurde von der Redaktion des „Vorwärts" eine wöchentliche Frauenbeilage für die Tageszeitungen herausgegeben, die gute Dienste leistete. — Auf die Notwendigkeit der Durchführung des Systems der Betriebsvertrauensmänner (Anträge 62 und 71) weist der Parteivorstand immer wieder hin. — Die Taubstummensektionen (Antrag 67) hat der Parteivorstand nach Möglichkeit unterstützt. — Den Wünschen des Antrages 73, nach dem den Parteimitgliedern der Beitritt zum Republikanischen Führerbund empfohlen werden sollte, glaubte der Parteivorstand allgemein nicht nachkommen zu können. Die Initiative zum Eintritt in solche Organisationen muß vielmehr den einzelnen Parteigenossen überlassen bleiben. — Der Antrag 298 verlangte für Mandatsinhaber, die in Arbeit stehen, eine erhöhte Entschädigung. Der Parteivorstand ist nicht in der Lage, aus allgemeinen Parteimitteln solche Entschädigungen zu zahlen.

Der Sicherung der Volksernährung (Antrag 328) haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion stets die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Einen besonderen Aufruf an die Landwirtschaft zu erlassen hielt der Parteivorstand nicht für zweckmäßig.

Die Anträge 301, 332, 383 und 387 sind dadurch erledigt, daß der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses beschloß, den diesjährigen Parteitag in Görlitz abzuhalten. — Der Antrag 369 ist dadurch erledigt, daß auf der Tagesordnung des diesjährigen Parteitags ein Referat über die Wirkung des Versailler Vertrages auf die innere und äußere Politik steht.

Die Anträge 19, 31, 32, 34, 138/II und 335 verlangen die Förderung der Demokratisierung in Preußen, insbesondere die beschleunigte Verabschiedung einer neuen Städte- und Landgemeindeordnung und Provinzialverfassung. Die Fraktion des Preußischen Landtags hat diesen Anträgen entsprechend ständig gedrängt; trotzdem war es ihr bis jetzt nicht möglich, die Verabschiedung der betreffenden Entwürfe zu erzwingen. Der Angelegenheit wird weiter die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. — Die Gemeindewahlen in Helgoland (Antrag 33) haben inzwischen stattgefunden. Trotz der Be-

mühungen unserer Landtagsfraktion wurde den Alteingesessenen zuliebe eine Karenzzeit aufrechterhalten. — Der Antrag 339 verlangt eine zeitgemäße Revision der Grundsteuer. Der sozialdemokratische Finanzminister Preußens hatte eine Grundsteuervorlage eingebracht; infolge der Obstruktion der Rechten und des Zentrums konnte sie leider in der Preußischen Landesversammlung nicht mehr verabschiedet werden.

Die Anträge 199, 200, 202, 203, 204 und 353 wünschten den Ausbau der internationalen Beziehungen, insbesondere die Besserung des internationalen Nachrichtenwesens der sozialistischen Presse. Ueber den Ausbau der internationalen Beziehungen ist im Kapitel „Internationales" berichtet. Ueber die Notwendigkeit einer besseren Presseberichterstattung ist im internationalen Exekutivkomitee gesprochen worden. Bei dem beabsichtigten Ausbau des Nachrichtenwesens der Parteipresse wird auch dieser Frage in Zukunft Beobachtung geschenkt und das geleistet werden, was nach den finanziellen Kräften geleistet werden kann. Die ausländische Parteipresse wird in einer besonderen Stelle des Parteivorstandes jetzt schon regelmäßig durchgesehen. — Eine Broschüre über den Versailler Friedensvertrag ist im Vorwärtsverlage bereits erschienen und ins Französische und Englische übersetzt worden. Da zu dem Versailler Vertrag billige Kommentare erschienen sind, erübrigt sich eine besondere Parteiausgabe.

Die Anträge 214, 218, 219 und 226 sprechen sich für die Einführung einer internationalen Hilfssprache aus. Das ist eine Angelegenheit, die nur durch internationale Vereinbarung geregelt werden kann. Eine Aussprache auf dem internationalen Sozialistenkongreß erscheint notwendig, bevor in Deutschland praktisch hierzu etwas geschehen kann.

Die Anträge 22 und 27 verlangen Schritte zwecks Einigung der Arbeiterklasse. Der Parteivorstand hält eine Einigung mit den Kommunisten aus grundsätzlichen Gründen zurzeit nicht für möglich. Was die Unabhängige Sozialdemokratische Partei anlangt, so haben sich die Gegensätze abgeschliffen, und der Parteivorstand ist sehr damit einverstanden, daß die Bekämpfung der USP. dort, wo sie notwendig ist, ohne jede Gehässigkeit stattfindet. Natürlich muß das auf Gegenseitigkeit beruhen. Eine organisatorische Einigung kann nur auf dem Wege des demokratischen Sozialismus erfolgen und ist bisher von den Führern der USP. schroff abgelehnt worden.

Rehabilitierung.

Der Genosse Robert Conradt stellte an den Weimarer Parteitag den Antrag, auf Grund der gegenwärtigen veränderten politischen Verhältnisse durch den Parteivorstand eine Prüfung eintreten zu lassen, die nachweisen könnte, daß der im Jahre 1884 gegen ihn erhobene Vorwurf des Parteiverrates zu Unrecht ausgesprochen worden sei. Der Parteitag gab auf Antrag der Mandatsprüfungskommission diesem Antrage statt und überwies ihn dem Parteivorstand. Der Vorstand war nicht in der Lage, dem Kasseler Parteitag über die Erledigung der Angelegenheit Bericht zu erstatten. In der Zwischenzeit sind jedoch Nachforschungen eingehendster Art unternommen worden, die sich auch auf Quellen erstreckten, die der Partei früher verschlossen waren. Diese eingehenden und sorgfältigen Untersuchungen ergaben nichts, was die gegen Conradt im Jahre 1884 erhobene und bis heute aufrechterhaltene Beschuldigung rechtfertigen könnte. — Conradt ist bereits seit langen Jahren wieder Mitglied der Partei, so daß eine Rehabilitierung im Sinne eines Beschlusses, der seine Wiederaufnahmefähigkeit ausspricht, als Konsequenz der Untersuchung nicht notwendig ist.

Frauenbewegung.

Im vergangenen Berichtsjahre mußten wir feststellen, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Bezirken, in denen wir nach der Revolution und unter dem Eindruck des Frauenwahlrechts einen sprunghaften Aufstieg genommen hatten, zurückgegangen war, daß dagegen in den Bezirken mit ruhiger Entwicklung eine Zunahme gebucht werden konnte. In diesem Jahre steht in einigen Bezirken: Pommern, Breslau, Magdeburg, Mecklenburg, Großthüringen, Franken und Oberbayern einem Plus der männlichen ein Minus der weiblichen Mitglieder gegenüber, während das Verhältnis in den Bezirken Oberschlesien, Krefeld und Oberrhein umgekehrt liegt. In den übrigen Bezirken ist gleichlautend Zunahme oder Abnahme zu verzeichnen. Während jedoch beim Endresultat die männlichen Mitgliedsziffern eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen, ist bei den weiblichen Zahlen ein Verlust zu buchen.

Diese Feststellung beweist uns auch in diesem Berichtsjahre wieder, daß die Frauen noch immer schwerer organisierbar sind als die Männer. Es bedarf in Zukunft noch der angestrengtesten Tätigkeit der Gesamtpartei, besonders aber der tätigen Genossinnen, um hier durch systematische politische Schulung der Frauen den notwendigen Ausgleich zu schaffen.

Erfreulicher ist, was von der Mitarbeit der Genossinnen gesagt werden kann. Nach den uns zugegangenen Berichten und den Beobachtungen, die auf Frauenkonferenzen der Bezirke und Unterbezirke gemacht wurden, ist die Arbeit der Genossinnen ruhig, stetig und zielbewußt. Frauenabende wurden systematisch ausgestaltet und regelmäßig abgehalten; eine ganze Reihe der verschiedensten Kurse fanden statt; bei den Wahlen stellten sich unsere Genossinnen für die Propaganda und Kleinarbeit zur Verfügung. Die Zahl der Rednerinnen wächst. Die Genossinnen, die mit der Leitung der Frauenbewegung in ihrem Wohnbezirk betraut sind, arbeiten systematisch und haben merklich an geistiger Initiative gewonnen.

Die Gleichmäßigkeit der Interessen für Mann und Frau auf allen Gebieten des politischen Lebens bedingt ein kameradschaftliches Nebeneinanderarbeiten. Das kommt sowohl bei der parlamentarischen Tätigkeit im Reich und in den Ländern wie auch in der Gemeindearbeit zum Ausdruck. Die vorhandene psychologische Verschiedenheit tritt im Parlament äußerlich höchstens dadurch in Erscheinung, daß bei Gesetzen mit außenpolitischem oder stark wirtschaftlichem Charakter die Aktivität der Frau zurücktritt hinter den Gesetzen mit vorwiegend sozialpolitischem Einschlag. Doch gibt es auch hier Ausnahmen.

Aehnlich so ist es bei der Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern: Gemeinde, Landkreis, wo unsere Genossinnen sich stark den verschiedensten Gebieten der fürsorgerischen Tätigkeit zuwenden.

Man stößt jedoch in der Agitationsarbeit auf eine starke Bitterkeit in Frauenkreisen, die darauf beruht, daß es trotz politischer Gleichberechtigung der Frauen noch nicht gelungen ist, ihre Minderberechtigung im bürgerlichen Recht und in der Rechtspflege zu beseitigen. Es wird nicht recht begriffen, daß Selbstverständlichkeiten, wie z. B. die Zulassung der Frauen zu Schöffen- und Geschworenengerichten und die Oeffnung der juristischen Laufbahn für Frauen noch nicht erfüllt sind. Es erregt Unwillen und Entrüstung unter unseren Genossinnen, daß im Beamtentum noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird (siehe Entlassung unverheirateter Mütter u. a.) und damit der Artikel 128 der Reichsverfassung, ebenso die selbstverständlichen Grundsätze der Demokratie noch nicht erfüllt sind. Im Gegensatz zu den Frauenkreisen, die da meinen, daß das reine Frauenfragen sind, zeigt uns die parlamentarische Tätigkeit immer wieder,

daß es sich um Partei und Weltanschauungsfragen handelt, bei denen die Frauen mit ihren Parteien gehen, auch wenn es sich um sogenannte „Frauenfragen" handelt.

Ja, wie z. B. bei der Entlassung unverheirateter Mütter aus dem Postdienst muß die Partei als Gesamtheit gegen eine Schicht von Frauen arbeiten, die aus verbohrtem Standesdünkel gegen ihre eigenen Kolleginnen wüten.

Mit Genugtuung begrüßen die Genossinnen es, daß es, wiederum durch die Initiative und Tatkraft parlamentarisch tätiger Genossinnen, gelungen ist, die Reichswochenhilfe zu verbessern, und daß endlich ein Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz im Werden ist. Jedoch erregt es größtes Befremden, daß bevölkerungspolitische Materien von größter Bedeutung, wie z. B. der dem Reichsrat vorliegende „Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten", so schleppend behandelt werden.

Anläßlich der Reichstagswahl wurde für die Frauen ein Frauentag als Auftakt zur Wahl angesagt. Die in dieser Woche veranstalteten Versammlungen waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht allzu stark besucht, während die allgemeinen Wählerversammlungen im Durchschnitt von Frauen recht gut besucht waren. Die gleiche Wahrnehmung wurde bei den Wahlen in Mecklenburg, Sachsen und Preußen gemacht. Diese Erfahrungen berechtigen zu dem Schluß, daß besondere Versammlungen für weibliche Wähler nicht zweckmäßig sind, daß dagegen öffentliche Wählerversammlungen mit weiblichen Rednern sehr gut wirken. Nach den statistischen Berichten haben sich die Frauen zahlenmäßig recht stark an den Wahlen beteiligt, doch lassen die Teilfeststellungen vermuten, daß das Frauenwahlrecht der Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht allzu günstig gewesen ist.

Ist in Frauenkreisen der Wunsch nach eigenen Wählerinnenversammlungen nicht so stark, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß ein Bedürfnis nach besonderen Veranstaltungen für Frauen nicht vorhanden sei. Das Bestreben nach eigenen Redner- und Bildungskursen, nach Frauenversammlungen mit Spezialthemen, nach regelmäßigen Frauenabenden zur Weiterbildung und zur Aussprache, zuweilen auch zur Pflege der Geselligkeit ist unverkennbar. Das geschieht nicht aus dem Willen heraus, sich von der allgemeinen Parteibewegung abzusondern, vielmehr um sie zu stärken, indem versucht wird, auf diese Weise auch die Frauen zu erfassen, die noch immer den allgemeinen Veranstaltungen der Partei fernbleiben. Es geschieht aber auch, um die Fragen zu erörtern und die Gebiete zu pflegen, die bei der Ueberlastung der Partei sonst weniger gründlich bearbeitet würden.

Zur Unterstützung der tätigen Genossinnen wurden die „Vortragsdispositionen für den Frauentag" herausgegeben, ebenso die Broschüre: „Praktische Winke für die Frauenbewegung" umgearbeitet und den Bezirken zur Verfügung gestellt. Außer den Flugblättern zur Landtagswahl wurde den Bezirken die Broschüre: „Ein Frauenschicksal" angeboten. Ferner hat sich für die Frauen die vom Verband der Arbeiterjugend-Vereine herausgegebene Broschüre von Klara Bohm-Schuch: „Gehörst du zu uns?" bewährt; ebenso hat die vom Parteivorstand herausgegebene Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus" gute Dienste geleistet.

Sekretärinnen sind bisher in den Bezirken Groß-Berlin, Brandenburg, Niederrhein, westliches Westfalen, Schleswig-Holstein und Breslau, außerdem in München-Stadt angestellt. Im Bezirk Magdeburg hat man einen Sekretär für Jugendbewegung, Bildungswesen und Frauenbewegung freigestellt, im Bezirk Hamburg ist es ähnlich, ein Beweis, daß es die Partei mit der besonderen Pflege der Frauenbewegung ernst nimmt.

Bezirksfrauenkonferenzen fanden seit dem vorjährigen Bericht wieder statt in Groß-Berlin, Thüringen, Niederrhein, Oberrhein, Schleswig-Holstein, Breslau und Görlitz; es nahmen überall die Sekretäre der Unterbezirke teil, auch waren alle vom Parteivorstand beschickt. Eine größere Sorgfalt wurde in diesem Jahre auf die Abhaltung von Frauenkonferenzen in den Unterbezirken gelegt. Ganz besonders dort, wo wir bereits Sekretärinnen haben oder wo es möglich war, einen dazu geeigneten Sekretär teilweise freizustellen. Sämtliche Frauenkonferenzen beschäftigten sich nach dem Vorbild der Reichsfrauenkonferenz in Kassel mit der Möglichkeit der Ausnützung der weiblichen Kräfte für die Gesamtpartei und ihre großen und vielseitigen Aufgaben.

So wurden z. B. im Bezirk Schleswig-Holstein in wenigen Monaten ohne besonderen Kostenaufwand (anläßlich der Vortragsreise der Leiterin der Frauenbewegung) 10 kleine Frauenkonferenzen abgehalten, durch die 154 Ortsvereine erfaßt wurden, während Bezirksfrauenkonferenzen dort immer nur von zirka 40 Orten beschickt werden können. Das hatte sichtbare Belebung der Arbeit zur Folge. Auch im Bezirk Magdeburg sind ähnliche Unterkonferenzen veranstaltet worden. Ebenso wird vom Niederrhein berichtet, daß sich dadurch die Zahl der Funktionärinnen stark vermehrt hat.

Die „Gleichheit" erscheint seit dem 1. Januar wieder vierzehntägig. Die Notwendigkeit hierfür ergab sich aus der Erhöhung der Herstellungs- und Versandkosten. Die Zahl der Leserinnen hat im Berichtsjahre erfreulich zugenommen. Jedoch muß noch viel mehr erkannt werden, daß die Zeitung als Aufklärungs- und Informationsorgan für die Frauenbewegung unentbehrlich ist.

Dem Drang der Genossinnen zur positiven Mitarbeit kommt die Einrichtung des

Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt

entgegen. Er bezweckt die Mitarbeit der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Im besonderen will er die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre sachgemäße Ausführung fördern.

Diesen Zweck will er erreichen durch: Zusammenfassung aller an der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer, Gewinnung neuer Kräfte, Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte, Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Oeffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung. Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Besetzung von Stellen und bei der Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtspflege, Vertretung der Arbeiterschaft bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Selbstverwaltungskörper, bei Zusammenschlüssen der Wohlfahrtsorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit gleichartigen Organisationen.

Nachdem die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich mit allen möglichen Kulturproblemen: Schule, Bildung, Jugendbewegung, organisatorisch befaßte, will sie auch das große Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege zu durchdringen suchen. Die stete Berührung mit dem sozialen Leben, die Beschäftigung mit der Sozialpolitik und die Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern sind ihr Anschauungsunterricht und weisen den Weg.

Das Bestreben der organisierten Arbeiterschaft, bei sozialen Schäden zur Selbsthilfe zu greifen, ist durchaus nicht neu. Um der großen sozialen Kindernot abzuhelfen, haben z. B. die sozialdemokratischen Frauen in den Großstädten schon vor dem Kriege Kinderferienwanderungen veranstaltet, mit denen ganze oder teilweise Verpflegung verbunden war. Die Kinderschutzkommissionen befaßten sich hauptsächlich mit dem Schutze der Kinder vor sitt-

licher und körperlicher Verwahrlosung, vor gesetzwidriger Ausbeutung bei gewerblicher Arbeit. Diese eigenen Veranstaltungen wurden durch die Not des Krieges unmöglich gemacht. Die Arbeiterfrauen mußten bei überlanger Arbeitszeit in der Munitionsindustrie und anderswo schaffen. Andererseits sind aber gerade in dieser Zeit, durch die große soziale Not der Jugend und weiter Volksschichten getrieben, große Kreise der sozialistischen Männer und Frauen in die allgemeine Wohlfahrtsarbeit hineingekommen. Die Demokratie hat der Arbeiterschaft rechtmäßig Arbeitsgebiete erschlossen, zu denen sie früher nur vereinzelt zugelassen wurde.

Der die Arbeiterschaft auch in dieser Frage beherrschende Leitgedanke ist demnach: Nicht nur Objekt, sondern Subjekt der Wohlfahrtspflege wollen wir sein.

Die Gründung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt geschah am 13. Dezember 1919. Bis heute sind zirka 300 Orts- und 28 Bezirksausschüsse gemeldet. Der Hauptausschuß beschäftigte sich bisher vornehmlich mit der Förderung der Organisation, mit der Sammlung von Material zu den dazugehörigen Fragen. Er hat sich den Reichs- und preußischen Behörden angemeldet und ist durch Delegationen in amtlichen und halbamtlichen, in privaten Veranstaltungen und Organisationen vertreten; er fördert auf jede mögliche Weise die Ausbildung von Kräften für die Wohlfahrtspflege (für Beruf und ehrenamtliche Mitarbeit) und beschäftigt sich mit den schwebenden Problemen unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten und vom prinzipiellen Standpunkt. Es ist ganz besonders gelungen, die Ausbildung von weiblichen sozialen Arbeitskräften zu fördern. Unter Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium des Innern, den verschiedenen Gewerkschaften und sozialen Frauenschulen sind zirka 120 Arbeiterinnen (nach paritätischer Auswahl) in einem Sonderlehrgang für die soziale Berufsausbildung geschult worden. Daß man neuerdings von Reichs und Staats wegen Stipendien an ehemalige Volksschülerinnen für die ordentlichen Lehrgänge an sozialen Frauenschulen geben will, ist unter anderem auch auf die Aktivität des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt zurückzuführen. An den Berliner Lehrgängen für Wohlfahrtspflege ist er ebenfalls stark beteiligt. Ein eigener Kursus für Teilnehmer aus dem ganzen Reich wurde vom 25. bis 31. Oktober 1920 abgehalten. In den Bezirken (Provinzen, Ländern) sowie in den größeren Orten finden neben den von amtlichen Stellen geförderten auch eine Reihe von eigenen Kursen statt.

Einen weiten Raum in den Sitzungen des Hauptausschusses nahm der Gedanke der sozialen Selbsthilfe ein, wie ihn Dr. Caspari im „Vorwärts", Nr. 562 vom 14. November 1920, unter dem Titel: „Fremde Wohlfahrt, eigene Würde" behandelt hat. Die Aufbringung der Mittel für die Wohlfahrtspflege, ganz besonders für Jugendwohlfahrt, durch periodische oder regelmäßige Abführung von Stunden- oder Schichtlöhnen mit und ohne entsprechende Beiträge der Arbeitgeber begegnet in den Kreisen der Arbeiter einer starken Sympathie. Jedoch kann der Hauptausschuß der Sache nur propagandistisch und durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften dienen, die hierbei ausschlaggebend sind. In den Ortsausschüssen ist die Arbeit je nach den örtlichen Verhältnissen ganz verschieden. Ein umfassendes Bild läßt sich auf beschränktem Raum nicht geben. Man arbeitet in den Gemeinden mit Ferienwanderungen, stellt Helferinnen für Kindertransporte ins Ausland und bei der Versendung im Inland, ebenso für die Quäkerspeisungen u. a. m. Die Ortsausschüsse befolgen den Grundsatz, daß die soziale Gemeinschaft, verkörpert in der Gemeinde, die Pflicht hat, für ihre Glieder zu sorgen und daß der einzelne als Glied der Gemeinschaft verpflichtet ist, nach besten Kräften an der Verfolgung dieses Zieles mitzuwirken.

Die Arbeiterjugendbewegung.

Erst im Jahre 1920 gelang es, in allen Teilen des Reiches wieder festen Fuß zu fassen, die Vorbedingungen für die Schaffung eines großen Organisationsnetzes über das ganze Reich zu erfüllen. Erschwert wurde diese Arbeit auch jetzt noch durch die Nachwirkungen der Revolution und der Kriegszeit. Die links von uns stehenden Bewegungen nahmen im Anfang noch zu, zwar ohne daß wir dadurch darunter litten, jedoch mußten wir bei der Agitation und auch bei der praktischen Arbeit in stärkerem Maße als bisher mit diesen Bewegungen rechnen. Eine Verstärkung erfuhr zu der gleichen Zeit auch der rechtsstehende Teil der deutschen Jugend, die Deutschnationalen. Ihnen gegenüber war unsere Kampfstellung vom ersten Augenblick an gegeben, und überall, wo sie sich mit ihrer Agitation hervorwagten, wurde ihnen von unserer Seite mit Entschiedenheit entgegengetreten.

Große Schwierigkeiten bereitete bei unserer Arbeit die ununterbrochene Verteuerung aller Verwaltungsmaterialien für die Jugendarbeit. Die Wohnungsnot nahm uns manches schöne Heim, und die wenigen, die uns blieben, verschlangen Unsummen für Mieten und Heizung. Dann stiegen die Preise für die Zeitschriften und die Jugendliteratur, kurzum, überall stellten sich einer geordneten Jugendarbeit unüberwindlich erscheinende Hindernisse in den Weg. Wenn es trotzdem gelang, sie zu überwinden und die Bewegung auszudehnen, dann danken wir das der aufopferungsvollen Mitarbeit all der Genossinnen und Genossen.

Zum ersten Male seit Kriegsausbruch ist es möglich, die Entwicklung unserer Organisation auch statistisch festzustellen. Im letzten Jahresbericht war das nur möglich für das Quartal Oktober bis Dezember 1919. Diesmal liegen die Berichte für das Jahr 1920 vollständig vor. Von den 38 Bezirksverbänden, in die der Verband aufgeteilt ist, haben in den ersten drei Vierteljahren je 33 berichtet. Die Bezirke Pommern, Baden, Crefeld, Oberpfalz und Nordwest fehlen. Pommern, Oberpfalz und Baden sind erst im Laufe des Jahres zu geordneter Arbeit gekommen, sie berichten erstmalig für das vierte Quartal 1920. Die bisher im Bezirksverband Danzig zusammengefaßten Organisationen wurden im Laufe des Jahres durch die Schaffung des Freistaates Danzig vom Reiche losgelöst. Sie gehören dem Verband trotzdem weiter als Bezirksverband an. Die Vereine des besetzten Gebietes im Westen hatten in der ersten Zeit der Besetzung unter Schwierigkeiten bei der Zeitungsbestellung und bei der Durchführung der Veranstaltungen zu leiden. Im Laufe der Zeit sind diese Hemmnisse zum größten Teil beseitigt worden; es ist möglich gewesen, neue Vereine zu gründen. Die Verbindung mit den Vereinen des Bezirksverbandes Ostpreußen ist durch die Schaffung des polnischen Korridors erheblich erschwert worden. Es ist dort im Berichtsjahre ein Stillstand zu verzeichnen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Oberschlesien, wo alles Interesse sich auf den Abstimmungskampf konzentrierte.

In den schwächsten Bezirken wurden im Laufe des Jahres Jugendleiterkurse veranstaltet, die der Hauptvorstand durch Entsendung von Referenten unterstützte. Solche Kurse fanden statt in den Bezirken Baden, Thüringen, Mecklenburg-Lübeck, Oldenburg-Ostfriesland, Leipzig und Görlitz. In diesen Bezirken haben sich die Kurse außerordentlich ausgewirkt. Die Bewegung hat sich gefestigt, es wurden neue Mitarbeiter herangebildet. Das gilt sowohl für die Bezirke Leipzig und Thüringen, wo unsere Arbeit besonders unter der starken Agitation der Linksradikalen zu leiden hatte. Leipzig und Thüringen waren ihre Hochburgen, und erst nach den Kursen ist es gelungen, hier vorwärtszu-

kommen. Das gilt vor allem vom Bezirk Groß-Thüringen, in dem unsere Bewegung in der letzten Zeit große Fortschritte zu verzeichnen hat.

Außerordentlich schwierig ist die Arbeit in den süddeutschen Bezirken. Dort muß sich unsere Bewegung jeden kleinen Fortschritt schwer erkämpfen. Trotzdem geht es vorwärts. Die Vereine mehren sich, die Mitgliederzahlen steigen langsam aber stetig. Sehr gut entwickelten sich die Bezirke Görlitz, Mittelelbe, Westliches Westfalen, Oberrhein, Ostsachsen, Chemnitz und Hessen-Darmstadt. An der Spitze standen am Schluß des Jahres die Bezirke Westliches Westfalen mit 88 Vereinen und 6450 Mitgliedern und Mittelelbe mit 95 Vereinen und 6000 Mitgliedern. Von dem regen Leben in allen Bezirken zeugt die Tatsache, daß im Berichtsjahr insgesamt 35 Bezirkskonferenzen, 25 Bezirksjugendtage und 8 Jugendleiterkurse stattfanden.

Die gesteigerte Tätigkeit kommt auch zum Ausdruck in dem Bestreben der Bezirksleitungen, ihre Vereine mit Jugendvereinsliteratur und Verwaltungsmaterial zu versorgen. Eine ganze Reihe von Bezirksleitungen hatten am Schlusse des Jahres gut funktionierende Vertriebsstellen mit ständig steigendem Umsatz. Am rührigsten zeigten sich dabei die Bezirke Hamburg, Mittelelbe und Brandenburg-Groß-Berlin.

Von überragender Bedeutung wurde die erste Reichskonferenz des Verbandes in Weimar. Neben all den anderen Wünschen kam hier vor allem der Wille der Mitglieder zum Ausdruck, eine straffere Zentralisation durchzuführen. Der Reichsausschuß hat dann in seinen späteren Beratungen über die Statuten neben den anderen Anträgen auch diesen berücksichtigt, und die jetzt in Kraft getretenen neuen Verbandssatzungen sehen die Abführung eines Jahresbeitrages von einer Mark an den Hauptvorstand vor. Damit ist ein Weg gewiesen, unsere Organisation auch in finanzieller Beziehung leistungsfähiger und unabhängiger zu gestalten. Die Ausdehnung des Verbandes, die vor allem nach dem Reichsjugendtag zutage trat, machte eine Vergrößerung des Hauptvorstandsbureaus notwendig. Am 1. Dezember 1920 wurde zur Unterstützung des Genossen Albrecht Erich Ollenhauer als zweiter Sekretär angestellt. Der auf der Reichskonferenz neugewählte Hauptvorstand, dem als jugendliche Vertreter die Genossen Westphal (Hamburg), Spiegel (Stuttgart), Ollenhauer (Magdeburg), Rüdiger (Berlin) und Schaper (Berlin) und als Parteivertreter die Genossen Heinrich Schulz, Bartels, Sassenbach, Weimann und die Genossin Juchacz angehörten, hatte in verschiedenen Sitzungen eine Fülle von Arbeit zu bewältigen.

Sehr wertvoll sind die Mitteilungen über die Zahl der Funktionäre, der Mitarbeiter in unseren Organisationen. Wir schlossen das Jahr 1919 mit insgesamt 2168 Funktionären. Im ersten Quartal 1920 berichteten 318 Vereine aus 26 Bezirksverbänden über 4266 Funktionäre. Im vierten Quartal meldeten 544 Vereine aus 30 Bezirksverbänden 5666 Funktionäre. Während sich die Zahl der Mitarbeiter über 18 Jahre gegen das Vorjahr nur unerheblich erhöht hat, ist die Zahl der Funktionäre von 16 bis 18 Jahren ganz erheblich gestiegen. Das ist der beste Beweis dafür, daß unsere Bewegung überwiegend von der Jugend selbst getragen wird. Erfreulich ist weiter die zunehmende Mitarbeit der Mädchen. Die Fülle der Organisationsarbeit, die in den einzelnen Vereinen zu leisten ist, kommt am besten in den Zahlen über die Mitgliederversammlungen zum Ausdruck. Im letzten Quartal berichteten 578 Vereine aus 32 Bezirksverbänden über 1972 Mitgliederversammlungen mit 35 597 männlichen und 16 007 weiblichen Besuchern.

Zur Agitation fanden zahlreiche öffentliche Jugendversammlungen statt, die sich im Laufe des Jahres ständig mehrten, trotzdem man allenthalben dazu über-

geht, an die Stelle der Agitationsversammlungen Jugendfeste als werbende Veranstaltungen zu setzen. So wurden im letzten Vierteljahr des Berichtsjahres in 578 Vereinen aus 32 Bezirksverbänden 586 Jugendfeste veranstaltet, die 35 498 männliche und 21 764 weibliche Besucher aufwiesen. Bemerkenswert ist die außerordentlich starke Beteiligung der weiblichen Jugend an diesen Veranstaltungen.

Welche Summen die Arbeit unserer Organisation verschlingt, das zeigen die Kassenberichte, die allerdings nur ein sehr unvollständiges Bild geben, weil ein großer Teil unserer Vereine diesen Teil des Berichtsbogens anscheinend „grundsätzlich" nicht ausfüllt. Im vierten Quartal berichteten 513 Vereine aus 30 Bezirksverbänden über eine Gesamteinnahme von 331 455,02 Mk. Erfreulich ist das erhebliche Steigen der Einnahmen durch die Erhöhung der Beiträge der Jugendlichen selbst. Ueber die Ausgaben berichtete dieselbe Anzahl Vereine. Sie erreichten die Summe von 333,266,20 Mk. Die Mieten und Heizungskosten für die Jugendheime, das Verwaltungsmaterial und die Zeitschriften verschlingen ungeheure Summen. Da die Mittel beschränkt sind, leidet darunter die eigentliche Jugendarbeit. Wir müssen darum mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß uns die Jugendheime und Schulräume durch die Behörden kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle noch unsere Mitarbeit in den staatlichen Ausschüssen für Jugendpflege. Unserem Wirken ist es in erster Linie zu danken, daß vielerorts diese Ausschüsse im neuzeitlichen Sinne umgestaltet und zu wirklichen Jugendausschüssen wurden. Bedenkt man, daß in Preußen die für diesen Fonds bereitgestellte Summe jetzt 6 Millionen Mark beträgt, so zeigt es sich, daß wir bis jetzt nur im geringen Umfange an diesen Zuschüssen des Staates zur Förderung der Jugendpflege beteiligt sind.

Die „Arbeiter-Jugend" ist seit der Verbandsgründung Verbandsorgan. Allen Mitgliedern soll sie obligatorisch geliefert werden. Es ist ein gutes Zeichen für die Opferwilligkeit der Mitglieder, daß die Auflage trotz erheblicher Preissteigerung nicht zurückging, sondern sich fest auf 60 000 hielt.

Neben der „Arbeiter-Jugend" wurde ab 1. April das „Rundschreiben" als Monatsschrift für die Führer und Helfer unserer Bewegung herausgegeben. Es erwies sich bald als ein wichtiges Hilfsmittel für die gesamte Jugendarbeit und gab den Praktikern der Bewegung Gelegenheit zum Austausch der Meinungen. Mit dem 1. Januar dieses Jahres ist an seine Stelle der „Führer" getreten, der in erhöhter Auflage und in verbesserter Form die Arbeit des Rundschreibens mit gutem Erfolg fortsetzt. Dazu treten die zahlreichen Mitteilungsblätter der Bezirksleitungen und die bis jetzt leider nur noch wenigen Jugendbeilagen der Parteipresse.

Zu diesen Zeitschriften kommt noch die im Laufe des Berichtsjahres erschienene Jugendliteratur der Bewegung. Im eigenen Verlag wurde vor allem das Weimarbuch herausgegeben, das zu allen Zeiten eines der wertvollsten Bücher unserer Bewegung bleiben wird. Dann kommt hinzu der im Vorwärts-Verlag erschienene „Jungvolk-Kalender 1921". Vom Jugendliederbuch brachte die Buchhandlung Vorwärts eine neue Auflage heraus. Dann ließen wir den Jahresbericht 1919/20 und den Konferenzbericht von Weimar drucken. Außerdem wurden einige unserer Flugblätter und ein Teil des Verwaltungsmaterials neu bearbeitet und herausgegeben.

Das Jugendschutzgesetz ist noch nicht da. Im Berichtsjahr ist der Hauptvorstand wiederholt mit Eingaben und Resolutionen an die Reichsregierung und den Reichstag herangetreten, die Reichskonferenz forderte das Jugendschutzgesetz, trotz alledem konnte ein positiver Erfolg bis heute nicht er-

zielt werden. Unsere Vereine im Reich mußten sich darauf beschränken, bei ihrer Jugendschutzarbeit die Durchführung der bereits bestehenden Jugendschutzbestimmungen zu überwachen, die Anerkennung des Achtstundentages für die Jugend zu erzwingen und vor allem die Einrechnung der Zeit für den Schulbesuch in die Arbeitszeit zu erkämpfen.

Im Laufe des Jahres wurde der Entwurf eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes bekannt. Das Gesetz soll vor allem der körperlich oder sittlich gefährdeten Jugend, und zwar vom Mutterleibe an, Hilfe angedeihen lassen und ist darum nur in einigen Abschnitten für uns von Wichtigkeit. Es wird nach Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag im nächsten Bericht an der Zeit sein, das Gesetz eingehender zu behandeln. Einige wichtige Bestimmungen für die werktätige Jugend brachte das Betriebsrätegesetz. Da das Gesetz ausschließlich in das wirtschaftliche Gebiet fällt, setzen sich die Gewerkschaften für die durch das Gesetz der Jugend zugestandenen Rechte ein, so daß wir hier wenig zu tun hatten.

Unsere Arbeiterjugendbewegung ist eine Erziehungsgemeinschaft und keine politische Kampforganisation. Die Bildungsarbeit ist das Fundament unserer Bewegung, und die Zahlen, die aus dem Vorjahre vorliegen, zeigen uns, daß dieser Teil der Arbeit ständig an Ausdehnung gewinnt. Das ist der beste Beweis dafür, daß mit dem Uebergang zur Jugendbewegung durchaus kein Abflauen des Interesses an der Bildungsarbeit verbunden ist. Die Arbeiterjugend hat ganz richtig erkannt, daß heute die Bildungsarbeit wichtiger als je zuvor ist, sie pflegt sie in erhöhtem Maße, seitdem sie auch Zeit findet, in frohen Stunden Kräfte für ernste Arbeit zu sammeln.

Aus den Zahlen ist zu entnehmen, daß in den Sommermonaten naturgemäß die ernste Arbeit etwas in den Hintergrund tritt, daß aber im letzten Quartal des Berichtsjahres die Höchstzahl der Einzelvorträge mit 1955 erreicht wird. Dasselbe gilt von der Beteiligung. Besonders erfreulich ist die starke Vermehrung der Vortragskurse. Wir sehen hier, wie man mit der zunehmenden politischen Beruhigung mehr und mehr zu ernster, stiller und tiefergehender Bildungsarbeit kommt und sich durchaus nicht begnügt mit einstündigen Einzelvorträgen. Es ist zu hoffen, daß dieser Fortschritt auch im laufenden Jahre anhält. Verteilen wir die Vorträge auf die einzelnen Wissensgebiete, dann zeigt sich, daß die Vorträge über die Jugendbewegung an der Spitze stehen. Dann folgen Volkswirtschaft und Politik, Kunst und Literatur, Naturwissenschaft und Geschichte.

Die Zunahme der Bildungsarbeit sehen wir nicht nur hier, sondern auch bei den Lese- und Diskutierabenden. Auch da stehen die Zahlen des letzten Vierteljahres an der Spitze. Zu diesen Bildungsveranstaltungen kommen noch die Führungen und Besichtigungen, die Theater- und Konzertbesuche. Auch dort zeigt sich uns das gleiche Bild, das nicht nur gezeichnet wird durch die steigende Vereinszahl, sondern auch durch die vermehrte Arbeit in den Vereinen. Zur Bildungsarbeit sind auch die Jugendbibliotheken zu rechnen. Leider fehlen uns Angaben über Zahl und Stärke der Jugendbibliotheken in den einzelnen Vereinen. Es ist jedoch aus den Kassenberichten zu ersehen, daß die Ausgaben für diesen Zweck im Laufe des Jahres erheblich gestiegen sind, daß also Mittel zur weiteren Ausgestaltung der Bibliotheken in reichem Maße aufgewandt wurden.

Dabei soll nicht vergessen werden, daß in vielen Orten die Jungsozialisten und der Arbeiterjugendverein auf dem Gebiet der Bildungsarbeit eng zusammenarbeiten. Weiter kommt hinzu, daß die in den letzten Jahren so zahlreich eingerichteten Volkshochschulen in starkem Maße von unseren Anhängern besucht werden, so daß die Bildungsarbeit, die mittelbar und unmittelbar durch

uns geleistet wird, noch bedeutend umfangreicher ist, als in den vorliegenden Zahlen zum Ausdruck kommt.

Wandern, Spiel und Körperpflege hat im Vorjahre die ernsteste Beachtung gefunden. Das Wandern wurde zwar erheblich erschwert durch die hohen Fahrpreise. Die wiederholten Bemühungen des Hauptvorstandes, allein und gemeinsam mit anderen Organisationen, die Ermäßigung dahin zu erweitern, daß die Jugend zum halben Fahrpreis der vierten Wagenklasse befördert wird, waren leider erfolglos. Die Höchstzahl der Wanderungen wurde im dritten Quartal mit 2061 erzielt, ebenso bei den Außenspielen und Volkstänzen mit 2134 Veranstaltungen. Während bei den Wanderungen die Mädchen verhältnismäßig schwach beteiligt sind, ist ihre Teilnahme an den Volkstänzen und Außenspielen außerordentlich groß.

Nicht zu vergessen ist an dieser Stelle das Wirken des Verbandes für den Verband für deutsche Jugendherbergen, dem unser Verband als Gesamtverband und auch viele Bezirksverbände und Ortsvereine angeschlossen sind. Die Jugendherbergen wurden im Laufe des Jahres erheblich vermehrt. Die Segnungen, die daraus für die gesamte wandernde Jugend erwachsen, machen sich mehr und mehr auch in unseren Kreisen geltend. Notwendig ist die nachdrücklichste Förderung dieses Werkes durch den Erwerb der Mitgliedschaft durch unsere Vereine und auch durch Einzelmitglieder und die eifrigste Mitarbeit.

Neben Wandern und Spiel wurde auch der Sport in den Vereinen mehr als bisher gepflegt. Teils wurden dazu mit den Arbeiterturnern Vereinbarungen getroffen, teils gründeten unsere Vereine eigene Turnabteilungen.

Erwähnt seien bei diesem Teil des Berichts noch die geselligen und unterhaltenden Veranstaltungen, die einen beträchtlichen Prozentsatz aller Veranstaltungen ausmachen. Es weiß jeder aus der Praxis, daß die Unterhaltungs- und Geselligkeitsabende bei weitem nicht immer Spiel- und Tanzabende sind, sondern sehr oft mit einem bunten Programm ausgestaltet werden, das einen hohen erzieherischen Wert haben kann. Man verachte auch nicht den Wert einer echten, natürlichen Geselligkeit und einer frohen Jugendgemeinschaft. Es ist in der Gegenwart schon eine Kulturtat, daß es uns in einem Vierteljahr gelungen ist, auf 3039 Veranstaltungen 68 289 Jungen und 41 653 Mädchen echte Jugendfreude und wahres Gemeinschaftsleben geboten zu haben.

So zeigt die Entwicklung unserer Arbeiterjugendbewegung im Jahre 1920 ein erfreuliches inneres und äußeres Wachstum; möge dieses auch im neuen Jahre anhalten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Die innere Festigung unserer Partei während des letzten Jahres spiegelt sich auch in der Lehrerbewegung wider. Die Beschlüsse des Kasseler Parteitages gaben den festen Boden ab, auf dem die organisatorische Arbeit von der Berliner Zentrale über die Bezirksgruppen bis hinab zu den einzelnen Ortsgruppen überall in stetem und engstem Einvernehmen mit der Partei selbst geleistet werden konnte. Die Organisation ist jetzt in fast allen Bezirken vollendet, und so läßt sich der zahlenmäßige Ueberblick über die Mitarbeit unserer parteigenössischen Lehrerschaft auf wesentlich sicheren Grundlagen geben als im Vorjahre. In Ostpreußen, in einigen süddeutschen Bezirken und am Oberrhein bestehen noch organisatorische Schwierigkeiten, die aber aller Voraussicht nach bald überwunden sein werden. Die Mißhelligkeiten, die durch den „Verband sozialistischer Lehrer“ (jetzt „Freie Lehrergewerkschaft“) im ersten Jahre unserer Arbeit entstanden waren, traten erfreulicherweise je länger je mehr zurück, die

parteigenössische Lehrerschaft steht jetzt nahezu geschlossen auf dem Boden unserer Arbeitsgemeinschaft.

Der wichtigste Teil der Arbeit unserer Ortsgruppen galt der Unterstützung der Partei bei ihren kulturellen Aufgaben. In den weitaus meisten Bezirken ist hier das Hand-in-Hand-arbeiten der Partei mit ihrer Lehrerorganisation schon jetzt zur Selbstverständlichkeit geworden. Von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft waren, soweit zahlenmäßige Unterlagen vorhanden sind, im Berichtsjahre tätig:

in der Jugendbewegung	240
in der Bildungsarbeit	520
als Referenten	mehr als 700

Insgesamt haben die Mitglieder der einzelnen Ortsgruppen über 2500 öffentliche Versammlungen abgehalten.

Auf schulpolitischem Gebiete galt die Hauptarbeit der Erarbeitung eines sozialdemokratischen Schulprogramms. Fast alle Ortsgruppen beteiligten sich an den vorbereitenden Arbeiten, und eine Hauptaussprache fand im Dezember 1920 konnte bereits eine Sichtung des vorliegenden Materials vornehmen. Der Kulturtag zu Dresden übertrug dann die endgültige Ausarbeitung der Hamburger Bezirksgruppe, die ihren Entwurf am Schlusse des Berichtsjahres der Partei überreichen konnte.

Der erste sozialdemokratische Lehrertag, der im Rahmen des Dresdener Kulturtages am 24. und 25. März stattfand, zeigte am besten, welchen Umfang und welche innere Kraft die sozialdemokratische Lehrerbewegung bereits besitzt. Ueber 400 parteigenössische Lehrer waren zu dieser ersten Kundgebung zusammengekommen. Die Beratungen galten am ersten Tage der Frage der weltlichen Gemeinschaftsschule und des neuen Geschichtsunterrichtes. Der zweite Tag befaßte sich mit der Mitarbeit des Lehrers in der Bildungsbewegung und mit dem Schulprogramm unserer Partei. Die gesamte Tagung war ein voller Erfolg, ihre organisatorischen Auswirkungen werden sich noch im Laufe des kommenden Jahres bemerkbar machen.

Die bisherige Wochenschrift der Arbeitsgemeinschaft, „Der freie Lehrer", wurde seit dem Juli dieses Jahres zu einer Monatsschrift umgestaltet, weil sich auf diesem Wege eine reichere inhaltliche Ausgestaltung ermöglichen läßt und zugleich die bisherigen ganz erheblichen Zuschüsse des Parteivorstandes herabgemindert werden konnten. Die Zeitschrift wird in der neuen Ausstattung vielleicht noch besser als früher ihren eigentlichen Zweck erfüllen und das innere Band der neuen Organisation bilden. Gerade die weitverstreuten Vorposten unserer Bewegung, die Lehrer auf dem flachen Lande, werden durch das eigene Organ der Arbeitsgemeinschaft in enger Fühlung mit den besonderen Aufgaben der parteigenössischen Lehrer gehalten werden.

Die organisatorischen Aufgaben brachten im Berichtsjahre eine erhebliche Vergrößerung des Arbeitskreises der Berliner Geschäftsstelle mit sich. Die laufenden Geschäfte wurden wie bisher im engsten Einvernehmen mit dem Hauptvorstand erledigt.

Als Agitationsmaterial konnte die Geschäftsstelle den Bezirken eine Reihe von Flugblättern und Werbeschriften zur Verfügung stellen. Zur preußischen Landtagswahl wurde ein besonderes Flugblatt herausgegeben. Einen großen Teil der Arbeit der Geschäftsstelle nahm wieder die Erledigung von Beschwerden parteigenössischer Lehrer wegen Drangsalierung oder Zurücksetzung aus politischen Beweggründen in Anspruch. Hier wird erst die zunehmende Demokratisierung der Schulverwaltung wirklich durchgreifend Wandel schaffen können.

Die kommenden Schulkämpfe werden die parteigenössische Lehrerschaft vor neue Aufgaben stellen. Der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft faßte bereits am 3. Juni eine Kundgebung zu dem Ausführungsgesetz zu Artikel 146 der Reichsverfassung. Bei dieser Sitzung war auch die Reichstagsfraktion und die preußische Landtagsfraktion vertreten. So werden auch in Zukunft die besonderen schulpolitischen und kulturellen Aufgaben unserer Partei am besten gelöst werden durch ein enges Zusammengehen aller zur Mitarbeit bereiten und berufenen Faktoren.

Die Beamtenbewegung.

Das Streben der „Zentralstelle für Beamtenagitation" war nicht auf Schaffung sozialistischer Sonderorganisationen für Beamte gerichtet, ihre Bemühungen bestanden vielmehr darin, die Beamten der Partei organisatorisch zuzuführen. Dank der politischen Befreiung der bisher vom alten Obrigkeitsstaat geistig geknechteten Beamtenschaft strömten den sozialistischen Parteien zahlreiche Anhänger zu. Bei vielen Beamten fehlte das Verständnis für die Psyche des Industriearbeiters — eine Folge des vom früheren Obrigkeitsstaat in der Beamtenschaft künstlich großgezogenen Standesdünkels. Für die Zentralstelle für Beamtenagitation ergab sich hieraus die Aufgabe, beide Gruppen einander näherzubringen, Verständnis und Vertrauen zu wecken, das Mißtrauen vieler Parteigenossen gegen den Zuwachs aus der Beamtenschaft zu zerstreuen, die unserer Organisation beigetretenen Beamten mit den Nöten, Leiden und Idealen der Handarbeiterschaft vertraut zu machen und sie zu tätigen Mitgliedern der Partei zu erziehen.

Um das gesteckte Ziel zu erreichen, war es notwendig, Richtlinien für die Organisations- und Agitationsarbeit unter den Beamten herauszugeben sowie ein Organ zu schaffen, das die schwebenden Beamtenfragen unter dem Gesichtswinkel sozialistischer Auffassung behandelte und das dabei die Aufgabe erfüllte, die Funktionäre in der Beamtenbewegung über den Stand und den Fortschritt der Organisationsarbeit in ihren Reihen zu unterrichten. „Der freie Beamte", das Mitteilungsblatt der Zentralstelle für Beamtenagitation, wurde am 1. Mai 1920 vom Parteivorstand herausgegeben. Es erscheint noch heute als Wochenschrift im Umfange von acht Seiten. Zahlreiche Wünsche für den Ausbau dieses Mitteilungsblattes, insbesondere nach der sozialistisch-theoretischen Seite, mußten zurückgestellt werden, vor allem wegen der damit verbundenen hohen Kosten. Das Bestreben der Zentralstelle geht dahin, dem „Freien Beamten" Eingang in alle Beamtenkreise zu verschaffen und dem — ursprünglich den Funktionären in der Beamtenbewegung kostenlos gelieferten — Mitteilungsblatt einen größeren zahlenden Abonnentenstand zu sichern. Von diesem Ziel sind wir heute noch weit entfernt, denn „Der freie Beamte" erfordert noch große Zuschüsse.

Die gesamte Agitation unter der Beamtenschaft wurde von der Zentralstelle durch die Lieferung von Aufklärungsmaterial unterstützt. Hunderttausende Broschüren und Flugblätter gingen an die Bezirks- und Ortssekretariate, teilweise auch direkt an die im Vordertreffen der Agitation stehenden Beamtengenossen. Zu den Reichstagswahlen wurden besondere Flugblätter für Beamte herausgegeben und von der Zentralstelle direkt an die Organisationen versandt. Die inzwischen immer mehr steigenden Druck- und Transportkosten machten es notwendig, bei den Wahlen zur Preußischen Landesversammlung auf zentrale Herstellung und Versand von Wahlflugblättern für die Beamten zu verzichten.

An dessen Stelle wurden den Bezirken Entwürfe zur Selbstanfertigung von Flugblättern für die Beamtenagitation vom Parteivorstand zur Verfügung gestellt. Leider muß festgestellt werden, daß zahlreiche Bezirke die Anfertigung von Beamtenflugblättern unterlassen haben. Ganze Provinzen gingen ohne besondere Agitation unter den Beamten in den Wahlkampf. Neben der Herausgabe von Werbematerial hat die Zentralstelle die Agitationsarbeit unter den Beamten durch Referentenvermittlungen, Zeitungsagitationen, schriftliche Anregungen usw. unterstützt. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben bestand weiter in der Erledigung zahlreicher Beschwerdefälle aus Beamtenkreisen über Maßregelungen parteigenössischer Beamter durch reaktionäre Vorgesetzte. Sobald es sich um einwandfrei festgestellte politische Maßregelungsfälle handelte, wurde versucht, durch direkte Intervention bei den Zentralbehörden oder durch Vermittlung parteigenössischer Abgeordneter Abhilfe zu schaffen. In manchen Fällen konnte ein Erfolg erzielt werden. Ueberzeugungstreue und Mut ist in manchem Amte nötig, wenn man sich offen als Sozialdemokrat bekennt. Fälle, in denen parteigenössische Beamte im Konflikt mit ihren reaktionären Vorgesetzten den kürzeren gezogen haben, finden unter der Beamtenschaft, nicht nur in der in Frage kommenden Behörde, sofort die weiteste Verbreitung. Dadurch sollen die übrigen abgeschreckt werden, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Die politische Betätigungsfreiheit der Beamten ist deshalb vor allem zu sichern.

Die Beamtenforderungen

sind: ausreichende Besoldung, Schaffung eines Beamtenrätegesetzes unter Zugrundelegung des gemeinsamen Entwurfs des ADGB. und des Deutschen Beamtenbundes, sofortige Beseitigung des alten Disziplinargesetzes und Schaffung eines modernen Beamtenrechts, Demokratisierung der Verwaltung, Sicherung und Ausbau der den Beamten durch die Verfassung gewährleisteten staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte, eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die das Einkommen aus Arbeit schont und durch Umstellung unserer Wirtschaft die Bedürfnisse des Reiches deckt. Sie konnten von uns restlos vertreten und propagiert werden, da es Forderungen sind, die unsere Partei als Vertreterin des schaffenden Volkes von jeher erhoben hat und zu deren Durchführung sie alle Kräfte anspannen muß, wenn sie die Partei der Arbeit bleiben will. Die Partei konnte daher bei ihrer Agitation unter den Beamten im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien aller demagogischen Kniffe und unehrlicher Wahlversprechungen entraten. Die staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Interessen der Beamten decken sich in jeder Beziehung mit denen der Arbeiter und Angestellten. Unsere ganze Aufklärungsarbeit kann sich daher darauf beschränken, den Beamten diese Interessensolidarität zum Bewußtsein zu bringen, die große gemeinsame Linie der allgemeinen Volksinteressen immer wieder herauszuarbeiten und zu betonen. Hierin sieht die Zentralstelle für Beamtenagitation eine ihrer wichtigsten Aufgaben bei der Zusammenstellung des Agitationsmaterials. Die Erkenntnis ihrer Klassenlage bricht sich innerhalb der gesamten Beamtenschaft mehr und mehr Bahn. Sie ist selbst bei denen vorhanden, die aus Vorurteilen heute noch politisch den bürgerlichen Parteien nachlaufen und sich von ihrer Phraseologie einfangen lassen. Die kommenden Kämpfe um die Steuer- und Wirtschaftsgesetze werden auch diesen Klassengenossen mit der Zeit den Weg zu unserer Partei weisen. Damit sind zugleich die Aussichten für den Erfolg unserer Werbetätigkeit unter dem Beamtenproletariat aufgezeigt und der Weg angegeben, den wir in unserer Aufklärungs- und Organisationstätigkeit zu gehen gedenken. Notwendig wird es noch sein, die gesamte Parteipresse und unsere Organisationsleitungen in der Provinz darüber aufzuklären, welches ungeheuer große und wichtige Agitationsfeld hier der Bearbeitung harrt.

Der Reichsbeamtenbeirat

hat eine Aenderung in der Zusammensetzung erfahren. Einige der bisherigen Mitglieder wurden von den Bezirken nicht wieder vorgeschlagen, die Bezirke für die einzelnen Reichsbeamtenbeiratsmitglieder mußten neu abgegrenzt und verkleinert werden, wodurch die Zahl der Reichsbeamtenbeiratsmitglieder auf 15 gestiegen ist. Der Arbeitsausschuß des Reichsbeamtenbeirats wird in Zukunft aus den fünf Groß-Berlinern und dem Brandenburger Vertreter gebildet. In den Sitzungen dieses Arbeitsausschusses wurde zu allen schwebenden Beamtenfragen Stellung genommen. Auch eine Reichskonferenz hat stattgefunden, die sich vornehmlich mit der Demokratisierung der Verwaltung und mit dem Beamtenrätegesetz beschäftigte. Nach dem Parteitag soll abermals durch einen Reichsbeamtentag die Agitations- und Organisationstätigkeit für den Winter eingeleitet werden. Neben den Beamtenrechtsfragen wird sich diese Konferenz vornehmlich mit der Durchführung unserer Werbetätigkeit im Reiche beschäftigen. In dieser Beziehung bleibt noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Zentralstelle für Beamtenagitation hat für die Bezirke und Ortsvereine Berichtsbogen herausgegeben, mit deren Hilfe statistische Erhebungen über den Stand der Werbetätigkeit unter den Beamten vorgenommen werden sollten. Die eingegangenen Berichtsbogen lassen erkennen, daß in manchen Bezirken sehr rührig gearbeitet wurde. In einzelnen Bezirken ist die Werbetätigkeit über den Sitz des Bezirksvorstandes nicht hinausgegangen. Ueberhaupt nicht berichtet haben: Görlitz, Königshütte, Halle, Dortmund, Kassel, Köln, Ludwigshafen und Mannheim, Koblenz, Darmstadt, Rostock, Rüstringen. Durch die Herausgabe der Berichtsbogen glaubt die Zentralstelle für Beamtenagitation die statistische Grundlage für ihre Werbetätigkeit gewonnen zu haben. Sie wird ihre Tätigkeit in Zukunft besonders auf diejenigen Bezirke ausdehnen, in denen die Organisation der Beamten besonders viel zu wünschen übrig läßt.

Zentralbildungsausschuß.

14. Jahresbericht 1920/21.

Die allgemeine Unruhe unserer Zeit zeigt sich auch in der Entwicklung des Bildungswesens. Zwar ist rein zahlenmäßig der Stand unserer Bildungsarbeit vor dem Kriege wieder erreicht — zählen wir doch gegenwärtig etwa 450 Ortsbildungsausschüsse, und mehr zählten wir auch in der besten Zeit vor dem Kriege nicht — aber eine planmäßige, intensive Tätigkeit konnten die meisten Bildungsausschüsse nicht leisten. Wirtschaftliche und politische Bewegungen, Wahlen, Putsche sorgten dafür, daß aufbauende Bildungsarbeit nur sehr schwer möglich war und immer wieder unterbrochen wurde.

Ein gutes Stück Arbeit wird unseren Bildungsausschüssen im Gegensatz zu früher vielfach auch abgenommen durch die Bildungseinrichtungen des Staates und der Gemeinden. So ist z. B. in Frankfurt a. Main ein Verband für Volksbildung gegründet worden, dem die Gewerkschaften und Bildungsausschüsse des Ortes angeschlossen sind; oder es bestehen, wie z. B. in Mittelschlesien, in Chemnitz und anderen Orten, Volksbildungsämter, deren Tätigkeit vorwiegend auf die Arbeiterschaft eingestellt ist und die mit öffentlichen Mitteln ein gutes Stück wertvoller Bildungsarbeit leisten. In solchen Fällen werden unsere Bildungsausschüsse stark entlastet, besonders dann, wenn es die Arbeiterschaft versteht, sich in diesen Volksbildungsämtern gebührenden Einfluß zu sichern.

Daneben erlangen auch die Gemeindebüchereien für die Arbeiterschaft größere Bedeutung als früher. Mehr und mehr wird darauf hingewirkt, daß

auch die sozialistische Literatur darin vertreten ist. In der Vorkriegszeit fehlte die letztere meist völlig. Es muß Sorge der Bildungsausschüsse und unserer Gemeindevertreter sein, daß die Gemeindebüchereien ausgestaltet und der Arbeiterschaft nutzbar gemacht werden. Daneben trat die Frage der Verschmelzung der Arbeiterbibliotheken mit den Gemeindebibliotheken wiederholt an den Zentralbildungsausschuß heran. Zweifellos ist die Gemeindebücherei, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird, ein wertvolles Bildungsmittel für die Arbeiterschaft. Die Arbeiterbibliotheken können mit ihr meist nicht konkurrieren, um so weniger dann, wenn, wie dies oft der Fall ist, mehrere in einem Ort bestehen. Einer Verschmelzung könnten wir aber nicht ohne weiteres das Wort reden, da unsere Büchereien sich dann in der Gemeindebücherei verlieren und ihren besonderen Zweck, der Arbeiterschaft die für sie wichtige Literatur zu bieten, nicht mehr erfüllen würden. Der Zentralbildungsausschuß hat sich deshalb für eine Verschmelzung nur unter der Bedingung ausgesprochen, daß die Arbeiterbibliotheken als besonderes in sich geschlossenes Ganze erhalten bleiben und ihre laufende Ergänzung unter unserem Einfluß gesichert ist. Der beste und schon wiederholt gefundene Ausweg ist ohne Zweifel, daß unsere Bibliotheken, wenn sie gut ausgebaut sind, von der Gemeinde als öffentliche Büchereien übernommen und unterstützt werden, zugleich aber als selbständige Büchereien unter unserer Leitung erhalten bleiben. Für solche Fälle kommen allerdings nur gut ausgebaute Bibliotheken in Betracht. Die unvollkommenen Zwergbibliotheken, die an vielen Orten noch bestehen, sind dafür nicht geeignet, vielmehr ist dringend nötig — das ist auch in einer Konferenz der Arbeiterbibliothekare, die Anfang Juli in Gera stattfand, in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht worden —, daß zunächst einmal die in einzelnen Orten bestehenden Arbeiterbibliotheken zu einer zentralen Bibliothek zusammengefaßt werden.

Die größte Beachtung fand auch die nach der Revolution stark aufschießende Volkshochschulbewegung. Bei den von den Gemeinden eingerichteten Volkshochschulen nehmen neuerdings die Klagen zu, daß hier reaktionär-nationalistische Tendenzen die Oberhand gewinnen. Dieser Umstand kann uns aber nicht veranlassen, die Volkshochschulen in ihrer heutigen Form überhaupt abzulehnen, sondern nur anspornen, unseren ganzen Einfluß aufzubieten, damit diese Bildungseinrichtung so ausgebaut wird, daß sie auch für die sozialistisch gerichtete Arbeiterschaft zum Aufbau und zur Vertiefung ihrer Weltanschauung wertvoll wird. Daß die Volkshochschule in dieser Beziehung versagt, liegt häufig daran, daß unsere Genossen diese Bildungseinrichtung nicht in ihrer vollen Bedeutung würdigen oder aber ihren Einfluß nicht genügend zur Geltung zu bringen wissen. Die gemeindliche Volkshochschule kann kein rein sozialistisches Bildungsinstitut sein, aber wir müssen erreichen, daß sie in weitem Umfange der sozialistischen Arbeiterschaft gerecht wird.

Die bestehenden Volkshochschulen sind fast ausschließlich Abendschulen. Dagegen fehlt es in Deutschland noch fast völlig an Volkshochschulen nach dänischem Muster, die eine Anzahl junger Leute für einen längeren Zeitraum von vielleicht 4 bis 6 Monaten aus ihrem Berufsleben herausnehmen und sie in dieser Zeit zu einer Lern- und Arbeitsgemeinschaft in einem dazu geeigneten Heim, das ihnen zugleich Wohnung und Verpflegung bietet, zusammenführen. In letzter Zeit sind mehrere solcher Schulen geschaffen worden, die ihrem nordischen Vorbilde gemäß meist im Geiste einer bestimmten Weltanschauung wirken.

Auch der Zentralbildungsausschuß hat sich wiederholt mit dem Gedanken beschäftigt, eine solche Volkshochschule einzurichten. Leider scheiterten dahingehende Absichten an den gegenwärtig unverhältnismäßig hohen Kosten für eine solche Schule. Dagegen ist es gelungen, gemeinsam mit dem Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands einen Volkshochschulkursus in dem hier angedeuteten Sinne vorzubereiten, der auf die Dauer von drei Monaten im Herbst dieses Jahres 25 junge Genossen im Alter von 18 bis 26 Jahren in einem schön gelegenen Waldheim des Bundes deutscher Volkserzieher in Rattlar (Waldeck) vereinigen soll. Die Kosten dafür sind durch Zuschüsse verschiedener Organisationen aufgebracht worden. Als Hauptlehrer für diesen Kursus wird Genosse Schult-Hamburg tätig sein, der die Gebiete Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und Jugendbewegung übernommen hat, während weitere Lehrkräfte über Naturwissenschaft, Literatur, Stilistik und Rhetorik vortragen werden.

Mit großer Aufmerksamkeit hat der Zentralbildungsausschuß die Jungsozialistenbewegung verfolgt und sie nach Kräften gefördert. In einem besonderen Zirkular wurde die Gründung jungsozialistischer Gruppen angeregt, für ihre Tätigkeit und Organisation wurden sachgemäße Richtlinien aufgestellt. Die Tribüne der Jugend in der „Arbeiter-Bildung" gab den jungen Genossen Gelegenheit, sich über alle interessierenden Probleme auszusprechen; in einer besonderen Abteilung der Zeitschrift wurde laufend über den Stand der Bewegung berichtet. Um den Wünschen nach einer klärenden Aussprache über Ziel und Inhalt der Bewegung nachzukommen, berief der Zentralbildungsausschuß anläßlich des Reichsjugendtages der Arbeiterjugend einen Vertretertag der Jungsozialisten nach Bielefeld, der zur Klärung der Bewegung wesentlich beigetragen hat; er endete mit der Annahme einer Entschließung, in der sich die Jungsozialisten auf den Boden der Partei stellen. Auf der Konferenz waren 85 jungsozialistische Gruppen aus allen Teilen des Reiches vertreten.

Das bedeutsamste Ereignis des vergangenen Geschäftsjahres auf kulturellem Gebiet war der Ende März veranstaltete erste sozialdemokratische Kulturtag in Dresden, der von etwa 400 parteigenössischen Lehrern und 60 Vertretern der Bezirksbildungsausschüsse besucht war. Außerdem war der Parteivorstand durch die Genossen Wels und Hermann Müller vertreten. Von besonderem Wert war eine gemeinsame Aussprache der Lehrer mit den Vertretern der Bildungsausschüsse über das Thema: „Der Lehrer und die sozialistische Bildungsarbeit", wozu die Genossen Schult-Hamburg und Weimann-Berlin referierten. Im Rahmen des Kulturtages fand dann eine Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse statt, in der ein Bericht über den Stand der Bewegung gegeben wurde. Ferner sprachen Genosse Heinrich Schulz über: Ziel und Grenzen unserer Bildungsarbeit" und Genosse Schreck über: „Sozialistische Bildungsschulen". Der Kulturtag hat die gesamte Bildungsarbeit sehr stark angeregt und eine Reihe neuer Probleme aufgeworfen; er wird noch auf lange hinaus weiter wirken.

Die Lichtbilderzentrale wurde in mehr als 200 Fällen in Anspruch genommen, daneben wurden noch 28 Wochen- und 5 Monatsabonnements vergeben. Anläßlich des Todes Max Klingers erschien eine neue Serie: Max Klinger, ein sozialer Malerdichter, bearbeitet von Dr. Malkowsky.

Die Schriftenabteilung des Zentralbildungsausschusses gab eine Reihe neuer Kursusdispositionen heraus, und zwar: Nr. 3, Grundbegriffe der Volkswirtschaft, Nr. 4, Die Reichsverfassung, Nr. 5, Gemeindesozialismus, Nr. 6/7, Die politischen Parteien in Deutschland, Nr. 8, Geschichte und Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, außerdem ein Programmheft für die Revolutionsfeier und eine Disposition für eine Maifestansprache.

Ueber ihre Tätigkeit haben etwa 200 Ortsbildungsausschüsse berichtet, von denen aber nur 80 eine Uebersicht über das gesamte Geschäftsjahr

geben. In 34 Orten fanden 365 wissenschaftliche Unterrichtskurse statt mit 17 441 Teilnehmern, 42 Orte geben 133 wissenschaftliche Einzelvorträge an mit 31 927 Besuchern, Theatervorstellungen wurden in 34 Orten veranstaltet mit 267 596 Besuchern, künstlerische Veranstaltungen 154 in 47 Orten mit 85 861 Besuchern. Arbeiterbibliotheken werden 76 angegeben mit einem Bücherbestand von 121 486 Bänden. Die Einnahmen der Bildungsausschüsse betragen in 50 Orten 961 443,95 Mk., die Ausgaben 917 474,34 Mk.

Ueber die Tätigkeit der Bezirksbildungsausschüsse liegen verhältnismäßig wenig Berichte vor. Während in einigen Bezirken eine sehr gute Arbeit geleistet wird (Groß-Berlin, Hamburg, Magdeburg/Anhalt, Oberrhein, Mittelschlesien, Schleswig-Holstein, Zwickau), beschränkte man sich in den meisten anderen Bezirken im allgemeinen auf gelegentliche Anregungen und Weitergabe des vom Zentralbildungsausschuß herausgegebenen Materials an die Ortsausschüsse. Doch ist in letzter Zeit, angeregt durch den Kulturtag zu Dresden, eine Anzahl weiterer Bezirke dazu übergegangen, die Bildungsarbeit in ihrem Bezirk zu organisieren und Bezirksbildungsausschüsse einzurichten, so daß zu erwarten ist, daß im kommenden Winter unser Bildungswesen eine starke Belebung erfährt.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß der Zentralbildungsausschuß im vergangenen Jahr durch den Tod eines seiner Mitglieder, des Genossen Franz Diederich, einen herben Verlust erlitt. Genosse Diederich hat am kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse jahrzehntelang unermüdlich mitgearbeitet und sich dadurch Verdienste erworben, die sein Andenken in der Arbeiterschaft für immer lebendig halten werden.

Reichstagswahlen.

In Ostpreußen und Schleswig-Holstein fanden gleichzeitig mit den Landtagswahlen am 20. Februar Reichstagswahlen statt. Diese waren erforderlich, weil in beiden Provinzen bei den allgemeinen Wahlen im Juni 1920 nicht mitgewählt werden konnte, da im Juni 1920 nicht feststand, welche Teile nach dem Ausfall der Volksabstimmung von Deutschland abgetrennt werden würden. Von Schleswig-Holstein wurde die sogenannte erste Zone abgetrennt. Aus diesem Grunde sind die Ziffern nicht vergleichbar mit den Wahlziffern der Wahlen zur Nationalversammlung. Vergleichbar sind höchstens die relativen Ziffern.

In beiden Provinzen führten Unabhängige und Kommunisten einen scharfen Kampf gegen unsere Partei, und es gelang ihnen auch, namentlich in Ostpreußen, einen erheblichen Teil der 1919 gewonnenen Stimmen wieder aus unseren Reihen fortzutreiben. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 hatten wir dort von 348 323 abgegebenen Stimmen 51 480, also 14,8 vom Hundert, gehabt. Nach Ausbruch der Revolution hatten wir ein rapides Anwachsen der Bewegung, und es wurden bei der Wahl zur Nationalversammlung von 912 995 abgegebenen Stimmen 419 201 für unsere Partei und 45 872 Stimmen für die Unabhängigen abgegeben. Die Provinz hatte also eine sozialistische Mehrheit. Es lag auf der Hand, daß diese so schnell gewonnenen Massen nur durch intensive Aufklärungsarbeit zu halten gewesen wären. Statt dessen setzte die wilde Agitation der Unabhängigen und Kommunisten ein, die sich weniger gegen die reaktionären Parteien als gegen die Sozialdemokratie richtete. Es gelang dann auch, unsere Stimmen von 419 201 = 45,9 v. H. auf 224 285 = 24 v. H. herabzudrücken, aber unser Verlust trat nicht als Gewinn der Unabhängigen und Kommunisten in Erscheinung. Wohl gewannen die Unabhängigen 6130 und die Kommunisten 67 862 Stimmen, aber die Gesamtzahl der proletarischen Stimmen war doch von

465 076 Stimmen = 51 v. H. auf 344 149 = 36,8 v. H. herabgedrückt. Den Hauptgewinn hatten die Deutschnationalen, deren Stimmenzahl von 108 032 = 11,8 v. H. auf 290 643 = 31,1 v. H. stieg.

Weniger ungünstig gestaltete sich das Bild in Schleswig-Holstein. Hier haben wir einen alten Stamm in der Bewegung. Bei den Reichstagswahlen 1912 hatten wir hier von 316 548 abgegebenen Stimmen 127 575 = 40,4 v. H. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung hatten wir von 811 138 abgegebenen Stimmen 370 384 = 45,7 v. H. und die Unabhängigen 27 301 = 3,3 v. H. Durch die Verkleinerung des Wahlbezirks und den Bruderkampf verloren wir 114 157 und die Unabhängigen 6697 Stimmen, während die Kommunisten 41 052 Stimmen gewannen. Der Anteil der proletarischen Stimmen sank von 49 auf 46,3 Proz. Stellt man die Wahlergebnisse der beiden Provinzen tabellarisch zusammen, dann gibt es folgendes Bild:

	Wahlen zur Nationalversammlung Januar 1919			Wahlen zum Reichstag 20. Februar 1921		
	Stimmen	Proz.	Abg.	Stimmen	Proz.	Abg.
Ostpreußen.						
Sozialdemokraten	419 204	45,92	7	224 285	24,02	3
Unabhängige	45 872	5,02	—	52 002	5,5	—
Kommunisten	—	—	—	67 862	7,3	1
Sozialdemokraten zusammen	465 076	50,94	7	344 149	36,82	4
Deutschnationale	108 032	11,80	2	290 643	31,10	4
Deutsche Volkspartei	72 194	7,90	1	138 794	14,84	2
Demokraten	171 108	18,74	3	51 518	5,51	—
Zentrum	93 523	10,24	1	88 423	9,45	1
Kleine Parteien	3 652	0,38	—	21 372	2,28	—
Zusammen	913 585	100	14	934 899	100	11
Schleswig-Holstein.						
Sozialdemokraten	370 384	45,66	5	256 227	37,25	4
Unabhängige	27 301	3,36	—	20 604	3,07	—
Kommunisten	—	—	—	41 052	6	—
Sozialdemokraten zusammen	397 685	49,02	5	317 883	46,32	4
Deutschnationale	61 819	7,62	1	140 354	20,48	2
Deutsche Volkspartei	62 950	7,76	1	127 407	18,64	2
Demokraten	219 579	27,07	3	64 230	9,37	1
Zentrum	8 107	1	—	5 415	0,70	—
Kleine Parteien	70 998	7,53	1	29 865	4,49	—
Zusammen	821 138	100	11	685 154	100	9

Landtagswahlen.

Im Berichtsjahre wurde in folgenden Ländern der Landtag neugewählt: am 14. November 1920 in Sachsen, am 23. Januar 1921 in Lippe, am 20. Februar in Preußen, Hamburg und Bremen, am 6. März in Gotha und am 13. März in Mecklenburg-Schwerin. Sämtliche Wahlen zeigen ein Anwachsen unserer Stimmen, wenn man sie mit der Stimmenzahl vergleicht, die bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 für die Kandidaten unserer Partei abgegeben wurden. Daneben ist ein starker Rückgang der Stimmen der Unabhängigen zu beobachten. Wenn auch ein erheblicher Teil der Unabhängigen

zu den Kommunisten übergegangen ist, so bleibt dennoch ein großer Verlust, wenn man die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten zusammenzählt.

Das Resultat für Sachsen war folgendes:

	Reichstagswahl 6. Juni		Landtagswahl 4. November	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten	581 778	24,2	586 811	28,3
Unabhängige rechts	609 484	25,4	286 662	13,8
Unabhängige links	—	—	60 188	2,9
Kommunisten	105 222	4,4	117 276	5,7
USPD. und Kommunisten zus.	714 706	29,8	464 126	22,4
Deutschnationale	412 810	17,2	433 891	20,9
Volkspartei	448 272	18,7	385 443	18,6
Demokraten	218 385	9,8	159 699	7,7
Zentrum	19 552	0,8	22 731	1,1
Sonstige bürgerliche Parteien	9 297	0,3	17 716	1
Zusammen	2 404 792		2 070 327	

Es ist gewiß sehr erfreulich, daß wir bei der erheblich geringeren Wahlbeteiligung unsere Stimmenzahl steigern konnten, aber leider gewannen wir nicht so viel, wie die Unabhängigen und Kommunisten verloren. Es bleibt ein Verlust an proletarischen Stimmen. Bei der Wahl zur Nationalversammlung erhielten die sozialistischen Parteien von 1000 abgegebenen Stimmen 601, und am 11. November 1920 war diese Zahl auf 507 gesunken. Das ist die Folge des Bruderkampfes.

Bei den Landtagswahlen in Lippe-Detmold erhielten wir 26 059 Stimmen, das waren 2856 mehr als bei den Reichstagswahlen. Die Stimmenzahl der Unabhängigen ging von 6795 auf 2277 herab, während die Kommunisten 3565 erhielten. Es blieb in diesem Kleinstaat für Unabhängige und Kommunisten ein Verlust von 953 Stimmen. Die Demokraten erhielten 9450, die Deutsche Volkspartei 15 892, die Deutschnationalen 18 396 und die Liste der christlichen Gewerkschaften 4961 Stimmen.

Unter den Wahlen am 20. Februar sind die Wahlen zum Preußischen Landtag von größter Bedeutung. Um die Stimmenzahl mit der Stimmenzahl vom 6. Juni vergleichen zu können, haben wir zu den Reichstagswahlstimmen in Preußen vom 6. Juni 1920 die Reichstagswahlstimmen aus Ostpreußen und Schleswig-Holstein vom 20. Februar hinzugezählt. Das ergibt folgendes Bild:

	Reichstagswahlen		Landtagswahlen		
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Abg.
Sozialdemokraten	3 740 003	22,3	4 294 065	25,3	114
USPD.	3 004 074	18	1 075 343	6,6	29
Kommunisten	296 040	1,8	1 211 741	7,4	30
USPD. und Kommunisten zus.	3 300 114	19,8	2 287 084	14,0	59
Deutschnationale	2 579 216	15,3	2 957 308	18,1	75
Volkspartei	2 515 387	15,0	2 318 184	14,2	58
Demokraten	1 198 583	7,1	1 012 757	6,2	26
Zentrum	2 856 523	17,0	2 810 279	17,2	81
Kleine bürgerliche Parteien	590 624	3,5	556 382	4,0	15
Zusammen	16 780 440	100	16 345 059	100	428

In der Zahl der Abgeordneten sind 7 Sozialdemokraten, 11 Zentrum und je einer der Demokraten, der Volkspartei, der Unabhängigen und der Kommunisten aus Oberschlesien mitenthalten, wo noch nicht gewählt wurde und deshalb die Gültigkeit der Mandate der verfassunggebenden Landesversammlung fortdauert.

Dieselbe Entwicklung in der Bewegung der Ziffern zeigte sich in Hamburg. Hier wurden an Stimmen abgegeben:

	Reichstagswahlen 1920		Bürgerschaftswahlen 1921	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten	215 293	38,4	217 774	40,6
USPD.	84 518	15,1	7 686	1,4
Kommunisten	2 929	0,1	59 179	11,0
USPD. und Kommunisten zusammen	87 447	15,1	66 865	12,4
Bürgerliche Parteien	258 714	46,1	251 494	46,9
	561 454		536 133	

In Bremen, wo die Unabhängigen und Kommunisten in den ersten Tagen der Revolution am rücksichtslosesten ihre Politik durchzusetzen versuchten, war der Rückschlag sehr stark. Bereits am 9. Januar hatte man einen Volksentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten soll, herbeigeführt. Für den Rücktritt stimmten die drei proletarischen Parteien, während die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen den Rücktritt stimmten. Das Resultat war folgendes: Von 209 735 Stimmberechtigten wurden 175 597 gültige Stimmen abgegeben, wovon 75 814 für und 99 783 gegen den Rücktritt stimmten. Die Bürgerlichen brachten es in dem Staat, wo wir bei den Reichstagswahlen 1912 schon 53,4 Proz. der Stimmen hatten, auf annähernd 57 Proz. Die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien wurden bei der Bürgerschaftswahl nicht ganz erfüllt, aber es gelang doch, die proletarischen Parteien in die Minderheit zu drängen. Stellt man die Resultate der Reichstagswahl und der Bürgerschaftswahl nebeneinander, dann gibt es folgendes Bild:

	Reichstagswahl 6. Juni 1920		Bürgerschaftswahl 1921	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
SPD.	30 766	17,8	42 223	22,7
USPD.	54 350	31,5	38 242	20,5
Kommunisten	7 502	4,4	12 254	6,0
Demokraten	23 178	13,4	31 733	17,1
Volkspartei	42 245	24,5	44 852	24,3
Deutschnationale	10 816	6,3	9 711	5,3
Berufsständische Liste	3 627	2,1	6 989	4,1
	172 484	100	186 014	100

Aehnlich wie in Bremen liegen die Verhältnisse in Gotha. Auch dieser Kreis war vor dem Kriege eine Hochburg der Sozialdemokratie. Wir erhielten bei den Reichstagswahlen 1912 von 100 gültigen Stimmen 54. Nach Ausbruch der Revolution wurde Gotha ein Versuchsobjekt für unabhängigen und kommunistischen Radikalismus, wodurch die bürgerliche Minderheit in eine Mehrheit verwandelt wurde. Das wurde bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erreicht. Bei den Landtagswahlen vom 6. März hatten die bürgerlichen

Parteien eine gemeinsame Liste aufgestellt. Das Wahlresultat war im Vergleich mit dem Resultat der Reichstagswahlen folgendes:

	Reichstagswahlen 1920		Landtagswahlen 6. März 1921		
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Abg.
SPD.	3 632	3,7	4 286	5,4	1
USPD.	41 865	42,2	8 307	10,5	1
Kommunisten	2 864	2,9	24 797	31,3	5
Bürgerliche Parteien	50 653	51,2	41 915	52,8	8
	99 214	100	79 305	100	15

Ein Land ruhiger Entwicklung ist Mecklenburg-Schwerin. Wir konnten bereits im vorjährigen Bericht darauf hinweisen, wie dort die Verhältnisse liegen. Schon wenige Wochen nach der Reichstagswahl fanden dort Landtagswahlen statt, wobei wir trotz schwächerer Wahlbeteiligung einen Stimmenzuwachs von 8650 Stimmen hatten. Der Landtag wurde aufgelöst und am 13. März 1921 fanden Neuwahlen mit starker Wahlbeteiligung statt. Stellt man das Ergebnis der drei Wahlen nebeneinander, dann gibt es folgendes Bild:

	Reichstagswahl 1920		Landtagswahl 1920		Landtagswahl 1921	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
SPD.	119 823	35,2	128 473	40,1	137 971	41,7
USPD.	36 062	10,5	24 567	7,7	2 635	0,8
Kommunisten	2 668	0,8	1 178	0,3	15 328	4,7
Deutschnationale	74 051	21,7	71 840	22,4	73 442	22,2
Volkspartei	51 593	15,1	48 717	15,3	57 813	17,5
Demokraten	28 265	8,3	22 202	6,5	14 127	4,3
Dorfbund u. Wirtschaftspart.	27 845	8,2	24 118	7,6	29 239	8,8
	341 165		321 155		330 555	

Die Gebiete, in denen Landtagswahlen stattfanden, sind von 42 457 512 Einwohnern bewohnt. Sie umfassen also rund $^7/_{10}$ der Bevölkerung der Deutschen Republik. Die Wahlen zeigen deutlich, wohin der Bruderkampf in den Reihen des Proletariats führt. Der Kampf, der 1919 und 1920 von Unabhängigen und Kommunisten zum Teil mit Mitteln des alten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geführt wurde, entriß der Partei viel mehr Stimmen, als Unabhängige und Kommunisten gewannen. Auf die Reichstagswahl folgte aber bald der katastrophale Zusammenbruch der Unabhängigen. Sie und die Kommunisten hatten bei den Reichstagswahlen einen großen Erfolg errungen. Nun kam die neue Spaltung infolge des Machtgebots Moskaus. Jetzt führten die Kommunisten den Kampf gegen die Unabhängigen mit denselben Mitteln, zum Teil mit denselben Schlagworten, mit denen die Unabhängigen 1919 und 1920 den Kampf gegen uns geführt hatten.

Der Erfolg war derselbe. Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 hatten die Unabhängigen in den Bezirken, wo Landtagswahlen stattfanden, 3 836 676 Stimmen und die Kommunisten 417 295 Stimmen erhalten. Bei den Landtagswahlen erhielten die Unabhängigen nur noch 1 481 350 Stimmen. Sie verloren 2 355 326 Stimmen, also 644 von je 1000 Stimmen. Das war gewiß ein großer Erfolg der kommunistischen Agitation, aber die Kommunisten konnten den Verlust der Unabhängigen nicht als Gewinn buchen, denn ihre Stimmenzahl stieg nur von 417 225 auf 1 444 140, also um 1 026 915 Stimmen. Wenn wir selbst annehmen, daß unser Gewinn von 594 287 Stimmen aus den Reihen der Unabhängigen stammt, dann bleibt immer noch ein Verlust von 734 134 Stimmen, die in der Hauptsache zur Partei der Nichtwähler übergingen.

Die Krise scheint, soweit unsere Partei durch den Bruderkampf geschädigt wurde, überwunden zu sein, denn alle Bezirke zeigen einen Stimmenzuwachs. Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, wenn in wenigen Monaten bei allgemein schwächerer Wahlbeteiligung ein Stimmenzuwachs von 12,6 auf je hundert Stimmen zu verzeichnen ist. Von den bei den Landtagswahlen abgegebenen 19 508 013 Stimmen erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei 5 309 189 = 27 Prozent, die der Unabhängigen 1 481 350 = 7,5 Proz., die der Kommunisten 1 444 140 Stimmen = 7,4 Proz. Die drei proletarischen Parteien hatten also trotz der großen Zerstörung durch den Bruderkrieg von 41,9 Proz. der Stimmen. Wenn die Kraft, die im gegenseitigen Kampf angewendet wurde, zur Bekämpfung der Gegner und zur Aufklärung der Massen eingesetzt würde, dann würde das Proletariat bald über die Macht verfügen, die zur Verwirklichung seiner Forderungen erforderlich ist.

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen.

Gegenüber der letzten Feststellung der Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter vor dem Kriege im Jahre 1913 konnte der Bericht an den vorjährigen Parteitag in Kassel eine gewaltige Steigerung des sozialdemokratischen Einflusses in der Kommunalverwaltung aufweisen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter hatte sich mehr als verdreifacht, während in die Magistrate und Gemeindevorstände überhaupt erst nach der Revolution Vertreter unserer Partei in nennenswertem Maße hineinkommen konnten und diese Zahl daher auf das 10—20fache anwuchs. In noch stärkerem Maße zeigte sich die Wirkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bei der Zusammensetzung der Kreistage und Provinziallandtage. Ein großes Heer von Parteigenossen, von denen viele bis dahin noch keine Gelegenheit zur kommunalpolitischen oder öffentlichen Tätigkeit gehabt hatten, gelangte in schwierige und unter den heutigen Verhältnissen ganz besonders verantwortungsreiche Positionen. Es ist ganz erklärlich, daß da einzelne Versager dabei waren und daß auch nicht alle Hoffnungen erfüllt werden konnten, die die Bevölkerung gehegt hatte. Dazu kam, daß die demagogische Ausnutzung aller so skrupellos erfolgte, wie im Reich und in den Ländern. Es ist daher nicht zu verwundern, daß im verflossenen Jahre das Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sich wieder verlangsamte, ja sich auf einzelnen Gebieten sogar ein Rückgang bemerkbar machte.

Mit Ausnahme von Württemberg, Franken und Niederbayern ist die Berichterstattung im verflossenen Jahre eine vollständige gewesen, wobei wir den dringenden Wunsch aussprechen, daß auch die genannten Bezirke sich in Zukunft endlich zu einer ordentlichen Berichterstattung entschließen möchten. Allerdings fehlen zweifellos auch aus den berichtenden Bezirken eine ganze Anzahl Ortsvereine.

Am Schlusse des Berichtsjahres war unsere Partei in 947 Städten (im Vorjahr 1041) mit 7261 (7582) männlichen und 466 (386) weiblichen Stadtverordneten vertreten. In 6525 Landgemeinden (5682) zählten wir 31 716

Uebersicht über die Vertretungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen 1920/1921.

	Bezirk	Stadtverordnete			Gemeindevertreter			Magistrate			Gemeindevorstände			Kreistage			Provinzial-landtage		
		männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.	
1	Ostpreußen	316	20	336	148	6	154	28	—	28	15	—	15	39	—	39	18	2	20
2	Pommern	406	27	433	81	19	100	88	—	88	60	—	60	27	—	27	21	—	21
3	Brandenburg	581	124	705	206	5	211	127	—	127	112	—	112	81	—	81	39	—	39
4	Großberlin	261	16	277	174	28	202	80	—	80	170	—	170	3	—	3	—	—	—
5	Grenzmark	320	46	366	265	68	333	91	—	91	188	—	188	20	—	20	8	—	8
6	Breslau	878	49	927	417	68	485	44	1	45	288	—	288	265	—	265	18	1	19
7	Oberschlesien	43	1	44	212	4	216	6	—	6	9	—	9	23	—	23	24	2	26
8	Halle	88	2	90	291	11	302	15	—	15	80	—	80	18	—	18	—	—	—
9	Magdeburg	455	20	475	1394	11	1405	61	—	61	269	—	269	18	—	18	5	—	5
10	Mecklenburg, Lübeck	820	7	827	313	12	325	24	—	24	95	—	95	16	—	16	18	—	18
11	Schleswig-Holstein	987	14	1001	1090	3	1093	48	—	48	372	2	374	149	—	149	21	—	21
12	Hamburg, Nordmark	161	7	168	417	10	427	19	—	19	113	—	113	14	—	14	9	—	9
13	Hannover, Braunschweig	415	81	496	2210	40	2250	15	—	15	40	1	41	60	—	60	27	—	27
14	Groß-Thüringen	175	9	184	1998	19	2017	38	—	38	61	—	61	61	—	61	2	—	2
15	Leipzig	105	2	107	96	—	96	131	—	131	8	—	8	8	—	8	—	—	—
16	Dresden	222	—	222	21	—	21	25	—	25	71	—	71	190	—	190	—	—	—
17	Chemnitz, Zwickau	878	24	902	1738	—	1738	9	—	9	24	—	24	139	—	139	—	—	—
18	Erzgebirge	340	5	345	749	51	800	41	—	41	199	—	199	171	—	171	—	—	—
19	Kassel	175	6	181	146	—	146	4	—	4	25	—	25	135	—	135	12	—	12
20	Frankfurt a. M.	190	7	197	206	—	206	21	—	21	42	—	42	82	—	82	8	—	8
21	Hessen-Nassau	142	6	148	176	15	191	4	—	4	18	—	18	149	—	149	46	—	46
22	Rheinland, Westfalen	67	—	67	955	—	955	5	—	5	14	—	14	219	—	219	8	—	8
23	Oldenburg, Ostfriesland	15	—	15	700	15	715	29	—	29	69	—	69	27	—	27	46	—	46
24	Südl. Westfalen	439	15	454	1086	95	1181	26	—	26	26	—	26	4	—	4	—	—	—
25	Niederrhein, unbesetztes Gebiet	289	16	305	1086	4	1090	19	—	19	6	—	6	118	—	118	172	—	172
26	besetztes Gebiet	87	4	91	175	4	179	6	—	6	13	—	13	7	—	7	22	—	22
27	Oberrhein	210	19	229	1764	10	1774	16	—	16	18	—	18	18	—	18	22	—	22
28	Hessen	161	5	166	412	14	426	10	—	10	61	—	61	69	—	69	168	—	168
29	Baden	159	—	159	235	—	235	16	—	16	84	—	84	101	—	101	132	—	132
30	Württemberg*)	2225	—	2225	442	—	442	16	—	16	494	—	494	638	—	638	87	—	87
31	Franken	?	?	?	8163	—	8163	24	—	24	?	?	?	?	?	?	52	?	?
32	Oberpfalz, Niederbayern	224	12	236	1211	11	1222	?	?	?	89	?	89	89	?	89	?	?	?
33	Oberbayern, Schwaben	96	—	96	1711	17	1728	?	?	?	58	?	58	63	?	63	12	?	12
	Im Jahre 1918/20	947	466	1413	6525	410	6935	559	1	560	2506	5	2511	3451	433	3884	475	6	481
	1920/21	1041	886	1927	6682	418	7100	626	1	627	2606	24	2630	4045	804	4849	446	8	454
		— 94	+ 80	— 14	+ 848	— 8	+ 840	+ 24	—	+ 24	— 100	— 19	— 119	— 594	+ 129	— 465	+ 29	+ 1	+ 30

*) Württemberg wie im Vorjahre vollständige Angaben nicht zu erlangen.

(28 570) männliche und 410 (413) weibliche Gemeindevertreter. In 559 städtischen Magistraten (525) saßen 1309 Stadträte und Bürgermeister, darunter ein weibliches Mitglied. In 2506 Gemeindevorständen in Landgemeinden (wie im Vorjahre) saßen 3451 (4045) männliche und 5 (24) weibliche Sozialdemokraten. 2855 männliche (2361) und 8 (1) weibliche Vertreter zählte unsere Partei auf 433 (304) Kreistagen. In den Provinziallandtagen hatten wir 475 männliche und 6 weibliche Abgeordnete, wobei die letzten Neuwahlen noch nicht berücksichtigt sind.

Das Bedürfnis, die sozialdemokratischen Gemeindevertreter für ihre Aufgaben zu schulen, machte sich auch im Berichtsjahre überall in starkem Maße bemerkbar. Fast alle Bezirke haben sich daher veranlaßt gesehen, regelmäßig Gemeindevertreterkonferenzen, die dem Austausch der gemachten Erfahrungen dienten, abzuhalten und verschiedentlich ist man dazu übergegangen, auf Grund des bestehenden kommunalpolitischen Programms der Partei besondere Richtlinien für die kommunalpolitischen Vertreter herauszugeben, die den Bedürfnissen und Aufgaben der einzelnen Bezirke in höherem Maße Rechnung tragen. Leider wird die „Kommunale Praxis" der Ausbildung unserer Gemeindevertreter noch nicht in dem notwendigen Maße nutzbar gemacht, da ihr Leserkreis sonst ein wesentlich größerer sein müßte.

Besondere Auseinandersetzungen hatte nicht nur in Berlin, sondern auch in der Gesamtpartei die Frage der Schaffung eines sozialistischen Magistrats in Berlin hervorgerufen. In Wirklichkeit handelte es sich hierbei um einen von den beiden sozialdemokratischen Parteien und den Kommunisten, die zusammen über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung verfügten, getragenen Magistrat, dem auch eine Minderheit von bürgerlichen Vertretern angehörte. Es kann dahingestellt bleiben, ob bei der Bildung des Magistrats immer sehr geschickt vorgegangen wurde. Grundsätzlich muß aber die Haltung der Berliner Genossen als durchaus richtig angesehen werden. Die sich in Berlin nach dem Zahlenverhältnis der Parteien bietende Gelegenheit, eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit zu bilden und gestützt auf diese Kommunalpolitik zu treiben, konnte die Partei nicht ungenützt vorübergehen lassen. Daß dieser Versuch mindestens teilweise scheiterte, ist Schuld der Kommunisten, die ihre Versprechungen, praktische Kommunalpolitik zu treiben, nicht gehalten, sondern alles getan haben, um die sozialistische Kommunalverwaltung zu diskreditieren. Daß sich die Unabhängigen den kindischen Scherz einer Ablehnung des städtischen Etats geleistet haben, den ihre eigenen Magistratsmitglieder mitvorgelegt hatten, muß politisch aufklärend in den weitesten Arbeiterkreisen wirken.

Presse.

Einen genauen Ueberblick über den Stand und die Leistungsfähigkeit unserer Presse zu geben, sind wir leider auch diesmal nicht in der Lage. Von 144 Tageszeitungen, darunter 12 Kopfblättern, haben trotz wiederholter Aufforderung nur 133 Zeitungen die ausgegebenen Fragebogen beantwortet. 6 Blätter sind noch im Privatbesitz; 14 werden in Privatbetrieben hergestellt.

Die „Volksstimme" in Hof, das „Volksblatt" in K[illegible]nick, der „Volksbote" in Hohenneuendorf und der „Volksbote" in Syke haben [illegible]erscheinen eingestellt.

Die der Partei in Straßburg i. Els. und in Mülh[illegible]en i. Els. gehörigen Zeitungsunternehmen sind noch nicht liquidiert. In Mülhausen i. Els. haben unsere verlorengegangenen Brüder vorläufig mit Erfolg das Guthaben der Partei ausgeschaltet und das Zeitungsunternehmen widerrechtlich in Besitz

genommen. Die dazu notwendigen Schritte der Partei, ihr Eigentum zu sichern, sind gemäß Artikel 296 und 72 des Friedensvertrages angemeldet.

Die Drangsalierung der Presse in den besetzten Gebieten ist groß. Die französischen Besatzungen haben außerdem im Einvernehmen mit der Interalliierten Kommission „angeordnet", diejenigen im rechtsrheinischen Gebiet erscheinenden Zeitungen von der Ausfuhr in das besetzte Gebiet auszuschließen, die künftig in „provozierender oder systematischer Weise" sich in Angriffen gegen die farbigen Besatzungstruppen ergehen.

Am 1. Januar 1921 konnten die Chemnitzer „Volksstimme", die Magdeburger „Volksstimme" und die „Brandenburger Zeitung" auf ein 30jähriges, am 14. Mai 1921 der Braunschweiger „Volksfreund" auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

11 905,45 Mk. Geldstrafen mußten 24 Zeitungen im Berichtsjahre zahlen.

Durch die noch immer anhaltende sprunghafte Steigerung aller Herstellungskosten, Löhne und Gehälter mußten die Preise für Abonnement, Anzeigen und Straßenverkauf mehrere Male erhöht werden. Die ungesetzmäßigen Maßnahmen der Finanzbehörden bei Einziehung der Anzeigensteuer, Erhöhung der Postzeitungsgebühren erschwerten die Geschäftslage der Zeitungen. Trotz enormer Abonnementserhöhungen und Wirtschaftskrisen haben 37 Zeitungen 30 000 neue Abonnenten gewonnen. 1 238 608 zahlende Abonnenten wurden am 31. März 1921 von 133 Zeitungen gezählt. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit mehrere Leser gemeinsam nur ein Abonnement haben.

Post- und Eisenbahnverwaltung haben, um das ungeheure Defizit zu einem kleinen Teil auszugleichen, ihre Dienstgebäude usw. zu Reklamezwecken freigegeben. Eine Gefahr für die Zeitungsreklame ist kaum zu befürchten. Jeder tüchtige Geschäftsmann weiß, daß auch die beste Reklame nicht imstande ist, die Zeitungsanzeigen zu ersetzen.

Im Berichtsjahre fanden 3 Geschäftsführerkonferenzen statt: am 6. und 7. Juli in Berlin, am 10. Oktober in Kassel und am 20. Dezember 1920 wieder in Berlin. Referate über die wirtschaftliche Lage der Parteigeschäfte und Einrichtung der Einkaufszentrale standen zur Debatte. Die am 1. Oktober 1920 für die Parteigeschäfte ins Leben gerufene Einkaufszentrale hat nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten sich bewährt. Tanzten zuerst noch einige Geschäftsleitungen aus der Reihe, so haben sie sich inzwischen überzeugt, daß nur durch gemeinsames Arbeiten und Handeln Ersprießliches für die Partei geschaffen werden kann.

Seit dem 1. Mai 1920 ist das Revisionsbureau um einen weiteren Kollegen verstärkt worden. Trotzdem konnte dem Wunsche, jedes Parteigeschäft mindestens einmal im Jahre durch die Revisoren des Parteivorstandes revidieren zu lassen, nicht entsprochen werden. 90 Revisionen fanden im Berichtsjahre statt; 61 Parteigeschäfte wurden einmal, 10 zweimal und 3 dreimal revidiert. Nach den eingegangenen Fragebogen sind für die Parteipresse tätig: 297 festangestellte Redakteure, 119 Geschäftsführer, 437 kaufmännisch Angestellte, 234 Personen in der Verwaltung, 89 Inseratenakquisiteure, 7208 Zeitungsausträgerinnen. In technischen Betrieben werden 2757 männliche und 398 weibliche Personen beschäftigt. In 71 Betrieben stehen 102 Rotationsmaschinen, darunter sechs 64seitige, in 86 Betrieben 186 einfache, 3 Doppelschnellpressen und 145 Tiegeldruckpressen. In 4[illegible] Betrieben 245 Spezialmaschinen und in 79 Betrieben 219 Setzmaschinen.

Nicht immer war es bei Vakanzen möglich, den rechten Mann gleich für Redaktion und Geschäftsleitung zu finden. Nicht nur die Redaktion muß mit „Köpfen" besetzt sein, sondern in noch weit höherem Maße die Geschäftsleitung. Neben großer Tüchtigkeit als Buchdrucker und Kaufmann muß der Geschäftsleiter auch noch praktischer Geschäftsmann und Organisator sein.

Um dem Beschluß der letzten Geschäftsführerkonferenz, ein Statut für eine Pensionszuschuß- und Unterstützungskasse für die in der SPD. oder deren Betrieben tätigen Angestellten aufzustellen, nachzukommen, hat der Parteivorstand die dazu notwendigen Vorarbeiten in Angriff genommen.

Vorwärts.

Zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges hat der „Vorwärts" ein Jahr ruhiger Arbeit ohne alle Abenteuer hinter sich. Es gab weder Kämpfe mit Zensur und Gerichten, noch Ueberfälle von Rechts- oder Linksputschisten auf die Redaktionsräume. Eine Beleidigungsaffäre Hermes endete mit einem Vergleich, andere Beleidigungsprozesse von minder erheblicher Bedeutung schweben.

Einen überaus schweren Verlust erlitt die Redaktion durch den am 28. Februar 1921 erfolgten Tod ihres langjährigen Kollegen, Genossen Dr. Franz Diederich, der eine Zeitlang nach dem Redaktionswechsel im Oktober 1916 als politischer Redakteur tätig gewesen war, mittlerweile seine Tätigkeit am Feuilleton wieder aufgenommen und diesem die Note seiner eigenartigen und sympathischen Persönlichkeit aufgedrückt hatte. Mit ihm ist einer der ältesten und verdientesten Mitarbeiter der sozialdemokratischen Parteipresse hingegangen!

Das letzte Werk, dem sich Diederich mit großer Liebe widmete, war der Ausbau der wöchentlich einmal erscheinenden Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts", der von ihm so genannten „Heimwelt".

Die im Vorjahre sprunghaft gestiegenen Papierpreise, die die Entwicklung der Parteipresse stark hemmten, erfuhren im letzten Viertel 1920 und in dem ersten Viertel 1921 eine kleine Senkung, die aber ohne Einfluß auf die Herstellungskosten war, da die geringe Ermäßigung der Papierpreise durch Erhöhung der Postgebührensätze für Drucksachen, Brief- und Paketsendungen sowie der Fernsprech- und Telegraphengebühren mehr als wettgemacht wurde. Die von den Papierfabriken durch Gewinnerträge eines größeren Auslandsabsatzes in Aussicht gestellte Verbilligung des Papiers im Anfang dieses Jahres trat nicht ein, da der große Auslandsabsatz ausblieb. Dagegen überraschten sie trotz Ausschüttung außergewöhnlich hoher Dividenden die Zeitungsverleger durch Preisforderungen, die den höchsten Preisstand des Papiers überholten. Der „Vorwärts"-Verlag war bemüht, bei diesen für die Herstellung der Zeitung sehr ungünstigen Verhältnissen die Einnahmeposten durch Erweiterung des Inseratenumfanges zu erhöhen, was ihm auch bei der weiten Verbreitung des „Vorwärts" gelang, um den Abonnementspreis, der in der jetzigen Höhe unseren Genossen und Lesern bei der anhaltenden Wirtschaftskrise neben den notwendigen Ausgaben für die Lebensmittelbedürfnisse nicht leicht ist, zu zahlen, nicht verteuern zu müssen. Es war hierbei dem Verlag noch möglich, einen wenn auch bescheidenen Ausbau des „Vorwärts" vorzunehmen, und zwar durch Herausgabe der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der im Tiefdruckverfahren hergestellten Beilage „Siedlung und Kleingarten". Letztere wird vom Genossen L. Lessen redigiert. Auch gelang es, dank der tatkräftigen Unterstützung der Berliner Parteigenossen, den Abonnementsbestand wieder zu erhöhen.

Buchhandlung Vorwärts.

Es ist eine dreifache Umsatzsteigerung gegenüber dem vergangenen Jahre zu verzeichnen. 35 Neuerscheinungen in einer Gesamtauflage von 659 000 Exemplaren und 26 Nachdrucke mit 270 000 Exemplaren gelangten laut nachstehender Aufstellung zur Ausgabe:

Neuerscheinungen.

Braun, Der Internationale Kongreß zu Genf	5 000	Kuttner, Verdienste der Hohenzollern	70 000
Braun-Müller, Die Gewerkschaften, Band I	6 000	Labour Party gegen die Ententeforderungen	30 000
Corvin, Der Pfaffenspiegel	20 000	Petersmann, Staatsbankerott und Steuerpolitik	10 000
Cunow, Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie	5 000	Hirsch, Preuß. Verfassung	5 000
Diederich, Lassalle-Brevier	10 000	Programm der SPD.	20 000
Deutschnationale Drachentöter der Korruption	60 000	Werdegang der Sozialdemokratischen Partei	10 000
Engler, Wohnungsgenossenschaften	5 000	Radbruch, Weltliche Gemeinschaftsschule	3 000
Führer, Betriebsabbrüche und -stillegungen	20 000	Schikowski, Sitten- und Charakterbilder	20 000
Gradnauer-Schmidt, Die deutsche Volkswirtschaft	5 000	Scheidemann-Müller, Ueber Deutschlands bürgerliche Regierung	10 000
Hirsch, Kommentar zum Gesetz über die neue Stadtgemeinde Berlin	3 000	Schreck, Frohes Wandern	10 000
Hofer, Sozialismus und Landwirtschaft	5 000	Schulz, Der kleine Jan	10 000
Hue, Sozialisierung	20 000	Vorwärts-Almanachs	137 000
Die 2. Internationale über den Wiederaufbau	10 000	Thurow, Butu Simbas Mission	20 000
Klühs, Der Aufstieg	5 000	Thomas, In Vaters Hosen	10 000
Köster, Wilhelm II. als Diplomat	20 000	Thomas, Die verjüngte Frau	10 000
		Storm, Hans und Heinz Kirch	10 000
		Wels, Ultimatum	25 000
		Zell, Unsere Haustiere	20 000
		Zell, Der Hund	10 000

Nachdrucke.

Böse, Volkslieder	10 000	Kampffmeyer, Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung	10 000
Brandt, Ulenbrook	10 000	Lassalle, Herr Bastiat Schulze von Delitzsch	5 000
Cunow, Ursprung der Religion	5 000	Liebknecht, Wissen ist Macht	5 000
David, Referentenführer	5 000	Marx, Lohnarbeit und Kapital	10 000
Diederich, Von unten auf	20 000	Marx, Bürgerkrieg in Frankreich	5 000
Engels, Bauernkrieg	5 000	Marx-Engels, Kommunistisches Manifest	10 000
Flatow, Betriebsrätegesetz	30 000	Plechanow, Anarchismus	5 000
Führer durch das Einkommensteuergesetz	10 000	Preßzang, Der Ausweg	10 000
Gesundheitsbibliothek, Zähne und Zahnpflege	5 000	Kolisch, Land der Zukunft	10 000
Gesundheitsbibliothek, Geschlechtstrieb	20 000	Andersen-Nexö, Der Morgen graut	10 000
Gesundheitsbibliothek, Tuberkulose	10 000	Erckmann-Chatrian, Die Marketenderin	10 000
Grottewitz, Sonntage eines großstädtischen Arbeiters	10 000	Was ist und will der Sozialismus	20 000
Kautsky, Weg zur Macht	10 000		
Kampffmeyer, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland	10 000		

Ueber die im Verlage der Buchhandlungen „Vorwärts“ und Dietz erscheinenden Zeitschriften der Partei ist zu berichten:

„Gleichheit“. Der Abonnentenstand war im November 1920 auf 11 300 gesunken. An Zuschüssen waren im Jahre 1921 125 377,55 Mk. erforderlich. Mit Zustimmung des Parteivorstandes und unter Billigung des Parteiausschusses wurde die wöchentliche in eine zweimal monatlich erscheinende Ausgabe umgewandelt und der Umfang etwas gekürzt. Dadurch und dank einer regeren Agitation gelang es, den Abonnentenstand auf 20 500 bis 31. März zu erhöhen. Die Abonnentenzahl steigt dauernd; zur Zeit der Berichterstattung können wir erfreulicherweise 25 000 Abonnenten zählen. Es ist zu erwarten, daß sich die „Gleichheit“ nunmehr ohne jeden Zuschuß erhalten wird.

Die „Arbeiter-Jugend“ erforderte trotz der hohen Abonnentenzahl immer noch 80 532,22 Mk. Zuschuß. Durch die Umwandlung der 14tägigen Ausgabe in eine einmal monatlich erscheinende Arbeiter-Jugend ist bereits im letzten Quartal dieses Jahres ein Ueberschuß von 10 400,28 Mk. erzielt worden, der sich von Quartal zu Quartal noch steigert.

Der „Freie Lehrer“ mit seiner kaum 1800 Abonnenten zählenden Auflage erforderte ebenfalls einen Zuschuß von 65 790,60 Mk. Der „Freie Lehrer“ erschien bisher wöchentlich einmal, und erst vom 1. Juni d. J. ist ein monatliches Erscheinen dieser Zeitschrift vorgesehen, wodurch das Defizit wohl vermieden werden wird.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich, der Zuschuß beträgt 50 491,45 Mk. Eine Aenderung der Erscheinungsweise der „Kommunalen Praxis“ ist bisher nicht vorgesehen. Dagegen ist der Abonnementspreis auf 10 Mk. pro Quartal erhöht worden in der Erwartung, daß durch diese Umgestaltung ein Teil des Zuschusses in Fortfall kommen wird.

Die „Arbeiter-Bildung“ erscheint seit dem 1. Oktober 1920 einmal monatlich. Der Zuschuß betrug 7202,62 Mk. Bei der Kürze des Erscheinens der „Arbeiter-Bildung“ und bei Berücksichtigung der Kosten der Einführung läßt sich vorläufig über die Entwicklungsmöglichkeit nichts Genaues sagen.

Die „Neue Zeit“ erforderte bei einer Auflage von 3600 Exemplaren einen Zuschuß von 61 310 Mk. Die Zahl der Abonnenten, die in den Jahren 1918 und 1919 ihren Tiefstand erreicht hatte, ist gegenüber dem Jahre 1917 um 300 gestiegen, ein zwar geringer Zuwachs, der aber hoffentlich den Ansatz zu weiterer Aufwärtsbewegung bilden wird.

„Der Wahre Jakob“ verlor infolge der Sperre im besetzten Gebiet und in Oberschlesien 15 000 Abonnenten, sonst ist der Abonnentenstand stabil geblieben. Die Einnahmen übersteigen mit 17 299,02 Mk. die Ausgaben.

Der Absatz der vorwiegend marxistischen Literatur im J. H. W. Dietzschen Geschäft in Stuttgart war im Jahre 1920 ein zufriedenstellender.

Am 31. März 1921 schied der Genosse Bruns, der mehr als 30 Jahre in aufopferndster und selbstlosester Weise die Buchhandlung Vorwärts leitete, infolge seiner Wahl zum Bürgermeister aus. Mitarbeiter der Buchhandlung Vorwärts und der Parteivorstand dankten dem Genossen Bruns in einer schlichten Abschiedsfeier für seine wirkungsvolle Tätigkeit.

Agitation.

Die Kleinagitation in Betrieb und Werkstatt hatte in den letzten Jahren infolge des kommunistischen Terrors etwas nachgelassen. Unverkennbar war sie im Berichtsjahre neu belebt, nachdem in Arbeiterkreisen sich doch immer mehr die Erkenntnis von der Hohlheit der kommunistischen Verheißungen durchringt. Wenn diese agitatorischen Erfolge unserer Partei weniger zahlenmäßig hervortreten, so ist das sicher auf den Umstand zurückzuführen, daß viele von den

radikalen Irrlehren Bekehrte noch nicht organisatorisch den Weg zu uns zurückfinden, sondern vielfach schamvoll zunächst die große Masse der politisch Indifferenten vermehrten, um erst nach und nach wieder in die Reihen der alten Partei einzutreten.

Neben den außerordentlichen Anforderungen, die die Wahlagitation an unsere Redner stellte, mußten besonders auch unsere oberschlesischen Genossen in der mündlichen Agitation Außergewöhnliches leisten. Bei der Abstimmung über Oberschlesien galt es auch vom Standpunkt unserer Partei aus für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland einzutreten; auswärtige Agitatoren ließ die Ententekommission nach Oberschlesien nicht herein, so daß unsere oberschlesischen Genossen fast völlig allein auf sich angewiesen waren.

An die Genossen im Parteivorstand wurde mehr, als bei bestem Willen erfüllbar war, das Verlangen gestellt, als Referenten zu größeren politischen Versammlungen zu kommen. Diesen Wünschen ist im Berichtsjahre wohl häufiger nachgekommen worden, denn je in einem Jahre vorher. Auf fast allen Bezirksparteitagen wurden außerdem von ihnen auf Wunsch der Bezirksleitungen politische Referate gehalten. — Auch die Berichte unserer Bezirkssekretäre zeigen, daß sie und auch die zahlreich sonst in der Agitation tätigen Genossen in erhöhtem Eifer unsere sozialistischen Ideen in den Massen der arbeitenden Bevölkerung verbreiten.

Die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften, wie Reichstag, Landtagen, Provinzial- und Kreistagen, Kommunal- und Elternbeiratswahlen bedingten eine äußerst rege Versammlungstätigkeit. Soweit Einzelberichte vorliegen, haben im Laufe des Geschäftsjahres mehr als 40 000 öffentliche, von unserer Partei einberufene Versammlungen stattgefunden. Dazu kommen noch rund 50 000 Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte der Abteilungen.

Starke Anforderungen an die Mitarbeit aller Genossen stellte die Flugblattverbreitung. In 28 Bezirken wurden rund 87½ Millionen Flugblätter verbreitet. 4 Bezirke haben darüber Angaben nicht gemacht.

Wirksam unterstützt wurde diese mündliche Agitation durch die Herausgabe zahlreicher Flugblätter und Broschüren. Einer Anregung des Kasseler Parteitages folgend gab der Parteivorstand die Beschlüsse dieses Parteitages zusammengestellt heraus. „Auf dem Wege zum Programm" wurde diese Broschüre betitelt, die Anregung zur Diskussion über das in Arbeit befindliche neue Programm gab. Die sehr populäre Schrift: „Was ist, was will der Sozialismus" wurde sehr stark nachverlangt und deshalb neu aufgelegt; sie leistet namentlich für neu zur Partei Gekommene gute Aufklärungsdienste. Die geistige Ernüchterung nach dem niedergebrochenen Kommunistenputsch in Mitteldeutschland machte dieses Gebiet für vernünftige sozialistische Ideen uns wieder neu zugänglich, und in einer Massenauflage wurde daher ein Flugblatt: „Die Blutschuld der Kommunisten" verbreitet. Um über unseren Eintritt in die Reichsregierung Aufklärung und nähere Kenntnis in die Bevölkerungskreise zu schaffen, wurde in größerer Auflage ein Flugblatt verbreitet, das sich mit diesem Thema beschäftigte.

Die beabsichtigte Erhöhung der Brotpreise rief in den weitesten Kreisen der Bevölkerung große Erregung hervor. Der Parteivorstand stellte deshalb das zur Agitation notwendige Material in einer kleinen Broschüre zusammen, die an unsere Bezirksorganisationen und Referenten zur Verteilung gelangte.

Für die Wahlagitation, die Frauenbewegung, die Jugendbewegung, die Lehrer- und Beamtenbewegung wurden noch zahlreiche Flugschriften zur Verbreitung vom Parteivorstande herausgegeben.

Parteiausschuß.

Der Parteiausschuß trat im Berichtsjahre zunächst am 4. Mai vor der Reichskonferenz zusammen, die einberufen war, um zu den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Ueber die Vorbereitung der Reichstagswahlen und die dazu einberufene Reichskonferenz ist bereits dem vorjährigen Parteitage berichtet worden. Nach den Wahlen fand am 13. Juli eine weitere Sitzung des Parteiausschusses mit der neugewählten Reichstagsfraktion statt, in der über den Ausfall der Wahlen und die Kabinettsbildung verhandelt wurde. Ueber den Austritt der Partei aus der Regierung und das Ergebnis der Wahlen ist gleichfalls dem letzten Parteitag bereits berichtet worden. Vor dem Kasseler Parteitage fand eine weitere Sitzung des Parteiausschusses am 25. August statt, in der zur politischen Lage, zum Genfer Internationalen Sozialistenkongreß und zum Kasseler Parteitag eingehend Stellung genommen wurde. In dieser Sitzung wurde unter anderem über die internationalen Beziehungen, über das Verhältnis der Partei zu den Kommunisten und Unabhängigen, über die reaktionären Treibereien im Reiche, über die Wiederaufrichtung der Internationale sowie über Steuern und Beitragsfragen verhandelt. Zur Vorbereitung des Parteitags trat der Parteiausschuß in Kassel vor dem Parteitag zu einer Sitzung zusammen.

Am 8. Dezember 1920 wurde im Parteiausschuß über die innerpolitische Situation debattiert. Besonders behandelt wurde die Regierungsbildung in Sachsen und Thüringen im Zusammenhang mit dem Kasseler Parteitagsbeschluß über die Teilnahme an der Regierung. Der Parteiausschuß stimmte einer vom Parteivorstand gegebenen Deklaration des Kasseler Beschlusses zu, nach dem sich dieser seinem klaren Wortlaut nach auf die Reichsregierung bezieht. Wolle man ihn allgemein auf die Länder ausdehnen, so könne er mit derselben Konsequenz auch auf die Provinziallandtage, Kreistage und Gemeindeverwaltungen bezogen werden. Ferner wurde die oberschlesische Frage besprochen. Die Abmachungen, die mit den polnischen Sozialisten im November getroffen worden waren und die eine unbeeinflußte Abstimmung in Oberschlesien sichern helfen sollten, wurden gebilligt. Im Einverständnis mit dem Parteivorstand sah der Parteiausschuß davon ab, vor den preußischen Landtagswahlen zur Frage der Neugliederung Preußens durch Beschluß Stellung zu nehmen. Ueber die Behandlung dieser Angelegenheit in dem zu erlassenden Wahlaufruf wurde in einer besonderen Konferenz der preußischen Parteiausschußmitglieder verhandelt. Der Parteiausschuß stimmte entsprechend einem Antrag des Kasseler Parteitages der Schaffung eines Mitteilungsblattes für die Funktionäre zu. Es fand sodann eine eingehende Aussprache über die Finanzlage des Reiches statt, in der besonders verlangt wurde, daß mit der Einziehung der beschlossenen Besitzsteuern schneller vorgegangen und von der Regierung gefordert werden müsse, daß ein Drittel des Notopfers sofort zu erheben sei. Der Parteiausschuß beschäftigte sich weiter mit dem Defizit der „Gleichheit". Es wurde beschlossen, die „Gleichheit" in Zukunft 14tägig erscheinen zu lassen und den Bezugspreis auf 60 Pf. monatlich für die Organisationen festzusetzen. Im Anschluß daran wurde über eine bessere Agitation unter den Frauen und unsere Stellung zum Republikanischen Führerbund gesprochen und über die geplante Errichtung einer Einkaufszentrale Bericht gegeben. Am folgenden Tage wurde in einer Sitzung der Mitglieder des Parteiausschusses, die preußische Bezirke vertreten, des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion und der Genossen in der preußischen Regierung die Agitation für die Preußenwahlen besprochen. Es wurde beschlossen, eine Anzahl Broschüren und ein Wahlhandbuch für die Preußenwahl herauszugeben. Zur

Aufstellung der Landesliste wurde eine Kommission eingesetzt, die aus zwei Vertretern des Parteivorstandes (Bartels und Wels), zwei Mitgliedern der preußischen Landtagsfraktion (Siering und Graef) und drei Mitgliedern des Parteiausschusses (Scholich, Lau und Schmidt) bestand.

Nach den Wahlen beschäftigte sich der Parteiausschuß in seiner Sitzung vom 13. März 1921 mit der politischen Lage, insbesondere der Regierungsbildung in Preußen. In der Debatte wurde vor allem gegen den Abbau der direkten Steuern, wie er von bürgerlicher Seite im Interesse der Volkswirtschaft verlangt wurde, protestiert und im Gegenteil Ausbau der direkten Steuern verlangt. Ferner wurde eingehend die Regierungsbildung in Mecklenburg, Lippe und Sachsen besprochen. Zur Regierungsbildung in Preußen, wo die Lage noch nicht geklärt war, wurde von einer Festlegung durch Beschlußfassung Abstand genommen. Von der Reichsregierung wurde weiter die sofortige Einbringung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung, betr. die weltliche Schule, als die für den Staatsgedanken geeignetste Gemeinschaftsschule verlangt. Der Parteiausschuß beauftragte ferner den Parteivorstand, die Parteigenossen, die in taktloser Weise in der bürgerlichen Presse schreiben, davon zu informieren, daß ein solches Verhalten scharf verurteilt wird.

Endlich tagte der Parteiausschuß am 9. Mai 1921 gemeinsam mit dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, um über die Annahme des Ultimatums zu beraten. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Annahme des Ultimatums hat nur dann einen Zweck und die Besetzung des Ruhrreviers ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehren rechtzeitig, das heißt bis zum 30. Juni, zu entwaffnen und aufzulösen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag, überschreiten weitaus die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren schwersten Protest heraus. Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohungen, angesichts der unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberschlesien daraus entspringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ernsten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktats zu unterstützen. Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayerischen Entwaffnung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das Kommende fällt daher in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu."

Nachdem die Deutsche Volkspartei sich für Ablehnung des Ultimatums entschlossen hatte, war die Sozialdemokratische Partei gezwungen, sich an der Regierung zu beteiligen. In der Reichstagsfraktion wurde dieser schwere Entschluß mit 56 gegen 20 Stimmen, im Parteiausschuß mit 28 gegen 13 Stimmen gefaßt.

Der Parteiausschuß beschloß am 10. Mai weiter, in einer besonderen Sitzung dem Vorschlag des Parteivorstandes zuzustimmen und den Parteitag in Görlitz abzuhalten.

Die Internationale.

Nachdem in den Vorjahren nach Beendigung des Krieges auf den Konferenzen von Bern, Luzern und Genf der interne Neubau der Internationale mit der Wegräumung der durch den Krieg aufgehäuften Hindernisse begonnen hatte, trat die Internationale im verflossenen Jahre weit mehr aktiv in die Oeffentlichkeit. Die sozialistische Internationale hat durch ihre Tätigkeit im letzten Jahre bewiesen, daß es ihr Ernst ist mit der Solidarität der Arbeiterklassen der besiegten und der siegreichen Länder. Neben einem allgemeinen Manifest an die Arbeiter der ganzen Welt sind es gerade die Interessen der deutschen Arbeiter gewesen, für die sich die Internationale eingesetzt hat.

Am 4. und 5. November 1920 tagte zum erstenmal das Exekutivkomitee der in Genf (siehe Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919, Seite 53 ff.) neukonstituierten Internationale in London. In Ergänzung des Genfer Beschlusses, die Labour Party zur Vorkämpferin der Internationale zu machen, wurde dort beschlossen, das Sekretariat der Internationale provisorisch nach London zu verlegen. Als wichtigster Beschluß dieser ersten Exekutivsitzung ist das am 5. November 1920 beschlossene Manifest an die Arbeiter zu nennen. Die II. Internationale erklärt hier noch einmal, daß sie den Kampf führe „für die Weltanschauung des demokratischen Sozialismus gegen die Sklaverei des Kapitalismus auf der einen, die tyrannische Diktatur des Bolschewismus auf der andern Seite". Das Manifest ruft alle auf diesem Boden stehenden Arbeiter zur Einigkeit in dem bevorstehenden Kampf gegen den Weltkapitalismus auf. „Dem Weltkapitalismus setzt die Internationale die Weltorganisation der Arbeiter entgegen". Der Kampf wie der Sieg der Arbeiterklasse kann nur international geführt werden. „Das internationale Weltkapital würde die Existenz jedes Volkes und Landes vernichten, das für sich allein den Sozialismus errichten zu können glaubt". Aber mit dem Hinweis darauf, daß „die Verwirklichung des Sozialismus nur möglich ist auf dem Boden der Demokratie", zieht dies Manifest entschlossen den Trennungsstrich gegen alle Versuche von rechts und links, die proletarische Einigkeit noch weiter zu zerstören. Sie setzt es sich als Ziel, „alle Bemühungen zur Wiederherstellung der internationalen Einigkeit des Proletariats zu unterstützen". Wenn sich die Arbeiter der Welt „allen Tendenzen der Spaltung zum Trotz zusammenschließen", so wird das Proletariat, einig und zusammengeschlossen, siegen, dann wird als Siegesruf die Welt durchhallen jener Wunsch, mit dem das Manifest schließt: „Es lebe die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!"

Die zweite Sitzung des Exekutivkomitees fand am 17. März 1921 statt. Der Sekretär gab in dieser Sitzung eine Zusammenstellung der Parteien, die sich als angeschlossen betrachten: Armenien, England (Labour Party und Gewerkschaften), Deutschland (SPD.), Belgien, Schweden, Holland, Dänemark, Ungarn, Georgien, Frankreich (PSF.), Schweiz (Grütli-Verein), Türkei (Sozialistische Partei), Tschechoslowakei (Tschechische sozialdemokratische Partei), Italien (Reformisten), Polen. Die Tagung stand bereits unter dem Eindruck der schweren europäischen Verwicklungen, die durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland über die Reparationsleistungen drohten. In der Erkenntnis, daß mit dem deutschen Proletariat auch die Arbeiterklassen der übrigen Länder schwer durch allzu hohe und unvernünftige Reparationsforderungen getroffen werden müßten, wurde beschlossen, schnellstens „eine Konferenz nach Amsterdam einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Reparationsfrage beschäftigt. An der Konferenz sollen die Mitglieder

des Exekutivkomitees sowie die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je ein Vertreter der Parlamentsfraktionen der beteiligten Länder teilnehmen. Sollte die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Teilnahme an den Verhandlungen ablehnen, so sollen die Gewerkschaftszentralen der beteiligten Länder direkt zur Entsendung eines Vertreters zu der Konferenz aufgefordert werden".

Am 30. März 1921 hat dann diese Zusammenkunft in Amsterdam stattgefunden. Es waren von deutscher Seite anwesend: Wels als Vertreter des Exekutivkomitees, Hermann Müller als parlamentarischer Vertreter und die Abgeordneten Hue und Silberschmidt als Sachverständige. Vertreten waren ferner Belgien, England, Frankreich und Holland.

In enger Zusammenarbeit mit dem Exekutivkomitee tagte gleichzeitig das Bureau der Gewerkschaftsinternationale. Auch die Zentrale der Wiener sozialistischen Arbeitsgemeinschaft hatte zur selben Zeit eine Konferenz über dasselbe Thema nach Amsterdam eingeladen. Bis zuletzt hofften die Vertreter der II. Internationale wie der Gewerkschaftsinternationale, daß in Anbetracht des alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen Gesinnung gleichmäßig angehenden ernsten Konfliktfalles die Wiener bereit sein würden, hier einmal allen kleinlichen Streit um 2 oder 2½ zu vergessen und in gemeinsamer Sitzung zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Aber vergeblich warteten die Gewerkschafter wie die Vertreter der II. Internationale auf die Ankunft der Wiener. Erst in letzter Stunde erfolgte deren Absage.

Die Beschlüsse der II. sozialistischen Internationale zur Reparationsfrage wurden einstimmig angenommen. Noch einmal erklärten die deutschen Vertreter, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Genf bereit sind, die Verantwortung für alle berechtigten Reparationsforderungen zu übernehmen. Dagegen erkannten die Sozialisten der alliierten Länder an, daß die Reparationspflicht des deutschen Volkes begrenzt wird durch seine Leistungsfähigkeit. Zwangsmaßregeln des alliierten Militarismus gegen das wehrlose Deutschland würden nur die Periode der Unsicherheit verlängern und der Reaktion und dem Kapitalismus erlauben, neue Kräfte zu sammeln, den Haß unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln. Die Konferenz bemühte sich, eine praktische Grundlage zur Lösung des Konflikts zu suchen, die geeignet ist, wieder normale Zustände herbeizuführen und die materiellen und moralischen Folgen des Krieges zu beseitigen. Für die Annahme ihrer Beschlüsse durch die Regierungen beschloß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu wirken.

Sie hat deshalb vorgeschlagen, im Laufe der nächsten fünf Jahre eine oder mehrere große internationale Anleihen abzuschließen, die durch 30 Annuitäten durch Deutschland verbürgt werden. Für den Wiederaufbau Nordfrankreichs schlug sie ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen vor. Die deutschen Leistungen für die Reparationen sollten nach Maßgabe der steigenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschands sich erhöhen. Diese gleitende Skala sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern — in derselben Weise wie gewöhnliche Steuern — die Höhe des Nationalvermögens und Einkommens berücksichtigen.

Zum Schluß wurde noch einmal das Interesse der neutralen Länder an einer schnellen, friedlichen und dauerhaften Lösung der Reparationsfrage festgestellt. Es wird vor allen Dingen die Aufgabe des internationalen Proletariats sein, durch seine eigene Klassenorganisation auf die allen Teilen günstigste Lösung dieser Aufgaben hinzuwirken.

Diese Resolution wurde dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitgeteilt, das sich in einer ergänzenden Resolution vollkommen auf den Boden der Resolution der II. Internationale stellt. (Der vollständige Wortlaut der Amsterdamer Beschlüsse ist als Broschüre der Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1921, unter dem Titel: „Die II. Internationale über den Wiederaufbau", ferner in den Sprachen der der Internationale angeschlossenen, führenden Länder veröffentlicht worden. Auf Antrag der sozialistischen Fraktionen sind sie ferner zusammen mit dem Wiedergutmachungsentwurf der Wiener Internationale als Reichstagsdrucksache Nr. 1829 erschienen.)

Durch die Annahme des Ultimatums durch Deutschland sind die Beschlüsse von Amsterdam überholt worden. Dafür aber hatte die II. Internationale auch auf ihrer nächsten Exekutivsitzung Gelegenheit, sich mit den durch die Politik der Entente gegenüber Deutschland geschaffenen Zuständen zu befassen. Die dritte Exekutivsitzung in London am 27. und 28. Juni 1921 hat beschlossen, auf die alliierten Regierungen allen möglichen Druck ausüben zu lassen, um diese zur Aufhebung der Sanktionen im deutschen Rheingebiet zu nötigen. Das Exekutivkomitee ließ sich dabei nicht nur von der Erkenntnis der schweren Gefahren der Sanktionen für die deutsche Wirtschaft leiten, sondern auch von der Erkenntnis, daß ein internationaler Wiederaufbau unter diesen Umständen unmöglich ist. Die Parlamentsfraktionen der angeschlossenen Länder sollen durch das Bureau der Internationale auf die Notwendigkeit schnellen und energischen Handelns im Interesse der Aufhebung der Sanktionen hingewiesen werden.

Wie schon die Märzsitzung des Exekutivkomitees, hatte auch diese Zusammenkunft Gelegenheit, ihr Interesse und ihre Sympathie für die von den Bolschewisten aus Georgien vertriebenen Genossen von der sozialdemokratischen Partei zu bekunden.

Ferner befaßte sich die dritte Exekutivsitzung mit der Frage des Verhaltens zur Wiener Internationale. Auf Grund eines Annäherungsversuches der französischen zentristischen Partei, deren Führer Longuet auch auf dem Parteitag der Labour Party in Brighton erschienen war, ging das Exekutivkomitee näher auf einen Beschluß dieses Parteitages ein. Danach war nämlich der Parteivorstand der Labour Party aufgefordert worden, einen Zusammenschluß aller sozialistischen Organisationen, die in der Ablehnung der Diktatur des Proletariats einig sind, zu versuchen. Der Parteivorstand wurde aufgefordert, auch mit den Wienern in Fühlung zu treten. Auf Antrag der Labour Party erklärte sich so die Exekutivsitzung damit einverstanden, daß, vorausgesetzt das Einverständnis der Wiener Zentrale, im Oktober in London eine gemeinsame Zusammenkunft der beiden Internationalen stattfinden solle.

Sollte Wien sich unter annehmbaren Bedingungen dazu bereitfinden, so wolle man diese Zusammenkunft als die Gründungssitzung der langerstrebten einheitlichen sozialistischen Internationale betrachten.

Im Interesse einer solchen Annäherung der gespaltenen internationalen proletarischen Bewegung hatte die deutsche Delegation bereits auf der Tagung im März der Internationale eine Denkschrift zur Schaffung einer interparlamentarischen Kommission vorgelegt. Nachdem sie inzwischen übersetzt und an die einzelnen im Exekutivkomitee vertretenen Länder weitergeleitet worden war, erläuterte Wels jetzt in London Sinn und Bedeutung dieses deutschen Antrages. Wenn wir vielleicht jetzt noch nicht auf ein Zusammengehen mit den Wienern rechnen können, so wird ein Zusammenarbeiten der sozialistischen parlamentarischen Glieder als Vorstufe zu dieser endlichen Vereinigung, die kommen muß und kommen wird, von größtem Werte sein. Ist der Völkerbund

der Staaten und Regierungen heute nicht das, was wir als Demokraten und Sozialisten erstreben müssen, so werden wir dem wahren Bund der Völker vorarbeiten, wenn wir wenigstens jetzt seine sozialistische Fraktion schaffen.

Die Bedeutung des deutschen Vorschlages wurde von allen Seiten voll gewürdigt. Als Vorstufe soll jetzt zunächst durch das Bureau der Internationale versucht werden, eine interparlamentarische Korrespondenz herzustellen. Auf der nächsten Exekutivsitzung wird dann endgültig über die Schaffung dieser Instanz, die im internationalen Leben von höchster Bedeutung sein wird, verhandelt werden.

Kassenbericht.

Obgleich die beschlossene Beitragserhöhung in unserem Jahresabschluß noch wenig in Erscheinung tritt, vermehrte sich die Beitragseinnahme um mehr als eine Million Mark. Gewiß das beste und sicherste Zeichen von dem Wachstum und der Stabilität der Parteiorganisation! — Um fast 100 000 Mk. stiegen auch die „Sonstigen Beiträge", von denen der wesentlichste Teil auf die Beiträge der Parteigeschäfte entfällt. Im Vorjahre betrugen diese 458 522,90 Mk.; im Berichtsjahre konnten aus diesen Einnahmen 531 165,90 Mk. verbucht werden. Diese Steigerung wäre eine größere, wenn alle Geschäfte, die einen Reingewinn erzielten, ihre statutarische Pflicht erfüllt hätten. Leider ist das nicht der Fall. Nicht weniger als 15 Geschäfte haben der Parteikasse diese Zuwendung vorenthalten. Wenn auch die meisten nur kleine Geschäfte mit unbedeutenden Gewinnabschlüssen sind, was an der Verfehlung natürlich nichts ändert, so befinden sich darunter doch auch solche von größerem Umfange. Wir nennen nur: Bayreuth, Crefeld, Kiel, Leipzig, Luckenwalde, Stuttgart u. a. — Von 16 weiteren Geschäften, darunter Hannover, sind Bilanzen nicht eingesandt, so daß nicht nachzuprüfen ist, ob die eingegangenen Beträge der Abführungspflicht entsprechen. — Bei den großen Aufwendungen, die die Partei seit Jahrzehnten für das Wachstum und Gedeihen der Presse gemacht hat und, wie die Darlehnsausgaben und Pressezuschüsse zeigen, auch weiter laufend leistet, sollten die örtlichen Instanzen es sich angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß mit der Drückebergerei auf diesem Gebiete überall Schluß gemacht wird. Durch Zentralisierung des Einkaufs wird mit Erfolg versucht, günstigere Bezugsbedingungen für unsere Parteigeschäfte zu erzielen. Zu diesem Zwecke wurde Ende 1920 die Einkaufszentrale geschaffen.

Nicht verwunderlich ist, daß bei der im letzten Jahre anhaltenden weiteren Steigerung auf fast allen Gebieten auch unsere Ausgabeziffern erheblich gestiegen sind. Die Kosten für allgemeine Agitation, welche die Agitationszuschüsse, Gehälter für Bezirkssekretäre und dergleichen umfassen, haben sich fast verdreifacht. Aehnliches zeigen eine Reihe weiterer Ausgabeposten. Die Wahlausgaben belasten diesen Abschluß in ihrer ganzen Schwere. 1,3 Millionen Mark wurden im Berichtsjahre verausgabt, 212 247,79 Mk. im vorigen Jahre. Zu diesen 1½ Millionen Mark, welche die Parteikasse in der Hauptsache für die letzte Reichstags- und preußische Landtagswahl aufwandte, kommen noch 8,3 Millionen Mark, welche die Bezirksorganisationen verausgabten. Etwa 10 Millionen Mark mußten also im letzten Jahre für Wahlzwecke aufgebracht werden.

Wenn bei solchen außergewöhnlichen Ausgaben die Parteikasse trotz anerkennenswerter Einnahmesteigerung mit einem Defizit abschließt, so kann dies nicht überraschen. Sollten wir im laufenden Jahre von größeren Wahlaktionen

verschont bleiben, ist mit einiger Sicherheit damit zu rechnen, daß beim nächsten Abschluß ein entsprechender Ueberschuß das diesjährige Manko wieder ausgleichen wird.

Außer den Darlehen wurden nachstehende Beträge der Parteipresse als Zuschüsse gegeben:

Ort und Name der Zeitung	1919/20 Mk.	Pf.	1920/21 Mk.	Pf.
Danzig, „Volkswacht"	2 000	—	—	—
Delmenhorst, „Volkswacht"	1 500	—	—	—
Elbing, „Volkszeitung"	10 000	—	—	—
Emden, „Ostfr. Volkszeitung"	—	—	3 200	—
Erfurt, „Freie Presse"	—	—	15 000	—
Gießen, „Volkszeitung"	2 400	—	600	—
Gotha, „Volksstimme"	—	—	6 000	—
Halle, „Volksstimme"	—	—	35 000	—
Hirschberg, „Volkszeitung"	—	—	1 153	50
Hof, „Volksstimme"	—	—	250	—
Lüdenscheid, „Volksstimme"	2 000	—	—	—
Regensburg, „Donau-Post"	—	—	15 000	—
Stade, „Volksblatt"	2 000	—	—	—
Wittenberge, „Volkszeitung	—	—	12 000	—
„Taubstummen-Zeitung"	—	—	1 000	—
*„Kommunale Praxis"	—	—	39 889	88
„Arbeiter-Bildung"	—	—	5 337	02
*„Gleichheit"	—	—	148 117	54
Summa	19 900	—	282 547	89
Die Revisionskosten betrugen	32 471	30	90 346	55

*) Die Pressezuschüsse für die „Kommunale Praxis" sowie für die „Gleichheit" sind im Berichtsjahr 1919/20 unter „Diverse" verbucht worden.

Einnahmen und Ausgaben der Bezirksorganisationen auf Grund der Abrechnung der Ortsvereine.

	ℳ	₰
A. Einnahmen.		
1. Für Neuaufnahmen	189 418	40
2. „ Beiträge von männlichen Mitgliedern	11 611 780	01
3. „ „ „ weiblichen „	1 484 929	88
4. „ Extrabeiträge u. a. Listen gesammelt	5 452 693	72
5. „ sonstige Einnahmen	6 403 223	31
6. „ Zuschüsse vom Parteivorstand	1 891 293	92
7. „ Darlehn vom Parteivorstand	217 931	95
8. „ Kassenbestände vom 1. April 1920	1 687 563	35
Gesamteinnahmen	28 938 834	54
B. Ausgaben.		
1. Für Reichstagswahlen	5 686 525	05
2. „ Landtagswahlen	2 648 535	81
3. „ Gemeindewahlen	119 024	20
4. „ Kreistagswahlen	38 251	31
5. „ Agitation	4 760 809	77
6. „ Verwaltung	6 768 754	43
7. „ Strafen und Prozeßkosten	112 122	20
8. An den Parteivorstand abgeliefert:		
a) 25 % von den Beiträgen der männl. Mitglieder	2 907 812	47
b) 25 % „ „ „ weibl. „	366 588	26
c) Freiwillige Beiträge	4 766	13
d) Darlehn zurück	282 431	69
9. Sonstige Ausgaben	2 788 728	59
10. Kassenbestände am 31. März 1921	2 454 489	63
Gesamtausgaben	28 938 834	54

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921

mit den Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.	1919/20 Mark	Pf.	1920/21 Mark	Pf.
Beiträge:				
a) Von den Organisationen	1 433 956	68	2 588 410	02
b) Sonstige	640 000	26	731 462	65
„Vorwärts"-Verlag	10 571	91	75 000	—
Buchhandlung Vorwärts	—	—	6 000	—
Darlehnskonto	153 620	43	647 293	76
Zinsen	67 694	90	121 901	65
Diverse	29 958	40	801 280	99
Gesamteinnahme	2 335 802	58	4 971 349	07
Dem Vermögen entnommen	—	—	1 078 566	98
Bestand am Jahresbeginn	171 735	97	215 548	92
Summa	2 507 538	55	6 265 464	97

Ausgabe.	1919/20 Mark	Pf.	1920/21 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation	771 739	08	1 919 587	22
Pressebureau (früheres)	34	95	757	50
Zentrale für Beamtenagitation	10 160	50	164 758	45
„Partei-Correspondenz"	63 464	56	129 339	84
Früheres Sozialdem. Bureau für Rheinland-Westfalen	4 705	—	—	—
Archiv	15 827	50	33 638	62
Bildungsausschuß	40 556	54	54 758	77
Arbeitsgem. sozialdem. Lehrer	16 932	80	100 157	01
Pressezuschuß und Revision der Parteipresse	52 371	30	372 394	44
Jugendagitation	63 700	18	107 988	97
Wahlagitation	212 247	79	1 334 271	74
Prozeßkosten und Anwaltgebühren	5 693	24	10 705	15
Unterstützungen	4 700	—	13 500	—
Darlehnskonto	644 075	75	993 963	52
Gehälter und Verwaltung	146 759	85	490 134	87
Diverse	59 983	12	89 767	55
Gesamtausgabe	2 112 952	16	5 816 168	65
Dem Vermögen zugeführt	179 037	47	—	—
Bestand am Jahresschluß	215 548	92	449 296	32
Summa	2 507 538	55	6 265 464	97

Berlin, den 20. Juli 1921.

Revidiert und für richtig befunden

Die Kontrollkommission.

Aug. Brey. Fr. Brühne. Fr. Fischer. Helene Grünberg. Kl. Hengsbach. P. Löbe. H. Müller. K. Pinkau. Ad. Schönfelder.

Einnahmen der Bezirksorganisationen auf Grund der Abrechnung der Ortsvereine.

	Bezirk	Neu-aufnahmen	Für Beitragsmarken von den männlichen Mitgliedern		weiblichen Mitgliedern		Extra-beiträge, Listen-sammlung	Sonstige Einnahmen	Zuschuß (gestundete Beiträge) vom P.-V.	Darlehen vom P.-V.
		M ₰	Anzahl	M ₰	Anzahl	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰
1	Ostpreußen	4 904 90	698 234	161 371 70	103 307	17 595 45	137 667 67	668 315 99	141 952 54	— —
2	Pommern	3 970 15	769 348	261 473 10	165 171	39 591 40	188 517 41	124 640 34	90 100 —	— —
3	Brandenburg	4 164 —	1 156 691	256 847 85	359 161	53 876 75	— —	159 433 52	103 229 10	— —
4	Groß-Berlin	7 918 —	1 671 532	495 837 90	400 771	70 988 75	182 474 35	576 762 80	— —	— —
5	Görlitz	7 449 —	1 259 262	312 031 40	244 520	44 996 35	205 616 10	683 954 54	49 000 —	— —
6	Breslau	9 212 —	1 829 226	353 445 20	507 453	76 117 95	186 249 90	78 106 71	106 350 75	— —
7	Oberschlesien	1 508 05	271 240	54 248 —	63 888	9 788 20	6 589 63	17 448 42	260 000 —	— —
8	Halle	1 235 50	234 425	92 431 40	36 918	5 660 95	27 194 62	64 224 71	165 000 —	— —
9	Magdeburg	7 072 —	2 155 129	735 331 90	639 332	168 267 60	102 960 —	487 027 99	— —	— —
10	Mecklenburg, Lübeck	7 929 30	1 483 716	296 743 20	226 773	34 015 95	64 727 77	50 119 15	— —	— —
11	Schleswig-Holstein	13 209 40	3 091 787	618 357 40	662 532	99 372 80	394 375 22	10 562 68	— —	44 578 40
12	Hamburg, Nordwest	14 267 50	3 210 758	924 797 95	962 102	170 715 25	194 556 06	405 074 47	— —	4 522 67
13	Hannover, Braunschweig	14 133 50	3 302 264	845 755 65	613 334	115 439 85	212 008 50	443 579 41	40 000 —	— —
14	Groß-Thüringen	6 218 —	1 255 691	313 472 80	185 706	34 881 60	142 302 93	47 011 59	70 000 —	— —
15	Leipzig	1 137 —	246 284	49 262 80	42 891	6 433 65	22 539 21	73 810 84	40 000 —	— —
16	Dresden	8 871 —	1 620 535	426 820 10	287 535	51 141 20	47 392 70	78 462 83	— —	— —
17	Chemnitz, Zwickau	6 368 55	1 998 983	642 373 60	236 472	43 667 25	71 133 03	249 516 84	31 000 —	— —
18	Kassel	5 035 50	1 099 459	361 820 90	74 094	12 433 80	88 148 90	72 194 98	15 000 —	— —
19	Frankfurt a. M.	5 180 40	1 301 917	498 102 60	153 402	34 860 50	415 167 98	271 819 36	24 510 79	— —
20	Nördl. Westfalen	4 493 50	1 024 614	258 348 —	180 953	33 975 05	117 223 14	72 525 48	22 360 —	— —
21	Oldenburg, Ostfriesland	2 365 50	555 812	111 182 40	116 908	17 536 20	— —	207 166 57	8 853 10	— —
22	Südl. Westfalen	11 229 —	1 904 573	703 440 50	549 229	112 480 85	800 461 76	227 103 98	— —	— —
23	Niederrhein, unbes. Geb.	5 289 50	767 915	343 028 70	165 184	37 854 95	131 545 54	327 589 89	113 000 —	— —
24	bes. Gebiet	1 985 —	240 106	130 379 25	55 695	14 465 90	65 908 87	67 245 04	85 000 —	— —
25	Oberrhein	10 91 —	1 631 458	326 651 60	221 447	33 217 35	934 556 65	251 536 71	224 132 57	66 072 08
26	Hessen	3 744 —	1 413 688	353 255 80	91 260	20 040 90	76 760 69	72 910 51	9 731 07	— —
27	Pfalz	4 805 95	927 444	187 721 30	47 129	7 076 10	52 314 03	149 218 03	— —	— —
28	Baden	5 607 40	1 595 980	891 661 60	192 708	85 379 60	286 872 11	42 423 95	33 738 —	— —
29	Württemberg	3 295 20	1 514 390	465 866 56	151 268	26 581 15	59 343 14	248 927 38	57 586 —	102 763 80
30	Franken	3 793 50	1 598 585	319 717 —	178 818	26 822 65	89 418 45	116 904 89	50 000 —	— —
31	Oberpfalz, Niederbayern	810 60	295 564	62 958 85	80 299	5 086 10	20 217 86	23 491 31	68 250 —	— —
32	Oberbayern, Schwaben	1 874 50	1 256 064	264 553 —	211 709	25 083 83	28 454 50	34 107 —	83 000 —	— —
		189 418 40	43 382 544	11 611 780 01	11 217 969	1 484 929 88	5 452 693 72	6 403 223 31	1 891 293 92	217 931 95

Ausgaben der Bezirksorganisationen auf Grund der Abrechnung der Ortsvereine.

	Bezirk	Für Wahlen: Reichstag	Landtag	Gemeinde	Kreistag	Agitation	Verwaltung	Strafen und Prozeßkosten	Abgeführt an den P.-V.: 25 Proz. der m.	25 Proz. der w.	Freiw. Beiträge	Darlehn zurück (gestundete Beiträge)	Sonstige
		M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰
1	Ostpreußen	428 000 —	27 207 23	— —	— —	142 029 91	426 370 99	5 249 —	40 343 30	4 898 82	— —	34 866 77	3 217 80
2	Pommern	124 291 49	181 349 08	13 258 40	— —	157 053 74	131 036 52	1 937 10	65 368 29	9 899 78	— —	— —	8 060 88
3	Brandenburg	142 457 95	135 864 15	— —	— —	43 678 91	203 570 39	6 374 45	89 211 97	12 969 19	— —	— —	20 671 37
4	Groß-Berlin	421 003 48	33 371 13	22 316 21	9 135 55	216 751 82	506 541 30	8 450 96	123 959 46	17 745 93	— —	— —	22 140 10
5	Görlitz	308 134 40	43 176 15	— —	1 808 —	139 766 61	123 678 56	10 515 —	85 520 35	18 303 84	— —	16 000 —	502 220 67
6	Breslau	134 788 19	175 804 05	— —	— —	119 712 35	198 903 56	8 056 82	88 361 30	19 029 49	— —	— —	18 900 76
7	Oberschlesien	— —	— —	— —	— —	97 915 35	150 147 29	1 924 08	16 000 —	— —	— —	— —	3 183 77
8	Halle	80 683 84	103 928 45	— —	— —	45 917 69	83 998 —	2 000 —	23 107 86	1 415 24	3 697 69	— —	112 253 11
9	Magdeburg	314 048 88	208 235 94	— —	— —	93 200 19	515 262 25	390 08	188 832 89	42 066 89	— —	— —	42 965 99
10	Mecklenburg, Lübeck	35 678 02	91 750 45	380 —	— —	72 782 12	109 917 88	3 889 27	74 185 80	8 504 01	— —	44 578 40	4 668 55
11	Schleswig-Holstein	96 346 60	28 529 53	— —	— —	318 073 72	478 942 90	9 070 45	154 589 34	24 844 94	— —	— —	139 438 72
12	Hamburg, Nordwest	376 077 29	176 291 35	— —	16 741 75	320 546 94	462 948 90	2 205 60	231 658 05	40 873 51	1 068 44	— —	70 906 25
13	Hannover, Braunschweig	307 508 41	240 824 86	— —	— —	545 523 09	172 923 53	12 619 99	210 040 16	28 859 95	— —	— —	67 056 15
14	Groß Thüringen	260 358 37	24 022 65	1000 53	— —	78 477 78	94 474 36	550 —	78 367 95	8 720 88	— —	— —	31 440 82
15	Leipzig	84 516 23	2 160 69	220 93	— —	36 383 35	23 650 29	46 80	12 313 20	1 608 40	— —	— —	63 187 41
16	Dresden	— —	11 645 —	1490 97	— —	253 148 78	188 071 41	1 645 96	106 584 09	12 784 45	— —	— —	11 673 54
17	Chemnitz, Zwickau	113 245 59	208 807 99	5556 48	— —	318 133 24	106 240 11	4 500 —	135 769 55	10 918 18	— —	10 042 45	50 294 82
18	Kassel	122 176 35	120 874 76	— —	8 925 16	78 897 76	90 951 50	3 213 —	90 330 71	3 108 45	— —	— —	224 653 03
19	Frankfurt a. M.	150 596 77	125 699 02	316 50	1 170 85	330 556 57	204 819 38	2 243 40	123 373 18	8 546 28	— —	— —	13 470 36
20	Nördl. Westfalen	61 917 13	87 486 13	112 —	— —	126 461 29	98 419 44	— —	64 087 —	8 493 70	— —	— —	78 188 67
21	Oldenburg, Ostfriesland	87 897 99	— —	38 615 30	— —	16 595 01	90 637 71	— —	27 795 60	4 881 10	— —	— —	92 281 98
22	Südl. Westfalen	325 791 01	504 046 89	— —	— —	351 159 78	339 584 36	1 220 50	174 800 36	28 154 97	— —	— —	107 636 64
23	Niederrhein, unbes. Geb.	392 678 03	— —	— —	— —	93 589 48	266 996 93	1 360 60	85 757 14	9 438 77	— —	5 255 69	12 584 53
24	bes. Gebiet	59 841 40	69 807 —	338 80	— —	29 778 40	128 495 64	8 375 20	32 043 06	4 167 12	— —	120287 28	149 496 82
25	Oberrhein	303 882 02	255 201 85	35 423 05	— —	218 419 60	669 680 69	2 451 45	81 572 90	8 304 27	— —	— —	43 617 82
26	Hessen	95 998 90	— —	— —	470 —	143 294 97	126 593 79	500 —	88 013 95	4 331 32	— —	— —	211 356 89
27	Pfalz	43 709 03	— —	— —	— —	14 893 68	39 950 94	24 —	46 890 47	1 710 52	— —	— —	87 136 94
28	Baden	302 255 23	— —	— —	— —	110 136 17	155 484 55	200 —	79 799 —	7 225 79	— —	— —	268 907 45
29	Württemberg	156 195 34	1 684 40	— —	— —	102 986 46	241 734 18	9 114 80	*125 202 99	— —	— —	— —	136 539 68
30	Franken	182 417 60	— —	— —	— —	42 719 55	167 307 75	3 441 28	79 929 20	6 705 68	— —	4 293 25	10 228 88
31	Oberpfalz, Niederbayern	85 571 35	— —	— —	— —	34 394 42	41 536 75	750 —	11 739 71	1 271 46	— —	47 632 85	136 582 26
32	Oberbayern, Schwaben	88 577 58	— —	— —	— —	67 825 01	129 876 58	5 822 92	72 733 64	7 797 83	— —	— —	— —
		5 686 525 05	3 648 535 81	119024 20	38 251 81	4 760 809 77	6 768 754 43	112122 20	2 907 812 47	366583 26	4 766 13	282431 69	2 788 728 59

*) Männliche und weibliche zusammen.

	Bezirk	An die Hauptkasse abgeführt: Mitglieder-Beiträge	Von der Parteipresse lt. § d. Org.-Stat. (20%)	Darlehen-Rückzahlung	Zinsen	Diverse	Summa	Von der Hauptkasse erhalten: Agitationszuschüsse	Wahlzuschüsse	Darlehen an die Presse	Pressezuschuß	Sonstiges	Summa
		ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
1	Ostpreußen	9 987 50	12 044 —	2 283 11	7 411 32	— —	31 725 93	— —	100 434 —	— —	— —	400 —	100 834 —
2	Pommern	91 788 55	5 250 —	— —	1 350 —	— —	98 388 55	20 500 —	70 060 —	38 408 40	— —	— —	126 968 40
3	Brandenburg	99 576 79	12 020 —	685 29	901 02	— —	113 183 10	32 604 90	165 203 44	5 000 —	12 000 —	— —	214 808 34
4	Groß-Berlin	167 962 29	556 984 10	— —	1 200 —	— —	726 621 39	— —	50 000 —	— —	— —	— —	50 000 —
5	Görlitz	69 315 72	— —	— —	— —	— —	69 315 72	9 000 —	40 120 —	— —	— —	— —	49 120 —
6	Breslau	104 801 96	49 302 —	— —	3 372 44	— —	157 476 40	6 000 —	100 000 —	205 000 —	1 159 50	350 75	312 504 25
7	Oberschlesien	16 000 —	— —	— —	— —	— —	16 000 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
8	Halle	18 859 09	— —	30 000 —	— —	— —	48 859 09	61 480 —	120 060 —	— —	35 000 —	500 —	216 990 —
9	Magdeburg	86 289 47	6 400 —	— —	941 76	— —	93 580 23	— —	— —	— —	— —	— —	— —
10	Mecklenburg, Lübeck	83 945 58	18 525 85	— —	— —	— —	102 471 43	— —	200 —	— —	— —	— —	200 —
11	Schleswig-Holstein	129 612 45	— —	— —	688 60	— —	130 301 05	— —	— —	15 000 —	— —	— —	15 000 —
12	Hamburg, Bremen	201 797 46	23 182 45	64 355 —	— —	— —	289 334 91	— —	— —	50 000 —	— —	— —	50 000 —
13	Hannover, Braunschweig	199 024 99	16 500 —	— —	— —	— —	216 124 99	10 270 —	30 600 —	25 000 —	— —	— —	65 270 —
14	Groß-Thüringen	84 347 45	6 486 15	7 327 99	4 970 14	— —	103 131 74	39 500 —	40 680 90	146 706 90	21 000 —	500 —	248 387 80
15	Leipzig	12 784 06	— —	— —	— —	— —	12 784 06	— —	40 000 —	45 000 —	— —	800 —	85 800 —
16	Dresden	94 716 34	10 000 —	— —	— —	— —	104 716 34	— —	— —	— —	— —	1 000 —	1 000 —
17	Chemnitz	56 242 45	45 870 40	10 000 —	2 000 —	— —	114 112 85	— —	— —	— —	— —	— —	— —
18	Zwickau	22 011 74	2 739 —	— —	— —	— —	24 750 74	6 000 —	25 000 —	40 000 —	— —	— —	71 000 —
19	Kassel	74 273 10	30 486 10	— —	— —	— —	104 759 20	— —	— —	— —	— —	— —	— —
20	Frankfurt a. M.	109 663 48	42 000 —	25 000 —	506 20	— —	176 169 68	600 —	10 000 —	35 000 —	— —	— —	45 600 —
21	Nördliches Westfalen	54 445 30	— —	— —	10 880 —	1 500 —	66 825 30	6 760 —	20 374 80	20 000 —	— —	— —	47 134 80
22	Südliches Westfalen	169 632 74	22 240 90	118 951 78	90 70	— —	50 522 43	— —	180 —	65 000 —	3 200 —	— —	68 380 —
23	Niederrhein, bes. Gebiet	110 287 87	48 464 —	184 235 57	10 972 66	— —	921 798 08	— —	— —	25 000 —	— —	— —	25 000 —
24	" unbes. Gebiet	— —	— —	— —	7 809 84	30 000 —	380 797 28	41 500 —	140 000 —	— —	— —	8 000 —	189 500 —
25	Oberrhein	51 519 50	15 546 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
26	Hessen	50 988 20	11 348 10	679 75	1 852 75	— —	67 059 50	50 100 —	75 000 —	20 000 —	— —	— —	145 100 —
27	Pfalz	46 872 81	48 000 —	— —	— —	— —	64 866 80	9 375 —	— —	— —	600 —	— —	9 975 —
28	Baden	89 719 57	2 240 30	10 678 94	3 700 93	— —	94 872 81	23 000 —	40 000 —	— —	— —	— —	63 000 —
29	Württemberg	100 397 81	9 348 22	— —	160 —	— —	106 34 74	— —	30 000 —	25 000 —	— —	300 —	55 300 —
30	Franken	63 658 87	40 000 —	— —	5 902 30	— —	109 906 08	— —	25 000 —	69 348 22	— —	— —	94 348 22
31	Oberpfalz, Niederbayern	14 870 5	— —	— —	— —	— —	109 556 17	10 200 —	60 000 —	10 000 —	250 —	— —	10 250 —
32	Oberbayern Schwaben	74 782 29	2 6°8 60	— —	— —	— —	14 870 5	26 000 —	80 000 —	60 000 —	— —	— —	180 200 —
	Summa	2 588 410 02	1 059 374 80	454 192 43	64 710 66	31 500 —	4 198 187 91	352 839 90	1 262 313 14	897 483 52	73 203 50	11 850 75	2 597 670 81

Bericht
über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
1920-1921

Vorwort.

Der Reichstag hat im verflossenen Tagungsabschnitt viel geleistet: Er hat in den 114 Sitzungen wichtige Gesetze beraten und zu bedeutsamen außen- und innerpolitischen Fragen Stellung genommen. Dem rein bürgerlichen Kabinett Fehrenbach fehlte es an innerer Kraft und Fähigkeit, obwohl ihm die **Deutsche Volkspartei** „Fachminister" zur Verfügung stellte.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Interesse der politischen Gesundung den Wunsch, daß die **Deutsche Volkspartei** einmal dem deutschen Volke praktisch beweise, daß ihre „Fachminister" weder die inneren noch die äußeren Schwierigkeiten zu lösen vermögen.

Ein Jahr Regierungstätigkeit der Deutschen Volkspartei hat großen Teilen des Volkes genügt, die „Volkspartei" kritischer zu betrachten. Das „starke nationale Selbstbewußtsein", mit dem die Deutsche Volkspartei bis zu den Reichstagswahlen alle äußeren Schwierigkeiten beseitigen wollte, hat in den entscheidenden Augenblicken kläglich versagt, deshalb mußte die **Sozialdemokratie** zum vierten Male seit dem großen Zusammenbruch von 1918 im Interesse der großen Volksmassen in die Regierung eintreten und die schwere Verantwortung mit übernehmen, obwohl in manchen Fragen, so in der **Ernährungswirtschaft**, Wege eingeschlagen waren, die die sozialdemokratische Fraktion nicht zu gehen vermochte.

Von Paris bis zum Londoner Ultimatum.

In zwölf Sitzungen zwischen dem 31. Januar und dem 10. Mai 1921 hat sich der Reichstag mit der materiellen Auswirkung des Vertrages von Versailles beschäftigt, für die die ganze Verantwortung auf die Kreise fällt, die für Deutschland erobern wollten, in völliger Verkennung der Machtverhältnisse den Verständigungsfrieden verhinderten und damit den Zusammenbruch Deutschlands und aller seiner Verbündeten verschuldet haben.

Pariser Beschlüsse.

In den ersten vier Sitzungen standen zur Erörterung die Pariser Beschlüsse, die vom Außenminister Dr. Simons eingehend dargelegt wurden und deren Unerfüllbarkeit er betonte. In jenen Beschlüssen war die Gesamtsumme, die von Deutschland zu zahlen ist, auf 226 Milliarden festgesetzt, die in 42 Jahren geleistet werden sollten. Es waren auch schon die Sanktionen (Strafmaßnahmen) für den Fall angedroht, daß sich Deutschland den Beschlüssen der Entente nicht fügen sollte. Der Weg zu Verhandlungen stand jedoch noch offen. Die Regierung war zu weiteren Verhandlungen nach London geladen. **Dr. Simons** betonte namens der Regierung, daß die Pariser Beschlüsse keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen seien, daß es aber die Pflicht der Regierung sei, geeignete Gegenvorschläge zu machen.

Für die Parteien des **Zentrums**, der **Deutschen Volkspartei** und der **Demokraten** erklärte der Abgeordnete Schiffer, daß sie die Haltung des Ministers Dr. Simons billigen. Es sei Pflicht der Regierung, neue Vorschläge zu machen. Wenn es nicht gelänge, ein erträgliches Ergebnis zu erzielen, dann müssen Regierung und Parlament die Unterschrift verweigern.

Genosse Müller gab im Namen unserer Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die **sozialdemokratische Fraktion** des Reichstages stimmt der Erklärung des Herrn Reichsaußenministers über die Unausführbarkeit der Pariser Wiedergutmachungsvorschläge zu.

Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für unausführbar zu erklären, wird sich nicht finden; sie würde das Vertrauen weder des Inlands noch des Auslands verdienen, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen.

Durch keinerlei Abmachungen kann die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die 42 Jahreszahlungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen.

Die geforderte 12prozentige Abgabe von der gesamten Ausfuhr steht ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan im Widerspruch zu dem Vertrage von Versailles, der eine in 30 Jahren zahlbare feste Summe, nicht aber Einnahmen aus der deutschen Wirtschaft von unbestimmter Höhe vorsieht.

Die Ausfuhrabgabe bedeutet einen Zwang für die ganze Welt, die deutschen Waren teurer einzukaufen, zugleich aber auch eine dauernde Herabdrückung der Lebenshaltung und eine Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, die die stärkste Stütze der deutschen Republik ist.

Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Zollsystems würde gleichfalls der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerträgliche Zwangsjacke anlegen.

Die Pariser Vorschläge schaffen nicht jene Wiedergutmachung, die das arbeitende deutsche Volk zu leisten fähig und bereit ist, sie verschärfen vielmehr die wirtschaftliche Krise zu einer europäischen Katastrophe.

Die Sozialdemokraten des Deutschen Reichstages lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf diese drohende Gefahr und richten an sie die Aufforderung, an dem Zustandekommen von Verhandlungen mitzuwirken, die unter Berücksichtigung der international gleichen Arbeiterinteressen das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen.

Militaristische und geheimbündlerische Widerstände, die den Gang der vertragsmäßigen Entwaffnung verzögerten, haben den Alliierten die Handhabe zu einem Entwaffnungsdiktat geboten, das über die Verpflichtungen des Friedensvertrages hinausgeht und einzelne Industrien schädigt. Seine Durchführung kann jetzt aber nicht mehr vermieden werden, wenn nicht neue schwere Gefahren für das deutsche Volk heraufbeschworen werden sollen.

Die Entwaffnung Deutschlands ist jedoch heute schon so weit gediehen, daß für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Rüstungen weiter zu tragen, die sie jetzt noch bedrücken. Nur die allgemeine Entwaffnung wird den Frieden der Welt sichern und die Voraussetzungen des wahren Völkerbundes schaffen, der das Ziel der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt ist."

Für die **Deutschnationalen** erklärte der Abg. Dr. Hergt, daß die Beschlüsse mit einem „glatten Unannehmbar" beantwortet werden müssen und daß eher „ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende" in Kauf genommen werden solle.

Die **Unabhängigen** und **Kommunisten** bezeichneten die Beschlüsse ebenfalls für unerfüllbar. Der Präsident konnte mit Recht feststellen, daß im Reichstage soweit **eine Einheitsfront** bestehe.

Londoner Verhandlungen.

Die Londoner Verhandlungen führte mit den Vertretern der Entente in den ersten Märztagen für Deutschland der Außenminister Dr. Simons. Die erste Erklärung über die Verhandlungen wurde vom Reichskanzler Fehrenbach in der Sitzung vom 5. März gegeben; sie beschränkte sich auf die Mitteilung, daß Dr. Simons weitgehende Vollmachten habe, daß er aber keinen Verpflichtungen zustimmen sollte, die das Volk nicht zu tragen vermag, daß aber alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgenutzt werden sollten.

Genosse Müller sprach für unsere Fraktion. Er hielt unser Urteil über die Pariser Beschlüsse aufrecht und sagte, daß es unmöglich sei, die Reparationsfrage als eine reine Geldfrage zu betrachten. Dabei bezog er sich auf eine am 17. Februar gemeinsam gefaßte Entschließung in Genf, in der die Vertreter der Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands erklärten, daß sie gewillt sind, den Wiederaufbau Nordfrankreichs gemeinsam vorzunehmen. Er bezeichnete es als einen Fehler, daß die **Entwaffnung** nicht in der geforderten Weise durchgeführt sei und daß mit der Auflösung der **Selbstschutzorganisationen** nicht ernst gemacht wird. Schließlich nahm er noch Anlaß darzulegen, daß die steuerliche Belastung des Verbrauchs, entgegen den Behauptungen von Lloyd George, in Deutschland so erheblich sei, daß der Konsum äußerst stark beeinträchtigt ist.

Nach London.

Die von Dr. Simons in London gemachten Gegenvorschläge wurden von Lloyd George als völlig indiskutabel bezeichnet. Das Angebot belief sich auf einen Schuldbetrag von 50 bis 53 Goldmilliarden, von dem allerdings die erfolgten Sachleistungen im Werte von 20 Goldmilliarden in Abzug gebracht werden sollten.

Die erste Folge der Ergebnislosigkeit des Verständigungsversuchs war die Anwendung von Sanktionen, die Besetzung der wichtigsten Ruhrkohlenhäfen. Hierzu nahm der Reichstag am 12. März Stellung. Für unsere Fraktion sprach **Genosse Wels.** Er forderte, daß die Verhandlungen bei jeder Gelegenheit wieder aufgenommen werden müßten und verlangte, daß das Wiederaufbauprogramm, das nach den Vorschlägen der Gewerkschaften noch unter der **Regierung Bauer-Müller** 1919 aufgestellt worden ist, mit in den Verhandlungsbereich gezogen werde. Er lehnte die Revancheabsichten in der entschiedensten Weise ab und erklärte, daß die Regierung durch die Haltung in der Frage der Entwaffnung und der Auflösung der Selbstschutzorganisationen die deutsche Position geschädigt hat. Der Forderung der Nationalisten, die deutschen Diplomaten aus den Ententeländern zurückzurufen, widersprach er entschieden, er stellte dem Rufe nach Revanche den Ruf nach Revision des Vertrages von Versailles gegenüber.

Für die **Deutschnationalen** verlangte Graf v. Westarp, daß die deutsche Regierung, solange die Sanktionen bestehen, zu weiteren Verhandlungen nicht bereit sein sollte und daß Vorschüsse auf die Besatzungskosten nicht mehr bezahlt werden sollten. Die Deutschnationalen waren also bei der Kraftmeierei wieder angekommen, die uns in das Verderben des Krieges gestürzt hatte.

Bei der Abstimmung über die Anträge zur Regierungserklärung wurden sowohl der Antrag der **Kommunisten**, der der Regierung das Mißtauen des Reichstags aussprach, als auch der der **Unabhängigen**, der der Regierung wegen der Haltung in der Entwaffnungsfrage ein bedingtes Mißtrauen aussprach, abgelehnt. Angenommen wurde in namentlicher Abstimmung mit 267 gegen 49 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten der folgende Antrag: Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung die Ablehnung der Pariser Bedingungen in London der Unterwerfung unter die unerfüllbaren Forderungen vorgezogen hat.

Harding als Vermittler.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen in London versuchte die Reichsregierung eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden. Sie trug zunächst dem eben ins Amt getretenen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika das Schiedsrichteramt über die Ausführung des Vertrages von Versailles an. Der Präsident Harding lehnte das Anerbieten ab, erklärte sich jedoch bereit, deutsche Gegenvorschläge entgegenzunehmen. Das geschah. Sie wurden in der Sitzung vom 26. April 1921 bekanntgegeben.

Die Haltung der deutschen Regierung wurde von den **Deutschnationalen** als würdelos bezeichnet, **Stinnes** gebrauchte Worte schwersten Tadels gegen die Regierung, in der seine eigenen Parteigenossen vertreten waren.

Genosse Müller wies den Deutschnationalen nach, daß sie das Muster des Friedensvertrages von Versailles während des Krieges vorgezeichnet hätten. Die **Deutschnationalen** haben anläßlich der Brester Friedensverhandlungen mit Rußland am 21. März 1918 verlangt: „dahin zu wirken, daß bei künftigen Friedensverhandlungen der Grundsatz des Verzichts auf Kriegsentschädigungen aufgegeben und je nach der militärischen Lage die Zahlung von Entschädigungen ausbedungen wird". Die Entente habe die deutschnationalen Bedingungen nur abgeschrieben. Er wandte sich gegen die Regierung wegen der Haltung in der Entwaffnungsfrage und warnte die Entente vor der Anwendung von Sanktionen, die in erster Linie die deutschen Arbeiter schädigen, die als die Stützen des Weltfriedens und der Republik in Betracht kommen.

Präsident Harding erklärte, nicht in der Lage zu sein, die deutschen Gegenvorschläge zu vermitteln, da sie ihm von der Entente als ungenügend bezeichnet waren.

Das Ultimatum.

Am 5. Mai übermittelte die Entente der deutschen Regierung das Ultimatum, über das innerhalb sechs Tagen mit Ja oder Nein zu entscheiden war. Für den Fall der Nichtunterzeichnung wurde zunächst die Besetzung des Ruhrgebiets in Aussicht genommen; weitere Besetzungen sollten folgen. Daneben waren alle Möglichkeiten wahrgenommen, um die im Pariser Diktat vorgeschriebenen Beträge von Deutschland im Zwangsverfahren einzutreiben.

Die nächste Folge des Ultimatums war, daß die **Regierung Fehrenbach** demissionierte. An ihrer Stelle kam eine Regierung der **bürgerlichen Parteien** nicht zustande. Der Führer der Deutschen Volkspartei, **Dr. Stresemann**, wäre an sich gerne bereit gewesen, eine solche zu bilden, aber nach mehrfachem Meinungswechsel und Fühlungnahme mit der englischen Botschaft erklärte er endlich am 9. Mai, daß sich seine Fraktion für die Ablehnung des Ultimatums entschieden habe. Die volksparteiliche Fraktion war aber nicht geschlossen, fünf ihrer Abgeordneten stimmten mit Ja, darunter die bisherigen Minister v. Raumer und Dr. Heinze.

Am 9. Mai stand fest, daß **Sozialdemokraten, Zentrum** und **Unabhängige** geschlossen und die **Demokraten** zur **Hälfte** das Ultimatum annehmen würden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, eine Regierung auf der Grundlage einer Koalition von Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zu bilden. Unsere Fraktion hatte die der Unabhängigen befragt, ob sie bereit wäre, in die Regierung einzutreten. Sie lehnte ab, in eine Koalition mit Bürgerlichen einzutreten dagegen schlug sie vor, eine sozialistische Regierung zu bilden, die sich mit stützen sollte auf die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten. Darauf konnte die Fraktion nicht eingehen, denn es fehlte die Zeit zu den notwendigen Verhandlungen, um eine solche Regierung zu bilden; eine solche Regierung hätte auch keine ausreichende Unterstützung im Reichstage gefunden.

Daher entschieden Reichstagsfraktion und Parteiausschuß in gemeinsamer Sitzung, aber in getrennter Abstimmung, mit großer Mehrheit, daß Sozialdemokraten in das Kabinett einzutreten hätten.

Das **Kabinett Wirth** wurde gebildet; unsere Fraktion entsandte die Genossen Bauer, Dr. Gradnauer und Robert Schmidt in dasselbe. In einer Nachtsitzung des 10. Mai stellte sich das Kabinett vor und sprach die Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung des Ultimatums aus.

In dieser Sitzung legte **Genosse Wels** unsern Standpunkt wie folgt dar:

„Die politische Verantwortung der Annahme und Ausführung des Ultimatums fällt nach Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jenen Parteien zu, die am meisten zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hatten. Da aber jene Parteien in schwerster Stunde versagen und auf einer Politik beharren, die unmittelbar zur Auslieferung deutscher Landesteile in feindliche Hand führt, hält es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für ihre Pflicht am Volke, die von den eigentlichen Verantwortlichen im Stich gelassene Aufgabe mit zu übernehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher ihre Teilnahme an einer Regierung beschlossen, die durch Annahme des Ultimatums Deutschland vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den ehrlichen Versuch machen will, das uns Auferlegte nach bestem Können zu erfüllen. Zur Lösung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe bedarf die Regierung der Einsicht und hingebungsvollen Unterstützung der weitesten Volkskreise. Aus diesen Gründen sind wir zur Unterstützung der neuen Regierung bereit.

Die Regierungserklärung wurde mit 221 Stimmen gebilligt. 175 Stimmen waren dagegen. Die **Unabhängigen** billigten seit der Unterzeichnung des Friedens-

vertrags zum erstenmal eine Regierungserklärung, sie traten damit in die Stellung, die wir seit den Reichstagswahlen dem Kabinett Fehrenbach gegenüber eingenommen hatten und wegen der uns die Unabhängigen oft genug angegriffen hatten.

Ueber das Programm des Kabinetts Wirth wurde in den Sitzungen vom 2., 3. und 4. Juni verhandelt. Für unsere Fraktion sprach **Genosse Wels**, der in großen Linien unsere Forderungen darlegte. Die **Deutschnationalen** beantragten ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, das mit 213 gegen 125 Stimmen abgelehnt wurde. 48 Abgeordnete der **Deutschen Volkspartei** hatten sich der Stimme enthalten. Die **Unabhängigen** stützten die Regierung, indem sie das Mißtrauensvotum ablehnten. Die **Kommunisten** standen mit den Deutschnationalen in der gleichen Front.

Sanktionen.

Am 30. Juni und 1. Juli 1921 wurde die Interpellation der **Deutschen Volkspartei** über die Sanktionen verhandelt. Der Begründer der Interpellation, Dr. Zapf, wandte sich dagegen, daß, obwohl das Ultimatum angenommen sei, die Sanktionen noch nicht aufgehoben seien; er polemisierte dabei gegen die, die für die Annahme des Ultimatums gestimmt hatten, obwohl ihm doch klar sein mußte, daß sich einflußreiche **Mitglieder seiner Fraktion**, vor allem die, die in der Regierung saßen, **für die Annahme** des Ultimatums erklärt hatten.

Der **Reichsaußenminister** Dr. Rosen hielt die Aufrechterhaltung der Sanktionen unvereinbar mit den Bestimmungen des Vertrages von Versailles und erklärte, daß die deutsche Regierung wiederholt Einspruch gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen erhoben habe. Mit der Bezeugung des guten Willens, das Ultimatum zu erfüllen, hätten die Sanktionen im Rheinlande jeden Grund verloren.

Für **unsere Fraktion** sprach **Genosse Sollmann**. Er wies dem Abg. Dr. Zapf nach, daß er sich in Geistesverwandtschaft mit denen befinde, die **in Frankreich** für Aufrechterhaltung der Sanktionen sind. Die Haltung Frankreichs widerspreche dem Grundsatz von Treu und Glauben, denn die Sanktionen seien verhängt, um Deutschland zu zwingen, das Ultimatum zu unterschreiben. Mit der Unterschrift seien die Sanktionen hinfällig. Die Folgen der Sanktionen wären starke Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft und steigende Erwerbslosigkeit. Durch die Oeffnung der Grenzen sei ein Paradies für das Schiebertum und eine Hölle für die ehrliche Arbeit entstanden. Die Wohnungsnot sei unerträglich geworden. Unerträglich sei auch, daß für die französischen Truppen zahlreiche Schulräume bereitgestellt werden müßten und daß in Düsseldorf eine neue Kavalleriekaserne für 26 Millionen Mark gebaut werden müßte.

Die Sanktionen hätten zur Folge, daß im Rheinlande die Abneigung gegen den französischen Imperialismus und Militarismus steige. **Erfreulich sei**, daß das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes und die zweite sozialistische Internationale Einspruch gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen erhoben hätten und daß im Maiaufruf der Pariser Gewerkschaftskommission die französischen Maßnahmen gegeißelt würden. Er stellte aber auch fest, daß viele von denen, die am lautesten **gegen die Annahme** des Ultimatums geschrien haben, sich jetzt veranlaßt sähen, in wirtschaftlichen Fragen mit der **französischen Rheinlandkommission** zu verhandeln. Er legte sodann dar, daß mit der Weiteraufrechterhaltung der Sanktionen Sabotage an der Durchführung der Reparation geübt würde.

Amnestiegesetz.

Am 24. Januar 1921 nahm der Reichstag bei der Beratung des Justizetats Stellung zu den Anträgen auf Vorlegung eines Amnestiegesetzes, das von **uns** und den beiden anderen Linksparteien eingebracht war.

Für unsere Fraktion übte Genosse **Dr. Radbruch** schärfste Kritik an der Strafjustiz, er stellte fest, daß unsere Justiz tiefes und berechtigtes Mißtrauen hervorrufe. Unter anderm stellte unser Redner fest, daß Beleidigungen des Reichspräsidenten und seiner Frau mit 100 und 500 Mk. gesühnt wurden, während Beleidigungen hochverräterischer Offiziere mit 1000 Mk. bestraft wurden. Die Ehre eines Abgeordneten der Deutschen Volkspartei wurde sogar mit drei Monaten und die eines Prinzen von Reuß mit sechs Monaten Gefängnisstrafe vom Gericht bewertet. Die Strafjustiz gehe gegen Wucher und Schleichhandel sehr milde vor, die Amnestie werde gegen Kapperbrecher im weitesten Maße angewandt, während sie nur ganz spärlich den Arbeitern zugute käme, die an kommunistischen Putschen teilgenommen haben. Die deutsche Justiz sollte ihre Urteile nicht nur im Namen des Volkes, sondern auch im Geiste des Volkes fällen.

Arbeiterversicherung.

Rentenbeihilfe.

Der Reichstag verabschiedete am 18. Dezember 1920 einen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witwer- und Waisenrente, der von **allen Parteien** außer von den Unabhängigen und Kommunisten eingebracht war. Danach erhalten Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrentenempfänger vom 1. Januar 1921 ab eine monatliche **Beihilfe** von 40 Mk., während zur Waisenrente eine Beihilfe von 20 Mk. gewährt wird. Der dringendsten Not der Rentenempfänger wurde abgeholfen. Der Mehraufwand beziffert sich auf über **800 Millionen Mark.** Die Mehrkosten werden aufgebracht durch eine Verdoppelung der Beiträge.

Die **Unabhängigen** beantragten, die Beihilfe für Alters- und Invalidenrentner um weitere 10 Mk. zu erhöhen und den Rentenempfängern außerdem eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren, wofür aus Reichsmitteln **eine Milliarde** Mark zur Verfügung gestellt werden sollte.

In Rücksicht darauf, daß das Gesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden sollte, konnten sich die antragstellenden Parteien nicht darauf einlassen, weitergehende Anträge anzunehmen.

Zugleich wurde die Reichsregierung ersucht, eine Vorlage einzubringen, auf Grund der die Not der **Kleinrentner** gelindert werden soll und auch die **Knappschaftsrente** und die Rente aus der Angestelltenversicherung erhöht werden sollen.

Unfallversicherung.

Der im Unfallversicherungsgesetz zugrunde gelegte Jahresarbeitsverdienst von 1800 Mk. ist bei der eingetretenen Geldentwertung völlig unzureichend. Das **Reichsarbeitsministerium** unterbreitete dem Reichstage eine Vorlage, wonach die Drittelung des Jahreseinkommens bei Berechnung der Rente erst nach einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als **5400 Mk.** einsetzt. Der **Reichswirtschaftsrat,** der sich mit dieser Frage beschäftigt hatte, war dazu gekommen, **7500 Mk.** vorzuschlagen. In den Ausschußverhandlungen ist es gelungen, eine Mehrheit für den **von uns** gestellten Antrag zu erreichen, wonach die Grenze auf **12 000 Mk.** festgesetzt wird.

In den Reichstagsverhandlungen erhob dagegen der Reichsarbeitsminister entschiedenen **Widerspruch.** So kam es denn, daß die **bürgerliche Mehrheit** in der dritten Lesung erreichte, daß die Grenze auf **10 200 Mk.** festgesetzt wurde. Für die Verbesserung der Vorlage traten für unsere Fraktion die **Genossen Meier, Bender** und **Hoch** ein. Abgelehnt wurde auch unser Antrag, allen **Altunfallrentnern,** unbekümmert um den Grad der Beeinträchtigung ihrer Erwerbsfähigkeit, die Beihilfe zu verdoppeln.

Der Reichstag fand sich nur bereit, das jenen Unfallrentnern zuzubilligen, die **fünfzig und mehr** Prozent der Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben. Die noch weitergehenden Anträge der Unabhängigen wurden sowohl im Ausschuß als im Reichstage abgelehnt.

In das in der Sitzung vom 19. März verabschiedete Gesetz sind mit einbezogen die früher in der See-Unfallversicherung Versicherten.

Invaliden- und Altersversicherung.

Am 7. Juli 1921 wurde vom Reichstage ein Notgesetz über die Leistungen der Invalidenversicherung verabschiedet, um einigermaßen Beiträge wie Leistungen der Entwertung des Geldes anzupassen.

Unserem Bemühen ist es unter Mitwirkung **der Unabhängigen** gelungen, die Regierungsvorlage wesentlich zu **verbessern.** Statt der vorgeschlagenen neun Klassen wurden acht gesetzlich festgelegt. Während die Vorlage vorsah, daß die letzte Lohnklasse die Jahreslöhne von 8000 Mk. aufwärts enthalte, umfaßt sie nunmehr die mit **15 000 Mk.** beginnenden Jahreslöhne. Die Zuschläge zur Rente für einen geleisteten Wochenbeitrag, die bis eine Mark betragen sollten, wurden **erhöht** auf **1,80 Mk.** Der von den Versicherungsanstalten zu leistende Anteil zur Altersrente sollte je nach der Lohnklasse 300 bis 1200 Mk. betragen, er wurde auf **2000 Mk.** festgesetzt. Das hatte natürlich zur Folge, daß **die Wochenbeiträge** wesentlich **erhöht** werden mußten, nunmehr 3,50 Mk. bis 12 Mk. betragen.

Nicht unwesentlich wurden auch die Bezüge der jetzigen Rentenempfänger erhöht, außerdem wurde erreicht, daß allen, die zum Kriegsdienst eingezogen waren und die unverschuldet berufsmäßig nicht tätig sein können, dafür Wochenbeträge der **zweiten** Lohnklasse angerechnet werden.

Die **Unabhängigen,** die gemeinsam mit uns in der Ausschußverhandlung die Anträge formuliert hatten, stellten im Reichstage im **Widerspruch zu ihrem Verhalten** bei den Ausschußverhandlungen die weitestgehenden Verbesserungsanträge, ein Vorgehen, das **Genosse Hoch** auf das schärfste verurteilte; er erklärte, daß es unmöglich sei, die gewaltigen Summen zur Verfügung zu stellen, die sich aus den Forderungen der Unbahängigen ergeben, so daß bei Annahme der Anträge die dringend notwendige Gesetzesreform **scheitern** würde.

Angestelltenversicherung.

Wie bei der Invalidenversicherung, mußte auch für die Angestelltenversicherung ein Notgesetz verabschiedet werden, wobei es uns gelang, die Regierungsvorlage **wesentlich zu verbessern.** Während nach der Vorlage den Empfängern von Ruhegeld monatlich bloß 50 Mk., den Witwen- und Witwerrentnern 40 Mk. und an Waisenrente 20 Mk. gewährt werden sollten, wurden diese Sätze auf **70, 55 und 30 Mk.** erhöht. Zugleich wurde erreicht, daß die Gehaltsgrenze von 15 000 Mk. auf **30 000 Mk.** gesetzt wurde. Dafür sind drei neue Beitragsklassen eingeführt, deren höchste 48 Mk. für den Monat beträgt.

In der Besprechung darüber trieben die Vertreter der beiden **Rechtsparteien** wie der **Kommunisten** reine Agitationspolitik, **obwohl sie sich bei den Beratungen im Ausschuß mit der vorläufigen Regelung einverstanden erklärt hatten.**

Genosse Hoch nahm daher Veranlassung, den beiden Abgeordneten Thiel und Lambach, wie auch dem kommunistischen Redner zu erklären, daß uns zwar die Regelung nicht genüge, daß aber in der Kürze der Zeit ein vollständiger Umbau der Angestelltenversicherung **nicht durchzuführen** war. Der Ausschuß hat beschlossen, im Herbst sofort mit einer gründlichen Beratung des dem Reichstage noch vorliegenden Entwurfs zur Aenderung der Angestelltenversicherung zu beginnen.

Ausnahmezustand in Bayern.

In der Sitzung vom 19. Januar 1921 wurde der Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verhandelt.

Für unsere Fraktion sprach **Genosse Simon** (Schwaben), der der von den bürgerlichen Parteien immer wieder betonten Notwendigkeit des Weiterbestehens des Ausnahmezustandes in Bayern widersprach; er wies an Hand zahlreicher Beispiele nach, daß der Ausnahmezustand in Bayern nur eine Maßnahme **gegen die Arbeiter** darstellt und eine Waffe in der Hand der Rechtsparteien ist.

Der Reichsminister des Innern Koch stellte sich auf den Standpunkt, daß das Reich über die Landesregierungen hinweg nicht den Ausnahmezustand aufheben könne, welcher Argumentation von unserem Redner entschieden widersprochen wurde.

Ausnahmezustand und Sondergerichte.

Der Ausnahmezustand, der für einige Gebiete Deutschlands verhängt wurde, ist wiederholt im Reichstage besprochen worden.

Am 20. April verhandelte der Reichstag den von den Unabhängigen gestellten Antrag auf Aufhebung der außerordentlichen Gerichte, gleichzeitig wurde **unser Antrag** verhandelt, den militärischen Ausnahmezustand für den Bezirk des Wehrkreises I aufzuheben.

Für unsere Fraktion sprach **Genosse Fischer**-Berlin. Er wies gegenüber den Unabhängigen, die die Aufhebung der Sondergerichte überhaupt verlangten, darauf hin, daß sie selbst die Berechtigung zur Verhängung des Belagerungszustandes nicht bestritten haben. Da die Ruhe in Mitteldeutschland zurzeit noch gar nicht gesichert ist, ergab sich die Notwendigkeit, den Belagerungszustand in Mitteldeutschland **jetzt** noch aufrechtzuerhalten. Die große Zahl der Fälle und auch die auch im Interesse der Angeschuldigten liegende schnelle Aburteilung mache noch Sondergerichte notwendig. Verlangt müsse jedoch werden, daß den Angeschuldigten weitgehende Rechtsgarantien eingeräumt werden und daß jugendliche Personen ausnahmslos vor die ordentlichen Gerichte kommen.

Der Justizminister erkannte die Berechtigung unseres Antrages an. Er wandte sich gegen die Behauptung der Unabhängigen, daß der **Reichspräsident Ebert** die Verantwortung für die Sondergerichte trage und er hielt dem Abgeordneten Dr. Rosenfeld vor, daß er wissen müsse, daß die parlamentarische Verantwortung für die Einsetzung der Sondergerichte der zuständige Minister oder der Reichskanzler trage.

Alle Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Sondergerichte wurden von den **Bürgerlichen** abgelehnt.

Dagegen wurde **unser Antrag**, die Verordnung über die Sondergerichte wesentlich abzuändern, dem Rechtsausschuß überwiesen, der dann später dem Reichstage eine weitgehende Abänderung mit erhöhten Rechtssicherungen der Angeklagten empfahl, die zum Gesetz erhoben wurde.

Bekleidungsämter.

Um die Reichsbekleidungsämter wurde ein hartnäckiger Kampf geführt. Die Reichsregierung, vor allem das zuständige Reichsschatzministerium unter Minister von Raumer und Staatssekretär Walther, wie auch alle bürgerlichen Parteien hatten kein Interesse für die reichseigenen Betriebe. Das brachte der Abgeordnete Dr. Wienbeck (Dnatl.) am deutlichsten zum Ausdruck, indem er erklärte, daß die Bekleidungsämter bis auf zwei abgebaut werden müßten und daß wir nur um deswillen für die Bekleidungsämter eintreten würden, weil wir darin ein Stück Sozialisierung erblickten.

Von den Rednern unserer Fraktion Kahmann, Giebel und Hoch wurde im Ausschuß und im Reichstage mit Nachdruck der Standpunkt vertreten, daß es nötig sei, die leistungsfähigen Werke voll zu beschäftigen, um die höchste Rentabilität zu erzielen. Schon jetzt stehe fest, daß sowohl die Schuhmacher- als auch die Schneiderwerkstätten weit billiger lieferten als die Privatbetriebe. Es müsse unter allen Umständen versucht werden, Aufträge für die Post- und Eisenbahnverwaltung zu erhalten, außerdem müsse es freistehen, Privataufträge zu gewinnen. Falsch sei die Annahme, daß die Bekleidungsämter den Handwerkern Konkurrenz machten, denn der selbständige Schuhmacher stelle heute nur noch in Ausnahmefällen eigenhändig Schuhe her, und die Konfektion werde nicht vom Schneidermeister selbst, sondern in Großbetrieben hergestellt.

Die Regierung hatte in Aussicht genommen, von den zurzeit bestehenden zwölf Bekleidungsämtern, deren ursprünglich sechsundzwanzig vorhanden gewesen sind, weitere vier bis fünf zur Auflösung zu bringen; sie hatte bereits Massenkündigungen der Beschäftigten vorgenommen.

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages ging über die von sozialdemokratischer Seite gemachten Einwendungen hinweg, indem sie folgende Entschließung vorlegte:

„1. Die Reichsbekleidungsämter dürfen nur soweit fortbestehen, als sie durch Bekleidungsaufträge für die Reichswehr und Schutzpolizei oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen ausreichend beschäftigt bleiben. Bei Abbau bzw. Aufhebung von Aemtern ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die verbleibenden Aemter möglichst gleichmäßig auf das Reich verteilt werden.

Die Reichsregierung wird ersucht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, die zu entlassenden Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Privatindustrie unterzubringen und sich hierbei der Unterstützung der gewerblichen Korporationen zu bedienen.

2. Von einer Auflösung des Reichsbekleidungsamtes Wilhelmshaven-Rüstringen ist Abstand zu nehmen."

Auf Antrag der Deutschnationalen wurde die Entschließung noch dadurch verschlechtert, daß im ersten Absatz die Worte: „oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen" gestrichen wurden.

Garnisonbäckereien.

Die **Deutschnationalen** schickten bei Beratung des Etats des Reichsschatzministeriums den Bäckermeister **Biener** vor, damit er gegen die Garnisonbäckereien Stellung nehme. Sie sind grundsätzlich gegen reichseigene Betriebe, und sie würden gerne die modern eingerichteten und leistungsfähigen Großbäckereien der früheren Heeresverwaltung auflösen zugunsten der kleingewerblichen Bäckereien.

Von unserer Seite wurde durch **Genossen Kahmann** betont, daß wir für die volle Ausnutzung der bestehenden Großbetriebe sind, schon der erheblichen Kohlenersparnisse und der billigeren Produktion wegen. Den Mittelstandsvertretern wurde auch entgegengehalten, daß sie **einmal** darüber schreien, daß die Reichsbetriebe **unwirtschaftlich** arbeiten und deshalb aufgelöst werden müssen und daß sie ein anderes Mal über angebliche **Schmutzkonkurrenz** der Reichsbetriebe klagen und darum deren Beseitigung verlangen, so daß es ihnen nie recht gemacht werden kann.

Betriebsbilanzgesetz.

Das Betriebsbilanzgesetz, das in der Sitzung vom 3. Februar 1921 verabschiedet worden ist und bei dessen Beratung die **Genossen Giebel** und **Hoch** die Auffassung unserer Fraktion vertraten, ist das erste Ergänzungsgesetz zum Betriebsrätegesetz.

Unsere Genossen erstrebten eine Erweiterung der Vorlage, die sich streng an das Betriebsrätegesetz hielt und verlangten, daß den Betriebsräten an der Hand der Betriebsbilanz ein **wirklicher Einblick** in die Verhältnisse ermöglicht wird. Sie nahmen daher die Anträge auf, die von den Vertretern aller Arbeitnehmer im Reichswirtschaftsrat gestellt worden sind.

Die weitergehenden Anträge wurden jedoch von der **bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt.** Bei den Verhandlungen im Reichstage wurde den Rechtsparteien erklärt, daß, wenn die Beschlüsse des Ausschusses aufrechterhalten würden, unsere Fraktion gezwungen sei, **gegen** das Gesetz zu stimmen. Diese Erklärung führte zum Entgegenkommen der bürgerlichen Vertreter, so daß **Genosse Hoch** erklären konnte, daß in Rücksicht darauf, daß das Gesetz in der jetzigen Fassung ein **wesentlicher Fortschritt** gegenüber den bisherigen Bestimmungen bedeute, wir **für** das Gesetz stimmen könnten.

Einwohnerwehren-Selbstschutzorganisationen.

Auf Grund der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages verlangte die Entente die Entwaffnung und Auflösung der **Einwohnerwehren wie der Selbstschutzorganisationen.** Der zu diesem Zwecke eingebrachte Gesetzentwurf, wurde in den Sitzungen vom 14. und 19. März besprochen und verabschiedet.

Genosse Hoffmann (Kaiserslautern) hatte bei der ersten Lesung ausgeführt, daß im Entwurf ausdrücklich die Bezeichnung Einwohnerwehr und Selbstschutz vermieden wird. Er wies auf die starken Widerstände hin, die in **Bayern** gegen die Auflösung der Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren bestehen, er kennzeichnete die Haltung der **bayerischen Regierung** in dieser Frage als eine große inner- und außenpolitische Gefahr. Er führte weiter aus, daß, wenn Bayern nicht nachgebe, die **Sanktionen** gegen Deutschland angewendet und weitere Teile Deutschlands **besetzt** würden und damit die **Loslösung Süddeutschlands** vom Reichsganzen versucht werden könnte.

Die **Deutschnationalen und die beiden Linksparteien** erklärten sich **gegen** die Annahme des Gesetzes. Der Unabhängige **Dr. Rosenfeld** bemühte sich krampfhaft, nachzuweisen, daß das Gesetz nicht zur Auflösung, sondern zum Schutze der Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren bestimmt sei.

Genosse Müller wies ihm nach, daß wir entschieden die Auflösung dieser Organisationen verlangen und daß die Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren unter den Paragraph 1 dieses Gesetzes fallen, daß somit die Regierung ein ausreichendes Mittel in der Hand habe, den in den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages verlangten Zweck zu erreichen.

Elektrizitätsarbeiterstreik.

Entgegen allen gewerkschaftlichen Gepflogenheiten, traten die Berliner Elektrizitätsarbeiter in der Nacht zum 6. November 1920 in den Streik. Ungeheure Massen Berliner Arbeiter wurden dadurch zur Untätigkeit gezwungen, der Straßen- und Untergrundbahnverkehr wurden eingestellt und die Versorgung der Kranken und Krankenhäuser wurde gefährdet.

Der Reichspräsident hatte unter der politischen Verantwortung des Ministers des Innern am 10. November eine Verordnung erlassen, wonach in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen erst dann zulässig sind, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruchs mindestens drei Tage vergangen sind.

Die **Deutschnationalen** brachten wegen dieser Angelegenheit eine Interpellation ein, die am 26. und 27. November 1920 besprochen wurde. Sie forderte von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf zur Verhütung wilder Streiks in lebenswichtigen Betrieben; sie wollten vor allem erreichen, daß das Gesetz auf den öffentlichen Verkehr und die Landwirtschaft ausgedehnt werde.

Die **Kommunisten,** die politischen Drahtzieher dieses wilden Streiks, hatten mit ihm eine Verstärkung der reaktionären Stimmung in der Bevölkerung erzielt.

Namens **unserer Fraktion** verurteilte **Genosse Hartleib** in der entschiedensten Weise den wilden Streik. Er kennzeichnete das Beginnen der Kommunisten **als** ebenso **gefährlich** als daß der Kappisten im März 1920. Mit Recht führte er aus, daß die Kommunisten den Reaktionären in die Hände arbeiten. Den **Deutschnationalen** erklärte er, daß sie keinen Grund zur Aufregung haben, da die Landwirte und ihre Anhänger durch Jahre in einem dauernden Lieferstreik standen. Er **billigte** den Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten, trat aber, da die öffentliche Ruhe und Sicherheit wieder hergestellt war, namens der Fraktion für die Aufhebung der Verordnung ein. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen die Absicht, in ein Gesetz zur Sicherung der lebenswichtigen Betriebe gegen derartige wilde Bewegungen, auch die Landwirtschaft einzubeziehen.

In der Abstimmung wurde unsere Anfrage abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag Malzahn, der zurückgezogen und von Schiffer und Genossen wieder aufgenommen wurde, worin gefordert wird, die erlassene Verordnung wieder aufzuheben, und zwar mit einem Zusatzantrag Schiffer und Genossen, daß es **erst dann** zu geschehen habe, wenn ein obligatorisches Schlichtungsverfahren gesetzlich festgelegt sei.

Für diesen Antrag stimmten alle bürgerlichen Parteien mit 174 Stimmen, während gegen den Antrag Schiffer 143 Stimmen abgegeben wurden.

Entwaffnung der Bevölkerung.

Der Reichstag hat in einer Sitzung vom 28. Februar 1921 das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung bis zum 31. Juli 1921 verlängert.

Bei der Beratung haben unsere **Genossen Vogel** und **Gruber** vor allem Gelegenheit genommen, auf die reaktionären Bestrebungen der **Regierung Kahr** und des Forstrats **Escherich** in Bayern hinzuweisen. Sie erklärten namens der Fraktion, daß wir **für** die Verlängerung des Gesetzes stimmen und daß wir erwarten, daß **die Entwaffnung** in energischer Weise durchgeführt wird. **Genosse Vogel** beleuchtete die militärischen Geheimorganisationen, die eine Gefahr für Ruhe und Ordnung im Lande, wie für unsere Stellung dem **Auslande** gegenüber seien.

Gegen die **drei Linksparteien** wurden zwei Entschließungen der Unabhängigen abgelehnt, wonach die Pflicht zur Ablieferung der Waffen auch für einzelne Gehöfte gilt und worin die Reichsregierung aufgefordert wurde, schleunigst die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren durchzuführen.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Bereits im Februar 1921 hatte der Reichstag einer Anregung **unserer Fraktion** folgend einmütig beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf, „der die **Leistungen der Reichswochenhilfe** in einer der gegenwärtigen Geldentwertung entsprechenden Weise **erhöht**", vorzulegen.

Leider ist das Reichsarbeitsministerium diesem Verlangen erst nahe vor dem Auseinandergehen des Reichstages nachgekommen, so daß der Entwurf in großen Eile beraten werden mußte, weshalb das ganze Problem grundsätzlich aufzurollen nicht möglich war.

Immerhin verbesserte **unsere Fraktion den Gesetzentwurf**, so daß die bisherigen Leistungen **wesentlich erhöht** wurden. So wurde in erster Linie die **freie ärztliche Behandlung** gesichert, falls sie bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Diese Bestimmung, welche in Kraft treten wird, sobald die nötigen Vereinbarungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Krankenkassen und Aerzten getroffen sind, bedeutet einen großen Schritt vorwärts. Nichts ist für die Geburt eines gesunden Kindes und für die Gesunderhaltung der Mutter so wichtig, wie die Möglichkeit, ohne Sorge vor den Kosten, rechtzeitig den Arzt aufsuchen zu können.

Es war bedauerlich, daß, wie bei der früheren Beratung, auch hier wieder die **unabhängige Fraktion** aus rein parteipolitischen Gründen einen Mißton in die Beratung trug. Während ihre Vertreter — so der Fachmann Dr. Moses — im Ausschuß ausdrücklich erklärten, daß sie sich **auf den Boden unseres Antrages** stellten und weitergehende Anträge **nicht** unterbreiten wollten, um die rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes nicht zu gefährden, stellten sie im letzten Augenblick im Plenum weitgehende Anträge, von denen sie ganz genau wissen mußten, daß sie ohne nähere Prüfung und ohne besondere Beratung mit den Krankenkassen **ganz unmöglich** angenommen werden konnten. Alles, was von der Vertreterin der Unabhängigen zur Begründung dieser Forderungen gesagt wurde, war nicht neu, nur wurde von ihnen kein Wort darüber gesprochen, **wie** die Mittel von den Krankenkassen aufgebracht werden sollen. Es ist deshalb **von uns** beantragt und von der Mehrheit beschlossen worden, den Antrag dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages zu überweisen, damit dieser nach dem Wiederzusammentritt im Herbst Gelegenheit hat, einmal das ganze Problem der Mutterschaftsfürsorge durchzuberaten, um den Weg zu einer endgültigen Regelung zu finden. Jetzt aber mußten wir dem Gesetz unsere Zustimmung geben, damit ein bedeutsamer Fortschritt auf dem Wege zu einer wahrhaften Fürsorge für Mutter und Kind nicht unterbleibe oder doch um Monate verzögert werde.

Mutterschutz.

Obwohl in der Reichsverfassung steht, daß jede **Mutterschaft** Anspruch auf Schutz und Fürsorge des Staates hat, hat die Regierung Fehrenbach—Dr. Heinze nichts getan, um die **Beamtin**, die uneheliche Mutter ist, in ihren Rechten zu schützen.

Das geht recht deutlich daraus hervor, daß der Staatssekretär Lewald auf die Anfrage der Genossin **Schroeder**: Ob die Reichsregierung bereit ist, folgende Verfügung zu erlassen: „Uneheliche Mutterschaft ist kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen" antwortete, daß eine solche Verfügung **nicht in Aussicht** gestellt werden kann.

Die Verantwortung dafür tragen mit die **Verbände der Beamtinnen**, die von ganz falschen Grundsätzen ausgehen und es mit ihrer Würde als nicht vereinbar erklären, eine uneheliche Mutter als Kollegin zu haben.

Genossin Schröder legte bei der Beratung des Postetats dar, daß Beamtinnen, die viele Jahre in bester Weise ihren Dienst versahen, Angehörige unterstützten und für ihr Kind sorgten, entlassen wurden. Der Grundsatz des gleichen Rechts bestehe hier nicht, denn dem Beamten, der unehelicher Vater wird, würde kein Haar gekrümmt. Das Verhalten schlage aber auch dem christlichen Grundsatz ins Gesicht, nach dem das Leben von Gott gewollt ist. Mit Recht hielt sie dem **Reichspostminister Giesberts** und der Vertreterin des Zentrums **Frau Neuhaus**, die mit der Entlassung der unehelichen Mutter einverstanden war, den unehelichen Müttern aber durch Stellenvermittlung und anderen Wohltaten helfen will, entgegen, daß dadurch die unehelichen Mütter entweder in den freiwilligen Tod oder zur Anwendung von Abtreibungsmitteln getrieben würden.

Der Abgeordnete **Mumm (Dnatl.)** sprach mit frömmelndem Augenaufschlag von den **Gefallenen**, denen christliche Wohltaten erwiesen werden sollen, die aber aus Gründen der Standesehre und der Moral nicht Beamtinnen bleiben können. Er verschwieg schamhaft, daß der männliche Teil der besitzenden Klasse kräftig am Werk ist, die Heiligkeit der Ehe und die alte bürgerliche Moral zu vernichten.

Die Entschließung **Müller-Franken**: „Die Reichsregierung zu ersuchen, die ausnahmerechtliche Behandlung der weiblichen Post- und Telegraphenbeamten und -Angestellten, die in der Entlassung der unehelichen Mütter ihren Ausdruck findet, aufzuheben, wurde **gegen** die Stimmen der **Linken** und **weniger Demokraten** abgelehnt. Ein Antrag der Demokraten, die Frage grundsätzlich zu prüfen und Richtlinien aufzustellen, gelangte nicht, weil verspätet gestellt, zur Abstimmung.

Erwerbslosenfürsorge.

Die Erwerbslosenfürsorge, die nicht bloß für die große Zahl Erwerbsloser und für deren Angehörige, sondern auch für die ganze Volksgemeinschaft ungemein wichtig ist, wurde von der **sozialdemokratischen Fraktion** bei allen sich ergebenden Gelegenheiten in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt.

Bei der Beratung des Haushaltsplans haben sich unsere **Genossen Hoch** und **Kaiser** sehr eindringlich mit dem Problem der Erwerbslosigkeit und mit der Unterstützung dere Erwerbslosen beschäftigt und **den Reichsarbeitsminister** mit Nachdruck auf seine Aufgabe verwiesen, die ungeheure Not der Erwerbslosen zu lindern. Der Erfolg war, daß das Reichsarbeitsministerium in weitem Umfange genehmigte, die Unterstützung auf **länger als 26 Wochen**, wie gesetzlich vorgesehen, zu gewähren. Ferner wurde erreicht, daß **die erhöhten Sätze**, die nur bis zum 1. Mai d. J. Geltung hatten, auch weiterhin gezahlt wurden.

Im April d. J. hat **unsere Fraktion** gemeinsam mit der Unabhängigen einen Antrag zugunsten der Erwerbslosen eingereicht, der sich im wesentlichen den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anschloß.

In der Reichstagsverhandlung vom 3. Mai 1921 hat **Genosse Kahmann** den von uns gestellten Antrag begründet und beantragt, daß alle Anträge dem Ausschuß für Volkswirtschaft zur Weiterberatung überwiesen werden. Er hat sich nachdrücklichst dafür eingesetzt, daß die **produktive Erwerbslosenfürsorge** aus-

gebaut, daß die unzureichenden Unterstützungssätze **erhöht** werden, daß **Betriebsschließungen** nur unter erschwerenden Umständen vorgenommen werden können und daß **die Unternehmerschaft** zur Bestreitung der Kosten der Unterstützung für die Erwerbslosen herangezogen werden.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft hat sich in vielen Sitzungen mit den Anträgen beschäftigt, es gelang einen wesentlichen **Fortschritt** in der Fürsorge für die Erwerbslosen zu erzielen. Das Ergebnis besteht im wesentlichen darin, daß eine großzügige **Siedelungsarbeit** betrieben wird, daß die **Bautätigkeit** gefördert, **Kanäle, Talsperren, Verkehrsanlagen** und andere **öffentliche** Arbeiten im weiten Umfange in Angriff genommen werden, daß die **Gemeinden** und **Länder** der produktiven Erwerbslosenfürsorge das größte Interesse entgegenbringen sollen, daß für die Unterbringung **weiblicher Erwerbsloser** mehr als bisher geschieht, daß die **Preispolitik** der Kartelle und Verbände in Industrie und Handel schärfer überwacht werden, daß in Rücksicht auf die eingetretene und noch zu erwartende **Teuerung** sowohl die **Unterstützungssätze** ab 1. August **erhöht** als auch **Erleichterungen** und **Verbesserungen für die Kurzarbeiter** eintreten sollen.

Bei den Verhandlungen im Reichstage erklärten die **Kommunisten,** daß das im Ausschuß Erreichte vollkommen unzulänglich sei; sie stellten viel weitgehendere Anträge. Sie griffen die Fraktion der **Unabhängigen** in der entschiedensten Weise an, weil sie sich auf den Boden des Ausschußvorschlages stellte.

Die **Kommunisten** trieben hier gegenüber den Unabhängigen, die sich wie wir mit einem weitreichenden Teilerfolg zufrieden gaben, die gleiche reine Agitationspolitik, wie es **die Unabhängigen gegen uns** in der Frage der Wochenfürsorge getan hatten.

Der **Unabhängige Dißmann** wies die Angriffe der Kommunisten in der entschiedensten Weise zurück. Er behauptete, daß, wenn die Unabhängigen sich ebenso wie die Kommunisten verhalten hätten, für die Erwerbslosen absolut **nichts** herausgekommen wäre. Er hat bei dieser Erörterung vollkommen vergessen, daß seine Partei einige Stunden vorher **nach der gleichen Weise wie die Kommunisten** das Gesetz für die **Wochenfürsorge** behandelt hatte.

Der **von uns** gestellte Antrag, daß den Arbeitern, die durch Verhängung von Materialsperren durch Industriekartelle und -Konventionen arbeitslos geworden sind, der entgangene Arbeitsverdienst von den Unternehmern ersetzt wird, wurde gegen die Stimme der **Bürgerlichen** abgelehnt.

Abgelehnt wurden auch die Anträge der **Kommunisten,** denen Dißmann mit Recht entgegenhielt, daß sie sich an den Ausschußverhandlungen so gut wie **gar nicht beteiligt** haben, weshalb er ihnen den Vorwurf machte, daß sie ein Interesse an der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Erwerbslosen **nicht** hätten.

Besonders hervorzuheben ist noch, daß bei den Beratungen im Ausschuß der **deutschnationale** Abgeordnete **Dr. Reichert,** der als Vertreter der Großindustrie gewählt wurde, und der für die Durchführung des Wahlkampfes erhebliche Geldmittel erhalten hatte, just bei der Besprechung der Arbeitslosenfrage forderte, daß der Achtstundentag beseitigt werde.

Eupen und Malmedy.

Am 6. November 1920 wurde die von den Bürgerlichen und von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen eingebrachte Interpellation betreffend die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmedy und die von den Demokraten eingebrachte, betreffend die besetzten Gebiete des Rheinlandes beraten. Sie wurden bei der Besprechung verbunden. Für unsere Fraktion brachte Genosse **Sollmann,** zum Ausdruck, daß die Abstimmung in den beiden Kreisen unberechtigt von der belgischen Regierung beeinträchtigt wurde und daher als

freie Willenskundgebung der Bevölkerung nicht gewertet werden kann. Unser Redner lehnte auch die Entscheidung ab, die der Rat des Völkerbundes getroffen hat, nach der Belgien die volle Souveränität über die Kreise zugesprochen wird; dem deutschen Volke bleibt nur die Hoffnung auf die Revision des Friedensvertrages und die Beseitigung dieses Unrechts. Trotzdem aber dürfe Eupen und Malmedy kein Zankapfel werden. Wir müßten endlich zu besseren Beziehungen mit Belgien kommen.

Unser Redner wandte sich auch gegen die erheblichen Ausgaben für das überstarke **Besatzungsheer** und für die **Rheinlandkommission,** die sich jährlich auf **15½ Milliarden Mark** belaufen.

Fieberthermometer.

Zur Regierungsvorlage, die die Prüfung von Fieberthermometern gesetzlich vorschreiben wollte, führte für **unsere Fraktion** am 21. April 1921 **Genosse Girbig** aus, daß die ungeprüften Fieberthermometer eine Gefahr für das Volk sind und daß die Notwendigkeit zur Prüfung sich schon daraus ergebe, daß Länder, die hauptsächlich für den deutschen Export in Betracht kämen, nämlich Frankreich und Amerika, nur geprüfte Fieberthermometer zulassen.

Die Widerstände in Unternehmerkreisen seien unberechtigt, denn im Kriege sei schon zur Regel geworden, was der Gesetzentwurf fordere. Hingewirkt müsse natürlich werden, daß auch die vorgeschriebene Prüfung eine Beeinträchtigung des Verdienstes der Heimarbeiter und sonstigen Arbeiter nicht eintritt.

Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Frauen, Beisitzer an Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Durch die Verordnung vom 12. Mai 1920 ist den Frauen das aktive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gegeben worden. **Unsere Fraktion** beantragte, den Frauen auch das **Recht der Wählbarkeit** zu geben. Die **bürgerliche Mehrheit** im Ausschusse für soziale Angelegenheiten lehnte aber den Antrag ab. Der Ausschuß ersuchte bloß die Regierung, in kürzester Frist eine Novelle zum Kaufmanns- und Gewerbegerichtsgesetz vorzulegen, in der den Frauen das Recht der Wählbarkeit eingeräumt werde.

In der am 3. März 1921 im Reichstage stattgehabten Aussprache verfochten **Genossin Schuch** und **Genosse Giebel** die Ansicht, daß den Frauen das wohlbegründete Recht sofort durch eine Notverordnung gegeben werden kann. Dem widersprachen jedoch alle **bürgerlichen Parteien.** Der Reichsarbeitsminister ließ erklären, daß er, falls sich die Einbringung einer Vorlage über das Arbeitsgerichtsgesetz noch verzögern sollte, baldigst eine Novelle zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz einbringen werde.

Gareis-Ermordung.

Am 17., 18. und 19. Juni verhandelte der Reichstag die von den **Unabhängigen** eingebrachte Interpellation wegen der Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten **Gareis.**

Nach dem unabhängigen Redner wandte sich der **Reichskanzler Dr. Wirth** in einer bemerkenswerten Rede scharf gegen die von reaktionärer Seite geschaffene Atmosphäre, aus der heraus der hinterlistige Mord an Gareis entstanden ist. Er bezeichnete die in München begangen Untaten als die denkbar

größte Gefährdung unserer kommenden politischen Entwicklung, er sehne den Tag der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern herbei.

Genosse Gruber forderte für unsere Fraktion den schnellsten Abbau des Ausnahmezustandes in Bayern, er kennzeichnete die deutschnationale und antisemitische Agitation in Bayern, die die ganze politische Atmosphäre vergifte. Dann kritisierte er die „Entwaffnung" der Einwohnerwehren; er forderte die strengste Sühne für den Mord an Gareis und kennzeichnete die reaktionäre bayerische Regierung mit dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhner als das große Hindernis für die ruhige Entwicklung in Bayern.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Rede des **deutschnationalen Abgeordneten Bazille**, der mit seiner lächerlichen Schulmeisterei andauernd die stürmischste Heiterkeit des Reichstags auslöste. Der Sprecher der **Deutschen Volkspartei v. Schoch** stimmte wie Bazille ein Loblied auf das politische Kleeblatt Kahr-Escherich-Pöhner an.

Der Führer des bayerischen Bauernbundes, **Eisenberger**, nahm entschieden Stellung gegen die reaktionären Bestrebungen in Bayern, von denen er sagte, daß sie norddeutschem Einfluß entspringen. Er wandte sich ebenso scharf gegen die reaktionären Zeitungen, die in unverschämtester Weise gegen Regierung, Demokratie und Republik ankämpfen.

Gerichtskostengesetz.

Der Reichstag verabschiedete am 23. Juni das abgeänderte Gerichtskostengesetz. Danach sind die Gerichtsgebühren den veränderten Wertverhältnissen angepaßt, also wesentlich erhöht.

In den Ausschußverhandlungen forderten **unsere Vertreter**, daß die Reichsregierung baldigst ein Sondergesetz über ein obligatorisches unentgeltliches **Güteverfahren** vorlege. In der Aussprache begründete **Genosse Dr. Radbruch** den Antrag auf Einführung des Güteverfahrens, das die Unentgeltlichkeit für die Rechtsstreitigkeiten bringen soll, die in der Hauptsache von der **minderbemittelten Bevölkerung** geführt werden.

Unabhängige und Kommunisten verwiesen dabei darauf, daß nach dem Erfurter Programm die Unentgeltlichkeit der gesamten Rechtspflege zu fordern ist. Sie **übersahen** dabei vollkommen, daß die finanzielle Lage des Reiches augenblicklich dazu nicht die Möglichkeit bietet und daß es auch völlig unangebracht ist, den Angehörigen der **besitzenden Schichten**, die in der Hauptsache Rechtsstreite um hohe Beträge führen, die Unentgeltlichkeit des Rechtsstreites zu gewährleisten.

Getreidewirtschaft (Umlageverfahren)

Mit dem Gesetzentwurf über die Getreidewirtschaft, dem der Reichstag am 16. Juni 1920 zustimmte, wurde die von der Landwirtschaft schon nach Kräften sabotierte Zwangswirtschaft zu Grabe getragen. Minister Dr. Hermes hofft, im nächsten Erntejahre die Getreidewirtschaft völlig freigeben zu können.

An Stelle der Zwangsablieferung des Getreides tritt das Umlageverfahren. Die Reichsgetreidestelle hatte vorgeschlagen, 4,5 Millionen Tonnen Getreide durch die Umlage aufzubringen. Das ist eine Menge, die ausreichend wäre, um der versorgungsberechtigten Bevölkerung die alte Brotration für das ganze Jahr gewähren zu können. Die Regierung Fehrenbach strich davon eine Million Tonnen, der Reichsrat strich eine weitere halbe Million.

Sämtliche **bürgerliche Parteien** waren für diese Regelung **nicht** zu haben. Sie strichen gemeinsam von der Umlage eine weitere halbe Million ab, so daß nunmehr die Umlagemenge **nur 2½ Millionen** Tonnen beträgt.

Dieselbe Mehrheit lehnte auch die folgenden von unserer Fraktion gestellten Anträge ab:

1. Die Zwangswirtschaft beizubehalten, Anbauflächen und Ernteerträgnisse besser als bisher festzustellen und die vermögensrechtliche Haftung der Erzeuger, Gemeinden und Länder gesetzlich festzulegen.
2. Für den Fall der Ablehnung unter 1 die Ablieferungsmenge auf 4,5 Millionen Tonnen zu bemessen.
3. Die überschießenden Getreidemengen der Reichsstelle zu gesetzlich festgelegten Höchstpreisen zur Verfügung zu stellen.
4. Die Mehlmenge für den Brotbedarf pro Kopf und Tag von 200 auf 260 Gramm zu erhöhen.
5. Hafer und Gerste bei der Umlage nicht in Anrechnung zu bringen.
6. Die Entschließung, in der gesetzliche Maßnahmen zum Schutze des Reallohnes, ein gesetzlicher Anspruch auf Erhöhung der Einkommen für alle Beamten, Angestellten, Arbeiter und Rentenempfänger zum Ausgleich der durch die Erhöhung der Getreidepreise eintretenden Mehrkosten der Lebenshaltung und die Einziehung der Mehrgewinne, die nunmehr das Unternehmertum erzielen dürfte, gefordert wird.

Dafür nahm die **bürgerliche Mehrheit** des Reichstages eine Entschließung an, in der versucht wird, die kommende Teuerung als Folge des angenommenen Ultimatums hinzustellen, und in der die Reichsregierung ersucht wird, dafür zu sorgen, daß Lohn- und Gehaltsempfänger und Kleinrentner nicht unter dem Druck neuer Teuerungen zusammenbrechen. In der Entschließung steht nichts davon, daß die Kreise, die neue Riesengewinne erzielen werden, gezwungen werden sollen, die Mehrgewinne an das Reich abzuliefern.

Unsere Fraktion lehnte, nachdem Genosse **Georg Schmidt** unsern Standpunkt vertreten hatte, den so verstümmelten Entwurf ab, der dann von allen **bürgerlichen Fraktionen** angenommen wurde.

Die Folge dieser gesetzlichen Regelung wird sein, daß das Getreide, das in den freien Handel gelangt, sehr bald den Weltmarktpreis erreicht und daß die Landwirte das schlechte Getreide abliefern und das gute in den freien Handel bringen.

Die **minderbemittelte Bevölkerung** wird daher damit rechnen müssen, auf die zur Ausgabe gelangenden Brotmarken sehr schlechtes Brot zu erhalten, während die **besitzenden Schichten** gutes markenfreies Brot kaufen können. Das hat der Führer der Bayerischen Bauernvereine, **Dr. Heim**, im Reichstage auch uneingeschränkt zugegeben. Er war ehrlich genug, weiter zuzugestehen, daß sich durch die Neuregelung die Lage der armseligen **Rentner, Rentenempfänger** usw. noch viel trauriger gestalten muß. Aber auch er hat keinen Weg gezeigt, wie den Massen der Armen geholfen werden kann.

Die Sozialdemokratie lehnt die Verantwortung für die eintretenden Folgen ab; die bürgerlichen Parteien haben sie allein zu tragen.

Getreidepreise.

Mit dem Gesetz über die Getreidewirtschaft hat der Reichstag dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft das Recht auf Neufestsetzung der Getreidepreise eingeräumt.

Die Preise betrugen pro Tonne: Roggen 1415—1500 Mk. Der Preis für Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emer, Einkorn war 140 Mk. höher, der für Gerste und Hafer 50 Mk. niedriger. Sie sollen in Zukunft betragen pro Tonne:

Roggen 2100 Mk., Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Einkorn, Emer 2300 Mk., Gerste 2000 Mk., Hafer 1800 Mk. Reichsernährungsminister Dr. Hermes vertrat die wesentliche Erhöhung der Preise mit der Begründung, daß die Preise auch für die 2½ Millionen Tonnen Umlagegetreide den Gestehungskosten angepaßt sein müssen, damit aus Valutagründen möglichst wenig Getreide vom Auslande bezogen werden braucht. Der Minister hat dabei völlig unberücksichtigt gelassen, daß von der gesamten Ernte, die sicher höher als 17 Millionen Tonnen ist, nur 2½ Millionen Tonnen als Umlagegetreide abgeliefert werden sollen und daß das übrige Getreide, soweit es in den Handel gelangt, sehr bald den Weltmarktpreis erreichen wird, der zurzeit noch um mehr als 1000 Mk. für die Tonne höher steht als der neufestgesetzte Preis für das Umlagegetreide.

Man konnte annehmen, daß sich die Landwirtschaft mit weit niedrigeren Preisen begnügen würde, zumal auch weite Kreise der Landwirtschaft große Bedenken gegen eine weitere Steigerung der Getreide- und damit der Brotpreise hegen. Gegen die starke Erhöhung der Getreidepreise haben auch die **Vertreter der christlichen Gewerkschaften** vergeblich beim Reichsernährungsminister Bedenken erhoben. **Hermes** und **alle bürgerlichen Vertreter** hielten die vorgeschlagene Preiserhöhung für notwendig, deshalb wird das arbeitende Volk damit zu rechnen haben, daß in der ersten Hälfte des neuen Erntejahres der Brotpreis um 50 Proz. höher ist und daß in der zweiten Hälfte, wenn die Zuschußwirtschaft fortfällt, mit der aus inner- und außenpolitischen Gründen gebrochen werden muß, **das Vierpfundbrot voraussichtlich 6 bis 8 Mk. mehr kosten** wird als bisher.

Die Massen des Volkes, und vor allem die **Rentenempfänger** und **Rentner**, mögen dann daran denken, daß die **Sozialdemokraten** und auch der bayerische Bauernbundführer **Dr. Heim** vorausgesagt haben, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine neue Teuerung und damit gesteigertes Elend für Millionen Deutsche bringt, für die die **Rechtsparteien** nur leere Vertröstungen haben.

Die **sozialdemokratischen**, unabhängigen und kommunistischen Vertreter **lehnten** die Vorlage des Ernährungsministers ab; **sämtliche bürgerlichen Vertreter stimmten dafür.**

Für unsere Fraktion gab Genosse **Georg Schmidt**, der auch bei der Etatsberatung unsere ablehnende Haltung in dieser Frage vertrat, die folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wären bereit gewesen, zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Preise für das Getreide der neuen Ernte sachlich berechtigt sind. Nachdem aber der Reichstag unsere Anträge auf Beibehaltung der gegenwärtig geltenden öffentlichen Bewirtschaftung sowie auch den Eventualantrag durch Umlageverfahren 4½ Millionen Tonnen zu erfassen, abgelehnt hat, halten wir die beschlossene Erfassung von nur 2½ Millionen Tonnen für eine verschleierte Form der nun tatsächlich eintretenden freien Wirtschaft. Die Höhe des Getreidepreises wird nun bestimmt durch das Getreide, das in den freien Verkehr gelangt.

Da ferner unsere Anträge zur Sicherung des Reallohnes abgelehnt wurden, können wir es nicht verantworten, durch Zustimmung zu der Vorlage uns an dieser Steigerung der Getreidepreise auch noch zu beteiligen."

Haferbewirtschaftung.

Unter der Führung des **Reichsernährungsministers Dr. Hermes** wurde im vorigen Erntejahre den Landwirten zunächst das volle Verfügungsrecht über den geernteten Hafer eingeräumt. Daraus ergab sich, daß Hafer nicht zur Ablieferung kam und daß die **städtischen Viehhalter** in große Schwierigkeiten gerieten.

Die Reichsregierung sah sich daher gezwungen, einen **Ablieferungszwang** einzuführen und festzulegen, daß für den nichtabgelieferten Hafer Beträge in dreifacher Höhe des Höchstpreises zu entrichten sind.

Deswegen interpellierten **Deutschnationale, Welfen** und **Bayerischer Bauernbund.** Sie waren mit der Neuordnung nicht einverstanden und wollten die Gelegenheit benutzen, zu erwirken, daß ihnen ein weites Entgegenkommen in der Lieferung von billigem Ersatzfutter eingeräumt wird.

Für **unsere Fraktion** sprachen die **Genossen Käppler** und **Fischer-Hannover.** Sie legten dar, daß der Reichsernährungsminister in seinem Vertrauen zur Landwirtschaft **stark enttäuscht** worden ist. Die Landwirtschaft habe verstanden, die Freigabe der Hafererne auszunutzen, um **Wucherpreise** zu erzielen. Die Folge sei, daß die Nährmittelfabriken und städtischen Viehhalter Hafer nur zu ungeheuren Preisen bekommen könnten. Es sei eine Unmöglichkeit, aus der Zwangswirtschaft für Getreide eine Getreideart herauszunehmen. Die Durchführung der Verordnung stoße auf die größten Schwierigkeiten, die **ungünstigen Folgen** müsse der Reichsernährungsminister tragen.

Kartoffelwirtschaft.

Am 6. und 8. November 1920 wurde die von den **Deutschnationalen** eingebrachte Interpellation über die Kartoffellieferungsverträge beraten.

Genosse Feldmann legte den Interpellanten die berechtigten Gründe der Empörung über die hohen Kartoffelpreise dar. Er wies nach, daß die Landwirte sehr wohl imstande sind, die Kartoffeln zu erheblich niedrigeren Preisen zu liefern, als sie in den Lieferungsverträgen festgelegt sind und forderte, daß die Verordnung gegen Preistreiberei zum Schutze gegen Wucher wirksam angewandt werde, wobei er mit Recht darauf hinweisen konnte, daß die Gerichte bei Wucherern große Milde walten lassen.

Maisverbilligung.

In den Etat für 1920 war zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke **1,325 Milliarden Mark** eingestellt.

Der Reichstag hatte beschlossen, **den Landwirten** das Getreide, das über 70 Prozent der Gesamtmenge abgeliefert ist, für den abgelieferten Zentner 1½ Zentner Mais zum Preise von 60 Mk. pro Zentner zu überweisen.

Dadurch sollte erreicht werden, daß eine möglichst große Getreidemenge zur Ablieferung gelangt, außerdem wollte man erreichen, daß nicht Korn, sondern Mais zur Mästung der Schweine Verwendung finde. Um die Aktion wirksam für die Volksernährung zu gestalten, sollten Gemeinden und Gemeindeverbände gehalten sein, Mastverträge abzuschließen.

Im Nachtragsetat für 1921 wurden weitere 1044 Millionen Mark angefordert, damit weitere 600 000 Zentner Mais billiger abgegeben werden können.

Unsere Fraktion hat sich sowohl gegen die Bewilligung der Summe im Etat für 1920 als auch gegen die im Nachtragsetat für 1921 ausgesprochen. Sie erblickt, und das hat unser Genosse **Georg Schmidt** zum Ausdruck gebracht, in dieser Aktion nichts weiter als eine indirekte **Erhöhung der Getreidepreise**, die zu gewähren schon um deswillen kein Anlaß vorliegt, weil die Landwirtschaft fast ausnahmslos glänzende Gewinne erzielt hat und durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft noch größere erzielen dürfte.

Die **Bürgerlichen** haben geschlossen sowohl die erste als die letzte Summe bewilligt.

Handelsflagge.

Die Flaggenfarbe ist durch Artikel 3 der Reichsverfassung geregelt. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist der Termin zur Führung der neuen Flaggen auf den 1. Juli 1921 festgesetzt.

Den Rechtsparteien ist das Schwarzweißrot das Sturmbanner der Reaktion, deshalb hassen sie Schwarzrotgold. Aber nicht auf einmal und nicht vollständig wollten sie jetzt schon den ganzen Artikel 3 der Verfassung beseitigen und damit die Farben des monarchistischen Systems, das Deutschland in Not und Verderben brachte, wieder einführen.

Der Antrag der **Deutschnationalen**, das Führen der alten Flaggen noch länger als vorgesehen zu gestatten, war ein erster Vorstoß. Desto bedauerlicher war, daß mit den Deutschnationalen alle **bürgerlichen Parteien** forderten, daß die Handelsflagge bis auf weiteres schwarzweißrot bleibe und kein schwarzrotgoldenes Obereck erhalten sollte.

Alle Redner der bürgerlichen Parteien führten zur Begründung ihres Verlangens nur Zweckmäßigkeitsgründe an. Sie beriefen sich auch auf Aeußerungen unseres früheren Genossen **Paul Müller**. Müller ist deswegen von seiner Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, aufgefordert worden, seine Posten niederzulegen. Darauf gab er seine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und in der Sozialdemokratischen Partei auf. Trotzdem wurde er aus dem Transportarbeiterverbande ausgeschlossen.

Genosse **David** hat deutlich gesagt, daß es sich bei dieser Frage um ein Für oder Gegen Republik und Demokratie handelt.

Der Angriff wurde abgeschlagen. Zwei Demokraten, Erkelenz und Schult, ferner Dr. Wirth, Giesberts, Fehrenbach, Dr. Brauns, Dr. Spahn und einige andere Abgeordnete des Zentrums stellten sich mit der geschlossen stimmenden Linken schützend vor die Verfassung; so fiel der Antrag mit 120 gegen 121 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, in der Sitzung vom 27. Juni.

Handwerker-Mittelstand.

Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei brachten gemeinsam eine Interpellation über **Handwerk, Kleinhandel** und sonstiges **Kleingewerbe** ein, sie fragten die Regierung, was sie zur Sicherung der Existenz dieser Berufsschichten zu tun beabsichtige. Die Interpellation war die parteipolitische Ausnutzung der Beschlüsse des Handwerkstages in Jena im Jahre 1920. Die Regierung sollte Erhebungen über die Lage dieser Berufsschichten veranstalten und dahin wirken, daß die Organisationen der Handwerker zu Selbstverwaltungskörpern ausgebildet werden. Eine Aenderung des Handwerksgesetzes wurde für notwendig erachtet und die Einsetzung einer Kommission zur Vorberatung einer Pflichtorganisation verlangt.

Für **unsere Fraktion** bezeichnete Genosse **Hünlich** als sehr eigentümlich, daß die **Deutsche Volkspartei**, die auf die Vertretung der Interessen der **Großindustrie und des Großhandels** eingestellt ist, sich als Vertreterin des Mittelstandes aufspielt. Hünlich bemerkte weiter: „Es ist schon immer falsch gewesen, zu behaupten, daß die Sozialdemokratie das Handwerk vernichtet hat. An dieser Entwickelung sind doch in allererster Linie die Kreise schuld, denen Sie (nach rechts) viel näher stehen als wir. Uebrigens möchte ich ganz ausdrücklich betonen, daß auch wir durchaus nicht der Auffassung sind, daß etwa der Mittelstand keine Existenzberechtigung mehr hat. **Der Mittelstand wird sich**, soweit er wirtschaftlich notwendig ist, **auf lange Zeit hinaus noch behaupten.** Er wird aber unfähig sein, sich zu behaupten, sobald sich bessere Produktionsformen und bessere Produktionsbedingungen durch irgendwelche Umwälzungen in der Wirtschaft zeigen. Das ist absolut nichts Neues und auch gar nichts, was etwa heute besonders hervorgehoben werden müßte. . . . Ich möchte auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß ganz naturgemäß der Mittelstand, das Kleingewerbe, das Kleinhandwerk ganz außerordentlich schwer belastet werden durch die **Steuergesetzgebung.** Es ist vorhin von der **Luxussteuer** gesprochen worden. Ich verweise aber auch weiterhin auf die **Umsatzsteuer**, die zweifellos dem Mittelstand allerlei Schwierigkeiten bereitet und eine erhebliche Belastung mit sich bringt. Auch da stelle ich wieder fest, daß es durchaus **nicht Ihr** (nach rechts) Verdienst ist, daß die **Umsatzsteuer** heute **nicht höher** ist, als wir sie bereits haben, sondern daß **meine Partei** es gewesen ist, die damals eine einigermaßen erträgliche Grenze in den Umsatzsteuersätzen durchgesetzt hat. . . . Die Möglichkeit für eine wirkliche Besserung der Verhältnisse des notleidenden Mittelstandes wird erst dann gegeben sein, wenn es uns gelingt, unser Wirtschaftsleben erneut aufzubauen, so daß es nicht nur einer bestimmten Gruppe der Bevölkerung, nicht nur dem Mittelstand, sondern der Volksgesamtheit besser geht. Dann wird auch die Not des Mittelstandes ihr Ende haben."

Kapitalverschiebung.

Die **sozialdemokratische Fraktion** befragte die Reichsregierung, ob es richtig ist, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben, ob die Aushebung des Bankhauses Grußer stattgefunden und ob eine große Anzahl Mitglieder **adliger** und **fürstlicher Häuser**, darunter auch Mitglieder des **Hohenzollernhauses**, an Kapitalverschiebungen in das Ausland beteiligt sind.

Die Interpellation stand am 22. November 1920 zur Erörterung. Sie wurde vom Genossen **Müller** begründet. Er wies auf die schweren Steuerlasten hin, die sich aus der militärischen Niederlage ergeben haben, und starke Beunruhigung und Abwehrkämpfe in der Bevölkerung hervorriefen. Die Beunruhigung in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei vor allem deshalb vorhanden, weil ihnen die Steuern direkt abgezogen werden, während die Besitzsteuern langsam eingehoben werden und weil sich gewisse Kapitalisten stark bemühen, wesentliche Teile ihres Besitzes ins Ausland zu verschieben. Die Tendenz der Kapitalflucht sei im Kriege schon stark in die Erscheinung getreten, sie sei durch die Korruption, die ein Kind des Krieges ist, was Dr. Stresemann schon vor der Revolution ausgesprochen hat, noch bedeutend verstärkt. Kapitalschiebungen allergrößten Umfanges sollen durch das Bankhaus Grußer vorgenommen sein. In dem Hause dieses Bankiers geben sich Kavaliere, Monarchisten und Reaktionäre regelmäßig Stelldichein. Müller fragte, ob es wahr sein, daß über hundert Personen an diesen Schiebungen beteiligt sind und ob es sich um Beträge von rund 250 Millionen Mark handelt. Als Beteiligte sollen in Frage kommen: Staatsanwalt Dr. Hans Schoen, Dr. Spiro aus Hamburg, ein Herr Levy, Geheimer Hofrat Dr. Hans Wangenmann, Freifrau von Gamp-Massaunen mit Sohn und Tochter, Major von Mildner, Graf Peter Radolin, Fürstin Wanda von Blücher-Wahlstatt, Prinzessin Wanda Radziwill, Fürst von Schönburg. Er stellte weiter die Frage, ob es richtig sei, daß die Kronprinzessin von Preußen und die Prinzen Eitel Friedrich, Joachim u. a. Kunden von Grußer gewesen seien. Unser Redner wandte sich gegen den Versuch, die Verantwortung zum Teil auf die Regierung abzuwälzen, in der noch Sozialdemokraten tätig waren, er stellte fest, daß zu jener Zeit von solchen Beschuldigungen nichts bekannt war. Er verlangte, daß ein schnelles Gericht erfolgt und er verwies darauf, daß solche Vorkommnisse die Steuermoral ret-

tungslos untergraben wird und daß daraus die Regierung die Schlußfolgerung ziehen muß, geeignete Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Der Redner der **Deutschnationalen, Dr. Düringer**, versuchte die Wirkung der Interpellation dadurch abzuschwächen, daß er sie als parteipolitisch abgestempelt bezeichnete. Er bezeichnete die Behauptungen der Presse, daß auch die Kronprinzessin mit Großer Zusammenkünfte gehabt habe, als reinen Schwindel.

Der Redner des **Zentrums, Burlage**, wandte sich gegen die Steuersabotage der Besitzenden; er wollte Abstand genommen wissen, daß in das schwebende Verfahren eingegriffen werde.

Dr. Kahl, als Redner der **Deutschen Volkspartei**, stellte sich auf den Standpunkt, daß, selbst wenn ein Mitglied des Hohenzollernhauses an den Kapitalverschiebungen beteiligt sei, damit das Hohenzollernhaus und die Monarchie nicht berührt würde. Er sang ein Loblied auf die Hohenzollern.

Der Redner der **Unabhängigen** bemühte sich, einen Teil der Verantwortung auch unseren früheren Ministern und unserer Partei mit aufzulegen, er begründete diese Auffassung damit, daß wir das bestehende System nicht beseitigt haben. Er unterließ aber anzugeben, welches System man zur Einführung bringen sollte, und er war auch nicht imstande, nachzuweisen, daß alle **Unabhängigen**, die in führenden Regierungsstellen gewesen sind, andere Maßnahmen vorgeschlagen haben, als sie von uns gefordert und durchgeführt wurden.

Unser zweiter Redner, Genosse **Scheidemann**, stellte gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Düringer fest, daß der Reichsfinanzminister zugegeben hat, daß **die Kronprinzessin** ein Konto gerade bei einer **Schieberbank** gehabt hat. Er forderte, daß mit größter Rücksichtslosigkeit gegen Wucherer und Schieber vorgegangen wird, er warf dem Abgeordneten **Kahl** vor, daß er uns in dem Augenblicke, als wir den Schiebern ans Leder wollen, vorwirft, daß wir Mangel an nationaler Ethik und kein Gefühl für geschichtliche Pietät besäßen.

Im Schlußwort rechnete Genosse **Müller** mit den **Monarchisten** gründlich ab und erinnerte, daß Wilhelm II. 1888 gesagt hat: „Man werde eher 19 Armeekorps und 42 Millionen Deutsche auf der Strecke liegen lassen, als einen Stein von dem Errungenen preisgeben." Daran schloß sich die Bemerkung, daß, wenn man diesen gemeingefährlichen Narren damals in ein Irrenhaus gesperrt hätte, es um das deutsche Volk besser bestellt wäre, als es jetzt nach dem fünfjährigen Weltkriege um das Volk bestellt ist.

Die **Kommunisten** beabsichtigten, diesen Vorgang besonders parteipolitisch auszunutzen. Sie stellten daher einen Antrag zur Entscheidung, dessen erster Teil sagt, daß die Behandlung dieser Angelegenheit durch die Regierung nicht der Anschauung des Reichstags entspricht. Im zweiten Teil aber verlangten sie die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit der Aufgabe, nachzuprüfen, in welchem Umfange Vermögensverschiebungen durch die Nachlässigkeit der früheren Regierungen, in denen Sozialdemokraten waren, vorgekommen sind.

Für den ersten Teil des Antrages brachten die Kommunisten die nötigen 30 Unterschriften nicht auf, und für den zweiten Teil konnte nicht erst die Unterstützungsfrage gestellt werden.

Kohlenwirtschaft.

In der Sitzung vom 20. November 1920 forderte die **sozialdemokratische Fraktion** von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. **Genosse Löffler** erwähnte bei Begründung der Interpellation, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bereits am 5. August dargelegt habe, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehe und daß sich der Reichswirtschaftsrat am 24. Juli fast einstimmig auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Arbeiter und Angestellten zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Das Reichskabinett hat in einer Sitzung vom 22. September 1920 zu der Frage der Sozialisierung Stellung genommen und den Reichswirtschaftsminister beauftragt, auf der Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen. Schließlich hat der Reichsschatzminister v. Raumer in der Sitzung des Reichswirtschaftsrates vom 8. Oktober noch erklärt: „Das Kabinett steht auch heute nach wie vor geschlossen auf dem Boden der Erklärung vom 5. August und seines Beschlusses vom 22. September 1920." Unser Redner stellte fest, daß damit die Tätigkeit der Regierung Fehrenbach in der Sozialisierungsfrage aufgehört habe. In seiner weiteren Begründung legte er eingehend dar, daß der Bergbau lange Zeit hindurch staatlich gebunden war und daß die Ausbeutungsfreiheit erst im Jahre 1865 eingeführt wurde. Mit dem damals beschlossenen Berggesetz sei aber keineswegs den Bergbautreibenden ein **Eigentumsrecht an den Erdschätzen** zugestanden, deshalb müsse im Vordergrunde eines Kohlensozialisierungsgesetzes der Grundgedanke stehen: „Ein privates Eigentumsrecht an unerschlossenen oder auch erschlossenen Adern der Erdschätze besteht nicht. Sie gehören zum Besitz des Staates als der politischen und wirtschaftlichen Zusammenfassung des gesamten Volkes." Die Entwicklung im Kohlenbergbau, die zu einer Monopolstellung der Berggewaltigen führte, ist wiederholt als unhaltbar bezeichnet worden. Das geht aus einem im Jahre 1905 im Preußischen Landtage behandelten Antrag **Gamp** hervor, der auf eine Beschränkung der privatkapitalistischen Bergbaufreiheit abzielte.

Genosse **Löffler** wandte sich entschieden gegen den Vorschlag, **Kleinaktien** an Arbeiter und Beamte auszugeben, damit sie an der Kapitalaufbringung und am Gewinn beteiligt sind. Er legte mit Recht dar, daß ein solches Vorgehen die Herausbildung von Massen kapitalistisch interessierter Leute im Gefolge hat, die sich rücksichtslos über das gesamte Volkswohl hinwegsetzen könnten. Mit dieser Gewinnbeteiligung würde den Arbeitern und Angestellten nur Sand in die Augen gestreut, darum seien mehr als 95 Proz. der Bergarbeiter gewillt, auf diese Art Sozialisierung zu verzichten. Löffler rief der Regierung zu, sich bewußt zu sein, daß durch die Reihen der 900 000 Bergarbeiter ein gewaltiger Ruf nach Gerechtigkeit geht, der in dem Wort **Sozialisierung** seinen Ausdruck findet. Schließlich stellte unser Redner noch fest, daß der Bergarbeiterführer **Winnefeld**, der der **Fraktion der Deutschen Volkspartei** im Reichstage angehört und der sich für die Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeiter ausgesprochen hat, von seiner Organisation nicht gestützt wird und daß somit feststeht, daß auch die **christlichen Bergarbeiter** die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft verlangen.

Unser Redner verlangte von der Regierung, daß sie nicht länger zögere und schnellstens klar zu erkennen gibt, was sie zu tun beabsichtigt.

Der **Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz** erklärt, daß die Reichsregierung gemäß den Erklärungen des Reichskanzlers vom 27. Oktober 1920 einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung vorlegen wird. Aus seinen Darlegungen ging aber hervor, daß die Regierung noch in weitgehendem Maße Sachverständige zu den Vorberatungen hinzuziehen will und daß die Vorlegung des Gesetzentwurfs deshalb noch längere Zeit auf sich warten lassen wird.

Die Vertreter des **Zentrums**, der **Demokraten** und der **Bayerischen Volkspartei** gaben die Erklärung ab, daß sie die Beratungen der Sachverständigen-

kommission abwarten wollen und deshalb nicht bereit seien, in eine sachliche Erörterung des Problems einzutreten.

Der Redner der **Deutschnationalen, Leopold,** hatte natürlich die weitestgehenden Bedenken gegen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

In der gleichen Richtung bewegten sich die Ausführungen des Redners der **Deutschen Volkspartei, Dr. Curtius.**

Die **Unabhängigen** traten für die Vollsozialisierung ein, und **der kommunistische Redner** erklärte, daß er sich die Sozialisierung nur auf dem Boden der Rätediktatur vorstellen kann.

Im Schlußwort erklärte unser **Genosse Jansceck,** daß nicht anzunehmen ist, daß die Bergarbeiter, ohne daß ihnen in der Sozialisierungsfrage größeres Entgegenkommen gezeigt wird, weiter Ueberschichten verfahren werden und daß die Zeit kommen kann, wo die Bergarbeiter mit Entschiedenheit die Durchführung der Sozialisierung der gesamten Kohlenwirtschaft verlangen.

Kohlensteuergesetz.

Die Geltungsdauer des Kohlensteuergesetzes mußte im Laufe des Tagungsabschnittes zweimal verlängert werden. Das erstemal stand sie am 19. März 1921 zur Beratung. Die **sozialdemokratische Fraktion** hatte darauf hingewirkt, daß die Verlängerung nur für drei Monate bewilligt wurde und daß die Regierung verpflichtet wurde, dem Reichstag innerhalb dreier Monate Vorschläge über die **Sozialisierung des Kohlenbergbaues und des Kohlenhandels** zu unterbreiten. Diese Anträge wurden abgelehnt. Der Reichstag hatte dagegen in einer Entschließung gefordert, daß die Frage der Veredelung der Kohlensteuer geprüft und die Steuer dem Heizwert der Kohle angepaßt wird. Zu dieser Frage hat der Reichskohlenrat Stellung genommen und in einem Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß die Kohlensteuer abhängig sei von den Verhandlungen über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft. Da aber diese Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht waren, schlug er vor, das Gesetz um höchstens sechs Monate zu verlängern. Die Regierung verlangte auch, daß das Gesetz um sechs Monate verlängert wird. Nach den Berechnungen der Reichsregierung wird der Ertrag der Kohlensteuer auf mehr als 4½ Milliarden Mark geschätzt.

Die **sozialdemokratische Fraktion** hatte schon bei der Beratung im Juli 1920 zum Ausdruck gebracht, daß die Kohlensteuer zu einer unerträglichen Last für die Bevölkerung und die Industrie wird und daß sie selbst auf die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden ungünstig einwirkt.

Die Höhe der Kohlenpreise ist bedeutsam für die Konkurrenzmöglichkeit der Industrie und für die Bewertung der Kohlenausfuhr. Daher waren auch die Vertreter der **bürgerlichen Parteien gegen** die Verlängerung des Gesetzes um sechs Monate, sie traten dem von uns gemachten Vorschlage bei, wonach das Kohlensteuergesetz nur um drei Monate verlängert wird.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte **Genosse Keil,** daß wir vor allem, weil noch keine weiteren Maßnahmen zur Sozialisierung getroffen sind, gegen die Verlängerung stimmen; Unabhängige und Kommunisten stimmten mit uns. Der Gesetzentwurf wurde sodann von den gesamten bürgerlichen Parteien am 19. März 1921 angenommen.

Ueber die weitere Verlängerung hatte der Reichstag in seiner Sitzung vom 24. Juni 1921 zu entscheiden. Die Regierung legte dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, wonach die Gültigkeit bis zum 31. März 1922 verlängert wurde.

Der Ertrag der Kohlensteuer beläuft sich jetzt auf 6 Milliarden Mark. In Rücksicht darauf, daß das Ultimatum angenommen ist und daß wir die Reparationsforderungen zu erfüllen haben, war nicht daran zu denken, die Kohlensteuer, obgleich sie die Volksmassen stark belastete, zu Fall zu bringen, denn ein Ersatz für die ausfallenden 6 Milliarden Steuern kann nicht sofort beschafft werden.

Die **Unabhängigen** lehnten die Verlängerung ab.

Unser **Genosse Löffler** forderte in seiner Rede die baldige Vorlegung eines **Sozialisierungsentwurfes** und verwies die Unabhängigen mit Recht darauf, daß sie für die Annahme der Pariser Beschlüsse eingetreten sind und daß sie daher die Pflicht haben, auch die Mittel zu deren Erfüllung zu bewilligen.

In der Ausschußberatung ist es gelungen, die Kohlensteuer für Gebiete mit ungünstigen Produktionsverhältnissen zu ermäßigen, ohne daß, wie es die Regierungsvorlage vorsah, eine Erhöhung der Steuer für die Kohlen aus anderen Gebieten eintritt.

Gegen die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes stimmten die Unabhängigen und Kommunisten.

Lohnsteuergesetz.

Mit dem Lohnsteuergesetz, das in der Sitzung vom 2. Juli verabschiedet wurde und das in der Hauptsache auf Drängen **unserer** Fraktion unter Führung des Genossen Keil eingebracht worden ist, tritt eine nicht unerhebliche Erleichterung in der Steuerzahlung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten ein.

Es ist dem Bemühen **unserer Fraktionsmitglieder** in den Ausschußverhandlungen gelungen, in das Gesetz noch sehr erhebliche Verbesserungen hineinzuarbeiten. Während vorgesehen war, daß für solche Kinder von mehr als 14 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, Abzüge nicht mehr gemacht werden können, gelang es, die Altersgrenze **auf 17 Jahre** festzulegen. Es ist weiter gelungen, daß die **Abzüge für Werbungskosten,** sofern sie um mehr als 150 Mk. über 1800 Mk. hinausgehen, auf besonderen Antrag hin ebenfalls in Anrechnung gebracht werden. Weiter ist erreicht, daß, sofern das Arbeitseinkommen 24 000 Mark im Jahre nicht übersteigt, Nebenverdienste bis zu **600 Mk.** nicht versteuert werden brauchen, während die Vorlage nur 300 Mk. vorsah, und schließlich sind noch Erleichterungen für die während eines Jahres **Arbeitslosen** getroffen.

Reichsnotopfer.

In der Sitzung vom 18. Dezember 1920 wurde der Gesetzentwurf über eine **beschleunigte Veranlagung des Reichsnotopfers** im Reichstage verabschiedet. Für unsere Fraktion sprach Genosse **Braun**-Franken die Forderung aus, daß in Rücksicht auf die Ueberhandnahme des Notenumlaufs es sehr dringlich ist, das Reichsnotopfer schnellstens einzuziehen.

An Stelle des Antrags der Regierungsparteien, der einer Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz vorbeugen will, wurde **von uns** unter Unterstützung der beiden Linksparteien eine Schutzbestimmung für die **Kleinrentner** in das Gesetz eingebracht.

Die **Deutschnationalen** bemühten sich noch weitere Vergünstigungen für die besitzenden Schichten zu erreichen; ihre Anträge wurden aber abgelehnt.

In der Sitzung vom 24. Juni 1921 gelangte der Gesetzentwurf zur **beschleunigten Abgabe des Reichsnotopfers** und der Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs zur Erörterung und Erledigung.

Dabei führte **Genosse Keil** aus, daß **Helfferich** und Genossen in der zurückliegenden Zeit dieses Gesetz wesentlich **zugunsten der Besitzenden** abgeändert

haben. Sie haben erreicht, daß die Frist für die Inzahlungnahme von Kriegsanleihen zum Nominalwert bei der Abtragung des Notopfers erheblich verlängert worden ist, sie erreichten ferner, daß bei der Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke eine noch mildere Praxis durchgesetzt wurde, als es sich ohnehin schon aus dem Reichsnotopfergesetz ergibt. Weiter erreichten sie, daß bei der Berechnung der Ertragswerte auf eine Reihe von Friedensjahren, bis zum Jahre 1912, zurückgegriffen werden kann. Er stellte dabei fest, daß gerade die Landwirtschaft eines derartigen Schutzes in den meisten Fällen nicht bedürfe und verlangte, daß bei der künftigen Steuergesetzgebung große und scharfe Eingriffe in den Realbesitz gemacht werden, weil ohne solche Eingriffe die großen Reparationslasten nicht getragen werden können.

Mietsteuer.

Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Das Gesetz gibt den Ländern das Recht, für die Rechnungsjahre 1921 bis 1941 eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Die Steuer beträgt 5 vom Hundert des Nutzungswertes für den Staat und das Reich und 5 Prozent für die Gemeinde. Mit Zustimmung der obersten Landesbehörde kann der Gemeindezuschlag bis auf 10 Prozent erhöht werden, so daß eine Gesamtbelastung von 15 Prozent möglich ist. Die Beträge aus der Abgabe dürfen nur zur Herstellung von Kleinwohnungen benutzt werden. Bedingung ist, daß die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe unter behördlicher Kontrolle stehen, und die Bauten dauernd im Eigentum von Staat, Gemeinden, gemeinnützigen Genossenschaften usw. verbleiben. Ist dies in Ausnahmefällen nicht möglich, so muß auf jeden Fall Sicherheit getroffen werden, daß der Bauherr (Eigentümer) aus der Vermietung oder dem Verkauf des Hauses keinen übermäßigen Gewinn erzielt.

Die Sozialdemokratie hatte gegen das Gesetz schwere Bedenken. Aber weder sie noch irgendeine andere Partei konnte einen anderen Weg für die sofortige Finanzierung der dringend notwendigen Kleinwohnungsbauten zeigen. Handelte es sich doch darum, sofort Mittel zu schaffen. An eine weitere Inanspruchnahme der Notenpresse, wie sie die Unabhängigen gedankenlos vorschlugen, konnte natürlich nicht gedacht werden. Das würde nur eine weitere Geldentwertung zur Folge haben. Aus den gleichen Gründen lehnte der Wohnungsausschuß einmütig die von dem Bodenreformer **Damaschke** gemachten Vorschläge ab, für viele Milliarden Mark Heimstätten-Darlehnskassenscheine auszugeben. Alle Fachleute des Ausschusses und der Regierung waren der Auffassung, daß diese Scheine in den überteuerten neuen Häusern keine genügende Sicherheit hätten. Die Kommunisten haben sich an den Ausschußverhandlungen überhaupt nicht beteiligt und weder im Ausschuß, noch im Plenum einen Antrag gestellt.

Die Sozialdemokratie war in den Verhandlungen, die über ein Jahr dauerten, immer bemüht, Verschlechterungen des Gesetzes abzuwehren und Verbesserungen anzubringen. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei wollten durchaus die Steuer nur von Wohnräumen erhoben wissen, wollten also Fabriken, Werkstätten, Läden, Kontore, Scheunen, Ställe usw. befreien. Das würde natürlich eine weit größere Belastung der Mieter gebracht haben, die ja die Summe dann allein hätten aufbringen müssen. Es gelang, diesen Antrag abzuwehren. Ferner gelang es uns, einen von allen bürgerlichen Parteien gemachten Vorstoß zu vereiteln, der die kommunalisierten Betriebe der Gemeinden genau so besteuern wollte wie die Privatbetriebe. Als Gegengewicht für die Befreiung der Kirchen, deren „Nutzungswert" natürlich überhaupt nicht zu veranlagen ist, setzten wir durch, daß auch Gewerkschaftshäuser, Jugendheime, Landheime, Herbergen usw. nicht versteuert werden brauchen, wenn sie gemeinnützig betrieben werden.

Unsere Bemühungen, die steuerbaren Jahreseinkommen bis etwa 10 000 bis 12 000 Mk. von der Abgabe zu befreien, scheiterten an einer unüberwindlichen Schwierigkeit. Eine derartige Befreiung würde ein riesiges Geschenk an die Landwirtschaft gewesen sein, die dann bei der leider noch immer viel zu niedrigen Veranlagung auf dem Lande so gut wie ganz von der Abgabe verschont geblieben wäre. Dagegen wären trotzdem sehr viele Arbeiter, Angestellte und Beamte unter die Steuer gefallen, deren Jahreseinkommen infolge der Geldentwertung über jene Summen hinaus gestiegen sind und bis zum letzten Pfennig veranlagt werden. Deshalb verzichteten wir nach langen Erwägungen und Kämpfen auf eine solche Art der Steuerbefreiung, setzten aber durch, daß die Steuer erlassen werden kann, wenn es sich um Kleinrentner, um längere Erwerbslosigkeit, um Krankheit usw. der Steuerpflichtigen handelt. Jedenfalls kann sich nun der Grundbesitz auch auf dem platten Lande nicht mehr von der Steuer drücken.

Unser Bemühen, durchzusetzen, daß die mit den Ueberteuerungszuschüssen erbauten Häuser in öffentlichem Besitz bleiben, war nicht durchzusetzen. Es ist nicht zu leugnen, daß, solange wir Privatbesitz an Grund und Boden haben, Fälle vorkommen können — man denke nur an entlegene Kleingehöfte und einzelne Bauten auf dem flachen Lande —, wo es schwer ist, solche Häuser im Gemeindebesitz zu verwalten. Es wurden aber Sicherungen gegen Spekulation auf unser Drängen in das Gesetz eingebracht. Der soziale Geist in dem Gesetze ist das Verdienst der Sozialdemokratie.

Das Gesetz wird in den zwanzig Jahren seiner Dauer nur 3,2 Milliarden Mark zur Verfügung stellen, die vermutlich schon im ersten Teile des Jahres 1922 verbaut sein werden. Es werden aus diesen Mitteln vielleicht 50 000 Wohnungen erstellt werden, während wir zehn- bis zwanzigmal soviel Wohnungen in den nächsten Jahren brauchen. Die Sozialdemokratie war sich der Unzulänglichkeit des Gesetzes vollkommen bewußt. Sie hat in einer Entschließung versucht, den Wohnungsausschuß für ein großes Bauprogramm zu gewinnen, das einen erheblichen Teil der durch die Geldentwertung entstehenden gewaltigen Papierwertsteigerungen der alten Gebäude für die Beschaffung von Mitteln zu Neubauten nutzbar machen wollte. Die gesamten bürgerlichen Parteien wehrten sich gegen unseren Antrag. Es gelang uns nur durchzusetzen, daß sofort ein Unterausschuß gebildet wurde, bestehend aus Vertretern der zuständigen Ministerien, aus dem Wohnungsausschuß und Vertretern der Gewerkschaften, der unsere erwähnten Anregungen auf ihre Durchführbarkeit prüfen oder andere Vorschläge machen soll, die auf der gleichen Grundlage zu dem selben Ziele führen. Der Ausschuß hat im Sommer 1921 seine Arbeiten begonnen.

Bei der Beurteilung unserer Taktik im Wohnungsausschuß darf nicht vergessen werden, daß wir in unseren Entschlüssen nicht frei waren. Sobald der Reichstag bis zum 1. Juli 1921 das Gesetz nicht verabschiedete, hatten die Länder nach einem früher verabschiedeten Notgesetz das Recht, eigene Mietsteuer- oder Grundsteuergesetze zur Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau zu schaffen. Darin lagen zwei große Gefahren. Erstens war bei der Zusammensetzung mancher Landtage — man denke nur an Bayern — zu befürchten, daß diese Gesetze im wesentlichen unsozial ausfallen würden, wenn ihnen nicht durch ein Reichsgesetz bestimmte Vorschriften gegeben waren. Zweitens begab sich das Reich dann jedes wirklichen Einflusses auf das Wohnungswesen. Das ist durch das Mietsteuergesetz verhindert worden.

Postgebührenerhöhung.

Die Reichspostverwaltung hatte bis zum Ausbruch des Krieges nicht unerhebliche Ueberschüsse; im Jahre 1912 noch 93,6 Millionen Mark. In den Kriegsjahren ergaben sich Defizite, die sich nach Beendigung des Krieges, als eine rapide Steigerung aller Preise einstellte, gewaltig erhöhten. Für das Rechnungsjahr 1921 wurden, wenn die alten Tarife in Geltung blieben, Fehlbeträge in Höhe von rund 4 Milliarden Mark errechnet. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Deshalb mußten durch das vom Reichstag in seiner Sitzung vom 19. März 1921 verabschiedete Gesetz die Postgebühren beträchtlich erhöht werden. Durch die Tätigkeit **unserer Mitglieder** ist es in den Ausschußverhandlungen gelungen, die Postgebührensätze nach mancher Seite hin nicht unbeträchtlich **hinabzusetzen.** Besonders die Gebühren für **kleinere Pakete, Päckchen, Postkarten** und **Ansichtskarten** sind ermäßigt worden.

Der Sprecher unserer Fraktion, **Genosse Pinkau,** vertrat besonders den Antrag auf Verbilligung des Portos für Ansichtskarten, und zwar in Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage des **graphischen Gewerbes.** Der Reichstag stimmte dem von uns gestellten Antrage zu, er beschloß ferner, bei dem Reichspostministerium einen Verkehrsbeirat einzusetzen, in den jede Fraktion einen Vertreter entsendet.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Von der **Sozialdemokratischen Partei** und von allen bürgerlichen Parteien wurde die Reichsregierung ersucht, von dem Recht der **Erhöhung der Renten** und Bezüge Gebrauch zu machen. Es wurde beantragt:

1. Die Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 auf 35 Proz. zu erhöhen;
2. im § 45 Abs. 2 den Betrag von 1500 Mk. auf 3000 Mk. zu erhöhen;
3. die Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (§ 63 Abs. 1 Ziffer 1) je um 2000 Mk. zu erhöhen.

Der dazu aufzuwendende Betrag beläuft sich auf **jährlich 400 Millionen Mark.**

Genosse Meier erklärte in der Sitzung vom 4. Februar 1921, daß damit natürlich den gestellten Anforderungen **nicht** Rechnung getragen ist, daß aber zu erwarten steht, daß die Kriegsverletzten und Hinterbliebenen in Rücksicht auf die Lage der übrigen Rentenempfänger für das Entgegenkommen **Verständnis** zeigen.

Den **Unabhängigen** und **Kommunisten,** die viel weitergehende Anträge stellten, mußte sowohl von unserem als den bürgerlichen Rednern gesagt werden, daß sie in den Ausschußverhandlungen **völlig versagten** und **keine Anträge** gestellt haben.

Kriegsdienstzeit der Beamten.

Die Beamten, die während der Kriegszeit zum Heeresdienst eingezogen waren, erhalten diese Zeit besonders (also doppelt) auf die Dienstzeit angerechnet.

Von bürgerlicher Seite und aus den Kreisen der Beamtenschaft kam dann der Antrag, den übrigen Beamten, wegen der großen Leistungen in den Kriegsjahren, die in der Kriegszeit geleisteten Dienstjahre mit der anderthalbfachen Zeit in Anrechnung zu bringen. Die Regierung legte der Nationalversammlung einen dahingehenden Gesetzentwurf vor, der jedoch abgelehnt wurde. Das **Kabinett Fehrenbach** legte den Entwurf erneut im Juli 1920 vor. Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten lehnte ihn mit den Stimmen der Linken und des Zentrums ab. Im Ausschuß für den Reichshaushalt und im Reichstag stimmte dann aber das Zentrum mit den übrigen bürgerlichen Parteien dafür.

Unsere Fraktion hat grundsätzlich gegen eine höhere Anrechnung der Kriegsdienstjahre nichts einzuwenden, wie sie überhaupt die Neuregelung und Erhöhung der Pensionen vor allem für die mittleren und unteren Beamten und die Erhöhung der Renten für notwendig erachtet.

Sie stimmte gegen den Entwurf, weil dadurch ein schon geschaffenes Vorrecht erweitert wird und sie verlangte, daß zu gleicher Zeit eine Vorlage zur Verabschiedung gebracht werden muß, in der das gleiche Entgegenkommen den Angestellten und Arbeitern bewiesen wird.

Wir lehnen das Sonderrecht ab und erstreben eine allgemeine und gleiche Lösung für Beamte, Angestellte und Arbeiter.

Teuerungszulagen.

Der Reichstag erhöhte am 9. Dezember 1920 nicht unwesentlich den Teuerungszuschlag für die Kinderbeihilfen, was den Reichsetat um rund 600 Millionen Mark belastete. Die Beamtenschaft stellte weitergehende Forderungen, sie forderte je nach den Gehaltsklassen eine Erhöhung des 50prozentigen Teuerungszuschlages von 90 herunter bis zu 60 Prozent. Schließlich stellte die Eisenbahnarbeiterschaft die Forderung, die Teuerungszuschläge um 1 Mk. für die Stunde zu erhöhen.

Arbeiter- und Beamtenschaft drohten für den Fall ungenügenden Entgegenkommens in den allgemeinen Ausstand zu treten. Die Abstimmung ergab auch eine gewaltige Mehrheit für den Streik, obwohl die Reichsregierung einen Antistreikerlaß gegen die Beamten erließ.

Nach längeren Verhandlungen, an denen die Spitzenverbände beteiligt waren, kam ein befriedigendes Ergebnis für Arbeiter und Beamte zustande.

Der Reichstag mußte nun das Besoldungsgesetz ändern. Die bürgerlichen und die beiden sozialistischen Parteien stellten sich auf den Boden des Kompromisses. Die sozialdemokratische Fraktion wünschte anläßlich der Beratung des Reichsbesoldungsgesetzes und der Erhöhung der Kinderzuschläge, die Teuerungszulagen in Uebereinstimmung mit den Arbeitern und Beamten nach sozialen Grundsätzen zu staffeln. Nachdem sich die berufenen Vertreter der Organisationen der Arbeiter und Beamten mit der Regierung auf das Kompromiß geeinigt hatten, wollte sie nicht das Erreichte gefährden und so das deutsche Staats- und Wirtschaftsleben erneut unter einen ungeheuren Druck bringen.

Die **Kommunisten** stellten aus sehr durchsichtigen Gründen im letzten Augenblick im Reichstage einen schriftlichen Antrag, der sich an die von den Arbeitern und Beamten ursprünglich aufgestellten Forderungen anlehnte, und die **Unabhängigen** ließen durch den Abgeordneten Breunig, der zu dem Zustandekommen des Kompromisses wesentlich beigetragen hat, aus Gründen der Popularitätshascherei erklären, daß sie den ursprünglichen Forderungen zustimmen, obwohl sie wußten, daß bei ihrer Annahme das ganze Kompromiß zerschlagen und eine politische und wirtschaftliche Krise allerbedenklichster Art heraufbeschworen worden wäre.

Die **Deutschnationalen** hatten in den Ausschußverhandlungen auch versucht, einige bequeme Grundlagen für ihre Oppositions- und Agitationsstellung zu schaffen. Sie wollten, daß die Reichen vor neuen Lasten, die sich aus dem Gesetz ergeben, verschont bleiben und daß die Lasten der Masse des Volkes in Form neuer indirekter Steuern aufgebürdet werden. Weiter wollten sie den Arbeitern und Beamten die Teuerungszulagen bloß von Vierteljahr zu Vierteljahr bewilligen oder ablehnen.

Das Gesetz wurde sodann gegen die Stimmen der **Kommunisten** angenommen. Der vom Reichsrat angenommene § 3 des Gesetzes, wonach gesetzlich festgelegt werden sollte, daß den Ländern und Gemeinden für die sich aus dem Gesetz ergebenden Mehrlasten höhere Anteile an den Steuererträgnissen eingeräumt werden, wurde einstimmig abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde noch eine Entschließung, wonach die Reichsregierung ersucht wird, alsbald ein Gesetz über die Ortsklasseneinteilung dem Reichstage vorzulegen.

Ortsklasseneinteilung.

Ueber die Ortsklasseneinteilung herrscht in weiten Teilen des Reichs bei den Beamten große Unzufriedenheit. Die Verhandlungen über die endgültige Ortsklasseneinteilung sind außerordentlich zeitraubend, schon weil die Beratungen für die einzelnen Provinzen und Länder gesondert geführt werden müssen. Trotz aller Beschleunigung wird das endgültige Gesetz erst am 1. Oktober 1921 mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten.

Damit aber mit der Auszahlung der höheren Ortsklassenzuschläge schon früher begonnen werden kann, stimmten unsere und die bürgerlichen Fraktionen einem Antrage zu, wonach die Reichsregierung einen vorläufigen Gesetzentwurf vorzulegen hat, nach dem die Auszahlung der höheren Beträge für die vorläufig höher gestuften Gemeinden schon dann zu erfolgen hat, wenn der Reichsrat dem vorläufigen Gesetzentwurf zugestimmt hat.

Obwohl der Reichsfinanzminister bestimmt erklärte, daß durch die vorläufige Regelung keine endgültige Bindung erfolgen soll, wandte sich **Frau Zietz** gegen den Vorschlag. Unsere Fraktion stimmte dem Ausschußantrag zu, für den sich auch der Reichsausschuß der Spitzenorganisationen erklärt hatte, obwohl auch uns eine sofortige und endgültige Regelung lieber gewesen wäre.

Der Entwurf betreffend die vorläufige Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses wurde in der Sitzung vom 4. Mai 1921 verabschiedet. Einer Vereinbarung gemäß sollten Entschließungen dazu **nicht** mehr eingebracht werden. Trotzdem brachte der **deutschnationale** Abgeordnete **Mumm** aus rein agitatorischer Absicht eine Entschließung ein, in der besondere Berücksichtigung der Teuerung in mittleren und kleineren Orten gefordert wird. Um eine einseitige Festlegung zu verhüten, wurde daher von **unserer Fraktion** eine Erweiterung der Entschließung beantragt, wonach besonders auch die Orte, die durch benachbarte Großstädte und durch eine industrielle Entwickelung besonders gesteigerte Teuerungsverhältnisse haben, berücksichtigt werden. Die Vorlage und die Entschließung, die von **Genossen Seppel** begründet wurde, wurde einstimmig angenommen.

Sperrgesetz-Besoldung.

Nach der Reichsverfassung steht dem Reich das Recht zu, Richtlinien für eine einheitliche Besoldung der Beamten aufzustellen. Dazu war es infolge der umfangreichen und schwierigen Arbeiten der Besoldungsreform noch nicht gekommen. Nachdem das erste Besoldungsgesetz verabschiedet war, ergab sich die zwingende Notwendigkeit, der Reichsregierung ein Mittel in die Hand zu geben, mit dem sie Sonderbestrebungen von Ländern und Gemeinden Einhalt gebieten konnte. Das Verlangen danach ist auf einer süddeutschen Konferenz **der Finanzminister** gestellt worden. Es ist durchgeführt in dem vom Reichstag in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1920 in namentlicher Abstimmung beschlossenen Sperrgesetz.

Die **sozialdemokratische Fraktion** erklärte durch **Genossen Steinkopf**, daß sie der Gesetzesvorlage zustimmt. **Unser Redner** bedauerte, daß eine Anzahl Verbesserungsanträge, die eine wirksamere Vertretung der Beamten vorsahen, von den **bürgerlichen Mitgliedern abgelehnt** wurden, er stellte fest, daß man die Gewerkschaften der Beamten als berufene Vertretung ausgeschaltet und daß man bei Vorberatung des Gesetzentwurfs die Beamten nicht einmal gehört hat. Die Verbesserungsanträge wurden in der zweiten Lesung wieder aufgenommen, von den **bürgerlichen Fraktionen** aber wiederum abgelehnt.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth betonte die Notwendigkeit des Gesetzes, um das Ueberbieten der Gehälter durch die öffentlichen Körperschaften zu unterbinden, wofür sich auch **zahlreiche Bürgermeister** erklärt haben.

Der Vertreter Bayerns erklärte sich gegen das Gesetz und die Redner der Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten lehnten das Gesetz ebenfalls ab. In der namentlichen Abstimmung enthielten sich zahlreiche einflußreiche Abgeordnete der **Deutschnationalen** der Stimme. Für das Gesetz stimmten 207, dagege 122, der Stimme enthielten sich 15 Abgeordnete.

Ergänzungsprüfung.

Der Reichstag hatte einstimmig beschlossen, daß die von Gruppe 6 nach 7 übertretenden Beamten keine Prüfung mehr abzulegen haben.

Diesem Beschlusse hat die Regierung Fehrenbach, Dr. Heinze und Dr. Koch die Zustimmung versagt und das neue Kabinett Dr. Wirth-Bauer-Schiffer konnte sich nachträglich nicht bereit finden, den Beschluß der alten Regierung aufzuheben.

Deshalb interpellierten **Deutschnationale** und **Deutsche Volkspartei**, während **Sozialdemokraten, Demokraten** und **Unabhängige** beantragten, die Ergänzungsprüfung fallen zu lassen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei hatten die angebliche Mißachtung eines Reichstagsbeschlusses durch die Regierung weidlich agitatorisch gegen die jetzige Reichsregierung ausgenützt. Es war daher recht interessant, daß **Reichskanzler Dr. Wirth** darlegte, daß er und sein Kollege **Giesberts** schon im alten Kabinett gegen die Prüfung waren, daß aber die **übrigen Minister** sich für die Prüfung erklärten, weil sonst die eben geschaffene Besoldungsordnung von Grund auf neu gestaltet werden müßte. Er erklärte ferner, daß die Prüfung von den allermeisten Assistenten bereits abgelegt sei, daß sie einfach gestaltet ist und daß die geprüften Beamten rückwirkend vom 1. April 1920 in den Genuß der höheren Gehaltsbezüge kommen sollen.

Unser Redner, Genosse Steinkopf, betonte, daß die Prüfung unnötig ist, daß aber kein Anlaß vorliegt, die Frage zur Staatsaktion zu machen, nachdem das jetzige Kabinett dem Beschlusse des rein bürgerlichen beigetreten ist.

Die Anträge wurden dem Beamtenausschuß zur Erledigung übergeben.

Die **Deutschnationalen** wollten auch diese Angelegenheit benutzen, um die Regierung zu Falle zu bringen. Daher brachten sie einen Mißtrauensantrag ein, der aber mit 210 gegen 67 Stimmen abgelehnt wurde.

Die **Deutsche Volkspartei** übte Stimmenthaltung. Die **Kommunisten** stimmten mit den Deutschnationalen.

Wehrmachtversorgungsgesetz.

Die Schaffung des Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtsversorgungsgesetz) war eine zwingende Notwendigkeit. Die allgemeine Dienstpflicht ist aufgehoben. Die Mannschaften der Reichswehr müssen sich auf eine Dienstzeit von zwölf Jahren und die Offiziere auf eine von 25 Jahren ver-

pflichten. Mannschaften und Offiziere unterliegen den Besoldungsvorschriften der übrigen Reichsbeamten. Auf die Versorgung der Heeresmachtangehörigen und ihrer Hinterbliebenen konnte das Mannschaftsversorgungsgesetz von 1906 keine Anwendung finden. Die Pensionsgesetze der Beamten anzuwenden war auch nicht möglich.

Das Wehrmachtsversorgungsgesetz sieht wiederum eine verschiedenartige Versorgung für Mannschaften und Offiziere vor. Unteroffiziere und Mannschaften, die nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Dienstverpflichtung oder wenn sie nach dem Urteil ihrer Vorgesetzten die für ihre dienstliche Verwendung nötige Befähigung nicht mehr besitzen sowie, wenn sie wegen Dienstunfähigkeit ausscheiden müssen, haben Anspruch auf Uebergangsgebührnisse, Zuschläge zu den Uebergangsgebührnissen, einen Zivildienstschein, Kinder- und Teuerungszuschläge zu den Uebergangsgebührnissen, einmalige Uebergangsbeihilfe und eine einmalige Umzugsentschädigung. Nur ein Teil der zur Entlassung kommenden Soldaten dürften Aussicht auf Anstellung im Beamtenverhältnis haben. Der Zivildienstschein gibt kein Anrecht auf Anstellung. Schon während der Dienstzeit sollen die Mannschaften für spätere Berufe vorgebildet werden. Die Uebergangsbeihilfen, die auf die Dauer von drei Jahren gewährt werden, sollen den Uebergang ins bürgerliche Leben erleichtern. Bei Dienstbeschädigung tritt eine Entschädigung nach den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes hinzu.

Offizieren wird ein Anspruch auf lebenslängliches Ruhegehalt eingeräumt, wenn sie nach einer gesamten Dienstzeit von mindestens zehn Jahren wegen Dienstunfähigkeit oder wegen unzureichender Befähigung entlassen werden. Dadurch wird den Offizieren sehr weit entgegengekommen. Besitzt der Offizier nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für seine dienstliche Verwendung nötige Befähigung nicht mehr, dann muß ihm der Staat lebenslänglich ein Ruhegehalt zahlen. Auch für die Offiziere kommen Uebergangsbeihilfe und selbst eine einmalige Uebergangsbeihilfe zur Auszahlung.

Die **bürgerlichen Partei** taten alles, um insbesondere die Versorgung der Offiziere möglichst günstig zu gestalten. Die **Unabhängigen** machten sich die Arbeit sehr leicht. Sie stellten im Ausschuß sowohl als auch im Plenum nur einen Antrag, in dem sie forderten, daß die zur Entlassung kommenden Offiziere und Mannschaften Anspruch auf die gesetzliche **Erwerbslosenfürsorge** haben sollen. Als im Ausschuß ihr Antrag abgelehnt wurde, beteiligten sie sich nicht mehr an der Beratung des Gesetzes.

Unsere Fraktion hat an dem Zustandekommen des Gesetzes fleißig mitgewirkt. Sie wußte sehr wohl, daß wenn Mannschaften und Offiziere nicht ausreichend versorgt werden, die Reichswehr zum Tummelplatz abenteuerlicher Elemente werden wird. **Unsere Anträge** wurden von der bürgerlichen Mehrheit fast ausnahmslos abgelehnt, trotzdem hat die Fraktion für das Gesetz gestimmt. Sie hielt das Gesetz für erforderlich und konnte es wegen der Mängel, die es von unserem Standpunkt aus gesehen zweifellos aufweist, nicht ablehnen.

Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer.

In der Sitzung vom 17. Dezember 1920 wurde der Gesetzentwurf zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen verabschiedet. Die **sozialdemokratische Fraktion** hatte ihn angeregt.

In dieser Vorlage ist ein Abbau des Schutzes der Kriegsteilnehmer vorgesehen, indem die Schußfrist gegen Zwangsvollstreckungen nach einem Zeitraum von 6 Monaten nach Beendigung der Kriegsgefangenschaft verflossen ist. Außerdem soll die ganze Verordnung nur Gültigkeit bis zum **1. Juli 1921** haben.

Namens unserer Fraktion vertrat **Genosse Meier** den Antrag, den Termin des Ablaufs des Gesetzes auf den **1. Januar 1922** zu verlegen.

Das Gesetz hat Bedeutung nicht bloß **für**, sondern auch **gegen** die Kriegsteilnehmer. Unter den Kriegsteilnehmern sind nicht wenige, die Forderungen an Kriegsteilnehmer haben und diese nicht einziehen können. Das trifft aber auch auf weitere Kreise der minderbemittelten Bevölkerung zu. Deshalb scheint es auch notwendig, mit der Zeit der Aufhebung dieser Verordnung näherzutreten. Die **Unabhängigen** wollten den Schutz auch auf die Witwen der Kriegsteilnehmer ausgedehnt wissen. Das hätte aber eine völlige Rechtsunsicherheit zur Folge und bedeutet schließlich gar keinen Schutz der Witwen.

Die Mehrheit des Reichstages lehnte sowohl den Antrag der Unabhängigen als auch den von uns gestellten ab und setzte die Frist auf den 1. Juli 1921 fest.

Schwerbeschädigte.

Die Bestimmung in dem **Gesetz zum Schutze Schwerbeschädigter**, wonach die Kündigung Schwerbeschädigter nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestellen erfolgen kann, lief in ihrer Gültigkeit mit dem 22. Oktober 1920 ab.

Der Reichstag nahm daher in seiner Sitzung vom 19. Oktober 1920 **einstimmig** einen Gesetzentwurf in allen drei Lesungen an, wonach die Frist bis zum 1. April 1921 verlängert wird und in dem der Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, mit Zustimmung des Reichsrats und einem aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusse des Reichstages die Frist im Bedarfsfalle bis zum 1. April 1922 zu verlängern.

Militärische Bildungsanstalten.

Nach dem Friedensvertrag müssen die bestehenden Kadettenanstalten aufgelöst werden. Da in Rücksicht auf die Lehrkräfte und die Schulanlagen eine weitere Verwendung geboten erscheint, hat das Reichsministerium des Innern vorgeschlagen, sie in bürgerliche Erziehungsanstalten umzuwandeln.

Bei der Beratung in der Sitzung vom 30. Juni forderte **Genossin Pfülf**, daß diese Erziehungsanstalten, die als höhere Schulen in Betracht kommen, nach Artikel 146 der Verfassung den Charakter der Simultananstalten haben und daß deshalb den Eltern der Kinder nur insoweit ein Recht auf anderweite Schulüberweisung eingeräumt werden kann, als die Wohnungsverhältnisse das zweckmäßig erscheinen lassen.

Der Antrag rief den Widerspruch des größten Teils der **bürgerlichen Parteien** hervor, er wurde mit 148 Stimmen der Demokraten und der drei Linksparteien gegen 151 der Rechtsparteien abgelehnt.

Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals.

Der von dem Kabinett Fehrenbach dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung wurde **mit allen Stimmen der bürgerlichen Parteien** gegen die der drei Linksparteien am 23. Juni 1921 angenommen.

Nach dem Gesetz steht den Beamten das Recht zu, auf flüchtige Personen zu schießen. Die Regierung begründet das Recht damit, daß nach dem Kriege ein starker Warenschmuggel an der Grenze eingesetzt hat, der häufig von militärisch ausgerüsteten und rücksichtslos vorgehenden Banden ausgeführt wird.

Unserer Fraktion ging eine solche Bestimmung zu weit, sie beantragte daher: **„Bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen darf von der Waffe nicht Gebrauch**

gemacht werden." Sie stellte auch sonst noch weitere Milderungsanträge, um zu erreichen, daß Erschießungen auf der Flucht soweit als möglich vermieden werden.

Die bürgerlichen Vertreter stimmten unsere Anträge, wie auch den der Unabhängigen, der die Anwendung der Schußwaffe auf Flüchtlinge überhaupt für unzulässig erklärt, geschlossen nieder. Unsere Fraktion stimmte bei der dritten Lesung auch für den Antrag der Unabhängigen, wie diese auch für unsere Anträge stimmten.

Genosse **Dr. Radbruch** legte den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar.

Den Unabhängigen gingen die von uns gestellten Anträge nicht weit genug. Sie übersahen dabei aber, daß für ihren Antrag von vornherein auf keine Mehrheit zu rechnen war, während wir bezweckten, wenigstens das Schlimmste zu verhüten.

Russische Internierten- und Gefangenenlager.

Am 15. und 17. Dezember 1920 wurde eine Interpellation der **Deutschnationalen** über die Vorgänge in den russischen Kriegsgefangenen- und Internierungslagern in Deutschland erörtert. Die Interpellation beruhte auf Hetzartikel **rechtsstehender** Blätter. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß sich der **deutschnationale Abgeordnete Henning** erst, nachdem die Interpellation eingebracht war, um die Beibringung von Material bemüht hat. Er hat zu diesem Zwecke einige Lager besichtigt und dazu, ohne daß er das Recht hatte, einen reaktionären **Zarenoffizier** mitgenommen.

Für **unsere Fraktion** legte **Genosse Stücklen** dar, daß von den früheren Kriegsgefangenen, die unter militärischer Bewachung standen, 180 000 Mann ausgerissen sind. Die Behauptungen des **deutschnationalen Redners** seien zum Teil völlig unwahr beziehentlich sehr stark übertrieben. Es sei unmöglich, die Vertreter Sowjet-Rußlands zu entfernen und dafür Vertreter des zaristischen Rußlands in den Lagern Einfluß zu geben. Mit Recht wies er darauf hin, daß, als die früheren gefangenen Zarenoffiziere große Gelage abhielten und um hohe Beträge spielten und die deutsche Regierung dagegen vorging, die Rechte sich dagegen wehrte und erklärte, daß das ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechte der Gefangenen sei. Die **Deutschnationalen** haben erst verlangt, daß die Gefangenen aus Ostpreußen entfernt werden, weil sie eine Gefahr bilden. Als sie aber in großen Massen abtransportiert wurden und **nicht genügend landwirtschaftliche Arbeiter** zur Verfügung standen, wollten sie mit einem Male russische Gefangene haben. Stücklen verwies weiter darauf, daß, wenn die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland gestört würde, das **auf das deutschnationale Vorgehen** zurückzuführen sei. Der Vorstoß gegen den Staatssekretär Grzesinski und gegen Herrn Schlesinger sei völlig unberechtigt. Die Berufung auf das Rote Kreuz, das angeblich die Erschießung von zurückgekehrten russischen Gefangenen bestätigt habe, sei falsch, denn das **Rote Kreuz** erkläre bestimmt, derartige Behauptungen widersprechen den Tatsachen. Die Anerkennung der russischen Vertreter sei notwendig und eine Einmischung in die russischen staatlichen Verhältnisse verbiete sich absolut.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei standen mit ihren Angriffen auf die Regierung allein da.

Die **Kommunisten** stellten einen **Mißbilligungsantrag** gegen die Regierung, der aber **abgelehnt** wurde.

Rußland, Wirtschaftliche Beziehungen.

Die Unabhängigen interpellierten die Reichsregierung, ob sie gewillt ist, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland herzustellen. Die Verhandlungen darüber fanden am 21. und 24. Januar 1921 statt. Reichsaußenminister Dr. Simons erklärte, daß es nicht unsere Schuld sei, wenn die diplomatischen Beziehungen zu Rußland noch nicht aufgenommen und die wirtschaftlichen Verbindungen noch sehr ungenügend sind.

Für **unsere Fraktion** sprach **Genosse Wels.** Er legte dar, daß es eine Lebensfrage für das deutsche Volk ist, daß die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland schnellstens wiederhergestellt werden. Es sei an der Zeit, die Ermordung des Grafen Mirbach, die lange Zeit zurückliegt, nicht mehr als Hinderungsgrund zu betrachten. Unser Parteitag in Cassel habe bereits klar zum Ausdruck gebracht, daß mit möglichster Beschleunigung die diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Rußland wieder aufgenommen werden würden. Weder den Russen könne das Recht eingeräumt werden, auf die staatlichen Verhältnisse Deutschlands einzuwirken, noch den Deutschen das gleiche für Rußland.

Er legte des weiteren dar, daß durch die deutschnationale und durch die antisemitische Agitation die Regierung behindert wurde, mit Rußland zu näheren Vereinbarungen zu kommen, er trat ferner der Ansicht entgegen, als ob aus Rußland, weil sein Transportwesen und seine Produktion zerrüttet sind, an wirtschaftlichen Werten nichts herausgeholt werden könne. Es ergebe sich die Pflicht, auch an dem Wiederaufbau Rußlands mitzuarbeiten, denn nur dadurch sei eine allgemeine Gesundung zu erreichen.

Gegen die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sprachen sich die Deutschnationalen aus.

Sinowjeff und Losowsky.

Die Reichsregierung hatte dem Petersburger Oberbürgermeister Sinowjeff und dem Mitglied des Aktionsrates Losowsky, die auf dem Parteitage der Unabhängigen in Halle entscheidend dafür gewirkt haben, daß der Anschluß an die Moskauer Internationale mit großer Mehrheit beschlossen wurde, die ihnen gewährte Frist zum Aufenthalt in Deutschland nicht verlängert.

Die Unabhängigen beantragten daher, beschließen zu wollen, daß gegen die auf Beschluß der Regierung erfolgte Ausweisung Sinowjeffs und Losowskys Protest zu erheben und die Reichsregierung zu ersuchen sei, für sofortige Aufhebung dieser Ausweisungsverfügungen und für die Beseitigung der Gesetzesbestimmungen Sorge zu tragen sei, auf Grund deren Ausländer als **lästig** ausgewiesen werden können.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse **Ed. Bernstein.** Er erklärte sich für Schaffung gesetzlichen Schutzes verfolgter und bedrückter Ausländer, er legte, wie das auch der Minister des Auswärtigen Dr. Simons getan hatte, dar, daß eine Ausweisung gar nicht erfolge, sondern die befristete Einreiseerlaubnis nur nicht verlängert worden war.

Mit den Sozialdemokraten stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien gegen den Antrag.

Mont-Cenis.

Das furchtbare Grubenunglück auf der Zeche Mont-Cenis wurde im Reichstage auf Grund von zwei Interpellationen besprochen. Die **Genossen Hue** und **Jansheck** schilderten die mißlichen Zustände im Kohlenbergbau, sie forderten,

daß in viel weitergehendem Maße als bisher Sicherungen für das Leben der Bergarbeiter getroffen werden. Sie sahen sich dabei auch genötigt, dem Abgeordneten **Winnefeld**, der Mitglied der **Deutschen Volkspartei** ist, entgegenzutreten, der die Bergverwaltungen stark in Schutz nahm.

Der Reichstag setzte einen Untersuchungsausschuß von 14 Mitgliedern ein, um Aufklärung über die Ursachen des furchtbaren Unglücks zu schaffen.

Oberschlesien.

Mit allen Mitteln hat Polen versucht, die im Vertrag zu Versailles vorgesehene Abstimmung in Oberschlesien günstig für sich zu beeinflussen. Um das zu erreichen, hat es Oberschlesien auch die **politische Selbständigkeit** versprochen. Der starken Stimmung für die staatliche Selbständigkeit trug die **Regierung Rechnung**, indem sie dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegte, nach dem den Oberschlesiern das Recht eingeräumt ist, innerhalb zweier Monate, nachdem die deutschen Behörden die Verwaltung des zurzeit besetzten Gebietes wieder übernommen haben, abzustimmen, ob ein Land Oberschlesien im Rahmen des Reichs gebildet werden soll. Der Entwurf wurde am 25. November 1921 verabschiedet.

Die **Deutschnationalen** lehnten die Vorlage ab.

Die **Welfen** stimmten der Vorlage unter der Voraussetzung zu, daß auch ihnen für Hannover das gleiche Recht eingeräumt wird. Gegen die Vorlage stimmten die **Kommunisten**.

Für **unsere Fraktion** sprach Genosse **Okonsky**, der das hakatistische Treiben verurteilte und feststellte, daß **die Unabhängigen** Oberschlesiens ursprünglich stark mit den Polen kokettiert haben, daß sie aber mit uns und den Kommunisten Oberschlesiens gemeinsam dafür eintreten, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt.

Papierpreise.

Die Papierfabriken haben sich während der Kriegszeit in zwei Syndikaten vereinigt und können nun, nachdem die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, die Preise nach Gutdünken gestalten. Um das zu verhüten, wurde von unserer Fraktion, dem Zentrum, den Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei die Regierung um Maßnahmen zur Verbilligung des Druckpapiers ersucht.

Die Sozialdemokratie beantragte mit Rücksicht auf die riesigen Gewinne der Papierfabriken und auf die künstliche Verteuerung des Papiers, daß die Regierung Fabrikation und Handel mit Zeitungspapier zu sozialisieren streben solle. In den Ausschußsitzungen wurde erreicht, daß die Zeitungsverleger einen Papierpreis von 3,— Mk. zu zahlen haben. Die restlichen 60 Pf. werden zu zwei Dritteln vom Reich getragen, während das letzte Drittel von den Papierfabrikanten nachgelassen wird.

Unser Antrag wurde vom Genossen **Sidow** begründet, aber am 11. Mai gegen die drei Linksparteien abgelehnt.

Reederei-Abfindungsgesetz.

Die deutschen Gesellschaften für Ueberseee- und Binnenschiffahrt mußten in der Kriegszeit ihre Schiffe, soweit sie angefordert wurden, dem Reiche zu Kriegszwecken zur Verfügung stellen. Da mit dem Verlust eines erheblichen Teils der Schiffe gerechnet werden mußte, wurden den Reedern durch Gesetz vom 7. November 1917 Beihilfen zum Ersatzschiffbau bewilligt. Das Gesetz war in der Annahme beschlossen, daß der Krieg für Deutschland einen günstigen Ausgang

habe und daß wesentliche Veränderungen in den Produktionskosten nicht mehr einträten. Das Gesetz sah deshalb vor, den Friedenspreis als Gestehungskosten zu gewähren und dazu einen Ueberpreis bis zu 70 Proz.

Das Reich, das an dem Wiederaufbau der Handelsflotte und an der Weiterbeschäftigung der an dem Schiffbau beteiligten Arbeiter und Angestellten ein großes Interesse hat, traf im Februar 1919 und Mai 1920 ein neues Abkommen, wonach die Werften die gesamten Mehrgestehungskosten zu Lasten des Reiches verbuchten. Der Vertrag sah allerdings vor, daß die Reedereien nach zehn Jahren mindestens 30 Proz. der Mehrkosten an das Reich zurückzahlen.

Dieses Abkommen hat sich schon nach kurzer Zeit als unerträglich für das Reich erwiesen, denn nach dem Vertrage konnte es den Reedern und Werftbesitzern fast gleichgültig sein, wie hoch die Gestehungskosten für die Tonne Schiffsraum zu stehen kamen. Deshalb wurde der alte gesetzliche Zustand durch Abschluß eines neuen Vertrages beseitigt. Nach dem neuen Reederei-Abfindungsvertrag, der vom Reichstage am 14. März 1921 verabschiedet wurde, werden den Reedern insgesamt 12 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, wovon allerdings der Betrag von 7,3 Milliarden Mark bereits bewilligt und bis März 1921 rund 1,8 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt sind. Die Reeder übernehmen dafür die Verpflichtung, in der Zeit bis zum 10. Januar 1930 mindestens 2,5 Millionen Tragfähigkeitstonnen Schiffsraum zu erbauen, sie sind ferner verpflichtet, für den Fall, daß eine Verminderung der Produktionskosten eintritt und der bewilligte Betrag zum Wiederaufbau von mehr als der halben Verlusttonnage ausreichen sollte, von dem zuviel Erhaltenen bis zu 2 Milliarden Mark an das Reich zurückzuzahlen. Weiter sind die Reeder verpflichtet, 90 Proz. der ihnen zustehenden Summe für Neubauten und der Weiterbeschäftigung der deutschen Werften zu verwenden. Nur 10 Proz. dürfen für den Ankauf von Schiffen im Auslande verwendet werden.

Die Sozialdemokratie hat dem Vertrage, freilich nicht leichten Herzens, zugestimmt und sich bemüht, den Vertrag so zu ändern, daß in ihm sowohl die Interessen der Arbeitnehmer, der Werften und die der Steuerzahler besser als ursprünglich vorgesehen, geschützt werden.

Die Genossen **Schumann** und **Hoch** legten bei den Verhandlungen dar, daß der Industriestaat Deutschland, der jetzt noch mehr als früher große Absatzgebiete gebraucht und gewaltige Warenmengen ausführen muß, eine leistungsfähige Handelsflotte benötigt, bei der ja auch zehntausende deutscher Seeleute Arbeit und Lohn finden. Es sei aber auch ganz unmöglich, obwohl zurzeit Ueberfluß an Handelstonnage in der Welt vorhanden sei, den deutschen Schiffbau einzustellen, die Werften ganz oder zum größten Teil zu schließen und zu der halben Million Erwerbsloser noch weitere hunderttausende hinzuzufügen.

Das sahen auch zunächst die **Unabhängigen** ein, denn nachdem ihr erster Redner, **Vogtherr**, nur Kritik an der Höhe der Summe geübt und sich darüber beschwert hatte, daß die Entschädigungssumme abgabenfrei gewährt würde, sah sich der Unabhängige **Dißmann**, der als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Verhältnisse im Schiffbau übersieht, veranlaßt, in der Sitzung des Reichstages vom 7. März 1921 zu erklären:

„Daß wir eine Handelsflotte notwendig haben zur Führung der deutschen Wirtschaft, für den Export, für den Handel und Weltverkehr, wird nicht bestritten. . . . Wenn wir die Vorlage im Hauptausschuß zu verhandeln haben, dann ist vor allen Dingen zu prüfen, ob das, was als Entschädigung in Frage kommt, nicht das Maß des absolut Notwendigen und mit Recht zu Beanspruchenden übersteigt. . . . Wenn hier Milliarden gespendet werden sollen, dann verlangen wir, daß in diesem Vertrage als Grundbedingungen geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Anerkennung

tariflicher Bestimmungen und die Gewährung eines Existenzminimums mit aufgenommen werden."

Von einer Absicht der Unabhängigen, den Vertrag zu verbessern, merkte man leider in den Ausschußverhandlungen nichts. **Sie stellten keine Verbesserungsanträge und stimmten nur den von uns gestellten Anträgen zu.**

Es war daher verwunderlich, daß die **Unabhängigen** bei der zweiten Beratung durch den Abgeordneten **Henke** erklären ließen, daß sie **gar nicht die Absicht haben,** den Vertrag zu verbessern, daß sie ihn grundsätzlich **ablehnen.**

Selbstverständlich lehnten ihn auch die **Vereinigten Kommunisten** ab, da sie in den bewilligten Milliarden nichts weiter als ein Geschenk an die Werftbesitzer sahen.

Unsern Bemühungen ist es zu verdanken, daß die nähere Vereinbarung über den Abfindungsvertrag dem Haushaltausschuß des Reichstages zur Kenntnisnahme übergeben werden mußte und daß diesem das Recht der Ablehnung eingeräumt wurde. Schließlich ist es **unserm Bemühen** noch gelungen, festzulegen, daß die Bestimmung des Gesetzes vom Jahre 1917, wonach durch Reichsgesetz vorbehalten bleibt, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind, auf diesen Vertrag ebenfalls Anwendung findet.

Durch **unsere Tätigkeit** ist es möglich geworden, daß in den maßgebenden Ausschüssen zur Durchführung des Vertrages zwei Sozialdemokraten, unser Genosse Schumann und der Unabhängige Dißmann, tätig sind.

Die Werftarbeiter klagen heute schon über Arbeitsmangel, sie verlangen die schnellere Hergabe der bewilligten Summen. Wie würden sie erst zu klagen haben, wenn durch uns das Gesetz abgelehnt worden wäre?

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.

Von **allen Frauen,** die als Abgeordnete dem Reichstage angehören, wurde die Reichsregierung am 27. Januar 1921 interpelliert, ob bald die Einbringung einer Vorlage des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes zu erwarten ist.

Für unsere Fraktion erklärt sich **Genossin Schroeder** von der Erklärung der Reichsregierung, daß die Vorlage baldigst eingebracht werden soll, befriedigt. Nicht befriedigt sei sie aber, daß für diese Zwecke zunächst **nur 50 Millionen** Mark in den Etat eingestellt werden. Mit dieser Summe seien die großen Ziele nicht zu erreichen, die angestrebt werden müssen. Die Summe erscheine auch insofern besonders klein, da schon allein für die Technische Nothilfe jährlich 40 Millionen Mark ausgegeben werden. Gegenüber der deutschnationalen Abgeordneten Mueller, die behauptet hatte, daß die sittliche Not der Jugend mit auf zu große Verdienste zurückzuführen sei, stellte sie fest, daß die Verwilderung der Jugend ein Ergebnis des Krieges sei.

Religionsunterricht.

Die **bürgerlichen Parteien** beantragten bei der Etatberatung, daß die Reichsregierung baldigst einen Gesetzentwurf vorlegen soll, wonach die ausdrückliche Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen zu erfolgen hat, in denen eine Nichtteilnahme von den Erziehungsberechtigten gewünscht wird. Der Antrag richtete sich gegen die Länder, in denen die Schulfragen freiheitlich behandelt werden.

Genosse Hellmann wies den Antragstellern nach, daß bei vernünftiger Auslegung der Verfassung (Art. 149) nur die positive Anmeldung zum Religionsunterricht in Betracht kommen kann, denn nach der Verfassung steht es den Erziehungsberechtigten frei, ob sie die Kinder am Religionsunterricht und an kirchlichen Handlungen teilnehmen lassen. Bloß mit diesem Zugeständnis ist der Satz der Verfassung: „Der Religionsunterricht ist ein ordentliches Lehrfach" von uns angenommen worden. Mit Recht wies deshalb unser Redner darauf hin, daß im Rechtsstreit das Revisionsrecht positiv ausgeübt werden muß und daß nach dem Willen des Gesetzgebers auch die Anmeldung zum Religionsunterricht ausdrücklich zu erfolgen hat.

Die Einwendungen fruchteten nichts; denn die bürgerlichen Parteien stimmten dem Antrage namentlich mit 205 Stimmen zu, während gegen ihn nur 150 aufgebracht wurden. Der Demokrat Dr. Petersen enthielt sich als einziger seiner Partei der Stimme.

Reichsrat.

Nach der Weimarer Verfassung entfallen auf je eine Million Einwohner jedes Landes eine Stimme im Reichsrat, wobei ein Ueberschuß an Einwohnern, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Landes gleichkommt, einer vollen Million gleich gerechnet wird. Kein Land hat indes mehr als zwei Fünftel der Stimmen im Reichsrat. Der Reichsrat zählte zuletzt 55 Stimmen, von denen 22 auf Preußen entfielen. Da Preußen die Hälfte seiner Stimmen an die Provinzen abzugeben hat, würden auf die zwölf Provinzen und den Stadtkreis Berlin nur 11 Stimmen entfallen. Daraus mußten sich natürlich Schwierigkeiten ergeben; deshalb gab der Reichstag einstimmig in der 89. Sitzung dem Artikel 61 Absatz 1 die folgende Fassung:

„Im Reichsrat hat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme. Ein Ueberschuß von mindestens 350 000 Einwohnern wird 700 000 gleichgerechnet. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein."

Damit entfallen auf Preußen 13 und auf seine zwölf Provinzen und den Stadtkreis Berlin je eine Stimme.

Stimmzettelkosten.

Nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes hat das Reich den Parteien die Kosten für die Herstellung und Verteilung der Stimmzettel für die Reichstagswahlen zurückzuerstatten. Die Regierung unterbreitete daher dem Reichstag eine Vorlage, die nach vorherigen Verhandlungen mit den Parteien ausgearbeitet war, wonach für jede abgegebene Stimme 15 Pfennig zurückvergütet werden.

Die **Unabhängigen** erklärten, daß die Kosten der Beschaffung und Verteilung größer sind und beantragten daher, für jede abgegebene Stimme 20 Pfennig zu gewähren.

Der Reichstag lehnte aber in der Sitzung vom 3. Februar 1921 den Antrag ab.

Wendelin Thomas.

Nach Ausbruch der mitteldeutschen Unruhen hat der **kommunistische** Abgeordnete **Wendelin Thomas** am 24. März in einer Versammlung in München gesprochen; er soll dabei, nach Auffassung des Münchener Volksgerichts, zum gewaltsamen Sturze der bestehenden Verfassung aufgefordert haben, weshalb er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die kommunistische Fraktion beantragte, Thomas aus der Strafhaft zu entlassen.

Der Geschäftsordnungsausschuß hat sich in Mehrheit gegen die Aufhebung der Strafhaft erklärt, der Reichstag beschloß am 16. Juni mit 187 gegen 108 Stimmen der Linksparteien, dem Beschlusse des Ausschusses beizutreten.

Der Berichterstatter brachte zum Ausdruck, daß die Ansicht des Ausschusses sei, daß den Abgeordneten die Immunität für Propagandareden, nicht aber für Ausführungen zugestanden wird, in denen aufgefordert wird, die gegenwärtig bestehende Ordnung mit Gewalt zu stürzen.

Rheinländer beschimpft.

Einer aus dem Geschlecht derer **von Falkenhayn** wurde Leiter der Reichsgetreidestelle, er bekam den Auftrag, den widerspenstigen rheinischen Müllern und Bäckern beizubringen, daß die für Deutschland erlassenen Gesetze und Verordnungen über die Getreidezwangswirtschaft auch für das Rheinland Geltung haben. Diesen Auftrag führte er in so echt altpreußischer Art aus, daß sich die rheinische Bevölkerung beleidigt fühlte und Rechenschaft forderte.

Das **Zentrum** interpellierte die Regierung deshalb, und der Begründer der Interpellation führte aus, daß von Falkenhayn die rheinische Bevölkerung hochverräterischen Bestrebungen beschuldigt und den Regierungspräsidenten Fuchs von Trier beleidigt habe.

Der Reichsernährungsminister und alle Redner ließen den schneidigen Adligen fallen. Für unsere Fraktion sprach **Genosse Sollmann.** Er wandte sich sowohl gegen das Vorgehen von Falkenhayns, als auch gegen die Kreise der Rheinländer, die aus der ungünstigen Lage Deutschlands für sich materielle Vorteile zu erringen suchen.

Die Technische Nothilfe.

Die Technische Nothilfe ist ein Kind der Zeit, in der radikale Heißsporne in voller Verkennung der demokratischen Freiheiten zügellos und vernunftwidrig die Grundlagen der deutschen Wirtschaft zu zerschlagen suchten, um auf dem Trümmerhaufen eine neue Produktionsordnung nach russischem Beispiel aufzubauen. Die Vaterschaft für diese Organisation fällt den Unabhängigen und Kommunisten zu, denn sie haben gemeinsam versucht, die Gewerkschaften von den erprobten und bewährten Kampfmethoden abzubringen. Die **Sozialdemokratie** mußte daher in der Zeit, da die Existenz des ganzen Volkes und des Reiches auf dem Spiele stand, gemeinsam mit den übrigen Regierungsparteien die Technische Nothilfe schaffen. Diese Auffassung hatte solange Gültigkeit, als der Krankheitszustand in den Kreisen der Arbeiterschaft anhielt. Sie mußte aufgegeben werden in der Zeit, da die Gewerkschaften wieder in den alten Bahnen des Wirtschaftskampfes wirkten.

Dieser Zeitpunkt schien, nachdem der von den Kommunisten provozierte Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter erledigt war, gekommen, daher bewilligte die **sozialdemokratische Fraktion,** die vorher der Technischen Nothilfe zugestimmt hatte, die in den Etats für 1920—1922 angeforderten Mittel in Höhe von 55 Millionen Mark nicht mehr.

Genosse **Brey** legte in seiner Rede vom 16. März 1921 dar, daß den Gewerkschaften das Vertrauen entgegengebracht werden kann, dafür besorgt zu sein, daß bei wirtschaftlichen Kämpfen die berechtigten Interessen der Allgemeinheit in weitestgehendem Maße Schonung erfahren. Der erfreuliche Gesundungsprozeß in den Gewerkschaften würde aber aufgehalten, wenn die Technische Nothilfe als dauernde Organisation geschaffen und, wie das in zahlreichen Fällen bereits geschehen sei, zur Wahrung der Interessen der Unternehmer eingesetzt würde. Die Streiks mit politischem Hintergrunde seien im Verschwinden begriffen, übriggeblieben seien nur reine Lohnkämpfe, die berechtigt seien und die auch allermeist vermieden werden könnten, wenn die Unternehmer etwas mehr Verständnis und mehr Entgegenkommen für die Lage der Arbeitnehmer zeigten. Die Technische Nothilfe, in der eine große Anzahl gedienter Offiziere Anstellung gefunden habe, diene nicht dem Arbeitsfrieden, sondern verschärfe die wirtschaftlichen Kämpfe und rege letzten Endes zu Sabotageakten an. Schließlich sah Brey sich noch genötigt, den Kommunisten ins Stammbuch zu schreiben, daß für sie kein Grund zur Aufregung vorliege, denn sie seien der Stoßtrupp, der auch auf diesem Gebiete den Reaktionären in die Hände gearbeitet habe.

Die **bürgerlichen Parteien** bewilligten die angeforderten 80 Millionen für die Technische Nothilfe in der Sitzung vom 17. März 1921.

Der Reichshaushalt.

Der Reichstag kam mit der Beratung des Haushaltsplanes leidlich in Ordnung. Das war dadurch möglich, daß gleich die Etats für zwei Jahre beraten wurden, so daß der Etat für das laufende Jahr, ohne daß viel Reden gehalten wurden, mit verabschiedet wurde. Zugleich sind aber auch die Nachtragsetats nur im Haushaltsausschuß eingehend beraten worden.

Für unsere Fraktion sprachen die Fraktionsmitglieder:
Scheidemann, zum Regierungsprogramm;
Hoch, zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums;
Otto Braun, Riedmüller, Robert Schmidt, zum Etat des Ernährungsministeriums;
Schöpflin, Giebel, zum Etat des Wehrministeriums;
Kähler, Hoch, zum Etat des Arbeitsministeriums;
Meier, zum Etat des Allgemeinen Pensionsfonds;
Keil, Giebel, zum Etat des Reichsfinanzministeriums;
Kahmann, Hartleib, Hoch, zum Etat des Schatzministeriums;
Braun-Franken, Stücklen, Giebel, Jäker, Brey, zum Etat des Reichsministeriums des Innern;
Müller, zum Etat des Auswärtigen Amtes;
Brunner, Dr. Quessel, zum Etat des Reichsverkehrsministeriums;
Taubadel, Schroeder, zum Etat des Reichspostministeriums;
Dr. Radbruch, zum Etat des Reichsjustizministeriums.

Zündwarensteuergesetz.

Das Zündwarensteuergesetz vom 10. September 1920 sah die Einführung eines **staatlichen Herstellermonopols** vor, das spätestens am 1. März 1921 in Wirksamkeit treten sollte.

Die Regierung hat diesen Gedanken mit der Begründung fallen lassen, daß bei Errichtung des Monopols Abfindungen von mehr als 3000 Millionen Mark zu zahlen sind und daß weitere unvorhergesehene Mehrlasten eintreten, so daß auf viele Jahre hinaus mit einer Unterbilanz des Monopols zu rechnen sei.

Von **sozialdemokratischer Seite** wurde diese Ansicht bekämpft und verlangt, daß die Monopolisierung, die im alten Gesetz vorgeschrieben war, auch durchgeführt wird. Die Vertreter aller **bürgerlichen Parteien** stimmten aber die von uns vertretene Ansicht nieder. So wurde das Gesetz gegen die Stimmen der drei Linksparteien in der 90. Sitzung vom 19. März 1921 angenommen.

Kleine Gesetze.

Gesetz über wirtschaftliche, finanzielle und staatsrechtliche Abkommen zwischen der Deutschen, Ungarischen, Tschechoslowakischen und der Oesterreichischen Regierung.
Gesetz über das Rechtspflegeabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Freien Stadt Danzig.
Gesetz über ein Abkommen mit der Schweiz betreffend die schweizerischen Goldhypotheken in Deutschland.
Gesetz zur Ausführung des internationalen Opiumabkommens vom 23. Januar 1912.
Gesetz zur Ergänzung des Reichsausgleichsgesetzes vom 24. April 1920.
Gesetz betreffend die Anmeldepflicht des zur Durchführung des Artikels 202 des Friedensvertrages beschlagnahmten Luftfahrzeuggerätes.
Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung, betreffend die Verwertung von Militärgut vom 23. Mai 1919.
Gesetz über die Abänderung des Börsengesetzes (Terminhandel).
Gesetz zur Abänderung des Weingesetzes.
Gesetz über die von den Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbeihilfen.
Gesetz betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät.
Gesetz betreffend die Verlängerung der in § 105 des Betriebsrätegesetzes vorgesehenen Frist.
Gesetz betreffend die Verlängerung der Verjährungsfrist des Seeversicherungsrechts.
Gesetz betreffend die Ueberleitung der Rechtspflege in Eupen und Malmedy.
Gesetz für die Zwecke der Uebergangswirtschaft.
Gesetz betreffend die Abänderung des Besoldungsgesetzes.
Gesetz über den Staatsgerichtshof.
Gesetz betreffend den Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Danzig über die Regelung von Optionsfragen.
Gesetz betreffend Abgabe von Versicherungen an Eidesstatt zur Geltendmachung von Rechten und Interessen im Auslande.
Gesetz betreffend die Abweichungen vom Biersteuergesetz.
Gesetz betreffend die zeitweise Aussetzung der Erhebung der Verkehrssteuer auf den natürlichen Wasserläufen des Reichs.
Gesetz über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden.
Gesetz betreffend die Kontrolle der Kriegsrechnungen.
Gesetz über Abänderung des § 11 der Reichsabgabenordnung.
Gesetz über vorläufige Zahlung auf die Körperschaftssteuer.
Gesetz betreffend die Verfügung über Gold.
Gesetz zur weiteren Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen.
Gesetz betreffend die Aenderung des Eisenbahnpostgesetzes.
Gesetz betreffend die Verteilung des Gewinns der Reichsbank.
Gesetz betreffend die Aenderung des Bankgesetzes.
Gesetz über das deutsch-tschechoslowakische Abkommen betreffend Ueberleitung der Rechtspflege im Hultschiner Lande.
Gesetz betreffend das deutsch-britische Abkommen über die Durchführung des Abschnittes IV von Teil X des Friedensvertrages.
Gesetz zur Aenderung des Wehrgesetzes.
Gesetz über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen.

Gesetz betreffend ein Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland.
Gesetz betreffend den Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Amnestievertrag.
Gesetz über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit China.
Gesetz betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät.
Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues.
Gesetz betreffend die Gebühren für die Auslandsbehörden.
Gesetz betreffend die Ueberleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit.
Gesetz über die Zuziehung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof.
Gesetz über die Ausgabe von Schuldverschreibungen für die Sicherstellung der Reparationsverpflichtungen.
Gesetz betreffend die Verlängerung des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.
Gesetz zur Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen.
Gesetz betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen.
Gesetz über die Anmeldung des zur Durchführung des Artikels 202 des Friedensvertrages beschlagnahmten Luftfahrzeuggeräts.
Gesetz betreffend die patentamtlichen Gebühren.
Gesetz zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland.
Gesetz über die Abwickelung von Kriegsgesellschaften.
Gesetz über den Staatsvertrag, betreffend den Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich.
Gesetz über die Geltungsdauer des Kapitalfluchtgesetzes.
Gesetz zur Durchführung der Artikel 169, 192, 202, 238 des Friedensvertrages.
Gesetz über den Volksentscheid.
Gesetz über die Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.
Gesetz über das Verbot des Goldverkaufs.
Gesetz über das Abkommen mit Rußland über die Heimschaffung der Gefangenen.
Verdrängungsschädengesetz.
Kolonialschädengesetz.
Auslandsschädengesetz.
Entschädigungsordnung.
Diätengesetz.
Wehrgesetz.

Kleine Anfragen.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

1. Hoch, wegen übergroßer Verdienste der Eisen- und Stahlindustriellen bei Lieferung von Kriegsmaterial.
2. Schuch, wegen Gewährung von Beihilfen an unbemittelte Studenten.
3. Schuch, wegen Gewährung von Beihilfen für Kinder unbemittelter Eltern zum Besuch höherer Schulen.
4. Steinkopf: Wann wird der Gesetzentwurf über Beamtenräte eingebracht?

5. Pfülf: Wann wird die Reichsregierung den Entwurf eines Reichsschulgesetzes vorlegen?
6. Giebel, wegen Massenkündigungen von Angestellten.
7. Simon (Schwaben) wegen Entlassung von Angehörigen der Reichswehr, die sich während des Kapp-Putsches verfassungstreu verhalten haben.
8. Hartleib, wegen starker Einfuhr von Automobilreifen.
9. Gruber, wegen politischer Treibereien Münchener Zeitfreiwilliger.
10. Zörgiebel: Ob der Moselwein, der mit sacharinhaltigem Auslandszucker gefüßt wurde, in den Handel gebracht werden darf.
11. Steinkopf, wegen unzulänglicher Raumverhältnisse bei dem Bahnpostamt 25 in Königsberg.
12. Käppler: Ob die Marineverwaltung Gasöl billig zum Betrieb der Küstenfischerei herzugeben bereit ist.
13. Giebel, wegen der Beschäftigung von Bureaugehilfen bei den Steuerbehörden.
14. Sollmann: Ob die Regierung einen Gesetzentwurf zur Regelung von Personenschäden im besetzten Gebiet vorzulegen beabsichtigt.
15. Giebel, wegen unzureichender Organisation bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.
16. Hoch: Wann die Regierung den Gesetzentwurf zur Entschädigung Inlandsdeutscher vorlegen will?
17. Hellmann, wegen unzulässiger dienstlicher Vernehmungen von Postbeamten.
18. Schroeder: Ob die Regierung eine Verfügung zum Schutze von Beamtinnen, die uneheliche Mütter sind, erlassen will.
19. Wolff, wegen Außerkraftsetzung der Höchstmietenordnung durch das Amtsgericht in Tilsit.
20. Simon (Schwaben), wegen Hergabe von Ackerland und Mietwohnungen an die Militärverwaltung.
21. Hellmann: Ob die Regierung einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Lehrerbildung vorzulegen gedenkt.
22. Dr. Radbruch, wegen der Enthaftung des vom Wuchergericht verurteilten und flüchtigen Geschäftsführers Birndörfer vom Edenhotel in Berlin.
23. Taubadel, wegen geheimer Waffenlager in der Stadt und im Landkreise Görlitz.
24. Meier, wegen ungenügender Verpflegung der Patienten der Heilstätte Beelitz.
25. Giebel, wegen Erlaß einer Verordnung über die Bildung von Gesamtbetriebsräten für das Reichsfinanzministerium.
26. Juchacz: Ob die Reichsregierung bald einen Gesetzentwurf eines Reichswohlfahrtgesetzes vorlegen will.
27. Löffler, wegen der Ermordung des Zeitungsverlegers Kupka durch vermummte polnische Banditen.
28. Simon: Ob die Reichsregierung den Notenwechsel mit der bayerischen Regierung über die Einwohnerwehrfrage vorlegen will.
29. Beims, wegen der hohen Frachtsätze für Milch.
30. Braun (Franken), wegen erheblicher Erhöhung der Preise für Wochen- und Monatskarten auf der Eisenbahn.
31. Feldmann, wegen Zerstörung einer Druckerei in Kattowitz.
32. Bender, wegen Nichtbeachtung des Betriebsrätegesetzes durch das Reichspostministerium.

33. Janscheck, wegen Einstellung der Abteufungsarbeiten auf der Zeche „Maximilian" bei Hamm.
34. Schreiber, wegen Vergebung des Schlafwagenbetriebes an die Mitropa.
35. Wels, wegen Nichterteilung von Druckaufträgen der Reichsministerien an die Reichsdruckerei.
36. Riedmiller, wegen Verlegung der Auszahlungsstelle für Kriegsbeschädigte von der Schweiz nach Deutschland.
37. Hoch, daß von Kriegsgefangenen, die aus Rußland heimgekehrt sind, Fingerabdrücke genommen wurden.
38. Meier, wegen anderweitiger Verteilung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer an die Gemeinden.
39. Keil, wegen Verminderung der Fahrpreise für Wochen- und Monatskarten.
40. Sollmann, wegen Herbeiführung eines französisch-rheinischen Spiritusmonopols.
41. Seppel, wegen angeblicher Beseitigung der Preßfreiheit durch die Staatsanwaltschaft bei der „Schlesischen Arbeiterzeitung".
42. Meier: Ist die Reichsregierung bereit, die Wertgrenzen im Lohnpfändungsrecht wesentlich zu erhöhen?
43. Schroeder: Was hat die Regierung zum Schutze der unehelichen Kinder getan, und was ist geschehen zur Neuordnung des Ehescheidungsrechts?
44. Pfülf, wegen chauvinistischer Hetze durch Lehrfilme.

Antworten.

1. Die Angelegenheit ruht beim parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Das Ergebnis ist unbekannt.
2. Die Reichsregierung ist mit den Regierungen der Länder bereit, die Notlage zu lindern.
3. In dem künftigen Etat werden zu diesem Zwecke Mittel eingestellt, jedoch bleibt den Ländern vorbehalten, die nötigen Mittel zu gewähren.
4. Der Gesetzentwurf kann im August 1920 vorgelegt werden. (Wurde im Juni 1921 eingebracht.)
5. Der Gesetzentwurf dürfte im Herbst 1920 vorgelegt werden.
6. Die Reichsregierung wird, soweit es angängig ist, Massenkündigungen vermeiden.
7. Der Reichswehrminister sagte eine Untersuchung der vorgenommenen Entlassungen zu.
8. Die Einfuhr von Gummireifen kann für die Dauer nur verboten werden, wenn die deutschen Gummiwarenfabriken eine wesentliche Herabsetzung der Preise vornehmen.
9. Die Freiwilligenverbände sind aufgelöst und die in die Reichswehr eingetretenen Schüler wurden entlassen.
10. Die Genehmigung wird in Aussicht gestellt.
11. Der Mangel soll schnellstens behoben werden.
12. Es wird in Aussicht gestellt, billiges Gasöl für Fischereizwecke verfügbar zu machen.
13. Die Reichsfinanzverwaltung ist bereit, tüchtige Bureaugehilfen auch fernerhin zu beschäftigen.
14. Der gewünschte Gesetzentwurf soll baldigst vorgelegt werden.
15. Die Regierung hofft die bestehenden Mängel bald beheben zu können.
16. Der Gesetzentwurf liegt dem Reichsrat vor und dürfte bald dem Reichstag vorgelegt werden können.

17. Die Untersuchungen sind eingestellt.
18. Eine allgemeine Anordnung, daß uneheliche Mutterschaft kein Entlassungsgrund und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen sei, kann nicht in Aussicht gestellt werden.
19. Die Rechtsgültigkeit der Preußischen Höchstmietenordnung unterliegt keinem begründeten Zweifel.
20. Die Inanspruchnahme von Ackerland ließ sich nicht umgehen und die Wohnungen der gekündigten Mieter werden für verheiratete Unteroffiziere benötigt.
21. Wenn die Frage der Kostendeckung in befriedigender Weise geklärt ist, wird der Gesetzentwurf vorgelegt.
22. Die Auslieferung Birndörfers ist gefordert. Auf die Enthaftung hat die Regierung keinen Einfluß.
23. Geheime Waffenlager waren vorhanden. Der verantwortliche Offizier hat seinen Abschied erhalten.
24. Die Verpflegung ist im allgemeinen ausreichend. Weitere Erhebungen werden angestellt.
25. Die gewünschte Verordnung ist hergestellt und tritt demnächst in Kraft.
26. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.
27. Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist nachdrücklichst bei der interalliierten Kommission vorstellig geworden. Aussichten auf ein ordentliches Gerichtsverfahren bestehen nicht.
28. Das Schreiben der bayerischen Regierung ist bereits im Ausschuß mitgeteilt worden.
29. Die Nachprüfung der Tarifsätze für Milch erfolgt beschleunigt.
30. Eine Ermäßigung wird nicht in Aussicht gestellt.
31. Die Entschädigungsfrage wird gelöst, wenn das Schicksal Oberschlesiens entschieden ist.
32. Ueber die Frage verhandeln die beteiligten Ministerien.
33. Der Abbruch der Arbeiten ließ sich nicht vermeiden, die Beschäftigten sind zum Teil anderweitig untergebracht.
34. Der Schlafwagenbetrieb wird nach einem lange abgeschlossenen Vertrage unter für das Reich günstigen Verhältnissen von der Mitropa geführt.
35. Eine genügende Versorgung der Reichsdruckerei mit amtlichen Druckaufträgen wird nachdrücklich angestrebt.
36. Die Verlegung der Auszahlungsstelle wird erfolgen, wenn die neuen Räume hergestellt sind.
37. Die Abnahme der Fingerabdrücke ist von der Polizeidirektion veranlaßt; dagegen sind Schritte unternommen.
38. Eine Aenderung kann nicht in Aussicht gestellt werden.
39. Eine Herabsetzung der Tarife tritt am 1. September in Kraft.
40. Gegen diese Bestrebungen ist in London, Paris und Brüssel Einspruch erhoben.
41. Die Maßnahmen sind rechtlich begründet. Es ist nur eine Warnung erfolgt. Eine Entschädigungspflicht kann sich daraus für die Reichsregierung nicht ergeben.
42. Die Reichsjustizverwaltung ist bereit, das Lohnpfändungsrecht in sozialer Weise fortzubilden und die Wertgrenzen abermals zu erhöhen.
43. Ein Gesetzentwurf über die rechtliche Besserstellung der unehelichen Kinder dürfte bald vorgelegt werden. Die Frage der Neuordnung des Ehescheidungsrechts wird gegenwärtig erörtert.
44. Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, in der Angelegenheit etwas weiteres zu veranlassen.

Reichshaushalt für 1921.

Der Haushaltsplan mit dem erst vor kurzer Zeit verabschiedeten Nachtrag für das Rechnungsjahr 1921 schließt mit einer Ausgabe von 108 160 285 986 Mark ab.

Die Größe der Summe ist erst richtig zu erkennen, wenn berücksichtigt wird, daß die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden in der Zeit vor dem Kriege zusammen jährlich 5500 Millionen Mark betragen haben. Die Ausgaben haben sich also verzwanzigfacht, und dabei ist zu bedenken, daß die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden schnell weiter anwachsen.

Eine neue Teuerungswelle geht über das Land. Die unmittelbare Folge wird sein, daß die Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die im Dienste des Reichs, der Länder und Gemeinden stehen, nicht unbeträchtlich erhöht werden müssen, und daß auch eine Erhöhung der Pensionen und Renten vorgenommen werden muß. Die direkte und indirekte Mehrbelastung des Reichs, die sich daraus ergibt, dürfte weit mehr als 10 Milliarden betragen.

Das Gleichgewicht im Haushaltsplan konnte nur hergestellt werden durch Begebung neuer Schulden in Höhe von 57 449 445 601 Mk.

In den riesigen Ausgaben sind aber für die Zwecke der Erfüllung des Pariser Ultimatums erst 26,5 Milliarden Mark enthalten. Die jährlichen Mindestausgaben dafür betragen nach den Angaben des Reichsfinanzministers Dr. Wirth aber 50 Milliarden Mark. Das ist eine überaus mäßige Schätzung und es dürfte sehr wahrscheinlich werden, daß, wenn die Besatzungskosten nicht bald beträchtlich herabgesetzt werden — die bisherigen Ausgaben dafür sollen rund 80 Milliarden Mark betragen —, und wenn nicht ebenso bald eine Besserung des Wertes der deutschen Papiermark eintritt, mit einer weit höheren Milliardenzahl für die Zwecke der Reparation gerechnet werden muß.

Von der Zahlung der in dem Pariser Ultimatum festgesetzten Summe von jährlich 2 Goldmilliarden Mark, zu denen noch die 26 Proz. des Ausfuhrwertes und die Kosten der Besatzungsarmee kommen, steht keine Befreiung bevor. Die Reichsregierung und die Regierungsparteien haben daher, wenn sie die Selbständigkeit des Reichs erhalten und die Besetzung und den Verlust wichtiger Teile Deutschlands vermeiden wollen, die dringende Pflicht, darauf hinzuwirken, daß der Haushalt des Reichs ins Gleichgewicht kommt.

Das kann nur erreicht werden, wenn neue und ergiebige Steuerquellen erschlossen werden und zugleich eine ernsthafte Sparsamkeit betrieben wird.

Die kommende Tagung des Reichstags muß und wird daher im Zeichen der Steuerkämpfe stehen. Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre Steuerpolitik einstellen auf die Bedürfnisse des Reichs und nach der Leistungsfähigkeit derer, die Einkommen und Vermögen haben, und sie wird bei dem Bestreben, zu sparen, ebenfalls die sozialen Gesichtspunkte im Auge behalten.

Ordentlicher Haushalt für das Jahr 1921 einschließlich des Nachtrags.

Einnahmen:	Mk.
1. Reichspräsident	10 000
2. Reichstag	27 410
3. Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	9 820
4. Auswärtiges Amt	140 500 000
5. Reichsministerium des Innern	13 615 846
6. Reichswirtschaftsministerium	147 730 421

		Mk.
6a.	Vorläufiger Reichswirtschaftsrat	300
7.	Reichsarbeitsministerium	32 368 060
8.	Reichswehrministerium	399 378 936
9.	Reichsjustizministerium	27 467 260
10.	Reichsschatzministerium	119 594 863
11.	Reichsverkehrsministerium	127 520 660
11a.	Reichsernährungsministerium	30 808 217
12.	Allgemeiner Pensionsfonds	10 776
13.	Rechnungshof	12 255
14.	Reichsschuld	2 479 325 324
15.	Reichsfinanzministerium	42 094 242
16.	Reichsministerium für Wiederaufbau	60 838 831
17.	Allgemeine Finanzverwaltung	
	Besitz- und Verkehrssteuern:	
	a) Fortdauernde	25 703 000 000
	b) Einmalige	2 000 000 000
	Zölle und Verbrauchssteuern	10 589 000 000
	Sonstige Abgaben	4 970 795 525
	Ausgleichungsbeiträge	540 000
	Vom Reichsmonopolamt für Branntwein	62 000 000
	Bankwesen	1 530 018 500
	Sonstiges	3 435 799
	Summa:	48 480 103 045

Ausgaben:

		Fortdauernde Mk.	Einmalige Mk.
1.	Reichspräsident	1 548 875	56 500
2.	Reichstag	28 878 083	270 000
3.	Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	2 634 950	—
4.	Auswärtiges Amt	399 032 961	34 730 750
5.	Reichsministerium des Innern	1 718 698 394	1 083 839 495
6.	Reichswirtschaftsministerium	63 193 834	54 591 800
6a.	Vorläufiger Reichswirtschaftsrat	9 297 160	—
7.	Reichsarbeitsministerium	1 776 140 023	53 102 000
8.	Reichswehrministerium	3 376 101 233	282 794 400
9.	Reichsjustizministerium	51 339 110	308 000
10.	Reichsschatzministerium	343 886 251	7 933 749
11.	Reichsverkehrsministerium	441 440 082	189 983 140
11a.	Reichsernährungsministerium	19 219 469	72 218 500
12.	Allgemeiner Pensionsfonds	8 147 289 676	—
13.	Rechnungshof	6 387 409	—
14.	Reichsschuld	16 100 412 887	21 059 427
15.	Reichsfinanzministerium	1 829 461 690	262 131 000
16.	Reichsministerium für Wiederaufbau	142 070 697	1 450 000
17.	Allgemeine Finanzverwaltung	11 942 901 500	15 700 000
	Summa:	46 399 934 284	2 080 168 761

Ordentlicher Haushalt. Gesamtausgaben: 48 480 103 045 Mark.

Außerordentlicher Haushalt für das Jahr 1921 einschließlich des Nachtrags.

Einnahmen:

			Mk.
6.	Reichswirtschaftsministerium		71 037 724
7.	Reichsarbeitsministerium		1 810 082 913
10.	Reichsschatzministerium		335 758 678
11.	Reichsverkehrsministerium		8 000 000
11a.	Reichsernährungsministerium		5 858 025
14.	Reichsschuld:		
	a) Tilgung	469 001 603	
	b) Aus dem Reichsnotopfer	7 800 000 000	
	c) Anleihe	49 180 443 998	57 449 445 601
	Summa:		59 680 182 941

Ausgaben:

			Mk.
1.	Reichspräsident		—
2.	Reichstag		—
3.	Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei		—
4.	Auswärtiges Amt		—
5.	Reichsministerium des Innern		67 362 000
6.	Reichswirtschaftsministerium		133 092 639
7.	Reichsarbeitsministerium		3 200 411 765
8.	Reichswehrministerium		16 755 803
9.	Reichsjustizministerium		24 500 000
10.	Reichsschatzministerium		415 000 000
11.	Reichsverkehrsministerium		659 150 000
11a.	Reichsernährungsministerium		8 648 225 367
12.	Allgemeiner Pensionsfonds		—
13.	Rechnungshof		—
14.	Reichsschuld		469 001 603
15.	Reichsfinanzministerium		1 250 000
16.	Reichsministerium für Wiederaufbau		156 391 100
17.	Allgemeine Finanzverwaltung:		
	a) Bau von Fisch- und Handelsdampfern	216 000 000	
	b) Für versenkte Schiffe ans Ausland	175 000 000	
	c) Für russische Internierte	25 000 000	
	d) Deckung der Fehlbeträge bei der Reichspost und Reichseisenbahn	18 883 087 745	19 299 087 745
17a.	Ausführung des Friedensvertrags		26 589 954 919
	Summa:		59 680 182 941

Gesamtausgaben:

Ordentlicher Haushalt	48 480 103 045	Mk.
Außerordentlicher Haushalt	59 680 182 941	„
Summa:	108 160 285 986	Mk.

	Mk.
Die Gesamtausgaben der Reichspost betragen	11 346 203 345
Die Gesamteinnahmen der Reichspost betragen	6 831 360 500
Der Reichszuschuß beträgt	4 514 902 845
Die Gesamtausgaben der Reichseisenbahnen betragen	41 976 184 900
Die Gesamteinnahmen der Reichseisenbahnen betragen	27 608 000 000
Der Reichszuschuß beträgt	14 368 184 900

Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten in Görlitz vom 18.—24. September 1921

Eröffnungssitzung.

Sonntag, den 18. September 1921, abends 6 Uhr.

Hugo **Keller**-Görlitz: Parteigenossinnen und -genossen! Seitens der örtlichen Parteileitung wie auch der Parteigenossen von Görlitz und Umgegend ist mir als ältestem unter den Parteigenossen in Görlitz, worin allerdings noch kein besonderes Verdienst zu liegen braucht, die ehrenvolle Aufgabe zuteil geworden, Sie zum diesjährigen Parteitage zu begrüßen. Wenn Sie in der „Görlitzer Volkszeitung" die Darstellungen über die Entwicklung der Partei am hiesigen Orte und in der Umgegend aufmerksam studieren, werden Sie daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß uns diese Ergebnisse nicht im Handumdrehen zugefallen sind. Sie sind der Erfolg einer jahrzehntelangen mühseligen und opferreichen Arbeit.

Die erste politische Organisation in Görlitz ist im Juli 1868 ins Leben gerufen worden. Es war mir vergönnt, an dieser Errichtung teilzunehmen. Aus Anlaß einer Versammlung, welche die Fortschrittspartei zur Errichtung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine am Orte arrangiert hatte, wurde im „Kronprinzen" am Nikolaigraben eine Versammlung veranstaltet, und dort fanden sich eine Anzahl Leute, die bereits die damalige sozialistische Literatur, namentlich die Lassalleschen Schriften studiert hatten, ohne einander gekannt zu haben. An diesem Tage wurde die erste politische Organisation in Görlitz ins Leben gerufen. 28 Mitglieder traten ihr bei und 5 erklärten nachträglich ihren Beitritt.

Dieses kleine Häuflein hatte zunächst keine leichte Aufgabe. Wir hatten starke Gegner in den bürgerlichen Kreisen. Görlitz war von jeher eine Hochburg des Liberalismus. Ihm gegenüber war der Kampf kein leichter, ganz besonders deshalb, weil er in der Stadt populäre Persönlichkeiten, bekannte Großindustrielle als seine Propagandisten und später als Reichstagsabgeordnete präsentieren konnte. Ein weiterer großer Widerstand zeigte sich in dem Wahlkreise Görlitz-Lauban und in dem erweiterten Bezirke in der zahlreichen Landbevölkerung, die auch in anderen Kreisen außerordentlich schwer zu gewinnen ist. Die Agitation unter den Landbewohnern ist eine ganz besonders schwere. Diese Hindernisse konnten nur allmählich überwunden werden, und es war eine harte Arbeit. Das kleine Häuflein der Genossen scheute aber nicht davor zurück, diese Arbeit zu übernehmen. Leider kam einige Jahre später der Krieg von 1870. Die Organisation umfaßte damals fast lauter junge Leute, die ins Heer einberufen wurden, und es blieb nur noch ein Rest von 6 Personen übrig. Diese 6 Personen hatten nun die Hoffnung, weil während des Krieges eine Propaganda so gut wie ausgeschlossen war, nach Rückkehr ihrer Genossen die Arbeit gemeinsam wieder aufnehmen zu können. Da hatten wir uns aber gewaltig getäuscht. Ein Teil kam krank aus dem Kriege zurück. Ein anderer kam mit Dekorationen und brachte ganz andere Anschauungen unter uns, so daß wir diese Leute nicht mehr für uns gebrauchen konnten.

Das übrig gebliebene kleine Häuflein mußte nun sehen, wie es das Zerstörte wieder aufbauen konnte. Das geschah mit Eifer und Opfermut. Im Laufe einiger Jahre wurde die Organisation immer stärker, bis endlich 1878 das

Sozialistengesetz erschien und damit alle Organisationen, selbst die wirtschaftlichen, soweit sie sich damals hier entwickelt hatten, zerstört wurden.

Eine gleiche Entwicklung hatte auch die gewerkschaftliche Organisation. Gegen Ende des Jahres 1868 wurden hier Organisationen der Maurer und der Fabrik- und Handarbeiter gegründet. Die Agitation war auch hier schwierig, aber der Erfolg war noch größer als bei der politischen Organisation. Auch hier räumte das Sozialistengesetz vollständig auf. Diejenigen, die die Periode des Sozialistengesetzes mitgemacht haben, wissen, wie schwierig die Agitation war. Aber ich kann Ihnen heute verraten, daß während des ganzen Sozialistengesetzes hier eine politische Gruppe bestanden hat, die allerdings nur in einer losen Form die Möglichkeit hatte, Propaganda zu treiben. Sie sorgte dafür, daß der Gedanke des Sozialismus in die Bevölkerung hinein getragen wurde. In der Wahlbewegung von 1884 hatten wir nur 40 Mark zur Verfügung. (Heiterkeit)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch eine kleine Episode erwähnen. Eine Anzahl Jünger der schwarzen Kunst sagten sich: Ohne Flugblatt können wir keine wirksame Agitation entfalten, wir wollen also den Görlitzer Genossen behilflich sein und ihnen ein Flugblatt herstellen. Sie erboten sich, in einer Nacht in eine benachbarte Stadt zu gehen, um dort das Flugblatt herzustellen. Sie marschierten 20 Kilometer weit, und als sie dort ankamen, fanden sie das Lokal ihres Kollegen verschlossen. Er hatte es mittlerweile mit der Angst zu tun bekommen und geglaubt, es würde ihm die Kundschaft entziehen, wenn bekannt würde, daß in seiner Druckerei heimlich ein sozialistisches Wahlflugblatt hergestellt worden wäre. Wir erreichten aber doch den Zweck. Ein Genosse erbot sich, in Oesterreich ein solches Flugblatt herstellen zu lassen und schmuggelte es selbst über die Grenze.

Solche und ähnliche Schwierigkeiten stellten sich uns bei der Agitation entgegen. Wir wurden auch überwacht. Man schickte uns Spitzel auf den Hals. Wir sind auch nicht von einer Spaltung der kleinen Gruppe verschont geblieben. Im Jahre 1887 trat diese Spaltung aus taktischen Gründen ein. Eine Anzahl Parteigenossen glaubte, daß es notwendig wäre, eine festere Form für die Zusammenfassung der Parteigenossen zu haben, und sie wählten dazu die Errichtung eines Vergnügungsvereins. Sie mußten aber dabei die Erfahrung machen, daß sich Leute mit eindrängten, die für eine politische Propaganda nicht zu gebrauchen waren. Erst gegen Ende der achtziger Jahre, als ein Verein zur Herbeiführung volkstümlicher Wahlen gegründet wurde, gelang es, auch hier einen solchen ins Leben zu rufen, und damit war die Grundlage geschaffen, daß beide streitenden Teile wieder auf gemeinsamem Boden zusammenarbeiten konnten. Nach Fall des Sozialistengesetzes änderte sich auch das. Der Name wurde umgeändert und ein sozialdemokratischer Verein hier am Orte ins Leben gerufen.

Im Laufe der Zeit haben wir also manches Ueble erfahren. Wer unter dem Sozialistengesetz gearbeitet hat, wird wissen, daß die bürgerliche Presse und einzelne Personen in Verunglimpfung der Partei und ihres Ideals das denkbar Möglichste leisteten. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde daran gedacht, im Wahlkreis ein eigenes Blatt zu gründen. Die Voraussetzung für die Existenz eines solchen Blattes war aber nicht gegeben, und es ging wieder ein. Ein zweiter Versuch wurde von einer Einzelperson bei der Wahl im Jahre 1887 gemacht. Nur wenige Nummern dieser Zeitung erschienen damals, und es mußte auch wieder eingehen. Ebenso ging es uns nach Aufhebung des Sozialistengesetzes. Wir mußten erkennen, daß die Partei noch nicht so erstarkt war, daß sie ein eigenes Organ ins Leben rufen konnte.

Bei der Wahl im Jahre 1898 erlebten wir eine so miserable Kampfesweise unserer Gegner, daß dadurch die Parteigenossen äußerst erregt und mehrere fest entschlossen waren, nunmehr ein eigenes Organ ins Leben zu rufen, damit wir zu geeigneter Zeit die Verunglimpfungen und Verdrehungen unserer Ideale zurückweisen konnten. Der Ruf gelang, und unser Genosse Müller, der, nachdem der erste Lokalredakteur nach einigen Monaten sein Amt niedergelegt hatte, nunmehr die Redaktion übernahm, wird wohl heute mit etwas gemischten Gefühlen noch an jene Zeit zurückdenken, wo er in einem winzigen Lokal, in dem er sich kaum umdrehen konnte, als Redakteur, Geschäftsführer, Expedient und dergleichen in einer Person seine erfolgreiche Tätigkeit hier entfaltete. (Heiterkeit.)

Im weiteren Verlaufe der Entwicklung ging es langsam vorwärts. Während wir im Jahre 1877 eine Stimmenzahl von 1672 auf unseren Kandidaten Otto Kapell vereinigen konnten, hatten wir bei den Wahlen 1878 einen Rückgang zu verzeichnen. Wir konnten uns nur langsam entwickeln, verstanden es aber, uns fest zu behaupten, und dadurch ist das geworden, was Sie heute fertig vor Augen sehen. Im Jahre 1912 gelang es uns zum ersten Male, eigene Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften zu entsenden. Jetzt haben wir im Bezirk 40 000 organisierte Mitglieder, von denen 3000 auf die Stadt Görlitz entfallen. Die wirtschaftliche Organisation umfaßt im ganzen 115 000 Mitglieder, wovon 15 000 auf die Stadt entfallen. Diese Zahlen sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Arbeit. Sie zeigen, daß wir das erreicht, was wir gewollt haben. Wenn wir auch noch nicht am Ziele angelangt sind, bürgen doch die Massen dafür, daß die nötigen Soldaten vorhanden sind, um auch die Schlachten zur Erreichung des Zieles noch zu schlagen.

Parteigenossen, eine große politische Rede von mir zu hören, werden Sie wohl nicht erwarten, da dazu in der nächsten Woche ausreichende Gelegenheit geboten wird. Ich möchte hier nur den Delegierten, die in den nächsten acht Tagen eine sehr ernste Aufgabe zu erfüllen haben, den Wunsch mit auf den Weg geben: Möge es ihnen gelingen, eine Grundlage zu finden, auf der die streitenden Elemente wieder zur Einigkeit gelangen, damit die Werbe- und Stoßkraft der Partei gegenüber unseren Gegnern verstärkt wird. (Lebhafter Beifall.)

Hermann **Müller:** Genossinnen und Genossen! Wir haben eben wieder die Freude gehabt, einen unserer Alten zu hören, einen von denen, die der Kampf für die Partei wunderbar frisch erhalten hat und denen es dieser Kampf vielleicht überhaupt nur ermöglicht hat, im harten Kampf ums Dasein bis ins 79. Jahr durchzuhalten. In ihm grüßte uns wieder die Tradition. Was er auseinandersetzte, zeigte uns, daß auch in diesem Bezirk die Arbeitermassen auf unserer Seite sind.

Man hat uns in den letzten Jahren so oft gehöhnt, als ob wir die Partei der Beamten, der Angestellten, der Kleinbürger wären und die Massen nicht hätten. Ich glaube, die letzten Tage, insbesondere die Generalversammlung des großen Metallarbeiterverbandes in Jena hat gezeigt, daß die Massen auf unserer Seite sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und so wird es auch bleiben. In diesem stolzen Bewußtsein können wir getrost auch in diesem Jahre an das schwere Werk gehen.

Wir haben auf diesem Parteitag eine reichhaltige Tagesordnung. Wir wollen u. a. die wichtige Programmfrage erledigen. Unsere Parteitage sollen keine Schaustellungen sein, sondern sollen zeigen, wie wir mit den Dingen ringen. (Sehr richtig!) Es ist nicht meine Absicht, mich im einzelnen mit der Programmdebatte zu befassen. Ich will mich nur auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken.

In dieser Woche sind es 20 Jahre her, daß August Bebel auf dem Parteitag in Lübeck vorschlug, eine Programmkommission für das nächste Jahr einzusetzen, weil er meinte, die fortgesetzte Kritik am Programm zwinge zu einer Verständigung über die Aenderungen, die vorgenommen werden müßten. Erst 20 Jahre später kommen wir dazu, einen ernsten Versuch zur Programmänderung zu machen. Wir wollen nicht vergessen, daß in den vergangenen dreißig Jahren unser Erfurter Programm ein starker Förderer unserer Bewegung gewesen ist. Wenn durch die tatsächliche Einwirkung einzelne Teile des Programms veraltet sind, so hat das unserer Bewegung nichts geschadet. Der Motor unserer Bewegung war immer der entschlossene Wille zum Ziel, d. h. auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus zu kommen. (Bravo!)

Ueber diesen Willen ist auch heute bei aller Kritik an den Arbeiten der Programmkommission nicht der geringste Zweifel. Wir haben heute ganz andere Schwierigkeiten bei der Programmbildung, als wir sie vor zwanzig Jahren voraussehen konnten. Wir sind unter dem alten Programm schon zur größten politischen Partei Deutschlands geworden, nicht zuletzt deshalb, weil wir eine scharf umrissene Weltanschauung hatten, die den ökonomischen und politischen Tendenzen der Entwicklung nachspürte und sie gemeinverständlich den Massen aufzeigte. Unser Programm muß unsere sozialistische Weltanschauung rein erhalten (sehr gut!); und wenn wir die Mehrheit und die Macht haben, dann wollen wir unsere sozialistische Weltanschauung rein durchsetzen. (Sehr richtig!)

Für heute sind wir aber noch nicht so weit, nicht zuletzt wegen der verfluchten Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung (sehr richtig!), unter der wir so sehr leiden. Bis wir zu unserem Ziele kommen, haben wir noch schwere Tagesarbeit zu leisten, um die republikanisch-demokratischen Fundamente zu festigen, auf denen allein der sozialistische Bau der Zukunft errichtet werden kann.

Wie die deutschen Verhältnisse nun einmal liegen, werden wir in den nächsten Jahren nur auf den Wegen der Koalitionspolitik arbeiten können. Und in der Koalitionspolitik drückt sich nun einmal die Weltanschauungspolitik nur in Prozenten aus. Das gilt für jede Partei, die an einer Koalition teilnimmt. Das sollten sich die Kritiker unserer Tagespolitik merken.

Was wir zur Festigung unseres republikanisch-demokratischen Staatswesens noch zu leisten haben, haben uns die letzten Wochen mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt. (Sehr wahr!) Erzberger, der Führer einer bürgerlichen Partei, der sich selbstlos nach dem militärischen Zusammenbruch auf den Boden der Republik gestellt hatte, ist von feigen Kanaillen der Mörderbrigade Ehrhardt heimtückisch erledigt worden. (Pfui!) Die Art der Ausführung war von unsäglicher Roheit. Die Mörder sind von jener Sorte, die im Kriege die Gefangenen mißhandelt und die Deutschland in den Ruf eines Landes der Barbaren gebracht haben. (Sehr richtig!) Soche Bestien wurden viereinhalb Jahre lang auf die Menschheit losgelassen, und sie haben Millionen unserer braven Soldaten draußen in der Welt um den guten Namen gebracht.

Die Atmosphäre für den Mord ist vorbereitet worden durch die infernalische Hetze der Deutschnationalen während der letzten Jahre. (Sehr richtig!) Und warum diese Hetze? Erstens weil Erzberger sich nach dem Zusammenbruch auf den Boden der Republik gestellt hatte, zweitens, weil er nach dem Zusammenbruch gegen alle militaristischen Abenteurer im Baltikum und anderwärts sich aufs entschiedenste gewehrt hatte, und endlich, weil Erzberger Reichsfinanzreformvorschläge gemacht hatte, die die Reichen nach ihrem Besitz und Einkommen treffen sollten. Das letztere hat ihm die meisten Gegner geschaffen. Es ist den deutschvölkischen Deutschnationalen — denn es gibt in Deutschland keine Partei rechts von den Deutschnationalen — vorbehalten geblieben, den Mord

politischen Kampfmittel zu erheben. (Sehr richtig!) Freilich der Herr Staatsminister a. D. Hergt hatte neulich in München auf dem Deutschnationalen Parteitag nach dem Bericht der „Kreuzzeitung" die Frechheit, wörtlich folgendes zu erklären: „Wir werden der Sozialdemokratie die Maske vom Gesicht herunterreißen, ihr, die stets den politischen Mord gepredigt hat." Jede Seite unserer Parteigeschichte beweist das Gegenteil. (Sehr richtig!) Doch was braucht Herr Hergt die Geschichte der politischen Parteien zu kennen? Er war unter dem desertierten letzten Preußenkönig Fachminister und hetzt heute gegen die Republik, indem er die republikanischen Parteien in geradezu pathologischer Weise verleumdet. Deshalb ist er eigentlich reif dafür, daß ihn die medizinische Fakultät der Universität Königsberg zum Ehrendoktor macht. (Große Heiterkeit.) Sie hat das mit dem pathologischen Lügner Ludendorff auch getan, der im Lande herumreist und „nachweist", daß er eigentlich niemals annexionistische Politik getrieben habe. (Heiterkeit.) Es ist jedenfalls kein Zufall, daß in den nationalistischen Kreisen der Ehrhardt-Brigade die Mörder Erzbergers festgestellt sind und ganz sicher auch die Mörder von Gareis sitzen. (Zustimmung.) Denn in den Reihen dieser Abenteurer sitzen viele, die nur aus Lust am Töten sich diesen Banden angeschlossen haben. (Sehr richtig!) Es ist Pflicht der Selbsterhaltung der Republik, mit allen staatlichen Mitteln diese Banden unschädlich zu machen. (Sehr gut!) Es handelt sich dabei nicht nur um den südbayerischen Seuchenherd, sondern auch in Schlesien liegen die Dinge ebenso schlimm. Auch dort stehen und morden diese Landsknechte zum Schrecken der friedliebenden Bevölkerung, wie die Berichte in den letzten Tagen gezeigt haben. Herr Hergt kann dort beobachten, wo Mord gepredigt und getätigt wird. Wenn die Sozialdemokratische Partei, wie Herr Hergt behauptet, den Mord gepredigt hätte, dann hätte sie nach dem 9. November Gelegenheit dazu gehabt, diese Theorie in die Praxis umzusetzen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Dann wären vermutlich von den Hohenzollern nicht mehr übrig geblieben als von den Romanows übrig sind; dann würde wahrscheinlich der Prinz Eitel Schieberich seinen feisten Hinterfrontbauch (stürmische Heiterkeit) nicht mehr im Stadion und anderwärts präsentieren können, z. B. bei Regimentsfeiern in Berlin und Stettin. Dann wäre auch Gelegenheit gewesen, bei manchem Reaktionär zu untersuchen, ob er in der Lage gewesen wäre, viel Geist aufzugeben. (Heiterkeit.)

Die Novemberrevolution war aber die unblutigste Revolution, die die Weltgeschichte je gesehen hat. (Sehr richtig!) Auch nachher sahen wir die Gewaltpolitik der Ehrhardt-Leute und ihres Reichskanzlers, des Deutschnationalen Kapp, auf der einen Seite, des Max Hölz und seiner Genossen auf der anderen Seite. Aber die ganze Art, wie die Deutschnationalen den Parteikampf führen, hat in Deutschland zu einer Verwilderung der politischen Sitten geführt, die schleunigst Abwehrmittel erheischt, und zwar nicht durch Ausnahmeverordnungen, die immer nur ein Nothehelf sein können, sondern durch Gesetz muß der Schutz der Republik festgelegt werden. (Sehr wahr!) Alle anständigen Deutschen müssen sich zusammentun, damit diesen deutschnationalen Mordbuben und Gassenjungen das Handwerk gelegt wird. (Bravo!) Wir sind es unserm Ruf im Ausland schuldig, mit allen Mitteln durchzusetzen, daß in der Republik und in ihren Ländern eine demokratische Verwaltung eingeführt wird, daß dort eine Justiz waltet, die im republikanischen Staatswesen nicht wie ein Fremdkörper wirkt. (Sehr richtig!) Dabei muß vor allen Dingen auf den Nachwuchs in Verwaltung und Justiz geachtet werden. Die deutschnationalen Jünglinge, die jetzt auf höheren und Hochschulen gezüchtet werden, eignen sich nicht für den Staatsdienst der Republik. (Sehr wahr!) Sie mögen in die Schwerindustrie gehen, dort werden die Arbeiter sie schon Mores lehren. (Heitere Zustimmung.)

Sozialdemokratische Par
Deutschlands

So wird der kommende Winter im Reiche und in den Ländern uns schwere, verantwortungsvolle Arbeit bringen. Wir müssen vor allen Dingen in die preußische Regierung. (Sehr gut!) Der Weg dazu muß gefunden werden. Wenn das nicht gelingen sollte, dann würden wir nicht nur in den Ländern, sondern auch im Reiche in die schärfste Opposition gehen und dabei Gelegenheit geben, den Unterschied zwischen der Haltung, die wir bisher sozialistenreinen Regierungen gegenüber eingenommen haben, und dem, was wir unter schärfster Opposition verstehen, kennen zu lernen. (Beifall.)

Die gesamte Exekutive liegt heute nach unserer Reichsverfassung noch in den Einzelstaaten, und was das heißt, haben die letzten Wochen mit genügender Deutlichkeit gelehrt. Aber wir müssen auch das Kommende sehen. Es ist kein Zweifel darüber, daß in Bayern Kräfte am Werke sind, die es nach einem neuen Militärputsch gelüstet. Es gilt, mit allen Mitteln im Interesse der Republik diese Kräfte zu isolieren. Wir müssen darauf achten, daß dieser preußisch-bayerischen Militärclique, die in München haust, und die in dieser Zeit der Teuerung Gelegenheit zu monarchistischen Experimenten gekommen zu sehen glaubt, das Handwerk gelegt wird. Der kommende Winter muß uns in ständiger Alarmbereitschaft finden. (Sehr wahr!)

Die Reaktionäre versichern uns freilich, daß sie gegenüber unseren Kampfmitteln nicht mehr die großen Befürchtungen früherer Zeit haben, daß sie aus dem verfrachten Abenteuer Kapps gelernt hätten. Sie haben ein ganz besonderes Mittel in petto. Der Landbund der Provinz Brandenburg hat dieses Mittel sogar zur Abwehr der Steuerpläne der Reichsregierung empfohlen: es ist das Mittel des Lieferungsstreiks gegen die Städte. Damit glaubt in gespannter politischer Situation die Reaktion schließlich zum Siege zu kommen. Es ist erklärt worden, daß die Städte ausgehungert würden, und daß der Milchstreik vom ersten Tage ab restlos durchgeführt würde. Unter den Arbeiterkindern der Städte soll also der Säuglingstod noch mehr wüten als bisher. (Pfui!) Das sagen die Heuchler, die sich jahrelang über die Wirkungen der englischen Blockade entrüstet haben. (Sehr gut!) Diese Bestien in Menschengestalt sind doch eigentlich keinen Deut besser als die Mörder Erzbergers. (Sehr richtig!) Es sind dieselben Kreise, die stets ihre Steuerscheu mit der schwarzweißroten Fahne zu bemänteln suchten. Aber diese Kreise sollen sich gesagt sein lassen: sie haben die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Bilden sie sich denn wirklich ein, daß die 800 000 organisierten Landarbeiter sich mit ihren Verbänden zu ihren Ausbeutern halten und gegen die städtische Arbeiterschaft Stellung nehmen werden? Im übrigen glauben Sie, daß die Arbeiter in den Städten sich so ruhig hinsetzen und langsam verhungern würden? (Heiterkeit.) Ich glaube, davon kann gar nicht die Rede sein. Die Herren vom Landbund sollen sich klar darüber sein, daß die Anwendung ihres Lieferstreiks nichts weniger als den Bürgerkrieg bedeuten würde. (Sehr wahr!) Freilich, als diese Herren wegen ihres teuflischen Planes zur Rede gestellt wurden, haben sie gemeint, daß das zunächst ja nur eine theoretische Erörterung gewesen wäre. (Heiterkeit.) Wir sind immer Freunde der Theorie gewesen und wir wollen einmal die Theorie hier über den Punkt hinaus weiterentwickeln, bis zu dem der Landbund sie entwickelt hat. Die Herren des Landbundes vergessen, daß schließlich auch in den Städten Deutschnationale wohnen. Die werden sie doch nicht verhungern lassen wollen. Sie werden ihnen vorher wahrscheinlich etwas Hamsterware liefern, getreu ihrem Patron Wilhelm II., der ja als der größte Hamster in der Weltgeschichte fortleben wird, bei dem man nicht weniger als 20 600 Kilogramm Weizenmehl u. a. gefunden hat, als er nach Holland verschwunden war, in einer Zeit, wo Millionen Deutscher schlechtes Kriegsbrot in ungenügenden Mengen, bestrichen mit schlechter Marmelade, essen mußten, und wo Zehntausende infolge dieses Futters an Grippe, an Tuberkulose zugrunde gegangen sind. Ich vermute, daß, wenn der Landbund seinen Plan ausführen würde, die Arbeiter wahrscheinlich in den Wohnungen der Deutschnationalen in den Städten nachsehen würden, was dort an Hamsterware zu finden wäre. (Sehr gut!) Ich glaube, daß nach Ablauf dieser Periode die Deutschnationale Partei, die Partei des Meuchelmordes, jedenfalls sehr wenige Anhänger in den Städten haben würde, weil es ihnen etwas ungemütlich geworden wäre. Diese Entwicklung mögen sich die Propagandisten des Lieferungsstreiks gegen die Städter vor Augen führen; das mögen sich jene Provokateure merken, die theoretisch die Arbeiterschaft fortwährend bis aufs Blut reizen, wie sie sich überhaupt merken sollen, daß die Zeit dieser Provokationen vorbei sein muß. (Zustimmung.) Gegen die Demonstrationen der Feinde der Republik gibt es für uns nur eine Parole: Auf einen Schelm anderthalbe (lebhafter Beifall), und wenn die Rechte darüber noch so sehr heulmeiern sollte. Das Auftreten der militaristischen Cliquen — ich habe es vorhin schon gekennzeichnet — auf Regimentsfeiern und Frontkämpfertagen nützt im Grunde genommen eigentlich niemandem als den Nationalisten drüben in Frankreich, den Foch und den [redacted] richtig!), die nur darauf warten, daß ihnen solche Bälle für ihre [redacted] Zwecke zugeworfen werden. Deutschlands Zukunft aber beruht [redacted] Arbeitskraft seiner Arbeiter und seiner Angestellten, und die [redacted] ngestellten haben es satt, ihre Wiederaufbauarbeit fortwährend dadurch gefährden zu lassen, daß die deutschen Chauvinisten die Straße zu reaktionären Manövern mißbrauchen. Der Aufmarsch der deutschen Arbeiter am 31. August hat gezeigt, daß die deutschen Arbeiter eine Macht sind und daß sie niemand ungestraft reizen darf. Die deutschen Arbeiter dürfen sich aber nicht damit begnügen, von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß sie Herren der Straße sind, sondern sie müssen der Welt zeigen, daß sie Herr im Hause sind. (Lebhafte Zustimmung.) Es gilt diesmal nicht nur die Reaktion niederzuwerfen, sondern sie dauernd niederzuhalten. (Sehr richtig!) Das ist die große politische Aufgabe, die im kommenden Winter gelöst werden muß.

Diese Aufgabe wird uns wahrlich nicht erleichtert durch das Vorgehen unserer ehemaligen Kriegsgegner. Noch immer ist die Entscheidung über Oberschlesien nicht gefallen, noch immer haben wir im Osten des Reiches keine feste Grenze. Fair play ist uns versprochen. Es ist die höchste Zeit, daß dem demokratischen Deutschland auch in bezug auf Oberschlesien sein gutes Recht wird. (Sehr gut!) Aber auch die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen im Westen sind immer noch nicht aufgehoben. Es ist schwer, in einem Satz über die Sanktionen von Recht zu reden, denn sie sind nicht nur wider alles Völkerrecht, sondern selbst gegen den harten Vertrag von Versailles. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach Annahme des Ultimatums hätten diese Maßnahmen der Gewalt sofort aufgehoben werden müssen. (Sehr wahr!) Ihre Nichtaufhebung dient nur den Feinden des europäischen Friedens, den deutschen Chauvinisten und den französischen Imperialisten. (Sehr richtig!) Wann werden das in Europa die Leute einsehen, die sich Staatsmänner heißen lassen? Von der Aufhebung der Sanktionen hängt im übrigen auch die endgültige Ordnung unseres Haushalts im Reiche ab. Vor uns liegt ein Steuerprogramm von einem Umfang, wie es noch niemals einem Volke vorgelegen hat. In steigendem Maße rächt sich am Volke die militärische Niederlage, die unsere größenwahnsinnigen alldeutschen Militaristen und Annexionisten auf dem Gewissen haben. Hier gilt es, die Konsequenzen zu ziehen und endlich die großen Opfertage für den deutschen Besitz anzusetzen. (Sehr wahr!) Bei dieser Gelegenheit müssen vor allen Dingen auch diejenigen scharf gefaßt werden, die jetzt vaterlandslos im Tanz

um das goldene Kalb dem Reich die Devisen weggekauft haben, um sie zu ihren egoistischen Privatzwecken besser ausnützen zu können, um durch Spekulationen Riesengewinne zum Schaden des Staates einzuheimsen; nicht zuletzt aber auch die Kreise, die den ganzen Apparat der Reaktion, vor allem seine weitverbreitete Presse und nicht zuletzt die Mörderzentralen aushalten. In diesen Kämpfen werden wir als die stärkste politische Partei, als die Partei, die vor dem November 1918 grundsätzlich republikanisch orientiert war, die Vorhut der Republikaner zu bilden haben.

Wir nennen uns mit Stolz auch die „alte" Partei. Wir bewahren uns dabei die Aktivität, die wir bis in die letzte Zeit und nicht zuletzt in dieser gezeigt haben. Dieser Weg aktiven Kampfes für die Festigung der Republik, für den Ausbau der Demokratie erhöht die Schlagkraft der Partei und wird schließlich auch zu dem ersehnten Ziel der Einigung all der Arbeiter führen, die auf demokratischem Boden den Sozialismus erkämpfen wollen. (Sehr richtig!)

Möge die Arbeit des Parteitages, den ich im Namen des Parteivorstandes hiermit für eröffnet erkläre, uns diesen Weg erhellen helfen zum weiteren Aufstieg der Partei und zum Nutzen all der schaffenden Kreise unseres schwer geprüften Volkes. (Stürmischer Beifall.)

Wir kommen jetzt zur Konstituierung des Parteitages, und [illegible] zur Wahl der Vorsitzenden. Ich bitte dazu um Vorschläge.

Vogel-Nürnberg: Ich möchte beantragen, zur Leitung unserer Verhandlungen zwei Vorsitzende zu bestimmen, und zwar mit gleichen Rechten. Als Vorsitzende schlage ich Ihnen vor die Genossen Otto Wels und Taubadel-Görlitz.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Otto Wels und Taubadel-Görlitz.

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossinnen und -genossen! Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Genossen Taubadel für die Ehre und für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl zu Vorsitzenden des Parteitages ausgesprochen haben. Wir bitten die Delegierten, uns während der Tagung durch Aufmerksamkeit und strengste Beachtung der geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen zu unterstützen.

Als Schriftführer werden darauf auf Vorschlag des Genossen Leuteritz-Hamburg gewählt: Frau Minna Bollmann-Halberstadt, Vogel-Hamburg, Lutz-Worms, Mache-Breslau, Emil Fischer-Nürnberg, Zimmermann-Altenburg, C. Broßwitz-Frankfurt a. M., Bethge-Berlin, Pinkert-Dresden.

In die Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission werden auf Vorschlag des Genossen Meyer-Zwickau gewählt: Emma Bertold-Köln-Kalk, Kirchner-Altona, Hartwig-Stettin, Hirdes-Hagen, Schaffner-Hannover, Trinks-Karlsruhe, Voigt-Brandenburg, Hünlich-Rüstringen, Wimmer-München.

Vorsitzender **Wels**: Dann hätten wir uns für unsere Verhandlungen eine Geschäftsordnung zu geben. Sie haben in der Ihnen überreichten Vorlage einen Geschäftsordnungsentwurf erhalten. Er dürfte den meisten nicht unbekannt sein, weil schon auf den früheren Parteitagen nach dieser Geschäftsordnung verfahren wurde. — Werden Vorschläge gemacht, die eine Aenderung dieser Geschäftsordnung bezwecken? — Das ist nicht der Fall; dann hat der Parteitag diese Geschäftsordnung akzeptiert.

Ehe wir nunmehr in die Verhandlungen selbst eintreten, habe ich die angenehme Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, daß wir auch in diesem Jahre eine größere Anzahl von Vertretern der ausländischen Bruderparteien begrüßen können. (Lebhaftes Bravo!) Die Jahre des Krieges, die uns von unseren Genossen im Auslande trennten, waren Jahre harter Prüfung für uns und für sie; am schwersten aber war neben der räumlichen Trennung die geistige, die zwischen

den Völkern und den Parteien in den einzelnen Ländern bestand. Aber die Mauern, die zwischen den einzelnen Ländern aufgerichtet waren, sind heute gefallen und ihre letzten Reste sind im Zusammensinken. Heute reichen sich über die Felder, auf denen die Angehörigen der verschiedenen Nationen sich kämpfend gegenüberstanden, die Proletarier wiederum die Hand zum Wiederaufbau dessen, was der Krieg zerstört hat, zum Wiederaufbau im Sinne des Sozialismus, im Sinne der Völkerverständigung und der Völkerversöhnung. Was trennend noch im Wege liegt zum einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse in allen Ländern, wird mit der Zeit verschwinden. Die Notwendigkeiten des Kampfes zwingen die Arbeiter der ganzen Welt zur Einigkeit gegen den in diesem Kriege mächtiger denn je gewordenen Imperialismus der Welt. (Zustimmung.)

Wir begrüßen als Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie den Genossen Gustaf Möller, der uns die Grüße der schwedischen Sozialdemokraten übermitteln will. Wir denken dabei an die Tage von Stockholm, an das Licht, das in der Finsternis des Krieges sich mit dem Namen Stockholm im Jahre 1917 verband, als die den Krieg verfluchenden und den Frieden ersehnenden Menschen die Augen nach dem Norden richteten und von dort den Frieden erwarteten, den die sozialistische Aktion bringen sollte, weil die kapitalistischen Mächte nicht fähig waren, den Weg zum Frieden zu finden.

Wir begrüßen unsern Freund und Genossen Stauning. Mit ihm ist der Genosse Andersen, der Sekretär unserer dänischen Partei, nach Deutschland gekommen. Die dänischen und die deutschen Sozialdemokraten waren von jeher die engsten Freunde. Auf der Jubiläumsfeier, die die dänischen Sozialdemokraten zur Feier des 50. Gründungstages ihrer Partei vor wenigen Wochen abhielten, konnte ich wohl mit vollem Recht sagen: von allen denen, die als Eroberer nach Deutschland gekommen sind, hat keiner sich fester gesetzt als die Dänen, mit denen wir an der Nordgrenze Regulierungen vornehmen mußten. Diese Männer und Frauen, die aus Dänemark in Deutschland eindrangen, gingen in die Elendshütten des Erzgebirges und der großen Städte; sie nahmen die unterernährten Kinder des deutschen Proletariats an die Hand und führten sie über das Meer, um Tausenden und aber Tausenden Heilung von den Wunden des Krieges zu bringen. (Bravo!) Sie haben die Herzen der deutschen Frauen, der deutschen Arbeiter, der deutschen Kinder erobert. (Lebhafter Beifall.)

Wir werden auf dem Parteitag begrüßen können den Genossen Loopuit als Vertreter der holländischen Sozialdemokratie. Zum erstenmal hat auch die belgische Sozialdemokratie nach dem Kriege beschlossen, sich auf dem deutschen Parteitag vertreten zu lassen. (Lebhaftes Bravo!) Genosse L. de Brouckère hat uns seine Ankunft angekündigt. Wir haben im letzten Jahre mit Brouckère im Interntionalen Bureau und vor allen Dingen bei den Beratungen in Amsterdam, als wir zur Frage des Ultimatums Stellung nahmen, feststellen können, daß die Gesinnung des Hasses, die nirgends mehr Berechtigung gehabt hat als in der belgischen Arbeiterschaft, durch die sieghafte Kraft des Sozialismus zerstört wird, daß der Gedanke der wirtschaftlichen und geistigen Solidarität des belgischen und deutschen arbeitenden Volkes auch dort marschiert. (Bravo!)

Wir begrüßen ferner die Genossen Anton Nemec, Rudolf Bechyne und Jaroslaw Aster aus Prag als Vertreter der tschechoslowakischen Arbeiterpartei. (Bravo!) Leider ist in Tschechoslowakien die tschechische und die deutsche Sozialdemokratie noch gespalten. Die deutsche Sozialdemokratie Tschechoslowakiens teilt uns mit, daß sie unserer Einladung leider nicht folgen kann, daß sie aber den Beratungen und Beschlüssen des Parteitages den besten Erfolg wünscht. Sie wünschen uns, daß unsere Arbeit der Vereinigung des gesamten internationalen Proletariats dienen möge. (Bravo!)

Außerdem weilt am heutigen Tage unter uns ein Genosse, der uns auch auf früheren Parteitagen die Grüße der ungarländischen Sozialdemokratie übermitteln konnte. Damals trug das Dampfroß ihn von Budapest an die Tagungsstätte unserer Parteitage. Heute ist der Genosse Buchinger, der die Grüße der ungarischen Sozialdemokraten überbringt, ein Exilierter. Der weiße Schrecken, der in Ungarn wütet, hat die Vertreter des sozialistischen Gedankens ins Ausland verbannt, und die österreichische Sozialdemokratie hat in diesen Tagen einen Aufruf zur Bewaffnung der Arbeiter erlassen müssen, um Deutschösterreich vor den Scharen Horthy-Ungarns zu sichern. Wir hoffen, daß der Schrecken von der ungarischen Arbeiterschaft bald genommen wird. Wir hoffen es von der starken Solidarität, von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Solidarität der Völker und auch von der Erkenntnis der Entente, daß dieses Ungarn in der Hand der Reaktionäre eine große Gefahr für die friedliche Entwicklung Europas darstellt.

Außerdem ist ein anderer Exilierter mit einer Zahl von Freunden unter uns erschienen, nämlich der Genosse Tscheidse aus Georgien, der uns als einer der Kämpfer im zaristischen Rußland bekannt ist. Wie früher die Bolschewisten vor dem Zarismus ins Ausland fliehen mußten, so ist Tscheidse mit anderen auf der Flucht vor dem Bolschewismus. (Lebhafte Rufe: Pfui!) Wir deutsche Sozialdemokraten fordern auch für das Volk Georgiens das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gleichviel, ob seine jeweiligen Herren Monarchisten oder Bolschewisten sind. (Sehr gut!) Das internationale Bureau hat die Forderung an die Sowjetregierung nach Moskau gerichtet, unter Kontrolle der Internationale in Georgien eine Abstimmung über die Regierungsform vorzunehmen. Bis heute haben die Herren von Moskau eine Antwort darauf nicht gefunden. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Mir ist außerdem eine Reihe von Begrüßungen zugegangen. So grüßt uns unser früherer Vorsitzender, der heute mit der schweren Bürde des Reichspräsidenten belastet ist, indem er telegraphiert: „Viel Glück zur Görlitzer Tagung. Möge der Parteitag seine wichtigste Aufgabe in der Aufbietung aller Kräfte zur Verteidigung und Sicherung der deutschen Republik erblicken. Herzlichen Gruß Euer Fritz Ebert." (Stürmischer Beifall.) Das, was den Reichspräsidenten, unseren Genossen Ebert veranlaßte, diese Forderung an uns zu richten, ist die Sorge, die auch aus der entschlossenen Kampfansage des Genossen Hermann Müller herausklang. Wir antworten ihm: Die deutsche Arbeiterschaft steht geschlossen zum Frieden bereit und zum Kampfe gerüstet. (Lebhaftes Bravo!)

Genosse Adolf Müller, der das Deutsche Reich in Bern als Gesandter vertritt, sagt: „Dem in schwerer Zeit zu wichtiger und verantwortungsvoller Arbeit versammelten Parteitage die besten Wünsche und herzlichsten Grüße." (Bravo!) Die Arbeiterjugend des linken Niederrheins gedenkt unser und sendet dem Parteitag zu ernster Arbeit die herzlichsten Jugendgrüße. (Bravo!) Die machtvollen Tagungen der Arbeiterjugend von Weimar und Bielefeld haben gezeigt, daß der Sozialismus ein neues Geschlecht heranreifen läßt, ein Geschlecht, das eisenhart wird im Kampfe ums Dasein, das mit sich selbst ringt und das mitgeht im allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse bis zur endlichen Eroberung des Siegespreises über den menschheitsvernichtenden Kapitalismus.

Die Genossin Helfers, die als Delegierte zum Parteitag gewählt war, aber durch Krankheit an der Teilnahme verhindert ist, teilt mit, daß sie es bedauert, an unseren Beratungen nicht teilnehmen zu können. Sie wünscht dem Parteitag guten Erfolg.

Dann weilt aber auch ein Mann unter uns, der als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Danzigs eigentlich zum deutschen Parteitag gehörte. Es

hat uns alle mit Schmerz erfüllt, daß von hervorragender englischer Stelle die Lösung, die der Völkerbund in der Danziger Frage gefunden hat, als gut bezeichnet worden ist. Danzig ist deutsch und bleibt deutsch. Möge die Staatsform uns trennen, die Verbindungen, die uns mit den Danziger Arbeitern seit Jahrzehnten verflochten haben, werden nicht gelockert durch noch so weise, in angeblichen „Staatsnotwendigkeiten" begründete Sprüche und Regulierungen. Wir begrüßen die Danziger Arbeiterschaft und ihren Vertreter. Wenn irgendwo dadurch Unrecht geschehen ist, daß Deutsche vom Mutterlande unter Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker getrennt worden sind, dann bei der Danziger Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung.) Aber es gibt auch diesen Dingen gegenüber eine Berufungsinstanz, und in der Weltgeschichte heißt diese Instanz: die Entwicklung. Wir werden diese Entwicklung fördern, soweit es in unseren Kräften steht. (Lebhaftes Bravo!)

Wir kämen nunmehr zur Feststellung der Tagesordnung des Parteitages. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Zur Aenderung der Tagesordnung sind verschiedene Anträge gestellt worden. Nach der Geschäftsordnung bedürfen solche Anträge der Unterstützung durch 30 Mitglieder. Ehe ich die Unterstützungsfrage stelle, möchte ich im Auftrage des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes dazu einige Ausführungen machen. Köln und Koblenz fordern im Antrage 1 und München im Antrage 5, daß die Steuerfrage als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt wird. München fordert des weiteren, daß die Ernährungsfrage als besonderer Punkt behandelt wird, und im Antrag 3 fordert Hamburg, daß der Parteitag zur allgemeinen Teuerung besonders Stellung nehmen soll. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Anträgen dadurch Rechnung zu tragen, daß beim Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion die Steuerfragen und die Ernährungs- bzw. Teuerungsfragen gesondert diskutiert werden, und daß im Anschluß an das Referat des Genossen Hoch als Spezialredner für die Steuerfragen der Genosse Wilhelm Keil und als Spezialredner für die Ernährungsfragen der Genosse Georg Schmidt bestimmt werden. Ich glaube, daß die Parteigenossen aus Hamburg, Köln und München sich damit einverstanden erklären können.

Weiter ist der Antrag gestellt worden, ein Referat über den neuen Strafgesetzentwurf auf die Tagesordnung zu setzen. Der Parteiausschuß und der Parteivorstand schlagen Ihnen vor, bei Gelegenheit der Beratung der in großer Zahl vorliegenden Anträge, die die Justizfrage betreffen, dem Genossen Radbruch Gelegenheit zu geben, über diese Justizfragen mit verlängerter Redezeit zu sprechen.

Der Antrag 4 aus Dresden besagt, daß ein Vortrag über die Demokratisierung der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzt und Genosse Edmund Fischer als Referent bestimmt wird. Wir sind in dieser Frage alle einer Meinung; wir bitten Sie aber trotzdem dringend, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und ihn zum Gegenstand der Beratung auf den Bezirkstagen oder auf dem nächsten Parteitag zu machen. Die Materie selbst wird ja auch in der Diskussion durch zahlreiche Anträge angeschnitten.

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5 werden nicht genügend unterstützt und sind damit erledigt.

Vorsitzender **Wels**: Die Tagesordnung steht damit in der von mir vorgeschlagenen Form fest bis auf Punkt 5, der das Parteiprogramm betrifft. Hierzu liegen die Anträge 8, 9, 13 und 14 vor, in denen verlangt wird, die Programmdebatte von der Tagesordnung des Parteitags abzusetzen. Der Parteitag zu Kassel hat eine Programmkommission gewählt, und er hat den Görlitzer Parteitag beauftragt, das Programm zu beraten und zu diskutieren. Ich glaube, die Achtung vor dem Kasseler Parteitag zwingt den Görlitzer Parteitag, die vor-

liegenden Anträge nicht zu unterstützen, sondern die Programmfrage zu behandeln.

Die Anträge 8, 9, 13, 14 und 18 werden nicht genügend unterstützt und gelten daher als abgelehnt.

Vorsitzender **Wels**: Dann habe ich Ihnen den Vorschlag zu unterbreiten, die Tagesordnung in folgender Weise zu erledigen, daß am morgigen Tage vor dem Bericht des Parteivorstandes der Berichterstatter der Programmkommission, Genosse Hermann Molkenbuhr, ganz kurz die Arbeiten der Programmkommission ohne Begründung des Programmentwurfs schildert, daß dann eine Kommission von 28 Mitgliedern eingesetzt wird, die noch Sachverständige zuziehen kann und die den Programmentwurf sowie sämtliche dazu gestellten Anträge als auch die Frage, ob der Görlitzer Parteitag das Programm erledigen kann oder nicht, zu prüfen hat. Auch auf dem Parteitag zu Erfurt ist diese Art der Behandlung gewählt worden, und sie hat sich durchaus bewährt. Wer dafür ist, daß in dieser Weise morgen verfahren wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Es ist gegen wenige Stimmen beschlossen, daß so verfahren wird. Dann sind also dieser Kommission zu überweisen die Anträge 6, 7, 10, 11, 12, 15, 16, 17, 19, 231, 232 bis 270, 297 und 298.

Wir kommen nunmehr dazu, die Begrüßungsansprachen unserer lieben Gäste entgegenzunehmen. Das Wort erteile ich zunächst unserem Freunde Stauning.

Stauning (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossen und Genossinnen! Für Ihre Einladung und den liebenswürdigen Empfang danke ich Ihnen sowohl persönlich als auch im Namen meines anwesenden Landsmannes. Ich habe die angenehme Pflicht, den herzlichsten Gruß der dänischen Bruderpartei zu übermitteln, indem ich gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck gebe, daß der Parteitag gut verlaufen möge und daß gute Erfolge für den Sozialismus seiner Arbeit entsprießen mögen. Mit dem größten Interesse betrachten wir in Dänemark die internationalen Strömungen und Ereignisse, ganz besonders die Entwicklung in Deutschland. Mit Bekümmernis haben wir die Zersplitterung gesehen, die nach dem Kriege und der Revolution das Gefährlichste für die Arbeiterschaft war. Wir haben zu wiederholten Malen festgestellt, daß die Anhänger der sog. kommunistischen Bewegung Handlungen begehen, die nur die Pläne der Reaktion fördern. (Sehr richtig!) Wir sind erstaunt, daß diese Bewegung überhaupt bei den hochentwickelten deutschen Arbeitern eine Unterstützung finden kann. (Lebhafte Rufe: Sehr gut!) Aus verschiedenen Ereignissen der letzten Zeit ersehen wir aber mit der größten Zufriedenheit, daß die Zersplitterungsarbeit keine Fortschritte mehr zu verzeichnen hat. Die gesunde Vernunft siegt, und die Sozialdemokratische Partei wird wieder die Sammelstelle aller klassenbewußten Arbeiter und aller derjenigen werden, die der Verwirklichung der edlen Lehre des Sozialismus dienen.

In dem kleinen Dänemark haben wir trotz aller von verschiedenen Seiten entfachten ungesunden Spekulationen das Glück gehabt, den Zusammenhalt der Arbeiter zu bewahren. (Lebhaftes Bravo!) Wir glauben, daß dies ein Resultat unserer vieljährigen praktischen Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben ist. (Sehr wahr!) In dieser Beziehung legen wir ganz besonders großen Wert auf die enge Verbindung, die zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bisher bestanden hat und hoffentlich auch fernerhin bestehen wird; denn wir haben ihre außerordentlich große Bedeutung sowohl für die Partei wie für die Gewerkschaften kennengelernt.

Aber dazu kommt auch die praktische Tätigkeit in wirtschaftlichen Unternehmungen, die wir in stets größerem Umfange in Angriff genommen haben.

Durch das Eingreifen in die Produktion, im Warenumsatz, im Bankwesen kann ein bedeutender Einfluß zugunsten der Arbeiterschaft ausgeübt werden. Durch solche Tätigkeit werden allmählich die Kräfte entwickelt, die zur Einführung sozialistischer Produktionsverhältnisse notwendig sind.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter mit großem Erfolg eine internationale wirtschaftliche Tätigkeit schaffen und auf diesem Wege in hohem Grade für die Förderung des Sozialismus wirken können.

Wir sehen die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege der deutschen Arbeiter und unserer Bruderpartei auftürmen. Wir sehen aber auch die unseren deutschen Kameraden obliegende historische Aufgabe, deren glückliche Durchführung von entscheidender Bedeutung für die Weltentwicklung ist. Die deutsche Republik muß unerschütterlich gesichert werden. Jeder Arbeiter muß auf der Hut sein gegen die reaktionären Tendenzen. Jeder Scheinradikalismus muß zurückgewiesen werden, weil er nur den heißen Wünschen der Reaktion dient. Ueberall auf der Welt versucht der Kapitalismus die Demokratie und den Sozialismus zu verschlingen. Aber die Arbeiter sind stark genug, die Schlagkraft dieser Wellen zu zerbrechen, wenn sie ihr nur mit unerschütterlichem Zusammenhalt und absolutem Vertrauen zur Sozialdemokratie entgegentreten. (Sehr gut!)

Die Sozialdemokratie darf sich nicht in eine isolierte, machtlose Stellung zurückdrängen lassen. Sie muß unter allen Verhältnissen ihren Einfluß geltend machen, um die Organe der Gesellschaft zu demokratisieren und den Boden für den endgültigen Sieg des Sozialismus zu schaffen.

Ich bin überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie den Willen und die Fähigkeit zur Erfüllung dieser großen historischen Mission besitzt. Im Namen der kleinen dänischen Bruderpartei begrüße ich Euch und wünsche Euch Glück zu der bedeutungsvollen Arbeit sowohl auf dem Parteitag wie in der Bevölkerung, in den Parlamenten und in der Regierung, überall, wo Steine zu dem großen Gebäude der Zukunft zusammengetragen werden, das den stolzen Namen des Sozialismus tragen soll. (Bravo!)

Ich begrüße Euch als Sozialist, aber auch als Däne, als der kleine Nachbar des großen Deutschen Reichs. Ich weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie während der schweren Zeiten der Freund meines Landes war. Ich weiß, daß der Einfluß der Sozialdemokratie in Deutschland auch in Zukunft der beste Schutz des kleinen Nachbars ist. Wir dänischen Sozialdemokraten haben nie an der deutschfeindlichen Agitation der Kriegsjahre teilgenommen. (Bravo!) Denn wir wußten, daß die große Mehrzahl des deutschen Volkes, die deutschen Arbeiter, ohne Schuld an der Weltkriegskatastrophe waren. (Bravo!) Wir fühlten uns immer mit dem deutschen arbeitenden Volk verwandt und befreundet, und im Interesse des Friedens und der Völkerverbrüderung wünschen wir, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelingen möge, Deutschland glücklich durch die jetzigen schweren Zeiten zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Gustaf Möller-Stockholm (mit Beifall empfangen): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich danke Ihnen sehr für die Einladung zu diesem Kongreß, und ich bringe Ihnen von der schwedischen Arbeiterschaft und von der schwedischen Sozialdemokratie unsere besten Grüße. (Bravo!)

Ich komme gerade aus dem Wahlkampf in Schweden. Ich kenne die Resultate noch nicht. Aber es ist zu hoffen, daß wir wirklich einen Sieg davongetragen haben. Ich kenne erst die Resultate aus vier Kreisen, und dort haben wir vier Mandate von den bürgerlichen Parteien gewonnen. (Bravo!) Ich glaube, daß wir im ganzen ungefähr 90 Mandate, also einen Zuwachs von 15 Mandaten bekommen werden. Damit werden wir in der Zweiten Kammer mindestens 40 Proz. der Mandate erhalten. (Bravo!)

Wir sind nicht so glücklich wie die Dänen; wir haben eigentlich keine Kommunisten. Aber die Spaltung wurde bei uns schon 1917 durchgeführt, und wir erwarten, daß einige von den Abtrünnigen wieder zu uns kommen werden. Die Kommunisten werden voraussichtlich zwei, vielleicht nur ein Mandat bekommen. Die Linkssozialisten werden wohl vier, höchstens fünf Mandate bekommen. Sie sehen daraus, daß die Arbeiterschaft Schwedens geschlossen hinter der schwedischen Sozialdemokratie steht. (Bravo!)

Wir fürchten uns nicht, in eine Regierung einzutreten. (Bravo!) Wir haben schon 1917 eine Koalition gehabt. Diese Koalition konnten wir 1920 nicht fortsetzen. Die Sozialdemokratie hat, nur auf eine Minderheit gestützt, ein halbes Jahr die Regierung geführt. Es ist möglich, daß der Ausgang dieser Wahlen uns wieder vor die Frage stellen wird, ob wir in die Regierung eintreten werden. Ich kann Ihnen nur versichern, daß wir uns davor nicht fürchten. Die ganze Welt lebt in einer Uebergangszeit. Die Sozialdemokratie hat noch nicht die Mehrheit der Volksmassen hinter sich, aber die kräftigsten Gegner der Sozialdemokratie haben auch nicht die Majorität.

Ihr Kongreß hat sehr schwere Aufgaben zu lösen. Wenn Sie Meister dieser überaus schweren Aufgaben werden, dann wird auch die ganze westeuropäische Entwicklung im Zeichen der Sozialdemokratie stehen. (Bravo!) Werden Sie — ich bin überzeugt, daß es nicht so schlecht geht — werden Sie versagen, dann werden für die Arbeiterparteien in den anderen Ländern immer größere Schwierigkeiten entstehen. (Sehr richtig!) Es ist also von größtem internationalen Interesse, daß die deutsche Sozialdemokratie hier eine entscheidende Stellung einnehmen kann. Wenn es der deutschen Sozialdemokratie möglich ist, eine wirklich entscheidende Stellung in der deutschen Politik zu haben, und wenn ihr von der englischen Seite eine wachsende englische Arbeiterpartei begegnet, dann fürchte ich nichts für die kommenden Zeiten; ich bin überzeugt, daß der Sieg des Sozialismus kommen wird, daß er im Zeichen der internationalen Sozialdemokratie ausgefochten und gewonnen wird. (Lebhafter Beifall.)

Anton Nemec-Prag (von Beifall begrüßt): Parteigenossinnen und Genossen! Namens der Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüße ich Ihren Kongreß und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. Die deutsche Sozialdemokratie war immer mustergültig und maßgebend für die Sozialdemokratie aller Länder. Wir stehen heute vor schwierigen Aufgaben. Wir haben jetzt praktische konstruktive Arbeit zu leisten. Die Arbeiterschaft soll sozial gehoben und kampffähig gemacht werden, damit sie aus den demokratischen Republiken eine sozialistische Republik macht. (Bravo!)

Sie haben die Kinderkrankheiten des Kommunismus bereits überwunden. Bei uns liegen die Verhältnisse etwas anders. Bei uns waren Hunderttausende von Soldaten 4, 5 und 6 Jahre in Rußland, und sie sind mit ganz fremden Anschauungen zu uns zurückgekommen. Sie sprachen nur von der Diktatur des Proletariats, sie sprachen nur von der Niederwerfung des Kapitalismus. Aber seit sie unsere Partei gespalten haben, sehen wir, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in der tschechoslowakischen Republik viel geringer geworden ist. Die Stoßkraft des Proletariats ist geschwächt worden, und die Frechheit unserer reaktionären Kreise und Kapitalisten wächst von Tag zu Tag. (Hört, hört!) Das ist das Resultat einer Taktik, die sich nur in Schlagworten erschöpft hat. Es ist schwer zu sagen, ob bei uns die Reaktion von rechts oder die von links den Arbeitern im letzten Jahre mehr geschadet hat. (Hört, hört!)

Deswegen müssen wir in die Koalitionsregierung hinein. Wir sind zu stark, um Oppositionspartei zu werden. Damit würden wir die Republik zertrümmern. Wir müssen den Mut aufbringen, in einer Koalitionsregierung die sozialistischen Forderungen der Arbeiter durchzusetzen.

Ist das Revolution, was man bei uns gemacht hat? Man hat uns das Parteivermögen durch einen geschickten Putsch weggenommen, und als wir es wieder zurückerobert hatten, hat man uns erklärt, wir seien Verräter an der Arbeiterschaft, wir seien Lumpen und Mörder. (Heiterkeit.) Jetzt ist deutlich nachgewiesen, daß die Leute, die mit den Kommunisten aus Rußland Verbindungen unterhalten haben, Geld und Brillanten aus dem russischen Goldschatz bekommen haben; sie haben immer erklärt, sie wären keine Kommunisten, sondern linksstehende Marxisten, die mit dem Kommunismus nichts gemein haben wollen. Dadurch haben sie große Verwirrung in die Arbeiterschaft gebracht.

In Moskau gibt es keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat, die von einzelnen, wenigen Leuten ausgeübt wird. Man hat dort schlimmer gehaust als unter dem Zarismus. Man hat gestohlen, geplündert, gebrandschatzt, gemordet. Jetzt sieht man, wie die Verhältnisse dort sind. Für hungernde Kinder russischer Arbeiter haben die Herren Sowjetkommissare kein Geld; aber für die ausländische Propaganda, um die Arbeiterbewegung zu zertrümmern, haben sie Geld genug. (Sehr richtig!)

Wenn Sie heute an eine Programmänderung herantreten, so sind wir sicher, daß dies im Sinne des Sozialismus, im Interesse des deutschen Proletariats gemacht wird, und daß es auch uns sehr förderlich sein wird, wenn die deutsche Sozialdemokratie mit einem festen Programm und mit einer entschlossenen Taktik konstruktive Arbeit leisten wird. (Bravo!) Ich schließe: Hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie! (Bravo!)

Loopuit (Holland) (von Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen der deutschen Sozialdemokratischen Partei! Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Hollands überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße aller niederländischen sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. Der Vorsitzende dieses Kongresses hat soeben sehr eindrucksvoll gesagt, daß es Ihnen eine Freude ist, nach dem schrecklichen Kriege wieder internationale Persönlichkeiten in Ihrer Mitte zu haben. Uns ist es eine größere Freude, daß wir nach dem schrecklichen Kriege wieder beieinander sein können als internationale Sozialisten. Denn über alle Grenzen weht doch das rote Banner der internationalen Sozialdemokratie.

Aus dem kleinen Nachbarland Holland kann ich Ihnen nicht viel Politisches mitteilen. Wir haben in Holland noch einen Rest von dem deutschen Feudalismus. Man hat ihn in Stacheldraht eingeklemmt. (Heiterkeit.) Es ist zu hoffen, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelingen möge, auch die deutsche Reaktion politisch und sozial in Stacheldraht einzuklemmen.

Es ist für uns ein Vorrecht, auf einem deutschen Kongreß anwesend zu sein, wo die brennendsten Fragen, wo der internationale Friede und die internationale Politik geregelt werden sollen. Was unser Genosse Müller so eindrucksvoll geschildert hat, daß die deutsche Sozialdemokratie als nächste Aufgabe hat, die deutsche Republik, die Errungenschaft von 1918 zu beschirmen und zu erhalten, ist immer eine kulturhistorische Aufgabe des Sozialismus gewesen. Wenn Sie das tun, gehen Sie auf den Spuren unseres leider nicht mehr bei uns weilenden großen französischen Führers Jaurès, der für die Erhaltung der französischen Republik immer seine beste Kraft gegeben hat, der das französische Proletariat immer zum Kampf für die französische Republik geführt hat.

Im Namen meiner Partei ein herzliches Glückauf bei ihren Beratungen! Mögen sie so sein, daß sie dem Wohle des deutschen Proletariats dienen. Mögen sie auch so sein, daß sie den internationalen Sozialismus wieder zu einem Zentrum werden lassen, das früher die deutsche Sozialdemokratie war. Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch! Hoch die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Buchinger (Ungarn) (von Beifall empfangen): Parteigenossinnen und -genossen! * Ich begrüße Sie im Namen der ungarischen Sozialdemokraten der Emigration. So schmerzlich die Lage des ungarischen Proletariats ist, ich muß es einsehen, daß wir in einer Zeit leben, wo jedes Land und jede Partei ihre eigenen Sorgen haben. Deshalb will ich Ihnen nur die betrübliche Mitteilung machen, daß die ungarische Konterrevolution fast ungeschwächt blutig weiter wütet. (Pfui!) Ungestraft können immer noch in Ungarn Leute gemordet werden. Aber nicht nur in dem Maßstabe wie bei Ihnen, was allerdings auch traurig ist, sondern in einem Maßstabe, der eine Schande nicht nur für Ungarn bedeutet, sondern für die Menschheit überhaupt. (Sehr richtig!)

Die ungarische Konterrevolution könnte aber diesen Kampf gegen Freiheit und Recht nie führen, wenn sie nicht die Unterstützung von Kreisen finden würde, die vorgeben, dem demokratischen Gedanken zum Siege verholfen zu haben. Während in Ungarn gemordet wurde, konnte sich ein Vertreter der großen englischen Nation finden — Mister Hoaler, der Gesandte in Budapest —, der an seine Regierung berichtete, daß es in Ungarn keinen weißen Terror gäbe, daß Herr Horthy Lob verdiene, weil er sich zu mäßigen verstanden hat. (Hört, hört!) Während in Ungarn auch Bourgeois, wenn sie reich waren, von den uniformierten Banditen straflos gemordet werden konnten, fand sich ein englischer Admiral — Trubridge heißt der Mann —, der an seine Regierung berichtete, daß in Budapest die Sicherheit der Londoner Sicherheit um nichts nachstehe. (Hört, hört!) Auch die französischen Vertreter machen es nicht viel anders. Dafür ist ein Beweis der Putsch Karls des Letzten zu Ostern.

Als sich diese Herren die Blamage holten, haben die Herren Karlisten sich damit entschuldigen wollen, daß sie von den diplomatischen Kreisen Frankreichs aufgemuntert wurden. Nun darf man, glaube ich, behaupten: Wenn sich die hohen Herren Lloyd George und Briand solche Berichte ihrer Beamten gefallen lassen, dann wollen sie eben solche Berichte haben. Dann aber werden auch die Anhänger des prinzipiellen Terrors und der prinzipiellen Diktatur in der Lage sein, den Arbeitern überall zu sagen: Seht ihr, so wird die Demokratie von den Herrschenden verstanden. Wenn wir diese Dinge früher irgendwo gesagt oder mitgeteilt haben, dann hat es immer geheißen: Das sind Ausstreuungen der Emigranten, das sind nicht objektive Berichte. Aber die Zustände in Westungarn sprechen heute Bände. Heute kann man überall erkennen, wie es eigentlich mit Ungarn bestellt ist; heute kann nicht mehr geleugnet werden, daß das heutige Regime in Ungarn eine Gefahr für den europäischen Frieden, für die Menschheit ist. (Sehr richtig!) Wird man sich nicht endlich bequemen, in Ungarn statt des heutigen Banditenregimes ein ehrliches demokratisches Regime aufzurichten, dann werden die hohen Herrschaften, von denen die heutigen ungarischen Machthaber protegiert werden, erfahren, daß die Horthy-Anarchisten ihr ruchloses Werk zum Schaden ganz Europas und der Menschheit fortsetzen.

Parteigenossen, ich will nur noch auf die Tatsache hinweisen, daß das heutige Ungarn auch als Aufmarschgebiet für Kahr-Bayern betrachtet wird. (Sehr richtig!) Die Kappisten und die Orgesch-Leute haben ihre Beziehungen mit Budapest. Man kann sogar sagen, daß zu den besonderen Waffenhandlungen des Bürgerkrieges in Ungarn die Horthy-Leute, soweit sie es nötig hatten, von diesen Herrschaften instruiert und ermuntert wurden, und daß ihnen von Kahr-Bayern Hilfe geleistet wurde. (Hört! hört!) Deshalb haben wir den Wunsch, daß das Werk, das Sie gegen die Reaktion in Deutschland begonnen haben, vollendet wird. Werfen Sie die Reaktion nieder, dann haben Sie uns damit geholfen, denn dann springt die Kette, mit der man die junge Freiheit und die jungen Republiken Europas erwürgen will.

Die ungarische Arbeiterschaft ist im Moment in einer fürchterlichen Lage, aber sie ist moralisch nicht gebrochen. Wenn wieder eine freie Luft kommt, dann wird die ungarische Arbeiterschaft ihren Mann im Kampfe für die Freiheit stehen. Bewahren Sie dieser Arbeiterschaft Ihre Sympathien. Das wird dazu beitragen, daß sich diese Arbeiterschaft moralisch stärkt, daß sie aufgerichtet wird und mit Ihnen in Reih und Glied für die Befreiung des Proletariats kämpft.

Tscheidse aus Georgien. (Der Redner spricht georgisch. Seine Rede wird von Kursky übersetzt.)

Parteigenossen! Die Sozialdemokratische Partei Georgiens hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, Ihren Parteitag zu begrüßen, und es ist mir eine ganz besondere Freude, diesen Auftrag hier zu erfüllen. Ich darf wohl annehmen, Parteigenossen, daß vielen von Euch die Sozialdemokratie Georgiens unbekannt ist. Ich muß aber sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie uns georgischen Sozialdemokraten ausgezeichnet bekannt ist. Wenn es mir heute zum erstenmal vergönnt ist, auf einem deutschen sozialdemokratischen Parteitag anwesend zu sein, möchte ich sagen, daß ich hier zum erstenmal sozusagen physisch da bin; geistig haben ich und meine Parteifreunde immer regsten Anteil an Ihren Parteitagen genommen, und wir folgten den Debatten Ihrer Parteitage stets mit klopfendem Herzen. Eine unzertrennbare Gemeinschaft war immer zwischen Euch und den organisierten Arbeitern des Auslandes, auch in den weitesten Ländern, und Euer Wirken war für uns überaus lehrreich. Vom ersten Moment des Bestehens ihrer Partei — das sind jetzt mehr als dreißig Jahre — stellte sich die georgische Sozialdemokratie auf den Boden der deutschen Sozialdemokratie, und in der Führung der sozialistischen Bewegung unter den Arbeitern und Bauern Georgiens war für meine Partei in drei Jahrzehnten rastloser Arbeit unter den schwersten Bedingungen des zaristischen Systems das Programm und die Arbeitsmethode der deutschen Sozialdemokratie Leitstern und Wegweiser. Die geschichtlichen Erfahrungen, die die deutsche Sozialdemokratie gewonnen hatte, waren uns kostbares Gut und dienten uns als Ermunterung, als Anfeuerung zu rastlosen, unermüdlichen Kämpfen. Die großen Erfolge, die die georgische Sozialdemokratie in der ersten Revolution des Jahres 1905 erzielte, in den Wahlen zu allen vier Reichsdumas, in den Dumas selbst und in der großen Revolution des Jahres 1917, verdankt sie nach meiner Ueberzeugung dem Umstande, daß sie die großen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie und deren erprobte Methoden sich zu eigen gemacht hat.

Parteigenossen, es ist Euch bekannt, daß nach dem Revolutionsumsturz in Rußland Georgien sich von Rußland loslöste und sich als unabhängige demokratische Republik etablierte. Der unerschütterliche Wille der georgischen Arbeiter und Bauern war es, der die Errungenschaften der russischen Revolution rettete, und diese Aufgabe wurde auf die Schultern der georgischen Sozialdemokratie gelegt. Mehr als drei Jahre bestand unsere unabhängige Republik. Während dieser so kurzen, aber überaus bedeutsamen Spanne Zeit stand die georgische Arbeiterklasse ungeteilt und frei von innerem Zwist treu zu ihrer erprobten Partei, und dank dieses glücklichen Umstandes gelang es uns, auf sozialpolitischem Gebiet alle Reformen durchzuführen, die unser Minimumprogramm enthalten hatte.

Während wir unseren demokratischen Staat aufbauten, umbrauste uns an der Grenze unseres Landes die wahnsinnige bolschewistische Anarchie des Bürgerkrieges, bedrohte uns der Ueberfall der zaristischen Interventionsgenerale. Immer näher rückte die Gefahr des bolschewistischen Ueberfalles heran. Immer und immer wieder erschien uns unser Land als eine ruhige kleine Insel inmitten eines endlosen tobenden Meeres. Aber wir verzweifelten nicht und taten unsere Arbeit.

Nun, Genossen, was wir gesät und gepflanzt — heute ist alles verwüstet. Genau sieben Monate sind es, als die roten bolschewistischen Truppen unter Führung alter zaristischer Generäle in unser Land eindrangen, ohne Kriegserklärung, ohne Warnung, ohne jedweden Anlaß von unserer Seite. Unsere Städte wurden ausgeplündert, unsere Arbeiterschaft ist einem wahren Zuchthausregime unterworfen. (Hört, hört!) Tausende unserer Parteigenossen schmachten heute in den Gefängnissen. (Hört, hört!) Gut haben es heute in Georgien nur Spekulanten, Schieber und Gauner. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Mit diesem Gesindel vertragen sich in Georgien die bolschewistischen Kommissare ausgezeichnet. (Wiederholte Rufe: Hört, hört!) Die Brotwucherer, die Valutaspekulanten sind heute bei uns begeisterte Anhänger der Moskauer Agenten. (Lachen und Rufe: Hört, hört!) Sie machen heute in Georgien ein glänzendes Geschäft. Niedergedrückt, brutal versklavt, gemartert, zu Tode ausgehungert wird in Georgien von den Moskauer Agenten heute einzig und allein die Arbeiterklasse, vor allem die klassenbewußte Vorhut der Arbeiterschaft. Die Blüte unserer Arbeiterschaft, die besten Männer und Frauen unserer proletarischen Bewegung füllen heute die verpesteten Gefängnisse der Moskauer Terroristen. (Lebhafte Pfuirufe.) Der bolschewistische Meuchelmord unserer freien Republik hat uns nicht überrascht; wir haben ihn immer befürchtet. Dieses scheußliche Verbrechen harmoniert voll und ganz mit dem Wesen und den ständigen Praktiken des russischen Bolschewismus. Ueberrascht hat uns dabei nur das eine, daß es in Europa noch immer Sozialisten gibt, die meinen, Sozialisierung sei nicht das, was uns Marx und Engels, Bebel, Kautsky, Jaurès gelehrt haben, sondern das, was heute von Sinowjew in Moskau verzapft wird. (Sehr richtig!) Der russische Bolschewismus ist heute tatsächlich, wie ehemals der Zarismus, die stärkste Stütze der Weltreaktion geworden, und keine reaktionäre Gewalt der Welt wäre jemals in der Lage gewesen, die sozialistische Bewegung so zu schädigen, wie dies der russische Bolschewismus getan hat. Sein schleichendes Gift zermürbt und zerstückelt heute die Arbeiter aller Länder. Die sozialistische Bewegung des Weltproletariats muß wieder entgiftet werden, und das einzige Heilmittel dazu ist die Einigung des Proletariats. Ich hoffe, Freunde, daß dieser Parteitag viel dazu beitragen wird, die Einigung der beiden deutschen sozialdemokratischen Bruderparteien zu verwirklichen. (Bravo!) Diese Einigung wäre ein festes Fundament zum Wiederaufbau einer tatkräftigen und zielklaren sozialistischen Internationale.

Im Namen des gequälten und gemarterten, aber der Fahne des Sozialismus treugebliebenen georgischen Proletariats rufe ich Euch zu: Hoch die junge deutsche Republik, hoch die deutsche Arbeiterklasse, hoch der Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Bohn-Danzig (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen! Es ist dies der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, an der ein Vertreter des deutschen Danzig als Ausländer teilnehmen muß. (Zurufe: Leider!) Genossen, wir werden bei jeder solchen Gelegenheit immer wieder an das Schmachwerk des Versailler Friedensvertrags erinnert, das uns gegen unseren Willen von unserem deutschen Mutterland losgerissen hat. Die geistigen Beziehungen aber, die in jahrzehntelangem gemeinsamen Kampfe uns miteinander verbunden haben, kann keine Macht der Welt erschüttern. (Bravo!) Sie wird bestehen bleiben, bis einst durch die Entwicklung auch diese durch die Gewalt gezogenen Schranken wieder fallen werden. (Lebhaftes Bravo!)

Genossen! Wir hätten auch die äußerlichen Beziehungen nicht gelöst, wenn nicht unser kleines Staatswesen sich in einer äußerst schwierigen Lage befände. Bei jeder Gelegenheit sucht unser freundlicher Nachbar, der ein sehnsüchtiges Auge auf Danzig wirft, die endgültige Polonisierung zu verwirklichen, und

leider findet er dabei die Stütze des sogenannten Völkerbundes, der auf seine Fahne das Selbstbestimmungsrecht der Völker geschrieben hat. Wenn wir nun zu diesen äußeren Gefahren noch hinzurechnen, daß wir auch im Innern des Landes mit einer Regierung zu kämpfen haben, die drauf und dran ist, alles das, was mit dem Sozialismus verbunden ist, auszurotten, dann befindet sich tatsächlich die Sozialdemokratie Danzigs in einer so schwierigen Lage, in der sie Entschlußfreiheit und schnelle Entschlußkraft braucht. Das ist aber nur möglich, wenn sie auf eigenen Füßen steht. Genossen, die Stellung der Danziger Regierung wird am besten durch das Wort gekennzeichnet, das der Führer der Deutschnationalen auf dem Parteitag in München, der Führer der Danziger Nationalen geprägt hat. Er hob dort rühmend hervor, daß es neben Bayern auch noch eine andere Ordnungszelle gebe, nämlich Danzig. (Hört, hört!) Das heißt mit andern Worten nach deutschnationalen Begriffen, daß, wie die Regierung Kahr, auch der Senat in Danzig nichts wissen will von einer wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung des Proletariats. Bisher sind auch alle gesetzgeberischen Maßnahmen von dieser Auffassung diktiert. Leider haben Zentrum und Demokraten bei uns eine abweichende Stellung von ihren Gesinnungsgenossen im Reich eingenommen, so daß die in Danzig geschaffene Verfassung einen Vergleich mit der alten preußischen Verfassung sehr gut aushält. Die Demokraten waren ohne weiteres bereit, dem Zentrum die konfessionelle Schule zu konzedieren und dafür als Geschenk vom Zentrum die Beseitigung der Betriebsräte in der Verfassung anzunehmen. (Hört, hört!) Einem christlichnationalen Arbeiterführer als Senator des Innern blieb es vorbehalten, alle öffentlichen Posten, die vor der Ratifikation, in der die Stadt Danzig zur Freien Stadt erklärt wurde, mit Sozialdemokraten besetzt waren, sofort nach der Konstituierung der Freien Stadt von den Sozialdemokraten zu reinigen, so daß wir feststellen können, daß das gesamte Bürgertum auf Gedeih und Verderben zusammengeschlossen ist, um den Sozialismus vollkommen zu beseitigen, jedes Recht, das heute dank der sozialistischen Arbeit in Deutschland verbürgtes Recht ist, aus dem Freien Staat Danzig auszumerzen.

Genossen! So führen wir an dem Brennpunkt jener Stelle einen schweren Kampf. Aber der Genosse Wels hat schon hervorgehoben, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit schweren Kämpfen entgegengeht. Wir wissen ja, daß die Wolken am politischen Firmament sich beängstigend zusammenziehen, daß vielleicht die Zeit nicht mehr fern ist, in der es zur Entladung kommt.

Genossen, hier soll nun das neue Fundament geschaffen werden, hier sollen die Waffen geschärft werden, mit denen der neue Kampf geführt werden soll. Ich habe die Aufgabe, den Wunsch der Danziger Genossen zu vermitteln, daß diese Arbeit den Weg zeigen möge, der aus der Finsternis zum Licht führt und der dann schließlich auch den endgültigen Sieg verbürgt. Wir hoffen und sind überzeugt davon, daß der Kampf der größten deutschen Arbeiterpartei, der größten Arbeiterpartei der Welt überhaupt, der Kampf der deutschen Sozialdemokratie, wenn er schnell zum Siege führt, den Sieg aller proletarischen Parteien in sich schließt. Möge deshalb ein gutes Omen über diesem Parteitage schweben, damit er dieser seiner schweren Aufgabe gerecht wird. Möge er aber auch weiter dahin wirken, daß sich allmählich ein einigendes Band schlingt um die sich heute noch gegenüberstehenden sozialistischen Parteien, damit wir sobald wie möglich wieder den Kampf aufnehmen können unter dem alten Schlachtruf:

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
Nicht trennen uns in Not noch in Gefahr!"

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Wels: Ich glaube, im Sinne des Parteitages zu handeln, wenn ich unseren ausländischen Freunden für die Worte der Begrüßung den

Dank der deutschen Sozialdemokratie, den Dank der deutschen Arbeiterklasse ausspreche. (Bravo!) Die deutsche Sozialdemokratie fühlt sich als Glied der Internationale. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie, so stark auch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sein mögen, ohnmächtig sind im Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus, wenn sie nicht marschieren können in dem geschlossenen Heerhaufen der internationalen Arbeiterorganisationen. Noch ist das deutsche Volk Gegenstand der Behandlung, noch ist man daran, über das Geschick und die Grenzen des deutschen Volkes im Völkerbunde zu beraten. Noch wissen wir nicht, wie die Grenzen des deutschen Landes gezogen werden und welche Wirtschaftsmöglichkeiten aus den Beratungen des Völkerbundes über Oberschlesien für Deutschland erstehen werden. Wir wissen nur das eine, daß mit den Maßnahmen, die vom Völkerbund getroffen werden, das wirtschaftliche Leben Deutschlands gefährdet und erdrosselt werden könnte, und daß damit auch die gesamte europäische Wirtschaft zugrunde gerichtet werden kann. (Sehr richtig!) Deshalb ist der Kampf der deutschen Arbeiter aufs engste verbunden mit dem Kampf um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter aller Länder, nicht nur Europas, sondern der gesamten Welt. Der Gedanke der Internationalität wird uns als eine eiserne Notwendigkeit eingehämmert. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft für die Internationalität der Idee reif gemacht und vorbereitet zu haben. Wir geloben es euch: wir ruhen und wir rasten nicht, bis wir die geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft wieder unter dem siegenden Banner der internationalen Sozialdemokratie hergestellt haben. (Stürmischer Beifall.)

Damit sind die Verhandlungen des Parteitages für heute erledigt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 9 Uhr 15 Minuten.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten und ernennt zu Schriftführern Mache-Breslau, Fischer-Nürnberg und Zimmermann-Altenburg. Er erteilt darauf Molkenbuhr das Wort zu einem Referat über das Parteiprogramm.

Molkenbuhr-Berlin (mit Händeklatschen begrüßt): Ich will einen kurzen Blick auf die Entstehungsgeschichte unserer Programme werfen und Ihnen dann überlassen, zu beurteilen, ob das Programm geändert werden muß und wie das neue Programm aussehen soll. Ich habe wiederholt von einem alten Programm Abschied nehmen müssen. Wir als alte Lassalleaner haben in Gotha von dem alten Lassalleschen Programm Abschied genommen, ebenso ging es den Eisenachern, und als 1891 das Erfurter Programm geschaffen wurde, glaubten verschiedene Genossen, das alte Programm sei ein gutes Rüstzeug für die Agitation gewesen. Nun fragt es sich, ob wir ein neues Programm gebrauchen. Marx hat in einem Briefe an Bracke gesagt: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme." Ein Programm ist nötig, um eine Einheitlichkeit in der Bewegung zu erhalten, wenn man einem bestimmten Ziele zusteuern will. An Bewegung fehlt es uns nicht, aber wir brauchen ein Programm, weil wir ein Rüstzeug in der Agitation brauchen und uns an solche Leute wenden müssen, welche der Bewegung fernstehen. Durch die Agitation für das Parteiprogramm ist die Partei stark geworden.

Nun ist gesagt worden, daß wir ja das Erfurter Programm haben. Die Programme müssen aber aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herauswachsen. Einen beliebigen Wunschzettel könnte man konstruieren, aber der wissenschaftliche Sozialismus hat es sich immer zur Aufgabe gestellt, die organische Entwicklung vorwärtszutreiben. Wir sind immer dieselben geblieben, aber weil die Verhältnisse andere wurden, mußten die Programme geändert werden. Für die Lassalleaner galt das Statut des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bis 1875, für die süd- und mitteldeutschen Arbeitervereine das Nürnberger Programm von 1868 bis 1869. Dann galt das Eisenacher Programm bis 1875, das Gothaer bis 1891 und das Erfurter bis jetzt.

Als der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, war Deutschland ein Agrarstaat, nur 1½ Millionen Arbeiter waren damals in den Fabrikbetrieben beschäftigt. Das Eisenacher Programm entstand in der Zeit des Norddeutschen Bundes, das Gothaer, als wir am Ende der sogenannten Gründerperiode waren. Das Erfurter Programm entstand, als die modernen Kartelle gegründet wurden. War das Gothaer Programm so schlecht, daß es, wie Marx annahm, wirklich die Partei korrumpierte, wie auch sonst vielfach behauptet wurde? Das trifft nicht zu. Wir haben mit diesem Programm das Sozialistengesetz überlebt, wir haben dem Gesetz den echten Rebellentrotz entgegengesetzt und an den alten Grundsätzen festgehalten. Es gab zu jener Zeit allerhand Lockungen, aber man ließ sich nicht in anarchistische Politik hineintreiben und ebensowenig in die Arme von Stöcker und Genossen, sondern die Partei marschierte ihrem alten Ziele zu.

Mit dem Gothaer Programm sind wir unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes von einer Partei mit reichlich 300 000 Stimmen zur stärksten Partei Deutschlands geworden. Man muß aber zugeben, daß eine Reihe von Sätzen aus dem Programm sich wissenschaftlich nicht halten ließ. Die Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat schritt weiter vor. Mit wachsender Eile ist seitdem das Tempo fortgeschritten. Jetzt stehen wir exzeptionellen Verhältnissen gegenüber. Infolge der Entwicklung durch den Krieg stehen wir vor einem Trümmerhaufen und müssen eine neue Welt aufbauen. Ich glaube nicht, daß es dem Kapitalismus gelingt, die alte Welt von neuem aufzubauen, weil es ein Unding ist, eine Vergangenheit neu beleben zu wollen. Wäre das möglich, dann hätten die Junker zu Anfang des 19. Jahrhunderts jene Zustände wiederhergestellt, wie sie in Preußen vor 1810 gewesen waren. Sie haben die alte Welt nicht neu beleben können, und die Kapitalisten werden auch die gegenwärtige nicht aufbauen. Die Not ist jetzt allgemein. Auch in den Siegerstaaten sieht es nicht besser aus als in Deutschland, England hat die dreifache Zahl an Arbeitslosen wie wir. Auch in den neutralen Staaten zeigt sich dieselbe Erscheinung. Bei dem Aufbau einer neuen Welt muß die Arbeiterklasse mitwirken und alles tun, was in ihren Kräften steht. Was sie zu tun gedenkt, muß im Programm zum Ausdruck kommen.

Man kann nicht leicht sagen, welchen Gang die Entwicklung nehmen wird. Eine ganze Reihe von Meinungsverschiedenheiten werden auftauchen, aber wir haben uns bei dem Ihnen vorgelegten Programmentwurf zunächst an diejenigen Dinge gehalten, welche aktuell sind. Wir haben einige Forderungen aufgestellt, die zum Teil schon Aufgabe der Gesetzgebung sind. Wir müssen ein anderes Programm schaffen, als wir in früheren Zeiten gehabt haben. Der Hauptgrund war früher, ein Agitationsprogramm zu haben, weil wir an Durchsetzung unserer Forderungen in der nächsten Zeit überhaupt nicht denken konnten. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen konnten wir in Gruppen zusammenfassen. Auf politischem Gebiete Demokratie, auf wirt-

schaftlichem die Arbeiterinteressen, auf sozialem die sozialen Interessen der Arbeiter. Das waren früher hohe Ideale, gegenwärtig sieht es anders aus. Wir sitzen in den gesetzgebenden Körperschaften in Reich, Land und Gemeinden und haben solchen Einfluß, daß wir etwas durchsetzen können. Da sieht man, daß jede soziale und wirtschaftliche Forderung sich sofort in eine Reihe von Einzelfragen auflöst. Deshalb wird solches Programm umfangreich, und man spöttelt darüber, daß es ein umfangreiches Stichwörterverzeichnis geworden ist. Das liegt aber in der ganzen Struktur unseres Wirtschaftskörpers, unserer Gesellschaft.

Es gibt viele Leute, welche meinen, wir sind eine große revolutionäre Partei und müssen die große Revolution vorwärtstreiben. Gewiß kommt es darauf an, aber wir wissen, daß es im Leben der Geschichte der Völker ähnlich geht wie im Leben der Natur. Die großen Umwälzungen, welche sich als Folge einer großen Revolution darstellen, sind meist nichts anderes als eine Zusammensetzung einer großen Anzahl von Kleinigkeiten. Große Vergangenheiten können mit einemmal zusammenstürzen. Ich weise auf den 9. November 1918 hin, einen Tag von so gewaltiger geschichtlicher Bedeutung, an dem die Throne in Trümmer gingen und alles zusammenbrach. Wenn man hier an den Aufbau geht, sieht man, daß der große Bau sich aus verschiedenen kleinen Einzelhandlungen zusammensetzt. So wird es auch hier der Fall sein.

Wie Marx das Gesetz über den Zehnstundentag nicht nur als einen Erfolg bezeichnet, sondern als den Sieg eines Prinzips, so werden Gesetze von der Bedeutung, wie es das Zehnstundengesetz in England war, zahlreich geschaffen werden müssen. Der Charakter der Revolution drückt sich nicht nur in dem aus, was beseitigt wird, sondern erhält erst dadurch seine wirkliche Gestalt, wenn man sieht, was neu an Stelle des Alten tritt. Wir werden nach einigen Jahren sehen, daß unser Stichwörterverzeichnis noch nicht abgeschlossen ist. Sobald man an die Verwirklichung einer Forderung herangeht, tauchen im Hintergrunde wieder einige Dutzend Forderungen auf, und immer wieder muß eingegriffen werden.

Wie hat sich nun die Programmkommission, die auf dem Parteitag in Kassel gewählt wurde, ihrer Aufgabe entledigt? Es sind viele Genossen, die in der Gemeindepolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik Bescheid wissen, herangezogen worden, und jedem wurde ein Stück Arbeit übergeben. Als die Ausschüsse mit ihrer Arbeit fertig waren, haben wir diese Vorschläge veröffentlicht in der Hoffnung, daß nicht nur die Kritik einsetzen, sondern auch gleichzeitig neue Vorschläge kommen würden. Kritik ist in reichem Maße geübt worden, und zwar in der Regel absprechend, aber an neuen Vorschlägen hat es bei der größten Zahl der Kritiker gefehlt. Darin unterscheiden sich die diesjährigen Programmberatungen von denen des Jahres 1891. Der Programmentwurf des Parteivorstandes wurde 1891 scharf kritisiert, und es entstanden 4 neue Entwürfe, von der „Neuen Zeit", von Jakob Stern, von der Jugendgruppe in Magdeburg, Kampfmeyer, Auerbach und Genossen, und von Hugo Landé. Nebenbei wurden noch etwa 70 Abänderungsvorschläge gestellt. Es ist der Satz ausgesprochen worden: „Unser Parteiprogramm muß uns nicht nur in klarer Weise sagen, was wir wollen, sondern es muß auch eine werbende Kraft entfalten." Man muß aber auch zeigen können, daß man die Kraft besitzt, das zu tun, was man von anderen verlangt.

Ich will gern zugeben, daß der Programmentwurf in schwungvollerer Form hätte abgefaßt werden können. Aber das ist das Leiden bei allen geistigen Arbeiten, daß sie immer farblos werden, wenn sie nic[illegible]einer geschrieben hat. Daß grobe Fehler nicht darin vorkommen, sagt [illegible].

Er sagt: Wissenschaftlich ist der Programmentwurf ganz genau abgemessen, aber es fehlt der Schwung. Wenn das aber der Fall ist, dann haben die Genossen ihre Pflicht erfüllt, und es kommt nun auf die Leute an, die über einen schwungvolleren Stil verfügen, dieselben Gedanken in schwungvollere Form zu bringen.

Die Kritik hat sehr zahlreich eingesetzt. In einer Zeitung sind z. B. 20 Artikel gegen das Programm geschrieben worden. Ich habe in allen diesen Artikeln aber nicht einen einzigen positiven Vorschlag gefunden. Wenn es so schwer ist, positive Vorschläge zu machen, muß man sich zunächst mit dem begnügen, was man haben kann.

Es kommt darauf an, daß wir unsere Ziele klarlegen und darüber ein festes Programm haben, weil wir es dringend zur Agitation gebrauchen. Es kann nicht so weitergehen, wie wir es seit dem Juni vorigen Jahres gehabt haben. Im Juni v. J. konnten die Unabhängigen ausrufen: sie haben einen großen Erfolg gehabt, weil sie ihre Stimmenzahl gewaltig vermehrt hatten. Aber mehr, als sie gewonnen, hatten wir verloren. Seitdem ist es umgekehrt: seitdem gewinnen wir, aber meist nicht soviel, wie die Unabhängigen verlieren. Es kommt aber darauf an, daß das Proletariat seine Macht erweitert. Wir müssen deshalb damit nicht rechnen, von dieser oder jener sozialistischen Gruppe Leute zu uns herüberzuziehen, sondern Leute aus den Kreisen, die uns bis jetzt fernstehen, die Arbeiter, die noch für das Zentrum und die Rechtsparteien stimmen. Wir können nur an die Verwirklichung unserer Ziele denken, wenn wir die Mehrheit sind.

Früher stand an der Spitze unserer Forderungen, den damaligen Gegenwartsstaat zu beseitigen, weil Monarchie, Militarismus, Obrigkeitsstaat usw. das Hindernis zur Durchführung unserer wirtschaftlichen Forderungen war. Aus dem Reichsfeind von früher ist der Verteidiger der Republik geworden. Diese neue Rolle müssen wir weiterspielen. Nur auf dem Boden der Republik ist es möglich, unsere Forderungen durchzusetzen. Freilich wollen wir die Republik mit wirklich demokratischem und sozialem Geist erfüllen, so daß aus ihr eine sozialdemokratische Republik wird.

Nun wird gesagt, daß im ersten Entwurf eine Anzahl von Worten gefehlt hat, z. B. das Wort „Klassenkampf". Wir als Sozialdemokraten wissen, daß wir auch in Zukunft nicht um den Klassenkampf herumkommen werden. Eine Kritik sagt:

> Der Entwurf unterläßt es, die unerbittlichen Konsequenzen zu ziehen. Das Bekenntnis zum Klassenkampf fehlt. Wer von der Versöhnung der Klassen, von dem Ueberflüssigsein des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Zeit redet, der ist ein Träumer, der nicht in die rauhe Gegenwart paßt.

Merkwürdig ist, daß derselbe Fehler, der ja im neuen Programmentwurf ausgemerzt ist, von einem großen Vorbild auch einmal gemacht worden ist. Karl Marx hat das Statut der Internationale geschrieben; aber darin fehlt auch das Wort „Klassenkampf". Aber wie dem auch sei, man kann ja den Entwurf ändern, wie man will. Man kann ihn so gestalten, wie er nach Ansicht der Kritik sein muß. Wir müssen aber ein Programm haben, das in die Gegenwart hineinpaßt.

Nun sagt man, daß, wenn wir ein selbständiges Programm hätten, die Vereinigung mit den Unabhängigen erschwert würde. Daran glaube ich nicht. Bei den großen Kämpfen, die die Proletarier unter sich geführt haben, sind die Programmforderungen fast nie in den Vordergrund getreten. Man stritt sich wesentlich über Organisations- und über politische Fragen. Auch die Spal-

tung der Unabhängigen ist nicht aus einer Programmforderung, sondern aus einer taktischen Forderung hervorgegangen. Solche Erscheinungen lassen sich nicht beseitigen. Die Unabhängigen haben sich ein Aktionsprogramm gegeben. Das könnte dann auch ein Hindernis für eine etwaige Vereinigung sein. Die Unabhängigen haben in diesem Aktionsprogramm einen erheblichen Teil des Erfurter Programms weggelassen. Dafür haben sie die Erstrebung der Räteherrschaft eingesetzt. Solange sie aber darauf bestehen, wird es schwer fallen, eine Einigung herbeizuführen. Wir stehen als Sozialdemokraten auf dem Boden der Demokratie.

Wird man einmal den einen oder anderen Satz anders formuliert sehen wollen, so liegt kein Grund vor, davon Abstand zu nehmen. Wir haben gesehen, daß früher nach einjähriger Gültigkeit das Nürnberger Programm in das Eisenacher übergegangen ist. So kann man auf jedem Parteitag Aenderungen schaffen, und ich behaupte sogar, sie werden geschaffen werden müssen. Bei dem rasenden Tempo der Weiterentwicklung kommt es darauf an, unsere Forderungen jederzeit den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Nur wenn uns das gelingt, werden wir sehr bald siegen. Hoffentlich gelingt es uns, ein Programm zu entwerfen, welches einmal als Basis für den Aufbau der nächsten Zukunft gelten kann.

Gelingt es uns, einmal die Schwierigkeiten und Nöte der Zeit zu überwinden und auf dem Wege zum Sozialismus rascher vorwärts zu kommen als bisher, dann haben wir auch die Führung in der ganzen Welt. Diejenige Partei, welche am ersten ihre Ziele verwirklicht, wird die Führung haben. In Deutschland sind die Verhältnisse so, daß das Proletariat die Führung an sich reißen kann, wenn es nur will. Es heißt also: Aufklärung zu schaffen, neue Anhänger zu werben. Haben wir die Macht, dann wird auch der Sieg die Durchführung unseres Programmes sehr erleichtern.

Suchen Sie also jetzt die Leute aus, welche nach Ihrer Meinung in der Lage sind, die Einwendungen gegen das jetzige Programm zu beseitigen. Gelingt es uns, ein neues Programm zu schaffen, wofür das Proletariat geschlossen stimmt, dann haben wir jenes Panier, um welches sich die Kämpfer sammeln und unter dem sie zum Sieg schreiten. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Wels** teilt mit, daß bei der Mandatsprüfungskommission bisher 350 Mandate abgeliefert sind, daß also noch 29 Mandate ausstehen, und ersucht um rechtzeitige Ablieferung der Mandate bis zum Zusammentritt der Mandatsprüfungskommission um ½12 Uhr.

Mitteilungen über Aenderungen in der Präsenzliste werden an die Mandatsprüfungskommission erbeten.

Für die Programmkommission werden vorgeschlagen:

Seydewitz-Zwickau, Eduard Bernstein, Else Höfs, Adolf Braun, Otto Braun, Heinrich Cunow, Eduard David, Gertrud Hanna, Wilhelm Keil, Marie Juchacz, Hellmann, Max Leuteritz, Paul Löbe, Hans Marckwald, Hermann Molkenbuhr, Hermann Müller-Lichtenberg, Max Quarck, Albert Pflüger, Antonie Pfülf, Gustav Radbruch, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Wilhelm Sollmann, Friedrich Stampfer, Willi Steinkopf, Heinrich Ströbel, Rudolf Wissell und Eckstein-Breslau.

Der Parteitag stimmt einmütig dem Vorschlage zu und spricht der Kommission das Recht zu, aus der Reihe der Delegierten notwendig erscheinende Experten hinzuzuziehen.

Die gewählte Programmkommission wird aufgefordert, sich um 11 Uhr im Bankettsaal zu konstituieren.

Der Parteitag geht hierauf zum ersten Gegenstand der Tagesordnung über:

Bericht des Parteivorstandes.

a) Allgemeines.

Berichterstatter Franz Krüger.

Die Diskussion über den Bericht soll mit der Beratung der Anträge 20 bis 56, Nr. 99 Abschnitt 2 und 3, 80 bis 82, 84, 85, 86, 89, 91 bis 98, 99 Abschnitt 1 und 2, und 295 verbunden werden.

Hierauf erhält das Wort:

Berichterstatter **Franz Krüger**: Parteigenossinnen und Genossen! Der vorjährige Parteitag stand unter dem Eindruck des Beginns einer politischen Gesundung der Arbeiterbewegung. Seine Verhandlungen waren deshalb getragen von starker Zuversicht in die weitere günstige Entwicklung der Partei. Zwar hatten wir bei den Reichstagswahlen einen Rückgang an Stimmen und Mandaten zu verzeichnen gehabt und waren dadurch vorübergehend geschwächt und durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse gezwungen, aus der Reichsregierung auszutreten. Aber dieser Ausgang der Wahl hat nicht einen Augenblick einen deprimierenden Einfluß auf die Partei ausgeübt, weil niemand in der Partei darauf gerechnet hatte, daß wir den großen Strom an neuen Mitgliedern und Mitläufern, der nach der Revolution zur Partei kam, unvermindert halten könnten, insbesondere unter Berücksichtigung der Ungunst der politischen Verhältnisse, die den Demagogen von links und rechts damals reichlich Angriffsmöglichkeiten gegen uns bot. Gerade der Eindruck, daß sich in jener Zeit die Gesundung der politischen Arbeiterbewegung überall deutlich zeigte, hatte die Empfindung bei uns wachgerufen, daß dieser Ausgang der Reichstagswahlen den Abschluß der rückläufigen Bewegung unserer Partei bilden würde. Es zeigte sich bald, daß die Erfolge unserer Gegner bei der Reichstagswahl bereits den Keim ihrer künftigen Niederlagen in sich trugen. Die ersten Anzeichen hierfür waren die Vorgänge bei der Neubildung der Reichsregierung im vergangenen Jahre. Die Deutsche Volkspartei, die den Wahlkampf unter der Parole geführt hatte: Hinaus mit der Sozialdemokratie aus der Regierung, und das schöne Plakat herausbrachte: „Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei", hatte nach den Reichstagswahlen keinen größeren Ehrgeiz, als sich möglichst schnell rote Ketten anzulegen, und sie war nach ihrem eigenen Zugeständnis nicht imstande, eine arbeitsfähige Regierung ohne die Sozialdemokratie zu bilden.

Wenn sich dann im Reich eine bürgerliche Minderheitsregierung für eine gewisse Zeit gebildet hat, so hat gerade diese Zeit den Beweis geliefert, daß eine Regierung, die sich nicht auf die äußerste Rechte und auf die Vertreter des alten Regimes stützen will, nicht möglich ist ohne Teilnahme oder mindestens Duldung der Sozialdemokratischen Partei.

Noch krasser zeigten sich die Wirkungen bei den Unabhängigen. Sie lehnten eine Beteiligung an der Regierung ab, weil damals noch die radikal sein sollende revolutionäre Phrase bei ihnen die Alleinherrschaft ausübte. Gerade diese Haltung der Unabhängigen bei der Regierungsbildung im vergangenen Juni hat viel dazu beigetragen, die Ernüchterung in den Kreisen der unabhängigen Anhänger herbeizuführen. Die Tatsache, daß der einzig sichtbare Erfolg des unabhängigen Sieges bei den Reichstagswahlen die Zurückdrängung des Arbeitereinflusses in der Regierung und eine rein bürgerliche Regierung war, hat gezeigt, daß die Unabhängige Partei zur Besserung der politischen Verhältnisse damals nicht imstande und nicht willens war. So wie die radikale Phrase im vergangenen Jahr die Ausnutzung der Macht hinderte, die

die Gesamtarbeiterschaft in den beiden sozialistischen Fraktionen im Reichstag darstellte, so wie sie also in der allgemeinen Politik der Arbeiterschaft für eine gewisse Zeit verhängnisvoll wurde, so wurde sie der Unabhängigen Partei im besonderen zum Verhängnis.

Zu der Zeit, als der Parteitag in Kassel tagte, fand auch der Unabhängige Parteitag in Halle statt, der zur Sprengung dieser Partei führte. Die Tatsache, daß die kommunistischen Putschisten sich von den Unabhängigen trennten, die sich noch einen kleinen Rest des Willens zur ernsthaften politischen Arbeit bewahrt hatten, war der erste große Schritt zur Herstellung gesunder politischer Verhältnisse in der Arbeiterschaft. So unerquicklich die Szenen auf dem Halleschen Parteitag der Unabhängigen waren, so sehr jedem denkenden Arbeiter und jedem ehrlichen Sozialisten die Schamröte ins Gesicht steigen mußte, wenn man sah, wie sich dort Männer, die sich Führer des Proletariats nannten, in der wüstesten Weise beschimpften, so war es doch notwendig, auch durch diesen Sumpf zu gehen, um den Blick der Arbeiterschaft für die realen Möglichkeiten im wirtschaftlichen und politischen Leben zu klären und das Verständnis für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten sozialdemokratischer Teilnahme an der Regierungsarbeit zu wecken. Die Spaltung der Unabhängigen Partei und die Entwicklung, die sich angeschlossen hat, war der erste große Schritt jener radikalen Arbeiterkreise in der Rückkehr vom Wort zur Tat. Wir haben gesehen, daß diesem ersten Schritt auch bei der Unabhängigen Partei weitere naturnotwendig folgen mußten.

Unsere Aufgabe ist es, diese Entwicklung durch eine klare und konsequente Politik zu unterstützen. Die Arbeiterschaft ist ein Glied des gesamten Volkes, und die Not des Volkes trifft die Arbeiterklasse in erster Linie. Die Sozialdemokratie kann es sich angesichts der Aufgaben, die das deutsche Volk zu erfüllen hat, heute weniger denn je leisten, eine Politik tönender Rede oder bloßer Agitation zu treiben, sondern sie ist verpflichtet, zu versuchen, die Macht an sich zu reißen, und wenn sie dazu noch nicht imstande ist, dann einen möglichst großen Teil (sehr richtig!) und jede wirkliche Machtposition zu verteidigen, um auf dem Wege zu unserem Ziele vorwärts zu kommen.

Eine solche wirkliche Machtposition ist in erster Linie die Republik, in der jeder Staatsbürger die gleichberechtigte Mitbestimmung auf die Geschicke des Staates und auf die Gestaltung der Staatsleitung hat, in der deshalb die Arbeiterschaft die Möglichkeit hat, ohne Gewalt ihre Herrschaft und damit die Herrschaft der großen Masse des Volkes aufzurichten. Ein Unabhängiger hat zuerst das Wort ausgesprochen: Wir müssen die demokratische Republik mit Klauen und Zähnen verteidigen, weil sie der beste Boden für den proletarischen Klassenkampf ist.

In der heutigen zugespitzten politischen Situation wäre es ein politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse, wenn wir diese wesentlichste Machtposition, die die Arbeiterschaft sich im neuen Deutschland geschaffen hat, auf Grund taktischer Erwägungen oder falsch verstandener grundsätzlicher Erwägungen widerstandslos den Feinden oder den halben Freunden der Republik und Demokratie überliefern würden. (Sehr richtig!)

Unsere Zuversicht, die wir auf dem verflossenen Parteitage in die weitere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei gesetzt haben, hat sich im letzten Jahr in durchaus glänzender Weise bewährt. Unsere Mitgliederzahl ist weiter gestiegen und ist heute so groß, daß wir zur weitaus stärksten Partei der proletarischen Bewegung, zur stärksten Partei Deutschlands geworden sind. Trotz aller widrigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist die innere

Festigkeit unserer Partei gestiegen. Wir sehen überall, wie der Organisationsapparat, insbesondere der Funktionärapparat, der Apparat der Betriebsvertrauensleute, immer mehr ausgebaut und gefestigt wird.

Wenn wir bedenken, welche Ansprüche heute an unsere Parteiorganisation, insbesondere bei den zahlreichen Wahlen, gestellt werden, dann können wir sagen, daß die Leistungsfähigkeit unserer Parteiorganisation im ganzen Reich über jedes Lob erhaben ist. Daß die Parteiorganisation ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft, der in den Anfangsmonaten des Jahres 1919 teilweise verloren gegangen war, wiedererlangt hat, das haben uns die Ereignisse der letzten Monate auf das deutlichste bewiesen. Sie haben uns gezeigt, daß die Arbeiterschaft heute wieder fest hinter den Parolen der Sozialdemokratischen Partei steht. Der Parteivorstand hat den zahlreichen Wünschen, die auch auf dem vergangenen Parteitag in bezug auf eine engere Fühlungnahme zwischen den Funktionären der Partei und auf die Versorgung mit Agitationsmaterial geäußert wurden, durch die Schaffung des „Nachrichtenblattes für die Funktionäre" Rechnung zu tragen versucht, das neben organisatorischen Mitteilungen, insbesondere auch Agitationsmaterial nach rechts und links unseren Rednern und unseren Funktionären an die Hand gibt. Nach den bisherigen Mitteilungen glaube ich, sagen zu können, daß dieses Nachrichtenblatt bei den Funktionären durchaus Anklang gefunden hat. Damit will ich nicht sagen, daß wir mit der heutigen Ausgestaltung des Blattes bereits den Idealzustand erreicht haben. Wir sind für jede Anregung für den Ausbau dankbar.

Wir haben im vergangenen Jahr auch eine besondere Aufmerksamkeit der Ausgestaltung der Beamtenagitation zugewandt. Wenn an manchen Stellen in der Partei gegen die Schaffung besonderer Beamtenwerbeausschüsse das Bedenken vorgebracht worden ist, daß man den Beamten keine Extrawurst braten dürfe, so ist das nicht richtig. Ich wäre der erste, der sich gegen eine Sonderbehandlung und Begünstigung der Beamten aussprechen würde. Wenn wir aber besondere Agitations- und Aufklärungseinrichtungen für die Beamten geschaffen haben, so nicht im Interesse der Beamten, sondern im Interesse der Partei, weil die Partei versuchen muß, in die Kreise der in einem ganz anderen Geiste aufgewachsenen Beamten sozialistischen Geist hineinzutragen. Allerdings müssen wir dabei auch in stärkerem Maße als bisher den Beamten gegenüber den Wunsch ausdrücken, daß sie die Parteiorganisation und ihre Einrichtungen nur als eine politische Organisation, als politische Kampfeinrichtung betrachten mögen. Wir können nicht in den Werbeausschüssen eine besondere Beamtenorganisation zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen schaffen. Das ist Aufgabe der wirtschaftlichen Beamtenorganisation. Was die Partei tun kann, ist, die gesetzgebenden Körperschaften und unsere Fraktionen, die über die Wünsche der Beamten zu entscheiden haben, im Sinne der berechtigten Interessen der Beamten zu beeinflussen. Das ist geschehen und wird weiter geschehen.

Die Erscheinung, die wir im allgemeinen zu verzeichnen hatten, daß nämlich unsere Partei nicht den gesamten Besitzstand, den sie nach der Revolution erlangt hatte, auf die Dauer halten konnte, hat sich besonders auf kommunalpolitischem Gebiet gezeigt. Wir haben im vergangenen Jahr an einzelnen Stellen, insbesondere in den städtischen Gemeinden, einen kleinen Rückgang in der Zahl der Kommunalvertreter gehabt. Das ist erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß zu einem sehr großen Teil in diesen Gemeinden die Sozialdemokratie vor der Revolution überhaupt nicht oder nur ganz schwach vertreten war und daß sie deshalb vor einen ganz neuen Aufgabenkreis gestellt wurde. Leider muß dabei gesagt werden, daß nicht überall unsere Parteigenossen in der Aus[illegible]andidaten für die kommunalen Ehrenämter eine sehr glück-

liche Hand gehabt haben. (Sehr gut!) Wir haben gesehen, daß Vertreter unserer Partei in kommunalen Ehrenämtern infolge der politischen Entwicklung nach links abgeschwenkt sind, daß aber auch Parteimitglieder, Beamte, höhere Angestellte, Gewerbetreibende usw., die man mit kommunalen Ehrenämtern betraut hat, wieder in die Reihen der bürgerlichen Parteien zurückgetreten sind. Ich möchte auch an dieser Stelle den Wunsch aussprechen, daß auch bei den kommunalen Vertretungen in der Auswahl der Kandidaten mit größter Vorsicht vorgegangen wird, daß nur Genossen auf diesen Platz gestellt werden, über deren politische und sachliche Bewährung unsere Parteigenossen sich ein einigermaßen zuverlässiges Urteil gebildet haben. (Sehr richtig!)

Es haben sich nun in den letzten Monaten an einzelnen Orten Bestrebungen herausgebildet, angeblich, um die Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung bei der kommunalen Arbeit auszuschalten, sogenannte Gewerkschaftslisten bei den kommunalen Wahlen aufzustellen, die allen politischen Richtungen entsprechen sollen. Gegen diese Versuche, die Leitung der kommunalen Angelegenheiten von der Partei auf die Gewerkschaften zu überführen, müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Sehr wahr!) Es ist durchaus zu bestreiten, daß durch Fraktionen, die auf solchen Gewerkschaftslisten gewählt werden, die Kraft und der Einfluß der Arbeiterschaft in dieser kommunalen Vertretung irgendwie gestärkt wird; denn die Einigkeit besteht bei diesen Listen doch nur bis zum Wahltag. Wie will man bei solchen Fraktionen ein einheitliches Arbeitsprogramm, einen Fraktionszwang durchführen, und wie will man, wenn in einem solchen Ort das Gewerkschaftskartell, das diese Liste aufgestellt hat, zufällig eine besonders radikale Färbung aufweist, unseren Parteigenossen zumuten, sich etwa unter kommunistische oder unabhängige Wünsche in der kommunalen Vertretung zu beugen. Wir dürfen auch gerade in diesen Orten — es sind meistens politisch zurückgebliebene Orte, die auf diese Weise schneller vorwärts zu kommen glauben — nicht vergessen, daß wir dadurch die politische Aufklärung aufs allerschwerste schädigen, weil der Arbeiter, der bisher schon nicht eingesehen hat, daß er sich auch politisch organisieren muß, erst recht nicht die Notwendigkeit der politischen Organisation begreifen wird, wenn er sieht, daß die Wahlen auch von den Gewerkschaften gemacht werden können. Ich bitte also dringend, in den einzelnen Bezirken und Orten, diese vielleicht gutgemeinten, aber durchaus ungünstig wirkenden Versuche in bezug auf kommunale Gewerkschaftslisten mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Die Festigkeit unserer Organisation hat sich in den letzten Wochen glänzend bewährt, und zwar bei der Notwendigkeit, den rechtsradikalen Kreisen zu zeigen, daß bei Fortdauer ihrer Bestrebungen, ihrer Mordhetze, die Arbeiterschaft sich eventuell selbst ihr Recht verschaffen könnte. Wir werden, wie Genosse Müller gestern mit vollem Recht hervorgehoben hat, in den nächsten Wochen häufig gezwungen sein, höchste Kampf- und Alarmbereitschaft von unseren Parteigenossen zu verlangen. Die Wiederkehr des 9. November wird uns, glaube ich, eine willkommene Gelegenheit zur Demonstration für Republik und Demokratie und gegen alle jene reaktionären, militaristischen und monarchistischen Bestrebungen geben.

Dem Parteitag liegen mehrere Anträge vor, die verlangen, daß unsere Fraktionen für die gesetzliche Festlegung des 1. Mai und des 9. November als Feiertage eintreten sollen. Der 1. Mai war bereits einmal im Jahre 1919 als gesetzlicher Feiertag festgelegt. In diesem Jahre war es gelungen, auch einige bürgerliche Parteien, allerdings unter Begründungen, die sie sich zum Teil besonders zurechtgemacht hatten, zur Festlegung des 1. Mai als allgemeinen Feiertag zu veranlassen. Wir glauben aber, daß gerade [redacted]ai sich als

allgemeiner nationaler Demonstrationsfeiertag eignet wie kaum ein anderer Tag. Gewiß ist eine Reihe von Forderungen, für die früher demonstriert wurde, erfüllt. Aber die Gedanken, die uns am 1. Mai immer beseelten, die Gedanken der allgemeinen Völkerverständigung, der Verhinderung der Kriege, der Bekämpfung des militaristischen Geistes, sind heute so aktuell wie je. Wir haben daher alle Veranlassung, diesen Tag dem ganzen deutschen Volk als Demonstrationsfeiertag näher zu bringen.

Der 9. November ist für uns sicherlich nicht ein Freudentag. Er ist zwar der Tag des Zusammenbruchs des alten Systems, gleichzeitig aber auch der Beginn ungeheurer Belastungen und Fesselungen für das ganze deutsche Volk. (Sehr richtig!) Was jedoch in erster Linie maßgebend für uns sein muß, ist die Tatsache, daß der 9. November der Geburtstag der Republik und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes ist. Angesichts der heutigen Verhältnisse, angesichts des Umstandes, daß die Errungenschaften der Revolution in höchster Gefahr sind, müssen wir den 9. November dazu benutzen, um zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht davor zurückschrecken wird, für diese Errungenschaften erneut alles einzusetzen. Das bedeutet aber auch, daß wir den 9. November nicht schematisch in seiner Ausgestaltung behandeln dürfen, sondern daß wir uns die Art der Feier des 9. November je nach der politischen Situation von der Partei zu bestimmen vorbehalten müssen.

Die Schwierigkeiten, die uns im Kampf um die politische Macht auf allen Gebieten entstehen, die Gefährdung der revolutionären Errungenschaften, haben die Augen der Arbeiterschaft in immer stärkerem Maße auf die Ursachen der Schwäche zurückgeführt, unter der wir zweifellos leiden. Je mehr sich die Erkenntnis in der Arbeiterschaft Bahn brach, daß unsere Fortschritte sich verlangsamten, daß wir sogar an vielen Stellen zurückgedrängt wurden und daß dies zu einem erheblichen Teil auf der Uneinigkeit der Arbeiterschaft beruht, um so mehr machte sich das Streben nach Wiederherstellung der sozialistischen Einigkeit bemerkbar. Gerade in der letzten Zeit, in der die Arbeiterschaft sich nach der Ermordung Erzbergers zu gewaltigen Demonstrationen zusammengefunden hat, sind die Wünsche nach Einigkeit in immer stärkerem Maße hervorgetreten. Auch dieser Parteitag wird sich mit einer ganzen Reihe von Anträgen zu beschäftigen haben, in denen die Herbeiführung der Einigkeit gewünscht wird. Erfreulicherweise befindet sich in diesem Jahr unter den Anträgen keiner wie in früheren Jahren, in dem ausgesprochen wurde: der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigung mit der Unabhängigen Partei oder die Einigung des Proletariats unter allen Umständen herbeizuführen. Das ist ein Beweis dafür, daß unsere Parteigenossen inzwischen erkannt haben, daß eine solche Einigung von der politischen Entwicklung innerhalb der beteiligten Gruppen der Arbeiterschaft abhängig ist. Unsere Partei ist in der Stellungnahme zur Einigungsfrage in einer sehr angenehmen Situation. Wir haben seit der Spaltung eine durchaus einheitliche Linie in dieser Frage verfolgt. Wir haben immer die Spaltung als den schwersten Schaden für die Arbeiterschaft aufs tiefste bedauert und sind immer zur Einigung bereit gewesen. Aber der Wunsch allein genügt nicht, um diese Einigung herbeizuführen. (Sehr richtig!) Eine organisatorische Vereinigung, die man unter dem Zwang gewisser Verhältnisse herbeiführen würde, ohne daß eine weitgehende innere Uebereinstimmung der grundsätzlichen und taktischen Anschauungen vorhanden ist, würde lediglich den Kampf, der bisher zwischen den Parteien geführt wurde, in die geeinigte Partei hineintragen (sehr richtig!), wie wir das bei der KPD. gesehen haben. Deshalb müssen wir auf diesem Parteitag klar aussprechen, was wir wollen, welche politische Linie wir in den wichtigsten Fragen in Zukunft verfolgen wollen, um dann zu sehen, welche Differenzen

uns noch von den Unabhängigen trennen und wo die Schwierigkeiten für eine Einigung liegen.

Welche Unterschiede zwischen den politischen Grundsätzen unserer Partei und der Unabhängigen Partei sind vorhanden? Welche Grundsätze hat die Unabhängige Partei überhaupt? Die politische Streitfrage, die die Spaltung herbeiführte, war die verschiedenartige Stellungnahme zur Kriegspolitik und zur Bewilligung der Kriegskredite. Diese Frage, von der die Unabhängige Partei hoffte, daß sie ihr die Massen zuführen würde, hat den erhofften Erfolg nicht gebracht. Als die militärische Macht zusammengebrochen war und eigentlich für die Vertretung dieser unabhängigen Anschauungen der günstigste Boden vorhanden war, brachten die Nationalversammlungswahlen und alle Wahlen in den ersten Monaten nach der Revolution den Unabhängigen Niederlage auf Niederlage. Wenn wir uns einmal die politischen Erscheinungen ansehen, aus denen die Unabhängige Partei ihre politische Nahrung in der Folgezeit bezogen hat, so waren es keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern es war einfach die skrupellose und demagogische Ausnutzung aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die zum Teil von den Unabhängigen selbst geschaffen waren (sehr richtig!), die dazu führten, daß das Heer der Unzufriedenen, der politisch Indifferenten und Unaufgeklärten dieser radikalen Partei, die alles versprach, zugeführt wurde. (Sehr wahr!) Als dann die Unabhängige Partei groß und stark geworden war, und als sie vor die Entscheidung gestellt wurde, ihre Versprechungen zu verwirklichen, da versagte sie, und dieses Versagen war der erste Schritt zu dem nun beginnenden unaufhaltsamen Niedergang der Unabhängigen Partei. Die Differenz, die sich zwischen den Worten des Leipziger Aktionsprogramms der Unabhängigen und den Notwendigkeiten der praktisch-politischen Arbeit zeigte, die Differenz, die zwischen dem Aktionsprogramm der Unabhängigen und den Wünschen der Wähler offenbar wurde, war nicht zu überbrücken. Die Unabhängige Partei mußte daher entweder ihr Leipziger Aktionsprogramm in die Tasche stecken oder auf die Massen verzichten. Daß diese Entwicklung politisch unabwendbar war, beweist die Tatsache, daß die Kommunistische Partei, die die Phrase in noch verstärktem Maße von der Unabhängigen Partei übernommen hat, von Spaltung zu Spaltung geschritten ist.

Wenn wir uns heute fragen, welches die größte Streitfrage zwischen uns und der Unabhängigen Partei ist, so kommen wir, abgesehen von Kleinigkeiten, die nicht der Rede wert sind, zu dem Ergebnis, daß die Hauptdifferenz in der Frage liegt, ob eine sozialdemokratische Partei gemeinsam mit bürgerlichen Parteien in eine Regierung eintreten könne. Die Unabhängige Partei hat von Anfang an unsere Koalitionspolitik als Verrat an der Arbeiterklasse bezeichnet. Aber auch hier ist sie zu ihrem Damaskus gekommen, denn die Haltung der Unabhängigen Partei zur jetzigen Reichsregierung ähnelt doch verteufelt einem Verrat, wie wir ihn begangen haben sollen. Ich glaube nicht, daß die Unabhängige Partei ihren bisherigen Standpunkt mit derselben Energie und Schärfe auch in Zukunft wird vertreten können, aber es ist interessant, zu lesen, was die „Freiheit" über die Notwendigkeit dieser deutschen Taktik der Unabhängigen Partei geschrieben hat.

Als die neue Regierung im Reiche gebildet war, die Regierung zur Annahme des Ultimatums, und als die Unabhängige Partei durch Ablehnung des Mißtrauensvotums der Deutschnationalen und durch Stimmenthaltung bei dem Vertrauensvotum dieser Regierung, an der die Sozialdemokratie beteiligt war, eine Mehrheit verschafft hatte, schrieb die „Freiheit" zur Begründung dieser Haltung folgendes:

„Im Reichstag haben heute die verschiedenen Abstimmungen stattgefunden, die über das Schicksal der Regierung Wirth die Entscheidung brachten. Daß dieses Schicksal vom Parlament bestimmt und nicht in höheren, unverantwortlichen Regionen entschieden wird, das macht eben den Unterschied des parlamentarischen von dem früheren halb-absolutistischen System aus.

In der wilhelminischen Zeit war das Parlament für die Sozialdemokratie einmal die Tribüne, von der aus sie am wirkungsvollsten weithin ihre Ansichten vertreten und propagieren konnte. Zugleich bot sich die Gelegenheit, bei dem einen oder anderen Gesetzentwurf materielle Zugeständnisse oder einzelne Verbesserungen für die arbeitende Klasse durchzusetzen. Die großen Richtlinien der Politik aber, insbesondere auch der Außenpolitik, wurden vom Parlament wenig beeinflußt; sie wurden festgelegt von „Seiner Majestät", d. h. von einem engen, allein regierenden Kreis der Spitzen der Bureaukratie und der Armee. Jetzt dagegen bestimmt das Parlament gemäß den Kräfteverhältnissen, die sich beim Wahlausgang offenbart haben, auch die entscheidenden politischen Richtlinien. Die Einwirkung und damit die Verantwortung des Parlaments und jeder einzelnen politischen Partei ist damit gestiegen, und jede politische Partei hat die Möglichkeit, damit aber auch die Pflicht, ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen, um die durch das Parlament zu bestimmenden Richtlinien möglichst der eigenen Linienführung zu nähern, die Politik der Regierung ihren eigenen Anschauungen gemäß zu beeinflussen."

Wenn wir eine Begründung für die Politik geben wollen, die wir seit der Revolution getrieben haben, brauchen wir nichts anderes zu sagen als das, was hier die „Freiheit" zur Begründung der neuen Taktik der Unabhängigen geschrieben hat. Dann muß man aber fragen: Wo ist nun der Unterschied? Der Unterschied besteht darin, daß wir den Mut haben, diese Politik zu vertreten, die Unabhängigen aber leider nicht. (Sehr richtig!) Nach wenigen Tagen brachte die „Freiheit" eine andere Notiz, in der es heißt: „Die Einigung in der Arbeiterklasse kann erst kommen, wenn die rechtssozialistische Partei sich entschließt, auf eine Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen zu verzichten." Kurze Zeit darauf fuhr Herr Breitscheid nach Paris und erklärte dort: Herr Wirth muß unter allen Umständen gehalten werden, sonst gibt es ein Unglück für Deutschland und die ganze Welt.

Als jetzt nach der Ermordung Erzbergers sich zeigte, wie gefährlich es für die Arbeiterschaft ist, in Preußen die Hand nicht an der Klinke der Staatsgewalt zu haben, schrieb die „Freiheit": „Wir fordern angesichts dieser Bedrohung der Volksfreiheit den Eintritt von Sozialdemokraten in die preußische Regierung (Hört! hört!), solange diese Bedrohung andauert." Also weil die Unabhängigen fürchten, daß es ihnen genau so an den Kragen geht wie den anderen Arbeitern, wenn die Reaktion zur Herrschaft kommt, sollen wir in die Regierung eintreten. Wenn die Bedrohung vorbei ist, gehen wir wieder heraus, und wenn sie nach vier Wochen wieder beginnt, bemühen wir uns wieder von neuem, in die Regierung hineinzukommen. Solch ein politisches Murmelspiel kann eine Partei, die ernstgenommen werden will und die die größte des deutschen Volkes ist, nicht mitmachen. (Sehr richtig!)

Dieselbe Inkonsequenz und derselbe mangelnde Mut, die selbsterkannte Wahrheit öffentlich und praktisch zu vertreten, zeigt sich auch in der Berliner Kommunalpolitik.

Die Unabhängigen sind die größte Partei in der Stadtverordnetenversammlung und haben im Magistrat eine einflußreiche Stellung. Es ist ein Magistrat mit sozialistischer Mehrheit gebildet worden. Man hat die Macht, aber man hat

auch „Grundsätze", und lehnt dem eigenen sozialistischen Magistrat den Etat ab, so daß der Magistrat sich bei der Bewilligung des Etats nicht auf seine sozialistische Mehrheit, sondern auf eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und Bürgerlichen stützen muß. Das ist keine Politik, das ist Affentheater. (Sehr richtig!) Wir müssen den Unabhängigen heute sagen: Wir sind jeden Augenblick für die Einigung, aber dann unterlaßt dieses Affentheater und seid eine Partei, die ernsthafte politische Arbeit für die Arbeiterklasse leisten will! (Sehr wahr!)

Wenn der Führer der Unabhängigen, Arthur Crispien, in Görlitz gesagt haben soll, daß die Arbeiterklasse sich schon einigen werde, wenn sie zur Macht kommt, so glaube ich, daß die Arbeiterschaft, wenn sie zur Macht gekommen ist, die Einigung mit dem Genossen Crispien nicht mehr brauchen wird. Wir brauchen die Einigkeit, um zur Macht zu kommen. (Sehr richtig!) Die Arbeiterschaft kann nicht gestatten, daß einzelne Personen, weil sie sich scheuen, von ihrem Piedestal herabzusteigen und falsche Wege als solche anzuerkennen und zurückzugehen, dieser Einigung dauernd im Wege stehen.

Ich möchte auch noch auf eine andere Tatsache hinweisen. Als in Sachsen die beiden sozialdemokratischen Parteien auf ihren Landeskonferenzen sich für eine Arbeitsgemeinschaft aussprachen, erließ der unabhängige Zentralvorstand einen Aufruf in der „Freiheit", in dem er sagte: „Was die Einigkeit vermag, bewies die Niederkämpfung der Kappisten. Damals hat sich Wert und Bedeutung des geschlossenen Auftretens der Parteien und Gewerkschaften erwiesen." Wenn sich hier in einer Frage, in der es um die Lebensinteressen der Arbeiterschaft geht, eine Partei mit fremden Federn schmückt, muß das festgestellt werden. Daß die Einigkeit der Arbeiterklasse beim Kapp-Putsch hergestellt wurde, war nicht das Verdienst der Unabhängigen Partei. (Sehr richtig!) Die Kommunisten hatten es überhaupt abgelehnt, sich an dem ganzen Kampfe zu beteiligen, und die Unabhängigen hatten erklärt, sie könnten angesichts dessen, was unsere Regierung ihnen getan hätte, nicht mit den Mehrheitssozialisten gemeinsam den Kampf führen. Die Unabhängige Partei mußte erst von den unabhängigen Gewerkschaftlern gezwungen werden, den Kampf gegen Kapp mit uns gemeinsam zu führen. Wir werden mit den Unabhängigen erst zu einer Einigung kommen, wenn sie von ihren Anhängern, die mehr gesundes Empfinden haben als manche ihrer Führer, zu einer Einigung gezwungen werden.

Ob wir bei dieser zweideutigen Haltung der Unabhängigen Partei in nächster Zeit, wie wir es sehnlichst wünschen, zu einer Einigung kommen werden läßt sich nicht voraussagen. Man könnte vielleicht diese Einigung durch ein Zusammengehen der zentralen Parteikörperschaften und ein Zusammengehen am Orte vorbereiten. Bei den Aktionen anläßlich der Ermordung Erzbergers haben wir in den letzten Wochen die Herstellung der sogenannten Einheitsfront gehabt. Wir müssen aber dabei immer die taktische und organisatorische Selbständigkeit unserer Partei wahren. Das Zusammengehen verschiedener Parteien in einer Frage hat nur dann Sinn, wenn diese Parteien nicht sonst eine entgegengesetzte Politik treiben. Wenn wir in Berlin in einer kommunalen Angelegenheit, wo es sich um Bewilligungen handelt, mit den Unabhängigen und Kommunisten eine Demonstration machen würden, würden die Hühner darüber lachen, weil man sagen würde: Die Unabhängigen und Kommunisten können schon demonstrieren. Bisher haben sie fast alle Vorlagen, bei denen es sich darum handelte, für die Ausgaben Deckung zu schaffen, abgelehnt und die unangenehme Aufgabe der Bewilligung dieser Einnahmen den anderen Parteien überlassen. Wenn wir mit der KPD. gegen Gewaltpolitik demonstrieren, wird man ebenso darüber lachen. Wir können ebensowenig mit den Deutschnationalen gegen kommunistische Putschpolitik demonstrieren. (Sehr richtig!)

In letzter Zeit ist oft die Frage an uns herangetreten, wie weit ein Zusammengehen mit den Kommunisten überhaupt möglich ist. Wir müssen die Zuverlässigkeit einer solchen Partei prüfen und unsere Stellung danach einrichten. Dabei kommen wir zu Ergebnissen, die die kommunistische Partei nicht zu einem angenehmen Bundesgenossen machen. Auf die Weigerung der Kommunisten, gegen Kapp zu kämpfen, habe ich bereits hingewiesen. Sie machten nur mit, wo sie den Kampf für ihre politischen Zwecke ausnutzen konnten. Als im vergangenen Jahre bei dem russisch-polnischen Konflikt die drei sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften einen Aufruf erließen, der zur Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte aufforderte, erschien am nächsten Tage in der „Roten Fahne" ein besonderer Aufruf und ein Angriff gegen Unabhängige, Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften, der von den schwersten Beschimpfungen strotzte. Dabei hatte ein kommunistischer Vertreter an diesem Aufruf mitgearbeitet und sich mit jedem Satze einverstanden erklärt. Die Kommunisten erklärten später, daß der Artikel in der „Roten Fahne" und der neue Aufruf mit den heftigsten Angriffen von diesem selben Mann geschrieben seien. (Hört! hört!)

Als am 31. Juli Demonstrationen mit der Parole: Nie wieder Krieg! veranstaltet wurden, gaben die Kommunisten die gegenteilige Parole aus: Nie wieder imperialistischer Krieg!, denn ihre Sowjetkriege, die Kriege der Roten Armee, wollten sie nicht bekämpfen. Es war daher nicht zu billigen, daß in einem Ort unsere Genossen gemeinsam mit den Kommunisten für diese kommunistische Parole demonstrierten.

Die Freilassung aller politischen Gefangenen ist eine Forderung, die verschiedentlich, auch von manchen unserer Genossen, mit großer Begeisterung vertreten wird. Wir haben uns bemüht, eine Reihe von politischen Verbrechern der Reaktion hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wenn uns das nicht ganz gelungen ist, so können wir uns diese Möglichkeit nicht dadurch abschnüren, daß wir nun schleunigst die Entlassung aller, d. h. auch dieser politischen Gefangenen, wieder verlangen. Als politischen Gefangenen betrachten die Kommunisten auch Herrn Hölz und alle Leute, die während des mitteldeutschen Aufruhrs Dynamitattentate, Morde usw. begangen haben. Dieser Schlachtruf ist ein politischer Unfug. (Sehr richtig!) Wir können nicht die politischen Verbrecher der Rechten einstecken wollen und denen der Linken einen Freibrief gewähren. In einigen Organisationen, wie z. B. in Chemnitz und Frankfurt a. M., ist die Scheidelinie, die uns von anderen Parteien trennt, nicht mit der nötigen Schärfe auch nach links gezogen worden. Die Chemnitzer Genossen sollten sich nicht so sehr von dem Gedanken leiten lassen, den man ihnen eingeblasen hat, zu jeder Zeit zu beweisen, daß sie eine besondere Richtung sind. Wenn Fellisch in einer Versammlung gesagt hat: Nicht Moskau und nicht Amsterdam, sondern eine einheitliche sozialistische Gewerkschaftsinternationale, die alle Organisationen umfaßt . . ., so klingt das wunderschön, aber daß die Klarheit dadurch gefördert wird, kann man nicht sagen.

In Frankfurt a. M. haben wir in der letzten Zeit eine Politik gesehen, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Die Frankfurter Parteigenossen haben, um einige zum Katholikentag eingetroffene Horthy-Ungarn aus Frankfurt zu entfernen, die Einheitsfront bis zur KAPD. hergestellt. Angesichts der Tatsache, daß ein Mann, der in Ungarn bei der Räteherrschaft eine merkwürdige Rolle spielte, auch bei der Inszenierung des mitteldeutschen Putsches als Beauftragter des Moskauer Zentralkomitees eine maßgebende Rolle gespielt hat, glaube ich, daß man solche Aktionen mit dieser Partei nicht gemeinsam machen kann, wenn wir uns nicht um unseren politischen Kredit bringen wollen.

Das Frankfurter Kommunistenblättchen ist verboten worden, weil es Beleidigungen des Reichspräsidenten, der Regierung und der republikanischen

Staatseinrichtungen enthielt. Unsere Frankfurter Parteiorganisation hat dagegen Protest eingelegt und verlangt die Freigabe. In einer Versammlung der Frankfurter Funktionäre hat ein Parteigenosse folgendes ausgeführt: „Wir haben uns zu fragen, was seit dem 31. August geschehen ist. Eine Anzahl rechtsstehender Hetzblätter sind verboten worden. Unsere Partei steht grundsätzlich auf dem Boden der vollständigen Rede- und Schreibfreiheit und ist gegen Verbote. Der Ebertsche Erlaß hat auch die Parteien der Linken getroffen. Nach vierzehn Tagen wird das Verbot nur noch gegen links angewendet werden. Das Verbot ist eine Torheit, den Kommunisten könnte keine bessere Reklame gemacht werden. Wir haben wirklich anderes zu tun, als immer den Beleidigten zu spielen." Wir haben schon bei Erlaß der Verordnung das Bedenken gehabt, daß die Kommunisten das Vorgehen auch gegen sich provozieren würden, um sagen zu können, der Kampf werde nur gegen links geführt. Es ist in Frankfurt gesagt worden, der Artikel sei ganz unschuldig und enthalte keine Beleidigungen. Er trägt die Ueberschrift: „Nieder mit dem schwarzweißroten Mördergesindel! Herunter mit dem schwarzweißroten Orgesch-Abzeichen!" In dem Artikel wird u. a. vom Reichskanzler Wirth als „Helfferich-Schergen" gesprochen, der Staat wird eine Mörder- und Hurengrube genannt, in der die Helfferich und Ludendorff die Regie haben und die Regierung der Zuhälter ist. Den Arbeitern müsse gesagt werden, daß die Machenschaften Hörsing-Eberts eine Schurkentat sind, Ebert und Hörsing hätten ein gemeinsames Paktum abgeschlossen mit den uns anspringenden Bluthunden, sie werden „abtrünnige Gesellen" genannt usw. Endlich heißt es in dem Artikel: „Kampf gilt die Losung! Fort mit jedem Skrupel!"

Man kann über das Verbot verschiedener Meinung sein, obwohl nicht zu bestreiten ist, daß die Reaktion zur Befruchtung ihrer Machenschaften derartige Artikel geradezu braucht. (Sehr richtig!) Aber es ist eine politische Geschmacklosigkeit, wenn unsere Parteiorganisationen mobilgemacht werden, um solch ein Dreckblatt vor dem Verbot zu schützen. (Sehr wahr!)

In einer Besprechung des Verbots schreibt die „Frankfurter Volksstimme": „Von allen Sozialdemokraten ist zu verlangen, daß sie sich nach unserem Parteiprogramm richten. Sozialdemokraten dürfen ihre Hand nicht dazu bieten, daß irgend jemand die Versammlungs- oder Preßfreiheit beschränkt, auch nicht den Reaktionären. Freilich darf es nicht heißen: Das Parteiprogramm über alles, und wenn die Welt darüber zugrunde geht! Das Parteiprogramm ist um des Proletariats willen und damit um der Menschheit willen da, nicht das Proletariat um des Parteiprogramms willen."

Ich glaube, daß man den schönen Ausdruck „Eiertanz" auf diesen Artikel sehr gut anwenden kann. Zuerst heißt es: Wir haben ein Parteiprogramm, in dem nichts von Verboten steht, also Hand weg von Verboten; und dann heißt es, wenn uns das nützt, können wir das Parteiprogramm in die Ecke werfen.

An einer anderen Stelle des Artikels wird begründet, daß man solche Verbote zwar gegen die Reaktion aussprechen kann, weil die reaktionären Machenschaften nicht hart genug bestraft werden, daß solche Verbote aber nicht gegen die Kommunisten ausgesprochen werden dürfen, weil diese schon von den Gerichten genügend bestraft werden.

Wir müssen mit Entschiedenheit aussprechen, daß eine solche Politik nicht im Interesse der Parteientwicklung liegt. Alle Erfahrungen haben gelehrt, daß durch solche schwammige Politik nur Haltlosigkeit und Unklarheit in unsere Reihen getragen werden. (Sehr wahr!)

Wenn die Frage der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung eine der wichtigsten Streitfragen bei der Einigung mit den Unabhängigen ist, so bildet sie geradezu das Kernproblem der deutschen Politik insgesamt. Es ist heute keine Phrase mehr, daß ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie ernsthaft und positiv nicht regiert werden kann, wenn man im Ausland das Vertrauen gegen Deutschland nicht gefährden und die innere Ruhe nicht in schwerster Weise in Frage stellen will.

Als der Parteitag in Kassel zur Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung Stellung nahm und die Bedingungen dafür aufstellte, waren wir aus der Reichsregierung bereits ausgetreten. Die Haltung, die damals die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand eingenommen hatten, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen, war fast einmütig vom Parteitag genehmigt worden, und die Bedingungen waren Bedingungen für einen eventuellen neuen Eintritt in die Reichsregierung. Die Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum in der Nationalversammlung war in den neuen Reichstag nicht wieder mit einer Mehrheit eingerückt. Maßgebend für unseren Austritt aus der neu zu bildenden Regierung war, daß wir es nicht übernehmen wollten, den Parteien, deren skrupellose Agitation ihnen den Wahlerfolg gebracht hatte, die Verantwortung dafür abzunehmen, was sie bisher in der Hetze gegen die Sozialdemokratie im Volke verschuldet hatten. Sie sollten jetzt zeigen, was sie können.

Wenn sich die Bedingungen des Kasseler Parteitages, in denen der Name einer Partei nicht genannt ist, in der praktischen Politik in dem Grundsatz vereinigte, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierungskoalition abzulehnen, so geschah es deshalb, weil die von dieser Partei vertretenen Grundsätze ungeeignet waren, für eine Durchführung unserer Grundsätze und des von uns aufgestellten Regierungsprogramms zu wirken. Es war eine Konsequenz der sachlichen Bedingungen, die in der Praxis von der Deutschen Volkspartei nicht nur nicht anerkannt, sondern bekämpft wurden, daß dieses politische Schlagwort in unsere praktische Politik hineingetragen wurde.

Bald nach dem Kasseler Parteitag trat an den Parteivorstand die Frage heran, inwieweit die Kasseler Bedingungen auch auf die Bildung der Regierung eines einzelnen Landes Anwendung zu finden haben. Es bestand kein Zweifel, daß formell der Kasseler Beschluß nur für die Reichsregierung gefaßt war. Aber wenn wir auch eine schematische Uebertragung dieser Bedingungen auf die Länder unbedingt ablehnen mußten, weil sie rein sachlich unmöglich war und weil auch schon die politische Bedeutung der einzelnen Länder so überaus verschieden ist, daß eine schematische Uebertragung unmöglich war, so mußte doch die Stellungnahme des Kasseler Parteitags eine gewisse Rückwirkung auf die Regierungsbildung in den Ländern ausüben, um so mehr, wenn die Politik der einzelnen Parteien in den Ländern im Einklang mit ihrer Politik im Reiche stand.

Die erste Frage, die an uns herantrat, war die der Regierungsbildung in Lippe. Es bestand für uns kein Zweifel, daß man ein Ländchen wie Lippe doch etwas anders behandeln muß wie das Reich und andere größere Länder. In Lippe hatten wir bis zu den letzten Wahlen eine sozialistische Mehrheit von einer Stimme. Diese Mehrheit ging verloren. Unsere Fraktion hatte 8 Sitze gegenüber 13 Sitzen aller anderen Parteien. Da sich diese Sitze zum Teil zu ein oder zwei Sitzen auf die verschiedensten Parteien verteilten und neben den Deutschnationalen die Deutsche Volkspartei die einzige nennenswerte Fraktion war, mußten wir uns entscheiden, ob wir in diesem Ländchen unseren Genossen empfehlen sollten, aus der Landesregierung herauszugehen oder mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen. Da unsere Genossen bis dahin im Landtag eine Reihe von Aufgaben bereits in Angriff genommen hatten, die noch durchgeführt werden mußten, und da wir die stärkste Fraktion waren, waren wir der Meinung, daß es unverantwortlich gewesen wäre, die vielfach zersplitterten bürgerlichen Parteien zur Bildung eines Bürgerblocks geradezu zu zwingen. Wir haben daher erklärt, daß der Parteivorstand mit dem Eintritt in die Re-

gierung mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten einverstanden und der Meinung ist, daß dieser Beschluß nicht dem Kasseler Parteitagsbeschluß widerspricht, wenn für diese Regierung ein Programm vereinbart werden kann, das gewissen Mindestforderungen entspricht. Das war möglich, und jene Regierung ist auf dieser Grundlage gebildet worden.

Der zweite Fall war die Bildung der Regierung in Mecklenburg. Dort hatten wir nach der Revolution eine sozialistisch-demokratische Mehrheit, die auch die Regierung bildete. Später schrumpften die Demokraten so weit zusammen, daß mit ihnen allein eine Mehrheit nicht gebildet werden konnte. Die Kommunisten sind in Mecklenburg ein so besonderes Gewächs, daß sie für eine bestimmte Regierungskoalition dort noch weniger in Betracht kommen als anderswo. Das hatte zur Folge, daß eine Zeitlang eine rein bürgerliche Regierung und nach deren Sturz für kurze Zeit eine rein sozialistische Minderheitsregierung gebildet wurde. Die Neuwahlen brachten unserer Partei Stimmen- und Mandatszuwachs. Unsere Fraktion allein hatte im mecklenburgischen Landtag 27 Mandate gegenüber 36 aller anderen Parteien. Besonders die ländliche Bevölkerung hat im ausgedehnten Maß der Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgesprochen. Bei der Neubildung der Regierung mußten die Kommunisten ausscheiden, die Demokraten allein waren zu schwach, um eine Mehrheit mit uns zusammen zu bilden; Unabhängige gibt es in Mecklenburg nicht. Man hat dort zwei Mittelstandsparteien, die aber zweifellos viel reaktionärer sind als etwa die Deutsche Volkspartei. Die Mittelstandsparteien hatten sich außerdem gebunden, ohne die Deutsche Volkspartei nicht in die Regierung einzutreten. Wir wurden also auch hier vor die Frage gestellt, ob wir mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung bilden wollten oder auf die Teilnahme an der mecklenburgischen Regierung verzichten und den bürgerlichen Parteien allein die Herrschaft überlassen wollten. Die Bürgerlichen hätten das letztere am liebsten gesehen. Es handelte sich nun um die Frage, ob wir mit der Volkspartei ein für uns annehmbares Arbeitsprogramm vereinbaren konnten. Es kam hinzu, daß Mecklenburg bis zur Revolution keine Verfassung und kein Parlament hatte. Dort herrschten noch stärker als in Preußen der Grundbesitz und der Adel. Diese Herrschaften warteten sehnsüchtig darauf, den alten Zustand möglichst wieder herbeizuführen. Unsere Aufgabe war es, diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Die mecklenburgische Bevölkerung und unsere Anhängerschaft besteht zum größten Teil aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung, und es war gerade für die Erhaltung und Entwicklung eines freien Menschentums unter den Landarbeitern eine Voraussetzung, daß die Sozialdemokratische Partei maßgebenden Einfluß hatte. Ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei wurde uns durch die Tatsache erleichtert, daß die mecklenburgische Volkspartei nicht die schwerindustrielle Partei wie in Preußen und im Reich ist, sondern mehr eine Partei des kleinen Bürgers, der Beamten und der Intellektuellen, ähnlich wie sonst die Demokratische Partei.

Unsere mecklenburgische Landeskonferenz hat damals neun Bedingungen aufgestellt, die in das Regierungsprogramm aufgenommen werden sollten, und das Zusammengehen unserer Partei mit der Deutschen Volkspartei von der Anerkennung dieser Bedingungen abhängig gemacht. Diese Bedingungen lauteten:

1. Sicherung der Verfassung des mecklenburgischen Freistaats und der deutschen Republik.
2. Demokratisierung der Verwaltung.
3. Ausbau der Selbstverwaltung der Aemter.
4. Sicherung und Ausbau der bestehenden Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
5. Sicherung und Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen auch auf dem Gebiete der Rechtspflege.
6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie der Erwerbslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit.
7. Förderung des Siedlungswesens.
8. Durchführung der Trennung von Staat und Kirche.
9. Durchführung der Einheitsschule.

Nachdem die Deutsche Volkspartei und die anderen Koalitionsparteien, die dann in die Regierung eintraten, diese Bedingungen ins Regierungsprogramm aufgenommen hatten, wäre es ein Verbrechen gegen die mecklenburgische Arbeiterschaft gewesen, nun nicht den starken Einfluß der Sozialdemokratie geltend zu machen, um diese Regierung zu einer möglichst schnellen Durchführung dieser Forderungen zu bringen.

Fast gleichzeitig mit der Frage der mecklenburgischen Regierungsbildung wurde auch in Preußen die Regierungsbildung akut. Während im Reich bereits im vergangenen Jahre eine rein bürgerliche Regierung, an der die Deutsche Volkspartei beteiligt war, die durch die wohlwollende Neutralität unserer Partei am Leben erhalten wurde, amtierte, hatten wir in Preußen noch eine Regierung der alten Koalition, in der vier Sozialdemokraten neben vier Bürgerlichen saßen. Die politischen Reibungen zwischen der rein bürgerlichen Reichsregierung und der sozialdemokratisch beeinflußten preußischen Regierung konnten nicht ausbleiben. Diese Reibungen führten auch zu Reibungen innerhalb der preußischen Regierung, weil die bürgerlichen Mitglieder dieses Kabinetts bemüht waren, ihren Parteifreunden im Reich bei Durchsetzung ihrer Anschauungen zu Hilfe zu kommen. Deshalb gingen schon seit Monaten vor den preußischen Wahlen Bemühungen, die preußische Regierung der Reichsregierung anzupassen. Der Kampf um die Entfernung der Sozialdemokratie aus der preußischen Regierung bildete den Kernpunkt des preußischen Landtagswahlkampfes. Aber der Ausgang der preußischen Landtagswahlen war ein ganz anderer. Brachten die Reichstagswahlen der alten Koalition eine klare Niederlage, brachten die Reichstagswahlen einen klaren Erfolg der Rechtsparteien und der Unabhängigen, so brachten die preußischen Landtagswahlen zwar auch einen Rückgang der alten Koalition, aber der alten Koalition doch eine arbeitsfähige Mehrheit, und insbesondere der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Reichstagswahl einen Stimmenzuwachs von fast einer Million. Das war ein ausdrückliches Vertrauensvotum für die Politik der besonders angegriffenen sozialdemokratischen Minister.

Wir haben uns nach dem Zusammentritt des Landtags in der Fraktion und im Parteivorstand einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß wir bereit sind, in eine Regierung der alten Koalition einzutreten, daß wir aber nicht bereit sind, eine neue Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu bilden. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der preußischen Regierung ist daran gescheitert, daß wir ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnten. Nun kommen eine Reihe von sehr staatsmännischen und weisen Genossen und sagen: Wenn ihr dort nicht so kolossal ungeschickt gewesen wäret, wäre es möglich gewesen, eine Regierung unter Beteiligung der Sozialdemokratie auch in Preußen zu bilden. Ich habe bisher vermißt, daß diese Genossen irgendeinen Anhalt dafür geben, der für die Richtigkeit ihrer Ansicht spricht. (Sehr richtig!) Weshalb haben wir das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt? Wir wissen, welche Unterschiede und Uebereinstimmungen zwischen der Deutschen Volkspartei und anderen bürgerlichen Parteien bestehen. Aber die Aufgabe der Genossen in der neuen preußischen Regierung mußte sein: Fortsetzung der Demokratisierung der Verwaltung, Aufbringung der Mittel zur Deckung des

Defizits im Staatshaushalt durch eine entschiedene und wirksame Grundsteuer, entscheidender Einfluß auf die Reichspolitik im demokratisch-republikanischen Sinne. Wir mußten uns fragen, ob bei der Art, wie die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf geführt und programmatisch ihre Anschauungen vertreten hatte, dieses Programm mit der Deutschen Volkspartei zusammen durchgeführt werden konnte. Man hat der Deutschen Volkspartei vier Fragen vorgelegt, und sie hat in ihrer Fraktion beschlossen, daß diese vier Fragen für sie nicht einmal diskussionswert sind. (Hört! hört!) Wenn die Deutsche Volkspartei die vier Punkte für zu weitgehend hielt, wäre es ihre Aufgabe gewesen, andere Vorschläge zu machen. Wenn man nicht auf dem Standpunkt steht, daß wir unter allen Umständen in einer Regierung bleiben müssen, ganz gleich wie sie aussieht und welches Programm sie hat, dann kann man nicht behaupten, daß unter den Verhältnissen, wie sie im Mai dieses Jahres in Preußen bestanden, eine andere Stellung möglich war, als sie Parteivorstand und Landtagsfraktion eingenommen haben.

Man hat gesagt, es wäre ein politisches Verbrechen, Machtpositionen, die wir hätten, aus der Hand zu geben. Es ist richtig, daß die Beteiligung an einer Regierung eine Machtposition sein kann. Aber nicht jede Beteiligung an jeder Regierung ist eine Machtposition. (Zustimmung.) Wenn wir in eine Regierung eintreten, in der bürgerliche Parteien die Mehrheit haben, in der eine Partei mit der Politik sitzt, wie sie von der Deutschen Volkspartei noch im Mai dieses Jahres vertreten wurde, dann müssen wir uns vorher Garantien über die Politik schaffen, die eine solche Regierung treiben will. Sonst bilden unsere Genossen das sechste oder siebente Rad am Wagen und haben lediglich das zu verantworten, was von den anderen geschieht, ohne die Möglichkeit zu haben, eine Politik in ihrem eigenen Sinne zu treiben. (Sehr richtig!) Man soll, wenn man diese Taktik, die damals eingeschlagen wurde, so gut kritisieren kann, uns auch ein klein wenig tatsächliche Winke geben, wie wir in Zukunft solche Fragen klüger und staatsmännischer erledigen können. (Sehr richtig!)

Aber die Frage der Regierungsbildung in Preußen wie die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an den Regierungen überhaupt ist durch diese Entscheidungen nur vorübergehend erledigt worden. Sie ist heute aktueller denn je. Die ungeheuren Ausgaben, die Deutschland und seine Länder zu erfüllen haben, zwingen die Sozialdemokratie, sich nicht einfach abseits zu stellen, sondern mit aller Kraft zu versuchen, Einfluß und Macht zu gewinnen. Die Vorgänge, wie wir sie in den letzten Wochen in dem Gegensatz zwischen dem Reich und dem von Preußen unterstützten Bayern erlebt haben, müssen dazu führen, daß wir versuchen, die bürgerlichen Parteien zu zwingen, mit uns Vereinbarungen zu treffen. (Sehr richtig!) Wenn heute noch manche Parteigenossen die Frage des Eintritts in eine Regierung von dem Gesichtspunkte aus betrachten, daß die Sozialdemokratie nur in eine Regierung hineingehen kann, um bestimmte Forderungen durchzusetzen, daß sie wieder aus der Regierung austreten kann, wenn die Voraussetzungen nicht mehr bestehen, so war das vielleicht früher gerechtfertigt, wo die Regierung vollkommen unabhängig vom Parlament war. Aber heute, wo nach der republikanisch-demokratischen Verfassung jede Regierungsmacht vom Volke ausgeht, ist diese Einstellung nicht mehr möglich. (Zustimmung.) Die größte Partei des deutschen Volkes kann es sich nicht leisten, etwa grundsätzlich die Beteiligung an einer Koalition abzulehnen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie ist heute ein politischer Faktor allerersten Ranges in Deutschland. Sie vertritt in den arbeitenden Schichten die Grundlage unseres ganzen wirtschaftlichen und staatlichen Lebens. Sie vertritt den Kreis der Bevölkerung, der zur Mitarbeit im und am Staate herangezogen

werden muß, wenn wir zu gesunden politischen Verhältnissen kommen wollen. Damit haben wir als Sozialdemokratische Partei eine Verantwortung gegenüber dem Volke übernommen, der wir uns stets bewußt sein müssen. Wir haben diese Verantwortung auch gegenüber der Republik und den demokratischen Volksrechten, die durch die Revolution geschaffen worden sind, die unter der Führung der Sozialdemokratie von der deutschen Arbeiterschaft durchgeführt worden ist. Unsere Errungenschaft ist die Republik, ist das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Für diese Forderungen hat die Sozialdemokratie am 9. November alles eingesetzt, und für diese Forderungen hat sie 60 Jahre lang gekämpft. Heute dürfen wir die Führung in der Verteidigung dieser Errungenschaft nicht aus der Hand geben, um so weniger, als die Feinde dieser Errungenschaft immer stärker werden.

Da wir nun heute nicht allein die Macht übernehmen können und da wir aus den angeführten Gründen nicht warten können, bis wir die Macht allein übernehmen, bis die Weltrevolution zur Diktatur des Proletariats führt, und da wir auch in der Zwischenzeit nicht den Schutz der Republik und der Demokratie ihren Gegnern oder den zweifelhaften Freunden überlassen können, ist es unsere Pflicht, zu versuchen, in den Regierungen Deutschlands einen führenden Einfluß zu gewinnen. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß diejenigen Parteien, die in der Regierung sitzen, dadurch noch eine besondere Stärkung gegenüber den anderen, die draußen stehen, erfahren, weil sie ja die Machtmittel des Staates handhaben und die Möglichkeit besitzen, durch diese Machtmittel des Staates (Verwaltung, Polizei usw.) von ihren politischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen aus zu dirigieren.

Es wird vielleicht, wie das schon geschehen ist, gegen diese Begründung der unbedingten Notwendigkeit unserer Koalitionsbereitschaft eingewendet werden, daß die Arbeiterschaft beim Kapp-Putsch und bei anderen Gelegenheiten gezeigt hat, daß sie allein imstande ist, die Republik zu schützen. Auch ich bin der Meinung, daß die einzige zuverlässige Stütze der Republik und der Demokratie heute die deutsche Arbeiterschaft ist. (Zustimmung.) Ich bin überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft, wenn es notwendig ist, bereit sein wird, nicht nur mit Fahnen und Schildern zu demonstrieren, sondern auch ihr Blut in dem Kampfe für die Republik einzusetzen. Aber wenn wir nicht aus den bürgerlichen Kreisen diejenigen Elemente, die bereit sind, ehrlich für die Republik und die Demokratie einzutreten, mit uns in eine Kampfreihe bringen, dann ist allerdings der Schutz der Republik nur möglich auf dem Wege der gewaltsamen Auseinandersetzung, auf dem Wege des Bürgerkriegs. Ich bin nicht der Meinung, daß wir diesem Kampfe aus dem Wege gehen sollen, wenn er uns aufgezwungen wird; aber wir sollen ihn auch nicht leichtfertig herbeiführen, wenn wir dem deutschen Volke die ungeheuren Leiden und Opfer eines solchen Bürgerkrieges ersparen können. Das zu tun, muß die Aufgabe unserer Politik sein.

Wenn wir uns heute grundsätzlich bereit erklären, auch weiterhin an Koalitionsregierungen gemeinsam mit bürgerlichen Parteien teilzunehmen, so können wir weniger denn je diese Koalitionsbereitschaft auf bestimmte Parteien beschränken. Wir können heute weniger denn je sagen: Wir sind bereit, mit dieser Partei zusammenzugehen, wir sind nicht bereit, mit jener Partei zusammenzugehen. Wir können weder sagen: „Unter allen Umständen", noch dürfen wir sagen: „Unter keinen Umständen". (Sehr richtig!) Wir haben nicht nach dem Namen einer Partei zu gehen, sondern wir haben zu fragen: Welche Politik können wir mit dieser Partei in einer Regierung treiben? (Sehr richtig!) Es kann sogar vorkommen, daß wir ein und dieselbe Partei ganz verschiedenartig in den einzelnen Ländern behandeln müssen, und zwar je nach der sozialen Zusammensetzung und Schichtung, die eine Partei in ihrer Anhängerschaft aufweist.

Es kommt weiter hinzu, daß ja die Parteien in Deutschland nichts Feststehendes sind, daß die Entwicklung des deutschen Parteiwesens durchaus noch nicht abgeschlossen ist. In der Nationalversammlung hatten wir es verhältnismäßig leicht, Stellung zur Koalitionspolitik zu nehmen. Im alten Reichstag hatten wir die Friedenskoalition zwischen Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum gehabt, und es lag in der Nationalversammlung und in Preußen nichts näher, als diese Koalition fortzusetzen, um so mehr, als Zentrum und Demokraten sich nach der Revolution sehr stark nach links auch in der Zusammensetzung ihrer parlamentarischen Fraktionen entwickelt hatten. Daß die Deutsche Volkspartei damals nicht schon eine Rolle bei dieser Koalitionsfrage spielte, ist in der Hauptsache dem Umstande zuzuschreiben, daß die Deutsche Volkspartei im Jahre 1919 kaum in der Entstehung begriffen war, daß sie den Wahlkampf mit einer ungenügenden Organisation geführt hatte, und daß sie nur die rechtsstehenden Elemente der Nationalliberalen Partei zu sich herübergezogen hatte, während die anderen zur Demokratischen Partei gegangen waren. Die Entwicklung, die die Parteien in den letzten Jahren genommen haben, muß uns zu manchem Nachdenken Veranlassung geben, und sie zeigt uns, daß auch unsere Politik die Entwicklung der bürgerlichen Parteien beeinflussen kann. Wir sehen, wie im Zentrum die verschiedensten Einflüsse miteinander ringen und wie die Entwicklung, die nach der Revolution einsetzte und die dem Arbeiterflügel auf Kosten des agrarisch-aristokratischen Flügels einen starken Einfluß gegeben hatte, heute bereits wieder erheblich zurückgedrängt wird. Wir sehen, daß die Demokraten, von denen man gehofft hatte, daß sie die große republikanisch-bürgerliche Partei sein würden, auf dem besten Wege sind, wieder die alte verknöcherte Fortschrittspartei zu werden. Ich kann mir vorstellen, daß ich mich mit Herrn Stresemann über Fragen der Sozialisierung und über Besitzsteuern leichter einigen werde als vielleicht mit Herrn Gothein, mit dem über derartige Dinge überhaupt nicht zu reden ist. Wir müssen auch mit in Rechnung stellen, daß die Demokraten heute eine bedeutungslose Partei sind, daß der größte Teil der Demokraten, die im Jahre 1919 für uns bündnisfähig waren, heute bei der Deutschen Volkspartei sind. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß dieselben Gärungen in der Deutschen Volkspartei vorhanden sind; daß ein großer Teil der Deutschen Volkspartei sich sehr unwohl dabei fühlt, in einen Topf mit den Deutschnationalen geworfen zu werden, die mit dem Stigma der Mörderpartei behaftet sind, als Rechtspartei, als reaktionäre Partei betrachtet zu werden. Hinzu kommt, daß neben dem Teil der Deutschen Volkspartei, der Anschluß an die Deutschnationalen sucht, ein anderer Teil vorhanden ist, der gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Mittelparteien und der Sozialdemokratie an der Neugestaltung Deutschlands mitarbeiten will.

Wir haben bisher die Frage der Regierungskoalition gewöhnlich nur von dem Gesichtspunkte aus betrachtet und bei der politischen Konstellation auch nur so betrachten können, ob diese Koalition eine Mehrheit im Parlament hat. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß das auf die Dauer nicht genügt, daß wir für eine arbeitsfähige und starke Regierung nicht nur eine Mehrheit im Parlament brauchen, sondern daß die Regierung sich auf alle produktiv wirkenden Kräfte im Volke stützen muß, wenn diese produktiv wirkenden Kräfte sich ehrlich auf den Boden unserer heutigen Staatsordnung, auf den Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger stellen wollen. Deshalb müssen wir heute, wo alle Welt auf die Entscheidung der Sozialdemokratie wartet, ein klares Programm aufstellen, nach welchem wir bereit sind, in eine Regierung einzutreten. Wir werden bei diesem Programm alles ausscheiden müssen, von dem wir wissen, daß es durch ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien nicht durchgeführt werden kann. Wir werden also in einer solchen Regierung keine

rein sozialistische Politik treiben können. Das von vornherein auszusprechen, ist ein Gebot der Ehrlichkeit gegenüber der Arbeiterschaft und ein Gebot der Notwendigkeit gegenüber der Partei, um zu verhindern, daß Hoffnungen an eine solche Regierung geknüpft werden, die sich niemals erfüllen können. Wir werden also dieses Programm auf Forderungen einschränken müssen, die notwendig sind, um den Schutz der Republik und der Volksrechte zu erreichen und den Ausbau unseres wirtschaftlichen und staatlichen Lebens in demokratischem und republikanischem Sinne sicherzustellen. Da steht für uns in erster Linie der Schutz der Republik. Wir haben in Deutschland zwei Parteien, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, die grundsätzlich auf monarchistischem Boden stehen, die allerdings erklären, daß sie nicht gewaltsam die Monarchie wieder einführen und die Republik stürzen wollen. Die Deutsche Volkspartei hat bei den letzten Verhandlungen im Reichstag noch eine weitergehende Erklärung abgegeben und gesagt, sie stelle sich nicht nur auf den Boden der Verfassung, sondern sei auch bereit, die Verfassung gegen gewaltsame Angriffe zu schützen. Man hat schon im Blätterwald rauschen hören, daß durch diese Erklärung die Deutsche Volkspartei auch für die Sozialdemokratie nunmehr bündnisfähig geworden ist. Wir haben auch bei den Demokraten und im Zentrum Leute, die zwar Republikaner in ihrer Politik, aber Monarchisten in ihrer Ueberzeugung sind. Es genügt nicht, daß eine Partei, die auf dem Boden der Monarchie steht, sich bereit erklärt, die republikanische Verfassung gegen gewaltsame Angriffe zu schützen, wenn dieselbe Partei durch eine monarchistische Propaganda im Lande solche gewaltsamen Angriffe gegen die republikanische Verfassung geradezu erzieht und provoziert. Wenn deshalb eine Partei — mag sie nun auch in ihrem Herzen monarchistisch gesinnt sein — als Schützerin der Republik in eine republikanische Regierung eintreten will, dann muß sie auch bereit sein, alles zu tun, um gewaltsame Angriffe gar nicht erst aufkommen zu lassen; dann muß sie vor allem darauf verzichten, monarchistische Propaganda zu treiben und durch diese Propaganda allen Desperados Vorschub zu leisten, die bestrebt sind, die Republik zu beseitigen. (Sehr richtig.) Genau so, wie wir mit keiner Partei in eine Regierung hineingehen können, die die Diktatur des Proletariats propagiert, genau so können wir mit keiner Partei in die Regierung hineingehen, die die Monarchie propagiert. (Sehr richtig!)

Eine weitere Forderung, die wir aufstellen müssen, bezieht sich auf die Frage der Erfüllung des Friedensvertrages und des Ultimatums. Die jetzige Regierung setzt sich zusammen aus Parteien, die das Ultimatum angenommen haben und zu seiner Erfüllung bereit sind. Wir haben in der letzten Woche gesehen, daß die Kreise des Kapitals in geradezu landesverräterischer Weise das deutsche Volk um viele Millionen durch gewissenlose Devisenspekulation betrogen haben. Wir müssen den Parteien, die diese Kreise des Kapitals vertreten — und dazu gehört auch die Deutsche Volkspartei — sagen: Wenn ihr bereit seid, die Republik zu schützen, die großen Aufgaben zu erfüllen, die jetzt dem deutschen Volke gestellt sind, dann ist es eure erste Pflicht, diesen Leuten einmal klarzumachen, daß man sich auch nicht durch Kreditgewährungen an das Reich von sehr zweifelhaftem Wert um die unbedingt notwendige Besitzabgabe, die Abgabe von den sogenannten Goldwerten, herumdrücken kann. (Sehr gut!)

Die Frage der Vereinbarung über ein Steuerprogramm zur Erfüllung der Friedensvertragsverpflichtungen, ein Steuerprogramm, das den Besitz und die großen Vermögen und Einkommen vorweg heranzieht, das die Belastung durch indirekte Steuern auf das notwendigste Maß beschränkt, ist eine weitere Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien in einer Regierung. Wir müssen weiter verlangen, daß als Grundforderung für eine solche Koalitionsregierung die Demokratisierung der Verwaltung gestellt wird, und es wird dann

Sache der speziellen Vereinbarungen im einzelnen Falle sein, vorher festzustellen, in welcher Weise diese Demokratisierung der Verwaltung durchgeführt werden soll. Es wird notwendig sein, die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane, die Umgestaltung der heutigen monarchistisch gesinnten Reichswehr zu einem wirklichen Werkzeug der Republik zu verlangen. Ebensowenig, wie wir dulden könnten, daß eine Regierungspartei rote Armeen propagiert und aufstellt, ebensowenig kann es zulässig sein, daß eine Regierungspartei sich bemüht, die Tradition des alten militaristischen Heeres in Deutschland hochzuhalten und wieder zu erwecken. (Sehr richtig!) Wir müssen heute mit allem Nachdruck erklären, daß wir nicht zulassen werden, daß eine Partei, die mit uns zusammen in eine Regierung hineingehen will, diese Grundforderungen eines Regierungsprogramms annimmt mit dem Michaelisschen Vorbehalt: „Wie ich sie auffasse." Wir stellen ein klares Programm auf, das nach unserer Meinung jede Regierung im Reich und in den Ländern ausführen muß, wenn das deutsche Volk leben soll, und wir verlangen ein klares rückhaltloses Bekenntnis zu diesem Programm und seiner Durchführung. Es wird im einzelnen Falle zu prüfen sein, welche Parteien dieses rückhaltlose Bekenntnis ablegen und die Sicherungen dafür schaffen, daß dieses Programm ausgeführt wird.

Die Frage der Regierungsbildung ist die wichtigste Frage, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen wird, eine Frage, von der nicht nur die Entwicklung des deutschen Volkes, sondern auch die Stellung unserer Partei im deutschen Volk abhängt. Wir haben heute zu zeigen, daß wir nicht Schlagworte, sondern nur die Interessen des Proletariats für unsere Politik leitend sein lassen, daß wir teilnehmen wollen an der Macht, an der Herrschaft, an der Gestaltung der Geschicke unseres Volkes, nicht unter allen Umständen, nicht um jeden Preis, nicht als Anhängsel einer Regierung, die sich von rein bürgerlichen Gesichtspunkten leiten läßt, sondern in jeder Regierung, in der es uns gelingt, unser Mindestprogramm zur Durchführung zu bringen. Die Sozialdemokratie als die größte Partei des deutschen Volkes muß zeigen, daß sie wirklich imstande ist, die Führung des Volkes zu übernehmen, daß sie wirklich das Bestreben hat, sich durch alle Hindernisse hindurchzuarbeiten, die der Erreichung des Endzieles, des Sozialismus, entgegenstehen. Das Vertrauen der Massen gilt nicht unserem Programm als einem Stück Papier, sondern dem Willen zu seiner Verwirklichung.

Parteigenossen, ich hoffe, daß dieser Parteitag auch in seiner Stellungnahme zur Frage unserer Beteiligung an der Regierung den Beweis liefern wird, daß in unserer Partei ein klares Erkennen der Möglichkeiten besteht, die heute in der Politik vorhanden sind, ein klares Erkennen der Pflichten, die die Bedeutung unserer Partei uns gegenüber dem Volke auferlegt. Damit wird unsere Partei den Beweis dafür liefern, daß sie heute mehr denn je ist die Partei des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Taubadel:** Zur Berichterstattung über Organisation und Kasse erteile ich das Wort dem Genossen Bartels.

Bartels-Berlin: Als die „Partei des Volkes" bezeichnete der „Vorwärts" unsere Partei, als der Bericht des Vorstandes erschienen war. Wir haben ein Recht, uns so zu nennen! Die Ziffern unseres Organisationsstandes wie die Zahl unserer Wählerstimmen zeigen, daß das Vertrauen der breiten Volksmassen in die Sozialdemokratische Partei unerschüttert ist. Die schweren politischen Kämpfe, an denen auch das letzte Jahr nicht arm war, haben unsere Partei nicht schwächen können; im Gegenteil, die Festigkeit des Organisationskörpers unserer Partei hat sich dabei voll erwiesen.

Die Steigerung unserer Mitgliederziffern gegen das Vorjahr ist nicht befriedigend. Wir schlossen am 31. März d. J. ab mit 1 028 574 männlichen und 192 485 weiblichen Mitgliedern, die sich auf etwa 10 000 Ortsvereine verteilen, also eine Mitgliederzahl von zusammen 1 221 059 in ganz Deutschland. Gegen das Vorjahr ist das eine Steigerung von 40 851 oder 3,4 Proz. Das ist nur eine mäßige Zunahme, für die es verschiedene Erklärungen gibt. Sicher hat die wirtschaftliche Notlage eines großen Teiles der arbeitenden Bevölkerung dazu beigetragen. Teuerung, Arbeitslosigkeit usw. haben ein gut Teil Schuld daran. In den besetzten Gebieten hat der Druck der Besatzungsbehörden lähmend auf die Organisationstätigkeit gewirkt und ist ein Hemmnis für unsere Agitation gewesen. Die Verluste der links von uns stehenden Parteien sind uns nur zum Teil zugute gekommen. Die Organisation der Unabhängigen und Kommunisten ist darauf eingestellt, die Sozialdemokratie als eine verbürgerlichte Partei hinzustellen, die den Klassenkampf abgeschworen hat und der darum kein Arbeiter angehören dürfe. Diese Agitationsphrasen sind mit schuld daran, daß viele, die des Scheinradikalismus müde geworden sind, der Indifferenz verfallen. Erst allmählich werden die Folgen dieser Verwirrung wieder ausgeglichen werden können.

An männlichen Mitgliedern hat die Partei gewonnen 55 373. Günstige Zunahmen sind zu verzeichnen in den Bezirken Mecklenburg-Lübeck (10 853), Chemnitz-Zwickau (10 423), Görlitz (7115), Breslau (über 7000), Schleswig-Holstein (6843), südliches Westfalen (über 6000) usw. Die Bezirke Schleswig-Holstein, Hamburg und Hannover stellen zusammen allein etwa ein Fünftel unserer gesamten Mitgliederzahl. In verschiedenen weiteren Bezirken sind gut durchgeführte Organisationen vorhanden. Zehn Bezirke haben einen Verlust an männlichen Mitgliedern gehabt. Besonders hoch war dieser in Württemberg mit 9961, im Bezirk Oberrhein mit mehr als 7000 und in Ostpreußen ebenso viel. Die Verlustziffern bei den männlichen Mitgliedern sind jedoch klein gegenüber dem Zuwachs, den wir in den meisten Bezirken zu verzeichnen haben. Bei den weiblichen Mitgliedern ist leider anderes zu berichten. Wir haben in 18 Bezirken eine mäßige Zunahme der Zahl unserer weiblichen Mitglieder, dagegen in 14 Bezirken zum Teil recht erhebliche Verluste. Magdeburg verlor 4576, Ostpreußen 3960 weibliche Mitglieder, das ist mehr als die Hälfte des vorjährigen Bestandes, Pommern 3000, auch fast 50 Proz., Hannover 2775, Südbayern 1840. Insgesamt müssen wir einen Verlust von 14 522 weiblichen Mitgliedern buchen. Da auch das Vorjahr einen solchen von über 16 000 verzeichnete, haben wir in den beiden letzten Jahren etwa 30 000 organisierte Genossinnen verloren. Der Verlust ist heute weit höher zu bewerten als früher in den Zeiten der politischen Rechtlosigkeit der Frau. Der Mißerfolg der beiden letzten Jahre läßt auf Mängel in der Art und im Umfang der Agitation schließen. Der Parteivorstand wird in nächster Zeit Gelegenheit zu einer Aussprache geben, um Maßnahmen zu treffen, die zur Steigerung der Zahl der weiblichen Anhängerschaft geeignet sind.

Die Jugendbewegung hat sich günstig entwickelt; sie hat eine Mitgliederzahl von etwa 80- bis 90 000 zu verzeichnen und ist doppelt so stark wie die der Unabhängigen und Kommunisten zusammengenommen. (Hört, hört!) Der vorjährigen großen Veranstaltung in Weimar ist in diesem Jahr eine noch imposantere in Bielefeld gefolgt, die durch Teilnahme ausländischer Freunde einen internationalen Charakter trug. Der frische Geist und fröhliche Kampfesmut, der sie beherrschte, berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Der Kasseler Parteitag hat im vorigen Jahre beschlossen, den Wünschen der Jungsozialisten, d. h. der jungen Parteigenossen von 18 bis 25 Jahren, insoweit Rechnung zu tragen, daß ihnen die Möglichkeit zur Bildung jungsozia-

listischer Gruppen im Rahmen der Parteiorganisation gegeben wurde. Das ist in einer Reihe von Orten geschehen. Die Jungsozialisten hatten eine Konferenz in Bielefeld, in der über Form und Inhalt der Bewegung diskutiert wurde, und in der ausgesprochen wurde, daß die Partei nicht genügend idealistischen Zug habe. Manche der dort erörterten kühnen Theorien können nicht den Beifall der durch lange Erfahrungen mehr kühl abwägenden älteren Genossen finden, da sie aber von dem Willen getragen sind, der großen Sache des Sozialismus zu dienen, wird eine Verständigung nicht schwierig sein.

Eine besondere Sektion in der Partei haben auch die Taubstummen gebildet. Ihr Wunsch sowie mehrere hier gestellten Anträge gehen dahin, möglichst von den Parteigenossen unterstützt zu werden. Der Parteivorstand befürwortet das.

Auf dem letzten Parteitag ist eine Verdoppelung unserer Mindestbeiträge beschlossen worden. Wir haben heute einen Mindestwochenbeitrag von 40 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder. Obgleich die Geldentwertung eine weitere Erhöhung rechtfertigen würde, will der Parteivorstand von dahingehenden Anträgen für dieses Jahr absehen. Da wir aber der Meinung sind, daß eine Erhöhung der Beiträge für die Erfüllung unserer Aufgaben nötig ist, erwarten wir von den Bezirken, daß sie die erforderlichen Erhöhungen durchführen.

Die Anträge 60 und 61 wollen die Herabsetzung der Beiträge für weibliche Mitglieder. Wir ersuchen Sie, diese Anträge abzulehnen.

Antrag 49 will, daß für die ländliche Bevölkerung niedrigere Beiträge festgesetzt werden sollen. Wir halten das nicht für angängig, zumal der Begriff „ländliche Bevölkerung" nicht festumschrieben ist. Die Begründung, daß es dem ländlichen Proletariat schlechter gehe als dem Industrieproletariat, scheint auch nicht überall zutreffend zu sein. Wir bitten, auch diesen Antrag abzulehnen.

Das gleiche möchte ich von dem Antrag 58 sagen, der verlangt, daß Extrabeiträge den Bezirken voll verbleiben sollen. Der Parteivorstand kann dem nicht zustimmen. Von allen regelmäßig erhobenen Beiträgen ist abzuführen. Nur in besonderen Fällen kann davon abgesehen werden.

Antrag 57 will einen einheitlichen Monatsbeitrag in einer Höhe, die über den gegenwärtigen Mindestbeitrag noch hinausgeht. Wir können einen einheitlichen Beitrag generell nicht beschließen, sondern müssen uns auf den Mindestbeitrag festlegen. Der gegenwärtige Mindestwochenbeitrag hat sich bewährt, und wir empfehlen daher, in diesem Jahre nichts daran zu ändern.

Zur Zusammensetzung des Parteivorstandes möchte ich bemerken, daß seit kurzem der Genosse Otto Braun wieder in den Parteivorstand eingetreten ist. Er wurde im vorigen Jahre nicht wieder gewählt, weil er ein Staatsamt bekleidete. Nachdem das Staatsamt aufgehört hat, ist er zu unserer Freude wiederum in den Parteivorstand eingetreten. Die Möglichkeit dazu war im vorjährigen Beschluß ausdrücklich offengehalten.

Der Genosse Stelling, der im vorigen Jahre in den Parteivorstand gewählt wurde, mußte vorübergehend beurlaubt werden, weil er für einen Ministerposten in Mecklenburg benötigt wurde. — Die Wünsche, daß die Mitglieder des Parteivorstandes sich an der Außenagitation mehr beteiligen möchten, werden kaum noch laut werden, denn gerade im letzten Jahre haben sich die Mitglieder des Parteivorstandes stark an der Agitation im Lande beteiligt.

Ueber die Wirksamkeit der Zentrale für Beamtenorganisation, der Arbeitsgemeinschaft für sozialdemokratische Lehrer und des Bildungsausschusses teilt der schriftliche Bericht die notwendigen Einzelheiten mit. Diese Institute verursachen erhebliche Kosten, die aber getragen werden müssen.

Nicht geringe Aufwendungen erfordern auch die Presseorgane, die für diese verschiedenen Abteilungen notwendig sind. „Der freie Lehrer" erforderte einen Zuschuß von 65 000 Mk., der aber in Zukunft geringer sein wird, weil das Blatt jetzt monatlich statt wöchentlich herausgegeben wird. Ebenso erfordern die „Arbeiterbildung" und die „Neue Zeit" Zuschüsse, die letztere sehr erhebliche. Wenn unsere wissenschaftliche Zeitschrift nur eine Auflage von 4000 hat, ist das nicht sehr befriedigend, es muß mehr Agitation für diese Zeitschrift entfaltet werden. Das gleiche gilt für die „Kommunale Praxis", die eine Auflage von etwa 4000 hat. Bei der Zahl unserer im Kommunalleben tätigen Genossen ist das beschämend. Wir haben in den Stadtverordnetenversammlungen, Magistraten usw. etwa 45 000 Genossen und Genossinnen. Eine größere Verbreitung dieses Blattes ist eine zwingende Notwendigkeit. — Erheblich gesteigert, aber immer noch nicht zufriedenstellend, ist die Auflage der „Gleichheit". Ihre Auflage hat sich seit dem letzten Jahre mehr als verdoppelt, aber trotzdem waren noch erhebliche Zuschüsse erforderlich. Auch hier ist eine intensivere Agitation nötig. Wenn unter den Mitgliedern das Verlangen besteht, die „Gleichheit" obligatorisch einzuführen, so unterstützt der Parteivorstand das Bestreben durchaus. Er ist jedoch der Meinung, daß es nicht angebracht ist, für die Gesamtpartei den obligatorischen Bezug der „Gleichheit" zu beschließen. Vielmehr empfiehlt es sich, in den einzelnen Bezirken oder für bestimmte Orte dieses durchzuführen; das sollte man aber den Bezirken überlassen.

Die „Arbeiter-Jugend" hat sich entsprechend dem Aufschwung der Jugendbewegung ebenfalls günstig entwickelt. Für die Beamten wird seit der letzten Reichstagswahl ein Blatt herausgegeben, „Der freie Beamte", das ebenfalls einen Zuschuß erfordert, aber für die Förderung der Beamtenagitation gute Dienste tut.

Ueber die **Parteipresse** im allgemeinen ist zu berichten, daß die Zahl unserer Preßorgane ungefähr die gleiche geblieben ist wie im Vorjahre. Mehrere Blätter mußten ihr Erscheinen einstellen; bei Neugründungen ist in den Vorjahren nicht immer mit der nötigen Vorsicht vorgegangen worden. Manches Blatt wurde mit großen Hoffnungen ins Leben gerufen, die aber später ins Gegenteil umschlugen.

Wir haben noch manches Sorgenkind unter den erscheinenden Blättern, das über Wasser gehalten werden muß.

Die Lage eines großen Teils unserer Druckereigeschäfte kann nicht als ungünstig bezeichnet werden. Soweit die notwendigen Existenzgrundlagen vorhanden sind und sie durch Neuanschaffungen und Vergrößerungen nicht zu sehr belastet waren, sind die Abschlüsse unserer Betriebe als leidlich gut zu bezeichnen. Die Zeitungsverlage arbeiten meist nicht so günstig. Die hohen Papier- und sonstigen Unkosten werden durch die gesteigerten Abonnements- und Inseratenpreise meist nicht ausgeglichen. Es muß damit gerechnet werden, daß eine weitere Verschlechterung des Wirtschaftslebens die Lage der nicht besonders gut fundierten Geschäfte recht schwierig gestalten kann und daß deshalb, wo diese Möglichkeit irgend gegeben ist, für die notwendigen Rücklagen gesorgt werden muß.

Eine restlose Uebersicht über die **Zahl der Leser** unserer Presse haben wir leider nicht. 11 Zeitungsunternehmen haben keine Auskunft darüber gegeben. Die verbleibenden 133 Zeitungen hatten am Jahresschluß eine Leserzahl von 1 238 608. Gegenüber dem Vorjahre kann man leider nicht von einer wesentlichen Steigerung sprechen.

Die Einnahmen, die die Parteikasse aus der Bestimmung des § 4 des Organisationsstatuts, wonach unsere Parteigeschäfte 20 Proz. vom **Reingewinn** an die Parteikasse abzuführen haben, erzielte, sind im Kassenbericht erläutert. Der Kasse flossen dadurch mehr als 500 000 Mark zu. Diese Einnahmen könnten größer sein, wenn nicht immer noch einige Geschäfte diese Bestimmung des Parteistatuts hartnäckig ignorierten. Im diesjährigen schriftlichen Bericht sind einige von diesen namentlich aufgeführt. Wir erwarten, daß die Aufsichtsinstanzen der betreffenden Orte dafür sorgen, daß die Geschäftsleitungen ihrer Parteipflicht nachkommen. Die von der Parteikasse verlangten Leistungen sind derart, daß sie aus den Beiträgen allein nicht gedeckt werden können. Das war seinerzeit auch der Grund, der zur Abführungspflicht der günstig arbeitenden Parteigeschäfte Anlaß gab. Die Notwendigkeit und Durchführbarkeit wird allseitig anerkannt; deswegen muß auch die Durchführung Ehrenpflicht aller dafür in Frage Kommenden sein.

Die Einkaufszentrale hat sich gut entwickelt und die erhofften Erwartungen erfüllt. Ihr Zweck sollte sein, durch zentralisierten Einkauf der Bedarfsartikel unserer Geschäfte günstigere Kaufbedingungen zu erzielen und die Parteikasse an diesem Vorteil partizipieren zu lassen. Das ist zum guten Teil erreicht worden. Die abgeführten Beträge haben zwar für unseren großen Etat keine ausschlaggebende Bedeutung, sind aber beachtlich und sicher steigerungsfähig.

Einige der vorliegenden Anträge wünschen, daß der Parteivorstand der Gründung einer Papierfabrik näher tritt, um die Parteigeschäfte von der Last des teuren Papierpreises etwas zu befreien. Ob das letztere eintreten könnte, muß dahingestellt bleiben. Der Parteivorstand hat jedoch dieser Frage seine Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn uns aber nicht ein günstiger Zufall zu Hilfe kommt, sind die Schwierigkeiten der Erfüllung dieser Forderung so groß, daß sie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei vorläufig übersteigen würden. Wir wollen aber die Frage im Auge behalten und ersuchen deshalb, die Anträge 283 und 284 dem Parteivorstand zu überweisen.

Aus den Kreisen unserer Angestellten ist mehrfach der Wunsch nach Schaffung einer Pensionskasse an uns gerichtet worden. Eine Geschäftsführerkonferenz hat sich gleichfalls für diese Anregung eingesetzt. Der Parteivorstand hat eine ernsthafte Prüfung dieser nicht leicht zu lösenden Frage zugesagt und ist dabei, Grundlagen auszuarbeiten. Wenn dies geschehen, werden wir interessierte Genossen hinzuziehen, um festzustellen, ob und auf welchem Wege sich Positives schaffen läßt.

Die Buchhandlung Vorwärts hat sich im letzten Jahre günstig entwickelt. Sie hat den Umsatz verdreifacht und eine Reihe wertvoller Neuerscheinungen herausgebracht. Vor einigen Monaten ist mit unserem verdienten Verlag Dietz in Stuttgart ein Abkommen getroffen worden, das den Vertrieb der beiderseitigen Verlagswerke günstig beeinflussen soll. In letzter Zeit hat die Buchhandlung Vorwärts den sozialistischen Verlag der Buchhandlung Paul Cassirer in Berlin käuflich erworben und damit eine Reihe wertvoller Schriften, insbesondere neuere Arbeiten von Kautsky, besonders aber die prächtige Lassalle-Ausgabe von Bernstein übernommen.

Aus dem Kassenabschluß ersehen Sie, daß unsere Einnahmen ein Minus von etwa 1 000 000 Mark gegenüber den Ausgaben aufweisen. Das ist an sich nicht verwunderlich. Schon in Kassel habe ich darauf hingewiesen, daß die ganze Schwere der letzten Wahlausgaben erst den diesjährigen Kassenabschluß belasten würde. Sie betrugen im letzten Jahre 1 334 271 Mark. Diese Ausgabe beeinflußt selbstverständlich das Bild des Kassenabschlusses wesentlich. Der größte Teil der Wahlkosten wurde aber in den Bezirken selbst aufgebracht. Mit

diesen haben die Wahlkämpfe der letzten zwei Jahre insgesamt die für unsere Verhältnisse immerhin sehr große Summe von über 10 000 000 Mark gekostet.

Die Beitragsabführung ist gegen das Vorjahr um etwa 1 000 000 Mark gestiegen. Die Gesamteinnahme aus den Beiträgen für die Hauptkasse beträgt mehr als 2,5 Millionen Mark. Erheblich gestiegen sind auch die Darlehnsrückzahlungen, und noch mehr die diversen Einnahmen, die sich aus den verschiedensten Posten zusammensetzen, worunter auch die Einnahmen der Einkaufszentrale zu finden sind.

Daß die Ausgaben starke Steigerungen erfahren haben, wird bei der eingetretenen Geldentwertung nicht überraschen. Neben den Wahlausgaben sind es besonders die Kosten für die allgemeine Agitation, die erheblich gestiegen sind. Neben den Agitationszuschüssen und allgemeinen Kosten sind auch die Gehälter der Bezirkssekretäre erklärlicherweise erheblich gestiegen.

Das Gesamtbild unseres Abschlusses ist trotz des durch die Wahlunkosten verursachten Defizits kein ungünstiges. Das ist ein Beweis von der Stärke unserer Parteiorganisation. Wir haben keinen Stinnes, der unsere Wahlen finanziert! Wir arbeiten auch nicht als Stipendiaten von Moskau! Die deutsche Sozialdemokratie erfüllt ihre Aufgaben aus eigener Kraft und wahrt sich damit ihre Unabhängigkeit nach allen Seiten. Das ist unser Stolz und unsere Stärke, und darum können wir uns mit Recht die Partei des Volkes nennen, der die Mehrzahl der klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter angehört; die Partei, die das Vertrauen breitester Massen besitzt und die Zukunftshoffnung der arbeitenden Volksschichten ist.

Durch weiteren Ausbau unserer Parteiorganisation müssen wir erreichen, die noch indifferenten Klassengenossen für unsere Partei zu gewinnen und auch die, die noch im Gefolge der bürgerlichen Parteien oder im Banne unfruchtbaren Radikalismus sich befinden, zu uns herüberzuziehen. Dann wird unsere Saat erst voll reifen! Dann werden wir auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus kommen! (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag geht hierauf über zum

Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter **Brühne:** Auch im letzten Geschäftsjahr sind Beschwerden gegen den Parteivorstand bei der Kontrollkommission nicht eingegangen. Das ist ein Zeichen, daß der Parteivorstand auch im letzten Jahre gute Arbeit im Interesse der Partei geleistet hat.

Die Kontrollkommission hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Parteikasse, die Buchhandlung Vorwärts, das Parteigeschäft in Stuttgart revidiert. Wir haben alles in bester Ordnung gefunden, und ich beantrage im Namen der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

Der Vorsitzende **Wels** teilt den Eingang folgender Telegramme mit:

Beste Wünsche für erfolgreiche Arbeit zum Wohl des Volks. Landsberg (Brüssel). (Bravo!)

Die im Abwehrstreik befindlichen Parteigenossen der Grube Erika (Niederlausitz) senden dem Parteitag die herzlichsten Glückwünsche. (Bravo!)

Bei dem Mahnruf vergeßt die hungernden Arbeitsinvaliden nicht! Parteigenossen aus Insterburg. (Bravo!)

Die Verhandlungen werden hierauf auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Schluß 1 Uhr 5 Minuten.

Nachmittagssitzung.

Schriftführer sind: Broßwitz-Frankfurt/Main, Bethge-Berlin, Pinkert-Dresden.

Der **Vorsitzende** teilt den Eingang folgenden Telegramms mit:

Die besten Wünsche zu den Verhandlungen senden die treu zu der Republik stehenden Post- und Telegraphenbediensteten des Deutschen Verkehrsbundes. (Bravo!)

Zum

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erhält das Wort:

Kirchner-Altona: Es sind keinerlei Wahlproteste eingegangen. Deshalb konnte sich die Arbeit der Mandatsprüfungskommission lediglich auf die Feststellung der Anzahl der Mandate erstrecken. Eine Anzahl Parteigenossen, Vorstandsmitglieder und Mitglieder der Reichstagsfraktion haben ihr Mandat der Kommission bis jetzt noch nicht eingehändigt. Da wir aber über ihre Anwesenheit unterrichtet sind, haben wir sie als anwesend aufgeführt.

Nach unserem Organisationsstatut würden insgesamt 314 Delegierte auf dem Parteitag anwesend sein. Gemeldet sind nur 279, weil eine Reihe Organisationen ihr Delegationsrecht nicht in vollem Umfange ausnutzten. Bisher sind 277 Delegierte eingetroffen. Von der Reichstagsfraktion sind von den 22 Gemeldeten 20 anwesend. Vom Parteivorstand sind von 17 16 anwesend, Genosse Heinrich ist durch Krankheit verhindert. Die Kontrollkommission ist in voller Stärke mit 9 Genossen vertreten. Vom Parteiausschuß sind von 41 Mitgliedern 39 anwesend. Von der Programmkommission sind von 5 Gemeldeten 4 anwesend, von der Redaktion, Referenten und sonstigen teilnahmeberechtigten Mitgliedern sind 11 anwesend, so daß der Parteitag insgesamt 376 Teilnehmer zählt.

Da keine Proteste vorlagen, bitten wir, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Sämtliche Mandate werden hierauf gemäß dem Vorschlage des Berichterstatters für gültig erklärt.

Die Anträge Nr. 20 bis 27 werden genügend unterstützt.

Antrag 28 wird nicht ausreichend unterstützt.

Die Anträge Nr. 29 bis 32, Nr. 33, 36, 37 und 71 sowie die Anträge Nr. 34, 35, 38 und 39 werden ausreichend unterstützt.

Die Anträge 40 bis 56 werden gleichfalls genügend unterstützt, ebenso die Anträge 271, 274 bis 278, desgleichen die Anträge 283 und 284.

Die Unterstützung für die Anträge 300 und 301 reicht nicht aus.

Die Anträge 279 und 280 werden unterstützt.

Die Anträge 57 bis 61 werden nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 62 und 63 finden genügende Unterstützung. Die Anträge 64, 65, 66 und 68 werden nicht genügend unterstützt.

Antrag 69 findet genügende Unterstützung.

Antrag 70 wird nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 72, 80 bis 92 und 94 bis 99 finden genügende Unterstützung.

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen nunmehr zur Diskussion. Das Wort als erster Diskussionsredner hat Genosse Heinrich Schulz.

Heinrich Schulz-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich möchte einiges zu dem kulturellen Aufgabenkreis der Partei, besonders über unsere Bildungs- und Jugendbewegung sagen. Diese Aufgaben werden von den dafür geschaffenen Organen der Partei tatkräftig und sachgemäß erledigt. Die Anträge, die sich auf dieses Gebiet unserer Parteiarbeit beziehen, sprechen nicht gegen diese Auffassung. Der Zentralbildungsausschuß als die älteste organisatorische Einrichtung der Partei auf diesem Gebiet gibt der örtlichen Bildungsarbeit Richtlinien und bildet zugleich das organisatorische Zentrum für diese Arbeiten. Daneben hält er die Verbindung unserer Bildungsarbeit mit den bürgerlichen Bildungsorganisationen, soweit eine solche Verbindung zweckmäßig ist, aufrecht. Im übrigen herrscht in unserer Bildungsarbeit Mannigfaltigkeit und Bewegungsfreiheit. Sie richtet sich an den einzelnen Orten wesentlich nach den örtlichen Bedingungen.

In einer Reihe von Anträgen wird die Errichtung von Volkshochschulheimen verlangt. Unsere Parteigenossen beteiligen sich an den städtischen Volkshochschulen bereits in ausreichendem Maße, ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß sie bei diesen städtischen Volkshochschulen auch immer mit der nötigen Kritik dabei sind. Mit den Volkshochschulheimen, die wir nach dem nordischen Vorbild einzurichten haben, die also auch eine weltanschauliche Einstellung haben sollen oder haben können, hat die Partei jetzt auch einen Anfang gemacht. Seit einigen Wochen sind in einem kleinen Heim in Upland ungefähr 30 junge Genossen versammelt, die ganz im Sinne der nordischen Volkshochschulheime mit weltanschaulicher Einstellung unterwiesen werden. Der Wunsch, der in den Anträgen zum Ausdruck kommt, ist also bereits erfüllt. Ich möchte bitten, die dahingehenden Anträge zusammen mit den Anträgen, die sich auf die Wiedererrichtung der Parteischule beziehen, dem Zentralbildungsausschuß zu überweisen. Die Frage einer etwaigen Wiedererrichtung der Parteischule kann nicht von heute auf morgen durch einen Parteibeschluß beantwortet werden; sie hängt von einer Reihe von Nebenumständen ab; sie ist im Zentralbildungsausschuß sachgemäß aufgehoben.

Im vorigen Jahr machte sich eine Zusammenberufung der Bezirksbildungsausschüsse notwendig, um uns wieder einmal in diesen engeren Kreisen von Funktionären über organisatorische Maßnahmen zu verständigen. Da gleichzeitig aus den Kreisen der parteigenössischen Lehrer der Wunsch laut wurde, sich einmal auf einem sozialdemokratischen Lehrertag zu treffen und dadurch das innere Zusammengehörigkeitsgefühl und die Kampfkraft der sozialdemokratischen Lehrer zu stärken, da außerdem auch in den Reihen unserer Jugendlichen der Wunsch laut wurde, sich in einer Führeraussprache über wichtige Probleme unserer Jugendbewegung zu verständigen, entschlossen wir uns unter Zustimmung des Parteivorstandes, nach Dresden einen sozialdemokratischen Kulturtag einzuberufen, der in den Ostertagen stattgefunden hat. Er war der erste seiner Art. Alle Teilnehmer waren darin einig, daß es eine außerordentlich gelungene und nützliche Veranstaltung gewesen ist, sowohl in ihrem äußerlichen Verlauf, als auch in den inneren Ergebnissen, daß diese Veranstaltung unsere Arbeitsfreudigkeit auf kulturellem Gebiet wesentlich gesteigert hat. Es ist durchaus zu erwägen, zu passender Zeit eine Wiederholung dieses Kulturtages vorzunehmen und dabei vielleicht eine bestimmte, besonders zeitgemäße Aufgabe unserer kulturellen Betätigung in den Mittelpunkt zu stellen. Hauptsächlich war diese Zusammenkunft für unsere parteigenössischen Lehrer wertvoll, die in einer Zahl von über 400 auf eigene Kosten nach Dresden geeilt waren und dort an innerer Kraft zur Ueberwindung innerer und äußerer Widerstände gewonnen haben. Es ist ein Sonderfall in der Partei, daß eine Berufsgruppe besonders organisiert wird. Eine solche Organisierung von Parteigenossen nach Berufen wäre — besonders in diesem Falle — unerträglich, wenn sie dazu dienen würde, etwa die besonderen Interessen der Lehrer innerhalb der Sozialdemokratie zu vertreten. Ein parteigenössischer Lehrer hat in diesen Tagen hilfesuchend zu mir gesagt, die Partei müsse sich mehr um die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer kümmern. Umgekehrt muß es heißen: die

Sozialdemokratische
Deutschlands
Parteivorstand

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer muß an allen Orten, wo sie existiert, sich gründlich um die Partei bekümmern. (Sehr richtig!) Eine Sonderorganisation sozialdemokratischer Lehrer hat nur ein Daseinsrecht innerhalb der Partei, wenn sich die Lehrer auf Grund ihrer besonderen Berufseignung in besonderem Maße um bestimmte Parteiaufgaben, um die Bildungs- und Jugendbewegung, um die schulpolitischen Aufgaben der Partei verdient machen. Durchweg hat sich die Arbeitsgemeinschaft in diesem Sinne entwickelt, wenn auch nicht überall. Das Problem für die Lehrer muß nach meiner Auffassung heißen, daß sie nicht zuerst Lehrer sein müssen und daneben Sozialdemokraten, weil sie glauben, daß ihre Lehrerinteressen in der Sozialdemokratie am besten gefördert werden, sondern die Lehrer in der Partei müssen wie alle übrigen Mitglieder zuerst grundsätzlich und aus Ueberzeugung und ohne Vorbehalt Sozialdemokraten sein. (Lebhafte Zustimmung.) Um so mehr werden sie damit ihren besonderen Schul- und Lehrerinteressen nützen.

Das Herz wird einem warm, wenn man den Blick auf unsere Jugendbewegung lenkt. Unsere Jugendbewegung ist durch mancherlei Irrungen und Wirrungen hindurch jetzt auf einen guten und soliden Weg gekommen. Sie war in den ersten Jahren vielleicht mehr Arbeiter- als Jugendbewegung; jetzt aber ist sie durch inneres Ringen und äußere Erfahrungen zum Kern des Jugendproblems durchgedrungen; jetzt ist sie bewußt Jugendbewegung und ebenso bewußt, was uns besonders freut, Arbeiterjugendbewegung. Das große Vertrauen, das wir unserer Jugendbewegung aussprechen konnten, ist, wie mir scheint, besonders augenfällig auf der letzten Tagung in Bielefeld dadurch zum Ausdruck gekommen, daß der bisherige erwachsene Vorsitzende des Verbandes der Arbeiterjugendvereine den Vorsitz getrost in die Hände eines Jugendlichen legen konnte, eines Mannes, von dem ich glaube, daß er so eigentlich der Ausdruck unserer jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Unsere Arbeiterjugendbewegung hat eine klare Stellung nach rechts und nach links. Nach rechts zieht sie die Scheidelinie dadurch, daß unsere Arbeiterjugend bewußt und gewollt auf dem Boden der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Weltanschauung steht. Nach links zieht sie die Scheidelinie dadurch, daß sie wiederum bewußt erzieherische Jugendbewegung ist. Sie hat den Willen zur Selbsterziehung. Das bitte ich die erwachsenen Parteigenossen genügend zu beachten. Das heißt nicht, daß der Erwachsene aus dem Kreise unserer Jugendlichen verschwinden soll; der Jugendliche sucht den erfahrenen älteren Freund; aber der Erwachsene darf nicht als ein Aufsichtsbeamter oder ein Schulmeister bei den Jugendlichen erscheinen. Schwierigkeiten, die wir früher auf diesem Gebiet hatten, werden erfreulicherweise von Jahr zu Jahr dadurch geringer, daß immer mehr die Erwachsenen, die den Jugendlichen helfen, ehemalige Jugendliche sind, die die seelische Verfassung der Jugendlichen kennen. Weimar hat im vorigen Jahr die Pforte zu einer neuen Phase unserer Jugendbewegung eröffnet, und Bielefeld war der lebendige Beweis dafür, daß der neue Weg der rechte war. Im Geiste waren die über zehntausend Jugendlichen, die in Bielefeld versammelt waren, vollkommen einig. Ich würde eine Unterlassungssünde begehen, wenn ich nicht mit kurzen Worten der geradezu rührenden, opferfreudigen Gastfreundschaft unserer Bielefelder Parteigenossen und -genossinnen gedenken würde, die diese zehntausend Jugendlichen in der fürsorglichsten Weise verpflegt und beherbergt haben. (Bravo!) Wenn dieser Tage von Dänemark die Anregung kam, ob nicht auch gelegentlich einmal dänische Kinder und Jugendliche nach Deutschland kommen könnten, so können wir nach diesem schönen Beweis der Bielefelder Solidarität und Gastfreundschaft ruhig unseren dänischen Freunden sagen: es wird uns eine Ehre und Freude sein, wenn wir auch dänische Kinder in Deutschland begrüßen können. Unsere Jugendbewegung

ist Jugendbewegung und nicht eine Rekrutenbewegung für die Sozialdemokratie. Früher waren wir durch Gesetze gezwungen, unpolitisch zu sein. Heute liegt dieses Hindernis nicht mehr vor, aber heute wie damals sagt uns pädagogische Einsicht, daß der Weg zu freier, parteipolitisch nicht gebundener Entwicklung für unsere Jugendlichen der einzig richtige ist. Wir sollen nicht Sorge haben um unsere Jugend, sondern Vertrauen zur Jugend ist das Entscheidende. Wir dürfen unsere Jugend nicht in organisatorische Fesseln schnüren und ihr nicht mit erkältendem Mißtrauen begegnen, sondern Vertrauen müssen wir haben, Vertrauen auf die Werbekraft des Sozialismus und Vertrauen auf unsere Jugend.

Dieses Vertrauen erbitte ich auch für unsere Jungsozialisten. Hier liegt das Problem schwieriger. Während wir in unserer Arbeiterjugendbewegung durch die Krisen des Anfanges hindurch sind, steckt unsere jungsozialistische Bewegung mitten darin. Sie ist nicht mehr eine Jugendbewegung; aber die Jungsozialisten wollen sich auch noch nicht so recht in das Geschirr der politischen Organisation der Erwachsenen einfügen. Der Sinn unserer Jungsozialisten und Jungsozialistinnen schweift suchend in die Weite und verliert dabei oft ein bißchen den Blick für die Realitäten des Tages. Der Jungsozialismus mag hier und da dem älteren Parteigenossen unbequem werden; aber eine Partei wie die Sozialdemokratie, die um die Zukunft ringt, darf vor solchen Unbequemlichkeiten nicht erschrecken. Das Problem des Jungsozialismus hat ein doppeltes Gesicht: handelt es sich dabei um junge Sozialisten oder um jungen Sozialismus? Vielleicht oder wahrscheinlich um beides. Die Jungsozialisten wollen sich zusammenfinden, weil sie glauben, in ihrem engeren Zusammenschluß bei ihrer inneren seelischen und geistigen Struktur sich besser zu verstehen und sich vertrauensvoller über die großen weltanschaulichen Fragen des Sozialismus aussprechen zu können. Aber wenn so ernst um wertvolle sachliche Probleme gerungen wird, dann müßte es doch sonderbar sein, wenn ein derart ernstes und wertvolles Ringen nicht auch wiederum dem Sozialismus zugute kommen und ihn erfrischen und ergänzen sollte. Die Partei soll sich freuen, wenn sie ständig eine Auffrischung von unten her, von der Jugend, hat.

Eine Lücke in der Organisation unserer kulturellen Arbeiten soll jetzt geschlossen werden. Es ist beabsichtigt, die Sorge um die Kinderfürsorge zu einer gemeinsamen Angelegenheit der Bildungsausschüsse, Jugendvereinigungen, der Lehrer und der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt zu machen. Die Gesamtorganisation soll den Namen „Kinderwohl" führen.

Eine Lücke scheint mir noch vorhanden zu sein, die aber auch geschlossen werden müßte. Die wissenschaftliche Forschung haben wir stets geschützt und das freie künstlerische Schaffen gefördert, wo immer es in unserer Macht lag. Wir haben aber auch die Verpflichtung, für die wissenschaftliche Vertiefung und Auswertung des Sozialismus selbst zu arbeiten. Jetzt ist diese Aufgabe mehr oder weniger dem Zufall überlassen, der einzelne muß neben seiner sonstigen Arbeit wissenschaftliche Arbeit leisten, und für viele derartige Arbeiten fehlt das Geld. Alle wissenschaftlich arbeitenden Persönlichkeiten innerhalb der Sozialdemokratie sollten sich deshalb zu einer Gemeinschaft zum Studium und zur Anwendung des Sozialismus zusammenfinden. Es müßte sich um eine Art Gelehrtenrepublik mit Selbstverwaltung innerhalb der Partei handeln. Für wissenschaftliche Forschung stellt auch der Staat Mittel zur Verfügung, für notwendige wissenschaftliche Arbeiten für den Sozialismus fehlt dafür aber noch die organisatorische Voraussetzung, wie sie sich z. B. der Katholizismus in der Görresgesellschaft geschaffen hat. In Hamburg hat ein Parteigenosse eine wertvolle Arbeit über das Recht der Revolution als Doktordissertation verfaßt, deren außergewöhnlich hoher wissenschaftlicher Wert von der rechts- und der

staatswissenschaftlichen Fakultät der Hamburger Universität dadurch anerkannt worden ist, daß sie die Mittel zur Verfügung gestellt hat,' um die Arbeit zu drucken. Andernfalls hätte sie nicht veröffentlicht werden können. Es gibt eine Fülle solcher Aufgaben, die nach wissenschaftlicher Behandlung drängen. Ich würde mich freuen, wenn meine Anregung verwirklicht werden könnte.

Wir stehen am Anfang einer politischen Aussprache, deren Verlauf und Ergebnisse für unsere Partei und das deutsche Volk und weit darüber hinaus von großer Bedeutung sind. Es will mir scheinen, als müßten wir auf diesem Parteitag endlich entschlossen den Schritt von der resolutionsfreudigen Theorie zur revolutionssichernden Praxis machen. Diese Praxis darf aber nicht wieder in dröhnenden Worten, sondern sie muß in Taten, oft vielleicht recht unscheinbaren und nüchternen Taten, bestehen. Aber mit solchen Taten, mit denen wir die Demokratie sichern, sichern und fördern wir auch die deutsche Kultur. Nicht als ob Kultur erst möglich wäre durch Demokratie und Sozialismus! Wir stehen voller Achtung, Freude und Andacht vor den Ergebnissen der Kultur früherer Zeiten, wenn uns ihr Ideengehalt auch oft fremd geworden ist. Die bisherige Kultur ist aber auf einen kleinen Bruchteil des Volkes beschränkt geblieben, die Aufgabe der Demokratie und des Sozialismus besteht darin, den Kreis derjenigen, die die Kultur schöpferisch fördern und die sie bewußt und freudig genießen können, zu erweitern. Gerade weil Deutschland auf Machtpolitik und kriegerischen Ehrgeiz verzichten muß, sollte es um so freudiger am Wettkampf der Kultur teilnehmen, der alle, die dabei mitwirken, bereichert und erfrischt. (Lebhafter Beifall.)

Marckwald-Frankfurt a. M.: Ich habe gehört, daß Genosse Krüger die „Frankfurter Volksstimme" heftig angegriffen haben soll, während ich in der Programmrevisionskommission zu tun hatte. Er soll uns als altmodisch und schwammig bezeichnet haben, weil wir uns gegen das Verbot kommunistischer Blätter gewandt haben. Wir sind stolz darauf, so altmodisch zu sein, gestützt auf das Vertrauen der gesamten Frankfurter Arbeiterschaft. (Krüger: Ich habe davon gar nicht gesprochen!) Zu den Grundsätzen der Partei gehört nicht, daß man Zeitungen verbietet. Ich bin für den schärfsten Klassenkampf gegen die Reaktion. Wenn man aber nur dafür sorgt, daß der „Miesbacher Anzeiger" nunmehr in sämtlichen Zeitungskiosken der Welt zu haben ist, kann ich darin einen besonders wirkungsvollen Kampf gegen die Reaktion nicht erblicken. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß man das Verbot der deutschnationalen Hetzpresse vielleicht rechtfertigen kann, weil diese Presse jede Gewalttätigkeit anstiften kann, da die Klassenjustiz ihr nichts tut. Wenn man einen Kampf gegen die Reaktion führt, verbietet man nicht ein kommunistisches Winkelblättchen, das in Frankfurt unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint und von der Klassenjustiz hart bestraft wird, wenn es die Preßgesetze verletzt. Die Regierung muß prüfen, was im Interesse des Proletariats liegt. Wenn wir verhindert haben, daß die Kommunisten auf eigene Faust vorgehen, und wenn dann in demselben Augenblick Reklame für solche Blättchen gemacht wird, kann man das vom Standpunkt eines verständigen Kampfes weder gegen die Reaktion noch gegen die Kommunisten rechtfertigen.

Dann soll die „Volksstimme" schwammig sein. Da muß sie doch das Wohlgefallen des Genossen Krüger erregen, denn wer uns solche Resolution vorschlägt, wie die über die Regierungsbildung, muß für schwammige Dinge eine besondere Vorliebe haben. Die Resolution ist nur eine geschickt in Szene gesetzte Vorbereitung für die Regierung mit der Volkspartei. Wir haben seit der Revolution sehr schöne Regierungsprogramme erlebt und wären dankbar, wenn die zum Teil sehr sozialen Forderungen der schlechtesten Regierung, die wir hatten, auch nur der Regierung Fehrenbach, durchgeführt worden wären. Man erzählt hier, es sei ein Irrtum, das Stinnes zum rechten Flügel der Volkspartei gehört; er gehöre zum linken Flügel. Ich glaube, daß er klug genug ist, sich zum linken Flügel zu rechnen, weil er weiß, daß er auf Grund seiner Macht dafür sorgt, daß die Volkspartei alle arbeiterfreundlichen Forderungen sabotieren wird, die sie unterschreibt. Der Gedanke, auch mit dem Zentrum und Demokraten keine Regierung zu bilden, scheint mir sehr diskutabel zu sein. Aber Zentrum und Demokraten können so und auch anders. Die Volkspartei kann aber nicht anders, als absolut arbeiterfeindlich regieren. Was soll es heißen: Aufbringung der durch den Friedensvertrag bedingten Lasten, in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes? Die Herren haben uns wiederholt dargelegt, daß der Besitz schon so weitgehend wie möglich herangezogen wird. Sie können also die sogenannte „Bedingung" der Resolution annehmen.

Genosse Krüger hat sich theoretisch für die Einigung mit den Unabhängigen erklärt und gemeint, diese Einigung würde kommen, wenn die Unabhängigen dazu durch ihre Parteigenossen gezwungen werden. Es ist die Frage, ob wirklich nur die Unabhängigen an dem Streit schuld sind. Wir müssen ihnen einen Weg zeigen, auf dem die Einigung möglich ist, dabei darf aber kein Opfer der Ueberzeugung seitens unserer Partei gebracht werden. Der Frankfurter Antrag ist der einzige, der zeigt, wie die Einigung mit den Unabhängigen möglich ist. Wir verlangen nichts weiter, als was in unserer Partei stets von jedem Parteigenossen verlangt worden ist und verlangt wird. Wir verlangen das Recht der freien Meinungsäußerung und unterwerfen uns dem Beschlusse der Mehrheit. Der Alb, der auf den Herzen unserer Parteigenossen lastet infolge des Streites mit der USP., muß beseitigt werden (Sehr richtig!), so daß sie mit Begeisterung an die Arbeit gehen können.

Ich komme nun zur Begründung unseres Antrages bezüglich der Volksabstimmung. Am 17. Juli hat der sozialdemokratische Bezirksvorstand für Hessen-Nassau denselben Antrag an den Parteivorstand gestellt, wurde aber einer Erwiderung nicht gewürdigt. Fast an jedem Tage wurden durch irgendein sozialdemokratisches Blatt Fälle skandalösester Klassenjustiz gebrandmarkt. Entrüstungskanonaden haben keinen Sinn, so lange wir nicht die Macht haben, Gesetze zur Anwendung zu bringen, die diese Klassenjustiz beseitigen. Die Beseitigung der Klassenjustiz ist reif für die Volksabstimmung. Ich bin schon zufrieden, wenn diejenigen Forderungen, über die wir alle einig sein werden, ein Notgesetz, das die schlimmsten Mißstände beseitigt, der Volksabstimmung unterworfen wird. Vor allem verlangen wir die direkte Wahl der Schöffen und Geschworenen. Der Reichsjustizminister hat sich für die Wahl von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen ausgesprochen, er hat aber gar keinen Einfluß darauf. Er hat die Richter aufgefordert, dafür zu stimmen, die Richter sind aber keinem Befehl unterworfen. In einem Brief eines aufsichtführenden Amtsrichters an den Frankfurter Magistrat wurde u. a. gesagt: „Bei der Auslosung der Schöffen und Geschworenen ist keine Person in Vorschlag gebracht worden, die der ackerbautreibenden Bevölkerung angehört. Dagegen wurde von einzelnen Vertrauensmännern eine große Anzahl Fabrikarbeiter benannt. Diese einseitige Behandlung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe entspricht nicht dem Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes." Weiter heißt es: „Bei der Auswahl des Vertrauensmännerausschusses für das nächste Jahr ersuche ich auf Abstellung dieses Mangels hinwirken zu wollen." Der Magistrat Frankfurt wird diesen unverschämten Brief mit Verachtung strafen, aber Arbeiter als Schöffen und Geschworene bekommen wir damit noch lange nicht. Nur ganz vereinzelt waren Arbeiter in Frankfurt als Schöffen und Geschworene gewählt worden.

Die Zivilgerichtsbarkeit ist nicht ganz so schlimm. Aber erst in den letzten Tagen ist es in Reuß vorgekommen, daß durch zivilrichterlichen Befehl Streik-

postenstehen verboten wurde. Wir müssen also verlangen: Wahl von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen, Abschaffung der Strafkammern, große Schöffengerichte, Beteiligung der Geschworenen bei der Straffestsetzung, Verweisung aller Zivilprozesse, die den Arbeiter im Arbeiterverhältnis berühren, vor das Gewerbegericht. Hier müssen wir uns an das Volk wenden.

Wir verlangen auch die restlose Enteignung des Hohenzollernvermögens. Wenn die preußische Regierung gar nichts bewilligt, wird Wilhelm II. das preußische Land verklagen, und die Richter des Kaisers beim Reichsgericht werden festsetzen, wieviel Hunderte von Millionen zu zahlen sind. Gegenüber den monarchistischen Bestrebungen in Deutschland scheint es mir nötig zu sein, ein deutliches Wort gegen die Monarchie zu sprechen und die Massen gegen den Monarchismus aufzujagen, indem wir ihnen zurufen: Keinen Pfennig mehr für die Hohenzollern! Wir halten es für nötig nicht nur deshalb, damit nicht Wilhelm II. übermäßig Geld verjubeln kann. Wir haben ja im „Vorwärts" gelesen, daß jetzt noch der Ertrag zahlreicher Güter, die früher dem Hohenzollernhause gehörten, steuerfrei nach Holland wandert. Wir müssen alle gesetzlichen Mittel dagegen in Anwendung bringen, damit nicht noch mehr Geld ausgegeben werden kann, um deutschnationale Mörder zu dingen. (Beifall.)

Eckstein-Breslau: Die Breslauer Parteigenossen teilen den Standpunkt der Frankfurter in der Frage der Regierungskoalition. Sie können es nicht verstehen, wenn mit der monarchistischen Deutschen Volkspartei von der Sozialdemokratie eine Koalition eingegangen würde. Sie sind der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten zu beurteilen ist. (Sehr richtig!) Es genügt uns nicht, wenn die Volkspartei erklärt, daß sie auf dem Boden der Demokratie und der Verfassung steht. Auch Kapp hat erklärt, daß er die Weimarer Verfassung respektiere, und es hat außer Winnig keinen Sozialdemokraten gegeben, der sich deswegen mit Kapp in eine Koalition eingelassen hätte. Ich glaube nicht, daß es möglich wäre, mit der Deutschen Volkspartei die Grundforderungen durchzusetzen, die für eine Regierungsbildung von Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteiausschuß in der vorliegenden Resolution vorgeschlagen worden sind. Man kann die Volkspartei dazu bringen, daß sie sich zur Republik bekennt. Sie würde auch erklären, daß sie sich verpflichtet, die Republik zu verteidigen. Aber im Innern muß sie monarchistisch sein, weil ihre Wähler sonst davonlaufen würden. Die Deutsche Volkspartei würde ihre eigene Existenz verleugnen, wenn sie republikanisch würde. (Zuruf: Wie ist es denn mit dem Zentrum?) — Das Zentrum hat seit der Revolution doch wohl, das sagt der Name Erzberger, durch die Tat bewiesen, daß es republikanisch zu handeln versteht. (Widerspruch.) Zentrum und Demokraten sind uns gleichfalls nicht sympathisch, wir haben aber nicht die Wahl, ob wir das Zentrum oder die Deutsche Volkspartei haben wollen. Sonst ließe sich vielleicht über die Koalition mit ihr streiten. So verbreitern wir die bürgerliche Fronde gegen uns. Selbst als wir im Preußenkabinett den Genossen Severing als Innenminister hatten und bloß mit Zentrum und Demokraten zusammensaßen, entbrannte über jede Personalangelegenheit ein schwerer Kampf. Severing hat uns damals — das soll kein Angriff gegen ihn sein — nach Breslau einen Polizeipräsidenten von so reaktionärem Kaliber schicken müssen, daß ihn sogar Dominicus jetzt beseitigen mußte. Wenn wir mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung sitzen, wird die Demokratisierung der Verwaltung schon gar nicht durchzuführen sein.

Glauben Sie, daß mit der Deutschen Volkspartei zusammen die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane durchzuführen ist? (Zurufe: Niemals!) In der Deutschen Volkspartei sind der General von Schoch und der Admiral von Brüninghaus, Leute, die sich in nichts von einem waschechten Deutschnationalen unterscheiden. Wollen Sie mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Politik der Völkerverständigung treiben? Ist nicht Herr Stresemann der Typus eines Mannes vom Jahre 1914? Diese Leute werden sagen: Wir sind für eine Politik der Völkerverständigung, aber tatsächlich werden sie uns das unmöglich machen, was in dieser Richtung getan werden muß. Wenn die Deutsche Volkspartei ehrlich an die Erfüllung dieser Forderungen ginge, würde sie jedenfalls viele Wähler verlieren, die weiter nach rechts gehen würden. Wir würden eine viel stärkere Deutschnationale Partei bekommen und würden uns nach den nächsten Wahlen unterhalten müssen, ob man nicht mit dem linken Flügel der Deutschnationalen zusammen in einer Regierung sitzen will. (Heiterkeit.)

Es ist gesagt worden, die Unabhängigen würden uns keine Schwierigkeiten machen, wenn wir uns mit der Deutschen Volkspartei zusammensetzen, daß keine Gefahr bestände, daß die sich anbahnende Einigung der Arbeiterklasse irgendwie dadurch gestört würde. Ich kann das nicht kontrollieren. Aber ich weiß, daß es den Unabhängigen, wenn sie das machen, mit ihren Wählern so gehen wird, wie es der Deutschen Volkspartei mit ihren Wählern gehen wird. Die Massen der Unabhängigen werden nach links abwandern. Wir werden eine Radikalisierung der Arbeiterschaft bekommen, die eine gedeihliche Politik hindert und eine organische Einigung überhaupt unmöglich macht. (Sehr richtig!) Da gerade der Gedanke der Einigung ausschlaggebend für unsere gesamte Politik sein muß, bitte ich Sie, den Abänderungsvorschlägen zur Resolution 304 die Zustimmung zu geben. (Bravo!)

Eisenbarth-Hamburg: Wenn wir mit so taktischem Geschick wie der letzte Redner über die Regierungsbildung weiter reden, werden wir der Sache wohl nicht näher kommen. (Sehr gut!) Notwendig ist, daß wir als größte politische Partei so viel Macht in der Reichsregierung und in den Gliedstaaten erringen, wie wir erreichen können. Man soll nicht so viel darum herumreden, sondern handeln und sehen, wie sich die Verhältnisse entwickelt haben.

Seit den letzten drei Jahren haben wir einen einzigen Gedanken auf den Parteitagen immer wieder erörtert: Wie sichern wir den Schutz der Republik und der Verfassung? Wie ist es möglich, das Staatswesen so zu festigen, daß wir die Angriffe der Rechtsparteien abwehren und das herbeiführen können, was in Weimar gesagt worden ist: Wenn sie einmal wieder das Haupt erheben, werden wir sie abfertigen, daß sie das Wiederkehren für alle Zeiten vergessen! Es sieht aber nicht danach aus, daß eine solche Abfertigung vorgenommen werden könnte.

Zwei Gründe sind für unsere Schwäche maßgebend: die unselige Zersplitterung der Arbeiterschaft und unsere Vertrauensseligkeit, unsere Duldsamkeit, unsere jämmerliche Schwachheit. (Sehr gut!) Nicht Entschließungen, sondern nur Taten können uns weiterhelfen. Die Schüsse auf Erzberger haben es fertiggebracht, daß die Republikaner sich am 31. August in großer Erregung in allen Gauen zusammengefunden haben. Man hat Entschließungen gefaßt und die Demokratisierung, die Entfernung der reaktionären Beamten, die Säuberung der Justiz usw. gefordert. Wenn es aber nicht gelingt, den Willen der Volksmassen in die richtigen Kanäle zu leiten, dann verpufft die Aktion. Auch nach dem Kapp-Putsch wurde viel versprochen, und in Wirklichkeit sind die militärischen Führer die Treppe heraufgefallen. (Sehr richtig!) Wir haben damals den Rückschlag bei den Reichstagswahlen erlebt, nicht zuletzt bei dem Teil unserer Wählerschaft, der sich nur nach der Macht richtet, bei den Beamten.

Müller hat uns gestern in seiner Kampfansage gegen die Deutschnationalen einige Sätze entgegengeschleudert, wie wir uns die weiteren Verhältnisse

denken. Freilich, wenn die Reichs- und Landesregierungen die Sache so auffassen, daß es nur mit dem Besetzen irgendeines Postens geschehen ist, um den Bestand der Republik zu sichern, dann gehen wir einer trostlosen Zeit entgegen. Zur Sicherung der Republik müßte noch viel mehr geschehen.

Vor zehn Tagen haben die drei Hansestädte den Generalstaatsanwalt Dr. Schön in den Ruhestand versetzt, der durch seine Handlungen kundgegeben hat, daß für ihn die republikanischen Organe ein öffentliches Aergernis sind. Zweifellos besteht das Recht aller Landesregierungen, Oberpräsidenten, Landräte, Staatsanwälte usw. als politische Beamte in den Ruhestand zu versetzen. Wenn das öfter geschieht, können wir sicher sein, daß man allmählich Vertrauen zu uns gewinnt. Zweifellos ist es schwer, Regierungsräte und Oberregierungsräte zu entfernen. Kann man das nicht, ist es Pflicht unserer Genossen in den Ministerien und Landesregierungen, sie so unterzubringen, daß sie kein Unheil anrichten können.

Müller und Krüger haben von der höchsten Alarmbereitschaft gesprochen. Nach meinem Dafürhalten gehört aber dazu eine gewisse Organisation und ein Zusammenfassen der republikanischen Kräfte. Wir haben nach dem Kapp-Putsch in unheilvoller Weise auf unseren Lorbeeren uns ausgeruht, länger als es nötig war. Wir müssen alle Gegenmaßnahmen treffen und den Ereignissen vorauseilen. Wir müssen Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Provinzen bilden. in denen sich diejenigen tatkräftigen Genossen befinden, die willens sind, mit allen Mitteln sich für die Republik einzusetzen. Es müßte bei dieser Tagung möglich gemacht werden, daß die Landsmannschaften einmal zusammenkommen und darüber beraten. Wir wissen gar nicht, wie schwach oder wie stark wir sind. Wir glauben immer: Wenn die Sache an uns herantritt, dann haben wir wieder das berühmte Schwein wie beim Kapp-Putsch. Auf dieses Glück dürfen wir uns nicht verlassen. (Sehr richtig!) Die Alarmbereitschaft kann auch im entscheidenden Augenblick versagen, wenn in den einzelnen Ländern nicht das Nötige getan wird, um dafür zu sorgen, daß jeder Mann an die richtige Stelle kommt. (Sehr richtig!)

Den Lieferungsstreik kann man nicht in der Weise abtun, wie es gestern abend geschah. Gewiß werden die Deutschnationalen in den Großstädten auch hungern. Aber wir müssen die Abwehr des Lieferungsstreiks in den agrarischen Provinzen vorbereiten, mit den Städten in Verbindung treten, müssen mindestens dafür sorgen, daß gewisse Kreise in der Partei davon Kenntnis haben.

Wenn wir in Bayern den Kahr-Saustall reinigen wollen, dann kann das nicht allein durch die bayerischen Genossen geschehen, sondern zu dieser ungeheuren Arbeit bedürfen sie der moralischen Unterstützung der gesamten Parteigenossen Deutschlands. (Bravo!)

Broßwitz-Frankfurt a. M.: Die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands wartet darauf, daß der Görlitzer Parteitag nicht ein Parteitag der Rede, sondern der Tat sein wird. Unsere Werbearbeit für die Partei hängt aufs engste mit der Politik zusammen, die unsere Partei treibt.

Wenn heute vormittag Genosse Krüger scharfe Worte gegen Frankfurt am Main gesprochen hat, so möchte ich folgendes sagen: Wenn es wahr ist, daß der Erfolg einer Werbearbeit zum Teil von der Politik abhängig ist, so kann die Politik in Frankfurt schon deshalb nicht schlecht sein, weil das verflossene Jahr ein außerordentlicher Erfolg für Frankfurt war. Wir haben einen Mitgliederzuwachs von 3000 gehabt. Ein lebhaft pulsierendes Parteileben ist in Frankfurt am Main vorhanden. Es gibt in Frankfurt keinen Parteigenossen, der auch nur einen Finger breit von den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus abweichen wollte. Es gibt aber eine Anzahl Genossen, die der Meinung sind, daß das von der Partei nicht immer eingehalten worden ist, was Genosse

Krüger heute in den Vordergrund stellte, nämlich eine klare, konsequente Politik zu treiben und dadurch innerhalb der leider gespaltenen Arbeiterbewegung den Gesundungsprozeß fördern zu helfen. Das ist auch eine wichtige Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

Mir ist aufgefallen, daß Genosse Krüger Kritik für angebliches Ueberschwenken nach links, aber kein Wort der Verurteilung für die Art gefunden hat, wie unsere Parteigenossen immer wieder gegen den Willen der großen Mehrheit der Partei nach rechts hinüberschielen. (Beifall.) Die Parteigenossen im Lande haben sich mit gewaltiger Mehrheit im Laufe der letzten Monate gegen jedes Zusammengehen mit rechts ausgesprochen. Auch in bezug auf die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen hätte Genosse Krüger einmal einen dicken Strich machen und sagen müssen: hier kann der Parteivorstand nicht mehr mitmachen; wir wollen nicht nach links, aber auch nicht nach rechts. Unsere Agitation wird uns erschwert, wenn uns überall in den Betrieben vorgehalten wird: im „Generalanzeiger" oder im „Tag" oder in einem Stinnesblatt schreiben hervorragende Parteigenossen über taktische Parteifragen. Diese Dinge müssen natürlich verurteilt werden.

Krüger hat gesagt, daß die Schreibweise des verbotenen Frankfurter „Kommunist" gebilligt worden wäre. Das muß ich berichtigen. Ich habe gesagt: gegen die Schreibweise der rechtsstehenden Hetzblätter ist die Schreibweise dieses kommunistischen Organs das reine Kinderspiel, und daraus habe ich bestimmte Folgerungen gezogen.

Wir müssen zur Tat übergehen und einmal versuchen, das durchzuführen, was unbedingt zum Schutz der Republik notwendig ist. Soll die Sprache, die am 31. August fast in unserer gesamten Parteipresse gesprochen worden ist, heute schon vergessen sein? Dort wurde in der radikalsten Weise verlangt, daß wir nun zur Tat übergehen. Nach links einen Schritt zu tun, der übrigens niemals getan worden ist, das ist natürlich ein Vergehen; aber nach rechts scheint es erlaubt zu sein. Das ist ein Unrecht in der Beurteilung der ganzen Parteitaktik.

In der Frage der Einigung möchte ich warnen, etwa ein Rechenexempel aufzumachen. Die Sache steht uns viel zu hoch, als daß wir durch kleinliche Rechenexempel abwägen wollten, was wir durch die USP. und KPD. zu verdienen hätten oder nicht. Nein, was in den Herzen der Arbeiter als Sehnsucht zum Ausdruck kommt, das ist die große, geschlossene Phalanx der Arbeiterklasse, das ist vor allen Dingen auch die Gewinnung der großen Masse der politisch Indifferenten, das ist die Tatsache, daß wir von 9 Millionen Gewerkschaftlern noch 7 Millionen haben, die keiner politischen Organisation angehören. Diese Millionen für den politischen Kampf zu gewinnen, darin liegt das Kernproblem.

Ich bin selbstverständlich gegen jede Regierungsverbindung mit der Deutschen Volkspartei. Die vorgelegte Resolution ist ganz unannehmbar. Wir können vielleicht rechts ein wenig gewinnen, würden aber auf der anderen Seite sehr viel verlieren, so daß wir auf keinen Fall darauf eingehen könnten. Ich unterstreiche, was meine Vorredner in dieser Beziehung gesagt haben: wenn der Parteitag in diesem Sinne beschließen würde, dann könnten wir frohgemut nach Hause gehen, dann würde unsere ganze Agitation einen neuen Auftakt bekommen. (Bravo!)

Dr. **Knack**-Hamburg: Ich begrüße es auf das lebhafteste, wenn Genosse Schulz hier die Forderung aufgestellt hat, daß wir baldmöglichst zu einem Zusammenschluß aller wissenschaftlichen Kreise in unserer Partei kommen zur Bearbeitung des Sozialismus und der Fragen des geistigen Lebens, die unerläßlich für die Weiterarbeit unserer Partei sind. Ich halte diese Forderung für das Gebot der Stunde. Dabei sollen wir nicht engherzig sein und uns

hermetisch abschließen. Wir sollen auch die freigeistigen Kräfte, die eng neben uns im bürgerlichen Lager stehen, in geeigneter Weise zur Mitarbeit heranziehen. Die Erschwerung des Kampfes, die wir immer wieder sehen, beruht darauf, daß unsere Gegner mit ruchlosen, verlogenen und vergifteten Waffen uns gegenüber arbeiten und daß diese Waffen ihnen zum nicht geringen Teil von den geistigen Arbeitern geliefert werden, die in ihren Reihen stehen. Diese gefährliche Waffe, die die Bourgeoisie aus den Reihen der Akademiker, Techniker, Verwaltungsbeamten, Offiziere, Finanzleute und sonstiger sogenannter Intellektueller hat, wirkt um so schlimmer als es nach außen vielfach so aussieht, als seien diese Wissenschaftler objektiv. Eine Objektivität der Wissenschaft gibt es nur so lange, als die Wissenschaft in der Studierstube oder im Laboratorium geschaffen wird, sobald aber die Ergebnisse der Wissenschaft auf das praktische Leben Anwendung finden sollen, beginnt jeder Wissenschaftler, sich politisch einzustellen; und da er heute noch meist im großen ganzen dem kapitalistisch orientierten Bürgertum entstammt, stellt er sich in seinen Gutachten so ein, daß sie den Interessen des Sozialismus, der Arbeiter, Angestellten und Beamten ungünstig sein müssen. Wir haben so nicht nur eine Klassenjustiz, sondern auch eine Klassenwissenschaft im weitesten Sinne. Es ist geradezu eine Schmach für unsere Zeit, daß die geistigen Arbeiter unseres Volkes in so großer Zahl abseits der neuen Zeit stehen, daß sie aus dem Kriege wie der Revolution fast nichts gelernt haben. Alle neugeistigen Kulturforderungen ruhen auf den Schultern der Arbeiterschaft im weitesten Begriffe. Da wir diese bürgerlichen „Fachleute" nicht ganz entbehren können, können sie ihren Einfluß um so mehr geltend machen, ohne daß manchmal selbst Politiker unserer Kreise in verantwortlichen Stellungen die Gefahr genügend erkennen.

Ich gebe ein paar Beispiele. Die Geschlechtskrankheiten verheeren das ganze Volk auf das schlimmste. Der Parteivorstandsbericht spricht sein Bedauern darüber aus, daß das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten noch nicht herausgekommen ist. Woran liegt das? Es ist die eigene Schuld unserer Kreise, daß sie immer noch auf die Gutachten der reaktionären Polizeibeamten, Gesundheits- und Verwaltungsbeamten und nicht auf die freigeistigen fachlich geschulten Kräfte hören, die längst auf dem Boden stehen, daß baldigst ein Reichsgesetz mit den Forderungen des vorliegenden Entwurfes als Mindestforderungen geschaffen werden muß.

Auch in der Frage der Bevölkerungspolitik geht unsere Partei außerordentlich zaghaft vor, obwohl die freigeistigen Wissenschaftler längst geschlossen auf dem Standpunkt stehen, daß eine planmäßige Bevölkerungspolitik mit dem Ziel bewußter Geburtenregelung durchgeführt werden muß. Man hört aber noch zu stark auf die Petitionen aus reaktionären Aerzte- und Juristenkreisen, die demonstrativ überall aus dem Reiche bei den verantwortlichen Regierungsstellen einlaufen, statt sich entschlossen, unbekümmert um die weltfremden, nationalistisch-kapitalistisch eingestellten Phrasen dieser wissenschaftlichen Kreise, auf den Boden der modernen wissenschaftlichen Anschauung zu stellen, wie sie erst vorgestern von der 1. Internationalen Tagung für Sexualreform gefaßt wurde.

Dann aber hat gestern Genosse Müller sehr richtig gesagt: wir sollen dafür sorgen, daß die deutschnationalen Jünglinge, die jetzt auf den Universitäten als akademischer Nachwuchs herangebildet werden, von unseren Verwaltungsstellen fernbleiben. Ich frage: wie? Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, wenn nicht die genügende Sorge dafür getragen wird, daß aus den Kreisen des arbeitenden Volkes in breitester Zahl heraus die jungen Menschen ebenfalls die Universitäten besuchen können. Heute können im allgemeinen nur die Söhne und Töchter der neuen Reichen studieren (Sehr richtig!), die in Krieg und Revolution ihre guten Geschäfte gemacht hatten. Die Söhne der Arbeiterschaft sind auf den Universitäten lange nicht genügend vertreten. Wo haben die Länderregierungen genügend Geldmittel bisher zur Verfügung gestellt, um diesen Kreisen auch die Fortbildung zu ermöglichen? Hier ist eine große Lücke. Wir sollen uns klar darüber sein, daß die Forderungen der Volkshochschulkurse und der Volkshochschulbildung sehr gut sind, daß diese Einrichtungen aber nur der breiten Bildung des Volkes dienen, nicht der Fachbildung. Für diese Spezialbildung sind wir auf die Universitäten angewiesen. Ich begrüße in diesem Sinne den Antrag, daß man allgemein eine Hochschulreform in unserem Geiste als Grundlage der Forterziehung unserer neugeistigen Akademiker anstreben soll. Wir haben in Hamburg bereits einen Anfang gemacht. Ich hoffe, daß die Regierungen der Länder baldmöglichst ähnliche Reformen vornehmen werden.

Wenn wir so vor allem durch breite Volksaufklärung und Volksbildung unsere Kreise auf den Wert der Bildung hinweisen, wenn wir auch unsere Frauen, wie es in dem Antrag auf obligatorische Verbreitung der „Gleichheit" oder eines ähnlichen Organs gefordert wird, weit mehr aufklärend heranziehen, dann glaube ich, brauchen wir nicht so ängstlich ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien zu fürchten, wie es aus den Reden der Vorredner, besonders aus Frankfurt und Breslau hervorklang. (Sehr richtig!) Haben wir denn so wenig Vertrauen zur eigenen Kraft, zu unseren eigenen Ideen? (Sehr wahr!) Ist es nicht geradezu beschämend für eine große Partei wie die Sozialdemokratie, daß sie Angst nach links und Angst nach rechts hat, statt ihren geraden Weg zu gehen? (Zustimmung.) Das Gebot der Stunde ist jetzt, nicht aus den Regierungen herauszugehen und in die Opposition zu treten, mag diese Opposition noch so kraß sein — wir haben ja erlebt, was wir bisher mit der Opposition in Bayern und in Preußen erreicht haben (Lebhafte Zustimmung) —, sondern wir müssen unter allen Umständen bis zum letzten Moment in den Regierungen bleiben; nur dann können wir praktisch weiterarbeiten, nur dann können wir das erfüllen, was unsere Wähler von uns fordern. Die Wähler wissen längst, daß mit der Opposition nichts getan ist. In diesem Sinne steht die Hamburger Delegation geschlossen auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes und befürwortet die Annahme dieser Resolution aufs wärmste. (Lebhafter Beifall.)

Eggerstedt-Kiel: Es ist aus der augenblicklichen Situation heraus verständlich, daß zur Einigungsfrage sehr viele Anträge vorliegen. Es ist auch verständlich, wenn man für die Einigung mehr oder weniger leidenschaftlich eintritt. Wir haben in der Partei nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir grundsätzlich immer für die Einigung zu haben sind. Aber es gehört dazu doch etwas mehr als unser guter Wille. Deshalb haben wir von Schleswig-Holstein auch nicht so viele Anträge zur Einigungsfrage gestellt. Wir sind überhaupt im Stellen von Anträgen und im Reden nicht so produktiv wie andere Bezirke. Trotzdem marschieren wir in bezug auf die Mitgliederzahl an zweiter Stelle. Ich glaube, daß das auch ein Weg wäre, der zur Einigung führen könnte, nämlich etwas weniger über die Einigung zu reden und etwas weniger Anträge zu stellen, aber etwas mehr für die Gewinnung neuer Mitglieder zu arbeiten. (Bravo!) Gerade die letzten Jahre und auch der letzte Metallarbeiterkongreß haben uns gezeigt: Je geschlossener wir dastehen, desto leichter lösen wir die Einigungsfrage.

Zur Erhaltung der Einigkeit innerhalb unserer Partei können allerdings auch unsere Führer ein wesentliches Stück beitragen. Ich unterschreibe das, was Genosse Broßwitz aus Frankfurt gesagt hat. Es ist ein unerträglicher Zustand für die breiten Massen der Partei, daß unsere Führer in reaktionären Blättern zu parteitaktischen Fragen Stellung nehmen. Wenn wir von unseren Massen Disziplin verlangen, dann müssen wir sie auch von unseren Führern fordern.

Wenn wir so die innere Geschlossenheit in unserer Partei aufrechterhalten, dann wird das auch in unserer Politik zum Ausdruck kommen, und dann werden wir durch eine zielbewußte Politik auch zur Einigung beitragen. Genosse Krüger hat schon darauf hingewiesen, daß wir uns nicht durch die linksradikale Agitation betreffs der Koalitionspolitik beirren lassen sollen. Die Unabhängigen haben uns immer vorgeworfen, daß es ein Arbeiterverrat wäre, wenn wir mit den Bürgerlichen zusammen in eine Regierung hineingingen. Auf Grund der letzten Ereignisse sind die Unabhängigen jetzt so weit, daß sie von uns fordern, wir sollen in die Regierung hineingehen und daß sie uns sogar ihre Unterstützung zusagen. Das ist ein Beweis für uns, daß wir auf dem richtigen Wege gewesen sind. Es hängt doch nicht von unserem guten Willen ab, mit welchen Parteien wir in die Regierung hineingehen wollen. Wenn es von unserem guten Willen abhängig wäre, dann würden wir viel lieber mit den Unabhängigen und vielleicht mit den Demokraten eine Regierung bilden. Wir müssen aber mit den Koalitionsparteien und mit einer Koalitionsregierung rechnen. Wir sollen dabei nicht das unterschätzen, was Genosse Broßwitz sagte. Draußen im Lande ist eine Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei durchaus nicht populär (Sehr richtig!), sondern durch unsere eigene Politik haben wir dazu beigetragen, daß die Massen dem vollständig ablehnend gegenüberstehen. Wir müssen doch irgendwie einen Uebergang finden. Die Dinge liegen so, daß agitatorisch augenblicklich im Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ein Unterschied vorhanden ist; aber praktisch ist es doch wirklich kein Unterschied, mit welcher bürgerlichen Partei wir in die Regierung hineingehen. (Sehr richtig!) Bei den Fragen, die gerade in der heutigen Zeit erörtert werden müssen, finden wir keinen Unterschied von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen. Wir müssen einen Weg finden, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die wir durch den Beschluß in Kassel hineingeraten sind. (Zustimmung.)

Ich kann für unseren Bezirk Schleswig-Holstein erklären, daß wir mit der Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses einverstanden sind. (Bravo!)

Genosse Krüger hat weiter gesagt, daß wir eine Macht als Sozialdemokratische Partei bilden. Das stimmt. Wir sind die stärkste Partei in Deutschland. Aber ich habe das Gefühl, daß diese Macht in der praktischen Politik nicht richtig zum Ausdruck kommt. Das liegt nach meiner Auffassung auch daran, daß wir uns durch gutgemeinte Beschlüsse auf den Parteitagen zu sehr die Beweglichkeit nehmen lassen. In diesen bewegten politischen Zeiten können wir uns nicht durch langfristige Beschlüsse der Parteitage die Taktik für ein Jahr vorschreiben lassen, sondern wir müssen freie Hand behalten. Wir müssen doch auch so viel Zutrauen zu uns selber und zu unseren Vertretern haben, daß im geeigneten Augenblick die Politik betrieben wird, die den Interessen unserer Parteimitglieder am besten entspricht. Dies gilt auch für die Regierungsbildung. Unsere erste Aufgabe ist es, zu versuchen, in Preußen jetzt in die Regierung hineinzukommen. Aber wir dürfen nicht nur einige Minister ernennen und es dabei bewenden lassen, sondern wir müssen auch der Personalpolitik mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. Ich kann mir denken, daß es notwendig ist, in das Reichsfinanzministerium und in das Reichsjustizministerium einen Sozialdemokraten zu entsenden. Als in den letzten Wochen die Erregung über die Ermordung Erzbergers so außerordentlich hoch ging und als wir in den verschiedensten Städten Demonstrationen abhielten, sind da und dort auch schwarzweißrote Fahnen und sonstige monarchische Sinnbilder entfernt worden. Man mag zu den Dingen stehen wie man will; aber wir können feststellen, daß diese Uebergriffe erst durch die reaktionären Provokationen der Deutschnationalen ausgelöst worden sind. (Sehr wahr!) Es ist ein Skandal, wenn man sieht, wie schnell der Staatsanwalt jetzt arbeiten kann, wie schnell er Prozesse gegen die Sünder anhängig macht, während er in den Kapp-Tagen so vollständig versagt hat. In das Justizministerium gehören unsere Männer hinein, damit sie endlich einmal in der Justiz aufräumen können. Wir können in bezug auf die Personalpolitik sehr viel vom Zentrum lernen, das überall seine Leute in die Stellen schickt und sich dadurch Einfluß im Staat und in der Verwaltung sichert.

Wir müssen alles tun, um die Politik, die wir in den letzten Wochen begonnen haben, konsequent durchzusetzen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die radikale Politik, die dort eingeschlagen worden ist, wie eine Befreiung innerhalb der Arbeiterschaft gewirkt hat. Genosse Müller hat in seiner Begrüßungsrede das eine gute Wort geprägt, daß es unsere vornehmste Aufgabe sein muß, die Deutschnationalen nicht nur niederzuwerfen, sondern auch niederzuhalten. Derartige Enttäuschungen, wie wir sie nach den Kapp-Tagen erlebt haben, können wir unseren Parteimitgliedern nicht wieder zumuten, sondern wir müssen endlich daran gehen, endgültig die Republik zu sichern, damit wir den Boden haben, auf dem wir den Sozialismus verwirklichen können. (Lebhafter Beifall.)

Biester-Hoisbüttel: Ganz richtig ist es nicht, daß unsere letzte Politik dahin geführt habe, wie der Genosse Eggerstedt sagte, nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen, sondern wenn wir heute über die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung diskutieren, so ist das ein Urteil über die Politik, die wir in der Zeit von der Revolution bis jetzt getrieben haben. Es sind Unterlassungssünden begangen worden, deren größte in der mangelhaften Durchsetzung der Verwaltung mit sozialistischen Elementen besteht. Es ist nicht wahr, daß die Entscheidung in den Ministerien fällt. Die Entscheidung fällt im Verwaltungsapparat. (Sehr gut!) Nun sagt man uns: wir können den Verwaltungsapparat nicht umändern, wenn wir nicht in der Regierung sind. Wir sind lange genug in der Regierung gewesen und haben doch den Verwaltungsapparat nicht umgeändert. (Zustimmung.) Mir ist es gleichgültig, ob jemand der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Partei angehört, mir kommt es darauf an, daß die Machtmöglichkeiten der Gegenwart ausgenutzt werden. (Sehr richtig!) Ich verkenne durchaus nicht die Grenzen unserer Macht, aber es ist heute so, daß an manchen Stellen papierne Wände aufgerichtet werden und daß man sich selber vormacht, es handle sich um steinerne und eiserne Wände, aber ganz enttäuscht ist, wenn man sieht, daß andere diese Wände nicht als eiserne Wände ansehen. Wir haben auf dem Lande in den Kreisausschüssen darauf hingedrängt, daß endlich einmal die Verwaltungsreform durchgeführt wird. Ich muß sagen, daß eine wesentliche Aenderung durch das Ausscheiden unserer Genossen sich noch nicht bemerkbar gemacht hat. Aus diesen Gründen sage ich: Die Resolution des Parteivorstandes kann nicht die Grundlage für eine Beteiligung an der Regierung sein; die Resolution ist derart weit gefaßt, daß sie die denkbar größten Möglichkeiten nach rechts hin bietet. Wir sind in dieser Beziehung etwas mißtrauisch geworden, und die Landbevölkerung wird bei uns so lange gegen eine Beteiligung der Volkspartei sein, als die Volkspartei ihre bisherige Tätigkeit weiter ausübt. Es nützt nichts, daß die Volkspartei die Erklärungen abgibt; denn sie ist doch nicht gewillt, sie zu halten. Es kommt für mich nicht auf die Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Regierung, sondern auf unsere Wirkungsmöglichkeit darin an. Und da muß ich sagen: Die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung bedeutet für mich eine größere Gefahr als unsere Nichtbeteiligung.

Ich empfinde es als außerordentlich gefährlich, daß wir zwar in der Partei unsere Spitzen ausbauen, daß aber die Parteigenossen nicht mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt sind. Hier sehe ich einen Mangel in unserem Organisationsstatut. Ich bin mit Freude für die Zentralisierung der Partei eingetreten. Aber

die Voraussetzung für diese Zentralisation, nämlich die Auflösung der Länder in Reichsprovinzen, hat sich nicht vollzogen. Wir können z. B. erleben, daß die preußische Landtagsfraktion Landespolitik macht, ohne daß die Genossen des preußischen Landes zu dieser Politik Stellung nehmen können. Wir können ferner erleben, daß Kreisen, die die erste politische Organisation sind, nicht die Organisationsmittel zur Verfügung stehen, um unter den Genossen die Kreisarbeit zu organisieren. Wir kommen aus diesen Schwierigkeiten nur heraus, wenn es uns gelingt, in unseren Genossen das Verantwortungsgefühl und das der Mitbestimmung zu wecken. Jede Zentralisation gibt eine außerordentlich starke Machtzusammenfassung; aber diese Machtzusammenfassung ist hohl, wenn nicht in den unteren Organen das nötige demokratische Gegengewicht gegeben wird.

Wir sind über zwei Jahre in der Regierung gewesen. Ich lese heute im „Vorwärts", daß nach der Besteuerung der Hohenzollern gefragt wird. Wir haben vor zwei Jahren an die preußische Landesorganisation von unserer Kreisorganisation aus eine Anfrage gerichtet, die heute noch nicht beantwortet worden ist. Diese Anfrage lautet: „Was geschieht mit dem Vermögen der Hohenzollern?" (Heiterkeit.) Wollen wir wirklich die Machtmittel der Reaktion vernichten, dann müssen wir ihre Wirtschaftskraft vernichten.

Es sind hier starke Worte gefunden worden, Worte, bei denen ich nicht immer mitgehen kann. Wir sind verloren, wenn diese Worte leere Worte bleiben. (Beifall.)

Löbe-Breslau: Werte Genossen! Gestatten Sie, daß ich Ihre Aufmerksamkeit einen Augenblick auf einen anderen Gegenstand lenke, und Sie bitte, dem Antrag 306 Ihre Zustimmung zu geben. Dieser Antrag betrifft das Tragen von Abzeichen der deutschen Republik. Seit über Jahresfrist haben sich die deutschen Arbeiter und überhaupt alle Anhänger der Republik auch äußerlich in die Defensive drängen lassen durch die Tatsache, daß Hakenkreuzler, daß Stahlhelmbündler, daß allerhand Anhänger von monarchistischen Vereinigungen, Antisemiten und Schutz- und Trutzbündler mit ihren verschiedenen Abzeichen die Straßen, die Lokale, die Eisenbahnen beherrschen und sich so gebärden, als wären sie allein auf der Welt. Wo die Herren zu zweien oder mehreren sind, beherrschen sie bald die Unterhaltung, und wo es an Gegenwehr fehlt, sind sie schnell dabei, die Republik und ihre Träger in jeder Weise zu schmälen. Lange Zeit hindurch hat unsere Anhängerschaft diesem Treiben zugesehen. Als die Herren sich aber in einigen Städten gar zu aufdringlich gebärdeten und in Hamburg und anderwärts den Städten gewissermaßen einen schwarzweißroten Stempel aufdrucken wollten, ist aus der Arbeiterschaft heraus, die von Natur allen äußeren Dekorationen und Abzeichen abhold ist, doch der Wunsch hervorgetreten, den Herren einmal zu zeigen, daß es auch noch andere Leute in Deutschland gibt als die Spießgesellen des Hakenkreuzlertums. So zeigten sich in Hamburg, Dessau, Chemnitz die schwarzrotgoldenen Bändchen der Republik bald an Zehntausenden von Arbeiterkleidern, aber auch am Rock von Beamten. Wenn die Gegner zum erstenmal bei der großen Demonstration am Beerdigungstage Erzbergers, dann aber täglich aufs neue sahen, welch erheblicher Teil des deutschen Volkes auf der anderen Front steht, dann ist in der Regel ihr Mut etwas kleiner und ihr Reden etwas gedämpfter geworden. Die Gegendemonstration hat ganz gut gewirkt, und so ist an die Parteileitung der Wunsch gekommen, man möge doch den Genossen rings im Lande empfehlen, sich dieses Hilfsmittels zu bedienen, das die Republikaner einander kenntlich macht, sie zusammenführt, sie ermutigt, den Rückwärtsern entgegenzutreten. Ein Abzeichen, das mit Stolz getragen wird von dem Arbeiter, der die Republik errichtet hat, von dem Beamten, der ihr mit Ueberzeugung dient, von dem Bürger, der die

Zeichen der Zeit verstanden hat, von dem Angestellten, der Schulter an Schulter mit uns kämpfen will. Geschieht das allenthalben, dann wird bald erkennbar sein, wie verschwindend die Zahl der Anhänger der Monarchie und des Rückschritts ist und wie groß die Zahl derjenigen ist, auf deren Schultern die neue Staatsform ruht.

Nun ist allerdings das Bedenken laut geworden, daß unser Rot neben dem Schwarz der dunklen Vergangenheit und dem Gold einer schöneren Zukunft etwas allzu sehr in den Hintergrund treten könnte. Das ist die Absicht der Freunde des Gedankens nicht. Unsere internationale Fahne, unsere Parteifahne bleibt die rote Fahne. Unter ihr kämpfen wir, bis die demokratische Republik vom sozialistischen Volksstaat abgelöst ist. Wir bitten in unserem Antrage den Parteivorstand, zu erwägen, ob nicht ein künstlerisches Abzeichen mit den Initialen der Partei für unsere Mitglieder entworfen werden kann. Heute aber handelt es sich darum, die Republik, unseren Kampfboden durch das gemeinsame republikanische Abzeichen sichern zu helfen und alle Republikaner mit Mut, Festigkeit und Angriffslust zu erfüllen. Nicht in tätlichem Sinne! Dem deutschen Arbeiter liegt Gewalt sehr wenig, und die Klagen der rechtsstehenden Presse darüber sind meist Heuchelei. In Kiel haben schwarzweißrote Jünglinge in der Nacht 16 Fahnen der Republik zerrissen, am 2. September ist in Celle ein Grundstück schwarzweißrot angestrichen worden, in München ist der Tempel mit eingemeißelten Hakenkreuzen versehen worden, und auch in Kassel haben deutsche Jünglinge meistens im Dunkeln ihre Art von Patriotismus gegen unseren Genossen Scheidemann bekundet. Aber nun soll die Welt innewerden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes auf seiten der Republik steht. Wir wollen unter Hinweis auf das Heer, das das republikanische Abzeichen trägt, den Herren sagen: Irrt Euch nicht und suchet nicht den Tag, wo dieser Wald sich gegen Euch erhebt. (Lebhafter Beifall.)

Mache-Breslau: Der Appell des Parteigenossen Hermann Müller, allerhöchste Kampfbereitschaft zu wahren, ist dringend notwendig. Nur haben wir das Gefühl, daß der Parteivorstand diese Kampfbereitschaft der Parteigenossenschaft nicht so auswertet, wie es erforderlich ist. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsere wiederholten Hinweise auf die ungeheure Gefahr, die der deutschen Republik aus dem Anwachsen der Reaktion in Mittelschlesien und den unbesetzten Kreisen Oberschlesiens droht, nicht mit dem gehörigen Nachdruck verfolgt worden sind. Aus dem südöstlichen Teile unseres Vaterlandes droht ungeheure Gefahr. Die dortigen Zustände sehen denen in Ungarn sehr ähnlich. Hier hat sich unter dem Deckmantel des Selbstschutzes für Oberschlesien neben einem Teile von Idealisten, die polnische Banden abschlagen wollten, all das Gesindel zusammengefunden, das aus dem Baltikum und in der Kapp-Zeit ungeheures Elend über das deutsche Volk gebracht hat. Alle Verbrecher aus der Ehrhardt-Brigade und den bayerischen Formationen haben sich nach der Auflösung des Selbstschutzes in militärische Formationen verwandelt, in Arbeitsgemeinschaften, die über eine ungeheure bewaffnete Macht verfügen, so daß Schlesien von Waffen starrt. Auf diesem geringen Raume sind mehr als 100 000 Gewehre verborgen in den Händen der Reaktion. Und schon werden Ausschreitungen festgestellt, die für unseren Rechtszustand ungeheuerlich sind. Die Justiz aber versagt. Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei werden auf Schritt und Tritt verfolgt. In Breslau hat man aus Hotels heraus Personen verschleppt, politische Morde an ehemaligen Angehörigen dieser Arbeitsgemeinschaften, die uns Mitteilungen von diesen Zuständen machten, sind zu verzeichnen. In Bielau bei Neiße wurde eine Mörderzentrale ausgehoben, deren Leiter der Privatdozent Ruge, der die Verbindung mit Bayern aufrechterhielt und festgenommen war, auf Anordnung der Oberstaatsanwaltschaft wieder entlassen wurde.

Durch ihn waren Kriminalausweise an die Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft ausgestellt und mit behördlichem Stempel des Breslauer Polizeipräsidiums versehen. Trotzdem hat die Oberstaatsanwaltschaft die Freilassung verfügt. In einem anderen Falle wurde der Herausgeber einer demokratischen Zeitung, der die Bestrebungen in der Arbeitsgemeinschaft kritisierte und deswegen mit dem Tode bedroht worden war, auf den Weg der Privatklage verwiesen. An diesen Zuständen trägt die preußische Regierung ein gerüttelt Maß von Schuld. (Sehr richtig!) Sie hat den behördlichen Stellen den Rücken gesteift und uns den Kampf sehr erschwert. Wir müssen nicht nur Einfluß auf die Regierung haben, sondern auch draußen im Lande die Verwaltungsstellen besitzen.

Die schlesischen Parteigenossen richten eine Reihe von Forderungen an den Parteivorstand. Sie sind der Auffassung, im Gegensatz zu den vom Genossen Krüger zitierten Anschauungen der Frankfurter Genossen, daß Einschränkungen notwendig sind, daß die Regierung die Möglichkeit haben muß, gegen solche verfassungsfeindlichen Organisationen einzuschreiten. Die Verordnung des Reichspräsidenten muß erweitert werden, so daß die Möglichkeit besteht, diese Arbeitsgemeinschaften zu beseitigen. Bei der Durchführung dieser Anordnung müssen die Organisationen herangezogen werden. Es wird Aufgabe der gesamten Parteigenossenschaft sein, die Gefahren, die aus Schlesien drohen, zu bekämpfen, insbesondere verlangen wir die tatkräftige Unterstützung dieser Bestrebungen durch den Parteivorstand.

Kieß-Jena: Wer fest zu der Partei steht, muß auch Kritik an ihr üben können. Wir Thüringer treten nach siegreichem Wahlkampfe mit Fragen an die Partei heran, die kritische Aeußerungen in sich bergen. Die Parteigenossen haben das ganze Jahr über gefragt: Wo bleiben die Massenaktionen? Wo bleibt der Parteivorstand mit großer Initiative? Wenn jetzt nicht die Erzberger-Aktion gewesen wäre, wäre so gut wie nichts geschehen. Die Lebensmittelteuerung, der unsere Genossen im Parlament entgegengetreten sind, hätte agitatorisch mehr behandelt werden können. Hier hätte die SPD. sagen können, daß sie positiv mitzuarbeiten versucht hat, daß aber ihre positive Mitarbeit von den bürgerlichen Parteien sabotiert worden ist.

Es ist zur Erfassung der Substanz der Produktionsmittel zugunsten des notleidenden Reiches aufgerufen worden. Arbeiter, Angestellte und minderbemittelte Schichten sind schon seit sieben Jahren dazu herangezogen worden, haben von i h r e r Substanz, ihrer Arbeitskraft, abgeben müssen. Das Kapital weigert sich aber, dieses Opfer zu bringen. Die Sozialisierung der Kohle, die Genosse Hoch im vorigen Jahre verlangt hat, könnte durch einen Volksentscheid gefördert werden. Wir fragen weiter: Wie steht es mit dem Schutz der Republik? Hierauf haben schon Eckstein und Eisenbarth hingewiesen. Letzterer glaubt allerdings, ihn mit der Deutschen Volkspartei durchführen zu können. Wir sind der Ansicht, daß jetzt auch auf eine Organisation das größte Augenmerk gerichtet werden muß, auf den Jungdeutschen Orden, der alle Erfahrungen der Orgesch verwertet. Was hat der Parteivorstand hier getan? Was gedenkt er zu tun?

Wenn der Parteivorstand die Einigung mit den Unabhängigen so wenig betreibt, so begeht er damit einen großen Fehler. Die Massen müssen in diesem Sinne für die Mehrheitssozialdemokratie in Bewegung gesetzt werden. Jetzt richten sich die Blicke aller Deutschen, vor allem die Blicke der deutschen Arbeiterklasse auf Görlitz. Uns ist es gleichgültig, was das deutsche Bürgertum über Görlitz denkt. Der Danziger Genosse hat uns gezeigt, wie das Bürgertum mit der Arbeiterschaft umspringt, wenn es in der Macht ist. Darum fragen wir, ob es für den Parteitag eine wichtigere Tat geben kann als die Vorbereitung der Einigung mit der Unabhängigen Partei? Genosse Krüger hat vieles gegen die USP. gesagt, die Deutsche Volkspartei hat er viel liebreicher behandelt. Die Frage der Diktatur, der Regierungskoalition, ist in weiten Kreisen kein größeres Trennungsmoment als im Vorjahre. Wir aber sind drauf und dran in Görlitz, objektive Trennungsmomente zwischen uns und der Unabhängigen Partei aufzuführen, das ist das neue Programm und die Koalition mit der Deutschen Volkspartei.

Genosse Krüger hat den Unabhängigen manches gesagt, z. B. daß Hilferding die Pakole ausgegeben hat: Mit Hörnern und Zähnen verteidigen sie die Republik. Beim Kapp-Putsch, hat Krüger gesagt, wollte die USP. nicht mit, aber er hat zugegeben, daß die USP.-Gewerkschaftsführer es waren, die doch für den Kampf eingetreten sind. Die Unabhängigen-Gewerkschaftsführer haben sehr viel dafür geleistet, daß die Einheit der Gewerkschaften gegenüber Moskau erhalten blieb. Es wäre hier leicht, die USP. zu schmähen, sie kann sich nicht wehren. (Lebhafter Widerspruch.) Wir, die wir wissen, daß die Mission der SPD. sein muß, die Einigkeit vorzubereiten, müssen auch dafür sorgen, daß der Boden für die Einigkeit bereitet wird.

Wenn behauptet worden ist, daß es für die Sozialdemokratie und die deutsche Republik gefährlich ist, daß wir in Sachsen eine rein sozialistische Regierung haben, so muß ich sagen: Ich wünschte, daß der Geist, der von dort ausgeht, Allgemeingeist der Partei wäre. In der Frage der Regierungsbildung haben wir gesehen, daß der Parteivorstand in Lippe, Mecklenburg und Sachsen gegenüber der Deutschen Volkspartei sehr freigebig war. Ich glaube, daß der Parteivorstand den Kasseler Beschluß nicht mit aller Loyalität ausgeführt hat, sonst müßte er sich sagen, daß eine zentrale Partei, wie die Deutsche Volkspartei, in den Ländern nicht anders handeln kann wie im Reich. Wenn sie im Reich nicht koalitionsfähig ist, muß sie auch in den Ländern von uns bekämpft werden. Wenn zur Koalition mit der USP. hier etwas zu sagen ist, dann ist es das: Sicherung der Republik auf weite Sicht. Die beste Sicherung der Republik liegt im Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen; das soll die Tat des Görlitzer Parteitages sein, daß er die Einigung der beiden sozialistischen Parteien vorbereitet. (Beifall.)

Scholich-Breslau: Genosse Mache hat schon die Gefahren gezeigt, die in Schlesien bestehen, und er hat auch darauf hingewiesen, daß wir uns auf einem Vulkan befinden, der jeden Augenblick explodieren kann. Desto unbegreiflicher ist es, daß Genosse Eckstein manches gesagt hat, was den tatsächlichen Verhältnissen in Schlesien nicht entspricht. Es ist nicht richtig, daß die Breslauer Genossen auf dem Standpunkt Marckwalds stehen. (Hört! hört!) In einer Mitgliederversammlung in Breslau war vielleicht eine Mehrheit gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. In der Entschließung, gegen die sich Eckstein gewandt hat, ist kein Wort von der Volkspartei enthalten. Daher war das unberechtigt. In einer Bezirkskonferenz in Mittelschlesien haben wir uns darüber ausgesprochen, haben es aber unterlassen, uns zu binden.

Auch Ecksteins Ausführungen über Severing muß ich richtigstellen. Es trifft zu, daß Severing den Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann ernannt hat. Eckstein hat aber nicht gesagt warum. In Breslau hatten wir nach der Revolution einen Sozialdemokraten als Polizeipräsidenten, der beim Kapp-Putsch verschwinden mußte. Der Genosse Ernst kam an seine Stelle, mußte aber wieder gehen, weil die Entente es wollte. Darauf hat Severing mich um Vorschläge gebeten und ich habe diese Anfrage an die Breslauer Parteigenossen weitergegeben. Es ist aber von Breslau kein einziger Vorschlag gemacht worden, den ich Severing hätte mitteilen können. (Hört! hört!) Alle Vorgeschlagenen lehnten ab. Weil die Breslauer Parteigenossen dann niemand mehr vorschlugen, schickte Severing Liebermann nach Breslau.

Bei den Ausführungen der Genossen Marckwald und Eckstein habe ich den Eindruck gehabt, als wenn ein gewisses Tier in den Porzellanladen hineinkommt. Wenn alles zertrümmert ist, ist es zu spät, darüber zu reden.

In der Frage der Regierungsbildung in Preußen haben wir im Landtag wiederholt hören müssen, daß wir dumme Luders seien. Diejenigen, die uns den Vorwurf gemacht haben, haben uns im vorigen Jahr auf den bekannten Beschluß, daß wir mit der Volkspartei nicht zusammengehen dürften, ausdrücklich festgelegt. Wir haben uns in Preußen an diesen Beschluß gebunden gehalten. Keiner von denen, die uns Vorwürfe gemacht haben, hat uns gesagt, wie wir es anders machen sollten. Eine Möglichkeit gab es nicht. Zentrum und Demokraten waren nur mit der Volkspartei für eine Koalition mit uns. Da wir das nicht durften, mußten wir uns hinausmanövern. Mögen die, die uns einen Vorwurf machen, nur sagen, wie sie es anders gemacht hätten.

Ein Wort zur jetzigen Regierung. Minister Dominicus hat, als die Regierung gebildet wurde, nicht das Vertrauen der Rechten gehabt. Damals haben sich die Deutschnationalen aufs schärfste gegen ihn erklärt. Als aber die Wahl zwischen ihm und Schiffer kam, wurde er als der weiter rechtsstehende genommen. Dominicus hat sich Mühe gegeben, das Vertrauen der Rechten zu erringen, und zwar mit vollem Erfolg. Davon können wir in Schlesien ein Lied singen. Sozialdemokraten und selbst Demokraten wurden hinweggejagt. Wir haben in Schlesien wirklich zusammenzustehen und es uns zu verbitten, daß Schlesien die Schuttabladestelle für reaktionäre Elemente wird. Wir können aber nur etwas erreichen, wenn wir versuchen, auf alle Fälle in die Regierung hineinzukommen. Wir müssen auch in der Verwaltung, in der Justiz und auf den Universitäten aufräumen. Der Weg, den Severing beschritten hat, muß bis zu Ende rücksichtslos gegangen werden. Dazu müssen wir in die Regierung, und die Entschließung gibt uns ein Mittel dazu. Es handelt sich nicht um die Volkspartei, sondern um die Bedingungen, die wir stellen. Die es mit der Republik ehrlich meinen, müssen sich auf den Standpunkt stellen: keine Monarchisten.

Ich bitte Sie, für die Resolution zu stimmen. (Bravo!)

Scheidemann-Kassel: Genossinnen und Genossen! Unser Freund Ebert, der von uns allen die schwerste Verantwortung trägt, hat uns in seinem Begrüßungstelegramm eine Mahnung Lassalles ins Gedächtnis gerufen, und ich wünsche, daß wir sie beherzigen: Jederzeit alle Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren, und zwar auf den wichtigsten. Die Sicherung der Republik unter allen Umständen herbeizuführen, ist dieser wichtigste Punkt. (Sehr richtig!) Die Republik *ist*, *war* und *bleibt* in Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, der Reaktion das Handwerk zu legen. (Sehr richtig!) Bewundernd schauen alle Reaktionäre Europas zu dem internationalen Schutzheiligen der Reaktion, zu dem Ungarn Horthy, und das Streben aller derer, die ähnliche Zustände einführen möchten, ist, die Macht in die Hand zu bekommen, damit sie aus ganz Deutschland, nicht etwa nur ein Bayern, sondern womöglich ein Ungarn machen können. (Sehr richtig!)

Einer der Vorredner wies darauf hin, daß die auf der äußersten Rechten stehenden Politiker den Anschein zu erwecken suchen, als sei nur der Mann, der monarchistisch sei, vaterlandsliebend. Das soll heißen, daß diejenigen, die republikanisch denken und handeln, von Vaterlandsliebe nichts in sich spüren. Eine derartige Argumentation weisen wir ganz entschieden zurück. (Lebhafter Beifall.) Wir lassen uns an Liebe zu unserem Vaterland und zu unserem Volke von niemand übertreffen. (Erneuter Beifall.) Wir führen aber die Vaterlandsliebe nicht auf der Zunge, sondern haben sie im Herzen; wir reden nicht davon, sondern handeln danach. (Bravo!)

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr Hergt, hat neulich zu verstehen gegeben, wie er sich die Zukunft unseres Landes denkt. Für uns, so führte er aus, ist die Weimarer Verfassung nur eine Episode, das Ziel bleibt die Wiederherstellung des Kaisertums. Wir wissen also genau, was auf dem Spiele steht: Die Republik *muß* geschützt und gesichert werden. Wir haben jetzt eine Verordnung des Reichspräsidenten, die ein Palliativmittel ist, und wenn weiter nichts kommen sollte als diese Verordnung, vermag sie die Republik nicht zu sichern. (Sehr gut!) Die Verordnung bedeutet, daß man von den tausenden Kanälen, durch die jeden Tag die reaktionäre Verhetzung unseres Volkes getrieben wird, ein paar für wenige Tage verstopft. Wenn nichts weiter kommt als diese Verordnung, dann hätten die Deutschnationalen alle Ursache, sich darüber zu freuen. Dann wäre es für sie ein außerordentlich gutes Agitationsmittel. Wir brauchen also mehr. Wir brauchen ganze Arbeit, um die Republik zu sichern. (Beifall.) Wir brauchen eine Reform unserer Justiz. Wir brauchen die ganz entschiedene Demokratisierung der Verwaltung. Wir brauchen auch eine Reform unseres Schulwesens und der Universitäten. Die Universitäten wollen wir wieder zu Stätten der Wissenschaft machen; wir wollen nicht, daß sie Brutstätten der Reaktion sind. (Sehr gut!) Das Volk in seiner großen Mehrheit will, daß wir in dieser Weise arbeiten. Diesen Willen des Volkes müssen wir dadurch auch zum Ausdruck bringen, daß eine Regierung, die entschlossen ist, unsere Forderungen durchzuführen, begründet wird. (Sehr richtig!) Im Reich und in allen Gliedstaaten müssen Regierungen gebildet werden, deren Mitglieder nur solchen Parteien angehören, die die Verfassung anerkennen und bereit sind, zu ihrem Schutz alle Machtmittel des Staates zur Anwendung zu bringen. (Sehr richtig!) Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß im Reich mit Wirth gegen rechts, in Preußen mit Stegerwald gegen links regiert wird. Es ist geradezu grotesk, wenn in Bayern eine deutschnational gerichtete Regierung eine auf Grund der Reichsverfassung erlassene Verordnung sabotieren kann und Landesrecht über Reichsrecht stellen will. — Ueber alle diese Dinge kann zwar leichter geredet werden, als daß man sie ändert. Aber eine Aenderung ist nur dann möglich — ich sage das mit reiflicher Ueberlegung —, wenn wir Sozialdemokraten uns freimachen von allen Schlagworten, wenn wir gewillt sind, ausschließlich mit realen Tatsachen zu rechnen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende unserer Partei, unser Freund Wels, hat in einer Rede am 21. August unter Hinweis auf das Versailler Diktat gesagt: Wir sind gebunden und können Politik nur von einem Tag zum anderen treiben. Bis zu einem gewissen Grade ist das zweifellos richtig. Aber wenn das der Fall ist, dann dürfen wir auch unsere Taktik nicht durch Parolen auf lange Dauer festlegen wollen. (Bravo!) Dann darf z. B. nicht gesagt werden: Wir gehen unter keinen Umständen mit dieser oder jener Partei in eine Regierung. (Sehr gut!) Wenn wir nur von Tag zu Tag Politik machen können, dann kann eine Partei — ich denke dabei nicht an die unsere — auch von einem Tag zum andern sich schließlich eines Besseren besinnen. Daß wir nur mit Parteien in eine Regierung gehen können, die die Verfassung *respektieren*, ist selbstverständlich. Aber heißt das, daß wir nur mit Parteien in eine Regierung gehen können, die der Verfassung *zugestimmt* haben? Ich sage: Nein. Denn sonst wäre ja auch ein Zusammengehen mit der USP. unmöglich, und doch haben wir ihr wiederholt aus ehrlicher Ueberzeugung angeboten, mit in die Regierung hineinzugehen. Wie die Unabhängigen, so hat auch die Deutsche Volkspartei die Verfassung abgelehnt. Für uns darf nicht maßgebend sein, was eine Partei früher getan hat, sondern das, was sie zu tun bereit ist. Von einer Theorie der politischen Erbsünden müssen wir uns freimachen. (Bravo!)

Zu der Zeit, als die Parole ausgegeben wurde: Unter keinen Umständen mit der Volkspartei —, war sie zweifellos richtig. Wir konnten nicht mit einer Partei in die Regierung, die die Monarchie propagiert. (Sehr gut!) Wir können nicht in eine Regierung mit einer Partei, von der wir annehmen mußten, daß sie bestimmte Geldquellen, die zu erschließen wir für unerläßlich halten, ablehnt.

Wir müssen also bei jeder Regierungsbildung ein bestimmtes Mindestprogramm aufstellen. Parteien, die bereit sind, ein solches Programm anzunehmen und bestimmte Ministerien uns zu überlassen, können nicht dauernd von der Teilnahme an der Regierung zurückgewiesen werden. (Sehr wahr!) Ein Mindestprogramm auf Vorrat aufzustellen, halte ich für falsch. Daß immer bestimmte Forderungen an der Spitze stehen werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Eine Partei wie die sozialdemokratische braucht aber Selbstverständlichkeiten nicht erst in feierlicher Form zu beschließen.

Bei einer jeden Koalitionsregierung ist zu beachten, daß es sich dabei nicht um eine Gesinnungsgemeinschaft, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. (Sehr richtig!) Andernfalls wäre ein Zusammenarbeiten mit der Zentrumspartei in einer Koalition wahrscheinlich mindestens ebenso schwer wie mit anderen. (Sehr wahr!)

Um mich Mißverständnissen nicht auszusetzen, will ich zum neunundneunzigstenmal öffentlich erklären: Als Sozialdemokrat halte ich die sozialdemokratische Politik für die beste, die ein jedes Land treiben kann. Deshalb wollen wir ja auch die politische Macht, d. h. die Mehrheit des Volkes für uns erobern. Solange wir aber eine sozialdemokratische Regierung nicht bilden können, weil wir nicht die Mehrheit im Volke haben, solange sind wir auch darauf angewiesen, mit anderen Parteien zu arbeiten, es sei denn, daß wir auf jede Mitwirkung in der Regierung des Reichs, der Staaten und der Gemeinden verzichten wollen; und ich glaube, über den Standpunkt sind wir hinaus. (Zustimmung.)

Wir müssen uns noch auf lange Zeit auf Koalitionsregierungen einrichten. Tun wir es mit Klugheit und in bester Wahrnehmung der Interessen unseres Landes im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen. Wie sich die Koalitionsverhältnisse in der nächsten Zeit entwickeln werden, weiß keiner von uns. Aber das weiß ich: Alle Koalitionen sind das Vergängliche. Unvergänglich bleibt die Zusammengehörigkeit des ganzen arbeitenden deutschen Volkes, und über Deutschland hinaus in der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall.) Diese Einigkeit ist das Ziel, das wir erstreben. Sie allein macht uns stark gegen die Reaktion im Innern und gegen den Imperialismus draußen. Das bitte ich alle zu beachten, die hier Bedenken geäußert und Ablehnungen angekündigt haben. Das möchte ich namentlich auch meinen engeren Freunden in unserem Bezirk zu bedenken geben. Es ist kein leichter Beschluß, den wir zu fassen bereit sind, aber wir müssen ihn fassen, weil es einen anderen Weg für uns nicht gibt.

Alle denkenden Arbeiter wollen die Einigkeit. Nur wissen sehr viele nicht den Weg zu finden, auf dem sie zur Einigkeit gelangen sollten. Ihnen fehlt der Mut, sich zu einem Entschluß durchzuringen. Deshalb rufe ich allen diesen Zögernden, den geistig und körperlich Schaffenden, den Arbeitern und Angestellten, den Männern sowohl wie den Frauen zu: Rafft euch durch zu diesem Entschluß, seid überzeugt, alle Gefahren sind gebannt, wenn die Einigkeit herbeigeführt wird; und am schnellsten kann sie herbeigeführt werden, wenn die Arbeitermassen meinen Schlußmahnruf befolgen wollten: Kommt alle zu uns, zu der großen deutschen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung.

Schluß der Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende **Wels** eröffnet die Sitzung. Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

Ruben-Braunschweig: Wir alle werben draußen für unsere Partei nicht allein deswegen, damit die Zahl der Mitglieder sich erhöht, sondern damit im entscheidenden Augenblick unsere Macht in die Wagschale geworfen werden kann. Ein solcher entscheidender Augenblick ist nach meiner Meinung jetzt vorhanden. Wir fühlen in den letzten Monaten und Wochen immer deutlicher, daß sich planmäßig etwas vorbereitet. Wenn man hier eine Fahnenweihe des Stahlhelmbundes, dort einen Regimentsappell, dort einen Heimatbundtag sieht, dann muß man doch in der Zentrale fühlen, daß einem die Zügel zu entgleiten drohen. Deshalb heißt es in diesem Augenblick: Wollen wir als die größte deutsche Partei unsere Macht in die Wagschale werfen, um diesen Stahlhelmjünglingen den Garaus zu machen? Wir können ganz offen sagen, daß die Ausnahmeverordnung Eberts Dinge enthält, die leicht im Verwaltungswege, wie es ja auch schon geschehen ist, in das Gegenteil verkehrt werden können. Es ist erforderlich, daß wir im entscheidenden Augenblick die Polizeigewalt in der Hand haben. Es droht ein Bürgerkrieg. Wir haben die Macht, ihn zu verhindern. Ich frage Sie, wollen wir diese Macht, die wir durch die unblutigste der Revolutionen errungen haben, benutzen, um ihn zu verhindern? Wenn wir aber dies wollen, dann müssen wir in diesem Augenblick unser Augenmerk darauf richten, was taktisch richtig ist. Denn es handelt sich nur um eine taktische Frage.

In weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist das Bewußtsein des Parlamentarismus noch nicht so stark, daß die Genossen zwischen Partei- und Regierungsprogramm unterscheiden. Ein Regierungsprogramm zu bilden, ist lediglich eine taktische Frage. Die Situation hinsichtlich der militärischen Vorbereitungen und der Mobilisierung von rechts ist uns allen bekannt. Wir haben in Braunschweig die Stahlhelmjünglinge restlos aus der Schutzpolizei entfernt. (Hört! hört!) Wir haben die Hergt-Versammlung, die in provokatorischer Weise angekündigt war, um den kommunistischen Teil der Arbeiterschaft zur Unruhe aufzureizen, verboten, und wir haben von der Reichsregierung ein allgemeines Verbot des Stahlhelmbundes für ganz Deutschland auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 verlangt. Von Herrn Lewald haben wir die Antwort bekommen, nach dem vorliegenden Material sei er der Meinung, der Stahlhelmbund verfolge kulturelle Zwecke. Wir haben in Mitteldeutschland ähnlich wie die sogenannte Ordnungszelle in Bayern und in Danzig besteht, bewußt eine republikanische Zelle gebildet. Aber das Eintreten in die Regierung nützt solange nichts, als wir nicht die konstruktive, planmäßige Arbeit leisten, von der der Genosse Nemec aus Prag vorgestern gesprochen hat. Diese planmäßige Arbeit muß vorbereitet werden. Dazu dient auch der Antrag Nr. 305.

Wir haben mit den Unabhängigen in Braunschweig gute Erfahrungen gemacht, weil sie sich der Gewalt der Entwicklung beugen mußten. Wir sind der Meinung, daß die Verärgerungspolitik gegenüber links besser unterbliebe und an ihre Stelle die planmäßige Kleinarbeit trete, wodurch wir den Unabhängigen die Idee, die notwendig ist, um eine Partei zusammenzuhalten, entziehen. Genosse Stauning hat uns erzählt, daß in Dänemark eine Spaltung deshalb nicht eingetreten sei, weil von jeher auch der linke Flügel an der politischen Arbeit unmittelbar beteiligt gewesen sei. Wir haben dadurch, daß wir in der Koalition uns nicht mit einem Lippenbekenntnis der Unabhängigen begnügten, das erreicht, was wir erstrebten. Ich bitte Sie, auch die Resolution, die der Parteivorstand zur Frage der Koalitionsbildung vorgelegt hat, dahin zu werten,

daß sie uns nicht nur Wegweiser für die Politik in Preußen, für die Politik nach rechts sein soll, sondern daß auch die sozialistischen Regierungen dabei nicht erschüttert werden. Sie haben sich bewährt und sollen sich weiter bewähren. Dort allein, wo wir die Macht in der Hand haben, können wir planmäßig arbeiten, vor allem auch an das Zentralproblem, an die Erziehungsfrage, herangehen.

Wir sind uns darüber klar, daß wir schweren Zeiten entgegengehen. Keiner wird verlangen können, daß es innerhalb einer so großen Partei wie der Sozialdemokraten, nicht Leute gibt, die verschiedener Meinung sind. Die Hauptsache ist, daß wir im entscheidenden Augenblick eine große innere Geschlossenheit der Partei dokumentieren und die Macht der größten deutschen Partei in die Wagschale werfen.

Hermann Müller: Ehe ich mich dem Kernproblem zuwende, einige Worte zu dem Antrag 34, der wieder einmal verlangt, daß über die Abgeordneten Anwesenheitslisten ausgegeben werden sollen. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen. Die Kreise haben die Möglichkeit, sich auch so um ihre Abgeordneten zu kümmern. Die Anwesenheitslisten, die über die Motive der Abwesenheit keine Auskunft geben, sind nicht das Mittel, um hier Nachforschungen zu halten. (Sehr richtig!) Es gibt auch eine entschuldigte Abwesenheit.

Nun zum Kernproblem. Nicht nur die deutsche Oeffentlichkeit des Auslandes beschäftigt sich mit diesem Problem. Es handelt sich hier tatsächlich um die Frage der Stabilisierung der republikanischen Einrichtungen und um die Fernhaltung schwerer politischer und ökonomischer Erschütterungen in Deutschland. Nun wird bei der Gelegenheit sehr oft auf meine Nürnberger Aeußerung vom Jahre 1920 Bezug genommen. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß diese Aeußerung damals richtig war. Sie wurde übrigens damals auch von fast der gesamten Partei geteilt. Wir gingen nach dem Ergebnis der Wahlen tatsächlich aus der Reichsregierung heraus, und ich möchte den sehen, der hier behaupten wollte, daß uns das schlecht bekommen wäre. Die Wahlen wurden damals mit dem Schlagwort der Fachminister gegen uns geführt. Mit diesem Schlagwort ist bei künftigen Wahlen ein für allemal aufgeräumt, und das ist ein Verdienst unserer Taktik. Aber dieses Wort von mir in Nürnberg war nur für die Zeit bestimmt. Ich muß es mir doch verbitten, daß solche goldenen Worte einfach kanonisiert werden. Solche Worte haben keinen Ewigkeitswert, wie es überhaupt in der Politik keine Ewigkeitswerte und keine allgemein gültigen Grundsätze gibt. Die Politik ist keine Wissenschaft, sie ist eine Kunst. Aber solche Reden zu halten, wie sie der Genosse Kieß gestern gehalten hat, ist keine Kunst. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Solche Reden habe ich früher in meiner Jugend auch gehalten. (Erneute Heiterkeit.) Damals lebten wir aber in einem Obrigkeitsstaat, von dem August Bebel erklärt hat, daß er sein Todfeind ist. Heute leben wir in der Republik, und wir haben dieser Republik gegenüber eine ganz andere Staatsgesinnung zu betätigen. (Sehr wahr!) Das vergessen Leute wie Kieß. Ich möchte Sie deshalb bitten, endlich die Manuskripte zu verbrennen, die Sie für die Versammlungen vor der Revolution angefertigt haben. (Große Heiterkeit.)

Genosse Kieß hat uns von dem Sieg in Thüringen gesprochen, und wir haben uns alle über die Erfolge in Thüringen gefreut. Aber ich habe in der Rede des Genossen Kieß eine Auskunft darüber vermißt, was er mit dem Sieg anfangen will. Diese Frage ist noch nicht beantwortet worden. Genosse Kieß weiß heute noch nicht, was die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Thüringen tun wird, wenn es sich um die Frage der Regierungsbildung handelt.

Nun möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß niemand im Parteivorstand, im Parteiausschuß und in der Kontrollkommission jemals auf dem Standpunkt gestanden hat, daß wir unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei in eine Regierung hineingehen sollen. (Sehr wahr!) Soweit ich die Verhältnisse in Thüringen übersehen kann, glaube ich, daß im Augenblick dazu die Voraussetzungen unter keinen Umständen gegeben sind. Die ganze Debatte hat sich auf unser Verhältnis zur Deutschen Volkspartei zugespitzt. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Name der Deutschen Volkspartei bisher in keiner Resolution irgendeines Parteitages erwähnt worden ist. (Zustimmung.) Es handelt sich lediglich um die Festsetzung eines Regierungsprogramms, mit dem die Republik geschützt werden soll. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Deutsche Volkspartei nichts Einheitliches ist. Ich überschätze die verschiedenen Tendenzen innerhalb der Partei nicht. Aber der aufmerksame und ehrliche Politiker muß doch zugeben, daß in der letzten Zeit in der Deutschen Volkspartei sich Zeichen der Besserung bemerkbar gemacht haben. Ich erinnere beispielsweise an den Artikel der Frau von Oheimb in der „Vossischen Zeitung", die sich rückhaltlos auf den Boden der Republik gestellt und verlangt hat, daß diese Republik zur vollkommensten Republik der Welt gemacht wird, daß im Gegensatz zur Deutschnationalen Partei die Deutsche Volkspartei zur republikanischen Mittelpartei werden soll. Nun wird mir vielleicht entgegengehalten werden: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Aber wir können uns doch über diese Schwalbe freuen, die aus den Reihen der Deutschen Volkspartei aufgestiegen ist.

Dann ein Wort über die Stimmung in den Arbeiterkreisen. Ich verkenne diese Stimmung nicht, und ich weiß, daß sie vielfach an den Namen Stinnes anknüpft. Ich habe Stinnes niemals für einen Politiker gehalten, und ich habe es außerordentlich bedauerlich gefunden, daß er damals von der Regierung Fehrenbach-Simons in Spa losgelassen worden ist. Den Schaden davon hat Deutschland zu tragen gehabt. Wir würden uns mit aller Energie dagegen wenden, wenn er jemals wieder außenpolitisch in dieser Weise verwendet werden sollte. Aber wir müssen uns auf der anderen Seite auch hüten, nun sozusagen Stinnes zum schwarzen Mann zu machen. Es handelt sich zunächst darum, festzustellen, daß Stinnes in den Verhandlungen über Arbeiter- und Lohnfragen lange nicht der schlimmste in der Arbeitsgemeinschaft gewesen ist. Wenn die Behauptung aufgestellt worden ist, daß man mit der Deutschen Volkspartei nur arbeiterfeindlich regieren kann, so hängt das einfach davon ab, welche Macht die Partei und die Gewerkschaften aufbringen. (Sehr gut!) Es heißt einfach an der eigenen Kraft verzweifeln, wenn man eine solche Behauptung ohne weiteres aufstellt.

Sehr wichtig ist aber noch folgendes. Die Deutsche Volkspartei hat sich nach Annahme des Ultimatums für die Erfüllung des Ultimatums ausgesprochen, soweit das in den Kräften Deutschlands steht. Es war doch kein Zufall, daß gerade die Deutschen Volksparteiler im Kabinett, die Minister Heinze und v. Raumer, schon vor dem 10. Mai für die Annahme des Ultimatums eingetreten sind. Das ist im Auslande beachtet worden, und ich werfe zunächst einmal rein theoretisch die Frage auf: Würden diese Politiker unvernünftiger sein, wenn sie in einem Kabinett säßen, in dem auch Sozialdemokraten sitzen? Darum handelt es sich zunächst aber gar nicht. Die Frage der Umbildung der Reichsregierung hängt von der Findung eines Steuerprogramms ab, und ich sehe in dieser Beziehung noch ziemlich schwarz.

Es ist bemängelt worden, daß in der Resolution 304 die Steuerfrage nicht genügend behandelt worden ist. Das, was in dieser Resolution steht, genügt; denn wir haben uns ja bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, bei der Debatte über den Reichstagsbericht noch im einzelnen mit der Steuerfrage zu beschäftigen.

Es ist gesagt worden, wenn die Deutsche Volkspartei eine solche Politik betreibt, wird sie ihre Wähler an die Deutschnationalen verlieren. Ist das unsere Sorge? (Lebhafte Zustimmung.) Es ist gesagt worden: die Deutsche Volkspartei wird dann die Gunst des Kapitalismus verlieren. Ist das unsere Sorge? Ueberlassen Sie das doch der Deutschen Volkspartei. Im übrigen ist auch das Großkapital in seinen Auffassungen nicht einig. (Sehr richtig!) Ich habe vielfach während und nach meiner Amtstätigkeit mit den Industriekapitänen über die politischen und wirtschaftlichen Probleme der deutschen Republik zu sprechen Gelegenheit gehabt und habe dabei gefunden, daß alle Einsichtigen unter ihnen sich gegen militaristische und putschistische Abenteuer ganz entschieden gewandt haben, daß sie der Ueberzeugung waren, sie würden zu Erschütterungen führen, die die deutsche Republik nicht aushalten könne. Alle diese Leute sehen ein, daß in absehbarer Zeit schon aus außenpolitischen Gründen nicht an eine Rückkehr der Monarchie in Deutschland gedacht werden kann. Leider sprechen sie es nicht öffentlich aus. Das haben sie mit der USP. gemeinsam, daß sie nicht alles das aussprechen, was sie denken. (Sehr gut!) Ich frage: Wie kann es denn in der Agitation uns irgendwie schaden, wenn Auseinandersetzungen über den Eintritt in die Regierung mit mehr oder weniger begabten Führern der USP. in den Versammlungen stattfinden? Die USP. hat uns ja am 10. Mai geradezu animiert, in die Regierung einzutreten. Aber das Entscheidende ist zunächst: Was hat in den Ländern zu geschehen? Genosse Kieß hat hier die Behauptung aufgestellt, daß wir den Kasseler Beschluß in den Verhandlungen mit den mecklenburgischen, lippischen und sächsischen Parteigenossen nicht loyal ausgelegt hätten. Davon kann gar keine Rede sein. Niemand von uns hat daran gedacht, diesen für die Reichspolitik im Anschluß an die Reichstagswahlen gefaßten Beschluß auf die Länder auszudehnen. Das geht schon wegen der Hansastädte nicht. Sie haben gestern von einem Hamburger Delegierten gehört, daß dort der Oberstaatsanwalt wegen seiner antirepublikanischen Haltung gemaßregelt worden ist. Das ist durch Senate und Regierungen geschehen, in denen die Deutschen Volksparteiler heute schon sitzen. Auch das ist ein Beweis dafür, daß es von der Haltung der Republikaner abhängt, was in einem solchen Falle geschieht.

Wo liegt der Kern des Problems? Die Republik hat uns leider in Deutschland den Einheitsstaat nicht gebracht. Eisner in München und Merkel in Braunschweig haben genau so gut ihre partikularistische Politik getrieben wie einige Genossen in anderen Ländern. (Zustimmung.) Jetzt ist unsere einheitliche Republik in Gefahr. In Bayern wird ganz offen in den Kreisen der höheren Beamten davon geredet, daß in diesem Winter die Weimarische Verfassung geschmissen werden soll. Und wie die Dinge in Schlesien liegen, haben die mittelschlesischen Delegierten dargelegt. Sie haben gesehen, wie bis in die letzte Zeit hinein die energische republikanische Politik der Reichsregierung von den Ländern sabotiert worden ist. Ich erinnere an die Verhandlungen im Reichsrat, wo die preußischen Delegierten der Dominicus-Regierung dem Reich mit Bayern zusammen in den Rücken gefallen sind und die Maßnahmen aufgehoben haben, die die Reichsregierung für notwendig hielt.

Daraus geht doch hervor, daß wir Einfluß auf die Länder bekommen müssen. Hier unterhält man sich darüber, wie notwendig es ist, daß die Reichswehr republikanisiert wird, zur selben Zeit wollen Sie dafür sorgen, daß die Schutzpolizei monarchisiert wird. Ist das überhaupt noch Politik? Es handelt sich also erstens um die Vorbereitung zur akuten Abwehr und zweitens um die dauernde Festigung der demokratischen Einrichtungen in Deutschland. Dazu würden verschiedene Maßnahmen durchzuführen sein. Von uns wird nur verlangt, daß wir erklären sollen, daß wir mit allen den Parteien zusammenarbeiten wollen, die die republikanische Verfassung anerkennen und mit allen staatlichen Machtmitteln bereit sind, zu ihrer Verteidigung beizutragen.

Es ist gefragt worden, ob die Arbeiterschaft allein die Verfassung verteidigen kann. Ich habe die Frage immer bejaht. Aber ich erinnere Sie an den Kapp-Putsch und die auf ihn folgenden Revolten im Ruhrgebiet und die daraus entstandenen Erschütterungen. Wir haben alle Ursache, solche Krisen zu vermeiden. Die Kundgebungen am 31. August haben gezeigt, welche Macht die Arbeiterklasse bedeutet. Aber alle acht Tage kann man solche Demonstrationen nicht machen, wenn man die Massen nicht einschläfern will. Die großen Energien müssen angesammelt und in politische Kraft umgesetzt werden. Ich bitte Sie daher, alle Abänderungsanträge abzulehnen und die Resolution 304 mit großer Mehrheit anzunehmen. So werden Sie dem deutschen Volke die Arme freimachen, um der Reaktion bei jeder Gelegenheit das Handwerk legen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Bauers-Oldesloe: Daß Genosse Müller sagte, wir müßten auf jeden Fall wieder in die Regierung hinein, ist zu begrüßen. Man sollte sich einmal überlegen, woher die Energie gegen die Deutsche Volkspartei kommt. In der Resolution wird ihr Name gar nicht genannt. Es ist eigentümlich, daß wir nur die Deutsche Volkspartei und nicht auch die anderen bürgerlichen Parteien bekämpfen. Da möchte ich fragen: Was schadet uns mehr, der Einfluß des Zentrums innerhalb der Regierung, das die von uns geforderte Schulpolitik verhinderte, oder die Deutsche Volkspartei, die die Monarchie propagiert? Im Zentrum ist die Reaktion genau so vertreten wie in der Deutschen Volkspartei, das beweist der Uebertritt Spahns. Wir müssen daher alle bürgerlichen Parteien gleichmäßig behandeln und uns nicht einseitig auf die Deutsche Volkspartei festlegen. Ich bitte daher, daß Sie der Resolution zustimmen.

Genosse Eisenbarth hat recht, wenn er endlich Taten zu sehen wünscht. Er hat angeführt, daß der Generalstaatsanwalt Schön in Hamburg entlassen ist. Aber was ist damit geschaffen? Er kann jetzt seine freie Zeit dazu verwenden, die Republik noch entschiedener zu bekämpfen als vorher und wird noch dafür bezahlt. So etwas darf nicht vorkommen. Man hat Gesetze geschaffen für die Erwerbslosenunterstützung. Wenn dem Arbeiter nachgewiesen wird, daß er die Arbeit nicht annimmt, wird ihm die Unterstützung entzogen. Die Landarbeiter bekommen die Unterstützung nur 13 Wochen, aber entlassene Offiziere erhalten Pension auf Lebenszeit und benutzen ihre freie Zeit, um die Republik zu bekämpfen. Das Tragen der Uniform ist verboten worden, man hat aber wieder gestattet, daß sie bei Beerdigungen getragen werden kann. Damit ist wieder eine Möglichkeit geschaffen, Bestimmungen zu umgehen. Wenn man Verordnungen herausgibt, muß man sie aufrechterhalten und darf nicht immer Hintertüren schaffen. Ebenso sind Frontkämpfertage und Regimentsappelle verboten worden. Trotzdem hat kürzlich ein Regimentsappell in Oldenburg stattgefunden, wozu auch Hindenburg erschienen war. Die Republik muß gesetzliche Maßnahmen ergreifen, um solche Dinge unmöglich zu machen. Deshalb ist es notwendig, daß wir in der Regierung vertreten sind, und der Parteitag muß die hierfür aufgestellten Richtlinien unterstützen.

Bernstein-Berlin: Wenn man eine folgenschwere Entscheidung zu treffen hat, muß man sich vor Augen halten, welche Folgen eintreten, sofern man das Entgegengesetzte tut. Wenn wir anstatt des Antrages des Parteivorstandes die Anträge annehmen, die der Partei bei den Regierungsbildungen die Freiheit der Entschließung nehmen, dann wird die Aenderung der Regierung in Preußen sehr unwahrscheinlich, dann werden wir sie nur schwer mit solchen Mitteln erzwingen, die nicht in der Folgewirkung schlimmer sind als das Resultat. Die größere Wahrscheinlichkeit bei der Lage der Dinge in Deutschland ist nicht, daß

wir in eine Regierung in Preußen eintreten, sondern daß der Tag kommt, wo wir im Reiche aus der Regierung heraus sind. Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung im Reiche und in Preußen würde für die Republik eine Katastrophe bedeuten. Die ganze Arbeiterbewegung würde sich anders zur Republik stellen als heute, und die Gegensätze würden sich in unerwünschter Weise verschärfen. Genosse Haenisch hat vor einigen Tagen einen Artikel über die Schwierigkeiten veröffentlicht, die er als Unterrichtsminister bei seinen Reformen in der Verwaltung gehabt hat. Er sah sich bei seinen Bestrebungen einer Wand gegenüber, das war das obere Beamtentum.

Genosse Müller hat schon darauf hingewiesen, daß es sich nicht nur um die innere, sondern um die äußere Politik handelt, die Stellung der deutschen Republik in der großen Republik der Völker. Wenn die Sozialdemokratie zu dieser Regierung in Opposition tritt, sinkt das Ansehen der Republik gerade bei den Demokratien, die es mit Deutschland gut meinen. Die SPD. ist die Partei der Republik in Deutschland, das hat man jetzt erkannt. Selbst die bürgerlichen Parteien der Gegner haben sie als notwendig erkannt. Die USP. steht auf dem Boden der Republik und ist bereit, sie zu verteidigen, wenn ihr das Messer an der Kehle sitzt. Aber ihr die Mittel zum Leben zu bewilligen, dazu hat sie sich noch heute nicht entschlossen. Wir würden agitatorisch gewinnen, wenn wir in der Opposition sitzen, aber wir bringen das Opfer dieses Vorteils. Das erkennen auch die Parteien im Ausland an. Eine wirklich bürgerliche Demokratie haben wir leider nicht. Die Demokratische Partei sehen wir infolge ihrer Halbheiten und großen Schwäche zusammenschmelzen, nicht nur der Zahl, sondern auch der inneren Kraft nach. Welcher Unterschied ist denn überhaupt zwischen der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei?

Wenn die Deutsche Volkspartei in die Reichsregierung eintritt, dann steht unsere Partei 1 : 3, wir gegen die drei Bürgerlichen. Das wird unsere Position nicht erleichtern. Diese Lage wäre zu verbessern, wenn die USP. sich endlich entscheiden würde, das zu tun, wozu die Einsicht ihrer intelligentesten Mitglieder neigt. (Sehr richtig!) Sie sollte in diese Koalition eintreten, ohne die Deutschland unmöglich ist, dann stünden 169 sozialdemokratische Abgeordnete etwa ebensoviel bürgerlichen gegenüber, und wir würden viel mehr durchsetzen können. Und ehe die USP. diesen Entschluß nicht faßt und nicht die Politik der Unverantwortlichkeit aufgibt, sehe ich keine Möglichkeit der Vereinigung. Erst eine Einheitlichkeit in der Politik kann die beiden Parteien zusammenbringen.

Die Republik hat große Aufgaben zu erfüllen. Die Deutsche Volkspartei hat eine soziale Macht, sie ist eigentlich die Partei der deutschen Bourgeoisie. Hinter ihr steht die deutsche Finanz, die deutsche Großindustrie und die Intelligenz in Deutschland. Wir müssen versuchen, diese Partei an den Wagen der Republik zu spannen.

Vor einiger Zeit hat ein Mitglied der Demokratischen Partei, als bei uns Stimmung war, für die Auflösung des Reichstages einzutreten, gesagt: Welches Interesse haben Sie daran, daß wir, die Demokratische Partei, vollständig zerrieben werden? So gering ist das Selbstvertrauen in den Reihen dieser Partei. Wenn wir eine starke Regierung haben wollen, müssen wir uns die Hand freihalten, unter bestimmten Bedingungen zu sagen: Gut, kommt herein! Dann werden wir das durchsetzen, was nötig ist. Unsere Macht in der Arbeiterschaft ist ein großes Pfund. Wir wollen unser Pfund nicht vergraben, sondern wuchern lassen im Interesse der Republik und damit im Interesse des Friedens der Völker überhaupt.

Pietsch-Breslau: Ich habe den Auftrag, Ihnen im Namen der schlesischen Delegation die Annahme des Antrages 318 zu empfehlen. Unsere Aufgabe als Parteitag ist, durch die Beschlußfassung den Weg zum Sozialismus zu finden.

Wir sind überzeugt, daß wir nur auf dem Wege über die Demokratie, über die republikanische Staatsform den Sozialismus aufbauen können. Mit Recht haben die Genossen Müller und Krüger gesagt: Das Gebot der Stunde ist die Niederhaltung der Reaktion. In diesen Ruf stimmt auch die USP. ein. Das ist auf drei Wegen möglich, und zwar nicht zum mindesten auf dem Wege, den uns soeben Genosse Bernstein geschildert hat, auf dem Wege der Völkerversöhnung. Deswegen wende ich mich zunächst an die Vertreter unserer ausländischen Bruderorganisationen. Wir haben von ihnen den Rat erhalten, für eine Koalition zu stimmen, in die Regierung einzutreten, um die demokratische Republik zu halten und damit die Grundlagen des internationalen Sozialismus nicht zu gefährden. Wir erkennen diese Ratschläge an, machen sie aber darauf aufmerksam, daß auch sie eine ernste Verpflichtung für den Sozialismus haben. Sie dürfen nicht erlahmen die Bewegung zu forcieren, daß nicht der Haß die Reaktion in Deutschland wachsen läßt. Das ist die größte Gefahr für die demokratische Republik. Wenn wir jetzt nicht Gerechtigkeit empfangen und Oberschlesien erhalten, verlieren wir die Möglichkeit der Wiedergutmachung, dann wächst die nationale Welle, und damit wird der Felsen gebaut, auf dem die Kirche steht, in der die nationalistische Erhebung, der Haßgedanke und der Revanchekrieg zum Dogma wird. Ein neuer Krieg und ein neuer Frieden bedeuten ein Horthy-Europa!

Der zweite Weg ist die Einigung des Proletariats. Wir wollen die Einigung, aber nicht eine Einigung auf jeden Fall, weil der Sozialismus Sache der Ueberzeugung und Sache der Klugheit ist. Mit der KPD. und den Nationalbolschewisten können wir keine Gemeinschaft haben. Wenn wir die wirtschaftlichen Fragen lösen wollen, brauchen wir den Sozialismus. Wer sich weigert, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, den Sozialismus zu sichern, begeht den Kreislauf des Hundes, der sich in den Schwanz beißen will. Dazu zähle ich diejenigen, die auf jeden Fall die Resolution des Parteivorstandes ablehnen wollen. Ich erblicke in dieser Resolution die Möglichkeit, eine Regierung zu bilden, in der wir uns noch bewegen können.

Wir müssen dem Parteivorstand Bewegungsfreiheit schaffen, aber wir müssen auch klug und taktisch richtig handeln, damit wir nicht den geringen Gewinn, der uns durch die Beteiligung an der Regierung erwächst, dadurch wettmachen, daß wir die Gunst der Massen völlig verlieren. Wir schwächen unsere Position, wenn wir sagen: Eintritt in die Regierung auf jeden Fall. Wir würden es gern sehen, wenn noch weitere Forderungen, z. B. die, die Sozialisierungsfragen betreffen, aufgestellt werden könnten. Aber das erscheint zweifelhaft. Wenn die Volkspartei die Forderungen unseres Parteivorstandes anerkennt, so handelt es sich ja gar nicht mehr um Leute der Volkspartei von heute, sondern das sind einmal Volksparteiler gewesen, so gut wie die Anhänger des Zentrums und die Demokraten einmal Monarchisten gewesen sind und sich durch Annahme der Verfassung zu Republikanern bekannt haben.

Der letzte Absatz der Resolution des Parteivorstandes ist nicht klar und bestimmt, sondern dehnbar. Wir brauchen die Aufstellung eines Minimums an Forderungen, und dieses Minimum müssen die Forderungen sein, die in der Resolution des Parteivorstandes enthalten sind. Ich bitte den Parteivorstand, einmal daran zu denken, ob es für unsere Partei nicht richtiger ist, diese Kundgebung möglichst einmütig herauszubringen. Es ist unpraktisch und vom parteipolitischen Standpunkt aus unrentabel, wenn wir denen, die gern für die Sozialdemokratische Partei tätig sind, unnötig Steine in den Weg rollen. Es wird Kreise in der Partei geben, die schließlich sagen: hier will sich der Parteivorstand die Möglichkeit sichern, einmal unter diese Forderungen zu gehen und auf jeden Fall eine Koalition einzugehen.

Deswegen bitte ich den Parteivorstand: sorgen Sie dafür, daß diese Brücke gebaut wird, damit es der Minorität wenigstens ermöglicht wird, für die Gesamtresolution zu stimmen. Lehnen Sie unseren Antrag ab, der diese Mindestforderung aufstellt, dann werde ich für meine Person gegen die Gesamtresolution stimmen. Ich bitte doch, zu beachten, ob das in Anbetracht der Größe der Organisation, die ich zu vertreten habe und die durch ihre Taktik einen Wahlsieg ermöglicht hat, der auch die Grundlage zur ferneren Regierungsbildung und zum Sozialismus mit schafft, praktisch ist.

Wir wollen die Reaktion niederhalten. In Oels war schon die Wohnung für den Kronprinzen hergerichtet. Wenn es uns nicht gelingt, die Forderungen durchzudrücken, deren Erfüllung wir nach der Kapp-Zeit dem Volke versprochen haben, so wäre mir um die Zukunft bange.

Frau **Juchacz**-Berlin: Wenn wir uns die stolzen Zahlen der Partei im Geschäftsbericht ansehen, so führen wir den Erfolg, den wir seit 1918 an unsere Fahnen heften, auf den wissenschaftlichen und ideellen Gehalt unserer Anschauungen und auf die Richtigkeit der Politik zurück, die wir verfolgt haben. Zu denken aber muß uns geben, wenn nun schon seit zwei Jahren eine erhebliche Abnahme der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen ist. Wir kommen zu dem Schluß: die großen Linien unserer Politik finden wohl die Billigung der deutschen Arbeiterschaft, aber wir müssen uns überlegen, warum es noch nicht gelungen ist, daß die Frauen im politischen Kampf so kameradschaftlich neben den Männern stehen, wie wir es nach der von den Massen der Arbeiter anerkannten Richtigkeit unserer Anschauungen und Politik erwarten müßten. Nach unserer Beobachtung im Ausland, z. B. in Dänemark, wo die Frauen schon länger das Wahlrecht haben, kann ich konstatieren, daß da nicht soviel von Frauenfragen und besonderen Fraueninteressen gesprochen wird, sondern daß die Frauen sich dort viel mehr in das allgemeine politische Leben einrangieren. Das ist auch für uns die Notwendigkeit. Die Frauen müssen zu den politischen Tagesfragen Stellung nehmen, die uns in immerwährender Spannung erhalten. Wir müssen in den Bezirken in der nächsten Zeit in kleineren Zirkeln von sachverständigen und interessierten Männern und Frauen einmal die wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen des Frauenrückgangs zu ergründen versuchen und auf Abhilfe sinnen. Auch im Parteivorstand werden wir uns mit dieser Spezialfrage beschäftigen, damit wir im nächsten Jahre mit Fug und Recht sagen können, daß auch die Frauen der Arbeiterklasse den Boden für die Mitarbeit im politischen Leben gefunden haben.

Die „Deutsche Tageszeitung" überschreibt heute ihre Betrachtungen über den ihr allem Anschein nach recht unbequemen Parteitag unserer Partei: Futterkrippe oder Opposition? — Man sollte nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt oder mindestens früher darin gesessen hat. Mit diesen Motiven aber wird draußen im Lande viel Propaganda getrieben. Man macht sich die Unkenntnis der politisch ungeschulten Frauen zunutze, die die ganze Hohlheit einer solchen Agitation nicht durchschauen können. Dieser Art von politischer Agitation muß ein Gegengewicht entgegengesetzt werden, indem wir weite Kreise der Frauen aus der Arbeiterschaft für den politischen Kampf schulen. Ueberall fällt man über die Politik der Sozialisten her. In der Eisenbahn, in der Straßenbahn, in Geschäften und Lokalen kann man es hören, und Leute mit sozialdemokratischer oder auch nur demokratischer Weltanschauung sitzen dabei und sind ganz still. Wir müssen den Mut haben, gerade in der gegenwärtigen kritischen Zeit unsere Anschauungen öffentlich zu zeigen. (Sehr richtig!) Ich bin früher nicht dafür gewesen, daß wir Sozialisten uns mit Abzeichen schmücken. Aber die gegenwärtige Zeit um die Erhaltung der Republik zwingt uns dazu, auch durch unser äußerliches Verhalten immer wieder den Gedanken der Republik zu betonen und öffentlich zu zeigen, wieviel Anhänger der demokratische, republikanische und sozialistische Gedanke in Deutschland gefunden hat. (Zustimmung.) Das wird auch die Zagen und die Beiseitestehenden zweifellos mitreißen. Wenn wir erst über die Krisenzeit hinausgekommen sind, wenn wir erst Sozialpolitik und Volkswohlfahrtspolitik in wünschenswertem Umfang treiben können, dann werden wir durch diese positive Arbeit weite Schichten der weiblichen Bevölkerung auch veranlassen, zu uns zu kommen und mit uns zu arbeiten.

Aus all diesen Gründen heraus sollten wir heute versuchen, uns die Frauen zu Kameraden zu erziehen im Kampf für die Freiheit, im Kampf für die Republik. (Lebhafter Beifall.)

Görlinger-Köln: Der Parteitag in Görlitz wird zweifellos für unsere Parteibewegung eine überragende Bedeutung haben. Wir sind heute dabei, die Linie unserer Politik für das Reich nach einer Seite abzubiegen, die ich für verhängnisvoll halte. Dieses Vorgehen wird in unserer Partei geradezu katastrophal wirken. Im Rheinland wissen wir, daß der Ausdruck: das Zentrum ist genau so schlimm wie die Deutsche Volkspartei, nicht richtig ist. Das Zentrum muß unter allen Umständen auf den starken Flügel der Christlichen Gewerkschaften Rücksicht nehmen, die heute in den Betrieben und Werkstätten von uns in einem Maße beeinflußt sind, wovon Sie sich keinen Begriff machen können. Die christlichen Gewerkschaftler sind in allen wirtschaftlichen Fragen durchaus mit uns einig und gehen manchmal radikaler vor als unsere Parteigenossen. Darauf muß das Zentrum Rücksicht nehmen, und es kann deshalb eine Politik der Rechten nicht so hemmungslos mitmachen. Die Zukunft wird zeigen, daß das Zentrum wahrscheinlich eine Spaltung erleben wird, daß es seinen rechten Flügel an die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei abgeben wird.

Wir müssen beachten, daß wir bisher außerordentlich glücklich darin waren, daß sich die Erziehung der USPD. in Deutschland nach der Linie bewegt hat, daß sie heute notgedrungen eine Regierung stützen muß, in der Bürgerliche vertreten sind. Diese Erkenntnis dringt durch bis in die Massen der USPD. Wenn Sie nun die Koalition in Preußen nach rechts erweitern, wird die Folge die Erweiterung im Reiche sein, dann braucht diese Koalition die Unterstützung der USPD. nicht mehr. Die Folge wird sein, daß die USPD. in die schärfste Opposition getrieben und Angriffspunkte gegen unsere Partei genug bekommen wird, die sie in der Agitation ausschlachtet. Dann kann es kommen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, wenn sie geschickt operiert, die Partei wird, die stärkere Anziehungskraft hat als die SPD. Jeder einzelne hat zu bedenken, ob er in der Richtung entscheiden will, daß die Politik nach rechts abgebogen wird, oder ob er an der heutigen Linie festhalten will. Wahrscheinlich wird es wegen der Steuerfragen im Winter zu einer Reichstagsauflösung kommen. Wollen Sie in diesen Wahlkampf eintreten, belastet mit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei? Wir können uns keine günstigere Wahlparole denken als diejenige: es sind 100 Milliarden zu decken und ihr schaffenden Schichten in Stadt und Land habt zu entscheiden, wie sie gedeckt werden müssen.

Ich möchte noch den Antrag 320 begründen, worin verlangt wird, daß der Parteivorstand eine Einrichtung schaffen soll, die eine Uebersicht über die Genossen und Genossinnen gewährt, die geeignet und bereit sind, in die Verwaltungen der Kommunen, der Länder und des Reichs einzutreten. Es hat sich auch als eine Notwendigkeit herausgebildet, daß beim Parteivorstand eine Uebersicht über die Parteigenossen besteht, die heute im Verwaltungsdienst tätig sind, über Landräte, Beigeordnete, Aerzte, Juristen. Die Demokratisierung der Verwal-

tung kann nur in dem Maße durchgeführt werden, wie Sie Parteigenossen in die Verwaltung hineinschicken. Wir haben die Möglichkeit, Parteigenossen vor allem in der Verwaltung der Kommunen unterzubringen. In manchen Orten ist manchmal ein großer Mangel an geeigneten Kräften, während in anderen Orten Material zur Verfügung steht. Darüber fehlt jeder Ueberblick. Vor allem fehlt es heute an geeigneten Aerzten, Juristen, Wohlfahrtspflegerinnen und Beigeordneten. Vielfach werden die Posten mit ungeeigneten Kandidaten besetzt. Ich möchte deshalb bitten, daß Sie unserem Antrage zustimmen, damit wir eine solche Einrichtung haben, die auch den Verkehr mit den Parteigenossen von Stadt zu Stadt und den Austausch von Material und Erfahrungen erleichtert.

Zum Schluß bitte ich Sie noch einmal: vergessen Sie das eine nicht, daß eine gesunde Entwicklung im Interesse des Proletariats, das wir vertreten, nur darin liegen kann, daß die Vereinigung mit den Parteigenossen, die auf dem Boden der Demokratie stehen, angebahnt und nicht um Generationen hinausgeschoben wird, vielleicht zum Verhängnis der deutschen Arbeiterklasse.

Frau **Grünberg**-Nürnberg: Bei der Eröffnungsfeier am Sonntag brachten uns die ausländischen Delegierten die Grüße von fernen Landen, und wir hörten den Ruf, daß auch wir in Deutschland mitarbeiten sollten an allen Fragen, die das Volk interessieren; wir sollten uns auch dazu bequemen, unsere besten Köpfe in die Regierung zu entsenden. Es wäre gut, wenn die Resolution, die Parteivorstand und Parteiausschuß vorgelegt haben, einmütig angenommen würde. Wir haben auch von den meisten Diskussionsrednern gehört, daß sie für Annahme der Resolution sind, also für Eintritt in die Regierung. Nur einige Mißklänge waren vorhanden, und sie kamen besonders von Frankfurt, wo scheinbar eine Theoretikerfabrikation vorhanden ist, die sich gegen den Eintritt in die Regierung ausspricht. Diese graue Theorie hat uns schon vor dem Kriege in der Sozialdemokratie viel geschadet, und wir wollen hoffen, daß der gesunde Sinn der Delegierten am Parteitag sich durchsetzt.

Wir müssen unsere besten Köpfe in die Regierung hineinschicken, damit sie dort für uns wirken können. Das ist eine gesunde Tat. Nicht die Phraseologie bringt uns vorwärts. Millionen von tätigen Männern und Frauen sehnen sich danach, daß gesunde Politik betrieben wird. Wie wir auf Bebel zurückschauen können, so haben wir auch heute gesunde Männer. Wir haben unsern Auer in München, und wenn er leider auch zu einem Manne geworden ist, der nicht mehr so kräftig dasteht, so deshalb, weil er von Mörderhand verletzt worden ist. Wenn unser Auer in der gesunden Politik, die er verfolgt, nur überall die Unterstützung hätte und die graue Theorie mehr verschwinden würde, dann wäre es viel besser für die deutsche Sozialdemokratie.

Man macht uns Frauen den Vorwurf, daß wir den Stimmzettel nicht richtig ausgenutzt hätten. Der große Bruder schimpft auf die kleine Schwester. Wenn An den dreißig Jahren, die wir ungehindert arbeiten konnten, innerhalb der Familien mehr praktischer Sozialismus getrieben worden wäre, dann hätten auch die Frauen weit mehr Liebe und Verständnis für den Sozialismus, und dann würden sie auch den Stimmzettel, den sie durch die Revolution bekommen haben, besser ausnützen. (Zustimmung.) Die Schuld trifft den großen Bruder. Früher hat man die Frauen nicht für würdig gehalten, sie aufzuklären, jetzt müssen wir alle darunter leiden. Auch daraus sollten wir lernen. Wir sollten uns immer mehr verinnerlichen, nicht nur den Tagesfragen nachleben sondern auch einmal zurückschauen. Es wäre sehr gut, wenn die Erziehungsfrage etwas mehr behandelt würde. Dann kämen wir vorwärts.

Wenn jetzt Parteigenossen hierherkommen und einfach ablehnen, in den Regierungen mitzuarbeiten, wenn wir jetzt wieder die große Zeit verpassen, wenn wir unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen wieder versäumen,

die Sozialpolitik zu fördern und das, was bisher erreicht worden ist, zu sichern und zu erhalten, dann trifft uns eine schwere Schuld. Die meisten Redner haben heute für die Annahme der Resolution 304 gesprochen. Wenn die Durchführung dieser Resolution in den einzelnen Teilen nicht sofort möglich ist, dann muß man sich von Fall zu Fall entscheiden. Aber es muß eine gesunde Politik der Möglichkeit getrieben werden. Nur so kommen wir vorwärts, und nur so werden wir auch die Massen in unseren Reihen behalten. Darum möchte ich Ihnen zurufen: sorgen Sie dafür, daß Sie die Liebe des Volkes gewinnen, daß eine Verinnerlichung stattfindet, damit die Massen den Sozialismus vollständig begreifen lernen. Dann werden wir zum Ziele kommen. (Lebhafter Beifall.)

Losereit-Chemnitz: Die Ausführungen, die gestern hier nach der Richtung hin gemacht worden sind, daß sich eine besondere Chemnitzer Richtung bemerkbar gemacht habe, sind Schlagworte, nichts mehr. Wir bilden uns nicht ein, als Chemnitzer eine besondere Richtung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei darzustellen. Was wir wollen, ist, daß wir unseren Grundsätzen treu bleiben und eine wirklich sozialistische Politik treiben.

Nun komme ich auf die Ausführungen, die Genosse Franz Krüger machte. Soweit ich den Genossen Fellisch kenne, muß ich annehmen, daß das, was in dem Artikel der „Chemnitzer Volksstimme" steht, nicht die wirkliche Meinung des Genossen Fellisch über diese Frage darstellt, sondern daß dem Berichterstatter bei der Fülle des Materials ein Fehler unterlaufen ist. Wir Chemnitzer stehen auf dem Boden der Amsterdamer Internationale, was sich auch aus den Wahlen zum Verbandstage des Deutschen Metallarbeiterverbandes unstreitig ergeben hat. Der Genosse Fellisch wird sich zu dem Artikel in Nr. 57 der „Volksstimme" vom 9. März äußern müssen.

Nun zu der Frage der Regierungsbildung, die sich wie ein roter Faden durch die ganze Debatte gezogen hat. In der Debatte hat man sich vornehmlich mit der Deutschen Volkspartei beschäftigt. Wir werden als Sozialdemokraten für die Resolution 304 stimmen können, wenn der letzte Absatz gestrichen oder gemäß den Abänderungsanträgen eine entsprechende Aenderung erfolgt. Wir haben heute nicht darüber zu entscheiden, wie die Deutsche Volkspartei zu dieser Frage steht. Für mich ist es klar, daß bei der bisherigen Zusammensetzung der Deutschen Volkspartei die Annahme der Punkte, die in der Resolution enthalten sind, nicht in Frage kommt. Prominente Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei haben sie ja auch bereits als undiskutabel bezeichnet. Das geht aus einem Artikel in der „Kreuzzeitung" hervor. Ich habe selbst mit dem Herrn Lizentiaten Dr. Everling in Greiz bei den Thüringer Landtagswahlen die Klingen zu kreuzen gehabt, und es war ganz charakteristisch, was er über die Anschauungen der Deutschen Volkspartei in dieser Beziehung sagte. Er erklärte: die Deutsche Volkspartei stellt sich jetzt auf den Boden der Republik; sie will nicht Putsche und sie will die Republik gegen die äußerste Rechte und die äußerste Linke verteidigen. Aber — so führte er weiter aus —, wenn das Volk so entscheidet, daß wir die Macht bekommen, dann können Sie es uns nicht übel nehmen, wenn wir auf legalem Wege die Monarchie einführen. So lange prominente Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei derartige Ausführungen in öffentlichen Volksversammlungen machen, ist es ausgeschlossen, daß wir mit derartigen Personen in eine Koalition eintreten. (Sehr gut!)

Wir haben aber noch etwas anderes zu erwägen. Wir haben nachzuforschen, warum in Preußen, dem größten Bundesstaat, eine Regierungsbildung in unserem Sinne nicht möglich ist. Wir sind die stärkste Partei in Preußen und im Reich, und man verweigert uns die Mitarbeit an der Regierung. Stegerwald — ich kann nicht sagen, daß er darin ein kluger Politiker ist — will die Sozial-

demokratie nur unter der Bedingung in die Regierung hineinnehmen, wenn auch eine Verbreiterung nach rechts stattfindet. Dahinter stecken die Machenschaften der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei, die die Reihen der Sozialdemokratie dezimieren möchten. Wenn diese Parteien bei den späteren Wahlen die Mehrheit erringen werden, dann werden wir unser blaues Wunder erleben, dann wird das geschehen, was in Danzig bereits geschehen ist. Daher ruht eine schwere Verantwortung auf uns. Wir dürfen uns nicht vom blinden Eifer und von blinder Leidenschaft leiten lassen. Wir müssen den Kopf klar halten. Die ganze Welt blickt auf den Görlitzer Parteitag. Wenn die Resolution in der Richtung abgeändert wird, die ich eben andeutete, dann vergibt sich kein Sozialdemokrat etwas, wenn er dieser Resolution zustimmt. Ich bin überzeugt, daß es dann vorwärts gehen wird, nicht nur im Sinne des deutschen Proletariats, sondern im Sinne des Weltproletariats. (Bravo!)

Moltmann-Schwerin: Von den Koalitionsgegnern und auch vom Parteivorstand ist gesagt worden: wir müssen zur Tat übergehen, wir müssen handeln. Wir haben in Mecklenburg-Schwerin eine Koalition mit der Volkspartei gebildet und glauben, damit zur Tat übergegangen zu sein. (Sehr richtig!) Wenn wir zur Tat schreiten sollen, wollen Sie dann zur Tat schreiten, wie es die Kommunisten und Unabhängigen uns bisher gepredigt haben? Wenn die Tat nur in Streiks und Demonstrationen besteht, dann werden uns die Massen langsam fortlaufen; der Weg zur Tat kann nur darin bestehen, daß wir in die Regierungen, in die Stadtparlamente und in alle öffentlichen Körperschaften hineingehen, um die Republik zu schützen. Ein Genosse aus Thüringen glaubte, uns hier auf dem Parteitag schmähen zu können. Ja, so leicht dürfen wir uns die Sache heute nicht machen. Wir hatten im verfassunggebenden Landtag 32 Sozialdemokraten und 32 Bürgerliche. Davon waren 17 Demokraten. Die Regierung bestand aus 3 Sozialdemokraten und 2 Demokraten. Als dann dieser verfassunggebende Landtag auseinanderging und diese Regierung aus 3 Sozialdemokraten und 2 Demokraten den Landtag eröffnete, da sagten uns die Unabhängigen: hinweg mit dieser Regierung. (Hört, hört!) Ja, wer sollte denn nun an die Stelle dieser Regierung treten? Wenn wir die Politik Marckwalds hätten unterstützen wollen, dann hätten wir damals der Volkspartei und den Deutschnationalen die Regierung überlassen müssen. (Sehr richtig!) Die Unabhängigen wollten uns dazu zwingen. Die Landtagswahlen waren folgendermaßen ausgefallen: 26 Sozialdemokraten und 5 Unabhängige, dann 29 Bürgerliche, nämlich 14 Deutschnationale, 10 Volksparteiler und 5 vom Wirtschaftsbund. Dazwischen standen 4 Demokraten. Diese Demokraten lehnten es ab, mit uns eine Regierung zu bilden. Wir haben dann lange verhandelt. In Mecklenburg war auch ein großer Teil von Parteigenossen, die es nicht für nötig hielten, mit einer dieser bürgerlichen Parteien in die Regierung zu treten. In der Fraktion wurde abgestimmt und mit schwacher Mehrheit verlangt, auch mit der Volkspartei in eine Regierung hineinzugehen. Diese schwache Mehrheit sagte sich aber: wenn wir eine so große Strömung gegen uns haben, dann können wir die Verantwortung für die Regierung nicht übernehmen. Sie lehnte deshalb ab, unser größter Fehler, und es wurde eine deutschnationale-volksparteiliche Regierung gebildet. Nachher kamen die Demokraten und erklärten, daß die Politik dieser Regierung ihnen nicht passe. Sie fragten uns, ob wir nicht mit ihnen diese Rechtsregierung stürzen wollten. Wir antworteten ihnen: wir sind jeden Tag dazu bereit, wenn ihr Demokraten mit uns eine Regierung bilden wollt. Das lehnten sie ab. Schließlich kamen aber die Demokraten doch wieder zu uns und erklärten: jetzt geht es zu weit, jetzt sind wir bereit, diese Regierung zu stürzen und mit euch eine neue Regierung zu bilden. Wir haben uns dann sofort bereit erklärt. Als aber die Regierung gestürzt war, kamen die demokratischen Größen aus Mecklenburg zusammen, und ihre vier Landtagsabgeordneten kriegten so viel Hiebe, daß sie mit uns die Regierung nicht bilden durften. Was sollten wir nun machen? Wir haben Landtagswahlen bekommen, die dann folgendermaßen ausfielen: 28 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, also wiederum 31 sozialistische Stimmen, 15 Deutschnationale, 12 Volksparteiler und 6 Wirtschaftsbündler. Die Bürgerlichen hatten also 33 und wir nur 31 Stimmen. Dazwischen standen 3 Demokraten. Sollten wir nun wieder dieselbe Politik betreiben wie vorher? Wir haben uns gesagt: nein, wir müssen hinein in die Regierung, wir überlassen den Deutschnationalen und Volksparteilern nicht wieder die Regierungsgeschäfte. Wir haben den Ministerpräsidenten gestellt. Die Regierung besteht aus 2 Sozialdemokraten, einem Volksparteiler, einem Wirtschaftsbündler und 2 Demokraten. So ist heute die Regierung zusammengesetzt. Wir [illegible] diese Politik nicht, und wir bestreiten auch ganz entschieden, daß [illegible] den Kasseler Beschluß gehandelt haben sollten; denn dieser Beschluß [illegible] sich auf die Reichsregierung und nicht auf die Regierungen in den [illegible]ländern. Der Thüringer Genosse hat es leicht, hier zu reden; denn do[illegible] eine sozialistische Mehrheit. Der Weg zur Tat kann nur darin bestehe[illegible] wir wie früher für unsere Ueberzeugung arbeiten, daß wir nicht Phrase[illegible] wie es die Unabhängigen und Kommunisten bisher getan haben. Die[illegible]gigen und Kommunisten sind ja heute innerlich gar nicht mehr der M[illegible]ß wir nicht in die Regierung hineingehen dürfen. S[illegible]nn wir die Regierungsgeschäfte mit übernehmen; d[illegible]ihre wilde, ihre irrige Politik im Lande treiben. M[illegible]che Zustände bekommen, dann wird bald mit den Ma[illegible] werden, dann werden die Unabhängigen ihre bisherige Politik nicht mehr machen können. Wenn wir aber richtig arbeiten, dann geht uns kein Mensch in der Partei verloren, dann werden wir vielmehr Anhänger gewinnen, stärker und machtvoller dastehen. Wir haben in Mecklenburg 700 000 Einwohner; davon waren im vorigen Jahr 30 000 Mitglieder unserer Parteiorganisation; heute sind es 41 000. Sorgen Sie daf[illegible]ch Sie in Ihren Bezirken entsprechend der Einwohnerzahl eine der[illegible]bilisierte Organisation haben. (Sehr richtig!) Arbeiten Sie über[illegible]n wird die Partei stark und gefestigt bleiben. Wenn wir uns dem G[illegible]rckwald (Frankfurt) anschließen, dann kommt die Einigung des Prole[illegible] Grabe der Republik. (Sehr wahr!) Wenn wir aber unsere Politik [illegible]iben, dann erfolgt die Einigung auf dem gesunden Boden der ök[illegible] Entwicklung, auf dem Boden des Marxismus. (Lebhafter Beifall.)

Schiller-Göttingen: Wir streiten uns [illegible] Formulierung zweier Bekenntnisse: Wie kommen wir mit unseren [illegible]ossen von links wieder zusammen? und: Wie können wir es ve[illegible], mit der Volkspartei zusammen zu arbeiten, mit dieser ausgesp[illegible]artei der Arbeiterfeinde? In Görlitz hofften wir endlich eine Parole [illegible]en, wie es mit der Sammlung der Arbeiterschaft bestellt ist. Bisher [illegible] noch weit von dieser Parole entfernt. Wir machen uns die Schw[illegible] mit der USP. zusammenzukommen, unnötig stärker. Die Frage de[illegible] sollte uns bei den Unabhängigen nicht mehr schrecken. Crispien hat i[illegible] Februar 1920 das Wort geprägt: „Die Diktatur des Proletariats i[illegible]derung, die wir aufstellen, sie ist kein Schlagwort, das wir ausge[illegible] Wir sollten in diesen Tagen, wo wir unter dem schamlosen Ter[illegible]chtsparteien stehen, unseren Klassengenossen von links nicht Vorw[illegible]re Neigung zur Diktatur machen. Ich habe in diesen Tagen aus de[illegible]nes hochgestellten Genossen der Republik das Wort gehört: „Wir [illegible] was uns die jetzige Krise bringen wird. Aber wenn wir noch [illegible]age kommen, nach einem zweiten Kapp-

Putsch wieder eroberte Positionen zu halten, dann werden wir diese Positionen halten, auch wenn die Genossen, die die treuesten Hüter des demokratischen Palladiums sind, gekränkt werden, d. h. wir werden, wenn wir nach einem zweiten Kapp-Putsch gesiegt haben, Dispositionen treffen müssen, die unter Umständen vorübergehend nicht immer nach den reinen Gesetzen der Demokratie auszulegen sind."

Aber die Frage der Koalition ist die größere Sorge. Wir müssen hier die Konzessionen feststellen, die wir den Unabhängigen, und die umgekehrt die Unabhängigen uns machen müssen, um das Proletariat zu sammeln. Eine Konzession, die wir machen müssen, ist, daß wir erkennen lassen, die alte Nationalliberale Partei kann für uns keine Koalitionspartei sein. (Sehr richtig!) In Göttingen, wo der gesamte Lehrkörper der Universität [illegible] neue wilhelminische Zukunft einexerziert ist, wo die geistigen Repräsen[illegible]s echten, alten Nationalliberalismus sitzen und weiter gedrillt werden[illegible]er der hervorragendsten Vertreter dieser Richtung, Professor Brand[illegible]r wenigen Monaten auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei e[illegible]ehalten, in der er den alten Potsdamer Geist für den einzigen Geist [illegible]st und des Aufbauens erklärte. Ich erinnere ferner daran, daß v[illegible] Tagen der Abgeordnete Hergt über die Seelenverwandtschaft [illegible]Volkspartei und Deutschnationalen folgendes gesagt hat: „Die Deut[illegible]artei hat in letzter Zeit vielfach mit der Politik der Mitte geliebäug[illegible]laube aber heute sagen zu können, daß diese Ansicht überwunden [illegible]er beiden Rechtsparteien besteht jetzt kein grundsätzl[illegible]e stehen beide auf dem Boden der Verfassung, aber [illegible]re monarchistischen Ideale nehmen zu lassen." Wenn Hermann [illegible]über Eintagsfliegen wie den Herrn v. Campe freut, dann dürfen wir uns im Interesse der Klärung auch über Leute wie Hergt freuen.

Nun ein paar Worte zur Entschließung des Parteivorstandes. So sehr ich die Schwierigkeit[illegible]fe, die bei einer Formulierung dieser komplizierten Materie entstehe[illegible]ch doch sagen, wir können diesem Maß der Verantwortung, die wir [illegible]chließung dem Parteivorstande, dem Parteiausschuß und den Fraktione[illegible]n, nicht leichten Herzens zustimmen. Wir sollten wenigstens in der Re[illegible]usdrücken, daß wir mit der Deutschen Volkspartei zurzeit als Koalition[illegible]t ernsthaft rechnen können. Wir müssen auch an die Stimmung der [illegible]außen denken. Die Arbeiter sehen die Erfolge einer solchen Koalition[illegible] gemischten Gefühlen an. Das Gefühl der Massen geht dahin, daß [illegible]der Vorbereitung solcher Koalitionen unsere Kraft schwächen, und die [illegible]n den Massen liegt, darf nicht noch weiter geschwächt werden. (Lebh[illegible]l und Händeklatschen.)

Dr. **Köster-Blankenese**: [illegible]die die Vertreter der ausländischen Parteien vorgestern an uns gerich[illegible]waren nicht einfache Begrüßungsworte. Aus ihnen klang heraus die Be[illegible], die deutsche Republik, um etwas, was für die ganze europäische Dem[illegible]den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt der europäischen Arbei[illegible]einer Bedeutung ist, die noch nicht alle deutschen Sozialdemokraten [illegible]haben. Die Frage, vor der wir stehen, ist nicht mit einem Blick au[illegible]Hergt oder ein Professor in Göttingen gesagt hat, zu entscheiden. (S[illegible]). Diese Frage hat eine wichtige außenpolitische Seite. Wenn man [illegible]überhaupt aufwirft, muß man bedenken, daß das Interesse Englands[illegible]chs eine Regierung verlangt, die auf der einen Seite durch eine [illegible]demokratie eine pazifistische Außenpolitik garantiert, auf der ande[illegible]ch Zusammenfassung aller wirtschaftlich tätigen Kräfte, durch eine ge[illegible]die Garantie bietet,

daß man mit dieser Regierung auf die Dauer verhandeln und arbeiten kann. Außenpolitisch ist eine stabile Regierung auf möglichst breiter Basis, wenn sie aus anderen Gründen möglich ist, das, was wir brauchen. Dieser Gesichtspunkt ist bisher nicht zur Geltung gekommen.

Im übrigen haben wir scheinbar immer noch Genossen unter uns, welche glauben, daß Deutschland heute zwischen Wohl und Uebel zu wählen hat, die noch nicht begriffen haben, daß wir nur zwischen dem größeren und dem kleineren Uebel zu wählen haben. (Sehr wahr!) Wenn wir das berücksichtigen, werden wir die Frage viel nüchterner behandeln können. Gestern freilich schien es manchmal, als ob von einigen unserer Genossen die Teilnahme an der Regierung für etwas so Wunderschönes gehalten wurde, daß man allen Anlaß hätte, möglichst viel Parteien davon abzudrängen. Das Umgekehrte ist der Fall. Wir müssen nicht fragen, ob wir die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineinnehmen wollen, sondern ob wir der Deutschen Volkspartei weiter gestatten wollen, auf der einen Seite von den Rechtsbolschewisten abzurücken, auf der anderen Seite ohne die schwere Last der Mitverantwortung im Lande Agitation auf unsere Kosten zu treiben. Es handelt sich nicht nur darum, die gesunden Kräfte, die auch in dieser Partei stecken, für den Aufbau zu mobilisieren, sondern auch darum, gewisse negative Kräfte in der Partei festzulegen. Wenn wir wertvolle Kräfte, die sich uns anbieten, kurzerhand zurückweisen, ist das eine Politik, die sich nicht nur am deutschen Volke, sondern auch an unserer Partei rächt.

Das große Elend des deutschen Parlamentarismus ist die Vielfältigkeit unserer Parteien. (Sehr richtig!) Wir haben in Deutschland die Zentrumspartei, die eigentlich ein Reichstag im kleinen ist. Diese Partei wird auf absehbare Zeit noch weiterbestehen bleiben. Aber in bezug auf die übrigen Parteien links und rechts von uns sind Zusammenlegungen, Lösungen, Vereinfachungen notwendig und möglich. Ich glaube, daß unser heutiger Beschluß ein Schritt zu diesem Ziele sein kann. Wer das Problem des deutschen Parlamentarismus durchgedacht hat, weiß, was ich meine. Unsere Parteitaktik muß dahin gehen, die deutschen Parteiverhältnisse zu reinigen und zu stabilisieren.

Ich unterstreiche im übrigen, was hier schon betont ist: Lassen wir uns nicht durch die zwei Jahre Koalition mit Zentrum und Demokraten abhalten, den wahren Charakter auch unserer Koalitionsfreunde richtig einzuschätzen. Die geistige Auseinandersetzung zwischen uns und dem Zentrum wird kommen. Jetzt haben wir mit den materiellen und wirtschaftlichen Problemen noch genug zu tun. Die Auseinandersetzung kommt. Dann wird es sich zeigen, daß wir gegen das Zentrum in diesem geistigen Kampfe auch andere Parteien notwendig haben, mit denen wir wirtschaftlich vielleicht nicht so eng zusammenstehen wie heute mit dem Zentrum.

Die Situation ist eine außerordentliche und erfordert außerordentliche Lösungen. Wir müssen einsehen, daß das Problem ein Problem reiner parlamentarischer Zweckmäßigkeit und Technik ist. Wir dürfen uns nicht durch Agitationsphrasen in die Idee hineinreißen lassen, daß, wenn wir mit Volksparteilern an einem Tisch im Ausschuß sitzen und mehr oder weniger technische Fragen lösen, damit unser wirtschaftlicher Kampf gegen die Volkspartei tangiert wird. Wir werden diesen wirtschaftlichen Kampf weiterführen, ohne uns durch dieses parlamentarische Zusammenarbeiten behindern zu lassen.

Die Frage hat aber für Deutschland auch eine große staatspolitische Bedeutung. Das augenblickliche staatspolitische Problem ist, wie wir die großen verwirrten Massen des deutschen Volkes, die die politische Wirklichkeit nicht sehen wollen, zum Staatsbewußtsein gegenüber der Republik erziehen. Wirtschaftlich gehören die großen Massen der volksparteilichen Wähler zu uns. Das Problem ist, wie wir diese Massen zur politischen Vernunft erziehen. Das kann

erreicht werden, wenn diese heute noch nationalistisch verwirrten Massen durch Beteiligung an der verantwortlichen Arbeit zur nüchternen Einsicht in die innen- und außenpolitischen Bedingungen unseres Lebens erzogen werden.

Daß die Parteigenossen im Lande eine solche Politik verstehen werden, daran zweifle ich nicht. Wir brauchen Führung, straffe Führung. Die letzten drei Jahre unserer Parteigeschichte haben bewiesen, daß wir, wenn wir fest bei der Stange bleiben, trotz zeitweiliger Niederlagen immer wieder durchkommen. Möge sowohl der Geist klarer nüchterner Einsicht als auch der feste Wille zur Führung über den Beschlüssen von Görlitz bis zum letzten Tage leuchten. (Lebhaftes Bravo!)

Otto Braun-Berlin: Ich bin angenehm enttäuscht über den geringen Widerstand gegen die Resolution des Parteivorstandes und auch über die Schwäche der Argumente, die bei diesem Widerstand zum Ausdruck gebracht sind. Es handelt sich hier um die Umstellung unserer Partei aus einer agitierenden in eine regierende Partei. Das ist für viele sehr schwierig, denn man kommt dadurch aus einer sehr bequemen in eine manchmal sehr unbequeme und verantwortungsreiche Position. (Sehr wahr!) Wir sind bereits ohne diesen Beschluß durch die Praxis zur regierenden Partei geworden. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir bei der Parteizerklüftung in Deutschland nicht so schnell daran denken können, die ganze Macht für unsere Partei zu erringen. Wir müssen die Machtpositionen, die wir nach unserer Stärke beanspruchen können, auch in Anspruch nehmen und im Interesse des Proletariats ausnutzen. Da können wir nicht danach fragen, was Hergt oder ein Professor in Göttingen gesagt haben. Wenn gegnerische Parteien, mit denen wir eine Koalition eingehen müssen, um unsere Macht auszunutzen, nach solchen Reden fragen, könnte auf seiten der Volkspartei auch gefragt werden, was denn der Genosse Schiller oder ein anderer führender Genosse in dieser oder jener Versammlung gesagt haben, und ob man nicht in eine schwierige Position käme, wenn man mit ihnen zusammenginge. Wenn wir mit anderen Parteien eine Regierung zu bilden gezwungen sind, können wir uns nicht immer den Partner aussuchen, sondern er wird uns durch das Wahlergebnis präsentiert. Wir müssen uns nur fragen, ob wir mit ihm ein Stück Weges zu unserem Ziele zurücklegen können. Ist das nicht der Fall, dann dürfen wir die Arbeitsgemeinschaft nicht eingehen. Kommen wir aber mit ihm ein Stück Weges vorwärts zu unserem Ziele, dann müssen wir zusammengehen, wenn die politischen Verhältnisse es irgendwie gestatten. Deswegen dürften wir auch nicht für ein Jahr lang feste Bedingungen aufstellen, die für die Regierungsbildung in Reich und Ländern gelten sollen. Es können Verhältnisse eintreten, wo uns eine so feste Beschränkung ein Hindernis ist oder wo die Führer gezwungen werden, über die Bedingungen sich hinwegzusetzen.

Nun zur konkreten Frage der Regierungsbildung. Bernstein meinte, die Situation wäre für uns nicht besonders glücklich, da wir im Kabinett wie 1 : 3 wären, wenn die Volkspartei hinzuträte. Ich möchte Sie bitten, dieses Zahlenverhältnis nicht gelten zu lassen. Es kommt im wesentlichen darauf an, welches Ressort wir haben und welchen Mann wir an die Stelle setzen. (Zustimmung.) Die Demokratisierung der Verwaltung ist der allgemeine Schrei. Sie ist aber nicht möglich in dem gebotenen Maße durch Entlassung von Beamten und Ersatz durch neue, sondern es kommt vielmehr darauf an, die Masse der tatsächlich vorhandenen Beamten umzustellen. Die Entlassung vieler Beamten macht Schwierigkeiten. Ohne Disziplinarverfahren sind sie nicht zu beseitigen, und es ist auch meist hinreichender Ersatz nicht vorhanden. Wir müssen dahin wirken, daß die Beamten sich auf die Republik umstellen. Bei der Umstellung dürfen wir nicht übersehen, daß die Beamten in jahrelanger monarchischer Tradition erzogen sind. Sie können sich nicht von heute auf morgen umstellen. Wir müssen aber verlangen, daß sie, wenn sie Beamte bleiben, der Republik ihre Kraft so rückhaltlos zur Verfügung stellen, wie sie sie früher der Monarchie zur Verfügung gestellt haben. (Sehr richtig!) Ein Beamter, der mir erklärt: Ich bin Monarchist, tue aber meinem Eide gemäß meine Pflicht, ist mir ebenso lieb wie ein früherer sozialdemokratischer Beamter, der seinem Eide gemäß seine Pflicht in der Monarchie getan hat. Solche Beamte sind besser als jemand, der eine republikanische Gesinnung heuchelt und nur auf den Augenblick wartet, wo er umschlagen kann. Es kommt darauf an, den monarchischen Beamten klarzumachen, daß sie dem republikanischen Minister ebenso vorbehaltlos zu gehorchen haben wie früher dem monarchischen Minister.

Wenn wir die Macht aktiv ausüben wollen, nützt uns die schärfste Opposition im Parlament nichts. Der ganze Apparat funktioniert erst, wenn man selbst die Hand am Steuer hat. Das gilt insbesondere für die Länder, wo man den Verwaltungsapparat in der Hand haben muß.

Wenn Genosse Schiller gesagt hat: Mit der Volkspartei, mit den alten Nationalliberalen, können wir nicht in die Regierung gehen, möchte ich ihn fragen: hat uns die alte Zentrumspartei nicht früher ebenso scharf bekämpft wie die Nationalliberale Partei? Wir dürfen uns auch nicht durch den demagogischen Kniff des Führers der Deutschnationalen Hergt irremachen lassen, der öffentlich die Seelengemeinschaft der Volkspartei mit den Deutschnationalen erklärte. Dieser Kniff fließt aus der Angst der Deutschnationalen, daß die Deutsche Volkspartei durch die Koalition nach links gedrängt wird und dadurch die Deutschnationalen isoliert werden könnten. (Sehr richtig!)

Wenn erklärt worden ist, ein Zusammengehen auf Grund der Bedingungen des Antrages mit der Deutschen Volkspartei würde der USP. wieder Werbekraft geben, so bitte ich, zu berücksichtigen, daß unsere konsequente Politik uns die Werbekraft gegeben hat, daß aber die Zickzackpolitik der USP. dazu geführt hat, daß sich dort Verfallserscheinungen geltend machen. Das Volk will positive Erfolge in der Politik und nicht radikale Phrasen und Reden haben. Genossen, Ihr müßt Vertrauen zu unserer Kraft haben. Die Genossen, die gegen die Resolution sprechen, haben nicht das genügende Vertrauen zur Werbekraft unserer Partei. Wir müssen den Willen zur Macht haben. Wenn Sie den Antrag annehmen, wird das zum Besten der Partei sein. Wenn Genosse Schiller meinte, dieser Antrag sei Gummi, so nehme ich diesen Ausdruck auf: Er mag der Gummiknüppel sein, mit dem alle Hindernisse auf dem Wege zur Macht, die wir selbst und die Gegner uns aufbauen, aus dem Wege geschlagen werden.

Franz-Kattowitz: Genosse Scheidemann sagte gestern, daß es das Bestreben der Parteigenossen sein muß, in der Politik die Kraft auf die augenblicklich wichtigste Frage zu konzentrieren. Für uns Oberschlesier ist im Augenblick die wichtigste Frage die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens. Die oberschlesische Arbeiterschaft sieht heute die Dinge oft mit anderen Augen an, als die Genossen im übrigen Reiche. Für uns ist die Frage, ob wir eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei bilden, im Augenblick ziemlich nebensächlich. Uns ist im Augenblick jede Regierung genehm, die es erreicht, daß Oberschlesien ein Bestandteil des Deutschen Reiches bleibt. (Bravo!) Wir leben in der Gefahr, von der oberschlesischen Kulturgemeinschaft losgelöst und damit um mindestens 100 Jahre in der Entwicklung zurückgeschleudert zu werden. Wir haben deshalb das dringendste Interesse, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, dieses Unglück für die oberschlesische Arbeiterschaft und damit auch für den internationalen Sozialismus zu verhindern.

Die Zustände in Oberschlesien sind bekannt. Bemerken will ich aber, daß gerade die Parteien der sogenannten Ordnung, die sich bei jeder Gelegenheit so gebärden, als wenn sie allein die Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen haben, nicht in unserem Interesse handeln. Wenn wir die Ratschläge dieser Parteien befolgt hätten, brauchten wir uns heute über das Schicksal Oberschlesiens nicht mehr zu unterhalten. Neben der imperialistischen Gewaltpolitik auf polnischer Seite tragen die Hauptschuld an den oberschlesischen Zuständen gerade die Kreise, die heute der Sozialdemokratie und der Reichsregierung die ärgsten Vorwürfe machen. Diese Kreise haben durch ihre Polenpolitik und durch ihre drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft den Samen für den Haß gesät, der heute in Oberschlesien so verhängnisvoll aufgegangen ist.

Die Deutschnationalen haben der Reichsregierung den Rat gegeben, das bekannte Ultimatum der Ententemächte abzulehnen. Wäre es abgelehnt worden, dann hätte der oberschlesische Aufstand seinen Zweck erreicht, weil er gerade auf der Hoffnung aufgebaut war, daß die deutsche Regierung das Ultimatum ablehnen würde. Die Reichsregierung ist nicht darauf eingegangen, und dadurch sind die Ziele der polnischen Imperialisten zuschanden geworden.

Aber auch dort, wo jene Kreise angeblich uns helfen wollen, versagen sie und bringen uns anstatt Hilfe mehr Unglück. Gerade der Selbstschutz in Oberschlesien hat infolge der dunklen Ziele seiner Hintermänner und infolge der Ausschreitungen einzelner seiner Mitglieder der oberschlesischen Bevölkerung großes Unglück gebracht. Diesen Leuten kam es weniger darauf an, Oberschlesien vom polnischen Terror zu befreien. Ihr Ziel war, nachdem sie sich Oberschlesien unterworfen, mit ihren Freikorps nach Berlin zu marschieren und dort die Regierung zu stürzen. Nach unserer Auffassung sind die Regierungsstellen diesem Freikorpsunwesen nicht mit der notwendigen Energie entgegengetreten. Sie hätten mindestens die Aufgabe gehabt, die Geldquellen zu ermitteln und sie zu verstopfen, aus denen diese Freikorps gespeist werden.

Die oberschlesische Arbeiterschaft ist auch durch unsere Politik in wirtschaftlichen Fragen nicht ganz befriedigt worden. Der Kasseler Parteitag hat sich ausgiebig mit unserer Wirtschaftspolitik beschäftigt. Die oberschlesische Arbeiterschaft horchte, nachdem in deutschen Parlamenten die Sozialisierungsfrage eingehend erörtert worden war und der Kasseler Parteitag dazu Stellung nahm, freudig auf. Wir im zweitgrößten Industrierevier Deutschlands haben an der Ueberführung der Industrie aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz ein außerordentlich großes Interesse. Wir haben deshalb geglaubt, daß man auf diesem Wege einen Schritt vorwärts machen würde. Leider haben wir uns getäuscht. Wenn es auch schwer ist, auf diesem Gebiete im Augenblick praktische Vorschläge zu machen, so dürfen wir doch in der Verfolgung unserer Ziele nicht haltmachen. Unsere Politik hatte schon den Erfolg, daß selbst Leute wie Stinnes zugeben mußten, daß die bisherigen Wirtschaftsformen sich überlebt haben. Wenn wir unsere Politik nicht weiterverfolgen, wird sich die Ansicht in jenen Kreisen schnell ändern. Wir müssen energischer auf diesem Gebiete vorgehen, weil hier die Möglichkeit vorhanden ist, unserem Endziel ein Stück näherzukommen. Wir in Oberschlesien hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie den Willen zur Tat zeigen wird, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. (Beifall.)

Severing-Bielefeld: Ich weiß nicht, wie der Genosse Franz den Vorwurf begründen will, daß die Sozialdemokratische Partei in der Bekämpfung der Freikorps nicht entschieden genug vorgegangen sei. Der Parteivorstand und der Fraktionsvorstand haben schon Ende April d. J. die geeigneten Schritte unternommen, um die Bildung der Freikorps zu hintertreiben. Auch die beamteten Parteigenossen haben die Gefahr zeitig genug erkannt und sind ihr mit aller Schärfe entgegengetreten. Es nützt der Partei nicht, wenn solche nicht zu beweisenden Behauptungen von dieser Stelle aus ins Land gelangen.

Ich wende mich nun dem Problem zu, das das Kernstück unserer Verhandlungen bildet. Ich erlebe da eine glänzende Genugtuung. Was zur Begründung der Notwendigkeit der Abstreifung aller Fesseln hier heute und gestern gesagt worden ist, habe ich im internen Kreise der Fraktion und in anderen Körperschaften schon vor einigen Monaten gesagt. Es gehörte keine besondere prophetische Gabe dazu, zu sagen, daß wir einmal zu einem solchen Beschluß kommen mußten, wie er uns jetzt in der Resolution empfohlen wird. Die Gegner der Resolution waren in ihrer Argumentation sehr schwach. Zwar hat der Delegierte aus Chemnitz uns geraten, wir sollen den Kopf klar behalten zum Gefecht; aber ich glaube, die Genossen aus Chemnitz sollten diese Mahnung zuerst selbst beherzigen, denn übermäßige Klarheit schien mir die Rede des Genossen Losereit nicht zu verraten.

Wenn wir jetzt die ganze Kraft der Sozialdemokratischen Partei auf einen Punkt konzentrieren wollen, dann ist es die Erhaltung und der Ausbau der Republik. Dazu gehört nicht nur ein klarer Kopf, sondern auch die energische Faust. Wenn die Gegner der republikanischen Einrichtungen ihren Kampf mit Revolvern und Maschinengewehren führen wollen, kann ich nicht einsehen, daß wir den Kampf zur Abwehr erfolgreich mit Papierkugeln und schönen Resolutionen bestehen. Dann müssen wir alles darauf anlegen, die Instrumente zum Schutz der Republik und der Verfassung in die Hand der Vertreter der demokratischen und republikanischen Partei zu bekommen (Sehr richtig!), Waffen in die Hand zu bekommen (Sehr richtig!), und zwar die legalen Waffen der Reichswehr und der Polizei. (Heiterkeit.)

Die Gegner der Resolution sprechen von der Notwendigkeit des Klassenkampfes. Ich habe manchmal das Gefühl, daß gerade diejenigen, die in Versammlungen und auf der Straße so recht tapfer reden, am Verhandlungstisch, in Parlamenten und in Regierungen gerade das ein wenig vermissen lassen, was man unter dem Ausdruck Zivilcourage bezeichnet. (Sehr richtig!) Ist das Vertrauen zur eigenen Männlichkeit, zur Kraft der Partei, wenn man fürchtet, in der Nachbarschaft der Volksparteiler das Gefühl des Klassenkampfes zu verlieren? Wenn ich als Minister etwas durchführen will, frage ich nicht nach der politischen Nachbarschaft, dann suche ich in meinen Nachbarn Bundesgenossen zur Erreichung dieser Ziele, und wären diese Nachbarn auch Beelzebub oder Luzifer. (Zuruf: Stinnes ist schlimmer!) Was besteht für ein Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen? Stinnes ist der nationalliberale evangelische Mann und Thyssen der Zentrumskatholik. Wollen Sie etwa behaupten, daß die Arbeiter der Thyssen-Unternehmungen besser behandelt werden als die in den Stinnes-Betrieben? (Sehr gut!) Der Klassenkampf unserer Berg- und Metallarbeiter im Industriegebiet richtet sich nicht gegen den evangelischen oder volksparteilichen Mann, sondern gegen den Unternehmer schlechthin. Dieser Klassenkampf wird nicht verwischt, wenn wir uns bemühen, Forderungen des Tages durchzusetzen auch mit der Volkspartei. Es kommt nicht darauf an, in welcher politischen Nachbarschaft wir uns befinden, sondern darauf, daß wir unsere Bestrebungen möglichst kräftig und schnell zur Durchführung bringen.

Wer die Einigungspolitik so betreiben will wie Genosse Schiller, der kann lange auf eine Einigung mit den Unabhängigen warten. Wir müssen unterscheiden zwischen unabhängigen Führern und den Massen, die sich heute noch zur Unabhängigen Partei rechnen. Diese Arbeitermassen gewinnen wir nicht zurück durch Resolutionen, die revolutionär klingen, sondern durch entschiedene Taten. Wenn wir in den preußischen Verwaltungskörper auch Vertrauens-

männer der Unabhängigen Partei bringen, führt uns das weit mehr zur Einigung als die Rezepte, die uns Genosse Schiller heute gegeben hat. Darum aber müssen wir Republikaner an der Spitze der Verwaltung haben.

Die Genossen in Köln sind von der gleichen Inkonsequenz wie in Chemnitz. Nicht alle, das nehme ich zu Eurer Ehre an. (Heiterkeit.) Der Genosse Görlinger hat uns eine schöne Resolution vorgelegt: Der Parteivorstand soll Listen derjenigen Persönlichkeiten vorlegen, die zur Verwaltung im Reich, in den Bundesstaaten und Kommunen geeignet sind. Was nützt uns die schöne Liste, wenn die Personen nicht in die Verwaltung hineinkommen? Sie können nicht vom Parteivorstand hineingebracht werden, sondern nur von den Ministern. Entweder will man Macht im Reich, in den Staaten und in den Kommunen, dann müssen wir auch den Willen zur Macht bekunden. Oder aber man will politische Abstinenz, man will sich die Freiheit der Kritik und des ohnmächtigen Schimpfens vorbehalten, dann ist es auch Sisyphusarbeit, solche detaillierten Anträge auf dem Parteitag vorzulegen. (Zuruf: Das hat die preußische Landtagsfraktion gemacht!) Nicht allein die Genossen in Köln, Frankfurt und Chemnitz haben das Recht, Torheiten zu machen, sondern auch die sogenannten prominenten Persönlichkeiten dürfen von diesem Recht Gebrauch machen. (Große Heiterkeit.)

Selbstverständlich ist es, daß wir diese Politik nicht betreiben, um einige Genossen in materiell nicht einmal immer sehr günstige Stellungen hineinzubringen. Die „Deutsche Tageszeitung" hat heute einen Artikel zum Parteitag mit dem Untertitel gebracht: „Futterkrippe oder Opposition?" Wenn ein Landratsamt, das Amt eines Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten oder Oberpräsidenten heute eine Futterkrippe ist, dann ist dieses Amt doch auch schon früher eine Futterkrippe gewesen, als die konservative Partei sich daran sattgegessen hat. (Sehr richtig!) Dann ist es aber auch nur in der Ordnung, daß einmal ein Schichtwechsel vorgenommen wird. Aber, wie gesagt, darauf kommt es uns nicht an, aus Futterkrippengründen unsere Leute zu placieren.

Wir wollen die Republik mit Männern durchsetzen, die auch in der Stunde der Gefahr zur Republik stehen. (Sehr richtig!) Was ist das für eine Demokratie und Republik, die ihren Schutz Männern anvertrauen muß, die entweder Monarchisten sind und Militaristen oder nur mit halbem Herzen auf dem Boden der Republik stehen? Wenn wir das aber wollen und wenn wir andererseits feststellen müssen, daß wir heute allein die Macht zur Durchführung nicht haben, dann müssen wir uns nach Bundesgenossen umsehen. Darum keine Fesseln, keine politische Abstinenz. Wir wollen leben, wir wollen arbeiten, und wir wollen siegen. (Lebhafter Beifall.)

Ein genügend unterstützter Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vors. **Wels**: Genosse Bader legt Wert darauf, festzustellen, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort zur Begründung des Amendements, das von ihm und seinen Freunden aus Magdeburg zu dem Antrag 304 eingebracht worden ist, abgeschnitten wurde.

Eckstein-Breslau (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Scholich hat gestern in meiner Abwesenheit, als ich in der Programmkommission war, Ausführungen gemacht, die dahin gedeutet werden können, als ob die Darlegungen, die ich gemacht habe, nicht im Sinne der Breslauer gelegen hätten, wie ich das behauptet habe. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß die Politik, die ich hier vertreten habe, in Breslau durch eine ganze Reihe von Mitgliederversammlungen festgestellt worden ist und daß auch ein diesbezüglicher Antrag zum Parteitag von der Parteigruppe Breslau-Stadt eingebracht worden ist.

Scholich-Breslau: Ich bin leider dadurch genötigt, festzustellen, daß ich gestern dem Genossen Eckstein vorher gesagt habe, ich würde seine Ausführungen zurückweisen, so daß er also Gelegenheit hatte, hier anwesend zu sein. Ich habe ausdrücklich festgestellt, wie die Versammlung zusammengesetzt war, in der dieser Beschluß gefaßt wurde, und ich habe weiter gesagt, daß der Bezirk Mittelschlesien sich in dieser Beziehung nicht festgelegt hat.

Franz Krüger (Schlußwort): Parteigenossinnen und -genossen! Ich will zunächst bemerken, daß der Genosse Bartels auf das Schlußwort verzichten will und mich ersucht hat, die gestellten Anträge, die sein Gebiet behandeln, hier kurz mitzuerledigen, da die organisatorischen Fragen in der Diskussion eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt haben und auch die organisatorische Tätigkeit des Parteivorstandes kaum von irgendeiner Seite angegriffen worden ist.

Ich empfehle Ihnen die Anträge 24 bis 26, die die obligatorische Lieferung der „Gleichheit" an die weiblichen Mitglieder betreffen, dem Parteivorstand zu überweisen. Wir halten es für sehr bedenklich, etwa durch einen Parteitagsbeschluß alle Organisationen zu zwingen, diesen Beschluß durchzuführen. (Sehr richtig!) Es ist aber doch zweckmäßig, daß diese Frage in den Organisationen geprüft wird.

Bezüglich der Anträge, die die Jugend und Bildung betreffen, schlage ich Ihnen vor, die Anträge 272 und 273 anzunehmen, den Antrag 271 dem Parteivorstand und die Anträge 274 bis 281 dem Zentralbildungsausschuß zu überweisen. Unter diesen Anträgen sind einige, in denen die Wiedererrichtung von Parteischulen gewünscht wird. Wir haben auf Grund der Erfahrungen dagegen Bedenken. Es ist aber auch deshalb unmöglich, diese Anträge heute anzunehmen, weil die Errichtung einer solchen Parteischule ohne eine Beitragserhöhung nicht möglich wäre.

Ebenso empfehlen wir Ihnen den Antrag 319, der die Mitgliedschaft der parteigenössischen Lehrer in der Arbeitsgemeinschaft betrifft, anzunehmen.

In den Anträgen 283 und 284 wird verlangt, daß der Parteivorstand sich mit der Gründung genossenschaftlicher Papierfabriken beschäftigen solle. Wir empfehlen, diese Anträge dem Parteivorstand zu überweisen.

In dem Antrag 302, der von Marckwald und Genossen gestellt ist, wird verlangt, daß durch eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz behufs Beseitigung der Klassenjustiz und ein Gesetz behufs Enteignung des beschlagnahmten Hohenzollernvermögens ausgearbeitet und diese Gesetze dem Volksbegehren unterworfen werden sollen. Wir können Ihnen diesen Antrag nicht zur Annahme empfehlen, weil er uns nicht weit genug geht. Wir sind der Meinung, daß wir mit der Beseitigung der Klassenjustiz nicht warten können, bis eine eingesetzte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz ausgearbeitet hat. Wir glauben vielmehr, daß die Reichstagsfraktion ungesäumt Anträge einbringen muß, die dahin gehen, daß durch ein Notgesetz sofort gewisse dringliche Reformen durchgeführt werden. Dazu rechnen wir insbesondere die Vorschrift, daß auf einem anderen Weg, etwa durch die Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage usw. nach dem Verhältniswahlsystem die Schöffen und Geschworenen gewählt werden, daß auch bei den Strafkammern eine Mitwirkung von Laienrichtern gesichert wird. Das kann ohne eine Kommission, ohne ein vollständig neues Gesetz und ohne eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Deshalb empfehlen wir Ihnen mit dieser Maßgabe, den Antrag 302 der Reichstagsfraktion zu überweisen.

Zur Annahme empfehlen wir Ihnen den Antrag 306, der das Tragen der Farben Schwarz-Rot-Gold empfiehlt, ebenso den Antrag 311, der sich für das Selbstbestimmungsrecht des georgischen Volkes ausspricht.

In dem Antrag 309, den der Genosse Scholich eingebracht hat, wird eine Erweiterung der Verordnung des Reichspräsidenten gefordert. Genosse Scholich hat an Hand der tatsächlichen Verhältnisse die Notwendigkeit dieser Erweiterung so eingehend begründet, daß wir Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Wir bitten Sie weiter, an den Parteivorstand den Antrag 312 zu überweisen, der eine Einrichtung beim Parteivorstand wünscht, um gewissermaßen eine Rekrutierung innerhalb der Partei, innerhalb der Republikaner für die Demokratisierung der Verwaltung zu schaffen. Ich glaube, daß in Erwägungen darüber eingetreten werden muß, inwieweit unsere bisherigen Organisationseinrichtungen nach der Richtung hin ausgebaut werden können.

Ebenso empfehle ich, dem Parteivorstande zu überweisen die Anträge 20 bis 23, Antrag 27, Anträge 29 bis 32, 35 und 76 bis 78, die alle entweder die Herausgabe von Agitationsmaterial oder eine Belebung der Agitation überhaupt verlangen.

Abzulehnen bitte ich Sie den Antrag 34, der die Versendung von Anwesenheitslisten der Abgeordneten betrifft. Der Genosse Müller hat das Notwendige dazu gesagt.

Ebenfalls abzulehnen bitte ich Sie den Antrag 38, in dem eine Kommission gefordert wird, die eine Städteordnung für das ganze Reich ausarbeiten soll. Mit Rücksicht darauf, daß rein verfassungsrechtlich zurzeit gar nicht an die Durchbringung eines solchen Gesetzes zu denken ist, glauben wir, daß die Partei zurzeit dringlichere Aufgaben zu erfüllen hat.

Abzulehnen bitte ich Sie auch den Antrag 63, der davon spricht, daß es Pflicht aller Parteimitglieder ist, den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen anzugehören. Soweit die freien Gewerkschaften in Betracht kommen, besteht ein solcher Parteitagsbeschluß bereits, und es ist nicht notwendig, ihn zu erneuern. Soweit in diesem Antrag auch die Organisationen des Deutschen Beamtenbundes erwähnt worden sind, ist bekannt, daß wir die Stellung einnehmen, wie auch die Gewerkschaften, den Deutschen Beamtenbund als eine gleichberechtigte Gewerkschaftsorganisation anzuerkennen. Es ist aber auch bekannt, daß die Verhandlungen, die eine engere Fühlung zwischen den Gewerkschaften und den Beamtenorganisationen herbeiführen sollten, zunächst gescheitert sind. Wir können also unter diesen Umständen nicht die Mitgliedschaft in diesen Beamtenorganisationen durch Parteitagsbeschluß so festlegen, daß die Nichterfüllung dieses Beschlusses den Ausschluß aus der Partei zur Folge haben würde.

Ebenso bitten wir Sie, den Antrag 69 bezüglich der Mitgliedschaft in Krieger- und Militärvereinen abzulehnen, den wir nicht für notwendig halten.

Den Antrag 62, der eine Erweiterung der Zahl der Mitglieder der Pressekommission des „Vorwärts" betrifft, bitte ich Sie, anzunehmen. Es handelt sich lediglich um eine organisatorische Maßnahme.

Ablehnen müssen wir den Antrag 73, der eine zentrale Regelung der Gehälter der Parteiangestellten fordert. Soweit es sich um Parteiangestellte handelt, die vom Parteivorstand bezahlt werden, erfolgt eine zentrale Regelung schon seit jeher. Im übrigen aber muß es den örtlichen und Bezirksorganisationen überlassen bleiben, die Gehälter ihrer Angestellten festzulegen. Wir haben immer eine Angleichung an die vom Parteivorstand festgesetzten Gehälter empfohlen. Eine weitergehende Bindung erscheint uns unzweckmäßig.

Ebenfalls bitte ich abzulehnen die Anträge 74 und 75, die verlangen, daß die alten Führer ins Land gehen sollen, daß führende Genossen vom Parteivorstand hinausgeschickt werden. Soweit das möglich ist, geschieht es bisher. Es würde als ein Mißtrauensvotum gerade gegen die alten Genossen angesehen werden, wenn man das durch Parteitagsbeschluß besonders festlegen wollte.

Es ist nun in der Debatte die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern berührt worden. Wir teilen durchaus den Standpunkt, der auch in einigen Anträgen zum Ausdruck kommt, daß es mit den Pflichten eines Parteigenossen, zumal eines führenden Parteigenossen, nicht gut vereinbart werden kann, über strittige grundsätzliche und taktische Parteifragen in bürgerlichen Blättern zu diskutieren. Man hat zum Teil — die Genossen Noske und Lensch sowie andere haben über derartige Parteifragen in bürgerlichen Blättern geschrieben — dies dadurch begründet, daß Parteiblätter, insbesondere der „Vorwärts", die in Frage kommenden Artikel nicht aufgenommen hätten. Der „Vorwärts" ist aber nicht unbedingt Diskussionsorgan. Ich glaube, daß es immer noch das geringere Unglück ist, wenn die Meinung eines Parteigenossen zu einer bestimmten Frage der Mitwelt vorenthalten bleibt, als wenn Genossen Artikel für bürgerliche Blätter schreiben. Man kann vielleicht nichts dagegen sagen, wenn Parteigenossen, die Minister sind, in sachlicher Weise über ihre Ministertätigkeit in anständigen bürgerlichen Blättern schreiben. Die Erörterung parteipolitischer und parteitaktischer Fragen gehört aber in die Parteipresse und in die Parteiversammlungen. Wir bitten Sie daher, die Anträge 36 und 37 anzunehmen und die Anträge 33 und 71 damit als erledigt anzusehen.

Nun noch ein Wort zur Frage der Einigung. Genosse Kieß hat die Frage der Einigung mit dem Argument behandelt, das man häufig, besonders von denjenigen Genossen hört, die sich für sehr radikal halten. Er sagte, in der Behandlung der Einigungsfrage auf dem Parteitag und insbesondere in meinen Ausführungen vermisse er die Wärme gegenüber den Unabhängigen, wie sie besonders in den Betrieben bei der Arbeiterschaft zu finden sei. Ich weiß nicht, woher der Genosse Kieß für sich in Anspruch nimmt, die Stimmung unserer Parteigenossen in den Betrieben besser zu kennen als ich. Er steht ebenso wenig an der Hobelbank wie ich, und er hat vielleicht in seiner Stellung viel weniger Gelegenheit, die Stimmung der Genossen in den Betrieben kennen zu lernen als ich und andere Genossen. Genosse Kieß hat im Gegenteil durch seine weiteren Ausführungen bewiesen, daß er die Verhältnisse in der Arbeiterschaft sehr schlecht kennt; denn wenn er zum Beispiel sagt, der Unabhängigen Partei sei es zu danken, daß die Einheit der Gewerkschaften bewahrt worden sei, so sollte er doch nicht vergessen, daß die Unabhängigen in den Gewerkschaften erst in dem Augenblick die Anhänger des Einheitsgedankens geworden sind, als sie die leitenden Posten besetzt hatten. Ich erinnere an die letzten Wahlen im Metallarbeiterverband, bei denen es gelungen war, ein allgemeines Zusammengehen zwischen unseren Genossen und den Unabhängigen herbeizuführen, das aber von den Unabhängigen in den Orten — ich erinnere an Dresden — durchbrochen wurde, wo unsere Genossen in der Verwaltung saßen. Es sind also sehr parteiegoistische Gründe, die wenigstens mit für diesen Einigkeitswillen maßgebend sind. Ich stimme dem Genossen Broßwitz durchaus darin zu, daß die Einigungsfrage kein Rechenexempel sein kann; ich bitte aber, mir eine einzige Stelle in meinen Ausführungen zu nennen, in der ich von diesem Gesichtspunkte aus die Einigungsfrage behandelt habe. Ich habe im Gegenteil die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der Unabhängigen Partei

zu den einzelnen wichtigen Fragen behandelt, den Unterschied gegenüber unserer Stellungnahme nachgewiesen, die außerordentlich zweideutige Haltung der Unabhängigen in den Einzelfragen dargelegt und habe erklärt, daß lediglich an dem mangelnden Mut der Unabhängigen, in diesen Fragen das zu sagen, was sie innerlich denken, die Einigung zunächst gescheitert ist. Wenn der Genosse Kieß das ein Schmähen der Unabhängigen nennt, so ist das Geschmackssache. Dieses Urteil erfährt seine besondere Beleuchtung dadurch, daß er es als Schmähen der Unabhängigen Partei betrachtet, wenn man von dieser eine klare und konsequente Politik verlangt, während er selbst von unserer Partei eine klare und konsequente Politik fordert. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß auch der Genosse Schiller, der uns hier darlegte, daß man nach einem neuen Kapp-Putsch eventuell gezwungen sein würde, Maßnahmen zu treffen, die nicht mit den Grundsätzen der Demokratie zu vereinbaren sind, nach dem alten bewährten Grundsatz handeln sollte, daß man derartige Dinge im gegebenen Moment macht, aber nicht lange vorher ankündigt. Was wir im gegebenen Falle tun werden, hängt von den Verhältnissen und vor allen Dingen von unserer Macht ab. Aber der Unterschied zwischen uns und den Unabhängigen ist doch nicht der, ob wir uns in einem solchen Falle zu diktatorischen Maßnahmen veranlaßt sehen, sondern ob wir diktatorische Maßnahmen als die reguläre Regierungsform eines Landes ansehen können. Das dürfen wir nicht verwischen.

Ich habe mich auch außerordentlich über die merkwürdige Konsequenz gewundert, die der Genosse Marckwald in seinen Ausführungen gezogen hat. Er hat bei der Frage der Regierungsbildung gesagt: gewiß, das Programm ist sehr schön, aber ich bin überzeugt, die Deutsche Volkspartei wird das Programm anerkennen und es nachher nicht durchführen. Ich wundere mich, daß der Genosse Marckwald nicht dieselbe Vorsicht gegenüber der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit der Bundes- und Koalitionsgenossen nach der anderen Seite verlangt. Ich gebe zu: dieses Mißtrauen gegenüber der Deutschen Volkspartei ist durchaus berechtigt, aber die Frankfurter Genossen sollten doch auch dieselbe Vorsicht gegenüber der Ehrlichkeit der Kommunisten an den Tag legen. (Sehr richtig!) Dazu liegt viel mehr Veranlassung vor. Ich erinnere Sie daran, daß in dem Streit zwischen Levi und der KPD. in der „Freiheit" u. a. ein Brief Radeks an seine deutschen kommunistischen Freunde veröffentlicht worden ist, der ein Schlaglicht auf die Gründe wirft, aus denen Kommunisten mit den Unabhängigen und uns zusammenarbeiten wollen. Radek sagt in diesem Brief folgendes:

> Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir wieder in eine Periode eintreten, wo der Ausbau der Organisation legal und illegal, die Belebung des politischen Lebens in den Organisationen, die Weiterführung der Taktik des offenen Briefes, vielleicht in geänderter Form, sich jetzt nicht mehr an die Parteileitung und die Bureaukratie, sondern direkt an die Massen zu wenden, ausschlaggebend sein wird. Die Stärkung des gewerkschaftlichen Zentrums ist von der größten Bedeutung.
>
> Ließe sich nicht irgendeine Gruppe Rechtsunabhängiger gewinnen, die zusammenarbeiten würden unter der Losung: Einigkeit der klassenkämpferischen Gewerkschaftler gegen die reformistischen Gewerkschaftsspaltler. Ich fürchte, daß die Niederlage momentan das Minieren des Gegners erschwert. Das Heranziehen einer nicht offenen kommunistischen Gruppe wäre sehr nützlich. Ich unterstreiche das als erst ungegorene Gedanken. Ich möchte nur, daß Ihr sie vorbereitet. Der Grundgedanke ist der: um den kommunistischen Kern sammeln wir jetzt leichter die Peripherie, wenn wir Zutreiber haben, die nicht offen als Kommunisten arbeiten.

(Hört, hört!) Eine Partei, die in dieser Form zu erkennen gibt, daß sie jedes Zusammenarbeiten mit anderen Arbeiterparteien lediglich dazu benutzt, um diese Parteien zu unterminieren, die sich Spitzel und Zutreiber verschaffen will, muß allerdings mit größter Vorsicht behandelt werden. (Sehr richtig!) Diese Vorsicht habe ich bei unseren Frankfurter Kollegen durchaus vermißt.

Dasselbe trifft für den Genossen Kieß zu, der die Beurteilung des offenen Briefes dahingestellt sein ließ und dem ich doch sagen möchte, daß die Beurteilung des offenen Briefes gar nicht dahingestellt zu sein braucht; denn selbst die Unabhängigen haben diesen offenen Brief der Kommunisten als den größten politischen Schwindel der letzten Jahre bezeichnet. In ganz ähnlicher Weise haben unsere Genossen in Mecklenburg mit den Kommunisten Erfahrungen gemacht. In Rostock beriefen unsere Genossen eine Demonstration ein. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, nachdem der größte Teil der Teilnehmer weg war, dort eine Resolution gegen unsere Partei anzunehmen und dann in der „Roten Fahne" zu schreiben: „Einheitsfront trotz alledem! Großer Sieg unserer Genossen über die Mehrheitssozialisten in Rostock". (Hört, hört!) Ich glaube nicht, daß wir den Kommunisten Gelegenheit geben sollten, ihre Agitation vor Massen zu tragen, die sie unter eigener Flagge niemals auf die Beine bringen. (Sehr richtig!) Ich meine, daß wir diese machtvollen Demonstrationen, um die es sich handelt, auch zusammenbringen, wenn wir die Kommunisten nicht als einen so wertvollen Bundesgenossen heranziehen.

Gerade mit Rücksicht auf diese Taktik kann ich auch nicht, wie Genosse Marckwald, im Frankfurter Antrag zur Einigung den einzig möglichen Weg sehen. Er sagt: in dem Antrag ist vorgeschlagen, weitgehende Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, aber geschlossenes Handeln nach außen. Wir haben uns in der Vergangenheit immer auf den Standpunkt gestellt, daß natürlich bei aller Meinungsfreiheit doch eine gewisse grundsätzliche und sachliche Uebereinstimmung innerhalb der Partei vorhanden sein muß; sonst könnte jeder Kommunist, wenn er sich nur verpflichtet, sich äußerlich den Beschlüssen zu fügen, der Partei beitreten, innerhalb der Partei dann aber ungehindert seine Propaganda betreiben. Wenn wir an die Zeit vor der Spaltung und während der Spaltung der Partei denken und an die Erfahrungen derjenigen örtlichen Organisationen, die damals bestrebt waren, die Spaltung möglichst lange zu vermeiden, dann können wir uns auf diesen Standpunkt nicht stellen. Entweder ist unsere Politik richtig — dann haben wir sie auch gegenüber den Unabhängigen zu vertreten und haben zu versuchen, eine Einigung auf diesem Standpunkt durchzusetzen —, oder sie ist nicht richtig, dann müssen wir die Politik nicht nur mit Rücksicht auf die Unabhängigen, sondern im Interesse der Partei selbst ändern.

Daher möchte ich noch ein Wort zu der Frage der Klarheit der Politik sagen. Mit Rücksicht auf die Angriffe, die ich gegen die Chemnitzer und Frankfurter Genossen gerichtet habe. Genosse Kieß sagte, ich hätte die Chemnitzer Richtung bekrittelt. Ich habe die Chemnitzer Genossen, die ich als eine Richtung gar nicht betrachte, kritisiert und ihnen vorgeworfen, daß sie es an aller Klarheit und Konsequenz haben fehlen lassen. Ich habe bereits die Ausführungen des Genossen Fellisch angeführt, der in einer Versammlung sagte: nicht Amsterdam oder Moskau kann für uns in Frage kommen, sondern einzig und allein eine einheitliche sozialistisch gerichtete freigewerkschaftliche Internationale. Die „Chemnitzer Volksstimme" beschäftigt sich in einem anderen Artikel mit der Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft, der sogenannten Internationale zweieinhalb, und sie schreibt in diesem Artikel:

> „In Wien ist eine Internationale Arbeitsgemeinschaft gegründet worden. Wäre es nicht mindestens so nötig oder vielleicht nötiger gewesen, erst

eine nationale Arbeitsgemeinschaft zu gründen? Fordern wir deshalb einmütig von unseren Führern, daß schleunigste Schritte unternommen werden zur Einberufung einer Konferenz, auf welcher die Frage der Gründung einer nationalen Arbeitsgemeinschaft erörtert wird."

Das fordert die „Chemnitzer Volksstimme" in demselben Augenblick, wo in Amsterdam, als das Bureau der zweiten Internationale mit der Gewerkschaftsinternationale zusammenkam, um über ein internationales Arbeitsprogramm für die Wiedergutmachung zu verhandeln, eine Vertretung der 2½ten Internationale dazukam, um zwar mit dem internationalen Gewerkschaftsbureau, aber nicht mit dem Bureau der Zweiten Internationale über eine Frage zu verhandeln, die nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die Völker von ganz Europa von ungeheurer Bedeutung ist. Die Wiener internationale Arbeitsgemeinschaft hat nämlich ihren Organisationen jedes Verhandeln mit Parteien der zweiten Internationale verboten. Ein klein wenig Selbstachtung und politische Würde kann man auch von den Genossen verlangen, die sich einbilden, eine selbständige Richtung zu haben.

Ein anderer Fall, wie man in der Kritik gegen die eigene Partei jedes Maß vermissen läßt. In der „Chemnitzer Volksstimme" wird in einem Artikel gesagt:

„Der frühere Sozialdemokrat Emil Unger, der vor einiger Zeit unter die Hakenkreuzler gegangen ist und jetzt in der „Deutschen Zeitung" Artikel unter der Bezeichnung „Früherer Redakteur, Berichterstatter und Mitarbeiter der sozialdemokratischen Presse" verbricht, sagte am 24. März in der „Täglichen Rundschau" folgendes:

„Die Zahl derer, die äußerlich noch zur Sozialdemokratie zählen, innerlich aber mit ihr zerfallen sind, ist größer, als man auf bürgerlicher Seite annimmt. Wenn die Betreffenden trotzdem nicht die Konsequenzen ziehen, so erklärt sich das aus familiären, freundschaftlichen und vielfach nicht zuletzt aus materiellen Gründen. Die meisten von ihnen würden gern den letzten Schritt tun, wüßten sie mit Sicherheit, daß sie anderswo sofort wieder einen gleichen Wirkungskreis fänden."

Dann wird in dem Artikel gesagt, daß ein an weithin sichtbarer Stelle stehender Genosse ihm anvertraut habe, er sehne den Augenblick herbei, wo er aus der Partei herauskommen könne. „So aber bleibe er links und hoffe, seine Partei von innen heraus aushöhlen und von ihren verstiegenen Ideologien befreien zu können." Dazu hat die „Chemnitzer Volksstimme" nichts weiter hinzuzufügen als folgendes:

„Wir legen natürlich keinen Wert auf die Schreibereien eines solchen Menschen, der aus seiner sozialistischen Vergangenheit persönliche Geschäfte zu machen versucht, nur hat der Mann leider nicht so ganz unrecht!"

Eine derartige Beschmutzung der eigenen Partei muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Sehr richtig!)

Die Klarheit der Politik, die auch von den Frankfurter Genossen verlangt worden ist, kommt in einem Bericht der „Frankfurter Volksstimme" über die Reichstagsverhandlungen bezüglich Bayerns zum Ausdruck, wo es heißt: „Wir sind des trockenen Tons nun endlich satt. Wir fordern, daß unsere Genossen in der Reichsregierung durchsetzen, daß die Forderungen der Frankfurter Vertrauensleute bewilligt werden, oder ihren Rücktritt erklären." Wenn wir bei jeder Gelegenheit mit dem Austritt aus der Regierung drohen, dann zieht diese Drohung mit der Zeit nicht mehr und wird auf der Gegenseite als das angesehen, was sie ist, eine politische Kinderei. Ich verstehe es, wenn die Frankfurter Genossen die Forderung aufstellen, alle Mittel anzuwenden, um die Regierung vorwärtszutreiben, aber das Mittel des Austritts aus der Regierung ist sehr bequem, nur wird eine Lösung aller Fragen dadurch nicht erreicht. (Zuruf.) Wenn Otto Braun das geschrieben hat, so kann ich mir wohl denken, daß, wenn wir sehen, daß unsere Macht nicht ausreicht, um die Regierung zu zwingen, gewisse Forderungen zu erfüllen, wir jede Verantwortung ablehnen müssen und zurücktreten. Das bedeutet aber nicht Drohung hiermit bei jeder Gelegenheit.

Noch ein Beispiel für klare Politik, das mehr auf heiterem Gebiete liegt: In der „Chemnitzer Volksstimme" vom 6. August wird ein Leitartikel gebracht mit der Ueberschrift: „Wirkliche Währung", offener Brief an Walter Rathenau. Dieser offene Brief geht von dem „Bund der Tätigen" in Berlin-Grunewald aus. Ich habe bisher nicht gewußt, daß es in Grunewald soviel Tätige gibt, daß sie sogar einen Bund gründen konnten. (Heiterkeit.) Aber die „Chemnitzer Volksstimme" hält diesen Bund für wert, ihm die Spitze ihres Blattes einzuräumen. Der Kernpunkt der Vorschläge in diesem Artikel ist folgendes: Es heißt da:

„Ebenso unveränderlich wie unsere bisher gebräuchlichen Maßeinheiten — Meter, Kilogramm und Sekunde — für das Messen der richtigen Größenverhältnisse, der richtigen Gewichtsverhältnisse und der richtigen Zeitverhältnisse sind, ebenso unveränderlich muß auch die Währung, die Maßeinheit für den Nutzwert zur Festlegung der richtigen Nutzwertverhältnisse aller Notdurftsgüter und Leistungen sein.

Dieser Nutzwert-Einer, als zweckmäßiger, unveränderlicher Maßbegriff für die Währung ist von Robert Grisson in seiner Abhandlung „Der Einer, die Grundlage unserer Volkswirtschaft" (erschienen im Verlage des „Bundes der Tätigen", Berlin-Grunewald) festgelegt worden als der Nutzwert eines Kilogramms Brotgetreide von 3500 Kalorien als Nährwert = 1.

Werden alle lebenswichtigen Notdurftsgüter nach Meter, Kilogramm oder nach dem Stück auf Grund der Einer-Währung gestaffelt (Werttarif), dann wird ihr Preis gleich ihrem Nutzwerte. Es wird also der Preis gleichwertiger Ware jederzeit unveränderlich sein, d. h. ihr Preis wird ihrem Nutzwerte, ihrem wirklichen Werte, gleich sein. Dadurch wird zwangsläufig auch der Preis jeder Leistung gleich ihrem Nutzwerte, und das „Einer-Geld" wird „Quittung für empfangene Leistung". Das ist es, was das ganze wirtschaftlich tätige Volk will." (Heiterkeit.)

In einer Vorbemerkung wird gesagt, daß die Zeitung dem Wunsch nach Abdruck des Briefes gern nachkomme, „denn es will uns dünken, daß die in dem Briefe vorgeschlagene Umgestaltung der Währung wohl abwegig, jedoch erfolgversprechend ist". (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß die Gesamtpartei dieser Klarheit der Politik folgen wird, und ich hoffe, daß auch die Chemnitzer Richtung nicht unbedingt Gewicht darauf legen wird, in dieser Klarheit weiter an der Spitze der Partei zu marschieren.

Marckwald hat erklärt, daß die Resolution über die Regierungsbildung nichts weiter sei als die geschickte Inszenierung der Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Dieses Kompliment ist eine der wenigen Anerkennungen, die dem Parteivorstand ausgesprochen sind. Ich muß aber gegen diese Auffassung der Resolution protestieren. In dem Kasseler Beschluß ist keine Festlegung, daß wir mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen können, enthalten. Diese Festlegung entspricht lediglich der Stellungnahme innerhalb der Partei und der Parteiorgane. Eine solche Festlegung der Partei müssen wir auch unter

allen Umständen ablehnen und müssen die Entscheidung von der sachlichen Prüfung im einzelnen Falle abhängig machen. Ich habe mich im Landtag im Mai gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei entschieden gewandt. Im Mai war die Situation so, daß die Deutsche Volkspartei ihren Kampf gegen unsere Partei und die wichtigsten Grundsätze unserer Regierungspolitik gerichtet hatte. Da mußte ich mich auf den Standpunkt stellen, daß es nicht möglich sei, mit dieser Partei zusammenzuarbeiten. Aber keine Partei ist unveränderlich, und die Möglichkeit, daß die Deutsche Volkspartei ihren Standpunkt in wichtigen Fragen ändert, können wir nicht durch einen Beschluß aus der Welt schaffen. Dieser Beschluß bedeutet nicht, daß wir sagen: „Unter allen Umständen", aber auch nicht: „Unter keinen Umständen", sondern, von der sachlichen Festlegung auf bestimmte Mindestforderungen abgesehen, uns taktische Bewegungsfreiheit vorbehalten, das Verhalten in einzelnen Fällen zu prüfen. Genosse Biester sagte, wir müssen gegen die Deutsche Volkspartei sein, solange sie ihre Wirksamkeit und Agitation nicht ändert. Ich stimme ihm durchaus zu und sage: solange die Deutsche Volkspartei an ihren Grundsätzen vom Mai festhält, ist für mich ein Bündnis mit ihr ausgeschlossen. Solange die Deutsche Volkspartei nicht unsere Mindestforderungen anerkennt, d. h. solange sie nicht Garantien gibt für den Schutz der Republik, solange sie nicht auf monarchistische Propaganda verzichtet, solange sie nicht ein für uns annehmbares Steuerprogramm mit durchzuführen bereit ist, s o l a n g e g i b t e s f ü r u n s k e i n e K o a l i t i o n m i t i h r. Man kann nicht republikanisch regieren und monarchistisch propagieren. Solche Selbstverständlichkeit braucht man nicht in der Resolution festzulegen. Man darf überhaupt nicht zuviel Einzelheiten hineinnehmen, denn sonst kann man sich immer darauf berufen, daß eine andere Einzelheit nicht darin steht. Man muß sich auf Festlegung der allgemeinen Grundsätze beschränken, deren Auslegung nach dem Willen erfolgt, der bei der Beschlußfassung vorgeherrscht hat. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei, daß sie auf monarchistische Propaganda verzichten will, dürfen wir nicht als ein Zugeständnis ansehen, für das sie Kompensationen verlangen kann, sondern als eine selbstverständliche Voraussetzung.

Wenn man die Entlassung aller monarchistischen Offiziere vor dem Zusammentritt der neuen Regierung verlangt, so ist das eine lächerliche Naivität. Wir gehen doch gerade zu dem Zweck in die Regierung hinein, um solche Maßnahmen durchzuführen.

Wenn gefragt worden ist: Wo bleibt der Schutz der deutschen Republik mit der Deutschen Volkspartei?, so kann man ebensogut fragen: Wo bleibt der Schutz der deutschen Republik ohne die Sozialdemokratie? Eine Regierung ohne Sozialdemokratie mit Deutscher Volkspartei und gestützt von den Deutschnationalen bedeutet für den Schutz der Republik die größere Gefahr. (Sehr richtig!) Unter diesen vielen Uebeln müssen wir dasjenige wählen, das uns die größten Garantien bietet.

Auf dem letzten Katholikentage hat Dr. Heß gesagt: „Vom Großgrundbesitzer bis zum Gewerkschaftler ist man sich darüber einig, daß die Revolution ein ruchloses Verbrechen gewesen ist. Das hat sich bitter am deutschen Volk gerächt. Eine müßige Frage ist es, ob die Umänderung der monarchistischen in die republikanische Staatsform auch ohne Revolution gekommen wäre. Auch der überzeugteste Republikaner kann die heutige Republik nicht als Idealgebilde bezeichnen." Trotzdem werden wir nicht auf Grund dieser Aeußerung die weitere Koalition mit dem Zentrum ablehnen, sondern werden uns fragen: Treibt die Zentrumspartei die Politik dieses Mannes oder eine Politik, mit der wir zusammengehen können?

Ich bitte Sie daher, den Antrag Marckwald (303), der den sofortigen Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung verlangt, wenn nicht bestimmte Bedingungen sofort erfüllt werden, abzulehnen, weil man so keine Politik machen kann. Die Forderung in Antrag 316 in Zeile 14 von unten, statt „Grundforderung" zu sagen: „Mindestforderung", akzeptieren wir. Wir wollen damit sagen, daß es über diese Forderungen kein Handeln geben kann, daß die Verhandlungen sich lediglich um die Art der Durchführung im Einzelfalle drehen können. Ich bitte Sie aber, die übrigen Abänderungsanträge, Entlassung monarchistischer Offiziere, Erfassung der Sachwerte, Forderungen, für die wir schon lange den schärfsten Kampf führen, abzulehnen, da sie in unseren Mindestforderungen enthalten sind. Ebenso bitte ich den Antrag auf Schaffung einer gerechten Rechtspflege abzulehnen, weil das in der Demokratisierung der Verwaltung enthalten ist. Weiter möchte ich vorschlagen, im letzten Absatz des Antrages 304 eine Umstellung vorzunehmen und zu sagen: „Im übrigen sollen die in Frage kommenden Fraktionen im Benehmen mit dem Parteivorstand . . . entscheiden." Mit diesen Aenderungen bitte ich die Resolution 304 anzunehmen und alle übrigen Abänderungsanträge abzulehnen.

Wir müssen hier zum Ausdruck bringen, daß von einer Abkehr von unserer bisherigen Politik keine Rede sein kann und daß von den Bedingungen des Kasseler Parteitages nichts geändert ist, daß wir vielmehr die Forderung der Anerkennung der Republik verschärft haben in die Forderung der Verteidigung der Republik. Wir wollen unsere Macht ausnutzen, um unsere Ziele zu vertreten und zu verhüten, daß die Macht der deutschen Republik wieder in die Hände der reaktionären Parteien übergeht. Wenn Sie sich auf diesen Standpunkt stellen, werden Sie die überwältigende Majorität der Gesamtpartei hinter sich haben. (Beifall.)

Lösereit-Chemnitz: In bezug auf die Ausführungen des Genossen Krüger geben wir folgende Erklärung ab — einer Kritik der Angriffe, die in den Ausführungen vorkamen, will ich mich enthalten —:

Vorsitzender **Wels** (den Redner unterbrechend): Wenn der Berichterstatter sich unzulässige Angriffe hätte zuschulden kommen lassen, hätte der Vorsitzende das gerügt.

Lösereit-Chemnitz: Der Bericht des „Vorwärts" läßt den Gen. Krüger sagen: „Wenn man in Chemnitz und Frankfurt a. M. mit der KPD. gegen Gewalttaten von rechts demonstriert, so demonstriert man nächstens vielleicht mit den Deutschnationalen gegen die Putschpolitik der Kommunisten. Die Kommunisten haben sich als wenig angenehme Bundesgenossen gezeigt. Bei der Abschneidung der Waffenzufuhr für Polen haben die Kommunisten mit uns und den USP. einen Aufruf vereinbart, und am nächsten Tage wurde dieser Aufruf in der „Roten Fahne" unter Beschimpfungen heruntergerissen." (Hört, hört!) In der Voraussetzung, daß dieser Wortlaut der Rede Krügers entspricht, erklären wir, daß das Gesagte abwegig ist, soweit Chemnitz in Betracht kommt. Die Vereinbarungen der Chemnitzer Parteileitung mit den Kommunisten bezüglich der Demonstration sind von letzteren ehrlich gehalten worden. Was die „Rote Fahne" geschrieben hat, kann mit dem Verhalten der Chemnitzer Kommunisten bei der Demonstration nicht in eine Linie gestellt werden. Die Delegierten des Chemnitzer Bezirks protestieren dagegen, daß Gen. Krüger das Schlußwort dazu benutzt, schwere Angriffe gegen einzelne Parteiblätter zu erheben, so daß keine Antwort mehr möglich ist. Loyal wäre es gewesen, das Schlußwort nur zur Behandlung der Debatte zu benutzen. Illoyal ist es, im Schlußwort [illegible]mente in die Verhandlung zu bringen, auf die niemand mehr eingeh[illegible]Die Delegierten des Chemnitzer Bezirks."

Vorsitzender **Wels**: Ich muß hierzu bemerken, daß diese Ausführungen durchaus deplaciert sind. Genosse Krüger hat gegen die Taktik polemisiert, gegen Gewalttaten zu demonstrieren gemeinsam mit Parteien, die selbst Gewalt predigen. Er hat nach dem Bericht der „Görlitzer Volkszeitung" gesagt: „So lange die Einigung nicht erreicht ist, wird die Einheitsfront durch gelegentliches Zusammengehen hergestellt werden müssen. Ein solches ist aber nur möglich bei gemeinsamen Anschauungen. Wenn man in Chemnitz und Frankfurt a. M. mit der KPD. gegen Gewaltpolitik demonstriert, lachen darüber die Hühner. Vielleicht demonstriert man demnächst mit den Deutschnationalen gegen die Putschpolitik der Kommunisten." Ich bin der Auffassung, daß das eine Ansicht ist, die durchaus Gemeingut in der Partei sein dürfte (sehr richtig!), da die Partei sich wiederholt und geschlossen gegen die Putschtaktik der Kommunisten ausgesprochen hat.

Ich muß den Berichterstatter des Parteivorstandes gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er das Schlußwort mißbraucht hat. Wenn er im Schlußwort einige Zitate aus der „Chemnitzer Volksstimme" der Oeffentlichkeit zur Kenntnis brachte, so war er durch die Stellungnahme der Chemnitzer dazu veranlaßt. Ich habe die Ueberzeugung, der Parteitag hat die Verlesung der sehr interessanten Stellen aus der „Chemnitzer Volksstimme" mit großer Befriedigung aufgenommen, und viele von Ihnen sind vielleicht angeregt worden, in der „Chemnitzer Volksstimme" diese sogenannte Chemnitzer Richtung genauer zu studieren.

Der Genosse Gerlach-Düsseldorf bittet mich, mitzuteilen, daß Genosse Severing im Irrtum war, als er in seiner Rede den Zwischenruf, der von einem Frankfurter Genossen kam, auf den Genossen Gerlach bezog. Gerlach legt Wert darauf, festzustellen, daß er den Standpunkt des Zwischenrufers nicht teilt.

Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß am Nachmittag die Abstimmungen, darunter zwei namentliche, stattfinden sollen, und bittet die Landsmannschaften, am Nachmittage eine strenge Kontrolle darüber auszuüben, daß an den Tischen der Delegierten tatsächlich nur Delegierte den Verhandlungen beiwohnen.

Folgendes Telegramm wird verlesen:

Der Sozialdemokratische Verein Hadersleben sendet dem Parteitag herzlichste Glückwünsche zu fruchtbringender Arbeit.

Die Sitzung wird hierauf auf 3¼ Uhr nachmittags vertagt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Min.

Nachmittagssitzung.

Der Vorsitzende **Wels** verliest nach Eröffnung der Sitzung den Antrag Bernstein, Löbe, Scheidemann Nr. 321 und teilt gleichzeitig mit, daß dieser Antrag nach dem Wunsche der Antragsteller als Absatz 2 zur Resolution Bernstein Nr. 311 über die Vergewaltigung Georgiens zugefügt werden soll; die Ueberschrift soll alsdann heißen: Resolution über die Vergewaltigung Georgiens und die Zustände in Ungarn.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Ferner liegt der geschäftsordnungsmäßige, von zwölf Genossen unterstützte Antrag vor, die Abstimmung über die Anträge, betreffend die Regierungsbildung, erst nach dem Bericht der Reichstagsfraktion stattfinden zu lassen. Zur Begründung des Geschäftsordnungsantrags erhält das Wort

Görlinger-Köln: Wir bitten Sie, diesen geschäftsord[illegible]igen Antrag zu unterstützen, weil das Referat des Genossen Hoch über [illegible] der Reichstagsfraktion im Zusammenhang mit der Frage der Regierungsbildung steht; denn die Regierungsumbildung in Preußen hängt auch mit einer kommensollenden Regierungsbildung im Reiche zusammen.

Der Vorsitzende hält den geschäftsordnungsmäßigen Antrag nicht für gerechtfertigt und empfiehlt, die Verhandlungen, die sich fast ausschließlich um die Frage der Regierungsbildung gedreht haben, durch die Abstimmung zu einem einheitlichen Abschluß zu bringen.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Görlinger, die Abstimmung bis nach Erledigung des Berichts der Reichstagsfraktion auszusetzen, mit großer Majorität abgelehnt.

Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß zwei Anträge auf namentliche Abstimmung vorliegen, und zwar über den Antrag 304, sowie über den Zusatzantrag zu 304 und über den Antrag 315. Nach dem Antrage des Referenten sollen die Anträge 303, 72, 80 bis 99 sowie 314 bis 318 durch die Abstimmung über den Antrag 304 für erledigt erklärt werden. Dieser geschäftsordnungsmäßige Antrag wird ausreichend unterstützt und sodann mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende gibt sodann bekannt, daß es in der letzten Zeile des Absatz 1 der Resolution 304 statt „das folgende Grundforderungen enthält" entsprechend dem von Magdeburg gestellten Zusatzantrag heißen muß: „das folgende Mindestforderungen enthält". Der letzte Absatz des Antrags 304 ist entsprechend dem Antrag 318 abgeändert.

Hierauf folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag 304.

Vorsitzender **Wels**: Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es haben gestimmt mit ja 290, mit nein 67 Genossen. (Lebhaftes Bravo!) Der Antrag 304 ist somit angenommen und damit sind alle anderen Anträge erledigt.

Mit **Ja** haben gestimmt: Lina Amonn, Marie Anforge, Arnhold, Marie Arning, Arnold, Bader, Bartels, Bartosch, Gustav Bauer, Bauers, Baumann, Bayerer, Bernick, Bethge, Beuscher, Beyer, Klara Bohm-Schuch, Minna Bollmann, Borowski, Brandes, Brauer, Adolf Braun, Otto Braun, Braunholz, Brehmer, Bretthorst, Brey, Brinkmann, Bröckel II, Brühne, Bubert, Buchwitz, Budnerowski, Buhl, Käte Burmann, Busche, Castrup, Czerwinski, Daemisch, Daubenthaler, David, Dennstädt, Dornberger, Drescher, Drews, Deutsch, Dey, Eberle, Ecker, Eggerstedt, Ehrenteit, Eisenbarth, Christine Evert, Faulian, Fehlisch, Feigenträbe, Hermann Feller, Wilhelm Feller, Ferl, Frau Fiedler, Finke, Emil Fischer, Friedrich Fischer, Richard Fischer, Theodor Fischer, Frank, Julius Franz, Freitag, Frerichs, Freudenberger, Frau Friedrich, Gebhardt, Gegner, Gehrke, Geiselhardt, Geringhoff, Marie Götzel, Helene Grünberg, Günther, Gutmann, Haberland, Haberlandt, Hagen, Ewald Hahn, Rudolf Hahn, Hähnsen, Gertrud Hanna, Hänsch, Konkordia Hartmann, Hartwig, Haute, Frieda Hauke, Hauschild, Häußer, Hebestreit, Heinbockel, Rosa Helfers, Hellmann, Hengsbach, Hensler, Herrmann, Hertwig, Hesse, Heupke, Hielscher, Hildenbrand, Högg, Hoffmann, Hohnsbehn, Hoin, Holtmann, Holtz, Hünlich, Hüther, Jacobs, Janschek, Toni Jensen, Illgner, Marie Juchacz, Kahmann, Kaisen, Keller, Robert Kern, Kinner, Kirchner, August Kleinert, Wilhelm Kleinert, Klose, Emma Klügel, Klupsch, Knack, Kollmann, Körner, Köster, Kröger, Franz Krüger, Wilhelm Krüger, Frau Künnecke, Kurth, Ladebeck, Lamp'l, Lau, Laufkötter, Berta Lawatsch, Hermann Leber, Lehmann, Leuteritz, Lewerenz, Lezinski, Johanna Legler, Anna Lex, Loeb, Losereit, Lurtsch, Lutz, Marckwald, Marx, Hedwig Maly, Markwardt, Maß, Anna Matschke, Matthey, Richard Meier, Wilhelm Meier, Miethke, Miß, Molkenbuhr, Milda Möller, Moltmann, Mühlmann, Mathilde Mündel, Erna Münz, Hermann Müller, Hermann Müller,

Karl Müller, Max Müller, Neddermeyer, Neue, Nierich, Nimmerfall, Frau Oppel, Okonski, Ostrowski, Ostwald, Pagels, Panzer, Passehl, Pfannkuch, Pfeifenbrink, Pflüger, Elsbeth Petschke, Pinkau, Pinkert, Pittig, Prüll, Pusch, Radbruch, Reichardt, Rehm, Rheinhold, Richmann, Ritter, Röhle, Ruben, Rubbert, Rummer, Elfriede Ryneck, Schaffner, Scheidemann, Schiller, Minna Schilling, Schiskowski, August Schmidt, Georg Schmidt, Richard Schmidt, Robert Schmidt, Schmitt, Schnabrich, Schnaitmann, Scholich, Schönfelder, Schöpflin, Luise Schröder, Schuhmacher, Heinrich Schulz, Hermann Schulz, Joh. Schulz, Wilhelm Schulz, Berta Schulz, Schumann, Schuster, Seemann, Elisabeth Seifert, Seifert, Selbert, Severing, Siebold, Siering, Silberschmidt, Simon, Sollmann, Stampfer, Steinbrecher, Steinkopf, Steinmeyer, Steffen, Stelling, Georg Strobel, Robert Strobel, Stuckmann, Taubadel, Johanna Tesch, Minna Todenhagen, Tregner, Treu, Trinks, Paul Verdieck, Wilhelm Verdieck, Vestner, Hans Vogel, Heinrich Vogel, Paul Voigt, Paul Voigt, Vollack, Wagner, Wägner, Auguste Walter, Alma Wartenberg, Weiß, Wels, Wendemuth, Werner, Westphälinger, Weyers, Widmann, Ella Wierbitzki, Wiescher, Wilde, Wilke, Wissell, Toni Wohlgemuth, Janette Wolff, Amalie Wündisch, Grete Zabe, Zeiner, Zwack.

Mit **Nein** haben gestimmt: Paul Bauer, Emma Berthold, Bick, Biester, Broßwitz, Carl, Dietrich, Eckstein, Engelmann, Flücht, Forster, Alfred Franz, Frau Gier, Godknecht, Görlinger, Grund, Hartenstein, Hartsch, Helmig, Hennecke, Heugel, Hirdes, Hoch, Hoff, Hohner, Huschke, Jäcker, Jurmann, Kabelitz, Elisabeth Kern, Kieß, Klauder, Richard Krüger, Kutschan, Langbein, Leber, Johanna Legler, Anna Lex, Löb, Lofereit, Lurtsch, Lutz, Marckwald, Marx, Maria Pascher, Pietsch, Pikard, Reißig, Riegel, Marie Röpert, Roth, Richard Schmidt, Schröder, Schubarth, Gustav Schulz, Schwartz, Seydewitz, Subik, Vettermann, Weidemann, Weimar, Wimmer, Winkler, Witolla, Wittig, Wolfram, Wurbs, Wünsche, Zimmermann.

In der weiteren Abstimmung werden die Anträge 39 bis 56 durch Annahme des Antrages 310 für erledigt erklärt.

Die Anträge 36 und 37 werden angenommen, und die Anträge 33 und 71 damit für erledigt erklärt.

Die Anträge 24 bis 26 werden dem Parteivorstande überwiesen, ebenso der Antrag 271. Die Anträge 272 und 273 werden angenommen.

Die Anträge 274 bis 281 werden dem Parteivorstande bzw. dem Zentralbildungsausschuß überwiesen.

Die Anträge 283 und 284 werden dem Parteivorstand, der Antrag 302 der Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Antrag 306 wird angenommen, ebenso der Antrag 309 und die Resolution Nr. 311 mit der Ergänzung über Ungarn.

Der Antrag 312 wird dem Parteivorstande überwiesen, der Antrag 319 wird angenommen.

Der Antrag 20 wird dem Parteivorstande überwiesen, ebenso die Anträge 21, 22, 23, 27, 29, 30, 31, 32 und 35.

Anträge 34 und 38 werden abgelehnt, der Antrag 62 wird angenommen. Der Antrag 63 wird abgelehnt, ebenso die Anträge 69, 73, 74 und 75. Der Antrag 76 wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso die Anträge 77 und 78.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion.

Genosse David erklärt, daß er für die Resolution des Parteivorstandes betr. Beteiligung an der Regierung gestimmt hätte, wenn er hätte anwesend sein können.

Hoch-Hanau: Der Fraktionsbericht, den das Sekretariat der Reichstagsfraktion abgefaßt hat, ist Ihnen vor einigen Tagen zugegangen. Sie konnten aus dem Bericht ersehen, daß die Reichstagsfraktion auch im letzten Tagungsabschnitt eine ganze Reihe bedeutungsvoller Aufgaben zu erledigen hatte, die sich auf beinahe alle Gebiete der Gesetzgebung beziehen. Um so auffallender ist es, daß die Entwicklung in unserem Lande in dieser Zeit so unerfreulich gewesen ist.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat eine Teuerung eingesetzt, die geradezu zum Verhängnis für unser Volk zu werden droht. Wir haben auch früher besondere Teuerungszeiten erlebt, wenn durch besondere Umstände unser wirtschaftliches Leben gestört wurde. Außerdem sind die Preise gewisser Waren vor dem Kriege allmählich gestiegen. Die Teuerung, mit der wir es jetzt zu tun haben, ist etwas ganz anderes. Sie ist keine vorübergehende Erscheinung, und sie vollzieht sich nicht allmählich, sondern sprungweise. Der Grund für diese Teuerung liegt in dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Durch den Krieg sind wir so weit gekommen, daß wir die notwendigsten Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsartikel nicht mehr in dem erforderlichen Maße herstellen können. Wir leben in einer ständigen wirtschaftlichen Not, und eine solche Not hat Notstandspreise zur Folge. Die Notstandspreise steigen bei dem dauernden Notstand immer mehr. Wir sind gezwungen, uns aus dem Auslande wenigstens einen Teil der unbedingt notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu verschaffen, ohne daß wir in der Lage sind, sie wirklich zu bezahlen. Deshalb müssen wir sie borgen. Unser Geld ist nicht mehr Geld in früherem Sinne, sondern ein Schuldschein geworden, ein Schuldschein, der um so mehr an Wert verliert, je mehr Schulden wir aufnehmen müssen. Daraus entsteht für uns die schlimme Folge, daß wir das, was wir vom Auslande beziehen, unter einer immer schlechteren Valuta, mit immer geringerwertigen Schuldscheinen bezahlen müssen und daß dadurch der Inlandspreis ungeheuer in die Höhe getrieben wird. Von Tag zu Tag steigen die Preise auf allen Gebieten, und für die nächsten Monate haben wir eine weitere bedeutende Steigerung zu erwarten.

Das hat die Folge, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten gezwungen werden, eine weitere Erhöhung ihrer Löhne zu verlangen. Die bisherige Entwicklung hat sich so vollzogen, daß die Arbeitslöhne und die Gehälter der Angestellten und Beamten bei weitem nicht in dem Maße gestiegen sind, wie es der Teuerung entsprechen würde. Die arbeitende Klasse ist immer mehr in ihrer Lebenshaltung zurückgegangen. Wenn jetzt bei jeder weitersteigenden Teuerung die Arbeiter, Angestellten und Beamten sich dazu bereit erklärten, auf eine Lohnerhöhung zu verzichten, dann würden sie ein unverantwortliches Verbrechen an ihren Familien und an der Gesamtheit begehen. Die höheren Löhne haben aber sofort entweder mittelbar oder unmittelbar wieder eine weitere Preissteigerung zur Folge. Alle Ausgaben der Unternehmer werden jetzt restlos auf die Waren abgewälzt, und das, was die Arbeiter an Arbeitslohn mehr bekommen, müssen sie in den höheren Preisen wieder ausgeben.

Das macht sich am schlimmsten in der Reichswirtschaft bemerkbar, weil sie die größte Wirtschaft im Reiche ist. Die jetzigen durchaus berechtigten Forderungen der Beamten und Arbeiter in den Reichsbetrieben machen eine Mehrausgabe von vielen Milliarden nötig, die durch neue Steuern gedeckt werden muß. Und auch dies trägt zur weiteren Verteuerung aller Waren bei.

Infolge der Teuerung ist die Kaufkraft im eigenen Lande immer mehr zurückgegangen. Wir haben jetzt eine günstige Geschäftszeit, auch für den Absatz der Waren im Inlande. Es handelt sich aber nur um eine augenblickliche Ver-

sorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten. Die Händler, die sich jetzt eindecken, werden ihre Waren vielleicht nicht so schnell absetzen können.

Wir haben augenblicklich auch einen großen auswärtigen Handel. Manche Industrien können nicht alles ausführen, was für die Ausfuhr verlangt wird. Das ist die gefährlichste Erscheinung unseres Wirtschaftslebens, denn es werden nicht die Gegenstände ausgeführt, die im eigenen Lande nicht gebraucht werden, sondern es wird Raubbau getrieben: es werden Gegenstände ausgeführt, die wir entweder selbst dringend gebrauchen, oder deren Herstellung uns Rohstoffe und Arbeitskraft wegnimmt, die wir zum Aufbau unseres wirtschaftlichen Lebens haben müßten. Der jetzige Ausfuhrhandel baut sich auf der Verelendung unseres Volkes auf und ist nur möglich, weil wir durch unsere Valuta Schmutzkonkurrenz im Auslande treiben. Dagegen sind selbst die Länder, die bisher Freihändler waren, aufgetreten. Es besteht die Gefahr, daß unser Ausfuhrhandel durch Ausnahmegesetze der von unserer Ausfuhr bedrohten Länder erdrosselt wird. Auf der Leipziger Messe war der Absatz nach dem Auslande so gering, wie man nicht erwartet hatte.

Vergegenwärtigen Sie sich die Gefahr, der wir im nächsten Winter gegenüberstehen: Teuerung und Arbeitslosigkeit, wie sie noch nicht da waren. Wenn die schlimmen Anzeichen sich bewahrheiten, werden wir statt Hunderttausende von Arbeitslosen Millionen haben.

Alles, was bisher unter der Koalitionsregierung mit oder ohne Sozialdemokraten geschehen ist, hat diese Entwicklung nicht aufgehalten, sondern drängt unser Wirtschaftsleben immer weiter auf dieser Bahn. Vom Gen. Müller und anderen ist gesagt worden, wir seien für die nächsten Jahre auf die Koalitionspolitik angewiesen. Ich bin der Meinung, daß das gar nicht feststeht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in wenigen Monaten in einem Zustand sind, in dem die Koalitionsregierung nicht mehr erträglich ist, wenn nicht alles zusammenbrechen soll. Wir werden vielleicht bald vor der Entscheidung stehen.

Es wird gesagt, wir sind durch den Krieg ein armes Volk geworden und müssen Opfer bringen. Aber nur die große Masse des arbeitenden Volkes ist es, die zu leiden hat; die Großkapitalisten ziehen aus der größten Not des Volkes den größten Gewinn.

Wir sind durch den Krieg und seine Folgen gezwungen, an das Ausland große Mengen an Geld abzuliefern. Dazu müssen wir ausländische Werte in Gold oder Papier haben. Da die Teuerung immer mehr zunimmt und unser Geld immer schlechter wird, ist es ein leichtes Geschäft, durch Devisenspekulation Geld zu verdienen. Mitte Mai dieses Jahres stand der Dollar, der im Frieden 4 Mk. wert war, auf 57 Mk., heute auf 101 Mk. Wer damals für einige Millionen Mark Dollar kaufte, hat bis auf den heutigen Tag fast ebensoviel verdient. Hieraus hat sich ein Geschäft entwickelt, das darin besteht, daß weiteste Kreise der besitzenden Klassen ihr Geld aus der Industrie herausziehen und Dollarwerte usw. kaufen, da sie wissen, daß das Reich gezwungen ist, diese Dollarwerte unter allen Umständen ihnen abzunehmen. Durch Zurückhalten dieser Werte wird der Dollarkurs immer mehr in die Höhe getrieben auf Kosten des Reichs. So handeln die Prozentpatrioten im eigenen Vaterlande. So wird zur Auswucherung der Gesamtheit gewirtschaftet.

Glauben Sie, daß die Arbeiterschaft das im nächsten Winter ruhig hinnehmen kann? Wir stehen jetzt vor einer Reihe von Fragen, die gelöst werden müssen und die, wenn sie nach dem Rezept der Koalition gelöst werden, geeignet sind, einerseits die Not des Volkes zu erhöhen und andererseits die Wut des Volkes aufs höchste zu stacheln.

Wir müssen den Haushalt ausgleichen, denn sonst sind wir gezwungen, neue Schulden zu machen. Dies ist keine reine Steuerfrage, sondern auch eine Frage

unserer Wirtschaftsordnung. Die Summen, die aufgebracht werden sollen, sind so groß, daß wir sie nicht mit Steuern allein decken können. Genosse Robert Schmidt hat sich, als er in die Regierung wieder eintrat, ein großes Verdienst um unser Volk erworben, indem er und seine Mitarbeiter die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gelenkt haben, daß in anderer Weise als bisher in unser Wirtschaftsleben eingegriffen werden müsse. Er hat den Gedanken ausgesprochen, daß dem Reiche ein unablösbarer Anteil an dem Ertrage der Großindustrie und des Großgrundbesitzes vor allen sonstigen Forderungen festgelegt werden soll. Die Großindustrie hat zunächst den Vorschlag als ganz töricht hingestellt, und das Finanzministerium hat sich mit allen Kräften gegen den Vorschlag gewehrt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Grundgedanke von Schmidt verwirklicht werden muß. Infolgedessen hat die Industrie in den letzten Tagen vorgeschlagen, selbst einen Teil der notwendigen Gelder aufzubringen. Es kommen nämlich zwei vollständig zu trennende Gruppen von Ausgaben des Reiches in Betracht, einmal die, die zur Deckung der Inlandsausgaben notwendig sind, und die das äußerste sind, was wir durch Steuern vielleicht aufbringen können, und zum anderen derjenige Betrag, den wir den feindlichen Staaten schulden. Nun hat die Großindustrie den Vorschlag gemacht: das Geld für das Ausland, das im nächsten Jahre nach Abzug der Sachleistungen ein bis zwei Milliarden Goldmark ausmacht, soll die Großindustrie selbst aufbringen. Wir haben dabei die größte Vorsicht walten zu lassen, damit es nicht der Großindustrie gelingt, uns auch in der Steuerfrage lahmzulegen, wie es z. B. bei der Sozialisierung der Fall gewesen ist.

In Kassel haben wir Stellung zur Sozialisierung genommen. Der Genosse aus Jena, der gestern sprach, hat sich darauf berufen, daß ich in Kassel einen Antrag eingebracht habe, der forderte: wenn die Vollsozialisierung der Kohlengruben auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien im Reichstage stoßen sollte, haben wir das Volksbegehren durchzuführen. Er hat gefragt, warum aus dieser Sache nichts geworden ist. Wir sind im Reichstage für unsere Forderung eingetreten. Die Regierung hat sich damit in allgemeinen Redewendungen mehr oder weniger einverstanden erklärt, hat die Angelegenheit an den Reichswirtschaftsrat überwiesen, und dann ist das Großkapital gekommen und hat gesagt: Auch wir wollen sozialisieren; aber wir wissen einen Weg, der den Arbeitern viel mehr nützt und der Gesamtheit keinen Schaden bringt: das sind die kleinen Aktien. Damit ist die Sache verschleppt worden. Als dann die Sanktionen einsetzten, mußte die Angelegenheit vorläufig ruhen. Ja, wir sind sogar unter der Leitung des Fachministers der Deutschen Volkspartei von den ersten Anfängen der Sozialisierung zurückgedrängt worden. Wir haben im Gesetz über die Besteuerung der Zündhölzer die Bestimmung, daß mit dem 1. April des Jahres das Zündholzmonopol durchgeführt werden soll. Die bürgerlichen Parteien haben beschlossen, daß das aufgehoben wird. — Wir haben von jeher das Kommunalisierungsgesetz gefordert. Unter dem demokratischen Minister des Innern Koch ist die Sache verzögert worden. Ich habe vor Monaten darauf hingewiesen, Koch hat mir recht gegeben und bedauert, daß er die Angelegenheit nicht vorwärtsbringen könne. Dann ist die Sache bis in das Kabinett oder den Reichsrat gekommen und dort — begraben worden. Ich würde dem Genossen Gradnauer dankbar sein, wenn er uns sagen würde, wie es kommt, daß wir bis heute diesen notwendigen Gesetzentwurf noch nicht bekommen haben. Ich möchte noch auf die Kaliindustrie hinweisen. Wir haben die Verstaatlichung der Kaligruben schon längst verlangt. Weil wir dies nicht durchsetzen konnten, ist die Kaliindustrie in eine unhaltbare Lage gekommen; bei ihr ist eine unerträgliche Ueberproduktion eingetreten. Jetzt beginnt man die Förderung einzuschränken. Um aber dem Kapital seine Gewinne zu sichern, werden die Preise erhöht und

das arbeitende Volk muß eine neue Belastung tragen, denn wenn das Kali verteuert wird, werden auch die Getreidepreise weiter erhöht werden.

Daher müssen wir fürchten, daß auch die Steuergesetzgebung wieder in erster Linie das arbeitende Volk trifft und nicht die Wuchergewinne des Großkapitals erfaßt. Wir wissen, welche ungeheuren Profite das Kapital macht. Ich habe die Befürchtung, daß die jetzigen Vorschläge der Großindustrie schließlich die Wirkung haben werden, unsere Kraft für das Eingreifen in das investierte Kapital zu schwächen und zunächst nur die Steuern fertigzumachen, die auf die Masse des arbeitenden Volkes abgewälzt werden.

Dabei hat der Vorschlag, den die Großkapitalisten machen, noch zwei große Gefahren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Großkapitalisten die Unverschämtheit haben, der Regierung vorzuschlagen, die Summen, die wir brauchen, uns in der Weise zur Verfügung zu stellen, daß sie ihr die Devisen, die sie jetzt aufgehamstert haben, liefern, natürlich mit einem entsprechenden Aufschlag. Dann bewahren wir die Wucherer vor jedem Schaden, schieben ihnen sogar große Gewinne zu. Wenn der Gedanke des Großkapitals, uns zu helfen, einen Nutzen für uns haben soll, dann kann er nur unter der Bedingung in Betracht gezogen werden, daß diese Devisen und die Exportdevisen ausscheiden; es kann sich nur darum handeln, daß das Großkapital als Ganzes unter Haftung mit seinen Betriebsmitteln ein Kreditabkommen mit dem Auslande abschließt und dann die Summen hieraus uns zur Verfügung stellt. Das hat aber ferner zur Voraussetzung, daß es langfristige Kredite sind.

Aber auch damit wären wir nicht über die Schwierigkeiten der Steuerfrage hinweg. Denn damit haben wir nur neue Schulden aufgenommen, die laufenden Einnahmen dagegen nicht vergrößert. Die zur Deckung der laufenden Ausgaben nötigen Beträge können wir nicht mit den Steuern aufbringen, die die Regierung vorschlägt. Deshalb bleibt trotz des Angebots der Großindustrie die Forderung des Eingreifens in die Substanz bestehen. Wir müssen dem Reiche einen Anteil an dem Ertrag des Großkapitals unter allen Umständen sichern.

Dabei wollen wir uns klar sein, daß das von unseren Gegnern als der Anfang der Sozialisierung aufgefaßt wird. Mit vollem Recht. Denn wir können nicht dabei stehen bleiben. Wir müssen ganz anders als bisher ans Großkapital herangehen. (Sehr richtig!) Das Großkapital hat eine solche Machtstellung in unserem wirtschaftlichen Leben, daß, solange die großkapitalistischen Arbeitsmittel in den Händen von Stinnes, Thyssen usw. sind, es überaus schwer sein wird, an das Großkapital mit dem nötigen Erfolge heranzukommen. Deshalb müssen wir für die Sozialisierung der Kohlen- und Eisengruben und der Hüttenwerke mit allen Kräften eintreten. Jeder Versuch, in das Wirtschaftsleben einzugreifen, wird dann zeigen, daß er mit weiteren Maßnahmen zur Sozialisierung verknüpft ist.

Der Skandal, der sich mit der Devisenspekulation abspielt, ist für unser wirtschaftliches Leben unerträglich. Die Börsenpresse hat in der letzten Zeit lange Artikel darüber gebracht; hat es doch in Frankreich sogar den Chauvinisten den Vorwand gegeben, zu sagen: Deutschland will einen betrügerischen Bankrott machen, um vorzutäuschen, daß es die vorgeschriebenen Entschädigungen nicht bezahlen kann. Die Börsenpresse verurteilt natürlich die Spekulation und sagt dann: Ihr Devisenwucherer, seid doch gute Patrioten und laßt ab von der Spekulation. Wir wissen aber, daß sich kein Mensch um solche Moralpredigten kümmert. Ich kann wohl auch annehmen, daß die Reichsregierung sich nicht mit solchen Moralpredigten begnügt hat und daß die Genossen Schmidt und Gradnauer uns Auskunft geben werden, was in dieser Frage geschehen soll.

Ich habe im Anfang dieses Jahres im Reichstage zur Politik des Wirtschaftsministeriums Stellung genommen. Der damalige volksparteiliche sogenannte Fachminister hat darauf mit ein paar schönen Redensarten geantwortet: wir werden alles tun, um gegen diese Mißstände aufzutreten. Geschehen ist aber nichts. Die Wirtschaft geht weiter. Hoffentlich können unsere Genossen aus dem Kabinett uns mitteilen, daß die Regierung damit umgeht, die Exportdevisen und die Spekulationsdevisen mit Beschlag zu belegen. Damit erfaßt man aber nur die Devisen, die im regulären Handel vertrieben werden. Der Schleichhandel ist nicht zu fassen. Werden wir nicht mit Sozialisierungsmaßnahmen auch auf dem Gebiete des Großbankwesens vorzugehen haben?

Wir waren nicht einmal in der Lage, die besondere Verschärfung der Teuerung zu verhindern, die in der letzten Zeit eingetreten ist. Beim Kampf gegen die hohen Getreidepreise sind wir allein geblieben und von den Bürgerlichen überstimmt worden.

Hiernach wird es Ihnen klar sein, wie schwer es der Fraktion geworden ist, wieder in die Regierung einzutreten. Wir haben es uns reichlich überlegt und sind nur zu dem Zweck in die Regierung eingetreten, um das schlimmste zu vermeiden: daß das Ultimatum abgelehnt wurde. Wir sind in der Regierung geblieben, um zu verhindern, daß das Ultimatum sabotiert wird. Wir müssen uns klar sein, daß an der Rücksichtslosigkeit, mit der Frankreich und die anderen feindlichen Staaten in bezug auf wirtschaftliche Leistungen gegen uns vorgehen, das Großkapital in unserem Vaterlande einen Teil der Schuld trägt. In weiten Kreisen der feindlichen Regierungen ist der Anschein erweckt worden, als ob dieselben Herren, die während des Krieges uns gesagt haben: das Ausland wird alles bezahlen, planmäßig dagegen arbeiten, daß Deutschland das bezahlt, was es in Wahrheit bezahlen kann. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dem Auslande auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu beweisen, daß wir alles zu tun bereit sind, um den Forderungen des feindlichen Auslandes gerecht zu werden, und ihnen zu zeigen, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit sind. Dazu haben wir jetzt die Garantiekommission. Dazu ist aber auch nötig, daß alle die Maßnahmen gegen das Großkapital durchgeführt werden, die zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens unerläßlich sind.

Sie haben soeben einen Beschluß gefaßt, der den Kasseler Parteitagsbeschluß über unsere Beteiligung an der Koalitionsregierung formell ändert. Wie wir auf Grund des jetzigen Beschlusses vorzugehen haben, ist damit noch nicht erledigt. Die Fraktion stand schon vor der Frage, was wir zu tun haben, um die neuen Steuern gerecht durchzuführen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß wir auf diesem Gebiete nicht mit der Deutschen Volkspartei zu einer Verständigung kommen werden. Ich vermute sogar, daß auch die Koalition mit dem Zentrum und mit den Demokraten daran scheitern wird. Auf die lange Bank kann aber die Sache nicht geschoben werden. Wir werden die Probe in den nächsten Wochen zu machen haben. Wir haben einstimmig in der Fraktion bei allen Beratungen immer wieder beschlossen: wir erklären den Koalitionsparteien und dem Reichskanzler Wirth, daß wir nicht eher an die Beratung der jetzt vorliegenden indirekten Steuern herangehen, bis uns ein vollständiger Finanzplan namentlich auch über die Sicherung des Anteils für das Reich an dem Ertrage der Großbetriebe vorgelegt ist.

Wie ist die Lage der Dinge, wenn wir jetzt im Reichstage wieder zusammenkommen. Ich habe den Eindruck: dann sind wir eben so weit wie damals, als wir auseinandergegangen sind. Auch heute besteht noch kein so fester Plan für die Finanzpolitik, daß wir bereits die letzten Entwürfe in der Hand hätten. Ohne die Entwürfe können wir uns auf nichts einlassen. Unbestimmte Versprechungen sind wertlos. Wir müssen verbindliche Entwürfe oder maßgebende Grundsätze haben. Nach der Entwicklung, die die Teuerung genommen hat, wäre es unverantwortlich, wenn wir von diesem Boden abweichen würden.

Was soll dann geschehen? Es ist gesagt worden: dann werdet ihr aus der Regierung austreten. Aber damit allein ist nichts erreicht. Wir müssen versuchen, unsere Forderungen durchzusetzen. Der Gedanke einer Reichstagsauflösung ist auch in der Fraktion in Betracht gezogen worden. Eine endgültige Stellung dazu kann die Fraktion erst nehmen, wenn wir am Dienstag zusammenkommen, wenn wir sehen, was die Reichsregierung uns zu bieten hat und wie sich die bürgerlichen Parteien stellen. Aber darüber war sich auch die Fraktion einig, daß wir eine Reichstagsauflösung nur dann begrüßen können, wenn wir die Hoffnung haben, daß die Wahl zu einem anderen Ergebnis führt, daß wir aus der nächsten Reichstagswahl mit einer ganz anderen Kraft herausgehen. Das ist nur möglich, wenn es uns gelingt, der Masse des arbeitenden Volks klarzumachen, wie ernst unsere Verhältnisse sind. Wir müssen auf dem Wege zum Sozialismus unsere Politik treiben, wenn wir es nicht zu schweren inneren Kämpfen kommen lassen wollen, die unsere Notlage nur verschärfen würden.

Aus diesen Zuständen heraus müssen Sie das Verhalten der Fraktion würdigen. Es ist jetzt Ihre Aufgabe, zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen. Aber ich bitte Sie: erschöpfen Sie sich nicht in Kleinigkeiten, behalten Sie vor Augen, in welch ungeheurer Weltumwälzung wir uns augenblicklich befinden. Jederzeit, wenn eine Wirtschaftsordnung innerlich zusammengebrochen war, war sie äußerlich auf der Höhe ihrer Macht. Eine Wirtschaftsordnung kann ja erst dann von der folgenden überwunden werden, wenn sie sich ausgelebt hat, wenn sie die größte Macht nach außen erreicht hat. Wenn aber gerade deshalb im Innern die Verhältnisse unerträglich geworden sind, wenn die herrschende Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, die Lebensbedingungen der großen Masse zu erfüllen, dann kommt es zu schweren Kämpfen, bei denen das arbeitende Volk ungeheure Opfer bringen muß. Dann gilt es, das Ziel im Auge zu behalten und alle Kräfte darauf zu vereinigen. In dieser Lage hat die Fraktion arbeiten müssen und wird sie weiterarbeiten, und in dieser Lage der Verhältnisse haben Sie heute zu beraten. Ich bitte Sie, dazu beizutragen, daß wir die Kräfte des arbeitenden Volks in den nächsten Monaten immer mehr zusammenfassen können, daß wir einig und geschlossen zusammenstehen und zielbewußt darauf hinarbeiten: heraus aus dem Elend, vorwärts auf der Bahn zu besseren Verhältnissen, zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Bericht über die Ernährungsfrage.

Berichterstatter **Georg Schmidt**-Berlin-Köpenick:

Nachdem Genosse Hoch schon auf die Teuerung im allgemeinen eingegangen ist, bleibt mir nur noch übrig, über die landwirtschaftlichen Fragen und über die Volksernährung zu sprechen. Aus den Anträgen 178 bis 187 geht schon hervor, daß die Genossen im Lande sich von einer Verbilligungsaktion auf dem Gebiete der Ernährung keinen großen Erfolg mehr versprechen. Die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte ist im wesentlichen aufgehoben. Das Umlageverfahren bedeutet nur einen Uebergang zur freien Wirtschaft. Sofort nach Annahme des Umlageverfahrens haben die bürgerlichen Parteien einen deutschnationalen Antrag angenommen, recht bald zur freien Wirtschaft überzugehen.

Die Genossen fordern, daß alle Bestrebungen der Fraktion sich darauf einstellen müssen, wo wir Weltmarktpreise haben, auch Weltmarktlöhne zu bekommen. Wir haben solche Anträge im Reichstag gestellt, sie wurden aber von den gesamten Bürgerlichen abgelehnt. Ebenso hatten wir beantragt, daß die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides beibehalten werden soll. Ferner hatten wir beantragt, daß die Ablieferungsmenge beim Umlageverfahren 4,5 Millionen Tonnen betragen soll, weil dies der notwendige Bedarf für die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung ist, und die überschießende freibleibende Getreidemenge sollte der Reichsgetreidestelle zum gesetzlich festgelegten Höchstpreise zur Verfügung gestellt werden; ebenso sollte die Mehlmenge pro Tag erhöht werden. Alle diese Anträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Es kommt hinzu, daß bei zweierlei Brot die breite Masse ein schlechteres Brot bekommt als das Brot, das im freien Handel käuflich ist.

Man spricht immer so sehr von dem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft. Ich will nur feststellen, daß das Liefersoll auch während des Krieges unter der kaiserlichen Regierung niemals erreicht wurde. Die Vertreter der Landwirtschaft, vor allem die Landbundorganisationen, der frühere Bund der Landwirte, haben stets das Umlageverfahren gefordert. Jetzt, wo es da ist, wird es bekämpft, weil es die Landwirtschaft angeblich zu sehr belaste.

Dabei ein Wort über die Preisfrage. Im Volk herrscht immer die Meinung, daß der Reichstag in seiner Gesamtheit die Getreidepreise festsetze. Das trifft nicht zu, sondern die Festsetzung der Getreidepreise erfolgt im volkswirtschaftlichen Ausschuß, der noch aus der Kriegswirtschaft die Vollmacht hat, gemeinsam mit der Regierung die Getreidepreise zu bestimmen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im volkswirtschaftlichen Ausschuß folgende Erklärung abgegeben:

> Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wären bereit gewesen, zu prüfen, ob die Preise für das Getreide der Ernte 1921 sachlich berechtigt sind. Nachdem aber der Reichstag unsere Anträge auf Beibehaltung der gegenwärtig geltenden öffentlichen Bewirtschaftung, sowie auch den Eventualantrag, im Umlageverfahren 4½ Millionen zu erfassen, abgelehnt hat, halten wir die beschlossene Erfassung von nur 2½ Millionen Tonnen für eine verschleierte Form der nun tatsächlich eintretenden freien Wirtschaft. Die Höhe des Getreidepreises wird nun bestimmt durch das Getreide, das in den freien Verkehr gelangt. Da ferner unsere Anträge zur Sicherung des Reallohnes abgelehnt wurden, können wir es nicht verantworten, durch Zustimmung zu der Vorlage uns an der Steigerung der Getreidepreise auch noch zu beteiligen.

Auf denselben Standpunkt, daß es gegenwärtig unsere Hauptaufgabe ist, dahin zu wirken, daß das Einkommen der breiten Masse des Volks erhöht wird, hat sich auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gestellt.

In den landwirtschaftlichen Organisationen und in ihrer Presse wird gegenwärtig die Ernte als so schlecht hingestellt, wie sie noch niemals gewesen sei. Es muß allerdings gesagt werden, daß auch die amtlichen Statistiken schwarz malen, wenn auch zugegeben wird, daß die Körnerernte in diesem Jahr besser ist als im vorigen Jahr. Auch in den amtlichen Statistiken wird von einem geringen Ernteertrag, von 7 bis 8 Zentner pro Morgen, gesprochen. Ich habe versucht, mir aus den verschiedensten Gebieten Material über den Ernteertrag zu verschaffen. Nach genauer Prüfung in den einzelnen Betrieben ergibt sich daraus, daß wir in etwa 35 verschiedenen Gebieten Deutschlands eine Roggenernte von durchschnittlich 12 Ztr. pro Morgen haben, eine Weizenernte von durchschnittlich 14 Ztr. pro Morgen. Es ist eine unerhörte Irreführung der Oeffentlichkeit, wenn in den Kreisen der Landwirte immer von der allzu schlechten Ernte gesprochen wird. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Presseäußerungen entschieden entgegenzutreten. Vor kurzem ging eine Notiz des Landbundes für die Provinz Sachsen, also eines der höchstentwickelten landwirtschaftlichen Gebiete, durch die Presse, in der auf Grund einer Aufstellung angeblich aus 1000 Betrieben errechnet, gesagt wurde, daß der Ernteertrag durchschnittlich 7 Ztr. pro Morgen

betrage und in der dann versucht wurde, nachzuweisen, daß für den Landwirt eine durchschnittliche Einnahme von 102,42 Mk. für den Zentner herauskomme. Es wurde ausgerechnet, daß die Landwirte angeblich noch 95 Pf. auf ein Umlagebrot hinzuzahlen müßten. (Lachen.) Ein theoretisch und fachlich gebildeter Landwirt hat die Sache in der Oeffentlichkeit richtiggestellt.. Der „Vorwärts" hat diesen Artikel schon vor Wochen gebracht, und ich kann konstatieren, daß die agrarische Presse bis heute noch nicht darauf geantwortet hat. Es ist in jener Aufstellung des Landbundes für die Provinz Sachsen unter anderem „vergessen" worden, daß es neben der Ernte an Getreide auch noch eine Ernte an Stroh gibt. Wenn man nur das Stroh hinzurechnet, dann kommt schon ein bedeutend höherer Gewinn heraus, der noch bedeutend höher wird, wenn man den wirklichen Ernteertrag in der Provinz Sachsen zugrunde legt und auch den Preis für das freie Getreide in Rechnung stellt.

Im Anschluß daran ein Wort an die Parteipresse. Ich glaube, unsere Genossen in der Presse müßten sich viel mehr mit den Veröffentlichungen der Landbundorganisationen befassen. (Sehr richtig!) Wir müssen dabei auch etwas Selbstkritik üben. Es ist nicht richtig, immer nur von dem Wucher der Landwirtschaft zu sprechen; denn wir haben den Wucher auch in Eisen, in den Textilwaren und anderen Gegenständen. (Sehr richtig) Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der Zwischenhandel in erheblichem Maße dazu beiträgt, die landwirtschaftlichen Produkte zu verteuern, und zwar um 100 und mehr Prozent. (Zustimmung.) Wir wollen doch auch der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit gegenüber gerecht sein. Wenn aber die Landbundorganisationen mit derartigen falschen Darstellungen kommen, dann wäre es Aufgabe unserer Landwirtschaftsministerien und besonders des Reichsernährungsministeriums, den wirklichen Ernteertrag einmal objektiv in der Oeffentlichkeit bekanntzugeben. Jeder, der im Lande herumkommt, weiß, daß glücklicherweise die Körnerernte in diesem Jahr nicht schlecht zu nennen ist. Ich will nicht von einer glänzenden Ernte sprechen; denn dazu sind die Vorbedingungen noch nicht geschaffen. Auch die Landwirtschaft leidet unter den Kriegsnachwirkungen, unter der mangelnden Bearbeitung der Aecker während des Krieges, unter dem Mangel an Dung usw. Aber es ist mit die Aufgabe der Regierung, zur Beruhigung der Bevölkerung diesen offenkundig unwahren Berechnungen der Landbundorganisationen entgegenzutreten. Es gibt auch Landwirte, die erklären, daß die Preise, die für das Umlagegetreide festgesetzt sind, ausreichend sein werden. Es gibt genug Landwirte, die es nicht verstanden haben, warum man dazu übergegangen ist, der Landwirtschaft die Weltmarktpreise zuzubilligen. Es ist überhaupt eine Irreführung, wenn man dazu übergeht, auszurechnen, was der Zentner Roggen kostet, weil man nicht ein Produkt der Landwirtschaft herausnehmen kann, sondern die Betriebskosten insgesamt zu errechnen sind. Selbst im kleinbäuerlichen Betrieb kann die Ernte ganz verschieden sein, je nach der Bodenlage. Nach dem Material, das ich erhalten habe, gibt es allerdings in einzelnen Gebieten auch Ernten von 7 Ztr. pro Morgen; aber dafür gibt es auch andere Gebiete mit einem Ertrage von 12, 14, ja 16 Zentnern und noch höhere Erträge.

Man spricht weiter heute davon, daß die Hackfruchternte schlecht ausfällt. Bei der Kartoffel mag das in vielen Gebieten der Fall sein, besonders in Höhenlagen. Aber es trifft nicht zu für die Niederungen. Auch die Zuckerrübe hat natürlich unter der Trockenheit gelitten. Wenn man aber gerade diese intensive Wirtschaft in Betracht zieht, so muß gesagt werden, daß der Zuckergehalt der Rüben in diesem Sommer durch die vielen Sonnentage bedeutend höher ist als früher. Das Gewicht der Rüben ist geringer als in nassen Jahren; aber die Rübe ist zuckerreicher. Daher ist ein Ausgleich vorhanden. Wie sich aus den

Feststellungen in Mitteldeutschland ergibt, ist der Zuckergehalt der Rüben von 16 Proz. auf 20 Proz. gestiegen. Die Zuckerfabriken schließen doch Verträge mit der Landwirtschaft ab, in denen der Preis nach dem Zuckergehalt der Rüben bestimmt wird. Ich bitte nochmals die Parteigenossen, sich mehr um diese Sache zu bekümmern und in den Versammlungen auf dem Lande nicht immer bloß vom Wucher der Landwirtschaft zu sprechen, sondern auch darauf hinzuweisen, daß die anderen Produkte erheblich im Preise gestiegen sind.

Die Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft ließ sich nicht mehr halten, weil die Landwirtschaft das einzige Gewerbe war, das noch unter Zwangswirtschaft stand. Nun kommen heute die Deutschnationalen in den Landtagen und in dem Reichstag und erklären, daß die Getreideumlage nicht erfüllt werden könne. Die Getreideumlage, die ein durchschnittliches Liefersoll von 2 Ztr. pro Morgen beträgt, kann von der Landwirtschaft aufgebracht werden. (Sehr richtig) Wenn die Landwirte wollen, daß der Wucher beseitigt wird, dann haben sie es ja in der Hand, die Reichsgetreidestelle recht bald wenigstens mit dem Umlagegetreide zu versorgen. Die Preise für das Getreide sind im allgemeinen bekannt. Es muß aber gesagt werden, daß heute der Marktpreis für das freie Getreide wieder gestiegen ist. Mitte August betrug der Preis für den Doppelzentner Roggen 332 Mk. Heute ist er schon um annähernd 20 Mk. wieder gestiegen.

Nun haben die Deutschnationalen für den Reichstag schon eine Interpellation Hergt und Genossen eingebracht, in der gesagt wird:

> In der Bevölkerung Deutschlands gewinnt das Gerücht immer mehr neue Nahrung, daß die heutige Preisgestaltung für Getreide durch Verschiebung von Inlandsgetreide in das Ausland namentlich an der West- und Ostgrenze beeinflußt wird.

Das ist richtig, und dem muß entgegengetreten werden. Aber ich glaube, man muß auch hier eine schärfere Kontrolle beim Erzeuger durchführen. Wenn die deutschnationalen Kreise immer davon sprechen, daß das deutsche Volk gesunden solle, dann brauchen sie nur damit zu beginnen, auch das freie Getreide, das sie abgeben können, der Reichsgetreidestelle zur Verfügung zu stellen. Dann würde unsere Valuta bald gebessert werden. Meine Ueberzeugung ist, daß dann die Regierung nicht noch Milliarden aufwenden müsse, um Auslandsgetreide einzuführen.

Eine andere Frage betrifft die Erfassung der Sachwerte in der Landwirtschaft, auf die ich hier kurz eingehen will. Natürlich darf dabei nicht schematisch verfahren und nun etwa die Steuer einfach nur nach der Betriebsgröße bestimmt werden. Wir müssen dabei vielmehr auch Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Betriebe. Wir müssen uns von rein sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Ich habe niemals die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit für die Mißstände in der Landwirtschaft verantwortlich gemacht und sage nochmals: In der Oeffentlichkeit lärmen eigentlich nur die Landbündler, die auch die Feinde der Republik sind und die Genosse Hermann Müller in seiner Eröffnungsrede so treffend geschildert hat. Prof. Aereboe, dessen Werk über die landwirtschaftliche Betriebsfrage eine weite Verbreitung gefunden hat, sagt in einem Gutachten an den Reichswirtschaftsrat, daß, je größer der Besitz ist, desto progressiver die Besteuerung gestaltet werden muß. Zur Begründung verweist er darauf, daß die tüchtigen Landwirte auch dann, wenn sie erheblich zur Steuer herangezogen werden, immer noch gut wirtschaften. Er glaubt, daß gerade dadurch eine gesunde Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsgröße in Deutschland erzielt wird. Auf die Verdienste der Industrie will ich nicht näher eingehen. Es ist nicht nur die Industrie, die erhebliche Gewinne macht, die 50 Proz. und noch mehr Dividenden und dazu Gratisaktien verteilt, sondern auch der Zwischen-

handel. In einem Artikel, der dieser Tage durch die Parteipresse ging unter der Ueberschrift: „Schwerverdiener und Proletarier", ist ein reichhaltiges Material dafür beigebracht worden. Dort wird auch darauf hingewiesen, daß der Landesverband bayerischer Viehhändler nicht weniger als 1275 Proz. Dividende verteilt hat.

Ich glaube, das ist nicht der einzige Viehhändlerverband, der riesig verdient hat. Wir haben also allen Anlaß, auch darauf zu achten, daß der Zwischenhandel nicht die notwendigen Lebensmittel noch mehr verteuert.

Nun zu der Frage: Was soll getan werden? Wir können heute von einer Verbilligungsaktion nichts mehr erwarten. Es wird auch überaus schwierig sein, einen zum Parteitag eingebrachten Antrag durchzuführen, in dem verlangt wird, daß für die armen Kreise des Volkes, für die Invaliden usw., besonders billiges Brot abgegeben wird. Nach allem, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, versagt jede Kontrolle auf diesem Gebiet.

Ich lege dem Parteitag folgende Entschließung vor:

Entgegen den Warnungen der Sozialdemokratischen Partei wurde die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide aufgehoben. Für die Erfassung eines Teiles der Getreideernte ist das Umlageverfahren eingeführt worden. Die Höhe der zu erfassenden Getreidemengen reicht nicht aus, um den Brotbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sicherzustellen. Das Umlageverfahren ist nur ein Uebergang zur vollen freien Wirtschaft beim Getreide. Der Preis des bewirtschafteten Getreides wurde bedeutend erhöht. Der Preis des freien Getreides ist dem Weltmarktpreis nahegekommen und wird den Brotpreis erhöhend beeinflussen.

Die weitere Verteuerung dieses wichtigsten Nahrungsmittels ist neben der Geldentwertung mit die wesentlichste Ursache für die nun eingetretene allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Dadurch wurde die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentenempfänger erheblich verschlechtert. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion, zum Schutze des Reallohnes gesetzliche Maßnahmen zu treffen, abgelehnt, ebenso die Vorschläge, die Mehrgewinne der industriellen Unternehmer und der Landwirte der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Verantwortung für die von uns vorausgesagten und nun tatsächlich eingetretenen Folgen tragen die bürgerlichen Parteien.

Der Parteitag fordert die Regierung auf, alle Bestrebungen der breiten Masse des Volkes auf Erhöhung ihres Einkommens, um einen Ausgleich herbeizuführen, tatkräftig zu unterstützen, ferner dem zügellosen Bestreben des Finanzkapitals, der industriellen Unternehmer und der Landwirte, in Zeiten der bitteren Not des Volkes sich durch unerhörte Gewinne zu bereichern, durch wirksame Maßnahmen entgegenzutreten und die Verschiebung von Getreide und anderer Nahrungsmittel nach dem Auslande wirksam, schon beim Erzeuger, zu unterbinden.

Die Landwirtschaft hat heute die freie Wirtschaft. Ich glaube, der Tag ist nicht mehr fern, wo auch die Landwirte wieder einmal in dieselbe Lage kommen wie unter Caprivi, wo sie wieder an die Sozialdemokratische Partei herantreten und von der Not der Landwirtschaft sprechen werden. Dann ist vielleicht die Zeit gekommen, um mit dem vernünftigen Teil der deutschen Landwirte zusammen eine Wirtschaft aufzurichten, bei der das Interesse der Volksgemeinschaft und nicht der Eigennutz entscheidend ist. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende **Taubadel** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Minuten.

Schriftführer: Broßwitz-Frankfurt a. M., Bethge-Berlin und Pinkert-Dresden.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Diskussion getrennt geführt werden solle, und zwar zunächst Aussprache über den allgemeinen Bericht der Fraktion und dann getrennte Debatte über Teuerungsfrage und Steuerfrage.

Hoch-Hanau bittet, die drei Fragen nicht auseinanderzureißen. Die Steuerfrage sei eine hervorragend wirtschaftliche Frage und müsse mit der allgemeinen Frage zusammen behandelt werden.

Wels-Berlin weist darauf hin, daß am Sonntag beschlossen worden sei, die Debatte getrennt zu führen. Wenn dieser Beschluß aufgehoben würde, wäre das Bureau damit durchaus einverstanden.

Der Parteitag erhebt keinen Widerspruch dagegen, daß die Debatte über alle Fragen zusammen geführt wird.

Der Vorsitzende **Taubadel** erteilt hierauf Keil-Ludwigsburg das Wort zum Bericht über die Steuerfrage.

Keil-Ludwigsburg: Eine dankbare Aufgabe ist es nicht, über die Finanzen des Deutschen Reiches und die Aufgaben der Steuerpolitik zu sprechen, aber angesichts des furchtbaren Ernstes, der diesen Fragen innewohnt, und der großen Bedeutung, die sie für unser ganzes Wirtschaftsleben und damit zugleich für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse haben, muß ich für kurze Zeit um Aufmerksamkeit bitten.

Die Finanzlage Deutschlands ist trostlos und ein Weg zu ihrer Gesundung kaum zu finden. Wäre der innere Wert der Reichsschuld und des deutschen Volksvermögens heute noch der gleiche wie in der Vorkriegszeit, so wäre die Gegenwartsschuld des Reiches ohne die Verpflichtungen des Friedensvertrages bereits größer als das gesamte öffentliche und private Volksvermögen Deutschlands. Die sichtbare Reichsschuld betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 1920 304 Milliarden Mark. Sie bestand aus 96 Milliarden sogenannter fundierter oder langfristiger und 200 Milliarden schwebender oder kurzfristiger, zusammen 296 Milliarden innerer Schuld, wozu noch 8 Milliarden äußerer Schuld kamen. Dazu tritt die unsichtbare Schuld, die in den Verpflichtungen des Reiches gegenüber den Auslandsdeutschen, die allein auf rund 130 Milliarden bemessen werden, und in der sogenannten Wiedergutmachungsschuld besteht. Nicht miteingerechnet sind auch die Schulden der Länder, die Ende des Rechnungsjahres 1920 auf 7 Milliarden geschätzt wurden, und die Schulden der Gemeinden, Kreise und Provinzialverbände, die im gleichen Zeitpunkt auf 30 Milliarden geschätzt wurden. Auch die 25 Milliarden Eisenbahnschuld, die das Reich bei der Uebernahme der Eisenbahnen übernommen hat und der allerdings der Wert der Eisenbahnen gegenübersteht, ist in der Schuldsumme nicht enthalten.

Die Schuldenmilliarden sind aber nicht mehr dieselben wie 1914, und dasselbe gilt von den Vermögensmilliarden. Die Schuldenmilliarden sind Papiermilliarden geworden. Bestünde eine Möglichkeit, die Reichsschuld jetzt rasch abzutragen, so würden wir verhältnismäßig billig davonkommen. Auch den Wert des Volksvermögens in Papiermark umzurechnen, ist nicht angängig. Schon die ständigen großen Schwankungen des Papiermarkkurses stünden dem im Wege. Bei der Bewertung des Volksvermögens nach Goldmark ist aber zu beachten, daß die heutige Goldmark nicht mehr dieselbe ist wie 1914. Als maßgebende

Währung, von der auch der innere Wert der Goldmark abhängt, gilt der Dollar, der aber auch entwertet ist. Zur Erwerbung der Warenmenge, die man 1914 für einen Dollar bekam, müssen heute etwa 2 Dollar erlegt werden. Daraus ergibt sich, daß auch der Wert des deutschen Volksvermögens, wenn es unverändert geblieben wäre, sich heute auf das Doppelte so viel Goldmark beziffern müßte als vor dem Kriege. Nimmt man an, daß das in Sachwerten bestehende Volksvermögen durch das Vernichtungswerk des Krieges und die Gebietsverluste um die Hälfte vermindert worden ist, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das deutsche Volksvermögen sich heute etwa auf denselben Goldmarkbetrag beläuft wie vor dem Kriege, d. h. auf etwa 350 Milliarden Mark.

Diese Feststellung ist für die Lösung der finanzpolitischen Aufgabe, vor der die Regierungsgesetzgebung steht, nicht ohne Bedeutung. Der schwache Trost, den sie bietet, wird aber noch weiter abgeschwächt, wenn wir uns das Bild des Reichshaushaltes des laufenden Jahres vor Augen führen. Der Bedarf des ordentlichen Reichsetats für 1921 läßt sich einschließlich des Aufwandes für die vor kurzem bewilligten neuen Teuerungszulagen, die allein über 10 Milliarden erfordern, auf 60 Milliarden Mark veranschlagen. Der außerordentliche Etat belief sich bei seiner Aufstellung auf gleichfalls rund 60 Milliarden, und zwar waren darin mitenthalten die Fehlbeträge der Reichspost und der Reichseisenbahnen, die Zuschüsse für Lebensmittelbewilligung, für Wohnungsbau, für Arbeitslosenunterstützung und andere soziale Aufgaben. 26½ Milliarden Mark des außerordentlichen Bedarfs waren zur Durchführung des Friedensvertrages bestimmt. Aber es muß hervorgehoben werden, daß das nicht die Gesamtverpflichtung ist, die uns die Entente auferlegt hat. Diese beträgt nach dem gegenwärtigen Stande unserer als Index dienenden Ausfuhr bekanntlich jährlich 3,3 Milliarden Goldmark. Der Reichskanzler hat diese Summe Anfang Juli dieses Jahres in 42 Milliarden Papiermark umgerechnet. Aber diese Rechnung ist durch den Valutasturz der letzten Wochen über den Haufen geworfen worden. Der Papiermarkwert der Ententeforderungen wird heute auf mindestens 60 Milliarden Mark zu berechnen sein. Dazu kommt ein Betrag von etwa 11 Milliarden für Verpflichtungen, die im Londoner Ultimatum nicht enthalten sind, nämlich die Kosten der Besatzungsarmee, der Ueberwachungskommissionen und anderes. Im ganzen kommen wir so zu einer Kontributionslast von mehr als 70 Papiermilliarden. Da auf diesen Ausgabeposten etwa 20 Milliarden Mark von den 60 Milliarden des außerordentlichen Etats anzurechnen sind, so bleibt ein Rest von 50 Milliarden Mark, um den sich der gesamte Bedarf des Etats, den ich auf 120 Milliarden angab, erhöht. Wir kommen also unter Berücksichtigung des derzeitigen Valutastandes insgesamt zu einem Bedarf des Reiches in der phantastischen Höhe von 170 Milliarden Mark. Jede weitere Verschlechterung der Valuta kann die Summe erhöhen, jede Valutabesserung kann sie ermäßigen.

Wie steht es mit den Einnahmen? Der Etatsentwurf sieht vor 47 Milliarden ordentliche Einnahmen aus bestehenden, 4,2 Milliarden aus neu zu beschließenden Steuern. Diese wollte das Kabinett Fehrenbach-Heinze, das den Etat vorbereitete, durch einen besonderen Gesetzgebungsakt vorweg genehmigen lassen, und zwar u. a. durch Erhöhung der Zuckersteuer. Wir haben es abgelehnt, neue Verbrauchssteuern vorauszubewilligen, und nun sind auch die erwähnten 4,2 Milliarden in die Rechnung der sogenannten Reparationssteuergesetzgebung aufgenommen. An außerordentlichen Einnahmen stehen im Etat 8 Milliarden aus dem Reichsnotopfer, von denen bekanntlich im laufenden Jahre ein Drittel erhoben wird, zusammen also Einnahmen 55 Milliarden Mark gegenüber einem Bedarf von 170 Milliarden. Es fehlen etwa 115 Milliarden Mark.

Nun ist es möglich, daß der Ertrag der laufenden Steuern größer sein wird, als geschätzt ist. Im ersten Vierteljahr 1921 sind bereits 17 Milliarden an Steuern eingegangen. Aber es ist ebenso wahrscheinlich, daß auch die Ausgaben sich noch weiter steigern werden, denn durch die Annäherung der inneren Preise an die Weltmarktpreise, die die Folge der freien Wirtschaft ist, verschärft sich die Teuerung, die erhöhte Aufwendungen für Gehälter und Löhne nach sich ziehen muß.

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, wie wir in dieses Finanzelend hineingeraten sind. Da aber die geschäftskundigen und geschichtsfälschenden Demagogen, die auf das kurze Gedächtnis und oberflächliche Urteil der breiten Volksmassen spekulieren, immer aufs neue behaupten, daß die Revolution und die demokratische Republik unsere Finanzen zerrüttet haben, so können wir nicht oft genug darauf hinweisen, daß in Wahrheit der Krieg und die leichtfertige Kriegsfinanzpolitik den Grund zu dem Finanzelend gelegt haben, und daß dieses Elend durch die Kriegsniederlage verschärft worden ist, für die weder die Revolution noch die demokratische Republik die Schuld trifft, sondern für die dieselben Demagogen mitverantwortlich sind, die heute diese Tatsachen zu fälschen versuchen. (Sehr richtig!)

Der erste Wortführer dieser zwar überführten, aber dennoch leugnenden Volksverderber ist der ehemalige Reichsschatzkanzler Helfferich. Durch schwindelhafte Etatsmanöver hat er den Schein erweckt, als ob die selbstverständlichste Voraussetzung einer soliden Finanzverwaltung, nämlich die Deckung der laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen, von ihm erfüllt worden wäre. Er übertrug laufende, also ordentliche, Ausgaben, die von Monat zu Monat wuchsen und in die Milliarden gingen, auf den außerordentlichen, d. h. den Anleiheetat, und führte unter den laufenden Einnahmen Beträge auf, die in die Hunderte von Millionen gingen, die aber längst versiegt waren. Diese Täuschungsmanöver wurden auch vom Nachfolger Helfferichs fortgeführt. So kam es, daß im Reichsetat für 1917, also zur Zeit der Helfferichschen Vizekanzlerschaft, die Zolleinnahmen noch mit 713 Millionen Mark aufmarschierten, obgleich sie nur 232 Millionen brachten. Als Branntweinsteuer wurden wie im Frieden 194 Millionen in Einnahme gestellt, sie brachte in Wahrheit 19,6 Millionen, genau den zehnten Teil. Als Biersteuer wurden 55 Millionen eingestellt, sie brachte 20 Millionen. Helfferich spottete über England, das nur einen „bescheidenen Bruchteil" des Kriegsbudgets durch Steuern aufbringe, wohlgemerkt neben der soliden Deckung seiner laufenden Verwaltung! Aber England hat in den vier Kriegsjahren neben dieser Deckung der laufenden Verwaltung doch 12,5 Proz. des eigentlichen Kriegsaufwandes sofort durch Steuern gedeckt. Helfferich hat nicht nur keinen Pfennig der Kriegskosten durch Steuern gedeckt, sondern lediglich die große Pumpmaschine in Bewegung gesetzt und aus deren Erträgen selbst große Teile der laufenden Verwaltung bestritten. Helfferich wollte beim Friedensschluß unsern Gegnern „die Rechnung präsentieren". Als aber der Friedensschluß herankam, hatte Helfferich nicht nur durch den falschen U-Boot-Trumpf, den er ausspielte, und der nicht stach, sondern auch durch seine eigene Finanzpolitik, die es den Besitzenden so leicht gemacht hatte, durch ihren Eroberungswahn den Krieg bis zum Zusammenbruch zu verlängern, seinen Teil dazu beigetragen, daß die Gegner uns die Rechnung präsentieren und das Bleigewicht der Milliardenlast anhängen konnten.

Als das Unglück über uns hereinbrach, rächte sich der Leichtsinn der Kriegsfinanzpolitik Helfferichs in erhöhtem Maße, denn jetzt fehlte es an den Einnahmequellen, die während des Krieges erschlossen werden mußten, damit sie nach Schluß des Krieges sofort flossen. Wenn noch weitere Jahre vergingen, bis diese

Quellen anfingen, ergiebig zu fließen, so trifft auch hierfür die Schuld den liederlichsten aller Reichsfinanzminister, Helfferich. (Zustimmung.)

Auch damit nicht genug, richtete sich der ganze persönliche Haß des ehemaligen Schatzkanzlers Helfferich jetzt gegen den Mann, unter dessen Führung seine eigenen Versäumnisse nach Möglichkeit nachgeholt wurden, gegen Erzberger. Es muß festgestellt werden, daß ausgerechnet Helfferich, dem wir unser Finanzelend verdanken, der Hetzhund gewesen ist, der den Banditen bei Griesbach das Wild vor die Mündungen der Brownings getrieben hat. (Sehr richtig!) Würde noch ein Funken von menschlichem Gewissen in der Brust dieses Mannes sein, so würde er sich hüten, je wieder den Boden der deutschen Volksvertretung zu betreten. (Lebhafte Zustimmung.)

Kaum waren die neuen Steuergesetze zustandegekommen, begann auch schon der Kampf für ihre Aushöhlung. Man verwies auf die Höchstsätze. Man reihte aneinander die 100 Proz. der Kriegsvermögenszuwachssteuer, die 65 Proz. des Reichsnotopfers, die 60 Proz. der Einkommensteuer, die 70 Proz. der Erbschaftssteuer bei Leibeserben. Aber man verschwieg, daß das Gesetz eine 100prozentige Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Kriegszeit erst vorsah bei den über 375 000 Mk. hinausgehenden Zuwachsbeträgen, daß 65 Proz. Reichsnotopfer nur gelten für das über 7 Millionen hinausgehende Vermögen, daß 60 Proz. Einkommensteuer erst für die über ½ Million Jahreseinkommen hinausgehenden Einkommensteile gelten, daß 70 Proz. Erbschaftssteuer erst in Frage kommen, wenn ein Abkömmling, der schon Millionen besitzt, Millionen hinzuerbt. Man verschwieg, daß England schon vor dem Kriege eine halbe Milliarde aus seiner Erbschaftssteuer einnahm, Deutschland kaum den zehnten Teil davon, daß England sofort bei Kriegsbeginn seine Erbschaftssteuer noch verschärfte, während Deutschland damit bis 1919 wartete, und daß selbst im Jahre 1920/21 das Aufkommen an Erbschaftssteuer in Deutschland erst 256 Millionen, also kaum halb so viel wie in England in der Vorkriegszeit, betrug. Es scheint übrigens, als ob die Veranlagung der Erbschaftssteuer durch ein Verfahren geschieht, das zu gewaltigen und langfristigen Rückständen führt. Hierüber muß der Reichstag demnächst Grund machen.

Man verschwieg ferner, wie die neuen Besitzsteuern gegen unseren Willen ausgestaltet worden sind. Betriebsvermögen, darunter auch das im Betrieb tätige Geldkapital, wird z. B. zum Reichsnotopfer nur zu 80 Proz. herangezogen, landwirtschaftliches Grundvermögen zu einem unerhört niedrig bemessenen Ertragswert. Man verschwieg, daß die neuen Sätze der Erbschaftssteuer bis zum Jahre 1935 nur zu einem Bruchteil erhoben werden. Man verschwieg, daß die weitgehendsten Abschreibungsmöglichkeiten bei der Einkommensteuer eröffnet wurden, daß die Abtragung der Kriegsgewinnsteuer und des Reichsnotopfers in selbstgezeichneter Kriegsanleihe während einer langen Frist gestattet ist und daß die auf 70 Proz. gesunkene Anleihe bei der Steuerleistung zum Nennwert angenommen wird. Man verschwieg, daß bei den Vermögensfeststellungen auf den 30. Juni 1919 für die Zwecke der Kriegsvermögenszuwachssteuer und am 31. Dezember 1919 für die Zwecke der Erhebung des Reichsnotopfers alte Goldmarkbeträge zugrunde gelegt wurden, während die Steuerleistung in Papiergeld erfolgt. Man erzählte auch nicht, daß in dem Siegerstaat England die Steuersätze der Einkommensteuer in den oberen Stufen schon im Kriege die Höhe erreichten, die sie bei uns nach dem Gesetz von 1920 erreichen, und daß selbst in dem einkommensteuerscheuen Frankreich die Einkommensteuer an der Stelle, wo sie bei uns 57,6 Proz. erreicht, bereits 51,8 Proz. beträgt.

Allen diesen Tatsachen zum Hohn sprachen Helfferich und seine Trabanten von der Zermalmung des Großbesitzes durch die Erzbergersche Steuergesetzgebung und forderten ihren Abbau. Mir scheint, als ob die Luxusbäder, die

Rennplätze, die Herrschaftshäuser besonders auf den großen Rittergütern nichts von einer Zermalmung des Großbesitzes zu erzählen wissen. (Sehr richtig!) Man kann vielmehr in der Presse lesen von der glänzenden Saison in den ersten Bädern, von Modeschauen, bei denen der Sekt mit dem Regen um die Wette floß. Wohl aber erzählen uns die bleichwangigen Arbeiterkinder, die sorgenden proletarischen Hausmütter, die abgerissenen Kleider der Arbeiter und die erneuerungsbedürftigen Ausstattungen ihrer Wohnungen von der durch die Teuerung und die Steuern tief herabgedrückten Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Wir stehen vor der Frage, ob die Steuergesetzgebung nach der bisherigen Methode fortgesetzt werden soll, ob es überhaupt noch einen Weg zur Gesundung gibt, oder ob wir uns willenlos in die Bahnen Oesterreichs, Polens und Sowjet-Rußlands treiben lassen wollen. Die Last, die wir tragen sollen, ist durch das Diktat der Entente ins Grauenvolle gesteigert. Möglich, daß sich unsere Unfähigkeit zur Abtragung dieser Lasten schon 1922, wie Keynes annimmt, herausstellt. Ob das zutrifft oder ob sich die Dinge anders entwickeln: in jedem Falle müssen wir ehrlich versuchen, zu leisten, was in unserer Kraft steht. Nur so können wir auf eine Minderung unserer Lasten hoffen, wenn sich unsere Kraft als zu schwach zur Erfüllung der Ententeforderungen erweist. Wer aber wie Helfferich in München erklärt, „wir lehnen es ab, Wege zur Erfüllung des Ultimatums zu zeigen", der setzt die Politik der Provokationen fort, die unser Unglück heraufbeschworen hat, und verschuldet es, wenn dem deutschen Volk die Daumenschrauben von den siegestollen Militaristen der Entente noch fester angezogen werden. (Sehr richtig!) Auch wenn die Last des Ultimatums wesentlich gemildert würde, was wir erstreben, bliebe uns die Schaffung neuer großer Einnahmen des Reiches nicht erspart, denn unser eigener Etat weist noch sehr große Fehlbeträge auf, die wir auf jeden Fall selbst decken müssen. Das Gleichgewicht im Reichsetat muß aber unbedingt hergestellt werden; sonst gibt es keine Eindämmung der Notenflut, die schlimmer wirkt als die schlimmste Umsatzsteuer, kein Halten im Absturz des Markkurses, der gleichfalls wie eine lawinenartige Verbrauchssteuer wirkt.

Aber nicht lediglich mit Steuern der bisherigen Art kann die Sanierung der Finanzen erreicht werden. Auch die neuen Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums sehen noch keine rechnungsmäßige Deckung des ganzen Fehlbetrags des Reiches vor, ganz abgesehen von den bedenklichen Wirkungen, die sie zeitigen müssen. Die Steuern der letzten zwei Jahre haben die Papiergeldempfänger, insbesondere die Festbesoldeten und die Arbeiter, überlastet. Sie haben bei den Einkommen aus fest verzinslichen Kapitalien nichts gefragt nach der großen Entwertung dieser Vermögenswerte, die einer Expropriation von etwa neun Zehnteln gleichkommt. Aber die bisherigen Steuern haben die Vermögen, die in realen Werten bestehen, und die Einkommen, die aus diesem Vermögen gewonnen werden, in unerhörter Weise begünstigt.

Der Wert der industriellen Vermögen spiegelt sich heute in den beispiellosen Kurssteigerungen für Aktien und in dem wilden Börsenspiel wider. Die Werte der landwirtschaftlichen Vermögen finden ihren Ausdruck in den phantastischen Verkaufspreisen für landwirtschaftliche Grundstücke. Daß die Wucherer und Schieber sich trotz der Erzbergerschen Steuergesetzgebung noch glänzende Tage leisten können, brauche ich nicht zu beweisen.

Die Ueberbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger hat zu Lohnforderungen, zur Steigerung der Teuerung, zur Erhöhung des Einnahmebedarfs der öffentlichen Körperschaften, zur Vermehrung der öffentlichen Schuld und des Notenumlaufs, zur weiteren Entwertung der Mark mit neuem Teuerungsantrieb usw. geführt. Diesen Kreislauf dürfen wir nicht fortsetzen, wenn wir ernstlich

die finanzielle Rettung wollen. Wir müssen zwar unsere Steuergesetzgebung weiter ausbauen, müssen aber auch erkennen, daß mit rein steuerlichen Maßnahmen allein die Riesenaufgabe nicht zu lösen ist.

Bei den steuerlichen Maßnahmen werden wir auch indirekte Steuern schlucken müssen. Das ergibt sich nicht nur aus der Koalitionspolitik, sondern auch aus der Größe der Aufgabe. Hundert Milliarden laufender Jahreseinnahmen lassen sich nicht aus dem Besitz herausholen, weil der Besitz laufende Erträge in dieser Höhe nicht abwirft. Greift man aber auf den Besitz selbst zurück, statt auf seine Erträge, so kann man ihn nur einmal, nicht fortlaufend erfassen. Besitzteile, die in diesem Jahre durch steuerlichen Zugriff weggenommen werden, sind im nächsten Jahre nicht mehr da und liefern also keine Erträge mehr. Das schließt nicht aus, den Besitz als solchen kräftig heranzuziehen, man muß sich nur der in der Natur der Sache liegenden Grenzen bewußt sein.

Die Reichsfinanzverwaltung hat leider nicht rechtzeitig Vorschläge zur Erhebung der möglichen Besitzsteuern gemacht. (Sehr wahr!) Sie hätte schon vor der Annahme des Ultimatums Vorkehrungen zur Balancierung des inneren Etats treffen müssen. Sie konnte zu diesem Zweck die längst notwendige Besteuerung des verschwenderischen Luxus, die sowohl eine finanzpolitische wie eine moralische Notwendigkeit ist, in die Wege leiten. Bei unserem Verarmungszustand kann keinem Steuerpflichtigen gestattet werden, Millionen im Jahre zu verzehren. Zuerst müssen alle das Notwendige haben, bevor einzelne ein Vielfaches der pro Kopf zur Verfügung stehenden Warenmenge für sich verwenden dürfen. (Beifall.) Dieser von Erzberger als richtig anerkannte Gedanke ist bis jetzt nicht zur Tat geworden, weil auch Zentrum und Demokraten ihn ablehnen. Wir werden diese Forderung im Reichstag mit aller Entschiedenheit vertreten müssen. Eher darf nicht an eine weitere Belastung der notleidenden Massen herangegangen werden.

Warum hat die Reichsfinanzverwaltung nicht längst die Börsensteuern viel stärker angespannt? Die Börsenspekulation kennt heute keine Grenzen mehr. Sie vollzieht sich auf dem Rücken des schwer leidenden deutschen Volks. Aus dem Valutaelend und der Devisennot schneiden die lautesten Uebernationalisten ihre Riemen. Kein Helfferich wendet sich gegen dieses unproduktive Schmarotzertum, das am Mark der deutschen Wirtschaft nagt. Die leitenden Finanzbureaukraten aber scheuen vor einem entschlossenen Schritt zurück aus Angst vor dem Widerstand der Interessenten in den bürgerlichen Lagern. Warum sollen nicht die Börsensteuern mindestens das Zehnfache ihres früheren Ertrages bringen, wenn selbst das kleine produktive Einkommen, das Arbeitseinkommen, auf direktem und indirektem Wege weit mehr als das Zehnfache der früheren Lasten tragen muß.

Notwendig ist ferner die Streichung der Uebergangsvorschrift im Erbschaftssteuergesetz, die die Steuersätze bis zum Jahre 1935 niedrig hält, die Durchführung des Pflichtteils des Reichs bei kleiner Erbenzahl. Notwendig ist eine Revision der Werbemessungsvorschriften bei der Erbschaftssteuer und zum Teil auch bei der Einkommensteuer. Notwendig ist die Erhebung wirksamer Ausfuhrabgaben. Wenn bei einem Valutastand von mehr als 100 Mk. für den Dollar die früher schon viel zu niedrige Ausfuhrabgabe von wenigen Prozent heute noch weiter erhoben wird, so ist das ein wirtschaftspolitischer Skandal. Spielend leicht kann die deutsche Exportindustrie heute bei den enormen Valutagewinnen die volle Ausfuhrabgabe von 26 Proz. selbst tragen, wobei innere Ausgleichungen vorbehalten sind. Wir wollen wahrlich die Ausfuhr nicht hemmen, sondern mit aller Kraft fördern. Aber an den Ausfuhrgewinnen, die um so größer sind, je krasser unser Währungselend wird, soll die Gesamtheit der deutschen Wirtschaft ihren entsprechenden Anteil haben. Darum rasche und durchgreifende Erhöhung der Ausfuhrabgabe! Ueberlassen wir es nicht dem Ausland, sich durch eigene Maßnahmen gegen das deutsche Dumping zu schützen und damit den Rahm abzuschöpfen, den das deutsche Reich selbst abschöpfen könnte.

Die Einfuhr entbehrlicher Waren muß möglichst beschränkt werden. In unserer sich auf 7 Milliarden belaufenden Einfuhr sind rund 3 Milliarden für entbehrliche Dinge: Weine, Spirituosen usw. enthalten. Soll unsere passive Handelsbilanz je wieder zu einer aktiven werden, so ist das nicht nur mit einer Steigerung der Ausfuhr zu erreichen, sondern die Beschränkung der entbehrlichen Einfuhr muß hinzutreten.

Alle diese Dinge bringen gewiß noch keine Rettung, aber sie sind hundertmal begründeter als eine exorbitante Anspannung der Verbrauchssteuern, die wir uns auch von der Entente nicht stillschweigend aufzwingen lassen können. Die Vergleichung der einzelnen indirekten Steuern in Deutschland und in den Ententeländern läßt wichtige Tatsachen unbeachtet. Sie berücksichtigt nicht die Wirkungen der Geldentwertung, nicht die Volksgewohnheiten, sie läßt die Totalität der steuerlichen Belastungen in den Vergleichsländern außer acht. In England mag die eine oder andere indirekte Steuer höher sein als in Deutschland. England aber hat keine Generalverbrauchssteuer wie unsere Umsatzsteuer, England hat keine Kohlensteuer. Jeder weiteren Anspannung der Verbrauchssteuern muß vorangehen die nicht rein steuerliche Maßnahme der Inanspruchnahme der Sach- oder Goldwerte. Diese ist geboten zunächst aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit. Wenn das kleinste Sparkapital nach seinem vollen Papierwert erfaßt, wenn das Papiereinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger in seiner ganzen Höhe herangezogen wird, so ist es ein himmelschreiendes Unrecht, die von der Entwertung verschont gebliebenen Sachvermögen noch nach ihrem alten Goldwert zur Steuer heranzuziehen. Die Maßnahme ist auch eine finanzpolitische Notwendigkeit. Ohne sie ist an eine Rettung aus unserer Finanznot nimmer zu denken. Solange die deutsche Handelsbilanz einen Fehlbetrag von 2 bis 3 Goldmilliarden aufweist, wird der Ertrag der Arbeit, aus dem letzten Endes doch alle Steuern bestritten werden müssen, nie ausreichen zur Deckung des Defizits. Die Decke wird stets zu kurz sein, an welchem Zipfel man auch ziehen mag. Darum bleibt nichts anderes übrig als der Zugriff auf einen Teil der Vermögenssubstanz. Aber das darf nicht auf dem Wege der Freiwilligkeit oder des Geschenks geschehen. Dem Reiche muß das gesetzliche Verfügungsrecht über diese Vermögenswerte eingeräumt werden, die es zur Erhaltung seiner selbst braucht.

Ob das in Form der unveräußerlichen Anteile an den industriellen Unternehmungen oder in irgendeiner anderen Rechtsform geschieht, darüber werden wir uns heute nicht endgültig entscheiden können, weil diese Fragen noch nicht genügend geklärt sind. Wenn aber die deutsche Industrie und die deutschen Banken sich genötigt gesehen haben, das Angebot zu machen, unter Verpfändung ihrer Sachvermögen eine Devisenanleihe im Auslande aufzunehmen, so liegt darin zunächst einmal ein Zugeständnis, daß sie doch viel mehr zu leisten vermögen, als sie bisher zugegeben haben. (Sehr richtig!) Wollen sie aber ihre Konzession als eine freiwillige betrachtet und wollen sie ihre Leistung auf spätere Steuern angerechnet wissen, so erlauben wir uns, dazu zu bemerken, daß das deutsche Volk vom Besitz ein gesetzlich festgelegtes Opfer und nicht einen freiwilligen Vorschuß verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Standpunkt wird unsere Fraktion im Reichstag mit aller Unbeugsamkeit und Schärfe vertreten müssen. Dem Wirtschaftsleben sollen die Produktionsmittel nicht entzogen werden. Das Verfügungsrecht über sie aber soll zum Teil auf das Reich übergehen. Der Zweck ist zunächst, das Reich unmittelbar am Ertrag

der Wirtschaft zu beteiligen, sodann ihm Wertobjekte in die Hand zu geben, die seinen Kredit im Auslande stärken und die äußerstenfalls auch verpfändet werden.

Wendet man dagegen ein, daß das eine Verschleuderung deutscher Vermögenswerte an das Ausland bedeute, so ist zu erwidern, daß diese Verschleuderung seit Jahr und Tag in unbegrenztem Maße und unkontrolliert vor sich geht, und nie hemmungsloser vor sich gegangen ist als gegenwärtig infolge des niedrigen Valutastandes. (Sehr richtig!) Durch ein Verfahren, wie wir es fordern, würde die etwaige Verpfändung deutscher Vermögenswerte an das Ausland in organisatorische Bahnen geleitet werden.

Wendet man ferner ein, das deutsche Wirtschaftsleben ertrage einen solchen Eingriff nicht, so ist zu antworten, daß der Besitz nach unseren Erfahrungen nur zu gern geneigt ist, seine Sonderinteressen mit den Interessen des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens zu verwechseln. Die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen sind zugleich die Interessen der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird den Ast nicht absägen, auf dem sie sitzt, sie wird das Wirtschaftsleben nicht zerstören. Wenn aber zur Erhaltung eines selbständigen deutschen Staatswesens und damit der Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft ein Eingriff in den großen Privatbesitz nötig ist, so werden die Arbeiter davor um so weniger halt machen, weil schließlich ihrer Arbeit dieser Privatbesitz entstammt. (Sehr gut!)

Die Erfassung der Sachwerte wird in dem Maße notwendiger, in dem die deutsche Valuta sinkt. (Zustimmung.) Denn in diesem Maße steigen die Gewinne der Sachwertbesitzer. Hat die deutsche Landwirtschaft schon aus der Aufhebung der Zwangswirtschaft Gewinne gezogen, die sich nach vielen Milliarden berechnen, so steigen diese Gewinne infolge der Anpassung der inneren Preise an die Weltmarktpreise in dem Maße weiter, in dem die Valutazerrüttung unsere inneren Preise weiter hinauftreibt. Aus diesen Gründen werden wir auf eine den Bedürfnissen des Reiches genügende Inanspruchnahme der Sachvermögen nicht verzichten können. Als grundlegende Bedingung stellen wir das gesetzliche Verfügungsrecht des Reiches auf.

Leitender Gesichtspunkt unserer Steuerpolitik muß sein, die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter zu schonen und zu schützen. Sie ist das unentbehrlichste Produktionsmittel. Mit der Zerrüttung der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter würde die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens untrennbar verbunden sein. Weil wir das Wirtschaftsleben stärken wollen, kämpfen wir für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft.

Ich hätte noch über manche Einzelfragen, auch über Fragen der Steuerverwaltung zu sprechen. Ich möchte dabei nicht allgemeine Vorwürfe gegen die Steuerbeamten erheben, unter denen sicherlich manche sind, die die moderne Steuergesetzgebung nicht mit Begeisterung begrüßen. Im ganzen hat die Steuerverwaltung in den letzten Jahren immerhin ein großes Stück Arbeit geleistet. Eine noch in der Neubildung begriffene Verwaltungsorganisation hat in einem Jahre etwa ein halbes Dutzend grundlegender neuer Steuergesetze durchzuführen gehabt, während früher die einzelstaatlichen Steuerverwaltungen zur Durchführung eines Gesetzes eine halbes Dutzend Jahre zur Verfügung hatte. Diese Situation müssen wir bei Würdigung der Leistungen der Steuerverwaltung in Rechnung stellen. Daß bei dieser Sachlage nicht alles klappt, ist erklärlich. Dennoch müssen wir die möglichste Beschleunigung in der Durchführung der Besitzsteuern fordern. Wir müssen weiter, wenn nötig durch Gesetzesänderung, der Arbeiterschaft eine breitere Mitwirkung bei der Steuerveranlagung sichern. (Sehr richtig!) Wir müssen jede Rückwärtsrevidierung

der Reichsabgabenordnung, die in den Kreisen der Industrie und des Handels erstrebt wird, z. B. die Wiederherstellung des vollen Bank- und Sparkassengeheimnisses, verhindern. (Sehr gut!)

Parteigenossen, wir stehen vor schweren Kämpfen, die möglicherweise unser ganzes politisches Leben erschüttern werden. Zunächst hat die Reichstagsfraktion den Kampf zu führen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganze Partei und die gesamte Arbeiterschaft eines Tages zum Kampf antreten müssen. Für diesen Fall gilt es bereit und gerüstet zu sein. Die Frage wird dann so lauten: Soll der Besitz endlich dem deutschen Vaterlande die Opfer darbringen, die ihm seine Wortführer so oft in überpatriotischen Phrasen in Aussicht gestellt haben, oder soll die deutsche Arbeiterschaft vollends verbluten? Wir werden Kämpfe, die Staats- und Wirtschaftsleben erschüttern können, wahrlich nicht mutwillig heraufbeschwören, aber wir dürfen ihnen auch nicht aus dem Wege gehen, wenn sie notwendig werden sollten. (Lebhafter Beifall.)

Radbruch-Kiel: Parteigenossinnen und Parteigenossen! In den Anträgen, die dem Parteitag vorliegen, wird mit ehrlicher Entrüstung und in starken Worten zur Justiz Stellung genommen. Bevor ich zum Görlitzer Parteitag kam, war ich in Bamberg auf dem Juristentage. Da wurde mit ebenso ehrlicher Entrüstung und mit ebenso starken Worten gegen das Stellung genommen, was man Verleumdung der Justiz nannte. (Lachen.) Ich bin gewohnt, wenn mir mit dem Tone ehrlicher Entrüstung eine Gegenansicht entgegentritt, meine eigene Ansicht immer wieder nachzuprüfen. Aber nun frage ich mich: Ist es Verleumdung, daß nach eineinhalb Jahren noch kein Kappverbrecher verurteilt ist? (Sehr richtig!) Ist es Verleumdung, daß der Erzkappist, der Kapitänleutnant Ehrhardt, im Reichswehrministerium, im Münchener Polizeipräsidium ein- und ausgehen konnte, ohne daß ein Haftbefehl gegen ihn erging? Ist es Verleumdung, daß demgegenüber gegen die Kommunisten des Märzputsches übermäßig schwere Strafen zur Anwendung gekommen sind, daß in zahllosen Urteilen kommunistische Betätigung in der gegenwärtigen Zeitlage an sich schon als ehrlos und infolgedessen zuchthauswürdig bezeichnet wurde? Hat doch der Reichsjustizminister durch die Begnadigung, die er jetzt eintreten läßt, selbst gezeigt, daß es sich um der Korrektur dringend bedürftige Urteile handelt. (Sehr wahr!) Ist es weiter Verleumdung, daß ein deutscher Staatsanwalt einen wegen Tötungsversuchs Verurteilten, den Oltwig v. Hirschfeld, aus Gesundheitsrücksichten zeitweise aus der Haft entlassen hat, da doch jeder weiß, wie schwer es ist, selbst einen tuberkulösen Gefangenen auch nur zeitweise aus der Strafe zu befreien? Ist es Verleumdung, daß die Festungshaft, die in der sogenannten Festung Niederschönenfeld an den Münchener Kommunisten vollstreckt wird, wider das Strafgesetzbuch zu einem Mittelding zwischen Gefängnis- und Zuchthausstrafe hinaufgesteigert wird? Ist es Verleumdung, daß in ganz Bayern sich kein Richter gefunden hat, der die auf sehr zweifelhafter Grundlage stehenden bayerischen Volksgerichte für verfassungswidrig erklärt hat? (Sehr richtig!) Ist das und manches andere alles Verleumdung oder ist es nicht etwa so, daß in fast allen politisch gefärbten Streitfällen unsere Justiz furchtbar versagt hat? (Lebhafte Zustimmung.)

Auf dem Juristentage wurde weiter immer von neuem dagegen protestiert, daß gegen die richterliche Unabhängigkeit, gegen die richterlichen Standesvorrechte der Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit Angriffe erhoben würden. Mir ist nicht bekannt, daß die Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit der Richter bisher bestritten ist, und ich glaube auch nicht, daß das geschehen wird; denn wir haben andere wirksame Mittel zur Erneuerung des Geistes unserer Justiz.

Es ist die hohe Aufgabe des Richters, das Recht auszulegen und es in der Auslegung im Geiste der herrschenden Rechtsordnung fortzubilden. Glauben Sie nun, daß ein Richter fähig ist, unsere Rechtsordnung in ihrem Geiste fortzubilden, der die Grundlage dieser Rechtsordnung, der unsere republikanische Verfassung für einen bösen Traum weniger Jahre hält, aus der er eines Tages unversehens zur alten Kaiserherrlichkeit aufwachen wird, der in alledem nur ein böses Zwischenspiel erblickt? Wir fordern nicht, daß der Richter Begeisterungs- und Gesinnungsrepublikaner sei. Gefühlen und Ueberzeugungen kann man nicht gebieten. Was wir aber fordern dürfen, ist, daß sie Verstandesrepublikaner sind, daß sie die Republik als eine unwiderrufliche historische Notwendigkeit betrachten, mag sie ihnen nun passen oder nicht, mögen sie auch zugleich die Monarchie als einen schönen Traum an den Himmel einer fernen Zukunft malen. (Sehr gut!) Wir fordern mit anderen Worten von den Richtern, wenn sie gute Richter sein sollen, dasselbe, was wir gestern von jeder Partei gefordert haben, mit der wir politisch zusammenarbeiten sollen.

Wir sind als die größte deutsche Partei aber nicht nur verpflichtet, Kritik zu üben, sondern auch Wege zu weisen, wir sind die eigentliche Aufbaupartei. (Lebhafte Zustimmung.) Der Wege zu einer Erneuerung der Justiz gibt es drei. Der Richter ist zwar unabhängig, unabsetzbar und unversetzbar. Aber der Staatsanwalt ist absetzbar und versetzbar. (Sehr gut!) Wir hoffen, daß künftig die Justizministerien sich auf dieses Recht besinnen, wie es im Falle Schön in Hamburg bereits geschehen ist, und daß man sich etwa Staatsanwälte wie denjenigen, der den Oltwig v. Hirschfeld in die Freiheit entlassen hat, oder denjenigen, der in jenem Fall, wo sogenannter schlesischer Selbstschutz ein Hotel umringte und einen Schriftsteller mißhandelt hat, nach wenigen Tagen das Verfahren eingestellt hat, weil man den Täter absolut nicht bekommen könne, einmal scharf ansieht. (Sehr gut!) Das wird Wunder wirken. Das zweite Mittel: Der angestellte Richter ist zwar unabsetzbar, aber die Justizverwaltung hat die freie Wahl, wen sie anstellen will, und wir verlangen eine sehr scharfe Auslese des juristischen Nachwuchses. Wir verlangen vor allem einmal, daß dieser juristische Nachwuchs in einer Weise erzogen wird, die geeignet ist, ihn in den Gegenwartsstaat hineinzuführen. (Sehr wahr!) Wir verlangen, um es in einem kurzen Schlagwort zu sagen, daß jeder Jurist mindestens zur Hälfte auch Sozialpolitiker und Nationalökonom ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Was machen wir nun mit denjenigen Urteilen, die von politisch befangenen Richtern ergangen sind? Da ist das Reichsjustizministerium schon vorangegangen. Ich habe schon erwähnt, daß die Urteile der Sondergerichte jetzt durchweg nachgeprüft werden, ob diese zur Begnadigung geeignet sind. Wir verlangen auch von den Justizministerien der Länder, daß sämtliche Urteile der außerordentlichen Gerichte auf die Möglichkeit der Begnadigung hin nachgeprüft werden. (Sehr richtig!)

An die Unabhängigkeit der Gerichte tasten wir nicht. Freilich glauben wir auch nicht, daß die Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit der Richter bereits die Unabhängigkeit bedeutet. (Sehr gut!) Was Unabhängigkeit bedeutet, das können wir uns an zwei Gerichten klarmachen, die das Vertrauen des gesamten Volkes genießen, obgleich sie nicht unabsetzbare und unversetzbare Richter haben: das sind die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Zustimmung.) Sie haben im Volke aus zwei Gründen Boden gewonnen, zunächst einmal deshalb, weil sie in ihrem ganzen Aufbau auf das Zeitalter des Klassenkampfes eingestellt sind. Neben dem Richter sitzen zwei Beisitzer aus den kämpfenden Klassen, die dazu dienen, den Streit, der sich vor dem Richter zwischen zwei Einzelpersonen abspielt, als eine Teilerscheinung des gewaltigen Klassenkampfes darzustellen. In prinzipieller Form wiederholt sich der Klassenkampf noch einmal im Gericht selbst, der sich in einer Einzelerscheinung vor dem Richter in Gestalt der streitenden Parteien abspielt. Mag nun auch der Richter schließlich, weil seine beiden Beisitzer entgegengesetzter Ansicht sind, allein entscheiden, so entscheidet er doch ganz anders, als er ohne diese Beisitzer entschieden hätte, die ihm in jedem Augenblick ihrer Tätigkeit das Wesen des Klassenkampfes greifbar vor Augen führen.

Nun die andere Seite des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts: Unsere ordentlichen Gerichte stehen unter dem Grundsatz der Trennung von Justiz und Verwaltung. Der Vorzug des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist aber gerade die Verbindung von Justiz und Verwaltung, ist der Umstand, daß der Richter des Kaufmanns- und Gewerbegerichts zugleich mitten in der kommunalen Verwaltung, in engster Beziehung zur Arbeitsverwaltung, zum brausenden Leben steht.

Nach dem Muster der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollen nun auch nach unserem Wunsch die kommenden Arbeitsgerichte aufgebaut werden. Sie wissen, daß Bestrebungen im Gange sind, die künftigen Arbeitsgerichte und mit und in ihnen auch die Kaufmanns- und Gewerbegerichte den Amtsgerichten anzugliedern. Wir sagen einstweilen: Hände weg von den Kaufmanns- und Gewerbegerichten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Angliederung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte an die ordentlichen Gerichte kann erst dann in Frage kommen, wenn die ordentlichen Gerichte so umgestaltet worden sind und das Vertrauen des Volkes in dem Maße genießen wie heute die Kaufmanns- und Gewerbegerichte.

Nun zu den Strafgerichten. Wir verlangen Laienbeteiligung an allen Strafgerichten nicht nur erster, sondern auch höherer Instanz; Laienbeteiligung auch an den Strafkammern, und zwar nicht die Beteiligung von Schöffen und Geschworenen, die im Dunkel irgendeines Ausschusses bestimmt worden sind, sondern die Beteiligung von Schöffen und Geschworenen, die offen in der Verhältniswahl gewählt worden sind. Wir verlangen Frauen als Schöffen und Geschworene, Frauen für alle Justizämter, und wir erwarten von der Beteiligung der Frauen nicht etwa nur die Erfüllung eines Frauenrechts, sondern eine gewaltige Förderung unseres ganzen Rechtslebens. Man merkt es unserem Recht nur gar zu sehr an, daß es durch die Jahrtausende hindurch reines Männerrecht gewesen ist. (Sehr richtig!) Es gibt eine ganze Reihe von Bestimmungen, die gar nicht möglich gewesen wären, wenn Frauen mit zu ihrer Handhabung berufen worden wären. Ich denke an das Recht der unehelichen Kinder, an das Ehescheidungsrecht, an die Abtreibungsparagraphen usw.

Darüber hinaus erwarten wir aber die Verreichlichung der Justiz. (Sehr richtig!) Wir sind überhaupt Unitarier; wir sind in erster Linie Unitarier für die Justiz schon deshalb, weil bei dem heute bestehenden unübersichtlichen System der Verantwortungen man schließlich überhaupt nicht mehr weiß, wen man für die Justiz verantwortlich machen soll. Der Reichsjustizminister verweist uns auf die Länder, die Landesjustizminister verweisen auf die Unabhängigkeit der Gerichte, die Gerichte verweisen auf die Polizei, die wiederum einem anderen Minister, dem Minister des Innern, untersteht. Mit der Teilung der Verantwortung zwischen Reich und Land muß man Schluß machen.

Vielfach sind die Vorwürfe, die gegen die Rechtspflege erhoben werden, nun freilich in Wahrheit Vorwürfe gegen das Gesetz selbst. Unsere großen Gesetze sind fast alle reformbedürftig, die Strafprozeßordnung wie die Zivilprozeßordnung, das Bürgerliche Gesetzbuch wie das Strafgesetzbuch. (Sehr richtig!) Von Hamburger Genossen ist der Parteitag aufgefordert worden, zu dem Ent-

wurf des neuen Strafgesetzbuchs Stellung zu nehmen. Ich möchte Ihnen deshalb grundsätzlich in ganz kurzen Worten sagen, wie wir uns zu diesem einstweilen der öffentlichen Kritik unterbreiteten und den Parlamenten noch nicht vorgelegten Entwurf etwa zu stellen hätten. Einen gewaltigen Fortschritt bringt der Entwurf, den Fortschritt von dem heute lediglich der Vergeltung und Abschreckung dienenden Strafgesetz zu einem neuen, auf Sicherung und Besserung eingestellten sozialen Strafrecht, eingestellt auf Erziehung, vor allem der Jugend. Der allgemeine Teil des Entwurfs bringt gewaltige Fortschritte, aber er behält die Todesstrafe und den Ehrverlust bei, der jetzt auch von bürgerlichen Juristen verworfen wird. Er behält bei Reste der verhängnisvollen und verderblichen Polizeiaufsicht und er gewährt dem Richter eine Freiheit des Ermessens, die bisweilen von dem untersten Rand des Strafensystems hinauf bis zu 15 Jahren Zuchthaus geht und dem Richter innerhalb dieses gewaltigen Strafrahmens die freie Auswahl der Strafe läßt, eine Freiheit des Ermessens, die gerade bei dem vorhandenen Mißtrauen gegen die Rechtspflege außerordentlich bedenklich ist. Viel stärkere Bedenken haben wir gegen den besonderen Teil des Strafgesetzbuches, gegen die Behandlung der einzelnen Verbrechen. Da ist zunächst zwar der bestehende Schutz des Vermögens beibehalten, aber das einzige Vermögen des arbeitenden Volkes, seine Arbeitskraft, ist nicht in gleicher Weise unter grundsätzlichen Schutz genommen. Der Schutz der Arbeitskraft soll nach wie vor auf viele einzelne Gesetze verzettelt bleiben. Wir verlangen, daß er in das Strafgesetzbuch selbst aufgenommen wird. Die Nötigungs- und Erpressungsparagraphen sind so gestaltet, daß sie ihrem Wortlaut nach auf Arbeitskämpfe Anwendung finden könnten. Ihre Einschränkung soll dem kommenden Arbeitsrecht überlassen bleiben. Wir verlangen eine Formulierung dieser Paragraphen, die ihre Anwendung in Arbeitskämpfen verhüten. Wir verlangen ferner eine gründliche Umgestaltung des engherzigen Rechts bei Geschlechtsdelikten und des Abtreibungsstrafrechts. In meiner Resolution habe ich die Einschränkung der Abtreibungsstrafen verlangt. Ich halte die Frage für so brennend, daß sie bereits vor der Strafrechtsreform geordnet werden muß. Wir halten das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für die geeignete Gelegenheit, unsere Anträge über die Abtreibung zur Sprache zu bringen. Ich bitte dem Beschluß zuzustimmen, den unser Frauentag bereits gefaßt hat, nämlich das Gesetz über die Geschlechtskrankheiten möglichst zu beschleunigen und in diesem Zusammenhange auch die Abtreibungsfrage zu regeln.

Zwei Fragen aus dem bürgerlichen Recht bedürfen sofortiger Regelung. Das ist einmal die Frage der unehelichen Kinder. Der Juristentag hat merkwürdig weitgehende Beschlüsse gefaßt, aber sich gescheut, den letzten Schritt zu tun, nämlich den unehelichen Kindern das Erbrecht einzuräumen. Wir werden auch das verlangen. Die zweite Frage ist das Ehescheidungsrecht. Auf diesen beiden Gebieten fallen täglich „Menschenopfer unerhört"; man braucht sich nur einmal die Sterblichkeitsziffern der Unehelichen anzusehen.

Es ist keine Freude, an der Justiz scharfe Kritik zu üben. Wir sind alle der Meinung, daß die Justiz außerhalb der Politik stehen sollte, und wir würden uns freuen, wenn die Achtung vor dem Recht und das Vertrauen in die Rechtspflege wieder hergestellt würde und wir endlich über dieses üble Thema schweigen könnten. Ich bitte Sie, der Entschließung 327 Ihre Zustimmung zu geben, dann würden Sie den Reichstags- und Landtagsfraktionen für ihre Rechtspolitik eine wertvolle Grundlage unter die Füße geben. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen nunmehr zur Feststellung der Anträge, die vom Parteitag zu diesem Punkte der Tagesordnung beraten werden sollen.

Antrag 79 wird hinreichend unterstützt, ebenso die Anträge 83, 87, 88, 90, 100 bis 110.

Die Anträge 111, 112, 126, 128, 129, 132, 133, 185, die zur Steuerfrage Stellung nehmen, werden ebenfalls hinreichend unterstützt.

Antrag 127 ist der Programmkommission überwiesen, ebenso 307 und 308.

Ausreichende Unterstützung finden auch die Anträge 131, 134 bis 138.

Mit der Frage der Justiz befassen sich die Anträge 139, 140, 142 bis 149, 160 bis 164. Auch sie werden ausreichend unterstützt.

Ferner werden unterstützt die Anträge 150 bis 152.

Antrag 153 wird zurückgezogen.

Ausreichend unterstützt werden sodann die Anträge 155 bis 159, 165 bis 171.

Antrag 172 wird nicht hinreichend unterstützt.

Dagegen finden die Anträge 173 bis 178 die nötige Unterstützung.

Nicht genügend unterstützt wird Antrag 179.

Für die Anträge 180 bis 183 reicht die Unterstützung aus.

Antrag 184 wird nicht ausreichend unterstützt.

Unterstützt werden die Anträge 186 bis 202.

Antrag 203 wird nicht ausreichend unterstützt.

Die Anträge 204 bis 209 sind, weil sie gesetzgeberische Materien darstellen, beim Punkt 1 der Tagesordnung nicht mit zur Abstimmung gebracht, sondern sollen später zur Abstimmung gebracht werden. Sie werden hinreichend unterstützt, ebenso die Anträge 210 bis 214.

Die Anträge 215 bis 226 werden ausreichend unterstützt.

Der Antrag 227 erfährt keine ausreichende Unterstützung. Die Anträge 228 bis 230 werden genügend unterstützt.

Stellvertretender Vorsitzender **Taubadel**: Ich habe dem Parteitag eine sehr traurige Nachricht zu übermitteln. Nach soeben eingelaufener Mitteilung der „Frankfurter Volksstimme" ist heute die chemische Fabrik in Oppau bei Ludwigshafen, ein Stickstoffwerk, in die Luft geflogen. Bis jetzt sind 700 Tote festgestellt. (Große Bewegung. — Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Viele Tausende sind verwundet. Ganze Straßenzüge sind niedergelegt, in Mainz und in Frankfurt am Main die Fenster zerschlagen. (Lebhafte Bewegung.)

Sie sind alle mit mir aufs tiefste von dieser schrecklichen Katastrophe erschüttert, und ich glaube, im Namen des gesamten Parteitags allen Opfern dieser bedauernswerten Katastrophe unser tiefstes Mitgefühl aussprechen zu dürfen. — Sie haben sich zu Ehren dieser Opfer, die bei dieser Katastrophe ihr Leben gelassen haben, von den Plätzen erhoben; ich konstatiere das und danke Ihnen.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein.

Frau **Zabe**-Hamburg: Ich habe die Ausführungen des Genossen Hoch so aufgefaßt, daß die Auswüchse des Kapitals, die Schlemmerei und Prasserei, an den Niedergang Roms erinnern. Wir als Vertreter der Arbeiterschaft sind aber doch etwas mitschuldig, wenn heute große Massen der Arbeiterschaft versinken. Wir haben ihnen immer gesagt, daß sie bescheidener sein sollen, daß sich heute der Friedensvertrag an uns auswirkt. Wir hätten als die Vertreter von Millionen arbeitender Menschen die Pflicht gehabt, auch die Arbeitslöhne den Weltmarktslöhnen näher zu bringen. Auf der einen Seite treiben wir Wohlfahrtspflege, die natürlich ganz unzureichend ist, und auf der anderen Seite machen wir unsere Leute unselbständig. Der arbeitende Mensch hat Anspruch auf soviel Lohn und Gehalt, daß er seine Familie ausreichend erhalten kann. Wenn wir uns dieser Pflicht nicht bewußt werden und den

Kampf nicht energischer führen, werden die Massen mutlos werden und nicht recht wissen, weshalb wir da sind. Wir müssen diese Kämpfe intensiver gestalten. Die Bürgerlichen führen ihre Kämpfe um die Machtposition mit den brutalsten Mitteln. Wir müssen die Macht unserer Leute, die die Arbeit vollführen, mehr ausnutzen. Wir haben uns in den Parlamenten zu sehr von den bürgerlichen Fachministern belehren lassen. Wir sollten als Sozialisten unsere eigene Politik, die Politik der Menschlichkeit machen. (Sehr richtig!)

Auf uns sehen Millionen Menschen, die sehnsüchtig darauf warten, daß wir dafür sorgen, daß sie ihre Existenz haben. Das Existenzminimum ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 50 Proz. zurückgegangen. Das ist ein so großer Ausfall an notwendigen Lebensmitteln und Kleidung, daß es unverantwortlich ist, daß wir nur mit Reden die Genußsucht und Profitsucht der bürgerlichen Kreise bekämpfen. Wir haben nicht laut genug über die Verteuerung des Brotes gesprochen, die bedeutet, daß Millionen Arbeiter sich nicht sattessen können. Die Verteuerung der Milch bedeutet, daß täglich Tausende von Säuglingen zugrunde gehen. Die Verteuerung der Kohlen am 1. Oktober bedeutet, daß die reichen Leute sich vorher mit Kohlen versehen haben, daß aber die Arbeiter mit Grauen an den Winter denken müssen, weil sie sich nicht haben eindecken können und im Winter noch weniger Geld haben. Wir müssen wirkliche Kämpfe führen und nicht bloß Reden halten. Die Erwerbslosenunterstützung für Mann und Frau ist ungleich. Gehen wir Sozialisten noch immer von dem Grundsatz aus, daß die Frauen weniger brauchen als die Männer, um satt zu werden? Wenn unsere Fraktion arbeitet und nicht weiter kommt, so muß sie dem Lande mehr Mitteilungen zukommen lassen. Wir sind durch die bürgerliche Presse förmlich eingesargt. Wir müssen erwägen, wie wir mindestens durch ein wöchentlich erscheinendes Blatt das ganze Volk aufrütteln, die Profitsucht der Bürgerlichen geißeln.

Genosse Radbruch hat gesagt, daß das Laienelement bei Gericht mehr vertreten werden muß. Für uns Sozialdemokraten hängt das davon ab, wieviel Entschädigung gezahlt wird. Sätze von 20 und 30 Mk. sind vollkommen unzureichend. Unsere Anhänger haben als Vermögen nur ihre Arbeitskraft, und wenn sie einen Ausfall des Verdienstes haben, können sie leider nicht an den Gerichtssitzungen teilnehmen. Deshalb muß vor allem im Parlament auf eine Erhöhung der Entschädigung hingearbeitet werden.

Wir sind mit dem Genossen Radbruch einer Meinung, daß endlich die einseitige Männerbeurteilung im Gericht aufhören muß. Die Männer verstehen es sehr gut, wenn ein Mann seine Frau in einer Eifersuchtsszene totschlägt. Aber daß diese Frauen, wenn sie gequält sind, auch einmal zu einem radikalen Mittel greifen, dafür haben sie kein Verständnis. (Widerspruch.)

Die Reform des Strafvollzugs ist eine Aufgabe der einzelnen Landesparlamente. Wir sind in Hamburg dabei, den Strafvollzug zu reformieren, werden aber dabei zum Teil noch durch die deutschnationalen Beamten gehindert. Unser Direktor in Hamburg hat gesagt, unsere Strafanstalt soll ein Krankenhaus sein, aber die deutschnationalen Beamten versuchen, diese Arbeit zu sabotieren. Wir finden häufig, daß die unteren Beamten nicht den Mut haben, uns zu helfen. Das Sperrgesetz ist ein großes Uebel für uns. (Bravo!)

Loeb-Frankfurt am Main: Ich vertrete in erster Linie einen Antrag, der noch nicht gedruckt vorliegt, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, beim Reichsfinanzministerium ein Reichskommissariat gegen Steuerhinterziehung zu errichten, in zweiter Linie einen Zusatzantrag zum Antrag Keil.

Am 21. August hallte Deutschland wider durch die Schüsse, die den Mann erschlugen, der bei Gründung des Reichsnotopfers aussprach: es darf in

Deutschland keine neuen Millionäre mehr geben. Helfferich ist es im deutschen Reichstag gelungen, einen Antrag durchzubringen, der die sogenannten Spekulationsgewinne dahingehend verbesserte, daß es sehr schwer ist, sie zu erfassen, ohne sie zum einmaligen Veräußerungsgewinn heranzuziehen. Auf dem letzten Bankiertag hat sich der Volksparteiler Rießer dagegen verwahrt, als ein roter Hund unter der schwarzen Meute den Mut hatte zu sagen, daß die Devisenspekulation mit Unterstützung aller Bankiers eine so ungeheuerliche Form angenommen hat. Auf dem Bankiertag ist ein fast einstimmiger Beschluß durchgegangen, wonach die Parteien dafür sorgen sollen, daß das Bankgeheimnis wieder hergestellt wird, daß insbesondere die Reichsabgabenordnung revidiert werde. Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag hat Geheimrat Duisberg und andere dieselben Forderungen erhoben, und man hat sich gegen die heutigen Steuern gewandt. Stresemann und Gothein haben eine Finanzreform vertreten, die wahrlich nichts mit dem zu tun hat, was Genosse Keil vorhin referierte.

Der Präsident des Reichsfinanzhofs hat auf dem Deutschen Juristentag erklärt, daß er im Reichsfinanzhof 75 Proz. aller Arreste, die die Landesfinanzämter gegen die Steuerhinterzieher erlassen haben, aufgehoben habe. Der Juristentag hat fast einstimmig beschlossen, daß die Reichsabgabenordnung zugunsten des Steuerzahlers, nicht zugunsten des notleidenden Reichs revidiert werden müsse, daß die einzige Möglichkeit, um dem Beispiel der Kaufmanns- und Gewerbegerichte nachzukommen, nämlich die Finanzgerichte durch direkte Wahl zu erhalten, abgelehnt würde und die Ausübung der Reichsfinanzhoheit den ordentlichen Gerichten übertragen würde.

Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums wären unmöglich, wenn die Finanzreform nicht von oben herunter sabotiert worden wäre. Aus diesem Grunde müssen etwas schärfere Worte in dem Zusatzantrag gebraucht werden, als sie im Antrag Keil enthalten sind. Alle Finanzämter erklären, daß sie sich nicht mehr durchfinden, daß sie nicht die Arbeitskraft aufbringen können, um die Einschätzung der Gelder der Steuerzahler zu erreichen. Ich sage dazu: weil es um die Republik und um Erzberger geht, wollen sie die Mittel nicht aufbringen, die wir unbedingt erhalten müssen. (Sehr richtig!) Das Reichsfinanzministerium hat die Veranlagung und die Erklärung zum Reichsnotopfer und zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs von Monat zu Monat verschoben. Es muß möglich sein, die Vermögen innerhalb von 4 Wochen nach einem durchgegangenen Gesetz festzustellen. Wir sehen aus den Vorlagen, die uns die Reichsregierung gemacht hat, daß selbst im Reichsfinanzministerium die erheblichsten Widerstände gegen den Reichskanzler und Reichsfinanzminister Wirth immer wieder getrieben werden. (Hört, hört!) Die Staatssekretäre Schroeder und Zapf sagen: Es ist unmöglich, weitere Gesetze zu machen, wir müssen sie scharf an die alten anlehnen, und wir sagen den Bankerott der Finanzverwaltung an, weil wir jetzt diejenigen Beträge erfassen müssen, die wir vorher nicht erfassen konnten. Wo war denn der Staatskommissar für Handel und Gewerbe, wo waren die Abgeordneten, die dafür gesorgt haben, daß dem freien Verkehr an der Börse Einhalt geboten wird? Sie haben es nicht getan, weil sie sich der Ohnmacht ihrer eigenen Haltung gegenüber dem Kapital bewußt sind.

Wenn wir die Reichsabgabenordnung und die Steuern richtig durchgeführt hätten, würden wir diese Zustände nicht haben, die heute bestehen. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung haben wir noch keine Finanzgerichte und zum großen Teil noch keine Finanzausschüsse gebildet. Wir brauchen die Verordnung, die wir im Antrag 229 empfohlen haben, Devisen

nur gegen die Fakturenvorlage oder gegen die Ordervorlage abzugeben und sie später durch die Zollkontrolle kontrollieren zu lassen.

Dann haben wir sehr schwere Momente in der Entwicklung der Finanzgebarung gesehen, soweit es sich um Entwertung der Sachwerte handelt.

Ich bin anderer Ansicht wie Genosse Keil. Genosse Keil sagte, daß er die Form, in der man diese Sachwerte erfaßt, heute nicht feststellen könne, um sich nicht parlamentarisch die Arbeit zu erschweren. Aber eins muß doch hervorgehoben werden. Diese Form muß unablösbar sein. Es darf nicht dem Kapital die Möglichkeit gegeben werden, etwa eine Erfassung von 25 Proz. abzukaufen, sondern die Beteiligung des Reiches an den Realwerten muß unlösbar sein. Das ist notwendig zur Durchführung seiner Währungsreform. (Sehr richtig!' Ich weise in bezug hierauf darauf hin, daß auch die schwebende Schuld unter allen Umständen mit in die Resolution Keil einbezogen werden muß. Was nützt es mir, wenn der Notenumlauf gekürzt wird und die Schatzwechsel riesenhaft in die Höhe gehen? Der Reichswirtschaftsminister Schmidt schätzt in seiner Denkschrift das Nationaleinkommen heute auf 28 Milliarden Goldmark. Das wären 280 Milliarden Papiermark. Nehmen wir an, daß die Reichseinkommensteuer durchschnittlich nur 20 Proz. oder auch nur 12 Proz. beträgt, dann müßte die Reichseinkommensteuer ca. 30 Milliarden erbringen. Nach dem Juniausweis der deutschen Reichseinnahmen erbringt sie lediglich ca. 20 Milliarden, demnach werden für zirka 100 Milliarden Einkommen die Steuern hinterzogen. Sie sehen also, wie die Entwicklung geht. Das Umsatzsteueraufkommen steigt ins Riesenhafte. Die Dividenden, die die Aktionäre bekommen, sind in Wirklichkeit keine Papierdividenden. Derjenige, der im Jahre 1914 100 000 Mk. Aktien besessen hat, besitzt heute zirka 7 000 000 Mk. Aktien. Wo findet sich in den Entwürfen des Reichsfinanzministeriums eine Besteuerung dieser ungeheuren Bezugsrechte, die dem deutschen Kapital gewährt werden? (Sehr wahr!)

Ich frage weiter: haben sich diejenigen, die sich mit dem jetzigen Angebot der deutschen Industrie einigermaßen befreunden, überlegt, wie dieses Angebot in den Büchern der deutschen Industrie aussieht? Wenn dieses Angebot auch nur in irgendeiner einigermaßen annehmbaren Form durchgeht, dann werden wir in den nächsten Jahren einen weiteren Rückgang der Körperschaftssteuer, der Kapitalertragssteuer und der Einkommensteuer erleben, weil es das glänzendste Mittel ist, um Reserven zu schaffen, die nicht versteuerbar sind. Wir dürfen uns doch nicht fortwährend vom Kapital an der Nase herumführen lassen. Genosse Keil hat darauf hingewiesen, daß der Staatssekretär Schröder in Brüssel versucht hat, die deutschen indirekten Steuern gegen die direkten Steuern auszuspielen, und Lloyd George hat ja dem Minister des Auswärtigen, Simons, auf der Konferenz in London erklärt, daß die Deutschen mit einem anderen Steuersystem als dem direkten an den Verhandlungstisch kommen müßten. Wenn Sie Gelegenheit haben, an den Sitzungen der Industrie und des Handels teilzunehmen, dann sehen Sie, daß der Plan in erster Linie darauf geht, zu zeigen, daß wir nicht zahlen können und möglichst die Entente zu zwingen, uns auf Grund des § 12 Anlage II Teil 8 Wiedergutmachung Absatz b indirekte Steuern in verstärktem Maße aufzuerlegen. Der internationale Kapitalismus ist in dieser Sache so solidarisch, daß es fast unmöglich ist, ihm beizukommen.

Wir müssen uns leider damit abfinden, daß die Steuerhinterziehungen des Kapitalismus immer größer werden. Um diesen Steuerhinterziehungen wenigstens in etwas entgegentreten zu können, brauchen wir eine solidere Ueberwachung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft durch sachverständige Leute, die hoch genug bezahlt werden, damit sie andererseits der Bestechung nicht anheimfallen. Amerika hat mit diesem System gute Erfolge gehabt, und

es ist heute in der Lage, seine direkten und indirekten Steuern abzubauen. Das kommt lediglich daher, daß man die unmoralische Steuerhinterziehung mit ebenso unmoralischen Mitteln bekämpfte. Ich weiß, daß sehr viele Leute sagen: ja, wir können doch einem deutschen Bürger keine Prozente dafür geben, daß er Steuerhinterziehungen herausfindet; das ist unmoralisch. In Art. 1 der deutschen Reichsverfassung steht: „Das Deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Jeder Staatsbürger ist also danach an der Regierung beteiligt, weil er seine Stimme abgeben darf, und was dem Staatsbürger recht ist, sollte der Vereinigung der Staatsbürger, der Republik, billig sein. Aus diesem Grunde verlange ich die Errichtung eines Reichskommissariats gegen Steuerhinterziehung, das sich ebenso gut bewähren wird, wie das in Amerika der Fall gewesen ist.

Dann habe ich weiter die Anregung zu geben, daß die Devisenbeschaffung endlich geklärt wird. Ich kenne die Schwierigkeiten, die vorliegen. Aber solange sie das Deutsche Reich nicht unablösbar an den Realwerten beteiligen, solange ist ein Fortschritt in der Entwicklung, eine Finanzreform, nicht möglich. Ich fordere daher die unablösbare Beteiligung. (Lebhafter Beifall.)

Biester-Hoysbüttel: Ich will einmal die Steuerfrage vom Standpunkte der Verwaltung aus betrachten. Genosse Keil hat die außerordentlich trübe Lage des Reiches geschildert. Noch verzweifelter ist die Lage der Kommunalverbände sowie die Lage der einzelnen Gemeinden. Den Gemeindeverbänden, den Selbstverwaltungskörpern weist man dauernd neue Aufgaben zu, nimmt ihnen aber immer wieder aufs neue Einnahmequellen. Sie sind daher, wenn es so weitergeht, gezwungen, ihre Arbeit, soweit Staatsaufträge in Frage kommen, einzustellen und zunächst ihre eigenen Arbeiten zu erledigen. Die einzige Steuer, die für sie von Wert ist, ist die Grundsteuer. Die Gemeinden können aber diese Grundsteuer nicht ohne Gefahr weiter erhöhen. Wir haben in unserem Kreise Gemeinden, die 20 pro Mille Grund- und Gebäudesteuer erheben. Wenn wir diese Steuer mit der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer vergleichen, dann kommen wir in einzelnen Fällen auf 20 000 Proz. der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer. Wir sind in den Kreisausschüssen soweit, daß wir jede Anleihe glatt genehmigen könnten; denn nicht wir genehmigen in Wirklichkeit die Anleihe, sondern die Bankiers. Wenn wir unsere Aufgabe erfüllen sollen, dann muß uns das Reich auch die Mittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind. Die Ueberweisung von Reichsmitteln wird aber in diesem Jahr wieder verringert. Wir müssen die Reichstagsfraktion bitten, die Zentralisation der Reichsverwaltung nicht zu überspannen, sondern daran zu denken, daß die Selbstverwaltungskörper notwendige Ausgaben haben, für die sie sonst keine Beträge einsammeln können.

Dann zu den Finanzämtern ein ganz kurzes Wort. Sie haben bislang ihre Aufgabe darin gesehen, Steuererklärungen entgegenzunehmen, große Verwaltungsräume zu mieten, und sie ersticken in der Flut des Papiers. Die Einrichtung der Reichsfinanzämter in der heutigen Form stellt eine kostspielige und unsinnige Einrichtung dar, wenn sie nicht gezwungen werden, mehr als bisher auf die Selbstverwaltungskörper Rücksicht zu nehmen.

Für außerordentlich bedenklich halten wir es, daß unsere Fraktion sich für die Beibehaltung der bisherigen Zwangswirtschaft eingesetzt hat. Die bisherige Zwangswirtschaft ist zum Tode verurteilt, weil sie ein unmögliches System darstellt. Was aber das Umlageverfahren anlangt, so stellt das jetzige Umlageverfahren die Kommunalverbände vor die Frage des Bankerotts. Dafür ein Beispiel. Unser Kreis haftet in bezug auf seine Lieferungspflicht bis 20 Millionen Mark. Gehen davon auch nur 10 Millionen Mark verloren, so bedeutet das

einen Verlust in der Höhe unseres gesamten Etats. Man hat für die Gemeinden das Umlagesoll festgesetzt, aber vergessen, das Lieferungssoll festzulegen. Man hat eine Beschwerdekommission gegründet, die die Beschwerden der Bauern gegen die Umlage der Kommunalverbände erledigen soll. In dieser Kommission sitzen der Landrat, ein Verbraucher und drei Erzeuger. Die Beschwerden werden unbeanstandet durchgelassen; das Lieferungssoll wird gestrichen. Das Umlagesoll ist aber da, und die Gemeinde soll den Unterschied zahlen, den wir in vielen Kreisen vorsichtig mit Millionen von Mark einsetzen müssen. Ein solches Umlageverfahren ist ein Ding der Unmöglichkeit, ist die Kosten nicht wert, die die Verwaltung erfordert. Hinweg mit einem Umlageverfahren, das an die freie Wirtschaft grenzt, einem Verfahren, das man durch sorgfältigen Einbau von Sabotagezellen schon beim Entstehen unwirksam gemacht hat.

Um gesunde Rechtsprechung zu sichern, verlangt man von uns, unsere Genossen in die Rechtsprechung zu bringen. Wir können es aber in den Kreisen nicht mehr verantworten, unsere Genossen als Schöffen und Geschworene vorzuschlagen, weil wir sie vermögensrechtlich aufs äußerste schädigen. Ein Mann, der 65 und 70 Mk. Tagelohn verdient, erhält 30 Mk. Entschädigung. Da kann man nicht erwarten, daß er nun für eine Zeit von vierzehn Tagen diese großen Verluste trägt. Unsere Reichstagsfraktion muß durchsetzen, daß der Ausfall an Arbeitslohn bezahlt wird; sonst ist jede Forderung der Demokratisierung der Justiz Unsinn.

Zur Fraktion selber das: die Genossen im Lande sind empört darüber, daß sie über die in Angriff genommenen gesetzlichen Maßregeln nicht genügend unterrichtet werden, während die Bürgerlichen ihre Vertreter außerordentlich gut unterrichten. Die Fraktion hat die Pflicht, uns so zu informieren, daß wir den Bürgerlichen gewachsen sind.

Ein kurzes Wort zum Verhältnis von Stadt und Land. Der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, hat Ausführungen gemacht, die für unsere Zukunft wichtig sind. Industriearbeiter und Landbevölkerung drohen vollständig auseinanderzugehen, wenn nicht endlich dafür gesorgt wird, daß die Industrie-, die Landarbeiter und Kleinbauern in ein gegenseitiges erträgliches Verhältnis kommen. Unsere nächste Aufgabe wird sein, die Kleinbauern zu neutralisieren. Wir können sie zwar noch nicht für uns gewinnen; aber wir müssen wenigstens versuchen, uns in die Psyche der Kleinbauern hineinzudenken und sie vorerst zu neutralisieren. Wir müssen uns die Frage ernstlich vorlegen, wie neutralisieren und wie gewinnen wir alle diejenigen, die Kopf- und Handarbeiter sind, die vom Arbeitsverdienst leben. Das kann man aber nur, wenn unsere Fraktion nicht nur Gesetze fordert und zum Beschluß erheben läßt, sondern es muß auch die Möglichkeit gegeben werden, sie zur Durchführung zu bringen. (Beifall.)

Schwartz-Zweibrücken: Das Fundament eines jeden Gemeinwesens ist die Finanzwirtschaft. Durch den verbrecherischen Krieg und die Kriegsfinanzpolitik ist die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Kommunen trostlos geworden. Man dürfte nicht zuviel behaupten, wenn man von einem katastrophalen Zustande spricht. Nun ist die Frage die: wollen wir uns willenlos diesem fürchterlichen Schicksal des Staatsbankerotts ausliefern? Wir brauchen keine Worte darüber zu verlieren, daß das nicht geschehen darf.

Wie steht es nun mit der Opferwilligkeit des deutschen Volkes? Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben ihre Pflicht auf diesem Gebiete mehr als erfüllt. Dazu kommt, daß die breite Masse des Volkes mit einer fast unerträglichen Last indirekter Steuern belastet ist. Der Besitz dagegen ist uns schon aus der Vorkriegszeit durch seine Steuerscheu bekannt geworden. Dieselben Kreise, die fortgesetzt zum Kriege gehetzt haben, deren Söhne während des Krieges reklamiert waren oder in den Etappen fette Pfründen innegehabt haben, sind frech genug, gewissermaßen mit dem Revolver in der Hand ihr angebliches Recht, die Befreiung von Steuern, verteidigen zu wollen. Wir brauchen unbedingt Mittel, um das Reich zu erhalten. Es sind Aufgaben zu erfüllen, die die letzte Stütze unseres Wirtschaftslebens bilden. Ich erinnere nur an die Behebung der Wohnungsnot, für die man von Reichs wegen bis jetzt nur die außerordentlich geringe Summe von 4,5 Milliarden ausgegeben hat. Wenn wir die Wohnungsnot einigermaßen beheben wollten, müßten wir mehr als zwanzigmal soviel aufwenden. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß wir in der Lage wären, der Wohnungsnot wirksam abzuhelfen. Trotzdem muß es die vornehmste Aufgabe unserer Fraktion sein, darauf hinzuwirken, daß für diesen Zweck unbedingt Mittel bereitgestellt werden. Die indirekte Besteuerung kann nicht herangezogen werden. Vielmehr muß der Besitz unter allen Umständen da gefaßt werden, wo er zu fassen ist. Der pfälzische Parteitag hat sich in dem Antrag 115 an den deutschen Parteitag mit dem Ersuchen gewandt, der Reichstagsfraktion den Auftrag mit auf den Weg zu geben, gegen die indirekten Steuern unter allen Umständen Front zu machen. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Vorsitzender **Taubadel**: Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß von unseren Genossen in Ludwigshafen folgendes Telegramm eingelaufen ist:

> Kurz vor acht Uhr heute früh brach über Ludwigshafen und Umgebung ein jetzt noch unübersehbares Unglück herein. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Abteilung Stickstoff, in Oppau erfolgten kurz hintereinander zwei ungeheure Explosionen, die einen großen Teil der Oppauer Werke in Trümmer legten. Das Unglück ist in seiner ganzen Schwere noch nicht zu überschauen. Bis Heidelberg, Frankfurt, Grünstadt, Landau waren die Wirkungen der Explosion zu spüren. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist riesig groß. Weitere Nachrichten folgen.

Der Parteivorstand hat unmittelbar nach Eintreffen der ersten Unglücksnachricht eine Sammlung für die Opfer dieser schrecklichen Katastrophe angeregt. Er hat als erster in die Sammelliste den Betrag von 5000 Mk. eingezeichnet. (Lebhaftes Bravo!) Das weitere wird von uns veranlaßt werden.

Wierbitzki-Hamburg: Gegenüber der erschütternden Tatsache, die uns soeben mitgeteilt worden ist, müssen wir uns als die Vertreter der unterdrückten Massen fühlen und haben als solche die Pflicht, dem Staat die Mittel zu schaffen, die Arbeiterschutzgesetzgebung und seine sozialen Aufgaben zu erfüllen. Die Berichterstatter, die auf die Erfassung der Sachwerte eingegangen sind, haben nicht gesagt, wie sie zur Schaffung dieser Sachwerte beitragen wollen. Wir müssen in der Landwirtschaft die Höchstleistung hervorrufen, indem wir eine vernünftige Bodenpolitik treiben, wir müssen von unserer Fraktion fordern, daß die Steuergesetze so auf das Landgebiet konzentriert werden, daß der unbebaute Boden nach seinem gemeinen Werte eingesetzt wird, als wenn er bebaut wäre. In diesem Sinne ist auch die Wohnungspolitik zu betreiben. Der Anteil des Staates an diesen Sachwerten muß sichergestellt werden. Daher empfehle ich, den Antrag 106 anzunehmen. Der Notschrei der Invaliden nach billigem Brot muß uns veranlassen, derer zu gedenken, deren Vertreter wir sind. Die deutsche Arbeiterschaft sieht in der Sozialdemokratie ihre gegebenen Vertreter, die Sozialdemokratie hat sich auf Koalitionspolitik eingestellt und zu deutscher Politik bekannt. Wir müssen jede indirekte Steuer ablehnen, bevor unsere Forderungen auf Heranziehung des Besitzes sichergestellt sind, sonst werden wir das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren. Wenn die Politiker sich

in dieser Beziehung festgelegt haben, müssen wir das Volk entscheiden lassen. Mit der Parole: Keine indirekten Steuern, bevor der Besitz entsprechend herangezogen ist, können wir ruhig einen Wahlkampf wagen.

Hellmann-Hamburg: Der hamburgische Antrag 153, der Kritik an der Existenz und Arbeitsweise des Reichsschulausschusses übt, ist zurückgezogen worden, weil unsere Landesorganisationen bei seiner Fassung von irrigen Voraussetzungen ausgegangen sind. Dagegen empfehlen wir Ihnen den Antrag 157, der sich gegen eine neunjährige höhere Schule als Fortsetzung der Grundschule wendet. Diese neunjährige höhere Schule ist ein Vorstoß der Schulreaktion, namentlich der auf ihre Standes- und Kastenpolitik eingestellten Oberlehrerschaft, gegen die Idee und die Verwirklichung der Einheitsschule. Deswegen lege ich den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Gründe, die sowohl vom Standpunkt unserer Staatswesen wie vom Standpunkt der Eltern begabter, aufstiegsfähiger Kinder es verbieten, daß man bei unseren heutigen Verhältnissen die Schule dreizehnjährig macht. Damit wird es der großen Mehrzahl des Teiles unseres Nachwuchses, der für die Einheitsschule in Betracht kommt, unmöglich gemacht, aufzusteigen, und die Einheitsschule wird verkümmert, ehe sie geboren ist. Das ist offensichtlich der Zweck des Vorgehens, und darum muß sich der Parteitag mit aller Schärfe dagegen aussprechen. Wir haben hier deutlich den Punkt vor Augen, wo der kulturelle Aufstieg der Massen von dem wirtschaftlichen Elend gefährdet wird, das Genosse Keil geschildert hat. (Sehr richtig!) Nicht nur der einzelne geistig arbeitende Proletarier darbt, auch die Schule als solche sowie unsere Kunst- und Kulturinstitute leiden Hunger, während eine kleine Oberschicht immer noch schwelgt. Die Schule, d. h. die Zukunft unseres Volkes, wird in der Entwicklung gehemmt, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse es uns verbieten, mit der Durchführung der Einheitsschule voranzukommen. In dieser Not machen die Gegner aus einer neunjährigen höheren Schule gewissermaßen eine Zidatelle, von wo aus sie jeden Fortschritt der Einheitsschule unmöglich machen wollen. Unsere ganze Schulreform erstarrt, wenn es uns nicht gelingt, diesen toten Punkt zu überwinden. Deswegen empfehle ich Ihnen, den Antrag 157 anzunehmen.

Antrag 158 richtet sich gegen die Ueberkonfessionalisierung des deutschen Volksschulwesens, gegen die Benachteiligung der weltlichen Schulen. Der Antrag hat aber den Mangel, daß er in seinen wesentlich begründeten Teilen überall nur negativ spricht, und den politischen Mangel, daß er verlangt, der vorliegende Entwurf des Reichsschulgesetzes solle von der Reichstagsfraktion „unter allen Umständen" abgelehnt werden. So kann man auch eine Schulpolitik nicht treiben. (Sehr richtig!) Wir wissen ja noch gar nicht, wie weit es uns möglich sein wird, den Entwurf zu verbessern. Darum schlage ich Ihnen vor, dafür den Antrag 328 anzunehmen. Damit würde unser Antrag 158 und auch die beiden Anträge 154 und 155 erledigt sein.

Wir müssen für die weltliche Schule einstehen, für die wir die Bahn durch das Dickicht der augenblicklichen Schulzersplitterung und das Dunkel der Schulreaktion freimachen müssen. Daher müssen wir ein Gesetz fordern, das der weltlichen Schule die Lebensmöglichkeit garantiert. Der Entwurf hat gewiß mit unserem Schulideal und unserer schulpolitischen Tradition nichts zu tun, aber kein wirklich politisch geschultes Auge kann verkennen, daß sich in dem Entwurf leider die augenblickliche Machtverteilung der Weltanschauungsparteien abspiegelt, wie sie durch die traditionelle konfessionelle Zersplitterung Deutschlands vorläufig gegeben sind. Deshalb halte ich es für richtig, diese sachliche Lage zu berücksichtigen und von da aus Stellung zu dem vorliegenden Entwurf zu nehmen, den wir in seiner jetzigen Form ablehnen, und dann auch gleich positiv zu sagen, was wir an die Stelle setzen wollen.

Ich beklage es und sehe darin eine Unreife, eine politische Würdelosigkeit und Kurzsichtigkeit, daß von einem kleinen Teile der Genossen die Abneigung gegen diesen Entwurf in kleinbürgerlich hergebrachter Weise auf einzelne Persönlichkeiten unserer Partei gerichtet ist, die infolge der politischen Verhältnisse an diesem Entwurf haben mitarbeiten müssen. Wir dürfen nicht bewährten Genossen vorwerfen, daß sie mit ihrem Namen und ihrer Hilfe eine „Kulturschmach" gedeckt haben und „ärgstes Mißtrauen" verdienen. Ich wünsche für die Zukunft, daß die Entrüstung eingesetzt werde zur Aufklärung der Massen, zur Gewinnung der Väter und Mütter in unseren eigenen Reihen für die weltliche Schule und sich in politische Energie umsetze zur Ueberwindung der tatsächlich vorhandenen Hindernisse, die in der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes liegen.

Der Fortgang der Schule hängt nicht von den Schulpolitikern und nicht von den Schulministern ab, sondern von der großen Masse der Eltern, die Einsicht gewinnen in die Notwendigkeit und die Wege der Schulreform und die Macht gewinnen, verantwortlich und entscheidend bei ihrer Durchsetzung mitzuwirken. Deshalb ist die möglichste Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten in allen Erziehungs- und Schulfragen ein Grundsatz, auf dessen Boden wir uns ebenfalls zu stellen haben. Ich bitte Sie daher, sich auf den Standpunkt dieses Antrages zu stellen und nicht nur in formellen Resolutionen, sondern in lebendigem Kampfe für die Aufklärung in den Reihen unseres Volkes für die weltliche Schule einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Tregner-Bredeneck: Als unsere Partei nach der Revolution die Regierung übernahm, war die erste Forderung, unser Wirtschaftsleben unangetastet zu lassen und möglichst ungeschwächt zu erhalten. Andererseits wurde dem erwerbstätigen Volke Friede, Arbeit und Brot versprochen. Heute sehen wir, daß diese beiden Vorhaben durch die bisher herrschenden Klassen illusorisch gemacht worden sind. Die Kreise, die das Wirtschaftsleben beherrschen, haben ungeheure Vorteile herausgeschunden, während das Elend der erwerbstätigen Bevölkerung immer größer wurde, so daß das Wirtschaftsleben nicht mehr stabil ist und wir die Aufgaben des Friedensvertrages nicht erfüllen können. Von dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens haben wir bisher wenig gesehen. Das Fundament unseres Volkes und unseres Wirtschaftslebens liegt in der Landwirtschaft. Während die Konzentration des Großkapitals in der Industrie schon große Gefahren für die Allgemeinheit bedeutet, ist es mit der Konzentration des Großkapitals in der Landwirtschaft viel schlimmer. Hier sitzen die Kreise, die die Allgemeinheit immer nur dazu benutzt haben und noch benutzen, um selbst ein bequemes Dasein führen zu können. Es hat daher eine Entwicklung Platz gegriffen, die an mittelalterliche Zustände erinnert. Landarbeiter, Kleinbauern und Pächter leben auf manchen Gutsbezirken in Verhältnissen, die mit der heutigen Staatsform nicht in Einklang zu bringen sind. Ein Gutsbesitzer kann heute in manchen Bezirken über Wohl und Wehe der gesamten Einwohnerschaft verfügen. Unsere Fraktion muß daher dafür eintreten, daß diese der modernen Auffassung widersprechenden Einrichtungen beseitigt werden. Ich bitte daher den Parteitag, die Anträge 134, 135 und 136 zu unterstützen, damit es uns möglich wird, eine freiheitliche Entwicklung durchzuführen und so der Allgemeinheit zu dienen. In erster Linie müssen wir darauf dringen, daß unsere erwerbstätige Bevölkerung billig ernährt wird und an Lohn das erhält, was sie zur Lebenshaltung braucht. Dazu muß aber unbedingt eine Verbilligung der ganzen Lebenshaltung herbeigeführt werden.

Dazu ist es notwendig, daß wir die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens untersuchen. Deshalb haben wir unsere Anträge gestellt, damit hier endlich

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

Remedur geschaffen wird. Die Gewalthaber des Wirtschaftslebens richten ihr Leben so ein, wie es den Herrschaften paßt. Wir müssen denen, die stets nach dem starken Mann rufen, mit unseren proletarischen Arbeitsfäusten zeigen, wie sie zur treuesten Pflichterfüllung und zu Opfern für die Allgemeinheit gebracht werden können. Wenn uns das nicht möglich ist, nützt uns der Ruf nach Einigkeit nichts. In diesem Sinne müssen die Fraktionen und die Mitglieder der Regierung alle Kräfte anspannen. Ist es nicht eine Schande, daß das deutsche Volk sich noch einen Helfferich im Reichstag gefallen läßt, dem wir die Verhältnisse zuzuschreiben haben, unter denen wir leiden? Hätte dieser Mann eine andere Steuerpolitik im Kriege geführt, so wären wir jetzt nicht in diesem Elend. Wir fordern scharfes Zugreifen. Zeigen wir jenen Kreisen, daß wir den starken Mann abgeben können, der sie zu treuester Pflichterfüllung auf allen Gebieten anhält. (Beifall.)

Der Vorsitzende **Taubadel** teilt mit, daß es im Antrag 329 in der ersten Zeile statt „nur" heißen muß: „nicht".

Die Beschwerdekommission wird gebeten, morgen vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung im Restaurant der Stadthalle zusammenzutreten.

Genosse Brouckère hat telegraphisch seine Ankunft mitgeteilt und wird zu Beginn der Nachmittagssitzung dem Parteitag die Grüße der belgischen Sozialisten übermitteln. (Bravo!)

Vom Genossen Wissell ist folgendes Schreiben eingegangen:

An das Bureau des Parteitags.

Ich muß heute einer wichtigen Sitzung wegen nach Genf fahren und bitte deshalb meine Abwesenheit für die nun folgende Zeit entschuldigen zu wollen.

Görlitz, den 20. September 1921. Rud. Wissell.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Schriftführer: Frau Bollmann-Halberstadt, Lutz-Worms und Vogel-Nürnberg.

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossen! Sie haben mit lebhaftem Beifall die Mitteilung begrüßt, daß der belgische Parteivorstand beschlossen hat, unseren Parteitag durch den Genossen Brouckère zu beschicken. Er war durch wichtige geschäftliche Dinge in Belgien abgehalten worden, früher einzutreffen. Ich handele in Ihrer aller Sinne, wenn ich ihn bitte, das Wort zu ergreifen, um die Grüße der belgischen Partei zu überbringen. Er hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, dies Ihnen gegenüber zu tun. (Lebhafter Beifall.)

Brouckère-Brüssel hält in französischer Sprache seine Begrüßungsansprache, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird.

Zur Uebersetzung erhält das Wort:

Adolf Braun-Berlin: Genossen! Die Tagesordnung Ihres Parteitags ist zu wichtig, um lange hier zu sprechen. Aber ich würde eine Unterlassungssünde begehen, wenn ich Ihnen nicht den Willkommensgruß der belgischen Partei überbrächte. Wichtige Fragen der Politik haben mich aufgehalten. Trotzdem hat der Vorstand der belgischen Partei mich beauftragt, wenn auch verspätet, zu Ihnen zu kommen, um Ihnen zum Ausdruck zu bringen, wie eng die Verbindung der belgischen Partei mit der deutschen Partei ist. (Bravo!)

Zu den Anlässen, die mich schon oft im Laufe der letzten Jahre nach Deutschland geführt haben, kommt diesmal noch ein weiterer: Ich hatte Ihnen einen Gegenbesuch zu machen für den, mit dem uns ein Vertreter der deutschen Arbeiter vor kurzem erfreut hat.

Ein deutscher Parteigenosse von großem Ansehen, Sassenbach, der seit langem mit uns befreundet war, war bei uns zu Besuch. Das hat einige Zwischenfälle hervorgerufen. Die Nationalisten haben gegen diesen Besuch manifestiert. Auf die Nachricht von dieser Absicht haben die Arbeiter des ganzen Bezirks ihre Fabriken verlassen und die Bergwerke geleert. (Lebhafter Beifall.) 15 000 belgische Arbeiter haben sich versammelt, um sich einer Demonstration von 150 Nationalisten entgegenzusetzen. (Bravo!) Die Ankunft Sassenbachs und die Manifestation haben bedeutsame politische Folgen.

Wir sind im vollen Wahlkampfe; es scheint, daß sich unsere bürgerlichen Parteien mit Gewalt auf den Zwischenfall Sassenbach werfen wollen. Gerne treten wir auf dieses Kampffeld. Ich habe die Gewißheit, daß das belgische Volk durch seine Abstimmung zeigen wird, daß es lebhaft eine Politik des freundlichen Zusammenwirkens und des Friedens wünscht. Weil das unsere Gegner nicht wollen, werden wir stolz die Frage der Internationale in den Vordergrund unserer Wahlbewegung stellen.

Die belgischen Genossen hegen die heißesten Wünsche für die Arbeiten dieses Parteitags. Ein großes Interesse folgt Ihren Verhandlungen. Die belgischen Genossen wissen, von welch ungeheurer Bedeutung die Einheit des Proletariats sein wird. Sie folgen mit dem größten Interesse den Beschlüssen dieses Parteitags und auch Ihrer Resolution vom gestrigen Tage. Die Einheit der Arbeiterbewegung in Deutschland wird auch für die ganze Internationale von größter Bedeutung sein. Diese Einheit der Arbeiterbewegung ist der Schlüssel zum Siege der Arbeiterklasse.

Ich freue mich über die Fortschritte der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Wir wissen, daß die Sozialdemokratische Partei in Deutschland die Verteidigerin der Republik ist. Mit der größten Aufmerksamkeit haben wir die Demonstration der 500 000 Berliner Arbeiter und der Millionen Arbeiter in Deutschland für die Sicherung der Republik verfolgt. Das sind Ereignisse, die auch auf Belgien zurückwirken und dort die größte Freude hervorrufen. Die Verteidigung und Konsolidierung der deutschen Republik ist die sicherste Gewähr des dauernden Friedens für Europa.

Europa kann nicht auf den Frieden verzichten, auf den wahren Frieden, der kein Volk außerhalb des Völkerrechts und außerhalb der Gemeinschaft der Völker läßt. Die Bedingung hierfür ist die Aufrechterhaltung der deutschen Republik. Wir werden nicht unsere Pflicht vernachlässigen, hieran ohne Unterlaß unsere herrschenden Gewalten zu erinnern.

Wir empfinden auch die Verantwortlichkeit für die Internationale, deswegen sehen wir mit großer Freude, wie die Sozialdemokratie in Deutschland sich stärkt.

Die Republik muß in Deutschland gesichert werden. Aber wir haben auch das größte Interesse daran, daß die Wirtschaft in Deutschland gesichert wird. Die deutsche Reichsmark lebt nicht isoliert in der Welt. Die belgischen und französischen Franken steigen und fallen mit der Mark. So wenig wahrscheinlich es erschien, es hat sich ergeben, daß die Solidarität der europäischen Wirtschaft immer wieder zum Ausdruck gelangt.

Sie wissen, daß neben Ihren sonstigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Reparationsverpflichtungen für Sie eine schwere Sorge sind. Auch bei uns liegen ähnliche Probleme vor, um die Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege herbeizuführen. So sehen wir, daß die Probleme in Deutschland Probleme der ganzen Welt sind. Wir müssen nach einer Lösung suchen auf Grund

der Gerechtigkeit und des guten Willens. Wichtig ist für uns vor allen Dingen die Wiederherstellung der Internationale, das völlige Ende der Methode des Krieges. In diesem Sinne freue ich mich, hier, wo Sozialismus und Demokratie gesichert werden, die besten Wünsche der belgischen Sozialdemokratie überbringen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Wels**: Der Dank der deutschen Arbeiterschaft klang Ihnen, Genosse Brouquère, aus dem Beifall des Sozialdemokratischen Parteitags entgegen. Seien Sie überzeugt: nicht einer ist hier im Saale, dem das Herz nicht bebte vor freudiger Erregung über die Solidaritätskundgebung der belgischen Arbeiter für den Vertreter der deutschen Arbeiter, Genossen Sassenbach, gegen nationalistischen Uebermut und nationalistische Hetze. Wir geloben Ihnen, daß unser Kampf gilt der Niederwerfung der Reaktion in Deutschland, die Sie auch auf Ihrem Gebiete bekämpfen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wir fahren in den Verhandlungen fort.

Wimmer-München: Genosse Hoch wie Genosse Keil haben in ihren Schilderungen ein sehr düsteres Bild unserer wirtschaftlichen und finanziellen Zukunft gegeben. Wir müssen bei unserer Kritik betrachten, was in den letzten Jahren geschehen ist und was anders gemacht hätte werden können. Eine große Rolle spielt dabei die mit Riesenschritten vor sich gehende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Wir haben in der Zeit vor dem Kriege behauptet, daß die Arbeiterklasse sich in der relativen Verelendung befindet. Während und nach dem Kriege hat sich dieses Verhältnis in das System der absoluten Verelendung umgestaltet. Wenn wir heute aussprechen müssen, daß wir diese Verelendung nicht aufhalten konnten, so wissen wir, daß die wirtschaftlichen Probleme letzten Endes Fragen der politischen Macht sind. Solange wir die politische Macht nicht restlos besitzen, werden wir diesen Uebelstand nicht abstellen können. Manchmal gibt es aber Gelegenheiten, wo Ausgleiche geschaffen werden können. Solche Gelegenheiten gab es auch im vergangenen Jahre. Das Reich hat als Arbeitgeber bei den Lohnbewegungen aller im Staat Beschäftigten nicht immer, auch mit unserer Mitwirkung, die Lösung gefunden, die wir als Sozialisten grundsätzlich immer gefordert haben. Das gilt insbesondere auch für die Besoldungsreform der Beamten, die durch die Teuerung schon überholt ist. Zu Beginn dieses Jahres wurden erneute Verhandlungen geführt, deren Resultat die prozentuale Erhöhung war, die namentlich die unteren Schichten nicht befriedigt. Wenn bei der weiteren Steigerung der Preise diese Frage wieder akut wird, muß unter allen Umständen eine andere Lösung möglich sein. Eine solche Gelegenheit war erst unlängst geboten. Die Reichsregierung hat sich vor den entscheidenden Verhandlungen mit den Fraktionsvertretern besprochen. Dabei ist auch das System, das im Januar sehr bekämpft worden ist, wieder angewandt worden. Die Reichstagsfraktion muß mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß auf dieser Grundlage unmöglich weitergearbeitet werden kann. (Sehr richtig!) Denn die Auswirkungen sind so unsozial, daß sie mit den Grundsätzen unserer Partei nicht vereinbar sind. Tausende von unteren Beamten zählen sich zu unserer Partei, und deswegen sind wir verpflichtet, ihnen das zu geben, was sie absolut zur Bestreitung des erhöhten Lebensaufwands brauchen.

In diesem Zusammenhang komme ich auf die Kinderzulagen und den Sozialohn im Gegensatz zum Reallohn. Die in Staat, Reich oder Gemeinde Beschäftigten stehen zweifellos etwas gesicherter da als die in der Privatindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten. Die Kinderzulagen müssen für alle Arbeiter ausgebaut werden, soweit ihre Einkünfte unter einem noch festzustellenden Existenzminimum liegen. Das läßt sich ermöglichen. Wenn entgegengehalten wird, daß wir dazu die Mittel nicht haben, so stellen wir uns als Sozialisten

auf den Standpunkt: sind die Mittel für den einen Teil vorhanden, so müssen sie auch für den anderen Teil da sein, denn wenn wir schon zugrunde gehen sollen, so sollen wir gleichmäßig zugrunde gehen. Wenn feststeht, daß Reichs- und Staatsbeamte mit 35 000 und 40 000 Mark jährlichem Einkommen Kinderzulagen von jährlich 1800 Mark beziehen, während die Arbeiter mit 10 000 und 12 000 Mark Einkommen in dieser Zeit der Teuerung nichts bekommen für ihre Kinder, so ist es an der Zeit, danach zu streben, auch den Untersten auf diesem Gebiet dasselbe zu geben im Interesse der Erhaltung ihrer Familie.

Ich komme ganz kurz auf ein Gebiet zu sprechen, das ebenfalls hier behandelt werden muß, nämlich auf das Gebiet der Steuerleistung der schaffenden Volkskreise. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das System des Steuerabzugs das gerechteste System ist, weil es dem Staat am ehesten zu den Mitteln verhilft, die er braucht, andererseits aber auch die Leistungsfähigkeit berücksichtigt. Dieses System des Lohnabzugs ist mittlerweile zu dem sogenannten Lohnsteuergesetz umgestaltet worden. Wir sehen aber auf der anderen Seite, daß die deutschen Arbeitgeber bis zum heutigen Tage nicht in derselben Weise wie die schaffenden Kreise zur Steuer herangezogen worden sind. Ich möchte den Genossen Hoch und Keil eine Anregung unterbreiten, die dahin geht, von jedem Arbeitgeber pro Arbeiter für die einzelnen Monate einen gewissen Teil von dem Einkommen einzuziehen, das er durch die Mehrwerte aus den von den Arbeitern geschaffenen Produkten zieht, so daß also der Arbeitgeber ebenso in Raten herangezogen wird wie der Arbeiter. Diese Anregung ließe sich vielleicht, wenn sie richtig durchgearbeitet wird, verwerten. Wir müssen in der heutigen Zeit zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten, um aus dem Elend herauszukommen. Wenn auf diesem Gebiet gearbeitet wird, dann glaube ich, daß wir neue Anhänger für unsere Partei gewinnen und daß wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken können. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Schröder**-Altona: Genossen und Genossinnen! Ich möchte Sie bitten, dem Antrag 300, der von Kiel gestellt ist, Ihre Zustimmung zu geben. Er betrifft eine besondere Wahrnehmung der Interessen der Taubstummen seitens der Reichstagsfraktion. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß den Wünschen der Taubstummen soweit wie möglich entgegengekommen werden muß, um ihr schweres Schicksal zu erleichtern.

Ich möchte mir dann noch einige Worte zu der Resolution Radbruch Nr. 327 und zum Antrag Nr. 322 (Knack) gestatten. Es handelt sich dabei um Fragen, die heute noch so wenig geklärt sind, daß selbst eine Einigkeit innerhalb der einzelnen Fraktionen nicht vorhanden ist. Wir haben bereits bei der Verfassung, die uns den Weg für diese Fragen ebnet, erlebt, daß weder die Koalition noch einzelne Fraktionen in diesen Fragen einig waren. Ich meine hier namentlich die Frage des unehelichen Kindes und der unehelichen Mutterschaft, dann den § 218, der die Schwangerschaftsunterbrechung betrifft, und die Frage der Frau im Justizwesen. Im Reichstag erleben wir bei der Verhandlung dieser Fragen immer etwas, auf das ich besonders hinweisen möchte. Genosse Radbruch hat so warm hervorgehoben, wie wichtig es ist, den unehelichen Kindern ihr Recht zu verschaffen. Es ist aber ganz aussichtslos, in der Frage der unehelichen Mutterschaft weiterzukommen, solange das Reich und der Staat als Arbeitgeber die uneheliche Mutterschaft noch für eine derartige Schande hält, daß sie glauben, die uneheliche Mutter werdende Beamtin nicht in ihrem Betriebe behalten zu können. Als wir im Reichstag diese Frage erörterten und den Antrag stellten, wonach keine Beamtin entlassen werden sollte lediglich, weil sie unehelich Mutter ist, ist dieser Antrag mit einer einzigen Stimme Mehrheit abgelehnt worden. Das geschah nicht etwa, weil

tatsächlich das Parlament in seiner knappen Mehrheit Gegner unseres Antrages war, sondern deswegen, weil es im letzten Augenblick den Vertreterinnen der Beamtenorganisationen gelungen ist, Reichstagsabgeordnete, sowohl männliche wie weibliche, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, die innerlich auf dem Boden unseres Antrages standen, zur Stimmenthaltung zu veranlassen.

Dasselbe erleben wir bei der Frage des § 218 und bei der Frage der Frau als Schöffe und Geschworene. Von seiten der Gegner unserer Anschauungen wird unausgesetzt versucht, nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Abgeordneten, d. h. die Gesetzgeber, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wir erhalten im Reichstag täglich einen Stoß von Eingaben mit Hunderten und Tausenden von Unterschriften, die von Organisationen und von einzelnen Personen gesammelt werden, die ein Interesse an der Ablehnung unserer Anträge haben. Wir können es erleben, daß unsere gesamte bürgerliche Presse gegen unsere Anträge Stellung nimmt. Aber wir erleben es leider nicht, daß von denen, die hinter uns stehen, Eingaben eingereicht werden. Wir erleben es viel zu wenig, daß unsere eigene Presse sich auf unsern Standpunkt stellt. (Sehr richtig!) Hier ist es notwendig, daß unsere Presse und unsere Organisation öffentlich zeigen, daß sie hinter uns stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb wollte ich Sie bitten, in Ihrer Agitation, in Ihren Versammlungen immer wieder zu verlangen, daß die Stellung der Frau eine solche wird, wie sie einzig und allein der deutschen Republik würdig ist. Das ist in erster Linie Aufgabe unserer Genossinnen, aber dabei müssen die Organisationsvorsitzenden, die Genossen unseren Genossinnen helfen. Ich habe mir erzählen lassen, daß es heute noch Vorsitzende von Ortsvereinen gibt, die glauben, ihre Mitgliederversammlungen nicht mit solchen Fragen beschäftigen zu dürfen, weil sie nicht wichtig genug wären. Wir haben soeben mit innerer Erregung das wundervolle Bild gesehen, daß der Genosse Wels sich mit dem Vertreter unserer belgischen Bruderpartei die Hand gereicht hat. Unsere Herzen haben deswegen höher geschlagen, weil der fürchterliche Krieg hinter uns liegt. Wenn wir aber wollen, daß künftig Kriege verhindert werden, dann ist es in erster Linie notwendig, daß die Frauen Kinder erziehen, die keine weiteren Kriege wollen. (Sehr richtig!) Dazu ist es erforderlich, daß die alten Vorurteile überwunden werden, daß Presse und Organisation zusammen mit den Abgeordneten überall zu diesem Zweck zusammen arbeiten. Genossen, helfen Sie uns ein Frauengeschlecht zu schaffen, das neue Menschen zu gebären und zu erziehen imstande ist. (Lebhafter Beifall.)

Leber-Jena: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand lenken, den der Genosse Hoch in seinem mündlichen Bericht nicht erwähnt hat, der aber im schriftlichen Bericht über die Reichstagsfraktion Erwähnung findet. Die Frage der Besoldungsregelung der Reichs- und Staatsbeamten ist jedenfalls so wichtig, daß auch diese Frage einmal besprochen werden muß, zumal die Genossen in den einzelnen Landesparlamenten damit viel zu tun haben. Das Reich hat ein Sperrgesetz erlassen, welches den Ländern eine besondere Regelung der Besoldung der Staatsbeamten verbietet oder wenigstens nicht in vollstem Umfange zuläßt. Gegen dieses Sperrgesetz an sich haben wir Sozialdemokraten auch in Thüringen nichts einzuwenden, aber wie die Besoldungsordnung durch das Sperrgesetz festgelegt worden ist, kann unsere Zustimmung nicht finden. Das Sperrgesetz schreibt vor, daß die Besoldungsordnung aus 13 verschiedenen Gruppen besteht und daß außerdem noch drei Sondergruppen in Frage kommen. Acht Besoldungsgruppen würden vollkommen genügen. (Sehr richtig!) Wir in Thüringen sind weiter der Meinung, daß man mindestens die ersten drei Gruppen zusammenfassen kann. Was hat es für einen Zweck, daß ein Parkwärter, ein Diener am Amts- oder Landgericht in einer besonderen Gruppe eingestuft werden? Auch genügt das Existenzminimum, das für diese Gruppen festgelegt ist, bei weitem nicht. Mit 9200 Mark kann ein solcher Beamter mit seiner Familie nicht auskommen. Wir als Abgeordnete im Thüringer Landtag hätten das Einkommen dieser Beamten zweifellos bedeutend erhöht, wenn nicht das Sperrgesetz dem entgegenstände. Unsere Parteigenossen im Reichstag müßten den bürgerlichen Abgeordneten begreiflich machen, daß die Differenz zwischen 9200 und 50 000 Mark in den obersten Beamtengruppen viel zu groß ist. Damit würden sie den Abgeordneten in den Landesparlamenten einen außerordentlich großen Dienst erweisen. Erst wenn die Aenderungen, von denen ich gesprochen habe, vorgenommen werden, wird es möglich sein, einigermaßen Zufriedenheit unter der Beamtenschaft herbeizuführen.

Ich komme weiter zu der Frage der Sozialisierung. Genosse Hoch hat darüber berichtet, wieweit wir in bezug auf die Sozialisierungsfrage heute gekommen sind. Auf dem Parteitag in Cassel erklärte der Genosse Müller, es müsse jetzt mit aller Energie darangegangen werden, daß Kohle, Eisen usw. in der allernächsten Zeit sozialisiert werden. Wenn nun seit einem Jahr in dieser wichtigen Frage keine Fortschritte gemacht worden sind, dann müssen wir die Reichstagsfraktion dringend ersuchen, die Frage der Sozialisierung energischer zu betreiben, als es bisher geschehen ist. Wir sind der Meinung, daß Kohle, Erze, Eisen usw. zweifellos zur Sozialisierung reif sind. Auch in den Ländern spielt die Frage der Sozialisierung mitunter eine Rolle, und wir müssen bei gewissen Vorlagen auch dazu Stellung nehmen. Da wird uns aber immer vom Ministerium gesagt: „Ja, hier kommt das Reich in Frage, und solange das Reich nicht mit gutem Beispiel vorangeht, sind wir nicht in der Lage, irgendetwas in dieser Sache zu tun. Ich bitte nochmals dringend, in dieser Beziehung in Zukunft nicht nur Versprechungen zu machen, sondern auch etwas Positives zu leisten.

Wir haben hier mehrere Anträge zu verteidigen. Es liegt ein Antrag aus Jena vor, in dem verlangt wird, daß das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angenommene Programm zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft vom Parteitag angenommen wird. Ein weiterer Antrag fordert die Annahme eines Kohlenwirtschaftsgesetzentwurfs (Vorschlag I der Sozialisierungskommission) durch den Parteitag. Wenn diese beiden Anträge angenommen werden, dann besteht die Hoffnung, daß es vielleicht vorwärts gehen könnte. Wir sind der Auffassung, daß gerade diese wichtige Frage außerordentlich ernst genommen werden muß und daß in Zukunft mehr zu geschehen hat, um den Arbeitern nun endlich etwas Positives auf diesem Gebiete zu unterbreiten. (Beifall.)

Kann-Frankfurt a. M.: Wir in Frankfurt haben zusammen mit der USP. und der VKPD. einer Resolution zugestimmt, die sich für die Freilassung der politischen Gefangenen ausgesprochen hat. Diese Resolution hat wie so manches andere, was wir in Frankfurt getan haben, das Mißfallen der Parteileitung erregt. Ich will Ihnen sagen, warum wir für diese Resolution eingetreten sind. Wir sind in Frankfurt der Meinung gewesen, daß die Gerechtigkeit eine Sache ist, die alle anständigen Menschen ohne Unterschied der parteipolitischen Stellungnahme angeht. Wir lassen uns nicht suggerieren, wie es geschehen ist, daß wir für die Gewaltpolitik eines Max Hölz zu haben sind, daß wir irgendwelche Schwierigkeiten machen, wenn es gilt, einmal nach rechts energisch durchzugreifen. Aber wir haben klar erkannt, daß es auf diesem Wege nicht weitergeht. Ich selber arbeite mit einem kommunistischen Anwalt zusammen und ich weiß, wieweit das, was in den letzten Monaten in Deutschland geschehen ist, von Gerechtigkeit entfernt ist. Wer die Urteile, die in der letzten Zeit ergangen sind,

aufmerksam verfolgt, der weiß, woher der Wind weht. Man hat jetzt oft das Empfinden, als hätte die Göttin der Gerechtigkeit, die man sich früher mit einer Binde vor den Augen vorstellte, nach rechts Scheuklappen, um nicht zu sehen, was dort vorgeht, und als habe sie ein giftiges Auge gegen links, das mehr erkennt, als tatsächlich geschieht. Der Bamberger Juristentag hat bestritten, daß die augenblickliche Rechtsprechung ein Mittel zur Erreichung staatlicher Zwecke sei. Er hat betont, daß sie lediglich der Gerechtigkeit diene. Ich glaube, daß die Rechtsprechung in Deutschland sogar parteipolitischen Interessen dient. Von den Kapperbrechern ist immer noch keiner hinter Schloß und Riegel. Ich erinnere an die Hanswurstiade, mit der Jagow das Reichsministerium verspottet hat; ich erinnere weiter an den Aulockprozeß in Breslau, bei dem das Reichsgericht die Amnestie für diese Banditen zur Anwendung gebracht hat. Wenn überhaupt ein Ministerium in Preußen von uns besetzt werden soll, dann das Justizministerium. Ich gehe nicht in allen Punkten mit dem Genossen Radbruch konform. In der Zivilgerichtsbarkeit wird es dabei bleiben müssen, daß gelehrte Richter rechtsprechen. Wir verlangen den Ausbau der paritätischen Gerichte, einen Ausbau des Bürgerlichen Gesetzbuchs in dem Sinne, daß die Arbeitskraft geschützt wird, daß die wirtschaftlich Schwachen geschützt werden und daß alle diejenigen Bestimmungen beseitigt werden, die auf eine Uebertaxierung des Eigentums hinauslaufen. Etwas ganz anderes ist es mit der Strafgerichtsbarkeit. Ich verweise auf unsern Antrag Nr. 333. Die Strafgerichtsbarkeit ist eine rein proletarische Angelegenheit. Wir verlangen, wie es auch tatsächlich im Gerichtsverfassungsgesetz steht, daß der Staatsanwalt lediglich als politischer Beamter gilt und daß die verantwortlichen Generalstaatsanwälte mit der politischen Konstellation wechseln. Wir verlangen weiter, daß der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs in unserem Sinne ausgebaut wird. Ich erinnere unter dem Eindruck des Unglücks in Oppau daran, daß unser Gesetzbuch keine Bestimmung hat, die die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen gewährleistet.

Mit sehr schwerem Herzen haben wir den Antrag 331 gestellt. Ich bin der Meinung, daß das deutsche Richtertum das Vertrauen, das wir in das Richtertum setzen, mißbraucht hat, und die breite Masse wird es nicht verstehen, wenn wir uns unbedingt an der Unabsetzbarkeit der Richter festklammern. Wir bitten, eine Kommission einzusetzen oder der Parteileitung diesen Auftrag zu geben, um Mittel und Wege zu finden, auf denen es gelingt, über das Problem der Unabsetzbarkeit der Richter hinwegzukommen. Bis dahin verlangen wir die Wahl des Laienrichtertums durch das Volk unter Ausschluß jeder Art von Verwaltungsbehörde. Der jetzige Zustand schafft nur nach links Märtyrer, die außerordentlich gefährlich sind, und nach rechts gibt er den reaktionären Kreisen das Gefühl der Sicherheit, daß ihnen doch nichts passieren kann. Lesen Sie das Buch: „Drei Jahre Mord" von Gumbel, und Sie werden an den nackten Tatsachen erkennen können, wie berechtigt unsere Forderungen sind. Der Königsberger Philosoph hat einmal gesagt, daß, wenn es keine Gerechtigkeit mehr gebe, es sich überhaupt nicht rentiere, daß Menschen leben. Für uns ist Gerechtigkeit und Sozialismus dasselbe. Wir kämpfen für beides um der größeren Freiheit willen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Knack-Hamburg: Ich bitte in dem Antrag 322 die Aenderung vorzunehmen, daß in dem einleitenden Satz in der zweiten Zeile statt „Reichsregierung" gesagt wird „Reichstag", und später dann folgerichtig statt „daß sie" gesetzt wird „daß er".

Es ist vom Genossen Radbruch unter allgemeinem Beifall darauf hingewiesen worden, welche Erfolge von der Mitarbeit der Frauen in der Rechtsprechung zu erwarten sind. Wenn wir aber auf diesem Standpunkt stehen, müssen wir uns mit aller Energie hinter die Resolution stellen, die auf der Reichskonferenz gefaßt worden ist. Diese Resolution enthält in geschickter Zusammenstellung die wesentlichen Probleme auf dem Gebiet der Sexualreform, die in kürzester Zeit gelöst werden müssen. Derjenige, welcher weiß, mit welch tiefem Ernst die Frauen versuchen, dem Geist der neuen Sittlichkeit vorzuarbeiten, muß sie darin rückhaltlos unterstützen. Wer das gewaltige Elend kennt, das tagtäglich die geschlechtlichen Ansteckungen über die Jugend bringen, wer da weiß, wie manches Frauenleben dadurch zugrunde geht und wie zahllose Frauen chronischem Siechtum verfallen dadurch, daß der § 218 RStrG. immer noch besteht, muß fordern, daß in dieser Frage baldmöglichst zur gesetzlichen Tat geschritten wird. Ich halte es für gefährlich, Abänderungsanträge in dieser Frage nur zur kommenden Strafrechtsform zu stellen, wie es der Antrag 162 aus Göttingen tat. Wir wissen nicht, wann die Strafrechtsreform kommt, wir haben dabei ja schon mancherlei Enttäuschungen erlebt. Diese Fragen müssen aber baldmöglichst erledigt werden. In der Frage der Abtreibung sind die bessergestellten Gesellschaftskreise längst fast aller Not überhoben, das pfeifen die Spatzen von den Dächern; die Bestimmungen wirken sich meist nur als einseitige Bestimmungen gegen die minderbemittelte weibliche Bevölkerung aus, die dabei einer Klassenjustiz und einer Klassenwissenschaft ausgeliefert werden.

Die in dem Antrag der Reichsfrauenkonferenz geforderten Abänderungen auf dem Gebiete der Sexualreform müssen wir als Hamburger besonders deshalb verlangen, weil die Hamburger Bürgerschaft den Mut gehabt hat, als erste Vertreterin eines deutschen Landes auf dem Gebiete des Prostitutionswesens den neuen Geist erst kürzlich durch gesetzliche Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Wir haben beschlossen, die Reglementierung und Kasernierung der Prostitution aufzuheben beziehungsweise abzubauen, und es ist damit bereits begonnen worden. Wir geraten jetzt aber in eine schwierige Situation, wenn nicht bald die reichsgesetzliche Regelung durch Erlaß eines scharf gefaßten, allen modernen Reformforderungen gerecht werdenden Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erfolgt.

Wir wollen die Reichstagsfraktion selbstverständlich nicht in allen Einzelheiten engherzig an die Resolution der Reichsfrauenkonferenz binden. Sie soll nur die energische Aufforderung sein, endlich nach den Richtlinien zu handeln, die heute schon in weitesten freiheitlich eingestellten wissenschaftlichen Kreisen keiner Meinungsverschiedenheit unterliegen. Besonders aber wünsche ich, daß von der Reichstagsfraktion bei ihren Entschließungen über diese Frage nicht nur die Fachleute gehört werden, die zufällig in der Reichstagsfraktion sitzen, sondern daß man sich auch an weitere Kreise der Partei wendet und den Rat möglichst vieler Aerzte, Juristen und Bevölkerungswissenschaftler in Anspruch nimmt. Es kann nicht angehen, daß durch den Gegensatz zwischen Radbruch und Grotjahn, die als Mitglieder der Reichstagsfraktion angehören, diese Reformen weiter verschleppt werden. Klarheit wird man sehr leicht gewinnen, wenn weitere Kreise gutachtlich zu Worte kommen.

Im Zusammenhang mit der Forderung der Beseitigung einer unsozialen Strafgesetzgebung steht die Frage der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Angesichts des furchtbaren Unglücks von Oppau müssen wir uns sagen, daß die heute bestehenden Versicherungsgesetze den unglücklichen überlebenden Opfern und den Hinterbliebenen der zahlreichen Toten nur lächerlich geringe Summen zuerkennen. Es ist schwer, diese Summen wesentlich zu erhöhen, ehe die Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung noch großzügig durchgeführt ist. Das Elend der Arbeiter- und Kriegsinvaliden wie auch der kleinen Rentner schreit

nach Abänderung dieses Zustandes. Bei der Unzulänglichkeit der übrigen Versicherungsgesetzgebung müssen wir darauf hinwirken, daß das Reich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den unglücklichen Opfern von Oppau zu Hilfe kommt. Das grauenhafte Unglück von Oppau stellt uns aber auch vor die Frage, ob die Arbeiterschutzgesetzgebung so ausgebaut ist, wie sie sein müßte, und ob das Unglück sich durch besser ausgebaute Arbeiterschutzmaßregeln nicht hätte vermeiden lassen. Der Einfluß der Arbeiter selbst ist längst noch nicht genügend in der Kontrolle der Arbeiterschutzvorrichtungen ausgebaut.

In einem von anderer Seite gestellten Antrag ist die Frage des Achtstundentages berührt worden. In einigen Kreisen unserer Partei hat man unbegreiflicherweise mit dem Gedanken gespielt, diesen Achtstundentag zu Wohlfahrts- oder sonstigen Zwecken vielleicht zu erweitern. Ich hoffe, daß der Parteitag in dem schärfsten Protest gegen jede Diskussion über die Frage der Abschaffung des Achtstundentages einig ist, der die Grundlage für jeden gesunden Aufbau darstellt und der beste Arbeiterschutz ist.

Wir begrüßen den Antrag Weidemann, der die Schaffung eines einheitlichen Reichsbeamtenrechts wünscht. Die wichtigste Frage bleibt daneben aber die Beamtenbesoldung. Hier begrüße ich, daß der Antrag einen Gedanken wieder aufgreift, den wir in Hamburg bisher vergeblich durchzusetzen versucht haben, da wir durch das Sperrgesetz gebunden waren, daß nämlich die Teuerungszulagen nicht mehr wie bisher prozentual einheitlich gesteigert werden, sondern daß eine unbedingte Staffelung derselben durchgeführt wird. Der einzige Weg, auf dem wir zu einer sozialen Gestaltung der Beamtenbesoldung kommen, ist der, daß die Teuerungszulagen prozentual abgestuft werden und daß dafür gesorgt wird, daß die unteren und mittleren Beamtenschichten mehr bekommen entsprechend dem Gebot der Zeit, und die höheren Beamten nicht mehr in so großzügiger Form bedacht werden, wie es bisher unter dem Druck der bürgerlichen Parteien geschehen ist. Hier kann das Sperrgesetz des Reiches unsozial wirken, wenn wir auch nicht bestreiten wollen, daß das Sperrgesetz das Gute einer einheitlichen Regelung festlegt. Es darf auch allerdings nicht dahin kommen, daß sich die einzelnen Länder und Gemeinden den Rang in der Beamtenbesoldung gegenseitig ablaufen. An eine Aenderung der Beamtenbesoldungsgruppen können wir ja kaum denken. Der soziale gerechte Ausgleich muß durch die Gestaltung der Orts- und Teuerungszulagen durchgeführt werden.

Wenn der Genosse Leber gesagt hat, daß wir in Hamburg die Gehälter der Beamten über die Grenze des Sperrgesetzes hinaus gesteigert hätten, so stimmt das nicht. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die jetzigen Beamtengehälter den Verhältnissen einer Großstadt wie Hamburg nicht entsprechen, durch das Sperrgesetz ist es uns aber nicht möglich, die Beamtengehälter weiter zu erhöhen. Ich wundere mich, aus welcher Quelle der Genosse Leber diese irreleitende Mitteilung bekommen hat.

Die Aeußerungen des Genossen aus Frankfurt am Main über Anlehnung in bestimmten Beschlüssen an die VKPD. kann ich nicht unwidersprochen lassen. Wer die zahllosen Opfer des letzten Putsches erlebt hat, muß bei jedem Versuch eines taktischen Zusammengehens mit der VKPD. außerordentlich kritisch sein und nicht immer nur Straffreiheit der politischen Gefangenen fordern. Es muß allen Elementen von rechts und von links zum Bewußtsein gebracht werden, daß jeder Versuch, die verfassungsrechtlich bestehenden Verhältnisse umzustoßen, mit den schärfsten Mitteln geahndet wird. Wenn man die Leute um Hölz aus Gefühlsduselei möglichst exkulpiert, wird man eines Tages auch die Mörder Erzbergers exkulpieren müssen. In Hamburg haben wir bisher immer erfahren, daß das Interesse der arbeitenden Bevölkerung am besten dadurch gewahrt wird,

daß wir nach links und nach rechts in gleich scharfer Weise vorgegangen sind, wenn es sich um Verbrecher handelte; das sind wir der dringenden Forderung der Staatsautorität schuldig. Dabei kann trotzdem Milde gehandhabt werden, wenn es sich nur um bedauerlicherweise irregeleitete einzelne Personen handelt.

Dr. **Schuhmacher**-Stuttgart: Die Stuttgarter zeigen Ihnen im Antrag 102 einen Weg, wie die Republik gesichert werden kann. Nach diesem Antrag soll die Reichstagsfraktion ersucht werden, mit allen Mitteln für die Aufhebung des Verbots des Reichswirtschaftsverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten einzutreten. Der RDB. ist am 15. Juli zusammen mit dem Offiziersbund verboten worden, und zwar auf eine Verfügung des Reichswehrministers hin. Nach § 37 des Reichswehrgesetzes dürfen nur politische Vereine und solche, die die Zucht und Ordnung gefährden, verboten werden. Beides trifft für den RDB. nicht zu. Der Reichswehrminister hat u. a. als Grund angegeben, daß der RDB. einmal eine bewaffnete Gewerkschaft werden könne. Er hat aber dann wieder zugeben müssen, daß der RDB. keine gewerkschaftlichen Tendenzen zeigt. Der frühere Vorsitzende des RDB., ein guter Bekannter und Parteifreund des Ministers Geßler, schreibt heute gegen das Koalitionsrecht der Berufssoldaten. Noch merkwürdiger wird die Sache, wenn Geßler in seiner Begründung auf interne Vorgänge im RDB. hinweist und in der Absetzung des früheren Vorsitzenden ein bedenkliches Moment findet. Ferner macht Geßler dem Verband zum Vorwurf, daß in ihm Unteroffiziere und Mannschaften zusammenwirken, das wäre eine Gefährdung der Disziplin. Dabei sitzen in solchen Vereinigungen bei der Marine sogar die Offiziere mit den Mannschaften zusammen, ohne daß darin eine Gefährdung der Disziplin gefunden wird. Alle diese Gründe sind leere Ausflüchte. Das hat auch der Reichstag anerkannt, als er sich auf den Standpunkt stellte, daß der RDB. eine politisch einwandfreie Organisation und nicht als Gewerkschaft zu betrachten sei. Auf den Standpunkt der Unzulässigkeit dieses Verbots hat sich nicht nur die rein sozialistische Braunschweiger, sondern auch die rein bürgerliche württembergische Regierung gestellt. Die wahren Gründe dürften in der einwandfreien republikanischen Haltung der Organisation während der Kapptage liegen.

Man treibt heute soziale Fürsorge für die Soldaten, aber nicht so, daß der einfache Mann und Korporal sie als ihr gutes Recht empfängt, sondern daß er sie als ein Gnadengeschenk aus der Hand der Offiziere entgegennimmt. So geht man systematisch daran, mit dem Geld der Republik eine Prätorianergarde zu züchten. Wir denken nicht daran, die Reichswehr zu politisieren, aber wir wollen dem Soldaten zeigen, daß er im Gegensatz zu früher heute als Mensch, Staatsbürger und Soldat geachtet wird und darum gewisse Rechte zu beanspruchen hat, daß er nicht nur der ausführende Schießautomat in der Hand seiner Vorgesetzten ist. Das alte Heer war unpolitisch, aber nicht farblos, es war schwarz-weiß-rot. Wir brauchen ein Heer, das schwarz-rot-gold ist.

Der Antrag Keil zur Steuerdebatte hat verschiedene Amendements erfahren, u. a. eins im Antrag 329. Der Antrag Keil ist aber als ein Ganzes zu werten. Verbesserungen sind gut, wenn es wirklich Verbesserungen sind. Es ist im Antrag 329 die Forderung aufgestellt worden, die schwebenden Schulden zu fundieren. Dabei muß man dreierlei erwägen: erstens: wem nützt sie?; zweitens: hat die aufgewendete Zeit und Arbeitskraft auch das entsprechende Resultat?; drittens: ist sie möglich?

Eine solche Fundierung der Schulden könnte eine gewisse Verbesserung bedeuten, aber in erster Linie kommt eine Fundierung dem zugute, der Gläubiger des Staates ist, und Gläubiger des Staates ist der Kapitalismus. Die Fundierung der Schuld ist schön und gut, ist aber keine spezifisch proletarische For-

derung. Glauben Sie an die Möglichkeit, eine Anleihe unterzubringen? Die Pleite bei der Prämienanleihe sollte uns eine Warnung sein. Man wird im Inland kaum eine Anleihe unterbringen können, und erst recht nicht im Ausland. Genau dasselbe, was für die Sicherung der Republik gilt, gilt auch hier: wir müssen zur Konzentration auf ein bestimmtes Ziel kommen; von der Phrase zur Tat. (Bravo!)

Treu-Nürnberg: Während der bisherigen Verhandlungen des Parteitags sind wiederholt die bayerischen Verhältnisse besprochen worden. Wir Bayern haben bisher aus politischen und taktischen Gründen geschwiegen. In dieser Stunde vollzieht sich in München die Wahl des neuen Ministerpräsidenten. Wer der neue Mann sein wird, ist noch nicht bekannt. Nach Mitteilungen unserer Genossen aus der Landtagsfraktion steht nur fest, daß Kahr für seine Person erledigt ist. (Lebhafte Bravo-Rufe.) Ob damit auch das System Kahr gefallen ist, wissen wir noch nicht. Wir hoffen es im Interesse Bayerns und der deutschen Republik. (Lebhafter Beifall.)

Wir halten es für unsere heilige Pflicht, in diesem Augenblick zu sprechen. Was ich Ihnen im Namen der bayerischen Delegation zu sagen habe, ist ein Versprechen und eine Bitte.

Durch die Politik der Regierung Kahr haben sich die Verhältnisse so entwickelt, daß Bayern heute neben Ungarn als das reaktionärste Land in ganz Europa verrufen ist. (Pfuirufe!) Bayern ist zu einer akuten Gefahr für den Bestand der deutschen Republik geworden. (Sehr wahr!) Diese Gefahr für immer zu beseitigen, ist Aufgabe der bayerischen Sozialdemokratie, entweder mit oder gegen die neue Regierung. (Bravo!) Es darf nicht mehr sein, daß die Regierung des zweitgrößten Bundesstaats dauernd die Reichsverfassung sabotiert. (Sehr richtig!) Es geht nicht an, daß in Bayern der Ausnahmezustand zu einem dauernden Rechtszustand wird. (Sehr richtig!) Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn in Bayern Leute wegen einer ungeschickten Aeußerung auf Jahre in die Gefängnisse gesteckt werden, während die wirklichen Landesverräter unbehelligt im Lande herumlaufen. (Sehr richtig!) Wie von der bisherigen bayerischen Regierung die Reichsverfassung nicht respektiert worden ist, ist bekannt. Sämtliche deutschen Staaten, auch die süddeutschen Regierungen arbeiten gemeinsam mit der Reichsregierung im Rahmen der Weimarer Verfassung, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden, die uns der Krieg gebracht hat. Nur die bisherige bayerische Regierung hat dabei eine Ausnahme gemacht. In Bayern wird die Verfassung in einer Weise sabotiert, die jeder Beschreibung spottet. (Hört, hört! und Pfui!) Am letzten Sonntag hat der ungekrönte König von Bayern, der Abgeordnete Dr. Heim, in einer Versammlung erklärt:

> Wenn heute abgestimmt würde, würden 70 Proz. des bayerischen Volks sagen: Weg mit dieser Verfassung, weg mit diesem Zentralismus und der Demokratie der heutigen Tage. Ist diese Demokratie nicht Schwindel, wenn man die Drohungen der sozialdemokratischen Presse liest: wenn Kahr nicht geht, dann machen wir Revolution —? Wo steht denn in der Verfassung: wenn die Mehrheit nicht nach dem Willen der Minderheit handelt, darf diese durch Generalstreik zu Boden gerungen werden?

Das steht allerdings nicht in der Verfassung. Aber ich frage: wo steht in der Verfassung: wenn die Mehrheit des deutschen Volkes nicht nach dem Willen der bayerischen Minderheit handelt, kann die bayerische Regierung die Verfassung sabotieren? (Sehr gut!) Wo sind die 70 Proz. der bayerischen Bevölkerung, die angeblich Gegner der Verfassung sind? In Franken, in Schwaben und in der Pfalz sind sie jedenfalls nicht zu finden. Oder will man behaupten, daß wir keine Bayern sind? Sollen etwa nur die Oberländler, die Chiemgauer, Glöntaler usw. als Bayern gelten? (Zuruf: Die Miesbacher! — Heiterkeit.) — Gewiß, die sind auch dabei. Wenn man das will, soll man es uns sagen; uns kann es recht sein.

„80 bis 90 Proz. der gesamten Bevölkerung Bayerns haben gar nicht gewußt, daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben ist", erklärte Herr Dr. Heim am letzten Sonntag. Ich gebe zu, daß die Bayern des Herrn Dr. Heim von dem Ausnahmezustand nichts gemerkt haben. (Sehr richtig!) In der Gegend von Miesbach konnten gewisse Leute trotz des Ausnahmezustandes tun und lassen, reden und schreiben, was sie wollten. In München und Augsburg, in Nürnberg und Koburg sehen die Dinge jedenfalls ganz anders aus. In München besteht allerdings auch kein Ausnahmezustand für die Totengräber der deutschen Republik. Aber der Ausnahmezustand besteht für die verfassungstreue Bevölkerung, für alle, die auf dem Boden der Freiheit und der Demokratie stehen. Die werden von der Polizei des Herrn Pöhner durch die Straßen mit Gummiknüppeln getrieben. (Pfui!)

Der Stadtrat von Nürnberg, der zweitgrößten Stadt Bayerns, hat sich wiederholt veranlaßt gesehen, teils mit großer Mehrheit, teils einstimmig mit Einschluß der Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen, beschlußmäßig bei der bayerischen Regierung um Aufhebung des Ausnahmezustandes nachzusuchen. (Hört, hört!) In Nürnberg wurde der Bevölkerung erst am 31. August wieder zum Bewußtsein gebracht, daß wir unter dem Ausnahmezustand leben. Man hat die ganze bewaffnete Macht aufgeboten, mit Panzerautos, zu Fuß und zu Pferde, ausgerüstet mit Karabinern, Revolvern, Gummiknüppeln und 78 scharfen Patronen für jeden Mann (hört hört!), um damit gegen eine friedliebende Bevölkerung vorzugehen (pfui!), die nichts weiter getan hat, als in einer Riesenversammlung von 50 000 Personen für die Erhaltung der Republik, für den Schutz der Verfassung gegen den politischen Meuchelmord zu demonstrieren. Es ist in der Republik Bayern so weit gekommen, daß man sich unbehelligt in großen Kundgebungen für die Monarchie aussprechen darf, daß es aber unmöglich ist, für Verfassung und Republik zu demonstrieren, ohne Gefahr zu laufen, über den Haufen geschossen zu werden, wie es in Koburg passierte, wo ein Toter und 20 Verwundete ihre Verfassungstreue mit ihrem Blute bezahlen mußten. (Lebhafte Pfuirufe.)

So darf es in Bayern nicht weitergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine neue Regierung soll gebildet werden. Ist diese Regierung bereit, die Zustände, wie wir sie bisher gehabt haben, zu beseitigen, ist sie bereit, mit eisernem Besen auszukehren, so wird sie dabei die Sozialdemokratie an ihrer Seite finden. Sie wird dabei auf die Unterstützung der bayerischen Arbeiterschaft rechnen können. Ist sie dazu aber nicht bereit, will sie das System Kahr und den Ausnahmezustand aufrechterhalten, will sie weiter wie bisher die Reichsverfassung sabotieren und, wie Kahr, die Grund- und Eckpfeiler der deutschen Republik unterminieren, dann, Parteigenossen, gebe ich Ihnen heute feierlich das Versprechen, daß in Bayern ein Kampf beginnen wird, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben. (Lebhafter Beifall.) Dann sagen wir mit aller Ruhe und Deutlichkeit, um mit den Worten des Herrn Dr. Heim zu reden: „Wir lassen uns das nicht mehr länger bieten." (Bravo!) Kommt es nicht zu einer für das Volk befriedigenden Lösung, dann können die Dinge für Bayern von unabsehbaren Folgen sein.

Ich möchte letzteres nicht wünschen. Aber man soll sich in München nicht darüber täuschen, das Maß ist voll zum Ueberlaufen. (Sehr richtig!) Wir wollen nicht mehr länger zusehen, wie Bayern immer mehr das Aufmarschgebiet werden soll, um von da aus die deutsche Republik zu meucheln und zu morden.

Dann wird es Zeit für die Reichsregierung werden, nicht mehr zu verhandeln, sondern zu handeln. (Stürmischer Beifall.) Sie darf versichert sein, die bayerische Arbeiterschaft, die bayerische Sozialdemokratie, werden hinter ihr stehen, wenn es darum geht, die deutsche Republik zu schützen. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Dieses Versprechen habe ich im Namen der bayerischen Delegierten und der bayerischen Arbeiterpartei hier abzugeben.

Nun komme ich noch mit einer Bitte an den Parteitag, an Sie alle aus Nord und Süd, aus Ost und West. Wenn es zu diesen Kämpfen in Bayern kommen sollte, dann appellieren wir an Sie: stehen Sie geschlossen hinter uns. (Lebhafter Beifall.) Es ist Ihr Kampf, den wir dann auszufechten haben, Ihr Sieg, den wir zu erringen haben. (Sehr richtig!) Ueber die Mittel und Wege, die wir dabei einzuschlagen haben, zu reden, ist hier nicht der Ort. Es stehen uns verschiedene zur Verfügung, auch solche, die im politischen Kampf bis jetzt noch nicht zur Anwendung gekommen sind. (Lebhafte Rufe: Sehr gut!)

Man hat in letzter Zeit vielfach versucht, uns als Landesverräter zu stempeln, weil wir in Franken als eins der Kampfmittel auch die Abtrennung von Bayern in Rechnung gestellt haben. Dr. Heim hat ja in Erfahrung gebracht, daß unser Genosse Hermann Müller der zukünftige Präsident der fränkischen Republik sein soll. (Heiterkeit.) Mindestens ein halbes Dutzend Namen hat man schon als Kandidaten genannt. Wir wissen das heute alles noch nicht, aber unsere Gegner wissen, wer in Zukunft einmal Präsident sein soll. (Erneute Heiterkeit.)

Wir lehnen entschieden ab, als Landesverräter zu gelten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben unser Land ebenso lieb wie andere Leute. Aber wir haben die Vaterlandsliebe nicht auf der Zunge, sondern tragen sie im Herzen. (Bravo!) Der Weg, den wir gehen wollen, wenn wir dazu gezwungen werden, ist im Artikel 18 der Reichsverfassung vorgezeichnet. Es ist derselbe Weg, den Herr Dr. Heim vor zwei Jahren gehen wollte, als die Zeit der Münchener Räterepublik war. Dort hat er von einer Abtrennung Nordbayerns von Bayern gesprochen. (Hört, hört!) Gewiß sind wir Franken Bayern, aber in erster Linie sind wir Deutsche. (Stürmischer Beifall.) Wir Franken sind Bayern geworden nicht auf Grund freier Entschließung, sondern weil dynastische Interessen es so gefordert haben. Das ist nicht nur die Auffassung der fränkischen Arbeiterschaft, sondern auch weiter Kreise des Bürgertums und wird insbesondere geteilt von Handel und Industrie, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reiche verbunden sind. (Sehr richtig!) Wir wollen hoffen, daß diese Einsicht in München Platz greift und bei der neuen bayerischen Regierung nicht zu spät kommt.

Die deutsche Republik und die deutsche Verfassung müssen gesichert werden um jeden Preis. Wir Bayern werden dabei unsern Mann stellen. Sollte es hart auf hart gehen, so unterstützen Sie uns und treten Sie uns zur Seite im Kampf um die Interessen des Reichs, um die Interessen des gesamten deutschen Volks. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Körner-Ludwigshafen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich stehe vor Ihnen unter dem niederschmetternden Eindrucke, den uns die Nachricht aus meiner Heimatstadt gebracht hat. Nach der letzten Meldung sind es 500 Tote, die in einer Abteilung der Badischen Anilin- und Sodafabrik zugrunde gegangen sind. (Bewegung.) 10 000 Arbeiter sind in dieser Abteilung in dem Oppauer Werk beschäftigt. Wie groß mag die Zahl derjenigen Verkrüppelten sein, die nunmehr wieder aus diesem Elend hervorgehen! Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die gerade wir Pfälzer in dem unseligen Weltkrieg durch die furchtbaren Fliegerangriffe zu erdulden hatten. Und heute stehen wir wieder vor einem furchtbaren Unglück. Ich nehme Veranlassung, für die herzliche Anteilnahme, die die Delegierten hier zum Ausdruck gebracht haben, im Namen meiner pfälzischen Parteigenossen zu danken.

Die Vorgänge, die Genosse Treu geschildert hat, veranlassen auch mich, namens meiner pfälzischen Parteigenossen dazu Stellung zu nehmen. Die Rheinpfalz gehört auch jetzt noch zu Bayern. (Sehr gut!) Neben unserem Saarland hat die Pfalz am schwersten unter den Folgen des Weltkriegs zu leiden. 15 Jahre lang soll sie unter Fremdherrschaft bleiben. Dabei erinnere ich an die Kämpfe, die wir schon überstanden haben. Ich erinnere an die Monate Mai und Juni 1919, wo ein paar Mann, Haas und Konsorten, unter dem bekannten Schutze die pfälzische Regierung stürzen wollten und die Pfalz von Bayern und dem Reiche trennen wollten. Da hat sich die Arbeiterschaft schützend vor die Regierung gestellt, nicht der Personen wegen, sondern um dem staatsverbrecherischen Treiben einzelner ein Halt zu gebieten. Ich erinnere an die Vorgänge in gewissen Zentrumskreisen in der Pfalz, die unter Führung eines Dorten das gleiche betrieben haben. (Hört, hört!) Wenn es bisher gelungen ist, die Bewegung niederzuhalten, so ist es vornehmlich das Verdienst der organisierten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.) Leicht war es nicht. Harte Strafen und Gefängnis mußten unsere Genossen in diesem Kampfe auf sich nehmen. Diese im Jahre 1919 geschaffene Front nach und nach unterwühlt zu haben, ist das traurige Verdienst der bayerischen Regierung unter Kahr. (Hört, hört!) Durch ihren fortgesetzten Kampf gegen die Reichseinheit wurde die Reaktion mit ihrem Mordgesindel immer frecher. Das hat unter der pfälzischen Arbeiterschaft eine Atmosphäre geschaffen, die am 31. August zur Entladung kam. Immer lauter wurde der Ruf der Arbeiterschaft: Los von der Regierung Kahr, unter deren Schutz die Reaktionäre von einem Mord zum anderen schreiten. Aber wie am 1. Juni 1919, so hat auch die Arbeiterschaft in der Pfalz im Bewußtsein dessen, was auf dem Spiele steht, am 31. August allen Lockungen standgehalten.

Den Kommunisten blieb es vorbehalten, auf diese Leimrute zu gehen. Ohne Rücksicht auf die politische und wirtschaftliche Lage der Pfalz treibt die Regierung in Bayern eine Politik, die uns unendlich schadet und die die ganze Existenz der Pfalz aufs Spiel setzt. Wird diese Politik aber mit oder ohne Kahr fortgesetzt, dann sind die schwersten inneren Erschütterungen unausbleiblich, dann ist der Bürgerkrieg nicht abzuwenden. Eine Trennung Nordbayerns von Südbayern aber hat unbedingt auch die Loslösung der Pfalz von Bayern zur Folge. Auf diese Entwicklung der Dinge warten die Franzosen, um das Pfandobjekt für sich zu behalten (Sehr richtig!), mindestens aber ein neues Saargebiet zu schaffen. Die Fortführung der Kahrpolitik arbeitet also den französischen Imperialisten direkt in die Hände. (Lebhafte Zustimmung.) Was die französischen Imperialisten und ihre Vertreter in der Pfalz bisher noch nicht fertiggebracht haben, das schaffen die bayerischen und preußischen Reaktionäre, nämlich die Zerschlagung des Reiches. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb erheben auch wir Pfälzer unsere warnende Stimme dagegen, in der bisherigen bayerischen Politik fortzufahren. Wir verlangen nichts mehr und nichts weniger als eine demokratische Politik im Sinne der Reichsverfassung, die allein den Bestand des Reiches sichert und den langsamen Wiederaufbau des Deutschen Reiches ermöglicht. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossen! Der Genosse Treu und der Genosse Körner haben den Appell an Sie als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie gerichtet, den Kampf, den die bayerische Arbeiterschaft zu führen hat, zu unterstützen. Ich glaube, dieser Appell ist nicht vergeblich, und die warnende Stimme der bayerischen Vertreter dringt, verstärkt durch Ihre Zustimmung, hinaus bis

nach München, sie dringt in jedes Arbeiterohr in Bayern und sie klingt an jedes Arbeiterherz im ganzen Deutschen Reich. Alle diejenigen, die es wagen sollten, die bayerische Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution zu betrügen und die damit den ersten Schritt zur Demolierung der republikanischen Verfassung und Staatsform im Reiche tun, sind durch diese Manifestation der größten Partei im Reiche gewarnt. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Das schändliche Spitzelsystem, das in Bayern zahlreiche Arbeiter hinter Gefängnismauern gebracht hat, das sich, wie jetzt amtlich erwiesen ist, auf die denkbar unzuverlässigsten Quellen stützt, muß beseitigt werden. Eben wird mir eine amtliche Mitteilung zuteil, daß der Polizeireferent Emmerich dem Stadtrat von Pasing auf eine Anfrage mitgeteilt habe, daß ein Junge von 15 Jahren mit einer Ausweiskarte des Oberkommandos versehen gewesen sei, und daß das Oberkommando in München bestätigt habe, daß dieser Junge den Späherschein zu Recht führe, daß diese Karte ordnungsmäßig ausgestellt sei. (Hört, hört!) Wieviele anständige ehrliche und brave Menschen mögen auf Grund von Mitteilungen solcher Laufejungens ihren Familien entzogen sein. (Lebhafte Zustimmung und Rufe: Pfui!) Schmach und Schande über ein System, das sich nur mit solchen Mitteln zu behaupten wagt. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen, eine Lehre sind die Zustände für uns alle. (Sehr wahr!) Sie zeigen uns, wohin es kommen kann, wenn die Sozialdemokratie in einem Lande in Deutschland längere Zeit aus der Regierung verschwindet. (Lebhafte Zustimmung.) Der bayerische Vertreter Herr von Preger hat auf die Mitteilung von der Aktion, die die deutsche Parteileitung im Benehmen mit den deutschen Gewerkschaften und der Unabhängigen Sozialdemokratie in Bayern zur Abwehr dieses Putschregiments und zum Schutze der deutschen Verfassung eingeleitet hat, den traurigen Mut gehabt, zu sagen, die Sozialdemokratie bluffe nur. (Hört, hört!) Auf meine Frage, wie er dazu käme, antwortete er: Ich wollte damit nur beruhigend wirken. Der Mann ist sich klar genug darüber, daß er mit solchen Mitteilungen nur den verbrecherischen Mut der Kahr und Genossen anstachelt, bei ihrer bisherigen Politik fest zu beharren. (Sehr richtig!) Ich habe ihm gesagt, und ich rufe es von hier aus hinaus ins Land: die deutsche Sozialdemokratie bluft nicht. (Sehr gut!) Uns ist es Ernst, und die Vorbereitungen zum Kampfe haben wir getroffen. (Stürmische Rufe: Bravo!) Wir haben sie getroffen gemeinsam mit unseren Klassengenossen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter Mitwirkung der unabhängigen Sozialdemokraten. (Erneute stürmische Rufe: Bravo!) Wir gehen dem Kampfe nicht aus dem Wege, wir rüsten uns zu diesem Kriege, weil eine Wahl uns nicht blieb. (Zustimmung.) Wir sind als Sozialdemokraten Fanatiker der Gewaltlosigkeit. Wir wissen aber auch, daß der Gewalt, wenn sie gegen uns angewendet wird, der entschlossene Wille der Arbeiterschaft entgegengesetzt werden kann. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben, machen jede reaktionäre Regierung in Bayern auch nur für kurze Zeit zur Unmöglichkeit. (Stürmischer Beifall.) Ob auch die „Deutsche Tageszeitung" schrieb: „Eifrige und gewissenlose Parteisekretäre waren dort aus Berlin in Nürnberg und München, um die ruhige und friedliche bayerische Bevölkerung zu erregen und die Revolution vorzubereiten", wir wissen, daß die Gewissenlosigkeit allein auf jener Seite liegt. (Sehr gut!) Die bayerischen Arbeiter mögen gewiß sein, daß der Kampf, den sie auszufechten haben, unser Kampf ist (Bravo!), daß wir diesen Kampf führen werden, dessen Gefahren wir kennen und indem wir die Wunden voraussehen, die er dem Wirtschaftsleben Deutschlands schlagen kann. Mit eisernem Willen und mit unbeugsamer Entschlossenheit stehen wir allesamt zusammen zum Schutze der Republik! (Stürmischer Beifall.)

Weidemann-Insterburg: Ich möchte nicht verfehlen, Ihre Aufmerksamkeit auch noch auf einen anderen Herd der Reaktion zu lenken, auf Ostpreußen. Auch in Ostpreußen versucht die Reaktion durch ihre Organisationen der Selbstschutzler, der Heimbündler usw. die deutsche Republik zu unterminieren. Ex oriente lux, sagen die Reaktionäre, und meinen, daß aus dem Osten sich die Schatten über das Volkshaus der Republik breiten könnten, daß sie ihre finsteren Pläne von dort aus verwirklichen könnten. Daher die Besuche der Ludendorff, daher die rege Tätigkeit des Oldenburg-Januschauers und anderer Reaktionäre. Ganz Ostpreußen steckt voller Waffen. Es gilt, unter allen Umständen auch in Ostpreußen Remedur zu schaffen. Wir Ostpreußen haben uns darüber beschwert, daß wir solange unter dem Ausnahmezustand gelitten haben und daß unsere Reichstagsfraktion die notwendige Energie vermissen ließ, um dieses Unrecht zu beseitigen. In Ostpreußen hat es keinen Putsch bisher gegeben, trotzdem haben wir über ein Jahr lang unter dem Ausnahmezustand gelitten und erst in diesen Tagen ist er endgültig aufgehoben worden.

In dem Bericht der Reichstagsfraktion ist auch über die in Ostpreußen bestehenden Einwohnerwehren nichts gesagt worden, die jetzt in freiwillige Feuerwehren umgewandelt worden sind. Wenn wir überhaupt noch in einem Staat leben, in dem es eine gesetzliche Ordnung gibt, dann hat unsere Fraktion vor allen Dingen die Pflicht, darauf zu dringen, daß in Ostpreußen das Entwaffnungsgesetz, das Gesetz über die Auflösung der Einwohnerwehren strikte durchgeführt wird. Die Reaktion schärft ihre Waffen. Es ist die Pflicht unserer parlamentarischen Vertreter, darüber zu wachen, daß die Zeiten der Cäsaren nicht wiederkehren.

Ich möchte nun noch einige Anträge kurz begründen, die wir eingebracht haben. Es handelt sich um die Beamtenangelegenheiten, die nicht aus dem gesamten Zusammenhang der Dinge herausgelöst werden dürfen; denn auch hier geht es letzten Endes um die Sicherung der Republik. Damit die Beamtenschaft in den Verwaltungskörpern zu einer verläßlichen republikanischen Schutzwehr organisiert wird, ist es notwendig, daß man insonderheit den Unterbeamten und mittleren Beamten, die nach der Republik tendieren, so stellt, daß sie über die täglichen Sorgen und Nöte hinaus überhaupt noch ein Interesse am staatlichen Leben haben. In dem Antrag 324, um dessen Annahme ich Sie bitte, wird verlangt, daß mit dem bisher herrschenden System der prozentualen Teuerungszuschläge gebrochen wird. Es ist doch so, daß heute höhere Beamte mehr an Zulagen bekommen als die anderen insgesamt an Gehalt einschließlich aller Zulagen und dergleichen. Die vielen Resolutionen und Anträge, die sich mit der Behebung der Teuerung, mit der Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen beschäftigen, weisen darauf hin, daß es gilt, auch hier Hand anzulegen, um den unteren Volksschichten wenigstens eine notdürftige Existenz zu ermöglichen. Verlangt wird ferner in dem Antrag die Beseitigung der Staffelung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen. Bedeutet an sich schon der gleichmäßige prozentuale Zuschlag eine Bevorzugung derjenigen Orte, die einer höheren Ortsklasse zugehören, so wird durch die Staffelung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen ein weiterer Unterschied geschaffen. Bei der Ortsklasseneinteilung ist ja meistens so verfahren, daß die Großstädte in den Industriegegenden vorzugsweise berücksichtigt sind, während man bezüglich der landwirtschaftlichen Provinzen sagt: denen geht es besonders gut, auf sie braucht die Einteilung nicht in dem Maße Rücksicht zu nehmen. Tatsächlich ist es so, daß wir in Ostpreußen höhere Getreidepreise haben, als sie sonst im Reich bestehen, weil die zuständigen Instanzen Zuschläge zu den sonst geltenden Getreidepreisen für die ostpreußische Landwirtschaft zugebilligt haben, und zwar mit

der Begründung, daß dort die Produktionskosten durch die Verteuerung der Frachtkosten für künstliche Düngemittel usw. angeblich viel höher sind.

Ebenso bitte ich, dem zweiten Antrag zuzustimmen, der ein allgemeines Beamtenrecht verlangt, und zwar, noch ehe das preußische Disziplinargesetz verabschiedet ist. Ich erinnere nur an die Unzuträglichkeiten, die sich bei der Besoldungsregelung in den verschiedenen Einzelländern herausstellten, so daß das Reich schließlich einschreiten mußte. Hier muß auch wiederum ein Reichsgesetz unter allen Umständen geschaffen werden. (Beifall.)

Schluß der Sitzung 5 Uhr 45 Minuten.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 22. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende **Wels** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Schriftführer sind: Mache-Breslau, Emil Fischer-Nürnberg und Zimmermann-Altenburg.

Der Vorsitzende schägt vor, Vorschläge für die Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission bis 11 Uhr im Bureau des Parteitages abzugeben. Er teilt weiter mit, daß der Genosse Stelling, der Ministerpräsident in Mecklenburg geworden ist, nicht Mitglied des Parteivorstandes sein kann, daß aber nach einem Beschluß des Kasseler Parteitages Mitglieder des Parteivorstandes, die zurzeit der Neuwahl des Vorstandes Minister sind, auf Beschluß des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission nach Ablauf ihrer Ministerzeit in den Parteivorstand eintreten können. Bei dem früheren Minister Braun sei ein derartiger Beschluß bereits gefaßt worden.

Der Vorsitzende erteilt hierauf das Wort dem Genossen

Franz-Chemnitz: Ich habe den Antrag 195 zu begründen und ferner die Anträge 212 und 213. Im Antrag 195 wird ersucht, für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts einzutreten. Dieser Antrag ist aus den verschiedenen Vorkommnissen entstanden, die im letzten Jahre sich ereignet haben. Es ist der Entwurf einer Schlichtungsordnung und der Entwurf über ein Arbeitsgerichtsgesetz herausgekommen. Beide Entwürfe sehen eigene Verwaltungsbehörden, eigene Untergerichtsbarkeiten vor. Wir sind der Ansicht, daß Schlichtungswesen und Arbeitsgerichtsgesetz zu einem Gesetz zusammenzufassen sind. Durch die Zersplitterung der einzelnen Zweige des Arbeitsgerichtswesens ist das Vertrauen der Arbeitermassen zu diesen Einrichtungen wesentlich geschwunden. Das liegt auch daran, daß Schlichtungswesen und Gewerbegericht sich oft konträr gegenüberstehen und daß die Urteile der Schlichtungsausschüsse häufig in einer ganz anderen Richtung gehen als die Urteile der Gewerbegerichte. Außerdem enthält die Schlichtungsordnung in § 55 Bestimmungen, die wir als Gewerkschafter nicht anerkennen können. Ebenso ist es mit §§ 117 ff., wo bestimmt wird, daß die Richter von den Verwaltungsbehörden des Landes eingesetzt werden. Wir stehen auf dem Standpunkt der Selbstverwaltung auch dieser Gerichte und sind der Meinung, daß von den oberen Verwaltungsbehörden nicht die Tätigkeit oder Wahl der Richter vorgeschrieben werden kann. Man muß klare Bestimmungen fassen und nicht solche, bei denen derjenige, der die Bestimmungen in Anspruch nehmen muß, nicht weiß, wohin er sich zu wenden hat. Es kommt nicht darauf an, jetzt schleunigst einen Gesetzentwurf fertigzumachen, sondern Gesetzentwürfe müssen auch den wirklichen Bedürfnissen des Lebens entsprechen. Wir lehnen deshalb die Schlichtungsordnung und den Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes ab. Wir verlangen ein einheitliches Arbeitsgerichtsgesetz und Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für jeden Verwaltungsbezirk mit Selbstverwaltung der Arbeitsgerichte. Dadurch wird eine Institution geschaffen, zu der der Arbeiter Vertrauen haben kann, und das ist nötig, um die wirtschaftlichen Kämpfe im Sinne einer wirklichen Gerechtigkeit und Demokratie zu entscheiden.

Ein Reichsferiengesetz, wie es die Anträge 212 und 213 verlangen, ist unbedingt nötig. Wer da weiß, daß unsere Schulentlassenen einen besonderen Schutz nötig haben, muß verlangen, daß das Gesetz so gestaltet wird, daß für die jungen Leute Ferien festgesetzt werden, so daß man sie nach und nach in das wirtschaftliche Leben gewöhnt. Wir Sachsen werden für den Antrag Loeb auf Schaffung eines Steuerkommissariats und Erfassung der Sachwerte eintreten.

Pikard-Koblenz: Die warmempfundenen Worte des Genossen Hoch über die Not des arbeitenden Volkes veranlassen auch mich als Delegierten aus dem besetzten Gebiet, die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die wirtschaftlichen und sozialen Zustände zu lenken, die wir im besetzten Gebiet haben, und unserer Fraktion zu empfehlen, sich unserer nach Möglichkeit anzunehmen. Was Hoch über die Notlage sagte, trifft für die Festbesoldeten, für die Kleinrentner, für die Arbeiterschaft und die kleineren Handwerker im besetzten Gebiet in ganz besonderem Maße zu. Der Dollar und das englische Pfund verteuern die Lebenshaltung bei uns, und die Besatzungszulage ist kein Ausgleich dafür. Die Fraktion muß die Notlage insbesondere der unteren Beamten im besetzten Gebiet ganz besonders berücksichtigen. Dabei möchte ich nochmals an die Reise des Präsidenten des Statistischen Amtes Saenger erinnern, die den Zweck hatte, die Teuerungsverhältnisse in den einzelnen Orten zu studieren und wegen ihres Schnellzugtempos viel böses Blut gemacht hat. Solche Dinge sollten in Zukunft unterbleiben, denn man fördert durch sie nur die Lostrennungsbestrebungen. Außerdem möchte ich die Bitte an unsere Genossen in der Regierung richten, daß sie, wenn sie das besetzte Gebiet besuchen, auch trotz ihrer vielen Geschäfte noch einige Stunden für die Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen übrig haben.

Die Wohnungsnot ist im besetzten Gebiet sehr groß. Familienwohnungen sind infolge der Besatzung nur in beschränktem Maße vorhanden, wodurch die Sittlichkeit leidet; aber auch für alleinstehende Personen ist es fast unmöglich, möblierte Zimmer zu bekommen. Die Reichsregierung hat zwar erhebliche Summen für Besatzungsbauten aufgewandt, aber die Fraktion sollte mit allen Kräften dahin wirken, daß noch mehr auf diesem Gebiet geschieht, weil das für das besetzte Gebiet eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Was die Demokratisierung der Verwaltung betrifft, so möchte ich die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Zustände in den Gebieten lenken, wo die Zentrumspartei die Vorherrschaft hat. Trotzdem wir Koalitionsregierung haben, haben wir bis heute in der Regierung in Koblenz noch keinen Sozialdemokraten an einflußreicher Stelle sitzen. (Hört, hört!) Wenn sich die Koalitionsregierung in Prozenten ausdrücken soll, verlangen wir, daß auch in den Zentrumsdomänen diese Prozentsätze zur Geltung kommen. Daß man dem Zentrumsabgeordneten Heß, der auf dem Katholikentage die Revolution als das größte Verbrechen hingestellt hat, das Schuldezernat im Regierungsbezirk Koblenz übertragen hat, ist für diese Zustände sehr bezeichnend.

Görlinger-Köln: Die Steuerpolitik des Reiches ist genügend kritisiert worden. Es genügt nicht, Steuergesetze möglichst schnell zu machen, sondern es ist auch notwendig, dafür zu sorgen, daß der Apparat für die Durchführung der Steuergesetze so arbeitet, daß die Gesetze so erfüllt werden, wie der Gesetzgeber es gewollt hat. Die Finanzämter sind unfähig, ihre Aufgaben zu erfüllen,

und daher sind die ungeheuren Ausfälle in der Steuer zu erklären. Die Beamten sind zum Teil ebenfalls unfähig und gehen bei der geringen Bezahlung dazu über, im Nebenerwerb Steuerklärungen für andere aufzustellen und ihnen zu raten, wie sie sich am besten von der Steuer drücken können.

Auch auf die Gemeinden möchte ich den Blick des Parteitages richten. Den Gemeinden sind fast alle Steuerquellen genommen. Es ist die Schaffung einer Reichssteuer in Vorschlag gebracht worden, wo der Unternehmer pro Kopf der Beschäftigten herangezogen wird. Ich rate dringend davon ab, diesen Weg zu gehen, da die meisten Gemeinden schon dazu greifen mußten, die Kopfsteuer einzuführen und außerordentlich weit heraufzuschrauben. Die Gemeinden kranken heute am Staate. Wenn in Düsseldorf 1800 Prozent und in Essen 3800 Prozent Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer erhoben werden, so kann man nicht mehr gut weitergehen. Die Gemeinden sind auch genötigt, da einzugreifen, wo das Reich versagt, z. B. bei den Unterstützungen für Kriegerhinterbliebene, Arbeitslose usw. Wir wünschen also, daß unsere Reichstagsfraktion sich dafür einsetzt, daß den Gemeinden wieder eine direkte Steuerquelle eröffnet wird.

Wenn Genosse Hoch das soziale und wirtschaftliche Elend und auf der anderen Seite das Wucher- und Schiebertum gezeigt hat, kann ich auf einen anderen Typ hinweisen. In Köln hat sich jetzt der Typ des Besatzungsgewinnlers herausgebildet. Das Okkupationsleistungsgesetz vergütet bekanntlich nicht nur die direkten Schäden, die durch die Besatzung entstanden sind, sondern auch den entgangenen Gewinn. Wenn Sie sich einmal die Akten und die Spruchpraxis des Reichswirtschaftsgerichts ansehen, so werden Sie finden, daß das Reich um Millionen in den besetzten Gebieten betrogen wird. In den letzten Tagen hat ein großes Hotel seine Schadensaufstellung so genau herausgearbeitet, daß es sogar die Sektgelage für die eigene Familie mit in die Schäden eingesetzt hat, die durch die Engländer entstanden sind. Bei einer Aufstellung mußten 360 000 Mark gestrichen werden, die zu Unrecht eingesetzt waren. Ein Kardinalfehler ist, daß die von der Reichsregierung in die besetzten Gebiete geschickten Vertreter junge Assessoren sind, die von Volkswirtschaft keine Ahnung haben. Wir bitten Sie dringend, dafür zu sorgen, daß hierin Wandel geschaffen wird.

Leider können wir im besetzten Gebiet diese Mißstände in der Presse nicht so zur Sprache bringen, weil wir damit den Besatzungstruppen Material in die Hände liefern würden. Sie würden dann erst recht bei dem, was auf die Wiedergutmachung angerechnet werden soll, Abstriche machen; denn nach dem Friedensvertrag sollen ja die Besatzungslasten auf die Wiedergutmachung angerechnet werden.

Weiter habe ich den Wunsch, daß der Vorstand noch einmal erwägt, die Vertreter der Kommunen zu einer Reichskonferenz zusammenzuberufen, damit auch wir als Sozialdemokratische Partei zu der Gesetzgebung, die die Kommunen betrifft, als Vertreter der Kommunen Stellung nehmen können. (Bravo!)

Hirdes-Hagen i. W.: Die bisherigen Beratungen und Beschlüsse des Parteitags haben drei wesentliche Willenskundgebungen hervorgebracht: erstens die Festigung und Sicherung der deutschen Republik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, zweitens die unbedingt notwendige Umgestaltung der deutschen Rechtspflege, drittens die Entlastung der breiten Volksschichten und die stärkere Heranziehung des Besitzes durch Erfassung der Goldwerte.

Bezüglich der Sicherung der deutschen Republik hat die Mehrheit des Parteitags die Resolution 304 angenommen. Sie glaubt, auf diesem Wege ein gutes Mittel gefunden zu haben. Ob diese Erwartungen sich erfüllen werden, hängt davon ab, auf welche Weise die verantwortlichen Parteiinstanzen in dieser Richtung arbeiten werden.

Für die Umgestaltung der Justiz hat uns Genosse Radbruch sehr gute Wege gezeigt. Aber die bürgerliche Klassenjustiz versucht nicht allein auf dem Wege der Strafjustiz die Kämpfer für die Republik zu unterdrücken, sondern man versucht auch auf dem Wege des Zivilrechts in meinem engeren Wirkungskreise uns zu bekämpfen. Ich und viele Genossen haben etwa ein Dutzend Zivilprozesse durchzumachen, die darauf hinauslaufen, uns zu Schadenersatzverpflichtungen in die Hunderttausende von Mark zu verurteilen. Es handelt sich um Forderungen, die aus der Bekämpfung des Kapp-Putsches geltend gemacht werden. Weil die bisherige Gesetzgebung, Amnestie- und Tumultschädengesetz, hier nicht ausreicht, ist dringend zu wünschen, daß noch weitere gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, um die Kämpfer der Republik auch auf diesem Gebiet zu schützen.

Die Genossen Hoch und Keil haben in ihrem Referat in schärfster Weise die Erfassung der Goldwerte und die Sozialisierung gefordert. Sie haben Wege gesucht, wie wir diesem Ziele näherkommen. Aber ein Mittel, wie wir die Erfassung der Goldwerte erreichen, haben sie uns nicht genannt. Ich erlaube mir, dem Parteitag ein solches Mittel vorzuschlagen. Im Reichstag wird sich nach meiner Ueberzeugung keine Mehrheit für die Erfassung der Goldwerte finden lassen, weder in der jetzigen noch in der zukünftigen Koalition. Es liegt im Wesen des Klassenkampfes, daß die bürgerlichen Parteien der Erfassung der Goldwerte und dem Eingriff ins Privateigentum niemals zustimmen werden. Die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen führen auch nicht zum Ziel. Wir werden vielleicht etwas stärker in den Reichstag einziehen, aber den bürgerlichen Parteien gegenüber doch nicht so mächtig, um die Forderungen durchzudrücken. Da denke ich an das verfassungsgemäße gesetzliche Mittel des Volksentscheids. Es heißt im Gesetz: Der Volksentscheid findet statt, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Bevölkerung unter Zugrundelegung eines besonders ausgearbeiteten Gesetzentwurfs vom Reichstage diesen Gesetzentwurf begehrt und er vom Reichstag nicht unverändert angenommen wird. Wir würden zum Ziele kommen, wenn wir dieses Mittel geschickt anwenden. Selbstverständlich ist es notwendig, daß der Kleinbesitz und das Kleingewerbe entsprechend geschont werden. Bei genügender Aufklärung wird es möglich sein, die Volksklassen zur Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf zu veranlassen. Besonders denke ich dabei an die kleinen Rentner in der Stadt, die auch auf unserer Seite sein werden, selbst wenn sie deutschnational sind. Ich denke auch an die Zentrumsarbeiter, denen es nicht einfallen wird, gegen die Erfassung der Goldwerte zu stimmen. Ein solches Experiment kann allerdings zu den gefährlichsten Kämpfen führen. Unter Umständen wird die Reaktion den letzten Verzweiflungskampf gegen die Republik führen. Sie wird dann die Verfassung beseitigen wollen, die uns dieses natürlichste Volksrecht gegeben hat. Dann können wir natürlich dem Kampf nicht ausweichen, sondern dann heißt es: Kampf mit allen Mitteln, Kampf auf Leben und Tod.

Ich ersuche die Parteiinstanzen, diesen Weg des Volksentscheids zu beschreiten. Der Erfolg ist uns sicher. Wir leisten damit gute positive sozialistische Aufbauarbeit. Wir schützen die Volksmassen und belasten den Besitz, wie es sich für uns als Sozialisten gehört. (Lebhafter Beifall.)

Bernick-Magdeburg: In unserem ländlichen Bezirk, wo Großgrundbesitz und Adel vorherrschen, in dem aber auch der Staat Tausende von Morgen Land als Eigentum besitzt, tritt der Wucher des Grund und Bodens in ungeheurer Weise in die Erscheinung. Die Landarbeiter verstehen einfach nicht, wie es möglich ist, daß der Staat den Grund und Boden der Domänen für 30 Mk. pro Morgen an die Pächter abgibt, während dieselben Pächter für Kartoffelland 650 Mk. wieder einnehmen. Ein Pächter mit 2000 Morgen gibt 60 000 Mk.

Pacht an den Staat, er verpachtet 100 Morgen Kartoffelland und nimmt dafür 65- bis 75 000 Mk. ein. Das sind Zustände, die auf die Dauer unhaltbar sind. Als die Vorlage des Genossen Braun über die Selbstbewirtschaftung der Domänen eingebracht werden sollte, sträubten sich jene Kreise schon im voraus gewaltig dagegen.

Auch die Aufhebung der Gutsbezirke ist eine zwingende Notwendigkeit. Mit der Besteuerung der Sachwerte des Grund und Bodens darf nicht halt gemacht werden. Wie verhält es sich mit den ungeheuren Waldungen. Wir haben in den Parlamenten durchgesetzt, daß das Holz der staatlichen Wälder zu angemessenen Preisen als Brennstoff und als Baustoff abgegeben werden soll. Man hat aber dadurch den privaten Besitzern ein Monopol in die Hand gegeben, durch das sie weiter ungeheure Wucherpreise erzielen können. In den staatlichen Forsten wird das Brennholz mit 65 Mk. pro Festmeter abgegeben, Bauholz zu 165 Mk. Die danebenliegenden Grundbesitzer haben in freien Auktionen die Preise um das Vier- bis Fünffache gesteigert. Hier ist dem Staat jede Möglichkeit genommen, seinerseits an den ungeheuren Preisen, die da gegeben werden, teilzuhaben.

Genosse Schmidt hat vorgestern erwähnt, daß die Wucherpreise zum großen Teil auf den Zwischenhandel zurückzuführen sind. Unser Schlachtvieh geht heute auf dem Wege vom Land bis zum Verbraucher durch sechs Hände. Das muß unbedingt vermieden werden, wenn die Konsumgenossenschaften endlich daran gehen, die landwirtschaftlichen Organisationen der Genossenschaften mehr auszubauen. Alle landwirtschaftlichen Produkte müssen den Verbrauchern auf dem schnellsten Wege zugeführt werden. Wie heute große Konsumbäckereien schon Verträge mit Molkereibesitzern abgeschlossen haben, muß es auch möglich sein, die anderen Produkte, hauptsächlich Getreide, auf diesem Wege zu erfassen.

Die Aufhebung der Gutsbezirke muß durchgesetzt werden. Die Gutsbezirke haben Vorrechte vielerlei Art. Die Chausseen werden vom Kreis unterhalten, aber soweit sie durch das Gebiet der Gutsbezirke gehen, haben diese noch die Obst- und Grasnutzung, deren Ertrag in die Hunderttausende geht. Auch bei den Domänen muß dafür gesorgt werden, daß die Obst- und Grasnutzung nicht im Pachtpreis enthalten sein darf. Wir haben Domänen, wo für die Obstnutzung das Drei- bis Vierfache der ganzen Pacht erzielt wird. Die Landarbeiter verstehen nicht, daß die Republik sich diesen schamlosen Wucher gefallen läßt.

Im Siedlungswesen sind große Mißstände vorhanden, die zum Himmel schreien. Im Kohlenrevier wird das Siedlungswesen durch Ueberteuerungszuschüsse gefördert, die wir alle für die Kohle bezahlen müssen. Diese Siedlungsbestrebungen werfen den Unternehmern ungeheure Gewinne in den Schoß. Eine Einfamilienwohnung kostet uns heute 75- bis 80 000 Mk., wovon der Unternehmer 10- bis 15 000 Mk. Reingewinn an jeder Wohnung erzielt. Auch hier muß auf dem Wege der Förderung der Baugenossenschaften Abhilfe geschaffen werden.

Ich möchte auch ersuchen, dem Antrag Nr. 117 zuzustimmen. Die Reichstagsfraktion muß den ungeheuren Profiten des Grundbesitzes einen Riegel vorschieben.

Auch das Schulwesen auf dem Lande muß eine Förderung erfahren. Der Einrichtung von Fortbildungsschulen und Schulverbänden, die von den sozialdemokratischen Gemeindevertretungen erstrebt werden, werden von der Regierung Hindernisse bereitet. Auch hier muß Wandel geschaffen werden.

Ebenso muß der Forderung der Landwirtschaftlichen Genossenschaften Aufmerksamkeit geschenkt werden. Kleine Landwirte, Gewerbetreibende und kleine Handwerker pendeln heute zwischen den Parteien umher und wissen nicht,

welcher Richtung sie sich anschließen sollen. Durch Förderung des Genossenschaftswesens müssen wir auch diesen wirtschaftlich tiefstehenden Kreisen helfen. Die reaktionären Elemente im Schulwesen, in den Ministerien und in den Städten bieten keine Gewähr für die Durchführung all dieser Forderungen. Sie müssen deshalb aus den Regierungsstuben entfernt werden. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die Forderungen zu erfüllen. (Bravo!)

Bernstein-Berlin-Schöneberg: Erlauben Sie mir einige Worte zu den großen Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, die im Vordergrund der Beratungen der kommenden Reichstagssession stehen werden. Zwei große Aufgaben hat die Finanzpolitik des Reiches zu lösen: die Deckung des ungeheuren Fehlbetrages im Reichshaushalt und die Hebung des Wertes unseres Geldes. Wir kommen nicht zur Hebung der Valuta, wenn wir nicht den Fehlbetrag im Haushalt decken, und wir werden nicht zur Deckung des Fehlbetrages kommen, ehe wir nicht die notwendigen Maßnahmen treffen, die zur Hebung der Valuta erforderlich sind. (Zustimmung.)

Was die Regierung bis jetzt auf diesem Gebiete vorgeschlagen hat, ist absolut unzulänglich. Sie hat eine Reihe von Verbrauchssteuern ausgearbeitet. Diese Erhöhung der Verbrauchssteuern bringt nur einen bescheidenen Teil der Mittel auf. Verbrauchs- und Verkehrssteuern wirken aber eher auf eine Verschlechterung der Valuta hin als auf eine Hebung. Die Besitzsteuern, die die Regierung ausgearbeitet hat, sind noch nicht so durchgearbeitet, daß die Regierung selbst angeben kann, welchen Ertrag sie bringen werden. Es wird nur eine unbestimmte Schätzung bekanntgegeben. Selbst wenn sie das eintragen, was die Verbrauchssteuern aufbringen sollen, bleibt es noch ungenügend. Das Steuerprogramm der Regierung als ein Ganzes genügt bei weitem nicht, um den ungeheuren Fehlbetrag zu decken. Gewiß sind die Besitzsteuern noch steigerungsfähig, aber es gibt auch da eine Grenze, über die hinaus die Besitzsteuern volkswirtschaftlich schädlich wirken. (Sehr richtig!) Daher bleibt der Vorschlag der Regierung und bleibt auch der Vorschlag der Großindustrie unzulänglich. Alles das ist nur ein Hinausschieben einer Maßnahme, die, wenn nicht etwas ganz Unvorhergesehenes geschieht, unvermeidlich wird. Diese Maßnahme ist die Erfassung der Sachwerte. Je länger man diese Maßnahme hinausschiebt, um so mehr verschlechtert man die Bedingungen, unter denen sie eintreten kann.

Die Erfassung der Sachwerte ist nicht nur die beste, sondern sie ist auch gerade für die kapitalistische Klasse die billigste Maßnahme. Wenn diese Lösung nicht benutzt wird, dann wird es diesen Leuten noch ganz anders gehen. Heute bleiben sie bei der Erfassung der Sachwerte im Besitz ihres Betriebskapitals, die Industrie wird in keiner Weise geschädigt. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Verschlechterung der Valuta sich auf Kosten einer riesengroßen Masse der Bevölkerung, teilweise der ärmsten, zum Teil auch des notleidenden Mittelstandes vollzieht. Jede Verschlechterung der Valuta ist heute eine Steuer, die auf das arbeitende Volk zugunsten derjenigen gelegt wird, die Sachwerte besitzen. (Sehr richtig!) Denn der Wert der Sachwerte steigt in dem Maße, als die Valuta fällt. Dem muß ein Ende gemacht werden. Durch die Erfassung der Sachwerte nehmen wir niemandem etwas, was ihm von Rechts wegen zukommt, sondern es ist lediglich eine Ausgleichsmaßnahme.

Nun hat Genosse Loeb eine Aenderung in bezug auf zwei Punkte vorgeschlagen. Er verlangt zunächst einmal die Fundierung der schwebenden Schuld. Ich weiß nicht genau, was er darunter versteht. (Sehr gut!) Versteht er darunter die Beschaffung einer Deckung für die schwebende Schuld, dann liegt die Lösung schon in der Erfassung der Sachwerte. Ich möchte dem Genossen Loeb vorschlagen, auf seinen Antrag zu verzichten, denn wir können diesen Vorschlag

unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht durchführen oder aber er müßte viel genauer formuliert werden.

Dann verlangt Genosse Loeb die Unveräußerlichkeit der Sachwerte. Was er damit meint, ist zum Teil außerordentlich begründet. Aber für alle Sachwerte trifft nicht die Voraussetzung zu, die er im Auge hat, z. B. gar nicht für die Sachwerte auf dem Lande, Grund und Boden usw. Ich möchte deshalb vorschlagen, lediglich den Antrag des Genossen Keil anzunehmen. Ich verkenne durchaus nicht, daß der Antrag des Genossen Loeb einen berechtigten Kern hat, aber er trifft nicht für alle Gebiete zu und wir können ihn infolgedessen so generell nicht annehmen. Ich bitte den Genossen Loeb deshalb, ihn zurückzuziehen.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen dringend die Annahme des Antrages Keil. Dieser Antrag wird für die Reichstagsfraktion bei den schweren Kämpfen, die uns bevorstehen, die Kampfparole sein, mit der wir für die Verbesserung des deutschen Wirtschaftslebens, der deutschen Valuta und damit indirekt auch für die Verbesserung der internationalen Beziehungen in den Kampf ziehen. Mit diesem Programm werden wir das durchsetzen, was durchzusetzen möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird ein genügend unterstützter Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Es läuft noch folgender Antrag ein:

Der Parteitag beauftragt die Fraktionen des Reiches und der Länder, zur Erleichterung der Siedlungsmöglichkeit die Besteuerung der Oedländereien zu erstreben. Das Reichssiedlungsgesetz enthält Lücken, durch welche den Besitzern von Oedländereien die Möglichkeit gegeben ist, die Enteignung zu verzögern, bzw. zu verhindern, ohne daß eine Kultivierung der betreffenden Strecken erfolgt. Durch eine entsprechende Besteuerung kann die Beschaffung von Siedlungsland erleichtert werden.

Hoch-Hanau (Schlußwort): Der Fraktionsvorstand hat beschlossen, im Reichstage folgende Interpellation einzubringen:

Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Unglücks in Ludwigshafen sofort Maßnahmen zu treffen, um

1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben, und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann,
2. den Geschädigten ohne jeden Verzug aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten.

(Lebhaftes Bravo!)

Wir haben im Reichstage die Tatsache, daß während des Krieges die Arbeiterschutzmaßnahmen nicht nur nicht ausgebaut, sondern sogar im höchsten Grade vernachlässigt worden sind, nie aus den Augen verloren. Sie alle werden wissen, daß sich unsere Genossen in der Regierung unmittelbar nach der Revolution daran gemacht haben, auf diesem Gebiete alles zu tun, um möglichst das durchzuführen, was notwendig ist. Auch die Fraktion hat sich bemüht, Verbesserungen durchzusetzen, und Sie können überzeugt sein, daß das auch weiterhin geschehen wird. Das furchtbare Unglück ist ein Ansporn für uns, mit um so größerer Kraft für unsere Forderungen einzutreten. (Bravo!) Ebenso haben wir uns bemüht, die Unterstützungen derjenigen zu verbessern, die ihre Arbeitskraft oder ihren Ernährer verloren haben. Wir beschäftigen uns gerade jetzt im Reichstage mit der notwendigen Verbesserung der Arbeiterversicherung. Wir werden auch hier alle Kräfte einsetzen, um die Versorgung der Geschädigten möglichst zu verbessern. (Bravo!)

In diesem Bestreben sind wir auch auf dem diesjährigen Parteitage erfreulicherweise durch eine Fülle von Anträgen unterstützt worden, die sich auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse beziehen. Einen sehr großen Teil der Anträge empfehle ich, der Fraktion zu überweisen. Sie können überzeugt sein, daß wir im Reichstage alle diese Anträge gewissenhaft bearbeiten werden.

Den Antrag 79 aus Weimar empfehle ich abzulehnen, weil er in dieser Form unmöglich ist. Wir haben uns in Kassel klar und deutlich für die Sozialisierung ausgesprochen, und es liegt auch jetzt eine ganze Reihe derartiger Anträge vor, für die wir eintreten können.

Die Anträge 101 und 103 bitte ich, anzunehmen, dagegen den Antrag 104 abzulehnen. In dem Antrag 104 wird die Fraktion ersucht, Mittel für die Reichswehr in ihrer jetzigen antirepublikanischen Zusammensetzung nicht mehr zu bewilligen; dasselbe soll auch für die Flotte gelten. Im letzten Reichstag ist das Militärversorgungsgesetz gemacht worden. Die Einzelheiten des Gesetzes wurden durch die Koalition sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen uns festgelegt. Wir haben die einzelnen Bestimmungen auf das schärfste bekämpft. Nun stand die Fraktion schließlich vor der Frage, ob sie das Gesetz ablehnen oder annehmen solle. Die Ansichten gingen auseinander; aber gerade um Klarheit über unsere Stellung der Wehrmacht gegenüber zu schaffen, hat die Mehrheit sich für die Annahme entschieden. Wir brauchen heute leider eine Wehrmacht, und dann müssen wir auch die nötigen Gelder dafür bewilligen. Natürlich treten wir trotzdem gegen jeden Mißstand mit aller Schärfe auf.

Die Anträge 100 bis 110, die sich mit der Sozialisierung beschäftigen, empfehle ich Ihnen zur Annahme, desgleichen die Anträge 134 (schnellste Auflösung der Gutsbezirke) und 135 (Schaffung einer neuen demokratischen Gemeindeverfassung).

Den Antrag 145, der die Klassenjustiz betrifft, empfehle ich abzulehnen und dafür die Resolution des Genossen Radbruch anzunehmen.

Den Antrag 150, der die Trennung von Kirche und Staat verlangt, empfehle ich zur Annahme, ebenso den Antrag 152, der sich auf den angeblichen Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur bezieht; desgleichen den Antrag 156 (Entfernung der Kaiserverherrlichung aus den Lehrbüchern), weiter die Anträge 157 (Schulfrage), 159 (Reichsjugend-Schulgesetz), 168 (soziale Gesetzgebung), 173 (soziale Gesetzgebung), 221, der sich auf die Landgemeindeordnung bezieht.

Der Antrag 222 hat folgenden Wortlaut:

Bei den heute mehrmals wechselnden Ministerien und Ministern kann es unmöglich zugelassen werden, daß, wie es vorgekommen und jetzt der Fall sein soll, dem dreiviertel Jahre im Amte als Reichskanzler tätigen Abgeordneten Fehrenbach eine Pension von 45 000 Mk. gezahlt wird. Bei unserer demokratischen Verfassung ist das unzulässig, da der Mann keinerlei Verluste erlitten hat und seinem früheren Beruf nachgehen kann, die Not des deutschen Volkes auch so groß ist, daß wir uns derartige Ausgaben nicht gestatten können.

Daß die Männer, die vorübergehend im Ministerium tätig sind, ihr Leben lang eine große Pension bekommen, widerstrebt natürlich jedem von uns. Aber wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind. Es ist überaus schwer, geeignete Personen für die Ministerposten zu finden. Wenn diese Männer aus ihren Berufen herausgerissen werden, dann fragen sie sich: wie sollen wir es verantworten, unsere ganze Existenz aufzugeben? Wir stimmen durchaus mit den Antragstellern darin überein, daß der jetzige Zustand reformbedürftig ist. Aber wir müssen auch bedenken, daß gerade mancher unserer Genossen, die im Reich

oder in den Bundesstaaten Minister gewesen sind und deshalb ihre Existenz aufgegeben haben, jetzt in sehr schwierige Verhältnisse gekommen sind. (Sehr wahr!) Diese Frage muß zweckmäßig gelöst werden; wie, kann man noch nicht sagen. Aber den Antrag 222 aus Halle können wir nicht annehmen. Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Anzunehmen empfehle ich Ihnen die Anträge 224 (Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden), 225 (Schutz der Provinziallandtags-, Kreistags-Abgeordneten und Stadtverordneten) und 226 (Zahlung von Tage- und Reisegeldern für die Mitglieder der Verwaltungskörperschaft).

Der Antrag 178 bezieht sich auf die Teuerung. Ich würde Ihnen empfehlen, die Resolution des Genossen Georg Schmidt anzunehmen und die Anträge 178, 180, 182, 183 und 186 damit für erledigt zu erklären.

Der Antrag 181 bezieht sich auf die Abstinenzbewegung. Ich würde gern einen Antrag annehmen der sich für die Enthaltsamkeitsbewegung ausspricht; aber dieser Antrag ist undurchführbar. Soweit auf diesem Gebiet Verbesserungen zu erzielen sind, ist die Fraktion immer tätig gewesen und wird auch weiter tätig sein. Eine derart allgemeine Maßnahme, wie sie in dem Antrag 181 empfohlen wird, können wir nicht befürworten; ich bitte, diesen Antrag abzulehnen.

Die Anträge 204 und 209, die sich auf die Feiertage beziehen, bitte ich anzunehmen; ebenso die Anträge 215 bis 217, die sich auf den Achtstundentag beziehen.

Den Antrag Knack-Hamburg 322 (Beschlüsse der Frauenkonferenz) empfehle ich zur Annahme.

Bezüglich des Antrages Loeb, 329, der sich mit der Steuer- und Wirtschaftspolitik beschäftigt, empfehle ich Ueberweisung an die Fraktion zur Berücksichtigung. Dagegen wird auch Genosse Keil wohl nichts einzuwenden haben. Ich bin der Meinung, daß wir dieser Anregung folgen müssen, wenn wir damit auch nicht alles erreicht haben.

Ich muß auf den Antrag eingehen, in dem die Einsetzung einer Kommission verlangt wird, die eine grundlegende Aenderung im Personenbestande der deutschen Justizbeamten unter Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter herbeiführen soll. Wenn man weiß, welche Erfahrungen wir mit der Kabinettsjustiz gemacht haben, wird man gegen die Absetzbarkeit der Richter sehr große Bedenken haben. Ich kann das, was Genosse Radbruch darüber gesagt hat, unterschreiben. Wir werden alles tun, den Justizskandalen entgegenzutreten. Zunächst aber sind die von Genossen Radbruch empfohlenen Maßnahmen durchzuführen. Bevor das geschehen ist und sich als ungenügend erwiesen hat, ist es nicht zu verantworten, den Grundsatz von der Unabsetzbarkeit der Richter auch nur zeitweise preiszugeben. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Anzunehmen bitte ich den Antrag Hauke, der für sich selbst spricht.

Eingehen muß ich dann noch auf den nicht genügend unterstützten Antrag Insterburg, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen verlangt und die Haltung der Reichstagsfraktion in dieser Frage mißbilligt. Ich kann nur sagen, daß ein jeder wissen müßte, daß unsere Fraktion sich zu jeder Zeit unermüdlich gegen den Belagerungszustand gewandt hat. Es ist bedauerlich, wenn die eigenen Genossen die Vorwürfe der Gegner gegen unsere Partei aufnehmen, ohne sich zu überzeugen, ob die Vorwürfe berechtigt sind. Ich habe auf einer Zusammenkunft selbst einmal gehört, wie ein Genosse Vorwürfe gegen den Minister Severing erhob, ohne Severing vorher gefragt zu haben, was an den Anschuldigungen ist. Unsere Genossen im Ministerium haben eine

schwierige Stellung. Ich glaube, es hat noch keinen sozialdemokratischen Minister gegeben, der in allen Punkten die Zustimmung der Partei gefunden hat. Die Schuld daran liegt aber nicht in der Person der Genossen, sondern in den Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben. Wenn die Genossen im Ministerium nicht das leisten, was sie sollen, können wir verlangen, daß sie uns Rede und Antwort stehen. (Zuruf: Sie antworten uns gar nicht!) — Dann gibt es doch einen Fraktionsvorstand und einen Parteivorstand. Im Parteivorstand sind wir jeder Beschwerde nachgegangen. Deshalb sollte kein Parteigenosse mit Vorwürfen gegen die eigene Partei und die Vertrauensmänner der Partei vorgehen, bevor er sich nicht von ihrer Richtigkeit überzeugt hat.

Von den anderen Anträgen nehme ich noch eine Gruppe heraus, die sich auf die Beamten bezieht. Die hierzu vorliegenden Anträge haben alle das Ziel im Auge, die Verhältnisse der Beamten besser zu gestalten. Ich kann versichern, daß die Fraktion einen großen Teil ihrer Zeit und einen Teil ihrer besten Kräfte gerade auf die Bearbeitung dieser Frage verwendet.

Von verschiedenen Genossen sind Beschwerden vorgebracht worden. Genosse Leber hat gerügt, daß das Sperrgesetz eingesetzt hat, bevor das Besoldungsgesetz vollständig so ausgebaut wurde,wie es notwendig ist. Dasselbe, was Leber rügt, haben wir im Reichstage auch gerügt; unsere Schuld ist es nicht, wenn die Verhältnisse so sind. Man kann also daraus keinen Vorwurf gegen die Partei machen.

Ein zweiter Vorwurf bezieht sich auf die Teuerungszulagen und die Ortsklasseneinteilung. Die Beamten verlangen eine sozialere Regelung der Teuerungszulagen und verurteilen die Ortsklasseneinteilung überhaupt. Ich kann dem nur zustimmen. Unter der jetzigen Lebensmittelnot ist jede Klasseneinteilung ein Unding (sehr richtig!), und es wäre das richtigste, eine einheitliche Regelung durchzuführen. Hierbei sowie bei der Teuerungszulage haben wir stets in diesem Sinne gearbeitet. Der Parteigenosse, der den Vorwurf erhoben hat, hat selbst gesagt, daß, *während der Reichstag nicht zusammen war*, die Führer unserer Fraktion sich damit einverstanden erklärt hätten, daß die Teuerungszulagen den Beamten im prozentualen Verhältnis gewährt werden, so daß die hohen Beamten das Vielfache dessen an Teuerungszulagen bekommen, was die unteren Beamten erhalten. Als der Reichstag nicht zusammen war, war auch die Fraktion nicht zusammen und konnte nicht zu der Sache Stellung nehmen.

Dann habe ich noch anzuführen, daß Genosse Gradnauer in bezug auf meine Anfrage wegen des Kommunalisierungsgesetzes mich gebeten hat zu erklären: er schätzt die Bedeutung dieses Gesetzes ebenso hoch ein wie ich; in seinem Ministerium wird mit allen Kräften daran gearbeitet, den Entwurf möglichst schnell fertig zu machen. Gradnauer hofft, daß der Entwurf in kurzer Zeit aus seinem Ministerium herauskommen wird. Ferner hat Genosse Robert Schmidt auf meine Frage wegen der Maßnahmen gegen die Devisenspekulation mich gebeten, mitzuteilen, daß diese Frage sehr gründlich bearbeitet wird. Es soll festgestellt werden, auf welchem Wege am besten den bösen Vorgängen entgegengetreten werden kann. Auch er hofft, recht bald zu einem Abschluß zu kommen.

Für mich ist es besonders erfreulich, daß keinen Widerspruch auch der Teil meiner Ausführungen gefunden hat, in dem ich mich bemühte, nachzuweisen, daß mit dem bisherigen Verfahren in den wirtschaftlichen Fragen nichts Gutes erreicht wird, und wir werden nur dann zu einem günstigen Ergebnis kommen, wenn wir mit Sozialisierungsmaßnahmen vorgehen können.

Zum Schluß muß ich mich gegen eine Frage wenden, die ein Parteigenosse zu meinem Erstaunen an mich richtete. Er meinte: Wenn Sie den jetzigen Bestrebungen einen so geringen Wert beilegen, dann gehen wir doch eigentlich mit einer sehr geringen Hoffnung nach Hause. Das verstehe ich nicht. Wenn ich zu solchen Leuten gesprochen hätte, die keine Sozialdemokraten sind, dann hätte ich mich bemüht, nachzuweisen, daß aus diesem ganzen Durcheinander als unbedingt notwendiges Ergebnis der volle Sieg des Sozialismus herauskommen muß. Ich bin nicht darauf eingegangen, weil ich es für selbstverständlich hielt und der Ueberzeugung war, daß der, der an den Sozialismus glaubt, ihn heute schon tagtäglich erlebt. Er sieht, wie trotz allen Elends überall die Keime des Sozialismus sich regen. Es kommt die neue Zeit, es kommt die Zeit des Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Berichterstatter **Keil**-Ludwigsburg: Soweit sich die Debatte auf die Steuerfrage bezogen hat, ist sie leider nicht sehr fruchtbar gewesen. Das liegt zum Teil daran, daß wir uns in der Vergangenheit nicht gründlich genug mit diesem schwierigen Problem befaßt haben. Auch aus dem Antrag 329 und seiner Begründung habe ich leider nicht viel gewinnen können. Vielleicht hätten wir alle etwas mehr profitiert, wenn bei der Einbringung des Antrages etwas weniger Uebertreibung und etwas mehr politisches Verantwortungsgefühl obgewaltet hätte. Der Antrag, den ich auf Ersuchen des Parteivorstandes und Parteiausschusses Ihnen vorgelegt habe, ist selbstverständlich, und zwar unter Hinzuziehung erfahrener Parteigenossen, auf das sorgfältigste überlegt worden. Er will die Lösung des Finanzproblems in einer Weise herbeiführen, die unserer sozialistischen Gesinnung entspricht. Ich bitte, sich auf die Annahme meines Antrages zu beschränken. Sollte der Parteitag den Antrag 329 der Fraktion als Material überweisen wollen, so mag das geschehen, das wäre unschädlich. Ich würde aber seine Ablehnung für richtiger halten. Bei der Ueberweisung als Material könnte die Fraktion prüfen, ob sich mit dem Antrag, insoweit er von dem meinigen abweicht, irgendetwas anfangen läßt. Wenn wir nicht dem Spott sachverständiger Kreise ausgesetzt sein wollen, dann dürfen wir nicht in eine Resolution des Parteitages, die die grundlegenden Voraussetzungen der Sanierung der deutschen Finanzen nach unserer Ueberzeugung aufzählen soll, die Fundierung der schwebenden Schuld hineinschreiben. Denn erstens ist das keine grundlegende Voraussetzung der Sanierung der Reichsfinanzen, und zweitens ist es für ein Menschenalter eine völlige Unmöglichkeit.

Die Fundierung der schwebenden Schuld würde bedeuten, die 235 Milliarden Mark derzeitiger schwebender Schuld, bestehend in kurzfristigen Schuldverschreibungen, Schatzwechseln, Reichskassenscheinen usw., eine Summe, die noch weiter anwachsen wird, wenn nicht bald eine wirkliche Sanierung erfolgt, in konsolidierte Anleihen nach Art unserer Kriegsanleihen zu verwandeln. Ich glaube nicht, daß irgend jemand auf dem Parteitag das für möglich hält. Wer will diese Anleihen zeichnen? Wer wird dem Reiche soviel Vertrauen schenken, daß er ihm die Quote, die auf ihn entfällt, an konsolidierten Anleihen zeichnet? (Zuruf: Deswegen kann man es doch verlangen! — Gelächter.) — Die Antwort auf diesen Zuruf ist bereits durch die Heiterkeit des Parteitags gegeben, ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen. Der Nachteil der schwebenden Schuld gegenüber der konsolidierten oder fundierten Schuld besteht im wesentlichen darin, daß der Zinssatz, den das Reich zahlt, etwas höher ist als der Zinssatz bei der langfristigen Schuld, und daß die Reichsfinanzverwaltung dauernd in Sorge lebt, wie sie nach Ablauf der kurzen Fristen für die schwebenden Verpflichtungen wieder Ersatz schafft. Sie lebt von der Hand in den Mund. Aber eine Möglichkeit, sie von dieser Sorge zu befreien, besteht leider nicht. Eine

Möglichkeit, die 235 Milliarden in dauernde Anleihen zu verwandeln, wird es im nächsten Menschenalter in Deutschland nicht geben.

Ebensowenig können wir in einer Resolution sagen, daß durch die zögernd vorwärtsgehende, unzureichende Veranlagung der fortschreitenden Geldentwertung in Vermögens- und Einkommensverhältnissen nicht genügend Rechnung getragen wurde. Erstens liegt in dieser Fassung ein ungeheurer Vorwurf gegen die Finanzbehörden, der in dieser Allgemeinheit ungerecht ist und uns auch parteiagitatorisch schädigen würde, und zweitens liegt der Grund dafür, daß unser Steuergebaren der Geldentwertung nicht gefolgt ist, nicht nur in der zögernden Veranlagung, sondern auch in den Wertbemessungsvorschriften und in der Konstruktion der Gesetze.

Durch den Antrag 329 wird der falsche Anschein erweckt, als ob er sich von meinem Antrage dadurch unterscheide, daß er die Sachwerte oder Goldwerte erfassen wolle, mein Antrag aber nicht. Das ist ein vollkommener Irrtum. Mein Antrag sagt deutlich, daß die Lösung des Finanzproblems ohne Inanspruchnahme der Sachvermögen nicht möglich ist und daß wir das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Antrag fordern müssen. Statt dessen sagt Antrag 329: zur Durchführung der Steuergesetzgebung müssen die Produktionsmittel und der Großgrundbesitz herangezogen werden. Was ist das für eine konfuse Formulierung und Begriffsverwirrung! Ist denn der Grund und Boden nicht auch ein Produktionsmittel? Der sozialdemokratische Parteitag muß mit der Formulierung seiner Beschlüsse beweisen, daß er sich über die Grundelemente der Volkswirtschaft klar ist. (Sehr richtig!) Diese Klarheit fehlt dem Antrag 329 fast in jeder Zeile. Der Antrag unterscheidet sich im wesentlichen von dem meinigen dadurch, daß er von der unlösbaren Beteiligung an den Realwerten des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft spricht, während ich es vermeide, die Unlösbarkeit in meinem Antrag zu fordern. Ich bitte Sie, von dieser Forderung abzusehen und sich darauf zu beschränken, das gesetzliche Verfügungsrecht über die notwendigen Teile des Realvermögens für das Reich zu beanspruchen. In welche Formen dieses gesetzliche Verfügungsrecht zu kleiden ist, darüber ist sich die Oeffentlichkeit, die Regierung und Industrie und Handel noch nicht klar. Wir können unmöglich auf dem Parteitag eine Entscheidung darüber treffen. Da, wo die Unablösbarkeit technisch und finanzpolitisch möglich ist, werden wir sie erstreben. Aber sie ist nicht generell möglich, insbesondere nicht bei der Inanspruchnahme der Sachvermögen der Landwirtschaft. Ich bitte Sie, der Fraktion nicht durch Annahme des Antrages 329 eine Fessel anzulegen. Die Fraktion wird ehrlich bemüht sein, den Besitz, soweit irgend möglich, für die Deckung des Reichsbedarfs heranzuziehen. Aber legen wir uns nicht in einer Weise fest, die uns bei der Arbeit hinderlich sein wird.

Weiter werden in Antrag 329 geeignete Bestimmungen der Reichsabgabenordnung verlangt, die verhindern, daß die Besitzsteuern auf die Konsumenten abgewälzt werden. Wenn nur gleich gesagt worden wäre, wie das gemacht werden soll. (Sehr gut!) Die Abwälzbarkeit irgendeiner direkten oder indirekten Steuer hängt nicht von den Gesetzesbestimmungen ab, sondern von wirtschaftlichen Voraussetzungen, in erster Linie von der Spannung zwischen den Weltmarktpreisen und den Inlandpreisen. Ist die Spannung groß, so können die direkten Steuern restlos spielend auf die Verbraucher abgewälzt werden. Besteht eine solche Spannung überhaupt nicht, so ist die Abwälzung sehr erschwert.

In einem anderen Antrag wird die Einsetzung eines Reichskommissars gegen Steuerhinterziehung verlangt. Dieser Antrag ist ein blendender Schlager, der vielleicht den Wählern des Antragstellers imponieren mag. Aber

glauben wir ja nicht, daß wir mit der Forderung der Errichtung neuer Behörden großen Eindruck auf die breiten Volksmassen erzielen werden! Wir haben bereits eine Zentralstelle gegen Steuerhinterziehung, nämlich die dem Reichsfinanzministerium angegliederte Buchprüfungsstelle, die sich zu einer Behörde gegen Steuerhinterziehung im allgemeinen entwickelt. Ein Bedürfnis nach einer Doppelbehörde besteht nicht. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß der bestehenden Behörde die Aufgaben, die erfüllt werden müssen, überwiesen werden und daß sie richtig funktioniert. Ich bitte den Parteitag, den Antrag abzulehnen. Wir haben genügend üble Erfahrungen mit den verschiedenen Reichskommissaren gemacht.

Ich bitte Sie also, sich auf die Annahme des von mir eingebrachten unveränderten Antrages zu beschränken. Er sagt das, was im Augenblick notwendig ist. Wenn es nach meinen persönlichen Wünschen ginge, würde ich weiter bitten, die beiden anderen Anträge abzulehnen. Den Antrag auf Einsetzung eines Reichskommissars auf alle Fälle; wollen Sie aber den Antrag 239 aus irgendwelchen Rücksichten als Material überweisen, so mag es geschehen. Viel anzufangen wird damit nicht sein.

In den Richtlinien, die für unsere Haltung in den kommenden Steuerkämpfen maßgebend sein sollen, besteht eine Meinungsverschiedenheit hier nicht, und ich bin auch überzeugt, daß der Parteitag törichte Festlegungen vermeiden wird. Die Fraktion wird in all ihrem Handeln in den kommenden Steuerkämpfen getragen sein von dem ehrlichen Bemühen, die deutsche Arbeiterschaft lebens- und leistungsfähig zu erhalten. Damit leistet sie zugleich der deutschen Volkswirtschaft den besten Dienst. Wenn aber die Kräfte der Fraktion nicht ausreichen, um das, was wir für notwendig und möglich halten, durchzusetzen, dann müssen die Parteigenossen und die Arbeiter ganz Deutschlands zum Kampf bereit sein. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Wels** teilt mit, daß die Genossen Georg Schmidt und Radbruch auf das Schlußwort verzichten und er schließt die Debatte.

Nachdem die durch Parteitagsbeschluß für die Vorschläge für die Vorstands- und Kontrollkommissionsliste vorgesehene Zeit abgelaufen ist, werden die Listen geschlossen.

In Vorschlag gebracht sind:

als Vorsitzende: Hermann Müller, Otto Wels;
als Kassierer: Friedrich Bartels und Otto Heinrich;
als Sekretäre: Hermann Molkenbuhr, Wilhelm Pfannkuch, Otto Braun, Adolf Braun, Franz Krüger, Marie Juchacz, Hoch-Hanau, Ströbel-Berlin, Fellisch-Dresden, Broßwitz-Frankfurt a. M., Pietsch-Breslau, Dr. Leber-Lübeck, Marckwald-Frankfurt a. M.;
als Beisitzer: Richard Fischer, Karl Hildenbrand, Adolf Ritter, Elfriede Ryneck, Otto Frank, Heinrich Schulz.

Zu wählen sind zwei Vorsitzende, zwei Kassierer, sechs Sekretäre, sechs Beisitzer.

Hoch-Hanau bittet, seinen Namen zu streichen, da er eine Wahl nicht annehmen würde.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Pietsch-Breslau, Leber-Lübeck und Broßwitz-Frankfurt a. M. ebenfalls Einspruch gegen die Aufnahme in die Vorschlagsliste erheben.

Pietsch-Breslau erklärt, er sei, ohne gefragt zu werden, auf die Vorschlagsliste gekommen; da ihm viel daran liege, nicht diskreditiert zu werden, bitte er, den Vorschlag nicht ernst, seine Wenigkeit dafür aber um so ernster zu nehmen. (Heiterkeit und Bravo!)

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß Fellisch, der zurzeit sächsischer Minister ist, nach Parteitagsbeschluß nicht wählbar sei.

Zur Kontrollkommission sind vorgeschlagen: Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Fischer-Stuttgart, Helene Grünberg-Nürnberg, Hengsbach-Köln, Hermann Müller-Berlin-Lichtenberg, Löbe-Breslau, Pinkau-Leipzig, Schönfelder-Hamburg, Vollmann-Halberstadt und Köhn.

Die Vorschlagslisten werden geschlossen.

Hierauf folgt die Abstimmung über die Anträge zum Bericht der Reichstagsfraktion.

Antrag 79 wird entsprechend dem Antrage des Referenten abgelehnt.

Zu den Anträgen 83, 88 und 90 wird auf Vorschlag des Referenten Ueberweisung beschlossen.

Die Anträge 100 und 101 werden angenommen.

Zu 102 wird Ueberweisung beschlossen.

Antrag 103 wird vom Parteitag angenommen.

Antrag 104 wird entsprechend dem Antrage des Referenten abgelehnt.

Zu den Anträgen 105 und 106 beantragt der Referent Ueberweisung an die Fraktion. Der Parteitag beschließt demgemäß.

Die Anträge 107 bis 110 werden angenommen.

Antrag 111 Absatz 1 wird ebenfalls angenommen.

Gruppe der Steueranträge:

Genosse Loeb hat sich einverstanden erklärt, daß sein Antrag 329 nicht als Abänderungsantrag, sondern als selbständiger Antrag gilt. Der Referent hat beantragt, den Antrag 329 abzulehnen oder gegebenenfalls der Fraktion als Material zu überweisen. — Der Parteitag beschließt Ablehnung des Antrags 329.

Der Antrag des Referenten Keil, die Anträge 111 Absatz 2, 112 bis 124, 126, 129, 132, 133, 185 und 299 durch Annahme des Antrags Keil zur Steuerfrage (323) als erledigt zu erklären, wird mit großer Mehrheit vom Parteitag angenommen.

Der Antrag Keil Nr. 323 wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 125, 128 und 131 wird Ueberweisung an die Fraktion beschlossen.

Die Anträge 134 und 135 werden gemäß dem Antrage des Referenten angenommen.

Die Anträge 136 bis 138 werden auf Antrag des Referenten der Fraktion überwiesen.

Anträge zur Justizfrage:

Der Zusatzantrag Kann (331) wird gemäß dem Antrage des Referenten Radbruch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag Radbruch (327) wird mit der Maßgabe, daß durch seine Annahme die Anträge 139, 140, 142, 143, 144, 146 bis 149, 160 bis 164 erledigt werden, einstimmig angenommen.

Antrag 141 wird entsprechend dem Antrage des Referenten Hoch an die Fraktion überwiesen.

Antrag 145 wird gemäß dem Antrage des Referenten abgelehnt.

Antrag 150 wird angenommen.

Antrag 151 wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 152 wird angenommen.

Die Anträge 154, 155 und 158 zur Schulfrage werden durch Annahme des Antrages Hellmann Nr. 328 für erledigt erklärt.

Die Anträge 156, 157 und 159 werden einmütig angenommen, die Anträge 165 bis 167 der Fraktion überwiesen; Antrag 168 wird angenommen.

Die Anträge 169 bis 171 werden der Fraktion überwiesen, ebenso die Anträge 175 bis 177; die Anträge 173 und 174 werden angenommen.

Die Anträge 178, 180, 182, 183 und 186, die die Teuerungsfrage betreffen, werden durch Annahme der Resolution Schmidt (325) für erledigt erklärt.

Gemäß dem Antrage des Referenten Hoch wird der Antrag 181 (Einfuhrverbot aller alkoholischen Getränke usw.) mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Anträge 187 bis 202 werden der Fraktion überwiesen, die Anträge 204 bis 209 angenommen.

Die Anträge 210 bis 213 werden an die Fraktion überwiesen, die Anträge 215 bis 217 angenommen, 214 dem Parteivorstand überwiesen.

Weiter werden der Fraktion überwiesen die Anträge 218 bis 220. Antrag 221 wird angenommen.

Der Antrag 222, den Reichskanzler Fehrenbach betreffend, wird gemäß dem Antrage des Referenten mit großer Mehrheit abgelehnt; Antrag 223 wird der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 224 bis 226 werden angenommen, die Anträge 228 bis 230 der Fraktion überwiesen, ebenso der Antrag 286.

Dem Parteivorstand wird der Antrag 320 überwiesen, ebenso 305.

Antrag 322 wird angenommen, Antrag 324 der Fraktion überwiesen, ebenso Antrag 326.

Der Antrag 330 (Errichtung eines Reichskommissariats gegen Steuerhinterziehung) wird gemäß dem Vorschlage des Referenten Keil mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag 332 wird der Fraktion überwiesen, Antrag 333 angenommen. Antrag 334 wird ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Der Antrag Frerichs, 336, wegen Besteuerung der Oedländereien wird der Fraktion gleichfalls überwiesen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt; es folgt Punkt 4:

„Die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands."

Hermann Müller-Berlin: Genossen und Genossinnen! Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu Mitteilungen, die mir aus Berlin gemacht worden sind und die mit meinem Vortrage insofern zusammenhängen, als sie das derzeitige Kabinett Wirth betreffen, das im Auslande allgemein das Kabinett der versuchten Vertragserfüllung genannt wird. Mir wird mitgeteilt, daß die gesamte Berliner Presse heute morgen Nachrichten über die Umbildung der Reichsregierung bringt. Es heißt in der Presse, daß der Zahlenschlüssel bereits festgestellt wäre, daß drei Sozialdemokraten, drei Mitglieder des Zentrums, zwei Mitglieder der Demokraten und zwei Volksparteiler in die Reichsregierung eintreten würden, daß wir Sozialdemokraten uns entschlossen hätten, den Reichskanzler Wirth fallen zu lassen, daß wir dafür den Kanzlerposten bekämen und bereit wären, den Posten des Reichstagspräsidenten an das Zentrum abzutreten, daß darüber vor dem Görlitzer Parteitag Besprechungen stattgefunden hätten. Ich erkläre alle diese Nachrichten Wort für Wort für unwahr. (Lebhaftes Bravo!) Ich mache auch wiederholt darauf aufmerksam, daß auf diesem Parteitag kein Beschluß über die Umbildung der Reichsregierung zusammen mit irgendeiner anderen Partei gefaßt worden ist (Sehr richtig!), sondern daß wir einen Beschluß gefaßt haben, der gewisse Grundforderungen für eine eventuell künftig zu bildende Reichsregierung aufstellt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie die Blätter, die die ganze Zeit über die Auffassung vertreten haben, daß eine Reichsregierung auf breiterer Basis notwendig sei, dieses Ziel erreichen wollen, indem sie solche

Schwindelnachrichten in die Welt setzen, indem sie überhaupt so tun, als ob wir eine Umbildung der Reichsregierung notwendig hätten. Wir haben uns ferner vom Parteistandpunkt aus gesehen in der Opposition noch immer wohler befunden als in der Reichsregierung (Sehr gut!); der Drang, eine Reichsregierung auf breiterer Basis zu bilden, ist bisher niemals von uns ausgegangen, wie wir überhaupt immer die Auffassung vertreten haben, daß wir ein Opfer bringen, wenn wir in der Reichsregierung sind. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb die Berliner Presse bitten, sich vielmehr mit der Frage zu beschäftigen: Was will und was wird der Besitz zahlen, wenn die Steuerreform kommt? (Lebhafte Zustimmung.) Solange diese Frage nicht gelöst ist, mag man uns mit allen diesen luftigen Kombinationen vom Halse bleiben.

Genossinnen und Genossen! Ich soll vor Ihnen über die Wirkung des Versailler Vertrages auf die äußere und die innere Politik sprechen. Ich könnte das natürlich stundenlang tun, denn es gibt kein Gebiet des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, das nicht von dem Versailler Vertrag berührt wird. Das staatliche Leben Deutschlands wurde nach dem Sturze Napoleons auf dem Wiener Kongreß neu geordnet. Die Landwehr der deutschen Nation, die sich in den sogenannten Befreiungskriegen tapfer geschlagen hatte, wurde um die versprochene Freiheit und Einheit bei dieser staatlichen Regelung betrogen. In der Eschenheimer Gasse in Frankfurt a. Main wurde der Bundestag eingesetzt, ungefähr das Ideal der Kahr und Pöhner, auf das sie am liebsten wieder zusteuern möchten. (Sehr wahr!) Die Freiheit und die Einheit konnten auch 1848 nicht errungen werden, und es hat 50 Jahre gedauert, bis 1866 wenigstens der Weg für die Einheit freigemacht wurde. Aber es blieb bei der Einheit. Die Freiheit, die kam, war die Freiheit mit der preußischen Pickelhaube, mit der das Bürgertum sich wieder für 50 Jahre abfand, abfand unter Bismarck, abfand als Wilhelm II. schließlich sein eigener Kanzler geworden war, abfand, weil die Geschäfte eben gut gingen. Von 1866 dauerte diese Periode bis 1914, bis das deutsche Volk dann in den Weltkrieg hineinschlidderte, den das deutsche Volk, abgesehen von einigen Alldeutschen, sicherlich nicht wollte. Dieser Weltkrieg hat die Weltstellung Deutschlands vernichtet, weil während des ganzen Krieges der preußische Militarismus alle Friedensmöglichkeiten zerschlug (Sehr richtig!), weil er bis in das Jahr 1918 hinein Belgien nicht freigeben wollte, weil er alle die Chancen, die die russische Revolution im März 1917 gewährte, nicht benutzte, und weil er schließlich auch noch durch den unbeschränkten U-Bootkrieg Amerika in die Reihen unserer Feinde zwang. Am Ausgang des Weltkrieges lag Deutschland von allen Bundesgenossen verlassen danieder; aber diesem von allen seinen Dynastien befreiten Deutschland, dem Lassalleschen Deutschland minus die Dynastien, hat die siegreiche Entente einen furchtbaren Gewaltfrieden diktiert, der nichts rettete als die deutsche Einheit. Wir hatten uns trotzdem im Juli 1919 entschlossen, diesen Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil nur so weiterer Krieg, weil nur so die Zerstückelung Deutschlands verhindert werden konnte, die Zerstückelung Deutschlands, die damals war und die heute noch ist das unentwegte Kriegsziel der französischen Imperialisten und Nationalisten. (Sehr richtig!) Wir gaben uns über die Wirkungen des Versailler Friedensvertrages niemals einer Illusion hin. Wir müssen auch heute die Frage aufwerfen: Wird wieder eine Epoche von 50 Jahren vergehen, bis die deutsche Republik aus der Sklaverei der siegreichen Ententegläubiger erlöst wird? Aber selbst, wenn es gelingt, Erleichterungen dieses Vertrages zu erzielen — und ohne solche Erleichterungen kann Deutschland auf die Dauer nicht leben —, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir mindestens 50 Jahre lang unter den furchtbaren Folgen dieses Krieges zu leiden haben werden, dieses Krieges, den die Beherrscher Deutschlands von vor 1914 mit durch ihre mißtrauische Zickzack-

politik der vergangenen Jahrzehnte heraufbeschworen haben, durch die, wie es in unserem Genfer Beschluß heißt, mit Gewissenlosigkeit gepaarte Kopflosigkeit, die sie in den Julitagen 1914 an den Tag legten.

Nun ist eins sicher. An diesem Versailler Friedensvertrag hat noch niemand reine Freude empfunden, auch die Sieger nicht; das wird fast alle Tage bewiesen. Ich erinnere an den letzten Streit um die bisher von Deutschland gezahlte Goldmilliarde, wo Frankreich glaubte, daß es zu kurz käme, wo fast eine französische Ministerkrise heraufbeschworen wurde, wo Belgien und England, das eine für die Besatzungskosten, das andere für Prioritätsforderungen, die ihm während des Krieges zugesichert waren, gewisse Vorrechte zu haben glaubten. Ein solcher Streit wird sich sicherlich periodisch wiederholen; es wird sich herausstellen, daß die Wiedergutmachung für alle am Weltkriege Beteiligten aus Deutschland nicht herausgeholt werden kann, daß es überhaupt physisch einfach unmöglich ist, einem Volke allein die Lasten aufzuerlegen, die für die Reparation notwendig sind. Das sehen ökonomisch Gebildete auch in den Ententeländern ein. Der Genosse Keil hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß Keynes, Professor an der Universität Cambridge, der selbst an den Versailler Verhandlungen im Anfangsstadium beteiligt war, vorausgesagt hat, daß zwischen Februar und August 1922 die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands eintreten würde. Keynes hat das mit denselben Argumenten belegt, die auch in den deutschen Denkschriften immer wiedergekehrt sind. Er weist darauf hin, daß bei einem deutschen Export von etwa 6 Goldmilliarden es einfach unmöglich sei, 3½ Goldmilliarden jährlich für die Reparation zu leisten und daneben noch diejenigen Rohstoffe einzuführen, die Deutschland braucht. Wir wollen bei der Gelegenheit nicht vergessen zu erwähnen, daß dieser Politik der Beschränkung des Exports außerdem noch insbesondere von Frankreich die größten Schwierigkeiten gemacht werden, daß die in der französischen Kammer nicht einflußlosen französischen Weinbauern fortwährend mit der Behauptung aufgehetzt werden, daß es nur eine Repressalie sei, wenn Deutschland die französischen Rotweine und den französischen Kognak nicht hereinlassen wolle. So werden wieder aus Spezialinteressen heraus diejenigen Bestrebungen sabotiert, die zu einer Gesundung der deutschen Wirtschaft führen sollen. Aber Keynes hat weiter darauf aufmerksam gemacht, daß bei der heutigen Valuta eigentlich Deutschland zwei Drittel seines Einkommens benutzen müßte, um die Reparation zu vollziehen, und daß das katastrophale Wirkungen für die Lebenshaltung des deutschen Volkes haben müßte. Es sei daher, wie er sagt, nicht möglich, über das Jahr 1922 hinaus das Ultimatum zu erfüllen, und dieses Ultimatum gewährte im Grunde weiter nichts als eine Atempause. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir die wirtschaftlichen Folgen dieser Ultimatumpolitik in der Erklärung, die wir am 2. Februar im Reichstag abgegeben haben, vorausgesehen haben, daß wir dort schon bei Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse gesagt haben: durch diese Politik würde sich die deutsche Krise zu einer europäischen Katastrophe ausweiten. Wir haben dann trotzdem, wiederum unter dem Zwang der Verhältnisse, im Mai schließlich dem Ultimatum zugestimmt, weil wir dadurch die Besetzung des Ruhrgebiets, der letzten großen Kraftquelle Deutschlands, verhindern wollten, und weil wir das um Oberschlesien willen für nötig hielten.

Welche Politik ergibt sich nun für uns zwangsläufig für die Zeit der Atempause? Wir müssen versuchen, bis zur äußersten Grenze des Möglichen dieses Ultimatum zu erfüllen. Wenn wir mit dem kommenden Bankerott bluffen wollten, so würde uns das gar nichts nützen. Auf einen solchen Bluff würde die Entente nicht hereinfallen. Sie würde dann nicht nach wirtschaftspolitischen, sondern nach machtpolitischen Gründen entscheiden, und nach diesem verlorenen Kriege liegt die Macht eben ganz auf der anderen Seite. Dann möchte ich auch

bitten, die Spekulation auf die kommende Uneinigkeit der Entente völlig auszuschalten. So lange bei uns noch etwas zu holen sein wird, so lange werden sich die Gegner immer wieder zu einigen versuchen, um das herauszuholen, was herauszuholen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Also weg mit allen diesen Illusionen! Nur eine Politik des Arbeitswillens, der Erfüllung, eine Politik der Friedfertigkeit in jeder Beziehung kann uns vielleicht auf die Dauer noch retten.

Wie steht es nun mit dem deutschen Arbeitswillen? Es ist unerhört, daß der deutsche Arbeitswille, der von vielen in Deutschland reisenden Ausländern täglich beobachtet und anerkannt wird, gerade in Deutschland selbst von den Deutschnationalen fortwährend geleugnet wird. (Sehr richtig!) Auf dem Münchener Parteitage der Deutschnationalen hat Helfferich nach dem Bericht der „Kreuzzeitung" vom 4. September gesagt:

> Noch verhängnisvoller ist aber der versagende Arbeitswille, den wir vor allem der sozialistischen Hetze zu verdanken haben. Heute ist die Arbeit in breiten Schichten unseres Volkes durch die sozialistische Hetze gefesselt und gedrosselt. Das ist am allerdeutlichsten im Ruhrkohlenbergbau zu beobachten. Der Rückgang der Förderung beträgt hier rund 47 Proz. der Vorkriegszeit. Die stete Lohnerhöhung ist eine Schraube ohne Ende, nur ein fortgesetzter Antrieb zur Preissteigerung.

Es ist unerhört, wie dieser frivole Zyniker hier die Vor- und die Nachkriegszeit in Parallele setzt und dabei ganz vergißt, wie in der Kriegszeit Raubbau getrieben wurde und unsere Bergwerke heruntergewirtschaftet worden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist unerhört, wie er überhaupt unsere Arbeiter verdächtigt. Er sollte einmal acht Tage in ein Bergwerk gehen und mit seinen mit Butter geschmierten Muskeln und Nerven versuchen, da zu arbeiten, damit er einen Begriff davon bekommt, wie die ausgemergelten Bergarbeiter zu arbeiten haben. Diese Bergarbeiter, die heute noch viel zu niedrige Löhne haben und die vom Auslande deswegen als Lohndrücker empfunden werden, die heute noch keine „Weltmarktlöhne" beziehen. Was die Preissteigerung angeht, so weiß jeder, der die Arbeiterverhältnisse kennt, daß die Löhne mit dem Sinken der Währung und dem Steigen der Preise nicht mitkommen. Gerade die Kreise von Handel und Industrie, die bis in die letzte Zeit hinein wieder an der Börse spekulierten und sich für ihre privaten Zwecke Devisen verschafft haben, sind mit die Ursache dafür, daß unsere Währung so in Unordnung gekommen ist. Dieses Treiben ist die Folge der Aufhebung jeder Devisenkontrolle, die Folge des freien Marktes, des Ideals des internationalen Kapitalismus. Diese Verhältnisse müssen in nächster Zeit geändert werden. Wenn wir nicht zur Selbsthilfe greifen, wird zweifellos die Entente einschreiten. Aber vielleicht muß auch dazu erst wieder ein Ultimatum kommen. Unser Bürgertum reagiert ja überhaupt nur noch auf ein Ultimatum, entweder von der Entente oder von der Sozialdemokratie. Diese Verhältnisse müssen geändert werden, weil wir sonst zu österreichisch-polnisch-russischen Wirtschaftsverhältnissen kommen, an denen nicht nur wir kein Interesse haben, sondern an denen eigentlich auch die Londoner City, die amerikanischen Pflanzer, die neutralen Industrie- und Handelskreise nicht das geringste Interesse haben. Diese Verhältnisse haben eigentlich die ganze Weltwirtschaft in Unordnung gebracht. Die skandinavischen Genossen klagen alle Tage, daß bei ihnen ein Drittel der Arbeiter arbeitslos ist. Der Führer der amerikanischen Gewerkschaften, Gompers, hat festgestellt, daß in Amerika sechs Millionen Arbeitslose sind. Das ist in dem Ausfall des deutschen und russischen Konsums auf dem Weltmarkt begründet. Deutschland kann in den valutastarken Ländern nicht mehr kaufen. In Schweden ist der größte Teil der Schiffahrt in den Schären einfach stillgelegt.

Weil der Versailler Vertrag diese Rückwirkung auf die Wirtschaftsverhältnisse der ganzen Welt hat, müßte man annehmen, daß eigentlich die Politiker und die Wirtschafter der ganzen Welt mithelfen müßten, uns das innere Gleichgewicht unserer Wirtschafts- und Finanzverhältnisse wiederzugeben, dafür zu sorgen, daß unser Budget in Ordnung kommt. Die Parteigenossen müssen sich auch darüber klar sein, daß mit den alten Mitteln unsere Finanzen nicht in Ordnung zu bringen sind, weder mit direkten Steuern allein noch mit indirekten Steuern allein, noch mit beiden zusammen.

Der Versailler Vertrag hat am deutlichsten bei den Steuerforderungen die Wirkung unseres Erfurter Programms gebrochen. Unsere Steuerhoheit ist seit dem Frieden überhaupt beseitigt. Die Reparationskommission ist der Finanzdiktator Deutschlands. Sie hat das Recht, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von Zeit zu Zeit nachzuprüfen. Sie untersucht, ob nicht irgendein anderes Volk von einer Steuer schwerer bedrückt wird als das deutsche Volk. Die Entente hat sozusagen auf alle öffentlichen Einnahmen Deutschlands eine erste Hypothek.

Wir können heute die finanziellen Folgen des Vertrages noch nicht ganz übersehen, weil wir nicht wissen, welche Wirkung es haben wird, wenn es gelingt, die steuerfreien Bons auf dem Weltmarkt unterzubringen. Bisher scheint das noch nicht hervorragend gelungen zu sein. Die Entente sollte sich darüber klar sein, daß, solange die deutschen Finanzen nicht in Ordnung kommen, die Bons nicht mehr Wert haben als die Bons, die wir 1919 ausgegeben und wieder zurückbekommen haben. Es ist die höchste Zeit, daß alle diese Probleme aus dem Bereich der Politik genommen werden und daß die Finanzpolitiker wieder das erste Wort bekommen.

In diesem Zusammenhange muß darauf hingewiesen werden, daß es die höchste Zeit ist, daß eine auf das Abstimmungsresultat gegründete Entscheidung über Oberschlesien, dieses für Deutschland lebenswichtige Gebiet, gefällt wird, das ein Viertel der deutschen Kohlenproduktion umfaßt, 6 Prozent der Roheisen- und 7 Prozent der Stahlerzeugung, drei Viertel der deutschen und 17 Prozent der Zinkproduktion der ganzen Welt. Es ist unerhört, daß wir, weil die oberschlesische Frage noch offen ist, heute im Osten noch nicht einmal feste Grenzen haben.

Vor kurzem ist ein Buch des früheren amerikanischen Staatssekretärs Lansing über den Versailler Frieden erschienen. In diesem Buche hat Lansing erklärt, wie er schon im Frühjahr 1919 in Paris immer wieder darauf aufmerksam gemacht hat, daß es notwendig sei, so schnell wie möglich einen Präliminarfrieden mit Deutschland zu schließen, um dadurch geordnete Wirtschafts- und Finanzverhältnisse anzubahnen. Er kam damit nicht durch. Er fürchtete selbst, daß bei den deutschen Verhältnissen der Bolschewismus leicht auf Deutschland übergreifen könnte. Er sagt in dem Buch, daß damals alles auf des Messers Schneide stand und die Rettung nur gekommen sei, weil in Deutschland ein so an Gehorsam gewohntes Volk gewohnt hätte. Diese Motive sind natürlich falsch. Die Rettung vor dem Bolschewismus kam deswegen, weil wir in Deutschland politisch erzogene demokratische Sozialisten hatten (Sehr gut!), die den Bolschewismus ablehnten. Der Mehrheitssozialdemokratie ist es zu verdanken gewesen, daß in diesen schwierigen Zeiten der Bolschewismus Deutschland nicht überflutet hat. (Sehr richtig!) Wir können feststellen, daß man uns das weder innen noch außen gedankt hat. (Sehr richtig!) Ich möchte aber auch die Deutschnationalen daran erinnern, wie ihre Führer noch bei dem letzten Berliner Märzputsch 1919 in den Wandelgängen des Weimarer Theaters seufzend herumgelaufen sind und gesagt haben: Wird's denn Noske schaffen? Das war damals ihre Sorge. Wir sind damals eingesprungen und haben Deutschland gerettet.

Was waren nun die Motive, die insbesondere die französischen Politiker veranlaßt haben, Lansings Pläne zu sabotieren? Die Franzosen fürchteten wegen des Daniederliegens ihrer eigenen Industrie, daß sich dieses Deutschland wirtschaftlich zu schnell erholen könnte. Und wohin führt die Politik der Entente unter französischer Führung heute? Wenn wir das, was uns an Reparation aufgezwungen ist, leisten wollten, wenn wir so viel Exportüberschuß erzielen sollten, dann müßte unsere Wirtschaft geradezu treibhausmäßig entwickelt werden, dann müßten wir uns in einer Weise erholen, wie wir es praktisch gar nicht für möglich halten. Wir erleben es heute schon, daß die mit uns konkurrierende Welt überall über unsere Dumpingpolitik schreit, diese Politik des Unterbietens. Wir stellen fest, daß das Unterbieten durchaus unfreiwillig ist. Die deutschen Arbeiter bekommen heute keine Löhne, die mit den Löhnen in England und Amerika in Parallele gestellt werden können. Sie sind nicht in der Lage, für sich und ihre Kinder Kleider, Stiefel und Wäsche bei den in Deutschland üblichen Preisen zu kaufen. Das mögen sich die vielen Reisenden aus valutastarken Ländern gesagt sein lassen, die in den ersten Hotels wohnen und ihre Informationen über Deutschland meistens von Großkaufleuten und Bankiers zu beziehen pflegen. Die Ultimatumspolitik müßte uns zwingen, die ganze Welt tot zu konkurrieren. Das hat heute schon dazu geführt, daß Amerika und Italien beispielsweise sich mit dem Gegengift der Valutazuschläge helfen wollen. So werden die Verhältnisse immer ungesunder in der Weltwirtschaft, und das müßte den in Betracht kommenden Kreisen die Ueberzeugung beibringen, daß der Versailler Vertrag ganz unmöglich der Weisheit letzter Schluß für die nächsten Jahrzehnte sein kann. Diese Waffe ist zu gut geschliffen und schnellt schließlich auf die Sieger zurück. Die Welt soll sich überhaupt daran gewöhnen, daß so vieles von dem, was nach und während des Krieges prophezeit worden ist, nicht eintrifft. Ich erinnere nur an die Prophezeiungen von dem furchtbaren Kohlenmangel. Heute ist dieser Kohlenmangel nicht da. Man hat uns immer wieder gesagt, daß die Weltwirtschaft furchtbar leiden müßte, weil nicht genügend Schiffe da wären. Heute liegt in den valutastarken Ländern die Schiffahrt danieder, weil die hohen Frachten nicht bezahlt werden können. So wird eine Prophezeiung nach der anderen durch die Tatsachen ad absurdum geführt, und wir werden normale Verhältnisse nicht bekommen, solange nicht Deutschland und Rußland wieder in den normalen Weltwirtschaftsverkehr eingeschlossen werden, solange vor allen Dingen auch das deutsche Ueberseeeigentum nicht wieder freigegeben wird, solange die Auslandsguthaben nicht gesichert sind, wenn auch unter der Führung Englands heute schon einige Staaten auf diese Bestimmungen des Versailler Vertrages verzichtet haben. Vor allem müssen die infamierenden Bestimmungen geändert werden, die vielfach in dem Vertrage enthalten sind. Wir sind beispielsweise gezwungen, in den nächsten Jahren Konsulate zu dulden von all den Ländern, die irgendwo in Deutschland ein Konsulat errichten wollen. Eine nur zur Entwürdigung getroffene Bestimmung, die Deutschland hinter Hedschas und Haiti rangieren läßt. Solche Bestimmungen wirken auf die deutsche Politik zurück.

Das Ausland klagt fortwährend über die Stärke des deutschen Nationalismus. Es behauptet, daß der alte Geist von vor 1914 sich bei uns noch auf allen Gassen breit macht. Ich glaube, wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir diesen Geist täglich mit allen Kräften bekämpfen. Aber dieser tägliche Kampf wird uns durch die Maßnahmen der Ententeregierungen erschwert. (Sehr wahr!) Ich erinnere nur an die unerhörte Parteinahme der Franzosen für die Polen in Oberschlesien, die von Engländern und Italienern selbst genügend festgestellt worden ist. Ich erinnere an die Nichtaufhebung der Sanktionen im Westen nach der Annahme des Ultimatums, die im Widerspruch zum

Friedensvertrag und Völkerrecht stehen. Ich erinnere daran, wie man überhaupt in den besetzten Gebieten haust, wie Kaserne für Kaserne für den Ententemilitarismus in der Zeit der schlimmsten Wohnungsnot gebaut werden muß, wie Milliarden verschleudert werden, die viel besser zum Aufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden könnten. (Sehr wahr!)

Wir und unsere Gegner wissen überhaupt noch nicht, wieviel wir für die Besatzungsheere zu zahlen haben. Es wurde seinerzeit zwischen England, Amerika und Frankreich ein Abkommen geschlossen, das die Höhe der Besatzungskosten auf 240 Millionen Goldmark festsetzte. Dieses Abkommen ist uns niemals mitgeteilt worden und bisher auch praktisch von den Regierungen, die es beschlossen haben, noch nicht in Kraft gesetzt worden. Ich will auch daran erinnern, wie die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet fortwährend Nationalisten in Deutschland züchtet, wie die herumreisenden Generäle, Obersten und Korvettenkapitäne immer wieder mit den „neuesten Neuigkeiten" aus Paris die Leidenschaften in Deutschland aufpeitschen. Diese unpolitischen Offiziere, die glauben, zu einer aktiven Außenpolitik anzureizen, indem sie den Mund aufreißen.

Diese aktive Außenpolitik ist auch ein Schlagwort. Sie sollte schon einmal kommen, als Simons im Kabinett Fehrenbach sein berühmtes Nein in London aussprach. Damals waren sogar Demokraten ganz begeistert, und kurz darauf kam der furchtbare Katzenjammer, der selbstverständlich war, weil diese Politik sich einfach nicht verträgt mit den Konsequenzen, die der verlorene Krieg für Deutschland einmal mit sich bringt. Im übrigen wissen wir, daß nach diesem verlorenen Kriege eine aktive Außenpolitik Deutschlands für die nächste Zeit nicht möglich ist, daß aber für später ihre Voraussetzung in erster Linie die Niederhaltung der Offizierspolitik ist. (Sehr wahr!)

Diese entlassenen Offiziere treiben ihr Wesen auch in der Presse, bis in die demokratische Presse hinein, besonders in Bayern.

Einige Beispiele aus der letzten Zeit! Es wird der Regierung vorgeworfen: Vernachlässigung der Deutsch-Südtiroler, Vernachlässigung unserer Posener verlorenen Brüder, ungenügendes Eintreten für ein ungeteiltes Oberschlesien, mangelhafte Behandlung der Schuldfrage bei den Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Vertrag, ungenügendes Eintreten für die deutschen Interessen bei dem deutschitalienischen Handelsabkommen, Nachgeben bei den Wiesbadener Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur. Alles das soll Beweis sein für unsere passive Außenpolitik. Schwachköpfe, die das lesen, glauben es auch.

Wir wollen einmal untersuchen: welche Erfolge könnte denn in diesen Fragen eine deutschnationale Regierung haben? Wenn z. B. Herr Hergt, der die Amerikaner im Fliegen und Schwimmen seit langen Jahren beobachtet hat, die deutschamerikanischen Vertragsverhandlungen geführt hätte, hätte er sicher für die alldeutschen Kriegstreiber in bezug auf die Kriegsschuld eine chemisch gereinigte weiße Weste mit nach Hause gebracht. Wenn Graf Westarp mit der polnischen Regierung die Verhandlungen zu führen hätte, würde er sicher die größten Konzessionen für unsere verlorenen Brüder in Posen erlangt haben. Und wenn der Edle von Braun, der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats, an Stelle von Rathenau mit Loucheur verhandelt hätte, wäre er sicher viel weiter gekommen als Rathenau, und die oberschlesische Frage wäre längst gelöst, wenn das deutsche Volk noch kräftig genug wäre, eine Regierung Helfferich auszuhalten. (Heiterkeit.) Sie wäre gelöst, denn dann wäre Oberschlesien längst ungeteilt bei Polen. (Sehr richtig!) Wenn der deutsche Durchschnittsbürger denken könnte, müßte er sich das alles eigentlich selbst sagen.

Die politische Lage, die wir seit dem November 1918 haben, ist nicht die Folge der Erdolchung der Front durch die Heimat, sondern ist durch den Willen unserer Gegner verursacht, den preußisch-deutschen Militarismus, der militärisch unterlegen war, ein für allemal unschädlich zu machen. Ich beziehe mich hier wieder auf das Buch von Lansing. Es enthält ein Memorandum, das er am 21. September 1918, ehe er Amerika verließ, für das amerikanische Kabinett abgefaßt hat. Er sagt da: „Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, Deutschland als Militärmacht ohnmächtig zu machen." Und dann weiter: „Darum hält man es beim Abschluß des Friedens für das wichtigste, eine Wiederbelebung des Angriffsgeistes und der ehrgeizigen Pläne Deutschlands unmöglich zu machen." Dieses Memorandum Lansings war schon abgefaßt, ehe das Kabinett Prinz Max von Baden-Scheidemann-Erzberger im Oktober 1918 gebildet war. Es ist weiter interessant, daß das, was an territorialen Aenderungen auf der Landkarte Mitteleuropas Lansing der amerikanischen Regierung vorschlug, über die unerhört harten Bedingungen des Versailler Friedensvertrages hinausging.

Das französische Kriegsziel war wegen der dauernden Nachbarschaft zu Deutschland darauf gerichtet, die Militärmaschine Deutschlands ein für allemal zu zerschlagen. Darüber waren sich die Franzosen schon 1917 klar. Beweis dafür ist das französisch-russische Geheimabkommen, das 1917 abgeschlossen wurde, in dem der Rhein als strategische Grenze verlangt wurde und das linksrheinische Gebiet zu einem Pufferstaat mit zunächst französischer Besatzung werden sollte. Ich betone, daß im Dezember 1917 Balfour im Unterhaus erklärt hat, daß die englische Regierung an diesem Abkommen nicht beteiligt sei, und auch seine Ziele der englischen Politik nicht entsprächen. England wollte verhindern, daß ein anderes Elsaß-Lothringen auf diese Weise entstünde. Frankreich hat seine Pläne bis jetzt nicht ganz durchgesetzt, aber wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß heute noch sehr einflußreiche Zivil- und Militärkreise in Frankreich sich vor einem Revanchekrieg fürchten, nicht in den nächsten Jahren, sondern in den nächsten Jahrzehnten. Sie fürchten sich, weil sie sich sagen, kein Mensch weiß, welcher politische Faktor in den nächsten Jahrzehnten ein wiedererstarktes Rußland sein wird. Frankreich verlangte deshalb die Durchsetzung der völligen Abrüstung Deutschlands. Es hat darin nicht locker gelassen, und es ist, wie wir immer gesagt haben, in dieser Frage stets von der gesamten Entente unterstützt worden. Lloyd George hat noch am 16. August im Unterhaus gesagt: wenn diese Rüstungen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen; das komme immer ans Tageslicht. Nichts geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen und kein Geschoß auf diese Schiffe gestellt, von dem die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. — Das ist richtig, und mit dieser Tatsache müssen wir politisch auch rechnen. Wir haben heute noch viel zu viel militärische Ententekommissionen in Deutschland sitzen. Aber selbst wenn einmal der Tag kommt, an dem sie verschwinden werden, gibt Artikel 213 des Friedensvertrages dem Völkerbund das Recht, durch Mehrheitsbeschluß jederzeit eine Untersuchung in bezug auf Rüstungen in Deutschland zu verlangen, die Deutschland dann einfach zu dulden hat.

So wird die Entente für die ganze Dauer des Vertrags in der Lage sein, die militärischen Verhältnisse Deutschlands zu kontrollieren. Es ist unmöglich, hinter dem Rücken der Entente etwa die Kadres zu schaffen für eine künftig zu bildende Armee, die Deutschland von den Fesseln des Versailler Vertrags befreien sollte. Eine Wiederholung des Werks von Scharnhorst und Gneisenau würde heute einfach an unserer großen Publizität scheitern. Aber die Generale, die immer auf Scharnhorst und Gneisenau hinweisen, mögen sich gesagt sein lassen, daß Scharnhorst und Gneisenau niemals die Armeen für 1813 auf die Beine gebracht hätten, wenn sie im Lande herumgereist wären und groß-

mäulige Reden gehalten hätten. (Lebhafter Beifall.) Weil die Entente alles erfährt, ist es ein so großes Verbrechen, daß die Kahr-Regierung durch ihre hinterhältigen Maßnahmen die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren solange hinausgeschoben hat und alle die sind Verbrecher, die jetzt wieder versuchen, für diese Einwohnerwehren irgendeinen Ersatz zu schaffen.

Aufs schärfste muß der Frontkämpfertag im Stadion verurteilt werden. Mit welcher Frivolität er inszeniert wurde, geht daraus hervor, daß man sogar aus Doorn von dem entkrönten Deserteur ein Telegramm bestellte, indem er ganz wie früher telegraphierte: „die Erinnerung an diese große Zeit ist das Leuchtfeuer in dem noch nicht gelichteten Dunkel der deutschen Zukunft." (Hört, hört! und Lachen.) Wir haben die Ueberzeugung, daß dieser Hansnarr persönlich unschädlich ist, aber es schädigt den deutschen Namen und das deutsche Volk hat die Zeche zu zahlen, wenn bei einer solchen Gelegenheit Tausende politisch Unmündige sich hinstellen und ausgerechnet singen: „Heil Dir im Siegerkranz". (Hört, hört! und große Heiterkeit.)

Was für die Garde in Berlin inszeniert wurde, wird jetzt systematisch für die aufgelösten Linienregimenter im Lande inszeniert. Diese Regimentsfeiern wirken nach außen wie Kontrollversammlungen. (Sehr richtig!) Wir müssen uns diese alberne Soldatenspielerei, die in unsere Zeit nicht mehr paßt, energisch verbitten und von der Regierung verlangen, daß sie eingreift, ehe sie schließlich von außen dazu gezwungen wird. Vor allen Dingen sollen sich diese Herren gesagt sein lassen, daß es, solange sich dieser Geist in Deutschland breit macht, zu einer Revision des Versailler Vertrags nicht kommen wird, daß sie mit diesem gemeingefährlichen Treiben geradezu die revisionsfreundliche Arbeit im Ausland hindern. (Lebhafte Zustimmung.) Der nationalistische Geist, der in Deutschland auf höheren Schulen und Universitäten gezüchtet wird, muß verschwinden. Erst wenn neben der Arbeiterschaft auch die besitzenden Schichten Deutschlands einen neuen Geist zeigen, werden Verhandlungen auf Revision des Friedensvertrags Aussicht auf Erfolg haben. Im besetzten Gebiet wird mit Recht verlangt, daß die Zeit der Besatzung abgekürzt wird. Solange sich aber in den führenden Schichten des deutschen Bürgertums kein neuer Geist zeigt, werden Verhandlungen über diese und andere Punkte sicher keinen Erfolg haben. Insbesondere die Bevölkerung der besetzten Gebiete mag sich deswegen bei dieser Sorte Patrioten bedanken. (Sehr richtig!)

Immer wieder wird gesagt, daß eine objektive Klärung der Schuldfrage notwendig sei. Glauben denn diese Marktschreier des Afterpatriotismus, daß sie die mit ihrem Geschrei erreichen können? Die Rechtsparteien belieben es so darzustellen, als ob das deutsche Schuldbekenntnis die ganze Unterlage für den Friedensvertrag abgebe. Das ist falsch. Die Unterlage war das Bekenntnis Ludendorffs zur Niederlage in seinen Depeschen an den Prinzen Max im Oktober 1918. (Sehr richtig!) Das hat den Gegnern gezeigt, daß es Matthäi am letzten mit der deutschen Kraft ist. Wir Sozialdemokraten haben niemals behauptet, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage. Wir haben die Oeffnung unserer Archive durchgesetzt und verlangt, daß auch die Ententeländer ihre Archive öffnen. Aber eine Politik, die zur Klärung der Schuldfrage führen soll, hat doch nur dann Erfolg, wenn die Wortführer des deutschen Volks den Teil der Schuld zugeben, der zweifellos der Regierung Deutschlands von 1914 zuzumessen ist.

Eine Reinigung der europäischen Atmosphäre ist erst möglich, wenn auf der einen Seite die Welt sich davon überzeugt, daß das neue Deutschland innerlich überzeugt pazifistisch ist, und wenn andererseits der Anfang damit gemacht wird, die Grundsätze durchzuführen, um derentwillen die Entente diesen Krieg angeblich geführt hat, die so schön in den Flugblättern zusammengestellt sind,

die über der deutschen Front niedergeworfen und den deutschen Gefangenen in die Hand gegeben worden sind. Alle diese Ideale wurden aber während der Pariser Verhandlungen in der Dunkelkammer stückweise abgelegt.

Was ist denn eigentlich von den 14 Punkten Wilsons übriggeblieben? Wo ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchgeführt? Wo ist die Geheimdiplomatie abgeschafft? Wo bleibt die Freiheit der Meere, wo die allgemeine Rüstungsbeschränkung, wo die Ausschaltung aller Spezialverträge? Wo sind die gleichen Handelsbeziehungen für alle großen und kleinen Nationen? Wo ist trotz der Errichtung des internationalen Arbeitsamts praktisch etwas für die Arbeiter geschehen, denen man Besserung ihrer Lage in der ganzen Welt versprochen hat, solange sie im Schützengraben gelegen haben? Auf dem Boden sozialer Gerechtigkeit sollte nach Artikel 387 des Versailler Vertrags der Weltfriede begründet werden. Dauernde Wohltaten wollte der Völkerbund unter den Arbeitern der Welt verbreiten; und wir haben erlebt, daß fast in allen Parlamenten den ganz ungenügenden Beschlüssen der Washingtoner Konferenz die größten Schwierigkeiten gemacht und daß sie schließlich nicht ratifiziert wurden. Das wird so bleiben, solange wir nicht wieder eine starke geschlossene Internationale der Arbeiter haben. Schon bisher ist die Haltung der deutschen Arbeiterklasse das größte Aktivum der deutschen Außenpolitik. Die deutsch-französischen Bauarbeiterverhandlungen in Genf, die Verhandlungen, die die beiden sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften im Frühjahr in Amsterdam geführt haben, der Internationale Jugendtag in Bielefeld, die Abwehr des Kapp-Putsches, der Riesenaufmarsch der deutschen Republikaner nach der Ermordung Erzbergers, das alles hat nach außen seine Wirkung zugunsten Deutschlands gehabt, wie überhaupt für eine aktive deutsche Außenpolitik das allerwichtigste ist, die monarchische Reaktion in Deutschland völlig in die Defensive zu drängen. (Sehr richtig!)

Die Hohenzollern gehören in Deutschland der Geschichte an und sollten sich endlich einen nützlichen Beruf wählen. (Sehr richtig!) Jeder ehrliche Monarchist weiß auch, daß eine Rückkehr der Hohenzollern auf den Kaiserthron gar nicht möglich ist. (Sehr richtig!) Selbst wenn sie — einmal angenommen, aber nicht zugegeben — durch einen Militärputsch gelänge, so würde dieses Possenspiel keine acht Tage dauern. Der meineidige Karl von Habsburg hat dazu auf seinem Budapester Spaziergang schon genügend Erfahrungen gemacht. Die gesamte Entente würde mit Recht annehmen, daß jeder künftige deutsche Kaiser um der Selbsterhaltung der Monarchie willen den Revanchekrieg vorbereiten müßte. Im Interesse der Wohlfahrt ihrer Völker würden deshalb die Ententeregierungen einen solchen Störenfried von der Regierung in Deutschland fernhalten. Deutschland kann in der Zukunft überhaupt nur als Republik leben. Unser Ziel muß sein, dieses Deutschland als Republik, als gleichberechtigtes Glied in die große europäische Völkerfamilie einzuführen.

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß der Völkerbund von heute dem Ideal, das wir von ihm haben, in keiner Weise entspricht. (Sehr richtig!) Nicht nur, weil Deutschland, Rußland und Amerika zunächst nicht in diesem Bunde sind, und diesem Völkerbund als ein Makel der Geburt anhängt, daß er gleichzeitig mit dem Gewaltfrieden von Versailles in Kraft getreten ist. (Sehr richtig!) Die Welt ist gegen eine deutsche Kritik dieses Völkerbunds etwas empfindlich; deshalb will ich über diesen Völkerbund lieber den Staatssekretär Lansing reden lassen, der in seinem Buch sagt, daß dieser Völkerbund statt eine Organisation zur Verhütung von Kriegen eine solche zur Durchführung des Friedensvertrages wäre, um den Siegernationen die Früchte des Siegs zu sichern. Er nennt den Völkerbund eine Oligarchie der großen Mächte. Auf Grund der Erfahrungen in Genf hat Branting neulich etwas ähnliches

gesagt. Lansing zitiert zustimmend englische Staatsmänner, die im Frühjahr 1919 gesagt haben: Der einzig erkennbare Zweck des Völkerbundes scheint zu sein, einer Reihe ungerechter Bestimmungen, die aufgedrungen worden sind, dauerndes Leben zu verleihen. Er nennt diesen Völkerbund weiter eine Organisation, die dem Unrecht einen Stempel des Rechts aufdrücken soll.

Eine solche Kritik ist nur zu berechtigt. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß Lansing aus ganz anderen Motiven zu dieser Kritik kommt wie wir. Er ist Anhänger der Monroe-Doktrin. Er fürchtete, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in diesem Völkerbund immer in der Minorität blieben. Er ist im übrigen einer von den Frommen, die glauben, daß Kriege einmal zur göttlichen Weltordnung gehören und nicht auszurotten wären.

In Washington findet nächstens eine Abrüstungskonferenz statt. Wir wissen nicht, ob sie uns Besseres in der Richtung der Erreichung unseres Ideals bringen wird als das Versailler Werk. Für uns kommt nur in Betracht: liefert dieses Versailler Werk einen Grund, auf dem weitergebaut werden kann. Auf Grund der Erfahrungen der Genfer Verhandlungen muß gesagt werden, daß dieser Apparat bisher noch nicht funktioniert. Er hat den Wilnaer Konflikt nicht gelöst. Er hat nicht verstanden, in den türkisch-griechischen Konflikt einzugreifen. Wo bleibt der uns versprochene Gottesfriede, der nach fünfjährigem Morden unter den Söhnen von fünf Kontinenten eintreten sollte?

Aber dieser Völkerbund hat noch nicht einmal die Geheimverträge abgeschafft, die nach seinen Satzungen registriert und veröffentlicht werden sollten. Wir wissen, daß z. B. ein französisch-polnischer Geheimvertrag existiert. Er ist noch nicht in das Register in Genf aufgenommen worden. Ein Völkerbund, der seinen Zweck erfüllen soll, muß sich ganz andere Autorität verschaffen. Wir haben in Genf erlebt, daß die Frage aufgeworfen wurde, ob die Arbeit des Völkerbundes nicht zu kostspielig wäre. Ein wirklicher Völkerbund, der den Frieden der Welt garantiert, wird niemals für die Völker zu kostspielig sein. Wir als Sozialdemokraten müssen verlangen, daß der Völkerbund nicht eine Diplomatenkonferenz bleibt, sondern daß vor allem die Parlamente und Parteien der Welt am Völkerbund beteiligt werden. (Sehr richtig!) Er muß zu einem Weltparlament werden, wo sich die Sozialisten, Freihändler und Pazifisten der verschiedenen Länder treffen. Nur die Nationalisten der einzelnen Länder, soweit sie proportional in dieses Weltparlament geschickt werden, müssen dort isolirt werden.

Wir müssen verlangen, daß dieser Völkerbund entpolitisiert wird. Die Politiker und Diplomaten werden immer dazu neigen, Rechtsfragen mit Konzessionen und durch Kompromisse zu erledigen. Sie werden sich von ihren nationalen egoistischen Interessen leiten lassen. Für die Entscheidung von Rechtsfragen dürfen aber nur die Grundsätze des Völkerrechts maßgebend sein. Deshalb ist ein internationaler Schiedsgerichtshof notwendig. Wenn uns die Tore des Völkerbunds geöffnet sein werden, sind wir bereit, an der Verbesserung dieses Völkerbundes mitzuarbeiten. Der Erfolg dieser Arbeit wird von dem Vertrauen abhängen, das wir uns als deutsches Volk in der Welt erwerben. Wir setzen unsere Hoffnung auf Revision des Vertrages nicht auf Intrigen. Wir wollen keine Bündnispolitik mit einzelnen treiben, sondern mit all den Völkern zusammenarbeiten, die willens sind, mit uns gemeinsam für den Frieden der Welt zu arbeiten. Deutschland genießt heute schon Vertrauen, das hat die Abstimmung in Schleswig, in Oberschlesien und in den Masurischen Gebieten gezeigt. Die Deutschen haben auch draußen Vertrauen. Das zeigt uns alle Tage der Wille der Deutschösterreicher, zu uns zu kommen. Uebrigens auch ein Wille, der sich nur auf die deutsche Republik bezieht. (Sehr richtig!) Die Masse der Oesterreicher würde sich dafür bedanken, etwa zu einer deutschen

Monarchie zu kommen. Es ist nun notwendig, auch über diese Kreise hinaus in der großen Welt, in der früher uns feindlichen Welt, Vertrauen zu erwerben. Das können wir nur durch eine friedfertige Politik, die die Götzen einer blutigen Vergangenheit ein für allemal von unseren Hausaltären verbannt.

Nur so wird es möglich sein, einen wirklich gerechten und dauerhaften Frieden eines Tags für uns zu erlangen. Wir werden das nicht durch Proteste und Deklamationen erreichen. Wir werden es nur erreichen durch unsere Arbeit, durch Erfüllung des Friedensvertrags, soweit es in unseren Kräften steht. Wir werden es nur dadurch erreichen, daß wir der Welt klarmachen, daß ein neuer Geist in Deutschland eingezogen ist. (Sehr richtig!) Nur so wird es möglich sein, allmählich die Schrecken des Kriegs in Deutschland und in der Welt zu lindern. Nur so wird die Welt auf die Dauer genesen können und ein wirklicher Friede auf Erden garantiert werden. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Wels** teilt mit, daß Telegramme von verschiedenen Organisationen der Arbeitsinvaliden eingelaufen sind, die den Parteitag dringend ersuchen, ihrer zu gedenken. Er erklärt dazu, daß der Parteitag durch Annahme der Resolutionen, die die Reichstagsfraktion ersuchen, dem Los der Arbeitsinvaliden die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, diesen Wünschen Rechnung getragen habe.

Das Mitglied der ersten Internationale von 1871, Genosse van Kol, hat einen Brudergruß übersandt.

Folgende Erklärung ist auf dem Bureau abgegeben worden:

Zu dem Antrag 315 ist vorgestern mit genügender Unterstützung namentliche Abstimmung beantragt worden. Der Vorsitzende Weis hat trotzdem zugelassen, daß beantragt wurde, den Antrag 315 durch die Annahme des Antrags 304 für erledigt zu erklären. Trotz der Zustimmung der Mehrheit des Parteitags ist der Vorsitzende nicht von dem Vorwurf freizusprechen, daß er eine Geschäftsführung gegen die Geschäftsordnung zuließ und betrieb. Wir protestieren dagegen und geben diese Erklärung zu Protokoll.

Eckstein, Kieß, Marckwald und drei unleserliche Unterschriften.

Ich erkläre dazu, daß diese Erklärung mich nicht trifft. Ich habe kein Mittel, zu verhindern, daß Anträge gestellt werden, Anträge durch Annahme eines anderen Antrags als erledigt zu erklären, auch wenn dazu von 30 Genossen namentliche Abstimmung beantragt ist. Der Wille des Parteitags war festgestellt. Der Rüffel richtet sich gegen die Mehrheit des Parteitags, nicht gegen das Bureau. Die Erklärung geht zu Protokoll, ebenfalls die folgende:

Hätte ich an der Abstimmung teilnehmen können, so würde ich bei der Abstimmung über die Resolution 304 mit Ja gestimmt haben.

Trinks-Karlsruhe.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Minuten.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende **Wels** eröffnet die Sitzung mit der Verlesung eines Begrüßungstelegramms der im Gewerkschaftshause zu Berlin versammelten Vertrauensleute der parteigenössischen Beamten aller Behörden. Das Telegramm wird mit lebhaftem Bravo aufgenommen.

Dann erhält zum Bericht der Beschwerdekommission das Wort

Kirchner-Altona: Am 13. August 1920 wurde vom Bezirksverbandsvorstand des Bezirks Magdeburg-Anhalt der Genosse Willi Neßler aus der Partei-

organisation ausgeschlossen und seines Amtes als Parteisekretär enthoben. Ein darauf eingesetztes Schiedsgericht hat ein Urteil gefällt, wonach der Ausschluß des Genossen Neßler aus der Partei nicht zu Recht besteht; es hat aber dem Genossen Neßler auf die Dauer von fünf Jahren das Recht aberkannt, Funktionen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei auszuüben. Der Genosse Neßler wandte sich an den Parteitag als Berufungsinstanz. Die Beschwerdekommission, die den Fall zu prüfen hatte, konnte sich nicht dazu verstehen, dem Parteitag zu empfehlen, den Tenor des Schiedsgerichtsurteils irgendwie abzuändern. Es heißt in diesem Tenor:

Das Schiedsgericht kam unter Berücksichtigung verschiedener mildernder Umstände zu dem Schluß, daß Neßler wohl eine tatsächlich ehrlose Handlung nicht begangen hat, daß er aber in unverantwortlicher, fahrlässiger und leichtfertiger Weise sein Vertrauen als Parteisekretär grob mißbraucht hat. Das Schiedsgericht konnte nach diesem Tatbestand nicht den Ausschluß aus der Partei aussprechen, aber es spricht die Ausschließung Neßlers von Vertrauensämtern in der Partei auf die Dauer von fünf Jahren aus.

Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Parteitag, diesem Urteil vollinhaltlich beizutreten.

Es wird gemäß dem Antrage der Beschwerdekommission beschlossen.

Der Parteitag tritt dann in die Diskussion über Punkt 4 der Tagesordnung ein.

Okonski-Kattowitz: Der Antrag 335 befürwortet sich eigentlich von selbst. Es ist daher nicht notwendig, weiter darauf einzugehen. Ich möchte aber über die oberschlesischen Verhältnisse einiges sagen und eine Anklage an den Völkerbund richten, sowie eine Warnung an alle Arbeiter und alle demokratischen Bürger nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Was sich augenblicklich in Oberschlesien abspielt, ist nicht nur Tragödie eines Volkes, sondern vor allen Dingen auch die Tragödie Europas. Wir haben seit eineinhalb Jahren die Regierung der Interalliierten Kommission, die Treuhänder der Entente ist. Wie diese Herren in Oberschlesien regieren, haben Sie aus den Zeitungsberichten zur Genüge erfahren; aber Sie werden nicht erfahren haben, wie die Arbeiter Oberschlesiens das am eigenen Leibe spüren. Die Interalliierte Kommission sollte eigentlich der Vertrauenskörper des oberschlesischen Volkes sein, sie sollte alle Einrichtungen des Landes getreulich verwalten und der Regierung oder den Regierungen, die nach ihr das Land übernehmen, das Land auch in dem Zustande übergeben, wie es die Bewohner des Landes verlangen. Wir können heute ruhig, ohne der Entente und der Interalliierten Kommission zu nahe zu treten, sagen, daß die Regierung in Oppeln diese ihre Aufgabe gar nicht erfüllt hat. (Sehr richtig!) Sie hat eine ganze Menge von Rechten, die das oberschlesische Volk nach der Revolution besessen hat und die in Deutschland selbstverständlich sind, einfach unter den Tisch fallen lassen. In Oberschlesien herrscht heute die unverhüllte Diktatur eines Drei-Männer-Kollegiums. Im Anfange hat man wohl gewisse Bedenken gehabt, das oberschlesische Volk allzu rigoros zu behandeln. Man versuchte, die Stimmung des Volkes kennenzulernen, und in der ersten Zeit ist man vor drakonischen Maßnahmen zurückgeschreckt. Aber nach und nach ist man dreister geworden, und heute hat die Interalliierte Kommission, gestützt auf die nationale Uneinigkeit und vor allem auf den Gegensatz der Stände in Oberschlesien ein äußerst leichtes Spiel mit den Bewohnern des Landes. Am Anfange hat man dem Volke, um wenigstens einen Schein von Demokratie zu wahren, einen Beirat versprochen, der sich aus polnischen und deutschen Gliedern zu gleichen Teilen zusammensetzen sollte. Dieser Beirat ist einmal in feierlicher Audienz vom General Le Rond empfangen worden. Alles ist nur diktiert worden, ohne das Volk zu fragen.

Im Friedensvertrag steht, daß die deutschen Rechte und die deutsche Gesetzgebung für Oberschlesien maßgebend sein sollen; allerdings soweit es die Interalliierte Kommission genehmigt. Die Interalliierte Kommission hat gleich von Anfang ihrer Regierung an alle Gesetze mit sauerem Gesicht angesehen, die irgendwie Sozialgesetze waren. Ich erinnere an das Betriebsrätegesetz. Die oberschlesischen Arbeiter wollten, daß auch in Oberschlesien wie im übrigen Deutschland dieses Gesetz durchgeführt würde. Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben sich sofort dafür eingesetzt; dagegen haben leider damals unter dem Einfluß der politischen Zerrissenheit die Unabhängigen, die Kommunisten gesprochen und geschrieben, sogar die polnischen Sozialisten haben dagegen agitiert, und selbstverständlich auch sämtliche Bürgerliche in Oberschlesien. Wir haben damals zu dem Mittel der Demonstration gegriffen und in Hindenburg, das heute eine polnische Mehrheit hat, sind mehr als 60 000 Arbeiter auf dem Marktplatz zusammengeströmt, um für das Betriebsrätegesetz zu demonstrieren. (Hört, hört!) Das Ergebnis war, daß die Interalliierte Kommission das Betriebsrätegesetz eingeführt hat, und heute freuen sich sogar die Polen darüber, daß wir das Betriebsrätegesetz in Oberschlesien haben.

Aber wenn wir auch damals unter dem Druck der Massen das Betriebsrätegesetz durchführen konnten, so sind doch verschiedene sehr wichtige Gesetze in Oberschlesien nicht zur Geltung gekommen. Ich erinnere an die Siedlungsgesetze, die in Deutschland wenigstens in ihren Anfängen vorhanden sind. Die Siedlungskommissare, die nach Oberschlesien geschickt wurden, sind von der Interalliierten Kommission einfach zum Teil verhaftet und über die Grenze zurückbefördert worden. Das Eigentum der Großgrundbesitzer ist nicht angetastet worden. Man ist auch den Industriellen in keiner Weise auf die Hühneraugen getreten. Sie wissen, daß die Bergarbeiterwohnungen im ganzen Reich aus einem Fonds errichtet werden, der aus den Kohlenpreisen gezahlt wird. Unter der Aufsicht der Arbeiter werden aus diesem Fonds die Werkwohnungen errichtet. In Oberschlesien hat die Interalliierte Kommission einen solchen Aufsichtsrat aus Arbeitern und Unternehmern nicht genehmigt. Dort haben die Industriellen auch heute noch das Recht, wenn sie wollen, Wohnungen zu bauen oder sonstwie diesen Fonds für sich zu verwenden.

Die unglücklichste Einrichtung sind die Sondergerichte, die von der Interalliierten Kommission eingeführt worden sind. Die deutsche Gesetzgebung darf natürlich gemäß dem Friedensvertrag nicht angetastet werden; aber man hat in Oppeln ein besonderes Gericht eingesetzt, und dieses Gericht bestraft jedes Augenzwinkern gegen die Interalliierte Kommission in rücksichtsloser Weise. Selbstverständlich sieht es sich dabei auch seine Leute an. In der Verfügung, mit der dieses Gericht eingesetzt wurde, heißt es ausdrücklich, daß jeder, der einen Angehörigen der Interalliierten Kommission beleidigt, vor dieses Gericht gezogen wird. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Noch unhaltbarer sind die Dinge, wie sie sich in den einzelnen Kreisen entwickelt haben, in denen die Interalliierte Kommission scheinbar nicht die Macht hat, einzugreifen. In Oberschlesien hat jeder Kreiskontrolleur eigentlich die Rechte eines kleinen Königs; er richtet sich im allgemeinen nur nach den Generalbestimmungen, die in Oppeln erlassen werden. Es kann vorkommen, daß in dem einen Kreis Versammlungen erlaubt werden, daß die Zeitungen schreiben können, was sie wollen, daß aber im Nachbarkreise jede Vereinsversammlung verboten ist. In dem einen Kreis wird ein wohlwollendes Verhalten gegenüber den anderen Nationen geübt, während im anderen Kreise ein Terror irgendeiner Nation gegen die anderen herrscht. Diese Zustände zu beseitigen, ist der Interalliierten Kommission noch nicht gelungen, und ich habe

die Befürchtung, daß sie gar nicht das Bestreben hat, diese Zustände zu beseitigen; denn ihr liegt ungeheuer viel daran, daß das Volk in Oberschlesien unter sich nicht einig wird.

Der Selbstschutz besteht somit auf deutscher wie auf polnischer Seite, und er wirkt auf beiden Seiten unheilvoll. Man hat erst vor ungefähr vierzehn Tagen in Eichenau einen Kampf mit einer Bande von ungefähr 40 Banditen aus Polen führen müssen, und man hat zwei Kompagnien Franzosen mit zwei Tanks aufbieten müssen, um diese Leute zu vertreiben. Gefangen hat man aber nicht einen einzigen; erschossen sind zwei; auch ein Oberwachtmeister der Apo ist verwundet. Ich erinnere daran, daß vor ungefähr drei Wochen der Genosse Reinek aus Paulsdorf bei Hindenburg einfach aus seiner Wohnung abends gegen 11 Uhr von Gemeindebeamten, also Angestellten der Interalliierten Kommission, herausgeholt, auf die Straße geschleift, fürchterlich verprügelt und dann an irgendeiner Straßenecke erschossen worden ist. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Die Beamten, die diese Tat ausgeführt haben, sind heute noch im Amt, ohne daß meines Wissens ein Verfahren gegen sie eingeleitet worden ist. (Lebhafte Rufe: Pfui!) Das sind unerträgliche Zustände.

Das ist die Anklage, die ich an die Interalliierte Kommission und an die Entente zu richten habe. Die Anklage nämlich, daß sie den Endentscheid über Oberschlesien so ungeheuerlich lange verzögert hat, daß sie die Zeit benutzt hat, um alle Nationen und Parteien und Stände gegeneinander auszuspielen, um schließlich unbeschränkt zu herrschen.

Aber die Warnung, die ich an die Arbeiter aller Länder richten möchte, bitte ich, sehr zu beherzigen. Was sich augenblicklich in Oberschlesien abspielt, ist nicht nur für die deutschen Arbeiter, sondern auch für die polnischen, für die englischen und französischen Arbeiter bedenklich. Im Augenblick hat man es verstanden, die Nationen gegeneinander auszuspielen. Augenblicklich stehen sich die polnischen und deutschen Arbeiter ziemlich feindlich gegenüber. Der Nationalhaß ist im ganzen Volke so stark, daß man kaum auf Verständigung rechnen kann. Aber man hat dabei — dies Gefühl werde ich nicht los — einen Gedanken, der uns sehr gefährlich werden kann. Einstmals sprach man davon, daß im Friedensvertrage steht: die Abstimmung soll unbedingt für die Zuteilung des Landes maßgebend sein. Dabei hat sich jeder von uns gedacht: wenn wir eine Mehrheit für Deutschland bekommen, dann wird das Land unbedingt deutsch bleiben. Später ist eine andere Version aufgetaucht, daß man das Land je nach der Stimmung im Lande verteilen will. Wo also eine polnische Mehrheit ist, da will man das Land den Polen zuteilen. Die Gebiete, die deutsch gestimmt haben, sollen deutsch werden. Aber heute taucht langsam aus dem Hintergrunde die Gefahr des Freistaates auf. Vor ungefähr eineinviertel Jahren hatte ich Gelegenheit, mit dem Major Ottlen in Beuthen eine Unterhaltung über die Zukunft Oberschlesiens zu führen. Schon damals sagte mir dieser Mann, er habe der englischen Regierung eine Denkschrift eingereicht, die 60 Möglichkeiten der Verteilung Oberschlesiens enthalte, und eine der hauptsächlichsten dieser Möglichkeiten war der Freistaat. Ich bin überzeugt, daß diese Denkschrift der englischen Regierung in die Hand gegeben wurde, und ich bin etwas verwundert darüber, daß die Oeffentlichkeit während der ganzen Zeit nichts davon erfahren hat. Aber nach dem Kurs, der in den letzten Monaten in London wie in Paris eingeschlagen worden ist, bin ich der festen Ueberzeugung, daß man jetzt nach diesem Vorschlage arbeiten wird.

Oberschlesien ist heute das Dorado für jeden politischen Abenteurer. In Oberschlesien laufen allerlei Subjekte herum, die für Geld und gute Worte für alles zu haben sind. Unter ihnen ist jetzt ein gewisser Strocka in Beuthen plötzlich aufgetaucht, von dem bisher kein Mensch etwas wußte. Er ist jetzt Präsident

der Einheitspartei Oberschlesiens und hat ungeheure Mittel, während er früher nichts gehabt hat. Aus deutscher Quelle kann er diese Mittel nicht bekommen haben, aus polnischer Quelle ebenfalls nicht. Es bleiben nur übrig die Industriellen Oberschlesiens und vielleicht Kreise, die der Interalliierten Kommission sehr nahestehen. Es ist bezeichnend, daß zur Zeit des Belagerungszustandes wir keine Versammlungen in Oberschlesien abhalten durften, daß aber die Einheitspartei des Herrn Strocka von der Interalliierten Kommission anerkannt worden ist und auch die Erlaubnis erhielt, Versammlungen abzuhalten. Herrn Strocka ist überhaupt in keiner Beziehung etwas in den Weg gelegt worden. Dieser Umstand ist für uns sehr bedenklich, und die Arbeiter haben alle Ursache, ihn im Auge zu behalten.

Einer der Grundsätze der Einheitspartei Oberschlesiens ist die Entfernung aller nichtgebürtigen Oberschlesier aus allen Verwaltungsstellen und aus den Führerstellen des Volkes. (Lachen.) Was bezweckt man damit? Aus Deutschland und auch aus Polen sind die Intelligenzen nach Oberschlesien eingewandert. In dem Augenblick, wo diese Intelligenzen über die Grenze geschoben werden, haben natürlich die reaktionären Kräfte freies Spiel, und was dann aus den Arbeitern wird, kann man sich denken. Ich habe mir sagen lassen, daß auch in Deutschland gewisse Arbeiterkreise mit der Idee des Freistaates Oberschlesien spielen. Ich möchte dringend davor warnen; denn das wäre das Fürchterlichste, was den Arbeitern Deutschlands und Polens geschehen könnte. Der Freistaat Oberschlesien wäre das Aufmarschgebiet der Entente sowohl gegen die Polen, wenn sie demokratische Gelüste haben, wie auch gegen die Deutschen. Augenblicklich hat der Selbstschutz, wie mir von zuverlässiger Seite versichert worden ist, ca. 70 000 Mann; die Polen haben ungefähr dieselbe Zahl. Rechnen Sie dazu noch die Interalliierten Truppen und sonstige Leute, die noch herangezogen werden können, dann stehen in Oberschlesien ungefähr 200 000 Mann. Wir haben kürzlich den Versuch gemacht, alle sozialistischen Arbeiter Oberschlesiens zusammenzubekommen, um gegen diese Gefahr Front zu machen; es ist leider an dem Widerstand der polnischen sozialistischen Partei gescheitert. Aber die Kommunisten und die Unabhängigen haben sich mit den Mehrheitssozialisten und dem Gewerkschaftsbund daran beteiligt, ebenso wie die Freien Gewerkschaften polnischer Richtung, so daß nur noch die Polnische sozialistische Partei abseits steht. Ich hoffe, daß auch sie zu uns kommt. Es ist notwendig, daß die Arbeiter Oberschlesiens eine einheitliche Front bilden, um den reaktionären Elementen gegenübertreten zu können, und daß die Arbeiter Deutschlands wachsam sind gegenüber der Gefahr, die aus Oberschlesien droht.

Heugel-Saarbrücken: Ich komme aus der südwestlichen Ecke des Reiches, aus dem Saargebiet, das eine große Bedeutung jetzt und in der Zukunft für das deutsche Volk hat. Der Parteitag hat verschiedene Momente erhebenden Gefühls gebracht. Ich erinnere an die Frauenkonferenz und an das Treugelöbnis, das die Genossen ihren bayerischen Brüdern ablegten. Es wäre zu wünschen, daß das Treugelöbnis der Süd- und Norddeutschen in der Geschichte fortlebt, wie es mit dem Rütlischwur im Tell der Fall ist. Das Saargebiet, dem man früher den Beinamen „Saarabien" gab, um zu dokumentieren, daß in ihm arabische Zustände herrschten, ist durch seine Eisen- und Kohlenwirtschaft, wo 100 000 Arbeiter beschäftigt sind, von großer Bedeutung. Wir sind auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt und haben uns darüber zu entscheiden, ob wir ein selbständiges Staatswesen bilden oder dem Deutschen Reich angehören oder französisch werden wollen. In dem Fünfmännerkollegium, das uns jetzt regiert, ist ein einziger Deutscher, ein Mann aus dem Saargebiet. Dieser Mann kann mit seiner einzelnen Stimme nicht zur Geltung kommen, wenn er nicht von außerordentlich starkem Charakter ist. Dieses Fünfmännerkollegium kann unsere

Sitten, Eigenart und Sprache nicht verstehen, infolgedessen ist das Verhältnis zwischen Regierung und Volk sehr gespannt.

Als nach dem Umsturz die Besatzungstruppen bei uns einzogen, erklärte ein französischer General: Wir bringen euch die Freiheit. Wie sieht diese Freiheit aus? Durch die Doppelwährung sind wir wirtschaftlich in großen Schwierigkeiten. Der Frankenumlauf hat das Wirtschaftsleben aus den Angeln gehoben. Als die Bergleute mehr Lohn verlangten, ist ihnen dieser zugesagt worden, aber nicht in Mark, sondern in Franken. Auf Grund des günstigen Kursstandes haben die Bergleute dadurch ihr Einkommen verbessern können. Ihnen folgten die Hüttenarbeiter, die Eisenbahner, Postbeamten, und jetzt will man auch den Gemeindebeamten den Franken geben. Die Produktion mußte dadurch ungeheuer verteuert werden. 70 bis 80 Prozent des Absatzes gehen nach dem Deutschen Reich, nur 20 bis 30 Prozent nach dem Westen. Infolgedessen können die Werke nicht mehr mit der deutschen Industrie konkurrieren, die Preise werden höher, und die Unternehmer widersetzen sich den Lohnerhöhungen. Außerdem haben wir wenig Landwirtschaft und müssen den größten Teil der Nahrungsmittel aus Deutschland beziehen. Die Frankenempfänger sind halbwegs bezahlt, aber unhaltbar sind die Verhältnisse für die Markempfänger, die Handwerker, Beamten, Angestellten, freien Berufe und besonders die Arbeitslosen und Rentenempfänger. Ein Frankenempfänger verdient bei der gleichen Leistung je nach dem Kurs 40 bis 80 Prozent mehr als der Markempfänger. Ein ungelernter Arbeiter von 20 Jahren kann monatlich 3000 bis 3500 Mark verdienen. Der Frankenempfänger muß wünschen, daß der Franken im Kurse steigt, wodurch das Elend seiner Klassengenossen noch größer wird. Die Bankgeschäfte und Wechselstuben sind wie Pilze aus der Erde geschossen. An Lohntagen kommen Hunderte in die Wechselstuben und sehen nach, wie der Franken steht. Der Arbeiter wird zum Kursspekulanten.

Das Fazit, das ich ziehe, ist, daß die Frankenfrage nicht mehr vom politischen, nationalen, sondern vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden muß. Die Regierungskommission des Saargebiets hat die nationale und politische Wirkung vor die wirtschaftliche gestellt. Sie hat aber falsch gerechnet, wenn sie geglaubt hat, dadurch die Bevölkerung in ihrer Ueberzeugung nach Westen orientieren zu können, wenn sie geglaubt hat, dieses kerndeutsche Land nach Westen orientieren zu können. (Bravo!) Wir sind kerndeutsch in Sitten, Gebräuchen und unserer Arbeit. (Lebhafter Beifall.) Wir sind deutsch in Kunst und Wissenschaft und bleiben es und werden nach 15 Jahren so entscheiden, wie es unsere Genossen im Deutschen Reich von uns erwarten. (Lebhafter Beifall.) Wir sind nicht nationalistisch deutsch, sondern haben Achtung vor dem deutschen Wissen, der deutschen Arbeit, der deutschen Tüchtigkeit, den deutschen Organisationen und stehen zum Deutschtum, wie es in Schillers Tell, in Goethe, in Marx und Engels verkörpert ist. (Bravo!)

Politisch werden wir autokratisch regiert. Die Regierungskommission kann nach dem Friedensvertrag Gesetze und Verordnungen nach Anhörung der örtlichen Vertreter erlassen. Als örtliche Vertreter betrachtet sie die Stadtverwaltung von Saarbrücken und die Kreistage. Wenn diese gehört sind, macht die Regierungskommission das Gesetz. Uns wurde eine umfangreiche Justizreform vorgelegt, die ihre Bedeutung nicht in dem hatte, was die Kommission hineinschrieb, sondern in dem, was sie herausstrich. So hat sie beispielsweise die Immunität der Abgeordneten herausgestrichen. Wir haben, ohne daß Stadtverwaltung und Kreistage gemeinsam tagen konnten, diese Justizreform einstimmig abgelehnt, und drei Tage darauf war sie Gesetz. Alle unsere Einwendungen waren vergebens. Nach dem Volkswillen wird nicht gefragt. Heute

noch sind Opfer in Frankreich gefangen, die auf Grund des Belagerungszustandes von Kriegsgerichten verurteilt sind. Die Kriegsgerichte haben im Saargebiet nach dem Friedensvertrag nichts mehr zu tun. Wir haben verlangt, daß das Militär entfernt wird, man hat uns aber geantwortet, die Gemeinden seien zu arm, um die örtliche Gendarmerie zu bezahlen, die der Friedensvertrag verlangt.

Wir haben auch an Ihren Kämpfen gegen die Kappisten und die Reaktionäre Anteil genommen. Eine Versammlung, die wir geplant hatten, um dazu Stellung zu nehmen, wurde mit der Begründung verboten, daß im Saargebiet andere Verhältnisse seien als im Reich. Wir haben dann eine andere Versammlung angemeldet, wo Genosse Schäfer gesprochen hat und wo Tausende wegen der Ueberfüllung wieder umkehren mußten. Der Redner hat hier zum Ausdruck gebracht, daß auch die Arbeiter des Saargebiets ein hohes Interesse an dem haben, was im Deutschen Reich vorgeht. Früher sind wir vom ungekrönten König Stumm in despotischer Weise regiert worden. Nachdem die saarabischen Arbeiter kaum die Freiheit gewonnen hatten, kommt eine andere Macht und regiert uns ebenfalls von oben herab, wie es früher der Fall war.

Wir müssen also zunächst die Frankenfrage vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten; die Partei muß dafür sorgen, daß der Friedensvertrag abgeändert wird, damit wir unsere politischen Rechte bekommen, und die Genossen müssen sich dafür einsetzen, daß auch in bezug auf die Geisteskultur im Saargebiet das Notwendige geschieht. Vor allem müssen wir selbst die Gesetze mitbeschließen können und die deutschen Gesetze bekommen, die nach dem Waffenstillstand bei uns eingeführt sind. Wenn Sie dafür eintreten, dann quittiere ich mit dem Gelöbnis, daß auch wir ein Bruder sein wollen in der großen Gemeinde des Sozialismus im Deutschen Reich wie in der Welt, denn auch unser Herz schlägt so warm wie das Herz der Sozialisten im Deutschen Reich und in der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall.)

Vors. **Wels:** Es ist eine Erklärung verteilt worden, unterschrieben von Sollmann und Genossen. Diese Erklärung ist von den Delegierten aus dem besetzten Gebiet abgegeben. Für sie ist als Redner bestellt der Genosse Lewerenz. Ich erteile ihm das Wort.

Lewerenz-Krefeld: Die Delegierten aus dem besetzten Gebiet haben mich beauftragt, die Erklärung zu ergänzen. Als im November 1918 die Ententetruppen in das besetzte Gebiet kamen, hat niemand gedacht, daß diese Maßnahme so unendlich viel Leiden für uns bringen würde. Durch die feindlichen Flieger wurden am Schlusse des Krieges Flugblätter herabgeworfen, in denen gesagt war, daß wir, wenn wir die Hohenzollern zum Teufel jagten und die Waffen streckten, von den Franzosen alles Gute erfahren würden. Wir haben beides getan, aber wir haben bisher nichts besonders Gutes bemerkt, sondern im Gegenteil im Rheinland die Sieger ganz besonders gespürt. Man hat sich immer darauf berufen, daß wir Deutschen es in Frankreich nicht anders gemacht hätten, und leider müssen wir gestehen, daß die Kreaturen um Ludendorff und Ehrhardt den Namen des deutschen Volkes während des Krieges geschändet haben und die Schuld an unseren Leiden tragen. Die wirklich Schuldigen haben sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht und bekämpfen jetzt aus dem Versteck diejenigen, die bestrebt sind, die Leiden des rheinischen Volkes zu lindern.

Als ein Schrecken für die rheinische Bevölkerung und besonders für die Frauen haben von jeher die farbigen Truppen gegolten, und trotz aller Vergewaltigungsakte und anderer Rohheiten sind immer noch farbige Truppen bei uns vorhanden. Die Reichsregierung muß alle erdenklichen Schritte unternehmen, um diesen Zustand zu beseitigen.

Eine unerträgliche Last für die Gemeinden sind die Einquartierungen. Nicht nur für die verheirateten Offiziere, sondern auch für Unteroffiziere und Mannschaften müssen Wohnungen beschafft werden. Dadurch ist die Wohnungsnot ungeheuer gestiegen. Auch hier muß die Reichsregierung mehr tun als bisher. Millionen werden von uns gefordert für neue Kasernen, Wohnungen werden beschlagnahmt für Kasinos usw. Für die Einrichtung der Wohnungen und Bureaus der Offiziere wird stets das Feinste gefordert, und die größeren Gemeinden müssen Millionen dafür aufwenden.

Eine merkwürdige Haltung haben die Besatzungstruppen bei den Unruhen eingenommen. Früher wurde gleich der Belagerungszustand verhängt. Im Mörser Bezirk hausten aber die kommunistischen Banden zwei Tage lang, und trotz unserer dringenden Vorstellungen wurde erst, als von den Kommunisten Menschen zu Tode gemartert wurden, der Belagerungszustand verhängt. Unglaublich ist es auch, in welcher frivolen Weise die Truppen bei uns vorgehen, wenn sie bei ihren Nationalfesten in Stimmung kommen. Bei den Nationalfesten der Belgier wurde den Leuten, die die Kopfbedeckung nicht abnahmen, diese vom Kopf geschlagen. In Mörs ist ein Kriegskrüppel in geradezu brutaler Weise mißhandelt worden. (Pfui!) Die Vereins- und Versammlungsbeschränkungen sind außerordentlich groß und die Strafen für kleinere Ueberschreitungen sehr hoch. Im Bezirk Krefeld haben wir in einem Quartal über 8000 Mark Strafen und Gerichtskosten dafür zahlen müssen, daß wir Versammlungen oder Sitzungen nicht rechtzeitig angemeldet hatten. (Hört, hört!) Jetzt verlangt man beispielsweise im Bezirk Mörs, daß die Vorstandsmitglieder aller Vereinigungen, selbst von den Kegelklubs, bei der Behörde angemeldet werden. Die Listen müssen in Maschinenschrift in zwei Exemplaren eingereicht werden.

Man kann sich den Zweck sehr leicht erklären. Jede kleine Sitzung muß angemeldet werden und wird von Beamten der Besatzungsbehörde überwacht. Unser republikanisches Hoheitszeichen darf im besetzten Gebiet weder ausgehängt noch getragen werden. (Hört, hört!) Hiergegen erheben wir den schärfsten Protest. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Zollschikanen sind geradezu unerhört. Jedes kleine Paketchen wird untersucht und muß verzollt werden. Die Industrie hat unter den wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen außerordentlich gelitten. Die weiterverarbeitende Industrie mußte an Einfuhrzoll das 2½fache der deutschen Zollsätze für Rohstoffe und Halbfabrikate und für Ausfuhrzoll die Sätze des deutschen Zolltarifs zahlen. Die Veredelungsindustrie, hauptsächlich die Textilindustrie, hat gewaltig gelitten. Dazu kommen die Stockungen im Ein- und Ausfuhramt in Ems. Teilweise Stillegungen der Betriebe sind heute noch an der Tagesordnung. Einzelne Berufsgruppen können nur drei Tage in der Woche arbeiten. Diese Verhältnisse haben eine unerhörte Teuerung des Lebensunterhalts hervorgerufen, unter der am allermeisten die Arbeiterschaft zu leiden hat. Die Lebenshaltungskosten in Krefeld waren vor einigen Monaten 20 bis 25 Proz. teurer als in Berlin.

Mit einigen Worten möchte ich auf die Konkurrenz des französischen Weins gegenüber den deutschen Weinen hinweisen. Die Rotweinproduktion hat unter dieser Konkurrenz gewaltig zu leiden gehabt. Unsere Gemeindevertreter müssen dafür eintreten, daß in den Krankenhäusern nicht französische Rotweine, sondern deutsche Rotweine benutzt werden. (Sehr richtig!)

Die militärischen Sanktionen haben besonders in den neu besetzten Städten Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort usw. schädlich gewirkt. Alle Volksschulen in diesen Städten waren restlos von Truppen besetzt. Selbst in linksrheinischen Städten

waren die Volksschulen monatelang geschlossen. (Hört, hört!) Auch heute sind in einzelnen Städten noch solche Zustände.

In Düsseldorf wurde von den dortigen Kommandierenden verfügt, daß kein Beamter eingestellt werden dürfe, der nicht aus dem besetzten Gebiet sei. (Hört, hört!) Man sieht daraus, wie scharf man in die eigene Verwaltung eingreift.

Noch ein paar Worte zu der kulturpolitischen Propaganda im besetzten Gebiet. Man will die Bevölkerung nach und nach der französischen Kultur gefügig machen. Wir haben nicht nur Theater, die die französische Kultur nach dem Rheinland übertragen, sondern auch Kinos und Lesehallen sind in diesen Dienst gestellt. Gewaltiges Material wird unentgeltlich verteilt. Aber angesichts der außerordentlichen Schikanen gegenüber der Bevölkerung wird diese Tätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet wenig Nutzen für die Franzosen bringen. (Sehr richtig!) Zweifellos trägt man sich mit dem Gedanken, die französische Bevölkerung für einen Pufferstaat Rheinland gefügig zu machen. Es gibt Leute, denen es sehr angenehm sein würde, wenn eine Negerrepublik im Westen errichtet würde. Auch bekannte Zentrumsführer, darunter der verstorbene Abgeordnete Trimborn, haben zum Ausdruck gebracht, daß es ihnen schließlich gleichgültig wäre, ob eine rheinische Republik komme oder nicht. Die übergroße Mehrzahl der rheinischen Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, steht fest auf dem Boden der deutschen Republik. (Lebhafter Beifall.) Sie hat nichts gemein mit den partikularistischen Bestrebungen im Rheinland. (Sehr richtig!) Die rheinische Arbeiterschaft hegt streng den Gedanken des Unitarismus, und sie wird sich nicht nur mit aller Kraft dafür einsetzen, daß diesen Sonderbündlern im Rheinland Einhalt geboten wird, sondern sie wird sich auch ebenso entschlossen für die allgemeine deutsche Republik einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Loeb-Frankfurt am Main: Als am 25. September 1918 im Großen Hauptquartier ein Telegramm aus der deutschen Botschaft in der Schweiz einlief, daß die Alliierten darüber unterhandelten, mit wem man den Waffenstillstand abschließen dürfe, daß man niemals mit einem Vertreter der OHL. verhandeln wolle, war sich die OHL. darüber klar, daß sie nunmehr die Anfrage an die Regierung richten konnte, das Waffenstillstandsangebot hinausgehen zu lassen, da man bei der Haltung des deutschen Volkes niemals denjenigen verantwortlich machen wird, der den Waffenstillstand verlangt hat, sondern den, der ihn unterzeichnet. Genau so ist es eingetroffen. Kurz darauf wurde der Friedensvertrag unter Führung Erzbergers unterschrieben. Wir stehen unter dem Druck dieses Vertrages und müssen ihn erfüllen. Aber solange man auf der einen Seite eine imperialistische Konstellation sieht, die die republikanische Konstellation in Deutschland nicht anders zu würdigen weiß als durch fortlaufende Pressionsmittel, wie sie jetzt die wirtschaftlichen Sanktionen sind, die zu einem blühenden Schiebertum in Ems und Umgegend geführt haben, so lange werden wir natürlich nicht in der Lage sein, die wirtschaftlichen Bedingungen zu erfüllen.

Wir führen zurzeit Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur. Ich möchte, selbst auf die Gefahr hin, konfus genannt zu werden, einige Ratschläge der Praxis für die Wiedergutmachungsfrage hier vertreten. Vor allen Dingen möchte ich die Genossen, die einen Einfluß auf die Lieferungen für Wiedergutmachungszwecke haben, bitten, dafür zu sorgen, daß wir uns möglichst von dem Diktat der Syndikate befreien. Ich möchte der Reichstagsfraktion empfehlen, einmal zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, ein Kalkulationssystem zu schaffen, an der Prüfung dieser Kalkulation die Betriebsräte zu beteiligen, die die Interna der Fabrik mit ihrer Unkostenkalkulation kennen. Das deutsche Volk in seiner Allgemeinheit muß die Lieferungen bezahlen und hat deshalb ein Recht,

sie in seiner Allgemeinheit zu kontrollieren. Eine solche Prüfungsstelle muß beim Ministerium für Wiederaufbau geschaffen werden. Wir müssen wahr machen, was Rathenau in seinem Programm sagte, daß es keine Wiedergutmachungsmillionäre geben dürfe. (Sehr richtig!)

Wir müssen aber auch dafür sorgen, unseren republikanisch-demokratischen Standpunkt in der Oeffentlichkeit außenpolitisch mehr gewertet zu sehen. Wir müssen ein Augenmerk darauf richten, welcher Gesinnung die Vertreter Deutschlands im Auslande sind. Wir haben besonders in Südamerika erlebt, daß sich unsere Vertreter nicht um die deutsche demokratische Gesinnung kümmern. Vor kurzem hat uns ein Demokrat aus spanischen Landen aufgefordert, doch darauf zu achten, daß die Vertreter Deutschlands im Ausland am Tage der Einführung der Verfassung die Deutschen ebenso zusammenrufen möchte, wie man es früher zum Sektfrühstück anläßlich des Geburtstages des deutschen Kaisers getan hat. (Hört, hört!)

Auch der Flaggenfrage müssen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Der Bund der Rheinischen Reeder hat in einer Sitzung vom Mai beschlossen, auch nach dem 1. Januar 1922 keine anderen als die alten Reichsfarben zu führen. Ich wünschte eine Verordnung, in der man deutschen Behörden verbietet. Schiffen, die nicht die gesetzmäßige deutsche Flagge führen, Geleitpapiere zu erteilen. Ich bin überzeugt, daß uns die fremden Staaten unterstützen werden. Aber auch für die Rheinflotte, Oderflotte und Elbflotte müssen diese Grundsätze gelten. (Sehr wahr!)

Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der fürchterlichen Wirkungen der Sanktionen, die die Regierung Fehrenbach erreicht hat, die das deutsche Volksvermögen dem Präsidenten Harding ausliefern wollte. Die Regierung Fehrenbach ist vorbei. Wir haben eine sozialistisch beeinflußte Regierung im Reiche und freuen uns über diesen Erfolg. Ich hoffe, daß die Internationalität der Arbeiterklasse, die in den Handschlägen des Genossen Wels und Broukères hier zum Ausdruck kam, einen Funken in die ganze Welt hinaussenden wird in dem Ruf: Proletarier aller Länder, seht zu, daß der imperialistische Machtstandpunkt, der im Friedensvertrag von Versailles seinen Ausdruck findet, daß der wirtschaftliche Druck, der unserem Volke immer wieder aufgebürdet wird, von der Welt hinweggerissen wird, daß der Friede der Wirtschaft, der Friede des Austausches, der Friede der Völkerversöhnung Eingang findet. (Lebhafter Beifall.)

Kaisen-Bremen: Ich möchte zunächst die Gelegenheit wahrnehmen, hier eine Notiz der Korrespondenz Heilmann über den Parteitag zurückzuweisen. Es heißt hier in der „Chemnitzer Volksstimme“: [illegible]

> Wie war der Gesamteindruck auf den Zuschauer bei der Eröffnung der Tagung? Kleidung, Haltung? „Gut bürgerlich,“ berichtet die bürgerliche Presse, und der Genosse Heilmann fügt hinzu: Aber nicht nur Rock und Hose zeigten bürgerlichen Schnitt, auch viele Gedanken.
>
> Er sagt weiter:
>
> Die „Mitte“ ist Mode, die „Mitte“ ist Ruhe, Ordnung und Sicherheit, ist gewissermaßen das Schoßkind der Politik der Mittelmäßigkeit.

In dieser Art wird unser Parteitag von unserem Genossen Heilmann oder seiner Korrespondenz gekennzeichnet. (Hört, hört!) Wir müssen diese Art der Berichterstattung sofort ersticken. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Notiz wird in den bürgerlichen Kreisen viel Freude erwecken und uns draußen viel schaden. Heilmann hat scheinbar von sich auf andere geschlossen, wenn er eine solche Notiz schreibt. (Sehr gut!)

Nun zu den außenpolitischen Problemen. Die Auffassung, die vielfach in unserer Parteipresse zum Ausdruck kommt, daß es unmöglich ist, eine aktive Außenpolitik zu treiben, muß korrigiert werden. Wir müssen viel schärfer den Gegensatz zwischen der jetzigen Außenpolitik des Kabinetts Wirth und der Außenpolitik des Kabinetts Fehrenbach betonen. Die Politik des Kabinetts Fehrenbach war rein passiv und ließ sich überall von den Ereignissen treiben. Die Gegenvorschläge an die Entente, die dieses Kabinett machte, waren sehr unbestimmt; es waren reine Verlegenheitsprodukte. Das Kabinett Fehrenbach hat das Problem der Entwaffnung mit dem wirtschaftlichen Problem der Wiedergutmachung verquickt und dadurch den französischen Militärs Gelegenheit gegeben, in eine Lösung wirtschaftlicher Fragen mit militärischen Machtmitteln einzugreifen. Es hat uns die Sanktionen und die Besetzung von Ruhrort, Düsseldorf usw. gebracht und hat sich in der letzten Not dem Präsidenten Harding an den Hals geworfen. Es war das vollständigste Fiasko eines rein bürgerlichen Kabinetts.

Demgegenüber müssen wir die Richtlinien betonen, deren Befolgung wir von der jetzigen Regierung verlangen. Unsere Presse trifft oft genug die Schuld, daß sie nicht klar genug unterscheidet. Sie hat größtenteils noch zwei Tage vor dem Ultimatum die Ablehnung empfohlen, und innerhalb 24 Stunden ist sie sodann umgefallen. Sie hat zu lange im Fahrwasser der unheilvollen Politik des Kabinetts Fehrenbach getrieben. Das ist ein Zeichen davon, daß die außenpolitischen Richtlinien noch nicht genug diskutiert sind und daß noch nicht genügend Klarheit in den Reihen der Parteigenossen herrscht, wie wir uns in dieser Beziehung zu verhalten haben. Wir haben als Partei der Republik eine staatserhaltende Politik innen- und außenpolitisch zu treiben. Die große historische Aufgabe, die diese Republik zu lösen hat, ist, das Friedensdiktat zu beseitigen, die Folgen des verheerenden Krieges zu überwinden. In diesen großen Aufgaben wird gerade die Republik als Staatsform sich bewähren müssen. Die aktivsten Träger dieser Politik sind die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie hat deshalb zu betonen, daß wir mehr als je mit der Weltwirtschaft in engster Verbindung stehen. Heute kann z. B. die Frage Mitteleuropa allein nicht gelöst werden, ohne daß die Randstaaten gefährdet sind. Umgekehrt kann heute Rußland, das sich früher ganz allein als Selbstversorger behaupten konnte, nicht wieder hochkommen, ohne mit dem Weltmarkt in Verbindung zu treten. Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sind so groß geworden, daß auch die Politik sich danach orientieren muß. Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß Schuld oder Unschuld am Kriege und an den Folgen des Krieges im Rahmen der gesamten Politik von untergeordneter Bedeutung sein muß. Die Sozialdemokratie hat weiter aus außenpolitischen Gründen am schärfsten die Hetzapostel aus dem rechtsradikalen Lager zu bekämpfen, weil gerade diese Leute, die jede Erfüllung des Friedensdiktats hintertreiben wollen, die verantwortlichen Politiker im Ententelager vor der drohenden Abrechnung schützen, weil sie eine Politik betreiben, die diesen Leuten immer gestattet, Repressalien gegen uns anzuwenden. Nichts ist den Altfranzosen lieber als deutschnationale Parteitage. Wir müssen dafür sorgen, daß ihnen nichts unerwünschter sein muß als sozialistische Tagungen, auf denen außenpolitische Probleme besprochen werden. Dann treiben wir nationale Politik auch außenpolitisch gesehen.

Wenn die Alliierten mittelalterliche Politik betreiben, Staaten auflösen, ganze Staaten in Schuldknechtschaft hineinstoßen, so werden sie eines Tages die Folgen dieser törichten Politik am eigenen Leibe verspüren, und zwar um so eher und schärfer, je energischer wir die Erfüllung des Friedensdiktats durch-

führen. Meiner Ansicht nach sind heute Warenmassen auf dem Auslandsmarkt viel wirksamere Geschosse, als jemals die Geschosse gewesen sind, die wir während des Krieges verschossen haben.

Unsere Nationalisten suchen uns immer wieder die Aufgabe zu erschweren. Die Leute vom Landbund reisen überall herum und erzählen: das Brot ist deshalb so teuer, weil ihr die Reparationsverpflichtungen erfüllen müßt, und diese Lasten sind allein den Sozialdemokraten zu verdanken. Dem treten wir nicht energisch genug entgegen, indem wir immer wieder den Leuten klarmachen: ihr habt nur die Wahl zwischen den Milliardenlasten, die ihr für neue Kriege aufbringt, und den Milliardenlasten, die ihr für die Wiedergutmachung aufbringt. Zeigen wir die beiden Seiten dieser Politik, dann treiben wir wirklich nationale Politik in dem Sinne, daß außenpolitisch unsere Republik gefestigt wird. (Beifall.)

Brauer-Eisenach: Genosse Müller hat in seinem Vortrag ganz besonders darauf hingewiesen, in welch vernichtender, geradezu katastrophaler Weise der Friedensvertrag auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet nicht nur bei allen kriegführenden Staaten, sondern in der Welt, ganz besonders aber in Deutschland gewirkt hat. Die Folgen dieses Friedensvertrages werden in Deutschland von allen Bevölkerungsschichten ausnahmslos verspürt, von den einen unangenehm, von den anderen angenehm, man möchte fast sagen wohltuend empfunden.

Ich habe nun den Auftrag, im Namen meines Bezirks den Wunsch auszusprechen, der Vorstand unserer Partei möge versuchen, das Elend, das sich als Folge des Friedensvertrages herausgestellt hat, soweit wie möglich zu mildern. Es handelt sich um die Bergarbeiter in der Kaliindustrie. Das Kalisyndikat hat sich während des Krieges nicht allzu sehr entfalten können, weil wir nach dem Auslande hin abgeschlossen waren. Sobald der Friede geschlossen war, hat es aber mit allen Mitteln versucht, sich die Absatzgebiete nach dem Auslande wieder zu erschließen, um Kapitalien aufzuhäufen. Die Folge davon war, daß Amerika, unser Hauptabnehmer, weil man fortgesetzt höhere Preise forderte, sich von Deutschland in dem Bezug des Kalis abwandte. Wenn Deutschland bisher als das alleinige kalieliefernde Land zu betrachten war, wie war es möglich, daß der Hauptkonsument, nämlich Amerika, anderweitig Ersatz finden konnte. In Deutschland gab es im Jahre 1900 insgesamt nur 15 Kalischächte. 17 Kalischächte wären nötig gewesen, um die Landwirtschaft vollständig zu befriedigen. Deutschland, bestrebt, die Welt zu beherrschen, hat alles daran gesetzt, um die Zahl der Kalischächte zu vermehren. In den Jahren 1900 bis 1910 vermehrten sich infolgedessen die Kalischächte von 15 auf 72. Im Jahre 1913 waren es bereits 125 und im Jahre 1920 206 Kalischächte. Dazu kommt noch, daß 46 Kalischächte im Abteufen begriffen waren und zum Teil bereits heute fördern. Die restlichen werden sich in sehr kurzer Zeit ebenfalls an der Kaliproduktion beteiligen, so daß wir anstatt der 17 Schächte, die für die Deckung des Bedarfs erforderlich wären, allein in Deutschland über 250 Schächte haben. Wenn nun Deutschland vom Weltmarkte ausgeschieden ist, so bedeutet das eine sehr starke Einschränkung der Produktion der Kalischächte. Bisher förderte ein Kalischacht 138 368 Doppelzentner im Durchschnitt. Diese Förderung war bereits im Jahre 1919 auf 41 747 Doppelzentner vollwertigen Kalis zurückgegangen. Diese Einschränkung der Kaliförderung war natürlich dazu angetan, die Arbeitslosigkeit bei den Bergarbeitern außerordentlich zu vermehren. Dies trat besonders in dem Augenblick zutage, als wir Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten mußten. Amerika hat sich infolgedessen von dem Bezug deutschen Kalis ferngehalten. Eine Folge davon war eine weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit. In den fördernden Schächten werden jetzt durchschnittlich anstatt 6 Schichten in der Woche nur noch

3 Schichten gefahren und die Förderungszahlen sind überall bedeutend zurückgegangen. Die ungeheure Preissteigerung in der Kaliindustrie hat also auf der einen Seite eine starke Arbeitslosigkeit hervorgerufen und auf der anderen Seite dahin geführt, daß die Landwirtschaft das so dringend zur Düngung notwendige Kali nicht kaufen will oder kann und infolgedessen die Erträge aus dem Ackerbau geringer geworden sind. Diese Gefährdung der Volksernährung in Deutschland muß unter allen Umständen in Rücksicht gezogen werden.

Wie ist es nun möglich, hier Wandel zu schaffen? Die Kaliarbeiter verlangen, daß die deutsche Reichsregierung auf die Verstaatlichung der Kalibergwerke hinarbeitet, damit die Produktion im Interesse des ganzen Volkes vor sich geht. Wenn Genosse Müller in seinem Vortrag schilderte, daß es uns einfach unmöglich ist, die Forderungen des Friedensvertrages voll und ganz zu erfüllen, so glaube ich, daß die Erfüllung des Friedensvertrages erleichtert werden könnte und daß auch die Arbeitslosigkeit sowohl in den Kalibergwerken als auch in den chemischen Fabriken verringert würde, wenn die Kalibergwerke verstaatlicht würden. Gerade die Bergarbeiter haben bisher unter elenden Verhältnissen gelebt. In der Rhön in Thüringen gibt es eine außerordentlich große Anzahl von Familien in einer Stärke bis zu 14 Personen. Vergessen Sie nicht, daß hier für den Kommunismus, für den Radikalismus und den uns gefährlichen Indifferentismus der beste Boden ist. Es muß alles versucht werden, dahin zu kommen, daß die Erdschätze, die vorhanden sind, nicht dem Kapital, sondern dem Volk gehören. Die Volksbefreiung kann nur durch das Volk selbst erzielt werden. (Beifall.)

Vorsitzender **Wels**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen.

Genosse Heilmann, der als Berichterstatter fungiert, hat mich gebeten, ihm zu einer Erklärung gegenüber den Angriffen des vorletzten Redners das Wort zu geben. Ein Widerspruch dagegen wird wohl nicht erhoben werden. Genosse Heilmann hat das Wort.

Heilmann: Genossinnen und Genossen! Selbstverständlich habe ich den Artikel nicht geschrieben, den Genosse Kaisen hier zitiert hat. Mein Urteil über die Geschmacklosigkeit und den vollkommen fehlgehenden Inhalt dieser Ausführungen weicht von dem des Genossen Kaisen in keiner Weise ab. (Bravo!) Aber der Genosse Kaisen wird begreifen, daß es mir unmöglich ist, wenn ich hier in Görlitz eine sehr angestrengte Tätigkeit ausübe, gleichzeitig noch darüber zu wachen, was in Berlin in der „Sozialistischen Korrespondenz" geschrieben wird. Ich habe veranlaßt, daß in meiner Abwesenheit die Artikel mit dem Namen der Genossen gezeichnet werden, die sie verfassen. Wenn der Genosse Kaisen die parteigenössische Freundlichkeit gehabt hätte, mit mir vorher über die Angelegenheit zu sprechen, dann hätten wir die Sache sehr leicht aufklären können, ohne daß es nötig gewesen wäre, meinen Namen vor den Parteitag zu bringen. (Sehr richtig!) Ich bin in keiner anderen Lage als die zahlreichen hier anwesenden Parteiredakteure, die auch nicht unbedingt für das einstehen können, was ihr Vertreter in ihrer Abwesenheit schreibt. Ich bitte also, nicht anzunehmen, daß ich es in irgendeiner Weise billige, wenn in der Partei Richtungen konstruiert werden oder wenn der Parteitag in einer solchen Weise angegriffen wird, die in der Tat nur den Gegnern der Sozialdemokratie Freude bereiten kann. (Lebhafter Beifall.)

Hermann Müller (Schlußwort): Genossinnen und Genossen! Einwendungen sind in der Debatte gegen mein Referat nicht erhoben worden. Das ist ein Beweis dafür, daß in der Beurteilung des Versailler Vertrages und in der Außenpolitik überhaupt die Sozialdemokratische Partei einer Meinung ist. Es ist um so wichtiger, das festzustellen, weil wir eine starke nationalistische

Bewegung haben. Ich habe in meinem Referat darauf aufmerksam gemacht, wie dieser Nationalismus durch Maßnahmen der Entente gestärkt wird. Wir haben daraus keine anderen Schlußfolgerungen zu ziehen als die, daß wir uns diesem Nationalismus um so kräftiger entgegenzuwerfen haben, je stärker er auftritt. Das sind wir nicht nur unseren internationalen Grundsätzen schuldig, sondern nur so werden wir auch den Kontakt mit den Partei- und Friedensfreunden des Auslandes bekommen, der notwendig ist, wenn wir überhaupt zu einer Revision der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages gelangen wollen.

Nun einige Bemerkungen zu Einzelheiten, die vorgebracht worden sind. Ich unterstütze die Ausführungen des Genossen Loeb aus Frankfurt a. M. durchaus, der verhindert wissen will, daß Reparationsgewinne zu den Kriegsgewinnen hinzukommen. Wir werden uns mit diesem ganzen Fragenkomplex zu befassen haben, wenn der Wiederaufbauminister Rathenau demnächst über seine Verhandlungen mit Loucheur in Wiesbaden berichten wird. Das ist für die deutsche Wirtschaft von der allergrößten Bedeutung, weil wir uns darüber klar sein müssen, daß wir einen großen Teil der Reparationsleistungen nur als Sachleistungen abtragen können.

Genosse Loeb ist weiter auf die Auslandsvertretungen eingegangen. Ich habe dazu das Erforderliche anläßlich der Beratung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten in meiner Rede in der Nationalversammlung gesagt. Ich habe damals verlangt, daß alle Vertreter des deutschen Volkes im Auslande sich rückhaltlos auf den Boden der Republik stellen müssen.

Auch die Anregung, den Verfassungstag im Auslande zu feiern, findet durchaus meine Billigung, wie wir überhaupt nicht nur im Auslande, sondern vor allen Dingen auch im Inlande in der Feier des Verfassungstages weiterkommen müssen. Wenn wir heute noch nicht weitergekommen sind, so liegt das mit daran, daß auf der einen Seite die Reaktionäre diesen Verfassungstag nicht feiern wollen, auf der anderen Seite aber auch die Parteien links von uns auf eine gemeinsame Linie für diesen Verfassungsfeiertag nicht zu bringen waren.

Genosse Loeb ist dann auf die Frage des Auslandsdeutschtums eingegangen. Wer Gelegenheit gehabt hat, sich speziell mit diesen Dingen zu befassen, weiß, daß weite Kreise unseres Auslandsdeutschtums heute noch vielfach in alten Gedankengängen denken. Ich hatte diese Kreise einmal im Reichshaushaltsausschuß des Deutschen Reichstages Tirpitzdeutsche genannt. Wir haben, als die Republik kam, erlebt, daß dort, wo größere Arbeiterkolonien im Auslande vorhanden waren, sofort scharfe Gegensätze zwischen diesen Arbeitern und den Vertretern der Kaufmannskreise sich herausgebildet haben. Dieser Gegensatz erschwert heute noch vielfach die Stellung unserer Auslandsvertreter sehr.

In der Flaggenfrage sind wir ganz einig. Wir können sagen, daß es unserer Taktik zu verdanken war, daß im Reichstag der Flaggenantrag schließlich doch abgelehnt wurde und wir nicht gezwungen waren, den Beschluß anzuzweifeln, weil wir die Ueberzeugung hatten, daß ein solcher Beschluß überhaupt nur mit einer qualifizierten Mehrheit gefaßt werden konnte.

In der Debatte sind nun lebhafte Beschwerden vorgetragen worden aus dem besetzten Gebiet, aus Oberschlesien, aus dem Saargebiet. Sie laufen alle darauf hinaus, daß dort sämtliche Bürgerfreiheiten mit Füßen getreten werden, daß eine Zensur herrscht wie im Kriege, daß vor allen Dingen das Koalitions- und Vereinsrecht in keiner Weise geachtet wird und daß auf die wirtschaftlichen Beziehungen nicht die geringste Rücksicht genommen wird, daß insbesondere im besetzten Gebiet geradezu gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages gehandelt wird. Es geht also da zu wie im Kriege, und das ist der beste Beweis dafür, daß der Militarismus nirgends Achtung vor den Bürgerfreiheiten hat.

Wir müssen doch auch endlich die Entente immer und immer wieder daran erinnern, daß etwas, was unserer Auffassung nach schon im Kriege nicht zu verteidigen gewesen ist, niemals erlaubt sein kann drei Jahre nach dem Waffenstillstand und eineinhalb Jahre, nachdem wir den sogenannten Frieden haben. Wenn Klage darüber geführt worden ist, daß insbesondere im besetzten Gebiet die Hoheitszeichen der deutschen Republik nicht geachtet werden, so ist das erklärlich, denn es ist eine Tatsache, daß insbesondere unter dem französischen Militär heute noch die klerikalen und monarchistischen Kreise außerordentlich stark vertreten sind, die natürlich keine Neigung haben, der deutschen Republik Komplimente zu machen. Um so erfreulicher war es, auch heute wieder feststellen zu können, daß die Treue der deutschen Arbeiter in den besetzten Gebieten allen Schikanen zum Trotz unerschütterlich ist. (Lebhaftes Bravo!) Das haben die Arbeiter von Wiesbaden, Mainz, Köln, Ludwigshafen, Speyer usw. in den letzten Jahren so deutlich gezeigt, daß auch die klerikal-monarchistischen französischen Militaristen es endlich begreifen könnten.

Es wird der Versuch gemacht, in den besetzten Gebieten mit Kulturpropaganda die Deutschen und namentlich die deutschen Arbeiter zur französischen Sache herüberzuziehen. Ich habe in meinem Referat an die Freiheit erinnert, die wir 1866 und 1870 bekommen haben, die Freiheit mit der Pickelhaube. Die französischen Militaristen sollen sich gesagt sein lassen, daß die Freiheit und die Kultur, die sie uns bringen wollen, während sie gleichzeitig die Maschinengewehre auffahren lassen, keinen größeren Eindruck auf die deutschen Arbeiter machen werden als die Bismarcksche Freiheit mit der Pickelhaube. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sollten sich endlich abgewöhnen, die Bevölkerung des besetzten Gebietes wie ein Kolonialvolk zu behandeln, nachdem Deutschland seine Unterdrücker im Inneren abgeschüttelt hat.

Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in Oberschlesien. Das ging aus den Ausführungen des Genossen Okonski hervor. Wir haben, soweit wir im Auslande Gelegenheit hatten, mit Parteigenossen und Friedensfreunden über diese Dinge zu reden, immer und immer wieder auf die ungeheure Wichtigkeit des oberschlesischen Problems nicht nur für Deutschland, sondern für den Wiederaufbau der ganzen europäischen Volkswirtschaft aufmerksam gemacht. Wir haben insbesondere darauf hingewiesen, daß rein wirtschaftlich eine Auseinanderreißung dieses Gebiets ganz unmöglich ist. Wer im Auslande Wirtschaftsverstand hat, hat das auch eingesehen, und so dürfen wir hoffen, daß der Völkerbund diejenige Entscheidung treffen wird, die nicht nur die Wirtschaft verlangt, sondern die auch dem Abstimmungsergebnis in Oberschlesien entspricht.

Der Genosse Okonski hat weiter auf die Freistaatbewegung aufmerksam gemacht. Wir haben auch hier keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Schaffung eines selbständigen Freistaates Oberschlesien keine Lösung des Problems ist, sondern daß auf dem Boden eines so geschaffenen widernatürlichen Freistaates erst recht die Gegensätze zwischen Polen und Deutschen in Jahren und Jahrzehnten zum Austrag kommen würden. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß überall, wo die Abstimmung stattgefunden hat, so in Schleswig und in den masurischen Gebieten, sofort nach der Abstimmung die Ruhe eingetreten ist. Dasselbe haben wir für Oberschlesien verlangt, damit Deutschland endlich im Osten eine feste Grenze erlangt.

Besonders erfreulich waren die Worte, die wir von dem Vertreter des Saargebietes gehört haben. Ich wünschte, daß diese Worte über die Grenzen Deutschlands hinweg bis nach Genf hin bemerkt würden. Wir haben in den letzten Tagen erlebt, daß einer der Männer, die in Europa als Staatsmänner gelten, Lord Robert Cecil, dort von der befriedigenden und erfolgreichen Tätigkeit des Völkerbundes in bezug auf Danzig und das Saargebiet gesprochen hat.

Wer die Klagen der Danziger, wer die Klagen unserer Genossen aus dem Saargebiet gehört hat, weiß, daß dort von irgendeinem treuhänderischen Verhältnis des Völkerbundes nicht die Rede sein kann, sondern daß selbst die im Friedensvertrag gegebenen wenigen Rechte nicht geachtet werden. Es ist also notwendig, daß hier Wandel geschaffen wird, wenn im deutschen Volke überhaupt Vertrauen zu dem Völkerbund entstehen soll. Der Genosse aus dem Saargebiet hat uns geschildert, wie dort versucht wird, durch Einführung der Frankenwährung nicht nur einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben, sondern sie auch für die Zukunft in bestimmte Bahnen zu lenken. Wir haben von ihm gehört, daß das auf die Gesinnung der Bevölkerung des Saargebiets keinen Eindruck machen wird. Wir haben von Ausländern zuweilen gehört, daß die französische Propaganda einen gewissen Erfolg hatte und daß man glaubte, Zweifel in das Deutschtum der Bevölkerung des Saargebietes setzen zu können. Ich habe, so oft Ausländer mir davon sprachen, immer darauf aufmerksam gemacht, daß ich die Dinge persönlich genau kenne, da ja mein eigener Vater bei Saarbrücken geboren ist, und daß ich weiß, daß die ganze Bevölkerung dort durch und durch deutsch ist. Wir haben gehört, daß die Bevölkerung des Saargebiets die Erhaltung der deutschen Republik für selbstverständlich ansieht.

Wir können den Genossen des Saargebiets versichern, daß, wenn nicht vorher eine Revision des Friedensvertrages kommt, sie nach 15 Jahren Deutschland als Republik wiederfinden und wir sie als Republikaner in unsere Arme nehmen werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge 313 und 335 einstimmig angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende **Wels** teilt mit, daß die Redaktion und Geschäftsleitung der „Chemnitzer Volksstimme" darum ersuchen, den Parteitag zu informieren, daß der vom Genossen Krüger kritisierte Artikel über die Währungsfrage, der zwar abwegig, aber erfolgversprechend erschien, durch eine unglückliche Verkettung von Umständen in der Redaktionsbesetzung in das Blatt hineingekommen und auch bereits Gegenstand von Redaktionsbesprechungen gewesen sei.

Fünfter Punkt der Tagesordnung:

„Das Parteiprogramm bzw. Bericht der Programmkommission."

Das Wort erhält Löbe-Berlin.

Löbe-Berlin: Die Achtundzwanziger-Kommission hat mich beauftragt, Ihnen das Ergebnis ihrer Arbeiten mitzuteilen, das in dem aus einem theoretischen Teile und den Spezialforderungen bestehenden Programm vorliegt. Der theoretische Teil ist mit 24 gegen 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen worden, der ganze Entwurf in einer nochmaligen Gesamtabstimmung mit allen gegen 2 Stimmen.

Wenn es uns möglich war, Ihnen nach viertägiger Arbeit diesen Entwurf vorzulegen, dann nur, weil wir auf der Arbeit aufbauen konnten, die in dem ganzen Jahre seit Kassel von fast 60 der sachkundigsten Genossen, von denen jeder einzelne als Fachmann auf seinem Gebiet anerkannt ist, geleistet worden ist. Der Kasseler Parteitag hatte die Genossen Bernstein, Adolf Braun, Cunow, Gradnauer, Hermann Müller-Potsdam, Molkenbuhr, Robert Schmidt und die Genossin Pfülf mit der Ausarbeitung des Entwurfs betraut. Diese acht Genossen haben aber die Arbeit nicht allein vorgenommen, sondern noch etwa 50 Genossen herangezogen, von denen die meisten seit Jahrzehnten im Kampf der Meinungen stehen. Dieser Umstand hätte manchen der maßlosen Kritiker warnen sollen, nicht gar zu geringschätzig und vorlaut über die geistige Arbeit seiner Genossen herzufallen. (Sehr richtig.) Nahezu jeder der von der Kritik erhobenen Einwände ist schon von den Ausarbeitern des ersten Entwurfes besprochen worden, und auch die Achtundzwanziger-Kommission hat sie noch einmal einer gründlichen Beratung unterzogen, hat sie, wie Sie aus der letzten Form des Entwurfes ersehen, zum Teil berücksichtigt, ebenso wie sie den Mangel der einheitlichen Durcharbeitung und der geschlossenen Sprache beseitigt hat.

Der vorliegende Entwurf wahrt in seinem Inhalt, in seinem Aufbau, in seiner Gliederung und dem einheitlichen Fluß der Sprache, den geschichtlichen Zusammenhang mit dem Erfurter Programm. Wir haben bedauert, daß es nicht möglich war, dabei auch den Schöpfer des Erfurter Programms, Genossen Karl Kautsky, an den Beratungen zu beteiligen. Das Erfurter Programm wird eine der wichtigsten Urkunden der deutschen Sozialdemokratie bleiben, die jeder gelesen haben und kennen muß, der die Geschichte der Sozialdemokratie, ihre Grundsätze und Forderungen verstehen will. Aber wir sind seit seiner Schaffung dreißig Jahre in der wirtschaftlichen Entwicklung vorgedrungen. Wir haben die ungeheuerlichsten Umwälzungen der Welt erlebt und müssen daraus unsere Konsequenzen ziehen. Wir leben in einer anderen Zeit als 1891 und müssen an die praktische Verwirklichung der Dinge heran. Wir waren damals zur Opposition verurteilt und müssen heute positiv uns an der Arbeit, der Verantwortung, der Regierung und der Durchführung betätigen. Wir sind bei alledem die alte Partei geblieben, aber wir richten unseren Appell im Programm nicht mehr an die Lohnarbeiter allein, sondern als Partei der Demokratie, die die Volksmehrheit erfassen will, die das ganze arbeitende Volk gewinnen will, an weitere Kreise, die wir ja auch in unseren Wahlaufrufen ansprechen und zum Beitritt in unsere Organisation zu bewegen suchen. Wir können heute kein Programm aufstellen, ohne die großen Umwälzungen zu berücksichtigen, die der Weltkrieg unserer Wirtschaft gebracht hat, der Weltkrieg, der den uns im Jahre 1891 gradlinig erschienenen Weg der wirtschaftlichen Entwicklung vielfach verbaute, Hemmnisse, Lawinen, Geröll auf seine Straße türmte und diese Entwicklung aus ihrem geraden Weg herausschleuderte.

Deshalb geht unser Entwurf von dieser Gegenwart aus und berücksichtigt sie ihm Rahmen der großen Wirtschaftsentwicklungstendenzen, die Marx uns gezeigt hat. Das kommunistische Manifest ist die Emanation eines großen Geistes, in dem die Entwicklung sich spiegelt. Wir müssen heute die Kollektivarbeit vieler Beobachter zur Grundlage nehmen. Erfurt baute auf der Erkenntnis des Zustandes von 1891 auf, als das Sozialistengesetz niedergerungen, als Bismarck gestürzt war. Wir können nur ausgehen von dem Zustande der Wirtschaft nach ihrer schwersten Erschütterung, der Stellung der Arbeiterklasse im Jahre 1921, in dem die Wunden des Krieges noch nicht geheilt sind, in dem aber auch die Republik an die Stelle des alten Obrigkeitsstaates getreten ist. Wir stehen vielen Aufgaben zu nahe, als daß wir mit wenigen lapidaren Sätzen nicht nur den Gang der Entwicklung, sondern auch den Weg in die Zukunft weisen könnten. Wir müssen an sie herantreten, denn wir sitzen nicht nur in den Regierungen im Reich und in den Ländern, wir haben die Mehrheit in Hunderten von Städten und Dörfern. Unsere Bürgermeister, unsere Minister, unsere Vertrauensleute in allen Aemtern müssen unsere Forderungen in die Praxis umzusetzen versuchen.

Trotzdem haben wir uns bei Aufstellung der Forderungen im zweiten Teile des Programms Beschränkungen auferlegen müssen, da es unmöglich ist, alle Forderungen aufzuzählen, und haben uns auf die Zusammenstellung des Wichtigsten beschränkt. Unser Programm soll nicht nur ein sorgsam gehütetes Glaubensbekenntnis sein, es soll vor allem gelesen werden und Anhänger werben. Wir werden diesen Teil durch Aktionsprogramme ergänzen müssen, wie das auch während der Geltungsdauer des Erfurter Programms mehrfach geschehen

ist. Solche Aktionsprogramme können leichter geändert werden und durch neue ersetzt werden. Wenn auch unser neues Programm die Lebensdauer seiner Vorgänger nicht erreichen wird, so ändert man doch ungern ein Gesamtprogramm wegen neuer oder veralteter Einzelforderungen. Gerade wenn wir die Gegenwartsforderungen des alten Programms mit den neuen vergleichen, so sehen wir, daß vieles von dem alten, besonders die politischen, aber auch die sozialpolitischen Forderungen und andere, seit der Revolution ihre Erfüllung gefunden haben. Statt die demokratischen Grundrechte zu verlangen, können wir den Ausbau und die Sicherung der neuen Republik unter unseren Forderungen aufzählen.

Wir haben dem internationalen Zusammenwirken der Arbeiter, dem Ausbau des Völkerbundes, der Festigung des Weltfriedens und der Völkerverständigung ein eigenes Kapitel gewidmet, ein deutliches Zeichen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich ihren alten Platz in der Internationale der Arbeiter wieder erringen möchte.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf eine kleine Auslassung im Druck hinweisen, und zwar im dritten Absatz des theoretischen Teiles, neunte Zeile, wo die Schichten aufgeführt sind, die der proletarischen Lebenshaltung anheimfallen. Dort sind zwischen die kleinen und mittleren Besitzer auch die Gewerbetreibenden mit aufzuzählen.

Das Programm der Sozialdemokratie hat eine ungemein große, das Programm aller bürgerlichen Parteien turmhoch überragende Bedeutung. (Sehr richtig!) Wer fragt nach dem Programm der bürgerlichen Parteien? Welche Anhänger dieser Parteien kennen das Programm der eigenen Partei? (Sehr gut!) Wir sind und wollen bleiben eine Partei der Weltanschauung, die ohne klares Programm nicht auskommen kann und nicht auskommen will, nach deren Programm auch die Anhänger der anderen Parteien fragen, auch die Wissenschaft fragt, weshalb wir auch ein überholtes Programm nicht länger beibehalten sollten. Wir sind nicht und wollen nicht sein eine Partei der Augenblickserfolge, der Tagesentscheidungen, sondern eine Partei der großen Weltanschauungen, und dieser Grundsatz ist in dem Entwurf gewahrt, den Sie vor sich haben, an dem unsere besten Wissenschaftler gearbeitet haben, und dem Genosse Stampfer seine letzte Form gegeben hat. Er atmet nicht Pessimismus, nicht Verzweiflung über die augenblickliche Lage der Arbeiterklasse, sondern er weist hin auf den Sozialismus als das einzige Mittel zur Ueberwindung der Katastrophe, in die die kapitalistische Welt uns gestürzt hat, und aus der sie keinen Ausweg weiß.

Aber der Entwurf konnte nicht geschaffen werden aus der Ideologie einzelner, von der Umwelt losgelöster Kreise, sondern er mußte gestaltet werden aus der ganzen Entwicklung der Umwelt, der augenblicklichen Lage der Arbeiterklasse im Gesamtkomplex der Erscheinungen, wie sie sich uns darbieten.

Wir sind die erste Partei aus der Zweiten Internationale, die den Versuch neuer programmatischer Formulierung nach dem Weltkriege macht. Unsere Gäste haben es uns gesagt, und viele Briefe an den Parteivorstand aus dem Auslande bezeugen es uns, mit welchem Interesse die Bruderparteien diese wichtige und notwendige Arbeit verfolgen. Aber wir sind weit entfernt, zu behaupten, daß in unsrem Entwurf etwas Vollkommenes geschaffen sei. Unfehlbare Programme gibt es nicht, hat es nicht gegeben, wird es nicht geben, wir werden die ersten sein, die lernen wollen und bessern werden, wenn z. B. eine unserer ausländischen Bruderparteien uns bessere Erkenntnis und richtigere Schlüsse vermittelt. Jedes Programm spiegelt die Phasen der Entwicklung der Wirtschaft wider, in der es entsteht, und unsere Wirtschaft ist heute in der raschesten Umbildung begriffen.

Wir leben in einer Periode großer Umwälzungen und sind deshalb davon überzeugt, daß dieses Programm nicht für 30 Jahre Geltung haben wird. Aber wir lehnen es auch ab, Konjunkturprogramme zu machen, wie das die Unabhängigen mit ihrem Programm in Leipzig und seiner Anerkennung der Diktatur getan haben, einem Programm, das sie jetzt am liebsten selbst los sein möchten. Aber wir sind überzeugt, in 5, 6, 7 Jahren wird die Welt anders sein, wie die Welt v o r 5 bis 7 Jahren eine andere war. Daraus werden wir unsere Folgerungen zu ziehen haben. Unsere Wirtschaft gleicht einem wogenden Meer, in dem die Wellen sich überstürzen. Lange wird es dauern, ehe sie sich beruhigen, und unser Schiff auf ruhigem Gewässer der Entwicklung dahingleitet. Deshalb legen wir es in unserem Programm klar und unzweideutig nieder, daß gerade die heutige Zeit beweist, wie die kapitalistische Produktion und Austauschweise unfähig ist, das Leben der Kulturvölker zu sichern, daß der Sozialismus die Katastrophe überwindet, nur die sozialistische Gesellschaft unsere Volkswirtschaft wieder gesundmachen, neue Grundlagen für die Kultur Europas, für die Existenz der deutschen Arbeiter und ihrer Klassengenossen in allen Ländern legen kann.

Darum bitte ich Sie, erheben Sie den Entwurf zum Beschluß, zum Programm! Legen Sie die neue Waffe in die Hände unserer Anhänger! Der deutsche Sozialdemokrat, der deutsche Arbeiter wird sie zu führen verstehen, wird mit ihr zu siegen wissen! (Lebhafter Beifall!)

Nachmittagssitzung.

Schriftführer: Bollmann, Vogel-Hamburg, Lutz-Worms.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Wels geht der Parteitag über zur

Diskussion über den Bericht der Programmkommission.

Eckstein-Breslau beantragt zur Geschäftsordnung, den Genossen Ströbel und Stampfer eine Redezeit von 40 Minuten zuzubilligen.

Löbe-Breslau empfiehlt demgegenüber eine allgemeine Verlängerung der Redezeit auf 20 Minuten.

Schnabrich-Hersfeld unterstützt den Antrag Löbe.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung beschließt der Parteitag gemäß dem Antrag Löbe, die Redezeit allgemein auf 20 Minuten auszudehnen.

Der Vorsitzende teilt den Eingang folgenden Antrages mit:

> Der Parteitag überträgt dem Parteivorstand das Recht, stilistisch und redaktionell das Programm zu überprüfen und zu feilen, ohne daß dadurch der Geist und der Inhalt der Sätze geändert wird.

Ströbel-Berlin-Steglitz: Der Programmentwurf sieht heute viel besser aus als der erste Entwurf. Während der alte Entwurf in seinem theoretischen Teil trocken und ohne einheitlichen Nerv war, was auf die Kollektivurheberschaft zurückzuführen ist, ist der neue Entwurf aus einem Guß und in der Form frisch und packend.

Auch die Einzelfragen des Spezialprogramms sind systematischer zusammengefaßt und manchmal ganz glücklich ergänzt. Alles in allem besteht kein Zweifel, daß das Programm, wie es aus der fleißigen Arbeit der Kommission hervorgegangen ist, wesentlich besser ist als der alte Entwurf. Trotzdem haben zwei Mitglieder der Kommission, darunter ich selbst, auch diesen verbesserten Entwurf abgelehnt. Ich empfehle auch jetzt noch, diesen Entwurf nicht endgültig zu verabschieden, sondern einer Programmkommission als wertvolles Material zu überweisen, damit dem nächsten Parteitag ein wirklich einwandfreies Programm

vorgelegt werden kann. Denn dieses Programm betrachte ich trotz seiner relativen Vorzüge keineswegs als das, was der Partei not tut.

Der Vorwurf, der gegen dieses Programm erhoben werden kann, besteht in nichts geringerem, als daß es uns in allen wichtigsten Fragen des Wirtschaftslebens völlig im Stich läßt. Die Wohnungsfrage, die von außerordentlicher Bedeutung ist, ist aus dem Programm spurlos verschwunden. Vollends das Kardinalproblem unserer Zeit, das Sozialisierungsproblem, wird im Programm in einer Weise abgetan, die je nach dem Temperament des aufmerksamen Beurteilers Kopfschütteln oder auch starke Empörung auslösen muß. (Sehr richtig!) Der ganze Wirtschaftsteil des Programms ist von erschreckender Ideenlosigkeit und Ratlosigkeit. Es ist geradezu ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratische Partei, daß hier auch nicht der schwächste Versuch gemacht worden ist, zu einer dringend gebotenen originalen Neuschöpfung zu kommen.

Nun hat man uns entgegengehalten, daß, wenn wir jetzt noch einmal mit der definitiven Verabschiedung warteten, doch nichts zustande käme, was alle Ansprüche befriedigte. Als ob es nicht darauf ankäme, wenigstens alle berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Zum andern wäre es schlimm, wenn die Partei nicht bei festem Willen und entsprechender Organisierung der Kommissionsarbeit über die Kräfte verfügte, in vielen Monaten neuer Arbeit auch für die Wirtschaftsforderungen des Sozialismus die richtige Formel zu finden. Es gibt auch sachkundige und kenntnisreiche Männer innerhalb des deutschen Sozialismus genug, die als Gutachter und Mitarbeiter herangezogen werden können. Ueberhaupt sollte man es sich bei der Schaffung der Spezialprogramme zur Pflicht machen, in erhöhtem Maße die Männer der industriellen, kommerziellen und agrarischen Praxis und die Männer der Wissenschaft zu den Beratungen heranzuziehen. Die Kommissionsberatung in Görlitz war trotz allen ehrlichen Willens nur ein kümmerlicher Notbehelf. Es war nur ein Durchpeitschen des Stoffes. Die Redezeit war von vornherein auf zehn Minuten begrenzt. Das genügt allenfalls bei Dingen, wo alte Erfahrungen in programmatische Form gegossen werden sollen; es ist aber ein Unding, bei der Erörterung neuer Probleme, deren Durchdringung unendlich viel Arbeit kostet, nur zehn Minuten Redezeit zu gewähren. Auch durch Majoritätsbeschlüsse wird man sachliche Schwierigkeiten nicht überwinden können.

Ich möchte von meinen eigenen Erfahrungen ausgehend erklären: ich habe mich in das Finanzprogramm seit vielen Wochen hineingebohrt, aber eine wirklich einwandfreie Lösung steht mir noch nicht vor Augen. Mit dem Sozialisierungsprogramm habe ich mich viele Monate lang beschäftigt. Ich glaube, es wenigstens in den Grundlinien erfaßt zu haben, obgleich ich mir auch hier noch vieler Lücken der Erkenntnis bewußt bin. Wie wäre es da den Genossen, die meist durch ganz andere, nicht etwa minder wertvolle Tätigkeit, in Anspruch genommen worden sind, möglich, im Handumdrehen ein brauchbares Sozialisierungsprogramm auszuarbeiten? Man hilft sich schließlich aus der Verlegenheit, indem man sich mit ein paar allgemeinen Redensarten begnügt. Das mag der Anspruchslosigkeit manches einzelnen genügen, aber den Bedürfnissen der Zeit genügt es keinesfalls. Die Zeit erfordert ein herzhaftes Anpacken der Wirtschaftsprobleme. Das Wohnungsproblem und das Finanzproblem müssen gelöst werden. Beide Probleme sind aber nicht zu lösen ohne einschneidende wirtschaftliche Umstellungen im ganzen. Es ist kein Spielraum mehr vorhanden für die Wildwirtschaft des Kapitalismus. Wir sehen die sozialen Folgen dieser kapitalistischen Wirtschaft: die Ausplünderung der Arbeiter und der Beamten durch das kapitalistische System, das uns der Valutasturz usw. gebracht hat. Wir brauchen nur an Oesterreich-Ungarn zu denken, wo sich infolge der sinkenden Valuta die Lebenshaltung der Arbeiter um mindestens 50 Proz. verschlechtert hat. Glaubhafte Statistiker versichern, daß auch die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter durch die gleichen Umstände bereits um ein Drittel herabgedrückt ist, und wenn es so weiter geht mit der unaufhaltsamen Valutaentwertung, dann werden auch wir bald auf die Lebenshaltung des österreichischen Proletariats gesunken sein.

Die außenpolitischen Folgen sind, daß das Ausland sich genötigt sieht, sich gegen das deutsche Dumping zu schützen, durch hohen Zoll, durch Einfuhrerschwerungen und Schutzmaßregeln aller Art. Wenn es so weiter geht, muß es schließlich zum erbittertsten Wirtschaftskrieg zwischen den Nationen kommen, bei dem letzten Endes Deutschland nicht der Sieger bleiben wird.

Die innerpolitischen Folgen offenbaren sich in der wachsenden Erbitterung der Volksmassen, die sich nicht nur zeigt in der Erbitterung der proletarischen Linken, sondern auch im Wachsen der Reaktion, und in dem Hakenkreuzlertum, am allerdeutlichsten in den Mörderzentralen, die in Deutschland entstehen. Täuschen wir uns doch nicht darüber, daß alle diese Dinge ihre ökonomischen Wurzeln haben. Nämlich in den furchtbaren wirtschaftlichen Zerrüttungen, die man irrigerweise der Sozialdemokratie und Revolution in die Schuhe schiebt, die jedoch in Wirklichkeit dem sich auslebenden Kapitalismus zuzuschreiben sind. Aber wenn wir nicht die Kraft und die Einsicht finden, diesen Wirkungen entgegenzutreten, so werden sich diese Auswirkungen verschärfen, so wird die Reaktion immer stärker werden, so wird der soziale Krieg immer furchtbarer entbrennen.

Dann die kulturellen Wirkungen. Ich brauche Sie nur an den wahnwitzigen Luxus und die Vergnügungssucht aller Schichten, in erster Linie natürlich der besitzenden Klassen, zu erinnern. Ich brauche nur hinzuweisen auf die Unzahl von Likörstuben, die in den Großstädten entstehen. Man fröhnt der Tanzwut, die Kinoseuche greift um sich. Ich erinnere an die unsinnige Begeisterung für den rohesten und stupidesten Sport. Was hilft demgegenüber das idealste Kulturprogramm, wie wir es hier im Programmentwurf formuliert haben, wenn die unausweichlichen Verwüstungen durch den Kapitalismus so groß sind? Man ruft nach dem neuen, dem sittlichen, dem sozialistischen Menschen mit ausgeprägtem Gemeinsamkeitsgefühl, um den Sozialismus durchführen zu können. Aber man vergißt, daß der Mensch dieses Stinnes- und Klante-Zeitalters kein Edelmensch sein kann. Man vergißt, daß die rasende Jagd nach Gewinn und materiellem Genuß nichts anderes ist als das naturnotwendige trostlose Produkt der kapitalistischen Entartung, in der wir leben.

Mit steuerlichen Einzelprojekten ist nichts auszurichten. Je höher die direkten Steuern werden, desto toller die Steuerhinterziehung und Kapitalflucht, desto ärger die Verwüstung der öffentlichen und privaten Moral. Letzten Endes können alle Steuern abgewälzt werden, einerlei, wie sie aussehen mögen. Auch die Erfassung der Goldwerte würde letzten Endes sicherlich auf die Konsumenten abgewälzt werden. Dann würde wieder die alte Entwicklung eintreten: Preissteigerung, Geldentwertung usw. Obendrein aber ist es höchst fraglich, ob es überhaupt zu einer Erfassung der Goldwerte kommt.

Dieser Parteitag steht im Zeichen der Koalierung mit der Deutschen Volkspartei. Als einst der Freisinn die Koalition mit der Rechten beschloß, ging ein Sturm des Hohns durch die rote Presse. Der Freisinn selbst spaltete sich. Der alte Freisinnsmann Träger prägte das Wort von der Paarung von Karpfen und Kaninchen. Das Zusammengehen der bürgerlichen Linken mit der bürgerlichen Rechten wurde als Gipfel politischer Perversität gekennzeichnet. Heute denkt man an eine Koalition zwischen Schwerkapitalismus und Sozialdemokratie. Es gibt schlechterdings keinen Vergleich perverser Paarung aus dem Reich der Zoologie, der die Naturwidrigkeit dieser Koalition drastisch genug kennzeichnen

kann. Die Koalition wird sich wahrscheinlich auf der Grundlage des Steuerkompromisses vollziehen. Nicht die Erfassung der Sachwerte wird zustandekommen, sondern man wird sich durch das Kreditangebot des Unternehmertums abfinden lassen, bei dem Reich und Volk nach allen Regeln der kapitalistischen Gaunerei übers Ohr gehauen werden. Die volkswirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung wird infolgedessen wachsen. Die Massenverelendung wird immer schlimmer werden.

Als einzige Rettung aus diesen furchtbaren Zuständen bleibt nur die Sozialisierung übrig. Diese Grunderkenntnis findet im Programm nicht das leiseste Echo. Das Programm sieht aus, als sei es im Jahre 1912 gemacht, als wir noch keinen Weltkrieg, keine Revolution und nicht die furchtbare wirtschaftliche Zerrüttung hatten. Heute, wo aus dem Chaos eine neue Wirtschaftsordnung nach Gestaltung ringt, hätte das Programm mit der Helle des Scheinwerfers eines Leuchtfeuers das Dunkel der ganzen Probleme durchleuchten müssen. Was ist das für ein Zustand, daß das Programm über die Wege der Sozialisierung nicht einmal andeutungsweise etwas zu sagen hat?

Im Programm wird nicht ein erkennbarer Weg für die Sozialisierung angegeben. Es ist die Rede von der Gemeinwirtschaft. Aber in der Kommission war man sich selbst nicht klar darüber, was unter der Gemeinwirtschaft zu verstehen ist. In Wirklichkeit ist darunter nur eine Gemeinwirtschaft zu verstehen, wie wir sie in der Kohlen- und Kaliwirtschaft schon haben. Diese Gemeinwirtschaft wird wahrscheinlich in besserer Form auch die Grundlage der gemeinwirtschaftlichen Planwirtschaft werden, die die ganze kapitalistisch betriebene Produktion umfassen muß. Für die kartellierte, für die vertrustete Industrie aber müssen wir die wirkliche Sozialisierung fordern, die völlige Ausschaltung des Unternehmertums. An die Stelle der kapitalistischen Marktwirtschaft und Wirtschaftsanarchie muß die Planwirtschaft treten. Es muß eine Umwandlung der Warenwirtschaft in Bedarfswirtschaft stattfinden. Das ist nur möglich durch demokratische Gesamtorganisierung der Wirtschaft, bei der die Gewerkschaften, die Betriebsräte, die Genossenschaften und die Wirtschaftsräte die Träger sein müssen.

Es ist auch kein Zweifel, daß ein Wirtschaftsparlament kommen muß. Je mehr der politische Staat in den Sozialstaat hineinwächst, desto selbstverständlicher werden die proletarischen Wirtschaftsorganisationen vollständiges Mitbestimmungsrecht auch an der Legislative für sich in Anspruch nehmen, neben dem demokratischen Parlament selbstverständlich, dessen Forteristenz aus kulturellen Ursachen notwendig ist.

Im Rahmen der Gemeinwirtschaft, die noch nicht sozialistische Wirtschaft ist, aber immer mehr mit sozialistischem Gemeinsinn erfüllt werden kann, muß zunächst für einzelne Gruppen der Wirtschaft die wirkliche Sozialisierung durchgeführt werden, die partielle Vollsozialisierung unter Ausschaltung des Unternehmertums.

Diese Vergesellschaftung ist möglich sowohl für horizontal geschichtete Wirtschaftsgruppen wie für vertikal verflochtene Wirtschaftszweige. Diese Sozialisierungsideen sind nicht Hirngespinste, sind nicht Phantasien, sondern wertvollste Erkenntnisse aus der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung und der bisherigen Sozialisierungspraxis in anderen Ländern hervorgegangen.

Diese große soziale Zielsetzung fehlt vollständig in dem Programm. Das empfinden nicht nur wir Kritiker des Programms, das empfinden auch breite Kreise des Volkes, das empfinden auch Millionen von Arbeitern als schwerste Mängel des Programms.

Ich muß wegen Ablaufs der Redezeit meine Ausführungen mit dem Hinweise darauf schließen, daß auch das Weltanschauungsmoment der Sozialisierung eine ungeheure Rolle für die politischen Entwicklungen spielen wird. Der Arbeiter hungert nach einem Weltanschauungsinhalt, nach großen Zielweisungen. Wenn der Proletarier nicht mehr an die Religion der Sozialisierung zu glauben vermag, die ja kein Aberglaube ist, sondern eine feste Zuversicht, die sich gründet auf die wirtschaftlichen Tatsachen und Notwendigkeiten, dann wird er an der sozialistischen Bewegung irre werden, dann wird er sich von ihr abwenden. Zeigen wir den Massen, wie sozialisiert werden kann, vertreten wir die Ideen der Sozialisierung mit Energie und Geschick, dann werden wir auch Arbeiterkreise des Zentrums und des Freisinns zu uns herüberziehen, die uns jetzt noch fernstehen, oder wir werden jene Parteien zwingen, auf dem Gebiete der Sozialisierung Hand in Hand mit uns zu gehen.

Ich schließe deshalb mit dem nochmaligen Bedauern, daß gerade dieses wichtigste Moment in dem Programm fehlt, und daß ich es deshalb für verfehlt halte, heute das Programm zu verabschieden. Erst, wenn dieses Manko ausgefüllt sein wird, erst, wenn das Programm mit wahrhaft sozialistischem Geiste erfüllt sein wird, dann wird es dem Zwecke dienen, den es haben soll. (Lebhafter Beifall.)

Stampfer-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir müssen alle dem Genossen Ströbel dafür dankbar sein, daß er es übernommen hat, in der Debatte über das Programm als erster die Rolle des Kritikers zu spielen. Es ist ganz undenkbar, daß wir ein neues Parteiprogramm verabschieden, daß wir einen so ungeheuer wichtigen Entschluß im Leben der Partei fassen, ehe wir das Werk, das Ihnen vorgelegt ist, nach allen Richtungen hin daraufhin geprüft haben, ob es auch wirklich standhält. Ich bin dem Genossen Ströbel auch dafür dankbar, daß er dem Programm, insbesondere seinem wirtschaftlichen Teil, Ideen- und Ratlosigkeit vorgeworfen hat; noch dankbarer aber wäre ich dem Genossen Ströbel gewesen, wenn er uns die Ideen gegeben hätte, die uns gefehlt haben, wenn er uns den Rat erteilt hätte, der uns gefehlt hat. (Lebhafte Zustimmung. — Zuruf. In zwanzig Minuten?) Auch in zwanzig Minuten kann man Entscheidendes sagen oder wenigstens andeuten. Ich kann Ihnen aber verraten, daß der Genosse Ströbel in der Kommission viele Stunden gesprochen hat, und daß wir an seinem Munde hingen, daß wir Rat und Ideen gesucht, die wir aber leider nicht gefunden haben. (Sehr richtig!) Der Genosse Ströbel hat ja auch einen Programmentwurf ausgearbeitet, und wir haben alle diesem Entwurf volle Ehre widerfahren lassen. Wir haben den Wunsch ausgesprochen, er möge recht bald im wissenschaftlichen Organ der Partei, in der „Neuen Zeit", veröffentlicht werden. Sie werden ja dann sehen, ob der Entwurf den großen Rat und die großen neuen Ideen enthält, die uns Genosse Ströbel nach der Kritik, die er an dem Parteiprogramm geübt hat, eigentlich zu geben verpflichtet wäre. Statt dessen haben wir nur einige Schlagworte über Sozialisierung, über vertikale und horizontale Gliederung gehört, über Dinge, von denen die ganze Sozialisierungsliteratur voll ist, zu der auch Genosse Ströbel einen verdienstvollen Anteil beigetragen hat. Die Sozialisierungsliteratur hat aber auch ihre Mängel und Bedenken. Sie kann nicht in ihrem Hauptinhalt ohne weiteres in ein Parteiprogramm übernommen werden, schon deshalb nicht, weil sich die Sozialisierungspropheten gegenseitig widersprechen. Darüber müssen wir uns klar sein, daß wir nicht in die Gefahr kommen dürfen, uns in einen neuen Utopismus zu verlieren. (Sehr richtig!) Wir gehen den Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus; das wissen wir. Wie lang dieser Weg ist, wissen wir nicht; das weiß keiner von uns. Es ist niemand imstande, für diesen ganzen Weg im einzelnen jeden Schritt im voraus zu bezeichnen und anzugeben, wie er getan werden muß. Das ist aber die große Gefahr dieser Sozialisierungsprophetie, die zum großen Teil auch

durch und durch unmarxistisch ist; denn das Wesen des Marxismus ist die klare Anschauung von dem naturnotwendig gegebenen Entwicklungsprozeß. Der aktive Sozialismus kann nichts anderes sein als der Geburtshelfer dieser Entwicklung. Die Entwicklung aber muß ihre Zeit haben, und wir können nicht sagen, daß in diesem Augenblick die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus mit ruckartiger Schnelligkeit vor sich gehen könnte. Wohin man kommt, wenn man versucht, mit einer solchen ruckartigen Geschwindigkeit zu sozialisieren, das hat uns Rußland gezeigt. Diesen Weg wollen wir nicht gehen. Es bleibt für uns gar nichts anderes übrig, als uns genau zu überlegen, bis zu welchem Grade die kapitalistische Gesellschaft für die Sozialisierung, d. h. für die bewußte Umwandlung zur sozialistischen Gemeinwirtschaft reif ist. Wir dürfen uns nicht in die durchaus unmarxistische Wahnvorstellung verstricken, als ob es möglich wäre, durch einen rein mechanischen Umorganisierungsprozeß, der durch Gesetzgebung und Verwaltung der Wirtschaft aufgezwungen ist, eine plötzliche grundstürzende Wandlung der ganzen Gesellschaft zum Besseren herbeizuführen. Vor dieser durchaus unmarxistischen Vorstellung müssen wir uns unter allen Umständen hüten.

Genosse Ströbel hat gemeint, wir wären uns über den Begriff der Gemeinwirtschaft in der Kommission nicht klar gewesen; wir hätten nicht genau gewußt, ob wir darunter ein gemischt-wirtschaftliches System verstünden oder etwas anderes. Der Genosse Ströbel befindet sich da durchaus in einem mir geradezu unverständlichen Irrtum. Ich möchte die anderen Kommissionsmitglieder fragen, ob wir uns nicht vollständig darüber klar waren, daß die Ueberführung in die Gemeinwirtschaft, daß die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, der konzentrierten Betriebe in dem Sinne des Kasseler Beschlusses gemeint war, so daß es sich nicht, wenn ich es mit einem Schlagwort präzisieren darf, um eine gemischte Wirtschaftsführung handelt, sondern um die Etablierung der wirtschaftlichen Staatshoheit, um die vollkommene Uebernahme der dazu reifen konzentrierten Betriebe auf die Gesamtheit. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Punkte hat also weder eine Ratlosigkeit noch eine Ideenlosigkeit noch eine Unklarheit bestanden. Wie dann später darüber hinaus im einzelnen alle Schritte erfolgen sollen, bis das letzte Ziel des Sozialismus erreicht ist oder — wie die Sozialisierungspropheten, die Vertreter der rein mechanistischen Auffassung vom Sozialismus mit einem unschönen Schlagwort sagen — die Vollsozialisierung erreicht ist, das kann kein Mensch sagen, und das gehört auch nicht in ein Programm, das den Anspruch darauf erhebt, wissenschaftlich zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun hat der Genosse Ströbel auch über einen früher gefaßten Beschluß des Parteitages, der die Regierungsbildung betrifft, ziemlich ausführlich gesprochen. Ich möchte demgegenüber nur sagen: alle Vergleiche hinken bekanntlich; aber ein schieferer, ein hinkenderer Vergleich als der, den der Genosse Ströbel zwischen dem Bülowblock von einst und den Verhältnissen von heute gezogen hat, ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen. (Lebhafte Rufe: Sehr wahr!) Damals hat es sich um die Bildung eines Blocks zur Rettung vor dem Umsturz gehandelt; und der Umsturz waren wir. Damals sollten wir niedergeritten werden. Heute aber ist derjenige, der uns damals niederreiten wollte, längst vom Pferde gefallen. Jetzt reiten wir, und jetzt fragen wir, wer mit uns mitreiten will gegen die Propagandisten des politischen Mords, wer mit uns mitreiten will gegen die Vorkämpfer der monarchischen Reaktion. (Sehr gut!) Ich habe das Vertrauen zu den Genossen, die vielleicht mit Mitgliedern irgendeiner nicht ganz stubenreinen Partei zusammen in einer Regierung sitzen könnten, daß sie diesen Leuten auf die Finger sehen, daß sie nicht dulden werden, daß von dem Hauptpunkt jedes

Regierungsprogramms, des Programms jeder Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, von dem Schutz der Republik bis zum äußersten, auch nur um einen i-Punkt abgewichen wird. Stampfer [Berlin]

Damit möchte ich den polemischen Teil meiner Ausführungen abschließen und mich zum Schluß wenigstens einer großen grundsätzlichen Frage zuwenden, die mir besonders am Herzen liegt und die vielleicht auch in der weiteren Debatte eine Rolle spielen wird. Diese Frage betrifft unser grundsätzliches Verhältnis zum Staat. Wir dürfen uns keinen Augenblick darüber unklar sein, daß wir, indem wir die Republik bejahen, den Staat selber bejahen und daß damit der theoretische Streit beendet ist, der die Gemüter jahrzehntelang bewegte. (Sehr richtig!) Es wäre ja ein Widerspruch in sich selbst, wenn wir für die Staatsform unser Leben einsetzen wollten, während wir den Staatselbst verneinten oder uns zweideutig oder auch nur gleichgültig ihm gegenüber verhielten. Wir Sozialdemokraten und Republikaner sind es, die sich praktisch und tatsächlich des Staates angenommen haben, als ihn die anderen im Stiche ließen. (Sehr richtig!) Wir sind heute dazu berufen, die Republik und mit ihr den Staat selbst zu retten. (Lebhafte Zustimmung.) Es gehört zu den interessantesten, aber auch bedenklichsten Erscheinungen des Weltkrieges, daß er den Staatsgedanken bis in seine Wurzeln hinein erschüttert hat. Der Weltkrieg war in allen Ländern die Omnipotenz, die Allmacht des Staates; der Mensch war nichts mehr, der Staat war alles. Der Staat nahm die Menschen in die Hand und schleuderte sie gegen feindliche Tanks und Maschinengewehre; der Staat erteilte Aufträge, der Staat bezahlte, der Staat regulierte die Kriegswirtschaft. Er schnitt jedem sein Stück Brot zu, er kontrollierte die öffentliche Meinung. Dieser Ueberspannung des Staatsgedankens ist notwendigerweise eine ruckartige Entspannung und Erschlaffung gefolgt. Wenn mit der Monarchie, die reif zum Sturze war, nicht auch der Staat selbst zusammengebrochen ist, wenn er sich in der Form der Republik fortsetzen konnte, dann war das wesentlich der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter Verdienst. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die Revolution, durch die Republik hat die Sozialdemokratie dem Volke sein höchstes Gut, den Staat gerettet; denn wo kein Staat ist, da ist Anarchie. (Sehr richtig!) Wo Anarchie ist, da kann wohl Kapitalismus gedeihen, aber niemals Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich sage: Republik und Sozialismus, Republik und Sozialdemokratie gehören zusammen, dann heißt das auf die heutigen Verhältnisse angewandt genau so viel, als wenn ich sage: Staat und Sozialismus, Staat und Sozialdemokratie gehören zusammen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen uns heute nicht mehr mit dem alten theoretischen Streit zu beschäftigen, ob das allerletzte Ziel des Sozialismus der sozialistische Staat oder die staatlose sozialistische Gesellschaft ist. Wir schaffen aber die größten Unklarheiten, wenn wir außer Acht lassen, daß jetzt und für alle absehbare Zeit der demokratische Staat das Mittel ist, dessen sich die Arbeiterklasse bedienen muß, um ihre Befreiung durch den Sozialismus zu erkämpfen. Die Forderungen des Programms richten sich fast alle an den Staat, an die Republik. Der Staat soll helfen, der Staat soll Recht schaffen, der Staat soll unterrichten. Solche Forderungen haben wir an den Staat auch schon gestellt, als wir noch die Monarchie hatten. Wenn wir uns nicht mit beiden Beinen auf den Boden des Staates stellen, wenn wir nicht in ihm um Macht und Einfluß kämpfen, dann können wir allenfalls eine philosophische Sekte sein, aber niemals eine kämpfende politische Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Darüber müssen wir uns vollkommen klar sein, daß es unsere Aufgabe ist, den Staat, den Tyrannen von einst zum Befreier der Massen aus wirtschaftlichen Hörigkeitsverhältnissen umzugestalten. Darum spricht der Ent-

wurf von der Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft. Glauben Sie nicht, daß das ein neues, am Ende gar revisionistisches Schlagwort ist. Der freie Volksstaat steht schon als erste grundsätzliche Forderung an der Spitze des Programms der Eisenacher von 1868. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, den Staat zu erobern, nicht, um ihn zu zerstören, sondern um ihn zu dem zu gestalten, was er sein soll: zum Schirmer der Freiheit, zum Schützer der Bedrängten. Durch ihn soll das Volk die Kapitalherrschaft brechen und selbst die Herrschaft gewinnen. Mit diesen befreienden Kräften von oben wirken befreiende Kräfte von unten zusammen: Kommunalsozialismus, Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, wirtschaftliches Rätesystem, Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Wo sich diese Kräfte miteinander vereinen, da wird aus Demokratie Sozialismus. Dort ist das Ziel. Hier liegt der Weg klar vor uns. Er geht durch den Staat. Darum sind wir heute die besten Bürger des werdenden neuen Staates, wir Republikaner, wir Sozialisten.

In der schweren ernsten Debatte, die wir in der Kommission über unseren Entwurf geführt haben, in der wir uns alle von dem Entschluß leiten ließen, unerbittlich aufrichtig gegen uns selbst zu sein, fiel aus dem Munde eines Mitgliedes, einer feinempfindenden Frau, das Wort, daß die Partei mit dem Erfurter Programm, von ihrer Jugend Abschied nehme. Dieses Wort fiel uns allen schwer aufs Herz; aber gerade jetzt sagten wir uns: es muß sein! Unsere Partei trägt die Lasten einer großen Vergangenheit; ihr Leib ist bedeckt mit Narben ehrenvoller Kämpfe; sie hat das Furchtbarste erlebt, den Weltkrieg mit seinen Konflikten und Erschütterungen und dann, was vielleicht noch schlimmer war, den Kampf gegen eigenes Fleisch und Blut, das sich verzweifelt, irregeführt, verblendet gegen sie selbst empörte. (Sehr wahr!) Dabei wird man nicht jung. Aber wenn man es übersteht — und die Partei hat es überstanden —, dann wird man eisern. Ueberlassen wir es den anderen, mit einer aufgeschminkten Jugend zu prunken. Die Partei ist nicht mehr jung, und doch strömt ihr mit Begeisterung die Jugend zu, wie wir es auf der Bielefelder Tagung zu unserer Freude erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Warum? Weil eben die Partei in ihres Wesens Kern die alte geblieben ist. (Stürmischer Beifall.) Die Jugend und die Aelteren, die sich als ihre Wortführer fühlen, mögen uns kritisieren. Sie haben ein volles Recht dazu. Aber ich möchte mit Franz Grillparzer sagen:

„Ihr nennt mich alt; ich bin nicht jung,
Doch fühl ich noch frisch meine Gaben.
Nur anders ist Männerbegeisterung
Und anders Begeistrung von Knaben."

Mag die Jugend in ihrer Begeisterung stürmen, sie kann die weniger laute, aber geläuterte Begeisterung der Aelteren nicht entbehren. Wir alle fühlen uns noch jung genug zum Kampf. Dem Kampf gilt unser Programm. Unverrückbar steht uns unser altes Ziel vor uns aufgerichtet, und wir marschieren.

Wir wollen in dieser Stunde, in der wir, wenn der Parteitag unser Werk billigt, von dem Erfurter Programm, unserer Jugend, Abschied nehmen, uns geloben: wir stehen treu zu den alten Idealen unserer Jugend, zur Demokratie und zum Sozialismus, zur Befreiung des Proletariats. Wir wollen unsere ganze Persönlichkeit für sie einsetzen, bis zum letzten, wollen für sie kämpfen bis zum Ende. Allen Feinden der Republik und der Arbeiterklasse aber, allen, die aus Eigennutz oder blindem Unverstand dem eigenen Volk den Aufstieg zum Licht und zur Freiheit versperren und die sich vielleicht deshalb die Nationalen nennen, ihnen rufen wir zu: Wir sind da! Hütet Euch! Nicht Euch gehört die

Zukunft, sondern denen, die aus der Tiefe emporsteigen. Es gibt kein Zurück! (Stürmischer Beifall.)

Otto Braun-Berlin-Friedenau: Nach den gehaltvollen Ausführungen des Genossen Stampfer ist es mir naturgemäß sehr schwer, noch etwas Wesentliches gegen die Ausführungen des Genossen Ströbel zu sagen. Es war das Unglück, daß die ganze Programmdebatte, die sich an die Veröffentlichung des ersten Entwurfs knüpfte, sich in der Hauptsache auf die Negation beschränkte. Man verwarf das, was von der Kommission vorgeschlagen wurde, ohne doch nennenswerte, brauchbare, positive Vorschläge zu machen. Dasselbe haben wir bei den Gegnern der Kommissionsarbeit innerhalb der Kommission erlebt, und dasselbe erleben wir jetzt in dieser Debatte.

Genosse Ströbel meinte in seinen überaus scharfen Ausführungen, das Programm sehe so aus, als ob es im Jahre 1912 gemacht wäre. Ich glaube, die Rede des Genossen Ströbel klang eher so, als ob sie 1912 gehalten worden wäre. (Sehr gut!) Aehnliches habe ich 1912 von ihm auch schon gelesen. Genosse Ströbel sprach davon, daß das Programm uns in allen wichtigen Fragen im Stiche lasse; er sprach von einer erschreckenden Ideenlosigkeit; er sprach davon, daß nicht einmal der Versuch einer originellen Neuschöpfung gemacht worden sei. Aber die Begründung dieses scharfen Urteils war überaus mager. Man hätte nach diesem scharfen Urteil doch erwarten müssen, daß Genosse Ströbel nunmehr zur Begründung auch wirklich etwas sagte.

Was kam aber heraus? Eine lange Klage über Likörstuben, Klante-Konzern und andere Erscheinungen der heutigen Zeit, die wir mit ihm bedauern, zu deren Behebung wir aber nicht unser Parteiprogramm machen. Es ist falsch, wenn er von der Auffassung ausgeht, daß es Aufgabe der Partei war, eine originelle Neuschöpfung zu machen. Wir hatten unsere alten sozialistischen Ideen nach den Erfahrungen der letzten Jahre in eine neue Form zu bringen, neue Wege für die Verwirklichung der alten Ideen zu weisen.

Genosse Ströbel meinte nun, nichts bleibe dem arbeitenden Volke als die Sozialisierung; daran glaube es wie an eine Religion. Wir wollen uns hüten, wieder derartige Religionsbegriffe in unsere Parteiterminologie hineinzubringen; damit haben wir keine guten Erfahrungen gemacht. Aber wenn er meinte, über die Wege zur Sozialisierung enthalte das Programm nicht einmal eine Andeutung, so möchte ich nicht wiederholen, was Genosse Stampfer schon gesagt hat. Wer das Programm aufmerksam durchliest, wird finden, daß das, was auf diesem Gebiete zu sagen ist, mit aller Schärfe zum Ausdruck kommt. Wenn man allerdings über den Begriff „Gemeinwirtschaft" noch nicht im klaren ist, dann wird man nicht das im Programm finden, was man sucht. Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß in der Kommission keine Klarheit über den Begriff Gemeinwirtschaft bestanden habe. Diese Klarheit bestand in der ganzen Kommission mit Ausnahme des Genossen Ströbel, bei dem sie jetzt noch nicht besteht. Wenn er Gemeinwirtschaft mit der gemischten Wirtschaft verquickt, die wir jetzt hier und dort haben, oder gar mit jener Farce von Gemeinwirtschaft, wie sie aus der Kriegswirtschaft herübergerettet ist, dann ist mit ihm über den Begriff nicht zu streiten; aber wir haben alle Veranlassung, diese falsche Terminologie aus dem öffentlichen Leben herauszubringen. Deshalb haben wir Ueberführung in die Gemeinwirtschaft, d. h. in die sozialistische Wirtschaft gesagt.

Genosse Ströbel vermißt weiter im Programm die Lösung der Wohnungsfrage, Finanzfrage usw. Wem das Programm ein Katechismus mit Stichwortregister sein soll, das er bei jeder Gelegenheit zur Agitation oder praktischen Tätigkeit in die Hand nimmt, um nachzuschlagen, was er zu tun hat, für den wird es nicht ausreichen. Das Programm soll die grundsätzliche Basis schaffen,

von der aus jeder Genosse die Fragen, vor die er gestellt ist, sachgemäß im sozialistischen Sinne zu beantworten hat. Deswegen kann es nicht eine Aufzählung unserer Stellungnahme zu einzelnen Fragen sein. Die spezielle Behandlung der Wohnungsfrage ist eine Angelegenheit, die später in eingehenden Richtlinien dargelegt werden muß und deshalb aus dem Programm herausbleiben mußte. Wenn Ströbel verlangte, daß im Programm nachgewiesen werden müßte, wie man des Valutaelends und der ganzen Finanzmisere Herr wird, dann verlangt er von einer Programmkommission viel zu viel. Was wir grundsätzlich auf dem Gebiet der Aufbringung der zur Deckung der öffentlichen Lasten notwendigen Mittel zu fordern haben, steht mit aller Klarheit drin.

Ich glaube, wir kommen am besten zum Schluß, wenn wir uns nicht in einer gar zu langen Debatte über den Entwurf ergehen. Die Kommission hat in eingehenden Verhandlungen alle Fragen gründlich erörtert, und, da eine Beschränkung notwendig war, diese oder jene wichtig erscheinende Detailfrage herausgelassen. Deswegen bitte ich, es jetzt bei dem Entwurf zu belassen und jeden Versuch einer Aenderung im Plenum zu unterlassen. Ich bitte auch, den Antrag 337, der die Schaffung eines Agrarprogramms verlangt, abzulehnen. Wir haben uns im vorigen Jahre Richtlinien für unsere praktische Agrarpolitik geschaffen, die für die Agitation und für die praktische Tätigkeit in Parlamenten und Gemeindevertretungen ausreichen. Ein Agrarprogramm ist schon oft in Auftrag gegeben worden, zum ersten Male 1893; wir haben es bis heute nicht fertiggebracht. Finden Sie sich damit ab, daß wir ein Parteiprogramm geschaffen haben, daß demnächst über wichtige Fragen, auch über Agrarpolitik und Wohnungsfrage Richtlinien für die praktische Tätigkeit geschaffen werden, dann haben wir Hinreichendes getan. Wir dürfen uns nicht einbilden, durch ein gutes Programm könnten alle Schwierigkeiten der Agitation und der politischen praktischen Tätigkeit spielend gelöst werden. Wir haben seit Erfurt ein Programm gehabt, das damals noch mit viel größerer Schärfe und sachlich viel begründeter angefochten wurde als der jetzige Entwurf durch die Rede von Ströbel. Gleichwohl haben wir dreißig Jahre mit diesem Programm gearbeitet und agitiert, und der Partei ist es zweifellos sehr gut bekommen. Wenn das jetzt vorgelegte Programm auch uns allen nicht genügt, glaube ich doch, daß es ein vorzügliches Mittel sein wird, nicht nur in der Agitation, um neue Scharen für uns zu gewinnen, sondern daß es auch ein grundsätzlicher Wegweiser für die Parteigenossen sein wird in ihrer vielfältigen Tätigkeit in den öffentlichen Körperschaften aller Art.

Marckwald-Frankfurt: Die Enttäuschung, mit der ich und meine engeren Freunde diesen Parteitag verlassen werden, enthebt mich der Pflicht, das Gute anzuerkennen, was aus diesem Parteitag hervorgeht. Ich werde dieses Programm ablehnen. Ich bin entfernt davon zu behaupten, daß die Partei sich dieses Programms schämen müßte, wenn es angenommen würde. Ich erkenne an, daß die von uns geübte Kritik, namentlich auch an einen ganz besonderen Punkt, Annahme gefunden hat, aber wir halten den Zeitpunkt für die Schaffung eines neuen Programms für den denkbar unglücklichsten. Wir sind der Meinung, der noch am Sonntag der „Vorwärts“ in den schärfsten Worten Ausdruck gab, die sich gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei richteten, daß es notwendiger sei, auf die steigende Einsicht der Unabhängigen als auf Kompromißmöglichkeiten mit der Volkspartei zu rechnen. Wir hoffen, daß die Einigung mit den Unabhängigen möglich ist, die zurzeit noch dasselbe Parteiprogramm haben wie wir. Wir sind auch der Meinung, daß es keinen Sinn hat, ein Programm für ein Jahr zu schaffen, und wenn eine Einigung mit den Unabhängigen erreichbar ist, wird sicherlich der Antrag auf Revision des Programms kommen. Wir sind weiter der Ansicht, daß es nicht angehen sollte, in einer demokratischen

Partei ein Programm anzunehmen, nachdem der vorliegende Entwurf in keiner Parteiversammlung diskutiert worden ist.

Stampfer hat mich überzeugt, daß dieser Entwurf abgelehnt werden muß. Er hat bestätigt, daß in bezug auf das Wirtschaftsprogramm Genosse Ströbel im Recht ist, denn Stampfer wandte sich gegen Ströbels Sozialisierungspläne. Ströbel hat gar nichts Utopistisches vorgeschlagen, es konnte ihm auch in der Kommission, in der seine Richtlinien vorlagen, sachlich nichts entgegengehalten werden, seine Arbeit wurde allgemein anerkannt. Er hatte nur eine sehr lange Ausarbeitung gemacht, die sich formell in den Rahmen des wirtschaftlichen Teils des Programms nicht fassen ließ. Mein Antrag am späten Abend, die Beratungen bis zum nächsten Morgen zu vertagen, um die Ausarbeitungen Ströbels in knappe programmatische Formeln zu fassen, wurde abgelehnt. Nach der Ansicht des Genossen Stampfer liegt eine Meinungsverschiedenheit vor. Stampfer meinte, wir sollten auf Rußland blicken, was da die Sozialisierung geleistet habe. Das kommt mir so vor, als ob in einer südamerikanischen Republik, wo sich häufig eine von Kapitalisten bezahlte Räuberbande der Regierung bemächtigt, eine „Verstaatlichung“ durchgeführt würde und man dann sagte: Der Sozialismus taugt nichts. In Rußland mögen es nicht Räuberbanden gewesen sein, sondern zum Teil Idealisten. Aber wenn eine kleine Minderheit sagt: Der Staat, das sind wir!, dann ist dieser Sozialismus das Gegenteil vom demokratischen Sozialismus und kann zum Vergleich nicht herangezogen werden.

Der Parteivorstand legte den größten Wert darauf, recht schnell und unbedingt jetzt zum Abschluß zu kommen. Dadurch sind schon rein formell Dinge in das Programm gekommen, die man bei präziser Ausdrucksweise nicht aufrechterhalten kann. Bei den Finanzen verlangte ich die Formel: „Unablösbare Beteiligung des Reiches am Eigentum der industriellen und kommerziellen Großbetriebe sowie des Großgrundbesitzes.“ Ohne die Unablösbarkeit hat die Beteiligung gar keinen sozialistischen Wert. (Zuruf: Sie haben das Wort „unlösbar“ ja selbst fallen lassen.) Das Wort „unablösbar“ nahm man nicht an, aber sonst wurde mein Gedanke nicht bekämpft. Dann wurde hineingeschrieben: Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen. Da fehlt der Großgrundbesitz. Mir wurde gesagt, der Großgrundbesitz sei auch eine kapitalistische Erwerbsquelle. (Sehr richtig!) Es wird mir jetzt noch zugerufen: Sehr richtig! Karl Marx hat bei seiner Kritik des Gothaer Programmentwurfs sehr scharf den Unsinn gerügt, Grundbesitz als Kapital zu bezeichnen. Es sieht so aus, wo landwirtschaftliche Unternehmungen dem Grundeigentümer gehören, daß man das unter den landwirtschaftlichen Betrieb rechnen kann. Wo der Grund und Boden verpachtet ist, kann der Pächter „Kapitalist“ sein, wenn er nicht im kleinen arbeitet.

Fragen Sie nur wissenschaftlich geschulte Genossen, wenn Sie wollen Cunow, Bernstein, David oder sonstwen, ob Grund und Boden „Kapital“ ist. Hier hört alle marxistische und auch alle bürgerliche Nationalökonomie auf. Tatsächlich ist der Grundbesitz in unserem Finanzprogramm ausdrücklich ausgenommen.

Ich habe sehr bedauert, daß bei den Forderungen über Verfassung und Verwaltung die Idee der Volksabstimmungen nirgends eine Unterstützung fand. Ich forderte, daß das Volk berechtigt sein solle, den Reichstag aufzulösen. Im Erfurter Programm forderten wir zweijährige Legislaturperioden. Ich habe es als Verdienst unserer Landtagsfraktion erkannt, daß sie das Recht des Volkes erreicht hat, den Landtag aufzulösen. Die Fragen, die der Volksabstimmung gestellt werden, sind leichter zu verstehen als die Fragen, die bei den Wahlen gestellt werden. Ueber die Legislaturperiode haben wir jetzt gar

nichts mehr, zu meiner Freude aber Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied. Ich hoffe, daß die Reichstagsfraktion jetzt das Wahlrecht der Soldaten ebenso fordert wie in der Nationalversammlung, während sie es im Reichstag abgelehnt hat. Wir haben hier jetzt den Optimismus, daß es der Volkspartei gelingen wird, eine republikanische Reichswehr zu erreichen. Was wir vergeblich von Sozialdemokraten in der Regierung verlangten, soll jetzt mit Hilfe von Volksparteilern erreicht werden. Wenn es geschieht, braucht sich niemand vor dem Wahlrecht der Soldaten zu fürchten. Wir haben im übrigen keine Angst vor 100 000 Soldaten. Wenn sie alle reaktionär stimmen, würden wir dadurch zwei reaktionäre Abgeordnete im Reichstage mehr haben. Wie soll man der Forderung der Kommunisten und einiger Unabhängiger, den Besitzenden das Wahlrecht zu entziehen, entgegentreten, wenn wir einer Handvoll Proletarier das Wahlrecht nehmen. Otto Braun-Baden-Frankfurt

Ich komme nun zu dem grundsätzlichen Teil des Entwurfs. Wir müssen diesen Entwurf viel kritischer lesen, als wir es vielleicht tun würden, wenn wir nicht unter dem Eindruck dessen ständen, was der „Vorwärts" als die „taktische Wendung" der Partei bezeichnete. Wenn ich nicht unter dem Eindruck dieser Tatsache stände, würde ich den ersten Absatz des Entwurfs vielleicht als eine schönklingende Redefloskel auffassen, die nichts weiter besagt. Wir sind nicht die Interessenvertretung des Kleinbürgertums, sondern des Proletariats. Nach diesem Entwurf sollen wir alle körperlich und geistig Schaffenden vertreten, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind. Der Kleinmeister, der Lehrlinge züchtet, hört deshalb nicht auf, auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen zu sein. Wo ich mit Kleinbürgern und Bauern zu tun habe, sage ich immer: Unsere Partei vertritt eure Interessen besser als jede andere, aber ich verschweige nicht, daß da, wo kleinbürgerliche Interessen den proletarischen Interessen entgegenstehen, wir kleinbürgerliche nicht vertreten können.

Man hat die Hauptforderung, die ich stellte, angenommen, daß es nach wie vor Aufgabe unserer Partei sei, den Klassenkampf zu einem einheitlichen und bewußten zu gestalten. Allerdings hat man den Ausdruck Klassenkampf vermieden und gesagt: den notwendigen Kampf der schaffenden Massen. Wenn nicht die Debatte vorausgegangen wäre, in der der Klassenkampf als überwunden hingestellt wurde, wenn nicht die ganze Taktik der Partei mit in Rechnung gestellt werden müßte, dann würde man sich vielleicht sagen können, daß diese Ausdrucksweise gleichgültig ist. Wir halten aber daran fest, daß man den Klassenkampf zu einem bewußten und einheitlichen gestalten muß. (Zuruf: Das steht ja drin!) In anderer Form, wie ich schon zugegeben habe. Wir lassen uns in der Betonung dieses Standpunktes auch nicht dadurch abhalten, daß der Staatsminister Dr. Reinke-Bloch von der Volkspartei, der in Mecklenburg bereits das Ziel erreicht hat, mit unseren Parteigenossen in der Regierung zu sitzen, vor wenigen Tagen auf dem Parteitag seiner Partei in Lübeck erklärt hat: „die Entscheidung darüber, ob diese Politik in Schwerin Dauer gewinnen kann, hängt von den Entscheidungen des Görlitzer Parteitages ab, von der Frage, ob er die links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien abstößt. Tritt sie als Partei des Klassenkampfes auf, dann gibt es keine Gemeinschaft mit uns." (Zuruf: Na also, dann sind wir doch ganz einverstanden!) Dieser Zeitgenosse Reinke-Bloch lehnt es zwar ab, mit einer Partei des Klassenkampfes zu arbeiten, aber nicht mit einem sozialdemokratischen Staatsminister in Mecklenburg.

Schließlich sind die Formeln eines Parteiprogramms doch derartig, daß sie mit lebendigem Leben erfüllt werden müssen. Auch die Formel, auf die ich besonderen Wert legte, die Aufgabe, den Klassenkampf zu einem einheitlichen zu

gestalten, ist schließlich nur eine Formel, aber ich zweifle nicht, daß das sozialistische Proletariat diesen Gedanken lebendig gestalten wird. Das eine weiß ich: bei den Massen draußen werden wir keine Enttäuschung erleben.

Der Vorsitzende **Wels** teilt mit, daß folgender Antrag Kurz und Genossen eingegangen ist:

„Im achten Absatz des Programmentwurfs zu sagen statt: „Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft": „Die Umwandlung der großen konzentrieten Wirtschaftsbetriebe in gemeinschaftliche".

Kurz hat erklärt, daß er diesen Antrag als einen solchen betrachte, der bei Annahme des Antrages Bader durch den Parteivorstand redaktionell bzw. stilistisch in das Programm gearbeitet werden könnte. Ein Ueberweisungsantrag würde also hierfür genügen.

Ergebnis der Wahlen des Parteivorstandes:

Der Vorsitzende teilt mit, daß erhalten haben:

als Vorsitzende: Müller 320 Stimmen, Wels 300 Stimmen;
als Kassierer: Bartels 320, Heinrich 318 Stimmen;
als Sekretäre: Molkenbuhr 317, Pfannkuch 308, Otto Braun 298, Adolf Braun 290, Franz Krüger 255, Marie Juchacz 308, Ströbel 116, Marckwald 34 Stimmen.
als Beisitzer: Richard Fischer 321, Karl Hildenbrand 320, Adolf Ritter 317, Elfriede Ryneck 321, Otto Frank 318, Heinrich Schulz 311 Stimmen.

Gewählt sind also:

als Vorsitzende: Müller und Wels;
als Kassierer: Bartels und Heinrich;
als Sekretäre: Molkenbuhr, Pfannkuch, Otto Braun, Adolf Braun, Franz Krüger, Marie Juchacz;
als Beisitzer: Richard Fischer, Hildenbrand, Ritter, Elfriede Ryneck, Otto Frank und Heinrich Schulz.

Bei der Wahl zur Kontrollkommission haben erhalten:

August Brey-Hannover 306, Fritz Brühne-Frankfurt a. M. 306, Friedrich Fischer-Stuttgart 316, Helene Grünberg-Nürnberg 195, Klemens Hengsbach-Köln 304, Hermann Müller-Berlin-Lichtenberg 300, Paul Löbe-Breslau 316, Karl Pinkau-Leipzig 273, Adolf Schönfelder-Hamburg 249, Minna Bollmann-Halberstadt 113, Toni Pfülf-München 190, Bergmann-Stettin 6 Stimmen.

Gewählt sind:

Brey, Brühne, Fischer, Grünberg, Hengsbach, Müller, Löbe, Pinkau und Schönfelder.

Für den Zentralbildungsausschuß ist folgende Vorschlagsliste eingegangen:

Heinrich Schulz-Berlin, Hugo Heimann-Berlin, Professor Radbruch-Kiel, Paul Löbe-Breslau, Frau Bohm-Schuch-Berlin, Dr. Eduard David-Berlin, Karl Körner-Berlin, Schreck-Bielefeld, Hellmann-Hamburg, Sassenbach-Berlin, Dr. Adolf Köster-Hamburg.

Der Parteitag stimmt hierauf en bloc der Wahl dieses Zentralbildungsausschusses zu.

Hierauf wird die Diskussion über das Parteiprogramm fortgesetzt.

Adolf Braun-Berlin: Ich bitte, den Antrag 338 anzunehmen, der lautet:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf schnellstem Wege eine volkstümliche Erläuterung des Görlitzer Parteiprogramms herauszugeben.

Dieser Antrag ist auch von Marckwald unterzeichnet. Ich habe lebhaft bedauert, daß Genosse Marckwald so wenig Zutrauen zu seinem eigenen Pro-

grammentwurf gehabt hat, daß er ihn hier nicht vorgelesen hat. In drei Minuten hätte man ihn vorlesen können; dann hätte man gesehen, wes Geistes Kind diese Arbeit ist. Ich hoffe, daß der Parteivorstand sämtliche Programmentwürfe im Druck den Parteigenossen zur Verfügung stellen wird. Dann werden manche, die heute mit unserer Arbeit nicht zufrieden sind, sagen: Unter diesen Blinden sind wir zum mindesten die Einäugigen gewesen. (Heiterkeit.)

Daß man heute die Zukunft nicht durchdringen kann, sondern vieles im Dunkel empfindet, wozu man Stellung nehmen soll, ist leider festzustellen. Ich möchte den Genossen Ströbel dafür zitieren, der uns gesagt hat, in unserer Partei bestehen die mannigfaltigsten Ansichten über Art, Wesen, Begrenzung und Wirkung der Sozialisierung. Diese Mannigfaltigkeit wird noch lange bestehen. Deswegen haben wir dieses Problem mit einer gewissen Vorsicht behandelt. Wir wissen, daß in der Sozialisierungskommission eine Mehrheit und eine Minderheit in der Sozialisierungsfrage war, daß Sozialdemokraten sowohl in der Mehrheit wie in der Minderheit gewesen sind. Dabei hat sich die Sozialisierungskommission unter Heranziehung aller erreichbaren Materialien und Sachverständigen jahrelang intensiv mit diesem Problem befaßt. Auch in weiten Parteikreisen bestehen verschiedene Ansichten über das Wesen, die Begrenzung und über die relativen Möglichkeiten der Sozialisierung. Wir sind alle für die Sozialisierung, aber keiner von uns ist so dreist, daß er seine Ueberzeugung über die Sozialisierung als unbedingt maßgebend für die gesamte Partei erklären will.

Es ist vorgeschlagen worden, diese Verhandlungen zu verschieben. Es ist gesagt worden, in einem Jahre müßten wir um soviel gescheiter geworden sein, daß wir ein alle Genossen und Genossinnen befriedigendes Programm beschließen können werden. Verschiebungen sind kein Zeichen der Stärke. Wir haben im kommenden Jahre keine Zeit, uns auch mit einer Programmarbeit zu belasten. Die Verschiebung wäre nur begründet, wenn man erwarten dürfte, daß innerhalb der Partei, der nun 5 Millionen Gesinnungsgenossen angehören, *eine* Meinung als allein maßgebend gefunden werden könnte. Das ist aber unmöglich. Wir haben schon mit den Verschiebungen der Beschlußfassung über das Agrarprogramm schlechte Erfahrungen gemacht.

Von einigen Genossen, die wie ich für die Einigung aller Proletarier in Deutschland eintreten, suchte man den Glauben zu erwecken, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei darauf warte, daß wir ihr ein ihr genehmes Programm präsentieren, damit auf dessen Grundlage eine Einigung zustande komme. Kenner der Politik können so etwas nicht behaupten. Wo es konkurrierende Parteien gibt, wird niemals der Konkurrent das gut finden, was der Niederzukonkurrierende sagt und tut. Der Gedanke, auf dem Wege der Programmschöpfung zu einer Einigung zu gelangen, ist zwar verteufelt gescheit, aber auch undurchführbar. Die Einigung mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei wird nicht das Ergebnis irgendwelcher tiefgründigen Erörterungen, nicht eine Einigung über die Auslegung von Grundsätzen des Sozialismus sein, sondern das Ergebnis der Notwendigkeit des politischen Zusammenwirkens in Reich, Ländern und Gemeinden, wo es sich um die Besserung der Lage der Arbeiterschaft und um die Durchsetzung zum Sozialismus handelt. Wir müssen durch harte praktische Arbeit, nicht durch die theoretische Gestaltung des Programms zur Einigung kommen. Sind wir einmal geeinigt, dann werden wir das Programm neugestalten; die Einigung wird ein neues Programm wert sein.

Es ist gesagt worden, die USP. hatte bisher das gleiche Programm wie wir. Wo finden Sie irgendeine Bemerkung in der unabhängigen Presse über

das Erfurter Programm? Sie finden in unserer Partei keinen Mann, auch keinen Ströbel, der Wort für Wort noch das wissenschaftlich vertreten will, was im Erfurter Programm steht. Gibt es einen Mann, der nationalökonomisches Verständnis hat, der die Krisen- und Verelendungstheorie des Erfurter Programms noch unverändert vertreten kann; einen Mann von geschichtlichem Wissen, der die Katastrophentheorie im Erfurter Programm heute noch restlos gelten lassen darf?

Genosse Marckwald hat gesagt, der zweite Programmentwurf sei nicht diskutiert worden. Ich selbst bin ein lebendiges Beispiel gegen diese Behauptung, ich habe in einer Reihe von Versammlungen über den zweiten Programmentwurf gesprochen. Der zweite Programmentwurf war das Ergebnis tolerantesten Bemühens der früheren Programmkommission, aus den Kritiken soviel in das neue Programm einzuarbeiten, als beim besten Willen möglich war. Wenn wir so fortfahren wollten, jeden neuen Entwurf, also auch den vorliegenden, ganz von der Gesamtpartei durchdiskutieren zu lassen, dann würden wir die Methode der Chinesen anwenden, aber nicht die zielstrebender Menschen, die zu irgendeinem Ergebnis zu gelangen suchen.

Marckwald hat sich entrüstet über eine falsche Bezeichnung des Großgrundbesitzes im vorliegenden Programmentwurf. Die große Masse der Arbeiter sieht im Großgrundbesitz nicht nur ein Rentenunternehmen, sondern auch eine großkapitalistische Erwerbsquelle (Sehr richtig!), schon wegen ihrer kapitalistischen und industriellen Durchdringung.

Genosse Marckwald ist entrüstet, daß wir die Volksabstimmung nicht ins Programm aufgenommen haben. Wir waren der Meinung, daß das, was in der Reichsverfassung steht, gegebenes Recht ist und nicht eine neu zu erstrebende Aufgabe, also nicht ins Programm gehört. (Sehr richtig!) Er hat auch Verfehltes über die Volkspartei gesprochen. Erstens haben wir noch kein Bündnis mit ihr, und wenn wir einmal mit ihr zusammengehen müssen, so wird man daraus den ungeheuren Ernst erkennen müssen, den wir für die Erhaltung der Republik aufbringen, die Bereitschaft, die höchsten Opfer zu bringen, um zu sichern, was die Revolution geschaffen hat. Mit den Worten des Genossen Marckwald kann man vielleicht eine Programmkommission ärgern wollen, aber die Republik kann man sicher nicht mit dieser Methode sichern. (Heiterkeit.)

Die Forderung, Garantierung des Existenzminimums, des Rechts zum Leben, ins Programm hineinzunehmen, ist bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich. Wir sind viel zu arm, um diese schöne Forderung zu erfüllen.

Genosse Ströbel hat bemängelt, daß wir die Lösung der Valutafrage nicht ins Programm aufgenommen haben. Genosse Ströbel soll sofort, wenn er nach Berlin kommt, mit dem Auto ins Finanz- und Wirtschaftsministerium fahren und sagen, wie man das Valutaelend aus der Welt schafft. (Heiterkeit.) Mit einer derartigen Lächerlichkeit von Forderungen beweist man nur, daß man von Nationalökonomie keine Ahnung hat. (Sehr gut!)

Der Parteitag hat nicht die Aufgabe, zu untersuchen, ob wir genügend wissenschaftlich gearbeitet haben, sondern er soll feststellen, ob das Programm eine agitatorische Wirkung ausstrahlt, ob es demokratisch ist und ob auf diesem Wege unsere sozialistischen Forderungen durchgesetzt werden können. Ist das Programm ein guter Stock, auf den gestützt wir auf steinigem Boden zum sicheren Ziele marschieren können, dann stimmen Sie für das Programm. (Bravo!)

Bernstein-Berlin-Schöneberg: Vielfach ist davon gesprochen worden, daß der neue Programmentwurf und die Vorarbeiten zu ihm ein Abweichen vom

Bernstein - Berlin - Schönberg

Marxismus bedeuten. Davon kann gar keine Rede sein. Der Geist des Marxismus, was von ihm unsterblich bleibend ist, nämlich die großen Grundgedanken der marxistischen Gesellschafts- und Geschichtstheorie, haben uns alle von Anfang bis zu Ende beseelt. Es könnte sich höchstens um die Anwendungen von Gedanken des Marxismus handeln, die Marx und andere zu ihrer Zeit gezogen haben. Aber bei den Anwendungen stehenbleiben, die sich doch auf bestimmte geschichtliche Voraussetzungen stützen, wäre sehr im Widerspruch mit dem Geist von Marx, Engels und seinen Schülern gewesen.

Auch der Gedanke, daß wir gezwungen wären, wenn wir uns nicht ganz streng an das Erfurter Programm halten, eine neue Theorie auszuarbeiten, geht von falschen Voraussetzungen aus. Ich bin der letzte, der den Wert theoretischen Denkens unterschätzt. Aber eine neue Theorie brauchen wir darum nicht aufzustellen. Es handelt sich darum, die Grundgedanken der Theorie, die wir übernommen haben, weiter auf die gegebenen Verhältnisse anzuwenden. Sie haben in die Programmkommission Leute gewählt, die sich zum Teil schon ein ganzes Leben mit der Theorie beschäftigt haben, andere, die mitten im realen politischen Kampf der Partei, in den Parlamenten und Organisationen stehen. Das sind keine Neulinge gewesen. Wenn Genosse Marckwald von der Arbeit mit der Hetzpeitsche spricht, dann darf er nicht vergessen, daß die Aufgabe der Programmkommission nicht war, ein neues Programm auszuarbeiten, sondern Vorarbeiten, die vorlagen, die Form zu geben. Das ist nach Möglichkeit geschehen. Natürlich mußten manche Wünsche und Auffassungen einzelner zurückgestellt werden. Ich fürchte, daß wir, wenn wir die Abstimmung über das Programm noch verschieben, nach einem Jahre nicht anders dastehen werden als heute. (Sehr richtig!) In der Schlußabstimmung haben von den 28 Mitgliedern 24 für das Programm gestimmt, nur zwei, nämlich Ströbel und Marckwald, haben dagegen gestimmt und zwei haben sich enthalten. Es ist also ein Programm, auf das man sich einigen kann.

Es ist die Furcht ausgedrückt worden, daß die Annahme dieses Programms sich als eine Wand gegen eine Einigung mit der USP. herausstellen würde. Die beiden Genossen Braun haben schon gesagt, daß das, was uns von den Unabhängigen trennt, kein Programm, sondern die Politik ist (Sehr richtig!) Haben wir uns über die großen Fragen der Politik in Deutschland verständigt, dann kommt die Einigung, dann wird ihr kein Programm im Wege stehen. Uebrigens haben nicht wir, sondern die Unabhängigen selbst ein Aktionsprogramm aufgestellt, das sich sehr wesentlich von dem Fundamentalgedanken des Erfurter Programms unterscheidet. (Sehr richtig!)

Man darf auch nicht darauf verweisen, daß man in Gotha nach der Einigung ein gemeinsames Programm gemacht hat. Ich bin einer der wenigen, die die damalige Einigung mit durchgemacht haben. Vergessen Sie nicht: damals hatten die Lassalleaner und Eisenacher grundverschiedene Programme. Da bestand die Notwendigkeit, ein gemeinsames Programm zu machen. Heute, wo wir in der Auffassung vom Sozialismus durchgedrungen sind zu einer Kenntnis vom Wesen des Marxismus, die damals selbst bei den Eisenachern nur ganz ausnahmsweise vorhanden war, heute, wo die ganze Bewegung auf diesem Grundgedanken aufgebaut ist, ist die Frage eine ganz andere. Wir haben Rücksicht auf den Kampf der eigenen Partei zu nehmen. Die Bedürfnisse unserer Bewegung sprechen dafür, daß wir mit einem neuen Programm auftreten, das unseren Genossen im Lande Richtlinien gibt und die Unterlage für eine den neuen Verhältnissen entsprechende Agitation bildet. Darum ist die Notwendigkeit gegeben, das Programm zu machen. Die Vertagung würde zwar kein Nationalunglück sein, aber ich bin überzeugt: in einem Jahre werden wir die absolute Einigkeit ebensowenig haben wie heute. Begnügen wir uns also mit einer Verständigung.

Lassen Sie mich noch mit ein paar Worten auf einige Bemerkungen der Genossen Ströbel und Marckwald eingehen.

Genosse Ströbel, den ich als Kämpfer und als Charakter gleich hochschätze, leidet nach meiner Auffassung etwas darunter, daß er seit der Kriegszeit vollständig außerhalb der praktischen Tätigkeit in den Parlamenten und Gemeinden gestanden hat, daß er keine Ahnung hat und haben kann von den ernsthaften Diskussionen, die wir im Reichstag und in den Landtagen gerade über diese Fragen gepflogen haben, die wir jetzt im Programm formulieren. Wir haben bedeutsame Diskussionen hinter uns und können auf Grund von Erfahrungen urteilen.

Dann sagte Genosse Ströbel, das einzige Mittel, um über die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Republik hinwegzukommen, sei die Sozialisierung. Ich bitte ihn, nicht zu vergessen, daß wir eine Sozialisierungskommission haben, die sich vorwiegend aus Sozialisten und aus einer Anzahl von Gelehrten zusammensetzt, die selbst Sozialisten sind oder den sozialistischen Anschauungen sehr nahe stehen. Was sagt ihr Bericht? Er sagt, daß man schrittweise vorgehen muß, daß man nicht mit einemmal alles sozialisieren kann. Der Bericht schlägt dann einen Weg vor, und zwar soll zunächst einmal die Kohleindustrie, also ein Industriezweig, herausgegriffen werden. Er enthielt außerdem Angaben über bestimmte Formen der Sozialisierung, die manchem orthodoxen Sozialisten nicht als waschecht erscheinen mögen. Die Sozialisierung ist ein Prozeß, der Zeit braucht, der systematisch vor sich gehen muß. Das kann man wohl in einem Bericht über die Sozialisierung darlegen, aber im Programm kann man eben nur den großen Gedanken aussprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem dürfen wir uns unter Sozialisierung nicht eine bestimmte Formel vorstellen. Die Sozialisierung vollzieht sich auf verschiedenen Wegen unter immer stärkerer Betonung und Verwirklichung des sozialen, des gesellschaftlichen Gedankens in der Industrie und in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Da hat die Republik schon manches Große geschaffen. Nach meiner Auffassung war das Betriebsrätegesetz ein bedeutsames Stück auf dem Wege zur Sozialisierung. (Sehr richtig!)

Ich möchte dann einige Einwände des Genossen Marckwald widerlegen. Er rügte das Fehlen der Volksabstimmung im Programm. Es ist ihm schon mit Recht gesagt worden, daß die Volksabstimmung ja schon in der Reichsverfassung enthalten ist und infolgedessen nicht mehr von uns als Forderung aufgestellt zu werden braucht. Ich möchte aber auch davor warnen, in dieser Frage über das hinauszugehen, was schon in der Verfassung der Republik steht. Vergessen Sie nicht, zu welchen Problemen uns die Volksabstimmung in einem Volke führt, das in seiner Masse erst zur Republik erzogen werden muß (lebhafte Zustimmung), und daß wir das Schicksal der Republik nicht dem Zufall einer Volksabstimmung ausliefern können. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Ich sage noch einmal: dem einen mag dies, dem andern jenes fehlen; aber als Ganzes genommen erfüllt der vorgelegte Entwurf seinen Zweck. Er ist das, was die Partei braucht. Für die Ewigkeit ist kein Programm geschaffen; es ist geschaffen für die praktischen Lebensaufgaben der Republik. Darum kann ich Ihnen von ganzem Herzen empfehlen, den Programmentwurf so anzunehmen, wie ihn die Kommission vorgelegt hat. (Lebhafter Beifall.)

Laukötter-Hamburg: Ich möchte im voraus der Arbeit der Kommission meine volle Anerkennung zollen, und ich kann erklären, daß ich im großen und

ganzen mit der Fassung des Programms einverstanden bin; aber das soll mich nicht abhalten, einige Anregungen zu geben.

Bekanntlich hat jedes Programm, also auch das sozialdemokratische Parteiprogramm, eine doppelte Aufgabe. Zunächst soll es die Erkenntnisse, die Willensrichtungen und die Forderungen festlegen, die in einem gegebenen Augenblick aus den wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und sonstigen Verhältnissen herauswachsen. Daraus erklärt sich die Wandlungsfähigkeit und die Wandlungsnotwendigkeit eines jeden Programms. Ferner hat ein Programm den Zweck, als Banner einer Partei, einer Gruppe, vorauszuwehen, um eine Werbekraft nicht nur auf die Interessenten, d. h. auf die, die sich aus irgendwelchen äußeren Interessen dieser Partei anschließen, sondern auch auf die Gesinnungsgenossen auszuüben, damit sie sich um dieses Banner sammeln.

Nun möchte ich die Anregung geben, als ersten Satz in das Programm folgenden Satz aufzunehmen: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist ihrem Wesen nach eine Kulturpartei; ihr Ziel ist der Kultursozialismus, dessen Vorbedingung der Wirtschaftssozialismus ist." Der sozialdemokratischen Bewegung, wie der Arbeiterbewegung im allgemeinen wird der Vorwurf gemacht, daß sie ausschließlich oder fast ausschließlich wirtschaftliche, materielle Interessen vertrete, also eine wirtschaftliche Partei sei. Nun hat sich die Sozialdemokratische Partei wie die Arbeiterbewegung überhaupt in den letzten Jahrzehnten von einer Wirtschaftspartei zu einer Kulturpartei entwickelt. Wir erstreben den Kultursozialismus; wir sind aber auch überzeugt, daß die Kultur und der Kultursozialismus nur geschaffen werden kann durch eine Veränderung der wirtschaftlichen Unterlagen.

Dann habe ich folgendes zu befürworten. Im ersten Absatz heißt es: „Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden . . . . zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus."

Ich möchte den Antrag stellen, zu sagen: „zur Kampfgemeinschaft für demokratischen Sozialismus". Wir müssen endlich einmal ein Ende machen mit der Unklarheit, die über den Begriff Demokratie besteht. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Demokratie nicht ein Mittel zum Sozialismus ist, ebensowenig, wie der Sozialismus ein Mittel zur Demokratie ist, sondern daß Demokratie und Sozialismus eine innige Vereinigung eingehen müssen. Der Sozialismus, d. h. die Umgestaltung des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens soll sich vollziehen auf demokratischer Grundlage, nämlich unter Gleichberechtigung und unter Mitarbeit aller Volksgenossen. Es gibt bekanntlich drei Formen, den Sozialismus zu verwirklichen, den autoritären, obrigkeitlichen Sozialismus, wie ihn Thomas Morus und Plato gepredigt haben, dann sein Gegenstück, den autoritätslosen Sozialismus, also Syndikalismus und Anarchismus, dann als goldenen Mittelweg den demokratischen Sozialismus. Ich halte es für notwendig, zu erklären: wir sind Sozialisten, die die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf demokratischem Wege erreichen wollen, und wir wollen diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch auf eine demokratische Grundlage stellen.

In dem zweiten Absatz finde ich den Ausdruck „Klassenkampf". Sie wissen, daß dieser Ausdruck im ersten Programmentwurf nicht enthalten war. Es gibt wohl wenige Schlagworte, die so mißbraucht werden, wie der Ausdruck „Klassenkampf", und ich halte es deswegen für notwendig, folgendes hinzuzufügen: „Unter den verschiedenen Mitteln im Klassenkampf kommt die Gewalt erst dann zur Anwendung, wenn alle anderen Mittel versagen." Wir müssen uns von der Gewaltpolitik abkehren. Die Gewalt hat noch niemals etwas Gutes, Neues und Positives leisten können. Die Gewalt hat immer nur vernichtet, was vernichtungswürdig war. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, daß der Ausdruck „Klassenkampf" immer als Gewaltkampf aufgefaßt wird. Ich habe den Genossen immer gesagt: die, die in einer Verhandlungskommission mit den Unternehmern sitzen, führen einen mindestens ebenso wirkungsvollen Klassenkampf wie diejenigen, die bei Demonstrationen auf die Straße ziehen und Fensterscheiben entzweischlagen. (Sehr richtig!)

Dann möchte ich noch etwas zur Wirtschaftspolitik sagen. Der Abschnitt „Wirtschaftspolitik" ist etwas sehr mager ausgefallen. Ich freue mich vor allen Dingen, daß der Ausdruck „Sozialisierung" nicht hereingekommen ist; denn mit diesem Schlagwort wird nur Unfug angerichtet. In unserem früheren Programm stand der Ausdruck „Vergesellschaftung der Produktionsmittel", weil man sich scheute, den Ausdruck Verstaatlichung zu gebrauchen. Aber die Vergesellschaftung der Produktionsmittel umfaßt nicht alles. Sie ist ein einmaliger Akt, entweder ein Gewalt- oder ein Rechtsakt, und dann setzt erst die eigentliche Sozialisierung ein, d. h. die Umgestaltung nicht nur der Produktionsmittel, sondern auch der Menschen, die mit den Produktionsmitteln arbeiten, also eine innere Umgestaltung der Menschen. Deswegen möchte ich empfehlen zu sagen „Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung".

Ich halte weiter den Ausdruck „Grund und Boden" in dem Abschnitt „Wirtschaftspolitik" für zu weitgehend, weil jeder kleine Bauer, jeder Besitzer unter Umständen enteignet werden könnte, was uns natürlich nicht einfällt. Ich empfehle deshalb folgende Fassung: „Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, soweit sie als Ausbeutungsmittel angewendet werden, sind in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen unter bewußter und planmäßiger Schonung berechtigter Interessen." Es ist notwendig, daß wir den kleinen Leuten sagen: „Wir haben kein Interesse daran, euch zu enteignen; wir schützen bewußt und planmäßig eure berechtigten Interessen." Wir könnten im Programm noch hinzufügen: „Der gleiche Grundsatz soll auch in bezug auf die kleingewerblichen Betriebe gelten." Ich vermisse im Entwurf überhaupt eine Stellungnahme zu der sehr wichtigen Frage, wie wir uns gegenüber den gewerblichen Kleinbetrieben verhalten sollen. In der Wirtschaftskommission habe ich zum ersten Programmentwurf vorgeschlagen, zu sagen: „Solange Kleingewerbe und Kleinbetriebe noch eine Existenzberechtigung haben, sollen wir für sie eintreten, und das weitere sollen wir der Entwicklung überlassen." Wir sind dazu verpflichtet, auch die Leute zu schützen, die uns vielleicht wegen ihrem Egoismus noch fernstehen. Wir müssen alles das schützen, was heute noch lebensfähig ist und gewisse soziale Funktionen zu erfüllen hat.

In dem Abschnitt „Kultur- und Schulpolitik" steht wieder der wunderbare Satz, mit dem wir schon seit Jahrzehnten gearbeitet haben: „Religion ist Privatsache". Es heißt: „Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache". Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Religion keine Sache des Staates sein kann, sofern man sie als eine Ueberzeugungssache betrachtet. Dann heißt es weiter im Programmentwurf: „Trennung von Staat und Kirche". Ich möchte bitten, „Unterscheidung zwischen Religionsgemeinschaften und Religionsgesellschaften" hinzuzufügen. Ich halte das für bedeutungsvoll. Die Soziologie macht einen Unterschied zwischen einer Gemeinschaft und einer Gesellschaft. Eine Gesellschaft ist eine Vereinigung von Leuten, die wegen äußerer wirtschaftlicher Zwecke zusammengetreten sind. Eine Gemeinschaft ist eine Vereinigung von Menschen, die durch innere seelische Bande miteinander verknüpft sind. Nun lehrt uns die Religions- und Kirchengeschichte, daß jede Religion ursprünglich eine Gemeinschaft war. In der Bibel heißt es ja von

der Gemeinde Jerusalem: sie war ein Herz und eine Seele. Aber die Geschichte lehrt, daß alle Religionsgemeinschaften im Laufe der Zeit zu Religionsgesellschaften geworden sind, d. h. daß unter dem Deckmantel der Religion wirtschaftliche und sonstige Interessen vertreten werden. Wir müssen das im Programm nach meiner Meinung zum Ausdruck bringen, daß wir jede religiöse Gemeinschaft unangetastet lassen, daß wir uns aber das Recht vorbehalten, in die Religionsgesellschaften, d. h. in diese scheinbar religiösen, in Wirklichkeit aber wirtschaftliche Gebilde ebensogut einzugreifen, wie wir in andere Wirtschaftsgebilde eingreifen, wenn es das Gemeinwohl erfordert. (Beifall.)

Eduard David-Berlin: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Die Sozialdemokratie nennt sich mit Stolz die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie beansprucht also für ihre Lehre, daß sie vor dem Richterstuhl der Wissenschaft bestehe. Sie beansprucht, daß das, was sie programmatisch als ihre Wirtschaftstheorie, als ihre Auffassung von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in das Programm aufnimmt, mit den Tatsachen der Wirklichkeit übereinstimmt. Je älter man wird und je mehr man sich mit der Wissenschaft beschäftigt, um so bescheidener wird man, und um so vorsichtiger wird man im Aussprechen allgemeiner Wahrheiten, im Aufstellen theoretischer Sätze, und vor allen Dingen im Prophezeien über die Zukunft. (Sehr richtig!) Denn die Wirklichkeit ist so vielfältig, so kompliziert, daß kein Kopf, und sei es der begabteste, auch nur einigermaßen imstande wäre, die ganze Wirklichkeit in allen ihren ursächlichen Beziehungen zu erfassen. Weiter steht die Wirklichkeit nicht still. Das Leben geht weiter. Neue Kräfte setzen ein, neue ursächliche Verwicklungen entstehen. So muß die gewissenhafte Forschung feststellen, daß frühere Voraussetzungen hinfällig wurden, daß neue Verhältnisse entstanden, daß Lehren, die man einstmals für richtig hielt, korrigiert werden müssen.

Nun sage ich: Wenn ich das heute vorgelegte Programm mit dem Erfurter Programm vergleiche, dann ist das heute vorgelegte Programm wissenschaftlicher als es das Erfurter Programm war; es ist vorsichtiger und zurückhaltender im Aufstellen allgemeiner Sätze und im Aussagen über die Zukunft. Der Kollege Adolf Braun hat schon ausgesprochen, niemand könnte heute mehr mit gutem wissenschaftlichen Gewissen die allgemeinen Sätze des Erfurter Programms ohne Korrektur annehmen. Wenn wir die Wissenschaft bei der Aufstellung unseres Programms beachten, wenn wir uns mit der nötigen Vorsicht gegenüber der Wirklichkeit in ihrer ganzen Kompliziertheit ausdrücken, dann ist das viel besser, als wenn wir Dinge, die Probleme sind, als apodiktische Wahrheiten hinstellen, Hypothesen als Prophezeiungen hinausgeben und gewissermaßen dogmatische Sätze prägen, die den Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben. Das ist nicht nur ein Abirren vom Wege der Wissenschaft, sondern ist auch höchst bedenklich für das geistige Leben einer Partei. (Sehr richtig!) Denn aus diesem Verfahren entsteht das, was das geistige Leben einer Partei oft schwer schädigt und verkümmert. Sobald man dogmatisch wird, verläßt man die Wissenschaft und stellt sich auf den Boden einer Glaubensgemeinschaft. (Sehr wahr!) Man faßt dann das Programm gewissermaßen als ein Glaubensbekenntnis auf und sieht den, der einzelne Sätze anficht, als einen halb Abtrünnigen an, und dann beginnt das Ueble, daß in die geistigen Kämpfe das Persönliche hineingetragen wird, indem man den sachlichen Gegner auch als Mensch und Parteigenossen verdächtigt. Ich hoffe, daß diese Zeiten für die Sozialdemokratie vorbei sind und daß das neue Programm dazu beitragen wird, der Partei in Zukunft derartige innere Kämpfe zu ersparen. Man hat in der Kommission — Genosse Marckwald hat das auch hier getan — wieder von Richtungen gesprochen. Genosse Marckwald sprach von seinen „engeren Freunden". Demgegenüber müssen wir sagen: Wir wollen keine Richtungen mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Die Partei hat in

der schwersten Zeit zusammengestanden, als das Chaos uns umflutete, als es hart auf hart ging; da hat sie unter sich treue Kameradschaft gehalten. Eine Partei, die sich in einer solchen Kampfkameradschaft bewährt hat, sollte wahrhaftig gegen solchen Richtungsstreit gefeit sein. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Streit darf es nicht mehr geben, und dazu soll unser neues Programm beitragen.

Das Programm ist vorsichtig und bescheiden im Aussprechen allgemeiner Sätze, und zwar mit Absicht. Das ist nicht Schwäche, sondern das ist ein Ausfluß des wissenschaftlichen Wahrheitsgewissens. Das müssen wir haben, wenn wir eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus sein wollen. Unser Vorkämpfer August Bebel hat das auch einmal sehr schön ausgedrückt. Er sagte bei der Zukunftsstaatsdebatte im Reichstag im Jahre 1893:

> Wir sind nicht nicht nur eine, wie Sie sagen, revolutionäre Partei, wir sind auch eine vorwärtsstrebende Partei, eine Partei, die ständig lernt und in beständiger geistiger Mauserung begriffen ist, eine Partei, die nicht die Meinung hat, daß ein heute ausgesprochener Satz und eine heute als richtig gehegte Anschauung unzweifelhaft und unfehlbar für alle Ewigkeit feststeht.

Das sollten wir uns einprägen, und noch mehr sollten wir uns den Satz aus seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" einprägen, wo er den Sozialismus mit dem Satz definiert: „Der Sozialismus ist die mit voller Erkenntnis auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft." Auch die Fragen der Sozialisierung müssen vor diesen Richterstuhl treten. Alle Vorschläge müssen daraufhin geprüft werden: Stimmen sie zur tatsächlichen Wirklichkeit? Sind sie im Einklang mit der wissenschaftlichen Forschung? Wenn nicht, so sind sie nicht für uns akzeptabel.

Unser Programm soll den Geist der Parteigenossen nicht verengen, sondern weiten und anregen. Es soll jeden zur Kultur seines Wahrheitsgewissens erziehen. (Bravo!) Es soll verhindern, daß der geistige Nachwuchs sich in Richtungen trennt. Es soll uns auch die geistige Berufsarbeiterschaft näherbringen. Es soll uns ermöglichen, die Positionen zu erobern, die wir erobern müssen, an den Hochschulen, an den Universitäten. Der wissenschaftliche Sozialismus gehört an die Stätten der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre, an die höchsten Schulen des Volkes.

Die ernste wissenschaftliche Prüfung ist aber auch notwendig, wenn wir bei den praktischen Forderungen nicht in die Irre gehen wollen, und darum haben wir auch dabei weitgehende Vorsicht walten lassen. Früher brachte man einige weitgehenden Forderungen zu Papier, und damit war die Sache erledigt. Aber jetzt saßen Leute in der Kommission, die in der sozialpolitischen Praxis arbeiten, um unsere Forderungen in die Wirklichkeit zu überführen. Forderungen aufstellen ist leicht, aber sie durchsetzen und ausführen, sehr schwer. (Sehr richtig!) In dieser Situation ist die Partei heute. Sie ist nicht mehr bloß eine theoretisch-propagandistisch kämpfende Partei, sondern wir sind Werksleute, die an der Baustelle stehen und mit der Kelle in der Hand das praktische Werk fördern müssen. Dabei sind wir mit den Theorien Ströbels und Marckwalds oft in Konflikt gewesen. Die praktische Erfahrung mahnte uns: Nichts Falsches, damit wir nicht unnötig die Parteigenossen in die Irre schicken. Wir waren auch der Meinung, daß Spezialprogramme geschaffen werden müssen. Ein Agrarprogramm muß alsbald geschaffen werden aus zwei Gründen. Einmal aus dem politischen Grunde, daß wir die Millionenmassen der Arbeitsbauern, der Kleinbauern, die zum werktätigen Volke gehören, für uns gewinnen müssen, wenn wir die politische Macht nicht nur erobern, sondern behaupten wollen. (Sehr gut!) Das Zweite ist, daß auf dem Gebiete der Ernährungspolitik uns die große Aufgabe gestellt ist, unseren Boden so zu nutzen, daß wir aus ihm

die möglichst große Summe von Gütern herausholen. Das ist eine Lebensfrage für unser Volk. Aus diesen beiden Gründen muß diese Frage baldmöglichst geregelt werden.

Es ist ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission hierfür gestellt worden. Ich empfehle, den Antrag anzunehmen, aber den letzten Satz zu streichen, daß diese Kommission bereits dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorlegen müsse, da wir nicht wissen, ob das möglich ist. Die Agrarkommission muß eine agrarische Studienkommission sein, die das Problem nach allen Seiten durcharbeitet.

Genosse Laufkötter hat an einem Satze, der sich auf die Agrarpolitik bezieht, Kritik geübt. Der Satz, daß Grund und Boden der kapitalistischen Ausbeutung entzogen und in den Dienst der Volksgemeinschaft gestellt werden soll, soll mißverständlich sein. Das Mißverständnis steht aber eigentlich nicht drin. Es trifft dieser Satz nicht die kleinen Bauern, die den Boden handwerklich nutzen. Diese fallen nicht unter die, welche den Boden kapitalistisch ausbeuten. Es trifft die großbetriebliche kapitalistische Ausbeutung des Bodens in allen ihren Formen. Wenn einer Terraingesellschaft das Gelände, mit dem sie spekuliert, genommen wird und Heimstätten darauf errichtet werden, so wird der Boden damit der kapitalistischen Ausbeutung entzogen und in eine Form übergeführt, die den Interessen der Gemeinschaft entspricht. Oder, wenn eine große Gutsfläche mit kleinen Bauern besiedelt wird, so ist das ebenfalls ein Weg, Boden der kapitalistischen Wirtschaft zu entziehen und dem Interesse der Volksgemeinschaft gerecht zu werden.

Noch ein paar Worte zur Frage der Sozialisierung. Die beiden Kritiker unseres Programms haben gemeint, wir seien da hinter dem zurückgeblieben, was wir hätten tun müssen. Die Sozialisierung ist nach dem Zusammenbruch unserer Wirtschaft ein viel schwierigeres Kapitel, als sie es gewesen wäre, wenn wir hätten sozialisieren können, nachdem der Kapitalismus an seinem Ueberfluß erstickt war. Wo wir sozialisieren, müssen wir die Gewißheit haben, daß die Produktion gesteigert wird. Besonders unterstreichen muß ich aber die innere Schwierigkeit. Man kann nicht sozialisieren ohne Sozialisten. (Sehr gut!) Sozialist ist aber nicht etwa der, der irgendeinen sozialistischen Satz für richtig hält oder eingeschriebenes Mitglied der Partei ist. Sozial ist ein Mensch, der aus innerem Pflichtgefühl seine beste Kraft dem Gemeinwohl widmet. (Sehr gut!) Der, wo er auch steht, sein Bestes gibt, weil er sich verpflichtet fühlt, mit seiner Arbeit der Gesamtheit zu nützen. Sozialisten zu erziehen, ist jetzt unsere Aufgabe. Da treffe ich mich mit dem, was Laufkötter gesagt hat: Die Sozialdemokratie will nicht nur Wirtschaftssozialismus, sondern auch Kultursozialismus; sie betreibt nicht nur eine technische, sondern auch eine psychologisch-moralische Angelegenheit. Möge unser Programm dazu beitragen, diese großen Aufgaben mit aller Kraft in Angriff zu nehmen, damit wir vorwärtsschreiten auf dem Wege zu einer Gesellschaft, in der jeder Mensch eine kulturell entwickelte Persönlichkeit sein kann. Persönlichkeitskultur und Sozialismus sind untrennbare Begriffe. Vorwärts darum in den Kampf zur Herbeiführung einer solchen Gesellschaft! Arbeiten wir für eine schönere Zukunft unseres Volkes und der gesamten Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Debatte ist geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Marckwald-Frankfurt, daß ihm zugerufen worden sei, er habe auf das Wort „unablösbare Beteiligung des Reiches am Eigentum der Großbetriebe und des Großgrundbesitzes“ verzichtet. Das Protokoll stelle fest, daß der Zurufer, Genosse Keil, sich im Irrtum befinde.

Keil-Ludwigsburg bemerkt persönlich, daß er Marckwald gebeten hat, die Unablösbarkeit nicht hineinzunehmen, worauf Marckwald ihm geantwortet habe, er verzichte ja darauf.

Marckwald-Frankfurt erwidert persönlich, daß er gesagt habe, daß, wenn man das Wort „unablösbar“ aus sachlichen Gründen nicht wolle, man seine Formel als die beste annehmen müsse. Darin liege kein Verzicht.

Bader-Magdeburg bemerkt zur Geschäftsordnung, daß in dem Entwurf verschiedene Unebenheiten sprachlicher Art seien, z. B. im zweitletzten Absatz unter „Kultur- und Schulpolitik“. Da er wegen des Schlusses der Debatte seinen Antrag, der dem Parteivorstand das Recht geben soll, den Entwurf stilistisch zu überprüfen, nicht habe begründen können, bitte er den Parteitag, den Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende **Wels** stellt fest, daß die erwähnte Stelle schon korrigiert worden ist.

Ein Antrag, für heute abend die Sitzung zu schließen, dem sich auch Hochhanau mit der Begründung anschließt, daß die Abänderungsanträge nicht gedruckt vorlägen, wird auf eine Erwiderung des Vorsitzenden, daß die Abänderungsanträge sich auf stilistische und redaktionelle Aenderungen beziehen, abgelehnt.

Das Schlußwort erhält der Berichterstatter Löbe-Berlin.

Berichterstatter **Löbe**-Berlin: Genosse Ströbel hat die Arbeitsweise der Kommission bemängelt, die Redezeit von zehn Minuten, Marckwald hat hinzugefügt, daß mit der Hetzpeitsche gearbeitet worden wäre. Um nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob Opponenten des Programms vergewaltigt worden wären, stelle ich fest, daß es trotz dieser Redezeit den Opponenten möglich gewesen ist, bei den umstrittenen Absätzen drei- bis viermal das Wort zu ergreifen (hört, hört!), daß während meiner Leitung überhaupt nur zweimal ein Schlußantrag angenommen worden ist, und zwar einmal, ohne daß Opponenten auf der Rednerliste standen. Jeder zukünftige Parteitag könnte nicht anders beraten.

Dem Antrag, Richtlinien für die Gesundheitspflege zum nächsten Jahre aufzustellen, stimme ich zu. Er gehört zu dem anderen Aktionsprogramm und kann bis zum nächsten Jahre erledigt werden.

Bei der Agrarfrage gelten die Richtlinien von Kassel. Soll der Versuch wiederholt werden, ein besseres Agrarprogramm aufzustellen, so stehe ich dem nicht so ablehnend gegenüber wie Otto Braun, obwohl ich mir wegen der Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland keinen sicheren Erfolg davon verspreche. Die übrigen Abänderungsanträge empfehle ich mit dem Antrag Bader dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Eins möchte ich noch hervorheben. Wenn wir der Partei heute ein neues Programm geben, so muß es mit der Autorität einer erdrückenden Mehrheit des Parteitages ins Land hinausgehen. (Sehr richtig!) Wenn Einstimmigkeit nicht zu erzielen ist, so müssen Einzelwünsche, wie sie Laufkötter geäußert hat, zurückgestellt werden. Alle müssen sich um das neue Banner scharen, die seine Grundsätze und seine prinzipiellen Linien bilden.

Ich habe den großen Unterschied des sozialdemokratischen Programms von denen anderer Parteien hervorgehoben. Aber vergessen wir eins nicht! Wir sind die größte Partei Deutschlands und sind es trotz aller Schläge in den Wirren des Krieges und der Revolution geblieben. Wir sind die größte der sozialistischen Parteien, und auf unseren Schultern ruht der demokratische Staat, dessen Bedeutung Stampfer in eindrucksvollen Worten auseinandersetzte. Denken

Sie sich einen Augenblick unsere Partei fort aus der deutschen Politik oder zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, dann verliert die deutsche Republik den stärksten Pfeiler, auf dem sie ruht, denn auf dem bürgerlich-demokratischen Pfeiler rechts und auch auf dem unabhängigen Pfeiler links würde sie nicht die nötige Stütze finden. Geben Sie dieser größten und stärksten republikanischen Partei ihre den neuesten Verhältnissen angepaßte republikanische Fahne, die uns voranleuchtet und Freunden und Gegnern sagen soll: Wir sichern diese Republik, wir wollen sie aber auch ausbauen zum sozialistischen Volksstaat! (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Bader, der dem Parteivorstand das Recht überträgt, stilistisch und redaktionell das Programm zu überprüfen und zu feilen, ohne dadurch den Geist und den Inhalt zu ändern, wird gegen wenige Stimmen angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird das Programm mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Das Resultat der Abstimmung wird mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen begrüßt

Antrag 338 wird einstimmig angenommen.

Der Antrag:

Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Kommission aus theoretisch und praktisch in der Gesundheitspflege geschulten Genossen zusammenzuberufen und von ihr Richtlinien zur Neuordnung des Gesundheitswesens ausarbeiten zu lassen, die dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen sind,

wird angenommen.

Antrag 337 betr. das Agrarprogramm.

Der letzte Satz dieses Antrages, wonach dem nächsten Parteitag ein Entwurf vorzulegen ist, ist zurückgezogen worden.

Braun hat beantragt, das Kasseler Agrarprogramm als vorläufig geltend zu bezeichnen und von der Einsetzung einer Kommission abzusehen.

Der Referent hat erklärt, daß er nicht gegen die Einsetzung einer Kommission sei.

Dr. **David**-Berlin (zur Geschäftsordnung): Der Antrag Otto Braun, daß das Kasseler Programm für das nächste Jahr bestehen bleiben soll, kollidiert nicht mit dem Antrag, eine Agrarkommission einzusetzen. Das Kasseler Programm bleibt bestehen, bis die Agrarkommission etwas Besseres zustande gebracht hat.

Vorsitzender **Wels**: Genosse David hat nicht gehört, daß Genosse Braun gebeten hat, den Antrag 337 abzulehnen, also zum Ausdruck brachte, daß er die Einsetzung einer Agrarkommission in diesem Jahre zur Ablehnung empfiehlt.

Hierauf wird der Antrag Nr. 337 bis zu den Worten „zu beauftragen" angenommen.

Die übrigen gegebenen Anregungen gehen nach dem Antrag Bader dem Parteivorstand zu.

Damit ist die Programmdebatte abgeschlossen.

Die Sammlung der Delegierten für die Verunglückten in der Oppauer Anilinfabrik hat den Betrag von 14 315 Mk. ergeben. (Bravo!)

Hierauf vertagt sich der Parteitag auf Sonnabend vormittags ½9 Uhr.

Dem Bureau ist nachstehendes Schreiben zugegangen:

Teile dem Bureau des Parteitags mit, daß ich Freitag mittag 1 Uhr wegen Ausbruch eines Textilarbeiterstreiks in Greiffenberg in Schlesien abreisen muß.

Görlitz, den 23. September 1921.

K. Kutschan, Lauban, Bezirk Niederschlesien.

Schluß der Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 24. September 1921, vormittags ½9 Uhr.

Vorsitzender **Wels**: Ich eröffne die Sitzung.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und als Vorsitzenden den Genossen Friedrich Brühne-Frankfurt a. M. gewählt.

Auf dem Parteitag ist infolge der weiten Entfernung verspätet eingetroffen der Genosse Alibekoff-Baku. Er hat dem Parteitag einen Wunsch zu unterbreiten, der dahin geht, dem Protest gegen die Vergewaltigung Georgiens noch hinzuzufügen, daß der Parteitag mit gleicher Entschiedenheit protestiert gegen die mit denselben schmählichen Mitteln vergewaltigte demokratische Republik Armenien und Aserbaidschan.

Hierzu liegt folgender Antrag vor:

Der Parteitag wolle beschließen, dem Protest gegen die Vergewaltigung Georgiens die Worte anzufügen:

Mit gleicher Entschiedenheit protestiert der Parteitag gegen die mit denselben schmählichen Mitteln vergewaltigten demokratischen Republiken Armenien und Aserbeidschan. Bernstein. Wels. Alibekoff.

Zur Begründung erhält das Wort:

Alibekoff-Baku, der in französischer Sprache spricht; seine Ausführungen werden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zur Uebersetzung erhält das Wort:

Eduard Bernstein-Berlin-Schöneberg: Der Genosse Alibekoff war in der demokratischen Republik Aserbaidschan Abgeordneter für Baku. Er kommt heute zum Kongreß als Beauftragter der sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Partei von Aserbaidschan, um die Kongreß die besten Wünsche zum Parteitag zu überbringen. (Bravo!) Mit denselben Hoffnungen wie die sozialistischen Parteien anderer Länder blickt die sozialdemokratische und sozialrevolutionäre Partei auf die Arbeiten des Kongresses und auf das Gedeihen unserer Bewegung. Er hat ein kurzes Bild von der Unterdrückung der Republik Aserbaidschan durch die Bolschewisten von Moskau gegeben. Die Republik Aserbaidschan besteht aus einem Volk von Bauern und Arbeitern und hat ein sehr starkes Proletariat. Die Hauptstadt Baku, das Zentrum der großen Naphthaquellen, hat allein 50 000 Arbeiter. Aserbaidschan hat eine nicht unbedeutende Industrie in Kupfer u. dgl. Die Republik war verbündet mit den Republiken Georgien und Armenien zu einer demokratischen Föderation des Kaukasus. Auf die Hauptstadt Baku mit ihren Naphthaquellen hatten die Bolschewisten ihr Auge geworfen. Sie haben mit denselben Mitteln wie unter Katharina von Rußland gearbeitet, haben ihre Agenten hingeschickt und die Demokratie zerstört. Später hat die Bolschewistenregierung ihre Befreierarmee geschickt und hat die Republik Aserbaidschan-Armenien erdrosselt. Heute ist Aserbaidschan von hunderttausend russischen Rotgardisten der Moskauer Regierung besetzt. Es ist ein imperialistisches Unterdrückungssystem. (Pfui!) Genosse Alibekoff hofft, daß dieser Parteitag und die Arbeiter Europas im allgemeinen ihre Stimme zum Protest gegen dieses schändliche, infame imperialistische System erheben, das unter dem Namen des Sozialismus in die Welt gesetzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Erlauben Sie mir, noch ein Wort hinzuzufügen. Sie erfüllen damit eine Pflicht des großen Internationalismus. Es gab eine Zeit, da konnte ein französischer Arbeiterdichter singen: O seht, die Völker alle blicken zu Frankreichs Namen hoffend auf. Werte Genossen, für viele Völker gilt das Wort heute nicht mehr, aber sie blicken hoffend auf die internationale sozialdemokratische

Bewegung in ganz Europa. Und in diesem Sinne erheben wir heute diesen Protest. (Lebhafter Beifall.)

In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Resolution über Georgien und Ungarn der von dem Vorsitzenden vorher verlesene Satz betreffend Armenien und Aserbaidschan angefügt.

Die Anträge Nr. 282 und 285 werden genügend unterstützt.

Die Anträge Nr. 287, 288 und 289 finden keine ausreichende Unterstützung.

Der Antrag Nr. 282 wird hierauf ohne Aussprache angenommen.

Ebenso stimmt der Parteitag dem Antrag 285 ohne Debatte zu.

Zur Wahl des Ortes des nächsten Parteitages liegen folgende Anträge vor: Nr. 290 (Berlin), 291 (Hannover), 292 (Frankfurt a. M.), 293 (München), 294 (Schwerin), 295 (Dortmund); außerdem beantragen Augsburg, den Parteitag in Augsburg abzuhalten, Jena, den Parteitag in Jena stattfinden zu lassen.

Broßwitz-Frankfurt a. M.: Im Namen der Frankfurter Genossen bitte ich, zu beschließen, den nächsten Parteitag in Frankfurt a. M. abzuhalten. Frankfurt ist eine alte, berühmte Kongreßstadt, in der alle Voraussetzungen für die Veranstaltung des Parteitages gegeben sind. Abgesehen von vielen Sehenswürdigkeiten und Kunststätten hat Frankfurt eine mächtige Arbeiterbewegung. Wenn auch Frankfurt auf diesem Parteitag unter keinem günstigen Stern gestanden hat (Heiterkeit), so glaube ich doch mit gutem Gewissen die Versicherung abgeben zu können, daß die Genossen, wenn sie nach Frankfurt kommen, sofort eines anderen belehrt werden. Ich bitte, Frankfurt im nächsten Jahre die Ehre Ihrer Anwesenheit zu erweisen. (Vereinzelter Beifall.)

Schmitt-München: In der bedeutsamen Kundgebung, die am Mittwoch hier stattgefunden hat, liegt wohl die beste Begründung, den Parteitag im Mittelpunkt aller politischen Ereignisse, in Bayern, abzuhalten. Der Parteitag wird diese Gründe ohne nähere Erörterung zu würdigen verstehen. Wenn Befürchtungen laut werden sollten, daß die Gefahr bestünde, der ungestörte Verlauf des Parteitags sei in München nicht gewährleistet, so möchte ich dem Parteitag zur Beruhigung mitteilen, daß die Münchener Genossen Manns genug sind, etwaigen Störungsversuchen mit aller Energie und bayerischer Gründlichkeit entgegenzutreten. (Bravo! und Heiterkeit.) Wir werden alles versuchen, um den Delegierten nach des Tages Arbeit den Aufenthalt in und außerhalb Münchens so angenehm wie möglich zu machen. Dazu ist es aber notwendig, rechtzeitig zu wissen, ob wir mit der Anwesenheit des Parteitags rechnen können. Ich bitte Sie herzlich, unsern Antrag anzunehmen.

Högg-Augsburg: Ich ersuche Sie, den nächsten Parteitag in Bayern abzuhalten. Ebenso dringend bitte ich aber, sich noch nicht auf einen bestimmten Ort festzulegen, sondern es dem Parteiausschuß zu überlassen, frühzeitig genug den Ort auszusuchen, wo der Parteitag am ruhigsten abgehalten werden kann. (Bravo!)

Molkenbuhr-Berlin-Schöneberg: Es ist ein gutes Zeichen, daß man sich im ganzen Lande darum reißt, den Parteitag einmal in seinen Mauern zu beherbergen. Ich bitte, den Streit hier nicht zu entscheiden, sondern es dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß zu überlassen, den Ort zu bestimmen, an dem der Parteitag stattfinden soll. Selbstverständlich werden Parteivorstand und Ausschuß die Frage so rechtzeitig entscheiden, daß genügend Zeit für die Vorbereitungen bleibt.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Hierauf wird der Antrag Molkenbuhr, die Wahl des Parteitags dem Parteivorstand und Parteiausschuß zu überlassen, angenommen. Damit sind alle anderen Anträge erledigt.

In der Zusammenstellung: „Beschlußfassung über die dem Parteitag vorgelegten Anträge" werden folgende Korrekturen vorgenommen:

Unter Punkt 1 der Tagesordnung muß es in Absatz 1 statt 13 heißen 15.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung muß im letzten Absatz, Gruppe Jugend und Bildung, vor „283" ein Absatz gemacht werden, da die folgenden Anträge nicht mehr zur Gruppe Jugend und Bildung gehören.

Außerdem muß hinzugefügt werden: Antrag 305 dem Vorstand überwiesen.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung muß es im zweiten Absatz heißen: Resolution Keil Nr. 323 erledigt die Anträge 111/2, 112 usw.

In Zeile 2 desselben Absatzes muß hinter der Nummer 299 statt eines Kommas ein Punkt gesetzt werden.

Im Absatz 3 muß es heißen: Antrag Radbruch Nr. 327 erledigt die Anträge usw.

In der nächsten Zeile desselben Absatzes muß hinter Nr. 164 statt eines Kommas ein Punkt gesetzt werden.

Im nächsten Absatz muß es heißen: Antrag Hellmann, Schulfrage, 328, erledigt die Anträge 154, 155, 158. Auf der nächsten Zeile muß es dann heißen: 156, 157, 159 angenommen.

Im nächsten Absatz muß es heißen: Resolution Georg Schmidt, Nr. 325, erledigt die Anträge usw.

Hinter Nr. 186 muß statt eines Kommas ein Punkt gesetzt werden.

Im letzten Absatz des Punktes 3 der Tagesordnung muß es heißen: Verschiedene Materien: 204 bis 209 angenommen, betr. den 1. Mai und 9. November als Feiertag.

Zu einer Berichtigung erhält das Wort

Lewerenz-Krefeld: Dem Berichterstatter des „Vorwärts" ist bei Wiedergabe meiner gestrigen Ausführungen ein gewaltiger Schnitzer unterlaufen, den ich unbedingt richtigstellen muß, wenn es für mich nicht böse Folgen nach sich ziehen soll. Es heißt da z. B.:

> So wurde in Mörs ein alter Kriegsveteran brutal behandelt.

Ich habe von einem Kriegskrüppel gesprochen. Weiter heißt es:

> In Krefeld wurden in einem Vierteljahr über 800 000 Mark Strafen und Gerichtskosten allein für nicht rechtzeitig angemeldete Zusammenkünfte von uns bezahlt.

Statt 800 000 Mark muß es heißen: 8000 Mark.

Dann heißt es:

> Kein Beamter darf ernannt oder entfernt werden ohne die Zustimmung der Besatzungsbehörde.

Ich habe hier den Fall Düsseldorf angeführt und gesagt, daß der Befehlshaber in Düsseldorf angeordnet hat, daß kein Beamter eingestellt oder entlassen werden darf, wenn er nicht im besetzten Gebiet wohnt.

Ich möchte das richtigstellen, weil es sonst für mich Gefahren heraufbeschwören würde.

Der Vorsitzende **Wels** teilt mit, daß mehrfach Anträge eingegangen sind, Reden als Broschüren zu drucken und den Parteidelegierten zu übermitteln. Die Rede des Genossen Radbruch soll vom „Vorwärts" sofort als Broschüre herausgegeben werden; auf dem Parteitag konnte sie noch nicht verteilt werden. Die Vorarbeiten für den Druck des Protokolls seien so beschleunigt, daß das Protokoll in etwa 14 Tagen herauskommen könne.

Vors. **Wels**: Wir danken zunächst den Görlitzer Genossen und dem ganzen Bezirk Niederschlesien für die umsichtige und vorbildliche Vorarbeit für den Partei-

tag. (Beifall.) Wir werden den Parteitag von Görlitz nicht vergessen. Wir danken auch den Mitgliedern der Kommissionen, insbesondere der Programmkommission, für ihre fleißige Arbeit. (Beifall.) Der Görlitzer Parteiorganisation wird der Dank für alle ihre Mühen auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß das künftige Programm der Partei

das Görlitzer Programm

heißt, so daß der Name der Stadt Görlitz stets mit diesem Programm verbunden sein wird. (Beifall.) Den guten Eindruck von diesem Parteitag konnte nichts verwischen, auch nicht die Anschläge auf die Abzeichen der Partei am Eingang dieser Halle.

Görlitzer Genossen! Hebt

die besudelte Fahne

auf und schließt sie in den Schrein, der das goldene Buch von diesem Parteitag enthalten wird! (Sehr gut!) Diese Fahne wird stets ein Wahrzeichen für den geistigen Tiefstand unserer Gegner sein.

In unsere Verhandlungen hinein zitterte die Erregung über die Nachricht von dem furchtbaren Unglück in Ludwigshafen. Hunderte von Arbeitern haben den Tod gefunden, Tausende sind verwundet, in zahlreiche Familien ist Kummer und Trauer eingezogen. Auf dem Schlachtfelde der Arbeit, auf dem schon so viele unserer Kameraden gefallen sind, haben wieder brave Männer im Dienste des Kapitalismus den Tod gefunden. In einer freieren, nach sozialistischen Gesichtspunkten geleiteten Gesellschaft werden auch Unfälle vorkommen, aber das eine wissen wir dann, daß diese Männer fallen würden im Dienste der Allgemeinheit, im Dienste einer größeren Idee, und daß es dann eine Pflicht des Volksganzen sein wird, für die Hinterbliebenen und die Opfer solcher Katastrophen an erster Stelle zu sorgen! (Lebhafte Zustimmung.)

Der Görlitzer Parteitag war

ein Parteitag ernster und harter Arbeit.

Wir haben uns nicht an revolutionären Phrasen berauscht, sondern unsere Verhandlungen standen vom ersten bis zum letzten Tage im Zeichen der realen Notwendigkeiten des Tages. (Sehr richtig!) Auf uns blickt die ganze politische Welt, auch des Auslandes, und unsere Beschlüsse haben überall die größte Beachtung gefunden. Wie richtig wir gehandelt haben, zeigt ein Blick in die deutschnationale Presse, die über unsern Willen zur Macht in ein ohnmächtiges Geschimpfe ausbricht. (Erneutes Sehr richtig!) Wir müssen aber schon jetzt auf Erscheinungen hinweisen, die unsere Beschlüsse in einem Sinne deuten wollen, den wir zurückweisen müssen.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei

glaubt man, daß jetzt die Zeit ist, Erklärungen über Regierungsbildungen abzugeben, die den Eindruck erwecken, als wäre die Deutsche Volkspartei die Formerin der künftigen Regierung im Reich und in den Ländern. Die Hetze gegen den Reichskanzler Wirth aus Kreisen der Deutschen Volkspartei ist hierfür ein deutlich sprechendes Beispiel! Wir machen kein Hehl daraus, daß

der Reichskanzler Wirth

für die sozialdemokratische Arbeiterschaft und über unsere Kreise hinaus bis zu den links von uns stehenden Parteien der einzige volkstümliche bürgerliche Politiker ist, den es in Deutschland gibt. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokratische Partei wird es dem Reichskanzler Wirth nicht vergessen, daß er es war, der als bürgerlicher Kanzler den Kampf gegen die Reaktion aufnahm, und daß er das Wort sprach: „Wenn die Reaktion es zum Bürgerkrieg treibt, dann wird mich der Kampf auf seiten der Arbeiter finden." (Stürmischer Beifall.) Wer glaubt, daß die Sozialdemokratische Partei denen Handlangerdienste leisten wird, die diesen Kanzler um ihrer parteiegoistischen Ziele willen beseitigen wollen, hat die Rechnung ohne die Sozialdemokratische Partei gemacht! (Lebhafte Zustimmung.) Unser

Beschluß über die Regierungsbildung war keine Wendung

in unserer Politik. Er war nur die konsequente Fortführung der Politik, zu der wir seit der Revolution durch die Parteien von rechts und links gezwungen waren. Wer daran zweifelt, braucht nur die vielen, auch von Berlin gestellten Anträge zur Regierungsbildung durchzulesen und daran zu denken, daß die Unabhängigen in Thüringen für ihren Eintritt in die Regierung Bedingungen formuliert haben, die genau den von dem Görlitzer Parteitag beschlossenen Bedingungen für ihre Regierungskonstellation entsprechen. (Hört, hört!) Es zeigt sich eben, daß auch die Unabhängigen da, wo sie an der Mitverantwortung teilnehmen wollen, durch reifliche Ueberlegung die Mauern erkennen, an denen hochfliegende Pläne sich brechen müssen.

Die Sehnsucht nach Einigung

der Arbeiterklasse hat auch auf diesem Parteitage deutlichen Ausdruck gefunden. Diese Sehnsucht sollte Gemeingut aller deutschen Arbeiter werden, sie wird es werden, wenn von allen wieder die Grundlagen anerkannt werden, auf denen unsere Politik sich vor der Kriegszeit aufgebaut hat, die Grundlagen der Demokratie und die Erkenntnis, daß unser Weg nur durch die Demokratie zum Sozialismus führt. (Sehr richtig!)

Wir haben auf dem Parteitage Stellung genommen zu den Vorgängen in

Bayern

und die Stellungnahme des Parteitages war mehr als dieses Wort besagt; es war eine Kampfansage gegen diejenigen, die es wagen sollten, den Kurs Kahr-Pöhner fortzusetzen, und vielleicht war die sichtbare Folge unserer Haltung, daß Graf Lerchenfeld gestern in der Regierungserklärung gesagt hat, das Urteil über die Regierung Kahr überlasse er der Geschichte. (Heiterkeit.) Das war vorsichtig und diplomatisch gesprochen. Wir alle wollen Kämpfer sein für die Freiheit der Arbeiterklasse. Das Echo, das die Verhandlungen des Parteitages ausgelöst hatte, klingt aus Briefen und Mitteilungen der Arbeiter im Lande, mit denen wir überschüttet worden sind und in denen sie uns ihre Kampfbereitschaft versichern, wider. So haben die Binnenschiffer auf dem Rhein und den westdeutschen Kanälen uns mitgeteilt, daß sie gegebenenfalls die

Kohlenzufuhr nach Bayern sofort gesperrt

hätten, und andere wichtige Arbeitergruppen haben ähnliche Kampfmaßnahmen angekündigt. (Lebhafter Beifall.) Die Arbeiterschaft fühlt sich so stark, daß sie sich auch offen zu ihrem Kampfwillen bekennt und ihre Mittel für diesen Kampf offen verkündet. (Bravo!) Ich sagte in meiner Antwort auf die Ausführungen des Genossen Treu, die Sozialdemokratie bluffe nicht. Ich wiederhole am Schluß des Parteitags noch einmal: Wir sind gerüstet zum Schlag, wenn es sein muß; die Reaktion ist gewarnt. (Stürmischer Beifall.)

Einen tiefen Eindruck haben auf dem Parteitag die Ausführungen des Genossen Heugel aus dem

Saarrevier

gemacht, aus jenem Gebiet, das, von deutschen Landen abgeschnitten, 15 Jahre unter fremder Verwaltung stärkster wirtschaftlicher Bedrückung und politischer Bedrohung ausgesetzt ist. Aus politischen Gründen hat man dort die Doppelwährung

eingeführt, den Kampf zwischen Mark und Frank entfesselt, den Interessengegensatz in der Bevölkerung geschürt. Man wollte damit die saarländische Bevölkerung dem Deutschtum entfremden, aber wir hoffen und wünschen — nein, wir sind felsenfest überzeugt, die saarländische Bevölkerung, insbesondere die saarländische Arbeiterschaft hält dem Deutschtum die Treue, wenn auch wirklich 15 Jahre darüber vergehen sollten, ehe sie sich in der Abstimmung für Deutschland entscheiden kann. (Lebhafter Beifall.)

Die Klagen Oberschlesiens und der besetzten Gebiete haben bei uns offene Ohren gefunden. Unser Wahlspruch lautet: Treue um Treue! (Bravo!) Treue den kämpfenden Brüdern in Bayern, Treue den bedrängten Saarländern, Treue den bedrückten Genossen in Oberschlesien und in den besetzten Gebieten. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Was in

Oberschlesien

bei der Entscheidung des Völkerbundes auf dem Spiele steht, darüber sind wir uns alle klar. Es geht nicht nur um Oberschlesien, sondern um das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands, ja ganz Europas. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Entwicklung dahin drängt, die Grenzlinien zwischen den einzelnen Völkern zu verwischen und den Wirtschaftsverkehr ungehemmter von Land zu Land fließen zu lassen. Bei einer gerechten Lösung der oberschlesischen Frage kann nach unserer festen Ueberzeugung auch ein billiger

Ausgleich zwischen Polen und Deutschland

gefunden werden, ohne Oberschlesien zu einem neuen Elsaß-Lothringen, zu einem Gefahrenherd für den europäischen Frieden zu machen. (Vielfaches Sehr wahr!)

Des öfteren ist auf dem Parteitag ausgesprochen worden, daß wir

keinen Richtungsstreit mehr

in der Partei wollen. Der alte, unsere innere Entwicklung störende Streit, ob radikal, ob revisionistisch, versank während der Kriegsjahre und während der Revolutionsjahre. Unsere Kräfte waren dem Aufbau gewidmet, und was die Einheitlichkeit der Auffassungen vermochte, zeigt das Wachstum unserer Organisation. Wir dürfen diese Entwicklung nicht stören. Der Meinungsstreit darf die Organisationsentwicklung nicht wieder schädigen, soll nicht die ganze deutsche Arbeiterklasse Schaden leiden. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Wichtigste, was der Parteitag geleistet hat, ist

die Schaffung des neuen Programms.

Wir haben um das Programm schwer und ernst gerungen. Der Kampf hat nicht erst auf diesem Parteitag oder in der Programmkommission begonnen. Er liegt Jahre zurück und schon seit Jahren haben wir ständig durch Resolutionen und Beschlüsse das Erfurter Programm ergänzen müssen. Der Kasseler Parteitag hatte dem Görlitzer Parteitag die Aufgabe zugewiesen, die Mängel des alten Programms von Grund aus abzustellen, es anzupassen der neuen Zeit und den gegenwärtigen Verhältnissen. An Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über dieses Problem hat es vor dem Parteitag und in der Programmkommission nicht gefehlt, aber je mehr wir uns mit der Materie beschäftigen, je tiefer wir in die Arbeit hineinkamen, um so lebhafter wurde der Wunsch, daß hier in Görlitz das Programm gezimmert werden müsse. Die Hindernisse waren nicht unüberwindlich, die Schwierigkeiten nicht unübersteiglich, und zu unserer größten Genugtuung ist es gelungen, die Programmarbeit hier in Görlitz zu Ende zu führen. Anhänger und Gegner des neuen Programms haben sich mit gleichem

Eifer bemüht, seine Fassung hieb- und stichfest gegen alle Anfechtungen von außen zu machen. Auch die Genossen Ströbel und Marckwald haben offen anerkannt, daß die Arbeit der Programmkommission fruchtbar war und daß die endgültige Fassung große Vorzüge gegenüber den früheren Entwürfen aufweist. Das Görlitzer Programm wird als ein festes geistiges Band die Arbeitermassen umschließen und an Zugkraft im gesamten Volk hinter dem alten Programm nicht zurückbleiben. (Vielfaches Sehr wahr!) Daß wir imstande waren, trotz der Unsicherheit der Verhältnisse uns hier ein solches Programm zu geben, ist ein Beweis der geistigen Kraft, die in der Partei lebt. Aus unserm neuen Parteiprogramm spricht der Wille zur geistigen Kraft wie aus anderen Beschlüssen des Parteitages der Wille zur politischen Macht. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Wir haben auf diesem Parteitag abgelegt ein Bekenntnis zur Staatspolitik, ein

Bekenntnis zur Republik.

Wir haben neben der roten Fahne der Internationale das schwarzrotgoldene Banner der Republik, des deutschen Freistaates, erhoben, in dem wir führend voranschreiten wollen. Jedes Jahr hat die Sozialdemokratische Partei auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin Kränze mit roten Schleifen niedergelegt und damit das Andenken der Kämpfer der bürgerlichen Revolution geehrt, die gefallen waren für den Gedanken der Reichseinheit und deutschen Freiheit, die sich symbolisch in den Farben schwarzrotgold ausdrückt. Das Bürgertum hat jene Kämpfer vergessen. Jetzt hebt die Sozialdemokratie neben dem roten Banner des Sozialismus die schwarzrotgoldene Fahne der deutschen Freiheit hoch und trägt sie der Arbeiterklasse voran im Kampfe für ihre ewigen Rechte.

Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung
Das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind
Bis jetzt das Proletariat.

Diese Worte Freiligraths durchwogten diesen Parteitag und werden die Arbeiterschaft draußen erfüllen mit

Kämpfermut und Kämpferzorn.

(Stürmischer Beifall.) Harte Kämpfe stehen uns bevor — täuschen wir uns darüber nicht! (Sehr wahr!) So mancher Tapfere sank im Befreiungskampf der Arbeiterklasse dahin. Wir sehen viele nicht mehr, die in früheren Jahren Schulter an Schulter mit uns schritten. Carl Legien, Paul Reißhaus und alle die anderen tapferen Streiter. Aber wir wissen, daß wir in ihrem Geiste handeln, wenn wir bei ihrem Gedenken an das Kampfwort erinnern:

Denn das ist das Herrliche auf der Welt,
Daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Das Banner hoch! Es lebe die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Der Parteitag stimmt begeistert dreimal in das Hoch ein. Kraftvoll tönen dann die Klänge der deutschen Arbeitermarseillaise durch den Saal.

Vorsitzender **Wels**: Der Parteitag ist geschlossen.

Anträge.

I. Tagesordnung des Parteitages.

1. Köln und Koblenz: Die Steuerfrage ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.

2. Hamburg: Auf die Tagesordnung des Parteitags ist ein Referat über den neuen Strafgesetzentwurf zu setzen.

3. Hamburg: Auf dem Parteitag ist zur allgemeinen Teuerung gesondert Stellung zu nehmen.

4. Dresden: Die Kreisversammlung beschließt, die Leitung des Parteitags in Görlitz zu ersuchen, einen Vortrag über die Demokratisierung der Verwaltung auf die Tagesordnung zu setzen und als Referenten hierfür den Genossen Edmund Fischer vorzuschlagen.

5. München: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, Punkt 4 der Tagesordnung wie folgt zu erweitern: Die Wirkungen des Versailler Vertrags a) auf die innere und äußere Politik, Referent Hermann Müller; b) auf die Ernährungsfrage (vom Parteivorstand zu bestimmender Spezialreferent); c) die Steuerpolitik (vom Parteivorstand zu bestimmender Spezialreferent).

6. Aachen: Der neue Programmentwurf ist abzulehnen, weil seine Durchführbarkeit im Sinne des Sozialismus unmöglich ist.

7. Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.

8. Frankfurt a. M.: Der Parteitag lehnt eine Beratung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs ab.

9. Limbach i. Sa.: Ueber den Programmentwurf wird nicht verhandelt. Der Parteivorstand wird beauftragt, den Entwurf als völlig ungeeignet zurückzuziehen.

10. Chemnitz: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, die Annahme des veröffentlichten neuen Programms bis zum nächsten Parteitag zurückzustellen und den Parteigenossen und -genossinnen dadurch eine ausgiebige Gelegenheit zu geben, das neue Parteiprogramm zu diskutieren.

11. Breslau-Stadt: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form nicht zur Annahme geeignet und hat daher nur als Grundlage für die weitere Beratung der Programmfrage bis zum nächsten Parteitag zu dienen.

12. Mainz: Der Parteitag wolle beschließen, die Beschlußfassung über den Programmentwurf auf ein Jahr zu verschieben und den neuen Entwurf mindestens ein Vierteljahr vor der Beratung zu veröffentlichen. Für den Uebergang sind Richtlinien eines Aktionsprogramms festzusetzen.

13. Wiesbaden: Der Parteitag beschließt, der Programmentwurf ist von der Tagesordnung abzusetzen. Ein neuer Entwurf in klarer Fassung des sozialistischen Gedankens ist rechtzeitig, mindestens vier Monate vor dem nächsten Parteitag, in der Gesamtpartei zur Aussprache zu stellen.

14. München: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, Punkt 5 der Tagesordnung „das Programm" von der Tagesordnung des Parteitages abzusetzen, um der Parteimitgliedschaft Gelegenheit zu geben, bis zum nächsten Parteitag den Programmentwurf gründlich erörtern zu können, was bei der Kürze der Zeit in diesem Jahre nicht möglich war.

15. Segeberg. Das Erfurter Programm nicht früher zu ändern, bis eine Einigung zwischen der SPD. und USPD. stattgefunden hat.

16. Forst i. L. Der Parteitag möge beschließen, von einer Verabschiedung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs Abstand zu nehmen und die Programmrevision auf ein Jahr zurückzustellen. Inzwischen hat sich die Taktik der Partei in der Tendenz der Errichtung und Konsolidierung eines republikanischen Blocks vom Zentrum bis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu bewegen. Auf die Bildung politischer Arbeitsgemeinschaften der SPD.- und USP.-Organisationen soll auf der Grundlage prinzipieller Anerkennung der demokratischen Republik als der für Erringung der proletarischen Vorherrschaft einzig geeigneten Staatsform überall hingearbeitet werden.

17. Aschaffenburg: Der Parteitag wolle beschließen, ein neues Parteiprogramm noch nicht endgültig zu verabschieden, sondern zunächst die Einigung zu versuchen und durchzuführen und sich dann ein gemeinsames sozialdemokratisches Programm zu geben.

18. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle über die beantragte Aenderung des Programms zur Tagesordnung übergehen, da für die Beratung nicht die geeignete Zeit vorhanden und auch der Einigung der Arbeiterschaft schädlich ist.

19. Frankfurt a. M.: Die Programmrevision ist so lange zurückzustellen, bis entweder die Einigung mit der USP. erfolgt ist oder sich herausgestellt hat, daß die USP. zur Einigung auf obiger Grundlage nicht zu haben ist, mindestens aber auf ein Jahr.

II. Bericht des Parteivorstandes.

20. Halle a. d. Saale: Der Parteivorstand muß bei den der 2. Internationale angehörenden Parteien der uns im Weltkriege feindlich gegenübergestandenen Völker und allen übrigen sozialistischen Parteien dieser Völker dafür eintreten, daß einmal der Friedensvertrag schleunigst abgeändert, die Sanktionen aufgehoben und Deutschland beim Wiederaufbau usw. die nötigen Freiheiten gewährt werden, um seinen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, die unerhörten Drangsalierungen und Schikanen insbesondere durch die Franzosen müssen, wenn in Zukunft Friede herrschen soll, unbedingt aufhören.

21. Hamburg: Zur Prüfung der möglichst baldigen Durchführung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder Herbeiführung der Sozialisierung der dafür reifen Betriebe (Bergwerke usw., Enteignung des Grund und Bodens) wird der Parteivorstand beauftragt, eine ständige Kommission dazu geeigneter Genossen zu berufen. Dieselbe hat das Recht, geeignet erscheinende Sachverständige heranzuziehen. Das Resultat ihrer Beratungen soll in Berichten bzw. Anträgen an den Vorstand oder an die Reichstagsfraktion sich auswirken.

22. Sonneberg i. Thür. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sofort

Schritte zu unternehmen, um dem immer mehr um sich greifenden Wucher mit allen Bedarfsartikeln — hauptsächlich mit den Lebensmitteln — entschieden entgegenzutreten.

23. Bezirksparteitag der Pfalz. Der Parteivorstand möge Maßnahmen ergreifen, daß durch die Presse, noch mehr aber durch seinen Einfluß auf die Parteifraktionen des Reichstags und der Landtage Maßnahmen getroffen werden, damit das Betriebsrätegesetz in einer Weise ausgebaut wird, um den Gefahren der fortschreitenden Vertrustung der Industrie vorzubeugen.

24. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, endlich dem sich stets wiederholenden Rufe Folge zu leisten und die „Gleichheit" für die Frauen obligatorisch einzuführen.

25. 6. badischer Landtagswahlkreis: Der Parteitag möge beschließen: Die „Gleichheit" wird zu einem wissenschaftlichen Bildungsorgan für die Frauenbewegung ausgebaut und erscheint monatlich. Als Ersatz für die „Gleichheit" wird den sozialistischen Tageszeitungen empfohlen, eine Sonntagsbeilage für die Frauen zu schaffen.

26. Hamburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Parteitag zu prüfen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen es möglich ist, für sämtlichen weiblichen Mitglieder eine politisch aufklärende Zeitung obligatorisch zu liefern.

27. Groß-Flottbeck: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mehr als bisher Aufklärungsarbeit zu leisten durch Verteilung von Flugschriften und Ausgaben unserer Parteipresse mit werbenden Artikeln, Herausgabe laufender Aufklärungsschriften und Arbeit ähnlicher Art, und nötigenfalls dafür größere Mittel bewilligen.

28. Berlin: An den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, eine Broschüre bzw. ein Flugblatt in Massenauflage herauszugeben, in welcher in gedrängter, aber schlagender Weise das Verhalten der einzelnen Parteien bei der Steuergesetzgebung gekennzeichnet wird.

29. Dortmund: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß den tätigen Mitgliedern im Lande mehr als bisher aufklärendes Material über die Kulturziele der Partei, besonders in der gegenwärtigen Zeit, zur Verfügung gestellt wird.

30. Schwerin i. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks schneller und zuverlässiger Informationen der Presse sowie der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre über wichtige politische und wirtschaftliche Vorgänge im Ausland ehestens die Errichtung eines internationalen Nachrichtenbureaus in die Wege zu leiten.

31. Wetzlar: Dem Parteivorstand ist nahezulegen, einen Parteigenossen mit der Zusammenstellung eines alle Fragen des allgemeinen Rechtes umfassenden Werkes, insbesondere der sozialen Fragen und des Beschwerdeganges, wie sie der Genosse Stadthagen in seinem „Arbeiterrecht" zusammenstellte, zu beauftragen.

32. Hamburg: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiausschuß der Entwicklung der Parteipresse erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, besonders mit Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Stinnesierung des deutschen Zeitungswesens und der daraus resultierenden Schwierigkeiten für die Parteipresse.

33. Berlin: Der Parteitag verurteilt die von einigen Genossen an die bürgerlichen Zeitungen eingesandten, nicht im sozialistischen Sinne geschriebenen Artikel. Er beauftragt den Parteivorstand, die betr. Genossen zu veranlassen, daß keine die Parteitaktik und -disziplin schädigende Haltung durch diese Einsendungen zum Ausdruck kommt. Die Genossen weisen noch auf die Notwendigkeit der Mitarbeit hervorragender Genossen an der sozialistischen Provinzpresse hin.

34. Schmölln: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in vierteljährlichen Perioden die Anwesenheitsliste der Reichstagsabgeordneten herauszugeben, damit den Parteigenossen in der Provinz die Möglichkeit gegeben wird, nachzuprüfen, welche Abgeordneten bei wichtigen Abstimmungen gefehlt haben.

35. Oberhausen (Rhld.): Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand gibt halbjährlich eine Broschüre zum Selbstkostenpreis heraus, in welcher die wichtigsten Anträge, Interpellationen und Abstimmungen der einzelnen Parteien des Reichs- und Landtages enthalten sind, sowie in gedrängter Form die Haltung und Stellungnahme der Parteien dazu.

36. Kiel: Der Parteitag wolle beschließen, aus Gründen der Parteidisziplin sollten alle Parteigenossen es ablehnen, über parteitaktische Fragen in der bürgerlichen Presse zu schreiben.

37. Hannover: Alle Mitglieder der Partei sind verpflichtet, ihre Stellungnahme zu Parteifragen nur in der Parteipresse zum Ausdruck zu bringen.

38. Groß-Hamborn: Der Parteitag wolle beschließen, sofort einen Ausschuß zu bilden, bestehend aus Fachleuten, Reichs-, Landtagsabgeordneten sowie Stadtverordneten, der einen Gesetzentwurf zur neuen Städteordnung, der sich an das sozialdemokratische Kommunalprogramm anschließt, ausarbeiten soll, um im ganzen Reich eine einheitliche Städteordnung zu schaffen.

39. Bremen: Der Parteitag wolle beschließen: Den sozialdemokratischen Vertretern in den Landes- und Gemeindeparlamenten zu empfehlen, mit den Vertretern der USP. unter gewissen Bedingungen Arbeitsgemeinschaften zu errichten.

40. Berlin: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unausgesetzt auf eine Einigung des Proletariats im politischen Kampfe hinzuwirken. Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß unsere Vertreter in den Gemeinden, Landtagen und im Reichstag unter Wahrung ihrer Selbständigkeit eine Arbeitsgemeinschaft mit der USP. anstreben, um in wichtigen, die hand- und kopfarbeitenden Klassen betreffenden Fragen einheitlich vorzugehen. In der Erfüllung dieser Voraussetzung erblicken wir die Vorbedingung für eine Vereinigung auf zentraler Grundlage. Die Einigung kann jedoch nur auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Grundsätze erfolgen.

41. Sörup: Es ist zu versuchen, mit der USP. eine Einigung zu erzielen.

42. Schönberg: Der Parteitag wolle nichts unversucht lassen, was zur Einigung mit der USP. führen kann.

43. Altenstadt: Der Ortsverein Altenstadt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt den Antrag: Der Parteitag möge beschließen, die Zusammenführung der beiden sozialistischen Parteien SPD. und USP. baldigst zu ermöglichen, dadurch, daß sofort beschleunigte Schritte unternommen werden, um die Einigung herbeizuführen.

44. Breslau-Stadt: Der Parteitag begrüßt es, daß das Verhältnis [redacted] Sozialdemokratischen Partei zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei [redacted]en letzten Monaten so geworden ist, daß die Wiedervereinigung der beiden [redacted]eien in absehbarer Zeit möglich erscheint. Der Parteitag fordert die [redacted]nte Arbeiterschaft auf, alles zu tun, was das Proletariat im Kampfe gegen [redacted] Kapital erneut zusammenschweißen kann.

45. Aachen: Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer Kommission, die mit allen sozialistischen Parteien, soweit sie nicht unter dem Diktat von Moskau stehen, in Verbindung treten soll. Der Kommission wird die Aufgabe übertragen, den Parteien Vorschläge für ein gemeinsames Zusammenarbeiten im Reichstag sowie in den Landtagen und in den Kommunen zu unterbreiten. Ferner soll von Partei zu Partei eine Vereinbarung getroffen werden, daß wenigstens bei Wahlen und Aktionen eine gegenseitige Bekämpfung in der Presse unterbleibt. Sobald diese Vorbedingungen gegeben sind, ist die Grundlage für eine Vereinigung geschaffen.

46. Unterbezirk Göttingen: Der Parteitag in Görlitz stellt sich grundsätzlich auf den Boden der Einigung zwischen SPD. und USP.

47. Hannover: Die innere Zerrissenheit und Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterschaft und ihrer politischen Organisationen bildet eine schwere Gefahr für den Bestand der demokratischen Republik und damit zugleich das größte Hindernis für die Aufwärtsentwicklung des Proletariats. Das Wiedererstarken und Auftreten der Reaktion in letzter Zeit ist eine notwendige Folge dieser Zerrissenheit. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, alle geeigneten Schritte zu tun, um baldmöglichst zu einer Einigung mit der USP. zu kommen.

48. Frankfurt a. M.: Der Parteitag hat sich für die Einigung mit der USP. auf der Grundlage der Freiheit der Meinungsäußerung und der Einheit im Handeln zu erklären. Bei taktischen Meinungsverschiedenheiten über politische Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments entscheidet die Mehrheit.

49. Treben (S.-A.): Der Parteitag wolle mit allen Mitteln dahin wirken, daß eine Einigung der sozialistischen Parteien in aller Kürze zustande kommt.

50. Wismar: Der Parteitag wolle beschließen: Mit der USP. in Verhandlung zu treten, um eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

51. Koblenz: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Verhandlungen über die Wiedervereinigung mit der USP. einzutreten. Insbesondere sind alle Bestrebungen zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen SPD. und USP. zu fördern.

52. Unterbezirk Osthavelland-Ruppin: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, wirklich geeignete Schritte zu unternehmen, um die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien unter allen Umständen zu ermöglichen.

53. Niederlehme: Der Parteitag möge mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Einigung des Proletariats hinwirken und die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiterpresse nach Möglichkeit verhindern.

54. Schwerin i. M.: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird ersucht, alles zu tun, was der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien dienlich sein kann.

Als nächstes Ziel auf diesem Weg ist die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den proletarischen Parteien zu erstreben. Eventuell ist mindestens eine Verständigung über gemeinsame Aktionen zur Sicherung und Verteidigung der Republik und deren Errungenschaften zu erstreben.

55. Reutlingen-Münsingen: Der Parteitag wolle sich Schaffung von Arbeitsgemeinschaften der sozialistischen Parteien einsetzen, in wichtigen Kultur- und Wirtschaftsfragen, an denen das werktätige gleichen Anteil hat, eine Einheitsfront zu bilden, und um diese Fragen größerem Nachdruck vertreten zu können.

56. Marburg a. d. Lahn: Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der SPD. (Bezirksverband Hessen-Nassau) erkennen die ungeheuren Gefahren, die in der Zersplitterung der Arbeiterbewegung liegen. Sie fordern daher den in Görlitz stattfindenden Parteitag auf, alle Kräfte auf eine Einigung hinwirken zu lassen.

III. Organisation und Agitation.

57. Hamm (Westf.): Der Parteitag wolle beschließen, daß ein einheitlicher Monatsbeitrag eingeführt wird, und zwar 2,50 Mk. für männliche und 2 Mk. für weibliche Mitglieder.

58. Ludwigshafen: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, die eingeführten Extrabeiträge den „Unterbezirken bzw. den Ortsgruppen" ganz zu überlassen.

59. Lebrade: Der Beitrag für die ländliche Bevölkerung ist um ein Drittel niedriger festzusetzen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung ungünstiger sind als die der Industriearbeiterschaft.

60. Neumühlen-Dietrichsdorf: Der Parteitag in Görlitz ermäßigt im Interesse der Agitation unter den Frauen die Beiträge für die weiblichen Mitglieder unserer Partei.

61. Schwartbuck: Ermäßigung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder.

62. Berlin: Um den im Bezirksverband Berlin vorhandenen 20 Kreisorganisationen die Möglichkeit einer Vertretung in der Pressekommission des „Vorwärts" zu geben, beschließt der Parteitag, die Zahl der Mitglieder dieser Kommission von 15 auf 20 zu erhöhen.

63. Halle a. d. S.: Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen der im ADGB. in der Afa und im Beamtenbund zusammengeschlossenen Berufsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter, zu einem engen Vertragsverhältnis zu kommen.

Der Parteitag hält alle berufstätigen Parteigenossen für verpflichtet, nur solchen gewerkschaftlichen Verbänden als Mitglied anzugehören, die sich diesen drei genannten Spitzenorganisationen angeschlossen haben.

64. Stettin: In Erwägung dessen, daß die allgemeinen deutschen Parteitage nicht mehr ziffernmäßig stark besucht werden brauchen, damit sie demonstrativ wirken sollen;

in weiterer Erwägung, daß die Parteitage infolge ihres zu großen Umfanges arbeitsunfähig zu werden drohen;

und schließlich mit Rücksicht auf die enorm hohen Kosten, die den Parteiorganisationen aus der Delegation erwachsen,

fordert der Görlitzer Parteitag den Parteivorstand auf, in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß Vorschläge zu machen über eine andere Zusammensetzung des allgemeinen deutschen Parteitages (§ 6 des Organisationsstatuts). Die Gesamtzahl aller gewählten und sonstigen Delegierten soll 200 nicht übersteigen.

65. Wiesbaden: Die Parteitage der Sozialdemokratischen Partei [illegible] in bezug auf die Anzahl der Delegierten eine Ausdehnung angenommen, [illegible] die Arbeitsfähigeit in Frage gestellt ist. Der Parteitag wählt aus diesem [illegible]de eine Kommission, die eine neue, dem parlamentarischen System entsprechende Geschäftsordnung auszuarbeiten hat und die für die allgemeinen [illegible]itage einzuführen ist.

66. Hamm (Westf.): Der Parteitag wolle beschließen, daß die Wahl der Vertreter zum Parteitag nicht mehr vom Bezirksparteitag, sondern durch Urabstimmung vorgenommen wird.

67. Dresden: Die Frauen des 4., 5. und 6. Unterbezirks stellen an die Frauenkonferenz Görlitz den Antrag, beim Parteitag eine Aenderung des Delegationsmodus zur Reichsfrauenkonferenz und eine Erhöhung der Mandate zu fordern.

68. Ludwigslust: Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Bezirksparteitage möglichst zwischen der Bekanntgabe der Tagesordnung des deutschen Parteitages und diesem selbst stattzufinden haben, um so den Genossen mehr Gelegenheit zur vorherigen Aussprache zu geben und das Interesse am Parteileben zu fördern.

69. Werries bei Hamm: § 23 Abschnitt 2 soll folgenden Wortlaut erhalten: Zur Partei kann ferner nicht gehören, welcher einer anderen politischen Partei, Krieger- oder Militärvereinen als Mitglied angehört usw.

70. Chemnitz: Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossinnen und Genossen, welche sich in führender Stellung befinden und die Partei oder die Gewerkschaften durch ihr Verhalten schädigen, sind aus der Partei auszuschließen.

71. Nordhausen: Der Parteitag wolle beschließen: Aus Anlaß der Tatsache, daß Genossen, die in der Partei an führender Stelle stehen, in zunehmendem Maße bürgerliche Zeitungen für ihre Polemik und schriftstellerische Tätigkeit benutzen, wird für die Zukunft die Benutzung der bürgerlichen Presse von der Genehmigung des Parteivorstandes abhängig gemacht. Angelegenheit der Partei sind in der eigenen Presse auszutragen. Nichtbeachtung dieses Beschlusses gibt dem Parteivorstand das Recht, den zuwiderhandelnden Genossen aus der Partei auszuschließen und ihn zur Niederlegung seiner Parteiämter zu veranlassen.

72. Bremen: Ueber die Teilnahme sozialdemokratischer Vertreter an der Regierung des Reiches entscheidet außer der Reichstagsfraktion der Parteivorstand und der Parteiausschuß;

an den Regierungen der Länder außer den in Frage kommenden Fraktionen die zuständigen Parteiorganisationen, Bezirksinstanzen und Parteivorstand.

73. Hannover: Die Gehälter der Parteiangestellten sind zentral und nach Ortsklassen zu regeln.

74. Martinroda: Die wichtigste und dringendste Aufgabe der Partei muß es sein, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß für die sozialistische Idee eine Mehrheit im Volke und damit im Parlament geschaffen wird. Es ist nötig, daß sich unsere Reichstagsabgeordneten und unsere alten Führer viel mehr der Aufklärungsarbeit und Agitation für die Partei widmen. Die beste Organisation und der beste Wille der Unterorgane wird nicht in der Lage sein, die Bewegung kräftig vorwärts zu treiben.

75. Göppingen: Um das Interesse in den Kreisen aller Volksschichten erneut für unsere Partei zu wecken und die Agitation für Gewinnung neuer Parteimitglieder den Ortsvereinen zu erleichtern, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand von Zeit zu Zeit, mindestens aber im Jahr zweimal, füh[r]e Parteigenossen vom Parteivorstand zu einem Vortragstournee durch das [R]eich zu veranlassen. Auch Städte bis zu 20 000 Einwohner sollten mit s[o] Versammlungen berücksichtigt werden und ganz besonders solche Städte, [w]unter der Verwirrung der USP. und der Kommunisten stark zu leiden hatt[en]

76. Hamburg: Die Werke und Schriften unserer Vorkämpfer Marx, Engels, Lassalle, Bebel usw. sind heute eine Notwendigkeit mehr denn je. Sich in den Besitz derselben zu setzen, ist heute denjenigen, denen diese Schriften zugedacht sind, eine Unmöglichkeit. Der Parteitag beauftragt deshalb den Parteivorstand, in Erwägung zu ziehen, ob sich von diesen Werken und sonstiger guten sozialistischen Literatur nicht Heftausgaben veranstalten lassen, damit diese Werke allen Parteigenossen zugänglich gemacht werden können.

77. München: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wolle veranlassen, daß in den einzelnen Bezirken Deutschlands eine intensive Agitation in die Wege geleitet wird, die insbesondere das flache Land erfassen soll.

Die Agitation soll in der Hauptsache die Grundsätze und Ziele des Sozialismus, sowie die Gemeinde- und Staatspolitik der Sozialdemokratie erläutern und über die parlamentarischen Verhandlungen im Reich und Land die nötigen Aufklärungen geben.

Soweit die Möglichkeit gegeben ist, soll sich die Agitation auf mehrere aufeinanderfolgende Tage erstrecken und besonders geeignete Spezialreferenten für diese Agitation gewonnen werden.

78. Dortmund: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der Agitation in den ländlichen Gebieten viel mehr Aufmerksamkeit zugewandt wird als bisher. Es muß erreicht werden, daß die leistungsfähigeren Teile der Organisation in anderen Gebieten herangezogen werden, finanziell und dadurch, daß sie ihre Kräfte mit zur Verfügung stellen, den schweren Kampf der Parteipioniere auf dem Lande zu unterstützen — einen Kampf, der heute noch vielfach an die Zeiten des Sozialistengesetzes erinnert. Nur durch wahre Parteisolidarität ist ein erfolgreiches Arbeiten an allen Orten möglich.

IV. Bericht der Fraktion des Reichstags.

79. Weimar: Nur in durchgreifender Sozialisierung sehen wir das Mittel zum Aufbau und zur Rettung vor neuen Zerstörungen. Wir fordern deshalb Ausbau der Demokratie durch Selbstverwaltung der Betriebe sowie Unterstellung der Mehrwerte unter den Gemeinschaftswillen. Von Parteigenossen erwarten wir, daß sie nur so lange in politischen Aemtern verbleiben, als dadurch Machtpositionen in Richtung der Sozialisierung verbürgt erscheinen und unsere Mitverantwortung nicht lediglich zum Fortwursteln im bürgerlich-kapitalistischen Sinne mißbraucht wird.

80. Hannover: Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion [sind] bei Regierungsbildungen ihre Entscheidungen im Einvernehmen mit [dem] Vorstand und Parteiausschuß zu treffen.

Jena: Eine Regierungsbildung nimmt die Sozialdemokratische [Partei] nur mit Parteien vor, die nach ihren programmatischen Erklärungen und [ihrer] Praxis folgende Bedingungen erfüllen:

Anerkennung der Republik, der Demokratie und des Parlamentarismus [in] Ländern und Gemeinden und der Verteidigung dieser fortschrittlichen [Errungen]schaften mit allen Mitteln; Ausbau der Demokratie in Verwaltung [und] Miliz; Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen. Friedensfreundliche Außenpolitik; loyale Durchführung des Friedens[vertrages].

Sicherung und Ausbau des Achtstundentags und aller sozialpolitischen [Errungen]schaften.

4. Aufbringung sämtlicher steuerlichen Lasten durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes, insbesondere rücksichtslose Wegsteuerung der Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinne.

82. Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind;
2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde eintreten;
3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen,
4. für eine pazifistische Außenpolitik,
5. für die loyale Erfüllung des Friedensdiktats und für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes,
6. für Ausbau der sozialen Gesetze, Erweiterung der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Rätegesetzgebung und Einfluß derselben auf die Gestaltung der Produktion eintreten.

83. Berlin: Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion und den Fraktionen der Landtage sowie von allen in Regierungsstellen befindlichen Parteigenossen, daß diese die Demokratisierung der Verwaltung mehr als bisher mit allen Mitteln fördern. Insbesondere muß verlangt werden, daß alle wichtigen Beamtenstellen nur mit wirklich republikanisch gesinnten Männern besetzt werden.

84. Berlin: Der Parteitag wolle beschließen:

Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind,
2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde,
3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen,
4. für eine pazifistische Außenpolitik,
5. für die loyale Erfüllung des Friedensdiktats und für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmöglichste steuerliche Heranziehung des Besitzes eintreten.

85. Aachen: Der Parteitag wolle beschließen, nicht mit einer Partei die Regierung zu bilden, die nicht auf dem Boden der Republik steht.

86. Wismar: Der Parteitag wolle beschließen, mit der Volkspartei keine Koalitionsregierung zu bilden.

87. Dresden: Der Parteitag wolle sich eingehend mit der Demokratisierung der Verwaltung in Reich und Ländern befassen und Wege zeigen, selbe in unserem Sinne endlich zu verwirklichen. Zur Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse muß die Bureaukratie des alten Deutschlands [illegible] werden. Zumindestens wolle sich der Parteitag die Beschlüsse der [illegible] Landeskonferenz in dieser Frage zu eigen machen.

88. Lüneburg: Unsere Vertreter im Reichstag und in den Landtagen der Bundesstaaten sowie die Parteigenossen in Regierungs- und Verwaltungsämtern haben mit größter Entschiedenheit für eine Vereinfachung und Demokratisierung des Verwaltungsapparats einzutreten.

89. Köln und Koblenz: Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des [illegible] oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die 1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind, 2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, 3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen, 4. für eine pazifistische Außenpolitik, 5. für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmöglichste steuerliche Heranziehung des Besitzes eintreten.

90. Frankfurt a. M.: Die Reichstagsfraktion und Mitglieder der Reichsregierung werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß im Auswärtigen Amt ein demokratischerer Geist einzieht.

Die Beamtenzahl ist auf ein Mindestmaß zu verringern, da der Beamtenapparat bedeutend über das Notwendige hinausgeht.

Führende Männer des In- und Auslandes beanstanden den langsamen Gang des Amtes, der seine Ursache in dem scheinbar unausrottbaren Bureaukratismus hat. Kein Auswärtiges Amt einer anderen Macht beschäftigt eine solch große Beamtenzahl.

Die Reichstagsfraktion wird ersucht, bei dem Auswärtigen Amt die Berufung von Sozialattachés an die Auslandsvertretungen zu verlangen, welche mit den Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder Fühlung halten sollen.

Auf die Vereinfachung der ausländischen Vertretungen hinzuwirken und unter allen Umständen darauf zu dringen, daß die Botschafter, Gesandten usw. Deutschlands auf dem Boden der Republik stehen und deren Gedanken vertreten.

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion und die Mitglieder in der Regierung darauf hinwirken, daß eine Verordnung erlassen wird, welche folgendem entspricht:

Deutsche Vertretungen und Hafenbehörden im In- und Auslande sind anzuweisen, daß Schiffen, welche nicht die verfassungsmäßige Flagge führen, keine Papiere und Geleitscheine erteilt werden dürfen.

91. Zwickau: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reiches oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehen und die Republik zu verteidigen bereit sind,
2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde sind,
3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und Polizeiorganisationen,
4. für die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige,
5. für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmöglichste steuerliche Heranziehung des Besitzes,
6. für eine pazifistische Außenpolitik eintreten.

Eine solche Regierungskoalition kann aber auch nur dann in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats sie zwingend erfordern und der sozialistische Einfluß in der Regierung so stark ist, daß er bestimmend auf die Geschehnisse einwirken kann.

92. Jena: a) Der Parteiag mißbilligt angesichts der zentralen Organisation der Deutschen Volkspartei die Regierungsbildung der Genossen in Mecklenburg und Lippe mit der Deutschen Volkspartei.

b) Der Parteitag betrachtet die für die Koalitionspolitik der Reichstagsfraktion maßgebenden Grundlagen auch für die Fraktionen der Genossen in den Einzellandtagen für bindend.

c) Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zentralstelle für die Politik der sozialdemokratischen Fraktionen in den Einzellandtagen einzurichten und eine Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten der Einzellandtage einzuberufen.

93. Kottbus: Da das starre Festhalten an der ablehnenden Haltung gegenüber einer Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei sich während der Regierungskrise in Preußen als nachteilig erwiesen hat, möge der Parteitag im Interesse der sozialdemokratischen Wählermassen den Fraktionen im Reich, in den Ländern und Gemeinden eine größere taktische Beweglichkeit einräumen, die auch die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter der Bedingung von Sicherungen für den Bestand der Republik nicht ausschließt.

94. Gießen: Resolution. Die am 19. Juli in Gießen stattfindende Konferenz des 6. Agitationsbezirks billigt das Eintreten der Partei für das Londoner Ultimatum und den Wiedereintritt in die Regierung. Sie wünscht, daß die Fraktion darauf besteht, daß sie eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in der Reichs- und preußischen Regierung findet. Vor allem ist anzustreben eine Politik, welche die gewaltigen Ueberprofite der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels und der Banken zur Wiedergutmachung heranzieht; und die Demokratisierung der Strafgerichte allen Instanzen durch die nötige Anzahl von Laienbeisitzern bewirkt.

Die Konferenz erklärte es für die wichtigste Aufgabe unserer Partei, in und außer der Regierung nach allen Richtungen auf die Befestigung und den Ausbau der demokratischen und sozialistischen Republik zu drängen. Ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei und jeder anderen, die nicht auf dem Boden der Republik steht, ist entschieden abzulehnen.

95. Darmstadt: Der Parteitag erhebt aufs neue die Resolution des Kasseler Parteitages betreffs einer Koalition mit bürgerlichen Parteien zum Beschluß. Dieser Beschluß wird auch ausgedehnt auf die einzelnen Länder, da sich bis jetzt in den politischen Verhältnissen nichts ergeben hat, was eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei als notwendig erscheinen läßt.

96. Rostock: Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag billigt die Haltung der Reichstagsfraktion anläßlich des Entente-Ultimatums und des Wiedereintritts unserer Genossen in die Reichsregierung und erklärt erneut, ein Zusammenarbeiten in einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien kann sowohl im Reich wie in den Ländern nur in Frage kommen, wenn diese grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen.

97. Breslau-Stadt: Der Parteitag bekräftigt den Kasseler Beschluß, wonach ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit Parteien, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen, nicht in Frage kommt. Der Parteitag stellt fest, daß dieser Beschluß nicht nur für die parlamentarische Arbeit im Reich, sondern auch für die in den Ländern bindende Norm ist.

98. Frankfurt a. M.: Der Kasseler Beschluß — Ablehnung jeder Regierungsgemeinschaft mit Parteien, die nicht auf dem Boden der Republik stehen — gilt auch für die Gliedstaaten.

99. Insterburg: Resolution. 1. Die Kreiskonferenz Insterburg der SPD. verlangt einstimmig die Ablehnung des Kottbuser Antrages, in welchem sie einen Verrat an den sozialistischen Grundsätzen erblickt. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei — sei es auch mit Rücksicht auf die schweren Lasten des Ultimatums — kann nur zum Unheil des arbeitenden Volkes ausschlagen,

dem zweifellos die Hauptbürde der Lasten auferlegt würde. Die Koalition mit der Deutschen Volkspartei ist auch in den Parlamenten der Provinzen und Gemeinden unzulässig.

Nur in der Durchdringung der Wirtschaft mit sozialistischen Grundsätzen — gegen die Deutsche Volkspartei —, nur in einer sozialistischen, den Besitz treffenden Steuerpolitik kann dem deutschen Volke Rettung werden. Je klarer die Partei in diesem Sinne Stellung nimmt, um so mehr wird sie das deutsche Volk — auch bei einem Volksentscheid — hinter sich haben. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Einigung der Arbeiterklasse unbedingte Voraussetzung.

Wir beantragen darum, daß der Parteitag sich klar und entschieden zur Einigung und Verschmelzung mit der USPD. bekennt.

2. Die Kreiskonferenz der SPD. verlangt vom Parteitag entschieden die Erkämpfung der Aufhebung des nunmehr im zweiten Jahre in Ostpreußen bestehenden Ausnahmezustandes. Wir mißbilligen, daß die Reichstagsfraktion bisher nicht in zureichendem Maße ihre Kraft für die Beseitigung dieses Unrechts eingesetzt hat. Weder außen- noch innenpolitische Verhältnisse rechtfertigen unsere Degradation zu Staatsbürgern zweiter Klasse und die Militärdiktatur des Kapp-Generals v. Dassels.

100. Berlin: Der Parteiag beauftragt die Reichstags- und sämtlichen Landtagsfraktionen und die der freien Städte, in den Parlamenten dahin zu wirken, daß endlich die alten Wahrzeichen der Monarchie, wie Fahnen, Stempel usw., bei den Reichs- und Landesbehörden eingezogen und durch die in der Verfassung vorgesehenen ersetzt werden. Durch Verordnung sind diese Mißstände zu beseitigen. Handelt ein Beamter oder Angestellter einer Behörde entgegen dieser Verordnung, dann erfolgt sofortige Entlassung ohne Pension.

101. Kiel: Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, auf strikte Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten betr. Flaggenführung durch Handels- und Kriegsschiffe hinzuarbeiten.

102. Stuttgart: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion der SPD. hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufhebung des Verbots des Reichswirtschaftsverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten einzutreten.

103. Frankfurt a. M. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion werden beauftragt, unverzüglich an die Lösung der Reichswehrfrage im Sinne der Ausmerzung der monarchistischen Offiziere und der Schaffung einer wahrhaft republikanischen Wehrmacht heranzutreten.

104. Limbach i. Sa. Die Fraktion soll ersucht werden, Mittel für die Reichswehr in ihrer jetzigen antirepublikanischen Zusammensetzung nicht wieder zu bewilligen. Dasselbe soll auch für die Flotte gelten.

105. Olching: Die Reichstagsfraktion ist zu veranlassen, die Reichsregierung aufzufordern, bis zum Zusammentritt des Reichstages zu seiner Herbsttagung einen umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die grundsätzliche Beschränkung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes zugunsten des kleinen Besitzers zum Ausdruck kommt.

106. Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, nach welchem fernerhin alle bebauten Grundstücke der Amortisation unterliegen. Um die Amortisation so schnell wie möglich zu fördern und die Benutzer (Mieter) nicht unnütz zu belasten, ist die Form der Kapitalisierung zu wählen anstatt der gewöhnlichen Abschreibung. Sobald durch die Amortisierung die Hypothekenlasten und das eigene Geld des jeweiligen Besitzers des Grundstückes getilgt sind, geht das Grundstück kostenlos in den Besitz des Staates über.

107. 6. badischer Landtagswahlkreis. Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Bedeutung der Elektrizität für unser Wirtschaftsleben fordert der Parteitag die beschleunigte Sozialisierung der Energiewirtschaft.

108. Schmölln: Der Parteitag verpflichtet alle Vertreter der SPD. in Reich, Staat und Gemeinde zur raschen Sozialisierung des Bauwesens alle im Rahmen des Musterstatuts des Verbandes sozialer Baubetriebe Deutschlands gegründeten Bauhütten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

109. Jena: Der Parteitag wolle beschließen: Das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einstimmig angenommene Programm zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wird vom Parteitag angenommen.

110. Jena: Der Parteitag wolle beschließen: Der Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes, Vorschlag I der Sozialisierungskommission, wird vom Parteitag angenommen.

111. Ebingen: Angesichts der fortschreitenden Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Bedarfsartikel, die eine empfindliche Notlage breiter Volksschichten, und in der Folge Verelendung derselben zur Folge haben muß, sieht sich die Wahlkreiskonferenz des 18. württembergischen Wahlkreises veranlaßt, den Parteitag zu ersuchen, zu beschließen:

1. Die Parteiinstanzen, insbesondere die Fraktionen des Reichstags und der Landtage, sowie der Gemeindevertretungen haben dafür zu sorgen, daß den besitzlosen Volksschichten die Existenzmöglichkeit erhalten bleibt.

2. Bei der Beratung der Steuervorlagen darf die Partei zunächst nur solchen Steuern zustimmen, die den tragfähigen Besitz belasten. Indirekte bzw. Verbrauchssteuern dürfen nur dann angenommen werden, wenn alle Möglichkeiten, den Besitz zu erfassen, erschöpft sind.

112. Stuttgart: Angesichts der fortschreitenden Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Bedarfsartikel, die eine empfindliche Notlage breiter Volksschichten und in der Folge Verelendung derselben mit sich bringen muß, sieht sich die Frauengruppe Cannstatt veranlaßt, den Parteitag zu ersuchen, folgendes zu beschließen: Die Parteiinstanzen, insbesondere die Fraktionen des Reichs- und Landtags sowie die Gemeinderäte haben mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß den besitzlosen Volksschichten die Existenzmöglichkeit erhalten bleibt. Bei der Beratung der Steuervorlagen darf die Partei zunächst nur solchen Steuern zustimmen, die den tragfähigen Besitz belasten. Indirekte bzw. Verbrauchssteuern müssen solange abgelehnt werden, bis alle Möglichkeiten, den Besitz zu erfassen, erschöpft sind.

113. Dortmund: Der Bezirksparteitag für das westliche Westfalen erklärt, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Bezirksparteitag wünscht im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms die Neuwahl des Reichstages.

Durch die Befragung des Volkes soll klargestellt werden, welche Steuer das deutsche Volk tragen kann.

Der Parteitag verkennt durchaus nicht die Notwendigkeit einer Gesundung des Geld- und Finanzwesens. Wir müssen aus der Unsicherheit unseres Geldwesens herauskommen und der Vermehrung der papiernen Zahlungsmittel ein Ende bereiten. Wir müssen Ordnung in den Reichshaushalt bringen und die der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Um diesen Aufgaben zu genügen, was auch im Interesse der Arbeiterklasse liegt, ist die Sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen. Aber sie muß fordern, daß zuvor die besitzenden Klassen in besonders einschneidender Weise zur Steuerleistung herangezogen werden, so daß die Steuerverpflichtungen des Besitzes der künftigen Steuerreform den charakteristischen Stempel aufdrücken.

Des weiteren fordert der Parteitag, daß, um die Gesundung unserer Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse zu erreichen, die Reichsregierung zu einer planmäßigen Zusammenfassung und Beeinflussung der Wirtschaftskräfte schreitet und die Sozialisierung der dazu reifen Industrien vornimmt.

114. Aachen: Der Parteitag ersucht die Fraktion, bei der Beratung der neuen Steuern alles daranzusetzen, damit die unteren Schichten des Volkes vor neuen steuerlichen Belastungen verschont werden. In der Hauptsache soll die Fraktion ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß die neuen Steuern restlos von den besitzenden Ständen getragen werden.

115. Martinroda: Die Ortsgruppe Martinroda erwartet von der Partei, daß sie bei den bevorstehenden Steuerkämpfen eine feste und klare Stellung einnimmt.

Ehe irgendwelche anderen indirekten Steuern bewilligt werden, muß es für unsere Partei Vorbedingung sein, für die nicht vom Lohnabzug betroffenen Kreise eine Steuer zu schaffen, die dem Lohnabzug in ihrer Wirkung ungefähr gleichkommt. Die Möglichkeit zu größeren Steuerhinterziehungen darf nicht mehr bestehen.

116. Königstein: Die Ortsgruppe Königstein erwartet vom Parteitag klare Stellungnahme und nachdrücklichste Maßnahmen zur Erfassung der Gold- und Sachwerte und Beteiligung des Reiches an der Substanz der wirtschaftlichen Produktion.

117. Magdeburg: 1. Daß die Rückzahlung der für das Steuerjahr 1920 infolge Lohnabzugs zuviel einbehaltenen Steuerbeträge baldigst erfolgt.

2. Den vom Steuerabzug befreiten Betrag für Werbungsunkosten, 1800 Mk. pro Jahr, für die Arbeitnehmer mit Familie zu erhöhen, da die Werbungsunkosten (z. B. Versicherungsgebühren, Beiträge usw.) eines Steuerzahlers mit Familie größer sind wie die eines Ledigen. Wird der Betrag für Werbungsunkosten erhöht, vermindern sich die besonderen Veranlagungen dieser Arbeitnehmer und werden unberechtigte Steuerabzüge für 1921 vermieden, die erst im anderen Jahre zurückgezahlt werden.

118. Leipzig: Die wieder stark anschwellende Teuerung, die die Arbeiterschaft am härtesten trifft, sowie die steuerliche Belastung bedeuten für diese den schwersten Existenzkampf. Die Arbeiterschaft ist nicht in der Lage, weitere Lasten zu tragen. Es müssen deshalb von den tragfähigen Schichten des Volkes diejenigen Summen endlich restlos erfaßt werden, die Reich und Staat auf Grund der bestehenden Steuergesetze zu verlangen berechtigt sind. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die vom Reichsminister beabsichtigten neuen Steuern, soweit sie indirekte sind und auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden sollen, abzulehnen. Dagegen sind der Besitz, sowie die ungeheuren Gewinne der Industrie und der Landwirtschaft in der Form zu erfassen, wie sie das Reichswirtschaftsministerium (Beteiligung an der Industrie und am Grundbesitz) in Vorschlag gebracht hat. Dies ist um so mehr notwendig, als bis jetzt fast nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, durch den Abzug an Lohn und Gehalt, dem Reich die Mittel lieferten zur Aufrechterhaltung der Staatswirtschaft.

119. Bezirksparteitag der Pfalz: Unsere Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, gegen jede weitere Erhöhung der Lohnsteuer, ebenso gegen jede weitere Belastung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern Front zu machen.

120. Berlin: Unseren Genossen im Reichstag und in der Regierung ist es zur Pflicht zu machen, bei der Aufbringung der finanziellen Leistungen in erster Linie die Belastung des Besitzes und des Unternehmergewinnes bis an die äußerste Grenze durchzuführen und dafür Sorge zu tragen, daß die kapitalistische Steuersabotage der letzten Zeit mit allen Mitteln gebrochen wird.

Tatkräftige Demokratisierung der Verwaltung und Reformen der Rechtspflege sind hierfür und für den inneren Wiederaufbau unbedingte Voraussetzungen. Bei der Durchführung einer solchen Politik wird die gesamte Arbeiterschaft hinter der Regierung stehen.

121. Schwerin i. M.: Der Parteitag möge beschließen, so lange nicht die Kapitalsteuern, Reichsnotopfer, Erbschaftssteuer, sowie eine schärfere Erfassung des in Sachwert bestehenden Besitzes erfolgt ist, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, gegen jede indirekte Steuer, Verbrauchssteuer, zu stimmen.

122. Brüel i. M.: Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Abschaffung der indirekten Steuern sorgen möge.

123. Schmölln: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß jeder Steuerselbsteinschätzer bis zur endgültigen Veranlagung durch die Steuereinschätzungskommission 10 Prozent Steuern auf das von ihm angegebene Einkommen sofort zu zahlen hat.

Der Millionenschaden, den die Reichskasse durch die unerhört lange Hinauszögerung der Durchführung der Steuer aus Besitz erleidet und die es dem Kapitalbesitz ermöglicht, mit den dem Staate entzogenen Millionen reaktionäre Einrichtungen, wie die Orgesch, Selbstschutz, Technische Nothilfe usw. zu finanzieren, macht es der Reichstagsfraktion zur ernstesten Pflicht, sich für die rascheste Durchführung der Besitzsteuer mit aller Kraft einzusetzen.

124. Wiesbaden: Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und insbesondere die sozialistischen Mitglieder der Reichsregierung haben alles aufzubieten, daß die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs endlich und rücksichtslos zur Erhebung gelangt.

125. Wiesbaden: Der Parteitag zu Görlitz möge beschließen: Die Fraktion des Reichstages hat bei der Beratung der neuen Steuervorlagen dahin zu wirken, daß ein Kraftfahrzeugsteuergesetz Annahme findet, durch das in gerechter Weise die überhandnehmenden Luxusfahrten, die zumeist auch eine schwere Belästigung des Publikums darstellen, zur Steuer herangezogen werden. Die Besteuerung solcher Fahrten muß so hoch sein, daß der Anreiz gegenüber der Eisenbahn, Kraftfahrzeuge zu benutzen, verloren geht.

Es empfiehlt sich, die Steuersumme nach den zurückgelegten Entfernungen zu berechnen, also Kilometersteuer einzuführen.

126. Kiel: In Anbetracht dessen, daß die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung 10 indirekte und nur 5 direkte Steuergesetze enthalten, erwartet der Sozialdemokratische Verein Groß-Kiel von der Reichstagsfraktion, daß sie diesen Steuerplänen ihre Zustimmung versagt.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die schon jetzt bis zum letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuer herangezogen werden, können keine neuen Lasten mehr ertragen.

Die Regierung muß mit der Erfassung der Goldwerte Ernst machen. Die Reichstagsfraktion hat für eine Goldwertsteuer des ganzen agrarischen und industriellen Kapitalbesitzes einzutreten, und zwar nicht an Stelle, sondern neben den bestehenden und geplanten direkten Steuern.

In diesem Kampfe um eine gerechte Verteilung der Lasten werden die Vertreter in den Parlamenten die Unterstützung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land finden.

127. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle eine internationale Vereinbarung treffen, wonach die Steuerflucht in allen Ländern unter gegenseitiger Interessenwahrung verhindert wird.

128. Frankfurt a. M.: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der kommenden Verhandlung der Steuerfragen folgende Anträge einzubringen:

1. Zur Reichsabgabenordnung.

a) Die Ausführung des § 164, welcher verlangt, daß jeder, der über ein Einkommen von 10 000 Mk. und mehr verfügt, ein Buch führen soll, soll in eine Muß-Vorschrift umgewandelt werden;

b) die Finanzämter sollen angewiesen werden, die Steuerausschüsse schnellstens zusammenzurufen;

c) die eidesstattliche Vernehmung soll jedem Finanzamt selbständig erlaubt sein.

2. Zum Körperschaftssteuergesetz.

a) Das G.-m.-b.-H.-Gesetz ist dahingehend zu erweitern, daß die Gesellschaften verpflichtet sind, ihre Bilanzen zu veröffentlichen;

b) für alle G. m. b. H. ist ein Aufsichtsrat zu bestellen, dessen Pflichten und Rechte vom Aktiengesetze zu übernehmen sind;

c) Reserven und Gewinne sind verschiedentlich zu besteuern, aber die Reserven in Klassen einzuteilen.

Die Umwandlung von Tausenden von offenen Handelsgesellschaften in G. m. b. H. mit 300 000 Mk. Kapital soll auf Grund des § 5 der Reichsabgabenordnung nachgeprüft werden.

Zu weiteren Umwandlungen soll die Genehmigung erst nach Prüfung der wirtschaftlichen Notwendigkeit erteilt werden.

3. Zum Kapitalertragssteuergesetz.

a) Den Absatz 5 im § 3 des Gesetzes, welcher die G. m. b. H. bis zu 300 000 Mark Kapital unter der Bedingung, daß nur 3 Gesellschafter beteiligt sind und nur Gesellschafter Geschäftsführer sind, von der Kapitalertragssteuer befreit, zu streichen, da er in großem Maße mißbraucht worden ist;

b) bei § 5 Absatz 10 die Höhe der Beteiligungsquote auf 50 Proz. heraufzusetzen, da sonst durch mehrere Schachtelgesellschaften die Steuer umgangen wird;

c) die Bezugsrechte nach der Höhe des Aktienkurses zum Bezugsrecht progressiv bis zu 50 Proz. zu besteuern und den Gesellschaften bzw. Banken wie bei dem Kapitalertragssteuergesetz den Einzug zu übertragen.

4. Zum Einkommensteuergesetz.

a) Zu § 11 Absatz 5 in den Ausführungsbestimmungen festzulegen, daß Gewinne aus dem Verkauf von Effekten, welche bei dem Ankauf nicht aus Vermögen, sondern aus Krediten bezahlt wurden (Spekulation), als Einkommen anzusehen sind;

b) daß bei der Steuererklärung die Spesenentnahmen aufgegeben werden müssen;

c) Provisionszahlungen an Ausländer separat aufgegeben werden;

d) bei der Landwirtschaft die Veranlagung von einem durch einen Ausschuß des Reichstages festzusetzenden Mindesteinkommen ausgeht.

5. Zum Stempelgesetz.

a) Der Gesellschaftsstempel für Aktiengesellschaften und G. m. b. H. ist auf 10 Proz. zu erhöhen;

b) Börsenstempel; auf Devisengeschäfte ist ein Stempel von mindestens 5 pro Mille zu erheben.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

6. Kapitalfluchtgesetz.

Die Gewinne aus Konten von Ausländern bei inländischen Banken, über welche ein Inländer volles Verfügungsrecht hat und auf welchem Geschäfte (Effektentransaktionen) gemacht werden, sollen versteuert werden.

7. Zum Aufwandssteuergesetz.

Die Reichstagsfraktion wird ersucht, ein Aufwandssteuergesetz vorzulegen, das den Aufwand über einen gewissen Verbrauch hinaus progressiv besteuert. — Stiftungen usw. sollen angerechnet werden.

129. Berlin: Entschließung. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung stellt an die Einsicht und die Kampfkraft der arbeitenden Klassen Deutschlands die höchsten Ansprüche.

Zur Deckung der gewaltigen Fehlbeträge und zur Aufbringung der Reparationssummen sind so enorme Steuerbeträge aufzubringen, daß alle bisherigen Mittel versagen und neue Wege der Erfassung der Vermögen und Einkommen beschritten werden müssen. Auch stellt sich immer deutlicher heraus, daß mit steuerlichen Maßnahmen allein das Problem des Wiederaufbaues nicht zu lösen ist, sondern daß dazu der planmäßige gemeinwirtschaftliche Umbau unserer Volkswirtschaft und einschneidende Sozialisierungsmaßnahmen unerläßlich sind.

Die kapitalistisch interessierten Schichten, die infolge ihrer Geldmacht und ihrer Beherrschung der Presse den größten politischen Einfluß ausüben, werden begreiflicherweise alles daransetzen, um die Sozialisierung und die planwirtschaftliche Umgestaltung der Wirtschaft zu hintertreiben und die Steuerlasten nach Möglichkeit auf die Arbeiterklasse und die Konsumenten abzuwälzen. Die Gefahr ist deshalb riesengroß, daß die Preissteigerung, die auf dem Lebensmittelmarkt bereits so empfindlich eingesetzt hat, allgemein wird und die ohnehin äußerst schwierige Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Sozialrentner usw. abermals eine weitere Verschlechterung erfahren wird. Da uns aber nur positive durchführbare Vorschläge für eine Neugestaltung unserer Wirtschaft vorwärts bringen können, müssen die Gewerkschaften und Parteien zusammenarbeiten, um ein brauchbares Wirtschaftsprogramm zu schaffen. Aus diesem Grunde beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, mit dem ADGB. und Afa-Bund umgehend in Verhandlungen zu treten, um ein diesbezügliches Wirtschaftsprogramm aufzustellen.

Es kann nur dann gelingen, die einseitige Abwälzung der Steuer- und Reparationsleistungen auf die arbeitenden Schichten abzuwehren und eine sozial gerechte Lastenverteilung und Wirtschaftsumgestaltung durchzusetzen, wenn das deutsche Proletariat in seinem Ringen um die nackte Selbsterhaltung dem kleinlichen Parteihader entsagt und seine Front geschlossen gegen die Verfechter der kapitalistischen Interessen richtet. Nur der gemeinsame Kampf der sozialistischen Parteien gegen die politische und soziale Reaktion kann die deutsche Arbeiterklasse gegen die schlimmste Verschärfung seiner Ausbeutung und Verelendung schützen.

130. (Wiederholung von 113.)

131. Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: in den gesetzgebenden Körperschaften mit aller Kraft dafür einzutreten,

a) daß bei der Aufbringung der Mittel zur Abwälzung der dem Reiche und den sonstigen Verwaltungskörpern obliegenden Verpflichtungen in erster Linie für eine wirksame Erfassung der Grundrente gesorgt wird,

b) die Spekulation in Grund und Boden durch gesetzliche Maßnahmen möglichst erschwert oder unmöglich gemacht wird. (Artikel 155 der Verfassung),

c) daß durch ein Gesetz den Gemeinden und sonstigen Verwaltungskörpern das Vorkaufsrecht auf den in ihrem Bereich belegenen Grund und Boden zugesprochen wird mit der Verpflichtung, den angebotenen Kauf zu tätigen, wenn der Boden in absehbarer Zeit oder später im Interesse der Allgemeinheit gebraucht werden wird. Der Uebernahmepreis darf nie höher sein als der Preis, welcher den steuerlichen Leistungen des Verkäufers zugrunde gelegt worden ist.

132. Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: die Abgeordneten des Reichs- und Landtages werden ersucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die kommenden erhöhten Steuern nicht auf die Schultern der arbeitenden Klassen gebürdet, sondern daß die besitzenden Klassen in erhöhtem Maße zur Leistung herangezogen werden.

133. Malente: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, bei Besteuerung der Goldwerte den Kleinbesitz zu dieser Steuer nicht heranzuziehen, dafür aber den Großgrundbesitz und die Großindustriellen schärfer zu belasten.

134. Schönberg: Der Parteitag in Görlitz möge für schnellste Auflösung der Gutsbezirke eintreten.

135. Raisdorf: Der Parteitag wolle mit aller Energie darauf dringen, daß die Schaffung der neuen demokratischen Gemeindeverfassung im Preußischen Landtag beschleunigt wird, damit vor allen Dingen die mittelalterlichen Gutsbezirke verschwinden. Wir halten dieses für bedeutend wichtiger, als darüber zu debattieren, ob wir mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung gehen wollen.

136. Lehmkuhlen, Dietrichsdorf, Mönkeberg, Schönkirchen, Neu-Heikendorf, Alt-Heikendorf, Preetz: Die bis heute noch bestehenden kommunalen Selbstverwaltungen der Gutsbezirke sind die größten Hemmnisse einer freien Entwicklung auf dem platten Lande. Sie schließen jede Betätigung der Einwohner auf kommunalem Gebiete aus. Der Parteitag möge daher den Parteivorstand und die Landtagsfraktion beauftragen, bei der bevorstehenden Beratung der neuen Landgemeindeordnung alles aufzubieten, damit die Beseitigung der Gutsbezirke und deren selbstherrliche Verwaltung durchgeführt wird.

137. Chemnitz: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente des Reiches und der Staaten zu beauftragen, der Frage der Bodenaufteilung der unwirtschaftlich großen Güter die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Parteitag beauftragt die Fraktionen in den Parlamenten, daß durch zweckmäßige Aufteilung eine rationelle Bodenbewirtschaftung und ausreichende Sicherstellung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gewahrt ist.

138. Haselbach: Die Reichsregierung möge ein Gesetz beschließen, das die Bergbauunternehmen zwingt, den Mutterboden ihrer Abbaufläche abzusondern, um ihn zur Urbarmachung der abgebauten Flächen zu verwenden.

139. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion bzw. Landtagsfraktion zu beauftragen, Anträge auf eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen einzubringen. Ausgenommen sollen schwere Verbrechen sein. Für alle anderen Vergehen, die auf Grund strafgesetzlicher Bestimmungen geahndet werden müssen, aber in irgendeiner Form mit politischen Ereignissen zusammenhängen, ist eine Erweiterung des Erlasses des preußischen Justizministers vom 24. bzw. 29. Juli zu erwirken. Auch andere kleine Strafen, besonders gegen Jugendliche, sollen unter diese Bestimmung fallen.

Ferner wolle der Parteitag beschließen, sich gerade jetzt nachdrücklichst für die Durchführung der im Punkt 8 des Erfurter Programms der SPD. aufgestellten Forderungen einzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Wählbarkeit der Richter durch das Volk und auf Abschaffung der Todesstrafe.

140. Frankfurt a. M.: Der Parteitag bittet die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß unter Zurückstellung der weniger wichtigen Novellen folgende gesetzlichen Normierungen in Bälde erreicht werden:

1. Die Umänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes in dem Sinne, daß a) die Strafkammern zu Volksgerichten umgewandelt werden; b) Schöffen und Geschworene von dem Volke durch unmittelbare, dem politischen Wahlmodus angepaßte Wahl gewählt werden unter Ausschluß der Tätigkeit irgendwelcher Verwaltungsbehörden.

2. Die Umänderung der Strafprozeßordnung in dem Sinne, daß a) gegen jedes Urteil der Strafgerichte das Rechtsmittel der Berufung gewahrt wird; b) die Rechtsgarantien des Angeklagten und der Verteidigung, zumal im Vorverfahren, wesentlich erweitert werden; c) die Verhängung der Untersuchungshaft auf Fluchtverdacht eingeschränkt wird und eine Ablösungsmöglichkeit durch Hinterlegung ermöglicht wird; d) die Wiederaufnahme von rechtskräftigen Urteilen erleichtert wird.

3. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches muß unter möglichster Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Verlangt muß werden: Aufhebung der Todesstrafe, Strafschutz der Jugendlichen, Schutz den Trinkern und Geisteskranken, neuzeitliche Maßnahmen gegen Gewohnheitsverbrecher, Beseitigung der Möglichkeit der Verhängung von Zuchthausstrafen bei politischen Verbrechen, Beseitigung der kurzfristigen Freiheitsstrafen, Erweiterung der bedingten Begnadigung, Geldstrafen nach Leistungsfähigkeit, Beseitigung der Polizeiaufsicht.

4. Unter Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten a) Beseitigung jeder Art von Ausnahmegesetzen und Ausnahmegerichten; b) Nachprüfung aller auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ergangenen Sondergerichtsurteile durch Sonderkommissionen, die unter Ausschaltung der Beamten des Justizministeriums aus Mitgliedern des Reichstages, Richtern und Rechtsanwälten gebildet werden.

141. Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß baldmöglichst ein Reichsgesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassen wird. Dasselbe soll unter Zugrundelegung des dem Reichsrat seit 10. März 1920 vorliegenden Entwurfs unbedingt folgende Forderungen erfüllen:

1. Anwendung strenger Strafen gegen Kranke beiderlei Geschlechts ohne Unterschied, die den zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassenen Bestimmungen des Gesetzes zuwiderhandeln.

2. Beseitigung aller Beschränkungen im Verkehr mit antivenerischen Schutzmitteln (§ 184, 3 RStG.).

3. Aufhebung der polizeilichen Reglementierung der Prostitution (§ 361, 6 RStG.) unter gleichzeitiger Abänderung des Kuppeleiparagraphen (§ 180 RStG.), nach der das Gewähren von Wohnung an Prostituierte nur dann bestraft wird, wenn dasselbe in ausbeuterischer Absicht geschieht.

142. Frankfurt am Main: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, um der Justizschande ein Ende zu bereiten, sofort eine Vorlage über Aenderung der Gerichtsverfassung einzubringen, eventuell durch Volksentscheid zur Durchführung zu bringen.

143. Hannover: Die Reichstagsfraktion wolle alles tun, um baldmöglichst die gesetzliche Festlegung auf Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst zu erreichen.

144. Breslau (Stadt): Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, unverzüglich, noch vor der Durchführung der Gesamtreform des Strafgesetzbuches, für die Abschaffung der Todesstrafe Sorge zu tragen.

145. Unterbezirk Göttingen: Dem grenzenlosen Skandal der Klassenjustiz muß in der Republik ein Ende gemacht werden. Dazu ist nötig, daß der Parteivorstand sofort Schritte unternimmt, daß von einer Sachverständigenkommission der Entwurf eines neuen Gerichtsverfassungsgesetzes ausgearbeitet wird, und dieses eventuell durch einen Volksentscheid durchzusetzen ist.

146. Lüneburg: Die Rechtsprechung in der deutschen Republik hat sich in letzter Zeit zu einem öffentlichen Skandal entwickelt. Soll nicht jedes Rechtsgefühl im Volke erdrückt werden, so muß die Partei, unsere Presse und Parlamentsvertretung einen dauernden Kampf gegen die Klassenjustiz führen.

147. Brüel i. M.: Der Parteitag möge beschließen: die Reichstagsfraktion zu beauftragen, daß die Richter vom Volke gewählt werden.

148. Nordhausen: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert gegen die fortgesetzt ausgeübte Klassenjustiz. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die aller Menschlichkeit hohnsprechenden Schandurteile gegen die durch den Märzputsch verführten Arbeiter und verlangt eine Revision oder Herabminderung dieser Urteile.

149. Waldenburg: Ein schärferes Zufassen bei den Kapp-Verbrechern.

150. Dresden: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die Trennung von Kirche und Staat endlich Gesetz wird.

151. Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Der Aufstieg der Angehörigen des Proletariats in die leitenden Stellungen des Staats- und Wirtschaftslebens wird durch die Beibehaltung und Erhöhung des Schulgeldes in höheren Lehranstalten in bedenklicher Weise erschwert. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Unentgeltlichkeit alles öffentlichen Unterrichts durch die Verfassung gewährleistet wird.

152. Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion hat sich energisch gegen jeden Versuch zu wenden, die bestehenden Gesetze wegen Verbreitung angeblich zur Schmutz- und Schundliteratur gehöriger Preßerzeugnisse zu verschärfen. Die jetzt geltenden Bestimmungen des Strafgesetzes und der Gewerbeordnung sind völlig ausreichend, um jede wirkliche Gefahr auf diesem Gebiete abzuwenden. Es ist aber zu befürchten, daß bestimmte Kreise unter dem Vorwand der Bekämpfung von Schmutz und Schund in der Literatur die Gelegenheit suchen, der Freiheit ernsten, künstlerischen Schaffens Fesseln anzulegen.

153. Hamburg: Der Parteitag protestiert dagegen, daß die Verhandlungen des Reichsschulausschusses geheimgehalten und nur die Beschlüsse nach längerer Zeit bekannt werden. In Anbetracht der großen Bedeutung dieser Verhandlung für das Schulwesen des Reiches fordert der Parteitag, daß die Oeffentlichkeit über die Anträge, die im Reichsschulausschuß verhandelt werden sollen, eine angemessene Zeit vorher unterrichtet wird und daß die Verhandlungen des Reichsschulausschusses sofort der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Parteitag wendet sich aufs schärfste gegen die heutige Zusammensetzung und Tätigkeit des Reichsschulausschusses, der jeder staatsrechtlichen Grundlage entbehrt, und fordert, daß ein neuer Reichsschulausschuß auf demokratischer Grundlage gebildet wird.

154. Reutlingen-Münsingen: Der Parteitag möge entschieden dafür eintreten, daß der Reichsschulgesetzentwurf zu § 146, 2 der Reichsverfassung zurückgezogen wird.

155. Oschersleben (Bode): Der Parteitag wolle Stellung zum Schulgesetzentwurf nehmen und seine Gesetzwerdung verhindern.

156. Hannover: Der Parteitag möge auf die in Frage kommenden Stellen einwirken, daß aus den Lehrbüchern der Schulen die Kaiserverherrlichung verschwindet.

157. Hamburg: Der Parteitag protestiert entschieden gegen eine neunjährige höhere Schule, wie sie vom Reichsschulausschuß als Regel beschlossen ist. Aus wirtschaftlichen und psychologischen Gründen lehnt der Parteitag es ab, die Dauer der höheren Schule für das ganze Reich auf 9 Jahre auszudehnen. Er erblickt in diesem Beschluß einen Vorstoß gegen die vierjährige Grundschule und sieht darin eine große Erschwerung des Aufstiegs der Begabten aus den breiten Volksschichten. Der Parteitag fordert dagegen die achtjährige höhere Schule und ersucht die Fraktion des Reichstags und die Parteigenossen in der Regierung, dahin zu wirken, daß dem Beschluß des Reichsschulausschusses die Genehmigung versagt wird.

158. Hamburg: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, jedem Entwurf eines Reichsschulgesetzes zur Ausführung des § 146, 2 der Reichsverfassung ihre Zustimmung zu versagen und mit allen taktisch möglichen Mitteln zu bekämpfen, der

1. die weltliche Schule mit der Weltanschauungsschule zusammenkoppelt und nicht ihr Recht als Gemeinschaftsschule wahrt,
2. dem Lehrer nicht, soweit es die Verfassung nur irgend zuläßt, die Freiheit gibt, nach nur pädagogischen Grundsätzen zu wirken,
3. den Einfluß der Bekenntnisse und Weltanschauungen auf die Schule nicht auf das nach der Verfassung mögliche Mindestmaß beschränkt,
4. die erreichte Organisationshöhe der Schule irgendwie herabdrückt,
5. keine Sicherungen gegen neue Standesschulen unter der Form von Sonderschulen enthält und
6. die Lehrerschaft in neue Abhängigkeit von der Kirche bringt.

Der vorliegende Entwurf eines Reichsschulgesetzes zu Artikel 146, 2 der Reichsverfassung ist, da er die genannten Bedingungen nicht erfüllt und durch die Verfassung verbürgte Rechte verletzt, unter allen Umständen abzulehnen.

159. Schmölln (S.-A.): Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, alle Mittel anzuwenden, um das Reichsjugendschutzgesetz zu verabschieden.

160. Unterbezirk Göttingen: Der § 9 des Strafgesetzes erhält folgende Fassung: Im Sinne dieses Gesetzes ist ein Kind, 1. wer noch nicht 16 Jahre alt ist (statt 14 Jahre), 2. ein Jugendlicher, wer über 16 Jahre aber nicht 20 Jahre alt ist (statt 18 Jahre).

161. Unterbezirk Göttingen: § 131 des Strafgesetzentwurfes erhält folgende Fassung: Ist der Täter zur Zeit der eventuellen Aburteilung noch jugendlich, so hat das Vormundschaftsgericht in Gemeinschaft mit dem zuständigen Jugendamt darüber zu befinden, ob Erziehungsmaßnahmen erforderlich sind, um den Jugendlichen an ein gesetzmäßiges Leben zu gewöhnen, oder ob derselbe den Jugendgerichten zur Aburteilung zu überweisen ist.

162. Unterbezirk Göttingen: Dem § 286 des Strafgesetzentwurfs sind folgende Sätze anzufügen: Eine Schwangere, welche die Abtreibung oder Tötung der Frucht im Mutterleibe vorgenommen oder versucht hat, bleibt straffrei:

1. Wenn die Schwangerschaftsunterbrechung erfolgte, weil die Schwängerung durch gerichtlich festzustellende Notzucht erfolgte.
2. Bei schon vorhandener größerer Kinderzahl und besonders ungünstiger wirtschaftlicher Lage.

Der Versuch mit untauglichen Mitteln bleibt straffrei.

Die Schwangerschaftsunterbrechung bleibt nur straffrei, wenn sie durch einen beamteten Arzt unentgeltlich erfolgt.

163. Unterbezirk Göttingen: § 317 des Strafgesetzentwurfs soll lauten: Satz 1: Wer ein Mädchen unter 18 Jahren (statt 16 Jahren) zum Beischlaf verführt, wird mit Gefängnis bestraft.

164. Hannover: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die §§ 129 bis 137 des Entwurfs zum Strafgesetz vom Jahre 1919, in denen das sogenannte Schutzalter, das junge Mädchen gegen die Vornahme unzüchtiger Handlungen durch Strafandrohung schützt, so geändert werden, daß dieses Schutzalter von 14 (wie bisher) auf 16 Jahre erhöht wird.

165. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, der, ähnlich wie in Braunschweig, bestimmt, daß der Besuch von Tanzlokalen und ähnlichen Vergnügungsstätten, der Genuß von Alkohol und Rauchwaren allen Jugendlichen unter 16 Jahren verboten wird.

Ferner wolle der Reichstag beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß für gute Kinovorstellungen für die Jugend belehrenden Inhalts seitens des Reiches Mittel zur Verfügung gestellt werden und daß auch den Schulen dieses Anschauungsmaterial vermittelt wird.

166. Münster i. W.: Der Parteitag ersucht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, baldigst folgenden Antrag im Reichstage einzubringen:

1. Der Besuch von öffentlichen Tanzvergnügen und der Genuß von Alkohol und Rauchwaren ist Jugendlichen unter 16 Jahren verboten.
2. Für gute Lichtbildvorführungen belehrenden und unterhaltenden Inhalts sind möglichst Mittel zur Verfügung zu stellen.

167. Dortmund: Ungeheuer sind die seelischen Folgewirkungen des Krieges. Vielen ist jedes menschliche Denken und Fühlen abhanden gekommen. Davon zeugen täglich ungezählte Pressemeldungen. Mit allen Mitteln müssen hier die Hebel zur Wiedergesundung angesetzt werden, einmal durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, dann aber auch durch erzieherische Einwirkung auf die Gesamtheit im Sinne des Sozialismus, im Geiste wahrer Menschlichkeit.

Der Parteitag wolle daher beschließen, Reichs- und Landtagsfraktion zu beauftragen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß Auswüchse rohester Art in öffentlichen Schaustellungen, die gar nicht selten sind, unterbunden werden. Er beauftragt die Reichs- und Landtagsfraktion ferner, dahin zu wirken, daß auch aus den Kinos jene Darbietungen verschwinden, die geeignet sind, in ähnlicher Weise jedes menschliche Denken und Fühlen zu ertöten. — Der Parteitag gibt dem Parteivorstand anheim, Mittel und Wege zu suchen, um auf dem Wege der Aufklärung den versöhnenden Geist des Sozialismus auch in die Kreise derjenigen zu tragen, die sich heute noch in den Kinos an Darbietungen vielfach plattester und brutalster Art „erbauen".

168. Hamburg: Im Anschluß an den auf dem Parteitage in Kassel angenommenen „Antrag Molkenbuhr" und unter Hinweis darauf, daß die neuen Leistungen der sozialen Gesetzgebung für die Sozialrentner in keiner Weise auch nur das Existenzminimum gewährleisten, vor allen Dingen das Los der Altrentner geradezu besammernswert ist, fordert der Parteitag:

1. daß die Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften mit aller Kraft dahin streben, daß den Opfern des Schlachtfeldes der Arbeit so viel gegeben wird, daß sie bei ihren Leiden wenigstens für sich und ihre Angehörigen dem tiefsten Elend enthoben sind;

2. daß das Reich durch Fürsorgestellen für Arbeiterinvaliden diese davor schützt, daß sie unter die Armenpflege fallen.

169. München: Die Sozialdemokratische Partei wolle mit allen Kräften dafür wirken, daß 1. schon in allernächster Zeit die Angestelltenversicherung mit der Arbeiterinvalidenversicherung verschmolzen wird; 2. daß diese Versicherung zu einer großen allgemeinen Volksversicherung ausgebaut wird, die den Arbeitern und Privatangestellten ähnliche Pensionsbezüge gewährt wie den öffentlichen Beamten. Ferner wolle der Parteitag prüfen, auf welche Weise auch die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in die allgemeine Volksversicherung aufgenommen werden könnten. 3. Die Partei wolle sich dafür einsetzen, daß die allgemeine Volksversicherung auf breitester Selbstverwaltung aufgebaut wird.

170. München: Im Hinblick auf das notorische Bedürfnis, für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft eine Pensionseinrichtung zu schaffen gegen die Not des Alters, wird der Parteitag ersucht, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die Reichsversicherungsgesetzgebung zweckmäßig ausgebaut bzw. erweitert werden kann, um der berechtigten Forderung der Arbeiter und Angestellten gerecht zu werden.

171. Ludwigshafen: Der deutsche Parteitag in Görlitz wolle beschließen, unsere Reichstagsfraktion zu beauftragen, dafür einzutreten, daß für die deutsche Arbeiterschaft eine allgemeine Arbeiterpensionskasse wie im Staatsdienste eingeführt wird.

172. Lehe: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird ersucht, folgenden Antrag im Reichstag einzubringen: „Alle Arbeiter, welche 25 Jahre Invalidenmarken geklebt haben und 60 bzw. 65 Jahre alt sind, werden auf ihren Antrag aus der Arbeit entlassen und sind dafür jüngere Kräfte aus den Reihen der Erwerbslosen einzustellen. Den Antragstellern ist zu ihrer Invaliden- bzw. Altersrente soviel Zuschuß aus einer dieser Versicherungskassen zu gewähren, daß diese den normalen Verdienst eines Arbeiters erreichen."

173. Elberfeld: Die Renten sind so zu bemessen, daß die Existenz der Rentenempfänger gewährleistet ist.

174. Schmölln: Die Partei beauftragt die Genossinnen und Genossen im Reichstag, dahin zu wirken, daß für die allgemeine Wohlfahrtspflege mehr Mittel bereitgestellt werden, damit die Not der Aermsten mehr gelindert werden kann und damit ermöglicht wird, daß die sozialen Einrichtungen besser ausgebaut und neue geschaffen werden können.

175. Halle a. d. S.: Der Parteivorstand muß es sich angelegen sein lassen, wie beim Einkommensteuergesetz auf schnellste Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes im Interesse der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen hinzuarbeiten und die Vorschläge der Kriegsopferorganisationen genauestens zu prüfen.

176. Limbach i. Sa.: Die Fraktion wird beauftragt, nunmehr mit aller Energie dahin zu wirken, daß das gesamte soziale Versicherungs- und Fürsorgewesen einschließlich der Fürsorge für Kriegsopfer und Erwerbslose auf eine einheitliche Grundlage gestellt werde und daß eine grundlegende Neuordnung mit dem Ziele der Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltung zum Zwecke der Uebersichtlichkeit und Sparsamkeit erfolge.

177. Bad Berka: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand und die Bezirksvorstände, die Reichstags- und die Landtagsfraktionen sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung haben volle Aufmerksamkeit der Fürsorgeerziehung zu widmen, die noch immer vollkommen unter Einfluß nationalistischer, orthodoxer Personen steht. Es ist dringend notwendig, daß auch auf diesem Gebiet des Bildungs- und Erziehungswesens sozialistische Geister einen bestimmten Einfluß gewinnen.

178. Brüel i. M.: Der Parteitag möge beschließen daß die Reichstagsfraktion beauftragt werde, für den Abbau der Lebensmittelpreise zu sorgen.

179. Brüel i. M.: Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion dahin strebe, daß einheitliche Löhne gezahlt werden, da einige Gewerkschaften zu schwach sind, um eine Lohnforderung durchzuführen.

180. Jüterbog: Der Wahlverein sieht in der stark steigenden Verteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel eine Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der arbeitenden Volksschichten. Er fordert von der Parteileitung wirksamsten Schutz der Konsumenten und Maßnahmen gegen die rücksichtslose Ausbeutung der notleidenden Bevölkerung durch die kapitalistischen Produzenten. Der Forderung auf Weltmarktpreise ist die Forderung auf Weltmarktlöhne entgegenzusetzen. Aus diesem Grunde ist auf alle Löhne und Bezüge mit dem Einsetzen der hohen Lebensmittelpreise mindestens ein 50prozentiger Zuschlag zu fordern.

181. Dresden: 15 Milliarden Mark verausgabte das deutsche Volk im Jahre 1920 für Alkoholgetränke, Tausende von Zentnern wichtiger Lebensmittel sind dadurch der menschlichen Ernährung entzogen worden. 9 640 000 Zentner Gerste werden vom 1. Oktober ab den Brauereien jährlich zur Biererzeugung überwiesen. 4 Millionen Pfund Auslandszucker werden zur Herstellung feiner Liköre eingeführt, 34 Millionen Pfund Zucker erhielt die Weinfabrikation. Zu gleicher Zeit leiden Millionen von Kindern an den furchtbaren Folgen der Unterernährung.

Solange wir uns nicht genügend und preiswert aus eigenen Beständen ernähren können, muß auf das entschiedenste Protest gegen die Vergeudung wichtiger Nahrungsmittel erhoben werden.

Für die Schädigungen des Alkoholismus müssen jährlich viele Milliarden aufgebracht werden zu Lasten des deutschen Steuerzahlers. Die Opfer des Alkoholismus zu pflegen in Krankenhäusern usw., die gewaltigen Ausgaben für Justiz und Gerichte erfordern unproduktive Verwendung unzähliger Millionen Mark. Den Genuß allein hat das Alkoholkapital. Deshalb fordern wir von der Partei, von der Reichstagsfraktion, daß sie sich einsetzen für: Einfuhrverbot aller alkoholischen Getränke, absolutes Branntweinverbot, Brauverbot stark eingebrauter Biere, Umstellung der Brauereibetriebe in volkswirtschaftliche Nutzbetriebe.

182. Hamburg: Der Parteitag und die Reichstagsfraktion werden ersucht, zur endgültigen Bekämpfung der übermäßigen Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die tatsächlich eine Bewucherung der Volksmassen seitens der kapitalistischen Interessentenkreise darstellt, geeignete durchgreifende Maßnahmen anzustreben und für ihre erfolgreiche Durchführung die erforderlichen Garantien zu schaffen. Eine hemmungslose Fortdauer der skrupellosen, wucherischen Ausbeutung der sowieso schon durch die Folgen des Krieges ausgehungerten und ausgeplünderten Volksmassen wäre gleichbedeutend mit deren vollständigen Verelendung und bedeutete für Hunderttausende von ihnen den sicheren Untergang.

183. Hamburg: Der Parteitag und die Fraktion wollen mit Nachdruck dafür eintreten, daß die Abgabe des verbilligten Brotes aus der zu erfassenden inländischen Getreidemenge von 2 Millionen Tonnen unverzüglich auf gesetzgeberischem Wege ausschließlich an die minderbemittelte Bevölkerung zu binden ist.

184. Rethem (Aller): Der Ortsverein Rethem (Aller) ersucht den Parteitag in Görlitz, bei der Regierung mit allem Nachdruck dahin wirken zu

wollen, daß wegen der rapiden Steigerung der allernotwendigsten Lebensmittel, als Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter und Zucker, was nur zu Weltmarktpreisen zu haben ist, die Löhne der werktätigen Bevölkerung den Weltmarktpreisen gleichzustellen sind, da eine Existenzmöglichkeit unter den jetzigen Umständen ausgeschlossen ist.

185. Karlsruhe: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, alle Mittel anzuwenden, um zu verhindern, daß die für die breiten Massen unentbehrlichen Lebensmittel, wie Zucker usw., durch neue Steuern im Preise weiter erhöht werden.

186. Unterbezirk Göttingen: Partei und Gewerkschaften wollen dahin wirken, daß die gesteigerten Brotpreise durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen werden.

187. Waldenburg: In Anbetracht der Tatsache, daß einerseits durch die hohen Weltmarktpreise und andererseits durch die unersättliche Raffgier fast aller Handelskreise an einen Preisabbau nicht zu denken ist, und in Anbetracht der zurzeit enorm gesteigerten Brotpreise wolle der Parteitag beschließen, daß unsere Fraktionen in allen Parlamenten die Pflicht haben, sich einzusetzen für eine sofortige allgemeine Lohnerhöhung aller Lohn- und Gehaltsempfänger durch gesetzliche Maßnahmen. Weiter sind unsere Fraktionen in allen Parlamenten zu verpflichten, weitere Preiserhöhungen, neue Steuern, die auch Lohn- und Gehaltsempfänger mit belasten, sowie höhere Ausgaben für diese nur zu dulden, wenn den neuen erhöhten Ausgaben entsprechend angemessene, allgemein auf gesetzlicher Grundlage geregelte Lohn- und Gehaltserhöhungen vorausgegangen sind.

188. Karlsruhe: Die durch die große Dürre verursachten vielen Brände geben unserer Partei erneut Veranlassung, für die Uebernahme des gesamten Versicherungswesens durch den Staat einzutreten; die Reichstagsfraktion hat die nötigen Schritte zu unternehmen.

189. Chemnitz: Der Parteitag in Görlitz möge beschließen, der Reichsregierung folgenden Antrag als Material sofort zu überweisen:

Alle Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Pensionskassen sind zu einer einheitlichen großen Versicherungskasse unter Aufsicht des Reiches bzw. der einzelnen Bundesstaaten und unter Zuhilfenahme der Gelder, die jetzt für die Erwerbslosen aufgewandt werden müssen, zusammenzufassen, um eine wirkliche Versicherung zu schaffen für alle die, die infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter nicht mehr in der Lage sind, ausreichenden Unterhalt für sich und ihre Familien zu schaffen; insbesondere wünscht der Parteitag, daß das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung soviel als möglich beschleunigt wird.

190. Jastrow: Die bestehenden Arbeiterversicherungen (Invaliden- und Altersrente) sind als Pensionskassen umzuwandeln, wie sie bereits für Staatsbeamte und Angestellte bestehen.

191. Hannover: Der Parteitag beschließt, die Reichstagsfraktion aufzufordern, dahin zu wirken, daß sobald wie möglich eine gründliche Revision der Reichsversicherungsordnung in der Weise vorgenommen wird, daß sämtliche Zweige der Sozialversicherung zusammengelegt werden und die Versicherungspflicht nicht durch eine Höchstgrenze des Einkommens beschränkt wird.

192. Kassel: Die Sozialdemokratische Partei Kassel ersucht die Reichstagsfraktion, für schleunigste Reform der Gewerbeordnung einzutreten, namentlich in dem Sinne, daß die veralteten Bestimmungen der RGO. der Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht weiter hemmend in den Weg treten.

193. Kiel: Die Vertreter der Partei in den Parlamenten mögen dafür eintreten, daß die gesetzlichen Bestimmungen dahin erweitert werden, daß die Betriebsräte der städtischen Betriebe Sitz und Stimme in den Kommissionen erhalten.

194. Berlin: Die parlamentarischen Vertreter sollen für eine baldmöglichste Aenderung des Betriebsrätegesetzes wirken. Der Einfluß der Betriebsräte auf die Produktion muß durch das Gesetz erheblich verstärkt werden. Hand in Hand hiermit muß die Neuregelung des Schlichtungswesens erfolgen. Der erweiterte Einfluß der Betriebsräte und eine praktische Neuregelung des Schlichtungswesens werden auch ganz besonders dazu beitragen, die ungeheure Zahl der Erwerbslosen zu verringern.

195. Chemnitz: Der Parteitag wird ersucht, für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes und Arbeitsgerichtes die notwendigen Schritte zu tun und die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den Entwurf der Schlichtungsordnung abzulehnen.

196. Unterbezirk Osthavelland-Ruppin: Der Parteitag in Görlitz möge beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sich für Schaffung eines Gesetzes über das allgemeine Arbeiterrecht mit allen Mitteln einzusetzen.

197. Waldenburg: Eine Revidierung des Betriebsrätegesetzes ist vorzunehmen, dahingehend, daß den Betriebsräten mehr Macht als bisher eingeräumt wird.

198. Duisburg: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstag für eine beschleunigte Revidierung des Betriebsrätegesetzes Sorge zu tragen. Im Interesse der Arbeiter und Angestellten müssen die Schutzbestimmungen ausgebaut werden, insbesondere müssen an Stelle der Kann-Vorschriften Muß-Vorschriften eingefügt werden, damit der Arbeitgeber gezwungen ist, im Sinne einer gesunden Aufbauwirtschaft gemeinsam mit den Betriebsräten zu arbeiten.

So ist zum Beispiel der § 87 des BRG. dahin zu ändern, daß die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse auf Wiedereinstellung zwingend sind. Eine Entschädigung soll nur auf Antrag des entlassenen Arbeiters oder Angestellten erfolgen.

199. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle sich mit der Aufhebung 1. des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung vom 1. Dezember 1920, 2. der §§ 355 Abs. 2—5, 356, 357, 358 und 359 befassen und den Fraktionen Auftrag geben, die Aufhebung bzw. Streichung schnellstens und mit allen Mitteln zu betreiben.

Das sogenannte Sperrgesetz vom 21. Dezember 1920 ist ein Ausnahmegesetz und wird von allen in Betracht kommenden Genossinnen und Genossen als ein schmähliches Mittel zur Niederhaltung berechtigter Lohnforderungen angesehen. Es durfte keinesfalls mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angenommen werden und muß, nachdem sich sein Charakter als „Ausnahmegesetz" zweifelsfrei erwiesen hat, mit allen Mitteln bekämpft und beseitigt werden.

Die Streichung der §§ 355 Abs. 2—5, 356 und folgende der RVO. ist durch die Volksbeauftragten versäumt worden und muß nunmehr im Interesse der Selbstverwaltung und des ungehinderten Ausbaues der Sozialversicherung ganz energisch betrieben werden, um so mehr, als die fraglichen Bestimmungen gegen die Stimmen der Sozialisten in die Reichsversicherungsordnung hineingebracht sind.

200. Gießen: Der Parteitag in Görlitz wolle auf die Fraktionsmitglieder der SPD. dahin wirken, daß diese bei dem in Kürze zur Beratung stehenden

Beamtenrätegesetz in dem Sinne wirkt, daß dieses dem zurzeit bestehenden Betriebsrätegesetz angepaßt wird, insbesondere bezüglich der Schlichtungsstellen.

201. Chemnitz: Der Parteitag wolle dafür sorgen, daß die Genossen im Reichsparlament und in den Parlamenten der Länder mit allen Mitteln verhindern, daß der Entwurf der Regierung zum Beamtenrätegesetz Gesetz wird. Nicht nur Mitwirkung, sondern klare Mitbestimmung verlangen wir. Vor allen Dingen in persönlichen Fragen, sowie Schlichtungsinstanzen.

202. Stuttgart: Unsere Reichstagsfraktion und unsere Parteigenossen in der Reichsregierung werden beauftragt, mit allem Nachdruck auf die alsbaldige gesetzliche Regelung der Beamtenräte und eines neuen freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes hinzuwirken.

203. Breslau-Land, Neumarkt: Die Partei wolle in den Parlamenten dafür eintreten, daß die Ortsklasseneinteilung, wie sie die Beamtenbesoldungsgesetze vorsehen, beseitigt werde, also es nur eine Ortsklasse gibt. Nur der Wohnungswert ist nach den tatsächlich bestehenden Verhältnissen durch einen Ortszuschlag zu berücksichtigen. Das wenigste, was zu fordern ist, ist der Wegfall der Klassen D und E.

Eine Umgehung der Ortsklasseneinteilung durch besondere Zuschläge ist unzulässig.

204. Sörup: Der 1. Mai ist als gesetzlicher Feiertag zu erklären.

Bezirksverband Hessen: Der Parteitag wolle beschließen, bei der Reichstagsfraktion dahin zu wirken, damit diese im Reichstag einen Antrag einbringen möge, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag festgelegt wird.

205. Waldenburg: Der 1. Mai und der 9. November sind als gesetzliche Feiertage einzusetzen.

206. Dortmund: Es ist darauf hinzuwirken, daß der 9. November als Feiertag mit völliger Arbeitsruhe festgelegt wird.

207. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, zum 9. November eine klare Parole herauszugeben, insbesondere darüber, ob derselbe als Feiertag gelten soll oder nicht.

208. Hannover. Als Tag der deutschen Revolutionsfeier wird der 9. November bestimmt. Der Parteitag überläßt es den Ortsvereinen, zu bestimmen, in welcher Form der Tag würdig begangen wird.

209. Berlin: Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Bedeutung, die der 1. Mai und der 9. November als Gedenktage der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft haben, ist in allen Parlamenten immer wieder der Antrag zu stellen, diese Tage als gesetzliche Feiertage zu erklären.

210. Steinheid, S.-M.: Die Reichstagsfraktion soll bei der Regierung dahin wirken, daß alle christlichen Feiertage, die in die Woche fallen, von den Arbeitgebern bezahlt werden müssen.

211. Berlin: Für die gesamte Arbeiterschaft ist eine gesetzliche jährliche Mindesterholungszeit festzulegen, mit Weiterzahlung des Gehaltes oder Lohnes.

212. Dresden: Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Initiativantrag im Reichstag einzubringen, welcher besagt, daß jedem Arbeitnehmer ein gesetzlicher Anspruch auf Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes oder Gehalts eingeräumt wird. Der Wechsel der Arbeitsstellen darf keinen Einfluß auf die Dauer des Urlaubs ausüben.

213. Ludwigshafen: In Erwägung, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft von einem Genuß des Urlaubs in den Betrieben, der deren körperliche und hygienische Gesundheit fördert, noch nichts verspürt hat, wolle der deutsche Parteitag in Görlitz beschließen (wenn auch unter schwierigen Verhältnissen), die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, durch ein Gesetz endlich einmal die Urlaubsfrage zu lösen.

214. Halle a. d. S.: Der Parteivorstand und die Fraktionen des Reichs- und Landtages und anderer Kammern sind verpflichtet, bei allen sozialen Gesetzen mit den Verbänden der Arbeiter, Angestellten und vor allem auch der Kriegsbeschädigtenorganisationen Rücksprache zu nehmen, deren Abänderungsvorschläge zu den Gesetzen zu prüfen, mit den Vorständen in Fühlung mündlich sowohl als schriftlich zu bleiben und die Gesetze danach auszugestalten, damit möglichst großen Teilen des Volkes Rechnung getragen wird.

215. Sörup: Die sozialdemokratische Fraktion ist zu ersuchen, darauf zu dringen, daß der gesetzliche achtstündige Arbeitstag überall innegehalten wird und daß Ausnahmen nur in den dringendsten, in der Art des Betriebes liegenden Fällen genehmigt werden. Mit schärfsten Strafen ist gegen Auswüchse vorzugehen.

216. Erfurt: Die Fraktion hat zu versuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine Durchbrechung des Achtstundentages zu verhüten. Nicht Verlängerung des Achtstundentages, sondern ein planmäßiger wirtschaftlicher Aufbau kann uns nur vorwärts bringen.

217. Brüel i. M.: Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, für strikte Durchführung des Achtstundentages einzutreten, da dieser oft angefochten wird von den Unternehmern, und in diesem Falle dem Unternehmer eine schwere Strafe auferlegt wird.

218. Sörup: Der Parteitag möge dahin wirken, daß gesetzliche Bestimmungen gegen die Kinderarbeit erlassen werden. Zumal in den landwirtschaftlichen Betrieben verheiratete Arbeiter auf die Straße gesetzt und Kinder beschäftigt werden.

219. Schmölln (S.-A.): Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Verordnung vom 16. März 1919 (Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft) sofort aufgehoben wird, um allen in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Freizügigkeit wiederzugeben.

220. Bezirksparteitag der Pfalz: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen: Unsere Fraktion im Reichstag ist zu beauftragen, dafür einzutreten, daß der Technischen Nothilfe, da sie eine Streikbrecherorganisation darstellt, keine Reichsmittel mehr zur Verfügung gestellt werden

221. Sörup: Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, tatkräftig dafür einzutreten, daß baldmöglichst die Herausgabe der neuen Landgemeindeordnung und die Neuwahlen der ländlichen Schulvorstände erfolgen.

222. Halle a. d. S.: Bei den heute mehrmals wechselnden Ministerien und Ministern kann es unmöglich zugelassen werden, daß, wie es vorgekommen und jetzt der Fall sein soll, dem dreiviertel Jahre im Amte als Reichskanzler tätigen Abgeordneten Fehrenbach eine Pension von 45 000 Mk. gezahlt wird. Bei unserer demokratischen Verfassung ist das unzulässig, da der Mann keinerlei Verluste erlitten hat und seinem früheren Beruf nachgehen kann, die Not des deutschen Volkes auch so groß ist, daß wir uns derartige Ausgaben nicht gestatten können.

223. 6. bad. Landtagswahlkreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag macht es den sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsfraktionen zur Pflicht, die Bewilligung von Ministerpensionen aus prinzipiellen Gründen abzulehnen und nur für Bewilligung von Wartegeldern einzutreten.

224. Bad Berka: Der Parteitag wolle beschließen: Alle in Parlamenten und Regierungen tätigen Genossen sind aufzufordern, dahin zu wirken, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden weiterhin nicht angetastet und eingeschränkt wird.

225. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes: Der Parteitag wolle beschließen, Reichs- und Landtagsfraktion zu beauftragen, darauf hinzuwirken, daß ein Gesetz alsbald auch den Provinziallandtags-, Kreistagsabgeordneten und Stadtverordneten (Gemeindevertretern) mehr Schutz in Form einer gewissen Immunität sichert.

226. Königsberg (Ostpreußen): Die Genossen in den Parlamenten haben darauf ihr Augenmerk zu richten, daß in den kommenden Verwaltungsgesetzen Zahlung von Tage- und Reisegeldern für die Mitglieder der Verwaltungskörperschaften gesetzlich festgelegt werden.

227. Frankenberg a. d. Oder: Es sind von Parteiseite alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß unentgeltliche Amtsblätter für die Kreise eingeführt werden, die die amtlichen Bekanntmachungen der Bevölkerung übermitteln.

228. Frankfurt a. M.: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Vergebung von Aufträgen für Sachlieferungen für die Reparationen von kaufmännischen Gesichtspunkten aus geleitet werden. Die Vergebung an Syndikate muß vermieden werden, da Kalkulation und Preisstellung sonst ganz in deren Macht liegen. Für alle Aufträge sind Kalkulationen einzureichen, welche von den Betriebs- und Angestelltenräten gegengezeichnet werden müssen. Es sollen bestimmte Verdienst- und Unkostenquoten für diese Kalkulationen bestimmt werden, welche je nach Betriebsgröße abzustufen sind. Bei dem Wiederaufbauministerium sind die Kalkulationen zu prüfen. Alle Aufträge sollen unter persönlicher Verantwortung der Kommission vergeben werden.

229. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wird ersucht, darauf zu dringen, daß eine Devisenzentrale errichtet wird, welche die Spekulationskäufe in Devisen verhindert und den Banken zur Pflicht macht, Devisen nur gegen Vorlage der Faktura zu verkaufen.

230. Jüllichau: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Beratung des Reichsmietengesetzes die sozialdemokratische Fraktion, als die gegebene Vertreterin der Mieter, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für den Entwurf des Mieterbundes (Sitz Dresden) eintritt, um demselben zum Siege zu verhelfen.

V. Parteiprogramm.

231. Erster Entwurf der Programmkommission.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. Anstatt den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große, mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber.

Der Weltkrieg und das Versailler Diktat haben diese Entwicklung verschärft. Schroffer denn je stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Tendenzen der fortschreitenden Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagen- und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Hierzu ist unerläßlich die entschiedenste Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die darauf in den einzelnen Ländern gerichtete Arbeit ist aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst. Das gilt vor allem für die politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter, wie es grundsätzlich in den Beschlüssen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationale zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des werktätigen Volkes:

Die wirtschaftlichen Forderungen

Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß:

1. Das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes.

Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie im Dienst der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ergiebigkeit in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.

3. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).

4. Ausbau der Betriebe des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung.

5. Förderung der Verbrauchergenossenschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennützige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

6. Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bureaukratischer Erschwerung.

Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben durch Körperschaften, in denen zusammengefaßt die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe.

Berufungsmöglichkeit gegen die Entscheidung dieser Körperschaften an eine Zentralinstanz.

Preisregelung unter Kontrolle des Staates bzw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufsmitglieder der weiterverarbeitenden Gewerbezweige und der Verbraucher.

7. Entschädigung bei der Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.

Agrarfragen.

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbesitz den genossenschaftlichen Betrieb zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Genossenschaften; wo es im Allgemeininteresse liegt, Bildung von Zwangsgenossenschaften.

2. Enge Beziehungen der genossenschaftlichen Unternehmungen der Landwirtschaft zu den Konsumvereinen in den Städten.

3. Bereitstellung staatlicher Mittel für die Anleitung und Belehrung über die intensive Ausnutzung des landwirtschaftlichen Betriebes.

4. Allmähliche Ueberführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.

5. Förderung der Siedelung.

Urbarmachung von Oedländereien mit finanzieller Unterstützung des Reichs, der Länder und der Gemeinden.

Enteignung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Ueberleitung in genossenschaftliche Betriebe.

6. Keine Ueberführung des Grund und Bodens, der sich bereits im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum.

7. Verleihung eines weitgehenden Enteignungs- und Vorkaufsrechts gegenüber dem Grundbesitz zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden.

8. Beleihung des Grundbesitzes durch eine staatliche Grundrentenbank. Uebernahme der Sicherheit über eine bestimmte Beleihungsgrenze durch Staat oder Gemeinden.

9. Seßhaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsfürsorge, ein geregeltes, freies Vertragsverhältnis, welches insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.

Finanzen.

Die Bedingungen und Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden müssen. Nur ein schmaler Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei muß auch in diesem eng begrenzten Rahmen Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern wie ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals erstreben.

Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Ueberverbrauches, daneben progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen, insbesondere an der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft sind als unerläßliche Forderungen zu betrachten.

Verfassung und Verwaltung.

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständische Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Kommunalpolitik.

I. Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung.

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie

leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Aeußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Gemeindefinanzen.

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Schulwesen.

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Wirtschaftsbetriebe.

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Sozialpolitik.

1. Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Weitgehende Vollmachten für das internationale Arbeitsamt zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.

3. Sicherung des Koalitionsrechts.

Insbesondere fordern wir:

a) Gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von höchstens 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.

b) Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefahrvollen Arbeitsmethoden, sofern durch eine Umstellung des Betriebes die Gefahr beseitigt werden kann.

c) Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbedingtes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

d) Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr.

e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

f) Für jeden Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche.

g) Barzahlung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Dienst- oder Werkwohnung Unabhängigkeit des Mietvertrags vom Arbeitsverhältnis.

h) Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen.

4. Errichtung von Reichs- und Bezirkswirtschafts- und lokalen Arbeiterräten, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt.

5. Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger mit den Trägern der Kriegsbeschädigten-, Erwerbslosen-, Armen- und sonstigen Fürsorge zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Als vorläufige zu diesem Ziel führende Maßnahmen: Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Ausdehnung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen, Anpassung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.

Ausdehnung des Begriffs Betriebsunfall auf die Berufskrankheiten und alle sonstigen beruflichen Schädigungen.

Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrens und der Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen.

Allgemeine Mutterschaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Arbeitslosenversicherung.

Schaffung von Zweckverbänden als Ausführungsorgane sämtlicher sozialer Leistungen.

*

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Gesundheitspflege.

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Eingliederung der Aerzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitsersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Wohnungswesen.

1. Vergesellschaftung des Grund und Bodens.

2. Vergesellschaftung des Wohnungswesens. Ueberführung der Mietwohnungen und der für den Wohnungsbau notwendigen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Wohnungsbau und Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch diese Körperschaften.

3. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens.

4. Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßige Siedlungspolitik auf der Grundlage gartenstädtischer Ansiedlung. Förderung einer gesunden Verkehrspolitik und einer zweckmäßigen Dezentralisation der Industrie.

5. Bekämpfung des Wohnungselends durch Beseitigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

6. Errichtung eines Reichssiedlungsamtes, sowie von Landes- und Ortssiedlungsämtern. Betrauung dieser Aemter mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Siedlungswesen.

7. Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

NB. Der Vorschlag unter Ziffer 1 wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.

Rechtspflege.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerechts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher

Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohngesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangestellten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuregelung des Bodenrechts im Sinne des Obereigentums der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Irrenrechts.

Kulturpolitik.

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der sozialistische Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft auf dem Boden der Arbeit.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben, die Schule eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule dienen besondere Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinschaftsleben und zu schöpferischer Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

2. Die Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten.

Sie beginnt mit dem werdenden Kind und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die Jugendbewegung, das sich nach eigenem Gesetz gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten.

4. Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache.

Trennung von Staat und Kirche.

Weltlichkeit der Schule.

Anerkennung jeder überkommenen oder werdenden Ueberzeugung.

Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Zu 231. Geänderter Entwurf der Programmkommission: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend Kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Eroberung neuer Anlage- und Absatzmärkte. Sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft übergeführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärkend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerläßlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

Die wirtschaftlichen Forderungen

sind:

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Aller Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Erleichterung des schweren Daseinskampfes des Kleinbesitzes, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisierung des Verkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Siedlungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Maßnahmen gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung der Sozialisierung des Hypothekenwesens.

Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaft.

Sicherung der Steuerzahlungen und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberverbrauchs.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle.

Für den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbänden (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.

6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständige Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Für die Kommunalpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

I. Als Grundsätze der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung:

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Aeußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Für die Gemeindefinanzen:

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Für das Schulwesen:

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Einschneidende Sonderbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderer Gesundheitsschädlichkeit und hoher Unfallgefahr. Aeußerste Beschränkung der Nachtarbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nachtarbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Neuordnung des Rechts der Hausangestellten.

Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge kinderreicher Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen:

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Für den Ausbau und die Verbesserung der Gesundheitspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Aus-

dehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land, Errichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung des Bedürfnisses. Eingliederung der Aerzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitsersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter ärztlicher Totenschau. Neuordnung des Irrenrechts.

Zum Wohnungswesen

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Ein besonderes Wohngesetzbuch. Vergesellschaftung des Wohnungswesens und Ersetzung ungesunder Wohnungen. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungspflege und Siedlungswesen.

Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

Zur Umgestaltung der Rechtspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Ausbau der Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Vertretungsrecht für Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerechts der Unbemittelten.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung, Einschränkung der Abtreibungsstrafen; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft

und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: Einschränkung des freien Vertrages nach dem sozialen Bedürfnis; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Verbot der körperlichen Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz abhängiger Erfinder gegen Ausbeutung.

Zur Kulturpolitik

fixiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

2. Jugendhilfe ist zu einem selbständigen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitsschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Laienelements, Elternräte.

4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

5. Gesinnungs- und erkenntnismäßige Erziehung zum Frieden.

6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsräteschulen, wirtschaftliche Volkshochschulen, Arbeiterakademien.

8. Popularisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erschließung der Kunstschätze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit, Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volksbühnen und der Volkskonzerte. Pflege der Heimatkultur.

9. Religion ist Privatsache. Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache, Trennung von Staat und Kirche.

Die Völkerbeziehungen und Internationale

erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach nachstehenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

232. Koblenz: Zu Punkt V der Tagesordnung: Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

233. Elberfeld: Der Programmentwurf sowie sämtliche dazu gestellten Anträge sind der Programmkommission als Material zu überweisen.

Ein neuer Programmentwurf nebst Kommentar ist im Einverständnis mit dem Parteivorstand mindestens 4 Monate vor Stattfinden des nächsten Parteitages zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

234. Göppingen: Die Wahlkreiskonferenz des 12. württembergischen Landtagswahlkreises Göppingen-Geislingen anerkennt die in dem vorgelegten Entwurf zum neuen Parteiprogramm geleistete Arbeit. Sie hält den Entwurf aber in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht für geeignet. Der Parteitag möge daher beschließen: Der Entwurf hat als Grundlage für die weitere Beratung bis zum nächsten Parteitag zu dienen. Der Parteitag erklärt, daß das neue Programm ein klares Bekenntnis der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln, enthalten muß.

235. Dresden: Der von der Programmkommission ausgearbeitete Entwurf zum neuen Parteiprogramm ist, trotz der vielen mühevollen Arbeit, die in ihm enthalten ist, infolge seiner inneren Widersprüche und Halbheiten vom Parteitag abzulehnen. Der Parteitag möge eine neue Programmkommission erwählen, die vor allen Dingen in der Frage der Sozialisierung und in den Fragen der Kulturarbeit unserer Partei, genaue Richtlinien gibt. Aufgabe des Parteitages muß es zunächst sein, sobald als möglich ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches der Partei ermöglicht, klare Marschrouten zu befolgen.

236. Weimar: Der vorliegende Entwurf ist abzulehnen; das alte Programm in seinen wesentlichsten Teilen ist beizubehalten. Erforderlich ist dagegen ein Aktionsprogramm, zu welchem einzelne Teile des Entwurfs benutzt werden können.

237. Preetz: Eine bessere und klarere Fassung des Programmentwurfs. Vor allen Dingen muß der Klassenkampf schärfer hervorgehoben werden.

238. Köln und Koblenz: Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

239. Stuttgart: Der Parteitag wolle beschließen: 1. Das Parteiprogramm in Görlitz noch nicht endgültig festzusetzen, jedoch die nötigen Vorarbeiten für ein neues Programm zu treffen. 2. Ein wirtschaftliches Aktionsprogramm für die kommenden Aufgaben und Kämpfe auszuarbeiten.

240. Lüneburg: Die am 31. Juli in Lüneburg tagende Unterbezirkskonferenz (Bezirk Hannover) erblickt in dem vorliegenden Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine wenig geeignete Grundlage für ein neues Parteiprogramm, da sie in dem Entwurf eine grundsätzliche Klarheit und Herausarbeitung sozialistischer Grundgedanken vermißt. Die Unterbezirkskonferenz erwartet vom Parteitag in Görlitz, daß er den Entwurf an die Programmkommission zurückverweist, und damit die Schaffung eines neuen Programms überhaupt noch zurückstellt.

241. Salzungen: Die am 23. Juli 1921 tagende Versammlung des Bezirksvereins Salzungen befaßte sich eingehend mit dem zur Debatte stehenden Entwurf eines sozialdemokratischen Parteiprogramms. Sie setzt in ihrer überwiegenden Mehrheit das Vertrauen in die Beratungen des Parteitages, daß eventuelle Mängel in diesem Entwurf nach gründlicher Beratung beseitigt werden.

Die anwesenden Genossen und Genossinnen bringen zum Ausdruck, daß in dem grundsätzlichen Teil des Entwurfes in markanten Worten die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat geschildert werden. Es wird aber der Weg, auf welchem der Sieg des Proletariats erreicht und die im Entwurf festgelegten Forderungen durchgeführt werden können, vermißt.

Um Mißverständnissen über den Charakter unserer Partei und allzu philanthropischen Auslegungen des Programms vorzubeugen, beantragt die Versammlung, daß noch folgendes den grundsätzlichen Forderungen hinzugefügt werden möge:

Der Kampf des Proletariats gegen seine Ausbeuter führt notwendigerweise zur schärfsten Auseinandersetzung. Die Bourgeoisie ist Verteidiger des Privateigentums und somit für Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Befreiung der proletarischen Klasse nur ihr eigen Werk ohne Hilfe anderer Klassen.

242. Darmstadt: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm erscheint sowohl in seinem grundsätzlichen wie auch praktischen Teil nicht geeignet, als brauchbare Grundlage für ein zukünftiges sozialdemokratisches Programm zu dienen. Aus diesem Grunde nimmt der Parteitag davon Abstand, schon in diesem Jahre ein endgültiges Programm zu beschließen.

Um aber den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, ist es notwendig, ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches in der nächsten Zeit der Partei als Richtschnur und Wegweiser dienen kann. Zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Entwurfs wird bei Beginn des Parteitages eine Kommission gebildet, welche nach Erledigung der ersten vier Tagesordnungspunkte ihre Arbeit dem Parteitag zur Diskussion und Beschlußfassung zu unterbreiten hat. Die endgültige Programmrevision wird auf mindestens ein Jahr zurückgestellt.

243. Königsberg i. Pr.: Der Sozialdemokratische Verein Königsberg ist der Ansicht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt denkbar ungeeignet zur Schaffung eines Programms ist. Die ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten nicht, schon heute theoretische Richtlinien für die Zukunft aufzustellen. Der Verein erwartet daher vom Parteitag, daß in Görlitz nur neue

Richtlinien für den Tageskampf aufgestellt werden, die Formulierung der theoretischen Forderungen aber einer ruhigeren Zukunft vorbehalten bleibt.

244. Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen: Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen ist der Auffassung, daß der vom Parteivorstand veröffentlichte Entwurf zu einem Parteiprogramm auf dem Parteitag in Görlitz nicht angenommen werden kann. Der bekanntgegebene Entwurf ist vollständig unfertig, unklar und in keiner Beziehung übersichtlich und entspricht auch nicht voll und ganz den sozialdemokratischen Grundsätzen und der sozialistischen Auffassung, von denen die Arbeiter und Angestellten durchdrungen sind.

Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat fordern, daß der Programmentwurf nochmals an die Programmkommission zurückgegeben, dieselbe eventuell anders zusammengesetzt, damit bei neuen Beratungen den Auffassungen der Massen mehr Rechnung getragen wird.

245. Insterburg: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht geeignet. Wir fordern, daß das neue Programm insbesondere enthalten muß: 1. Bekenntnis zum Klassenkampf; 2. klares Bekenntnis zur Sozialisierung; 3. klares Bekenntnis zur sozialistischen Republik; 4. ein eingehendes klares Agrarprogramm; 5. klare Stellungnahme zum Heerbanne.

246. Aue i. Erzgeb.: (Entschließung.) Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Aue i. Erzgeb. vom 3. August 1921 kann sich mit dem Entwurf zum Parteiprogramm nicht einverstanden erklären und verlangt: 1. im Entwurf eine schärfere Betonung der Notwendigkeit des Klassenkampfes; 2. textliche Abkürzung des Entwurfs und volle Klarheit der Sätze; 3. den so abgeänderten Entwurf einer gemeinsamen Vorständekonferenz der SPD. und USPD. vorzulegen, um die Wiedervereinigung beider Parteien auf dieser Grundlage vorzubereiten.

247. Hamburg: Die Einleitung des Parteiprogramms ist unter Verzicht auf einen allgemeinen theoretischen Teil wie folgt zusammenzufassen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. In der kapitalistischen Welt herrscht, noch verschärft durch die unheilvollen Auswirkungen des Weltkrieges, die Tendenz, die wirtschaftliche Ungleichheit und damit die Klassengegensätze immer krasser zu steigern. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber. Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die kapitalistischen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt und zugleich alle im Volke vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Daher fordert die Sozialdemokratie:

Im Anschluß an diese Einleitung sind in knappster Formulierung die Forderungen der Partei aufzustellen, und zwar in folgenden Gruppen:

1. Wirtschaftspolitische Forderungen, worunter die Förderung des gemeinnützigen Genossenschaftswesens und der Schutz aller Erfinderrechte durch den Staat kräftig hervorzuheben sind.

2. Agrarfragen, wo an die Spitze der folgende Satz gestellt werden müßte: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet."

3. Finanzen, wo nicht auf den Versailler Vertrag Bezug zu nehmen, sondern nur kurz zu sagen ist: „Für die Finanzpolitik des Reiches, der Länder und der Gemeinden fordert die Sozialdemokratie . . ." und wo die Forderungen „Schonung des niedrigen Arbeitseinkommens" an die Spitze zu stellen und eine entschiedene Ablehnung von indirekten Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel aufzunehmen ist.

4. Verfassung und Verwaltung, worunter kurz zusammengefaßt die kommunalpolitischen Forderungen mit aufzunehmen sind.

5. Bevölkerungs- und Sozialpolitik, worunter zuerst die Forderungen für eine gesunde, dem sozialistischen Aufbau sich anpassende planmäßige Bevölkerungspolitik mit dem Ziel einer körperlichen und geistigen Ertüchtigung des einzelnen wie der Gesamtheit aufzuführen und anschließend die veröffentlichten Forderungen des Entwurfs über Sozialpolitik, zu denen noch die Forderung „Ausgleichende Fürsorge für kinderreiche Familien" aufzunehmen ist.

6 Beamtenrecht, worunter die im Entwurf aufgeführten Forderungen für die Beamten mit Ergänzungen, die sich aus Anträgen ergeben werden, aufzunehmen wären.

7. Gesundheitspflege, wie Entwurf.

8 Wohnungswesen, wo die zweimalige Forderung der Vergesellschaftung, die im grundsätzlichen Teil schon ausgesprochen ist, wegfallen müßte.

9. Rechtspflege, wo der Fassung des Entwurfs im Absatz „Zivilprozeß" hinter „menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung" die Worte „Belassung des Existenzminimums bei jeder Lohnbeschlagnahme" und im Absatz „Strafrecht" noch die „Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung in sozial und gesundheitlich begründeten Fällen" als Forderung eingefügt werden müßten.

10. Kulturpolitik, worunter ganz neu ein Hauptabschnitt „Schule" aufzunehmen wäre mit folgender Einleitung:

> Um allen im Volke keimenden und aufstrebenden Kräften und Fähigkeiten freie und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten, fordert die Sozialdemokratie den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens nach dem Grundsatz: daß jedem Kinde der unentgeltliche gleiche Bildungsgang offen steht vom Kindergarten bis zur Universität. Im einzelnen fordert die Sozialdemokratie: . . .

Hierunter müßten die Forderungen gebracht werden, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer in Hamburg aufgestellt und dem Parteitage als Sonderantrag zum Programm eingereicht sind. Besonders betont werden müßte die Forderung „Umfassende Hilfe des Staates für die Kinder armer Eltern, um jede Behinderung im Aufstieg eines Kindes aus sozialen Gründen auszuschließen".

11. Weltpolitik, Völkerrecht und Internationale. Unter diesem Schlußabschnitt müßte der leitende Gedanke der Außenpolitik der Sozialdemokratie wie folgt an die Spitze gestellt werden:

> Die Herbeiführung und Erhaltung eines dauernden, von allen Völkern freiwillig anerkannten und geachteten Weltfriedens ist das oberste Ziel der Sozialdemokratie. Sie fordert aus diesem Grunde: 1. Ersetzung des Vertrages von Versailles durch einen wirklichen Friedensvertrag, der ohne Kränkung, ohne Willkürbestimmungen und ohne Beschränkung der Arbeit der besiegten Völker ist. 2. Gleichberechtigung aller Völker auf allen Meeren der Welt und allen Wasserstraßen, die die Meere verschiedener Länder untereinander ver-

binden. Offene Märkte für den Handel aller Völker in den Ländern und Kolonien der ganzen Welt.

Hier anschließend könnten die im Entwurf veröffentlichten Forderungen Gesetz werden, unter Streichung der „Internationalisierung der Wasserstraßen und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür" in Ziffern 5 und 6 des veröffentlichten Entwurfs, da diese Forderungen in der beantragten Neufassung der Absätze 1 und 2 enthalten sind.

19. Schulforderungen,

ausgearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Hamburgs.

Schule und Erziehung.

Das Leben der Gesellschaft bewegt und gestaltet sich mit der Formentfaltung ihrer Wirtschaft. Die materielle und geistige Produktion entfesselt in mannigfaltiger Wechselwirkung die Gesamtkräfte ihrer Glieder. Dies Gesetz gilt auch für die Schule. Sie ist für die Jugend die Form der Arbeit im Dienste der Gemeinschaft, die des instinktsicheren, schöpferischen, verantwortungsbewußten Menschen bedarf.

Die Schule wird damit zu einem aufbauenden Gliede der sozialistischen Gesellschaft; sie ist nicht mehr Fremdkörper, sondern Wesensteil der Gesellschaft. Sie ist Lebensstätte der Jugend; sie unterbricht nicht die natürliche Entwicklung, sondern fördert sie; ihr oberstes Gesetz ist die Unversehrtheit des Kindes. Sie ist nicht Werkzeug kirchlicher und politischer Parteien, dient nicht Dogmen und Programmen, ist nicht abhängig von Klassen und Ständen. In einheitlichem Aufbau vom Kindergarten bis einschließlich zur Hochschule dient sie der Gesamtheit des Volkes.

Nächste Forderungen.

Innere Schulgestaltung.

Entwicklung der Schule aus einer Unterrichtsanstalt zu einer erzieherischen Arbeitsgemeinschaft.

Bildung der Persönlichkeit durch die Gemeinschaft für die Gemeinschaft auf dem Wege produktiver, körperlicher und geistiger Arbeit.

Ausbau der Schule zu einem Haushalt mit eigener wirtschaftlicher und geistiger Bedürfnisbefriedigung.

Die Schule, einschließlich der Hochschule, als Arbeits-, Lehr- und Kulturstätte der Jugend mit ihren Lehrern und anderen zur Erziehung Berufenen (Handarbeitern, Künstlern) als Führern.

Erziehung zur Selbstregierung, Selbstauslese der Begabungen durch vielgestaltige Arbeit auf dem Gebiete des Erkennens, Gestaltens und Handelns.

Aufbau und Verzweigung des Schulwesens nach der Richtung, daß keine Begabung eine Schranke findet.

Ausbildung der besonderen Anlagen in freien, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen Arbeitsgemeinschaften.

Beseitigung des Prüfungs- und Berechtigungswesens.

Verbindung der Kinderhilfe jeglicher Art mit der Schule.

Umgestaltung der Horte, Jugendheime, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten (auch Gefängnisse) in Stätten helfender, fürsorgender und rettender Gemeinschaften.

Einheitsschule.

Oeffentliche Kindergärten für das vierte bis sechste Lebensjahr, deren Besuch auf Anordnung der Jugendämter zur Pflicht gemacht werden kann.

Mindestens sechsjährige Grundschule.

Anschließend eine mindestens zweijährige Pflichtschule als Uebergang zur Berufs- und Fortbildungsschule bis zum achtzehnten Lebensjahre.

Sechsjährige Oberschule im Anschluß an die Grundschule. Möglichkeit von Uebergängen von einer Schulart zur anderen.

Hochschulen als Berufsschulen für besondere Begabungen und als wissenschaftliche Forschungsstätten.

Volkshochschulen als freie Arbeitsgemeinschaften zur Weiterbildung ohne Rücksicht auf Vorbildung zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Besondere Einrichtungen für körperlich, geistig oder sittlich abnorme Kinder.

Beseitigung des Schulgeldes, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Erziehungsbeihilfen, Freifahrten bei notwendigen Schulwegen und Schülerwanderungen, Verbot des Lohnabzugs für den Fortbildungsschulbesuch.

Weltliche (bekenntnisfreie) Schule.

Keine Trennung nach Glaubensbekenntnissen für Kinder und Lehrer, kein Religionsunterricht.

Schulverwaltung.

Einheitliche Schulverwaltung für alle Schulgattungen nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung. Verantwortlichkeit des Lehrkörpers für die Arbeit jeder einzelnen Schule. Teilnahme der Eltern an der Arbeit der Schule. Verwaltung jeder einzelnen Schule durch Lehrkörper und Elternrat. Wahl der Elternräte durch die Elternschaft der Schule. Wahl des ehrenamtlichen Schulleiters durch den Lehrkörper und durch den Elternrat auf Zeit.

Bei Fach- und Berufsschulen Fachbeiräte, die von den entsprechenden Berufen gewählt werden. Wahl derselben durch die Berufsangehörigen. Mitwirkung der Schüler durch Schülerräte. Mitwirkung der Lehrer und Eltern auf allen Stufen der Schulverwaltung durch eine für alle Schulgattungen gemeinsame Eltern- und Lehrerkammer sowie durch gewählte Eltern und Lehrer bis zur Reichsschulbehörde und Reichsschulkammer hin. Schulaufsicht im Auftrage des Staates durch Schulfachleute. Berufung derselben durch staatliche Behörden unter Mitwirkung von Eltern- und Lehrerkammern.

Lehrerbildung.

Ausbildung aller Lehrer auf der Hochschule. Abschaffung besonderer Lehrerbildungsanstalten.

Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm einzufügen: „Wir fordern Sozialisierung des Buchgewerbes und der Presse, insbesondere Trennung des Inseratenwesens von der Presse, Herausgabe besonderer Annoncenblätter im Staatsmonopol."

Der § 5 des Erfurter Programms, der da heißt: „Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen," ist in das neue Programm mit hinüberzunehmen.

Um das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und internationale Kongresse wirksamer zu gestalten sowie große Ersparnisse an Zeit und Kosten für Uebersetzungen zu machen, ist im Parteiprogramm die Einführung einer internationalen Hilfssprache zu fordern.

Unter Völkerbeziehungen ist nach „Nationaler Selbstbestimmung usw." aufzunehmen: „Revision aller umstrittenen und aller seit 1918 durch Machtspruch geregelten Staatsgrenzen durch Volksabstimmung nach Gemeinden, frei von jedem militärischen Druck und unter ausschließlich neutraler Leitung und Kontrolle. Wo die Verwirklichung des Abstimmungsergebnisses der einzelnen Gemeinden zur Bildung eingeschlossener fremdstaatlicher Gebiete (Enklaven) führen oder auf unverhältnismäßig große verkehrstechnische Hindernisse stoßen würde und die beteiligten Staaten sich nicht anderweitig einigen, Ziehung der Grenze

nach dem Grundsatze, daß die nationalen Opfer zu beiden Seiten im ganzen gleich groß sind. Völkerrechtlicher Schutz aller verbleibenden nationalen Minderheiten nach dem Grundsatze vollkommener Gegenseitigkeit und im Sinne freiester Selbstregierung und Selbstverwaltung. Parteifähigkeit aller demgemäß organisierten größeren nationalen Minderheiten vor dem internationalen Schiedshof."

248. Breslau-Stadt: Der Parteitag möge als Aktionsprogramm beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die politische Organisation, in der die deutsche Arbeiterschaft der ganzen Welt ihre geschichtliche Sendung erfüllen und die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsform erkämpfen will. Die SPD. bekennt sich zu der Ueberzeugung, daß bei dem in den großen Industrieländern erreichten Stand der wirtschaftlichen Produktion der weitere gesellschaftlich notwendige technische Fortschritt und die Beteiligung jedes einzelnen am Arbeitsertrag der ganzen menschlichen Gesellschaft nur bei fortschreitender Vergesellschaftung der Produktionsmittel und bei völliger Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen erreicht werden kann. Die SPD. wird durch den Glauben geeint, daß nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Freiheit jedes Einzelmenschen von wirtschaftlicher Ausbeutung und gesellschaftlichem Zwang und Verwirklichung der höchsten Kulturwerte gesichert werden kann. Sie ist sich bewußt, daß die Mittel zur Erreichung ihres Zieles immer wieder nachgeprüft und den Zeitumständen angepaßt werden müssen.

Angesichts der gegenwärtigen, durch den Weltkrieg und seine Nachwirkungen entscheidend beeinflußten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitlage erstrebt die SPD. zunächst die Erfüllung folgender Forderungen:

Wirtschaftspolitische Forderungen.

1. Sozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist (Kohle, Eisen, Kali, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel). Hierfür Schaffung sich selbst verwaltender Körperschaften mit dem Zwecke der Steigerung der Produktion, unter Sicherung des Allgemeininteresses und bei wachsender Gewinnbeteiligung der Volksgesamtheit.
2. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich-monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, stärkere Mitwirkung der Verbrauchergenossenschaften bei der Verteilung der von den Kommunen zu bewirtschaftenden Bedarfsgüter.
3. Durchführung des Kasseler Agrarprogramms.
4. Verschärfte Ein- und Ausfuhrkontrolle.

Sozialpolitische Forderungen.

1. Einheitliches Arbeitsrecht! Sicherung des verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsrechtes in der weiteren Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung.
2. Schleunige Durchführung des das wirtschaftliche Rätesystem betreffenden Artikels der Reichsverfassung.
3. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.
4. Allgemeine Arbeitslosenversicherung.
5. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterschaftsversicherung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.
6. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Erwerbsarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitsschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

7. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens. Bekämpfung des Wohnungselends durch Beseitigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht. Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von neuen Wohnungen mit Hilfe von Krediten des Reiches, der Länder und Gemeinden unter Verbilligung der Herstellung durch Betriebsleitung der Baugewerkschaften.

Finanzpolitische Forderungen.

1. Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.
2. Besondere Besteuerung derjenigen Werte, die von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffen werden.
3. Weiterer Ausbau der Kapitalsertrags-, der Nachlaß- und der Erbschaftssteuer. Umwandlung des Reichsnotopfers in eine jährliche Vermögensabgabe auf Grund des jeweiligen Vermögensstandes.
4. Abbau der indirekten Steuern auf lebenswichtige Gegenstände, sobald es die deutsche Finanzlage gestattet.
5. Allmählicher stufenweiser Abbau des Zinsfußes der Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen mit dem Ziele ihrer völligen Annullierung unter Schonung des arbeitsunfähigen Kleinrentnertums.
6. Fortschreitende Erfassung der Steuern an der Quelle.

Innenpolitische Forderungen.

1. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die nur regionale oder lokale Bedeutung haben.
2. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung einschränken oder unterdrücken.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich oder privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
4. Abschaffung der Reichswehr, sobald durch eine internationale Rechtsordnung der Schutz der Landesgrenzen gewährleistet ist. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte.
5. Durchführung der Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählten Volksvertretungen. Aufhebung der Bevorzugung der Juristen bei der Besetzung der höheren Verwaltungsposten. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrung. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner.
6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen unter Mitwirkung vom Volke gewählter Richter in allen Instanzen. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe. Neuordnung des Miet- und Wohnungsrechtes. Begrenzung des Erbrechtes. Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre im Zivilprozeß. Bessere Sicherstellung des Klagerechts der Armen.

Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.
2. Unterstützung aller Bestrebungen, die bereits unter den gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsformen den Gedanken der überstaatlichen Völkergemein-

schaft vorzubereiten geeignet sind. Eintreten für einen Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt.

3. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes.

4. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

5. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

6. Im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts nationale Selbstbestimmung der Völker.

7. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

8. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten, unter Ausschluß aller Geheimverträge.

9. Eine Handels- und Verkehrspolitik, die sich das Ziel der Wiedereinbeziehung der deutschen Volkswirtschaft in einen freien weltwirtschaftlichen Güteraustausch setzt.

Kulturpolitische Forderungen.

A. Für die Jugenderziehung.

1. Einheitlicher Aufbau des Bildungswesens vom obligatorischen Kindergarten bis zur Hochschule. Sechsjährige Grundschule. Scheidung nach Begabungstypen. Kernunterricht und wahlfreie Kurse auf der Oberstufe.

2. Weitherzige Förderung aller Bestrebungen auf Erneuerung und seelische Vertiefung der Schule.

3. Weltlichkeit der staatlichen Schule.

4. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

5. Abschaffung der Schul- und Hochschulabschlußprüfungen. Statt dessen Zeugnisse über Charakter, Befähigung und Kenntnisse auf Grund des von den Lehrern in der gemeinsamen Arbeit mit den Schülern gewonnenen Gesamteindrucks.

6. Ausbau der Selbstverwaltung zur Schulgemeinde der Lehrer, Schüler und Eltern.

7. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke. Ausbau der gesundheitlichen Fürsorge für die Schuljugend.

8. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Verpflegung an den staatlichen Schulen. Heranziehung aller Staatsbürger zu den Schullasten durch eine progressive Schulsteuer.

9. Einheitlichkeit in Ausbildung und Besoldung der Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen.

B.

Ausbau der Volkshochschulen zu Arbeitsgemeinschaften, in denen der schulentwachsenen Bevölkerung Methoden und Ergebnisse der Wissenschaft volkstümlich vermittelt werden.

C.

Religion ist Sache innerer Ueberzeugung, nicht Staatssache, nicht Parteisache. Trennung von Staat und Kirche.

249. Zwickau. Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist keine geeignete Grundlage zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms.

Die Notwendigkeit gründlicher, eingehender Erörterungen und Diskussionen über das zu schaffende Parteiprogramm gebietet, die Beschlußfassung darüber auf den nächsten Parteitag zu vertagen.

Dessenungeachtet muß der Görlitzer Parteitag zur Befruchtung der abschließenden Programmarbeit die Programmfrage umfassend diskutieren und beschließen, daß unser neues Parteiprogramm enthalten muß:

1. Die Feststellung, daß uns der Sozialismus mehr ist, als eine nur ökonomische Angelegenheit, daß wir unter ihm die Gestaltung unseres gesamten sozialen Daseins verstehen, zu dessen Errichtung uns die sozialistische Gütererzeugung und -verteilung nur Voraussetzung, nicht Endzweck ist.

2. Das Bekenntnis zu der Notwendigkeit, im gleichen Maße für die Umstellung der ökonomischen Verhältnisse zu kämpfen und an der Erziehung des sozialistischen Menschen zu arbeiten.

3. Die Festlegung, daß jetzt die Verwirklichung des Sozialismus an Stelle der nunmehr verwirklichten politischen Demokratie zum ersten Angriffsziel in den Vordergrund getreten und die Demokratie nur noch Verteidigungsobjekt geworden ist.

4. Eine genaue Umschreibung des Weges, auf dem wir die Verwirklichung des Sozialismus erreichen wollen; dabei vor allem eindeutige Stellungnahme für die Sozialisierung und zu dem Wie der Sozialisierung.

5. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus.

6. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

7. Ein klares Bekenntnis zum Klassenkampf.

250. Zwickau. Für den Fall, daß der Görlitzer Parteitag die Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm vertagt, fordern wir, daß er der Partei ein durchschlagendes, kurzes Aktionsprogramm gibt, das unsere Gegenwartsaufgabe knapp und klar umschreibt und bis zur Fertigstellung unseres neuen Programms Geltung behält.

251. Breslau-Stadt. Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

252. Dresden. Der 5. Unterbezirk Dresden-Altstadt lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm als gänzlich undiskutabel ab. Er ist zufolge seiner Unklarheit, Uneinheitlichkeit und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Gesinnungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherrschen. Der Bezirk fordert darum, daß der Parteitag die Zusammensetzung der Programmkommission ändert, indem er entschiedene Vertreter des entscheidenden Sozialisierungsgedankens in diese entsendet.

253. Dresden. Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist abzulehnen. Das Programm muß klar und bestimmt das Ziel unserer Bewegung, die sozialistische Lebensordnung, zum Ausdruck bringen. Zur Sozialisierung als das Entscheidende muß bestimmt Stellung genommen und dabei die Untersuchung und und die Erfahrungen unserer Wirtschaftstheoretiker und Praktiker benutzt werden.

254. Dresden: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist als undiskutabel abzulehnen. Das

endgültige Programm muß enthalten: 1. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus und der Sendung der Arbeiterklasse. 2. Ein Bekenntnis zum Klassenkampf. 3. Eine klare Stellungnahme zu der Frage, welche Sozialisierungsmaßnahmen in Zukunft durchzuführen sind. Die Programmkommission ist diesen Forderungen entsprechend zusammenzusetzen. Dem Parteitag ist anheimzugeben, für die programmlose Zeit ein Aktionsprogramm zu schaffen.

In dem Programm muß klar und deutlich ausgedrückt sein, daß es Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, den Klassenkampf des Proletariats zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. Das ist die Grundidee unserer Partei, und wenn diese im Programm fehlt, ist jedes Parteiprogramm für uns unannehmbar.

Die Stellungnahme zu den schwebenden politischen Fragen gehört in ein Aktionsprogramm.

Deshalb fordert wir nochmalige, gründliche Durcharbeitung eines neuen Parteiprogramms, das neben seinem wissenschaftlichen Gehalt auch einen agitatorischen, die Massen überzeugenden Inhalt besitzen muß.

255. Köln. 1. Im grundsätzlichen Teile möge das neue Programm entsprechend dem Erfurter Programm den Klassenkampf ausdrücklich als Mittel und Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bezeichnen. — 2. Die 11 Gruppen politischer Forderungen mögen in folgender logischer Reihenfolge aufgestellt werden: a) wirtschaftspolitische Forderungen unter Einschluß der Agrarfragen; b) sozialpolitische Forderungen: Arbeiterfragen, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege; c) kulturpolitische Forderungen: Erziehung, Schule, Jugendbewegung, Wissenschaft und Kunst, Stellung zur Religion; d) staatspolitische Forderungen: Verfassung und Verwaltung, Finanzen, Kommunalpolitik, Völkerbeziehungen und Internationale. — 3. Unter den Agrarfragen möge die Forderung der Vergesellschaftung des Grund und Bodens, sofern er kapitalistischer Ausbeutung dient, ausdrücklich an die Spitze gestellt werden. — 4. Absatz 4 des Abschnittes Kulturpolitik im vorliegenden Programmentwurf möge folgende Fassung erhalten: Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache. Deshalb Trennung von Staat und Kirche, Weltlichkeit der als Einheitsschule aufzubauenden Schule. Im übrigen Freiheit und Duldung für jede überkommende oder werdende Ueberzeugung.

256. Unterbezirk Unterweser: Im Programm ist unter Sozialpolitik aufzunehmen: Alle Arbeiter, die 25 Jahre Alters- und Invaliditätsmarken geklebt haben und 60 resp. 65 Jahre alt sind, sind auf ihren Antrag aus der Arbeit zu entlassen und dafür jüngere Kräfte einzustellen aus den Reihen der Erwerbslosen. Den Antragstellern ist zu ihrer Alters- bzw. Invalidenrente soviel Zuschuß aus einer dieser Versicherungskassen zu gewähren, daß sie das Existenzminimum eines gewöhnlichen Arbeiters erreichen.

257. Marburg a. d. Lahn: Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der SPD. (Bezirksverband Hessen-Nassau) richten an den Parteitag in Görlitz das dringende Ersuchen, auf eine umwälzende Reform der Hochschulen in Volksuniversitäten hinzuwirken und auf dieses wichtige Kapitel bei der Neufassung unseres Parteiprogramms ein besonderes Augenmerk zu richten.

258. Halle a. d. S.: Der Ortsverein Halle der SPD. schließt sich dem Antrag der Breslauer Parteigenossen zum Programmentwurf in folgenden Forderungen an:

Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf zu einer sozialistischen umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

In dieses Programm sind aus dem Erfurter die Teile zu übernehmen, die von der ökonomischen Entwicklung bestätigt oder unerschüttert sind.

259. Olching: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die Agrarfrage umgehend in Bearbeitung zu nehmen.

260. Königsberg i. Pr.: In dem Abschnitt Kulturprogramm ist der Satz einzufügen: Verbot alles Privatschulwesens.

261. Salzungen: Der Punkt 7 betr. Entschädigung bei Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum ist zu streichen und diese Frage den jeweiligen Machtverhältnissen zu überlassen.

262. Elberfeld: Folgende Forderung ist aufzunehmen: Kurzfristige Ermittlung des Index aller Bedarfsgegenstände durch die behördlichen Organe im Einvernehmen mit den Organisationen der Konsumenten und den Gewerkschaften zwecks Feststellung des Existenzminimums.

Gesetzliche Gewährleistung des Existenzminimums.

Der Punkt 7 ist zu streichen.

263. Weimar: Im Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationale" erhält Punkt 8 folgende Fassung:

8. a) Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert, aber auch die Autorität des Völkerbundes gewährleistet. Notwendigkeit, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist die Abschaffung der stehenden Heere, ihr Ersatz durch Volkswehren. Erziehung der nationalen Wehrmacht zur Erfüllung der Aufgaben des internationalen Rechts und zum Schutze der inneren Sicherheit. Körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit unter Ausschaltung des Haß- und Rachegeistes.

264. Elberfeld: Der letzte Teil des Punktes 9 von dem Worte „Sicherstellung" ab ist zu streichen und an dessen Stelle die Worte zu setzen: „Sicherstellung der Existenz gewährleistet".

265. Chemnitz: Der Parteitag wolle beschließen, darauf hinzuwirken, daß auch in Deutschland ein Reichsferiengesetz für alle Arbeitenden geschaffen wird und daß diese Forderung mit in das neu zu schaffende Aktionsprogramm aufgenommen wird.

266. Elberfeld: Zum Programmentwurf ist unter „Völkerbeziehungen unter Internationale" folgender Passus einzufügen: „Internationale Regelung der Rohstoffverteilung nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs in Industrie und Landwirtschaft."

267. Aachen: Für die Uebergangszeit ist ein Aktionsprogramm zu schaffen, das der heutigen Zeit in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung Rechnung trägt.

268. Unterbezirk Göttingen: Das neue Programm der Partei ist nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten.

269. Aachen: Der Parteitag bestimmt eine Kommission, welche ein Programm ausarbeitet, das den revolutionären Gedanken wie die Weiterführung des Klassenkampfes in sich birgt.

270. Poppenbrügge-Meimersdorf: Der Parteitag möge den neuen Programmentwurf ablehnen und dafür ein neues revolutionäres Programm, das das arbeitende, schaffende Proletariat in seinem schweren Lebenskampfe mit aller Kraft verteidigt und die SPD. zur wirklichen Kampforganisation ausgestaltet, schaffen.

ag in
unalen

VI. Jugend und Bildung.

271. Berlin: Der Parteivorstand wird ersucht, die Parteipresse zur Schaffung von Jugendbeilagen anzuhalten.

272. Dresden: Staatsschulverwaltungen und Gemeinden erhöhen immer mehr das Schulgeld in mittleren, höheren und Fachschulen. Der Erwerb höherer Bildung wird dadurch immer mehr ein Reservatrecht der Besitzenden. Aber auch den Kindern des werktätigen Volkes muß die bestmöglichste Ausbildung gesichert sein. Die Arbeiterschaft hat ein ganz besonderes Interesse daran, daß die guten Köpfe des Nachwuchses so geschult werden, daß sie höhere Stellen in Reich, Staat und Gemeinde, im Wirtschafts- und Lehrfach einnehmen können. Letzten Endes steht und fällt damit die ganze zukünftige sozialistisch-demokratische Arbeit im Staate. Das Ziel wäre gänzlicher Verzicht auf jedes Schulgeld, das gegen alle wirtschaftlichen, bevölkerungs- und bildungspolitischen Grundsätze verstößt. Da aber dieses Ziel unter der gegenwärtigen Finanzlage kaum zu erreichen ist, hat sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Macht dafür einzusetzen, daß durch Schulgelderlaß in mittleren und Hochschulen und durch Gewährung von Beihilfen für Beköstigung und Bekleidung in ausreichender Weise die Ausbildung der Begabten aus den Kreisen des werktätigen Volkes sichergestellt wird.

273. Hamburg: In der Erkenntnis, daß nur eine tatkräftige Hebung der Bildung und Kultur des ganzen Volkes uns aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch wieder erheben kann, fordert der Parteitag alle Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihren Einfluß überall dahingehend geltend zu machen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in Gemeinden, Ländern und im Reich nicht nur für die notwendige Verwaltung und den Schutz von Person und Eigentum, sondern in steigendem Maße für kulturpolitische Zwecke verwendet werden (Schul- und Bildungswesen, Wissenschaft, Kunstpflege, Jugendbewegung). Zahlreiche kulturpolitische Maßnahmen, auch solche, die von der Reichsverfassung gewährleistet sind, werden ungenügend oder gar nicht durchgeführt (Lehrerbildung, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Fortbildungsschule, Jugendwohlfahrt) unter Hinweis auf den Mangel an Mitteln. Damit versuchen besonders die Vertreter reaktionärer Parteien die ihnen verhaßte und sie gefährdende Kulturpolitik zu verhindern und ihre Kreise vor scharfer Besteuerung zu bewahren. Der Parteitag fordet die Genossen und Genossinnen auf, gegen solche Machenschaften die Augen offen zu halten.

274. Dortmund: Der deutsche Parteitag wolle beschließen, den Bildungsausschuß zu beauftragen, baldmöglichst wieder Parteischulen einzurichten.

275. Berlin: Der Parteivorstand ist aufzufordern, die Parteischule wieder einzurichten.

276. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes: Der Parteitag wolle beschließen, den Zentralbildungsausschuß durch den Parteivorstand zu beauftragen, baldigst wieder Parteischulen zu errichten und fernerhin für die Ausbildung und Durchschulung unserer jüngeren Parteimitglieder beiderlei Geschlechts mehr Sorge zu tragen.

277. Halle a. d. Saale: Die Ortsgruppe erwartet vom Parteitag, daß er den Zentralbildungsausschuß beauftragt, baldigst Schritte zu unternehmen, Parteibildungsschulen zu errichten. Es sollen darin Funktionäre der Partei eine gründliche Ausbildung in allen Fächern der Arbeiterbewegung und in der Wissenschaft vom Sozialismus erhalten.

kapitals **278.** Breslau (Stadt): Der Parteitag verpflichtet die größeren Orts- einer sozen, Bildungskurse einzurichten, die zweckmäßig zusammengefaßt und zu

Parteischulen ausgestaltet werden. Als Lehrgebiet kommen in erster Linie Volkswirtschaftslehre (unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Theoretiker) und neuere Geschichte (unter besonderer Berücksichtigung der Parteigeschichte) in Frage. Für die Parteigenossen der Kleinstädte und des flachen Landes richten die Bezirke ähnliche Kurse ein. Wenn es die finanzielle Lage der Partei irgend erlaubt, gehen Parteivorstand und Zentralbildungsausschuß an die Neueinrichtung der Parteischule, die als Parteihochschule auszubauen ist.

279. Halle a. d. Saale: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand möge eine Kommission zur Ausarbeitung eines Hochschulprogramms einsetzen.

280. Bad Berka: Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Bezirksvorstand, Regierung, Reichstags- und Landtagsfraktionen, Ortsgruppen und auch Gewerkschaften wollen allen Fleiß und alle Mittel anwenden zur Schaffung von Volkshochschulheimen, die die Gefahren und Schwächen der Volkshochschulen umgehen und dem Proletarierkinde die Möglichkeit geben, einige Monate sich abseits der staubigen Alltagsstraße der geistigen Vertiefung zu widmen. Die Mittel bringt der Schüler, die Gewerkschaft und der Unternehmer gemeinsam auf nach zu vereinbarenden Gesichtspunkten.

281. Blankenese: Für eine friedliche Verständigung der Völker, insbesondere ihrer proletarischen Schichten, ist eine Welthilfssprache unbedingte Voraussetzung. Der Parteivorstand und alle anderen Instanzen werden deshalb aufgefordert, dem Beispiel der Parteiorganisationen anderer Länder folgend, die Welthilfssprache „Esperanto" überall einzuführen und mit allen Mitteln zu fördern.

VII. Sonstige Anträge.

282. Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen, jedem Parteigenossen zu empfehlen, den Konsumgenossenschaften als Mitglied beizutreten, um dadurch den genossenschaftlichen Sozialismus zu fördern.

283. Hamburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinen und der Großeinkaufsgesellschaft in Verbindung zu treten zwecks Gründung einer Genossenschaft zur Herstellung des von den Zeitungsbetrieben der Partei, der Gewerkschaften sowie des von den Bureaus der Arbeiterbewegung benötigten Papiers.

284. Reutlingen-Münsingen: Der Parteivorstand wolle der Papierfabrikation auf irgendeine Weise, sei es durch Schaffung oder Erwerbung einer Papierfabrik, oder auf genossenschaftlichem Wege mit den Konsumvereinen, nähertreten.

Der Antrag wurde mit der unerhörten Verteuerung des Papiers begründet, worunter besonders die Arbeiterpresse schwer zu leiden hat.

285. Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen: „Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, mehr als bisher die Frauen zu allen Arbeiten heranzuziehen, in öffentlichen Aemtern, Körperschaften und Funktionen."

286. Hamburg: Antrag zur Verfassung und Verwaltung: Bekämpfung jeglichen bureaukratischen Geistes in der Verwaltung, insbesondere durch zweckentsprechende Besetzung der Beamtenstellen. Mit einem öffentlichen Amt darf nur bekleidet werden, wer durch schöpferische Leistungen und soziale Betätigung seine Reife dargetan hat. Die herkömmlichen Examen kommen erst in zweiter Linie in Frage.

287. Unterbezirk Osthavelland-Ruppin: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen: In allen größeren Orten sind von den kommunalen

Behörden gemeinsam mit den politischen Parteien und Vertretern der Verbraucher und Erzeugerorganisation Teuerungsprüfungskommissionen einzusetzen.

288. Halle a. d. Saale: Der Parteitag wolle mit aller Entschiedenheit auf die Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion einwirken, daß dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bei der Anstellung der Schutzpolizeibeamten hinwirken, daß ihnen dieselben Rechte wie allen anderen Staatsbeamten eingeräumt werden. In Besonderheit ist darauf hinzuwirken: 1. daß den Polizeibeamten das Koalitionsrecht nicht eingeschränkt wird; 2. daß die Anstellungsbedingungen für Beamte im Offizierrang und Beamte im Unteroffizierrang gleichmäßig sind, um dadurch ein Aufrücken der Unterbeamten leichter zu ermöglichen und der Demokratisierung der Verwaltungen nachzuhelfen.

289. Groß-Hamborn: Der Parteitag wolle beschließen, den Kreis-Preßkommissionen größere Rechte als bisher einzuräumen.

290. Berlin: Der Parteitag 1922 möge in Berlin stattfinden.

291. Hannover: Der nächste Parteitag findet in Hannover statt.

292. Frankfurt am Main: Der nächste Parteitag findet in Frankfurt am Main statt.

293. München: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, den nächsten Parteitag in München abzuhalten.

294. Schwerin in Mecklenburg: Der Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Schwerin in Mecklenburg abzuhalten.

295. Dortmund: Der deutsche Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Dortmund abzuhalten.

Nach Drucklegung der Vorlage eingegangene Anträge.

295a. Lintfort: Der Parteivorstand soll sich mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Verbindung setzen, um eine Unterstützungseinrichtung zu schaffen für Partei- und Gewerkschaftsgenossen, denen aus dem Arbeitsverhältnis ein Reichs- oder Landtagsmandat zufällt, damit deren Familien nicht geschädigt werden.

296. St. Ingbert (Saargebiet):

1. Aus der Erwägung, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich und daher kurz sein soll, wolle sich der Parteitag auf einen Entwurf festlegen, der für jedes Gebiet als ersten Punkt das Ziel aufstellt. Diesem Ziele eine kurze Erläuterung vorauszuschicken, ist durchaus angebracht.

Die anderen Punkte sollen Wege und Richtlinien darstellen, die bis zum endgültigen Ziele beschritten werden müssen.

Die dem Programmentwurf des Ausschusses vorangehenden grundsätzlichen Anschauungen fallen als selbstverständlich fort.

Der Parteitag beschließt dafür die Herausgabe eines ausführlichen Kommentars.

2. Zum Abschnitt Wirtschaftspolitik wolle der Parteitag folgende Fassung beschließen:

a) Punkt 1 des Entwurfs des Ausschusses.

b) Ziel: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Ueberführung aller Produktionsmittel in den Besitz und Genuß der Allgemeinheit, eine gerechte Einkommen- und Güterverteilung und stellt den Grundsatz auf, daß jeder Volksgenosse ein Recht auf Arbeit hat.

c) Wege und Richtlinien: Staatliche Kontrolle aller Erwerbsunternehmungen und kapitalistischen Interessengemeinschaften durch Gewinn- und Aufsichtsbeteiligung des Staates, der Allgemeinheit.

Demokratisierung der Wirtschaft durch Ausbau des Betriebs- und Wirtschaftsrätewesens.

Absatz 4, Punkt 6 des Entwurfs.

Punkt 7 des Entwurfs.

3. Zum Abschnitt Agrarfragen beantragen wir folgende Fassung:

a) Ziel: Zwecks Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

Verstaatlichung des Großgrundbesitzes oder Aufteilung und planmäßige Kleinsiedelung,

Vergesellschaftlichung alles Grund und Bodens und dessen Abgabe in Erbpacht.

b) Wege und Richtlinien:

Punkt 7 und Punkt 6 des Ausschußentwurfs.

Punkt 8 des Ausschußentwurfs.

Punkt 9 des Ausschußentwurfs.

Punkt 1, Absatz 1 des Ausschußentwurfs.

Punkt 3 des Ausschußentwurfs.

4. Zum Abschnitt Verfassung beantragen wir:

a) Ziel: Errichtung der sozialistischen Republik.

b) Wege und Richtlinien: Entwurf des Ausschusses.

5. Zum Abschnitt Kommunalpolitik: Artikel III, Schulwesen, fällt fort.

6. Zum Abschnitt Sozialpolitik wolle der Parteitag beschließen: Insbesondere fordern wir: 4. Errichtung von Arbeitskammern, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben . . . uff. wie Entwurf.

7. Zum Abschnitt Rechtspflege beantragen wir: Streichung der Worte „und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe" unter Kapitel Strafrecht.

8. Der Parteitag wolle zum Abschnitt Kulturpolitik folgende Fassung beschließen:

I. Ziel: Die SPD. erkennt an, daß die soziale Frage nicht nur eine materielle Seite hat, sondern auch eine ideelle, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die geistige Emanzipation der Arbeiterklasse erreicht werden muß. Sie fordert daher gleiche Bildungsmöglichkeit für jedermann.

II. Wege und Richtlinien:

a) Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung ist anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der soziale Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben. Dieses ist die Schule einer alles umfassenden Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau . . . uff. wie Entwurf.

b) Jugendhilfe, wie Entwurf.

c) Jugendbewegung, ist anzufügen: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke."

d) Religion, wie Entwurf.

c) Kunst und Wissenschaft sind für Volk und Menschheit von größter Bedeutung und werden mit allen Mitteln gefördert.

9. Zum Abschnitt Völkerbeziehung und Internationale bitten wir dem Punkte 4 folgende Fassung zu geben: „Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit eines wahren Völkerbundes, freie Erde, freie Meere und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für die ganze Welt."

Bei Punkt 8 Streichung des Satzes: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke."

297. Hanau: Der erste Absatz des Programms ist wie folgt zu fassen:

Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse und vertritt alle Kreise des arbeitenden Volkes, die erkannt haben, daß die jetzige kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft überwunden werden muß.

In der jetzigen Wirtschaft sind die Großkapitalisten, d. h. die Besitzer der großen Güter und Miethäuser, Bergwerke und Fabriken sowie die Bank- und Handelsfürsten nicht nur die Herren der wichtigsten Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe, sondern haben damit auch in ihrer wirtschaftlichen Gewalt die große Masse des arbeitenden Volkes und beuten es rücksichtslos aus. Aus dieser Ausbeutung kann sich das arbeitende Volk nur dadurch befreien, daß es die großkapitalistischen Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe in gesellschaftliches Eigentum überführt und die gemeinsame Arbeit nach dem Willen und zum Wohl der Gesamtheit regelt. Auf diese Weise wird die Arbeit, werden Gütererzeugung, Handel und Verkehr und wird das arbeitende Volk erst in Wahrheit frei; jeder kann seine ganze Kraft zugleich zum eigenen Nutzen und zum Wohle der Gesamtheit einsetzen; er leistet sein Höchstes im Dienste für die Gesamtheit und hat dementsprechend seinen vollen Anteil an dem Ertrage der gemeinsamen Arbeit; er erhebt sich, getragen von der Entwicklung der Gesamtheit, aus wirtschaftlicher und geistiger Not auf die Höhe angemessener Versorgung für jeden und allgemeinen Wetteifer in Bildung und Gesittung: diese Gemeinwirtschaft ist die sozialistische Wirtschaft.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Kräfte des arbeitenden Volkes in seinem Klassenkampf zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaft zu vereinigen und einzusetzen, um immer mehr die Gesetzgebung und Verwaltung zu beeinflussen und das arbeitende Volk mit dem sozialistischen Geiste zu erfüllen, mit dem Geiste zu fühlen, zu denken und zu handeln: einer für alle und alle für einen.

298. Stettin. Der Parteitag wolle weiter beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.

299. Zwickau. Die Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks Zwickau am 28. August in Mylau beantragt: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Falle der Ablehnung der sozialdemokratischen Steuerforderungen im Reichskabinett einen selbständigen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Erfassung der Sach- und Goldwerte vorsieht. Lehnt die bürgerliche Reichstagsmehrheit den Antrag ab, so ist von der Partei die Auflösung des Reichstags mit allen Mitteln zu betreiben.

300. Kiel. Die Reichstagsfraktion möge beauftragt werden, zur Wahrung der Interessen der Taubstummen freiwillig sich zur Verfügung stellende Abgeordnete der Hauptleitung des Taubstummen-Parteibundes bzw. den Bundesvorständen namhaft zu machen.

301. Kiel. Allen Genossen möge bekanntgemacht werden, daß die Taubstummen im Rahmen der Partei in einer eigenen Organisation (Taubstummen-Parteibund) für ihre Rechte und die soziale Gleichstellung kämpfen und weitestgehende Unterstützung und Verständnis von allen Genossen erwarten.

302. Marckwald: Es sind sofort durch eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz behufs Beseitigung der Klassenjustiz und ein Gesetz behufs Enteignung des beschlagnahmten Hohenzollernvermögens auszuarbeiten. Ueber diese Gesetze ist sofort das Volksbegehren in die Wege zu leiten.

303. Marckwald: Der Parteitag beschließt den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung, falls nicht mindestens unverzüglich folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Entlassung aller monarchistischen Offiziere der Reichswehr.
2. Unablösbare Beteiligung des Reiches am Eigentum aller industriellen und kommerziellen Großbetriebe sowie am landwirtschaftlichen Großgrundbesitz.
3. Bildung eines mit dem Reichskabinett konformen Ministeriums in Preußen.

304. Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses: In der deutschen Republik geht alle Regierungsmacht vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem Anhang im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was am wirksamsten durch Teilnahme an der Regierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die Sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der republikanischen, demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Wagschale zu werfen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Dies ist jetzt um so mehr nötig, als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck mit anderen Parteien in Reich und Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verteidigung der Republik.

Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane.

Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.

Politik der Völkerverständigung.

Loyale Erfüllung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes.

Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

305. Ruben: Demokratisierung der Verwaltung. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, Maßnahmen zu treffen, um die Erfahrungen der in der Staats- und Gemeindeverwaltung an

leitenden Stellen tätigen oder tätig gewesenen Parteigenossen hinsichtlich der Demokratisierung der Verwaltung auszutauschen und zu verwerten sowie um eine einheitliche Taktik bezüglich der allen Einzelländern gleichmäßig obliegenden Verwaltungsreformen herzustellen, auch das darauf sich beziehende Material zu sammeln. Der Parteivorstand wolle erwägen, ob sich nicht zu diesem Zwecke die Einrichtung einer Abteilung im Parteivorstand und die Angliederung einer Studienkommission empfiehlt.

306. Löbe: Das Tragen republikanischer Abzeichen. Um auch der äußerlichen Propaganda des Monarchismus durch Tragen schwarzweißroter Abzeichen, Hakenkreuze und anderer Dekorationen entgegenzutreten, empfiehlt der Parteitag den Parteigenossen, die Zahl und die Macht der Anhänger der Republik durch das Anlegen eines Abzeichens in den Farben der deutschen Republik sichtbar zu machen. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, die Schaffung eines besonderen Parteiabzeichens in Erwägung zu ziehen.

307. Korell: Im Abschnitt Sozialpolitik des Parteiprogramms ist voranzustellen: Ausbau, Ueberwachung und Durchführung der Sozialgesetze unter Mitwirkung aller Bevölkerungskreise. Ausbau der vorbeugenden Fürsorge. Aufgehen aller Sozialversicherungen in eine staatliche Fürsorge.

308. Höfs: Der äußerste Absatz des allgemeinen Teiles möge lauten: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsstufe für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Zweck dieser Gemeinschaft ist Hebung, Schutz und Förderung der Menschenleben, ist das Recht aller an den Kulturgütern. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in de sozialistischen Gesellschaft.

Darauf folgen die übrigen Absätze des allgemeinen Teiles unverändert.

Dann die wirtschaftlichen Forderungen unverändert.

Dann die landwirtschaftlichen Forderungen unverändert bis zum 5. Absatz. Darauf möge folgen:

Die Erstrebung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hat den Zweck, eine zielbewußte, planmäßige, alle umfassende Menschenökonomie zu ermöglichen. Der Mensch darf nicht Mittel zum Zweck der Güterproduktion sein. Die Güterproduktion ich Mittel zum Zweck der Menschenökonomie. Unter dem Grundsatz der Menschenökonomie werden in der sozialistischen Wirtschaft die Ausgaben für Sozialpolitik, Sozialhygiene und Kulturpolitik zu den Betriebskosten der Gemeinwirtschaft zu rechnen sein. Darum fordert die Sozialdemokratische Partei:

In dem Abschnitt: „Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik" möge es im ersten Absatz so heißen:

Ein einheitliches Arbeiterrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb. Einheitliche, durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Darauf folgen die übrigen Absätze der sozialpolitischen Forderungen unverändert. Es folgt dann:

Gesundheitspflege unverändert.
Wohnungswesen unverändert.
Kulturpolitik unverändert.

Rechtspflege unverändert.
Reichsfinanzen unverändert.
Ausbau der Verfassung unverändert.
Demokratisierung der Verwaltung unverändert.
Beamten des Reiches unverändert.
Kommunalpolitik unverändert.
Völkerbeziehungen und Internationale unverändert.

309. Scholich: Der Parteitag möge beschließen, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten,

1. die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August d. J. sofort auf alle sogenannten Arbeitsgemeinschaften und Freikorps auszudehnen,
2. alle Waffen- und Munitionslager sowie -transporte unter die Mitkontrolle der Arbeiterorganisationen zu stellen, mit dem Zwecke, sämtliche nicht ganz unbedingt notwendigen Waffen- und Munitionsbestände umgehend zu vernichten.

310. Hans Vogel-Nürnberg: Der Parteitag bekennt sich zu der Ueberzeugung, daß nur eine große einige Kampforganisation aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die Mächte der Reaktion und des Kapitalismus gewinnen kann. Er erstrebt die Wiederherstellung einer einigen proletarischen Partei, wie sie bis zur unseligen Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestanden hat.

Ihre Spaltung hat nicht nur die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Gegner im eigenen Lande geschwächt, sondern auch die Internationale zerrissen, deren Wiedervereinigung zum Kampf gegen den völkerverhetzenden Imperialismus und zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes notwendiger ist denn je.

Der Parteitag begrüßt daher alle Zeichen einer Wiederannäherung der durch den Streit getrennten Richtungen ebenso, wie er die Treibereien kommunistischer Gewaltapostel gegen die Einigkeit als Verbrechen an der Arbeiterklasse verurteilt.

Solange sich die organisatorische Wiedervereinigung, die nur durch Vereinbarungen der zentralen Instanzen erfolgen kann, als noch nicht durchführbar erweist, muß die Sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und organisatorische Selbständigkeit wahren. In ihrer Stärkung liegt die beste Gewähr für das Erstarken des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.

Resolution über die Vergewaltigung Georgiens.

311. Bernstein: Der Parteitag verurteilt auf das allerschärfste den brutalen Ueberfall Sowjetrußlands auf die demokratische Republik Georgien und deren Vergewaltigung. In Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie aller Länder fordert er die schleunige Zurückziehung der bolschewistischen Truppen aus Georgien. Ferner fordert er die sofortige Freilassung der in Georgien wider alles Recht verhafteten Sozialisten und die Rückbeförderung der von den Schergen der bolschewistischen Regierung nach Rußland deportierten Georgier.

312. Görlinger: Der Parteivorstand schafft eine Einrichtung, die eine Uebersicht gewährt über die Genossen und Genossinnen, die geeignet und bereit sind in die Verwaltungen der Kommunen, der Länder und des Reiches einzutreten. Sie ist so auszugestalten, daß sie eine Uebersicht gewährt über alle an der Verwaltung der Kommunen, Ländern und des Reiches tätigen Genossen und Genossinnen.

313. Resolution Hermann Müller: Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailler

Vertrages haben die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen verhindert.

Die Gesundung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der aufbaubereiten Kreise aller Länder zur Voraussetzung.

Die deutsche Sozialdemokratie war zu dieser Mitarbeit stets bereit und hat insbesondere alles getan, um einen schleunigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens nach besten Kräften zu fördern. Die dem deutschen Volke durch den Versailler Vertrag auferlegte Gesamtlast ist aber auf die Dauer unerträglich, denn die Schäden des Weltkrieges sind so ungeheuer, daß sie von einem Volke allein nicht repariert werden können.

Durch das Sinken der deutschen Währung, das durch das vaterlandslose Treiben gewisser Börsenspekulanten in Handel und Industrie stark gefördert wurde, gestalten sich die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den Ländern starker Valuta immer schwieriger. In den Ländern hochwertiger Währung steigt die Arbeitslosigkeit fortgesetzt, weil nach den Ländern minderwertiger Valuta der Export fast unmöglich wird.

Die Lage der Arbeiterklassen in den Siegerstaaten, den neutralen Ländern und den Ländern der Besiegten fordert deshalb gleichermaßen gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages.

Vor allem aber ist eine schleunige, auf das Ergebnis der für Deutschland günstigen Abstimmung gegründete Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtige oberschlesische Industriegebiet erforderlich.

Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen, überdies auch dem Versailler Vertrag widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen im Westen gefordert werden. Die Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen zerreißt die Zusammenhänge der deutschen Volkswirtschaft und stört damit den deutschen Wiederaufbau, der überhaupt nur durch Zusammenfassung aller Kräfte erreicht werden kann.

Die Anwendung der wirtschaftlichen und der militärischen Sanktionen liefert den deutschen Nationalisten Wasser auf die Mühlen und erschwert damit der deutschen Sozialdemokratie ihren Kampf für eine Politik der Völkerverständigung.

Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Reaktion niederzuhalten und die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern. Sie wird dafür sorgen, daß den Reaktionären durch eine fortschreitende Demokratisierung des gesamten staatlichen und öffentlichen Lebens das Handwerk gelegt wird, denn das Treiben der deutschen Nationalisten schädigt das Ansehen des neuen Deutschlands in der ganzen Welt und lähmt im Ausland die Arbeit der Freunde der Revision des Friedensvertrages. Nur als eine friedliebende, zur Zusammenarbeit mit allen Völkern bereite deutsche Republik kann Deutschland nach dem Ergebnis dieses durch die Schuld des deutschen Militarismus verlorenen Krieges fortbestehen. Diese Auffassung in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zur Anerkennung zu bringen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

314. Heinrich Riegel: Zur Resolution des Parteivorstandes usw. Nr. 304. Absatz 3 der Grundforderungen hinter Polizeiorgane anzufügen:

Sofortige Entlassung aller monarchistischer Offiziere und Exekutivbeamten, die ihren auf die republikanische Verfassung zu leistenden Eid abgelehnt oder diesen durch monarchistische Propaganda gebrochen haben.

Absatz 6 hinter dem Wort Besitzes anzufügen: insbesondere durch Erfassung der Sachwerte.

Der letzte Absatz der Resolution ist zu streichen.

315. Paul Kieß: Zusatz zu Nr. 304. Der Parteitag erblickt in der sozialen Schichtung, dem Programm und vor allem in der Praxis der Deutschen Volkspartei nicht die für eine Koalition notwendigen Garantien. Der Parteitag lehnt deshalb ein Zusammengehen der SPD. mit der Deutschen Volkspartei ab.

316. Paul Bader: Abänderungsantrag zur Resolution Nr. 304. In Zeile 14 von unten ist statt „Grundforderungen" zu setzen „Mindestforderungen".

Als vierte der Forderungen ist einzufügen: „Schaffung einer gerechten, vom Vertrauen des Volkes getragenen Rechtspflege".

In Zeile 3 von unten ist statt „Im übrigen soll . . ." zu setzen „Darüber hinaus soll . . ."

317. Kabelitz: Zur Resolution Nr. 304. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck nur mit solchen Parteien in Reich und Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, die sich verpflichten, jede monarchistische und antidemokratische Agitation zu unterlassen und eine Garantie für die Durchführung eines Arbeitsprogrammes geben, das mindestens folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verteidigung der Republik.

Sicherung und Ausbau des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizeiorgane und der Reichswehr, also Entlassung aller monarchistischen Offiziere bei dem Zusammentritt der neuen Regierung.

Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.

Politik der Völkerverständigung.

Loyale Erfüllung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitergehende Heranziehung des Besitzes, vor allem durch unablösbare Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln der Großbetriebe, der Industrie und des Handels sowie am Großgrundbesitz.

318. Pietsch-Breslau: Abänderungsantrag zu Antrag Nr. 304. Der letzte Absatz soll heißen:

Der Parteivorstand soll unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage und nur unter Beobachtung der vorstehenden Grundforderungen im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

319. Meier-Zwickau: Der Parteitag erneuert den Beschluß von Kassel, daß jeder parteigenössische Lehrer Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschland" sein muß und erwartet als selbstverständlich von jedem eine rege Beteiligung an sämtlichen Arbeiten der Partei.

320. L. Biester-Hoisbüttel: Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand beruft möglichst bald eine Zusammenkunft der preußischen Landtagsabgeordneten mit gewählten Vertretern der preußischen Bezirke zur Berichterstattung der preußischen Landtagsfraktion und Stellungnahme zu deren Politik ein.

321. Bernstein, Löbe, Scheidemann: Zu 311 Absatz 2. Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis davon, daß in Ungarn immer noch ein blutiges Regime der Soldateska die breiten Massen des arbeitenden Volkes jeder Freiheit und jeglichen Bestimmungsrechtes beraubt.

Der Parteitag brandmarkt dieses Regiment, das mit der monarchistischen Reaktion in Bayern liebäugelt und mit der demokratischen Weltauffassung der heutigen Zeit in schreiendstem Widerspruch steht. Die Beseitigung dieses Systems ist dringendes Erfordernis des Friedens in Europa.

322. Knack-Hamburg. Zum Bericht der Reichstagsfraktion. Der Parteitag wolle beschließen:

Im Sinne der von der Reichsfrauenkonferenz gefaßten Beschlüsse wird die Reichstagsfraktion beauftragt, dahin zu wirken, daß die Reichsregierung endlich entschlossen und zielsicher eine soziale Bevölkerungspolitik dadurch treibt, daß sie

1. zur Verhütung und Heilung der entsetzlichen Gesundheitsschädigungen, welche die Geschlechtskrankheiten in der deutschen Familie anrichten, den Gesetzentwurf vom 10. März 1920 behufs Abschaffung der polizeilichen Reglementierung und Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtskranken zum fertigen Gesetz erhebt sowie in Verbindung damit, durch die Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches durchsetzt, daß die Verbrecherstrafe für Abtreibungen durch eine soziale Regelung der Geburtenzahl und die Verhütung unsozialer Geburten ersetzt wird,

2. zur Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder die rückständigen Bestimmungen aufhebt, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Makel behaftet, aber die Väter dieser Kinder ruhig weiter Beamte sein läßt, wobei in allen Versorgungsgesetzen, namentlich auch in denjenigen für Beamte, die Bezüge an Waisengeld und ähnlichem für uneheliche Kinder der weiblichen Beamten zu sichern sind,

3. zur Versorgung und Versicherung der Mütter überhaupt dem internationalen Uebereinkommen beitritt, das vom Arbeitsamt des Völkerbundes wegen Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mutter in mustergültiger Weise dem Deutschen Reich zum Beitritt vorgeschlagen und von einer Reihe auswärtiger Staaten bereits angenommen worden ist.

323. Resolution Keil zur Steuerfrage: Das deutsche Finanzelend ist heraufbeschworen worden durch den Krieg und die leichtfertige Kriegsfinanzpolitik. Es ist verschärft worden durch die dem deutschen Volke von der Entente gewaltsam auferlegten, allen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung hohnsprechenden Verpflichtungen.

Dem Finanzelend kann nur erfolgreich gesteuert werden durch Verminderung des Notenumlaufs, Festigung des Markkurses und Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt.

Die bisherige Steuergesetzgebung konnte diesem Ziel nicht näher kommen, weil sie den Wertverschiebungen, die die Geldentwertung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen herbeiführte, nicht Rechnung getragen, die Lohn- und Gehalteinkommen und die Renteneträge aus den entwerteten, fest verzinslichen Kapitalien überbelastet, die großen Vermögen und Einkommen in Industrie, Handel und Landwirtschaft geschont und damit nicht nur die Kluft zwischen der Lebenshaltung der breiten Massen und der im Ueberfluß lebenden Oberschicht verbreitert, sondern auch zur Vermehrung der Kosten der öffentlichen Verwaltung, zur Steigerung der Papiergeldflut und zur weiteren Entwertung der Mark beigetragen hat. Sie hat die von dem Heer der Spekulanten und Wucherer zusammengerafften Vermögen nur zum kleinen Teil, die ins Ausland verbrachten überhaupt nicht zu erfassen vermocht.

Mit steuerlichen Maßnahmen allein, auch mit den neuen Steuervorschlägen der Reichsregierung, ist die Gesundung der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen.

Neben der Weiterbildung der Besitzsteuergesetzgebung, die den Wertverschiebungen Rechnung tragen und insbesondere auf die Beschränkung des verschwenderischen Ueberverbrauchs gerichtet sein muß, und ihrer scharfen Durchführung müssen die Sachvermögen für die Beseitigung der Finanznot in Anspruch genommen werden.

Zur Befreiung von der zügellosen Devisenspekulation, zur Hebung des deutschen Auslandskredits, zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Balanzierung des Reichshaushalts ist dem Reiche das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Ertrag unter Schonung des kleingewerblichen und kleinbäuerlichen Besitzes einzuräumen.

Zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen muß die Einfuhr aller nicht unbedingt notwendigen Gebrauchs- und Genußartikel möglichst gehindert, die Ausfuhr durch Steigerung der Produktion unter Aufschließung des Auslandsmarktes gefördert, der Valutagewinn an den Ausfuhrwaren vom Reiche erfaßt werden.

Die Vorschriften der Reichsabgabenordnung, die der wahrheitsgemäßen Feststellung der Vermögen und Einkommen dienen, müssen weiter ausgebaut, alle Versuche, eine zuverlässige Veranlagung zu erschweren, zurückgewiesen werden.

Die Arbeiterschaft wird sich bereit halten, jeden Widerstand gegen die zur Gesundung der deutschen Finanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu überwinden.

324. Weidemann: Die kürzlich erfolgte Neuregelung des Teuerungszuschlages für die Beamten ist wiederum in der Weise erfolgt, daß der bisher gewährte gleichmäßige prozentuale Zuschlag weiter gleichmäßig erhöht wurde. Der Widerspruch der maßgebenden Spitzenorganisationen hat es nicht vermocht, die Reichsregierung von diesem System der Zuschlagsgewährung abzubringen. Sie erblicken aber nach wie vor in dem gleichmäßigen prozentualen Teuerungszuschlag eine Ungerechtigkeit gegen die minderbesoldeten Beamten und halten ihre grundsätzliche Forderung nach Beseitigung dieses Systems auch weiterhin aufrecht.

Der Parteitag schließt sich dieser Auffassung an und ersucht deshalb die Reichstagsfraktion, gelegentlich der bevorstehenden Beratung des betreffenden Gesetzentwurfes eine Entschließung einzubringen, die sich gegen eine weitere gleichmäßige Erhöhung der prozentualen Teuerungszuschläge ausspricht, ihre Staffelung nach Gehaltssätzen oder Gehaltsgrenzen verlangt, und die Beseitigung der Staffelung nach Ortsklassen, sowie die Zusicherung eines Mindestsatzes für die unteren Gehaltsgrenzen fordert. In der Entschließung ist die Reichsregierung ferner zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob und inwieweit die Teuerungszuschläge in das Grundgehalt und den Ortszuschlag einzubeziehen sind, und dem Reichstag eine entsprechende Gesetzesvorlage zu machen.

325. Georg Schmidt-Cöpenick: Entschließung zum Bericht der Reichstagsfraktion, Teuerung betreffend. Entgegen den Warnungen der Sozialdemokratischen Partei wurde die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide aufgehoben. Für die Erfassung eines Teiles der Getreideernte ist das Umlageverfahren eingeführt worden. Die Höhe der zu erfassenden Getreidemengen reicht nicht aus, um den Brotbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sicherzustellen. Das Umlageverfahren ist nur ein Uebergang zur vollen freien Wirtschaft beim Getreide. Der Preis des Getreides wurde bedeutend erhöht. Der Preis des freien Getreides ist dem Weltmarktpreis nahegekommen und wird den Brotpreis erhöhend beeinflussen.

Die weitere Verteuerung dieses wichtigsten Nahrungsmittels ist neben der Geldentwertung mit die wesentliche Ursache für die nun eingetretene allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Dadurch wurde die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentenempfänger er-

heblich verschlechtert. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion, zum Schutze des Reallohnes gesetzliche Maßnahmen zu treffen, abgelehnt, ebenso diese Vorschläge, die Mehrgewinne der industriellen Unternehmer und der Landwirte der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Verantwortung für die von uns vorausgesagten und nun tatsächlich eingetretenen Folgen tragen die bürgerlichen Parteien.

Der Parteitag fordert die Regierung auf, alle Bestrebungen der breiten Masse des Volkes auf Erhöhung ihres Einkommnes, um einen Ausgleich herbeizuführen, tatkräftig zu unterstützen, ferner dem zügellosen Bestreben des Finanzkapitals, der industriellen Unternehmer und der Landwirte, in Zeiten der bitteren Not des Volkes sich durch unerhörte Gewinne zu bereichern, durch wirksame Maßnahmen entgegenzutreten und die Verschiebung von Getreide und anderer Nahrungsmittel nach dem Auslande wirksam, schon beim Erzeuger, zu unterbinden.

326. Weidemann-Insterburg: Der Parteitag wolle beschließen: Nach Artikel 10, 3 der Reichsverfassung kann das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen für das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften. Von dieser Ermächtigung hat es bisher keinen Gebrauch gemacht, so daß die alten, unter dem Kaiserreich geschaffenen Beamtengesetze noch immer in Geltung sind, die gegen republikanische Beamte in äußerst rigoroser und autokratischer Weise gehandhabt werden. Das weitere Bestehenbleiben dieser Gesetze bildet eine Gefahr für die Republik, ihr schnellstes Verschwinden ist deshalb dringend geboten. Andererseits hält der Parteitag es für unbedingt notwendig, daß die Einheitlichkeit dieser Gesetze im Reich und den Ländern hergestellt wird. Die Vorwegnahme eines Disziplinargesetzes für Preußen, zu dem der Entwurf fertiggestellt ist, kann daher nicht für wünschenswert erachtet werden. Sie würde, wie Vorgänge beweisen, zu Verwickelungen und Weiterungen führen. Aus diesen Gründen ersucht der Parteitag:

1. die preußische Landtagsfraktion, die Zurückstellung eines etwaigen Entwurfes zu einem preußischen Disziplinargesetz bis zur Erledigung des entsprechenden Gesetzes im Reich zu bewirken;
2. die Genossen in der Reichsregierung und die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck auf die Fertigstellung, Einbringung und Verabschiedung des neuen Reichsbeamtengesetzes zu dringen.

327. Radbruch: Resolution. Unter dem Schutze der richterlichen Unabhängigkeit hat sich in der deutschen Republik eine Justiz erhalten, die sich als ein obrigkeitsstaatlicher Fremdkörper im sozialen Volksstaat darstellt. Die Erbitterung weiter Volkskreise über den Geist, welchen diese Justiz in fast allen politisch gefärbten Streitfällen bekundet, hat einen Grad erreicht, der tiefgreifende Maßnahmen zu deren Gesundung als unaufschiebbar erscheinen läßt. Es muß den Trägern der deutschen Rechtspflege zum Bewußtsein gebracht werden, daß nur der im Geiste der geltenden Rechtsordnung, im Geiste der sozialen und demokratischen Republik Recht zu finden vermag, der diesen Geist zum mindesten als eine geschichtliche Notwendigkeit innerlich bejaht. Für haßerfüllte Feinde unserer republikanischen Verfassung darf in der republikanischen Justiz keine Stätte sein.

Es ist die Pflicht der Justizministerien, durch sorgfältige Auslese des justizamtlichen Nachwuchses, durch tatkräftige Leitung und Sichtung der Staatsanwaltschaft für die Erneuerung des Geistes in unserer Justiz Sorge zu tragen. Die juristische Ausbildung muß unter Berücksichtigung der wirtschafts- und sozialpolitischen Studien neugeordnet werden. Wie vom Reichsjustizminister die Urteile der Sondergerichte, so müssen von den Justizministern der Länder alle Urteile der anderen außerordentlichen Gerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Begnadigung einer Nachprüfung unterzogen werden.

Bei der kommenden Justizreform haben die Gerichte, welche sich das besondere Vertrauen weiter Volkskreise erworben haben: die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, als Vorbilder zu dienen, wie in einem Zeitalter des Klassenkampfes wahrhaft unabhängige Gerichte auszugestalten sind. Die Strafgerichte aller Arten und Stufen sind mit Laienbeisitzern zu besetzen, die Schöffen und Geschworene nach dem Grundsatze der Verhältniswahl zu wählen, die Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern schleunigst durchzuführen.

Die seit Jahrzehnten vorbereitete Neuordnung des Strafrechts, des Strafvollzugs und des Strafverfahrens muß endlich zur Wirklichkeit werden. An die Stelle eines veralteten, auf Vergeltung und Abschreckung abzielenden Strafrechts muß ein auf Sicherung und Besserung, bei Jugendlichen auf Erziehung gerichtetes soziales Strafrecht treten. Todesstrafe und Ehrverlust sind abzuschaffen, Arbeitskraft und Koalitionsrecht besonders zu schützen, die Abtreibungsstrafen durchgreifend einzuschränken. Unser völlig rückständiges Ehescheidungsrecht muß schnellstens umgestaltet, die verfassungsmäßig vorgesehene Gleichstellung der unehelichen Kinder baldigst verwirklicht werden. Der Zivilprozeß muß unter sozialem Gesichtspunkt neu geordnet werden, besonders durch Einführung des Güteverfahrens. Verzögert sich die Gesamtreform, so muß die Novellengesetzgebung eingreifen.

Achtung vor dem Recht und Vertrauen in die Rechtspflege sind Lebensbedürfnisse jedes Gemeinwesens. Nur schnelle und durchgreifende Maßnahmen können sie retten.

328. Hellmann-Hamburg und Genossen: Ein Reichsgesetz zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung ist eine dringende Notwendigkeit, da nur auf diesem Wege die durch die Reichsverfassung gewährleistete Einrichtung von weltlichen Schulen ordnungsgemäß möglich ist und schädliche Schulkämpfe und Schulstreiks vermieden werden können. Der zurzeit dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf sichert zwar die Errichtung weltlicher Schulen, läßt aber andererseits durch sein weites Entgegenkommen gegen die Bekenntnisschulen deutlich erkennen, daß er zu einer Zeit entstanden ist, in der die Sozialdemokratie in der Reichsregierung nicht vertreten war. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, für die gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwufes nachdrücklich einzutreten; hierbei ist nicht nur der Wille der Erziehungsberechtigten so zu berücksichtigen, wie es die Reichsverfassung unter dem Zwang der überlieferten konfessionellen Gliederung Deutschlands verlangt, wie es aber auch die innere Neugestaltung der Schule wünschenswert erscheinen läßt, sondern es muß auch ein geordneter Schulbetrieb gemäß Art. 146 und damit eine möglichst hohe und einheitliche Leistungsfähigkeit des deutschen Schulwesens in vollstem Maße gesichert werden. Ebenso dürfen die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer nicht beeinträchtigt werden.

Grundsätzlich erklärt der Parteitag, daß er nach wie vor an der weltlichen Schule die beste Form der Gemeinschaftsschule sieht, da sie allein die von dem modernen Volksstaat allen Bekenntnissen und Weltanschauungen gegenüber zu übende Duldsamkeit gewährleistet und zugleich alle wertvollen Forderungen einer neuzeitlichen Schulreform am besten zu verwirklichen vermag.

329. Walter Loeb: Zur Abänderung des Antrages Keil. Absatz 2. Dem Finanzelend kann nur erfolgreich gesteuert werden ohne Verminderung des Notenumlaufes, Fundierung der schwebenden Schuld, Festigung des Markkurses usw.

Absatz 3. Die bisherige Steuergesetzgebung konnte diesem Ziel nicht näherkommen, weil durch die nur zögernd vorwärtsgehende, unzureichende Beran-

lagung, der fortschreitenden Geldentwertung in Vermögens- und Einkommensverhältnissen nicht Rechnung getragen wurde, die Lohn- und Gehaltsempfänger...

Absatz 5. Neben der Weiterbildung der Besitzsteuergesetzgebung, die den Wertverschiebungen Rechnung tragen und insbesondere auf die Beschränkung des verschwenderischen Ueberverbrauchs gerichtet sein muß, und ihrer scharfen Durchführung müssen die Produktionsmittel und der Großgrundbesitz der deutschen Volkswirtschaft herangezogen werden. Unter Schonung der Vermögen und Einkommen der Kleingewerbetreibenden und des kleinbäuerlichen Besitzes ist dem Reich eine unablösbare Beteiligung an den Realwerten des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zu übertragen.

Absatz 7 (neu fassen). Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie den Bestrebungen, die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung abzuschwächen, die Befugnisse der Finanzverwaltungen den ordentlichen Gerichten zu übertragen, entschiedenen Widerstand entgegensetzen wird, da es sich hier um Bestrebungen handelt, die geeignet sind, eine durchgreifende Steuerveranlagung zu erschweren. Es ist insbesondere darauf zu achten, daß die Abwälzung aller Besitzsteuern auf den Konsum durch geeignete Bestimmungen der Abgabenordnung verhindert wird.

330. Walter Loeb: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß beim Reichsfinanzministerium ein Reichskommissariat gegen Steuerhinterziehung errichtet wird.

331. Louis Biester: Zusatzantrag Dr. Kann zur Resolution 327. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Kommission zu berufen, die die gesetzgeberischen Vorschläge ausarbeitet, die unter Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter geeignet sind, eine grundlegende Aenderung im Personenstand des deutschen Justizbeamtentums herbeizuführen.

332. Genz-Gr.-Stettin: Die ungeheure Teuerung hat die wirtschaftliche Notlage der unteren und mittleren Beamtenschaft und der Lehrerschaft maßlos gesteigert. Diese Schwierigkeiten werden verschärft durch das ungeheure Nachzahlungselend.

Heute noch warten weite Kreise dieser Volksgenossen vergeblich auf beträchtliche Bezüge seit dem 1. April 1920.

Der Parteitag verurteilt diesen unerträglichen Bureaukratismus und fordert die Fraktionen auf, mit ihrem ganzen Einfluß dieser sozialen Ungerechtigkeit zu begegnen.

333. Todenhagen-Berlin: Der Parteitag beauftragt die Fraktionen der Länder und Gemeinden, dafür zu sorgen, daß in den Fortbildungsschulen im staatsbürgerlichen Unterricht Verfassungskunde mit besonders gründlicher Behandlung der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundlagen des Deutschen Reiches erteilt wird.

334. Ostrowski-Lankwitz: Im Widerspruch mit den von der Partei vertretenen Grundsätzen gilt in unserem öffentlichen Schul- und Erziehungswesen immer noch der Satz: wer Geld hat, kann sich die Bildungsmöglichkeiten für seine Kinder in jeder gewünschten Form leisten.

Schulgeldsteigerungen sind an der Tagesordnung. Es wachsen damit von Tag zu Tag die Hindernisse, die sich schon bisher einem stetigen, starken Aufstieg aller in den Unterschichten verkümmernden, von Natur vielversprechend begabten jugendlichen Kräften entgegenstellen.

Jede Umstellung auf die gemeinschaftliche Beeinflussung und Erziehung unseres Nachwuchses wird damit noch für lange Zeit illusorisch gemacht.

Schulung und Erziehung sind nun aber einmal anerkannte Gemeinschaftsaufgaben. Die Gemeinschaft ist Quelle und Mündung für jedes Einzelleben.

Die Gemeinschaft aller Staatsbürger hat deshalb auch an den Lasten für die Auferziehung des staatsbürgerlichen Nachwuchses nach dem Grade der finanziellen Leistungsfähigkeit teilzunehmen.

Es ist geradezu widersinnig, wenn man heute der Elternschaft allein — neben den schon an und für sich großen Lasten der pfleglichen körperlichen Aufbringung — auch den größten Teil der Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder zumutet, während Unverheiratete und Kinderlose an diesen Aufwendungen für die Gemeinschaft völlig anteillos bleiben.

Es würde in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bis hinein in den Mittelstand, der unter dieser Ueberlast ebenfalls sehr stark leidet, als eine große wirtschaftliche Erleichterung begrüßt werden, wenn an der Aufbringung dieser Sonderlasten die gesamte Volksgemeinschaft beteiligt würde.

Wenn auch an dem Grundsatz festgehalten werden soll, daß alle Lasten für die Schule als der vornehmsten aller sozialen Veranstaltungen eines Volkes aus dem allgemeinen steuerlichen Aufkommen getragen werden müssen, so erfordert doch der noch für lange Zeit bestehende notleidende Zustand unseres Reichshaushalts für diese lebensnotwendigen Zwecke wie auf vielen anderen Gebieten außerordentliche Notmaßnahmen.

In dieser Erkenntnis und teilweise auch unter Berufung auf § 145 und den Gesamtgeist der übrigen in Frage kommenden Paragraphen der Reichsverfassung fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, mit allen Mitteln zu versuchen, daß alsbald zur Aufbringung der bisher von der deutschen Elternschaft getragenen Ueberlasten an Schulgeld und Lehrmitteln eine die Allgemeinheit belastende Reichsschulnotsteuer zur Einführung kommt.

Die Steuer müßte so errechnet werden, daß sie neben den eben angeführten Zwecken auch noch Mittel übrig läßt für darüber hinausliegende Schul- und Erziehungsaufgaben des Reiches, die bisher, wie bekannt, in einem erschrecklichen Zustande der Vernachlässigung bleiben mußten.

Sollte es der Fraktion nicht gelingen, ihren Einfluß für das Zustandekommen des Gesetzes geltend zu machen, dann soll darüber hinaus das Volksbegehren in die Wege geleitet werden.

335. Hauke: Resolution zur Frage Oberschlesiens. Der Parteitag begrüßt das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien und stellt mit Genugtuung fest, daß die oberschlesische Arbeiterschaft der Deutschen Republik die Treue gehalten hat.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordert, daß der Wille der Mehrheit geachtet wird. Die Mehrheit des oberschlesischen Volkes hat gezeigt, daß sie deutsch bleiben will.

Die deutschen Sozialdemokraten verwahren sich entschieden dagegen, daß in Oberschlesien die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Bürger durch die Vertreter der Entente zugunsten des internationalen Kapitals mit Füßen getreten werde. Sie erwarten, daß die Sozialisten aller Länder dafür wirken werden, daß Oberschlesiens staatliche Zugehörigkeit nicht nach imperialistischen und kapitalistischen Gesichtspunkten entschieden wird.

Die Verzögerung der Entscheidung hemmt das oberschlesische Wirtschaftsleben und bringt der oberschlesischen Bevölkerung, besonders den Arbeitern, schweren Schaden.

Erklärung.

Die Delegierten aus den besetzten westlichen Gebieten unterstützen nachdrücklichst die Forderung nach sofortiger Aufhebung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen. Mit den übrigen Bevölkerungsschichten leiden die Arbeiter, Angestellten, Beamten schwer unter diesen ungerechtfertigten Vergeltungsmaß-

nahmen. Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit, verschärfte Wohnungsnot, Schließung vieler Schulen, viele andere Schädigungen sind Folgen der Sanktionen.

Die sozialistischen Arbeiter der besetzten Gebiete erheben Einspruch gegen die erneute Verschärfung der Zensur, gegen die Einengung des Versammlungs- und Koalitionsrechts, gegen die Unterdrückung der republikanischen Hoheitszeichen, gegen die Eingriffe in die verfassungsrechtlichen Freiheiten überhaupt. Die rheinische Bevölkerung hat in fast zweijähriger Besetzungsdauer gezeigt, daß sie einer Militärdiktatur nicht bedarf.

Die Delegierten aus den besetzten Gebieten erneuern im Auftrage der sozialistischen Massen das Bekenntnis zur deutschen Republik. Weder Sanktionen noch andere Bedrückungen, weder französische Kulturpropaganda noch andere Mittel französischer Imperialisten werden die Annexionen der Rheinlande oder den rheinischen Pufferstaat erreichen. Unauflöslich verbunden mit der deutschen Republik wollen die rheinischen sozialistischen Massen als Deutsche der Verständigung mit dem französischen Volke dienen.

Sollmann (Köln) und Genossen.

336. Frerichs-Rüstringen: Der Parteitag beauftragt die Fraktionen des Reiches und der Länder, zur Erleichterung der Siedelungsmöglichkeiten die Besteuerung der Oedländereien zu erstreben.

Das Reichssiedelungsgesetz enthält Lücken, durch welche den Besitzern von Oedländereien die Möglichkeit gegeben ist, die Enteignung zu verzögern bzw. zu verhindern, ohne daß eine Kultivierung der betreffenden Flächen erfolgt. Durch eine entsprechende Besteuerung kann die Beschaffung von Siedelungsland erleichtert werden.

337. Widmann und Röhle: Der Parteitag wolle beschließen, eine Kommission aus theoretisch und praktisch in der Agrarfrage erfahrenen Genossen mit der Ausarbeitung eines Agrarprogramms zu beauftragen.

338. Röhle: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf schnellstem Wege eine volkstümliche Erläuterung des Görlitzer Parteiprogramms herauszugeben. Röhle. Horn. Hoch. Grund. Geringhoff. Frau Pfeifenberg. Berta Schulz. Broßwitz. Sollmann. Beyer. Pascher. Riegel. W. Widmann. Br. Wittig. Marckwald. Richmann. Günther. Wurbs. Wischer. Schiskowski. Frau Wolff. Mitz. Kabelitz. H. Häuser. Fest, Magdeburg. Hüther. Lutz. Adey. Freitag. Reichardt. Linke.

Ergebnis der Abstimmungen
über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 330—400).

Nicht genügend unterstützt:

1—5 (119), **8, 9, 13, 14, 18** (120), **28, 57—61, 64—68, 70** (156), **172, 179, 184, 203, 227** (231), **287—289** (324), **300, 301** (156).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigt:

33, 39—56, 71 (208), **72, 80—82, 84—86, 89, 91—99** (207), **111** Abs 2, **112—124, 126, 129, 130, 132, 133, 139, 140, 142** bis **144, 146—149** (269), **153** (231), **154, 155, 158, 160—164** (269), **178, 180, 182, 183** (270), **185** (269), **186** (270), **290—295** (324), **299** (269), **303, 314—318** (207).

Abgelehnt:

34, 38, 63, 69, 73—75 (208), **79, 104, 145** (269), **181, 222** (270), **329** (269), **330** (270), **331** (269).

Dem Parteivorstand überwiesen:

20—27, 29—32, 35, 76—78 (208), **214** (270), **271, 274—281, 283, 284** (208), **305** (270), **312** (208), **320** (270).

Der Reichstagsfraktion überwiesen:

83, 87, 88, 90, 102, 105, 106, 125, 128, 131, 136—138, 141, 151, 165—167 (269), **169—171, 175—177, 187—202, 210** bis **213, 218—220, 223, 228—230, 286** (270), **302** (208), **324, 326, 332, 334, 336** (270).

Der Programmkommission überwiesen:

6, 7, 10—12, 15—17, 19 (120), **127** (231), **231—270, 296** bis **298** (120), **307, 308** (231).

Angenommene Anträge:

36, 37 (208) Mitarbeit an bürgerlicher Presse, **62** (208) Preßkommission des „Vorwärts", **100, 101** (269) Wahrzeichen der Republik, **103** (269) Reichswehr, **107—110** (269) Sozialisierung, **111** Abs. 1 (269) Volksnotlage, **134, 135** (269) Gutsbezirke, **150** (269) Trennung von Kirche und Staat, **152** (269)

Pressefreiheit, **156** (269) Lehrbücher, **157** (269) Schule, **159** (269) Reichsjugendschutzgesetz, **168** (269), **173** (270) Sozialrentner, **174** (270) Wohlfahrtspflege, **204—209** (270) 1. Mai und 9. November, **215—217** (270) Achtstundentag, **221** (270) Landgemeindeordnung, **224** (270) Gemeindeverwaltung, **225** (270) Immunität der Gemeindeverordneten, **226** (270) Verwaltungs-Tagegelder, **272, 273** (208) Schul- und Bildungsfragen, **282** (324) Konsumgenossenschaften, **285** (324) Frauenmitarbeit, **304** (207) Sicherung der Republik, **306** (208) Republikanisches Abzeichen, **309** (208) Freikorps, **310** (208) Einigung, **311** (208) Georgien, **313** (296) Versailler Vertrag, **319** (208) Lehrer, **321** (206) Ungarn, **322** (270) Soziale Bevölkerungspolitik, **323** (269) Steuerfrage, **325** (270) Teuerung, **327** (269) Justizreform, **328** (269) Weltliche Schule, **333** (270) Fortbildungsschulen, **335** (296) Oberschlesien; besetztes Gebiet, **337** (322) Agrarprogramm, **338** (322) Programm-Erläuterung.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

Anwesenheitsliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Albrecht, August Fr.	Berlin	Verb. der Arbeiterjugendvereine
Amonn, Lina	Nürnberg	Franken
Ansorge, Marie	Neusalzbrunn	Reichstagsfraktion
Arnhold, Emil	Treysa	Bezirk Cassel
Arning, Marie	Elberfeld	Niederrhein
Arnold, Anton	Schussenried	Württemberg
Arzt, Artur	Dresden-Altstadt	Dresden (Ostsachsen)
Bach, Otto	Berlin	Jungsozialisten
Bader, Paul	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Bartels, Friedrich	Berlin-Tempelhof	Parteivorstand
Bartosch, Karl	Neustrelitz	Mecklenburg-Lübeck
Bauer, Gustav	Neukölln	Reichstagsfraktion
Bauer, Paul	Merseburg	Bezirk Halle
Bauers, Franz	Oldesloe	Bezirk Schleswig-Holstein
Baumann, Andreas	Nienburg (Weser)	Hannover-Braunschweig
Bayerer, Alfons	Regensburg	Parteiausschuß
Bernick, Gustav	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Bernstein, Eduard	Berlin-Schöneberg	Programmkommission
Berthold, Emma	Köln-Kalk	Oberrhein
Bethge, Julius	Berlin	Bezirk Groß-Berlin
Beuscher, Jakob	Buxtehude	Bezirk Hamburg
Beyer, Georg	Köln	Oberrhein
Bick, Alfred	Solingen	Bezirk Niederrhein
Biester, Louis	Hoisbüttel	Schleswig-Holstein
Bohm-Schuch, Klara	Berlin-Britz	Redaktion „Gleichheit"
Bollmann, Minna	Halberstadt	Parteiausschuß
Borowski, Albert	Königsberg	Ostpreußen
Brandes, Wilhelm	Geestemünde	Hamburg-Nordwest
Brauer, Heinrich	Eisenach	Groß-Thüringen
Braun, Adolf	Berlin	Parteivorstand
Braun, Otto	Berlin-Friedenau	Reichstagsfraktion
Braunholz, Johannes	Eschwege	Bezirk Cassel
Brehmer, Karl	Rostock	Mecklenburg-Lübeck
Brethorst, Heinrich	Brieg	Mittelschlesien
Brey, August	Hannover	Kontrollkommission
Brinkmann, Fritz	Berlin	Bezirk Groß-Berlin
Bröckel II, Friedrich	Hockenheim	Bezirk Baden
Broßwitz, Conrad	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Brühne, Fr.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Buberl, Walter	Osnabrück	Bezirk Osnabrück
Buchwitz, Otto	Moys	Niederschlesien
Budnerowski, Johann	Bernburg	Magdeburg-Anhalt
Buhl, Karl	Leipzig	Parteiausschuß
Burmann, Käte	Bunzlau	Bezirk Niederschlesien
Busche, Fritz	Beckedorf (Schaumb.)	Cassel
Carl, Fritz	Neusalz a. d. O.	Bezirk Niederschlesien
Castrup, W.,	Bielefeld	Parteiausschuß
Cunow, Heinrich	Berlin-Friedenau	Redaktion „Neue Zeit"
Czerwinski, Bernhard	Rothhausen	Bezirk Niederrhein

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Daemisch, Fritz	Höchst a. M.	Hessen-Nassau
Daubenthaler, Karl	Striegau	Mittelschlesien
David, Dr. Eduard	Berlin	Reichstagsfraktion
David, Paul	Sarstedt	Hannover-Braunschweig
Dennstädt, Jos.	Ingolstadt	Oberbayern/Schwaben
Dornberger, Christoph	Fürth	Franken
Drescher, Reinhold	Halle a. d. S.	Parteiausschuß
Drews, Fritz	Berlin	Bezirk Groß-Berlin
Deutsch, Emil	Oels	Mittelschlesien
Dey, Anton	Mühlheim a.M.	Hessen
Dietrich, Otto	Falkenberg	Bezirk Halle
Eberle, Hugo	Görlitz	Parteiausschuß
Ecker, Fritz	Weiden	Bezirk Oberpfalz/Niederbayern
Eckstein, Ernst	Breslau	Mittelschlesien
Eggerstedt, Otto	Kiel	Bezirk Schleswig-Holstein
Ehrenteit, John	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Eisenbarth, Heinrich	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Engelmann, Rich.	Annaberg/Erzgeb.	Bezirk Chemnitz
Evert, Christine	Botnang b. Stuttgart	Württemberg
Faulian, Bertold	Eisenberg S.-A.	Groß-Thüringen
Fehlisch, Bruno	Liegnitz	Bezirk Niederschlesien
Felgenträbe, Max	Cassel	Bezirk Cassel
Feller, Hermann	Hildesheim	Hannover-Braunschweig
Feller, Wilhelm	Sagan	Bezirk Niederschlesien
Ferl, Gustav	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Fiedler, Frau	Bernburg	Magdeburg-Anhalt
Finke, Julius	Herford	Oestliches Westfalen
Fischer, Emil	Nürnberg	Franken
Fischer, Friedrich	Stuttgart	Kontrollkommission
Fischer, Richard	Berlin	Parteivorstand
Fischer, Theodor	Berlin	Parteiausschuß
Flücht, Heinz	Halle	Bezirk Halle
Forster, Karl	Oberstein a. d. Nahe	Oberrhein
Frank, Otto	Berlin	Parteivorstand
Franz, Alfred	Chemnitz	Bezirk Chemnitz
Franz, Julius	Kattowitz	Bezirk Oberschlesien
Freitag, Alfred	Mainz	Bezirk Hessen
Frerichs, Fritz	Rüstringen	Oldenburg
Freudenberger, Felix	Würzburg	Franken
Friedrich, Frau	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Gebhardt, Balth.	Röthenbach b. Feucht	Franken
Gebhardt, Magnus	Burg b. Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Gegner, Gustav	Stolp	Pommern
Gehrke, Ernst	Stralsund	Bezirk Pommern
Geiselhardt, Otto	Burgau	Oberbayern/Schwaben
Genz, Lehrer	Friedensburg bei Podejuch	Bezirk Pommern
Geringhoff, Theodor	Münster i. W.	Westliches Westfalen
Gier, Frau M.	München	Oberbayern/Schwaben
Glocke, Theodor	Berlin	Geschäftsführer des „Vorwärts“
Godknecht, Wilhelm	Wismar	Bezirk Mecklenburg-Lübeck
Görlinger, Robert	Köln	Oberrhein
Götzel, Marie	Waldheim	Bezirk Leipzig
Gradnauer, Dr. G.	Berlin	Programmkommission
Grünberg, Helene	Nürnberg	Kontrollkommission
Grund, Paul	Marburg a. d. L.	Hessen-Nassau
Günther, Ferdinand	Bad Orb	Hessen-Nassau
Gutmann, Wilhelm	Kochendorf	Württemberg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Haberland, Karl	Elberfeld	Parteiausschuß
Haberlandt, Wilhelm	Flensburg	Bezirk Schleswig-Holstein
Hagen, Anton	Leipzig	Bezirk Leipzig
Hagen, Georg	Kulmbach	Franken
Hahn, Ewald	Neugersdorf	Dresden (Ostsachsen)
Hahn, Rudolf	Lübz	Mecklenburg-Lübeck
Hahner, Fritz	Cassel	Bezirk Cassel
Hähnsen, Louis	Magdeburg	Parteiausschuß
Hanna, Gertrud	Berlin-Pankow	Bezirk Groß-Berlin
Hänsch, Hermann	Zittau	Dresden (Ostsachsen)
Hartenstein, Kurt	Chemnitz	Bezirk Chemnitz
Hartmann, Konkordia	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Harisch, Erwin	Mylau (Vogtland)	Zwickau/Chemnitz
Hartwig, Theodor	Stettin	Parteiausschuß
Hauke, Paul	Königshütte O.-S.	Parteiausschuß
Hauke, Frieda	Kattowitz	Bezirk Oberschlesien
Hauschild, Richard	Cassel	Parteiausschuß
Häußer, Heinrich	Gießen	Bezirk Hessen
Hebestreit, Hermann	Gütersloh	Oestliches Westfalen
Heinbockel, Rudolf	Altenbruch a. d. Elbe	Hamburg-Nordwest
Heitmann, C.	Oldenburg	Oldenburg
Helfers, Rosa	Hameln	Parteiausschuß
Hellmann, C. A.	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Helmig, Johann	Düsseldorf	Bezirk Niederrhein
Hengsbach, Klemens	Köln-Sülz	Kontrollkommission
Hennecke, Hans	Waren	Mecklenburg-Lübeck
Hensler, Fritz	Dortmund	Westliches Westfalen
Herrmann, Karl	Grimma	Bezirk Leipzig
Hertwig, Richard	Neiße O.-S.	Bezirk Oberschlesien
Hesse, Wilhelm	Stadthagen	Oestliches Westfalen
Heugel, A.	Saarbrücken 3	Oberrhein
Heupke, Adolf	Hannover	Hannover-Braunschweig
Hielscher, Paul	Hirschberg	Bezirk Niederschlesien
Hildenbrand, Karl	Berlin	Parteivorstand
Hirdes, Martin	Hagen i. W.	Westliches Westfalen
Hoch, Gustav	Hanau	Referent
Högg, Klemens	Augsburg	Oberbayern/Schwaben
Hoff, August	Barmen	Bezirk Niederrhein
Hoffmann, Hugo	Frankfurt a. d. O.	Brandenburg
Hohnsbehn, Gustav	Neumünster	Bezirk Schleswig-Holstein
Hoin, Richard	Limburg a. d. L.	Hessen-Nassau
Holtmann, Karl	Rotenburg i. Hann.	Hamburg-Nordwest
Holtz, Eduard	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Hünlich, Oskar	Rüstringen	Parteiausschuß
Huschke, Karl	Duisburg	Bezirk Niederrhein
Hülher, August	Offenbach a. M.	Bezirk Hessen
Jacobs, Heinrich	Kiel	Schleswig-Holstein
Jäcker, Karl	Königsberg	Ostpreußen
Jakubowicz, Michael	Berlin	Buchhandlung Vorwärts
Janschek, Alfred	Berlin	Reichstagsfraktion
Jensen, Toni	Kiel	Bezirk Schleswig-Holstein
Illgner, Karl	Berlin SW.	Brandenburg
Juchacz, Marie	Berlin	Parteivorstand
Jurmann, Alfred	Riesa	Dresden (Ostsachsen)
Kabelitz, Paul	Wiesbaden	Hessen-Nassau
Kahmann, Hermann	Potschappel	Reichstagsfraktion
Kaisen, Wilhelm	Bremen	Hamburg-Nordwest
Kann, Dr. Stefan	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Keil, Wilhelm	Ludwigsburg	Programmkommission
Keller, Hugo	Görlitz	Bezirk Niederschlesien
Kern, Elisabeth	Darmstadt	Bezirk Hessen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Kern, Robert	Heidingsfeld/Untersr.	Franken
Kieß, Paul	Jena	Groß-Thüringen
Kinner, Gustav	Peterswaldau, Kreis Reichenbach	Mittelschlesien
Kirchner, Georg	Altona	Bezirk Schleswig-Holstein
Klauder, Karl	Saalfeld a. d. S.	Groß-Thüringen
Kleinert, August	Canth, Kr. Neumarkt	Mittelschlesien
Kleinert, Wilhelm	Itzehoe	Bezirk Schleswig-Holstein
Klose, Adolf	Königshütte	Bezirk Oberschlesien
Klügel, Emma	Görlitz	Bezirk Niederschlesien
Klupsch, Franz	Dortmund	Parteiausschuß
Knack, Dr. A.	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Koch, Richard	Zwickau	Chemnitz/Zwickau
Kollmann, Hermann	Wetzlar a. d. L.	Hessen-Nassau
Körner, Bruno	Ludwigshafen	Parteiausschuß
Köster, Dr. Adolf	Blankenese b. Hamb.	Reichstagsfraktion
Kröger, Wilhelm	Rostock	Parteiausschuß
Krüger, Franz	Cöpenick-Uhlenhorst	Parteivorstand
Krüger, Richard	Merseburg	Bezirk Halle
Krüger, Wilhelm	Berlin	Brandenburg
Künnecke, Frau	Osnabrück	Bezirk Oldenburg
Kurth, Math.	Weiden b. Köln	Oberrhein
Kutschan, Karl	Lauban	Bezirk Niederschlesien
Ladebeck, Wilhelm	Schönebeck	Magdeburg-Anhalt
Lamp'l, Dr. W.	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Langbein, Gustav	Meiningen	Groß-Thüringen
Lau, Johannes	Hannover	Parteiausschuß
Laufkötter, Franz	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Lawatsch, Berta	Breslau	Parteiausschuß
Leber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß
Leber, Dr.	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Legler, Johanna	Chemnitz	Bezirk Chemnitz
Lehmann, Emil	Berlin-Friedrichsfelde	Bezirk Groß-Berlin
Leuteritz, Max	Hamburg	Parteiausschuß
Lewerenz, Fr.	Krefeld	Parteiausschuß
Ley, Anna	Dortmund	Westliches Westfalen
Lezinski, Erich	Küstrin	Brandenburg
Liebscher, Reinhold	Dresden-Löbtau	Dresden (Ostsachsen)
Lieser, Heinrich	Homburg (Saar)	Bezirk Pfalz
Linke, Adolf	Dessau	Magdeburg-Anhalt
Littauer, Paul	Berlin	Bezirk Groß-Berlin
Loeb, Konrad	Erlangen	Franken
Loeb, Walter	Frankfurt a. M.	Bezirk Hessen-Nassau
Lohmann, Richard	Berlin	Arbeitsgemeinsch. soziald. Lehrer
Löbe, Paul	Berlin (Breslau)	Kontrollkommission
Losereit, Max	Chemnitz	Bezirk Chemnitz
Loßmann, Julius	Nürnberg	Franken
Lübbring, Joseph	Königsberg	Ostpreußen
Lurtsch, Hans	München	Oberbayern/Schwaben
Lutz, Wunibald	Worms	Bezirk Hessen
Mache, Karl	Breslau	Mittelschlesien
Maly, Hedwig	Landshut i. Schl.	Bezirk Niederschlesien
Marckwald, Hans	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Markwardt, Karl	Lüneburg	Hannover-Braunschweig
Marx, Franz	Bonn	Oberrhein
Maß, Bruno	Vegesack	Hamburg-Nordwest
Matschke, Anna	Berlin	Parteiausschuß
Matthey, Franz	Kottbus	Brandenburg
Meier, Richard	Zwickau	Parteiausschuß
Meier, Wilhelm	Detmold	Oestliches Westfalen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Miethke, Wilhelm	Forst	Brandenburg
Miß, Conrad	Köln	Parteiausschuß
Molkenbuhr, Hermann	Berlin-Schöneberg	Parteivorstand
Möller, Milda	Zwickau	Zwickau/Chemnitz
Moltmann, Karl	Schwerin	Mecklenburg-Lübeck
Mühlmann, Joseph	Berlin	Bezirk Groß-Berlin
Mündel, Mathilde	Hannover	Hannover-Braunschweig
Münz, Erna	Breslau	Mittelschlesien
Müller, Hermann	Berlin-Tempelhof	Parteivorstand
Müller, Hermann	Berlin-Lichtenberg	Kontrollkommission
Müller, Karl	Stendal	Magdeburg-Anhalt
Müller, Max	Chemnitz	Parteiausschuß
Neddermeyer, Paul	Neurode	Mittelschlesien
Neue, Paul	Emden	Bezirk Oldenburg
Nierich, Max	Bielefeld	Oestliches Westfalen
Nimmerfall, Hans	München	Parteiausschuß
Ober, Fritz	Speyer	Pfalz
Oppel, Frau	Wilhelmshaven	Oldenburg
Okonski, Karl	Kattowitz	Bezirk Oberschlesien
Ostrowski, Dr. Otto	Berlin-Lankwitz	Bezirk Groß-Berlin
Ostwald, Richard	Kolberg	Bezirk Pommern
Pagels, Alex	Berlin	Groß-Berlin
Panzer, Johann	Bayreuth	Franken
Pascher, Maria	Aachen	Oberrhein
Passehl, Otto	Buchholz b. Hohenkrug	Bezirk Pommern
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Pfeifenbrink	Gelsenkirchen	Westliches Westfalen
Pflüger, Albert	Stuttgart	Württemberg
Pfülf, Antonie	München	Programmkommission
Petschke, Elsbeth	Kottbus	Brandenburg
Pietsch, Karl	Breslau	Mittelschlesien
Pikard, Emil	Koblenz	Oberrhein
Pinkau, Karl	Leipzig	Kontrollkommission
Pinkert, Max	Dresden-A.	Parteiausschuß
Pittig, Kurt	Freiberg	Bezirk Dresden (Ostsachsen)
Prüll, Sebastian	Hannover	Hannover-Braunschweig
Pusch, Ernst	Rendsburg	Bezirk Schleswig-Holstein
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Programmkommission
Radbruch, Prof. Dr. Gust.	Kiel	Reichstagsfraktion
Reichardt, Hermann	Halberstadt	Magdeburg-Anhalt
Reißig, Johann	Schneeberg (Erzgeb.)	Bezirk Chemnitz
Rehm, Jakob	Geislingen a. d. St.	Württemberg
Rheinbold, Georg	Singen a. d. H.	Baden
Richmann, C.	Minden i. W.	Oestliches Westfalen
Riegel, Heinrich	Darmstadt	Bezirk Hessen
Ritter, Adolf	Berlin	Parteivorstand
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß
Röpert, Marie	Halle	Bezirk Halle
Roth, Bruno	Werdau (Sa.)	Zwickau/Chemnitz
Ruben, Ernst	Braunschweig	Hannover-Braunschweig
Rubbert, Johannes	Wilhelmsburg	Hannover-Braunschweig
Rummer, J.	Penzberg	Oberbayern/Schwaben
Ryneck, Elfriede	Bln.-Baumschulenweg	Parteivorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Schaffner, Joseph	Hannover	Hannover-Braunschweig
Scheidemann, Philipp	Cassel	Cassel
Schiller, Richard	Göttingen	Hannover-Braunschweig
Schilling, Minna	Döbeln i. Sa.	Reichstagsfraktion
Schiskowski, August	Hamm i. W.	Westliches Westfalen
Schlichtinger, Rudolf	Regensburg	Bezirk Oberpfalz/Niederbayern
Schmidt, August	Vorbrück-Walsrode	Hannover-Braunschweig
Schmidt, Georg	Berlin-Köpenick	Reichstagsfraktion
Schmidt, Richard	Berlin	Parteiausschuß
Schmidt, Richard	Meißen	Reichstagsfraktion
Schmidt, Robert	Berlin-Karlshorst	Reichstagsfraktion
Schmitt, Franz	München	Oberbayern/Schwaben
Schnabrich, Michel	Hersfeld	Bezirk Cassel
Schnaitmann, Adolf	Trossingen (Oberamt Tuttlingen)	Württemberg
Scholich, Gustav	Breslau	Parteiausschuß
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schöpflin, Georg	Karlsruhe	Reichstagsfraktion
Schröder, Luise	Altona	Parteiausschuß
Schröder, Paul	Rostock	Bezirk Mecklenburg-Lübeck
Schubarth, Wilhelm	Gummersbach	Oberrhein
Schuhmacher, Dr. Kurt	Stuttgart	Bezirk Württemberg
Schulz, Adolf	Berlin SW. 68	Druckereirevisor
Schulz, Gustav	Glogau	Bezirk Niederschlesien
Schulz, Heinrich	Berlin-Steglitz	Parteivorstand
Schulz, Hermann	Königsberg i. Ostpr.	Parteiausschuß
Schulz, Joh.	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Schulz, Wilhelm	Nordhausen	Groß-Thüringen
Schulz, Berta	Herne i. W.	Parteiausschuß
Schumann, Oswald	Berlin-Mahlsdorf	Reichstagsfraktion
Schuster, Prof. Max	Bautzen	Dresden (Ostsachsen)
Schwarzfirm, Josef	München	Oberbayern/Schwaben
Schwartz, Christian	Zweibrücken	Pfalz
Seemann, Fritz	Tannewald, Kr. Fischhausen	Ostpreußen
Seifert, Elisabeth	Potsdam	Brandenburg
Seifert, Willy	Pirna	Dresden (Ostsachsen)
Selbert, Adam	Niederzwehren	Bezirk Cassel
Severing, Karl	Bielefeld	Reichstagsfraktion
Seydewitz, Max	Zwickau	Zwickau/Chemnitz
Siebold, Hermann	Leipzig	Bezirk Leipzig
Siering, Wilhelm	Berlin N. 113	Brandenburg
Silberschmidt, Hermann	Berlin-Köpenick	Reichstagsfraktion
Simon, Georg	Augsburg	Reichstagsfraktion
Sollmann, Wilhelm	Köln a. Rh.	Reichstagsfraktion
Stampfer, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Steinbrecher, Georg	Meseritz	Brandenburg
Steinkopf, Willy	Berlin-Wilmersdorf	Reichstagsfraktion
Steinmeyer, Otto	Stuttgart	Bezirk Württemberg
Steffen, Fritz	Ludwigshafen a. Rh.	Bezirk Pfalz
Stelling, Johannes	Köpenick	Parteivorstand
Strobel, Georg	Mannheim	Parteiausschuß
Strobel, Robert	Bernburg	Magdeburg-Anhalt
Ströbel, Heinrich	Berlin-Steglitz	Bezirk Groß-Berlin
Stuckmann, August	Sieker b. Bielefeld	Oestliches Westfalen
Sudik, Willy	Dresden-Altstadt	Dresden (Ostsachsen)
Taubadel, Paul	Görlitz	Reichstagsfraktion
Tesch, Johanna	Frankfurt a. M.	Reichstagsfraktion
Todenhagen, Minna	Berlin	Parteiausschuß
Tregner, Ferdinand	Bredeneck b. Preetz	Bezirk Schleswig-Holstein
Treu, Martin	Nürnberg	Franken
Trinks, Oskar	Karlsruhe	Bezirk Baden

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Verdieck, Paul	Kiel	Bezirk Schleswig-Holstein
Verdieck, Wilhelm	Kiel	Parteiausschuß
Vestner, Stadtrat	Offenburg	Bezirk Baden
Vettermann, Max	Auerswalde b. Chemn.	Bezirk Chemnitz
Vogel, Hans	Nürnberg	Parteiausschuß
Vogel, Heinrich	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Voigt, Paul	Brandenburg a. H.	Brandenburg
Voigt, Paul	Erfurt	Groß-Thüringen
Vollack, Ewald	Stettin	Pommern
Wachenheim, Hedwig	Berlin-Grunewald	Bezirk Groß-Berlin
Wäger, Hermann	Berlin	Beamtenzentrale
Wagner, Mich.	Landshut a. d. Isar	Bezirk Oberpfalz/Niederbayern
Walter, Auguste	Bielefeld	Oestliches Westfalen
Wartenberg, Alma	Altona	Bezirk Schleswig-Holstein
Wegener, Wilhelm	Roßwein	Bezirk Leipzig
Weidemann, Wilhelm	Insterburg	Ostpreußen
Weimann, Richard	Berlin	Bildungsausschuß
Weimar, Hans	Rostock	Bezirk Mecklenburg-Lübeck
Weiß, Alfred	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Wels, Otto	Berl.-Friedrichshagen	Parteivorstand
Wendemuth, Karl	Waldenburg	Mittelschlesien
Werner, Theodor	Brunsbüttel	Bezirk Schleswig-Holstein
Westphälinger, Karl	Osnabrück	Oldenburg
Weyers, Cäsar	Mörs (Rhld.)	Bezirk Linker Niederrhein
Widmann, Wilhelm	Offenbach a. M.	Parteiausschuß
Wierbitzki, Ella	Hamburg	Parteiausschuß
Wiescher, Josef	Meschede i. W.	Westliches Westfalen
Wilde, August	Glauchau	Bezirk Chemnitz
Wilke, Hermann	Celle	Hannover-Braunschweig
Wimmer, Thomas	München	Oberbayern/Schwaben
Winkler, Max	Königsbrück	Dresden (Ostsachsen)
Wissell, Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Witolla, Paul	Tilsit	Ostpreußen
Wittig, Bruno	Butzbach (Oberhessen)	Bezirk Hessen
Wohlgemuth, Toni	Willenberg b. Marienburg	Ostpreußen
Wolff, Janette	Bocholt i. W.	Westliches Westfalen
Wolfram, Edmund	Zschopau	Bezirk Chemnitz
Wündisch, Amalie	Cassel	Bezirk Cassel
Wurbs, Redakteur	Bochum	Westliches Westfalen
Wünsche, Dr. Hermann	Dresden-Striesen	Dresden (Ostsachsen)
Zahe, Grete	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Zeiner, Matthias	Hannover	Hannover-Braunschweig
Zimmermann, Artur	Altenburg (S.A.)	Bezirk Gr.-Thüringen
Zwack, Ferd.	Freising	Oberbayern/Schwaben

Sachregister des Parteitages.

Abzeichen der Republik 170, 184.
Agitation 41.
Agitationsmaterial 13.
Agrarprogramm s. Programm.
Amnestiegesetz 62.
Anfragen, kleine — 99.
— Antworten 101.
Angestelltenversichrg. 63.
Anträge, die dem Parteivorstand überwiesen waren, 12.
— zur Tagesordnung des Parteitages (Nrn. 1 bis 19) 330.
— zum Bericht des Parteivorstandes (Nrn. 20 bis 56) 331.
— zur Organisation und Agitation (Nrn. 57 bis 78) 335.
— zum Bericht der Fraktion des Reichstags (Nrn. 79 bis 230) 337.
— zum Parteiprogramm (Nrn. 231 bis 270) 358.
— Jugend und Bildung (Nrn. 271 bis 281) 384.
— Sonstige (Nrn. 282 bis 295) 385.
— Nach Drucklegung der Vorlage eingegangene — (Nrn. 295a bis 338) 386.
Anwesenheitslisten 13, 178.
„Arbeiter-Bildung" 41, 153.
„Arbeiter-Jugend" 21, 41, 153.
Arbeiterjugendbewegung 19.
Arbeiterversicherung 62.
Arbeiterwohlfahrt, Hauptausschuß für — 17.
Arbeitsgerichte 229.
Arbeitsinvaliden 281.
Arbeitslosigkeit 210.
Arbeitsrecht 256.
Armenien 323, 324.
Aserbaidschan 323, 324.
Auslandsdeutschtum 290, 294.
Ausnahmezustand 64.

Bayern 164, 250, 253, 254, 324, 327.
Beamten 135, 242, 244, 248, 255, 257, 265.
Beamtenbewegung 25.
Beamten, Kriegsdienstzeit der — 84.
Bebel 319.
Begrüßung 109, 117, 120.
Beiträge 152.
Bekleidungsämter 65.
Belgien 240.
Bericht der Beschwerdekommission 281.
— der Kontrollkommission 155.
— der Mandatsprüfungskommission 156.
— des Parteivorstandes 1, 133.
— der Programmkommission 296.
— der Reichstagsfraktion 55, 208.
— über die Ernährungsfrage 214.
— über die Steuerfrage 219.
— über die Wirkung des Versailler Friedensvertrages 270.
— über Organisation und Kasse 150.
Berufssoldaten 249.
Besatzungsgewinnler 258.
Besatzungskosten 276.
Besetztes Gebiet 257, 287 bis 289, 294.
Betriebsbilanzgesetz 66.
Betriebsvertrauensmänner 13.
Bildungsarbeit 22.
Bolschewismus 126, 274, 323.
Brotversorgung 215.
Buchhandlung Vorwärts 41, 154.
Bureau des Parteitages VII.
— Wahl 116.

Dänemark 120.
Danzig 126.
Demokraten 148.
Demokratisierung 13, 149, 162, 163, 175, 192, 257.
„Der freie Beamte" 153.
„Der freie Lehrer" 24, 41, 153.
„Der wahre Jakob" 41
Deutsche Volkspartei 6, 7, 145, 148, 179, 187, 190, 191, 200, 204, 326.
Deutschnationale 112, 175, 190, 193, 217, 273.
Domänen 259, 260.

Einigung 4, 14, 116, 137, 161, 163, 165, 167, 172, 173, 183, 195, 199, 308, 314, 327.
Einkaufszentrale 154.
Einwohnerwehren 66.
Elektrizitätsarbeiterstreik 67.
Entwaffnung der Bevölkerung 67.
Ergänzungsprüfung 87.
Erwerbslosenfürsorge 69.
Erzberger 112, 222, 224.
Eupen und Malmedy 70.

Fieberthermometer 71.
Finanzen V.
Finanzlage Deutschlands 219.
Finanzpolitik 261, 266.
Flaggenfrage 290, 294.
Frau 244, 247.
Frauen, Beisitzer an Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 71.
Frauenbewegung 15.
Freikorps 194.
Frieden 281.
Friedensvertrag 271, 289. 292, 293.

Gareis-Ermordung 71.
Garnisonbäckereien 65.
Gefangenenlager, Russische Internierten- und — 90.
Gemeinden 258.
Gemeindepolitik V.
Gemeindevertretungen 35.
Genossenschaftswesen 12.
Georgien 47, 125, 323, 324.
Gerichtskostengesetz 72.
Gesetze, Kleine — 98.
Getreidepreise 73.
Getreidewirtschaft 72.
„Gleichheit" 13, 41, 153.
Goldwerte, Erfassung der — 259, 301.
Grenzaufsichtspersonals, Waffengebrauch des — 89.
Grundsteuer 14.
Gutsbezirke 260.

Haferbewirtschaftung 74.
Handel 210, 218.
Handelsflagge 76.
Handwerker - Mittelstand 76.
Harding als Vermittler 59.
Helfferich 221, 223, 240, 273.
Helgoland 13.
Hergt 113, 190.
Hohenzollern 162, 170, 279.
Holland 123.

Internationale, Völkerbeziehungen und — VI.
Internationale Beziehungen 14.
Internationale, Die — 45, 201, 241, 279.
Internationale Hilfssprache 14.
Internationalität 128.
Invaliden- und Altersversicherung 63.
Jugendbewegung 19, 151, 158.
Jugendschutzgesetz 21.
Jungsozialisten 29, 151, 159.
Justiz 227, 232, 236, 247.
Justizbeamten 264.

Kabinett Fehrenbach 291.
Kabinett Wirth 60, 270, 291.
Kaliindustrie 292.
Kapitalverschiebung 77.
Kartoffelwirtschaft 75.
Kassenbericht 48—54.
Kinderfürsorge 159.
Klassenjustiz 161, 197, 259.
Klassenkampf 195, 310, 316.
Kleinbauern 236, 239.
Koalitionspolitik 6, 112.
Koalitionsregierung 176, 210, 257.
Kohlensteuergesetz 80.
Kohlenwirtschaft 78.
„Kommunale Praxis" 41, 153.
Kommunalisierungsgesetz 265.
Kommunisten 3, 141, 189, 200, 201, 205, 245, 248.
Kreistage 35.
Kriege 244.
Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene 84.
Kriegsteilnehmer, Zwangsvollstreckungen gegen — 88.
Kultur- und Schulpolitik VI, 317.
Kultursozialismus 316, 320.
Kulturtag 29, 157.

Landarbeiter 236, 239, 259.
Landbund 215, 292.
Landtagswahlen 31.
Landwirtschaft 216, 239.
Lansing 274, 277, 279, 280.
Lehrer 157.
Lehrer, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer — 23.
Lippe 143.
Londoner Verhandlungen 58.
Löhne 209, 273, 275.
Lohnsteuergesetz 81.
Luxus 301.

Maisverbilligung 75.
Mecklenburg 144, 188.
Mietsteuer 82.
Milchstreik 114.
Militärische Bildungsanstalten 89.
Ministerpensionen 263.
Mitarbeit an bürgerlichen Zeitungen 165, 199.
Mitteilungsblatt 12.
Mitgliederzahl 9, 10, 11, 151.
Mont-Cenis, Grubenunglück auf Zeche — 91.
Mutterschutz 68.

„Neue Zeit" 41, 153.
Neunter November 137.

Oberschlesien 92, 193, 274, 282—285, 295, 328.
Oppau 231, 237, 247, 252, 262, 322, 326.
Organisation 9, 151.
Ortsklasseneinteilung 86.
Ortsvereine 11, 151.
Ostpreußen 255.

Papierfabrik 154.
Papierpreise 92.
Pariser Beschlüsse 57.
Parteiausschuß 43.
Parteipresse 153.
Parteiprogramm (Referat) 128.
Pfalz 253.
Planwirtschaft 302.
Postgebührenerhöhung 84.
Presse 37.
Preußen 145, 174, 187.
Programm III, 8, 112, 296—322, 328.
Programmkommission 8, 132.
Provinziallandtage 35.

Reaktion 171, 174, 255.
Rechtspflege V.
Reederei-Abfindungsgesetz 92.
Regierungsbildung 6, 133, 143, 150, 160, 162, 163, 168, 169, 174, 175, 176, 178, 181, 187, 192, 203, 270, 304, 327.

Regierungskoalition 148.
Reichsbeamtenbeirat 27.
Reichsferiengesetz 257.
Reichshaushalt 97, 103 bis 105, 220.
Reichsjugendwohlfahrtsgesetz 94.
Reichsnotopfer 81.
Reichsrat 95.
Reichstagswahlen 30.
Reichswehr 249.
Religion 317.
Religionsunterricht 94.
Rentenbeihilfe 62.
Reparationsleistungen 45.
Republikanischer Führerbund 13.
Rheinländer 96.
Rußland 5, 91, 125.
Rüstungen 277.

Saargebiet 285—287, 295, 296, 327.
Sachwerte, Erfassung der — 261.
Sanktionen 61, 115.
Schule 238.
Schulkämpfe 25.
Schulpolitik, Kultur- und — VI.
Schweden 121.
Schwerbeschädigte 89.
Selbstschutz 255, 284, 285.
Sexualreform 247.
Siedlungswesen 260, 262.
Soldatenspielerei 278.
Sozialisierung 194, 211, 245, 302, 303, 304, 307, 309, 312, 315, 320.
Sozialpolitik IV.
Sperrgesetz-Besoldung 86.
Staat und Sozialdemokratie 305.
Stahlhelmbund 177.
Stegerwald 7.
Steuern 179, 185, 211, 217, 219, 233, 235, 243, 249, 257, 261, 266, 301.
Stimmzettelkosten 95.
Stinnes 195.
Stresemann 60.

Tagesordnung VII, 119.
Taubstummen 243.
Taubstummensektionen 13.
Technische Nothilfe 96.
Teuerung 209, 232, 242.
Teuerungszulagen 85.
Tschechoslowakei 122.

Ultimatum 44, 57, 60, 115, 149, 194, 213, 272.
Unabhängige 5, 6, 133, 138, 182, 185, 189, 193, 199, 327.
Uneheliche Mutterschaft 243.
Uneinigkeit 4.
Unfallversicherung 62.
Ungarn 124.

Valuta 209, 226, 272, 300.
Verfassung und Verwaltung V.
Völkerbeziehungen und Internationale VI.
Völkerbund 279, 280.
Volksabstimmung 161.
Volksbegehren 211.
Volksentscheid 259.
Volksernährung 13, 214.
Volkshochschule 28, 157, 167.
„Vorwärts" 39.

Wahl der Kontrollkommission 311.
— des Parteivorstandes 311.
— der Programmkommission 132.
— des Zentralbildungsausschusses 311.
Wahlkosten 154.
Wehrmacht 263.
Wehrmachtversorgungsgesetz 87.
Weltkrieg 271.
Weltwirtschaft 273, 291.
Wiedergutmachungsfrage 289.
Wilsons 14 Punkte 279.
Wirth 60, 270, 291, 326.
Wirtschaftsparlament 302.
Wirtschaftspolitik IV, 317.
Wirtschaftsprobleme 300.
Wissenschaft 318.
Wissenschaftliche Arbeit 159, 166.
Wochenhilfe 68.
Wohlfahrtspflege 18.
Wohnungsbaues, Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des — 82.
Wohnungspolitik 237.

Zentralbildungsausschuß 27, 156.
Zentrum 185.
Zollschikanen 288.
Zündwarensteuergesetz 97.

Reichsfrauentag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

am 17. und 18. September 1921
in Görlitz

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Sprechregister	3
Sachregister	4
Protokoll	5
Anträge	73
Anwesenheitsliste	79

Sprechregister.

Arning 66.

Begier 34.
Berthold 64.
Bohm-Schuch 30, 40.
Braun, Adolf 5.

Cohn 67.

Evert 31, 66.

Freudenberger 40.

Giese 63.

Hanna 35, 45.
Harder 52.
Hauke 46, 51, 54, 65, 68.

Juchacz 5, 6, 26, 27, 28, 41, 45, 46, 68, 71.

Klüngel 6.
Knack 56.

Lex 57.

Möller 38.
Münz 37.

Oesterreicher 32.

Pfülf 39.

Quarck-Hammerschlag 27.

Radlmaier 36, 65.
Röpert 68.

Schilling 26.
Schöfer 11, 43.
Schreiber-Krieger 28.
Schröder 40, 54.
Schulte 39.
Schulz 64.

Todenhagen 57.

Wachenheim 21, 41.
Wagner 66.
Wartenberg 35.
Weimann 62.
Widmann 65.
Wierbitzki 53, 71.
Wohlgemuth 37.
Wolff 33, 59.
Wutzky 7, 44.

Zabe 51.
Zils 58.

Sachregister.

Aktionsprogramm 53, 58.
Anträge. Organisation und Aufklärung (Nrn. 1—6) 73.
— Bevölkerungspolitik (Nrn. 7—13) 74, 78.
— Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (Nrn. 14, 15) 74.
— Schulbildung (Nrn. 16 bis 18) 75.
— Verschiedene (Nrn. 19 bis 23) 75.
Arbeiterinnenschutz 15.
Arbeiterwohlfahrtsausschüsse 14, 16, 54.
Arbeitslose 35, 36.
Arbeitsvermittlung 35, 36.

Begrüßung 5, 6.
Berufsämter 9.
Berufsberatung 35, 36.
Berufsvormundschaft 23.
Bevölkerungspolitik 27, 43.
Bildungsarbeit 62.
Bureauwahl 6.

Eigenwirtschaft der Gemeinden 30, 31, 44.
Elternbeiräte 24.
Ernährungswesen 9.
Erwerbsarbeit 15, 30, 41, 47.
Erwerbslosen 20.
Erwerbslosenfürsorge 10.

Familienfürsorge 20.
Frauenaufgabe 13.
Frauenaufgaben, soziale, in der Gemeinde 11.
Frauenbewegung, bürgerliche 21.
Frauenschulen 38.
Frauenvereine 21, 40.
Frauenvereinigungen, bürgerliche 36, 42.
Frauenversammlungen 48, 55.
Frauenwahlrecht 59.

Geschlechtskrankenfürsorge 19.
Geschlechtskrankheiten 27, 28, 29.
Gemeindepolitik (Referat) 7.
Gesundheitspflege 18.
Gleichberechtigung 11, 36, 51.
„Gleichheit" 32, 50, 52, 53, 54, 57, 58, 61, 62, 64, 66, 67.

Hausfrauenfragen 41.
Hausfrauenvereine 22.
Hygiene 32.

Jugendämter 16.
Jugendfürsorge 38.
Jugendjustiz 37.
Jugendpflege 18.
Junge Mädchen 52.

Kinderfürsorge 15, 16, 17.
Kindergärten 17.
Kranke und Schwache 18.
Kriegerwitwen 39.

Ländliche Bezirke 52, 64.
Literatur 49.

Mandatsprüfungskommission 26.
Menschenökonomie 11, 13, 14, 17, 20, 31, 69.
Mieteinigungsämter 8.
Milchversorgung 9.
Mütter 27, 28.
Mutterschutz 15.

„Neue Zeit" 62.

Oberschlesien 54.
Organisation 11.
Organisationsfragen (Referat) 46.

Parteiprogramm 12, 13, 15, 53.
Pflegeämter 19.
Preisprüfungsstellen 33, 44.

Reichsrat 27, 28, 54, 55.

Säuglingsfürsorge 16.
Schöffen und Geschworene 54, 55.
Schlußwort 71.
Schulärzte 17.
Schulbücher 66, 68.
Sexualfragen 59, 60.
Sexualreform 45, 56.
Sozialbeamtinnen 40, 42.
Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde (Referat) 11.
Sozialisierung 10.

Taubstumme 13, 32.
Trinkerfürsorge 19.

Uneheliche Kinder 14, 39.
Uneheliche Mütter 21, 22, 27, 28, 29, 31, 38.
Unterkonferenzen 70.

Vereinswesen (Referat) 21.
Volksbibliotheken 26, 32, 42.
Volksbildungsarbeit 25, 26.
Volkshochschulen 25.
Vormundschaft 17.

Waisenpflege 17.
Wirtschaftliche Fragen in der Gemeinde (Referat) 7.
Wohlfahrtsarbeit 37, 43.
Wohlfahrtspflege 20, 23, 24, 58, 71, 72.
Wohlfahrtsvereine 23, 42.
Wohnungsfrage 8, 19, 38.

Zwangswirtschaft 9.

Erster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 17. September 1921.

Frau **Juchacz**: Genossinnen und Genossen! Auch in diesem Jahr hat der Parteivorstand anläßlich des Parteitages wieder eine Frauenkonferenz einberufen in der Annahme, daß noch manche Probleme, die für die Förderung der Frauenbewegung von Wichtigkeit sind, erörtert werden müssen. Ich hoffe, daß diese Frauentagung von Erfolg begleitet sein wird. Die Teilnahme an der Frauenkonferenz ist sehr groß. Es sind auf Anmeldung 97 Mandate ausgestellt worden. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und hoffe, daß Sie mit größter Teilnahme den Verhandlungen folgen werden.

Als Vertreter des Parteivorstandes erteile ich nunmehr das Wort dem Genossen Adolf Braun.

Adolf Braun: Werte Genossinnen und Genossen! Es ist mir ein besonderes Vergnügen, Sie namens des Parteivorstandes aus Anlaß Ihrer ernsten und überaus wichtigen Arbeiten auf das herzlichste begrüßen zu dürfen. Der Parteivorstand ist sich durchaus klar, daß die Frauenbewegung eine der bedeutsamsten und wichtigsten Notwendigkeiten für den Aufstieg des Proletariats ist. Wir wissen, daß die Verwirklichung unserer letzten Ziele, der Ueberführung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische nicht möglich ist, ohne daß die Frauen ausnahmslos mit Herz und Hand dabei mitwirken. Wir bedürfen der Frauen als des wichtigsten Teiles der Gesellschaft, sie bilden die Mehrheit unseres Volkes, sie sind die Mütter der kommenden Generation, denen die hohe und schöne Aufgabe zufällt, das zu verwirklichen, was wir solange vorbereitet haben. In einer Zeit größter Gefahren für die Republik und stärkster Hemmnisse für die Verwirklichung unserer Ziele scheint es mir besonders wichtig, daß wir wie die Männer auch die Frauen aufrütteln und ihnen klarmachen müssen, was ihre wichtigen Pflichten der heutigen und der kommenden Generation gegenüber sind.

So sehr wir schätzen müssen, was bisher geleistet worden ist, so klar sind wir uns, daß von der sozialdemokratischen Frauenbewegung noch weit mehr als bisher geleistet werden muß. In einer Zeit, in der trotz Arbeitslosigkeit und trotz sonstiger gewaltiger Schwierigkeiten die Mitgliederzahl unserer Partei in die Höhe geht, ist es bedauerlich und betrüblich, daß die Zahl der in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Frauen im letzten Berichtsjahre zurückgegangen ist. Wir wissen, daß dafür mannigfache Gründe angeführt werden können, auch Gründe organisatorischer Art. Viel Schuld trägt der öfter nicht ausreichende Eifer unserer Parteigenossen, in ihren Bezirks- und lokalen Organisationen für die Organisierung der Frauen alles das zu leisten und alles das zu erstreben, was unsere Aufgabe ist. Wir sind uns bewußt, daß der Weg zur Gewinnung der Frauen und Mädchen für die Partei überaus steinig ist, daß es weit schwerer ist für die Organisierung der Frauen als für die der Männer zu arbeiten. Wir müssen uns aber klar sein, daß nicht nur organisatorische Schwierig-

keiten, nicht nur die eigenartige Wesenheit der Frau, ihre jahrhundertelange Unterdrückung schuld sind, daß unsere Partei bei den Frauen nicht die gleichen Fortschritte macht wie bei den Männern. Wir wissen, daß vor allem die Stimmung, die die Männer zur Aktion treibt, bei den Frauen nicht so lebendig ist, wie wir es wünschen. Aber hier können Sie neben Ihren großen organisatorischen Aufgaben, neben Ihrer Kritik und Ihren Vorschlägen durch Tonart und Lebendigkeit dessen, was Sie hier vortragen, wirken, die Stimmung bereiten, damit die Frauen in den kommenden Jahren beweisen, daß sie weit rascher fortgeschritten sind als die Männer, so daß die sozialdemokratisch organisierten Frauen der Zahl der männlichen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei nahezukommen bemüht sind.

Daß dieser Frauentag stimmungsvoll und lebendig für die Sozialdemokratie wirke, wie wir es im Parteivorstand erhoffen, ist auch mein persönlicher Wunsch. (Bravo!)

Frau **Klügel**-Görlitz: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Bezirksvorstandes, im Auftrage aller sozialdemokratischen Männer und Frauen Niederschlesiens und im Auftrage der Ortsgruppe Görlitz heiße ich Sie in unserer Stadt herzlich willkommen. Wir sind stolz darauf, den Sozialdemokratischen Reichsfrauentag einmal in unserer alten Parteistadt begrüßen zu können. Im Bezirk und auch in der Stadt Görlitz haben, auch in der schwersten Zeit, immer die Frauen mit den Männern für die Ideale der Partei gekämpft. Wenn die Frauen in den Parteiorganisationen noch nicht in der Stärke vertreten sind, wie es sein könnte, dann liegt das mit an der großen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiterfamilie, worunter gerade die Frauen am meisten zu leiden haben. Trotzdem sind schon heute über dreißig Jahre Frauen in der Sozialdemokratischen Partei organisiert. Unsere Frauen haben sich allen Aufgaben der Partei, besonders auch der praktischen Arbeit, gewidmet. In den letzten Jahren ist es rüstig vorwärts gegangen. Auch nach der Revolution beteiligte sich eine große Zahl unserer sozialdemokratischen Frauen an der Arbeit in den Gemeindeparlamenten und in allen öffentlichen Körperschaften. Wir haben jetzt im Bezirk 5700 weibliche Mitglieder, davon in Görlitz 350. Die Werbewoche zur Begrüßung des Parteitages brachte uns bis jetzt über 4000 neue Parteimitglieder. (Bravo!) Auch die Frauengruppen im Bezirk haben über tausend neue weibliche Mitglieder zu verzeichnen. (Erneutes Bravo!) Im Bezirksvorstand, in den Ortsvorständen, in den Jugend- und Bildungsausschüssen und in der Wohlfahrtspflege sind unsere Frauen vertreten. Ueberall, wo sozialdemokratische Frauen mit tätig sind, gehören sie der Partei der SPD. an.

Möge der Frauentag in Görlitz durch seine Beratungen dazu beitragen, daß die fernstehenden Frauen sich der Sozialdemokratischen Partei anschließen zum größeren Schutze der Republik und zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende Frau Juchacz, Frieda Hauke-Kattowitz, Frau Minna Schröder-Hamburg; als Schriftführerinnen Anna Schulte-Köln, Milda Möller-Zwickau, Luise Kähler-Berlin und Johanna Tesch-Frankfurt; in die Mandatsprüfungskommission Radlmeier-München, Zabe-Hamburg, Wündisch-Kassel, Kern-Darmstadt, Schilling-Sachsen, Petschke-Brandenburg und Hartmann-Magdeburg.

Vorsitzende Frau **Juchacz**: Genossinnen und Genossen! Der Parteivorstand hat geglaubt, daß wir in diesem Jahr hier mit Ihnen die Gemeindepolitik erörtern müßten, weil sie mit der praktischen Arbeit zusammenhängt, die die Genossinnen innerhalb der Partei und für die Partei zu leisten haben. Wir haben deshalb den Genossen Wutzky als langjährigen Praktiker auf dem Gebiete

der Kommunalpolitik gebeten, über die wirtschaftlichen Fragen zu referieren. Die Genossin Dr. Schöfer wird die in der Gemeinde zu erledigenden sozialen Fragen vom kommunalpolitischen Standpunkte aus vor Ihnen erörtern und die Genossin Wachenheim wird über das Vereinswesen und die Kommunen referieren.

Genosse **Wutzky**: Genossinnen und Genossen! Die Umwälzung in den Novembertagen 1918, die dem katastrophalen Zusammenbruch Deutschlands nach dem mehrjährigen europäischen Völkermorden folgte, hat uns in unseren Kämpfen insofern um ein gutes Stück vorwärts gebracht, als sie eine größere Zahl von Rechten und politischen Freiheiten mit sich brachte, die uns die Bahn für die Fortführung unserer Kämpfe auf dem Wege zu unserem Ziel freimachten. Wir wissen aber, daß die politische Gleichberechtigung, die politische Freiheit, das freie Wahlrecht keineswegs etwa ausreichen, um das sozialistische Ziel in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erreichen. Wir wissen vielmehr, daß eine größere Zeitperiode noch dazu gehören wird, den Teil der kapitalistischen Wirtschaft umzuwandeln, der noch umgewandelt werden muß, damit wir zu unserem Ziel gelangen. Vor uns liegt die Notwendigkeit, die kapitalistische Wirtschaft in eine gemeinwirtschaftliche umzuwandeln. Dieses Ziel kann natürlich nicht in kurzer Zeit erreicht werden, sondern wir wissen, daß wir ihm nur allmählich näherkommen können, und zwar dadurch, daß wir Wirtschaft und Verwaltung nachhaltig beeinflussen und mit unserem Geiste durchdringen.

Die restlose Ausnützung aller Möglichkeiten für die Durchdringung der öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung ist also die Aufgabe, die vor uns liegt. In den letzten Jahren nach der Revolution haben wir besonders gegen unsere Parteigenossen, die dazu berufen waren, an leitender Stelle zu stehen, immer wieder den Vorwurf erhoben, daß der Verwaltungsapparat nicht schnell genug umgestaltet werde und daß die reaktionären Elemente in der Verwaltung nach wie vor am Werke seien und mehr oder weniger die Tätigkeit unserer Parteigenossen sabotierten. Diese Vorwürfe zeigen sehr deutlich, daß es nicht möglich war, gewissermaßen im Handumdrehen eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen, und wir werden auf diesem Gebiete noch nachhaltige Arbeit leisten müssen. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß unsere Parteifreunde und Parteifreundinnen in zähem Vorwärtsdrängen in die Verwaltung hineinzukommen bestrebt sein müssen. Wir müssen bemüht sein, überall das Heft in die Hand zu bekommen und das Ziel vorzubereiten, das auch hier zu erreichen ist. Das wird für uns eine Schulung für die Zukunft sein. Diese Schulung wird uns die notwendigen Kenntnisse liefern, um schließlich die großen Aufgaben der wirtschaftlichen Umgestaltung zu erfüllen.

Ein Tätigkeitsgebiet, das von ganz besonderem Wert ist, ist ohne Frage die kommunale Wirtschaft. Leider wird die Bedeutung dieses Tätigkeitsgebietes noch immer nicht so eingeschätzt, wie es notwendig wäre. (Sehr richtig!) Die Gemeinde ist die Zelle der Staatsverwaltung. Die Gemeindewirtschaft ist der Ort, wo nicht nur in der so sehr bedeutungsvollen Kleinarbeit die Genossen und Genossinnen die notwendige Schulung finden können, sondern wo auch diejenigen Dinge nachhaltig beeinflußt werden, die den einzelnen Volksgenossen in seinem intimsten Eigenleben angehen, die in die Angelegenheiten seines internsten Gemeinschaftslebens eingreifen. Hier ist der Platz, wo die Regelung des täglichen Bedarfs entscheidend beeinflußt und geordnet wird. Ich sage daher, daß nirgends die Parteigenossinnen nachhaltiger und besser wirken können als gerade in der Mitarbeit in den Aufgaben der Gemeindepolitik.

Nun gibt es ja auch heute noch merkwürdigerweise, und zwar nicht nur bei unseren Gegnern, viele Leute, die der Meinung sind, daß die Frau nicht sonderlich für diese Arbeit geeignet ist. Man wagt sich ja nicht mehr so wie

früher mit dem Einwand hervor, daß die Frau in das Haus gehöre, aber ich kann es doch nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß man noch immer auch in unseren Kreisen einer Auffassung begegnet, die, wenn sie auch nicht klar und deutlich ausgesprochen wird, dahin geht: ach, die Frau ist ja nicht geeignet, die Aufgaben zu packen, wie es notwendig wäre. Ich sage das nicht so leichthin, sondern kann in diesem Punkte auf Grund mancher Erfahrungen als Kommunalpolitiker sprechen. Ich muß sagen, daß ich mit einiger Verwunderung immer und immer wieder solchen Auffassungen begegnet bin. Wie waren denn die Dinge während der furchtbaren Jahre des Krieges? Da mußten die Frauen in die Bresche springen; das war eine Selbstverständlichkeit. Da haben auch die Herren der Schöpfung es für eine Selbstverständlichkeit angesehen, daß die Frau die Zügel da aufnahm, wo sie am Boden schleiften, daß die Frau in die Kleinarbeit, insbesondere in die kommunale Kleinarbeit hineinkam. Und da kann ich, der ich in diesen Jahren mit an vorderster Stelle gestanden habe, nur sagen: die Mitarbeit der Frau hat sich in vollstem Maße bewährt. (Lebhafter Beifall.)

Einen Vorwurf muß ich den Frauen, und besonders den proletarischen Frauen, machen: sie haben die Situation, die ihnen die Kriegsjahre beschert haben, nicht ausgenutzt; sie haben sich wieder zurückdrängen lassen und sind still beiseitegetreten, ohne mit Energie daran festzuhalten, daß sie unter allen Umständen in der Gemeindearbeit berücksichtigt werden müssen. Es wird infolgedessen für sie darauf ankommen, Position um Position wieder zu erobern und in der kommunalen Wirtschaft wieder mehr Boden zu gewinnen.

Jeder vorurteilslose Kommunalpolitiker kann nur die Auffassung vertreten, daß nach den gemachten Erfahrungen die Mitwirkung der Frau bei der Kleinarbeit in der Gemeinde unentbehrlich ist. So ist z. B. auf dem außerordentlich umfassenden und bedeutungsvollen Gebiet des Siedelungs- und Wohnungswesens die Mitwirkung des weiblichen Elements dringend notwendig. Wenn man feststellen muß, daß selbst in der Reichshauptstadt in der hierfür berufenen Kommission nicht eine Frau Sitz und Stimme hat, so werden Sie erkennen, daß wir noch weit von diesem Ziele entfernt sind. Auch auf dem Lande muß die Mitarbeit der Frauen mehr Boden gewinnen, wo sie bei der dringenden Umgestaltung der miserablen Landarbeiterwohnungen gutes zu wirken berufen sind.

Auf diesem selben Aufgabengebiet ist die durch die Gesetzgebung veranlaßte Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen durchzuführen, sind die Maßstäbe über die Zuweisung der rationierten Wohnungen zu fixieren, ist zu entscheiden, welche Wohnungen gesundheitsschädlich sind usw. usw. — alles Dinge, die eminent von der Sachkenntnis der Frau beeinflußt werden können.

Dazu kommt das Riesengebiet der Mieteinigungsämter. Es ist eine betrübende Tatsache, daß die Frauen in diese Aemter noch nicht eingedrungen sind, wie es notwendig wäre. Es war für mich eine interessante Feststellung, daß jüngst auf der in Dresden stattgehabten Tagung der Mieteinigungsämter ausgerechnet der Vorsitzende des dort neugegründeten Verbandes der Mieteinigungsämter Deutschlands in seinen Ausführungen über die innere Organisation dieser Aemter gegen die Heranziehung der Frauen als Mieteinigungsamtsbeisitzerinnen Stellung nahm. Es entbehrte nicht eines gewissen Reizes, daß selbst eine deutschnationale Mieteinigungsamtsbeisitzerin — eine sozialdemokratische Vertreterin war leider nicht anwesend — diesem Vorsitzenden des Verbandes den Kopf zurechtrückte und ihm auseinandersetzte, daß seine Auffassungen zu vorsintflutlich anmuteten und das Gegenteil gefordert werden müsse.

In das Gebiet des Wohnungswesens fällt auch der große Fragenkomplex der Wohnungspflege, die durch den Krieg stark in den Hintergrund gedrängt worden ist. Die Wohnungspflege muß auf Grund der Wohnungsgesetze wieder

in vollem Umfange aufgenommen werden, besonders jetzt, wo die Wohnungen durch die Kriegswirtschaft so heruntergewirtschaftet sind, daß sie vielfach nicht zur Aufnahme von Menschen geeignet sind. Diese Wohnungen müssen wieder in einen wohnlichen Zustand versetzt werden. Es wird Aufgabe der kommunalen Organe sein, die neuen Anweisungen für die Wohnungspflegerinnen festzustellen. Die Unwirtschaftlichen unter den Wohnungsinhabern werden zu beraten sein. Das alles sind Aufgaben, bei denen die Mitarbeit der Frau unerläßlich ist.

Ebenso ist es auf dem Gebiete des Ernährungswesens. Es wird bereits wieder die Frage aufgeworfen, ob es notwendig ist, die während der Kriegszeit eingerichteten Ernährungsämter weiter aufrechtzuerhalten. In diesem Punkte werden wir einen heftigen Kampf auszufechten haben. Ueberall sind unsere bürgerlichen Gegner am Werke, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln so schnell wie möglich aus dem Aufgabenkreis der Gemeindeverwaltung wieder auszuschalten. Nach meinen Erfahrungen wäre das außerordentlich bedenklich, weil wir die Wirkungen des Krieges noch lange nicht überwunden haben und beispielsweise schon im nächsten Winter Schwierigkeiten vor uns haben werden, die es zur zwingenden Notwendigkeit machen werden, die Zwangswirtschaft im jetzigen Umfange mindestens aufrechtzuerhalten, wenn nicht gar manches erneut wieder in die Zwangswirtschaft einzubeziehen, die in vieler Hinsicht in allzu großer Eile abgebaut worden ist. Die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Mehl und Kartoffeln muß sichergestellt werden, und es wird von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, die verantwortlichen Körperschaften dazu zu bringen, daß sie ihrer schweren Verantwortung gerecht werden.

Zur Tätigkeit der Ernährungsämter gehören auch das Marktwesen, die Fleischversorgung, die Versorgung der Kinder und Schwachen mit Milch. In letzterer Beziehung sind bereits sehr starke Kräfte am Werke, die mit der Gemeindewirtschaft in diesem Punkte ein Ende machen wollen. Es wäre ein Unglück, wenn diese zäh wirkenden Einflüsse zum Ziele kommen würden und die für die Volksgesundheit so hochwichtige Milchversorgung dem freien Handel überlassen werden würde. Wenn das in einzelnen Gemeinden trotzdem der Fall ist, so ist das — besonders in den Industriestädten mit dichtwohnender Arbeiterbevölkerung — zu verurteilen; rechtlich liegen die Dinge so, daß die Freigabe der Milchwirtschaft nur bei den Produzenten gesetzlich zugestanden ist, während die Gemeindeverwaltungen aber nach wie vor das Recht haben, die Versorgung der Bevölkerung mit Milch in der Hand zu behalten. Ja, sie haben die Pflicht dazu angesichts der nicht zu leugnenden Schäden, welche der auf Erwerbsinteressen eingestellte private Milchhandel für den menschlichen Nachwuchs mit sich bringt.

Als weitere Gebiete, in denen die Mitwirkung der Frau nötig ist, nenne ich die Preisprüfungsstellen, die Gesundheits-, Jugend- und Wohlfahrtspflege. Ich kann diese Aufgabenkreise nur streifen, will deshalb nur bemerken, daß ich mir z. B. nicht denken kann, daß in der Säuglingsfürsorge bei den Männern mehr Sachkenntnis zu finden sein soll als bei den Frauen. Hier kann fraglos in erster Linie nur die Frau zur entscheidenden Mitwirkung berufen sein.

Ebenso ist es bei den Aufgaben auf dem Gebiete des Bildungs- und Schulwesens.

Sodann mache ich auf das Riesengebiet der Regelung der Angelegenheiten von Arbeit und Gewerbe aufmerksam: Arbeitsnachweis, Arbeitsbeschaffung, Berufsämter. Insbesondere die letzteren Einrichtungen sind für die Frauen von besonderem Interesse. Die Frau, die in erster Reihe in der Kindererziehung wirkt, ist selbstverständlich am besten geeignet, die bei der Berufswahl der Jugendlichen bestimmenden Gesichtspunkte zu beurteilen und muß daher Einfluß

auf die Gestaltung der Berufsämter nehmen. Ebenso ist die Erwerbslosenfürsorge ein wichtiges Arbeitsgebiet für die Frauen, die doch zu einem großen Teile erwerbstätig sein müssen und so an der Gestaltung der sozialen Einrichtungen und der Arbeiterfürsorge lebhaft interessiert sind. Trotzdem sind bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Frauen als Beisitzerinnen noch immer nicht zu finden.

Alles das sind Dinge, die in der kommunalen Wirtschaft in erheblichem Umfange ihre Regelung finden und bei denen der Einfluß der Frau noch lange nicht den Grad erreicht hat, der unbedingt notwendig ist.

Die Frauen, in deren Händen doch die Ordnung der täglichen größeren und kleineren Bedürfnisse der Arbeiterfamilien und ihres Haushalts liegt, haben natürlich auch ein Interesse daran, Einfluß auf die Preisbildung in Elektrizität, Gas, Wasser usw. zu nehmen.

Wo immer man also in der Gemeindewirtschaft hinschaut, überall wird man die Feststellung treffen müssen, daß die Fernhaltung der Frau von entscheidenden Stellen der Verwaltung nicht den leisesten Schimmer von Berechtigung hat und niemals hatte. Ich habe jedenfalls die Erfahrung gemacht, daß ohne die Mitarbeit der Frau die zu lösenden Aufgaben vielfach nicht zweckentsprechend zu lösen sind. Jeder erfahrene Praktiker in der Kommunalarbeit muß also wünschen, daß die Sachkenntnis der Frau überall und in allen Fragen der kommunalen Wirtschaft verwertet wird. Das ist auch schon um deswillen zu fordern, weil die kommunale Wirtschaftspolitik ja nicht nur Verstandessache ist; es spielen auch Gemütswerte bei dem Wirken auf diesem Hauptgebiet der sozialen Kleinarbeit eine nicht zu unterschätzende Rolle, in der Wohlfahrts- und Jugendpflege, im Gesundheits- und Wohnungswesen usw. Wer möchte bestreiten, daß hierin die Frau besonderes in die Wagschale zu werfen vermag.

Ich habe in der Kriegswirtschaft viel Gelegenheit gehabt, mit Frauen zusammenzuarbeiten. Sie haben sich außerordentlich schnell in ihre Arbeit hineingelegt. Sie sind nicht nur gefühlsmäßig dabei ans Werk gegangen, sondern haben sich in jeder Weise als sachlich einwandfrei und tüchtig erwiesen.

Ich fasse diese kurze Kennzeichnung der Einzelheiten in der kommunalen Arbeit dahin zusammen, daß das weibliche Element nicht bloß in den Kommissionen und Deputationen der Gemeinden zur Mitwirkung berufen ist, nicht nur in den Stellen, wo die Kleinarbeit ihre Erledigung findet. Es muß gefordert werden, daß die Frau auch in umfassenderer Weise als bisher in die Gemeindevertretungen ihren Platz erhalten, denn hier wird der Geist und die Tendenz bestimmt, die in der kommunalen Wirtschaft herrschen sollen. In der Gemeindevertretung werden die Grundsätze geschaffen, nach denen zu arbeiten ist. Die Frau muß auch in den Gemeindevorstand hinein, in dem die in der Gemeindevertretung geschaffenen Grundlinien erst ihre praktische Auswirkung finden. In solchen leitenden Stellen der Kommunalverwaltung hat die Frau durchaus bewiesen, daß sie zur Mitarbeit befähigt und berufen ist.

Auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung liegt also für die proletarische Frau ein gewaltiges Feld der Tätigkeit. Hier, wo in Zukunft u. a. in erster Reihe die Probleme der Sozialisierung ihrer Lösung entgegengeführt werden dürften, hat sie für ihre öffentliche Wirksamkeit noch viel Boden zu erkämpfen.

Nun muß noch die Frage aufgeworfen werden, ob in dem von uns geführten Kampf zur Durchdringung der Kommunalverwaltung in dem von mir ausgeführten Sinne die Frauen ihre Kampfespflicht erfüllt haben. Leider sind die Bemühungen, die vorhandenen Plätze und die entscheidenden Stellen zu besetzen, nicht mit dem wünschenswerten Nachdruck ausgeführt worden. Vielfach haben die Frauen in diesem Punkte eine Zaghaftigkeit und Zurückhaltung gezeigt, die keineswegs berechtigt war. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß die Frau

sich dem Mann gegenüber noch immer nicht voll gleichwertig fühlt. Nichts ist verkehrter als diese Auffassung. Meine Erfahrungen sprechen dagegen und viele von Ihnen werden diese Auffassung bestätigt gefunden haben. Die Frauen müssen mit aller Energie darangehen, sich die Plätze zu erkämpfen, an denen sie in erster Reihe zur Mitarbeit berufen sind.

Das gilt nicht minder für die Stellung der Frau in unseren Organisationen. Bei der Berufung der Leitungen in unseren Organisationen wird in dieser Hinsicht auch noch nicht so verfahren, wie es notwendig wäre. Selbst unter uns hat die Gleichberechtigung der Frau noch nicht unbedingte Anerkennung gefunden. Der maskuline Vorrang wird immer noch sehr stark verteidigt und gewahrt; die Wahlen zu den Organisationsvorständen, bei denen man den Frauen unter etwa 10 Mitgliedern als eine gewisse Konzession ein oder zwei Plätze einräumt, beweisen das sehr oft. Wenn wir ehrlich und vorbildlich die Gleichberechtigung der Frau unter uns anerkennen wollen, dann darf eben bei solchen Gelegenheiten nicht die Erwägung maßgebend sein, daß auch eine Frau dabei sein soll, sondern entscheidender Gesichtspunkt darf nur sein, daß der tüchtigste Mensch, gleichviel ob Mann oder Frau, an seinen Platz kommt.

Ich möchte deshalb meine Ausführungen damit schließen, daß ich Sie bitte, die Leitsätze, die Ihnen unterbreitet sind, anzunehmen und daß sie alle Tatkraft in der Richtung, die ich andeutete, entfalten, um das Ziel zu erreichen, daß der weibliche Einfluß bei der Lösung der Aufgaben in der kommunalen Wirtschaft entschiedener und nachhaltiger zum Durchbruch kommt, als es bisher der Fall war. Machen Sie sich für Ihre Tätigkeit die sittliche Pflicht zu unaufhörlichem Kampf nach dieser Richtung hin zu eigen, die, wenn auch in negativer Form, in dem bekannten Dichterwort zum Ausdruck gekommen ist:

> Nur der verdient die Freiheit wie das Leben,
> Der täglich sie erobern muß.

(Lebhafter Beifall.)

Berichterstatterin Frau Dr. **Schöfer:** Wenn wir über das Thema: „Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde" sprechen wollen, müssen wir uns zuerst die Frage vorlegen: gibt es überhaupt eigene soziale Frauenaufgaben in der Gemeinde? Hat nicht unsere Partei von jeher den Grundsatz vertreten, daß wir alle für allgemeine Menschenrechte kämpfen und daß deshalb eigene Frauenforderungen nicht ins Parteiprogramm aufzunehmen sind? Wir können uns auch nicht verhehlen, daß viele unserer Genossen mit bürgerlichen Vertretern noch darin übereinstimmen, daß sie die Frauen von den allgemeinen Fragen in der Gemeinde ausschließen und ihnen nur den sozialen Aufgabenkreis zuweisen wollen, weil die soziale Frauenarbeit den Frauen so recht angemessen wäre. Diesen Gedanken wollen wir nicht als engherzig ablehnen, sondern nur fragen: warum erscheint die soziale Arbeit den Frauen so recht angepaßt?

Soziale Arbeit ist Hilfe und Schutz für das Menschenleben. Die Frau ist die geborene Hüterin und Schützerin des Menschen; darum muß die soziale Arbeit ihr so recht angepaßt erscheinen. Indem wir der Frau die Aufgabe der Hüterin des Menschenlebens zuweisen, bejahen wir zugleich die Frage, ob die Frau überhaupt eine Aufgabe in der Politik hat. Eignet der männlichen Art mehr der Kampf, so hat die Frau mehr Verständnis dafür, Menschenleben zu hüten und zu bewahren. Hat der Mann mehr Verständnis für Güterwirtschaft und Güterproduktion, so eignet sich die Frau mehr für die Vertiefung in Menschenschicksale. Darum muß der Frau im Rahmen der Allgemeinheit die Aufgabe zufallen, Hüterin und Schützerin des Menschenlebens zu sein.

Die Aufgabe der Frau ist also die Menschenökonomie. Der Ausdruck ist nicht von mir geprägt, aber es ist bisher noch nicht gelungen, einen besseren

Ausdruck dafür zu finden. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn jemand unter Ihnen eine bessere Bezeichnung für Menschenökonomie oder Wirtschaftlichkeit mit Menschenleben fände.

Die Frau hat menschenökonomische Aufgaben zu erfüllen. Die soziale Aufgabe ist nur ein Teil dieser menschenökonomischen Aufgabe. Diese bringt die Frau mit allen Gebieten des öffentlichen Lebens in Berührung. Ich habe Ihnen einige Vorschläge zur Aenderung des Parteiprogramms vorgelegt, in denen der Gedanke der menschenökonomischen Aufgaben der Frau zum bewußten Ausdruck kommen soll.

Die Forderung, die die Frau als Menschenökonomin in das Parteiprogramm hineintragen muß, ist die der sozialen Wohlfahrt aller. Will der Mann vor allem auf Umwandlung der herrschenden Güterwirtschaft in der Gemeinwirtschaft dringen, so hat die Frau vor allem darauf zu dringen, daß mit Menschenleben in der Gemeinwirtschaft sparsamer und weiser umgegangen wird als bisher. Wir haben bisher keine Menschenökonomie, sondern nur eine Güterökonomie gehabt. Das höchste Gut, das Menschenleben, wird in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht berücksichtigt.

Menschenökonomie ist die Einsetzung des Menschen als Wertfaktor in die Wirtschaft. Menschenökonomie bedeutet wirtschaftliches Umgehen mit Menschenleben und Menschenkraft, bedeutet Schutz und Hebung des organischen Kapitals. Bisher wird in der Volkswirtschaft nur das Bodenkapital und Finanzkapital in Rechnung gezogen, aber nicht das wertvollste Kapital, das wir haben: der Mensch. Der besitzlose Mensch, dessen einziges Kapital seine Arbeitskraft ist, ist das billigste Ausbeutungsobjekt, das sich denken läßt. Mit seinen Gebäuden und Maschinen geht der Unternehmer viel wirtschaftlicher um als mit Menschenleben, deren Arbeitskraft er gemietet hat. Das tut er deshalb, weil er den Verlust der Menschenkraft nicht zu tragen hat. Den Verlust des organischen Kapitals muß die Allgemeinheit tragen, und sie trägt ihn in ihrer Sozialpolitik. Sie trägt ihn aber nur insoweit, als sie dem Menscheninvaliden nur den allernotdürftigsten Unterhalt gewährt. Die Allgemeinheit besteht selbst wieder aus ausgebeuteten Menschen, die dann dafür sorgen müssen, daß diese Menschen ihr Leben fristen können.

An dieser Aufgabe der Menschenökonomie muß die Frau zielbewußt festhalten. Sie muß diesen Gedanken auch in das Parteiprogramm hineintragen. Von dieser Idee aus muß die Frau ihre soziale Arbeit auffassen.

Die Frau ist die geborene Schützerin des Menschenlebens, sie trägt auch die Kosten des Menschenlebens. Die Menschheit wälzt sich seit Jahrhunderten durch ein Meer von Gefahren, Elend, Krankheit und Kriegen hindurch, und als einziges Mittel gegen das große Menschensterben galt eine starke Gebärtätigkeit der Frau. Die Frau mußte Menschen schaffen, damit sie wieder zugrunde gerichtet werden konnten.

Die menschenökonomische Aufgabe hat aber auch eine positive Seite, die darin besteht, daß das vorhandene Menschenleben geschützt und befürsorgt werden soll. Die positive Seite heißt: Schutz den ungeschützten Arbeitskräften, Schutz den ausgebeuteten Müttern, Schutz dem heranwachsenden Kinde und Schutz den vergeudeten Menschenleben überhaupt.

Die Frau hat neben der Aufgabe, die Menschenleben zu vermehren, die Aufgabe, das einzelne Menschenleben möglichst produktiv und glücklich zu gestalten. Wir haben nicht ein starkes Mutterinteresse daran, daß unser Land vergrößert werden soll, sondern daran, daß mit dem einzelnen Menschenleben sparsam und weise umgegangen wird.

Diese Aufgabe muß aus jeder Frau herausleuchten, namentlich, wenn sie im öffentlichen Leben eine führende Rolle einnehmen will. Die Frau muß ihre

lebendigen Rechte im öffentlichen Leben dafür einsetzen, daß die menschenökonomische Aufgabe überall in den Vordergrund gerückt wird. Sie muß den Grundsatz bekämpfen, daß die Rentabilität der Sachgüter das oberste Ziel der Wirtschaft sein soll. Das oberste Ziel ist das wirtschaftlich sparsame Umgehen mit dem besten Kapital, das wir haben: mit dem Menschenleben.

Die Frau kämpft für diese Ziele nicht bloß dadurch, daß sie in der Gemeinde in Armen-, Waisen- und Hinterbliebenenfürsorgeausschüssen, daß sie bei der Tuberkulose- und Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitet. Diese ausführende Arbeit ist ganz gewiß notwendig. Je mehr Menschen in diesem Sinne in der Gemeinde mitarbeiten, um so besser wird die Arbeit geleistet werden.

Prinzipielle Frauenaufgabe aber ist das Hineintragen des menschenökonomischen Gedankens in die soziale Arbeit. Auch in der allgemeinen Politik hat die Frau menschenökonomische Aufgaben zu erfüllen: als Gegnerin des Kriegs, als Wirtschaftspolitikerin, die für freie Handels- und Verkehrspolitik eintritt, weil nur dadurch Menschenleben und Menschenkraft geschützt werden. In steuerpolitischer Beziehung muß sie für eine gerechte Steuerverteilung eintreten. Sie muß bei der Umgestaltung der Rechtspflege dafür sorgen, daß das Menschenleben zu seinem Recht kommt. In sozialpolitischer Beziehung muß sie für Arbeitslosenversicherung, Mutterschaftsversicherung, Kinderzulagen, Familienversicherung usw. eintreten. Sie hat immer den Grundsatz zu betonen, daß alle Ausgaben für Sozialpolitik, Sozialhygiene, Kulturpolitik vom Staat geleistet werden müssen, daß diese Ausgaben in der sozialistischen Gemeinwirtschaft zu den Betriebskosten der Wirtschaft zu rechnen sind. Ich möchte bitten, diesen Gedanken dahin zu unterstützen, daß er im Parteiprogramm Aufnahme findet.

In der sozialen Arbeit in der Gemeinde hat die Frau dann im einzelnen Gelegenheit, die sozialen Fürsorgezweige fruchtbringend auszugestalten. Ich habe mich länger mit der menschenökonomischen Aufgabe der Frau befaßt, weil gezeigt werden muß, wie die soziale Aufgabe der Frauen von einem weiten Gesichtspunkte aus gesehen werden kann. Ich weiß nur zu gut, daß in der Kleinarbeit des Tages die großen Gesichtspunkte leicht verloren gehen. Wir wissen, daß die Ausübung der sozialen Arbeit an den einzelnen Orten Kinderkrankheiten ausgesetzt ist. Soziale Arbeit von dem Gedanken des bloßen Wohltuens aus gesehen ist noch keine soziale Arbeit. Sie kann uns nur schließlich in das Fahrwasser der kapitalistisch orientierten Frauen führen, die ihre Arbeit in dem Sinne der Milderung der Klassengegensätze aus mütterlichem Gefühl heraus tun. Sie sagen immer: wir denken ja auch sozial; warum werden immer die Klassengegensätze in den Vordergrund geschoben? Aber dieser sozialen Arbeit der kapitalistisch Gesinnten fehlt der Untergrund, von dem aus allein die soziale Arbeit konsequent erscheint. Diese Damen bekämpfen nämlich in ihrer sozialen Kleinarbeit die Schäden des Kapitalismus; in ihrer allgemeinen Politik treten sie für die herrschende Wirtschaftsordnung ein, welche alle diese Schäden verursacht. (Sehr richtig!) Soziale Arbeit von dem großen Gesichtspunkte der Menschenökonomie aus aufgefaßt, ist die einzig richtige soziale Arbeit, und der Unterschied zwischen der sozialen Arbeit sozialistisch gesinnter Frauen und bürgerlicher Frauen besteht gerade in diesem Zwiespalt der Inkonsequenz.

Wenn wir immer an dem Gedanken der Menschenökonomie festhalten, dann werden wir auch nicht jene sozialen Grausamkeiten begehen, die die Menschen sich so leicht gedankenlos zu schulden kommen lassen. Aus Amerika wird z. B. berichtet, daß Menschenfreunde und Sozialpolitiker sich außerordentlich viel Mühe geben, Taubstumme zu erziehen und ihnen Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, daß sie aber auch die Heiraten unter ihnen aus Menschenfreundlichkeit eifrig fördern, so daß die Zahl der Taubstummen sich in einem Zeitraum von zehn Jahren verdreifacht hat. Ebenso wird aus England berichtet, daß jene

Damen, die den Schutz von Heimen für geistig und körperlich Verkrüppelte übernommen haben, nicht nur die Kranken versorgen, sondern sich auch eifrig bemühen, die Heiraten unter ihnen zu fördern, so daß die Zahl der Schwachsinnigen sich in einem viel stärkeren Tempo vergrößert hat als die der normalen Menschen. In solcher sozialer Fürsorge liegt eine grausame Inkonsequenz, eine Gedankenlosigkeit, die nur Menschen aufbringen können, die den Dingen des Lebens noch nicht auf den Grund gesehen haben. Bei uns in Deutschland haben wir allerdings auch ähnliche Fehler zu verzeichnen. Ich erinnere nur an das Schicksal der unehelichen Kinder. Wir wissen, daß die Sterblichkeit der unehelichen Kinder doppelt so groß ist wie die der ehelichen Kinder, daß die unehelichen Kinder die sogenannten Rettungsanstalten zu einem viel höheren Prozentsatz füllen als die ehelichen Kinder. Wer das weiß, der muß darüber empört sein, wie mit diesem Menschenkapital umgegangen wird. Wir reden auch viel von der Abnahme der Säuglingssterblichkeit, wir schlagen Maßnahmen zur Förderung der Geburtenzunahme vor, geben aber fast kein Geld aus zur Bekämpfung der ansteckenden Kinderkrankheiten. Das wäre aber konsequente soziale Arbeit. Vor dem Fehler, die soziale Arbeit bloß um der Geschäftigkeit willen in Angriff zu nehmen, werden wir dann bewahrt bleiben, wenn wir sie von dem Grundsatz der Menschenökonomie aus betrachten. Ich habe schon gesagt, daß die soziale Arbeit der Genossen und Genossinnen sich vor den Kinderkrankheiten in acht nehmen muß. Die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse mancher Bezirke zeigen einen großen Eifer, auch einzelne kleine Teilgebiete zu bearbeiten; sie veranstalten Sammlungen und veranlassen Minderbemittelte, für noch Aermere in die Tasche zu greifen. Sie bringen aber trotz ihrer Bemühungen lange nicht einen Bruchteil jener Summen auf, welche die bürgerliche Wohltätigkeit bei ihren Wohlfahrtsbazaren, Blumentagen und Tanznachmittagen aufbringt. Wir wollen nicht wohltun, um uns andere Menschen zu verpflichten; wir wollen es vor allem unterlassen, daran zu glauben, daß wir durch gute Ermahnungen, heilsame Trostsprüche soziale Arbeit leisten können. Die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse fassen ihre Aufgabe viel wirkungsvoller auf, wenn sie vor allem danach trachten, in die einzelnen Ausschüsse der Gemeinden hineinzukommen, in denen diese Fragen durchgesprochen werden und in denen dann der Grundsatz der Menschenökonomie, einer wirklich sozialen fruchtbaren Arbeit immer und immer wieder in den Vordergrund gerückt werden kann. Das ist vor allem Sache der Genossinnen. Die Genossinnen müssen diesen Grundsatz unermüdlich betonen. (Zustimmung.) Sie müssen den bürgerlichen Vertretern und auch den eigenen Genossen vorrechnen, was wahre Sparsamkeit ist. Sie müssen ihnen klarmachen, daß es eine übel angebrachte Sparsamkeit ist, die Menschenleben zwingt, mit weniger als dem notdürftigen Lebensunterhalt auszukommen, daß es die *größere* Sparsamkeit ist, mit Menschenleben sparsam umzugehen, als mit den wirtschaftlichen Sachgütern. Unzählig sind die Beispiele, an denen nachgewiesen werden kann, daß aus Sparsamkeit nur eine mangelnde soziale Fürsorge getrieben wurde, und wie diese Sparsamkeit sich schwer rächt durch lawinenartiges Anwachsen der späteren Kosten, der Krankenkosten, Gefängniskosten, Anstaltskosten und Unterstützungsgelder. Ich bin überzeugt, daß in jeder Gemeinde, in der unsere Genossen und Genossinnen als Armen- oder Waisenpfleger in der sozialen Fürsorge überhaupt arbeiten, sich derartige Beispiele einer falschen Sparsamkeit sammeln ließen. Alle diese Beispiele sollten zusammengetragen werden, denn sie geben eine lehrreiche Darstellung davon, wie verschwenderisch eine falsche Sparsamkeit ist.

Wenn wir nun die soziale Arbeit der Frauen in den Gemeinden im einzelnen betrachten, so müssen wir uns fragen: welches sind die Gebiete, denen die Frauen ganz besonders ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen? Naturgemäß

wird die Frau zuerst alle Frauenangelegenheiten in ihren Bereich ziehen. Die Frauenfrage ist im Zusammenhang mit der bevölkerungspolitischen Frage die wichtigste soziale Frage, von deren Umgestaltung die Zukunft des ganzen Menschengeschlechts, auch die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung abhängt. (Sehr richtig!) Für die Frauen selbst aber ist vor allem die Sicherung des Frauenerwerbs eine soziale Frage. Ich kann nicht mit den Forderungen übereinstimmen, die vor einigen Tagen hier erhoben wurden, daß die Frauenerwerbsarbeit möglichst einzuschränken ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Frauenerwerbsarbeit möglichst zu erleichtern ist; denn aus Gründen der Volkswohlfahrt und der sozialen Gerechtigkeit müssen die Frauen nicht nur gleichen Lohn für gleiche Leistung, sondern auch gleiche Erwerbsfreiheit fordern. Jede Frau muß es als ihre persönliche Aufgabe in der Gemeinde betrachten, die Erwerbsarbeit der Frau zu verteidigen und ihr neuen Raum zu verschaffen. Rassenhygieniker und Bevölkerungspolitiker erheben gegen die Erwerbsarbeit der Frau Einspruch. Es ist zuzugeben, daß verschiedene Gründe, die in der jetzigen Wirtschafts- und Haushaltsordnung liegen, gegen die Erwerbsarbeit der Frau sprechen. Wir wollen ja aber die Wirtschaftsordnung ändern; wir wollen nicht immer bei dem alten kleinen Zwerghaushalt bleiben. Die Frauen müssen darauf dringen, daß in das sozialdemokratische Parteiprogramm der Satz hineinkommt: Die Frau hat ein Recht auf Erwerbsarbeit. Das Geschlecht an sich darf kein Grund zur Entlassung sein. Die Frau muß sich ihren Erwerbsunterhalt selbst verdienen, und zwar aus sozialen Gründen. Die Frauenwelt und damit die ganze Menschheit hat nur allzu lange unter der Verquickung von Liebe, Versorgung und Ehe gelitten. Die Freiheit der Frau wurde dadurch unheilvoll beeinflußt. Darum muß die Frau im Interesse ihrer inneren Freiheit, im Interesse ihrer Nachkommenschaft und im Interesse des wirklich menschenökonomischen Zieles für die Erwerbsarbeit der Frauen in der Gemeinde eintreten. Die bevölkerungspolitischen Nachteile der Frauenerwerbsarbeit können dadurch überwunden werden, daß die sozialistische Gesellschaft die Versorgung der Frau während der Zeit der Erwerbsverhinderung durch die Mutterschaft übernimmt.

Zu der wichtigsten Frauenaufgabe in der Gemeinde gehört der Mutterschutz. In der Mutter wird das heranwachsende Geschlecht geschützt. In der Gemeinde kann die Frau für einen wirksamen Mutterschutz eintreten, indem sie die Gründung von Schwangerenfürsorgestellen im Rahmen des Wohlfahrtsamts anstrebt, in denen die Schwangeren sowohl hygienische als auch juristische Beratung erhalten. Von den Frauen muß in der Gemeinde auch die Errichtung von Wöchnerinnen-, Frauen- und Mutterheimen und von Entbindungsanstalten angestrebt werden.

Für den Arbeiterinnenschutz kann jede Frau in der Gemeinde wirksame Vorarbeit leisten, indem sie darauf dringt, daß das Arbeitsamt, der Arbeitsnachweis ihrer Gemeinde systematische Untersuchungen über die gesundheitsschädlichen Wirkungen gewisser Frauenbeschäftigungen anstellt. Es wären auch die Erfahrungen über die gesundheitlichen Wirkungen der Arbeitsbedingungen, der Arbeitseinteilung und der Arbeitszeit zu sammeln.

In den Kreis der sozialen Frauenaufgaben in der Gemeinde gehört naturgemäß auch die ganze Fürsorge für die Kinder und für die Jugend. Diese Fürsorge umfaßt die Fürsorge vom Säugling bis zur gefährdeten Jugend. Viele bekannte Tatsachen beweisen, wie sehr unsere Jugend unter den heutigen Verhältnissen leidet. Sie weisen mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß die Frau sich um dieses Gebiet ganz besonders kümmern muß. Wir brauchen vor allem eine planmäßige, konsequente, alles umfassende Kinderfürsorge. Namentlich in den großen Städten arbeiten viele Organisationen nebeneinander, durch-

einander, oft sogar gegeneinander. Die gesamte Kinderfürsorge muß planmäßig an einer Stelle zusammengefaßt werden, wenn etwas Durchgreifendes geleistet werden soll. Die Tätigkeit der Fürsorgepersonen ist leider Gottes heute in den meisten Gemeinden eine nur ermittelnde. Es ist eine betrübende Tatsache, daß jede bloße soziale Ermittlung ohne wirkliche Hilfe Bitterkeit und Ablehnung hervorrufen muß. (Sehr richtig!) Wir haben noch nicht eine öffentliche Kinderfürsorge, sondern viel zu viele verschiedene Einrichtungen nebeneinander, deren Kompetenzen in keiner Weise voneinander getrennt sind. Diesem Wirrwarr soll das kommende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz abhelfen. Unschlüssige und saumselige Gemeinden warten noch immer darauf, daß ein Befehl von oben kommt. Dieser Befehl von oben wird aber nicht viel mehr enthalten als den Befehl zur Errichtung von Jugendämtern, und der Wirkungskreis der Jugendämter wird von den konfessionellen Mächten auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Deshalb haben die Gemeinden gut daran getan, die diesen Befehl von oben nicht erwarteten, sondern von selbst an die Errichtung von Jugendämtern gegangen sind. Wo solche Jugendämter noch nicht errichtet sind, sollen die Genossinnen in der Gemeindevertretung und die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse immer wieder durch Anträge in den Gemeindekörperschaften die Errichtung von Jugendämtern verlangen. Der Wirkungskreis der Jugendämter ist nicht einheitlich; er hängt von der Einsicht der Gemeindevertretung, von der Initiative des Jugendamtsleiters und auch von dem Widerstand der Vereine ab. Im allgemeinen erfaßt ein Jugendamt die ganze Kinderfürsorge; es umfaßt die Fürsorge für die Säuglinge, die Kleinkinder, die Schulkinder, die Schulgesundheitspflege, die Hortfrage, die Ferienkolonien, die Pflege der Jugendlichen und die Pflege der gefährdeten, bereits verwahrlosten Jugend.

Gerade auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge müssen die Frauen an erster Stelle stehen. Wenn wir bedenken, daß von zwei Millionen Säuglingen, die jährlich geboren werden, 350 000 sterben, daß also täglich die Kraft von tausend deutschen Frauen unnütz verbraucht wird, dann sieht man, wie notwendig eine durchgreifende Säuglingsfürsorge ist. Jede Frau muß in ihrer Gemeinde auf die Errichtung von Säuglingsfürsorgestellen dringen, die eine unentgeltliche Beratung der Mütter sowie die Ueberwachung der Säuglinge übernehmen. Vorhand müssen wir uns darauf beschränken, zu fordern, daß wenigstens die Pflege der fürsorgebedürftigen Säuglinge überwacht wird. Solche Säuglingsfürsorgestellen können aber nur dann wirklich helfen, wenn sie unter ärztlicher Aufsicht stehen, leicht erreichbar sind und in geeigneten Räumen untergebracht sind. Ebenso steht es mit der Errichtung von Krippen, deren Einrichtung in größeren Gemeinden, aber auch auf dem Lande für die Erntezeit eine zwingende Notwendigkeit ist. Die sozialistischen Gemeindevertreter müssen immer wieder betonen, daß die Gemeinde die berufene Vertreterin der Kinderfürsorge ist, daß sie allein wirklich in der Lage ist, alle Kinder wirklich zu erfassen, nicht nur die pflegebedürftigen. Wenn die Gemeinden die genügenden Mittel haben, dann werden sie den ganzen Kreis der Kinder vom Säugling an bis zu den Jugendlichen in ihren Wirkungskreis ziehen können.

Als wichtiges Teilgebiet der Kinderfürsorge ist dann auch noch die Fürsorge für das Kleinkind zu betrachten. Gerade die Frauen in der Gemeinde und namentlich die erwerbstätigen Frauen haben an der Errichtung von Kindergärten für die Kleinkinder ein besonderes Interesse. Es ist eine traurige Tatsache, daß wir uns viel zu wenig um die Kleinkinder kümmern, und daß infolgedessen die Vorteile der Säuglingsfürsorge wieder verloren gehen. Viele Schäden der mangelhaften Fürsorge für das Kleinkind zeigen sich erst nach zehn und zwanzig Jahren. Auf diesem Gebiete sündigt man häufig darauflos und vergißt ganz den grundlegenden menschenökonomischen Gedanken. Auf diese Weise

lebt eine Generation auf Kosten der anderen. Wir wissen alle, daß das Kleinkind während der Kriegsjahre und der Nachkriegsjahre außerordentlich gelitten hat. Die Fürsorge muß sich der Kleinkinder durch die offene und die geschlossene Kleinkinderfürsorge annehmen. Vor allem müssen Heime, Kindergärten geschaffen werden, in denen die Kinder nicht wie Sachen aufgehoben werden, die man früh hinbringt und abends wieder abholt, sondern in denen sie wirklich gepflegt werden wie zarte Pflanzen in einem Garten. Deshalb soll in den Gemeinden die Errichtung von Kindergärten in genügender Zahl beantragt werden. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß die Zahl der Kinder in den einzelnen Kindergärten nicht zu groß ist, daß entsprechend vorgebildete Kräfte in diesen Kindergärten wirken. (Zustimmung.) Außerdem ist es unbedingt notwendig, der Abteilung für Kleinkinderfürsorge im Jugendamt eine Kostplatzvermittlungsstelle anzugliedern, ferner eine Berufsvormundschaft, wo die juristischen Interessen der Kinder vertreten werden. Es genügt nicht, daß das Jugendamt die Amtsvormundschaft bloß formell übernimmt, sondern das Jugendamt muß dafür sorgen, daß die nötige Anzahl vorgebildeter Kräfte da ist, die die Vormundschaft sachgemäß durchführen können. Die Frau in der Gemeinde hat weiter dahin zu wirken, daß der Gemeindewaisenrat nicht nur auf dem Papier steht. Nach den Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes soll das Jugendamt Gemeindewaisenrat werden. Das wird aber nur dann helfen, wenn das Jugendamt über genügende Kräfte verfügt, die die Waisenratsangelegenheiten besser erledigen, als es heute von den vielen Einzelkräften geschieht. Da die meisten Gemeinden nicht in der Lage sind, bezahlte Kräfte dafür anzustellen, muß planmäßig darauf hingearbeitet werden, daß die Waisenpfleger und Waisenpflegerinnen eine ganz andere Schulung erhalten als bisher. Es ist notwendig, daß die Gemeinden Richtlinien für die Waisenpflege herausgeben, damit der bestehende Wirrwarr auf diesem Gebiet etwas eingedämmt wird.

Auch die Schulkinderpflege ist ein wichtiger Teil des sozialen Aufgabenkreises der Frau. Die Fürsorgemaßnahmen für unsere Schulkinder gliedern sich in pädagogische, hygienische und soziale Maßnahmen. Die Notwendigkeit der ärztlichen Ueberwachung ist schon in vielen Gemeinden anerkannt worden. Wo es noch nicht der Fall ist, müssen die Frauen darauf drängen, daß Schulärzte und Schulärztinnen angestellt werden. Wichtig ist ferner die Anstellung von Schulpflegerinnen, die die Hilfsorgane der Schulärzte und andererseits der soziale Sammelpunkt für die Schulkinderfürsorge eines Bezirks sind. Jede Schule müßte ihre Schulpflegerin haben. Ich gestatte mir, in diesem Zusammenhang auf meine Broschüre über den Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde hinzuweisen.

In die Abteilung für Schulkinderfürsorge gehört ferner die Unterbringung der Kinder in Ferienkolonien, in Walderholungsstätten, weiter das Kapitel der Schulspeisung, der Horte. Alle die Schwierigkeiten, denen die Gemeinden jetzt begegnen, wenn sie eine wirklich durchgreifende Kinderfürsorge betreiben wollen, müssen einen sozial denkenden Menschen mit ungeheurer Bitterkeit erfüllen. Alles das, was jetzt fast unmöglich ist, wäre vor dem Kriege mit spielender Leichtigkeit möglich gewesen, wenn man vom Gesichtspunkt der Menschenökonomie ausgegangen wäre.

In das Kapitel der Schulkinderpflege und der Pflege der Jugendlichen gehört noch die Errichtung von Berufsberatungsstellen, die vor allem die Eignung und die Neigung der Kinder beachten. Sie sind aber nicht nur für Kinder und Jugendliche in den Gemeinden zu errichten, sondern es muß auch darauf gedrungen werden, daß ihr Kreis sich auf jene Personen ausdehnt, die einen Berufswechsel vornehmen müssen oder gern vornehmen wollen.

Das Kapitel der Pflege der Jugendlichen ist auch eine wichtige Aufgabe des Jugendamtes. Die Jugendpflege leidet noch immer zu stark unter dem vielen Durcheinander und Nebeneinander der einzelnen Vereine. Bei den vielen Vereinen, die es auf diesem Gebiete gibt, hat es oft den Anschein, als wäre die Jugend dazu da, um an ihr Jugendpflege zu treiben, und als wären die Vereine nicht dazu da, daß sie sich der Jugend annehmen. Das gemeindliche Jugendamt wird wohl nicht selbst Jugendpflege durch eigene Organe treiben können; aber es muß vor allem die Vereine, die sich mit Jugendpflege befassen, in einem Jugendpflegeausschuß zusammenfassen. In diesem Jugendpflegeausschuß müssen die Aufgaben der Jugendpflege besprochen und im einzelnen verteilt werden.

Ferner ist zu fordern, daß die Gemeinden auch Lehrlingsheime sowie Jugendheime für Mädchen errichten. Ich möchte die Genossinnen überhaupt ganz besonders auf die weibliche Jugendpflege aufmerksam machen, die ein noch viel größeres Stiefkind der Fürsorge ist als die männliche Jugendpflege. Die Mädchen brauchen in diesem Alter unbedingt jemand, der sich ihrer annimmt, weil die Lehrstätte, die Schule und das Haus nur zu oft versagen.

Was die Fürsorge für die gefährdete Jugend anlangt, so möchte ich betonen, daß die notwendigen großen Reformen auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung, des Jugend- und Strafrechts in den menschenökonomischen Aufgabenkreis jener Frauen gehört, die in den größeren Parlamenten tätig sind. Sie haben dort vor allem auf eine Reform des Jugend-, Straf- und Erziehungsrechts zu drängen. Die Frauen in der Gemeinde müssen darauf sehen, daß eine geeignete Unterbringung der Kinder erfolgt, daß nicht immer jene Anstalten, die am billigsten sind, mit Kindern der Stadt beschickt werden. Es müssen solche Anstalten bevorzugt werden, in denen die Kinder wirklich eine familienmäßige Erziehung erhalten, in denen ein Arzt und ein Psychiater in der Leitung mitzusprechen haben. Die Anstalten sollen so beschaffen sein, daß die jungen Menschen die Anstalt gesund, kräftig und lebenstüchtig verlassen.

Der Frau in der Gemeinde fällt aber noch ein anderer großer und wichtiger Aufgabenkreis zu, nämlich die Fürsorge für die Kranken und Schwachen. Aber nicht nur diese Maßnahmen für die Kranken und Schwachen fallen in den menschenökonomischen Aufgabenkreis der Frau, sondern auch alle Aufgaben zur Hebung der Volksgesundheit überhaupt. Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Einkommen, zwischen Krankheit und sozialer Lage zeigt immer wieder, daß bei den Maßnahmen für Kranke und Schwache die Aufgaben viel zu eng gefaßt werden, daß es zur menschenökonomischen Aufgabe der Frau gehört, alle Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit in ihren Bereich zu ziehen. Deshalb sind namentlich die Maßnahmen der Gesundheitspflege nicht so eng zu fassen, daß die Frau sich nur der Kranken und Schwachen anzunehmen hat, sondern die Maßnahmen der Volksgesundheit müssen sich auch auf den gesunden und arbeitstauglichen Menschen erstrecken. Die Frau muß aus sozialen Gründen für bessere Löhne, für die Einführung von Minimallöhnen, für Mutterschutz, für Wohnungs- und Fabrikhygiene, für Tuberkulose- und Alkoholbekämpfung, für staatliche Getreidemonopole, für Verbilligung der Lebensmittel und öffentliche Kinderspeisung eintreten. Wenn die Frauen von diesem Gesichtspunkte aus ihre soziale Aufgabe erfassen, dann wird vom gesamten menschenökonomischen Standpunkt aus etwas geleistet werden. Natürlich muß jede Frau in den Gemeinden auch den Krankenhäusern und Spitälern ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Sie muß auch dafür sorgen, daß die Wohlfahrtsämter in ihrem Bereich eine Hauspflegeorganisation aufbauen, daß sie eine Hauspflege auch für Wöchnerinnen errichten. Nichts ist schrecklicher als das Schicksal einer Familienmutter, die erkrankt ist. Jeder andere erkrankte Mensch kann sich mit mehr Ruhe ins Bett legen als eine Familienmutter. Die Genossinnen in den Gemeinden müssen das immer wieder betonen und dafür sorgen, daß die Wohlfahrtsämter in dieser Beziehung vorbildlich vorangehen. Uebrigens ist das auch die billigste Einrichtung, die unter den heutigen Verhältnissen leicht geschaffen werden kann. Selbstverständlich muß die Frau in der Gemeinde auch auf die Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke und von Walderholungsstätten drängen, in denen Menschen, die sich nach ihrer Arbeit erholen wollen, richtig verpflegt werden.

Ueber den Zusammenhang zwischen Alkohol, Syphilis und Menschenökonomie kann ich nur ganz kurz sprechen. Wie notwendig hier eine durchgreifende Fürsorge ist, beweist die Tatsache, daß Gewohnheitstrinker meist idiotische Kinder haben. Nach Prof. Forel stammen drei Viertel aller Insassen der Idiotenanstalten von trunksüchtigen Eltern. Trinkerfürsorge ist unbedingt notwendig. Es ist aber nichts verfehlter als zu glauben, daß man Trinkerfürsorge mit heilsamen Ermahnungen betreiben könne. Hier handelt es sich darum, Gefährdete zu heilen, wenn es noch möglich ist; wenn sie aber nicht mehr geheilt werden können, dann ist es Aufgabe der Trinkerfürsorge dafür zu sorgen, daß die Familie vor dem Trinker durch dessen Unterbringung in einer Anstalt geschützt wird.

Was die Geschlechtskrankenfürsorge betrifft, so ist in den Gemeinden vor allem die Errichtung von städtischen Pflegeämtern zu fordern. Die Frauen müssen sich aber bei dieser Fürsorge bewußt sein, daß das ganze Uebel der Prostitution nicht durch Errichtung von städtischen Pflegeämtern allein ausgerottet werden kann. Aber versäumt werden darf es nicht. Es gilt, in diesen Pflegeämtern den Frauen und Mädchen, die auf Abwege geraten sind, wenn irgend möglich, den Weg zu zeigen, auf dem sie wieder in geordnete Bahnen zurückkehren können. Wo bereits städtische Pflegeämter errichtet sind, üben sie vor allem Schutzaufsicht, Ueberwachung, erzieherische Beeinflussung und Arbeitsbeschaffung aus. Dies letztere ist ein sehr wichtiger Punkt. Sie wissen alle, daß viele Frauen und Mädchen deswegen nicht mehr auf geordnete Wege zurückkehren können, weil es an der Arbeitsmöglichkeit für sie fehlt, wie ja auch viele Frauen aus Mangel an Arbeitsgelegenheit auf diese Bahn gekommen sind. Darum muß dem Pflegeamt ein Heim zur Verfügung stehen, in dem diejenigen Geschlechtskranken, die aus dem Krankenhause entlassen werden, Aufnahme finden, und in dem auch diejenigen, die einem geordneten Weg wieder zugeführt werden können, zeitweilig Unterkunft finden. Sehr wichtig ist aber die Forderung, daß das Pflegeamt von der polizeilichen Kontrolle losgelöst wird. Man kann nicht soziale Fürsorge unter der Aufsicht von Schutzleuten treiben. Natürlich müssen auch in jeder Gemeinde Beratungsstellen für Geschlechtskranke eingerichtet werden, in denen eine Dauerkontrolle ermöglicht wird; denn eine vorübergehende Beratung und Kontrolle hat gar keinen Wert.

Dann komme ich noch auf das Kapitel der Wohnungsverhältnisse, die ich vom sozialen Gesichtspunkte aus beleuchten möchte. Gesundheitszustand und Wohnungsverhältnisse stehen in inniger Wechselwirkung. Je erbärmlicher die Wohnungsverhältnisse sind, um so bedauernswerter ist gewöhnlich der Gesundheitszustand der Bewohner. Das Kapitel der Wohnungsverhältnisse ist aber nicht lediglich eine Wirtschaftsfrage, sondern vor allem eine soziale Frage. Mit ihm hängt das ganze Gebiet der Boden- und Wohnungsreform zusammen. Die Erkenntnis der Wohnungsfrage ist aber für die Frau außerordentlich notwendig. Die Wohnungsfrage muß vom sozialen, fürsorgerischen Gesichtspunkte aus aufgefaßt werden. In der gemeindlichen Wohnungsinspektion und Wohnungssektion müssen Frauen vertreten sein, die darauf dringen, daß die Wohnungsverhältnisse auch daraufhin geprüft werden, ob die Wohnungen für die Aufnahme von Schwangeren und Kindern taugen. Im allgemeinen möchte ich aber hervorheben, daß es einem heutzutage bitter leid tun möchte, Wohnungs-

pflege im kleinen zu treiben, wenn man sieht, welch großen Schwierigkeiten die jetzige Bauwirtschaft gegenübersteht.

Daß die Fürsorge für die wirtschaftlich Gefährdeten auch in den Aufgabenkreis der Frauen fällt, namentlich die Fürsorge für die Erwerbslosen, ist einleuchtend. Das ist vor allem eine wirtschaftliche Maßnahme.

Die Frauen müssen in ihrer Gemeinde auch darauf hinwirken, daß die Organisation der sozialen Fürsorge planmäßig und zielbewußt gestaltet wird, daß Wohlfahrtsämter eingerichtet werden müssen. Als Ziel der Wohlfahrtspflege muß uns die straffe Zusammenfassung der gesamten Wohlfahrtspflege durch eine behördliche Stelle, aber mit Heranziehung weitester Kreise, namentlich der werktätigen Bevölkerung, erscheinen. Der Umfang der einzelnen Wohlfahrtsämter ist je nach der sozialen Einsicht der Gemeinde und nach der Fähigkeit des Organisators verschieden. Es ist immer eine Frage der örtlichen Organisation, wie das Wohlfahrtsamt ausgestattet wird. Eine unerläßliche Vorbedingung zu einem guten Wohlfahrtsamt ist, daß tüchtige, sozial gebildete Menschen als Beamte angestellt werden. Das Wohlfahrtsamt muß das Zentrum der sozialen Gemeinschaftsarbeit sein; es muß heilende, vorbeugende und versorgende Arbeit leisten. Darum müssen die Beamten vor allem den psychologischen Aufgaben gerecht werden. Es müssen Menschen sein, die genug seelische Spannkraft besitzen, daß sie nicht innerlich mürbe werden. Deshalb eignen sich vor allem Frauen dazu, im Wohlfahrtsamt tätig zu sein. Ohne Ueberhebung läßt sich sagen, daß Frauen mehr Wärme, mehr Verständnis und Güte aufbringen. Gewiß hat die Frau gewisse Hemmungen zu überwinden, wenn sie Familienfürsorge betreiben will, wenn sie aber die eine Hemmung — nämlich die Klatschsucht — überwindet, wird sie eine vorzügliche Wohlfahrtsbeamtin sein. Wenn wir an der objektiven Sachlichkeit festhalten, müssen wir sagen, daß die Frau nicht nur als ausübende Kraft an den unteren Stellen im Wohlfahrtsamt beschäftigt sein soll, sondern wir müssen fordern: den Menschen an die richtige Stelle.

Es muß auch unbedingt auf die Einführung von Familienfürsorgerinnen im Wohlfahrtsamt gedrängt werden. Die Ermittlung vorhandener Hilfsbedürftigkeit, die Ausübung der Unterstützungstätigkeit, die Beratung und der ständige Verkehr mit den Familien darf nur von einer Person ausgeübt werden, wenn die Familienfürsorge den Forderungen des primitivsten Takts folgen will. Nichts ist in der Wohlfahrtsarbeit schädlicher als die Bevormundung. Vor diesem Fehler müssen sich alle Wohlfahrtsbeamten und -beamtinnen hüten.

Es ist also eine wichtige soziale Aufgabe, auf die Errichtung von Wohlfahrtsämtern, auf die Anstellung geeigneter Beamter und auf die Durchführung der Familienfürsorge zu dringen, nur dann wird die Frau ihren sozialen, menschenökonomischen Aufgabenkreis ganz durchführen, wenn sie sowohl in jedem Einzelgebiet als bei der Zusammenfassung im Wohlfahrtsamt ihre Gesichtspunkte immer wieder konsequent und ohne allzugroße Bescheidenheit, die der Sache nur schadet, in den Vordergrund rückt. Wir dürfen auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege die männliche Ueberlegenheit nicht anerkennen, sonst versündigen wir uns an der Sache.

Der Frauenaufgabenkreis in der Gemeinde ist ein viel größerer, als er auf den ersten Blick erscheint. Menschenökonomie als Hilfe und Schutz für das Menschenleben ist der Frau als natürliche Aufgabe zuzuweisen. Die Frau ist die Vertreterin der Mütterlichkeit. Sie muß dafür sorgen, daß das organische Kapital, das Menschenleben, in Zukunft besser als bisher berücksichtigt wird. Es ist soziale Frauenpflicht, die primitive Fruchtbarkeit, zu der man sie bisher durch das Wettgebären verurteilt hat, in eine soziale Fruchtbarkeit zu verwandeln. „Ihr Mütter, euer Haupt umschweben des Lebens Bilder", so ruft Faust

den Müttern zu. Wir müssen von den Frauen als dem mächtigsten Symbol der Fruchtbarkeit fordern, daß sie unsere Lebensgemeinschaft bereichern und erweitern, indem sie dem sozialen Gedanken zur Durchführung und zur Kraft verhelfen. Diese Aufgabe zu erfüllen, das sei unser tiefstes, ernstes, innerstes Frauenstreben. (Lebhafter Beifall.)

Berichterstatterin Frau **Wachenheim**-Berlin: Genossen und Genossinnen! Das deutsche Vereinsleben erstreckt sich auf so mannigfache Gebiete, daß es in seiner Vielgestaltigkeit unmöglich behandelt werden kann. Ich kann mich nur mit den Vereinen befassen, die ihre Wirksamkeit auf die Einwohnerschaft einer Gemeinde erstrecken. Ich beschränke mich auf solche Vereine, die einen sozialen Zweck in dem Sinne erfüllen, daß sie sich mit einer Hebung der Einwohnerschaft einer Gemeinde in gesundheitlicher und kultureller Beziehung befassen.

Da wir als Frauen eine ganz bestimmte Wirksamkeit in der Gemeinde bekommen haben, habe ich mir drei Gebiete herausgesucht, von denen ich annehme, daß sie die Frauentätigkeit in der Gemeinde am meisten in Anspruch nehmen. Ich möchte zu Ihnen sprechen von den Frauenvereinen, von den Wohlfahrtsvereinen und von den Vereinen auf dem Gebiete des Bildungswesens. Von diesen Gruppen aus läßt sich am leichtesten zeigen, wie wir uns überhaupt zum Vereinsleben zu stellen haben.

Unter dem Kapitel Frauenvereine möchte ich nur solche behandeln, die keinen bestimmten sozialen Zweck erfüllen, aber sich in ihren Kundgebungen mit der Aufgabe der Gemeinde befassen, die Bildungsarbeiten und andere gemeindliche Aufgaben übernommen haben.

Wir müssen in Deutschland unterscheiden zwischen der eigentlichen Frauenbewegung, die ihre zahllosen Vereine in allen Gemeinden hat, und den Frauenvereinen, die nicht zur Frauenbewegung gehören, sondern einen charitativen oder religiösen Charakter haben. Der Vaterländische Frauenverein ist ein Wohlfahrtsverein, der nicht die Frauen sammelt, um der Förderung der Frauen selbst willen, sondern zu gesellschaftlichen Zwecken, und der diesen Zwecken den Hintergrund der Wohlfahrtspflege gibt. Kirchliche Frauenvereine sind Vereine, die Frauen zu Zwecken der Kirche sammeln. Damit ist unsere Stellung zu diesen Vereinen schon gekennzeichnet.

Anders ist es mit der neutralen Frauenbewegung, die sich mit der Gleichberechtigung der Frau, mit sozialer Frauenarbeit, mit Frauenbildungsarbeit befaßt. Gerade diese Vereine fordern uns als Einzelpersonen oder als Organisation zur Mitarbeit auf.

Wir müssen uns einmal ansehen, wie die bürgerliche Frauenbewegung heute aussieht. Als der Bund deutscher Frauenvereine gegründet worden ist, haben es die sozialdemokratischen Frauen abgelehnt, in die Frauenbewegung hineinzugehen, weil sie sagten, daß die Herbeiführung der Befreiung der Frau nur möglich ist durch den Klassenkampf der Arbeiterschaft. Wir stehen noch heute auf diesem Standpunkt. Wir müssen das Zusammengehen mit der bürgerlichen Frauenbewegung ablehnen, weil wir uns sagen, daß die zur Gestaltung der Arbeiterfrau notwendige Erziehung nicht von Organisationen geleistet werden kann, die den Arbeiterfrauen wesensfremd sind und kein Verständnis für die wirtschaftliche Lage und Denkungsweise der Arbeiterfrauen haben. Wir können deshalb von einem Zusammengehen mit der bürgerlichen Frauenbewegung nicht das erwarten, was für unsere Frauen geleistet werden muß. Wir müssen Bedenken gegen ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Frauenbewegung haben, wenn wir hören, daß ihre Führerinnen es unterstützen, daß heute die uneheliche Mutter aus der Beamtenschaft ausgeschlossen werden soll. Wenn die Frauenbewegung besondere Aufgaben in der Oeffentlichkeit hat, dann doch zu allererst die, die primitivsten menschlichen und weiblichen Gefühle zum Ausdruck zu

bringen, die zugleich die höchsten sind, und daß sie nicht, wie das Helene Lange für die Lehrerinnen ausspricht, sagt: heute sieht einmal die Gesellschaft eine Verfehlung in der unehelichen Mutterschaft, und deshalb kann der Staat die uneheliche Mutter nicht als Beamtin halten. Wir erwarten von den Frauen, daß sie vom menschlichen Standpunkt der Frau aus diese Dinge in der Oeffentlichkeit beeinflussen und sich nicht einer Gesellschaftsauffassung fügen, die Gott sei Dank schon im Absterben ist.

Wenn ich auch das Hineingehen in die Stadtbünde der Frauenvereine ablehne, so deshalb, weil ich nicht glaube, daß wir dort eine fruchtbare Arbeit erfüllen können. Wir können in der menschlichen Gemeinschaft nur etwas gestalten, nur reibungslos arbeiten, wenn diese Gemeinschaft eine Einheit des Denkens, des Wollens und der Gestaltung darstellt. Sonst geht die Wechselwirkung von Persönlichkeit und Gemeinschaft, die allein die Menschheit vorwärtsbringen kann, verloren. Ich glaube, daß wir innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung selbst im kleinen Kreis der Stadtarbeit nichts leisten können und deshalb herausbleiben sollen. Die bürgerlichen Frauenvereine sind keine Vereine, in denen die Einheit des Denkens, Wollens und der Gestaltung vorhanden sind, sondern verfolgen meist einen bestimmten Zweck, meist die Förderung der Hausfrauen, die Möglichkeit der Zulassung zum Frauenstudium und ähnliche Detailzwecke. Es fehlt die große Einheit der Gesinnung. Das nimmt diesen Vereinen die Möglichkeit umfassender Gestaltung und läßt sie allmählich absterben.

Damit ist durchaus nicht gesagt, daß wir mit Stadtverbänden der Frauenvereine und den anderen Frauenvereinen nicht für bestimmte Zwecke zusammenarbeiten sollen. Wenn Ihnen z. B. vorgetragen wird, daß Stadtverbände der Frauenvereine beabsichtigen, daß ein weiblicher Arbeitsnachweis mit einer Frau an der Spitze gegründet werden soll, so haben wir keinen Grund, das abzulehnen, sondern müssen mitarbeiten. Ebenso können wir mitmachen, wenn ein anderer Verein eine Kundgebung der Frauen für die Republik vornimmt.

Ich gehe nun zu einer Reihe von Frauenvereinen über, die bestimmte Aufgaben innerhalb der Gemeinde erfüllen, z. B. der Verein Frauenbildung, Frauenstudium, die Kurse für Frauen einrichten. Wir haben keine Veranlassung, uns an diesen Kursen zu beteiligen. Sie sind eingestellt auf einen Kreis von Frauen, die eine ganz andere Vorbildung haben, aber auch ganz andere Ansprüche stellen. In den bürgerlichen Kreisen werden vielfach Wissensgebiete gesucht, nur um Wissen aufzunehmen, während wir das Wissen suchen wollen, um etwas leisten zu können. Wir sollen uns an solchen Kursen nur beteiligen, wenn wir aus dem, was wir hören, etwas für die Erfüllung unserer Aufgaben erhalten können.

Ich komme zu den Hausfrauenvereinen. Diese sind meist im Kriege gegründet worden. Damals hat unsere damalige Genossin Zietz die Beteiligung abgelehnt. Die Hausfrauenvereine interessieren uns jetzt nur als Vereine zur Schulung unserer Hausfrauen für die hauswirtschaftlichen Aufgaben. Ich fürchte, daß hier wegen der Verschiedenheit des bürgerlichen Lebens der Arbeiterfamilie eine gemeinsame Ausbildung nicht in Frage kommt. Ich habe aber auch deswegen Bedenken, mit den bestehenden Hausfrauenvereinen soviel zusammenzuarbeiten, weil diese Vereine sich meist zu reinen Arbeitgeberorganisationen entwickeln. Diese Entwicklung muß auch weitergehen und liegt eigentlich im Sinne unserer eigenen Bestrebungen. Wir wollen Tarifverträge für Hausangestellte abschließen und müssen natürlich auf der anderen Seite auch Arbeitgebervereine haben, mit denen die Tarifverträge abgeschlossen werden.

In diesen Vereinen ist also für uns kein Platz. Andererseits müssen wir uns eingehend mit der hauswirtschaftlichen Ausbildung unserer Frauen beschäftigen. Deshalb scheint mir der Hamburger Antrag berechtigt zu sein, daß wir uns mit der Frage beschäftigen und eigene Gründungen zu diesem Zwecke versuchen. In Berlin haben wir schon Versuche mit Nähkursen gemacht. Solche Veranstaltungen haben für uns auch einen agitatorischen und erzieherischen Zweck. Wir sammeln da unsere Frauen zu einem Zweck, zu dem sie vielleicht leichter zu gewinnen sind als zu politischer Arbeit, und können sie von da aus zu unserer politischen Arbeit gewinnen.

Mir scheint, daß die Entwicklung des Vereinslebens darauf hinzielt, die Vereine der älteren Art, die einen bestimmten Zweck hatten, absterben zu lassen und an ihre Stelle Vereine zu setzen, in denen sich diejenigen zusammenschließen, die eine gemeinsame Gesinnung haben. Zum Beispiel sehen wir, daß bürgerliche Gesangvereine allmählich untergehen, während Vereine, die auf einer Gesinnungsgemeinschaft beruhen, allmählich anwachsen und künstlerisch Wertvolles leisten. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir die Vereine, mit denen wir in der Gemeindetätigkeit zu tun haben, beachten.

Dasselbe gilt auch für die zweite Gruppe der Vereine: die Wohlfahrtsvereine. Auf unserer Wohlfahrtstagung ist gesagt worden, daß die freie Wohlfahrtspflege, die in Vereinen organisiert ist, Pionierarbeit für die öffentliche Wohlfahrtspflege geleistet hat. Das ist zweifellos richtig. Ich glaube, die Entwicklung geht unbedingt zu einer öffentlichen Wohlfahrtspflege. Auch bei der Erziehung sind zuerst die freien Vereine Vorläuferinnen der Schule gewesen. Wir verlangen heute selbstverständlich die öffentliche Schule und die Schulpflicht, weil uns nur der Staat, den wir beaufsichtigen können, die Garantien gibt, daß das, was wir von der Erziehung verlangen, wirklich geschieht. Ebenso ist es bei der Wohlfahrtspflege. Wir müssen für eine allmähliche Kommunalisierung der Wohlfahrtspflege eintreten.

Nun haben wir heute eine Reihe von Wohlfahrtsvereinen, die auf ganz verschiedenen Gebieten sehr leistungsfähig sind, ein Teil bezüglich der Geldmittel, ein Teil bezüglich der Qualität seiner Leistungen. Wir haben Städte, in denen z. B. die Durchführung der Berufsvormundschaft von städtischen Beamten gemacht wird, andere, in denen sie Vereinen übertragen ist. In manchen Städten ist die Jugendgerichtshilfe städtisch, in anderen wird sie von Vereinen betrieben. Ebenso ist es mit Waisenhäusern, mit der Mütterberatung usw. Wir können nicht von heute auf morgen sagen: der und der Wohlfahrtsverein muß jetzt kommunalisiert werden, weil wir entweder die Mittel des Vereins im Augenblick nicht für die öffentliche Wohlfahrtspflege entbehren können, oder weil die Persönlichkeiten, die wir nicht entbehren können, vielleicht nicht in die kommunale Arbeit hineingehen. Wir müssen also einen Ausgleich finden, müssen uns aber darüber klar sein, daß unser Ziel öffentliche Wohlfahrtspflege sein muß, nicht nur weil wir dort die Garantien haben, daß die Wohlfahrtspflege umfassend sein wird, sondern auch deshalb, weil nur der öffentlichen Wohlfahrtspflege das Odium der Wohltätigkeit ganz genommen werden kann. Es ist für unsere Parteigenossen häufig ein unangenehmes Gefühl, von Vereinen bevormundet werden zu müssen, die sich auf Mittel der wohlhabenden Kreise stützen, selbst wenn die Fürsorge eine gute und systematische ist. Noch mehr Bedenken habe ich für diejenigen Arbeiter, die noch nicht Sozialisten sind. Sie lernen den Gedanken gegenseitiger Verantwortung, der die Grundlage des Sozialismus ist, besser begreifen, wenn sie das Gefühl haben, sie gehen zu derjenigen öffentlichen Körperschaft, in der ihre Arbeitskollegen ein Wort mitzureden haben, als daß sie sich von privaten Vereinen unterstützen lassen müssen.

Die Vereinsarbeit in der Gemeinde trägt auch die Gefahr der Zersplitterung in sich. Zu einer Durchorganisierung der Wohlfahrtspflege gehört auch, daß Mittel und Kräfte nicht verzettelt werden. Bisher aber sind durch die Nicht-

zusammenarbeit von Wohlfahrtsvereinen und Gemeindeeinrichtungen und auch durch die schlechten Einrichtungen der Gemeinde Kräfte und Mittel vergeudet worden. Häufig wußte das Armenamt nicht, was das Kriegsfürsorge- oder Jugendamt tat. Wenn die Gemeinden heute Wohlfahrtsämter errichten, so zunächst deshalb, um einmal in die Gemeindetätigkeit selbst Einheitlichkeit hineinzubringen. Darüber hinaus sollten sie auch darauf achten, daß die Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrtsvereinen und Gemeinde einheitlich gestaltet wird. Dazu gehört, daß wir uns klar werden, welche Aufgaben die Vereine und welche Aufgaben die Städte zu erfüllen haben. Wir müssen untersuchen, welche Geldmittel die Vereine von der Stadt bekommen können, ob sie diese Geldmittel für Unterstützungszwecke oder für Verwaltungszwecke bekommen. Es gibt auch Vereine, die nur Zweige ihrer Tätigkeit mit Hilfe öffentlicher Mittel erledigen. Das Charlottenburger Jugendheim bekommt z. B. Geld für seine Schulspeisung, wird aber für seine andere Tätigkeit nur teilweise durch städtische Mittel unterstützt.

Es gibt Vereine, die ganz miserable Leistungen aufweisen und trotzdem ihre Ausgaben aus Gemeindemitteln decken, ohne daß jemals die Stadt die Vereine kontrolliert. Wir müssen dafür sorgen, daß, wenn die Gemeinde nicht die Vereinstätigkeit selbst übernimmt, bei Verwendung öffentlicher Mittel wenigstens eine Kontrolle ausgeübt wird, ob die Vereine die an sie gestellten Ansprüche auch erfüllen. Wenn aber von den Gemeinden Mittel gegeben werden, sollten wir uns immer überlegen, ob nicht die privaten Wohlfahrtsvereine abgebaut und die Vereine in Gemeindewirtschaft übernommen werden können. Vereine, bei denen das nicht möglich ist und die aus ihren eigenen erheblichen Mitteln Gutes leisten, können wir bei der heutigen finanziellen Lage der Stadtverwaltungen natürlich nicht sofort abbauen, sondern diese müssen wir in die Gemeindewohlfahrtsämter eingliedern. Wir müssen bei den Gemeinden überall verlangen, daß die Vertreter der bürgerlichen Wohlfahrtspflege in den Ausschüssen nicht mehr Sitze zugewiesen erhalten, als ihnen zustehen. Wir müssen auch verlangen, daß in allen Landkreisen ein Wohlfahrtsamt gegründet und die Arbeit der Wohlfahrtspflege in behördliche Leitung übernommen wird. Nur dann haben wir die Möglichkeit, zu kontrollieren, ob die Wohlfahrtspflege in der Richtung einer umfassenden Wohlfahrtspflege ausgebaut wird. Wir müssen der Zersplitterung entgegenarbeiten und ein einheitliches Arbeiten verlangen, das im Interesse unserer schlechten Finanzverhältnisse besonders notwendig ist.

Ich möchte es für unsere Organisation ablehnen, als Wohlfahrtsvereine selbständige Fürsorge zu treiben. Aber im Dienste der öffentlichen Körperschaften müssen wir uns betätigen. Wir müssen die Ehrenbeamten für die Stadt- und Landkreise stellen und diese in unseren Reihen oder mit Hilfe der anderen Wohlfahrtsvereine für diese Arbeit schulen. An die Stelle der alten Vereine, die sich damit begnügten, Geld zur Verfügung zu stellen, ohne durch eigene Arbeit etwas für die Wohlfahrtspflege zu leisten, müssen Vereine gesetzt werden, die menschliche Kräfte zur Verfügung stellen. Auch in der bürgerlichen Wohlfahrtspflege muß sich eine Umgestaltung nach dieser Richtung hin vollziehen, weil zahlreiche Vereine gegenwärtig keine Mittel mehr zur Verfügung haben. Ueberhaupt vollzieht sich in der Zusammenarbeit zwischen Gemeindeangehörigen und Gemeindebehörden eine solche Umwandlung, daß die Zusammenarbeit mit den Persönlichkeiten stärker wird, als die Zusammenarbeit mit Vereinen mit bestimmten Zwecksetzungen. Ich erinnere dabei an die Elternbeiräte, wo wir in einer besonderen Form die Kontrolle bestimmt interessierter Persönlichkeiten über Einrichtungen und Leistungen der Gemeinde haben. In den Elternbeiräten haben wir auch das, was allein einer solchen Tätigkeit Ziel und Richtung gibt, nämlich

den Zusammenschluß derjenigen, die eine einheitliche Gesinnung haben, die eine wirkliche Gemeinschaft bilden können. Aus dieser Zelle der menschlichen Gemeinschaft heraus wird dann die Gestaltung und die Leistung für die öffentliche Körperschaft befruchtet. Ich glaube, daß auf diese Weise auch unsere Bildungsorganisationen für die Wohlfahrtspflege und für die Gemeindearbeit gestaltet werden müssen.

Wir brauchen für alle diese Arbeiten keine besonderen Vereine zu gründen; denn unsere Parteiorganisation ist so gestaltungsfähig, daß wir aus ihr heraus die Kräfte für die bestimmten Zwecke nehmen können, und so können wir auch für die Zwecke der Schulung zur Gemeindearbeit durch unsere Parteiorganisation die Genossinnen heranziehen.

Ich komme zu dem dritten Gebiet, das ich behandeln möchte, zur Volksbildungsarbeit. Auch hier müssen wir uns darüber auseinandersetzen, ob öffentliche Arbeit oder Arbeit der Vereine. Nun ist es ganz zweifellos, daß, wenn wir auch die Einheitsschulen haben, und vielleicht gerade dann, die Erziehungsarbeit an den Erwachsenen nicht aufgegeben werden kann. Es ist auch für uns alle klar, daß diese Erziehungsarbeit ebensogut wie die Erziehungsarbeit an den Kindern Sache der Gesellschaft und des Staates ist. Doch wir sind heute noch nicht so weit, und wir können auch noch nicht durchsetzen, daß diese Pflicht von den öffentlichen Körperschaften anerkannt wird. Wir haben aber heute noch etwas anderes zu beachten, was die Einstellung zur Volksbildungsarbeit der Gemeinde doch anders erscheinen läßt als die Einstellung zur Wohlfahrtspflege der Gemeinde. Wir brauchen für unsere Volksbildungsarbeit die Freiwilligkeit derjenigen, die wir bilden und erziehen wollen, die freiwillige Anteilnahme der Arbeiterschaft an diesen Organisationen der Volksbildung. Denn wenn die Arbeiterschaft nicht freiwillig an diesen Kursen und Einrichtungen, die ihr geboten werden, teilnimmt, dann ist die Arbeit vergebens. Zwingen können wir den Erwachsenen nicht, sich weiter zu bilden. Das müssen wir in erster Linie berücksichtigen, wenn wir die Volksbildungseinrichtungen ansehen.

Wir haben in Deutschland ein Chaos von Volksbildungseinrichtungen. Wir haben die alten Volksbildungsvereine, die hauptsächlich von den Angehörigen der bürgerlichen Kreise besucht werden. Wir haben Volkslesehallen, die aus Stiftungen entstanden sind, wir haben städtische Lesehallen und Bibliotheken. Alles das ist kaum in einer Stadt einheitlich gestaltet. Wir finden in fast allen Städten ein Chaos; wir haben auch mit den Volkshochschulen in den meisten Städten Fiasko erlitten. In den meisten Städten werden die Volkshochschulen nicht von den Arbeitern besucht, wie es doch ihr eigentlicher Zweck ist. (Zustimmung.) Mir ist im preußischen Kultusministerium gesagt worden, daß eigentlich nur die Volkshochschulen von Stuttgart, Düsseldorf und Berlin wirkliche Arbeiterhochschulen sind, daß die anderen Volkshochschulen überwiegend von denjenigen besucht werden, die aus bürgerlichen Kreisen das Bedürfnis haben, sich fortzubilden.

Nun hat die Volksbildung, wie wir sie jetzt auffassen und wie die moderne Volkshochschule sie auffaßt, die Aufgabe, die Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft zu erziehen und zur Gemeinschaftsleistung zu befähigen. Dazu müssen wir hauptsächlich die Arbeiter haben, die nach ihrer gonzen Stellung im gesellschaftlichen Leben für die Gemeinschaftsarbeit prädestiniert sind. Auch aus diesem Grunde müssen sich die Volksbildungseinrichtungen in erster Linie an die Arbeiterschaft wenden.

Nun entsteht die Frage: wie können wir es machen, daß wir Volksbildungseinrichtungen für die Arbeiterschaft bekommen? Wir haben selber solche Einrichtungen geschaffen; unsere Volksbildungseinrichtungen haben den besonderen Zweck der sozialistischen Erziehung und müssen deshalb nach den Wünschen

und Voraussetzungen der Partei gestaltet werden. Sie sind, weil wir gar nicht genug Mittel haben, nicht fähig, eine wirklich durchgreifende Volksbildungs- und Erziehungsarbeit zu leisten. Dazu müssen wir andere Körperschaften schaffen. Nun kann man im Zweifel darüber sein, ob man heute diese Aufgabe schon den Gemeinden übertragen kann. Man kann darüber zweifelhaft sein aus dem Grunde, weil viele Gemeinden nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen und deshalb die Arbeiterschaft von diesen Einrichtungen abgeschreckt wird. Ueberall, wo man einheitliche Organisation geschaffen hat, hat man erkannt, daß durch die Zersplitterung Mittel vergeudet werden und daß infolgedessen viel weniger geleistet wird, als geleistet werden könnte. Das gilt zunächst einmal für die Volksbibliotheken. Wir haben unzählige Volksbibliotheken in den Städten, und es ist notwendig, daß unter der Führung der Gemeindeverwaltungen die Vereine, die diese Bibliotheken halten, oder die Persönlichkeiten, die die Stiftungen verwalten, veranlaßt werden, die Bibliotheken einheitlich auszugestalten und die Bücher örtlich in der Stadt zu verteilen. Hier können Gemeinden und Vereine zusammenarbeiten. Dasselbe ist auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens möglich. In Leipzig ist kürzlich ein Volksbildungsamt gegründet worden, das die ganzen Volksbildungsbestrebungen zusammenfassen soll. In anderen Städten ist das Volksbildungsamt an die Schuldeputation angegliedert worden. Genosse Caspary hat die Angliederung an das Wohlfahrtsamt verlangt. Es kommt auf die Größe der Stadt an, wo das Volksbildungsamt anzugliedern ist. In Kiel besteht meines Wissens ein Volksbildungsamt für die ganze Provinz. Ein solches Amt als Zusammenfassung aller Volksbildungseinrichtungen ist durchaus zu begrüßen. Aber ich glaube nicht, daß das städtische Volksbildungsamt heute schon in der Lage ist, die Volksbildungsarbeit selber zu leisten. In dieser Beziehung werden wir uns auf die Organisationen der Arbeiter selbst stützen müssen, wie wir das z. B. bei der Volkshochschule in Berlin getan haben. Wir haben dadurch die Möglichkeit, das Vertrauen der Arbeiter zu erringen. In Berlin sind z. B. die Gewerkschaften, die beiden sozialistischen Parteien und die Stadt die hauptsächlichen Träger der Volkshochschule, und wir haben dadurch das Vertrauen der Arbeiter erweckt. Das ist ungeheuer wichtig. Wenn Sie sich einmal die Berichte der Vereinsbetriebsräteschulen ansehen, dann finden Sie immer wieder, daß die Betriebsräte das Gefühl haben: hier wird etwas gelehrt, was unserer gewerkschaftlichen und sozialistischen Einstellung nicht entspricht. Darunter leidet natürlich der Zweck der Volkshochschule. Daher glaube ich, daß wir das Volksbildungswesen heute in die Hand der Arbeiterorganisationen in Gemeinschaft mit der städtischen Verwaltung legen müssen.

Wir haben also auch hier eine Form des Vereins. Die Organisationen, die ihrer Gesinnung nach befähigt sind, auf diesem Gebiet etwas Besonderes zu leisten, müssen mit den Städten zusammenarbeiten. Sie müssen immer obenanstellen, daß der Verein am leistungsfähigsten sein wird, der wirklich eine Gemeinschaft bildet; Sie müssen immer darauf achten, daß die Vereine nicht außerhalb der Gemeinde ihre Arbeit vollführen, sondern daß die einzelnen Ströme in ein gemeinsames Bett fließen. Die Gemeinde ist ja die innerste Zelle der zukünftigen Gemeinschaft, die wir erstreben. Deshalb müssen alle neuen Bestrebungen auf diese zukünftige Gemeinschaft hinzielen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Frau **Juchacz**: Ehe wir in die Diskussion eintreten, wird die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht über das Ergebnis der Mandatsprüfung erstatten. Das Wort hat die Genossin Schilling.

Frau **Schilling**: Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß hundert Delegierte aus 32 Bezirken anwesend sind, nämlich 14 Parteigenossen und 86 Parteigenossinnen. Aus den einzelnen Bezirken sind folgende Delegierte

vorhanden: aus Ostpreußen 2, Pommern 2, Brandenburg 2, Groß-Berlin 5, Niederschlesien 7, Mittelschlesien-Breslau 4, Oberschlesien 3, aus dem Haller Bezirk 2, aus dem Magdeburger Bezirk 3, Lübeck-Mecklenburg 2, Schleswig-Holstein 3, Hamburg 6, Hannover-Braunschweig 3, Groß-Thüringen 2, Leipziger Bezirk 1, Ostsachsen-Dresden 2, Chemnitz 3, Zwickau 3, Cassel 1, Frankfurt a. M. 2, Oestlich Westfalen 2, Westlich Westfalen 2, Oldenburg 2, Niederrhein 4, Oberrhein 3, Hessen 2, Pfalz 1, Baden 2, Württemberg 1, Franken 3, Oberpfalz 1 und Schwäbisch-Oberbayern 3. Der Parteivorstand ist durch 2 Mitglieder vertreten, die Genossinnen Juchacz und Ryneck, der Parteiausschuß durch 3, die Reichstagsfraktion durch 5, die preußische Landtagsfraktion durch 1 Genossin, die „Gleichheit" durch die Genossin Bohm-Schuch, der Bildungsausschuß durch den Genossen Weimann, der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt durch Genossin Heymann, die Programmkommission durch Genossin Pfülf. Ich bitte die Mandate für gültig zu erklären.

Es wird demgemäß beschlossen.

Vorsitzende Frau **Juchacz**: Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Zur Begründung des zuletzt eingebrachten Antrages zur Bevölkerungspolitik hat das Wort Genossin Quarck-Hammerschlag.

Frau **Quarck-Hammerschlag**: Der Antrag hat folgenden Wortlaut: Die Görlitzer Reichsfrauenkonferenz erklärt: Die deutsche Reichsregierung hat die dringende Aufgabe, endlich entschlossen und zielsicher eine soziale Bevölkerungspolitik dadurch zu treiben, daß sie:

1. zur Verhütung und Heilung der entsetzlichen Gesundheitsschädigungen, welche die Geschlechtskrankheiten in der deutschen Familie anrichten, den Gesetzentwurf vom 10. März 1920 behufs Abschaffung der polizeilichen Reglementierung und Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtskrankheiten zum fertigen Gesetz erhebt, sowie in Verbindung damit durch die Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches durchsetzt, daß die Verbrecherstrafe für Abtreibungen durch eine soziale Regelung der Geburtenzahl und die Verhütung unsozialer Geburten ersetzt wird;
2. zur Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder die rückständigen Bestimmungen aufhebt, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Makel behaftet, aber die Väter dieser Kinder ruhig weiter Beamten sein läßt, wobei in allen Versorgungsgesetzen, namentlich auch in demjenigen für Beamte, die Bezüge an Waisengeld und ähnlichen für uneheliche Kinder der weiblichen Beamten zu sichern sind;
3. zur Versorgung und Versicherung der Mütter überhaupt dem internationalen Uebereinkommen beitritt, das vom Arbeitsamt des Völkerbundes wegen Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mütter in mustergültiger Weise dem Deutschen Reich zum Beitritt vorgeschlagen und von einer Reihe auswärtiger Staaten bereits angenommen worden ist.

Zugleich drückt die Görlitzer Reichsfrauenkonferenz ihr stärkstes Befremden über die frauenfeindliche Haltung der meisten deutschen Freistaaten im Reichsrat aus, der die unter 1 und 3 genannten Entwürfe in unverantwortlicher Weise verschleppt und ihre Gesetzwerdung zum größten Nachteil der Gesundheit deutscher Mütter jahrelang verzögert.

Es ist mir die Ehre zuteil geworden, diesen Antrag zu begründen. Sie wissen alle, daß wir ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten notwendig haben und daß dieses Gesetz schon in nahezu vorbildlicher Weise von der deutschen Reichsregierung ausgearbeitet worden ist. Dieses Gesetz liegt dem

Reichsrat seit dem 1. März 1920 zur Begutachtung vor. (Hört, hört!) In diesem Reichsrat bemühen sich nun die Staaten unter der Führung Bayerns, alle Reformvorschläge dieses Gesetzentwurfs zunichte zu machen. Sie haben die Taktik einer Verschleppung eingeschlagen, in der Hoffnung, daß die jetzige Regierung durch eine konservative abgelöst wird. Wir Frauen haben allen Anlaß, zu fordern, daß dieser Gesetzentwurf möglichst schnell an den Reichstag kommt. (Sehr richtig!) Wer die Broschüre des Genossen Dr. Quarck gelesen hat, in der der ganze Gesetzentwurf wiedergegeben ist, der hat sich davon überzeugen können, daß der Gesetzentwurf für uns annehmbar ist. Allerdings müssen einige Schönheitsfehler beseitigt werden. In dem Gesetzentwurf ist den Aerzten eine gewisse Freiheit gelassen, anzumelden oder nicht anzumelden. Unsere Genossen im Reichstag sind dazu da, diese Fehler zu verbessern.

Im Zusammenhang damit muß eine Aenderung der §§ 218 und 219 erfolgen. Wir glauben, daß diesen beiden Paragraphen namentlich in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten große Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Die soziale Seite dieser beiden Paragraphen in bezug auf die Verantwortlichkeit der Frauen gegenüber der Nachkommenschaft muß stärker betont werden, nicht mehr die kriminelle Seite. Ferner muß auch der gesundheitliche Schutz betont werden, den evtl. eine Aenderung des § 218 bringen kann.

Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, der sich auf die Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder und die Aufhebung der rückständigen Bestimmungen, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Makel behaften, bezieht, so brauchen wir darüber in diesem Kreise keine Worte mehr zu verlieren.

Der dritte Punkt behandelt die Versicherung und Versorgung der Mütter überhaupt. Sie wissen, daß die Internationale Kommission zum Schutze des Arbeiterrechts Bedingungen ausgearbeitet hat, die die Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mütter regeln. Diese internationalen Bedingungen sind jetzt auch der deutschen Reichsregierung überreicht worden. Man hat sie dem berühmten Reichsausschuß zur Begutachtung übergeben, und dieser hat wegen der Kosten ein Gutachten im negativen Sinne abgegeben. Der Gesetzentwurf verlangt aber nichts weiter, als daß die Frau sechs Wochen vor der Entbindung und sechs Wochen nach der Entbindung ruhen kann, wenn sie will und wenn ein ärztliches Attest die Notwendigkeit bescheinigt. Er verlangt weiter, daß die Mutter in dieser Zeit ausreichend zu leben hat und daß sie, wenn sie später ihr Kind stillen will, Zeit zum Stillen bekommt, daß sie nicht entlassen werden darf. Diese Forderungen sind gewiß nicht übertrieben. Ich glaube daher, daß der Antrag so angenommen werden kann, wie er vorliegt. (Beifall.)

Schluß der Vormittagssitzung 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Die Vorsitzende Frau **Juchacz** stellt die drei am Vormittag gehaltenen Referate sowie die Anträge Nr. 6 bis 18 und die von der Genossin Quarck begründete Resolution zur Diskussion und schlägt ohne Widerspruch aus der Versammlung vor, die Redezeit auf je 10 Minuten zu beschränken.

Frau **Schreiber-Krieger**-Berlin: Nach meiner Kenntnis der Vorgänge ist im Ausschuß für Bevölkerungspolitik im Reichstag eine außerordentliche Verschleppung mit der Gesetzesvorlage über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten getrieben worden. Wir müssen alles tun, um so schnell wie möglich

die Vorlage dieses Gesetzentwurfs zu erlangen. Wir haben schon seit Monaten eine Auskunfterteilung der Regierung zu erreichen versucht, bisher ohne Erfolg bei den Herren Geheimräten, die zu unseren Sitzungen erscheinen. Deshalb habe ich mich erst kürzlich an das Ministerium des Innern gewandt, an dessen Spitze einer unserer Parteigenossen steht, und gebeten zu intervenieren. Leider aber war es vor den Ferien noch nicht möglich, eine Mitteilung über die Vorlage dieses Gesetzes zu bekommen.

Im Ausschuß für Bevölkerungspolitik scheinen die Verhältnisse für ein fortschrittliches Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten günstig zu stehen. Ob das im Plenum auch so sein wird, wage ich zu bezweifeln.

Was die uneheliche Mutterschaft der Beamtinnen anlangt, so werden wir nicht ablassen, immer wieder für deren Schutz einzutreten. Aber die erste Probeabstimmung in dieser Sache ist in einem Hammelsprung mit einer Stimme zuungunsten dieser Beamtinnen entschieden worden. Einen großen Teil der Schuld an den bestehenden Verhältnissen tragen die bürgerlichen Beamtinnenorganisationen selbst. Es ist geradezu unerhört, auf welchem reaktionären Boden die Frau gegen die Frau steht. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, unter den Frauen, deren Männer und Väter schon unseren Reihen angehören, Propaganda zu machen, sondern müssen versuchen, auch unter den Töchtern reaktionärer Familien, in Lehrer- und Beamtenkreisen zu wirken, damit ihnen überhaupt erst die Augen geöffnet werden.

Wir müssen versuchen, sie in unsere Versammlungen zu bekommen und umgekehrt in ihre Versammlungen zu gehen, um dort zu wirken. Großenteils haben die Frauen dieser Kreise gar keine Ahnung, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen.

Die Genossin Wachenheim unterschied zwischen Vereinen, mit denen man arbeiten und solchen, mit denen man nicht arbeiten sollte. Für die Mitarbeit geeignet erscheinen mir alle diejenigen Vereine, die, ohne auf parteipolitischem Boden zu stehen, Kampfvereine gegen die alte landläufige Moral sind, z. B. Vereine für die Gleichstellung der unehelichen Mütter, für Ehereform, Beseitigung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, Vereine für die Friedensbestrebungen. In solchen Vereinen ist auch viel gutes Material, Menschen, die dem Sozialismus ganz zu gewinnen aussichtsreich ist.

Wir werden selbstverständlich von uns Frauen aus im Reichstag alles tun, was wir können, um die Beseitigung des § 218 herbeizuführen. Bedauerlicherweise steht aber nicht einmal die gesamte Reichstagsfraktion hinter unserem Antrag. Die meisten Aerzte, einschließlich einer Zahl sozialistischer Aerzte, sind leider für die gründliche Abschaffung dieses Schandparagraphen nicht zu haben. Bei den Juristen besteht im allgemeinen mehr fortschrittliches Verständnis als bei den Aerzten. Ich wage nicht zu hoffen, daß wir im Reichstag in bezug auf die Aufhebung des § 218 einen ganzen Erfolg in unserem Sinne erzielen werden, nehme aber an, daß eine erhebliche Milderung der Bestimmungen durchzudrücken sein wird. Es wird eine Art Kautschukparagraph entstehen, der dem Richter vollkommen freie Hand läßt, viel oder wenig Strafe zu diktieren. Da handelt es sich darum, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Da geschieht seitens unserer Frauen viel zu wenig. Im Ausschuß für Bevölkerungspolitik liegen Stöße von Petitionen von konfessionellen katholischen, evangelischen, jüdischen Frauenvereinen sowie von politisch reaktionären Frauen verschiedenster Richtung. Es werden aber viel zu wenig Gegenanträge von den Frauen anderer Richtung eingebracht. Ich bitte deshalb, daß Sie unsere Kampagne im Reichstag durch solche Anträge unterstützen. Vor allem ist auch die Einsendung von Material über Einzelfälle notwendig, damit solche wirksamen Einzelfälle allen die ungeheure Not in den Familien vor Augen führt.

Es ist angesichts des erschütternden Leidens unserer Kinder grauenhaft, wie von reaktionärer Seite schon wieder ein Freudenjubel über die Steigerung der Geburtenzahl angestimmt wird. Demgegenüber sage ich: Es kommt jetzt nicht darauf an, in das gegenwärtige Elend viele Kinder hineinzusetzen, sondern darauf, eine vernünftige Bevölkerungspolitik zu treiben. (Bravo!)

Frau **Bohm-Schuch**-Berlin: Ich habe es begrüßt, daß die beiden Referenten auf die Unhaltbarkeit der Demobilmachungsbestimmungen hingewiesen haben, die ja in den Großstädten eigentlich außer Kraft gesetzt sind, leider aber in der Praxis immer noch Anwendung finden, wonach die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen zum großen Teil unmöglich gemacht wird. Nicht nur die Verwaltungsstellen bereiten den Frauen ungeheure Schwierigkeiten, sondern geradezu reaktionär haben sich auf diesem Gebiet manche Betriebsräte entwickelt. Vielfach sind Frauen aus Gemeindestellungen entlassen worden, die während des Krieges geschaffen worden sind, ohne daß für diese Stellen Neueinstellungen erfolgten; die Arbeit ist vielmehr auf die vorhandenen Kräfte verteilt worden. Da sind also Frauen aus Lohn und Brot gebracht worden, ohne daß auch nur einem einzigen Arbeitslosen durch die Anwendung dieser Demobilmachungsbestimmung geholfen worden wäre.

Nur die wirtschaftliche Freiheit bedingt die moralische Freiheit. Nur eine in sich freie Mutter kann auch freie Kinder erziehen. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen und bei den bestehenden Bestimmungen werden viele junge Menschen nicht heiraten, sondern in freier Ehe zusammengehen, damit jeder einzelne seine Existenz behalten kann. Solche Fälle ereignen sich in der Praxis sehr häufig. Aus diesen freien Ehen werden dann Kinder geboren, und damit komme ich zu den Auswirkungen, die solche wirtschaftlichen Bestimmungen rechtlich haben müssen. Diese Kinder müssen einen Erziehungsanspruch an Vater und Mutter haben. Das Recht des unehelichen Kindes muß in der Gesetzgebung dem des ehelichen Kindes gleichgestellt werden.

Heute sind wunderschöne Worte über die Aufgaben der Frauen in den Gemeinden gesprochen worden. Dieses Arbeitsgebiet kann von uns aber nur beackert werden, wenn wir tatsächlich in die Gemeindevertretungen hineingewählt werden. Nur die politische Aufklärung bringt uns diesem Ziele näher. Sind wir in den Gemeindevertretungen, können wir unseren Einfluß nur in die Tat umsetzen, wenn die Mittel dazu vorhanden sind. Und hier beengen uns die ungeheuren Lasten, die aus dem Kriege erwachsen sind in dem, was wir auf sozialem und kulturellem Gebiet schaffen möchten. Dadurch wird die Arbeit der Sozialdemokratie in der Praxis so ungeheuer erschwert. Dennoch müssen wir alles einsetzen, um trotz dieser Hemmungen so viel sozialen und kulturellen Fortschritt im Sinne des Sozialismus zu erreichen, wie nur irgend möglich ist.

Wir stehen infolge der Nachwirkungen des Krieges vor unendlich schwierigen politischen Problemen. Wir stehen vielleicht vor einem Sturm, der das ganze Gebäude unseres Staates in seinen Grundfesten bedroht. Wir Frauen müssen uns sagen: nur wenn dieses Gebäude der Republik fest stehen bleibt, besteht für uns die Hoffnung, unsere Ideen einmal verwirklichen zu können. Darum muß unsere ganze Arbeit darauf gerichtet sein, die Republik zu erhalten und sie mit demokratischem und sozialistischem Geiste zu erfüllen. Die ungeheuren Leistungen, die unser Staat zu erfüllen hat, sind auf steuerlichem Wege einfach nicht zu leisten. Deshalb treten wir geschlossen für die Erfassung der sogenannten Goldwerte ein. Dies ist auch der Weg, der mit Sicherheit unseren sozialistischen Zielen zustrebt. Wenn aber schon die Steuerleistungen im Staat den Anforderungen nicht gerecht werden können, genügen sie erst recht nicht zur Erfüllung der notwendigsten Aufgaben in den Gemeinden. Wir werden auch in den Gemeinden dazu kommen müssen, immer mehr Eigenwirtschaft zu treiben. Da werden uns

gerade in Groß-Berlin bei den jetzt bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in der Agitation die größten Schwierigkeiten gemacht, weil natürlich nach der Abwirtschaftung während des Krieges die in Eigenwirtschaft übernommenen Betriebe ein Defizit gehabt haben. Diese sinnlose Agitation benutzt man gegen die Kommunalwirtschaft überhaupt. Aber gerade der Genosse Wutzky kann uns darüber Auskunft geben, wie sich die eigene Wirtschaft schon vor dem Kriege in den Gemeinden bewährt hat und wie es gerade dadurch armen und mit starker Arbeiterbevölkerung durchsetzten Gemeinden nur möglich wurde, die ungeheuren Kriegsversorgungslasten zu decken.

Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich sagen: Es ist wohl nicht möglich, daß unsere Frauenkonferenz den Antrag Nr. 13 in der vorliegenden Form annimmt, denn dann würde der von einem Teil der Reichstagsfraktion dem Reichstag seit fünf Vierteljahren vorliegende Gesetzesänderungsantrag für die Paragraphen 218/219 des Strafgesetzbuches von vornherein inhibiert werden. Wir müssen aber darauf dringen, daß dieser Gesetzesänderungsantrag zunächst überhaupt einmal zur Verhandlung kommt. Ich bitte deshalb, den Antrag Quarck, der alle bevölkerungspolitischen Anträge zusammenfaßt, einstimmig anzunehmen.

Das Primäre unserer Arbeit muß die politische Aufklärung sein, damit wir im Staats- und Wirtschaftsleben erst die Macht werden, die wir theoretisch durch die Verfassung sind. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Evert**-Stuttgart: Ich habe von den württembergischen Genossinnen den Auftrag, dahin zu wirken, daß wir unsere Genossinnen, die die Anträge bezüglich der Beseitigung des § 218 gestellt haben, unterstützen. Ein Hauptgrund, warum nicht alle Genossinnen diesem Antrage zugestimmt haben, liegt darin, daß man für unsere Frauenbewegung dadurch Nachteile befürchtet, weil viele sich noch von althergebrachten Anschauungen leiten lassen.

Alles, was wir gestern und heute gehört haben, zeigt uns, daß wir Menschenökonomie treiben, daß wir Frauen unser Hauptaugenmerk darauf richten müssen, daß die Kinder, die wir zum Leben getragen haben, nachher auch die Möglichkeit haben, als gesunde, frohe und freie Menschen zu leben. Es wäre eine Hauptaufgabe speziell der Mütter, sowohl in den Mädchen wie in ihren Söhnen das Sittlichkeitsgefühl zu heben. All die Not und das Elend, das die unehelichen Mütter noch heute in unserem Staate tragen müssen, ist vielfach darauf zurückzuführen, daß unsere Männer in dieser Frage sich viel mehr von Gesetzesparagraphen leiten lassen als von sittlichen Gefühlen.

Wir württembergischen Genossinnen werden der von der Genossin Dr. Quarck eingebrachten Resolution wie auch den übrigen Anträgen zustimmen.

Besondere Beachtung bedarf noch der Antrag Nr. 6, der davon handelt, Berufsorganisationen der Hausfrauen auch durch unsere Genossinnen ins Leben zu rufen. Bei uns in Stuttgart hat sich eine Organisation gebildet. Sie ist aus einem volkswirtschaftlichen Kursus der Volkshochschule hervorgegangen. Diese Frauen sehen es als ihre erste Aufgabe an, den Kampf mit dem Verband der Hausangestellten aufzunehmen. Wenn wir auch derartige Hausfrauenvereinigungen gründen wollen, müssen wir zunächst einmal dem Namen unsere Aufmerksamkeit schenken, damit nicht unter den mehr indifferenten Frauen Zweifel darüber bestehen, welcher Gesinnung die Berufsorganisationen der Hausfrauen sind. Ein besonderes Bedürfnis zur Gründung solcher Vereinigungen liegt nicht vor, denn unsere Konsumenteninteressen können wir in den Konsumgenossenschaften wahren, für unsere gewerkschaftlichen Interessen sind die Gewerkschaften da, und die Partei ist dazu da, um die politischen Meinungen zum Ausdruck zu bringen.

Viele unserer Genossinnen sind noch nicht in der Lage, uns in unseren Gedankengängen richtig zu verstehen. In der „Gleichheit" sind in der letzten Zeit

Artikelserien erschienen, wie z. B. von der Genossin Wachenheim: „Was muß die Wohlfahrtspflegerin von der sozialen Gesetzgebung wissen?“ und ein Artikel von Dr. Caspari über „Rechts- und Wohlfahrtspflege“. Denen, die in dieser Arbeit stehen, sind diese Artikel sehr wertvoll. Wir müssen aber auf die Frauen Rücksicht nehmen, die einfachere Geisteskost haben wollen. Unsere Abonnentenzahl ist in Württemberg in der letzten Zeit von 150 auf 1600 gestiegen, weil wir das obligatorische Lesen der „Gleichheit“ eingeführt haben. Viele der Genossinnen können aber den Gedankengängen noch nicht ganz folgen, und deshalb muß durch Abwechselung und einfache Artikel auch diesen Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

Frau **Oestreicher:** Durch unsere Wohlfahrtseinrichtung und durch die heutigen Verhandlungen ging ein wundervoller Zug menschlicher Größe. In einem gesunden Körper soll ein gesunder Geist wohnen. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir vor allen Dingen in den Schulen und auch bei den erwachsenen Frauen Aufklärungsarbeit in bezug auf körperliche Hygiene treiben. Diese Vorbeugungsarbeit ist der Grundstock für einen gesunden Körper. Die Mütter dürfen nicht mehr blindlings in die Mutterschaft hineingehen, sondern müssen schon in jungen Jahren lernen, welche Gefahren ihrem Körper und ihrem Kinde drohen.

Eine Referentin hat darauf hingewiesen, daß durch Heirat von Taubstummen untereinander in Amerika Taubstumme in großer Zahl geboren worden sind. Das ist gewiß sehr traurig. Wir müssen uns aber auf den rein menschlichen Standpunkt stellen, daß wir denjenigen, die durch das Unglück ihrer Geburt, weil sie degenerierte Eltern hatten oder sonst ein Unglück gehabt haben, schon gezeichnet sind und die von vielen menschlichen Freuden ausgeschlossen sind, nicht noch die Zuchtrute geben, daß sie von der Ehegemeinschaft ausgeschlossen werden. Die Heirat soll gestattet werden, es muß aber gesetzlich für eine Inhibierung der Kindererzeugung gesorgt werden. Wir müssen ein Gesetz bekommen, das ein Attest bei der Eheschließung fordert. An der Hand dieses Attestes ist von einer ärztlichen Kommission festzustellen, ob Kindererzeugung gestattet ist oder nicht.

Der hygienische Unterricht in den Schulen ist fast nicht berührt worden. Die Schule ist aber ein Gebiet, das wir zu allererst in die Hand bekommen müssen. Die Kinder müssen Unterricht über Hygiene und über die Vorbeugung gegen ansteckende Krankheiten erhalten.

Ich möchte ferner darauf aufmerksam machen, daß unter allen Umständen in den Schulen das Verantwortlichkeitsgefühl der Kinder in höchstem Maße geschärft werden muß. Darauf können unsere Mitglieder in den Stadtparamenten einwirken; denn die Schulen sind in den meisten Fällen von der Gemeinde abhängig.

Genossin Wachenheim hat gefordert, daß Volksbibliotheken auf einheitlicher Grundlage errichtet und der Gemeinde, am besten dem Wohlfahrtsamt, angegliedert werden. Diese Forderung ist gut; aber wenn wir sie unter den heutigen Verhältnissen durchführen, dann dürfte sich doch für uns in denjenigen reaktionären Gemeinden, wo alles in der Hand der konfessionellen oder reaktionären Parteien liegt, ein eigenartiger Zustand ergeben. Daraus folgt, daß wir die politische Aufklärungsarbeit, die in der Kleinarbeit ihre Grundlage hat, vor allen Dingen in die Hand nehmen müssen. Damit schaffen wir die Grundlage für das Erringen der politischen Macht. Haben wir die politische Macht, dann werden wir auch die Geldmittel flüssig machen können.

Die politische Erziehung unserer Frauen ist eine dringende Notwendigkeit. Diese politische Erziehung muß auch von seiten der Genossen in unermüdlicher Kleinarbeit erfolgen. Dann werden wir auch für unsere Partei Wertvolles leisten. Ich wünschte, daß wir in unser Parteiprogramm den einen Satz aufnähmen: Wir haben die politische Gleichberechtigung der Frau erkämpft, wir fordern und wollen mit aller Kraft weiterkämpfen für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau, damit die Frau in Wahrheit gleichberechtigt werde. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Wolff-Bocholt:** Aus den Worten des Genossen Wutzky ging das eine klar hervor, daß nach seiner Ueberzeugung die Tätigkeit der Frau an verantwortlicher Stelle innerhalb der Kommunen eine Notwendigkeit für uns geworden ist. Das haben wir ja schon lange erkannt. Aber warum sind denn die Frauen noch nicht in den leitenden Stellen? Die Befähigung fehlt den Frauen nicht; aber ihnen fehlt das Selbstbewußtsein, die Fähigkeit, sich in den Vordergrund zu drängen. (Sehr richtig!) Wenn sie dieses Selbstbewußtsein haben, dann wird es vielfach noch von den Männern unterdrückt, indem die Frauen, wenn sie als Neulinge sich zum Worte melden und über ihre Erfahrungen sprechen, von den Männern mitleidig belächelt werden. Das darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Gerade die Kommune ist das wichtigste Tätigkeitsfeld der Frau.

In dem Referat des Genossen Wutzky habe ich leider etwas vermißt, nämlich eine Behandlung der wichtigen Frage, wieweit die Preisprüfungsstellen unter den heutigen Verhältnissen noch befugt sind, einzuschreiten. Ich wäre dem Genossen Wutzky sehr dankbar, wenn er in seinem Schlußwort auf diese Frage noch eingehen würde. Wenn in den Preisprüfungsstellen keine gesetzliche Handhabe gegeben ist, dann ist ihre Tätigkeit überflüssig. Es wäre zu erwägen, ob man nicht in Form von kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die schon in manchen Städten errichtet sind, ein Gegengewicht gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft schaffen könnte. In unserem westfälischen Bezirk ist es passiert, daß eine Kommune Gemüse und andere Lebensmittel nicht kaufen konnte, weil der Preis zu hoch war, daß aber eine andere Stadt, in der auch großenteils sozialdemokratische Vertreter saßen, diese Lebensmittel dann abgenommen hat.

Genossin Schöfer hat mir direkt aus der Seele gesprochen. Ich werde aus ihrem Referat soviel mit nach Hause nehmen, daß es Wochen bedarf, um alles zu verarbeiten. Das menschenökonomische Prinzip, das die Genossin Schöfer uns entwickelt hat, ist etwas so Großartiges, daß jede Genossin sich dieses Prinzip zu eigen machen und für seine Anwendung sorgen sollte. Es ist in Wirklichkeit nämlich so, daß im großen und ganzen der Mensch noch lange nicht als das höchste Gut auf Erden gilt. Erst wenn wir uns für unsere Wohlfahrtsbestrebungen diesen Grundsatz zur Richtschnur machen, daß nichts über die Majestät des Menschen geht, werden wir etwas Ersprießliches leisten können. Dies ist vor allem das Gebiet der Frau. Es ist eine Zelle des Staatshauses, das die Männer erbaut haben. Aber so wie wir unser Heim in unserem Ehestand ausschmücken müssen, so müssen wir Genossinnen auch dazu beitragen, dieses Staatshaus durch richtige Sozialgesetze auszuschmücken. Wir müssen für einen körperlich und geistig gesunden Nachwuchs sorgen. Wir müssen unter allen Umständen für die Bekämpfung der schleichenden und akuten Seuchen eintreten, um einen gesunden Nachwuchs heranzuziehen. Das große Ziel unserer Bewegung können wir nur dadurch erreichen, daß wir einen gesunden und frischen Nachwuchs für unsere Bewegung erziehen. Wir sind äußerlich frei. Machen wir uns doch auch einmal innerlich frei. Innerhalb der Frauenorganisationen herrscht leider vielfach noch eine Kleinigkeitskrämerei, die man dort eigentlich nicht vermuten sollte. Der Mensch, der etwas für die Allgemeinheit leisten will, kann es nie durch äußerliche Freiheit, sondern nur durch innerliche Freiheit. Darum stellt die Persönlichkeit hinter die Allgemeinheit. Dann werden wir zum Siege kommen! (Lebhaftes Bravo!)

Begler-Hamburg: Es ist meine Aufgabe, Ihnen den Antrag Nr. 6, der von Hamburg gestellt worden ist, etwas näher zu erläutern. Unsere Genossin aus Württemberg hat Gelegenheit genommen, auf diesen Antrag Bezug zu nehmen und zu betonen, daß die wirtschaftlichen Aufgaben, die eine solche Organisation, wie sie von uns vorgeschlagen wird, haben könnte, von den Konsumvereinen erfüllt werden, daß unsere gewerkschaftlichen Interessen von den Gewerkschaften und unsere politischen Interessen von der Partei vertreten werden. Es sieht also fast so aus, als wenn dieser Antrag vollkommen überflüssig wäre. Es wird Ihnen aber bekannt sein, daß zunächst einmal in den Reichswirtschaftsrat, aber auch in die allgemeinen Konsumentenkammern, also in offizielle Einrichtungen des Staates, auch Delegierte der Hausfrauenberufsorganisationen als Vertretungen der Hausfrauen berufen werden. Wir müssen zugeben, daß bisher nur auf bürgerlicher Seite derartige offizielle Hausfrauenberufsorganisationen bestehen, so daß in der Praxis sowohl im Reichswirtschaftsrat als in den Konsumentenkammern die Hausfrauen nur von bürgerlicher Seite vertreten werden können. Schon aus diesem Grunde müssen wir uns die Frage vorlegen: ist es nicht notwendig, ein Gegengewicht in diesen Körperschaften gegenüber den bürgerlichen Hausfrauen zu schaffen?

Dazu kommen aber noch andere Momente, zunächst ein parteipolitisch-egoistisches. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die bürgerlichen Hausfrauenberufsvereine sich nicht nur aus bürgerlichen Damen zusammensetzen, sondern auch aus Arbeiterfrauen. Wie kommt das? Bei näherer Prüfung dieser Frage kommen wir zu der Antwort, daß diesen Arbeiterfrauen dort wirtschaftliche Vorteile versprochen werden, die von den Konsumvereinen nicht geboten werden können. Da ist es nach meiner Auffassung nicht ganz unmöglich, nach dieser Richtung evtl. auch eine Organisation unter unserer Leitung zu bilden und sie so aufzubauen, daß sie nicht in Kollision mit unserer Partei, mit den Gewerkschaften und den Konsumvereinen gerät. Wir haben in Hamburg vor ungefähr einem Jahr mit unserem größten Konsumverein, der „Produktion", dieserhalb Fühlung genommen, und dort ist uns erklärt worden: in dem Augenblick, wo ihr es für notwendig haltet, eine derartige neue Organisation zu gründen, werden wir bereit sein, euch in jeder Beziehung zu unterstützen. Wir wünschen von Hamburg aus nur, daß auch in der Zentralleitung diese Frage einmal ganz eingehend behandelt wird.

Wenn im übrigen eine solche Organisation für notwendig gehalten wird, dann könnte und müßte sie so ausgebaut werden, daß sie in keiner Weise eine Konkurrenz für uns sein kann, sondern im Gegenteil ein Rekrutierungsfeld für die Partei darstellt. Gerade in der heutigen Zeit haben wir mit einer gewissen Müdigkeit innerhalb der weiblichen Bevölkerung gegenüber der Politik zu rechnen, so daß es außerordentlich schwierig ist, neue weibliche Parteimitglieder zu gewinnen. Deshalb müssen wir uns die Frage vorlegen, ob es nicht vielleicht noch andere Mittel gibt, um das Interesse der Frauen zu wecken und sie zu uns auf diesem Umwege heranzuziehen. Ein solcher Umweg wird evtl. durch die vorgeschlagene Organisation geschaffen. Wenn eine derartige Organisation nun auch noch dazu übergehen würde, die berufliche Ausbildung der Frau in die Hand zu nehmen, dann würde dies dazu beitragen, daß die Frauen dem Gedanken etwas sympathischer gegenübertreten. Ich verhehle mir allerdings nicht, daß von seiten unserer Genossen gesagt werden wird: nun kommt ihr schon wieder mit einer neuen Organisation, obschon ihr mit der Wohlfahrtsorganisation noch nicht einmal fertig seid. Aber ich glaube, es ist doch notwendig, rechtzeitig an diese Aufgabe heranzugehen.

Was den Antrag der Genossin Quarck betr. Bevölkerungspolitik anlangt, so halte ich es nicht für möglich, daß ein wirklich überzeugter Sozialist das Recht der Frau über ihren eigenen Körper zu beschränken wünscht. Ich erwarte deshalb bestimmt, daß unsere Fraktion geschlossen für diesen Antrag eintreten wird. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Wartenberg-Altona:** Die Worte, die die Genossin Dr. Schöfer heute morgen gesprochen hat, waren mir aus der Seele gesprochen. Seit ungefähr 15 Jahren beschäftige ich mich mit dieser Frage. Was nützt uns die ganze Wohlfahrtspflege und ein Gesundheitsamt, wenn wir nicht damit rechnen können, daß wir gerade in der Frau und Mutter in der Stadt und auf dem Lande eine verständige Mitarbeiterin haben? Sie ist die Berufenste, um dafür zu sorgen, daß der Ansteckung und der Verbreitung von Krankheiten innerhalb der Familie ein Riegel vorgeschoben wird.

Auch das Referat des Genossen Wutzky hat meiner Auffassung durchaus entsprochen. Wir haben in Altona trotz unserer ungünstigen Finanzen in der Gemeindepolitik schon vieles erreichen können. Das erste, was wir beantragt und auch durchgesetzt haben, war der Bau einer größeren Entbindungsanstalt, der mit einem Kostenaufwand von vier Millionen Mark durchgeführt worden ist. Ferner haben wir die Errichtung eines Kinderheims durchgesetzt, in dem die Kinder Tag und Nacht Aufnahme finden können. Wir haben ein Landpflegeheim geschaffen. Ferner ist es möglich gewesen, mit unseren Volksschulen gleichzeitig Jugendheime zu verbinden. Die Jugendlichen brauchen infolgedessen nicht in Gastwirtschaften zusammenzukommen, um an ihrer gemeinschaftlichen Entwicklung zu arbeiten. Es fehlen uns aber noch ein Säuglings- und ein Mütterheim. Wir sind gegenwärtig nicht in der Lage, größere Aufwendungen zu machen. Jedenfalls müssen wir versuchen, in den städtischen Wohlfahrtsbestrebungen Einfluß zu gewinnen, und dafür kommen vor allem die Genossinnen in Frage, die die soziale Frauenschule besucht haben und die eine einheitliche Fürsorge durchführen können. Wenn überall in diesem Sinne gearbeitet wird, dann werden wir auch zum Ziele kommen. (Beifall.)

Frau **Hanna:** Ich möchte die Aufmerksamkeit der Genossinnen auf das Gebiet der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung lenken. Für die Arbeitsvermittlung verlangen die gewerkschaftlichen Organisationen weitgehenden Einfluß auf die Selbstverwaltung. Nach dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf über Arbeitsvermittlung werden aber voraussichtlich den Gemeinden noch größere Aufgaben zufallen, als ihnen jetzt schon auferlegt worden sind. Im allgemeinen ist die Arbeitsvermittlung der Frauen immer schon ein Stiefkind gewesen, und noch ein größeres Stiefkind ist die Berufsberatung für weibliche Arbeitskräfte. Hier müßten sich die Genossinnen in den Gemeindeverwaltungen bemühen, etwas mehr Verständnis und Interesse für die besonderen Angelegenheiten der weiblichen Arbeitsuchenden zu wecken. Ich habe zu dieser Frage in der letzten Nummer der „Gleichheit" Stellung genommen. Wir haben in der Arbeitsvermittlung so gut wie gar keine ärztliche Untersuchung der Arbeitskräfte, die vermittelt werden sollen; wir sind angewiesen auf die schulärztliche Untersuchung der Kinder, die nach Auffassung der Fachleute wertlos ist. Die Untersuchung der Arbeitslosen erfolgt nach Gesichtspunkten, die es ermöglichen, die Krankheitserscheinungen der sich Meldenden festzustellen, weil nach den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge eine mehr als 66⅔prozentige Krankheit eines Menschen ihn von dem Bezuge der Erwerbslosenunterstützung ausschließt. Die Betreffenden werden dann der Armenpflege überwiesen. Wir verlangen eine Untersuchung der Arbeitsuchenden, nicht nur der in das Erwerbsleben Hineinkommenden, sondern auch der bereits in Arbeit Stehenden, wenn sie arbeitslos sind, nach gewerbehygienischen Grundsätzen, um festzustellen, ob die Betreffenden sich für bestimmte Berufe eignen, ob sie den Anforderungen des Berufs, zu dem sie sich hingezogen fühlen, gesundheitlich gewachsen sind. Eine derartige ärztliche Unter-

suchung der Arbeitslosen, vor allen Dingen auch der Jugendlichen, ist auch für die Umstellung der Arbeitskräfte in andere Berufe notwendig. Wir haben im Preußischen Landtag bei der Ausschußberatung über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung eine größere Summe für die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung gefordert, und dieser Antrag ist auch angenommen worden.

Wir haben auch bei der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung der weiblichen Arbeitskräfte sehr häufig den Widerspruch unserer Genossinnen zu überwinden, die als Mütter der jugendlichen Arbeitskräfte in Frage kommen und die es als einen Eingriff in ihre Rechte betrachten, wenn man den jugendlichen Arbeitsuchenden die Fähigkeit für einen bestimmten Beruf abspricht oder ihnen auch nur den Rat gibt, sich bestimmten Berufsarten nicht zuzuwenden. Auch nach dieser Richtung hin ist Aufklärung notwendig.

Genossin Wachenheim hat in ihrem Referat auf das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Frauenvereinigungen und bürgerlichen Frauen hingewiesen. Wir müssen in dieser Beziehung, trotzdem ich sonst für dieses Zusammenarbeiten bin, doch eine gewisse Grenze ziehen. Ich wende mich gegen die Zusammenarbeit in den sog. unpolitischen Arbeitsgemeinschaften. (Sehr gut!) Ich erwähne diesen Punkt deswegen, weil dem Parteitag Anträge vorliegen, nach denen das Mitarbeiten von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern verboten werden soll, während sich niemand gegen die Mitarbeit von Genossinnen in sog. unpolitischen Arbeitsgemeinschaften wendet. In diesen unpolitischen Arbeitsgemeinschaften kommen die Frauen mit allen möglichen Frauenvereinigungen zusammen, in denen immer die Auffassung vertreten wird, wir als Frauen sollten uns über die Grenzen der Parteien hinweg die Hände zur gemeinsamen Interessenvertretung der Frauen reichen, während in der Praxis, wenn es darauf ankommt, über Partei- und Weltanschauung hinweg Fraueninteressen zu vertreten, von einer solchen Vertretung der Fraueninteressen seitens dieser Frauenvereinigungen keine Rede ist. Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß ein Teil der bei uns organisierten Genossinnen sich nicht ganz wohl in unseren Reihen fühlt, daß sie die bürgerlichen Eierschalen noch nicht abgeschüttelt haben, wie Liebknecht einmal gesagt hat. (Beifall.)

Frau **Radlmaier**-München: Es ist an dieser Stelle sehr viel von der Gleichberechtigung der Frau gesprochen worden. Trotzdem steht diese Gleichberechtigung nur auf dem Papier, und es wird auch solange so bleiben, bis die Frauen sich diese Gleichberechtigung selbst erringen. Es wird einen harten Kampf kosten gegen das eigene Geschlecht innerhalb und außerhalb der Partei. Z. B.: Anfang dieses Jahres ist in einer Versammlung der nationalistischen Frauen ausdrücklich erklärt worden, daß Frauen im Vorsitz und in der Parteileitung nichts zu suchen hätten. Aber auch in den eigenen Reihen müssen wir gegen die interesselosen und zum Teil auch indolenten Frauen einen Kampf führen. Wir, die wir uns unseres Wertes wirklich bewußt sind, müssen vor allem das Selbstbewußtsein der Frau heben. Das können wir am besten dadurch, daß wir der Frau Wissen und Können vermitteln. Deshalb müssen wir darauf dringen, daß Bildungsmöglichkeiten für die Frauen geschaffen werden; sie sind noch nicht in dem Maße vorhanden, wie wir es wünschen. Das trifft namentlich für die Fachschulen zu. Trotzdem in Bayern die Gastwirtschaften zum größten Teil von Kellnerinnen bedient werden, haben die Kellnerinnen in der Fachschule für Kellner in München keinen Zutritt. Das ist überaus bedauerlich. Wir müssen in den Parlamenten dahin wirken, daß die Bildungsmöglichkeiten für die Frauen besser aus- und umgebaut werden. Namentlich müssen wir unseren Müttern klarlegen, wie wichtig es ist, daß die Mädchen die gleiche Ausbildung bekommen wie die Knaben, damit sie in gleicher Weise gerüstet ins Leben geschickt

werden. Der beste Kampf im Erwerbsleben ist und bleibt gutes Wissen und Können.

Die Münchener Frauenkommission hat einen Antrag zur Jugendjustiz eingereicht. Die sozialdemokratischen Frauen in München fordern, daß die Jugendlichen ausschließlich den Jugendämtern unterstellt werden sollen und daß in diese Jugendämter geeignete Männer und Frauen der Arbeiterklasse hereinkommen. Es wirkt immer sonderbar, wenn Jugendrichter die Jugendlichen zu beurteilen haben, Männer, die die Psyche des Arbeiterkindes gar nicht kennen und die Fehltritte infolgedessen nicht zu beurteilen vermögen. (Beifall.)

Frau **Wohlgemuth** (Ostpreußen): Als durch die Referate vor uns die großen Probleme der kommunalen Wohlfahrtsarbeit aufgerollt wurden, wurde mir klar, was alles noch im Interesse der Allgemeinheit, vor allen Dingen für unsere arbeitende Bevölkerung, zu tun ist. Gleichzeitig kam mir zum Bewußtsein, wie ungeheuer schwierig die finanzielle Lage der Gemeinden ist. Nachdem die Steuern auf das Reich übergegangen sind, wissen wir, daß vieles von den großen Arbeiten, die getan werden müßten, nicht ausgeführt werden können, weil überall finanzielle Schwierigkeiten entgegenstehen. Wir müssen infolgedessen versuchen, in den Gemeinden nicht unnötig Geld für Straßenpflasterungen usw. auszugeben, sondern das wenige Geld, das die Gemeinden noch haben, für die Wohlfahrtsbestrebungen zu verwenden. Dabei müssen wir, wie Genossin Wachenheim schon sagte, das Hauptaugenmerk auf das Land richten. Wer die schlechten sozialen Verhältnisse auf dem Lande kennt, wer weiß, wie viele Idioten und Verkrüppelte dort noch vorhanden sind, die keine richtige Behandlung haben, der kann ermessen, welch großes Arbeitsgebiet vor uns liegt.

Unsere Kreisämter genügen in der Weise, wie sie zurzeit aufgezogen sind, nicht. Wir finden in den Bureaus einen Gummistempel mit der Aufschrift „Wohlfahrtspflege", aber es fehlen die Mittel und die geeigneten Persönlichkeiten. Vielfach haben die Frauen in den Landgemeinden nicht die Zeit und die Tatkraft, sich dafür einzusetzen. Wir müssen vorbeugende Arbeit leisten, wenn wir im Interesse des ganzen etwas erreichen wollen.

Das Hauptaugenmerk möchte ich auf die sogenannten Erziehungsanstalten richten. Wir sollen uns auch als Helferinnen derjenigen Kinder annehmen, die zurzeit unter Schutzaufsicht gestellt sind. Wir müssen Einfluß auf die leitenden Persönlichkeiten der sogenannten Fürsorgeerziehungsanstalten bekommen, wo die Kinder häufig nur als Nummern behandelt werden, aber keinerlei Liebe erfahren. Dort müssen unsere Genossen und Genossinnen als Kontrollbehörden eingesetzt werden.

In den Krankenhäusern werden vielfach junge geschlechtskranke Mädchen, oft im Alter von 15 bis 17 Jahren, auf Stationen mit sogenannten verführten Mädchen zusammengelegt. Das wirkt sehr schädlich auf die ganz jugendlichen Mädchen, und vielfach sagen sie, wenn sie aus den Krankenhäusern herauskommen, daß sie viel gelernt haben und nun wissen, wie sie leichter leben können.

Von dem Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Frauenorganisationen versprechen wir uns keinen Erfolg. Wenn aber unsere Genossinnen einmal Rat gebrauchen und in ihrer amtlichen Tätigkeit nicht Bescheid wissen, sollen sie sich nicht an Bürgerliche wenden, sondern sich diese Aufklärung bei ihren Genossinnen holen. Wenn wir in der Wohlfahrtsarbeit etwas erreichen wollen, müssen alle tätigen Genossen geschlossen zusammenarbeiten und versuchen, daß einer den andern unterstützen kann. (Bravo!)

Genossin **Münz**-Breslau: Als ich heute morgen in diesen Saal hereintrat und mir die Worte entgegenleuchteten „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut", wurde mir recht warm ums Herz. Diese Worte sind recht geeignet, als Motto für eine sozialistische Frauenkonferenz zu dienen. Ich möchte auf die Wohnungs-

not, auf die Jugendfürsorge und auf die Resolution betreffend die unehelichen Mütter unter den Beamtinnen eingehen.

Die Wohnungsnot in den Städten ist sehr groß. Die Frauen müssen als Kommunalvertreterinnen mithelfen. Vielfach wird gesagt: es geht nicht. Ich halte diesen Ausdruck für ein Zeichen einer Energielosigkeit und lasse ihn nicht gelten. Die Wohnungen in den Vorstädten, die bei den Reichen beschlagnahmt werden, nützen uns nichts; sie sind meist zu teuer. Es wäre viel besser, wenn die Vertreterinnen unserer Partei dafür sorgen würden, daß die Kapitalisten, die ihre Wohnungen wegen der ungeeigneten Lage nicht abzugeben brauchen, entsprechend hohe Geldsummen zahlen, damit ein Fonds für den Wohnungsbau für Proletarier geschaffen wird.

Der Anregung, in der Jugendfürsorge Schulpflegerinnen und Jugendpflegerinnen tätig sein zu lassen, stimme ich zu. Die Verhältnisse sind heute sehr schlimm. Unendlich viele Menschen müssen zugrunde gehen, weil ihnen nicht richtig geholfen werden kann. Ich habe als Lehrerin manche Erfahrung gemacht. Wenn ein Kind in meiner Volksschule besonders elend ist, bin ich oft ins Elternhaus gegangen und habe nach den Verhältnissen gesehen. Was man da sieht, ist oft tief traurig. Meist ist das arme Wesen das Produkt elender häuslicher Verhältnisse. Ein solches Kind muß geistig und körperlich verkommen. So wie man aber bei den Krankheiten die Seuche nicht erst aufkommen läßt, sondern schon im voraus vorbeugt, soll man auch hier vorbeugen, indem man den Eltern hilft und die Kinder in eine gemeinschaftliche Erziehung bringt, wodurch man der Familie vielleicht über die schwerste Zeit hinweghilft. Viele Familien scheuen sich zwar zunächst davor. Aber wenn man ihnen gütlich zuredet, wird eine solche Unterbringung oft eine Entlastung für sie sein. Allerdings gibt es Eltern, die eine sogenannte Affenliebe haben und die auch unter den traurigsten Verhältnissen ihr Kind nicht fortgeben, sondern lieber verkommen lassen. In solchen Fällen muß der Staat eingreifen. Man müßte berechtigt sein, solchen Eltern, bei denen ein Kind geistig, sittlich oder körperlich gefährdet ist, das Kind eine Zeitlang wegzunehmen und es in gemeinschaftliche Erziehung zu geben. Das beschränkt sich nicht auf die Jugend der Proletarierkreise. Verwahrlosung herrscht vielfach gerade in den Kapitalistenkreisen.

In bezug auf die unehelichen Mütter unter den Beamtinnen wurde heute gesagt, man solle aufklärend unter den Beamtinnen wirken. Neulich haben wir in Breslau eine Beamtinnenversammlung einberufen, in der ich als Referentin über diese Frage sprechen sollte. Als ich dort erschien, waren nur zwei Eisenbahnbeamtinnen vertreten. Die Beamtinnen sind die allerrückständigsten, sie sind so dünkelhaft wie nur möglich. Wenn wir aber die alten Dummköpfe nicht mehr bessern können, müssen wir der Jugend aufhelfen. Da ist das beste Werk für einen Fortschritt des Sozialismus getan, da können wir am besten als Frau für unsere Partei werben. (Bravo!)

Frau **Möller**-Zwickau: Dem Antrag Schwerin Nr. 16 stimmen auch wir in unserem Bezirk Zwickau zu. Wir begrüßen es, daß endlich Frauenschulen von der Parteiorganisation eingerichtet werden sollen, um uns Gemeindevertreterinnen auf diesem Gebiete etwas mehr zu schulen. Wenn Frauen in der Gemeindeverwaltung und in der Wohlfahrtspflege tätig sein sollen, fehlt es meist an passenden Genossinnen, die sich für einen derartigen Posten eignen. Die Genossinnen haben es vielfach versäumt, die Frauen auf diesem Gebiete zu schulen. Wir hoffen, daß der Antrag recht bald in Erfüllung gehen möge.

Aus dem Vortrag von Frau Dr. Schöfer wird mir der Satz niemals in Vergessenheit geraten, daß die Frau die berufene Beschützerin und Behüterin des Menschenlebens ist. Das sind Zukunftsarbeiten, die wir innerhalb der Gemeinde sehr gut befolgen können, hauptsächlich, wenn es gilt, uneheliche Kinder

zu beschützen. Die unehelichen Kinder haben meist kein Unterkommen und werden immer in Säuglingsheime abgewiesen. Vielfach aber sind die Säuglingsheime nur sehr primitiv ausgestaltet. Auch die Wöchnerinnen versuchen meist, so schnell wir möglich aus den Wöchnerinnenheimen herauszukommen, weil die Verpflegungssätze für die armen Mütter viel zu hoch sind. In den Stadtverordnetenversammlungen muß dafür gesorgt werden, daß die Sätze auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Dort, wo die Mütter in der Lage sind, ein oder zwei andere Kinder mit zu stillen, sollen die Sätze erlassen oder gar eine Prämie gegeben werden. Die unehelichen Kinder kommen meist in einem solchen Zustand in die Heime, daß sie oft nur noch mit Muttermilch gerettet werden können.

Wir werden durch unsere sozialdemokratische Fraktion im Stadtverordnetenkollegium einen Antrag einbringen, wonach Wochenpflegerinnen auf Kosten der Stadt herangebildet werden sollen. Besonders unsere Kriegerwitwen können wir dazu heranziehen. Das neue Kriegsbeschädigtengesetz hat angeordnet, daß den Kriegsbeschädigten Arbeit zugewiesen werden muß; von einer Arbeit für Hinterbliebene ist jedoch in dem neuen Reichsversorgungsgesetz kein Wort gesprochen worden. Unsere Vertreterinnen in den Parlamenten müssen darauf hinwirken, daß auch die Kriegerwitwen in dem neuen Reichsversorgungsgesetz berücksichtigt werden, daß auch den Kriegerwitwen Arbeit zusteht, weil sie mit der kargen Rente nicht auskommen können und arbeiten müssen, wenn sie nicht sittlich sinken sollen.

Es wird immer verlangt, daß Aufklärung unter den Genossinnen und Genossen getrieben werden soll. Wir müssen aber auch Aufklärung von amtlicher Seite verlangen. Auch die Personen, die schon ehrenamtlich in Waisenhäusern und ähnlichen Anstalten angestellt sind, müssen aufgeklärt werden. Bei der gestrigen Besichtigung im Waisenhaus sagte eine Schwester: Dieses Kind läßt sich furchtbar schwer erziehen, weil es ganz von unten stammt, ich sehe mir immer nur die Akten der Eltern an, dann weiß ich das Kind einzuschätzen. Dieser Satz hat mir unendlich viel zu denken gegeben, und er zeigt, daß es Aufgabe der öffentlichen Wohlfahrtspflege ist, die amtlichen Angestellten wirklich sozial zu schulen.

Ein Antrag Frau **Schulte** auf Schluß der Rednerliste wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte angenommen.

Frau **Pfülf**-München: Das Land China hat sich einmal mit einer großen Mauer umgeben, um allen Einflüssen von außen unzugänglich zu bleiben. Damit ist es selbst in seiner Kultur und in seiner Vorwärtsbewegung stehengeblieben. Ich bin die letzte, die sagt, daß sozialdemokratische Frauen in Arbeitsgemeinschaften mit bürgerlichen Frauen aufgehen sollen. Ich kenne aber unsere bürgerlichen Kreise, und ich fürchte nicht, daß, wenn ich heute als sozialistische Frau in diese bürgerlichen Kreise gehe, ich von ihnen angesteckt werde. Ich gehe sehr häufig hin, weil sich diese Frauen hinter ihren chinesischen Mauern verschanzt haben und weil ich durch diese Mauern hindurchbrechen will, weil ich diesen Frauen beibringen will, was wir unter sozialistischer Politik und unter sozialistischer Kulturarbeit verstehen. Ich halte es für eine Pflicht aller Frauen, die sich innerlich dazu berufen fühlen, diese Aufklärungsarbeit in den bürgerlichen Kreisen zu treiben. Vielfach sind diese bürgerlichen Kreise nur von bürgerlichen Vorurteilen befangen; sie sind nicht schlechter als wir, sondern nur in einer anderen Atmosphäre groß geworden. Wir müssen versuchen, diese bürgerlichen Frauen aus Gegnern unserer Weltanschauung zu Freunden und Mitkämpfern unserer Weltanschauung zu machen.

Noch ein Wort zu dem bevölkerungspolitischen Problem. Es passiert einem nicht nur in bürgerlichen Kreisen, sondern leider auch häufig in den Kreisen der

Parteigenossinnen, daß man, wenn man neue Wege weist, auf schroffsten Widerstand stößt. So ist es auch mit dem Problem der Kinderzeugung. Ich habe einmal den Mut gefaßt, in einer Frauenversammlung zu sagen: Idioten dürfen keine Kinder zeugen, und was in Amerika schon lange Gesetz ist, daß ein Idiot zeugungsunfähig gemacht wird, müßte in Deutschland, wenn wir wirklich Menschenökonomie betreiben wollen, auch Gesetz werden.

Die Erziehung soll nach unserem kulturpolitischen Programm Sache der Gemeinschaft sein, und Familienerziehung kann nur anvertraute Gemeinschaftssache sein. Die Kinder sind also nicht Besitz der Eltern, sondern der Gemeinschaft, die das erste Bildungsrecht an diesem Kinde hat. Sie müssen sich deshalb an den Gedanken gewöhnen, daß über der Familie etwas Höheres steht, und daß unsere Kommunalpolitik diesem Höheren, nämlich dem Gemeinschaftsgedanken, dienen muß. Aus diesem Gesichtspunkt heraus müssen Sie Ihre kommunale Arbeit an der Jugend anfassen. Damit wird unserer Arbeit und dem Sozialismus der allerwertvollste Dienst erwiesen sein. (Bravo!)

Freudenberger (Würzburg): Es war das Erhebendste und Glücklichste, daß uns das Frauenwahlrecht die Mitarbeit der Frau in erster Linie in der Gemeinde gesichert hat. Es wäre unrecht, wollten wir männlichen Genossen nicht zugestehen, daß wir uns seit Jahren auf Gebieten betätigen mußten, die der natürlichen Veranlagung des Mannes fernliegen: Armenpflege, Jugendfürsorge, Gebiete, in die die Frau hineingeboren ist, für die wir Männer aber nicht immer das richtige Verständnis mitbrachten. Es ist nicht richtig, wenn manchmal in Parteikreisen gesagt wird, die bürgerlichen Vertreterinnen der Frauenvereine seien uns in diesem oder jenem über. Die bürgerlichen Frauenvereine mögen vielleicht summarisch ein größeres Wissen mitbringen; ihnen fehlt aber die Kenntnis der Verhältnisse und der Anschauungen, und sie bringen nicht die ganze Natürlichkeit des Empfindens mit. Seitdem es keine Orden und Denkmünzen mehr zu erhaschen gilt, hat der soziale Eifer der bürgerlichen Frauenvertreterinnen merklich nachgelassen. Es war also nicht die innere soziale Gesinnung, die diese Kreise veranlaßte, sich der Wohltätigkeit zu widmen, sondern mehr die Sucht, nach außen zu glänzen.

Genossin Wachenheim hat davon gesprochen, daß man alle diese gemeinnützigen Frauenvereine und Wohlfahrtsvereine möglichst unter eine Spitze bringen soll, mit einem Wohlfahrts- oder Volksbildungsamt an der Spitze. Aber die Zentralisation derartiger Aemter wird in der Praxis an ungeheuren Widerständen scheitern. Wie wollen Sie z. B. die katholischen Bildungsorganisationen unter ein zentrales Amt stellen, wollen Sie nicht dabei Gefahr laufen, daß unsere eigene Anschauung dabei zu kurz kommt? Wir müssen überall dort, wo Kommissionen gebildet werden, die richtigen Leute hineinschicken, die den Mut haben, für unsere Anschauungen einzutreten, die dafür sorgen, daß keine öffentlichen Mittel für Zwecke verwendet werden, die unserem Denken fernliegen. Die Arbeit der Genossen in der Gemeinde krankt daran, daß uns heute ein Heer von Sozialbeamtinnen gegenübersteht, die aus einem ganz anderen Milieu hervorgegangen sind. Die Sozialbeamtinnen stehen in so enger Fühlung mit den bürgerlichen Frauenvereinen, daß sie sich häufig der Auffassung sozialdemokratischer Frauenvertreter nur sehr schwer anschließen können. Wir müssen dafür sorgen, daß wir für die Folge aus unseren eigenen Töchtern das Kontingent für Sozialbeamtinnen stellen, die unsere Forderungen in der Praxis durchsetzen. Die Erziehung des Nachwuchses für die Erzielung unserer Forderungen muß unsere erste Sorge sein. (Bravo!)

Minna Schröder-Hamburg: Wir begrüßen es, wenn recht viele bürgerliche Frauen zur Partei kommen, um mit uns den Sozialismus zu erreichen, wenn sie uns bei der Arbeit in den Kommunen helfen mit ihrem Wissen, wie es unbedingt notwendig ist, und von ihnen gefordert werden muß. Aber ich sehe eine Gefahr darin, wenn man „Arbeitsgemeinschaften" gründet, in die Sozialdemokratinnen hineingezogen werden sollen. Ich verspreche mir davon nichts, wir dürfen in ihnen nicht ein Allheilmittel sehen. Die Kraft ist unser, und wir werden es allein fertigbringen, wenn wir die Kräfte, die aus innerer Ueberzeugung zu uns kommen, uns zunutze machen.

Die Vorsitzende Frau **Juchacz** weist darauf hin, daß auch unter den linksstehenden Wissenschaftlern noch keine Einigkeit über die §§ 218 und 219 besteht. Auf Veranlassung des Parteivorstandes sei deshalb von den Genossen Prof. Radbruch und Prof. Grotjan eine Broschüre über diese Materie herausgegeben worden, die in der Vorwärtsbuchhandlung erschienen sei und die sich in wissenschaftlicher Form, vom politischen, sozialen, hygienischen und juristischen Standpunkt mit dieser Frage beschäftigt. Es sei deshalb zu begrüßen, daß die Resolution Quarck so geschickt gefaßt sei, daß sie von allen angenommen werden könne, ohne die notwendige Auseinandersetzung zu stören und uns in unserem Handeln zu binden.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Es folgen die Schlußworte:

Wachenheim-Berlin (Schlußwort): Die Genossin Bohm-Schuch hat auf die Demobilmachungsverordnungen hingewiesen, die von den Betriebsräten häufig zuungunsten der Frauen ausgelegt werden. In gewisser Hinsicht sind die Demobilmachungsverordnungen berechtigt, vor allem dort, wo sie Frauen, die durch die Arbeit ihres Mannes wirtschaftlich sichergestellt sind, aus der Erwerbsarbeit entfernen. Die Anwendung ist aber dort ungerechtfertigt, wo Frauen keine gesicherte Stellung durch die Erwerbsarbeit ihres Mannes haben. Wir müssen den jungen unverheirateten Arbeiterinnen die Gleichberechtigung mit den jungen unverheirateten Arbeitern verschaffen. Das können wir aber nur erreichen, wenn die Frauen mehr als bisher in die Betriebsräte hineingehen. Wir müssen den Frauen klarmachen, daß ihre wirtschaftliche schlechte Lage in den Betrieben an ihrer Nachlässigkeit gegenüber ihren Aufgaben in den Betriebsräten liegt.

Den Hausfrauenfragen müssen wir uns mehr widmen als bisher. Vielfach besteht in unseren Kreisen der Wunsch, die hauswirtschaftlichen Kenntnisse zu verbessern. Die Fortbildungsschulen gelten nur für einen kleinen Teil von Frauen und sind vielfach gar nicht eingeführt. Wir müssen auf ihre weitere Einführung und auf Einrichtung hauswirtschaftlichen Unterrichts in der Schule dringen. Wir müssen eingehend die Frage erwägen, ob hauswirtschaftliche Organisationen möglich und notwendig sind. Ich warne davor, sie parteipolitisch aufzuziehen. Es ist notwendig, die Gewerkschaften und Genossenschaften dazu heranzuziehen und proletarische Hausfrauenorganisationen, nicht parteipolitisch-sozialdemokratische, zu schaffen. Es wäre gut, wenn die führenden Genossinnen die Frage einmal mit den Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften besprächen. Einem Anschluß an den bürgerlichen Hausfrauenverein ist hier nicht das Wort geredet worden. Wir begrüßen das, weil ein solcher Anschluß unseren Zwecken nicht dienen würde.

Dagegen ist die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Organisationen noch einmal aufgeworfen worden. Niemand von uns ist so engherzig, zu sagen, daß man nicht für ganz bestimmte Zwecke mit den bürgerlichen Frauen zusammenarbeiten soll. Dann sollen wir uns aber selbständig als Organisation mit solchen Organisationen in Verbindung setzen und dann die Entscheidung treffen. Häufig wird aber, nach meiner Meinung, die Zeit besser für die Arbeiten unserer eigenen Partei angewandt. Deshalb halte ich mich persönlich von allen solchen Organisationen zurück, und ich glaube, das tun auch noch viele andere.

Wenn Genossin Pfülf sagte, daß wir in die bürgerlichen Frauenorganisationen gehen sollen, um dort Frauen für unsere Sache zu gewinnen, so gebe ich ihr insofern recht, als es eine schwierige Frage ist, die vielleicht noch nicht genug durchdacht ist, wie wir Frauen, die heute noch auf bürgerlichem Standpunkte stehen, die aber eigentlich ihrer wirtschaftlichen Lage nach für uns zu gewinnen sein müssen, zu uns herüberziehen können, nämlich solche Frauen, die im Beruf stehen und die wirtschaftlich gar nicht anders gestellt sind als Arbeiterinnen, nur eine andere Bildung und Erziehung haben. Ich glaube nicht, daß wir diese Frauen heute in den bürgerlichen Frauenvereinen und in den politischen Arbeitsgemeinschaften finden werden. Die Frauen, die in den politischen Arbeitsgemeinschaften arbeiten, haben sich alle meist politisch festgelegt und sind für uns nicht zu gewinnen. Die Stunden, die wir in dieser Beziehung verwenden würden, sollten wir lieber der Parteiarbeit widmen. Ich habe auch nicht den Wunsch, mich mit diesen Frauen auseinanderzusetzen, sondern ich setze mich lieber mit den Frauen und Genossen, von denen ich weiß, daß sie dasselbe Endziel verfolgen wie ich, über die Wege auseinander, die zu diesem Ziele führen. Natürlich kann ich mir vorstellen, daß Genossinnen anderer Meinung sind, daß sie in diese Organisationen hineingehen. Ich möchte aber den Genossinnen, in deren Orten die parteipolitische Frauenbewegung noch nicht sehr erfolgreich ist, ans Herz legen, ihre Zeit lieber unseren Organisationen zu widmen und zu bedenken, daß wir einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen haben.

Nun zur Gewinnung derjenigen Frauen, die jetzt in der Berufsarbeit stehen und von denen ich vorhin sagte, daß sie vielleicht für uns zu gewinnen wären. Wir haben in Berlin versucht, die Sozialbeamtinnen zu sammeln und regelmäßige Versammlungen für sie zu veranstalten. Wir haben jetzt zwei Versammlungen gehabt, die sehr gut besucht waren und zu denen auch bürgerliche Sozialbeamtinnen in großer Zahl gekommen sind. Nun, das ist bei Sozialbeamtinnen besonders leicht, weil sie der Natur ihrer Arbeit nach Interesse für die Arbeiterbewegung haben, obwohl auch da die Einstellung ziemlich antisozialistisch ist. Es ist für uns in Berlin auch nicht so schwer, eine Verbindung mit den Sozialbeamtinnen herzustellen, weil wir einen Stamm von Arbeiterinnen in diesem Beruf durch die Sonderlehrgänge haben. Aber wir müssen diese Frage auch einmal in bezug auf die anderen Berufe durchdenken und versuchen, propagandistisch zu wirken. Diese Frage wird am besten zu lösen sein, wenn wir die Frauen einmal zu uns einladen, statt daß wir zu ihnen gehen.

Ich komme dann zu den Wohlfahrtsvereinen. Ein Genosse hat gesagt, mein Vorschlag, die Wohlfahrtsvereine mit dem städtischen Wohlfahrtsamt zu verknüpfen, sei schwer in der Praxis durchführbar. Das ist doch nicht richtig. Die Sache ist schon in vielen Städten gemacht worden und hat sich überall bewährt. Selbst wenn Schwierigkeiten vorhanden sind, ist es notwendig, die Wohlfahrtspflege in der Gemeinde zu zentralisieren und diese Schwierigkeiten zu überwinden. Es geht nicht an, daß die Vereine selbständig Wohlfahrtsarbeit treiben und die Gemeinden von dieser Arbeit gar nichts wissen. Hier müssen die Schwierigkeiten überwunden werden, wie das auch in zahllosen Städten bereits geschehen ist. Ich kann Ihnen aus Berlin sagen, daß die Eingliederung allmählich angebahnt wird, daß sie in der Jugendwohlfahrtspflege eigentlich fast vollzogen ist, und daß auch Stellen eingerichtet sind, die die Wohlfahrtsvereine und Wohlfahrtsanstalten genau kontrollieren. Was in dieser Riesenstadt mit ihren unzähligen Vereinen möglich ist, das sollte auch in kleineren Städten möglich sein.

Dann hat eine Genossin gesagt, daß sie die Einreihung der Volksbibliotheken in ein Wohlfahrtsamt nicht für glücklich hält. Ich habe nicht gesagt, daß die Volksbibliotheken dem Wohlfahrtsamt eingegliedert werden sollen. Ich halte die Einbeziehung der Volksbildungsaufgaben in die Wohlfahrtspflege nicht für glücklich, sondern glaube, daß sie besonders behandelt werden müssen; aber ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, daß eine Konzentration der Volksbibliotheken selbst in einer reaktionären oder streng katholischen Stadtverwaltung unbedingt notwendig ist und auch in unserem Interesse liegt. Unsere Parteiorganisationen sind in solchen Städten meist sehr schwach und haben also dort gar keine oder kleine Bibliotheken, und es sind immerhin Vertreter von uns in der Stadtverwaltung, die unseren Standpunkt geltend machen und für eine Ergänzung der Bibliotheken sorgen können, während wir nicht weiterkommen, wenn wir das alles den freien Vereinen überlassen.

Dann ein paar Worte zu den Resolutionen. Ich möchte Sie bitten, die Resolution zur Bevölkerungspolitik, wie sie vorliegt, anzunehmen. In dieser Resolution sind die ganzen Gebiete, die in Frage kommen, zusammengefaßt, und gerade in der Bevölkerungspolitik ist das besonders notwendig. Mit der Annahme dieser Resolution wären dann die Anträge 7 und 13 erledigt, und es ist nicht notwendig, gegen einzelne Anträge, wie den Münchener Antrag, den ich in den einzelnen Abschnitten für unmöglich halte, zu polemisieren.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch folgendes sagen. In der Gemeindearbeit können wir beweisen, was wir für die Oeffentlichkeit leisten können und wollen. Wir haben dort einen enger umgrenzten Kreis als in Staat und Reich. Da fällt es uns leichter, zu arbeiten, weil wir das, was wir leisten müssen, besser übersehen können. Deshalb ist die Gemeindearbeit für den Beginn unserer politischen Tätigkeit ein gutes Feld. Daher auch der Drang der Frauen nach der Gemeindearbeit. Wir dürfen aber dabei nicht vergessen, daß für eine sachliche und gute Gemeindearbeit die Partei immer das Rekrutierungsfeld sein muß, und daß wir uns der Partei immer zur Verfügung stellen müssen, damit wir dort Kräfte heranziehen, die die Gemeinde wirklich zu dem machen, was wir aus ihr machen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Dr. **Schöfer** (Schlußwort): Während der Debatte ist wiederholt die Behauptung aufgetaucht, daß die ganze soziale Wohlfahrtsarbeit sehr schön wäre, wenn sie durchgeführt werden könnte, daß es aber an den nötigen Mitteln mangele. Ich habe in meinen Ausführungen wiederholt betont, daß für den, der sozial tätig sein will, nichts so bitter ist als das Bewußtsein, daß alle die Dinge, die jetzt so dringend notwendig wären, vor dem Kriege mit wenig Mitteln hätten geschaffen werden können. Ich möchte aber doch sagen, daß es viele Dinge gibt, die auch jetzt noch ermöglicht werden können, und zwar mit demselben Aufwand an Mitteln, die man sonst für Vereine verausgabt hat, nämlich durch straffe Zusammenfassung in Wohlfahrts- und Jugendämtern, durch Zusammenfassung der Vereine, durch Heranziehung aller freiwilligen Kräfte. Wir können nicht soviel an einzelnen Neuerungen verlangen und durchsetzen, aber die große Richtlinie dafür, wie in der sozialen Wohlfahrtsarbeit gearbeitet werden muß, die Zusammenfassung wird sicher eine Errungenschaft der allernächsten Zeit sein. Es ist z. B. allein schon ein Vorteil, wenn unsere Genossen und Genossinnen es in der Gemeinde durchsetzen, daß die Anstalten, in welche die Stadt die Kinder schickt, unangemeldet besucht werden dürfen. Das ist bei uns nicht der Fall. Die Gemeindevertreter können diese Anstalten besuchen, aber nur nach vorheriger Anmeldung und nur unter der Begleitung des Jugendamtsleiters. Wir wissen, daß man auf diese Art und Weise keinen Einblick in die Anstalt bekommt. Wenn die Frauen auf diesem Gebiete wirklich maßgebenden Einfluß bekommen, dann läßt sich noch sehr viel erreichen.

Ein Wort zu den bevölkerungspolitischen Fragen! Ich bin selbstverständlich der Meinung gewesen, daß man den Leuten das Heiraten nicht verbieten soll. Ich gönne es jedem. Aber was man verbieten muß, das ist die Erzeugung von

Kindern durch kranke Menschen. Es ist eine Gewissenlosigkeit, wenn kranke Menschen ihre Gebrechen auf Kinder fortpflanzen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine unerhörte Inkonsequenz, daß wir aus Mitleid mit den Eltern zu keinem Mitleid mit den Kindern kommen. Wenn jemand stirbt, dann kümmert sich der Staat um alle Vermögensstücke, die er hinterläßt; es muß ein genaues Verzeichnis angefertigt werden, und wir sind entrüstet, wenn jemand durch Erbschleicherei dem Staat etwas entzieht. Wogegen wir uns aber nicht wehren, ist, daß jeder, der heiratet, nun auch Kinder in die Welt setzt, ohne daß er dem Staate nachweist, daß er das moralische Recht hat, Kinder in die Welt zu setzen, daß er die Allgemeinheit nicht belastet.

Selbstverständlich muß in der Schule auch noch sehr viel in bezug auf den hygienischen Unterricht geschehen. Ich habe heute früh vergessen, darauf hinzuweisen, daß das ganze Gebiet der Erziehung, das ganze Gebiet der Berufsausbildung auch unter die menschenökonomischen Aufgaben eingereiht werden muß.

Heute ist gesagt worden: Kinder sind kein Besitz der Eltern. Ich möchte weitergehen und sagen: Jedes Elternpaar ist den Kindern dafür verantwortlich, daß sie sie in die Welt gesetzt haben. Ich möchte mit einem Spruch eines großen Geistes schließen: Es leiden viel mehr Kinder an ihren Eltern als Eltern an ihren Kindern. Ich erweitere das dahin, daß ich sage: Es leiden viel mehr Menschen an der Gemeinschaft als die Gemeinschaft an dem einzelnen Menschen leidet. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich Sie, Ihre menschenökonomische soziale Aufgabe stets im Auge zu behalten. (Lebhafter Beifall.)

Wutzky (Schlußwort): Unter Bezugnahme auf meine Ausführungen von heute morgen sind nur zwei Fragen aufgeworfen worden, zu denen ich kurz Stellung nehmen möchte. Die Genossin Wolff hat die Frage gestellt, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen denn die Preisprüfungsstellen noch bestehen, und sie wollte mit ihren Ausführungen offenbar diese Aufgabe der kommunalen Tätigkeit und ihre Bedeutung unterstreichen. In dem letzteren Punkte gehe ich mit ihr vollständig einig; auch ich bin überzeugt, daß in den Preisprüfungsstellen, obwohl man ja vielfach hört, daß sie versagt haben sollen, ein außerordentlich wertvolles Stück Arbeit für die Allgemeinheit geleistet werden kann, wenn sie energisch gehandhabt werden. Es besteht nun allerdings die Gefahr — die Bestrebungen nach dieser Richtung treten ja sehr entschieden hervor —, daß man die Kriegsverordnung über die Preisprüfungsstellen schnellstens beseitigt. Alle diejenigen, die in der praktischen kommunalen Arbeit stehen, werden mit mir darin übereinstimmen, daß vor der Hand unter keinen Umständen daran gedacht werden darf, diese Verordnung zu beseitigen; denn wir werden in der kommenden schweren Zeit diese Institutionen notwendig brauchen. Ich kann nur darum bitten, überall dafür einzutreten, daß nicht etwa die Verordnung beseitigt wird, sondern daß diese Einrichtung in den Gemeindeverwaltungen die Bedeutung behält oder bekommt, die ihr zusteht.

Ein Wort zu der wesentlich wichtigeren Frage, die Genossin Bohm-Schuch in die Debatte warf. Sie sagte, sie hätte in meinen Ausführungen vermißt, daß ich mich über die Beschaffung der Mittel und über die Regiebetriebe geäußert hätte. Diese Frage ist allerdings berechtigt, weil infolge der neuen Steuergesetzgebung des Reiches den Gemeinden in der Steuerhoheit so gut wie nichts übrig geblieben ist. Deshalb bin auch ich der Meinung, daß es schließlich in den Gemeinden nicht anders geht, als daß man sich mehr als bisher an die Arbeit macht, um den Geldbedarf der Gemeinden auf dem Wege der Einrichtung eigener Betriebe und eigener Veranstaltungen zu beschaffen. Wie aber die Dinge im Augenblick stehen, erscheint auch dieses Mittel außerordentlich bedenklich; denn wir leiden unter den Nachwirkungen der Kriegswirtschaft, einer Wirtschaft, in der man in großem Umfange dazu übergehen mußte, Produkte,

Bedarfsartikel in eigene Bewirtschaftung zu übernehmen, die aber jetzt vielfach mit einem riesigen Defizit abschließt. Nun versuchen unsere bürgerlichen Gegner mit geradezu unverschämter Demagogie, den sozialistischen Gemeindeverwaltungen den Mißerfolg an die Rockschöße zu hängen. Dagegen können wir uns nicht nachdrücklich genug verwahren. Ich darf sagen, daß in denjenigen Zweigen der kommunalen Aufgaben, die in der Vorkriegszeit in kommunale Regie übernommen worden sind, kaum irgendwo nennenswerte Mißerfolge in die Erscheinung getreten sind, sondern glaube sagen zu können, daß beispielsweise in der Erzeugung von Elektrizität, Gas, Wasser usw. die Gemeinden durchaus wirtschaftlich und rationell gearbeitet haben. Ausnahmen dürfen niemals dazu dienen, das Ganze als falsch zu bezeichnen. Aber wir dürfen uns nicht etwa der törichten Hoffnung hingeben, daß die Durchführung von Regiebetrieben, daß die Bewirtschaftung von bestimmten Bedarfsartikeln und Produkten gewissermaßen im Handumdrehen zu bewirken ist; diese Aufgabe ist nur allmählich und mit größter Vorsicht zu lösen. Aber es muß dieser Weg mehr als bisher beschritten werden, um die Mittel zu beschaffen, die für die so wichtigen sozialen Aufgaben der Gemeinden notwendig sind. Aber gerade, weil die Verhältnisse so liegen und weil es bei der Finanzmisere der Gemeinden jetzt besonders darauf ankommt, die wenigen vorhandenen Mittel da anzuwenden, wo sie am notwendigsten sind, kann ich nur erneut zum Ausdruck bringen, daß die Mitarbeit der Frauen in der gegenwärtigen und in der vor uns liegenden Zeitperiode doppelt notwendig in der kommunalen Wirtschaft ist. Daher kann ich Sie nur bitten, den Leitsätzen zuzustimmen, die ich Ihnen unterbreitet habe, sie in Ihrer Arbeit zur Tat werden zu lassen, damit Sie im nächsten Jahre feststellen können, daß Sie eine große Zahl von tüchtigen Mitstreiterinnen für unsere sozialistischen Ziele gewonnen haben. Nur mutig vorwärts! (Lebhafter Beifall.)

Vors. Frau **Juchacz**: Dr. Knack aus Hamburg war auch zur Frauenkonferenz delegiert, ist aber verhindert gewesen, heute zu erscheinen; er wollte morgen zu den Hamburger Anträgen bezüglich der bevölkerungspolitischen Fragen sprechen, und er beauftragt mich, weil das nicht mehr möglich ist, Ihnen seine Auffassungen, die er mir schriftlich mitgeteilt hat, zur Kenntnis zu bringen. Er schreibt:

„Auf der internationalen Tagung für Sexualreform haben sich in diesen Tagen erstmalig zahlreiche Männer und Frauen aus fast allen Ländern der Welt zusammengefunden, die einig sind in dem Bewußtsein, daß eine Reform auf den verschiedenen Gebieten des Geschlechtslebens das Gebot der Stunde ist. In streng wissenschaftlicher Arbeit wird auf dieser Tagung versucht werden, der breiten Oeffentlichkeit darzulegen, daß die jetzigen Zustände dem sozialen Geist der Zeit Hohn sprechen und darum unhaltbar sind. Um aber die klaren Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in die Tat umzusetzen, ist die energische Mitarbeit aller fortschrittlichen politischen Parteien unerläßlich. In diesem Sinne darf auch die Reichskonferenz nichts unversucht lassen, um die gesamte Partei immer wieder darauf hinzuweisen, daß neben den oft erdrückend scheinenden Aufgaben der Tagespolitik die großen kulturellen Forderungen nicht ins Hintertreffen geraten dürfen."

Frau **Hanna** (zur persönlichen Bemerkung): Ich habe mich nicht gegen die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauen gewandt. Ich kann das auch nicht auf Grund meiner persönlichen beruflichen Betätigung und meiner Betätigung als Abgeordnete getan haben. Ich habe mich lediglich gegen das Zusammenarbeiten in den sog. unpolitischen Arbeitsgemeinschaften gewandt, in den Organisationen, die nicht dazu dienen sollen und nicht dazu dienen, einen Erfahrungs-

austausch stattfinden zu lassen und uns gegenseitig zu verständigen, sondern die den Zweck verfolgen, die Frauen auf bestimmte Anschauungen, unter Umständen sogar auf bestimmte Arbeiten und Beschlüsse festzulegen. Wir sind zunächst Mitglieder einer Parteiorganisation, die ihre Beschlüsse faßt und ihre Handlungen nach bestimmten grundsätzlichen Auffassungen regelt. (Sehr gut!) Alles, was darüber hinausgeht, liegt nicht im Interesse der Parteiorganisation. Wir sind in erster Linie Parteimitglieder, in zweiter Linie Gewerkschaftsmitglieder und erst in dritter Linie, soweit wir es überhaupt sind, Frauenrechtlerinnen. (Beifall.)

(Schluß der Sitzung: 5 Uhr 15 Minuten.)

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. September 1921, vormittags 8 Uhr.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau **Hauke** eröffnet die Verhandlungen und schlägt vor, zunächst das Referat der Genossin Juchacz über Organisationsfragen zu hören, sodann die Abstimmung über die gesamten Anträge vorzunehmen. Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu.

Hierauf erhält Frau Juchacz das Wort zu dem Referat über

Organisationsfragen.

Berichterstatterin Frau **Juchacz**-Berlin: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Sie haben aus dem Bericht des Parteivorstandes schon ersehen, daß die Zahl der organisierten Parteigenossinnen in diesem Jahre wieder abgenommen hat. Der Verlust an weiblichen Mitgliedern beziffert sich auf 14 522. Wir können die einzelnen Bezirke in vier Kategorien einteilen: Bezirke, die einen Gewinn an Männern und Frauen buchen können, Bezirke, die einen Verlust an Männern und Frauen haben, Bezirke, die einen recht angenehmen Ueberschuß an Männern aufweisen, während die Zahl der Genossinnen abgenommen hat, und schließlich Bezirke, in denen die Frauen zugenommen und die Männer abgenommen haben. Diese letzte Kategorie fehlt in der vorgelegten Tabelle. Ich erwähne aber diese Kategorie, um Ihnen recht deutlich zum Bewußtsein zu bringen, daß wir eine sehr große Arbeit vor uns haben, nämlich die, die ziffernmäßigen Verluste wieder auszugleichen, und zwar auch für die vergangenen Jahre. Nach der Revolution mußten wir feststellen, daß von dem großen Zulauf, den die Partei an Frauen gehabt hat, verhältnismäßig wenig übriggeblieben war, daß der Verlust an weiblichen Mitgliedern ganz beträchtlich gewesen ist.

Die Ursachen dafür sind verschiedener Art. In meinem schriftlichen Bericht vom vergangenen Jahre sagte ich schon, daß ich mir den Verlust zu einem großen Teil psychologisch erklärte: die Partei hatte den Frieden, hatte Brot versprochen und hat auch im Rahmen des Möglichen alle ihre Versprechungen gehalten, aber ein großer Teil der Frauen, die rein gefühlsmäßig im Trubel der Revolutionsstimmung in die Partei gekommen waren, fühlten sich, weil sie politisch zu ungeschult waren, um ihre Hoffnungen betrogen. Sie unterlagen der gegnerischen Agitation und wurden mindestens in das Lager der Indifferenten getrieben.

Diese Ursache dürfen wir in diesem Jahre nur noch sehr bedingt gelten lassen, wir müssen schon nach anderen Ursachen suchen. Unbestritten ist, daß die Frau überhaupt schwerer organisierbar ist als der Mann, weil sie den Gedanken der Klassensolidarität noch nicht so begreifen kann, weil der Entwicklungsgang der Frau ein anderer ist als der des Mannes. Wenn die Frauen

weiter so stark im Erwerbsleben ständen, wie es während des Krieges war, würde sich wahrscheinlich das Selbständigkeitsgefühl und Klassenbewußtsein in ihnen befestigen. Aber die Erwerbsarbeit ist, besonders für einen Teil der verheirateten Frauen, nur eine vorübergehende Kriegserscheinung gewesen. Selbst Frauen, die vor dem Kriege erwerbstätig waren, stehen heute vor der Unmöglichkeit, etwas für den Haushalt mitzuverdienen, weil die Demobilmachungsverordnungen einschränkend auf die Frauenarbeit gewirkt haben. Nach meiner Beobachtung ist die Erwerbsarbeit ein Erzieher für das politische Leben, während die Beschränkung auf den engen Haushalt zur Folge hat, daß sich der Geist verengt, daß das Klassengefühl zurückgedrängt wird. Das Fehlen der Erziehung durch die Erwerbsarbeit macht sich auch in unserem Mitgliederrückgang bemerkbar. Die Frauen werden aus dem Denken und Fühlen herausgerissen, das mit der Erwerbsarbeit verbunden ist. Andererseits erwachsen daraus wieder Konflikte, und die Frauen kommen zu einem Nachdenken über ihre Lage, weil ein großer Teil unserer Frauen das Bestreben hat, zu arbeiten und mitzuverdienen, weil die wirtschaftliche Not der Familie dazu zwingt. Die Genossinnen, die nur Hausfrauen sind und nicht im Erwerbsleben stehen, müssen versuchen, an allen Ecken und Kanten zu sparen. Da ist es allerdings nicht die richtige Sparsamkeit, wenn man zuerst die Mitgliedschaft in der Partei und in den gewerkschaftlichen Organisationen kündigt und die Zeitungen abschafft. Die Hausfrau ist aber zu leicht geneigt, zu sagen: mein Mann ist schon organisiert, warum soll ich es auch noch sein? Meist wird den Frauen von den Männern nicht gesagt: wenn du auch nur den Haushalt machst, verdienst du trotzdem; ich wäre doch verpflichtet, an deiner Stelle eine bezahlte Kraft zu halten, deshalb sei mir eine gute Kameradin in dem schweren Kampf, den wir als organisierte Arbeiter zu führen verpflichtet sind. Aber nur selten findet der Mann solche Worte, weil auch in weiten Kreisen der Männerwelt diese Einsicht noch nicht vorhanden ist. Ich spreche nicht von einer Schuld auf der einen und anderen Seite, sondern bringe die Dinge rein sachlich zur Sprache. In dieser politischen Unreife auf beiden Seiten sehe ich eine weitgehende Ursache des Rückgangs. Was ich hier gewissermaßen psychologisch zu erklären versuche, zeigt sich auch in der Arbeit der Partei. Auf der einen Seite zeigt sich bei den Genossinnen eine Zaghaftigkeit in ihren Forderungen, manchmal auch Unsachlichkeit, weil sie das, was sie wollen, nicht genügend durchgearbeitet haben, so daß es sich ausführen läßt; auf der andern Seite sehen wir eine gewisse Lauheit und ein gewisses Unverständnis den Frauenforderungen gegenüber. Aber auch hier dürfen wir keine Schuldfragen stellen. Es kommt hinzu, daß wir in einer politisch so stark bewegten Zeit leben, daß die Tagespolitik uns ständig jagt und nicht zur Besinnung kommen läßt. Besonders die führenden Parteikräfte sind auch in den kleinsten Orten von dieser Hetze der Tagespolitik so in Anspruch genommen, daß die so notwendige Kleinarbeit darunter leidet.

Außerdem gibt es noch eine ganze Reihe anderer Ursachen. Wir haben aber mit der Tatsache zu rechnen und müssen uns darüber unterhalten, wie wir wieder aus diesem Zustande herauskommen. Vielleicht haben wir einiges unterlassen, und die Frauenkonferenz ist dazu da, zu prüfen, welche Unterlassungssünden begangen worden sind.

Die Mitgliederbewegung an sich ist es aber nicht, die uns allein zu denken gibt; wir müssen auch andere Dinge in den Kreis unserer Betrachtungen ziehen. Aus der ganzen Korrespondenz, die ich führe, und aus der Teilnahme an den Frauenkonferenzen im Reiche habe ich eins beobachten können, was meinem Pessimismus doch einen sehr starken Schuß ins Optimistische gibt. Wir müssen ja optimistisch sein, wenn wir etwas erreichen wollen. (Sehr richtig!) Auf jeder Konferenz kann ich beobachten, daß unsere Frauen, die in der Bewegung

stehen, geistig wachsen. Das haben besonders die Debatten der letzten Tage bewiesen, und auch die Bezirkssekretärinnen haben mir jederzeit unaufgefordert gesagt, daß sie erstaunt sind über die Höhe der Debatte, die über die einzelnen Vorträge und Probleme geführt wird. Seit 1917 kann ich diesen Aufstieg beobachten. Darum lasse ich mich nicht irremachen an dem Glauben, daß die sozialistische Frauenbewegung doch ein starkes Glied der Parteibewegung sein wird und daß wir sehr bald das Manko, das sich bei den Wahlen zuungunsten der Frauen zeigt, ausgleichen werden.

Sie wissen, daß überall dort, wo man Stichproben bei den Wahlen gemacht hat, ein Manko zuungunsten der Sozialdemokratischen Partei zu verzeichnen ist, wenn man Männer- und Frauenstimmen miteinander vergleicht. Nicht nur die Zahl der organisierten Frauen müssen wir durch unsere eifrige Agitation vergrößern, wir müssen auch durch unsere Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß man uns nicht mehr vorhalten darf, daß die Frauen bei den Wahlen schlechter abgestimmt haben als die Männer.

Nun gilt es, nach Wegen zu suchen, um den Stamm unserer Frauen und Arbeiterinnen im Sinne der sozialistischen Idee zu vermehren. Wir können das, was wir in vergangenen Zeiten erprobt haben, heranziehen, um die Erfahrungen in zweckentsprechender Form anzuwenden. Ich kann nur sagen, daß mir 1918 und 1919 Angst geworden ist, wenn ich sah, wie die Zahl der weiblichen und männlichen Mitglieder so rapid wuchsen; ich sagte mir: das kann nicht gut gehen, denn alle die, die jetzt zum größten Teil aus ihrem Gefühl heraus zu uns kommen, können ja gar nicht schnell genug erfaßt werden, um nun auch zu wirklich klassenbewußten Mitarbeitern geschult zu werden. Deshalb muß die Agitation immer in Verbindung mit der Aufklärungsarbeit arbeiten.

Welches waren denn unsere alten, bewährten Methoden? Wir haben regelmäßige Frauenversammlungen abgehalten schon in den Zeiten, wo wir noch kein Frauenwahlrecht, aber schon das Vereinsrecht hatten, und je nachdem, wie die Vorträge die Versammlungsteilnehmer packten, war die Zahl der Aufnahme neuer Mitglieder. Es war ein immerwährendes Wachsen der Frauenbewegung zu verzeichnen. Aber jetzt, wo wir das Frauenwahlrecht haben, beobachten wir, daß solche politischen Frauenversammlungen, von einzelnen Orten abgesehen, sehr schlecht besucht werden. Aber wenn Volksversammlungen veranstaltet werden, ist der Prozentsatz der anwesenden Frauen mindestens ebenso stark, wie es bei den Frauenversammlungen der Fall ist. Aus dieser Erfahrung müssen wir lernen. Deshalb soll man Wählerversammlungen in der Zeit des gemeinsamen Männer- und Frauenwahlrechts auch nur gemeinsam machen.

Um so mehr aber müssen wir die kleinen Frauenzusammenkünfte pflegen, in denen über Spezialfragen gesprochen wird, die in der allgemeinen Parteibewegung zu kurz kommen: Frauenabende, Frauenmitgliederversammlungen oder wie man sie nennen will. Es empfiehlt sich, solche Frauenversammlungen möglichst regelmäßig abzuhalten und dazu Gäste einzuladen.

Ich habe es außerordentlich begrüßt, daß in der „Gleichheit" eine große Fülle von Anregungen für die Frauenabende gegeben worden sind. In meinem früheren lokalen Wirkungskreise hatten wir wie überall, regelmäßig die sogenannten Frauenleseabende. Aber zahlreiche Genossinnen, die schon über das Niveau dieser Leseabende, wo es galt, das ABC des Sozialismus zu erörtern, hinaus waren, hatten doch das starke Bedürfnis nach Weiterbildung. Da wurden Fortbildungskurse für Frauen abgehalten, in denen wir das Parteiprogramm mit den Erläuterungen von Kautsky und Schönlank durchnahmen, in denen wir uns mit den Schriften von Marx, Engels und Lassalle beschäftigten. Wir

fühlten uns auch damals verpflichtet, obgleich wir arm waren, die Bücher und Schriften, die wir bei unsern Zusammenkünften behandelten, selbst anzuschaffen. Heute wird vielfach gesagt, daß Bücher zu teuer sind. Aber wenn wir damals ein paar Mark für das Programm von Kautsky oder für Bebels Buch „Die Frau" usw. ausgaben oder für eine Broschüre 30 und 50 Pf. bezahlen mußten, so war das für unsere Verhältnisse nicht anders, als wenn wir heute Broschüren und Bücher zu den jetzigen Preisen kaufen müssen. Jeder, der in der Partei für den Sozialismus arbeiten will, braucht mindestens einen kleinen Grundstock von Literatur, den er beherrschen muß.

Unsere Genossin Ottilie Baader hat jetzt ihre Erinnerungen geschrieben, die in nächster Zeit herauskommen und hoffentlich sehr viel gekauft werden. Als ich den Korrekturabzug durchgesehen habe, ist mir die ganze Vergangenheit mit ihren Schwierigkeiten lebendig aufgestiegen. Man sieht daraus, mit welchen geringen Mitteln und mit welchen ungeheuren persönlichen Opfern die ersten Frauen fast ohne Unterstützung von der Partei haben arbeiten müssen. An dieser Pionierarbeit aus reinem Idealismus heraus müssen sich alle Genossinnen, die heute in der Bewegung stehen, ein Beispiel nehmen. Wenn das geschieht, muß unsere Bewegung innerlich und äußerlich schnell wachsen und dabei doch gesund bleiben.

Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die die Frauen heute ganz besonders interessieren. Wir haben gestern über die Fragen der Bevölkerungspolitik gesprochen. Fragen Sie in Ihren Kreisen, ob jede Genossin sich nunmehr auch die Broschüre gekauft hat, die von unseren Genossen Radbruch und Grotjan über die Abtreibung der Leibesfrucht geschrieben worden ist. Der Titel ist ja etwas Schreckliches; aber der Inhalt der Broschüren muß von unseren Genossinnen gelesen werden, damit sie lernen, in ihren Zusammenkünften auch über diese Frage sachlich und vom menschlichen, politischen, sozialen Standpunkte aus zu sprechen. Von unserem Genossen Quarck ist ein Buch über Prostitution und Geschlechtskrankheiten geschrieben worden, das im Verlage Engelmann erschienen ist. Der Verlag bietet sich an, eine Volksausgabe herzustellen, die für 3,60 Mk. einschließlich Porto abgegeben werden kann. Voraussetzung ist, daß wir in unseren Organisationen mindestens 6000 Exemplare absetzen. Wir haben einen Mitgliederbestand, der das eigentlich ermöglichte. Aber ich werde doch eine Umfrage an die Organisationen und an die Frauen richten müssen, um eine Sicherheit zu haben.

Im vergangenen Jahr wurde ein Antrag angenommen, das vorzügliche Referat des Genossen Caspary über Jugendwohlfahrt drucken zu lassen. Der Verlag „Vorwärts" hat dann den Bericht über die Frauenkonferenz gesondert herausgegeben und hat das Buch den Organisationen für 5 Mk. angeboten. Von den 2- oder 3000 Exemplaren, die hergestellt worden sind, sind nur mit größter Mühe 600—800 abgesetzt worden. (Hört, hört!) Also ein Beschluß ist leicht gefaßt, aber die Ausführung eines solchen Beschlusses ist sehr schwer. In den bürgerlichen Kreisen ist für solche Literatur immer Absatz vorhanden. Das ist es ja eben, was wir immer beklagen. Die bürgerliche Frauenbewegung wird bei uns als intellektuell überlegen befunden. Das liegt aber nur an uns. Wir müssen die intellektuelle Ueberlegenheit der anderen bekämpfen, indem wir uns selbst fortentwickeln und indem wir auch dafür kleine pekuniäre Opfer bringen. Das ist man sich selbst und der Partei schuldig.

Genossinnen, Sie können die Zusammenkünfte so vielgestaltig machen, wie Sie wollen. Wir haben eine ungeheure Fülle von Problemen zu erörtern, und wenn Sie für sich und Ihre Mitarbeiterinnen als Leiterinnen dafür sorgen, daß auch die notwendige Literatur angeschafft wird, dann können Sie nicht verlegen sein.

Auch in diesem Jahre liegt wieder eine Anzahl von Anträgen der Frauenkonferenz vor. Wir müssen unterscheiden zwischen den Anträgen, hinter denen die ganze Parteiorganisation eines Bezirks steht [sie werden ohne weiteres dem Parteitag überwiesen] und den Anträgen, die von Frauengruppen gestellt werden. Die letzteren sind in unserer Frauenkonferenz immer erörtert worden. Zum diesjährigen Parteitag sind einige Anträge eingelaufen, die sich auch mit der „Gleichheit" beschäftigen. Ich halte es für ein erfreuliches Zeichen, daß hinter diesen Anträgen eine Parteiorganisation steht. Man will die Parteiorganisation in ihrer Gesamtheit veranlassen, die „Gleichheit" obligatorisch allen Genossinnen zuzustellen. Von anderer Seite wird geltend gemacht, daß das bei der Verschiedenartigkeit unserer Parteiverhältnisse nicht möglich sei, und daß ein solcher Beschluß des Parteitages eine Vergewaltigung einzelner Organisationen sein würde, daß dadurch ein gewaltiger Rückgang der weiblichen Mitglieder hervorgerufen werden könne. Es ist nicht unsere Aufgabe, über Anträge, die dem Parteitag vorliegen, Beschluß zu fassen. Jedenfalls ist es ein erfreuliches Zeichen, daß überhaupt Anträge vorliegen, die sich mit der Fortentwicklung der Frauenbewegung beschäftigen.

Ferner liegt ein Antrag Hamburg vor, der sich mit der Gründung von Hausfrauenberufsorganisationen befaßt. Darauf werden wir in der Diskussion wohl noch einzugehen haben.

Weiter fordern die hamburgischen weiblichen Parteimitglieder in einem Antrage von der Reichsfrauenkonferenz die Darlegung des Ziels der sozialdemokratischen Frauenbewegung in einem großen Aktionsprogramm. Auch darüber werden sich die Genossinnen äußern müssen. Vorweg kann ich sagen, daß vor einiger Zeit eine Anzahl von Genossinnen, die sich mit dem Parteiprogrammentwurf beschäftigen sollten, sich gegen ein solches Aktionsprogramm ausgesprochen haben, und zwar ziemlich einmütig. Das soll Sie natürlich nicht hindern, eine sachliche Aussprache darüber zu pflegen, ob ein solches Aktionsprogramm nötig ist oder nicht.

Dann beantragen die Hamburger Genossinnen, zur Förderung der Frauenbewegung von der Parteileitung ein Rundschreiben an alle politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Führer, Vorstände und Funktionäre ausgehen zu lassen, die zu unserer Partei gehören, daß sich die Frauen der Genossen, besonders der führenden Genossen, an den Parteiveranstaltungen zu beteiligen haben. Auch dieser Antrag wird in der Debatte behandelt werden müssen. Ich kann dazu persönlich nur folgendes sagen:. Wenn ich zufällig einen deutschnationalen oder kommunistischen Mann hätte und wenn er von mir verlangen würde, daß ich in seine Partei eintrete und seine Parteiveranstaltungen besuche, dann würde ich mir das sehr verbitten. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Partei darf nicht zu einer Institution werden, die verlangt, daß der eine die gleiche Meinung in der Ehe haben muß wie der andere. (Sehr richtig!) Gewiß können und müssen wir immer wieder an das Ehrgefühl unserer männlichen Genossen appellieren, die es noch nicht verstanden haben, ihre Frauen für den Sozialismus zu gewinnen; aber darüber hinaus dürfen wir nicht gehen.

Dann kehrt auch in diesem Jahr der Antrag wieder, daß Parteisekretärinnen in den einzelnen Bezirken eingestellt werden sollen. Ich habe in meinem Bericht an den Parteitag bereits konstatieren können, daß z. B. die Bezirke Schleswig-Holstein, Niederrhein, Breslau, der Bezirk Westliches Westfalen, Berlin und Brandenburg eine Parteisekretärin haben. Die Anstellung einer Parteisekretärin ist eine Frage der Geldmittel und der Persönlichkeit. Diese beiden Dinge müssen wir durch unsere Arbeit fördern helfen. Wir müssen helfen, die Geldmittel zu beschaffen, wir müssen Genossinnen erziehen, damit wir genügend Parteisekretärinnen stellen können. Es ist in vielen Fällen sehr schwer, eine

geeignete Parteisekretärin ausfindig zu machen; wenn es auch eine große Menge von tüchtigen Genossinnen gibt, so sind viele Genossinnen doch nicht wirtschaftlich unabhängig genug, um nun aus ihrem Bezirk herauszugehen. Unter den wirtschaftlich unabhängigen Frauen ist die Auswahl naturgemäß sofort bedeutend kleiner, und wenn geeignete Personen da sind, dann kennt man sie nicht immer. Die beste Lösung dieser Frage ist eigentlich immer, wenn aus dem Bezirk oder Nachbarbezirk eine Kraft herauswächst, die man in ihrer ganzen intellektuellen und organisatorischen Veranlagung kennt, und die dann als Parteisekretärin herangezogen wird. Aus diesem Grunde halte ich die Anträge in bezug auf die Anstellung von Parteisekretärinnen für ziemlich zwecklos. Hier heißt es, nicht Anträge stellen, sondern an die Erfüllung dessen herangehen, was die Anträge wollen. (Zustimmung.)

Dann liegt ein Antrag München vor, der von den Münchener Genossinnen selbst begründet werden kann. Ferner liegen noch der Antrag 6 aus Hamburg, über den schon gestern ausgiebig gesprochen worden ist, und eine Resolution über die Teuerung aus dem Bezirk Halle vor. Ich kann nur sagen, daß, soviel ich die zum Parteitag vorliegenden Anträge übersehen kann, der Parteitag sich auch mit der Frage der Teuerung und der Steuern beschäftigen wird.

Dann kehrt wieder der Münchener pazifistische Antrag, der einen Appell an die Frauen der sozialistischen Parteien verlangt, ferner ein Antrag über die Abschaffung der Todesstrafe. Diese Anträge werden in der Diskussion mitbehandelt werden müssen.

Aus meinem Bericht geht für den, der ernsthaft in der Partei arbeiten will, hervor, daß es eine Unmenge von Aufgaben für die sozialdemokratische Frauenbewegung gibt, die nur erfüllt werden können, wenn wir uns alle mit dem Ernst und mit dem Eifer an die Arbeit begeben, wie er unsere Genossinnen früher in alten, schweren Zeiten ausgezeichnet hat. Nur dann können diese Aufgaben gelöst werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Frau **Hauke**: Wir treten in die Diskussion ein. Als erste Diskussionsrednerin hat das Wort Genossin Zabe (Hamburg).

Frau **Zabe**-Hamburg: Genossinnen! Von dieser Tagung nehmen wir die freudige Gewißheit mit nach Hause, daß unsere Vorsitzende über unsere Frauenbewegung, über ihre Mängel und Vorzüge richtig orientiert ist. Wir alle haben auf dieser Tagung feststellen können, daß die Referate der Frauen lückenlos und fein ausgearbeitet waren. Wir sind leider immer noch durch die Männer etwas unterdrückt; das beweisen auch die Anträge, die immer wiederkehren. Was speziell den Antrag über das Aktionsprogramm betrifft, so wird dieses Aktionsprogramm nur deshalb gefordert, weil wir alle fühlen, daß die Männer die Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der Bewegung nicht ganz ernst nehmen. Wir Frauen sind alle der Auffassung: Frauenrechte sind Menschenrechte, aber unsere Männer handeln nicht danach, auch nicht innerhalb der Partei. Wenn wir jetzt ein Zurückgehen in der Frauenbewegung erlebt haben, dann ist das für uns noch kein Grund zum Verzweifeln. Aber wir müssen uns fragen: wie können wir das verhüten? Wir Hamburgerinnen haben einen Aufstieg von 2000 Mitgliedern zu verzeichnen; aber zufrieden sind wir auch nicht. Wir machen darin vielleicht einen angenehmen Unterschied von den Männern, daß wir nicht nur die Mitglieder sammeln wollen, sondern, daß wir uns auch bemühen, die kulturelle Hebung der Frauen speziell zu fördern. Aus diesem Grunde müssen wir uns damit befassen: wie machen wir jedes einzelne Mitglied zu einer vollwertigen Sozialistin, die weiß, was Sozialismus ist? Wir alle wissen, daß unsere Presse im allgemeinen nicht mit der Zeit mitgegangen ist. Das ist ja auch erklärlich. Uns stehen nicht dieselben Gelder zur Verfügung wie

der bürgerlichen Presse. Die bürgerliche Presse hat eigentlich nie direkte Kulturarbeit geleistet. (Widerspruch.) Sie hat Kulturarbeit für sich, aber niemals für das Volk geleistet, und sie füttert auch jetzt noch das Volk mit Phrasen. Weil die bürgerliche Presse billiger geliefert werden kann als unsere Presse, weil sie mit Phrasen arbeitet und uns verunglimpft, deshalb nimmt sie uns Leser und Mitglieder. Wir können unsere Mitglieder aber nur bei uns halten, wenn sie unsere Presse lesen. Weil nicht in allen Häusern die sozialistische Presse gelesen wird, weder auf dem Lande, noch in den Städten, deshalb halten wir es für nötig und richtig, daß jeder Frau, die Mitglied ist, die „Gleichheit" obligatorisch zugestellt wird. Wir glauben, daß das möglich ist, wenn wir den Beitrag um 10 Pf. wöchentlich erhöhen. Ein Beweis für die Richtigkeit unseres Gedankenganges war das, was gestern eine Genossin sagte, die davon sprach, daß ihr Mitgliederbestand durch die obligatorische Lieferung der „Gleichheit" von 150 auf 1500 Mitgliedern gestiegen sei. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Hamburger Antrag anzunehmen und dafür zu sorgen, daß er auch auf dem Parteitag angenommen wird.

Wenn die Genossin Juchacz davon sprach, daß wir darauf hinarbeiten wollten und müßten, Parteisekretärinnen zu bekommen, so muß ich sagen: Parteisekretärinnen würden wohl recht viele vorhanden sein; aber man greift niemals auf die Frauen zurück, die am Orte sind; man verlangt gewöhnlich immer noch von uns Frauen, daß wir gleich fertige Menschen sind, und man gewährt uns nicht die Zeit des Einarbeitens.

Ich glaube, wir können mit dem Ergebnis der Frauentagung zufrieden sein. Deshalb wollen wir so weiterarbeiten. Die Frauenfrage wird die Lösung des Sozialismus sein. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Harder**-Bremen: Die Verluste an Mitgliedern, von denen die Genossin Juchacz sprach, haben uns schon manche schwere Stunde bereitet. Aber sie haben auch den Willen zu neuem Werben gestärkt. Mir liegt nun ganz besonders am Herzen, einmal von dem zu sprechen, was uns aus den ländlichen Bezirken und aus den kleinen Orten entgegengetragen wird. Gerade die ländlichen Bezirke sind das Reservoir, aus dem trotz der Wohnungsnot und trotz der Erschwerung der Freizügigkeit immer wieder unaufgeklärte Menschen in die Städte hineinkommen. Ich denke vor allem an die Hausangestellten. Wir haben in Bremen einen Volksentscheid gehabt und haben dabei Tausende von Flugblättern in die Häuser zu den Hausangestellten getragen. Alles das hat nichts genützt, weil die Hausangestellten nichts vom Sozialismus wußten. Deshalb müssen die Genossinnen freiwillig an diese schwere Arbeit in den ländlichen Bezirken herangehen. Wenn wir das tun, dann werden wir auch dort nach und nach einen festen Stand bekommen. Es brauchen ja keine großen Volksversammlungen zu sein; aber man muß gewissermaßen aus den Augen der Zuhörerinnen heraus sehen, wie man zum Erfolge kommen kann.

Dann müssen wir unsere Jugend, vor allem die jungen Mädchen zu uns heranziehen. Viele junge Mädchen möchten gern mit uns über dies und jenes sprechen, und wir müssen Zeit dafür haben, selbst wenn wir Opfer an Bequemlichkeit dafür bringen müssen. Unsere jungen Mädchen wollen wir zur Lebensbejahung, zur Lebensfreude erziehen. Wir wollen an ihnen wieder jung werden. Darauf, daß in unsere jungen Mädchen Verantwortlichkeitsgefühl hineingelegt wird, lege ich das größte Gewicht. Sie müssen diejenigen werden, die den Sozialismus zum Ziele führen Daher müssen wir an sie in der Kleinarbeit, in kleinen Zusammenkünften heranzukommen versuchen, in denen wir das besprechen, was für sie von Wichtigkeit ist. In diesen Zusammenkünften kommen die Mädchen mit ihren großen und kleinen Schmerzen, und wir müssen dafür Verständnis zeigen, wenn es auch nicht so leicht ist. Auf diese Weise können wir sie gewinnen und allmählich an die großen politischen Gebiete heranführen. (Beifall.)

Frau **Wierbitzki**: Genossin Juchacz hat u. a. gesagt, die Frauen wären oft noch zu zaghaft. Unsere männlichen Genossen sind darüber anderer Ansicht, sobald es sich um Forderungen handelt, die nicht nur an unsere eigene Arbeitskraft gestellt werden. Es ist bedauert worden, daß die führenden Genossinnen durch die Tagespolitik überlastet sind. Es muß gesagt werden, daß wir das, was die Genossinnen innerhalb der Tagespolitik und der täglichen Kleinarbeit in den Parlamenten und in den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen leisten, zu wenig erfahren. Die Genossinnen, die in unseren Versammlungen begeisterte Reden halten, gehen wieder in ihre Heimat zurück, und wir haben keine Verbindung mehr mit ihnen. Nach Jahren müssen wir dann feststellen, daß sie wieder aus der Partei ausgetreten sind. Das ist eben der Jammer, den wir beklagen.

Die Anträge, die in einem Kongreß gestellt werden, sind Stimmungsbilder, sie sind der Ausdruck dessen, was erstrebt wird. So ist auch der Antrag auf obligatorische Zustellung der „Gleichheit" zu verstehen. Wir haben ja in diesem Antrag vorsichtigerweise gesagt, daß er dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen werden soll, und ich glaube, diesem Antrage können wir ruhig zustimmen.

Dann ist gesagt worden, daß ein Antrag bezüglich des Aktionsprogramms schon früher einmal abgelehnt worden sei. Ich bin der Meinung, daß die betreffenden Genossinnen doch zu zaghaft gewesen sind. Wenn wir das Parteiprogramm, wie es jetzt vorgelegt worden ist, durchlesen, dann müssen wir feststellen, daß man die Frauenfrage als solche gar nicht behandelt hat, daß man sie nur als einen Teil der allgemeinen politischen Arbeit erörtert hat. Ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß man den programmatischen Satz aus dem Erfurter Programm nicht übernommen hat, in dem es heißt: Abschaffung aller öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Gesetze, welche die Frau vor dem Manne benachteiligen. Das wäre wenigstens eine klare Zusammenfassung, während jetzt die einzelnen Fragen in dem Parteiprogramm verstreut zur Behandlung kommen. Deswegen ist von Hamburg aus an den Parteitag der Antrag gestellt worden, Punkt 5 des Erfurter Programms in das neue Programm zu übernehmen. Das, was in dem Programm über die Frauenfrage enthalten ist, muß in den Leitsätzen zusammengefaßt und den Frauen für die Agitation an die Hand gegeben werden. Die Leitgedanken, die gestern von hoher Warte aus von der Genossin Schöfer dargelegt worden sind, müssen, verbunden mit den praktischen Forderungen, im Parteiprogramm so kurz wie möglich zusammengefaßt werden. Die ideale Erfüllung dieser Forderung wäre für uns ein Aktionsprogramm. Wenn wir jeder Genossin ein solches Aktionsprogramm in die Hand geben, sehe ich darin nicht eine Gefahr für unsere Parteibewegung.

Der Antrag, ein Rundschreiben an die führenden Persönlichkeiten herauszugeben, die in unserer Partei- und Gewerkschaftsbewegung sind, ist nicht gedacht als eine Aktion gegen die Männer, sondern es soll damit nur erreicht werden, daß die Frauen, welche durch ihre Männer in gehobener Lebenslage sind, sich nicht von den allgemeinen Veranstaltungen zurückziehen.

Wenn wir dazu kommen, uns nicht lediglich von der allgemeinen Parteibewegung ins Schlepptau nehmen zu lassen, sondern uns bewußt als Frauenrechtlerinnen auf den Standpunkt stellen, den die Genossin Schöfer vertreten hat, dann können wir sehr wohl in allen Kreisen, nicht nur in den proletarischen, sondern auch in den bürgerlichen Kreisen Verständnis für unsere Ideen finden, indem wir weniger den gewerkschaftlichen Kampf, den Kampf um wirtschafts-

politische Dinge voranstellen, sondern den Kampf um die Menschenökonomie. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Frau **Hauke** verliest folgende Entschließung:

Die Reichsfrauenkonferenz protestiert auf das energischste gegen den Beschluß des Reichsrats, der die Hinzuziehung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen ablehnt. Die Konferenz richtet an alle Genossinnen im Lande die Aufforderung, in Protestkundgebungen dem Reichsrat zu zeigen, daß die Frauen nicht gewillt sind, diese Entrechtung stillschweigend zu ertragen.

Hedwig Wachenheim. M. Todenhagen. Elfriede Ryneck. Gertrud Hanna. Luise Schröder. Toni Jensen. Toni Pfülf. Sophie Schöfer. Clara Bohm-Schuch.

Zur Klärung der grundsätzlichen Frage der Aufgaben der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt wird beantragt, den in der Freitag-Morgennummer des „Vorwärts" erschienenen Artikel der Genossin Todenhagen „Partei und Wohlfahrtsausschüsse" zu vervielfältigen und den Bezirksausschüssen und den Delegierten des Frauentages zuzustellen.

Clara Zils. Hanna Harder. Clara Bohm-Schuch. Wachenheim. Zabe.

Entschließung.

Die Reichsfrauenkonferenz gedenkt in herzlichen Sympathien der Frauen und Mütter Oberschlesiens.

Die Genossinnen der gesamten deutschen Republik haben mit dem größten Mitempfinden die Leiden Oberschlesiens in den vergangenen Monaten verfolgt; sie sind stolz auf die würdige Art, in der sie gerade von der klassenbewußten Arbeiterschaft einschließlich der oberschlesischen Genossinnen getragen wurden.

Unsern oberschlesischen Schwestern unsere herzlichsten Grüße, in der Hoffnung, daß die Leidenszeit vorüber sein möge, und die Frauen und Mütter Oberschlesiens zusammen mit uns allen einer glücklichen Zukunft entgegengehen, einer Zukunft, in der wir gemeinsam arbeiten werden an der Ueberwindung des nationalistischen Hasses durch den Sozialismus.

Hauke. Pfülf. Ryneck. Duda. L. Schröder. Arning. Juchacz.

Frau **Schröder**-Altona: Der Rückgang in der weiblichen Mitgliederzahl ist nicht erfreulich, aber wir haben trotzdem keinen Grund zum Pessimismus. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir Frauen erst seit drei Jahren die Rechte erreicht haben, welche die Männer seit 50 Jahren besitzen. Wir können also trotz allem auf unsere sozialdemokratische Frauenbewegung stolz sein.

Viel mehr liegt mir am Herzen, die Frauen, die wir als eingeschriebene Mitglieder gewonnen haben, aufzuklären und mit unseren Idealen zu erfüllen. Ich bin aber nicht dafür, daß man das durch Einführung eines Obligatoriums der „Gleichheit", wie es Hamburg beantragt, tut. In einer Großstadt mag das möglich sein, aber für weite Teile des Landgebiets, die für uns noch vollkommen Neuland sind, würde die Annahme eines solchen Beschlusses geradezu verheerend sein. Sie würde eine Erhöhung des Beitrags um vielleicht monatlich eine Mark bedeuten, und das würde zur Folge haben, daß eine große Zahl von Frauen uns wieder verloren gehen. Außerdem würden viele Frauen, die die „Gleichheit" nicht richtig zu lesen verstehen, die „Gleichheit" ebenso wie andere politische Zeitungsartikel ungelesen beiseite legen. Wir müssen versuchen, mehr freiwillige Abonnenten zu bekommen.

Man darf nicht in der Weise unter den Frauen agitieren, wie es die Genossin Zabe angedeutet hat. Wenn wir sagen: die Bürgerlichen haben überhaupt keine Kulturarbeit geleistet, so werden wir einen Teil der Frauen, der bereits denken gelernt hat, abstoßen; sie werden uns immer entgegenhalten: Goethe und Schiller und die Geistesgrößen in Deutschland waren doch auch Bürgerliche. Wir müssen den Sozialismus in die Gehirne hineintreiben; aber das können wir nicht mit einer so vollkommenen Verkennung der Tatsachen.

Ich bin im allgemeinen auch der Ansicht, die Frau Juchacz ausgesprochen hat, daß es nicht richtig ist, große politische Frauenversammlungen zu veranstalten. Die großen politischen Versammlungen sollen Männer und Frauen in gleicher Weise vereinen. Aber es gibt Notwendigkeiten, wo in großen Protestkundgebungen gezeigt werden muß, daß die Frauen auf dem Plane sind. In diesem Sinne ist meine Entschließung gemeint. Wenn wir es erlebt haben, daß der Reichsrat drei Jahre nach der Revolution uns Frauen als Schöffen und Geschworene noch ablehnt, dann wäre es notwendig, sofort durch mächtige Protestkundgebungen zu zeigen, daß wir Frauen uns das heute nicht mehr bieten lassen. Die Frau ist als Richter heute vielleicht noch wichtiger als die Frau als Abgeordnete. Wir wissen, daß Frauen, die, durch die Not gezwungen, einen Eingriff in ihren Körper vornehmen, den Richtern überantwortet werden, die die Möglichkeit haben, sie auf fünf Jahre ins Zuchthaus zu sperren. Wenn diese Gesetzgebung an sich eine Schande ist, so ist es eine noch größere Schande, daß solche Frauen einem männlichen Richter überantwortet werden. Gerade in dieser Frage müssen wir mit aller Energie vorgehen. Wir müssen der bürgerlichen Gesellschaft, die uns die natürlichsten Rechte verweigert, zeigen können: hier stehen die Frauen, und sie lassen sich so etwas nicht mehr bieten. In dieser Hinsicht sind wir noch viel zu passiv. In den Parlamenten erhalten wir immer wieder Eingaben von bürgerlichen Frauen, die hirnverbrannt genug sind, sich selbst in Sklavenketten zu legen. Aber unsere eigenen Parteigenossinnen tun in dieser Hinsicht nicht genug. Die Frauen müssen in solchen Fragen mit ihrer ganzen Wucht auf den Plan treten. Ich bitte deshalb, meiner Entschließung zuzustimmen, damit wir den Genossinnen draußen zurufen können: wacht auf und laßt euch das nicht mehr bieten.

Daneben müssen wir unsere kleinen Aufklärungs- und Frauenabende abhalten. Darin muß den Genossinnen immer wieder das nahegebracht werden, was ihnen als Frau am nächsten steht. Wir sollen nicht frauenrechtlerisch vorgehen, sondern unseren Männern klarmachen, daß alle sogenannten Frauenfragen Menschheitsfragen sind. Was uns Frauen besonders angeht, geht uns als Gebärerinnen und Erzieherinnen der Menschheit an. Die Frau erzieht nicht nur weibliche Kinder, sondern auch männliche und ist infolgedessen in Wahrheit die Gründerin der Zukunft.

Wir müssen solche Fragen auch in unsere gemeinsamen Mitgliederveranstaltungen hineinbringen. Es schadet den Männern nichts, wenn sie von diesen Fragen etwas mehr hören als bisher. Wir müssen uns zu diesem Zwecke aber viel mehr Frauen als bisher heranziehen, die reden und mitarbeiten können. Ich gebe dem Parteivorstand anheim, zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, eine Zeitschrift insbesondere für unsere Funktionärinnen und Rednerinnen zu schaffen. Unsere „Gleichheit" hat die Aufgabe, Genossinnen heranzuziehen; sie muß immer agitatorisch arbeiten. Unsere Rednerinnen aber brauchen eine Aufklärungsschrift, die sie zu Rednerinnen heranbildet und sie auf dem laufenden hält über die Gesetzgebung und über Tagesfragen.

Wir dürfen auch nicht daran vorübergehen, daß die Agitation auf dem Lande noch viel notwendiger ist als in der Stadt. Wir müssen Vertreterinnen der großen Ortsvereine immer wieder mit Vertreterinnen kleiner Ortsvereine zusammenbringen. Die Genossinnen aus den großen Vereinen müssen aufs Land hinausgehen, nicht nur als Rednerinnen, sondern auch als Teilnehmerinnen

an den Veranstaltungen, um auf diese Weise den kleinen Vereinen zu helfen. Nur wenn wir so in engster Verbindung mit unseren Genossen arbeiten, werden wir vorwärts kommen. Ich bin deshalb auch kein Freund eines besonderen Frauenprogramms, wie es Genossin Wierbitzki wünscht, da ein solches uns einen frauenrechtlerischen Anstrich geben würde. Wir müssen Hand in Hand mit unseren Genossen arbeiten und zeigen, daß wir Menschheitsfragen zu lösen haben.

Dr. **Knack**-Hamburg: Wenn man die politischen Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man den Eindruck nicht los, daß unsere eigene Partei manchmal in politischen Fragen zu ersticken droht und die großen kulturellen Forderungen nicht mit genügender Schärfe betreibt. Wenn in der Frauenbewegung Verluste zu verzeichnen sind, so vielleicht deshalb, weil diese kulturellen Forderungen nicht genügend hervorgehoben werden. Gerade die Frau hat ein außerordentliches Empfinden für solche Forderungen.

Eine der wichtigsten Fragen ist die der Sexualreform. Ich komme gerade von der Internationalen Tagung für Sexualreform auf wissenschaftlicher Grundlage in Berlin, wo sich Vertreter fast sämtlicher Kulturnationen, auch der früher feindlichen Länder, zusammenfanden. Es war erhebend zu sehen, wie sich Frauen und Männer in freiheitlicher Auffassung für die Forderungen der Sexualreform einsetzten. Von der Tagung wurde folgender Antrag angenommen:

> Die Internationale Tagung für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage fordert die Durchführung einer planmäßigen, dem sozialen gesellschaftlichen Körper angepaßten Gesellschaftspolitik mit dem Ziele geistiger und körperlicher Ertüchtigung des einzelnen wie der Gesamtheit. Wir rufen deshalb ihre Mitglieder auf zu einer international organisierten Aufklärungsarbeit zu dem Zwecke der Beseitigung aller diesen Forderungen noch entgegenstehenden gesetzlichen, sozialen und ethischen Hemmungen. Als nächstes Ziel ist die Aufhebung aller dem freien Verkehr mit empfängnisverhütenden Mitteln erschwerenden Bestimmungen sowie die Straflosigkeit der von der Schwangeren gewollten Abtreibung der Leibesfrucht durchzusetzen.

Wenn es auch erfreulich ist, daß hier von wissenschaftlicher Seite solche Forderungen aufgestellt werden, so behalten sie nur papiernen Wert, so lange nicht die politischen Parteien sich hinter diese Forderungen stellen. Es bedarf der Kleinarbeit von unten herauf und der Aufklärung in den weitesten Bevölkerungskreisen, um diesen Forderungen zur Durchführung zu verhelfen. In den Frauenabenden müssen diese Forderungen viel mehr als bisher besprochen werden. Man muß versuchen, Aerzte, Juristen, Bevölkerungswissenschaftler oder genau orientierte Frauen zu dieser Aufklärungsarbeit heranzuziehen. In Hamburg haben wir eine solche Aufklärungsarbeit in weitestem Maße versucht, und das Resultat sind die Anträge an die Reichsfrauenkonferenz und an den Parteitag, eine planmäßige Bevölkerungspolitik in das Parteiprogramm aufzunehmen. Leider sind von anderen Bezirken Deutschlands ähnliche Forderungen nicht gestellt worden, weil es an der genügenden Aufklärungsarbeit gefehlt hat.

Es gilt aber auch, unsere Genossen in den Regierungen darauf hinzuweisen, daß sie sich nicht von Gutachten von Wissenschaftlern terrorisieren lassen dürfen, die uns fernstehen und die nur ihre reaktionäre Gesinnung in ihren Anträgen durchzusetzen versuchen. Es ist nicht zu verstehen, daß selbst Regierungen, wie Sachsen, im Reichsrat Schwierigkeiten für die Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu machen versuchen. Das liegt aber daran, daß nicht die eigentliche Regierung, sondern irgendwelche reaktionäre Polizeiverwaltung oder Gesundheitsbeamte ihre Forderungen nach Berlin weitergeben und daß darüber nur der Stempel des betreffenden Regierungsressorts gesetzt wird. Das muß anders werden. Maßgebend für die Begutachtung aller dieser Fragen müssen die eigenen, in den Fachfragen geschulten Parteigenossen sein.

Bezüglich der Forderung, die „Gleichheit" obligatorisch unter den Parteigenossen zu verbreiten, sind wir in Hamburg zu der Auffassung gekommen, daß diese Frage nicht ohne weiteres zum Beschluß der Frauenkonferenz erhoben werden dürfte; aber der Parteivorstand sollte diese wichtige Frage einmal genau erwägen. Es bestehen deshalb keine Bedenken, den Antrag Hamburg anzunehmen. Unterschätzen Sie seine Bedeutung nicht. Sowohl in der Frauenbewegung wie auch in den Kreisen der männlichen Parteigenossen ist Aufklärung die Hauptsache, um zum Ziele des Sozialismus zu kommen.

Frau **Lax**-Dortmund: In unserem westlichen Industriebezirk haben wir außerordentliche Schwierigkeiten in der Agitation zu verzeichnen gehabt, und man hat mit allen möglichen Schikanen versucht, unsere Frauenbewegung zu bekämpfen. Trotzdem freue ich mich, wenn wir heute die große Zahl der Frauen sehen, die sich unserer Idee angeschlossen haben.

Die Genossin aus Holstein hat mir aus dem Herzen gesprochen, wenn sie sagt, daß wir die Frauen unserer führenden Genossen nicht so sehr in Anspruch nehmen wollen. Ich habe früher auch auf dem Standpunkt gestanden: die Frauen der führenden Genossen sitzen zu Hause und andere arbeiten für die Partei, warum sollte ich da mithelfen. Aber im Laufe der Jahre habe ich immer mehr erkannt, daß es unmöglich ist, eine Frau zur Mitarbeit herauszuholen, wenn der Mann tagaus tagein aus dem Hause ist und für die Partei tätig sein muß. Das führt zu Familienunzuträglichkeiten usw. Ebenso ist es dort, wo die Frau außerhalb des Hauses ist; da kann der Mann sich an diesen Arbeiten nicht beteiligen. Deshalb kann ich dem vorgelegten Antrage meine Zustimmung nicht geben. Auch in bezug auf die „Gleichheit" hat mir die Genossin aus Holstein aus dem Herzen gesprochen. Ich habe einmal selbst die „Gleichheit" obligatorisch eingeführt und ausgetragen. Der Erfolg ist aber der gewesen, daß die Zeitung nicht gelesen worden ist. Ich möchte deshalb bitten, davon abzulassen. Es würde nur zu einer Erhöhung der Beiträge kommen und dadurch würden wir wieder eine größere Zahl von Mitgliedern verlieren. Wir müssen aber in unseren Frauenzusammenkünften immer wieder darauf hinwirken, daß die Frauen die „Gleichheit" im Abonnement bestellen. Dann haben wir die Gewißheit, daß das Geld nicht nutzlos angewandt wird.

Bei Frauenabenden dürfen wir uns nicht davon abhalten lassen, wenn nur wenige Frauen zugegen sind. Ich habe schon Frauengruppen gegründet, wenn ich nur drei Frauen antraf, und ich habe diese drei Frauen durch meine Ausführungen dazu gebracht, daß sie weiter in unserem Sinne wirkten und daß später viele Mitglieder unserer Partei zugeführt wurden. Man muß die Frauen nur am Gefühl packen. Die Frauenabende müssen in größerem Umfange gepflegt werden, damit wir noch einen größeren Aufstieg erleben.

Frau **Todenhagen**-Berlin: Obgleich ich in meinem Bezirk einen guten Stamm tüchtiger Funktionärinnen habe, war es uns doch noch nicht möglich, die indifferenten Mitglieder alle bei uns zu halten. Der Gedanke der Klassensolidarität ist die Grundlage, die den Frauen übermittelt werden muß. Wie haben aber unsere Funktionärinnen sich bemüht, diesen Gedanken der Klassensolidarität so in sich zu festigen, daß sie in der Lage sind, ihn den anderen Genossinnen zu übermitteln? Ich habe in meinem Bezirk einmal eine Gegenüberstellung zwischen der Teilnahme unserer Funktionärinnen an allgemeinen sozialistischen und nationalökonomischen Kursen und an Wohlfahrtskursen gemacht. Da ergibt

sich, daß in Berlin im letzten halben Jahre an den Wohlfahrtskursen, die wir gemeinsam mit bürgerlichen Organisationen veranstaltet haben, und an städtischen Wohlfahrtskursen, sowie an einem Kursus, den unser Bildungsausschuß selbst arrangierte, 291 Frauen teilgenommen haben. An den Kursen über den wissenschaftlichen Sozialismus haben aber nur 46 Frauen teilgenommen. (Hört, hört!) Dieser Unterschied gibt doch sehr zu denken. An einem Kursus, der über Kommunalpolitik handelte, haben 21 Frauen teilgenommen. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß bei Behandlung der kommunalen Fragen auch wieder für Frauen die Wohlfahrtspflege die Hauptrolle spielt. Die größere Teilnahme an den Wohlfahrtspflegekursen ist darauf zurückzuführen, daß viele der Teilnehmerinnen sich an diesen Kursen in der Voraussetzung beteiligen, später in besoldete Stellungen zu kommen. Das ist mir wiederholt gesagt worden und ist mir auch verständlich. Unsere Genossinnen können selbst beim edelsten Willen die ehrenamtliche Arbeit, die sie jetzt leisten, auf die Dauer in der Wohlfahrtspflege kaum ermöglichen.

Ich würde es für ein Unglück halten, wenn wir ein besonderes Aktionsprogramm mit einer Spitze gegen unsere männlichen Parteigenossen erhalten würden. Ich empfehle Ihnen, aus der Debatte diese Art des Kampfes verschwinden zu lassen, die unser nicht würdig ist. Wenn wir häufig noch nicht so eingeschätzt werden, wie wir es wünschen, sind wir zum großen Teil selbst schuld daran. Es ist ein Nonsens, zu sagen, die Frauen der führenden Genossen müssen mit in der vorderen Linie stehen. Nicht jede hat das Zeug dazu, eine führende Genossin zu werden, wenn sie einen führenden Genossen heiratet. Wenn wir den Mut und die Möglichkeit haben, einen so großen Kreis von Frauen in die Wohlfahrtspflege hineinzuziehen, müssen wir auch einsehen, daß wir den Bogen auf diesem Gebiet nicht überspannen dürfen, sondern daß wir diese Frauen auch verpflichten müssen, sich in die gesamte Parteibewegung hineinzustellen und sich in die geistigen Grundlagen des Sozialismus hineinzuleben. Das ist notwendig, wenn wir nicht innerhalb der Partei einen besonderen Zweig bilden wollen, der sich nur einseitig auf Kleinarbeit auch im öffentlichen Leben in der Wohlfahrtspflege einstellt. Es gehört ein ganzes Teil mehr dazu, vollwertige Parteigenossin zu sein, als nur diese Kleinarbeit zu leisten.

Frau **Klara Zils-Breslau**: Es ist symptomatisch, daß der Antrag, die „Gleichheit" obligatorisch zu liefern, von Hamburg ausgegangen ist. Man darf von Hamburger Verhältnissen nicht auf das ganze Reich schließen. Wenn wir die Beiträge erhöhen müssen, werden wir voraussichtlich Mitglieder verlieren. Deshalb sehe ich in der obligatorischen Einführung der „Gleichheit" eine große Gefahr. Ich lehne deshalb den Antrag ab und möchte empfehlen, es den einzelnen Bezirken zu überlassen, darüber zu befinden, ob sie die „Gleichheit" obligatorisch haben wollen.

Auch den zweiten Antrag lehne ich ab, weil wir uns nicht als eine besondere Frauenorganisation im Gegensatz zu den Männern in der Partei fühlen dürfen. Wir brauchen kein besonderes Frauenprogramm, sondern wollen innerhalb der Partei mit den Genossen gleiche Aufgaben und Ziele verfolgen.

Den dritten Antrag von Hamburg lehne ich deshalb ab, weil er nach meiner Ansicht einen Anschlag gegen die Selbständigkeit der Frauen darstellt. Selbstverständlich sind die führenden Genossen dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, daß ihre Frauen aus ihrer Passivität herausgehen und sich betätigen. Mir ist aber nicht bekannt, daß irgendwo der Antrag gestellt worden ist, daß auch die Männer der führenden Genossinnen verpflichtet sind, an den Parteiveranstaltungen teilzunehmen. Deshalb lehne ich es ab, daß man ohne weiteres durch ein Rundschreiben von der Parteileitung her einen Druck auf die Frauen ausüben will. Ich sehe darin eine Herabsetzung der Frau überhaupt.

Zur Frage der Veranstaltungen möchte ich sagen, daß man es am besten den leitenden Genossinnen überlassen muß, ob sie es für ratsam halten, in ihren Bezirken besondere Frauenveranstaltungen zu arrangieren. Ich bin gegen reine Frauenveranstaltungen und halte gemeinsame Veranstaltungen für viel besser.

Dann möchte ich, daß die Ansicht verschwindet, als ob wir von den Männern immer noch nicht genügend beachtet würden. Es liegt an der Frau selbst, wie weit sie gehört wird und ob man sie ernst nimmt.

Dann soll eine andere Wendung verschwinden, die von unseren agitatorisch tätigen Genossen bei der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern immer wieder gebraucht wird. Man kann den Frauen nicht sagen: weil wir Sozialdemokraten euch das Frauenwahlrecht gegeben haben, weil wir euch die Gleichberechtigung gebracht haben, darum müßt ihr aus Dankbarkeit zur Partei kommen. Soundso viele Frauen werden erwidern: ich bin gar nicht verpflichtet, dankbar zu sein; ich wollte das Wahlrecht gar nicht. Deshalb soll man nicht immer mit so imaginären Größen, wie Dankbarkeit usw. arbeiten, sondern man muß den Frauen immer und immer wieder klarmachen, warum sie auf Grund vernünftiger Ueberlegung in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit zu unserer Partei kommen müssen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß man in die Betriebe hineingeht und dort an die Frauen heranzukommen sucht. Auch bei den Frauen ist ein recht starkes politisches Interesse vorhanden, und man muß es pflegen. Man muß ihnen zeigen, warum die politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei notwendig ist.

Dann müssen wir uns darüber klar sein, daß eine unserer größten Aufgaben darin liegt, Kräfte aus den Kreisen heranzuziehen, die zu den Intellektuellen gehören und die uns bisher noch fernstehen. Wenn wir eine große Zahl von proletarischen Frauen gewinnen, dann müssen sie auch geschult werden. Aus den bürgerlichen Kreisen können, wie schon wiederholt betont worden ist, Frauen zu uns kommen, die sehr wohl arbeiten könnten; dann müssen wir ihnen aber auch eine Aufgabe geben, wir müssen sie in die Arbeit hineinstellen und ihnen zeigen, wie sie sich betätigen können. Man muß Vertrauen zu ihnen haben, wenn sie nun Sozialdemokratinnen geworden sind. Damit werden wir sie am allerbesten für unsere Arbeit nützlich machen können zum Wohle des Ganzen. Darum bin ich sehr dafür, daß man bemüht ist, aus den Kreisen der bürgerlichen Frauen Kräfte für uns zu gewinnen, weil die Notwendigkeit der Gewinnung neuer Kräfte außerordentlich groß ist. (Beifall.)

Frau **Wolff-Bochold**: Es ist hier viel über die Sexualfragen gesprochen worden. Das Gebiet der Sexualfragen ist im allgemeinen sehr schwierig. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung berichten, daß wir in unserer Bewegung durch Redner und Rednerinnen, die Vorträge über Sexualfragen gehalten haben, geschädigt worden sind, weil diese Redner und Rednerinnen noch nicht die genügende innere Reife besaßen. Ich möchte vor allem an die führenden Genossinnen den Appell richten, sich doch ja, wenn sie in ihren Kreisen Vorträge über Sexualfragen halten lassen, den Referenten oder die Referentin vorher auf ihre geistige Reife hin anzusehen, damit nicht etwa ein Wirrwarr in die Köpfe hineingetragen wird. Gerade in Gegenden, in denen das Zentrum herrscht, muß mit äußerster Vorsicht an die Behandlung sowohl sexueller wie religiöser Fragen herangegangen werden. Jeder, der einen Vortrag über diese Fragen hält, muß sich der Verantwortung bewußt sein, die er zu tragen hat. Ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen. Vor zwei Jahren wollte ich in meinem Bezirk eine Frauenbewegung ins Leben rufen. Ich habe erst kleine Frauenversammlungen abgehalten, in denen über den wissenschaftlichen Sozialismus gesprochen wurde. Die ersten Abende waren stark besucht; nachher kam

niemand mehr. Dann habe ich auf Grund dieser Erfahrungen zu Beginn dieses Jahres eine andere Methode angewandt; ich habe versucht, die Frauen durch Behandlung wirtschaftlicher Fragen mit politischem Hintergrund für uns zu interessieren; das erste Referat auf diesem Gebiete lautete: „Wodurch ist die heutige Teuerung bedingt, und wodurch haben wir Frauen es in der Hand, dieser Teuerung auf die Dauer der Jahre abzuhelfen?" (Sehr gut!) Daraufhin sind viele Frauen gekommen. Man hat aus der Versammlung der Frauen heraus verlangt, daß man diese Versammlungen statt alle 14 sogar alle 8 Tage abhalten solle. Nachdem jetzt die Bewegung weitergegangen ist, sind wir dazu gekommen, gemeinschaftliche Versammlungen abzuhalten. Aber wenn ich heute in meinem Bezirk an die Sexualfragen herangehe, dann tue ich es mit allergrößter Vorsicht. (Sehr richtig!) Wir müssen immer berücksichtigen, daß wir in der Organisation auch junge Menschen haben, in die durch Aufklärung über die Sexualfragen etwas hineingetragen werden könnte, was wir als Sozialisten nicht wollen.

Ich wollte Ihnen nur sagen, wie wir den Schwierigkeiten, die sich überall ergeben, begegnen können. Wir haben bei uns seitens des Zentrums so viele Agitatoren auf der Kanzel, daß wir ihnen mit aller Macht entgegenarbeiten müssen. Da haben wir die Waffe der Selbsthilfe in der Hand, die Waffe einer richtigen Aufklärung innerhalb unserer eigenen und der fernerstehenden Kreise. Auch an den religiösen Fragen darf man nicht vorbeigehen; doch ist auch da größte Vorsicht geboten. Wenn wir weiterkommen wollen, dann ist es das Wichtigste, daß wir die Frauen aus den konfessionellen Fesseln erlösen. Diese konfessionellen Fesseln können wir nur von der Frau abnehmen, indem wir ihr kulturelle Werte dafür geben. In dieser Beziehung habe ich bisher versucht, zu arbeiten.

Was das Heranziehen bürgerlicher Frauen in unsere Bewegung anbelangt, so ist es für uns eine große Genugtuung, wenn wir geistig hochstehende Frauen gewinnen können. Auch ich habe es gewagt, in bürgerliche Vereine hineinzugehen und eine Bresche in den Irrtum zu schlagen, der über den Sozialismus herrscht. Man sieht in den bürgerlichen Kreisen zum größten Teil in jeder Sozialistin eine schlechte Frau; deshalb habe ich es versucht, den bürgerlichen Kreisen die Wahrheit über den Sozialismus zu sagen. Es ist von Wichtigkeit, ihnen zu zeigen, was wir Sozialistinnen wollen. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, wird unsere Arbeit auch von Erfolg gekrönt sein. (Beifall.)

Frau **Bohm-Schuch**: Ich möchte noch ein paar Worte zu unserem Antrage über die Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches sagen. Genosse Knack hat heute in demselben Sinne, wie ich gestern, die einstimmige Annahme des Antrages empfohlen, was unbedingt die beste Erledigung dieser Sache auf unserer Konferenz ist. Es ist richtig, daß es sich hier um ein Gebiet handelt, das nur verhältnismäßig wenige behandeln können. Deshalb darf man natürlich nicht ablehnen, es überhaupt zu behandeln, sondern man muß geeignete Leute mit dieser Aufgabe betrauen. (Sehr richtig!) Wenn man das aber tut, dann wird die Aufklärung auf sexuellem Gebiet doch auch ein Erfolg für den Sozialismus sein. Wir sind keine Individualisten, sondern wir sind Sozialisten; aber die Freiheit der Gesellschaft hängt von der Freiheit des Individuums ab, und diese wieder hängt ungeheuer stark mit allen geschlechtlichen Fragen bei der Frau zusammen. Es ist aber auch so, daß man die Frage der sexuellen Aufklärung nicht nur unter dem Gesichtswinkel des Geschlechtlichen behandeln kann und darf, sondern daß in der heutigen Zeit die sozialen Ausströmungen unzertrennlich mit dieser Frage verbunden sind. (Sehr richtig!) Ich hätte gewünscht, daß wir einmal einen Tag gefunden hätten, um unter dem Gesichtswinkel der sozialen Not und der sozialen Forderungen, aber auch unter dem der kulturellen Entwicklung die Frage der geschlechtlichen Aufklärung unserer Jugend zu behandeln. (Zustimmung.) Wir wollen uns doch keine Binde vor die Augen machen; heute ist tatsächlich noch die allgemeine Anschauung verbreitet: wenn man von den Dingen nicht spricht, sind sie auch nicht da. Aber sie sind leider da, und es ist für keinen verantwortlichen Menschen erträglich, daß in diesen zugedeckten Sumpf gerade die Besten laufen, weil sie ihn nicht sehen. Es liegt einfach nur an der Befangenheit, an der Unmöglichkeit, sich selber rein zu den Dingen zu stellen, die viele Menschen unfähig macht, tatsächlich der Jugend zu sagen, was das Leben ist und ihnen vor Augen zu stellen, daß gerade durch eine andere moralische Auffassung dazu beigetragen wird, neue Menschen zu schaffen, die geeigneter sind als wir, das Ideal des Sozialismus zu verwirklichen. Aber es ist ein Trost, daß in der Generation, die nach uns kommt, die jetzt heranwächst, ein ganz anderes Bedürfnis und Wollen zu dieser wirklichen Reinheit vorhanden ist. Sie will sich nicht mehr unter diese verheuchelte Moral stellen, unter der wir heute noch alle stehen. (Bravo!)

Nun möchte ich ein paar Worte zu den agitatorischen Fragen sagen. Wir müssen uns der Agitation wieder mit einem ganz anderen Interesse hingeben, als es in den letzten Jahren unter dem Druck der Nachkriegswirkungen geschehen ist. Ich meine damit nicht eine Agitation, die mit Phrasen um sich wirft, sondern eine Agitation, die auf allen gesetzgeberischen Gebieten eine intensive Belehrung bietet und die den Frauen in der einfachsten Weise die Zusammenhänge des politischen Lebens mit ihrem eigenen Wirtschaftsleben und mit dem Wirtschaftsleben des Volkes immer wieder vor Augen führt. Wir Frauen sind heute mit der Politik unzertrennlich verbunden. Nicht nur, weil wir das Wahlrecht haben, sondern weil unser ganzes Leben von der Handhabung dieser Politik durch die einzelnen Parteien bestimmt wird. (Sehr richtig!) Der Rückgang unserer Mitgliederzahl muß uns allen die ernste Verpflichtung auferlegen, so zu arbeiten, daß wir wieder aufsteigen. Es ist zweifellos, daß sehr viele unserer Genossinnen nicht die Zeit und auch nicht das genügende Verständnis haben, um die ganzen Dinge, die auf dem Wohlfahrtsgebiet liegen, mit dem auseinanderzuhalten, was politisch notwendig ist, und doch dabei die Zusammenhänge zu finden. Wir sind ja hier alle einer Meinung darüber, daß diese Arbeit miteinander zu verbinden ist und sich ergänzen muß. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß sie heute nicht überall so gehandhabt wird. Aus diesem Grunde war am letzten Tage der Wohlfahrtskonferenz der Wunsch laut geworden, daß der Artikel der Genossin Todenhagen im „Vorwärts" den Delegiertinnen zugehen möchte. Dieser Antrag wurde aber von der Genossin Wronski so spät eingebracht, daß er nicht mehr verhandelt werden konnte. Nur aus diesem Grunde ist er jetzt noch einmal eingebracht worden.

Nun noch einige Worte zu dem Antrag, der das Obligatorium für die „Gleichheit" verlangt. Ich stehe wie im vorigen Jahre auf dem Standpunkte, daß es selbstverständlich den Bezirken überlassen bleiben muß, ob die das Obligatorium einführen wollen oder nicht. Das wird sich nach den finanziellen Verhältnissen der Bezirke richten, bzw. danach, wie der Verdienst unserer Mitglieder in den einzelnen Bezirken ist. Darum kann von einer generellen Einführung des Obligatoriums keine Rede sein. Das ist aber auch in dem Antrag nicht gemeint. Dagegen möchte ich sehr empfehlen, da, wo die Bezirke leistungsfähig sind und wo die Lage der einzelnen Erwerbsklassen es ermöglicht, das Obligatorium einzuführen. Dann können auch die Klagen über die schlechte Zustellung der „Gleichheit", die immer wieder von allen Seiten kommen, verschwinden. Für die Werbearbeit ist es aber etwas ganz anderes, wenn die Frauen das Blatt regelmäßig von ihrer Organisation bekommen.

Zu dem, was die Genossin Luise Schröder über die Aufgaben der „Gleichheit" andeutete, indem sie vom Vorstand die Herausgabe einer Zeitschrift für die Funktionäre verlangte, möchte ich noch folgendes sagen. Ich habe bisher meine Aufgabe als Leiterin der „Gleichheit" so aufgefaßt, daß die „Gleichheit" nicht nur ein Agitationsblatt (im besten Sinne) sein soll und sein kann. Nun trete ich allerdings von der Schriftleitung zurück und weiß nicht, welche Pläne für die Gestaltung der „Gleichheit" in Zukunft bestehen. Aber ich möchte doch davor warnen, unsere Zeitschrift auf ein agitatorisches Niveau zu bringen. Sie hat die Aufgabe, aufklärend zu wirken, und sie hat diese Aufgabe nach den Zuschriften, die mir bisher zugegangen sind, auch erfüllt. Dem Parteitag liegt ein Antrag vor, eine wissenschaftliche Monatsschrift für Frauen, sowie mehr Beilagen für die Tageszeitungen erscheinen zu lassen. Das letztere ist ein Antrag, der im vorigen Jahr auch von Berlin als Eventualantrag gestellt war. Wir wünschen dringend, daß unsere Presse so viel Raum hat, wirklich in jeder Woche eine Seite für die Frauen bereitzustellen. Aber ich möchte auch hier dringend davor warnen, daß die Partei ein sog. wissenschaftliches Frauenorgan schafft. Ein solches Frauenorgan kann auch nur die zu schaffenden und die schon geschaffenen Gesetze den Frauen erläutern, wie es heute die „Gleichheit" tut. Ich möchte dabei bemerken, daß die Sozialdemokratie ein wissenschaftliches Organ besitzt, und zwar die „Neue Zeit". Ich glaube nicht, daß die „Neue Zeit" über einen zu großen Andrang an Abonnenten klagen kann. Wenn also Frauen da sind, die eine wissenschaftliche Monatsschrift haben wollen, möchte ich dringend raten, die „Neue Zeit" zu abonnieren und daran mitzuarbeiten, die „Gleichheit" aber im übrigen so bestehen zu lassen wie bisher. Daß die „Gleichheit" auf dem richtigen Wege ist, beweist die erfreuliche Zunahme der Abonnenten. (Lebhafter Beifall.)

Weimann: Ich möchte an das anknüpfen, was die Genossin Bohm-Schuch zuletzt gesagt hat und das auf das Gebiet der Bildungsarbeit übertragen, in der wir ja außerordentlich starke gemeinsame Interessen haben. Von einer Genossin wurde vorhin angeführt, sie habe ihre Tätigkeit damit begonnen, daß sie einen wissenschaftlichen Einführungskursus für Frauen veranstaltet hätte, womit sie aber Schiffbruch erlitten habe. Ich muß auch sagen: es ist eine irrige Auffassung, wenn man glaubt, durch wissenschaftliche Kurse die Frauen für uns zu gewinnen. Man muß die Frauen in ihrer Masse durch ganz andere Mittel zu gewinnen suchen. Damit will ich aber nichts gegen die Bildungsarbeit sagen; sie ist notwendig; aber sie richtet sich in erster Linie an die Genossinnen, die wir für die Partei bereits gewonnen haben und sie kann nur für Frauen und Männer gemeinsam betrieben werden. Wir müssen die Kurse, die wir veranstalten, beiden Geschlechtern zugänglich machen.

Etwas anderes ist es mit der Schulung unserer weiblichen Funktionäre. Hier ist es notwendig, besondere Kurse einzurichten. (Sehr richtig!) Sie werden nur dann an die Frauen herankommen, wenn Sie wissenschaftlich geschulte zielklare Funktionärinnen haben, die ihren Standpunkt zu vertreten wissen. Wir haben auf diesem Gebiet in Berlin sehr gute Erfahrungen gemacht, und wir werden diese Tätigkeit in Zukunft noch weiter ausbauen. Im Zentralbildungsausschuß haben wir uns in der letzten Zeit auch Material für unsere Funktionäre, besonders für unsere Referenten, geschaffen. Wir sind gegenwärtig dabei, dieses Material zugunsten unserer weiblichen Funktionäre auszubauen. Wir haben eine Disposition über die Einführung der Frau in die Politik in Arbeit; wir sind dabei, eine weitere Disposition über die „Frau und Sozialismus" zu schaffen. Das sind Dispositionen, die das Material für Kurse und Vorträge liefern sollen. Freilich ist für die Frauen bisher nach dieser Richtung hin wenig geschehen, weil es uns sehr an geeigneten Mitarbeiterinnen fehlt. Wir sind für Anregungen immer dankbar.

Wir müssen die Frauen vor positive Aufgaben stellen. Es kommt nicht nur darauf an, daß die Frauen in ihren Frauenleseabenden wirken, sondern sie müssen stärker in die Parteiarbeit hinein. Sie müssen heraus aus der Enge ihrer besonderen Veranstaltungen und den Blick fürs ganze gewinnen. Wenn so sehr darüber geklagt wird, daß die Frauen nicht in genügendem Maße anerkannt werden, so führe ich das zu einem guten Teil auf die Frauen selbst zurück. Ich verkenne gar nicht, daß unsere Parteigenossen zum Teil noch in alten kleinbürgerlichen Anschauungen wurzeln; aber das darf uns nicht abschrecken, im Gegenteil müssen die Frauen selbst dafür sorgen, daß sie sich mehr und mehr durchsetzen. Die Mitarbeit der Frau in der Bildungs- und in der Jugendarbeit ist noch nicht in dem Maße vorhanden, wie es von uns gewünscht wird. Die Frau ist die Trägerin wertvoller seelischer Kräfte, und daher ist sie besonders berufen, auf diesem Gebiete in der Partei mitzuwirken. Wir haben in letzter Zeit durch eine Vereinbarung mit dem Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt und mit dem Vorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine ein neues Arbeitsgebiet geschaffen, und wir haben jetzt Richtlinien für eine planvolle Arbeit unter den Kindern aufgestellt. Wir müssen uns auch bei dieser Arbeit mehr konzentrieren, denn wir haben gegenüber den Kindern außerordentlich wichtige Verpflichtungen zu erfüllen. Gerade die Frau ist berufen, auf diesem Gebiete zu wirken, nicht nur in dem Sinne, daß die Kinder vor Mißhandlung und Ausbeutung geschützt werden, sondern im Sinne positiver Erziehungsarbeit, damit der Gedanke der Solidarität, des Gemeinschaftsgefühls in ihnen lebendig wird. Der Weg zu den Müttern und Frauen führt sehr oft über die Kinder; daher müssen wir gerade dieses Gebiet besonders planmäßig bearbeiten. Arbeiten Sie kräftig auf allen diesen verschiedenen Gebieten in der Partei, dann werden Sie sich auch mehr als bisher Geltung verschaffen und Ihre Arbeit wird anerkannt werden. (Lebhafter Beifall.)

Giese: Ich komme aus dem Saargebiet und möchte die Gelegenheit benutzen, um Ihnen von unseren Parteigenossen und Parteigenossinnen die besten Grüße darzubieten. (Bravo!) Das Saargebiet ist eins jener Gebiete, die am schwersten für uns zu bearbeiten sind; trotzdem können wir konstatieren, daß wir gerade auf dem Gebiete, wo Sexualfragen und Religionsfragen gestreift wurden, die besten Erfolge gehabt haben. Es muß allerdings dabei mit Vorsicht vorgegangen werden. Ich kann Ihnen mitteilen, daß gerade von gut katholischen Frauen den aufklärenden Ausführungen in unseren Versammlungen über die Unterbrechung der Schwangerschaft usw. ein großes Interesse entgegengebracht worden ist. Allmählich wird eben auch die katholische Frau an den kirchlichen Dogmen irre, in denen es heißt: Du sollst dich vermehren wie der Sand am Meere. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bringen auch die katholische Frau zur Besinnung.

Der Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder ist m. E. auf vier Gründe zurückzuführen. Zunächst einmal haben wir während der Revolution einen großen Zustrom unaufgeklärter Frauen gehabt, die dann ganz naturgemäß zum Teil wieder dorthin zurückwandern, woher sie gekommen sind. Dazu kommt die geschickte Kampfesweise unserer Gegner, die sofort mitgeholfen haben, den Rückstrom zu fördern. Ferner trägt die Nichterfüllung der Pflichten durch unsere Parteigenossen dem weiblichen Geschlecht gegenüber einen Teil der Schuld, und schließlich ist vielleicht eine verfehlte Agitation in den letzten Jahren getrieben worden. Gerade hier müßten die Parteigenossen einsetzen, um die Frauen zu unterstützen. Das ist vor allen Dingen in der Ehe möglich. Hier kann der Mann seine Frau zum Sozialismus und zur sozialdemokratischen Partei

herüberziehen. Wenn wir in gemeinschaftlicher Agitation zusammenarbeiten, dann werden wir auch zum Siege kommen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Berthold**-Köln: Ich führe den Rückgang in der Zahl der weiblichen Mitglieder nicht darauf zurück, daß wir nicht genügend getan hätten, um die weiblichen Mitglieder bei uns festzuhalten, sondern auf das wirtschaftliche Elend, in dem wir uns befinden. Gerade auf dem flachen Lande befindet sich eine ungeheure Zahl von Frauen, die wir unbedingt in die Sozialdemokratische Partei hinüberführen müssen. Wir im Rheinland haben in dieser Richtung alles Mögliche versucht. Wir bedürfen aber dazu der Hilfe einer Sekretärin. Wenn der Parteivorstand in diesem Jahre verschiedene Sekretäre angestellt hat, dann verlangen wir Frauen des Bezirks Oberrhein auch für uns die Anstellung einer Sekretärin. Wir haben bewiesen, daß wir einer der Bezirke sind, die für unsere Sache arbeiten. Trotz des wirtschaftlichen Elends haben wir die Zahl der Mitglieder hochgehalten, ebenso die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit". Wir haben den Beitrag der Frauen auf 50 Pf. wöchentlich und den Beitrag für die „Gleichheit" auf 50 Pf. alle vierzehn Tage erhöht und haben dadurch die Mittel bekommen, eine Sekretärin anzustellen. Wenn wir aber nicht einen Stamm von alten Mitarbeiterinnen gehabt hätten, wäre uns das nicht möglich gewesen. Die Funktionäre können nicht überall sein. Wir haben im Bezirk Oberrhein auch verstanden, alle Aeußerlichkeiten und Kleinlichkeiten unter den Frauen auszuschalten, auch die Nörgeleien derjenigen Männer, die meinen, sie ständen zu hoch über uns Frauen, als daß sie uns leitende Stellen überlassen könnten. Uns ist die Zeit zu kostbar, um diesen Männern eine andere Meinung beizubringen. Wir arbeiten im Interesse der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit den Genossen, die es ernst mit uns Frauen und ihrer Betätigung in der Partei meinen. (Beifall.)

Frau **Schulz**-Herne i. Westf.: Ich muß außerordentlich bedauern, daß die sexuelle Frage auch diesmal wieder gewissermaßen abgewürgt wird, denn es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Frage für den Ausbau unserer Organisation. Nichts ist schlimmer als eine ungenügende Aufklärung in dieser Beziehung. Dadurch ist schon viel Verwirrung angerichtet worden.

In der Auswahl der Orte für die Versammlungen und in der Zusammensetzung der Versammlungen müssen wir außerordentlich vorsichtig sein. Wir sollen namentlich in die ländlichen Bezirke nicht mit Themen gehen, die einen falschen Eindruck erwecken können, sondern wir sollen und müssen versuchen, diese Themen im Zusammenhang mit anderen kulturellen Fragen zu behandeln. Gerade im Ruhrbezirk ist es außerordentlich schwer zu arbeiten. Dort tritt uns nicht nur die Geistlichkeit entgegen, sondern auch die Arbeitsverhältnisse ermüden und zermürben unsere Arbeiter, so daß sie gar nicht in der Lage sind, alle diese Fragen so zu verarbeiten, wie es notwendig ist.

Wenn gesagt worden ist, daß die Männer uns in unserer Aufklärungsarbeit entgegenstehen, so muß ich demgegenüber bemerken, daß wir das nicht verallgemeinern dürfen. Wir haben bei uns die Tatsache zu verzeichnen, daß die Männer infolge der zermürbenden Arbeit im Beruf, Partei- und Gewerkschaftskämpfen gar nicht in der Lage sind, unsere Frauen so aufzuklären, wie es notwendig ist. Da müßten unsere Frauen ein bißchen mehr Selbstbewußtsein in sich fühlen; sie müssen selber mit Anträgen an die Partei herantreten. Wir haben stets die Wahrnehmung gemacht, daß die Bezirksleitungen und Sekretäre sehr gern bereit waren, den Wünschen der Genossinnen entgegenzukommen. Was erfolgen muß, ist eine gründliche und intensive Aufklärungs- und Schulungsarbeit derjenigen Genossinnen, die in den einzelnen Ortsgruppen im Vordergrund der Bewegung stehen. Unsere Sekretärinnen und Rednerinnen reiben sich gewöhnlich zu sehr damit auf, daß sie in jede kleine Ortsversammlung gehen

müssen. Wir haben versucht, in kurzen Zwischenräumen die Ortsleiterinnen zu Konferenzen zusammenzuholen und sie mit dem genügenden Material zu versehen. Wir dürfen unsere Frauen nicht zu sehr mit Sondergebieten belasten, sondern müssen ihnen klarmachen, daß alle Fragen nur ein Glied des großen Ganzen sind und daß unsere Parteibewegung über allem stehen muß.

Die Vorsitzende Frau **Hauke** teilt mit, daß folgender Antrag eingegangen ist:

Antrag.

Die Reichsfrauenkonferenz wolle beschließen, die bevölkerungspolitischen Probleme auf die Tagesordnung der nächsten Frauenkonferenz zu setzen.

Begründung.

Referate und Diskussionen der Tagung für Arbeiterwohlfahrt und der Reichsfrauenkonferenz haben das tiefe Bedürfnis gezeitigt, zu diesen Fragen unbedingt durch ausgiebige gemeinsame Besprechung nachdrücklichst Stellung zu nehmen.

Die Lage unseres Volkes verpflichtet uns Sozialdemokratinnen, in diesen Fragen gesetzgeberisch, wissenschaftlich und aufklärend voranzugehen.

Bollmann. Oestreicher. Höfs. Undeutsch. Cohn. Hartwig. Fiedler.

Widmann-Offenbach a. Main: Wir im Bezirk Hessen sind in der Lage, aus der Praxis zu zeigen, woran es liegt, daß die Frauenbewegung nicht den wünschenswerten Fortschritt gehabt hat. Im vorigen Jahre haben wir eine rote Woche veranstaltet und dabei 216 Genossinnen gewonnen. Als wir am 1. Januar die Beiträge erhöhten, sind uns wieder eine Anzahl Mitglieder verloren gegangen. Wenn die Familien zum Sparen gezwungen sind, suchen sie leider in erster Linie an den Dingen zu sparen, die keine materiellen und realen Werte betreffen; sie bestellen die Zeitung ab und treten aus der Partei aus. Andere Vereine, die noch gesellige Veranstaltungen und Unterhaltung bieten, erhalten meist ihren Mitgliederbestand. Unsere Partei bietet ideelle Werte, und das führt leider noch vielfach dazu, daß sie häufig ihre Mitglieder verliert. Die Fälle, in denen die Geistlichkeit oder andere Ursachen den Austritt aus unserer Partei bewirken, sind Ausnahmefälle. In der Regel haben solche Fälle zum Rückgang der Frauenbewegung geführt, wo die Frauen aus materieller Not die Beitragsleistung einstellen zu müssen glaubten. Wenn man diesen Gründen nachforscht, wird man erkennen, in welcher Richtung man den Hebel anzusetzen hat. Man muß mit allem Ernst aussprechen, daß es die Ueberfülle von Einrichtungen ist, die uns in der Parteibewegung leider nicht vorwärts bringt.

Frau **Radlmaier**-München: Im Laufe der Verhandlungen ist die Frage aufgeworfen worden, ob wir bürgerliche Frauen in unsere Organisation zu bekommen suchen müssen. So sehr ich diese Frauen bei uns begrüßen würde, so sehr möchte ich doch betonen, daß wir nicht übersehen dürfen, daß wir hauptsächlich für Arbeiterfrauen da sind und diese aus der Tiefe heben müssen, in der sie noch sind.

Unsere Lektüre ist oft nicht geeignet für die Arbeiterfrauen. Die Arbeiterfrauen haben eine so starke Ueberbürdung, daß es ihnen oft nicht möglich ist, unsere umfangreiche Lektüre zu lesen. Wir müssen den Arbeiterfrauen das, was sie lesen sollen, mundgerecht machen, indem wir ein Problem in möglichst leichtfaßlicher Form in einer kleinen Broschüre behandeln. Sonst nehmen wir der Arbeiterfrau die Freude am Lesen.

Zu dem Antrag Nr. 5 von München möchte ich bemerken, daß in Danzig Frauen als Beisitzerinnen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zugezogen werden. Danzig ist darin bahnbrechend gewesen, und es wäre zu wünschen, daß auch in unserer Republik dieser Forderung des Frauenrechts bald Folge geleistet wird.

Unsere Abgeordneten bitte ich, alle einschlägigen Gesetzentwürfe über die Mitarbeit der Frau rechtzeitig zu prüfen. Wenn solche Gesetze verabschiedet werden, empfiehlt es sich, unter Heranziehung sachkundiger Genossen und Genossinnen einen kleinen Leitfaden herauszugeben, der die Arbeiterfrau in die Mitarbeit auf diesem Gebiete einführt. Die Ortsausschüsse müssen verpflichtet werden, durch ihre Bildungsausschüsse für die Verbreitung und Verwertung dieser Lektüre zu sorgen. Zu dem zweiten Teil des Antrags München Nr. 18 möchte ich bemerken, daß die Schulbücher, die die Fürstlichkeiten verherrlichen und Hurrapatriotismus betreiben, auch jetzt, drei Jahre nach der Revolution, noch nicht abgeschafft sind. Diese Bücher bilden ein Gift für die Kinderseele. Das Wahrheitsgefühl der Kinder wird verletzt, besonders wenn sie republikanische Eltern haben, die sie in unpädagogischer Weise über diese Dinge aufklären.

Frau **Arning**-Elberfeld: Der Rückgang bei den Frauen zeigt, welche immense Arbeit zu leisten ist, um die Bewegung wieder vorwärts zu bringen. In der Frauenagitation müssen die alten bewährten Methoden angewandt werden: Hausagitation von Mund zu Mund, Aufklärung und Versammlungen usw. Ich würde wünschen, daß die Arbeit der Frau innerhalb der Parteiorganisation nicht immer als Frauenarbeit gewertet wird, sondern wir Frauen müssen überall als vollwertige Mitglieder geachtet werden.

Wenn ich mir den Stimmenzuwachs der Frauen für das Zentrum bei den Wahlen ansehe, so sage ich mir, daß er zum Teil auf Arbeiterfrauen zurückzuführen ist, die nur das religiöse Moment von der Sozialdemokratischen Partei trennt. Da müssen wir einsetzen. Wir müssen die Frauen besser aufklären, wie die Sozialdemokratie zur Religion steht. Diese Frage müssen wir in jedem kleinen Dorf behandeln. Wenn wir dann wieder Wahlen haben, werden wir das Ergebnis beobachten können.

Ich möchte wünschen, daß die Bezirke, in denen die obligatorische Einführung der „Gleichheit" möglich ist, dies unbedingt tun. Wir am Niederrhein haben das Obligatorium wieder eingeführt, haben allerdings den Beitrag erhöhen müssen. Die Befürchtung, daß dadurch Frauen austreten, hat sich nicht in besonderem Maße bewahrheitet. Nur wenige Austritte sind zu verzeichnen.

Ich möchte davor warnen, mit der „Gleichheit" schon wieder eine Aenderung vorzunehmen. Bürgerliche Frauen sprechen aus, daß die „Gleichheit" die höchstqualifizierte Frauenzeitschrift in ganz Deutschland überhaupt ist. Das beweist uns zur Genüge, daß unsere „Gleichheit" so bleiben muß, wie sie augenblicklich ist. Wenn wir in der Weise arbeiten, muß es uns gelingen, die Frauen wieder heranzuholen, die wir zur Verwirklichung unserer Ziele brauchen.

Frau **Ewert**-Stutigart: Heute ist die intellektuelle Ueberlegenheit der bürgerlichen Frauen erwähnt worden. Wir können diese Ueberlegenheit in erster Linie dadurch wettmachen, wenn wir bei unseren Zusammenkünften ernste Arbeit leisten. Leider bringen die Frauen den Organisationsfragen oft nicht das genügende Interesse entgegen. Wir müssen versuchen, die Frauen, die vielleicht nur aus dem Gefühl heraus zu uns gekommen sind, auch festzuhalten.

In Württemberg haben wir bereits den Versuch gemacht, die „Gleichheit" obligatorisch zu liefern. Wir haben geglaubt, daß wir die Frauen dadurch, daß wir ihnen einen realen Wert liefern, vom Austreten abhalten. Das ist zum großen Teil gelungen. Wenn wir aber gleichzeitig durch die „Gleichheit" Agitation treiben wollen, muß der Inhalt auch den geistig weniger vorgebildeten Genossinnen angepaßt sein.

Frau **Wagner**-Chemnitz: Es ist gesagt worden, daß der Rückgang der Frauen in unserer Partei darauf zurückzuführen sei, daß die Frauen an nichtmateriellen Ausgaben sparen, also Zeitungen abschaffen und aus der Organisation austreten. Die Verhältnisse sind so, daß oft die sozialdemokratische Zeitung abgeschafft wird, daß aber die bürgerliche Zeitung dafür ins Haus kommt. In Versammlungen gehen die Frauen nicht, aber fürs Kino wird das Geld ausgegeben. In Sonntagsversammlungen gehen sie auch nicht, aber für die Kirche haben sie Zeit.

Den Punkt „Kirche" müssen wir sehr vornehm behandeln. In der Großstadt können wir manches anders sagen als auf dem Lande, auf die verständliche Form kommt es an. Dem Inhalt nach dasselbe, unter Berücksichtigung der psychologischen Vorbedingungen und mit dem Willen, nicht zu kränken.

Wenn gesagt worden ist, daß die „Gleichheit" obligatorisch geliefert werden soll und dafür die Beiträge gleich hoch sein sollen wie bei den Männern, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir dann nicht nur die „Gleichheits"leserinnen einbüßen werden, sondern gleichzeitig die Genossinnen, weil die Frauen dann die Beiträge nicht aufbringen können.

Zu dem Antrag, daß die Frauen der führenden Genossen sich mehr an unserer Arbeit beteiligen möchten, möchte ich folgendes ausführen. Man kann es begreifen, weshalb die Frauen auf dem Lande von unserer Partei nichts wissen wollen. Die Männer sind abends und Sonntags nicht zu Hause, weil sie auf Agitation gehen. Dann haben die Frauen nichts von ihren Männern. Wir müssen neue Wege suchen, um die Agitation zu beleben. Da verspreche ich mir viel davon, wenn wir Genossinnen mitarbeiten in einer Agitation in den Betrieben. Wir müssen Vertrauensleute in den Betrieben schaffen und nach Arbeitsschluß Versammlungen abhalten. Eine ganze Menge unserer Schwestern können sehr gut reden, nur wenn sie für die Bewegung arbeiten sollen, hält es schwer. Die Frauen sollen die Scheu ablegen und sollen nicht glauben, daß sie es nicht fertigbringen. Auch die Männer haben alles erst lernen müssen. Wir Frauen dürfen auch nicht so empfindlich sein, wenn uns die Männer mal anschnauzen. Da muß man sich sagen: Nun gerade erst recht. (Heiterkeit und Beifall.)

Wenn eine Genossin gesagt hat, wir würden von den Männern unterdrückt, so erwidere ich: Ich habe mich noch nie unterdrückt gefühlt, wir dürfen uns nicht unterdrückt fühlen, sondern sollen mit tätig sein. Wer in der Politik tätig ist, muß kämpfen. Sagen Sie den Frauen, sie sollen mithelfen, auch wenn wir mal angeekelt werden! (Lebhafter Beifall.)

Frau **Cohn**-Halberstadt: Ich kann dem Antrage, die „Gleichheit" überall obligatorisch einzuführen, nicht beistimmen. Man muß das jedem Bezirk überlassen. In Landbezirken haben wir mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen als in den großen Städten. Es empfiehlt sich, einen guten Artikel aus der „Gleichheit" herauszunehmen, damit aufs Land zu gehen und darüber im Frauenkreise einen kleinen Vortrag zu halten. Und dann muß man sagen: Das steht in der „Gleichheit". Dann gewinnt man die Frauen für diese Zeitung.

Man kann auch in anderer Weise Agitation treiben. Für die Wohlfahrtspflege ist fast jede Arbeiterfrau zu interessieren. Wenn man die Arbeiterfrau für die Wohlfahrtspflege gewinnt, ist das auch eine kleine Arbeit für große politische Fragen. Wir haben z. B. viele Frauen für die Mitarbeit in der Jugendfürsorge gewonnen. Auch zur Quäkerspeisung haben wir mindestens 12 Frauen bei uns herangezogen, die uns helfen und auch durch diese Arbeit für unsere Politik geschult werden, weil sie täglich Angriffen der deutschnationalen Damen gegen die Arbeiter entgegentreten müssen. Das ist auch eine Schulung in parteipolitischer Richtung.

Wir müssen aber auch unsere Jugend zu gewinnen suchen. Vor längerer Zeit haben wir ein kleines Schriftchen bekommen, das hieß: „Willst du mich hören?" Ich habe dieses Schriftchen unserer Jugend sehr empfohlen, es wurde

mir aber berichtet, daß das Heftchen nicht gekauft worden ist. Da habe ich für die Jugend einen Aufklärungsabend eingerichtet, über Berufsfragen etwas erzählt und anschließend daran das Buch vorgenommen und jede einzelne Abteilung mit der Jugend durchgesprochen. Da hätten Sie sehen sollen, mit welchen begeisterten Gesichtern die Jugend zugehört hat. Die Jugendlichen haben mir gesagt: So hat noch niemand mit uns über diese Dinge gesprochen. Auch auf diese Weise können wir uns also den Nachwuchs erziehen. Das Ziel des Sozialismus kann man nur erreichen, wenn man im Kleinen arbeitet; für die großen Sachen sind die dazu Berufenen da. (Bravo!)

Frau **Röpert**-Halle: Der Mensch ist das Produkt seiner Umgebung. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie gehen dahin, auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet Verhältnisse zu schaffen, wo nicht mehr einer des anderen Feind zu sein braucht. Ich hatte es mir angelegen sein lassen, die Schulbücher, die im Jahre 1919 herausgegeben wurden, als unser Genosse Haenisch noch Kultusminister war, näher anzusehen. Da habe ich gesehen, daß alle die Dinge, die wir als Sozialdemokraten bekämpfen, daß man Personen verhimmelt, die von Gewaltanbetung strotzen, noch immer in den Büchern vorhanden sind. Dagegen müssen wir arbeiten. Ich bitte alle anwesenden Genossen, den Antrag zu unterstützen, daß unsere Reichstags- und Landtagsfraktion dahin wirkt, daß in dieser Beziehung baldigst eine Aenderung erfolgt. Wir dürfen es nicht dulden, daß unsere Kinder in den Instituten, die wir mit unseren Geldern bezahlen müssen, weiter in dieser Weise unterrichtet werden. (Bravo!)

Nachdem Frau Pfülf-München aufs Wort verzichtet hat, erteilt die stellvertretende Vorsitzende Frau **Hauk** der Berichterstatterin Frau Juchacz das Schlußwort.

Frau **Juchacz**: Ich bin auf einen Irrtum aufmerksam gemacht worden. Der Bezirk Oberschlesien hat eine Zunahme von 200 Frauen und daneben eine Abnahme von Männern zu verzeichnen. Ich hatte konstatiert, daß in der vierten von mir angeführten Kategorie kein Bezirk vertreten sei. Ein solcher Fall liegt also doch vor.

Es ist eine Menge über Agitation gesprochen worden. Was ich aber gern gehört hätte, ist doch nicht gesagt worden. Ich habe von alten Methoden gesprochen und dabei mit voller Absicht das Thema Hausagitation nicht erwähnt. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie in Ihre Bezirke zurückkommen, mit den Genossinnen und Genossen zusammenzutreten, die sich für die Vermehrung der Partei durch weibliche Mitglieder interessieren, um mit ihnen zu besprechen, in welcher Form die Agitation in den Bezirken durchgeführt werden kann. Wir haben früher unsere Arbeit auf Grund von Unterlagen aufgebaut, die wir uns verschafft haben. In den großen Orten haben wir uns von den Gewerkschaften Adressen geben lassen. Das ist heute natürlich nicht möglich, weil die Gewerkschaften in sich mehrere politische Anschauungen vereinigen. Weiter haben wir uns vom Parteisekretariat oder vom Vorsitzenden Adressen von Parteigenossen geholt und daraufhin eine Hausagitation eingeleitet. Auf die Weise haben wir im Laufe von acht Tagen in größeren Orten ein ganzes Stadtgebiet vorgenommen, indem wir die Betreffenden, die wir gewinnen wollten, besucht haben, ihnen Flugblätter unterbreiteten und nach acht Tagen wieder hingingen, um zu fragen, wie sie sich dazu stellen. In anderen Gebieten, wo nicht so viele weibliche Kräfte zur Verfügung standen, haben wir die Arbeit nicht in acht Tagen bewältigen können, sondern haben das Stadtgebiet in einzelne Straßenzüge eingeteilt und danach die Agitation vorgenommen.

Nach der Revolution sind wir in Ortschaften hineingekommen, die uns früher vollkommen verschlossen waren. Diese Situation müssen wir durch Hausagitation ausnutzen.

Früher konnten wochenlange Agitationstouren veranstaltet werden, zu denen man sich Rednerinnen kommen ließ. Auch das ist heute durch die hohen Fahrt- und Unterhaltskosten erschwert. Aber die im Bezirk wohnenden Rednerinnen können Zeit, Geld und Kraft nützen, wenn sie so arbeiten, wie mir von einer Genossin gesagt wurde. Sie läßt sich Adressen von Frauen zur Verfügung stellen, die in den Orten wohnen, in denen sie am Abend spricht und die von ihr besucht werden, um sie für unsere Bewegung zu gewinnen. Wenn man also am Abend eine Versammlung abhalten will, treibt man tagsüber Hausagitation. Das Resultat ist dann immer eine Reihe von Neuaufnahmen oder eine Anzahl von Zeitungsbestellungen. Wenn wir auf dem Lande für die Parteibewegung arbeiten wollen, müssen wir uns auch auf die Frauen stützen. Jede Frau, die wir in die Bewegung aufnehmen oder die Bezieherin der „Gleichheit" wird, bedeutet für uns nicht nur eine Stimme bei den Wahlen, sondern bedeutet auch, daß sie als Genossin eine werbende Kraft wird. Das ist eine Gelegenheit, um überhaupt erst Frauen zum Sozialismus zu wecken.

Von einer Genossin, die auch schon lange in der Parteibewegung steht und sehr viel in Versammlungen agitiert, wurde mir gesagt, daß man in Gegenden, in denen der Bruderkampf beseitigt oder schon stark eingeschränkt ist, in den öffentlichen Versammlungen für Männer und Frauen wieder zu der Methode zurückkehren sollte, nach dem Referat von Tisch zu Tisch Agitation zu machen. Die Genossin war in Gegenden, wo eine geschlossene Stimmung für uns in der Versammlung vorhanden war und wo trotzdem nicht ein einziger Aufnahmeschein für die Partei oder ein Abonnementsschein vorlag, obgleich die Anwesenden aufnahmereif waren. Auch für diese Arbeit müssen sich die Genossinnen in geschlossenen Zirkeln verständigen.

Vernachlässigen Sie auch nicht die Bildungsbestrebungen in jeglicher Form. Auch vom Bildungsausschuß muß die Bildungsarbeit für die Frauen ganz besonders gepflegt werden.

Es ist angeregt worden, eine Zeitschrift für Funktionärinnen einzurichten. Ich glaube, es bedarf keiner solchen Zeitschrift. Die Zeitschrift, die wir haben, muß auch in Zukunft erhalten werden. Diese Frage ist für alle Bedürfnisse überhaupt nicht zu lösen. Wir müssen mit dem Organ, das wir haben, zufrieden sein, weil es versucht, unseren Bedürfnissen gerecht zu werden.

Noch ein Wort über Frauenkonferenzen. Wenn wir hier eine große Reichskonferenz haben, dann sind aus jedem Bezirk wenige Vertreter anwesend. Das kann auch nicht anders sein. Wenn wir eine Frauenkonferenz in einem Bezirk haben, dann sind von den vielen Orten immer nur etwa 40 oder 50 Vertreter vorhanden. Da ist man im Bezirk Magdeburg und im Bezirk Schleswig-Holstein zu der Methode kleiner Anfragen gekommen, die sich meiner Ansicht nach sehr bewährt, schon deshalb, weil man dabei alle Parteiorte erfaßt. Wenn z. B. die Leiterin der Frauenbewegung in Schleswig-Holstein Versammlungen abhält, dann schreibt sie vorher an die herumliegenden Ortsvereine: Schickt mir zu dem und dem Tage, zu der und der Stunde aus eurem Ort einige Genossinnen zur Besprechung. Bis jetzt hat sie damit gute Erfolge gehabt. Sie hat vor der Versammlung mit den Genossinnen gesprochen, hat sie mit Arbeitsmut erfüllt, hat sie in ihrer Arbeit moralisch gestützt. Das ist auch etwas, was wir uns für die Agitation in den einzelnen Orten unbedingt merken müssen. Wir müssen, wie die Genossin Schöfer ausgeführt hat, Menschenökonomie treiben, wir müssen aber auch diesen Grundsatz der Menschenökonomie auf unsere Arbeit in der Parteibewegung übertragen. Auch dort sollen wir uns überlegen, daß wir keine zeit-, kraft- und geldraubende Reise machen, ohne daß wir dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen.

Auf solchen kleinen Unterkonferenzen kann man dann alle Fragen einschließlich der Frage der praktischen Wohlfahrtsarbeit erörtern. Die Genossinnen auf dem Lande sind ungemein dankbar dafür, wenn man sie auf diese Weise in ihrer Arbeit unterstützt. Das ist die Aufgabe der Genossinnen, die auf die Reichskonferenzen geschickt werden und die in den Bezirksvorständen sitzen. Sie sollen sich Mitarbeiterinnen suchen. Bei solchen Gelegenheiten können sie aber auch den Vertrieb der Literatur, die zu unserer Arbeit notwendig ist, fördern. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit weiter das Buch „Der Frauen Hausschatz" empfehlen, das im Hamburger Verlagsgeschäft erschienen ist. Ich bitte Sie dringend, für die Literatur, die wir Ihnen angeben, Propaganda zu machen. In der nächsten Zeit wird eine Eheproblembroschüre der Genossin Dr. Schöfer erscheinen, die zu den besten Erzeugnissen auf dem Büchermarkt gehören soll. Ich werde dafür Sorge tragen, daß Ihnen Prospekte zugehen.

Wir kommen zur Erörterung der Anträge. Die Richtlinien zu den Vorträgen des Genossen Wutzky und der Genossin Schöfer, die Ihnen vorgelegt worden sind, schlage ich vor, als Resolutionen anzunehmen.

Wir haben uns auf jeder Konferenz mit der Sekretärinnenfrage beschäftigt. Genossin Berthold sagte, sie verlange vom Parteivorstand, daß er eine Sekretärin am Oberrhein anstelle, weil früher dort eine gewesen sei. Die Anstellung der Sekretärinnen ist Sache der Bezirke. Darum möchte ich bitten, von der Annahme des Antrages 4, der aus Schwerin gekommen ist, abzusehen oder ihn eventuell dem Parteivorstand zu überweisen, wenn er nicht zurückgezogen wird. Sie müssen in Ihren Bezirken darauf hinarbeiten, daß die notwendigsten organisatorischen Bedürfnisse erfüllt werden.

Den Antrag 26, der will, daß die Reichsfrauenkonferenz beschließen soll, die bevölkerungspolitischen Probleme auf die Tagesordnung der nächsten Frauenkonferenz zu setzen, bitte ich, dem Parteivorstand als Anregung zu überweisen. Ich bestreite nicht, daß das Bedürfnis nach einer Erörterung dieser Fragen vorhanden ist. Die bevölkerungspolitischen Anträge 7—13 sind in dem vereinigten Antrag zur Bevölkerungspolitik (27) zusammengefaßt worden. Es fragt sich nur, ob dieser vereinigte Antrag noch einmal dem Parteitag eingereicht werden soll oder ob er von hier gleich an die gesetzgebenden Körperschaften und Fraktionen gehen soll; darüber müssen wir uns noch entscheiden. Ich empfehle das letztere. Ich höre keinen Widerspruch.

Dann liegt ein Antrag 24 vor, der ganz energisch die Heranziehung der Frau zum Amt der Schöffen und Geschworenen verlangt. Wir können nichts Besseres tun, als diesen Antrag anzunehmen und ihn gleich von hier aus an den Reichstag weiterzugeben.

Die Entschließung 25, die Ihnen bezüglich der Leiden unserer oberschlesischen Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern zugegangen ist, muß selbstverständlich von uns angenommen werden. Wir dürfen nicht auseinandergehen, ohne unseren Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern in Oberschlesien unsere wärmste Sympathie auszudrücken.

Dann komme ich auf den Antrag 28 zu sprechen, der verlangt, daß den Teilnehmern der Wohlfahrts- und der Frauenkonferenz der im „Vorwärts" erschienene Artikel der Genossin Todenhagen zugestellt werden soll. Ich muß mich gegen diesen Antrag wehren, weil das für das Bureau eine Arbeit bedeuten würde, zu der wir jetzt nicht in der Lage sind. Jeder kann sich ja diesen Artikel verschaffen und er kann schließlich auch in anderen Zeitungen abgedruckt werden. Dafür können die hier Anwesenden sorgen. Ich bitte Sie, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

Der Hamburger Antrag bezüglich der obligatorischen Lieferung der „Gleichheit" ist von den Hamburger Genossinnen zurückgezogen worden.

Ich bitte gleichfalls die Hamburger Genossinnen, auch die Anträge 2 und 3 zurückzuziehen, ebenso die Schweriner Genossin den Antrag wegen der Sekretärin zurückzuziehen. Es spielt für die Praxis keine Rolle, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht. (Das geschieht durch Zuruf.)

Der Antrag 5, München, wegen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte müßte dem Parteivorstand als Anregung übergeben werden. Den Antrag 6 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen.

Dem Bildungsausschuß bitte ich alle die Anträge, die unter dem Titel: Schulbildung vorliegen, als Material zu überweisen.

Die Anträge über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz schlage ich vor, der 29. Reichstagskommission zu übermitteln.

Die Resolution 19 aus dem Bezirk Halle empfehle ich zur Annahme durch die Frauenkonferenz, aber nicht zur Ueberweisung an den Parteitag, weil ähnliche Resolutionen ohnedies auf dem Parteitag gefaßt werden.

Der Antrag Nr. 20 aus München macht mir einige Kopfschmerzen. Mein pazifistisches Gewissen treibt mich dazu, zu dem Antrage ja zu sagen. Aber bei aller Anerkennung und Sympathie für die Internationale fürchte ich, daß ein solcher Antrag, der von uns an das Internationale Bureau gerichtet wird, verpufft. Unsere gesamte Organisation gibt sich ja schon die allergrößte Mühe, um über die Idee des Friedens mit den anderen Organisationen der Internationale zu einem Meinungsaustausch und zu einer möglichst gleichen Auffassung zu kommen. Es bleibt nur der eine Weg übrig, daß vielleicht diese Resolution hier angenommen, in der „Gleichheit" abgedruckt wird und daß dann diese Nummer der „Gleichheit" von der Redaktion an möglichst viele Adressen des Auslandes versandt wird.

Was den Antrag 21 für Abschaffung der Todesstrafe anlangt, so werden wir im Parteiprogramm ja immer zum Ausdruck bringen, daß wir für die Abschaffung der Todesstrafe sind. Deshalb wäre es auch nicht nötig, mit diesem Antrag erst an den Parteitag heranzutreten. Wir können ihn als Meinungsäußerung unserer Tagung annehmen.

Wenn gegen die von mir empfohlene Erledigung der Anträge und Entschließungen keine Einwände gemacht werden, nehme ich an, daß die Versammlung mit meinen Vorschlägen einverstanden ist. Ich stelle das fest.

Frau **Wierbitzki** (zur persönlichen Bemerkung): Genossin Pfülf hat erklärt, daß durch die Betonung des frauenrechtlichen Charakters unserer Anträge die Diskussion auf ein unwürdiges Niveau gebracht worden war. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Forderungen im Parteiprogramm, soweit sie die Frauen betreffen, doch auch frauenrechtlichen Charakter haben und daß in das Aktionsprogramm nur diese Forderungen hineingebracht werden sollen.

Vorsitzende Frau **Juchacz**: Genossinnen und Genossen! Wir wären somit am Schlusse unserer Veranstaltungen angelangt. Ich kann nicht umhin, einen Blick auf die 3½ Tage schwerer Arbeit zurückzuwerfen. Auch in der Diskussion auf dieser Frauenkonferenz hatten wir ja fortwährend Anklänge an die vorhergehenden zwei Tage, in denen wir uns speziell mit den Fragen der allgemeinen Wohlfahrtspflege beschäftigt haben. Einige Genossinnen haben auf die Schattenseiten der Wohlfahrtspflege hingewiesen. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufgabe der Aufklärung, der Schulung für den politischen Kampf Mangel leiden müßte. Wir können denen, die das gesagt haben, nur dankbar sein. In allen Dingen liegt ein Vorteil und ein Nachteil, wenn Sie wollen, auch eine Gefahr. Es ist so, daß Menschen, die sich intensiv mit einer Spezialarbeit beschäftigen, andere Gebiete nicht so intensiv bearbeiten können. Deshalb müssen wir versuchen, diese Gefahr zu umschiffen, indem über der praktischen Arbeit des Tages, über der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den

Problemen der Wohlfahrtspflege nicht die Arbeit der Agitation für den Sozialismus und die Heranbildung der Menschen für den Sozialismus Schaden nimmt. Es sind wunderschöne Worte über die Erziehung, besonders die Sexualerziehung, gesprochen worden. Ich glaube, daß die Genossinnen und Genossen, wenn sie das Fazit unserer Verhandlungen ziehen, sagen werden: Wir haben Anregungen empfangen, unsere Gedanken sind in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt worden, und ich nehme Stoff mit nach Hause, den ich zum Besten der Bewegung, letzten Endes aber auch zu meinem eigenen Besten verarbeiten werde. Wenn ich in der Kleinagitation gestanden habe, dann habe ich den Frauen immer wieder gesagt: Es ist ja gar kein Opfer, das wir von uns verlangen, es erscheint nur so. Ich frage Sie alle, die Sie hier anwesend sind: Ist nicht Ihr Leben unendlich durch die sozialistische Ideenwelt bereichert worden? Wenn man für den Sozialismus arbeiten will, dann soll man es in erster Linie um der Gesamtheit willen tun, aber auch um der einzelnen Menschen willen. Es ist im letzten Grunde die große Liebe zu den Menschen, die das Handeln des einzelnen diktiert. Mit dieser Liebe ist auch ein Stückchen Egoismus in veredelter Form verbunden, das seinen Ausdruck in den Worten findet: Wenn du an dir selber arbeitest, um dich fähig zu machen, andere zu erziehen, dann erfüllst du dein eigenes Leben mit edlerem Inhalt.

So will ich diese Tagung nicht vorübergehen lassen, ohne noch einmal mit dem großen Schwung, der uns früher in viel reichlicherem Maße zur Verfügung gestanden hat, darauf hinzuweisen, daß in der Beschäftigung mit dem Sozialismus und mit der großen Erziehungs- und Kulturarbeit, die im sozialistischen Ideengang liegt, unendliche Lebenswerte stecken, die über alle die vielen Kleinlichkeiten des Lebens hinwegtragen. Ueber diese Kleinlichkeiten sollen wir hinweggehen wie über den Kehricht, den wir täglich aus unseren Zimmern entfernen.

Wenn Sie mit mir einig sind, dann bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die Sozialdemokratie lebe, blühe und gedeihe! (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein.)

Schluß der Sitzung: 1 Uhr 20 Minuten.

Anträge.

Organisation und Aufklärung.

1. Hamburg: Die Reichsfrauenkonferenz beauftragt den Parteivorstand zu erwägen, wie die obligatorische Lieferung der „Gleichheit" an alle weiblichen Parteimitglieder ermöglicht werden kann. (Zurückgezogen.)

2. Hamburg: Die Versammlung der hamburgischen weiblichen Parteimitglieder fordert von der Reichsfrauenkonferenz die Darlegung des Zieles der sozialdemokratischen Frauenbewegung in einem kurzen Aktionsprogramm. (Zurückgezogen.)

3. Hamburg: Die Genossinnen Hamburgs ersuchen die Reichsfrauenkonferenz, zur Förderung der Frauenbewegung von der Parteileitung ein Rundschreiben ausgehen zu lassen an alle politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Führer, Vorstände und Funktionäre, die zu unserer Partei gehören, daß sich die Frauen der Genossen, besonders der führenden Genossen, an den Parteiveranstaltungen zu beteiligen haben. Beim Werben neuer Mitglieder kehrt der Einwurf immer wieder, daß die tüchtigsten Genossen ihre Frauen nicht mitarbeiten lassen, und nach ihnen richten sich gern alle anderen. Das gewünschte Rundschreiben soll Mann und Frau zur Betätigung mahnen. (Zurückgezogen.)

4. Schwerin i. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, mehr als bisher dahin zu wirken, daß in allen Bezirken Genossinnen als Parteisekretärinnen angestellt werden, um die Agitation unter den Frauen intensiver zu betreiben. (Zurückgezogen.)

5. München: Die von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Abänderung über Kaufmannsgerichte sieht ebenso wie der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes das passive Wahlrecht der Frauen vor.

Es wolle umgehend nach Verabschiedung eines dieser Gesetze von der Parteileitung dafür gesorgt werden, daß durch Herausgabe kleiner Leitfaden die Arbeiterfrauen über ihre Tätigkeit als Beisitzerinnen bei diesen Gerichten aufgeklärt werden.

Ebenso soll an Hand dieser Leitfaden durch die Orts- und Bezirksbildungsausschüsse ein Ausbildungskurs für weibliche Beisitzer bei den Fachgerichten durchgeführt werden. (Parteivorstand überwiesen.)

6. Hamburg: Die Frauenkonferenz in Görlitz beauftragt die Leitung der sozialdemokratischen Frauenbewegung, mit möglichster Beschleunigung die Frage zu prüfen, ob und in welcher Form unsere Genossinnen der Gründung von Hausfrauenberufsorganisationen nähertreten sollen. (Parteivorstand überwiesen.)

Bevölkerungspolitik.

7. Frankfurt: Die Reichsfrauenkonferenz fordert die Reichsregierung auf, an ihrem Entwurf von 1920, betreffend die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, festzuhalten und den drohenden Verschlechterungen, namentlich durch die bayerischen Anträge im Reichsrat, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. (Durch Resolution Quarck Nr. 27 erledigt.)

8. Hamburg: Die Reichsfrauenkonferenz wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, baldmöglichst eine reichsgesetzliche Regelung der

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Durchführung zu bringen auf der Grundlage des dem Reichsrat seit dem 10. März 1920 vorliegenden Gesetzentwurfs. (Durch Resolution Quarck Nr. 27 erledigt.)

9. Frankfurt: Die Reichsregierung ist zu ersuchen, zur Ausführung der Verfassung endlich gesetzliche Bestimmungen dahin zu treffen, daß die Mutterschaft für die Beamtinnen keinerlei Aenderungen in ihrem Dienstverhältnis zur Folge haben darf. (Durch Resolution Quarck Nr. 27 erledigt.)

10. Hamburg: Die Frauenkonferenz fordert von der Reichstagsfraktion energische Durchführung des Artikels 119 der Reichsverfassung. (Durch Resolution Quarck Nr. 27 erledigt.)

11. München: Nach den derzeitigen Versorgungsbestimmungen erhalten weder die unehelichen Kinder, deren Vaterschaft von einem Beamten anerkannt ist, noch die unehelichen Kinder einer Beamtin, für deren Unterhalt der Vater nicht aufkommt, Waisengeldbezüge.

Es wird beantragt, bei den gesetzgebenden Körperschaften auf baldige Aufhebung dieser Ausnahmebestimmungen gegen diese mindestens ebenso versorgungsbedürftigen unehelichen Beamtenabkömmlinge hinzuwirken, unter Berufung auf Artikel 121 der Reichsverfassung. (Durch Resolution Quarck Nr. 27 erledigt.)

12. Hamburg: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß eine Abänderung des § 218 des Reichsstrafgesetzbuches im Sinne der Straflosigkeit der von der Schwangeren gewollten Unterbrechung der Schwangerschaft baldmöglichst erfolgt. (Durch Resolution Quarck Nr. 27 erledigt.)

13. München: Die Frauenkonferenz ersucht unsere Reichstagsfraktion, für folgende Ergänzung bzw. Aenderung des § 219 des Strafgesetzbuches einzutreten:

Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist nicht strafbar, wenn sie von einem approbierten Arzt nach gutachtlicher Zustimmung eines zweiten Arztes vorgenommen wird.

Die ärztlichen Indikationen sind, insbesondere unter eingehender Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, zu erweitern.

Die Feststellung genauer Richtlinien obliegt dem Reichsgesundheitsamt, dessen Vorschriften für die ärztliche Entscheidung bestimmt sind. (Durch Resolution Quarck Nr. 27 erledigt.)

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.

14. Frankfurt: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, daß in dem kommenden Reichsjugendgesetz die Frauen gebührenden Einfluß und Gelegenheit zur Mitarbeit erhalten. (29. Reichstagskommission überwiesen.)

15. München: Die sozialdemokratischen Frauen fordern, daß die kriminellen Jugendlichen ausschließlich den Jugendämtern unterstellt werden, die ihren erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen sind, und die geeignete Frauen und Männer aus der Arbeiterklasse zur Mitarbeit heranziehen sollen.

Solange wir für Kinder und Jugendliche Jugend**gerichte** haben und nicht Jugend**ämter**, Staatsanwälte und nicht Pädagogen, Gefängnisse und Zwangserziehungsanstalten und nicht Jugend**heime**, solange ist es Hohn, von „Jugendrechtspflege" zu reden.

Einzelne Milderungen, die das neue deutsche Strafgesetzbuch auch für Jugendliche vorsieht, können uns nicht über die Tatsache wegtäuschen, daß auch der **neue** Entwurf den **entscheidenden** Schritt von der Strafe zur Erziehung nicht gewagt hat.

Es ist eine Forderung einfacher Gerechtigkeit, daß die Gesellschaft aus ihren zahlreichen jugendlichen Opfern brauchbare und frohe Menschen zu bilden sucht, anstatt durch ein Schandmal in ihnen die Selbstachtung zu zerstören, die der beste Schutz gegen Keime des Verbrechens ist. (29. Reichstagskommission überwiesen.)

Schulbildung.

16. Schwerin i. M.: Der Parteitag wird gebeten, zu beschließen: Die sozialistischen Gemeindevertreter werden beauftragt, in allen Orten dafür zu sorgen, daß Frauenschulen errichtet werden, wo die Genossinnen unentgeltlich in der Wohlfahrtspflege und auf sozialpolitischem Gebiet ausgebildet werden können. (Dem Bildungsausschuß als Material überwiesen.)

17. Halle: Die Frauenkonferenz ersucht den Parteitag, durch die Reichstags- und Landtagsfraktionen dahin zu wirken, daß so bald wie möglich eine Neubearbeitung der deutschen Lehrbücher für alle Schulen vorgenommen wird und alle Sachen, die unserem pazifistischen Empfinden zuwiderlaufen, aus den Büchern zu entfernen sind. (Dem Bildungsausschuß als Material überwiesen.)

18. München: Die Reichstagsfraktion möge bei der Reichsschulkonferenz dahin wirken, daß der praktischen und wissenschaftlichen Ausbildung der Mädchen das gleiche Gewicht beigelegt und die gleichen Möglichkeiten eröffnet werden wie die der Knaben. Insbesondere sollen alle Beschränkungen bei der Zulassung zu Knabenschulen fallen, solange eigene gleichwertige Mädchenanstalten nicht vorhanden sind, z. B. Fachfortbildungsschulen, höhere Schulen usw.

Zur praktischen Durchführung von Artikel 148 Abs. 1 der Reichsverfassung, Bildung im Geiste der Völkerversöhnung, möge eine Reinigung aller einschlägigen Lehrbücher von jeder Art Kriegsverherrlichung beantragt werden. (Dem Bildungsausschuß als Material überwiesen.)

Verschiedenes.

19. Delitzsch, Bezirk Halle: Resolution. Die Frauenkonferenz erkennt die Notwendigkeit neuer Steuern an, die die Erfüllung der Ententeforderungen ermöglichen sollen; sie erhebt aber ganz energischen Protest gegen solche indirekten oder Verbrauchssteuern, die geeignet sind, die Lebenshaltung abermals zu verteuern oder zu verschlechtern. Zu solchen Steuern gehören die Erhöhung der Zuckersteuer, der Leuchtmittel- und Zündwarensteuer, der Mineralwassersteuer, die höheren Zölle auf Kakao und Schokolade, ferner die Erhöhung der Kohlensteuer und Verdoppelung der Umsatzsteuer, soweit sie Gegenstände des täglichen Bedarfs betrifft. Die Frauengruppe fordert die Reichstagsfraktion der SPD. auf, kein Mittel unversucht zu lassen, um diese Steuern und überhaupt eine neue Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger zu verhüten. Sie fordert dagegen eine ganz energische Besteuerung des Besitzes, wobei Maßnahmen zu treffen sind, daß dieser nicht wie bisher die Steuern größtenteils hinterzieht oder auf die Allgemeinheit abwälzt. Die Frauengruppe kann sich nicht davon überzeugen, daß der Besitz durch Steuern überlastet sei, solange sie dessen Angehörige einen derartig überspannten und schädlichen Luxus treiben sieht, wie er jetzt überall zutage tritt. (Angenommen.)

20. München: Die Reichsfrauenkonferenz möge beschließen: Die Frauen unserer Partei mögen einen Appell an die Frauen der sozialistischen Parteien aller Länder richten, daß diese Frauen ihr ganzes Gewicht in die Wagschale werfen sollen, um eine Revision des Friedensvertrages durchzusetzen. (Der Redaktion der „Gleichheit" überwiesen.)

21. München: Die Reichsfrauenkonferenz betrachtet es als ihre dringendste und vornehmste Pflicht, angesichts der bevorstehenden Aenderungen

des Deutschen Strafgesetzbuches von neuem durch ihre Reichstagsfraktion mit allen Kräften für die Abschaffung der Todesstrafe einzutreten. Die Todesstrafe ist die roheste Ausdrucksform des Vergeltungsgedankens, der einen Ueberrest der alten Blutrache darstellt; sie hat als Abschreckungsmittel von jeher versagt und ist zur Sicherung der Gesellschaft nicht notwendig.

Hunderte von Justizmorden selbst aus neuerer Zeit sind einwandfrei nachgewiesen, und die Entwicklungsgeschichte der Wissenschaften berechtigt zu dem Schluß, daß unter den Opfern der Justiz weit mehr Geisteskranke sind, als die Psychiatrie heute zu erkennen und nachzuweisen vermag.

Das Verbrechertum ist eine soziale Krankheitserscheinung, die nur durch soziale Reformen wirksam und fortschreitend bekämpft werden kann.

Wir sozialdemokratischen Frauen erheben laut und einmütig unsere Stimme gegen ein Gesetz, das mit dem unglücklichen Verurteilten dessen unschuldige Familie in hoffnungslose Verzweiflung jagt.

Wir sozialdemokratischen Mütter rufen zu flammendem Protest gegen die Zerrüttung des jugendlichen Rechtsbewußtseins, gegen die sittliche Verrohung, wie sie aus dem Wissen um blutige Gewalttaten, die im Namen der Gerechtigkeit verübt werden, notwendig erwachsen muß, und fordern in tiefer Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes, daß unsere Jugend endlich durch das Beispiel zur unbedingten Ehrfurcht vor dem Menschenleben erzogen wird. (Als Meinungsäußerung der Frauenkonferenz angenommen.)

22. Richtlinien Wutzky:

1. In der revolutionären Umwälzung des Jahres 1918 hat die Arbeiterklasse die Rechte und Freiheiten der Männer und Frauen erkämpft, welche für die Eroberung der politischen Macht auf dem Wege der Demokratie unerläßliche Voraussetzung sind. Da zur Erlangung der sozialistischen Gesellschaftsform aber vor allem die Umgestaltung der kapitalistischen in eine Gemeinwirtschaft notwendig ist, so muß in Staat und Gemeinde der Kampf um dieses Ziel mit aller Energie aufgenommen und durchgeführt werden.

2. Bei der besonderen Bedeutung und Vielgestaltigkeit der Aufgaben der kommunalen Wirtschaft, die in hohem Maße den Bedarf des täglichen Lebens entscheidend beeinflußt, ist es insbesondere von großem Werte, daß die proletarische Frau in der Gemeindeverwaltung den Platz einnimmt, welcher ihr als Schaffende sowohl wie auch als Hausfrau zukommt und für den sie vermöge ihrer Sachkenntnis in den Lebensbedürfnissen der Arbeiterfamilien unbedingt berufen ist.

3. Der entscheidende Einfluß der Frau ist in der Gemeindewirtschaft also schlechthin unentbehrlich, ihre Mitarbeit sowohl im Gemeindevorstand und in der Gemeindevertretung als auch in allen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen muß daher nachdrücklich gefordert werden.

23. Richtlinien Frau Dr. Schöfer:

1. Die Frau hat im öffentlichen Leben die Rolle der Hüterin und Schützerin des Menschenlebens zu übernehmen. Die Menschenökonomie muß höher stehen als die Güterwirtschaft. Die Frau hat in der Politik den Gedanken der Wirtschaftlichkeit mit Menschenleben durchzusetzen. Die menschenökonomischen Aufgaben der Frau sind umfassend sozial. Die eigentliche soziale Arbeit ist nur ein Teil dieser Aufgabe.

2. Für ihre menschenökonomische Aufgabe muß die Frau kämpfen im allgemeinen:

Durch die Unterstützung der Politik des Völkerfriedens, der wirtschaftspolitischen Forderungen, die zur Gemeinwirtschaft führen, durch das Eintreten für eine planmäßige, umfassende Ausgestaltung der Sozialpolitik.

3. Im einzelnen haben die Frauen in der Gemeinde folgende soziale Aufgaben:

Die Verteidigung der Frauenerwerbsarbeit, aller Einrichtungen des Mutterschutzes, Errichtung von Schwangerenfürsorgestellen, Errichtung von Heimen für Wöchnerinnen, von Entbindungsanstalten und Mütterheimen;

die gesamte Kinder- und Jugendfürsorge, vom Säugling bis zur heranwachsenden Jugend und deren Ausbau in den Jugendämtern;

das Jugendamt soll in Ergänzung und Ersetzung der Familienerziehung die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Fürsorge für die Schulkinder außerhalb des Unterrichts, für Hilfsschüler und nichtschulpflichtige Kinder, die Pflege der schulentlassenen Jugendlichen, die Fürsorge für die gefährdete Jugend übernehmen.

Die soziale Fürsorge für die Kranken und Schwachen in Krankenhäusern und Spitälern, durch Organisation der Hauspflege, aber auch alle Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit;

ebenso die soziale Fürsorge für die sozial Gefährdeten (Prostituierte, Geschlechtskranke, Trinker);

ferner alle Maßnahmen der Wohnungsfürsorge;

auch die Fürsorge für die wirtschaftlich Gefährdeten durch Armenpflege, durch Erwerbslosen- und Arbeitslosenversicherung.

4. Auch die Organisation der Fürsorgearbeit ist soziale Frauenaufgabe in der Gemeinde.

Die Frauen müssen in ihren Gemeinden auf gut organisierte Wohlfahrtsämter dringen;

vor allem müssen sie die Anstellung von Frauen als Familienfürsorgerinnen durchsetzen.

Entschließung.

Die Reichsfrauenkonferenz protestiert auf das energischste gegen den Beschluß des Reichsrats, der die Hinzuziehung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen ablehnt. Die Konferenz richtet an alle Genossinnen im Lande die Aufforderung, in Protestkundgebungen dem Reichsrat zu zeigen, daß die Frauen nicht gewillt sind, diese Entrechtung stillschweigend zu ertragen. (Angenommen. Reichstag zugehen lassen.)

Antrag.

Die Reichsfrauenkonferenz wolle beschließen, die bevölkerungspolitischen Probleme auf die Tagesordnung der nächsten Frauenkonferenz zu setzen.

Begründung.

Referate und Diskussionen der Tagung für Arbeiterwohlfahrt und der Reichsfrauenkonferenz haben das tiefe Bedürfnis gezeitigt, zu diesen Fragen unbedingt durch ausgiebige gemeinsame Besprechung nachdrücklichst Stellung zu nehmen.

Die Lage unseres Volkes verpflichtet uns Sozialdemokratinnen, in diesen Fragen gesetzgeberisch, wissenschaftlich und aufklärend voranzugehen. (Parteivorstand überwiesen.)

Entschließung.

Die Reichsfrauenkonferenz gedenkt in herzlichen Sympathien der Frauen und Mütter Oberschlesiens.

Die Genossinnen der gesamten deutschen Republik haben mit dem größten Mitempfinden die Leiden Oberschlesiens in den vergangenen Monaten verfolgt; sie sind stolz auf die würdige Art, in der sie gerade von der klassenbewußten Arbeiterschaft einschließlich der oberschlesischen Genossinnen getragen wurden.

Unseren oberschlesischen Schwestern unsere herzlichsten Grüße in der Hoffnung, daß die Leidenszeit vorüber sein möge, und die Frauen und Mütter Oberschlesiens zusammen mit uns allen einer glücklichen Zukunft entgegengehen, einer Zukunft, in der wir gemeinsam arbeiten werden an der Ueberwindung des nationalistischen Hasses durch den Sozialismus. (Angenommen.)

Vereinigter Antrag zur Bevölkerungspolitik.

(An Stelle der gedruckten Anträge 7 bis 13.)

Die Görlitzer Reichsfrauenkonferenz erklärt: Die deutsche Reichsregierung hat die dringende Aufgabe, endlich entschlossen und zielsicher eine soziale Bevölkerungspolitik dadurch zu treiben, daß sie

1. zur Verhütung und Heilung der entsetzlichen Gesundheitsschädigungen, welche die Geschlechtskrankheiten in der deutschen Familie anrichten, den Gesetzentwurf vom 10. März 1920 behufs Abschaffung der polizeilichen Reglementierung und Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtskranken zum fertigen Gesetz erhebt, sowie in Verbindung damit durch die Abänderung der §§ 218 und 219 des StrGB. durchsetzt, daß die Verbrecherstrafe für Abtreibungen durch eine soziale Regelung der Geburtenzahl und die Verhütung unsozialer Geburten ersetzt wird;
2. zur Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder die rückständigen Bestimmungen aufhebt, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Makel behaftet, aber die Väter dieser Kinder ruhig weiter Beamten sein läßt, wobei in allen Versorgungsgesetzen, namentlich auch in demjenigen für Beamte, die Bezüge an Waisengeld und ähnlichem für uneheliche Kinder der weiblichen Beamten zu sichern sind;
3. zur Versorgung und Versicherung der Mütter überhaupt dem internationalen Uebereinkommen beitritt, das vom Arbeitsamt des Völkerbundes wegen Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mutter in mustergültiger Weise dem Deutschen Reich zum Beitritt vorgeschlagen und von einer Reihe auswärtiger Staaten bereits angenommen worden ist.

Zugleich drückt die Görlitzer Reichsfrauenkonferenz ihr stärkstes Befremden über die frauenfeindliche Haltung der meisten deutschen Freistaaten im Reichsrat aus, der die unter 1 und 3 genannten Entwürfe in unverantwortlicher Weise verschleppt und ihre Gesetzwerdung zum größten Nachteil der Gesundheit deutscher Mütter jahrelang verzögert. (Antrag Quarck angenommen.)

Zur Klärung der grundsätzlichen Frage der Aufgaben der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt wird beantragt, den in der Freitag-Morgennummer des „Vorwärts" erschienenen Artikel der Genossin Todenhagen „Partei und Wohlfahrtsausschüsse" zu vervielfältigen und den Bezirksausschüssen und den Delegierten des Frauentages zuzustellen. (Uebergang zur Tagesordnung.)

Anwesenheitsliste.

Amon, Lina, Frau, Franken
Anforge, Marie, Frau, Reichstagsfrakt.
Arning, Marie, Niederrhein

Bartels, Elise, Hannover-Braunschweig
Berthold, Emma, Obere Rheinprovinz
Begier, Johannes, Hamburg-Bremen
Birnast, Anna, Mittelschlesien
Bohm-Schuch. Clara. „Gleichheit"
Bollmann, Minna, Parteiausschuß
Breul, Frieda, Groß-Thüringen
Bröckel, Friedrich, Baden
Burmann, Käte, Niederschlesien
Baader, Ottilie, Groß-Berlin
Brehmer, Karl, Mecklenburg-Lübeck

Cohn, Helene, Magdeburg-Anhalt

Dietmann, E., Hessen-Nassau
Dettmer, Lina, Oestl. Westfalen

Evert, Christine, Württemberg

Feistel, Gertrud. Mittelschlesien
Fiedler, Frau, Magdeburg-Anhalt
Friedrich, Frau, Mecklenburg-Lübeck
Freudenberger, Felix, Franken

Girr, Rosa, Oberbayern-Schwaben
Götzel, Marie, Leipzig
Grünberg, Helene, Kontrollkommission

Hanna, Gertrud, Groß-Berlin
Hartwig, Theodor, Pommern
Hauke, Frieda, Oberschlesien
Helfers, Rosa, Parteiausschuß
Höer, Agnes, Niederschlesien
Höfs, Else, Pommern
Hartmann, Konkordia, Magdebg.-Anh.
Harder, Hanna, Hamburg, Nordwest
Henmann, Joh., Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt
Haberland, Karl, Niederrhein

Jensen, Toni, Schleswig-Holstein
Juchacz, Marie, Parteivorstand

Kähler, Luise, Preuß. Landtag
Kaiser. Martha, Mittelschlesien
Kämpf, Gertrud, Zwickau-Chemnitz
Kaplonek, Grete, Oberschlesien
Kegler, Anna, Oberschlesien
Kern, Elisabeth, Hessen-Darmstadt
Kirchmeier, Anna, Hamburg-Nordwest
Klügel, Emma, Niederschlesien
Krieger, Martha, Niederschlesien
Krüger, Frieda, Groß-Thüringen
Kunis, Frieda, Chemnitz
Künnecke, Frau, Oldenburg
Klitzing, Frau, Groß-Berlin
Knack, Dr. Andreas, Hamburg-Bremen

Lau, Johannes, Hannover-Braunschw.
Lawatsch, Berta, Mittelschlesien und Parteiausschuß
Lax, Anna, Westl. Westfalen
Lealer, Johanna, Chemnitz
Lieser, Heinrich, Pfalz

Maly, Hedwig, Niederschlesien
Matschke, Anna, Parteiausschuß
Meixner, Frau, Dresden
Menzel, Dr. Ellen, Mittelschlesien
Möller, Milda, Zwickau-Chemnitz
Mündel, Mathilde, Hann.-Braunschw.
Münz, Erna, Mittelschlesien

Oppel, Frau, Oldenburg
Oestreicher, Annemarie, Ostpreußen

Pascher, Maria, Oberrhein
Petschke, Elsbeth, Brandenburg
Pfülf, Antonie, Programmkommission
Pietsch, Klara, Dresden
Pfeiffenbrink, Frau, Westl. Westfalen
Pfänder, Oberbayern-Schwaben

Quarck-Hammerschlag, Hessen-Nassau

Röpert, Marie, Halle
Ryneck, Elfriede, Parteivorstand
Radlmaier, Theodora, Oberbayern-Schwaben

Seifert, Elisabeth, Brandenburg
Schilling, Minna, Reichstagsfraktion
Stratmann, Angela, Linker Niederrhein
Schlichtinger, Rudolf, Oberpfalz, Niederbayern
Schreiber-Krieger, Reichstagsfraktion
Schröder, Luise, Parteiausschuß
Schulte, Anna, Obere Rheinprovinz
Schulz, Berta, Reichstagsfraktion
Schröder, Minna, Hamburg-Nordwest
Scheibenhuber, Else, Groß-Berlin

Tesch, Johanna, Reichstagsfraktion
Todenhagen, Minna, Parteiausschuß
Trinks, Oskar, Bezirk Baden

Undeutsch, Ida, Ortsverein Halle

Vogel, Heinrich, Hamburg-Bremen

Wachenheim, Hedwig, Groß-Berlin
Wagner, Helene, Chemnitz
Walter, Auguste, Oestl. Westfalen
Wartenberg, Alma, Schlesw.-Holstein
Weyers, Cäsar, Linker Niederrhein
Widmann, W., Hessen
Wohlgemuth, Toni, Ostpreußen
Wolff, Jeannette, Westl. Westfalen
Wündisch, Amalie, Kassel
Weimann, Richard, Zentralbildungsausschuß
Wierbitzki, Ella, Hamburg-Nordwest

Zabe, Grete, Hamburg-Nordwest
Zils, Klara, Mittelschlesien

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.